Vorwort

Der vorliegende Band war zur Zeit seiner Erstveröffentlichung das erste in Deutschland erschienene Handbuch der Familienforschung. An diesem haben insbesondere die in jener Zeit namhaften Familiensoziologen und -soziologinnen des In- und Auslandes mitgewirkt. Er dokumentiert den Forschungsstand bis 1989, weswegen er durch eine Neuauflage und vor allem durch die damit gleichzeitig ermöglichte Digitalisierungsform und freie Zugänglichkeit im Open Access für die Gegenwart und Zukunft erhalten bleiben soll. Auch der zweite Band des Handbuchs, „Jugendforschung", wird in dieser Form wieder aufgelegt werden. Wenn auch nicht infrage gestellt wird, dass inzwischen durch die Weiterentwicklung von empirischen Forschungsmethoden heutzutage differenziertere Ergebnisse erzielt werden können, ist dennoch eine Wiederauflage aus mehreren Gründen gerechtfertigt:

Die von Soziologen und Soziologinnen erhobenen Daten beziehen sich auf die jeweilige Gegenwart, sind aber bereits in relativ kurzer Zeit nur noch „zeitgeschichtliche Dokumente". Das gilt ebenso für diesen Band. Dennoch gewinnen heutige Soziologen und Soziologinnen durch die hier präsentierte kompakte Zusammenfassung aller Forschungsergebnisse eine schnelle Möglichkeit, ihre eigenen Forschungsergebnisse dahingehend zu prüfen, ob diese als historische Trendverläufe zu interpretieren sind oder ob ihre Daten neue Zusammenhänge beweisen. Diese Möglichkeit, langfristige Trendverläufe zu entdecken, ist insofern gerade gegenwärtig eine wissenschaftliche Chance, weil die empirische Sozialforschung in den letzten Jahrzehnten noch stärker zum Datenlieferant für politisches Handeln wurde und deshalb stark zugenommen hat. Aus Zeitgründen ist aber eine aufwändige Prüfung und ein Vergleich mit älteren Forschungsergebnissen zumeist nicht immer möglich, was mithilfe dieses Handbuchs aber erleichtert werden kann.

Darüber hinaus ist das Handbuch auch von historischem Interesse, da mit ihm ein theoretisches und empirisches Bild der westeuropäischen und westdeutschen Familie und ihrer damaligen Probleme bis kurz vor der Wiedervereinigung Deutschlands festgehalten wurde. Der Band ist damit ein wichtiges Zeitdokument der Familienforschung.

Ich möchte mich abschließend bei der Direktorin des Bibliotheks- und Informationssystem (BIS) der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg Frau Heike Andermann und ihrem Mitarbeiter Herrn Jan Wilkens für die sehr gute kooperative Zusammenarbeit ganz besonders bedanken.

Oldenburg: im August 2026
R. Nave-Herz

Handbuch der Familien- und Jugendforschung

Band 1: Familienforschung

Herausgegeben von

Rosemarie Nave-Herz
Manfred Markefka

Luchterhand

HS; 502 650

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Handbuch der Familien- und Jugendforschung / Rosemarie Nave-Herz ; Manfred Markefka (Hrsg.). –
Neuwied u. Frankfurt; Luchterhand
ISBN 3-472-55106-2
NE: Nave-Herz, Rosemarie [Hrsg.]
Bd. 1. Familienforschung. – 1989
ISBN 3-472-55104-6

502
650
BM 9704.c - 1
Universität Hamburg Bibliothek
BP 1264

Alle Rechte vorbehalten.
© 1989 by Luchterhand Verlag, Neuwied und Frankfurt/M.
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Satz: Fotosatz Froitzheim, Bonn.
Druck: Zechnersche Buchdruckerei, Speyer
Printed in Germany, Juni 1989

Inhaltsverzeichnis

Vorwort IX

Rosemarie Nave-Herz
Gegenstandsbereich und historische Entwicklung der Familienforschung . . 1

Neuere Theorieansätze in der Familienforschung 19

Giovanni B. Sgritta
Historisch-materialistische Theorien in der Familienforschung 21

Hans-Joachim Schulze/Hartmann Tyrell/Jan Künzler
Vom Strukturfunktionalismus zur Systemtheorie der Familie 31

Bernhard Nauck
Individualistische Erklärungsansätze in der Familienforschung: die rational-choice-Basis von Familienökonomie, Ressourcen- und Austauschtheorien . . 45

Manfred Markefka
Symbolischer Interaktionismus, Ethnomethodologie und Familienforschung . 63

Walter Toman
Psychoanalytische Erklärungsansätze in der Familienforschung 81

Kurt Lüscher
Von der ökologischen Sozialisationsforschung zur Analyse familialer Aufgaben und Leistungen 95

Empirische Methoden und komplexe Forschungsansätze 113

Rosemarie von Schweitzer
Vom alt-europäischen hauswirtschaftlichen Denken zu statistisch repräsentativen Erhebungsmethoden in der Familienforschung 115

Hans Bertram/Jan Marbach/Angelika Tölke
Soziale Netze, Zeit und Raum als Methodenprobleme in der Familienforschung 131

Gitta Scheller
Familienzyklus als Forschungsansatz 151

Katja Boh
Besondere Probleme der kulturvergleichenden Familienforschung 163

Ausgewählte Gebiete der Familienforschung
Teil I: Familie in historischer und zeitgeschichtlicher Sicht 177

Michael Mitterauer
Entwicklungstrends der Familie in der europäischen Neuzeit 179

Charlotte Höhn
Demographische Trends in Europa seit dem 2. Weltkrieg 195

Rosemarie Nave-Herz
Zeitgeschichtlicher Bedeutungswandel von Ehe und Familie in der Bundesrepublik Deutschland 211

Ausgewählte Gebiete der Familienforschung
Teil II: Materielle und rechtliche Rahmenbedingungen der Familie 223

Jutta Limbach
Die rechtlichen Rahmenbedingungen von Ehe und Elternschaft 225

Max Wingen/Ivar Cornelius
Einkommenssituation und Konsumverhalten unterschiedlicher Familientypen 241

Walter Siebel
Wohnen und Familie 265

Ausgewählte Gebiete der Familienforschung
Teil III: Ehe und Familie als Interaktionssystem 287

Kurt Kreppner
Familiale Sozialisation 289

Yvonne Schütze
Geschwisterbeziehungen 311

Bernhard Nauck
Familiales Freizeitverhalten 325

Manfred Markefka/Ilse Billen-Klingbeil
Machtverhältnisse in der Ehe und ihre Folgen 345

Ausgewählte Gebiete der Familienforschung
Teil IV: Spezielle Lebens- und Familienformen 361

Jan Trost
Nichteheliche Lebensgemeinschaften 363

Rosemarie Nave-Herz/Ursula Oßwald
Kinderlose Ehen 375

Christa Hoffmann-Riem
Elternschaft ohne Verwandtschaft: Adoption, Stiefbeziehung und heterologe Insemination 389

Christine Clason
Die Einelternfamilie oder die Einelterfamilie? 413

Lea Shamgar-Handelman
Verwitwung und Witwenschaft in modernen Gesellschaften 423

Ausgewählte Gebiete der Familienforschung
Teil V: Transferwirkungen und -leistungen zu anderen gesellschaftlichen Teilsystemen 433

Günther Lüschen
Verwandtschaft, Freundschaft, Nachbarschaft 435

Klaus Peter Strohmeier
Familie und Gemeinde 453

Uwe Engel/Klaus Hurrelmann
Familie und Bildungschancen 475

Friedhart Hegner/Ulrich Lakemann
Familienhaushalt und Erwerbstätigkeit 491

Petra Buhr/Franz-Xaver Kaufmann
Familie und Bevölkerungsentwicklung 513

Ausgewählte Gebiete der Familienforschung
Teil VI: Familien mit spezifischen sozialen Problemen 533

Rainer K. Silbereisen/Sabine Walper
Arbeitslosigkeit und Familie 535

Uta Gerhardt
Krankheit und Familie 559

Helge Peters
Kriminalität und Familie 577

Elina Haavio-Mannila/Marja Holmila
Familie und Alkoholismus 595

Margret Rottleuther-Lutter
Ehescheidung 607

Ausgewählte Gebiete der Familienforschung
Teil VII: Normative Perspektiven und öffentlich-praktische Unterstützungsleistungen und -wirkungen 625

Dieter Grunow
Ambulante soziale Dienste für bestimmte hilfsbedürftige Familienmitglieder 627

Barbara Riedmüller
Familienpolitik und soziale Sicherung der Frau 651

Siegfried Keil
Leitbilder und Formen kirchlichen Familienengagements 667

Klaus A. Schneewind
Familienberatung und Familientherapie 679

Stichwortverzeichnis 711

Namensverzeichnis 739

Autorenverzeichnis 765

Vorwort

Das vorliegende Handbuch der Familienforschung verfolgt das Ziel, die in den letzten Jahrzehnten außerordentlich angewachsenen familienwissenschaftlichen Forschungsergebnisse in den verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen systematisch zusammenzutragen und zu dokumentieren.
Eine derartige Inventaraufnahme kann einerseits zu der immer wieder geforderten Aufhebung der Kluft zwischen Wissenschaft und Praxis beitragen. So ist zu betonen, daß die berufspraktische Relevanz der Familienforschung in den letzten Jahren stark gestiegen ist, weil an die Entscheidungsträger auf öffentlicher, halböffentlicher und privater Ebene heute mehr denn je die Forderung – auch öffentlich (vgl. Gutachten des wiss. Beirats für Familienfragen beim BMJFFG, Bonn 1984) – gestellt wird, in ihren Maßnahmen und Entscheidungen familiale Belange und Probleme mitzuberücksichtigen. Andererseits kann eine solche Darstellung durch das Aufzeigen bestehender Wissenslücken den in der Forschung Tätigen für weitere Arbeit fruchtbare Anregungen bieten.
Dabei soll die Familienforschung hier keineswegs als eine eigenständige, geschlossene Wissenschaftsdisziplin dargestellt werden oder auch nur erscheinen. Ihre interdisziplinäre Vielfalt und ihre wissenschaftstheoretische Pluralität soll dieses Handbuch gleichzeitig widerspiegeln. So war es auch bewußte Planung, daß die Autoren zugunsten des enzyklopädischen Anspruchs des Gesamtwerkes nicht ihre »Forscherindividualität« aufgeben, sondern selbst Form und Inhalt des gestellten Themas – bis auf wenige Hinweise – bestimmen und die Schwerpunkte innerhalb ihres Beitrages setzen sollten. Absprachen zwischen verschiedenen Mitautoren waren selbstverständlich z. T. notwendig.
Im übrigen kann dieses Handbuch – wie alle Handbücher ähnlicher Art – nicht alle Bereiche, Themen und Probleme der Familienforschung gleich intensiv behandeln; zuweilen muß ein kurzer Überblick genügen oder auf das Studium weiterführender Literatur verwiesen werden, die im Anschluß an jeden Beitrag angeführt ist. Ferner sollen Verweise in einigen Beiträgen auf ergänzende Darstellungen innerhalb des Handbuches aufmerksam machen.
Der vorliegende Band ist in vier Abschnitte unterteilt. Der erste dient der Vorbereitung. Hier werden einführend die notwendigen Begriffsexplikationen und die Geschichte der empirischen Familienforschung behandelt. Im zweiten Teil werden die zentralen Theorieansätze zur Analyse von Familien dargestellt, im dritten die bisher verwendeten grundlegenden Methoden und Forschungstechniken in der empirischen Familienforschung. Anspruch auf Vollständigkeit liegt der Auswahl der Einzelthemen in diesen Kapiteln nicht zugrunde, sondern wir möchten allein die – heutzutage z. T. noch oder z. T. neu diskutierten – tragenden grundlagentheoretischen Paradigmen der Soziologie, Psychologie und Ökonomie in bezug auf die Familie und die methodologischen und methodischen Hauptprobleme berücksichtigen (aber kein Methoden-Lehrbuch ersetzen).
Die Beiträge des vierten Teils sind themenspezifisch formuliert. Bei ihrer Auswahl wurden auch aktuelle Fragen mitberücksichtigt, da die Funktion des Handbuches –

wie dargelegt – die Repräsentation der derzeitigen familienwissenschaftlichen Forschung und ihrer Probleme sein soll.

Um die Einheitlichkeit des Bandes – trotz aller Vielfältigkeit – zu wahren, mußten sich alle Autoren bei aller erwähnten Selbstbestimmung bestimmten Zwängen unterwerfen, um einerseits Überschneidungen zu vermeiden, andererseits den vom Verlag vorgesehenen Gesamtumfang des Bandes einzuhalten. Wir danken deshalb allen Autoren und Autorinnen nicht nur für ihre Mitarbeit, sondern auch, daß sie die – zuweilen vermutlich »schmerzlichen« – Prozesse der Überarbeitung, aber auch der Streichungen immer kollegial mitgetragen haben.

Auch möchten wir erwähnen, daß die Planung unseres Handbuches bei allen Kollegen und Kolleginnen sofortige Zustimmung sowie Bereitschaft zur Mitarbeit gefunden hat und die Gesamtkonzeption im Laufe der Erstellung dieses Bandes kaum geändert werden mußte, was bei einem so umfangreichen Werk mit 48 in- und ausländischen Autoren und Autorinnen sicher keine Selbstverständlichkeit ist.

Frau Dipl. Soz. Ursula Oßwald und Herr can. soz. Dirk Sander haben uns tatkräftig bei den vielen und mühseligen technischen Arbeiten, die mit der Herausgabe eines Handbuches verbunden sind, unterstützt; ihnen gilt ebenso unser Dank.

Schließlich möchten wir dem Luchterhand Verlag, der das nicht unbedeutende verlegerische Risiko eines solchen Werkes übernommen hat, insbesondere Herrn Fuchs, für seine stets freundliche Unterstützung ganz herzlich danken.

Rosemarie Nave-Herz
Manfred Markefka

Rosemarie Nave-Herz

Gegenstandsbereich und historische Entwicklung der Familienforschung

Wenn zum ersten Mal ein deutschsprachiges Handbuch der Familienforschung vorgelegt wird, ist es angebracht, zunächst seinen Gegenstandsbereich und dessen historische Entwicklung zu kennzeichnen.
Mehrere Gründe sprechen für dieses Vorgehen: So ist bisher nirgends der Versuch unternommen worden, den für dieses Handbuch gewählten zentralen Begriff »Familienforschung« definitorisch zu erfassen sowie die mit ihm verbundenen impliziten Annahmen zu diskutieren. Ferner geht in die Entscheidung der Herausgeber eines Handbuches über die Themen, die in diesem Band behandelt werden sollen, ihre Definition des Buchtitels und damit die des gewählten Gegenstandsbereiches mit ein. Soll die Auswahl der Beiträge nicht willkürlich oder zufällig erscheinen, sind die dem Beitrag zugrundeliegenden Begriffskonzeptionen und Reflexionen über den Gegenstandsbereich des Herausgebers bzw. der Herausgeberin offenzulegen. Diese definitorischen Probleme werden im folgenden zunächst behandelt. Anschließend werden in einem historischen Rückblick auf die Familienforschung ihre Entwicklungslinien innerhalb der einzelnen Fachgebiete skizziert, da sich hieraus der Aufbau, aber auch die thematische Begrenzung des vorliegenden Handbuches ableitet. Leider ist eine chronologische Darstellung, nämlich die historische Entwicklung der Familienforschung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart nachzuzeichnen, zum heutigen Zeitpunkt nicht leistbar, weil bislang nur vereinzelt über spezielle Epochen in bestimmten Ländern Quellenstudien vorliegen. Neben der Beschreibung ihrer historischen »Wurzeln« und konstitutiver Beiträge aus den verschiedenen Fachrichtungen soll auch den auslösenden Bedingungen für die Entstehung der Familienforschung nachgegangen und der Prozeß ihrer Verselbständigung als Fachdisziplin geprüft werden. Nur in diesem Sinne ist der historische Abriß über die Entstehung und Entwicklung der Familienforschung zu verstehen.

1. Zum Gegenstandsbereich der Familienforschung

Familienforschung könnte – unbeachtet methodologischer Überlegungen – in einem engeren Sinne definiert werden als die Forschung einzelner Personen oder Gruppen mit dem Ziel, neue Erkenntnisse über den Gegenstandsbereich Familie zu gewinnen; in einem weiteren Sinne ist Familienforschung der überlieferte Bestand des Wissens über die Familie, der durch den Prozeß methodisch betriebener, prinzipiell intersubjektiv nachvollziehbarer wissenschaftlicher Tätigkeit und Erkenntnisarbeit gewonnen wurde. Diese zuletzt genannte Definition liegt dem vorliegenden Handbuch zugrunde.
Da aber bisher nicht feststeht, auf welchem Begriff von Familie diese Definition

fußt, bleibt sie noch erklärungsbedürftig. Deshalb soll auf den Familienbegriff und die mit ihm verbundenen definitorischen Probleme ausführlicher eingegangen werden.

Eine einheitliche Auffassung darüber, was man als Familie bezeichnet, gibt es weder im Alltag, noch in der Wissenschaft, obwohl das Wort vor mehr als 300 Jahren – aus dem Lateinischen entlehnt – in die deutsche Sprache aufgenommen wurde. So zeigen demoskopische Umfragen, daß 71 % der Bevölkerung ab dem 16. Lebensjahr nur dann von Familie sprechen wollen, wenn Kinder aus einer Ehe hervorgegangen sind, 25 % dagegen wenden diesen Begriff auch auf kinderlose Ehepaare an (*Köcher* 1985, 159). Durch die Antwort auf die Frage, wen die Befragten zu einer Familie zählen, wird außerdem deutlich, daß Familie und Verwandtschaft für viele identische Begriffe sind (Institut für Demoskopie Allensbach 1981, Tab. 2).

Auch in der Wissenschaftssprache fehlt es an einer allgemein anerkannten Definition von Familie und selbst innerhalb der einzelnen Fachgebiete (Psychologie, Soziologie, Rechtswissenschaft usw.) sind unterschiedliche Begriffsbestimmungen üblich. Diese mangelnde Übereinstimmung resultiert nicht aus einer ungenügenden theoretischen Reflexion oder aus einem Desinteresse an präziser Begrifflichkeit der Fachvertreter; vielmehr werden durch die unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Positionen in dem Familienbegriff jeweils unterschiedliche Aspekte familialer Realität betont.

Da die Autoren und Autorinnen der folgenden Beiträge ebenfalls unterschiedliche wissenschaftstheoretische Ansätze favorisieren, ist es nicht erstaunlich, daß in diesem Handbuch unterschiedliche Familienbegriffe verwendet werden: Familie wird z. B. als ein spezifisches Interaktionssystem beschrieben, als eine auf Emotionalität und Intimität spezialisierte Lebensgemeinschaft (vgl. z. B. *Siebel* in diesem Band); andere Mitautoren bezeichnen sie als eine gesellschaftliche Institution, die fundamentale Bedürfnisse befriedigt, das Zusammenleben regelt und soziale Identität verleiht (vgl. z. B. *Grunow* in diesem Band). Viele definieren Familie als eine Gruppe, in der Eltern mit ihren ledigen Kindern zusammenleben bzw. »haushalten« (vgl. z. B. v. *Schweitzer* in diesem Band), andere fügen in diesem Zusammenhang die spezifischen familialen Leistungen in ihrer Definition von Familie hinzu: ihre Sozialisations- bzw. Reproduktions-, Plazierungs-, Fürsorgefunktion (vgl. z. B. *Schulze/Tyrell/Künzler* in diesem Band). Da das strukturell-funktionale Paradigma in der Familiensoziologie lange Zeit vorherrschend war, entstammen viele der gewählten Familiendefinitionen aus dieser Tradition, zuweilen um die systemtheoretische oder sozialökologische Perspektive erweitert: Familie wird in Anlehnung an *König* (1974) durch ihre »biologisch-soziale Doppelnatur« als spezifisches System mit funktionaler Binnendifferenzierung und exklusiver Sinnzuschreibung beschrieben. Andere Autoren wählen zum Differenzierungskriterium gegenüber anderen Systemen ihre spezifische System-Umwelt-Reaktion und betonen insbesondere die familialen Leistungen (vgl. z. B. *Lüscher* in diesem Band).

Überblickt man zusammenfassend die genannten Definitionen, so wird deutlich, daß – gleichgültig in welchem wissenschaftstheoretischen Rahmen sie »eingebettet« sind – die Mehrzahl einen Familienbegriff »mittlerer Reichweite« wählt, d. h. sie

beziehen sich – z. T. implizit – auf die moderne (west-)europäische Kernfamilie, was im Hinblick auf das jeweils konkrete Thema des Beitrages auch sinnvoll ist. Für die Gesamtkonzeption eines Handbuches aber, das den Titel Familienforschung trägt, sollte demgegenüber eine Definition mit einem möglichst hohen Abstraktionsniveau gewählt werden.

Denn, um den »Bestand an Wissen über die Familie« – wie es die eingangs formulierte Definition von Familienforschung vorsieht – de facto zusammenzutragen, muß ihr Gegenstandsbereich so definiert werden, daß auch die Ergebnisse der historischen Familienforschung und die über die Familie in anderen Gesellschaftssystemen präsentiert werden können. Ferner gibt der Titel des Handbuches eine wissenschaftstheoretische Pluralität vor, die möglichst ebenso bedacht werden sollte. Unter Berücksichtigung dieser beiden Gesichtspunkte werden im folgenden – durch die Wahl eines höheren Abstraktions- und damit geringeren Konkretisierungsniveaus – gemeinsame Kriterien aus den verschiedensten Familiendefinitionen »herausgefiltert« und mit der sozialen Realität konfrontiert, um dadurch die Kennzeichen zusammenzustellen, die für Familien – gleichgültig zu welcher Epoche oder zu welcher Kultur sie zählen – bestimmend sind. Den Gegenstandsbereich der Familienforschung definitorisch zu präzisieren, bereitet deshalb so große Schwierigkeiten, weil durch die jeweils gegebenen historischen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kontexte die Familie in ihrer konkreten Ausprägung sehr unterschiedliche Formen aufweist. Dabei wird gleichzeitig nicht der übliche Weg gewählt, eine in einem einzigen Satz zusammenfassende abstrakte Definition von Familie zu bilden; denn – *Nietzsche* zu Folge – lassen sich historische Begriffe – wie das Wort »Familie« – eigentlich nicht definieren: »Alle Begriffe, in denen sich ein ganzer Prozeß semeotisch zusammenfaßt, entziehen sich der Definition; definierbar ist nur das, was keine Geschichte hat« (1910, 373). In diesem Sinne werden zunächst – thesenförmig – die Kennzeichen des hier gewählten Familienbegriffs zusammengestellt, um dann anschließend ausführlicher seine Bestandteile und auch die Folgen dieser Definition zu bestimmen.

Die Familie ist gekennzeichnet durch 1. ihre biologisch-soziale Doppelnatur aufgrund der Übernahme zumindest der Reproduktions- und Sozialisationsfunktion neben anderen, die kulturell variabel sind. 2. Zwischen ihren Mitgliedern besteht ein besonderes Kooperations- und Solidaritätsverhältnis, aus dem heraus die Rollendefinitionen festgelegt sind. 3. Die Generationsdifferenzierung ist für sie konstitutiv. 4. Darüber hinaus wird in der Regel die Familie durch Eheschließung begründet oder ergänzt.

Zu 1: In allen Gesellschaften wird die biologische Reproduktions- und die frühkindliche Sozialisationsfunktion der Familie zugewiesen. Das gilt selbst dann, wenn sie die Sozialisation mit Unterstützung familienfremder Personen, Gruppen oder anderer Institutionen erfüllt. Sie wird also überall als öffentlich anerkannte Einrichtung der legitimen Nachkommenssicherung betont.

Von der Familie wird zumeist außerdem die Erfüllung weiterer Funktionen erwartet (z. B. der Haushaltsfunktion, der Schutz- und Fürsorgefunktion, der Befriedigung emotional-expressiver Bedürfnisse u. a. m.), die z. T. inhaltlich, vor allem aber in

ihren Kombinationen und in der Prioritätenfolge die vielfältigsten Variationen in der menschlichen Gesellschaft aufweisen (vgl. *Goode,* 1967; *König,* 1969; *Mitterauer* in diesem Band). Welche weiteren Funktionen neben der Reproduktions- und Sozialisationsfunktion die Familie in der Bundesrepublik erfüllt, wird in einigen zuvor zitierten Familienbegriffen und in den folgenden Beiträgen beschrieben.

Zu 2: Aus den spezifischen Funktionen wird ein bestimmter Gruppencharakter abgeleitet und legitimiert, der dadurch gekennzeichnet ist, daß über die üblichen Gruppenmerkmale hinaus (wie z. B. gemeinsames Ziel, begrenzte Zahl, Struktur, Wir-Gefühl) in allen Gesellschaften die Familie eine spezifische Rollenstruktur mit nur für sie geltenden Rollendefinitionen und Bezeichnungen (z. B. Vater/Mutter/Tochter/Sohn/Enkel/Schwester usw.) aufweist. Die Anzahl der Rollen und die Definitionen der Rollenerwartungen sind kulturabhängig.
Viele Autoren betonen in ihrer Definition darüber hinaus das Verwandtschaftskriterium und das Filiationsprinzip (vgl. *Schulze/Tyrell/Künzler* et. al. in diesem Band) als konstitutiv für die Familie. Historikern (z. B. *Mitterauer,* 1979; *Weber-Kellermann,* 1974) ist jedoch zuzustimmen, die darauf aufmerksam gemacht haben, daß für bestimmte Familientypen die Verwandtschaftszugehörigkeit sekundär war und eine derartige Trennung zwischen familienfremden Personen und Familienmitgliedern nicht der historischen Gruppenrealität dieses Familientyps entsprach. Die Haushalts- und Produktionsgemeinschaft besaß z. B. in der europäischen großbäuerlichen Familie oberste Priorität; Rechte, Pflichten und Status des Einzelnen wurden aufgrund seiner Stellung im Produktionsprozeß bestimmt, nicht allein nach der Position in der Abstammungslinie. Die gültige Rangordnung wurde hier bereits durch die Sitzordnung bei den Mahlzeiten symbolisiert, indem die jüngeren Kinder auf die »letzten« Stühle verwiesen wurden. Vor allem besaßen auch familienfremde Personen ein Zugehörigkeitsgefühl zum ›Haus‹ und eine Gruppenidentität mit ›ihrer‹ Familie, was schließlich sogar die Dorföffentlichkeit und die Familie selbst auch von ihnen erwarteten und was sich zuweilen sogar in der Namensgebung niederschlug, da man auf sie ebenso den Hof- und Hausnamen übertrug. In der Familiensoziologie und in der Geschichtswissenschaft tragen diese Familientypen die Bezeichnung »große Haushaltsfamilie« oder »erweiterte Familie« (= extended family). Damit wird deutlich, daß mit dem Begriff Familie ein bestimmtes Kooperations- und Solidaritätsverhältnis gekennzeichnet wird.
Selbstverständlich gab und gibt es historische und soziokulturelle Unterschiede in der Form und auch in den Inhalten der Kooperations- und Solidaritätsbeziehungen; aber immer handelt es sich um ein ganz spezifisches und von anderen Interaktionsbeziehungen in der jeweiligen Gesellschaft abgehobenes Verhältnis.
Hieraus wird im übrigen in der Familiensoziologie u. a. auch das in fast allen Gesellschaften gegebene Inzesttabu erklärt, denn die mit ihm verbundene Exogamieregel hat eine Vergrößerung der verwandtschaftlich abgesicherten Kooperation zur Folge. *Mead* beschreibt aufgrund ihrer kulturanthropologischen Felduntersuchungen diesen Sachverhalt sehr plastisch. Ein älterer Arapesh gibt ihr auf ihre diesbezügliche Frage zur Antwort: »Was, du möchtest deine Schwester heiraten! Bist du denn nicht ganz richtig im Kopf? Möchtest du denn keinen Schwager? ...

Mit wem willst du denn auf die Jagd oder in den Garten ziehen, und wen willst du besuchen?« (1959, 52).
Ferner wird das Kooperations- und Solidaritätsprinzip in den einzelnen Gesellschaften unterschiedlich legitimiert. Es kann z. B. auf Tradition und/oder auf speziellen Verträgen oder – wie in der modernen Kernfamilie – insbesondere auf einer gegenseitigen emotionalen Zuneigung beruhen. Die für den Familienbegriff »mittlerer Reichweite« konstitutiven Merkmale der Emotionalität und Intimität der familialen Binnenstruktur, aber auch der relativen Autonomie der Kernfamilie gegenüber den Herkunftsfamilien, treffen nur für die Familien fast aller Industriegesellschaften zu, und auch in unserem Kulturkreis hat sich erst langsam die Erwartung durchgesetzt, daß die Ehepartner durch die sog. »romantische Liebe« solidarisch verbunden sein sollten (vgl. *Mitterauer* in diesem Band).

Zu 3: Da die hier formulierte Definition von Familie die soziale Realität beschreiben, aber gleichzeitig die Variabilität in den verschiedensten Kulturen berücksichtigen soll, wird allein die Generations-, nicht aber die Geschlechtsdifferenzierung als konstitutiv für die Familie bezeichnet.
Tyrell/Schulze/Künzler zeigen zwar in ihrem Beitrag, wie unter strukturell-funktionalem Paradigma und unter systemtheoretischer Perspektive das Ehesystem als »tragendes Element« und damit die Geschlechts- und Generationsdifferenzierung als konstitutive Merkmale von Familie bezeichnet werden. So z. B. betont auch *Neidhardt:* »Geschlechts- und Generationsdifferenzierungen sind in der Familie nicht nur vorhanden (das kann auch z. B. im Sportverein, in der Kirchengemeinde und in der Schule der Fall sein), sondern sie sind für die Familie konstitutiv. Das Familiengeschehen besteht geradezu primär in typischen Begegnungen von Geschlechtern und Generationen« (1975, 10).
Dagegen weisen *Clason* und *Hoffmann-Riem* in ihren Beiträgen in diesem Band auf das durch das Postulat der Geschlechtsdifferenzierung in verschiedenen Familiendefinitionen sich zeigende normativ-rechtliche Familienverständnis hin. So waren Familien ohne Ehesystem in der vorindustriellen Zeit – vor allem in der Unterschicht – keine statistisch unbedeutende Größe. Durch die hohe Sterblichkeitsquote in früheren Zeiten bildeten häufig Großeltern mit ihren Enkeln und Frauen mit ihren Kindern Familien. Auch die Gegenwart ist gekennzeichnet durch eine Pluralität von Familien gerade im Hinblick auf das Vorhandensein oder Fehlen eines Ehesystems (Eltern-Familien, Mutter-Familien, Vater-Familien), heute eher als Folge von Scheidung oder Trennung. Denn die Ehescheidung ist nur eine »Vertragskündigung« an den Ehepartner, »›gekündigt‹ wird nicht den Kindern« (*Tyrell,* 1983, 365). Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bleibt die Familie bestehen, zumeist sogar in derselben Umwelt, nur die Kontaktintensität nimmt zwischen den Kindern und dem ausscheidenden Elternteil ab.
Manche Autoren (z. B. *Staempfli,* 1951) bezeichnen diese Familien als unvollständige, da nicht alle sozialen Rollen – so wie es das »Normalitätsmuster« von Familie vorsieht – »besetzt« sind. Mit dieser Benennung – und hierauf geht Hoffmann-Riem in ihrem Beitrag ausführlich ein – wird jedoch allzu schnell und allzu oft gleichzeitig eine Rangfolge im sozialen Ansehen zwischen den verschie-

denen Familienformen geschaffen und die normative Orientierungskraft der Eltern-Familie unterstützt.
Gerade auch in vielen Beschreibungen gegenwärtiger familialer Veränderungsprozesse wird m. E. zu selten zwischen Ehe und Familie und zwischen normativer Ebene und den sozialen Lebensverhältnissen explizit unterschieden (vgl. hierzu ausführlicher *Nave-Herz,* 1988, 61ff.).

Zu 4: Der Familienbegriff beinhaltet ferner, daß zwar Familien ein Ehesystem nicht aufweisen müssen, daß sie aber zumeist durch Eheschließung begründet, ergänzt (im Fall von Verwitwung oder Scheidung) bzw. erweitert werden (im Hinblick auf die Mehrgenerationen – oder die polygame Familie).
Die Einfügung des Wortes »zumeist« soll darauf hinweisen, daß es zu allen Zeiten auch Familien gab, die nie durch eine Eheschließung begründet, erweitert bzw. ergänzt worden sind. Heiratsverbote in der vorindustriellen Zeit, die Armut in bestimmten Bevölkerungsschichten, z. B. während der Industrialisierung oder zur Zeit in Brasilien (vgl. *Brühl,* 1987), ließen und lassen eine Eheschließung zuweilen nicht zu (vgl. auch Trost in diesem Band), was aber nicht als durchgängiges Regelsystem gelten kann.
Mit Ehe bezeichnet man eine durch Sitte oder Gesetz anerkannte, auf Dauer angelegte Form gegengeschlechtlicher sexueller Partnerschaft. Weiterhin ist ein wesentliches Strukturmoment aller Ehen, auch der modernen, daß sie über das bloße personale Paarverhältnis auf Gruppenbildung – auf Familie – hinausweist (*König,* 1976; *Tyrell,* 1985; *Nave-Herz,* 1988, 65ff.).
Die Neugründung einer Ehe wird ferner überall mit bestimmten Riten und Kulthandlungen vollzogen, mit denen zumeist auch – in unterschiedlichem Umfang – die Verteilung von neuen gesellschaftlichen Rechten und Pflichten verbunden ist. Die Hochzeit als rite de passage ist gleichzeitig ein institutionelles Mittel zur Neu-Definition und Neu-Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Herkunftsfamilien.
Symbolisch werden durch die öffentliche Zeremonie außerdem der Wechsel in der Mitgliedschaft und die damit verbundenen Veränderungen in den Solidaritätsbeziehungen aufgezeigt und gefestigt. Auch im heutigen europäischen Kulturbereich bedeutet die Eheschließung ebenso, daß bei Heirat der Kinder, ihre Loyalität – zumindest auf normativer Ebene – in der Rangfolge von Eltern auf den Ehepartner übergeht (*Harris,* 1973).
Die Formen der Eheschließung unterliegen historischen und kulturellen Veränderungen (vgl. die vielfältigen Eheschließungszeremonien in *Völger* und *Welck,* 1985); ihre soziale Tendenz ist aber überall – wie beschrieben – dieselbe, gleichgültig, in welcher Verantwortung die Legalisierung der Eheschließung lag oder z. T. liegt, und wer sie vollzieht – ob der Sippenälteste, das Familienoberhaupt, der Pfarrer, der Standesbeamte oder andere Personen (vgl. *Weber-Kellermann,* 1974; *Schröter,* 1985).
Immer wieder hat es im Laufe der Geschichte Konflikte darüber gegeben, wer legitimiert sei, den Eheschließungsakt zu vollziehen; und die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen haben versucht, dieses Recht anderen abzusprechen, zu

bestreiten und für sich allein zu beanspruchen sowie eine allgemeine Nichtanerkennung aller der Ehen durchzusetzen, die nicht von ihnen geschlossen wurden. Diejenigen Instanzen, die Macht genug hatten, die Anerkennung ihres Anspruches durchzusetzen, versuchten zumindest die »wilden« Ehen in ihrem Ansehen herabzudrücken und ihnen schwächeren Rechtsschutz zu gewähren (vgl. hierzu *Wingen,* 1984, 14). Das gilt sowohl für die Kirche, den Staat, als auch für bestimmte politische Bewegungen.

Dennoch treffen für jene Ehen, die nicht von den zu ihrer Zeit vorgeschriebenen Personen oder in festgelegter Form vollzogen wurden, die o. g. Kriterien zu: So z. B. für die im 13. und 14. Jahrhundert gegebenen und von der Kirche als »heimliche« Ehen bezeichneten, die zwar in Anwesenheit vor Zeugen geschlossen, aber nicht zuvor vom Pfarrer in der Gemeinde verkündet worden waren und deshalb mit Strafe bedroht wurden (*Schröter,* 1985, 363), als auch für jene sog. »freien Ehen« am Anfang des 20. Jahrhunderts, die zeremoniell geschlossen und durch Zeitungsanzeige öffentlich bekannt gegeben wurden (vgl. *Lengsfeld* und *Schwägler,* 1987, 2ff.).

Umstritten ist die Gleichsetzung der heutigen nicht-formalen Lebensgemeinschaften mit der Ehe. Es sei deshalb nochmals betont, daß unter historischen und soziologischen (nicht juristischen) Gesichtspunkten für die inhaltliche Bestimmung von Ehe und Familie nicht der Tatbestand relevant ist, ob ein Standesbeamter die Eheschließungszeremonie vollzieht, sondern ob sie mit der Absicht der Dauer, durch eine öffentliche Bekundung vor Zeugen und mit dem Verweisungszusammenhang auf Familie hin gegründet wird.

Für viele der in den letzten Jahrzehnten in Europa sprunghaft angestiegenen nichtehelichen Lebensgemeinschaften treffen die o. a. Indikatoren nicht zu, und sie sind eher als eine neue Lebensform im Zuge des allgemeinen Modernisierungsprozesses zu bewerten (vgl. ausführlicher hierzu *Nave-Herz,* 1988, 65ff.). Trost weist in seinem Beitrag in diesem Band detailliert nach, welche unterschiedlichen Formen von nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften es in der Geschichte gegeben hat und welche heute existieren.

Wenn damit der Gegenstandsbereich der Familienforschung umschrieben worden ist, so muß gleichzeitig betont werden, daß diese sich nur durch ihre Konzentration, nicht durch eine Beschränkung auf den Objektbereich »Familie« von anderen Wissenschaftsdisziplinen unterscheidet, und sie gerade auch die Analyse von interdependenten Beziehungen zu anderen gesellschaftlichen Teilsystemen mit einschließt.

2. Historische Entwicklung der Familienforschung

2.1. Erste Ansätze einer Familienforschung

Die Absicht, systematisches und überprüfbares Wissen über die Familie selbst, über ihre Mitglieder und über die Transferwirkungen zwischen ihr und anderen gesellschaftlichen Teilbereichen methodisch zu gewinnen, ist erst neueren Ursprungs. Zwar haben bereits Aristoteles und viele andere Philosophen (wie *Locke, Bacon*), die politischen Arithmetiker, ferner die Autoren der »Hausväter-Literatur« (vgl. hierzu von *Schweitzer* in diesem Band) und die der frühen Haushaltsstudien wichtige familienwissenschaftliche Erkenntnisse gebracht, aber die Familie war nicht zentraler Gegenstand ihrer wissenschaftlichen Analyse, sondern sie wurde als »Mittel zum Zweck«, nämlich im Hinblick auf die Staatsbildung, die Kirche und auf eine christliche Lebensführung, die Bevölkerungsentwicklung u. a. m. der wissenschaftlichen Reflexion unterzogen. König nannte diese Epoche die Zeit der universal-historischen Betrachtungsweise von Familie (1969, 174).

Erst im vorigen Jahrhundert erschienen die ersten selbständigen Abhandlungen über Familie und Ehe, und zwar von Vertretern unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen. Metaphorisch gesprochen, besitzt die Familienforschung – entsprechend ihrem eigenen pluralistischen »Charakter« – keine eigentliche Hauptwurzel, sondern ein Wurzelgeflecht.

Wenn im folgenden nachgespürt werden soll, ab wann und wo erstmalig empirische Familienforschung verstärkt – nicht vereinzelt – durchgeführt wurde, in welche Wissenschaftsdisziplinen also ihre »Wurzeln« reichen, so darf diese Vorgehensweise nicht darüber hinwegtäuschen, daß zu Zeiten ihrer Entstehung sich erst langsam die Einzelwissenschaften selbst herausbildeten, daß die Sozialwissenschaften – wie es *Graumann* formulierte – noch »in den Kinderschuhen steckten« und daß damals »vorwiegend vorwissenschaftliche Konzeptionen des Psychischen wie des Sozialen diskutiert wurden« (1969, 59). Insofern ist es nicht verwunderlich, wenn im folgenden des öfteren gerade auch im Hinblick auf die Familienforschung auf derartige Einschränkungen ihrer Aussagen bzw. ihres Erkenntnisstandes hingewiesen werden muß. Ferner erklärt es sich auch aus dem erst langsam beginnenden weiteren wissenschaftlichen Spezialisierungs- und Differenzierungsprozess im vorigen Jahrhundert, daß empirische Familienforschung zunächst in den Rechts- und Staatswissenschaften durchgeführt wurde oder – m. a. W. – daß also eine ihrer frühen »Wurzeln« in die Jurisprudenz zurückreicht.

So weist z. B. *Schwägler* darauf hin, daß unter dem Einfluß der historischen Rechtsschule die ersten eigenständigen Beiträge über Familie und Ehe erschienen seien (z. B. 1833 von *v. Raumer:* »Über Ehe und Familie«, 1835 von *Bosse:* »Das Familienwesen«). Diese Abhandlungen beschreiben z. B. die historische Entwicklung des Ehescheidungs-, Eigentums- oder Erbrechts. Auch *Bachofen,* der erstmalig »Das Mutterrecht« (1861) zu belegen versuchte, war Rechtswissenschaftler. In der Soziologie war die Familie Forschungsgegenstand seit ihren Anfängen. In Deutschland hat vor allem das Buch von *Riehl* »Die Familie« großes Ansehen sogar in der breiten Öffentlichkeit gewonnen und 17 Auflagen erreicht. *Riehl* und mit ihm

zusammen *Le Play* werden in den meisten Abhandlungen als die Klassiker und Begründer der Familiensoziologie benannt. Die Hauptwerke beider Autoren erschienen 1855. *Le Plays* wissenschaftliche Methode – nämlich die empirische Erhebung von Familienmonographien und von Familienbudgets – hat ebenso eine sehr große Beachtung, vor allem aber Nachahmung bei seinen Mitarbeitern und Schülern gefunden. Beide wollten mit ihren Abhandlungen die Gegenwartsfamilie ihrer Zeit beschreiben, vor allem ihren Mängeln und Auflösungserscheinungen nachgehen. *Riehl* fügte außerdem detaillierte gesellschaftspolitische Forderungen und praktische Vorschläge zur Verwirklichung eines harmonischen Familienlebens im »ganzen Haus« hinzu. Detailliert geht *v. Schweitzer* in ihrem Beitrag in diesem Band auf beide Autoren ein. Hervorzuheben ist, daß beide einen bestimmten Familientyp verabsolutierten, nämlich *Riehl* den des mittelständischen Bürgertums, *Le Play* den des bodenbesitzenden Bauerntums. Beide betrachteten die familiale patriarchalische Autoritätsstruktur als Ideal. Obwohl sie den Anspruch formulierten, die Familie ihrer Zeit beschreiben zu wollen, handelt es sich bei ihren Darstellungen um stark wertende Abfassungen und z. T. auch um verzerrte Wiedergaben familialer Realität, weswegen sie nur bedingt als Gegenwartsanalysen jener Zeit gelten können. Ebenso wegen der – zwar versteckten – naturrechtlichen Konstruktion von Familie erkennen einige Autoren (z. B. *König,* 1969, 175) sie als die »Väter« der Familiensoziologie nicht an, sondern erst *Durkheim* wird als Begründer der Familiensoziologie mit seinem 1888 erschienenen Werk »Introduction a la sociologie de la famille« benannt. *König* (1976, 7) hat darauf hingewiesen, daß auch *Durkheims* berühmtes Buch über den Selbstmord (1897) »eine ganze Familiensoziologie in nuce in sich enthält«. Von ihm stammt im übrigen auch der heute noch gebräuchliche Begriff der »Gattenfamilie«. Das ebenfalls von ihm aufgestellte »Kontraktionsgesetz«, nämlich die historische Entwicklung der Familie vom erweiterten Familienverband zur Kernfamilie, dagegen ist inzwischen in Frage gestellt worden (vgl. *Mitterauer* in diesem Band).

Schon früher als Durkheim hatten andere Autoren Fragen nach der historischen Entwicklung verschiedener Familienformen und vor allem auch die nach dem »Ursprung« der Familie gestellt. So z. B. *Morgan,* der als Pionier der amerikanischen Ethnosoziologie und als Begründer des »Kulturrevolutionismus« gilt; ferner ist *Engels* Buch mit dem Titel »Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats« (1884) in diesem Zusammenhang zu nennen. *Westermarck,* der durch sein dreibändiges Werk über die »Geschichte der menschlichen Ehe« (1891) bekannt geworden war, versuchte dagegen, die These der gradlinigen Entwicklung von der Promiskuität über Polygamie und Monogamie – wie sie *Morgan* und *Engels* vertreten haben – zu widerlegen und an Hand von ethnologischem Material nachzuweisen, daß es nirgends echte Promiskuität gegeben hat. Dennoch vertrat auch er, wie viele Ethnologen seiner Zeit, eine biologisch orientierte Sichtweise der Evolution von primitiven zu modernen Gesellschaften, und er wird deshalb auch als »darwinistischer Ethnologe« (*Becker* und *Barnes,* zit. bei *Dahrendorf,* 1959) bezeichnet. Neben Rechtswissenschaftlern, Soziologen und Ethnologen haben im 19. Jahrhundert auch Statistiker sich familienwissenschaftlichen Fragen zugewandt, selbst der nach ihrer historischen Entwicklung. Als Beispiel sei das Buch von

Mucke, o. Prof. der Statistik, genannt mit dem Titel »Horde und Familie in ihrer urgeschichtlichen Entwicklung – eine neue Theorie auf statistischer Grundlage« (1895). In dieser Abhandlung wird bereits unter kulturvergleichendem Aspekt auch auf den Zusammenhang von Wohnung und Familie eingegangen. In allen diesen frühen Abhandlungen über die Frage der Entwicklung und des »Ursprungs« von Ehe und Familie sind jedoch ihre Verfasser über Spekulationen nicht hinausgekommen.

Vor allem aber können innerhalb der statistischen Wissenschaft als »Wurzeln« der Familienforschung die Entwicklung der haushaltsstatistischen Methode und der »Moralstatistik« gelten. So wurden bereits im vorigen Jahrhundert umfangreiche detaillierte statistisch-empirische Analysen über Eheschließungen, Ehescheidungen, die eheliche Fruchtbarkeit, das Heiratsalter, die Nichtehelichkeit u. a. m. durchgeführt (z. B. *von Guerry,* 1833; *Quételet,* 1835; *Mayr,* 1897; *Kiaer,* 1903; *Prinzing,* 1904). Man versuchte, durch Messen, Zählen und Beobachten, soziale Regelmäßigkeiten und Konstanten in den scheinbar willkürlichen, individuellen menschlichen Handlungen aufzudecken. *Quételet* war der erste, der mathematische Modelle auf Sozialdaten anwandte; dabei wurde die quantitative Erfassung nichtphysischer Merkmale im Gegensatz zu den anthropometrischen Untersuchungen als statistique morale bezeichnet. So beschäftigte sich *Quételet* mit dem sozialen Handeln des »homme moyen«, des »mittleren Menschen«, in dem er beispielsweise beim Heiraten gewisse Regelmäßigkeiten in bezug auf Geschlecht und Alter feststellte. Die Moralstatistik wurde in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts geradezu zu einer Modewissenschaft (vgl. *Schwägler,* 1970, 70ff.).

Entsprechend der sich erst langsam in jener Zeit herausbildenden sozialwissenschaftlichen Einzelwissenschaften gab es damals eine Reihe von Wissenschaftlern, die nicht immer einer einzelnen Fachdisziplin zuzuordnen waren. So versuchte z. B. *Schnapper-Arndt* (1882), der *Le Plays* Familienbudget-Methode weiterentwickelt hat, sowohl haushaltsstatistische, ökonomische und sozialpsychologische Betrachtungsweisen über die Familie zu vereinigen. Zur Beschreibung eines Haushalts verwendete er weit mehr Quellen als früher üblich: neben dem Interview, der Inventarisierung aller Haushaltsgegenstände und Arbeitsmittel, vom Fingerhut bis zur letzten Fadenrolle, wurden nun auch urkundliches Material, wie Briefe, Quittungen, Steuerzettel, gerichtliche Dokumente, Sparbücher, Einnahme- und Ausgabebücher, Speisezettel herangezogen; ferner bezog sich seine Darstellung nicht nur auf die materielle Lage, die Berufssituation und auf Nebenarbeiten (die wir heute mit Schattenwirtschaft oder Schwarzarbeit bezeichnen würden), auf die Art der Hausarbeit in jener Zeit, sondern auch auf die innerfamiliären und ehelichen Beziehungen sowie auf die Kindererziehung.

Dieser sozialpsychologische Ansatz hat keine unmittelbare Nachfolge gefunden; denn wenn auch »Wurzeln« der Familienforschung ebenso in die Psychologie reichen, so sind diese jedoch jüngeren Datums. Zuerst hat sich hier die Tiefenpsychologie *(Freud, Adler, Jung)* dieser Thematik zugewandt, die aber erst Anfang dieses Jahrhunderts entstand (vgl. auch *Toman* in diesem Band). Innerhalb der Psychologie hat man stärker bestimmte Interaktions- und Persönlichkeitsmerkmale untersucht, ohne jedoch explizit familiale Beziehungen zu thematisieren. Erst Ende der 20er Jahre dieses Jahrhunderts wurden die ersten sozialpsychologischen Fami-

lienuntersuchungen – zumeist gekoppelt mit sozialpädagogischen Fragestellungen – durchgeführt, so z. B. von *Kühn* über das Stiefmutterproblem (1929), von *Busemann* über »Die Familie als Erlebnismilieu des Kindes« (1930), von *Kipp* über »die Unehelichkeit« (1933). Von der Ausprägung einer Familienpsychologie konnte aber in jener Zeit in Deutschland noch keine Rede sein. Noch 1986 wird von *Schneewind* diese in einer Schrift mit dem Titel »Familienpsychologie: Plädoyer für die ›Geburtshilfe‹ einer überfälligen psychologischen Disziplin« gefordert.

Eine frühe Berücksichtigung scheint die Familie dagegen in der Pädagogik gefunden zu haben. Jedenfalls wandten sich schon ab dem 15. Jahrhundert einzelne Wissenschaftler mit ihren Schriften direkt an die Eltern, um ihnen pädagogische Hilfestellungen zu geben (*Metlinger,* 1473; *Vives,* 1523; *Comenius,* 1628; *Rousseau,* 1792; *Pestalozzi,* 1803). Insbesondere hat sich *Salzmann* durch mehrere allgemeinverständliche Veröffentlichungen um – wie wir es heute nennen würden – praktische Elternbildung bemüht: 1780 erschien sein »Krebsbüchlein – eine Anleitung wie die Kinder nicht zu erziehen sind« (es erlebte in knapp zwei Jahrzehnten vier Auflagen; *Rattner,* 1957, 80); 1796 wurde sein Buch »Konrad Kiefer oder Anweisung zu einer vernünftigen Erziehung der Kinder« und 1806 sein »Ameisenbüchlein oder die Anweisung zu einer vernünftigen Erziehung der Erzieher« veröffentlicht. Trotz dieser frühen und im Zeitablauf quantitativ zunehmenden Ratgeber-Literatur seitens bekannter Pädagogen konnte *Bäuerle* noch 1972 schreiben, daß die Familienpädagogik und die Elternbildung in der Erziehungswissenschaft bis heute wenig Beachtung gefunden hätte, daß es vor allem so gut wie keine pädagogische Tatsachenforschung über die Probleme familialer Erziehung gäbe (1972, 2). In pädagogischen Lexika wird im übrigen selbst heute noch das Stichwort Familie nur unter Bezugnahme auf fast ausschließlich soziologischer Literatur berücksichtigt (vgl. Fischer-Lexikon, Neues Pädag. Lexikon, Pädag. Taschenlexikon). Wissenssoziologische Analysen wären interessant, die den Gründen der unterschiedlichen zeitlichen Akzeptanz von familienwissenschaftlichen Fragen in den einzelnen Disziplinen nachgehen.

Zusammenfassend bleibt also festzuhalten, daß – unabhängig vom Kontext der Wissenschaftsdisziplin – die ersten umfassenden Analysen über die Familie im vorigen Jahrhundert vor allem Fragen nach der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Familie nachgingen, z. T. getragen von der Sorge über die Auflösung eines bestimmten Familientyps. Die Aussagen basierten vornehmlich auf ethnologischem und ethnographischem Material, auf qualitativen Befragungen, sowie auf eigenen Reiseberichten (z. B. unternahmen *Riehl* und *Le Play* ausgedehnte Wanderungen und führten dabei bereits teilnehmende Beobachtungen, Experteninterviews usw. durch). Für alle diesbezüglichen Abhandlungen gilt aber – wie bereits betont –, daß die Interpretationen weit über ihr zugrundeliegendes Material hinausgingen.

Gleichzeitig wurde im vorigen Jahrhundert bereits mit der familienstatistischen Inventarisierung durch Erhebungen und Analysen sowohl demographischer Daten als auch von Hanshaltsstatistiken und Familienbudgets begonnen. Auch diese Forschungsrichtung beschränkte sich nicht – wie gezeigt wurde – auf nur eine Disziplin.

Die Anfänge der Familienforschung sind also durch eine Ambivalenz zwischen Fortschrittsglauben und Konservatismus, zwischen Spekulation und statistischer Dokumentation gekennzeichnet.
Warum aber kam es überhaupt in jenem Jahrhundert zu den ersten eigenständigen Abhandlungen und empirischen Untersuchungen über die Familie?

2.2. Auslösende Bedingungen für die Entstehung der Familienforschung

Selbstverständlich ist es im Rahmen dieses Einführungskapitels nicht möglich, eine vollständige Darstellung jener Prozesse und Faktoren zu liefern, die letztlich zu den Anfängen der Familienforschung führten. Es kann nur auf einige konstitutive Bestimmungsmerkmale bzw. auf das Zusammentreffen verschiedener Entwicklungstendenzen hingewiesen werden.
Die Formulierung neuer (oder auch erneut alter) Forschungsfragen kann u. a. ausgelöst werden durch einen Paradigmenwechsel in der allgemeinen Wissenschaft und durch die Entwicklung neuer methodischer Verfahren. *Hildebrandt* hat ausführlich dargelegt und nachgewiesen, daß als primäres Kennzeichen der evolutionistischen Theorien im 19. Jahrhundert gerade ihre Oppositionsstellung zur traditionellen, letztlich theologischen Sichtweise zu gelten hat:
»Erst mit der Überwindung der theologischen Weltinterpretation wird der Weg frei für eine Anschauung, die die Herausbildung des Menschen und die Entwicklung der Gesellschaft dynamisch faßt und zu einer Erklärung dieser Prozesse nicht länger auf das Walten Gottes hinweisen muß. Die Reaktion der christlichen Welt (nicht nur der Theologen) ist entsprechend heftig. Das offene Ausbrechen der Gegensätze zwischen den beiden Sichtweisen ist allerdings erst das Resultat eines Prozesses, der schon erheblich früher eingesetzt hatte« (*Hildebrandt,* 1983, 24), und schließlich zurückzuführen ist auf die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, auf die gestiegenen wissenschaftlichen Kenntnisse und die neue Informationsflut. Letzteres ist nicht etwa in dem Sinne zu verstehen, daß der Beginn der Familienforschung allein einem Bedürfnis nach wissenschaftlicher Arbeitsteilung im Zuge der Komplexitätssteigerung von Wissenschaft entsprochen hätte. Eine solche Erklärung würde dem vielfältigen Entstehungsprozess einer Fachdisziplin nicht gerecht. Die Wissensexplosion im vorigen Jahrhundert, vor allem auch die Zunahme an ethnographischem Material, machte einen neuen Bezugsrahmen zur Interpretation dieser »Fakten« notwendig. Sie bot ferner die Chance, durch den Vergleich einer großen Fülle neuer Informationen nach allgemeinen Gesetzmäßigkeiten suchen zu können. Daß im Zuge der Ausprägung dieses neuen wissenschaftlichen Paradigmas gerade auch die Familie zum zentralen Gegenstand von Untersuchungen gewählt wurde, ist evident; denn die Familie – vor allem die monogame Ehe – galt im Christentum als Teil der göttlichen Ordnung. Diese tragende »Säule« wurde durch das ethnographische Material zunächst in ihrer bis dahin gültigen Sinnzuschreibung in Frage gestellt. Es galt also, sie entweder zu verteidigen oder nach ihrer »Entwicklung« und ihrem »Ursprung« neu zu fragen und ihre gesellschaftliche Bedeutung sowie ihre Einordnung in den allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß erneut zu definieren.

Hinzu kam, daß sich die soziale Realität ebenfalls verändert hatte. Die industrielle Revolution, die in Deutschland gerade um die Jahrhundertmitte voll einsetzte und durch neue technische Erfindungen in jener Zeit verstärkt wurde, ferner die Bevölkerungsexplosion in Folge der Abnahme der Sterblichkeitsquote, die Landflucht und damit die Zunahme von Bevölkerungsballungsräumen, die großen Auswanderungswellen, weiterhin die soziale Umschichtung (Vermehrung des Großgrundbesitzes und Zunahme des besitzenden Bürgertums sowie der Fabrikarbeiterschaft mit sehr hohen Arbeitszeiten) waren sich gegenseitig bedingende und stützende Faktoren des allgemeinen sozialen Wandels in jener Zeit, der auch zu Veränderungen der Lebensformen führte.

Die Wissenschaft reagierte auf diese umwälzenden sozialen und ökonomischen Prozesse im 19. Jahrhundert unterschiedlich.

Riehl suchte in der Familie ein Refugium, das dem Einzelnen auch bei politischen Wirren und in sozialen Umbruchszeiten Schutz und Sicherheit gewährt (*Schwägler,* 1970, 35). Er schreibt wörtlich im Vorwort der 9. Auflage: »Der deutsche Staat änderte sich und die deutsche Gesellschaft – und die deutsche Familie blieb doch im wesentlichen was sie war. Ja mir scheint sogar, in dem Maße, als wir beweglicher wurden in Staat und Gesellschaft, blieben wir umso beharrender in der Familie« (XIII). Diese Worte spiegeln die Mentalität bestimmter Bevölkerungskreise – vor allem des besitzenden und des Bildungsbürgertums, zu dem er selbst zählte – in jener Zeit wider, sie entsprachen aber nicht den damaligen familialen Veränderungen, von denen die Mehrheit der Bevölkerung betroffen war, und sie negierten auch die Existenz und Ausbreitung der proletarischen Familienform. Ihnen widmete z. B. *Engels* im gleichen Zeitraum, bezogen auf England, eine gesonderte – als familiensoziologisch zu bezeichnende – Veröffentlichung (»Die Lage der arbeitenden Klasse in England«, Leipzig 1845).

Erst als die soziale Problematik der Industrialisierung in Deutschland am Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts öffentliche Beachtung fand, wurden auch die ersten umfassenden Untersuchungen über die Wirkung der Fabrikarbeit auf das Schicksal der Kinder, auf die Stabilität der ehelichen Beziehungen sowie über die schwindende Autorität des Mannes durchgeführt (*König,* 1969, 172). In jener Zeit stiegen weiterhin die Ehescheidungszahlen an, und die Geburtenquote nahm infolge generativer Verhaltensänderung ab, was ebenso zu soziologischen Analysen führte. Insbesondere auch als Reaktion auf die erste Frauenbewegung fallen in jener Zeit die intensiven wissenschaftlichen Diskussionen über Themen wie »Die Psychologie der Geschlechter« und »Die soziale Rolle der Frau« (vgl. ausführlicher *Nave-Herz,* 1987), die selbstverständlich auch familienwissenschaftliche Probleme mit einschlossen. Die ersten akademisch ausgebildeten Frauen begannen – ab 1910 – mit empirischen Erhebungen über die Beziehungen zwischen weiblicher Berufsarbeit und Familie, über den Familienalltag von Mädchen, innerfamiliale Beziehungen von Eltern und Kindern, über Interaktionen zwischen den Geschwistern und über das familiale Freizeitverhalten, die den Grad der Familienverbundenheit ermitteln sollten (*Kempf,* 1911, *Mende,* 1911 und *Hell,* 1912).

Seitdem sind Veröffentlichungen über die Familie allgemein, über ausgewählte

Teilbereiche oder über die soziale Situation bestimmter Familien sowie einzelner Familienmitglieder, über familienpolitische Themen oder familienstatistische Analysen keine Seltenheit, sondern ihnen gilt ein gleichbleibendes Interesse. Vor allem stellte man immer wieder die Frage nach dem Bestand, der möglichen »Krise« und dem Wandel der Familie. Eine ausgesprochen skeptische und negative Bewertung der Chance von Familie und Ehe herrschte vor, wie schon das Schlagwort »Bankrupcy of Marriage« (zit. bei *König,* 1969, 172) aus jener Zeit signalisierte und aus dem Vorwort der bekannten Familienmonographie der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit (12 Bände, hrsg. v. *Salomon,* ab 1930) zu entnehmen ist: »Es ist notwendig, einmal festzustellen, ob in Deutschland noch mit Recht von Familienleben gesprochen werden kann ... oder ob die Familie tatsächlich bereits so sehr gelockert ist, daß der Staat mit ihr nicht rechnen kann« (*Baum,* 1931, 6). Leider blieben diese geplanten Monographien – bedingt durch das 3. Reich – unvollständig, ebenso wie die von Horkheimer herausgegebenen »Studien über Autorität und Familie«.

2.3. Auslösende Bedingungen für die weitere Entwicklung der Familienforschung

Rückblickend bleibt also festzustellen, daß die Anfänge der Familienforschung weniger auf wissenschaftsimmanente Interessen zurückgehen, z. B. als Ergebnis der wissenschaftlichen Arbeitsteilung zu deuten sind, sondern Reaktionen auf die verschiedensten gesamtgesellschaftlichen Veränderungen darstellen.
Im weiteren Verlauf öffnen dann auch gelöste Probleme den Blick für neue Fragestellungen, ermöglichen neu entwickelte methodische Verfahren einen neuartigen Zugang zu Problemen, die schon vorher »auf den Nägeln brannten«, wie es *Bahrdt* formulierte (1986, 143). Aber immer wieder bekam gerade die Familienforschung ihre Anstöße von »außen«, wurden neue Entwicklungsphasen durch gesamtgesellschaftliche Problemlagen ausgelöst und brachten zumeist auch einen Perspektivenwechsel in der Familienforschung mit sich.
Als »von außen« auf die Familienforschung wirkend, müssen auch die Initiativen jener staatlichen, kirchlichen sowie politischen Institutionen gelten, die vor allem in Form von finanzieller Förderung familienwissenschaftliche Forschungen anregten. Am sichtbarsten war dieser Einfluß gleich nach dem 2. Weltkrieg, als im Zuge der anglo-amerikanischen Bemühungen um Reedukation Forschungsgelder aus den USA für Untersuchungen über den Zusammenhang von familialer Sozialisation und autoritären Persönlichkeitsstrukturen eines »deutschen Nationalcharakters« sowie über die Veränderungen der familialen Beziehungen durch Kriegsschicksale zur Verfügung gestellt wurden (*Baumert,* 1954; *Weyer,* 1984, 388; Zentralarchiv für empirische Sozialforschung 1988, 23ff.). Weiterhin beeinflußte (und beeinflußt z. Zt.) der Informationsbedarf der Ministerien die Selektion der Forschungsfragen im Bereich Familie.
Die Intensität der familienwissenschaftlichen Forschungsaktivitäten lassen sich übrigens seit Bestehen der Bundesrepublik bis zur Gegenwart wellenförmig beschreiben; so wurden sofort nach dem Kriege – wie erwähnt – die ersten empirischen familiensoziologischen Erhebungen durchgeführt und zwar 1947 und verstärkt in

den 50er Jahren (*Thurnwald,* 1948; *Wurzbacher,* 1951; *Schelsky,* 1953; *Baumert,* 1954; vgl. *Wurzbacher,* 1987 und *Nave-Herz,* 1988). Danach flaute das Interesse an familialen Themen insgesamt wieder ab. Erst durch die Protestbewegung im Rahmen der Studentenunruhen und der Entstehung der neuen Frauenbewegung wurde Anfang und Mitte der 70er Jahre wieder ein starkes wissenschaftliches Interesse an der Familie geweckt und wurde die Familie erneut explizit zum Gegenstand von Forschung gewählt. Wie am Anfang dieses Jahrhunderts stimulierten die demographischen Veränderungen, die bereits Ende der 60er Jahre eingesetzt hatten, mit zeitlicher Verzögerung – nämlich erst wieder Mitte der 80er Jahre – zu vermehrter Familienforschung. Daß die Familienwissenschaft eine so lange Forschungsabstinenz gegenüber diesen statistischen Trends praktizierte, hatte zur Folge, daß sich nunmehr ihre Analysen nicht nur auf die demographischen Veränderungen selbst beziehen konnten, sondern sie sich mit den bereits existierenden massenkommunikativen Deutungsmustern über die Veränderung familialer Alltagswelten und über die Entstehung neuer Lebensformen auseinandersetzen mußte.

Wie stark sich in den vergangenen 150 Jahren die Familienforschung theoretisch und methodisch entwickelt hat, über welchen Bestand an Kenntnissen wir verfügen und in welchen Fachdisziplinen der Themenbereich »Familie« heute eine Rolle spielt, wird durch die einzelnen Beiträge dieses Handbuchs dokumentiert, die zum Teil auch gleichzeitig die wissenschaftshistorische Entwicklung der verschiedenen theoretischen Ansätze in der Familienforschung sowie die Berücksichtigung bestimmter familienwissenschaftlicher Themen in der jeweiligen Fachdisziplin aufzeigen.

Auch sind in den letzten Jahren innerhalb bestehender Institutionen an verschiedenen Orten in der Bundesrepublik Forschungsgruppen entstanden, in denen Fachvertreter unterschiedlicher Disziplinen gemeinsam familienwissenschaftliche Themen bearbeiten. Trotz dieser Ansätze und der inzwischen vorliegenden Fülle von Ergebnissen in der Familienforschung ist es aber bisher nicht möglich in Deutschland von einer *Fachdisziplin Familienwissenschaft* zu sprechen; denn noch:

- ist die Spezialisierung im Hinblick auf den Gegenstandsbereich »Familie« nicht so weit fortgeschritten, daß eine thematische Abspaltung aus den »Ursprungswissenschaften« erfolgt ist (oder bevorsteht),
- gilt die Verbundenheit der Familienforscher in erster Linie ihrer jeweiligen Fachdisziplin,
- gibt es keine entsprechenden Lehrstühle oder Studiengänge an den Universitäten, sondern nur vereinzelte Schwerpunktbildungen innerhalb einer Fachdisziplin,
- existieren keine entsprechenden wissenschaftlichen Vereinigungen (mit Ausnahme des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim BMJFFG),
- sind keine Lehr- und Einführungsbücher zur Familienwissenschaft geschrieben worden, nur fachspezifische.

Der Prozeß der Institutionalisierung von Familienwissenschaft ist in anderen Staaten, vor allem in den USA, weiter fortgeschritten (vgl. hierzu *Adams,* 1988).

Doch die fehlende Ausprägung einer autonomen Familienwissenschaft ist keinesfalls nur als Nachteil zu bewerten. Sie kann auch als Chance betrachtet werden, weil

die »Verankerung« der Forscher und Forscherinnen in unterschiedlichen Disziplinen vielfältigere Fragestellungen über denselben Gegenstandsbereich Familie auslösen kann und die Familienforschung zur Erfüllung ihrer theoretischen und praktischen Aufgaben und zu ihrer produktiven Weiterentwicklung eines fortgesetzten interdisziplinären Gedankenaustausches bedarf. Das vorliegende Handbuch stellt deshalb auch den Versuch dar, den wissenschaftlichen Diskurs über die jeweiligen Fachdisziplinen hinweg zwischen allen Familienforschern zu intensivieren.

Literatur

Adams, B. N.: »Fifty Years of Family Research: What Does It Mean?». Journal of Marriage and the Family. 1988, 5–17 – *Bachofen, J. J.:* Das Mutterrecht. Basel 1861 – *Bäuerle, W.:* Theorie der Elternbildung. 2. Aufl. Weinheim 1972 – *Bahrdt, H. P.:* »Zusammenhänge zwischen Mikro- und Makrosoziologe«. Soziologisches Jahrbuch 1985. Trento 1986, 141–152 – *Baum, M., Westerkamp, A.:* Rhythmus des Familienlebens. Bd. 5. Der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit. Berlin 1931 – *Baumert, G.:* Deutsche Familien nach dem Kriege. Darmstadt 1954 – *Bosse, R.:* Das Familienwesen, oder Forschungen über seine Natur, Geschichte und Rechtsverhältnisse. Stuttgart 1835 – *Brühl, D.:* Armut und Familie in Nordostbrasilien – Eine Untersuchung zum familiären Wandel im Stadt/Land Vergleich. Habil.-Schrift. Oldenburg 1987 – *Buseman, A.:* »Die Familie als Erlebnismilieu des Kindes«. Zeitschrift für Kinderforschung. 1930, 17–51 – *Comenius, A.:* Mütterschule 1628. Nachdruck: Paderborn 1912 – *Dahrendorf, E.:* »Westermark, Eduard«. Internationales Soziologenlexikon. Hg. *W. Bernsdorf.* Stuttgart 1959 – *Durkheim, E.:* »Introduction a la Sociologie de la Famille« Anales de la Faculté – des Lettres des Bordeaux. 10. Jg. 1888, 257–281 – *Engels, F.:* Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Leipzig 1845 – *Engels, F.:* Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Berlin 1884 – *Ermann, W.:* Bundesgesetzbuch-Kommentar, Band 2. 7. Auflage. 1981. Einleitung § 1297. Rdz. 2 – *Gernhuber, J.:* Lehrbuch des Familienrechts. 3. Aufl. München 1980 – *Goode, W. J.:* Soziologie der Familie. München 1967 – *Graumann, C. F.:* »Sozialpsychologie – Ort, Gegenstand und Aufgabe«. Sozialpsychologie. Bd. 7. 1. Halbbd. Göttingen 1969, 3–80 – *Guerry, A. M.:* Essai sur la Statistique Morale de la France. Paris 1833 – *Harris, C.:* Die Familie. Freiburg 1973 – *Hartmann, H.:* Empirische Sozialforschung. 2. Aufl. München 1972 – *Hildebrandt, H. J.:* Der Evolutionismus in der Familienforschung des 19. Jahrhunderts. Mainzer Ethnologische Arbeiten. Berlin 1983 – *Hunsalzer, R.:* Familiale Übergänge im Wandel – Ausgewählte Veränderungen rechtlicher Regelungen, die sich auf die Familie beziehen, in Deutschland im 20. Jahrh. und ihre Auswirkungen auf die Familie. Sonderheft 10 des Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden 1987 – Institut für Demoskopie Allensbach: Eine Generation später – Bundesrepublik Deutschland 1953–1979. Allensbach 1981 – *Kempf, R.:* »Das Leben der jungen Fabrikmädchen in München. Die soziale und wirtschaftliche Lage ihrer Familie, ihr Berufsleben und ihre persönlichen Verhältnisse«. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 135. Leipzig 1911 – *Kiaer, A. W.:* Statistische Beiträge zur Beleuchtung der ehelichen Fruchtbarkeit. Christiana 1903 – *Kipp, H.:* »«Die Unehelichkeit«. Beihefte zur Zeitschrift für angewandte Psychologie 66. Hamburg 1933 – *König, R.:* »Soziologie der Familie«. Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 2. Stuttgart 1969, 172–305 – *König, R.:* Die Familie der Gegenwart. München 1974 – *König, R.:* Handbuch der empirischen Sozialforschung. Familie – Alter. Hg. *R. König.* Bd. 7. Stuttgart 1976, 1–217 – *Köcher, R.:* Einstellungen zur Ehe und Familie im Wandel der Zeit. Baden-Württemberg 1985 – *Kühn, H.:* »Psychologische Untersuchungen über das Stiefmutterproblem«. Beihefte zur Zeitschrift für angewandte Psychologie. 45. Hamburg 1929 – *Lengsfeld, W., Schwägler, G.:* »Ehen und nicht-eheliche Lebensgemeinschaften – die Familie im Umbruch. Nichteheliche Lebensgemeinschaften – Ergebnisse eines empirischen Projekts«. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft. H. 53. Wiesbaden 1987,

1–16 – *Le Play, F.:* Les ouvriers européens. 2. Aufl. Paris 1877 – *Mayr, G. von:* Handbuch des öffentlichen Rechts, Bevölkerungsstatistik. Freiburg 1897 – *Mead, M.:* Geschlecht und Temperament in primitiven Gesellschaften. Hamburg 1959 – *Mende, K.:* »Münchener jugendliche Ladnerinnen zu Haus und im Beruf«. Münchener Volkswirtschaftliche Studien. Berlin 1912 – *Hell, E.:* »Jugendliche Schneiderinnen und Näherinnen«. Münchener Volkswirtschaftliche Studien. Berlin 1911 – *Metlinger, A. B.:* »Pflege, Ernährung und Erziehung bis zum 7. Lebensjahr«. zit. in: Chronik der Kinderheilkunde von *A. Peiper*. 2. Aufl. Leipzig 1955 – *Mitterauer, M.:* »Faktoren des Wandels historischer Familienformen«. Familie – wohin? Hg. *H. Pross*. Hamburg 1979, 83–124 – *Mucke, R. J.:* Horde und Familie in ihrer urgeschichtlichen Entwicklung – Eine neue Theorie auf statistischer Grundlage. Stuttgart 1895 – *Murdock, G. P.:* Social Structure. New York 1949 – *Nave-Herz, R.:* Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland. 3. Aufl. Düsseldorf 1987 – *Nave-Herz, R.* Hg.: »Kontinuität und Wandel der Familie in der Bundesrepublik Deutschland«. Stuttgart 1988, 61–94 – *Neidhardt, F.:* Die Familie in Deutschland – gesellschaftliche Stellung, Struktur und Funktion. Opladen 1975 – *Nietzsche, F.:* Werke. Bd. VII. Leipzig 1910 – *Parsons, T.:* Beiträge zur soziologischen Theorie. Neuwied 1964 – *Pestalozzi, J. H.: »Buch der Mütter«. Sämtliche Werke. Bd. 15: Schriften aus den Jahren 1803–1804, bearbeitet von E. Dejung.* Zürich 1958 – *Prinzing, F.:* »Die sterilen Ehen«. Zeitschrift für Sozialwissenschaften. Berlin 1904. Bd. 1. 47–51; Bd. 2. 116–124 – *Quételet, A.:* Soziale Physik oder Abhandlung über die Entwicklung der Fähigkeiten des Menschen. Nach der Ausgabe letzter Hand (1835). 2 Bde. Jena 1914 u. 1921 – *Rattner, J.:* Große Pädagogen. München 1957 – *Raumer, F. von:* »Über Ehe und Familie«. Historisches Taschenbuch. Jg. 4. Leipzig 1833, 327–376 – *Riehl, W. H.:* Die Familie. 11. Aufl. Stuttgart 1897 (zuerst: 1855) – *Salomon, A.*, Hg: »Bestand und Erschütterung der Familie in der Gegenwart«. Dt. Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit. Berlin 1931 – *Salzmann, C. G.:* Ameisenbüchlein oder Anweisungen zu einer vernünftigen Erziehung der Erzieher; Nachdruck: Stuttgart 1949 – *Schelsky, H.:* Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Dortmund 1953 – *Schnapper-Arndt, G.:* »Fünf Dorfgemeinden auf dem Hohen Taunus – Eine socialstatistische Untersuchung über Kleinbauernthum, Hausindustrie und Volksleben«. Staats- und socialwissenschaftliche Forschung. Bd. 4. Heft 2. Leipzig 1883 – *Schneewind, K. A.:* Familienpsychologie – Plädoyer für die ›Geburtshilfe‹ einer überfälligen psychologischen Disziplin. Institut für Psychologie der Universität München. Forschungsbericht 4. 1986 – *Schröter, M.:* Wo zwei zusammenkommen im Recht der Ehe – und psychogenetische Studien über Eheschließungsvorgänge vom 12. bis 15. Jahrhundert. Frankfurt 1985 – *Schwägler, G.:* Soziologie der Familie – Ursprung und Entwicklung. Tübingen 1970 – *Staempfli, L.:* Die unvollständige Familie. Zürich 1951 – *Thurnwald, H.:* Gegenwartsprobleme Berliner Familien. Berlin 1948 – *Trost, J.:* Conceptualising the Familiy, unveröff. Manuskript. Dep. of Sociology. Universität Uppsala 1987 – *Tyrell, H.:* »Zwischen Interaktion und Organisation II – Die Familie als Gruppe«. Gruppensoziologie. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Hg. *F. Neidhardt*. 1983, 362–390 – *Tyrell, H.:* »Literaturbericht«. Nichteheliche Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Bd. 170. Stuttgart 1985, 93–140 – *Tyrell, H.:* »Helmut Schelskys Familiensoziologie«. Helmut Schelsky – Ein Soziologe in der Bundesrepublik. Stuttgart 1986, 45–55 – *Vives, L.:* Die Erziehung der Christen. 1523 – *Völger, G., Welck K. von*, Hg: Die Braut – zur Rolle der Frau im Kulturvergleich. Köln 1985 – *Weber, M.:* »Die ›Objektivität‹ sozialwissenschaftlicher Erkenntnis«. Soziologie – Weltgeschichtliche Analyen – Politik. Stuttgart 1956, 186–262 – *Weber-Kellermann, J.:* Die deutsche Familie – Versuch einer Sozialgeschichte, Frankfurt 1974 – *Westermark, E.:* Die Geschichte der menschlichen Ehe. 3 Bde.; deutsch: Jena 1891 – *Weyer, S.:* Westdeutsche Soziologie 1954–1960. Berlin 1984 – *Wingen, M.:* Nichteheliche Lebensgemeinschaften – Formen, Motive, Folgen. Osnabrück 1984 – *Wurzbacher, G.:* Leitbilder gegenwärtigen deutschen Familienlebens. 1. Aufl. Stuttgart 1951 – *Wurzbacher, G.:* »Zur bundesdeutschen Familien – und Sozialisationsforschung in den Nachkriegsjahren«. Zeitschrift für Soziologie 1987, 223–231 – Zentralarchiv für empirische Sozialforschung. Information Nr. 22. 1988, 23–28.

Neuere Theorieansätze in der Familienforschung

Giovanni B. Sgritta

Historisch-materialistische Theorien in der Familienforschung

1. Vorbemerkung

Eine systematische Theorie der Familie haben die Begründer des historischen Materialismus nicht entwickelt. Die eingehendsten Überlegungen zum Thema finden wir noch in *Engels* Schrift über den »Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats« (1884); sie sind jedoch alles andere als originell, denn *Engels* führt hier im wesentlichen nur die vom amerikanischen Anthropologen *Morgan* in seinem Werk »Anquient Society« (1877) vertretenen Thesen aus. Er bleibt damit ganz im traditionellen Rahmen der Evolutionstheorie, deren nicht unerhebliche methodologische Schwächen er zwangsläufig übernimmt (*Lèvi-Strauss,* 1958).
An Anhaltspunkten über die Richtung, die die Untersuchung der Familie einzuschlagen hat, fehlt es in den Werken von *Karl Marx* und *Friedrich Engels* nicht. An verschiedenen Stellen haben sie darauf verwiesen, daß die Logik der Produktion und die kapitalistische Form des Warenaustausches auch die innere Familienstruktur und die Stellung der Frau nicht unberührt lassen. Oftmals jedoch sind ihre Äußerungen miteinander unvereinbar, und auf keinen Fall begründen sie eine kompakte und hinreichend artikulierte Theorie der Familie. Weit mehr hat der historische Materialismus im Vergleich dazu für die Analyse der Produktionsverhältnisse im allgemeinen und für den Verwertungsprozeß des Kapitals im besonderen geleistet.

2. Die Grundlagen

Gleich zu Anfang wollen wir betonen, daß die offensichtlichen Mängel der bisher durchgeführten historisch-materialistischen Studien zur Familienstruktur keine direkte und notwendige Folge der spezifischen philosophischen Grundlagen sind. Für eine angemessene Erkenntnis der menschlichen Gesellschaft und ihrer Mechanismen müssen nach der historisch-materialistischen Anschauung zwei Voraussetzungen erfüllt sein; eine Theorie der Familie, auf welche Epoche sie sich auch beziehen mag, kann auf sie ebensowenig verzichten. Erstens muß jeder Akt des Menschen aus einem historischen Blickwinkel betrachtet werden, da die Geschichte eines einzelnen Individuums »keineswegs von der Geschichte der vorhergegangenen und gleichzeitigen Individuen loszureißen ist, sondern von ihr bestimmt wird« (*Marx/Engels,* 1969, 423). Zweitens muß jede gesellschaftliche Analyse von den materiellen Lebensbedingungen ausgehen, denn »die Produktion, und nächst der Produktion der Austausch Ihrer Produkte, (ist) die Grundlage aller Gesellschaftsordnung« (*Engels,* 1962, 210). In der Deutschen Ideologie, wo *Marx* und *Engels* den historisch-materialistischen Ansatz am ausführlichsten begründet haben, heißt es dazu auch ganz einfach, daß »die Menschen imstande sein müssen zu leben, um

›Geschichte machen‹ zu können. Zum Leben aber gehört vor allem Essen und Trinken, Wohnung, Kleidung und noch einiges andere. Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst« (*Marx/Engels,* 1969, 28). Das Handeln des individuellen Menschen erschöpft sich aber nicht in der Produktion und Reproduktion des eigenen materiellen Lebens. Er reproduziert überdies die Art und stellt damit den Fortbestand der menschlichen Gesellschaft sicher: dieselben »Menschen, die ihr eigenes Leben täglich neu machen, fangen (an), andere Menschen zu machen, sich fortzupflanzen«, woraus »das Verhältnis zwischen Mann und Weib, Eltern und Kindern, die Familie« entsteht (*Marx/Engels,* 1969, 29).

Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens vollziehen sich also auf zwei verschiedenen Ebenen. Sie betreffen einerseits »die Erzeugung von Lebensmitteln, von Gegenständen der Nahrung, Kleidung, Wohnung und den dazu erforderlichen Werkzeugen; andererseits die Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung. Die gesellschaftlichen Einrichtungen, unter denen die Menschen einer bestimmten Geschichtsepoche und eines bestimmten Landes leben, werden bedingt durch beide Arten der Produktion: durch die Entwicklungsstufe einerseits der Arbeit, andererseits der Familie« (*Engels,* 1975, 27–28). Beide Momente liegen der gesellschaftlichen Entwicklung zugrunde und bestimmen die Züge, die allen besonderen menschlichen Gemeinschaften gemeinsam sind. Welche gesellschaftliche Gruppe wir auch für die Untersuchung wählen, nach welchem erkenntnistheoretischen Ansatz wir auch vorgehen: Auf eine Analyse der Art und Weise, in der sie die mit der Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens zusammenhängenden Probleme gelöst hat, können wir auf keinen Fall verzichten. Jede gesellschaftliche Gruppe ist als solche materiell existent und hat eine eigene Geschichte. Jede von ihnen hat in ihrem Innern ein relativ stabiles System von Beziehungen entwickelt und stellt Lösungen bereit, die ihren Mitgliedern das tägliche Überleben sichern.

Nach den philosophischen Grundlagen des historischen Materialismus wollen wir noch kurz dessen Methode umreißen. Auch in dieser Hinsicht haben *Marx* und *Engels* wichtige Hinweise gegeben, die sich mit den unterschiedlichsten gesellschaftstheoretischen Konzepten vereinbaren lassen. Von fundamentaler Bedeutung ist die genaue Beobachtung der Fakten; sie allein ermöglicht, »in jedem einzelnen Fall den Zusammenhang der gesellschaftlichen und politischen Gliederung mit der Produktion empirisch und ohne alle Mystifikation und Spekulation aufzuweisen« (*Marx/Engels,* 1969, 25). Dementsprechend muß auch die Familie »nach den existierenden empirischen Daten, nicht nach dem Begriff der Familie ... behandelt und entwickelt werden« (*Marx/Engels,* 1969, 29). Nicht von abstrakten Bestimmungen dürfen wir also ausgehen; untersucht werden müssen die konkreten Verhaltensmuster, die die Familie konstituieren, die konkreten Formen, die sie annimmt, die Art und Weise, in denen ihre einzelnen Komponenten in konkreten Verhältnissen, das heißt »unter bestimmten materiellen und von ihrer Willkür unabhängigen Schranken, Voraussetzung und Bedingungen« agieren (*Marx/Engels,* 1969, 25).

3. Der historische Materialismus und die Familie

Eine kompakte Familientheorie haben – wie bereits erwähnt – die Klassiker des historischen Materialismus nicht entwickelt, und auch die in ihren Schriften zahlreich verstreuten Beobachtungen über die Familie und die Stellung der Frau lassen sich nicht in einen hinreichend systematischen Zusammenhang bringen. *Marx* und seine orthodoxen Nachfolger haben in diesem Fall den Anspruch der historisch-materialistischen Methode selbst nicht erfüllt. Sie konzentrieren sich bei ihren Analysen der Familie und deren produktive Aktivitäten einseitig auf die materialistischen Aspekte, die sie überdies mit der allgemeinen Kategorie der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu erfassen suchen. An keiner anderen Stelle ihres theoretischen Werkes zeigt sich so deutlich, welch große Bedeutung sie der Produktionssphäre vor allen anderen gesellschaftlichen Teilsphären zuschreiben (*Marx,* 1971; *Lenin,* 1954; *Luxemburg,* 1921; *Hilferding,* 1910). Das jeweils Spezifische von Produktionssphäre und Reproduktionssphäre, mögliche Gegensätze oder Unterschiede, die zwischen ihnen bestehen, kommen bei ihnen damit nicht in den Blick. Die konkreten Formen familiärer Gemeinschaft, die Art und Weise, in der die inneren Beziehungen geregelt sind, die Ideologien und Gefühle, die ihnen zugrunde liegen, begreifen sie als bloßen Ausdruck einer jeweiligen Entwicklungsstufe der materiellen Produktivkräfte und der ihnen entsprechenden Produktionsverhältnisse, als nicht notwendige Teile eines größeren Zusammenhangs und mächtigeren Willens (*Marx/Engels,* 1969, 164).

Am deutlichsten zeigt sich dies bei ihren Ausführungen zur Reproduktion der Arbeitskraft. Zwei Voraussetzungen müssen nach *Marx* erfüllt sein, damit die Produkte Warenform annehmen können. Im Kapital (1867) heißt es erstens: »Um Ware zu werden, darf das Produkt nicht als unmittelbares Subsistenzmittel für den Produzenten selbst produziert werden« (1971, 183). Unabdingbar ist zweitens eine »so weit entwickelte Teilung der Arbeit innerhalb der Gesellschaft, daß die Scheidung zwischen Gebrauchswert und Tauschwert ... bereits vollzogen ist« (1971, 183). Woraus folgt, daß auch die beiden Sphären der Produktion von Tauschwerten und der Produktion von Gebrauchswerten auseinanderfallen. Die Produktion von Gebrauchswerten wird besonderen Institutionen zugeordnet, die zwar außerhalb des Produktionsprozesses der Waren stehen, von ihm aber gleichzeitig beherrscht werden (1971, 49).

Die Familie hat dementsprechend im Kapitalismus die Funktion, die unmittelbaren Bedürfnisse des Arbeiters zu befriedigen, »seine eigene Erhaltung« oder »beständige Reproduktion« als Arbeitskraft sicherzustellen (1971, 230). Als Ort des individuellen Konsums vollzieht sich in ihr die »Rückverwandlung der vom Kapital gegen Arbeitskraft veräußerten Lebensmittel in vom Kapital neu exploitierbare Arbeitskraft« (1971, 597). Insofern hier zudem die Interessen der Kapitalisten mit den Interessen des Arbeiters an seiner Erhaltung zusammenfallen, kann jener »ihre Erfüllung getrost dem Selbsterhaltungs- und Fortpflanzungstrieb der Arbeiter überlassen« (1971, 598).

Klar erkennen wir schon jetzt die Grenzen, die der Entwicklung einer eigenständigen historisch-materialistischen Familientheorie gesetzt sind. Für die Vertreter des

historischen Materialismus zielt der kapitalistische Produktionsprozeß vorrangig auf die Schaffung von Mehrwert, der die Erhaltung des Produzenten untergeordnet ist. Jede notwendige Arbeit, die keinen Mehrwert erzeugt, ist in ihren Augen überflüssig und wertlos. Der individuelle Konsum und die für dessen Realisierung unentbehrliche Arbeit, d. h. die Hausarbeit und die Arbeit im familiären Rahmen, erscheinen bei ihnen damit als bloßes Zubehör des Kapitals, »als ein dem kapitalistischen Produktionsprozeß unwesentlicher Mißbrauch« (1971, 597).
Zwei Konsequenzen ergeben sich daraus für die Reichweite des historisch-materialistischen Ansatzes. Erstens erfaßt er nur die äußeren, weil durch die Produktionssphäre bestimmten Aspekte der Familienstruktur, die er unter dem Gesichtspunkt des Nutzens für das Kapital betrachtet. Die spezifischen innerfamiliären Prozesse und Beziehungen bleiben hingegen unberücksichtigt. Die Art und Weise der Reproduktion der Arbeit im familiären Rahmen blendet er ebenso aus, wie deren Einfluß auf die gesellschaftliche Organisation. Nur einige der damit verbundenen Problembereiche, deren Kenntnis auch für ein angemessenes Verständnis der gesamtgesellschaftlichen Prozesse unabdingbar sind, seien hier genannt: das Verhältnis zwischen Familienorganisation und Bedürfnisbefriedigung ihrer Mitglieder; der über die Hausarbeit vermittelte Umwandlungsprozeß der Geldmittel, die der Familie zur Verfügung stehen, in Subsistenzmittel; die persönliche Natur der im familiären Rahmen geleisteten Arbeit; die Bedeutung archaischer und traditionalistischer Ideologien (Patriarchat) für die Gestaltung der ehelichen Beziehungen und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung; die Pläne, die die Familien entwickeln, um bestimmte Wohlstandsziele zu erreichen.
Zweitens übergeht der historisch-materialistische Ansatz, indem er sich fast ausschließlich auf die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und auf die im Verwertungsprozeß des Kapitals angewandten Strategien konzentriert, wichtige Veränderungen der kollektiven Lebensbedingungen, die die für die spätkapitalistische Gesellschaft typische Ausweitung der staatlichen Interventionen im gesellschaftlichen Bereich hervorgerufen hat. Es handelt sich dabei um Eingriffe zur sozialen Vorsorge, zur Sicherung der Einkommen, zur Regulierung des Bildungs-, Ausbildungs- und Gesundheitswesens und zur Aktivierung der Wohnungspolitik, die insgesamt darauf zielen, die Voraussetzungen für die Reproduktion der Arbeitskraft zu verbessern.

4. Der historische Materialismus und die moderne Soziologie

Die großen Fortschritte der Sozialforschung haben die Schwächen des historisch-materialistischen Ansatzes zur Erklärung der Familie und der reproduktiven Prozesse mit der Zeit immer deutlicher hervortreten lassen. Es verwundert daher nicht, wenn er in der Zwischenkriegszeit in den westlichen Staaten kaum einen Einfluß auf die Entwicklung der Familienforschung gehabt hat. Allgemein herrschte in diesen Jahren die strukturell-funktionalistische Theorie vor (*Sgritta,* 1988).
Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich das Bild jedoch langsam. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre begann eine lang anhaltende, bis fast ans Ende der

siebziger Jahre reichende Debatte, in deren Verlauf der strukturell-funktionalistische Ansatz hinterfragt, die Gültigkeit seiner theoretischen Annahmen bestritten und der ideologische Charakter durch die gewonnenen empirischen Erkenntnisse aufgewiesen wurde. Verbunden war damit auch indirekt eine Aufwertung der erkenntnisleitenden Kategorien des historischen Materialismus und überhaupt des Marxismus. Nicht die mit der Veränderung der gesellschaftlichen Realität sichtbar gewordenen theoretischen Mängel und Widersprüche haben also das Interesse an ihm neu geweckt. Der Anstoß kam vielmehr von außen, d. h. von einer radikalen Kritik an dem bisher vorherrschenden Paradigma der strukturell-funktionalistischen Theorie. Dieser Umstand prägte die weitere Entwicklung nachhaltigst.

Eine erste, insbesondere für die Geschichte des sozialen Denkens bedeutsame Konsequenz daraus war, daß man die zwischen der marxistischen und der strukturell-funktionalistischen Familientheorie durchaus bestehenden Berührungspunkte völlig übersah. Denn obgleich beide von vollkommen verschiedenen Voraussetzungen ausgehen, gibt es zwischen ihnen nicht wenige Gemeinsamkeiten. Für beide handelt es sich bei der Familie um eine eigenständige Institution, die gegenüber der Markt- und Produktionssphäre nur einen nachgeordneten Rang einnimmt. Die Elemente, die in der modernen Gesellschaft Familie, Markt und Staat miteinander verknüpfen, haben sie deshalb nicht erkennen können. Ebensowenig vermochten sie die mit der Intervention des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft zusammenhängenden Grundmerkmale des spätkapitalistischen Systems zu erfassen. Überdies schätzten sie die Stellung der Frau falsch ein. Die Hausarbeit war für sie zu unmittelbar gegeben, als daß sie darin noch ein Problem hätten sehen können. Sie gehörte für sie wesentlich zur Rolle der Frau, nicht aber als ein Aspekt zu dem Verhältnis von Produktions- und Reproduktionssphäre. Deshalb hielten sie sie einer ernsthaften wissenschaftlichen Erörterung nicht wert.

Aus der mangelhaften Einsicht in die Schwächen des marxistischen Ansatzes ergab sich als zweite und für uns wichtigere Konsequenz, daß die theoretische Debatte sich vorrangig auf die richtige Auslegung des *Marx*'schen Denkens beschränkte. Zu kurz kam bei den mitunter pedantischen Abgrenzungs-, Ausgrenzungs- und begrifflichen Bestimmungsversuchen eine gründliche Revision der marxistischen Theorie, um sie der Entwicklung der modernen Gesellschaft anzupassen und für ihre Erforschung nutzbar zu machen.

Eine dritte Konsequenz ist politischer Natur. Das Interesse am historischen Materialismus erneuerte sich in einer Phase akuten sozialen Protestes und fiel im besonderen mit der Ausbreitung und Radikalisierung der Frauenbewegung zusammen. Tatsächlich hatten die Wissenschaftler, die an ihre Leitideen bewußt oder unbewußt anknüpften, erheblichen Anteil an jener theoretischen Grundsatzdiskussion. Auf den ersten Blick scheint es, als sei es ihnen um die Anerkennung der ökonomischen Funktion der Familie und der Rolle der Hausfrau gegangen. Bei *James* heißt es beispielsweise: »Im Kapitalismus ist die Familie Ort der Konditionierung, des Konsums und Reservoir von Arbeitskraft, vor allem aber ist sie Ort der Produktion« (1972, 21). Letztlich zielten sie jedoch darauf, die politische Rolle der Frau zu bekräftigen und ihr eine dieser Rolle entsprechende gesellschaftliche Machtposition zuzubilligen.

Die aus dem Marxismus ableitbare Forderung nach politischer Befreiung (*Marx/Engels,* 1967; *Engels,* 1975, 158; *Zetkin,* 1957, 219; *Bebel,* 1964) nahm in einem solchen Kontext eine zentrale Stellung ein, die sich wissenssoziologisch erklären läßt. Sie eignete sich nämlich nicht nur für eine radikale Kritik an der am Ordnungs- und Gleichgewichtsprinzip ausgerichteten zeitgenössischen Soziologie. Insofern sie dem völlig entgegengesetzten Konzept des Kampfes und des Interessenkonflikts verpflichtet war und den Primat der Politik beförderte, gab sie der Frauenbewegung zugleich auch die theoretischen Mittel an die Hand, um ihre eigenen praktischen Zwecke zu erreichen.
Die konkrete Forschung war damit jedoch erheblichen Belastungen ausgesetzt. Auf ihre Themenwahl wirkte sich nachhaltigst aus, daß sie einerseits die politischen Motive der Frauenbewegung zu berücksichtigen und andererseits die Kohärenz der wissenschaftlichen Theorie sicherzustellen hatte. So widmete man sich den mit der Hausarbeit verbundenen Problemen mit übertrieben starker Aufmerksamkeit, vernachlässigte hingegen andere nicht minder wichtige Gegenstandsbereiche der gesellschaftlichen Realität; vor den im eigentlichen Sinne soziologischen und kulturellen wurden die ökonomischen und politischen Aspekte der Familie und der Stellung der Frau untersucht; die ideologische Funktion der staatlichen Einrichtungen interessierten mehr als die Wirkung sozialpolitischer Entscheidungen.

5. Die neuen theoretischen Modelle: Produktion und Hausarbeit

Keinen der in jenem Jahrzehnt entwickelten neuen Ansätze können wir hier eingehend erörtern. Wir beschränken uns darauf, die Beiträge *Secombes* und *Gardiners* kurz vorzustellen. Sie haben den Gang der Diskussion wesentlich beeinflußt, so daß ihre Positionen für die einer Vielzahl anderer Autoren stehen.
Beide ließen sich von den *Marx*'schen Kategorien der produktiven und unproduktiven Arbeit leiten, die sie zu erhellen versuchten. *Secombe* ging dabei im Anschluß an *Marx* vom historischen Charakter der Trennung von Familie und Produktionsort aus. Der Familie falle die Reproduktion der Arbeitskraft zu, während der Industriesektor Güter und Dienstleistungen für den Markt produziere. Hinzu träte eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die die Männer der Produktionseinheit, die Frauen der Reproduktionseinheit zuordne.
Wie anderen vor ihm (*Benston,* 1969; *Dalla Costa,* 1972) hat auch die sozialistische Komponente der Frauenbewegung *Secombe* vorgeworfen, er habe die geschlechtsspezifische Rollenverteilung, die hätte erklärt werden müssen, als gegeben hingenommen. Ein für die Lage der Frau in der modernen Gesellschaft kennzeichnender wichtiger Umstand, die Ausübung einer bezahlten Tätigkeit außer Haus und neben der Hausarbeit, sei ihm von daher entgangen (*Wainwright,* u. a. 1974).
Secombe skizziert seine Theorie nun folgendermaßen: »Da die Lohnform ausschließlich dem Industriesektor angehört ..., ist nur die Arbeit in diesem Sektor direkt mit der Entwicklung der Produktivkräfte verbunden« (1974, 6). Die Hausarbeit bleibt für *Secombe* von dieser Entwicklung ausgeschlossen, womit jedoch nicht gesagt ist, daß sie in keiner Beziehung zum Kapital steht. Denn die Familie

»konsumiert die Subsistenzmittel, die sie auf dem Warenmarkt erwirbt, und reproduziert durch sie Arbeitskraft, die auf dem Arbeitsmarkt an das Kapital verkauft werden soll« (1974, 7). Tatsächlich hatte schon *Marx* beobachtet, daß der Wert der Arbeitskraft, »gleich dem jeder anderen Waren, bestimmt (war), bevor sie in die Zirkulation eintrat, denn ein bestimmtes Quantum gesellschaftlicher Arbeit« war zu ihrer Produktion verausgabt worden (1971, 188). Mit anderen Worten: Das mit der Lohnzahlung erworbene Gut läßt sich nicht unmittelbar als solches konsumieren, sondern muß erst in ein »Konsumgut« umgewandelt werden. Es enthält dementsprechend ein bestimmtes Quantum Hausarbeit. Erst dieses Quantum Arbeit ermöglicht die Reproduktion der Arbeitskraft. Auf diese Weise aber nimmt auch die Arbeit der Hausfrau Wertform an; sie ist Teil des Wertes, »den die Arbeitskraft in dem Moment erzielt, in dem sie verkauft wird« (*Secombe,* 1974, 9).

Für *Secombe* folgte aus diesen Überlegungen in erster Linie, daß mit dem Lohn nur scheinbar allein die Arbeit des Arbeiters entgolten wird. Der äußeren Form nach sei die Hausarbeit privatisierte Arbeit, da sie sich außerhalb des Marktes vollzieht und demnach nicht dem Wertgesetz unterliegt; in Wirklichkeit aber sei auch sie über die Arbeit des Arbeiters indirekt mit dem Verwertungsprozeß des Kapitals verknüpft: »Jede Arbeit produziert Wert, wenn sie nur den beliebigen Teil einer Ware, die auf dem Markt gegen andere Waren ausgetauscht werden kann, produziert« (1974, 9). Der Wert der Hausarbeit entspricht dabei im übrigen jenem Teil des Arbeitslohns des Arbeiters, auf den die Hausfrau für ihre Leistungen Anspruch hat.

Hier geriet *Secombe* in einen unauflöslichen Widerspruch. Ausdrücklich schrieb er, daß die Hausfrau für ihre effektiv geleistete Arbeit den entsprechenden (gerechten) Gegenwert erhalte. Zugleich übernahm er die *Marx*'sche These, daß der Arbeiter nicht den genauen Gegenwert, der durch seine Arbeit produzierten Waren, sondern nur mit dem Wert, der für die Erhaltung seiner Arbeitskraft notwendigen Güter, d. h. mit »einer bestimmten Summe von Lebensmitteln« (1971, 186), entlohnt werde. Die sich aufdrängende Frage, warum das Kapital unter diesen Umständen überhaupt noch an der Aufrechterhaltung der privaten Hausarbeit interessiert sei, konnte *Secombe* jedoch nicht beantworten; ebensowenig vermochte er mit seiner Theorie die Herausbildung der verschiedenen Formen ökonomischer Abhängigkeit und die ungleiche Verteilung von Macht und Einfluß innerhalb der Familie zu erklären.

Zwei Jahre später, auf dem Höhepunkt der Debatte über die Hausarbeit (*Harrison,* 1974; *Clegg/Bernstein,* 1974; *Lebowitz,* 1974; *Gough/Harrison,* 1975; *Barker/Allen,* 1976), legte *Gardiner* seine Studie über das Verhältnis von Produktions- und Reproduktionssphäre vor. Er ging von denselben Stellen im *Marx*'schen Werk aus, gelangte aber zu anderen Schlüssen. Für *Gardiner* besteht zwar eine direkte proportionale Beziehung zwischen dem Wert der vom Arbeiter konsumierten Waren und dem Arbeitslohn, nicht aber zwischen Lohn und Hausarbeit. Hier sei das genaue Gegenteil der Fall: »Die Arbeitszeit, die die Hausfrau zur Pflege und Versorgung des Mannes und der Kinder aufwendet, verhält sich in der Regel umgekehrt proportional zur Höhe des Arbeitslohnes, denn sie muß durch eigene Arbeit all jene Waren ersetzen, die auf dem Markt zu kaufen der Lohn des Mannes nicht ausreicht« (1976, 113). Der Arbeitslohn des Mannes decke demnach »nicht die

gesamten Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft, sondern nur die Kosten der erworbenen und von der Familie des Arbeiters konsumierten Waren« (1976, 114). *Marx'* Annahme, daß der durchschnittliche Arbeitslohn des Arbeiters, der für die Erhaltung und Reproduktion der Arbeitskraft erforderlichen Arbeitszeit entspreche, hielt *Gardiner* für durchaus richtig; darüber hinaus aber stellte er fest, daß die von der Hausfrau aufgebrachte Arbeitsmenge für gewöhnlich größer sei (surplus labour) als »die in den Waren vergegenständlichte Arbeit, die die Frau konsumiert und die vom Arbeitslohn des Ehemannes gekauft werden« (1976, 114).

Nehmen wir beispielsweise an, der Arbeiter arbeite 12 Stunden, produziere aber bereits in 6 Stunden den Gegenwert seines vom Kapitalisten gezahlten Arbeitslohns. Nehmen wir ferner an, die Reproduktion der Arbeitskraft des Mannes und die Erhaltung und Reproduktion der ganzen Familie erfordere 12 Stunden Hausarbeit. Die vom Ehemann und von der Ehefrau verausgabte Gesamtarbeitszeit beläuft sich damit auf 24 Stunden. Zu den 6 Stunden notwendiger Arbeitszeit, d. h. zur Arbeitszeit, die der Arbeiter braucht, »um den Wert seiner Arbeitskraft zu produzieren, und dadurch die zu seiner eigenen Erhaltung oder beständigen Reproduktion nötigen Lebensmittel zu gewinnen« (*Marx,* 1971, 230), müssen also noch die von der Hausfrau zu demselben Zweck aufgewandten 12 Stunden Hausarbeit hinzugezählt werden. Es bleibt damit bei den 6 Stunden Mehrarbeit des Ehemannes (surplus labour).

Bei der Hausarbeit handelt es sich nach *Gardiner* also nicht um eine für das Kapital unmittelbare produktive Arbeit. Indem sie aber die Kosten für die Erhaltung und Reproduktion der Arbeitskraft reduziert, trägt sie indirekt doch zur Profitbildung bei. *Gardiner* nannte drei Merkmale, durch die sich die Hausarbeit von jedem anderen Arbeitsverhältnis unterscheide:

1. ihre jedes materielle Interesse überlagernde persönliche Natur;
2. ihre Unentgeltlichkeit aufgrund der ökonomischen Abhängigkeit der Frau vom Mann;
3. die mit der Hausfrauenrolle verbundenen erheblichen gesellschaftlichen Nachteile, da die Möglichkeiten der Frau, überhaupt einer bezahlten Arbeit und im besonderen einer Arbeit mit wirklichen Karriereaussichten nachzugehen, begrenzt sind.

Für *Gardiner* folgte daraus, daß die Stellung der Frau, die durch zwischenmenschliche Beziehungen und Verhaltensgewohnheiten wesentlich bestimmt ist, sich nicht als ein Klassenverhältnis begreifen läßt.

6. Kritische Schlußbemerkungen

Andere Autoren haben den historisch-materialistischen Ansatz angewandt, um dieselben Probleme unter dem Gesichtspunkt der Ökonomie, der Politik, der Entwicklung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern, der patriarchalischen Ideologie usw. zu erörtern. Obgleich sie dabei nicht selten zu bemerkenswerten Ergebnissen gelangt sind, fehlt ihnen eine sichere Basis. Vor allem aber ist die allgemeine Tendenz, die in ihren Studien zum Ausdruck kommt, sehr widersprüch-

lich. Auf der einen Seite entfernen sie sich immer mehr von den grundlegenden Prinzipien des historischen Materialismus. Sie lassen die geschichtliche Einbindung der von ihnen behandelten Gegenstände außer acht; sie ignorieren selbst die historisch-materialistische Grundidee, »daß in jeder geschichtlichen Epoche die vorherrschende wirtschaftliche Produktions- und Austauschweise und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung die Grundlage bildet, auf der die politische und die intellektuelle Geschichte dieser Epoche sich aufbaut« (*Engels,* 1979, 357). Auf der anderen Seite berücksichtigen gerade die Autoren neuerer Studien diese Prinzipien sehr wohl, doch sie betten sie in völlig neue theoretische Ansätze ein. In dem Maße, in dem sich dabei ihr Stellenwert ändert, wandeln sich aber auch die Ergebnisse. So hat *Flax* beispielsweise schreiben können, daß »die feministische Theorie nicht eine marxistische Antwort auf die von der Frauenbewegung aufgeworfenen Fragen, sondern vielmehr das Gegenteil verlangt« (1982, 239). Die Frauenbewegung hat in den 60er und 70er Jahren mit ihrem Problembewußtsein die Zahl der Arbeiten auf historisch-materialistischer Basis anwachsen lassen. Dieselbe Frauenbewegung hat paradoxerweise eine Abkehr von diesem Ansatz bewirkt. Sie hat neue Fragestellungen entwickelt, die nicht von ungefähr kommen, sondern eine Folge des radikalen Wandels unserer heutigen Gesellschaft sind (*Dickinson/Russel,* 1986; *Thorney/Jalom,* 1982; *Nicholson,* 1986; *O'Brien,* 1981). Die Komplexität des ganzen Systems hat sich erhöht; die Frau hat sich fast vollständig in die Arbeitswelt eingegliedert; einer wachsenden Zahl von Personenkreisen und Kategorien werden die Bürgerrechte zugesprochen, die Legitimität ihrer Bedürfnisse wird mehr und mehr anerkannt; das Verhältnis zwischen Familie, Markt und Staat hat sich – insbesondere seit der Krise des Wohlfahrtsstaates – grundlegend gewandelt.

All diese Veränderungen und die damit verbundenen Herausforderungen für die moderne Gesellschaft fassen die Kategorien des historischen Materialismus nicht; sie greifen entschieden zu kurz. Nur partielle Korrekturen der theoretischen Anlage dürften kaum ausreichen, um diesen Mangel zu beheben. Nötig sind radikale Einschnitte. Neue Forschungsinstrumente müssen angewandt, die fachdisziplinäre Beschränkung muß aufgebrochen werden; verschiedene Interpretationsebenen sind bei der Erforschung der gesellschaftlichen Realität gleichzeitig heranzuziehen. Auch die Gesellschaftstheorie kann von der Komplexität ihres Untersuchungsgegenstandes nicht absehen.

(Aus dem Italienischen übersetzt von *Gerhard Kuck)*

Literatur

Barker, L. u. Allen, S., Hgs.: Dependence and Exploitation in Work and Marriage. London 1976 – *Bebel, A.:* Die Frau und der Sozialismus. Berlin 1964 – *Benston, M.:* »The Political Economy of Women's Liberation«. Monthly Review. 4. 1969 – *Clegg, J., Bernstein, F.:* »Marxist-Feminism and Marxism-Leninism (or from Socialist Women to Marxist Feminists)«. Women & Socialism. Conference Paper 3. Birmingham Women's Liberation Group. Birmingham 1974 – *Dalla Costa, M. R.:* Potere femminile e sovversione sociale. Padova 1972 –

Dickinson, J., Russel, B., Hgs.: Family, Economy and the State. Beckenham 1986 – *Engels, F.:* Die Entwicklung des Sozialismus von Utopie zur Wissenschaft. Marx-Engels Werke. Bd. 21. Berlin 1962 – *Engels, F.:* Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Marx-Engels Werke. Bd. 21. Berlin 1975 – *Engels, F.:* »Vorrede zum Manifest der kommunistischen Partei, englische Ausgabe von 1888«. Marx-Engels Werke. Bd. 21. Berlin 1979 – *Flax, J.:* »The Family in Contemporary Feminist Thought: A Critical Review«. The Family in Political Thought. Hg. *Elshtain, J. B.* Brighton, 1982 – *Gardiner, J.:* »Political Economy of Domestic Labour in Capitalist Society«. Dependence and Exploitation in Work and Marriage. Hgs. *Barker, L.* u. *S. Allen.* London 1976 – *Gough, I., Harrison, J.:* »Unproductive Labour and Housework Again«. Bulletin of the Conference of Socialist Economists. 4. 1975 – *Harrison, J.:* »The Political Economy of Housework«. Bullettin of the Conference of Socialist Economists. 3. 1974 – *Hilferding, R.:* Das Finanzkapital. Wien 1910 – *James, S.:* »Einleitung«. Potere femminile e sovversione sociale. Hg. *Dalla Costa, M. R.* Padova 1972 – *Lebowitz, M.:* »The Political Economy of Housework«. Bullettin of the Conference of Socialist Economists. 3. 1974 – *Lenin, V. I.:* Lo sviluppo del capitalismo in Russia, ital. Übersetzung, Roma 1954 – *Lèvi-Strauss, C.:* Anthropologie structurale. Paris 1958 – *Luxemburg, R.:* Die Akkumulation des Kapitals. Leipzig 1921 – *Marx, K.:* Das Kapital. Marx-Engels Werke. Bd. 1. Berlin 1971 – *Marx, K., Engels, F.:* Manifest der kommunistischen Partei. Berlin 1967 – *Marx, K., Engels, F.:* Die deutsche Ideologie. Marx-Engels Werke. Bd. 3. Berlin 1969 – *Nicholson, L. J.:* Gender and History. New York 1986 – *O'Brien, M.:* The Politics of Reproduction. London 1981 – *Secombe, W.:* »The Housewife and Her Labour under Capitalism«. New Left Review. 83. 1974 – *Sgritta, G. B.:* »Lavoro e famiglia«. Trattere di sociologia del lavore e dell' organizzazione. Le tipologie. Hgs. *De Mari, D.* u. *A. Bonanzini,* Roma 1987 – *Thorney, B., Jalom, M.*, Hgs.« Rethinking the Family, New York 1982 – *Wainwright, H., Coulson, M., Magas, B.:* »Some Critical Notes on Wally Secombe's ›The Housewife and Her Labour under Capitalism‹«. Women & Socialism. Conference Paper 3. Birmingham Women's Liberation Group. Birmingham 1974 – *Zetkin, C.:* »Was die Frauen Karl Marx verdanken«. Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 1. Berlin 1957.

Hans-Joachim Schulze/Hartmann Tyrell/Jan Künzler

Vom Strukturfunktionalismus zur Systemtheorie der Familie

1. Strukturfunktionalismus und Systemtheorien in der Soziologie

In der Entwicklung der Systemtheorie (einführend *Willke,* 1987), die vor ca. vier Jahrzehnten einsetzte, lassen sich fünf Phasen bzw. Varianten unterscheiden, die sich zum einen anhand der jeweiligen Auffassung des System-Umwelt-Verhältnisses und zum anderen anhand ihrer Verwendung des Strukturbegriffs voneinander abgrenzen lassen.

1) Zunächst ist die strukturell-funktionale Systemtheorie zu nennen; sie ist in erster Linie von *Parsons* (u. a. 1951) geprägt, muß aber von dessen früherer Handlungstheorie und einem bes. in der Kulturanthropologie verwendeten Strukturfunktionalismus *(Malinowski, Radcliffe-Brown)* abgesetzt werden. In einer ersten Phase betont *Parsons* den Gesichtspunkt der (Binnen-)Differenzierung von Systemen und führt diese auf die allgemeine Unterscheidung von vier Systemfunktionen (AGIL-Schema) zurück; das Bestandserhaltungsproblem von Systemen wird in den Dimensionen Zeit (Gegenwart, Zukunft) und Raum (innen und außen) rekonstruiert; durch Kreuztabellierung erhält Parsons vier systemuniverselle Funktionen, denen je ein Subsystem zugeordnet wird: Adaption (A), Goal Attainment (G), Integration (I), Latent Pattern Maintenance (L). Obwohl seine familiensoziologischen Arbeiten größtenteils in engstem Zusammenhang mit dem AGIL-Schema entstanden sind, hat Parsons das AGIL-Schema nie explizit auf die Familie angewandt. Darüberhinaus wird dem Problem der Strukturerhaltung große Aufmerksamkeit zuteil.

2) Die zweite Phase der Parsonsschen strukturell-funktionalen Systemtheorie wendet sich inhaltlich von der Familienthematik ab (vgl. aber *Bell/Vogel,* 1968), und akzentuiert die Verknüpfung und Verbindung von Systemen und ihrer Umwelt; es werden intersystemische Austauschvorgänge in ihrer Vermittlung durch Interaktionsmedien und Interpenetration (*Parsons,* 1968 b: 460 f., 1980; zuletzt *Künzler,* 1986) konzipiert. Soziale Systeme werden im Hinblick auf Bedingungen und Mechanismen ihrer Umweltverflochtenheit konstruiert; wesentlich sind hier der Rückgriff auf das Input-/Output-Schema und die Fragen nach der kulturellen Steuerung des Sozialsystems.

3) Zeitlich parallel zur Entwicklung der strukturell-funktionalen Systemtheorie etablierte sich die interdisziplinär orientierte »general systems theory« (*Bertalanffy,* 1969), die als kybernetische Systemtheorie in die Sozialwissenschaften Eingang fand (*Buckley,* 1967). Soziale Systeme gelten als offene, komplexe, anpassungsfähige, zielorientierte Einheiten, die in der Lage sind, in Abhängigkeit von Umweltereignissen interne Strukturen zu modifizieren, wenn es die Aufrechterhaltung ihrer Leistungen oder des Systembestandes im Ganzen erforderlich macht. Die Prozesse

der Umweltanpassung sozialer Systeme stehen im Vordergrund der Analyse, bloße Strukturerhaltung gerät unter Pathologieverdacht.

4) In deutlichem Unterschied zur strukturell-funktionalen und zur kybernetischen Systemtheorie entwickelt *Luhmann* (1970) seit der Mitte der 60er Jahre seine System-Umwelt-Theorie. Soziale Systeme werden hier als Sinnzusammenhang sozialer Handlungen verstanden, der sich gegen eine Umwelt nicht dazugehöriger Handlungen abgrenzt. Neu ist hier die radikale Frage nach der Funktion von Strukturen und von Systembildung überhaupt; diese wird generell in einer Reduktion von Komplexität gesehen. So gewinnen Systeme gegenüber ihrer Umwelt ein Verhältnis der relativen Autonomie; für die Teilsysteme der Gesellschaft besagt dies u. a., daß sie eigene Zeithorizonte und stabile Systemgrenzen entwickeln. Auf diese Weise hängt nicht »alles mit allem« zusammen (Interdependenzunterbrechung). *Luhmann* hat zwar Liebe, Intimität und Ehe behandelt, aber über Familie lediglich am Rande gearbeitet.

5) Unter dem Eindruck der Entwicklung des Konzepts der Autopoiesis in der Biologie vollzieht vor allem *Luhmann* in den 80er Jahren einen Paradigmawechsel hin zur Theorie selbstreferentieller sozialer Systeme (*Luhmann,* 1984). Die neue Konzeption betont die operative Geschlossenheit und Zirkularität von Systemen, die sich selbst und die Elemente, aus denen sie bestehen, reproduzieren. Die Elemente des Systems sind nun Kommunikationen, der Strukturbegriff verliert erheblich an Gewicht. Die Konzeption selbstreferentieller sozialer Systeme bricht mit der zuvor von Luhmann verfochtenen System/Umwelt-Theorie und steht in denkbar scharfem Gegensatz zur strukturell-funktionalen Theorie, die in der Umweltverflochtenheit ihren Fokus hatte. Die Theorie selbstreferentieller Systeme ist noch ›work in progress‹; eine erste familiensoziologische Anwendung liegt vor (*Luhmann,* 1988).
Was die Familiensoziologie angeht, so war *Holman/Burr* (1980, bes. 731) und *Thomas/Wilcox* (1987, 85ff.) zufolge das strukturfunktionale Paradigma in der Familientheorie bis in die 70er Jahre dominant, verlor dann aber im Zuge einer allgemeinen Abkehr von der *Parsons*'schen Systemtheorie (s. dazu *Harris,* 1983, ix) an Bedeutung. Das Erbe des Strukturfunktionalismus in der Familienforschung wurde zunächst von Soziologen angetreten, die sich auf die kybernetische Systemtheorie und explizit auf *Buckley* beriefen. Insgesamt verlor die Systemtheorie innerhalb der Familiensoziologie an Gewicht. Intensiv genutzt wurde und wird das Systemkonzept aber in der Familientherapie (vgl. *Kaslow,* 1987).
In der deutschen Familiensoziologie gibt es einige Arbeiten mit systemtheoretischer Orientierung; hier wurde besonders die System/Umwelt-Thematik verhandelt. Ein weiterer Gegenstand war die Unterscheidung einer Mikro- und einer Makrosoziologie der Familie. Dabei wurde die Frage der Einordnung der Familie in ein von Luhmann entworfenes Systemraster mit den Systemtypen Interaktion, Organisation und Gesellschaft aufgeworfen. Das Raster wurde um den Typus des Systems »Gruppe« ergänzt. Die Familie wurde als besonderer Fall eines Gruppensystems zwischen Interaktions- und Organisationssystemen angesiedelt (*Neidhardt,* 1979; *Tyrell,* 1983a, 1983b).

2. Begriff der Familie

In der älteren strukturfunktionalistischen Diskussion begriff man die Familie als biosoziales Phänomen; Geschlecht und Generation galten als Bezugspunkte der Strukturbildung (*Parsons,* 1964: 111). Die interkulturell auftretenden Familienformen werden dabei nicht als biologisch determinierte begriffen (vgl. etwa zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung *Goode,* 1967, 130ff.). Neuere Arbeiten zur Familien- und Verwandtschaftsbildung betonen deren kulturelle Basis (*Tyrell,* 1978, 1986): Filiation (Kindschaft/Elternschaft) und Ehe sind die tragenden Prinzipien der Familienbildung; sie schaffen zwischen den familial jeweils Zusammengehörigen exklusive Sonderbeziehungen.

Der Ausgang der strukturfunktionalen Systemtheorie von der der Kernfamilie als einem an biologische Vorgaben anknüpfenden Sozialsystem unter Hinweis auf ethnologisches Material (*Murdock,* 1949) legte die Annahme von deren Universalität nahe, funktionalistische Argumente treten hinzu. In den 40er Jahren hatte *Parsons* eine die Universalität der Kernfamilie bezweifelnde Position bezogen, um sie sodann als in Kombination mit dem Inzesttabu stehend, zu behaupten (*Parsons,* 1964, 110; 1965, 48; *Goode,* 1967, 208). Die These von der Ubiquität der Kernfamilie kann als widerlegt gelten (*Eickelpasch,* 1974). Die Struktur der Kernfamilie, wie *Parsons* sie sah, kann als Muster funktionaler Binnendifferenzierung in enger Anlehnung an das AGIL-Schema gelten. Der Befund aus der Kleingruppenforschung, daß Führerschaft und Gefolgschaft tendenziell ebenso ausdifferenziert werden wie primär instrumentelle und primär emotionale Rollen (vgl. dazu *Parsons/Bales,* 1955; vgl. zusammenfassend *Trolldenier,* 1985, 10–55), wurde auf die Familie projiziert. Dieses Rollenmuster, das auf den Dimensionen Instrumentalität/Expressivität einerseits und Führerschaft/Gefolgschaft andererseits aufbaut, wie es die vierköpfige Familie mit Kindern beiderlei Geschlechts in Reinkultur verkörpert (1964, 112, s. 1955, 45–54; als Grafiken dort S. 46, S. 51), veranschlagte *Parsons* als außerordentlich funktionstüchtig. Prämisse des Funktionierens ist allerdings eine stabile Führungskoalition seitens der Eltern (*Parsons,* 1964, 114; *Johnson,* 1970, 41). Für die moderne Sozialstruktur ist die instrumentelle Führerrolle des Vaters von Bedeutung, die qua Integration in die Erwerbstätigkeit eine »boundary role« ist (1955, 123, s. a. 81). Die Mutter ist die expressive, binnenorientierte Führungsfigur. Die Koalition der differenzierten Elternrollen leistet in *Parsons'* Sicht die Binnenintegration der Familie (Expressivität) und zugleich die Verknüpfung der Familie mit der weiteren Sozialstruktur (Zielerreichung).

Die moderne Kernfamilie ist strukturell isoliert (*Parsons,* 1964, 92; *Parsons/Bales,* 1958, 18) bzw. unabhängig (*Goode,* 1967, 101, 200). Keine andere Bestimmung der Familie durch den Strukturfunktionalismus hat mehr Mißverständnisse ausgelöst. Sie wurde und wird meist so gelesen, als habe die moderne Familie kaum noch Sozialkontakte zu Verwandten (so noch *Lüschen,* 1988; erläuternd *Tyrell,* 1976; neuerdings *Harris,* 1983, 54f.) Der Kernbefund kann – weniger mißverständlich – auch mit den Begriffen »Gattenfamilie« (*Goode,* 1967, 99ff.; *Kaufmann,* 1975, 174) oder »privatisierte Kernfamilie« (*Tyrell,* 1979, 17) umschrieben werden. Struktu-

relle Isolierung meint insbesondere (relative) Autonomie der Familie (*Schulze,* 1985). Im Gegensatz zu älteren Familienformen gilt: a) die Herkunftsfamilie wird – »familienzyklisch« – zur Gründung einer eigenen Familie (Zeugungsfamilie) verlassen. b) Die moderne Kernfamilie ist verwandtschaftlich eingebettet in ein »offenes, multilineares Gattenfamiliensystem« (*Parsons,* 1964b, 85; ähnlich *Goode,* 1963, 9 u. 13; 1967, 100). Hier gibt es über das Exogamiegebot hinaus keine Regeln, wer mit wem eine Paarbeziehung eingehen und eine Familie gründen darf. c) Prinzipiell gilt das Muster »persönlicher Partnerwahl« bzw. »freier Gattenwahl«, die typischerweise nur Ausdruck »romantischer Liebe« sein soll (1964, 97; *Goode,* 1959; 1960, 46ff.; 77, 100; *Swanson,* 1965). d) Die neugegründete Familie bezieht im Regelfall eine eigene Wohnung (Neolokalität). e) Es gibt keine hierarchischen Beziehungen zwischen den einzelnen Familien.
Das bedeutet, daß die Familie als Funktionssystem der Gesellschaft selbst segmentär differenziert ist, also aus Millionen gleichartiger und gleichrangiger Gruppensysteme, den einzelnen Kernfamilien, besteht.

3. Zwei Betrachtungsweisen der Familie

Die Vorzüge einer Anwendung der der Systemtheorie auf den Gegenstandsbereich »Familie« zeigen sich besonders deutlich an der gleichermaßen anwendbaren Mikro- und Makroperspektive: die Familie kann sowohl als ein Teilsystem der Gesellschaft als auch als eine einzelne spezifische Gruppe begriffen werden; darüberhinaus erlaubt die Theorie komparative Untersuchungen, einerseits der Familie zu anderen Gruppen, andererseits zu anderen Funktionssystemen der Gesellschaft. Die systemtheoretische Familiensoziologie ist mit der allgemeinen Soziologie fest verbunden.

3.1. Makrosoziologisch

Die Makrosoziologie der Familie stellt die Familie als gesellschaftliches Subsystem in den Zusammenhang des gesellschaftlichen Wandels und der Analyse der modernen Sozialstruktur (vgl. *Smelser/Halpern,* 1978). Das Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung von primär segmentärer zu primär funktionaler Differenzierung ist, daß Familien in der Gesellschaft spezifische Funktionen (nahezu) exklusiv erfüllen; die Konsequenzen familialen Handelns (*Bell/Vogel,* 1968, 8) gelten in strukturfunktionalistischer Sicht als ein unverzichtbarer Beitrag zur Aufrechterhaltung der Gesellschaft. Die Funktionen der modernen Familie werden in unterschiedlicher Detaillierung bestimmt. *Parsons* betont zwei »unabdingbare« Funktionen: die der primären Sozialisation im Sinne der Einführung der Kinder in ihre Rolle als Gesellschaftsmitglied und die Stabilisierung der Erwachsenenpersönlichkeit (*Parsons,* 1955, 16f.). Nach *Goode* hat die Familie fünf Funktionen:
»a) Reproduktion,
b) Statuszuweisung,
c) Sozialisierung und soziale Kontrolle,

d) biologische Erhaltung des Individuums,
e) emotionale und wirtschaftliche Erhaltung des Individuums« (*Goode,* 1960, 19, 33).
Die Erfüllung dieser Funktionen für die Gesellschaft wird dabei als indirekte Leistung, vermittelt über die Persönlichkeit erbracht (*Parsons,* 1955, 16; *Winch,* 1971, 14; *Tyrell,* 1979, 32f.). *Bell* und *Vogel* präzisieren die Funktionsbeziehungen danach, welchen Systemen und Subsystemen der Gesellschaft die Konsequenzen von Aktivitäten zugute kommen; sie betonen immer wieder die »double interchanges« zwischen der Familie und anderen sozialen Systemen (*Bell/Vogel,* 1968, 6ff.; vgl. *Pitts,* 1964, 55). Leistungen für Umweltsysteme und deren Rückwirkungen auf die Familie werden mit makrosoziologischem Bezug am Beispiel der »reproductive function«, der Geburtenrate und ihren externen Konsequenzen exemplarisch aufzeigbar (vgl. *Vincent,* 1966, 33).
Funktionale Differenzierung führt nicht zu einer Reduktion der Bedeutung von Familie (Funktionsverlust), sondern ist als funktionale Spezialisierung zu begreifen; darüberhinaus kann sogar von einem »familistischen Trend«, als Zunahme der Bedeutung von Familie gesprochen werden (*Parsons/White,* 1979, 268f.).
Der »Optimismus« dieser Sicht auf die gesellschaftlichen Funktionen der Familie wird besonders deutlich, wenn man die Sozialisationsfunktion in den Blick nimmt: die Familie erscheint hier durch ihre Größe, Kommunikationsdichte, vor allem ihre Rollenstruktur als optimales Sozialisationsmilieu. *Parsons* hebt den Funktionswert der quadratischen Rollenstruktur der Kernfamilie für den Sozialisationskontext besonders hervor; er ist der Auffassung, »daß die primäre Vermittlung der Sozialisierung des Kindes in einer kleinen Gruppe erfolgen muß, deren soziologische Merkmale den hier dargelegten (kernfamilialen; Einschub d. Aut.) im großen und ganzen entsprechen . . .« (*Parsons,* 1964, 116; vgl. auch *Claessens,* 1967, 78; kritisch *Fürstenau,* 1969, 92).
Die Familie ist als Subsystem der modernen Gesellschaft intern in extremer Weise – im Vergleich zu anderen Subsystemen wie Wirtschaft und Politik – segmentiert; sie gliedert sich in Millionen gleichartiger und gleichrangiger Sozialsysteme – einzelne Familien – vom Typus der Gruppe. Dieses Faktum erweist sich vor dem Hintergrund historischer Familienformen und deren hierarchischer Anordnung bei Fortsetzung einer gleichnamigen Familie über Jahrhunderte (*Sieder,* 1987, 12ff.) als ein Kennzeichen der modernen Gesellschaft. Die einzelnen Familien stehen untereinander nicht in marktbezogenen Konkurrenzverhältnissen, da sie keinen Output produzieren, sondern primär binnenorientiert sind (*Tyrell,* 1983b, 377ff.). Gleichwohl sind Familien keine beziehungslosen Sozialsysteme: nach z. T. selbstgesetzten Kriterien sind sie in mehr oder minder dichte Sozialkontakte eingebettet (*Bott,* 1957) und vollziehen damit ihre soziale Integration in die »Community« (*Parsons,* 1955, 129).
Die moderne Kernfamilie – so die nachdrückliche Auffassung des Strukturfunktionalismus – entspricht »den Anforderungen des Industrialismus« (*Goode,* 1967: 197; s. a. 1963, 10ff.) und den Merkmalen einer offenen und geschichteten Gesellschaft (*Goode,* 1967, 158), die soziale und geographische Mobilität erfordert und ermöglicht (*Parsons,* 1964b, 103; *Pitts,* 1964, 54). Der Ansicht ist indes widersprochen worden (vgl. *Harris,* 1983, 51ff.): Kritisiert wurde vor allem, daß sie die Entwick-

lungsdynamik der je einzelnen Familie verdecke. Die Kompatibilität der Familie mit den anderen gesellschaftlichen Funktionssystemen und zugleich ihre strukturelle Andersartigkeit gegenüber der innergesellschaftlichen Umwelt hat Parsons besonders mit Hilfe der »Pattern Variables« (*Parsons,* 1951, 67) illustriert. Familien werden gekennzeichnet durch Affektivität, Partikularismus, Askription und Diffusität, dagegen wird etwa das Wirtschaftssystem durch affektive Neutralität, Universalismus, Leistung und Spezifität gekennzeichnet. Beide Systeme können nur dann Leistungen füreinander erbringen, wenn sie ihre Grundorientierungen durchhalten. Die Verknüpfung von markant verschieden orientierten Systemen wird im Fall von Familie und Wirtschaft durch die Grenzrolle des Vaters/Ehemannes gewährleistet, der für die Familie im Wirtschaftssystem Leistungen erbringt und dafür Ressourcen (Geld) erhält, über die dann die Mutter/Ehefrau als »homemaker« verfügt. Die genannten Beziehungen sind der klassische Fall eines »double interchange«. Kritik an *Parsons* hat sich an der Legitimation ehelicher Rollenbeziehungen der Fünfziger Jahre entzündet. *Parsons* hat jedoch die »Kosten« der damaligen Konstellation (besonders für die Frau) gesehen.
Trotz gewisser Zeitbedingtheiten, bleibt die theoretische Leistung von Parsons für die Familiensoziologie, die in der Verknüpfung der Rollendifferenzierung in der Familie mit ihrem funktionalen Zusammenhang zu anderen gesellschaftlichen Subsystemen liegt, unbestritten und unhintergehbar.

3.2. Mikrosoziologisch

Mikrosoziologisch stehen zwei Fragen im Mittelpunkt der weiteren Darlegung: was macht die Familie zu einer besonderen Gruppe? Ferner: wie werden die verschiedenen Varianten der Systemtheorie für die mikrosoziologische Forschung der Familie nutzbar gemacht?
Sieht man von *Parsons* ab, so ist die System/Umwelt Variante der Systemtheorie derjenige theoretische Rahmen, in welchem die Familiensoziologie wieder an die allgemeine Soziologie anknüpft. Hier sind Fortschritte festzustellen; hervorzuheben ist die Einordnung der Familie als besonderer Fall einer Gruppe zwischen den Systemtypen Organisation und Interaktion (*Tyrell,* 1983 a). Die Gruppe wurde als ein soziales System definiert, »dessen Sinnzusammenhang durch unmittelbare und diffuse Mitgliederbeziehungen sowie durch relative Dauerhaftigkeit bestimmt ist« (*Neidhardt,* 1979, 642).
Unter denjenigen Sozialsystemen, die dem Systemtypus ›Gruppe‹ zuzurechnen sind, nehmen die einzelnen Familien eine Sonderstellung ein; Besonderheiten sind die Rekrutierung der Familienangehörigen und die Zusammensetzung des Familienpersonals: Ehe und Filiation (Kindschaft, Elternschaft) sind die beiden tragenden Prinzipien der Familienbildung. Weiterhin liegt die Besonderheit der Familie als Gruppe im alltäglichen und exklusiven Zusammenleben, dessen biographische Relevanz sehr hoch zu veranschlagen ist. Die langfristige und konkurrenzlose Zugehörigkeit zur »eigenen« Familie findet ihren unmittelbaren Ausdruck im Zusammenwohnen und in der gemeinsamen Haushaltsführung. Mit der Zugehörigkeit zu einer Familie sind kulturelle Erwartungen der Liebe, der engen menschli-

chen Bindung, des Glücks und der Solidarität so eng verbunden, daß eine Auflösung dieser besonderen Gruppe nur mehr mit »Zerrüttung« begründbar ist (*Tyrell,* 1983 b, 362 ff.). Dauer und Intimität des Zusammenwohnens und -lebens im Rahmen der rechtlich und politisch gesicherten Privatheit sorgen dafür, daß jede einzelne Gruppe sich als »eigenartige Familie« mit eigener Familienkultur (*Schulze,* 1987) entwickeln kann. Familiensysteme können nicht als Organisationssysteme aufgefaßt werden (*Kaufmann* et al. 1980), noch erschöpfen sie sich in Interaktionssystemen, in bloßen face-to-face Situationen (*Luhmann,* 1975, 27).

Die systemtheoretische Familienforschung hat in keiner ihrer Varianten eine breite empirische Forschungsarbeit angeregt. Manche konzeptionellen Zielsetzungen wurden empirisch nicht weiter verfolgt, und es gelang nicht, systemtheoretisch-spezifische Methoden zur Reife zu entwickeln. Indes hat die systemtheoretische Familiensoziologie noch keineswegs ihre Möglichkeiten ausgeschöpft; sie könnte etwa in Zusammenarbeit mit der systemischen Familientherapie bei der weiteren Verwendung der Theorie selbstreferentieller Systeme noch bedeutende Beiträge zur Familienforschung leisten (vgl. *Simon,* 1988).

Die kybernetische Systemtheorie hat der Familienforschung viele Impulse gegeben. *Hill* (1971), der Protagonist des »family development«-Ansatzes, nimmt die allgemeine Konzeption *Buckley's* auf, grenzt sich kritisch gegen die strukturfunktionalistische Definition von Familie ab und formuliert fünf Merkmale seiner Konzeption von Familie:

1. die Interdependenz der Familienangehörigen als Variable auf dem Kontinuum mit den Polen der Enge und der Weite;
2. die Grenzziehung und -erhaltung des relativ offenen und selektiven Familiemsystems als Leistung der Familie nach außen und nach innen, d. h. zu den einzelnen Angehörigen (*Boss/Greenberg,* 1984);
3. Die Entwicklung eines Bildes der Familie von sich selbst (»systemic self awareness«);
4. Die Zielorientierung und Aufgabenerfüllung der Familie (»Task orientation«);
5. Die Fähigkeit zum selbstorganisierten Strukturwandel (»adaptability«, »morphogenesis«) (*Hill,* 1971, 17–23, *Olson* et al. 1979, 1984).

Besonders der letztgenannte Gesichtspunkt deutet auf die Konstruktions- und Verwendungsabsicht hin: die Familie in ihrem Entwicklungsprozeß analysieren zu können (zuletzt *Mattessich/Hill,* 1987). Das Interesse an Wandlungs- und Anpassungsprozessen hat den Gesichtspunkt der Kontinuität vernachlässigen lassen (*Tyrell,* 1982, 175); trotz der zugespitzten Fragerichtung sind die theoretischen und empirischen Zielsetzungen nicht annähernd erreicht worden.

Die kybernetische Variante der Systemtheorie wurde darüberhinaus zur Bearbeitung der Frage herangezogen, ob und wie Familien mit Belastungen (»stress«) umgehen und dabei je nach Verletzlichkeit (»vulnerability«) Erfolg haben oder scheitern können (*Boss,* 1987 und 1988).

Die starke Thematisierung der Kohäsion durch *Neidhardt* (1975), der an *Hill* anschließt, läßt den Versuch der mikrosoziologischen Systemtheorie der Familie spürbar werden, die einzelne Ehe und Familie nicht institutionell zu begreifen, sondern allein aus dem Gruppenleben heraus zu rekonstruieren (in Anknüpfung an

Neidhardt/Weiß, 1982, 51–66, 215–217). Auch unter Berufung auf *Buckley* betont *Neidhardt* (1975, 163), daß sich die einzelne Familie problemlos als System begreifen läßt, als ein System, das aufgrund der Wünsche der Angehörigen auf Dauerhaftigkeit hin orientiert ist, das überdies mit weiteren, gruppenspezifisch variierenden Zielen verknüpft ist und verschiedene Typen der Kohäsion aufweist, die zwanglose bzw. zwanghafte Formen annehmen können (s. *Neidhardt,* 1975, 170).

Auch die zeitgleich entstandene, wichtige Arbeit von *Kantor* und *Lehr* (1975) thematisiert die Familie als zusammenlebende Gruppe in prekärer Autonomie. Familien werden theoretisch daraufhin untersucht, welche Informations- und Kommunikationsstrategien in ihnen operieren. Die kontingenten Strategien werden unter die Begriffe »maintenance«, »stress« und »repair« (1975, 20) subsumiert und beziehen sich auf ein Familiensystem, das drei Subsysteme kennt: das »family-unit subsystem«, das »interpersonal subsystem« und das »personal subsystem« (1975, 23). *Kantor* und *Lehr* typisieren drei Familienarrangements (1975, 39): das »closed family system«, das »open family system« und »das random system« (1975, 119); die drei Typen werden in ihren je unterschiedlichen Ausprägungen im Umgang mit Raum bzw. Distanz, Zeit und Energie gekennzeichnet. Der Ansatz von *Kantor* und *Lehr* läßt sich als Versuch begreifen, das Merkmal der doppelten Kontingenz, das nach *Parsons* (1968 a) für alle sozialen Systeme konstitutiv ist, zur empirienahen Systematisierung des Familieninnenlebens zu nutzen. Um diese Typik in ihrer Dynamik empirisch abbilden zu können, wird die für den Strukturfunktionalismus gültige geschlechts- und generationenspezifische Rollenstruktur zugunsten einer Typologie von vier universell unterscheidbaren Rollen (»mover«, »follower«, »opposer«, »bystander«, 1975, 181) aufgegeben; das besagte Rollenmuster dient dazu, prinzipiell jede Interaktion in der Familie analysieren und als Grundlage für die Leistungen der Familie bzw. die dem Familiensystem zurechenbaren Effekte begreifen zu können (*Kantor, Lehr,* 1975, 203).

Broderick und *Smith* (1979) kommt das Verdienst zu, die kybernetische Systemtheorie der Familie zusammengefaßt und systematisiert zu haben; *Broderick* und *Pulliam-Krager* (1979) haben auf diesem Stand der Theorie den familialen Sozialisationsprozeß rekonstruiert, der seit *Parsons (Parsons/Bales,* 1955) lange Zeit vergleichsweise unterbelichtet war. Im direkten Anschluß an die kybernetisch orientierte Sicht auf die Familie, wie sie *Broderick/Smith* (1979) dargelegt haben, erarbeitet *Giles-Sims* (1983) eine deskriptive Studie zur Frage: Wie kommt es zu Gewalt gegenüber Ehefrauen in Familien? Die Entstehung innerehelicher Gewalt gegen Frauen wird als ein sechsstufiger Prozeß (1983, 120ff.) rekonstruiert, der aus dem Zusammenspiel der Systemebene Familie, der innerfamilialen Umwelt der Familie (als den personalen Systemen der Angehörigen) und der sozialen Umwelt außerhalb der Familie entsteht.

Zwei Themen sind für die systemtheoretische Familienforschung auch in der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung: das System/Umwelt-Problem und die interne Komplexität der Familie, die von konkurrierenden familientheoretischen Konzepten oft unterbelichtet bleibt.

Auf mikrosozialer Analyseebene nimmt die Systemtheorie »die einzelne Familiengruppe als ›fokales‹ System, das gerade daraufhin relativ autonom ist, daß es seine

Umwelt nach systeminternen Gesichtspunkten entwerfen und strukturieren kann (und muß); nicht um Familienumwelt ›an sich‹, in einem irgendwie objektiven Sinne geht es, sondern um die von der je einzelnen Familie her ›relevante Umwelt‹, und es versteht sich, daß diese von Familie zu Familie eben höchst heterogen ausfallen kann (*Tyrell,* 1982, 178; vgl. *Willke,* 1976, 426ff.; *Hess/Handel,* 1975, 25ff.). Familiendynamik und Familienentwicklung generieren dabei variable und selektive Präferenzen und Relevanzen. Die funktionale Spezifikation der Familie als eines gesellschaftlichen Teilsystems wird auf mikrosoziologischer Ebene erfaßbar in der Abhängigkeit der Familie von extern erbrachten Leistungen verschiedenster Art (vgl. dazu *Stolte-Heiskanen,* 1974) und der Inanspruchnahme der Umweltressourcen durch die Familie (*Neidhardt,* 1979, 644; *Kaufmann* et al. 1980, 99 ; *Schulze,* 1986).

Auch auf die (meist) kleine Gruppe Familie läßt sich die Systemperspektive variabel und vielfältig anwenden. Familien gelten als intern differenzierte Sozialsysteme. Eine Reihe koexistierender und sich teilweise überschneidender Subsysteme sind zu unterscheiden: etwa das »Mutter-Kind-Subsystem« (*Claessens,* 1967, 71ff.), das »Ehepartnersubsystem« oder das »Geschwistersubsystem«. Darüber hinaus kann die Familie aus der Sicht eines Angehörigen als Sonderumwelt betrachtet werden, etwa als Sozialisationsumwelt eines Kindes (*Kaufmann* et al. 1980, 82f.) oder als »Familienumwelt von Schizophrenen« (*Lidz/Fleck,* 1979).

Mit Hilfe des System/Umwelt-Konzeptes ist es möglich geworden, Balanceprobleme präzise zu identifizieren; beispielsweise jener der Eltern- vs. Kindzentriertheit innerhalb einer Familie, Intimität vs. Distanz, Kohäsion vs. Konflikt, Umweltoffenheit vs. Isolation einer Familie; Regelfestigkeit vs. -flexibilität, Starrheit vs. Beweglichkeit interner Strukturen (*Tyrell,* 1982, S. 172f.). Die Systemtheorie versteht sich dabei – in Kenntnis großer kultureller Variabilität – nicht als eine Instanz, die Sollwerte verbindlich festzulegen sucht, obwohl sie mit guten Gründen davon ausgeht, daß Optimalwerte der Familienbalance im mittleren Bereich eines kulturspezifischen Kontinuums liegen (vgl. *Hess/Handel,* 1975).

Die Familie besteht in systemtheoretischer Sicht nicht aus Personen, sondern aus alltäglicher Interaktion, Kommunikation, und einem gemeinsamen Selbst- und Zusammengehörigkeitsverständnis. Dieser Sachverhalt ist Grundlage der systemtheoretischen Beschäftigung mit Kommunikation in der Familie und in den familialen Subsystemen.

Die Betonung der Kommunikation war schon immer ein prominenter Bestandteil besonders der kybernetischen Systemtheorie und berührte sich von Anfang an mit der Familientherapie (vgl. *Watzlawick* et al. 1967). In der Fortsetzung dieser kommunikationstheoretisch orientierten Variante wurde besonderes Augenmerk auf den Zusammenhang von Kommunikationsstrukturen und Persönlichkeitsmerkmalen gerichtet (zusammenfassend *Raush* et al. 1979).

Der Kommunikationsbegriff ist in der systemtheoretischen Familiensoziologie aktuell geblieben; für die selbstreferentielle Systemtheorie besteht Familie, wie jedes soziale System, »aus Kommunikationen und nur aus Kommunikationen, nicht aus Menschen und auch nicht aus ›Beziehungen‹ zwischen Menschen« (*Luhmann,* 1988, 76). In deutlicher Abkehr von anderen systemtheoretischen Spielarten und zur

Spezifikation der Kommunikation in Familien wird die Familie konsequenterweise als ein geschlossenes System begriffen, das in die Gesellschaft eingeschlossen ist, und, als einziges Sozialsystem, die gesamte Person zum Thema der Kommunikation macht (*Luhmann,* 1988, 77).

Die Entwicklung vom Strukturfunktionalismus zur Systemtheorie in der Familienforschung bis hin zur zuletzt umrissenen Variante wird von der Entwicklung der systemorientierten Familientherapie reflektiert: In den frühen fünfziger Jahren wurden *Parsons'* »Pattern Variables« zum Beschleuniger der Entwicklung dieser Familientherapie (*Kaslow,* 1980, 81ff.; *Kaslow,* 1987, 837); ebenso verrät die strukturelle Familientherapie *Minuchins* (1977; vgl. auch *Benson,* 1987) den Einfluß des Modells der innerfamilialen Differenzierung, das Parsons mit seinem Familienbegriff entwickelt hat.

Die systemische Familientherapie orientiert sich noch weitgehend an der holistischen Variante der Systemtheorie, die das Verhältnis von Teil und Ganzem in den Mittelpunkt stellt: Familie wird als Einheit, als ein Ganzes bestimmt, das aus interdependenten, interagierenden Teilen besteht (vgl. *Brunner,* 1986). Innerhalb seiner Grenzen sucht das Familiensystem sein Gleichgewicht bzw. Homöostase (vgl. *Jackson,* 1957) zu erhalten. Aus dieser Sicht kann der Patient, das kranke Individuum, als Symptomträger funktional für die Aufrechterhaltung des familialen Gleichgewichts sein (*Minuchin* et al. 1981, 33). Zu den Ansätzen ist zweierlei kritisch anzumerken: unterakzentuiert wird die gleichzeitige Einbindung der Familienangehörigen in andere soziale Systeme und die interne Differenzierung der Familie.

Deutliche Schritte in Richtung auf selbstreferentielle Systeme unternehmen neuere Konzepte der Familientherapie, die z. B. Probleme dem Kommunikationssystem Familie und nicht einzelnen Personen zurechnen (*Selvini Palazzoli,* 1983); zugleich tritt damit ein Dilemma zutage: je deutlicher Familien als autopoietische Systeme gedacht werden, desto mehr verbieten sich interventionistische Therapien (*Willke,* 1984); die Relation des Systems Familie zum personalen System, von Parsons noch mit dem Begriff der Interpenetration (*Parsons,* 1968b) systematisch bearbeitet, liegt außerhalb des Blickfeldes dieser Therapiekonzeption.

Es ist zu vermuten, daß die Systemtheorie auch in Zukunft sowohl in der Theoriebildung als auch in der empirischen und in der angewandten Familienforschung eine beachtliche Rolle spielen wird, da sie mit ihrem Gegenstand eines gemeinsam hat: das »Interesse an Autonomie« (*Luhmann,* 1984, 27). Mit der Verfolgung dieses theoretischen Interesses entwickelt die Systemtheorie zunehmend die Voraussetzungen dafür, ihren Gegenstand angemessen rekonstruieren zu können.

Literatur

Bales, R. F., Slater, P. E.: »Role Differentiation in Small, Decision Making Groups«, Family, Socialization and Interaction Process. Hg. *Parsons, Talcott* u. *Bales,* unter Mitarbeit von *J. Olds, M. Zelditch jr.* u. *P. E. Slater,* New York 1955, 259–306 – *Bell, N. W., Vogel, E. F.:* »Toward a Framework for Functional Analysis of Family Behavior«. A modern Introduction

to the Family. Hg. *N. W. Bell* u. *E. F. Vogel*. New York u. London (rev. Fassung) 1968, 1–34 – *Benson, J. L.:* »Family Structure and Function«. Urban Family Medicine. Hg. *R. B. Birrer*. New York 1987, 11–17 – *Bertalanffy, L.:* »General Systems Theory and Psychiatry – An Overview«. General Systems Theory und Psychiatry. Hg. *W. Gray, F. J. Duhl* u. *N. D. Rizzo*. Boston 1969, 33–50 – *Boss, P., Greenberg, J.:* »Family Boundary Ambiguity, A New Variable in Family Stress Therapy«. Family Process, 23, Jg. 1984, 535–546 – *Boss, P.:* Family Stress«. Handbook of Marriage and the Family. Hg. *M. B. Sussman* u. *S. K. Steinmetz*. New York u. London 1987, 695–724 – *Boss, P.:* Family Stress Management. London 1988 – *Bott, E.:* Family and Social Network. Roles, Norms and External Relationships in Ordinary Urban Families, London 1957 – *Broderick, C. B., Pulliam-Krager, H.:* »Familiy Process and Child Outcomes«. Contemporary Theories about the Family. Research Based Theories. Hg. *W. R. Burr, R. Hill, F. I. Nye* u. *I. L. Reiss*. Vol. I. New York 1979, 604–615 – *Broderick, C. B., Smith, J.:* »The General Systems Approach to the Family«. Contemporary Theories about the Family. General Theories/Theoretical Orientations. Hg. *W. R. Burr, R. Hill, F. I. Nye* u. *I. L. Reiss*. Vol. II. New York 1979, 112–129 – *Brunner, E. J.:* Grundfragen der Familientherapie, Systemische Theorie und Methodologie. Berlin 1986 – *Buckley, W.:* Sociology and Modern Systems Theory. Englewood Cliffs, New Jersey 1967 – *Claessens, D.:* Familie und Wertsystem. Eine Studie zur ›zweiten, sozio-kulturellen Geburt‹ des Menschen und der Belastbarkeit der ›Kernfamilie‹. Berlin 1967 – *Eickelpasch, R.:* »Ist die Kernfamilie universal? Zur Kritik eines ethnozentrischen Familienbegriffs«. Zeitschrift für Soziologie. 3. Jg. 1974, 323–338 – *Fürstenau, P.:* Soziologie der Kindheit, Heidelberg 1969 – *Giles-Sims, J.:* Wife Battering: A Systems Theory Approach. Foreword by M. A. Straus. New York. London 1983 – *Goode, W.:* »Horizons in Family Theory«. Sociology Today. Hg. *R. K. Merton, L. Brom* u. *L. S. Cottrell*. New York 1959. 180ff. – *Goode, W. J.:* Struktur der Familie (3. Aufl. 1967) Köln u. Opladen 1960 – *Goode, J.:* Industrialization and Family Change«. Industrialization and Society. Hg. *B. F. Hoselitz* u. *W. E. Moore*. Paris 1960, 237–255 – *Goode, J.:* World Revolution and Family Patterns. New York 1963 – *Goode, J.:* Struktur der Familie, München 1967 – *Harris, C. C.:* The Family and Industrial Society. London, Boston, Sydney 1983 – *Hess, R. D., Handel, G.:* Familienwelten. Kommunikation und Verhaltenstile in Familien. (zuerst 1959). Düsseldorf 1975 – *Hill, R.:* Modern systems theory and the family: A confrontation«. Social Science Information. 10. Jg. 1971, 7–26 – *Holman, T., Burr, W. R.:* »Beyond the Beyond: The Growth of Family Theories in the 1970s«. Journal of Marriage and the Family. 42. Jg. 1980, 729–741 – *Jackson, D. D.:* »The Question of Family Homeostasis«. Psychiatric Quarterly Supplement. 31. Jg. 1957, 79–90 – *Johnson, H. M.:* »Strukturell-funktionale Theorie der Familien- und Verwandtschaftssysteme«. Soziologie der Familie. Sonderheft 14 der Kölner Zeitschrift für Soziologie u. Sozialpsychologie, Hg. *G. Lüschen* u. *E. Lupri*. Opladen 1970, 32–48 – *Kantor, D., Lehr, W.:* Inside the Family. Toward a Theory of Family Process. San Francisco, Washinton, London 1975 – *Kaslow, F. W.:* »History of Family Therapy in the the United States: A Kaleidoscopic Overview«. Marriage and Family Review. 3. Jg. 1980, 77–111 – *Kaslow, F.:* »Marital and Family Therapy«. Handbook of Marriage and the Family. Hg. *M. B. Sussman* u. *S. K. Steinmetz*. New York u. London 1987, 835–860 – *Kaufmann, F. X.:* »Familiäre Konflikte und gesellschaftliche Spannungsfelder«. Der Mensch in den Konfliktfeldern der Gegenwart. Hg. Landeszentrale für politische Bildung in NRW. Köln 1975, 175–188 – *Kaufmann, F. X., Herlth, A., Strohmeier, P., Schulze, H.-J.:* Sozialpolitik und familiale Sozialisation – Zur Wirkungsweise öffentlicher Sozialleistungen. Band 76 der Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit. Stuttgart 1980 – *Künzler, J.:* »Talcott Parsons' Theorie der symbolisch generalisierten Medien in ihrem Verhältnis zu Sprache und Kommunikation«. Zeitschrift für Soziologie. 15. Jg. 1986, 422–437 – *Lidz, T., Fleck, S.:* Die Familienumwelt von Schizophrenen. Stuttgart 1979 – *Lüschen, G.:* »Familial-verwandtschaftliche Netzwerke«. Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. *R. Nave-Herz*. Stuttgart 1988, 145–172 – *Luhmann, N.:* Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Köln und Opladen 1970 – *Luhmann, N.:* Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft. Opladen 1975 – *Luhmann, N.:* Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt 1984 – *Luhmann, N.:*

»Sozialsystem Familie«. System Familie – Forschung und Therapie, 1. Jg. 1988, Heft 2 – *Mattessich, P., Hill, R.:* »Life Cycle and Family Development«. Handbook of Marriage and the Family. Hg. *M. B. Sussman* u. *S. K. Steinmetz,* New York u. London 1987, 437–470 – *Minuchin, S.:* Familie und Familientherapie. Theorie und Praxis struktureller Familientherapie. Freiburg im Breisgau 1977 – *Minuchin, S., Rosman, B., Baker, L.:* Psychosomatische Krankheiten in der Familie, Stuttgart 1981 – *Murdock, G.:* Social Structure. New York 1949 – *Neidhardt, F.:* »Systemtheoretische Analysen zur Sozialisationsfähigkeit der Familie«. Frühkindliche Sozialisation. Theorien und Analysen. Hg. *F. Neidhardt.* Stuttgart 1975, 162–187 – *Neidhardt, F.:* »Das innere System sozialer Gruppen«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 31. Jg. 1979, 639–660 – *Olson, D. H., Sprenkle, D. H., Russell, C. S.:* »Circumpex Model of Marital and Family Systems 1: Cohesion and Adaptability Dimensions, Family Types, and Clinical Applications«. Family Process. 18. Jg. 1979, 3–28 – *Olson, D. H., Russel, C. S., Sprenkle, D. H.:* »Circumpex Model of Marital and Family Systems VI. Theoretical Update«. Family Studies. Review Yearbook. Hg. *Olson, D. H., Miller, B. C.* Beverly Hills-London-New Dehli, 2. Jg. 1984, 59–74 – *Parsons, T.:* The Social System London. 1951 – *Parsons, T.:* Beiträge zur soziologischen Theorie. Neuwied-Berlin 1964 – *Parsons, T.:* »Culture and the Social System. Introduction«. (Hg.) Theories of Society. Foundations of Modern Sociological Theory. Hg. *Parsons, T., Shils, E., K. D. Naegele* u. *J. R. Pitts.* New York 1965, 963–993 – *Parsons, T.:* »Social Interaction«. International Encyclopedia of the Social Sciences. Hg. *D. L. Sills.* Vol. 7. New York 1968a, 429–440 – *Parsons,* T.: Zur Theorie der sozialen Interaktionsmedien. Hg. *Stefan, J.:* Opladen 1980 – *Parsons, T., Shils, E. A.,* Hg: Toward a General Theory of Action, Cambridge, Massachusetts 1951 – *Parsons, T., Bales, R. F.* unter Mitarbeit von *J. Olds, M. Zelditch* jr. u. P. E. Slater. Hg.: Family, Socialization and Interaction Process. New York 1955 – *Parsons, T., White, W.:* »Über den Zusammenhang von Charakter und Gesellschaft«. *Parsons, T.* Sozialstruktur und Persönlichkeit. 3. Aufl. Frankfurt/Main 1979, 230–296 – *Pitts, J.:* »The Structural-Functional Approach«. Handbook of Marriage and the Family. Hg. *H. T. Christensen.* Chicago 1964, 51–124 – *Raush, H. L., Greif, A. C., Nugent, J.:* »Communication in Couples and Families«. Contemporary Theories about the Family. Research Based Theories. Hg. *Burr, W. R., R. Hill, F. I. Nye* u. *I. L. Reiss.* Vol. I. New York 1979, 468–489 – *Schulze, H. J.:* Autonomiepotentiale familialer Sozialisation. Personale und soziale Differenzierung als Grundlage der neuorientierten sozialstrukturellen Sozialisationsforschung. Stuttgart 1985 – *Schulze, H. J.:* »Frau, Haushalt und Konsummarkt: Befunde und Perspektiven«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 38. Jg. 1986, 85–109 – *Schulze, H. J.:* »›Eigenartige Familien‹ – Aspekte der Familienkultur«. Die sozialpädagogische Ordnung der Familie. Hg. *Karsten, M. E., Otto, H. U.* München 1987, 27–43 – *Selvini Palazzoli, M.:* »The Emergence of a Comprehensive Systems Approach«. Journal of Family Therapy. 5. Jg. 1983, 165–177 – *Sieder, R.:* Sozialgeschichte der Familie. Frankfurt 1987 – *Simon, F. B.,* Hg.: Lebende Systeme, Wirklichkeitskonstruktionen in der Systemischen Therapie. Berlin 1988 – *Smelser, N. J., Halpern, S.:* »The Historical Triangulation of Family, Economy, and Education«. American Journal of Sociology. 84. Jg. 1978 (Supplement), 288–315 – *Stolte-Heiskanen, V.:* »Social Indicators for Analyssis of Family Needs Related to the Life Cycle«. Journal of Marriage and the Family. 36. Jg. 1974, 592–600 – *Swanson, G. E.:* »The Routinization of Love: Structure and Process in Primary Relations«. The Quest of Self-Control, Classical Philosophies and Scientific Research. Hg. *S. Z. Klausner,* New York-London 1965, 160–209 – *Thomas, D. L., Wilcox J. E.:* »The Rise of Family Theory: A Historical and Critical Analysis«. Handbook of Marriage and the Family. Hg. *Sussman, M. B.* u. *S. K. Steinmetz.* New York-London 1987, 81–102 – *Trolldenier, H. P.:* Verhaltensbeobachtung in Erziehung und Unterricht mit der Interaktionsprozeßanalyse. Frankfurt/Main 1985 – *Tyrell, H.:* »Probleme einer Theorie der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung der privatisierten modernen Kernfamilie«. Zeitschrift für Soziologie. 5. Jg. 1976, 393–417 – *Tyrell, H.:* »Die Familie als ›Urinstitution‹; Neuerliche spekulative Überlegungen zu einer alten Frage«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 30. Jg. 1978, 611–651 – *Tyrell, H.:* »Familie und gesellschaftliche Differenzierung«. Familie – wohin? Leistungen, Leistungsdefizite und Leistungswandlungen der Familien in hochindu-

strialisierten Gesellschaften. Hg. *Pross, H.* Reinbek 1979, 13–77 – *Tyrell, H.:* »Familienalltag und Familienumwelt: Überlegungen aus systemtheoretischer Perspektive«. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie. 2. Jg. 1982, 167–188 – *Tyrell, H.:* »Zwischen Interaktion und Organisation I. Gruppe als Systemtyp«. Gruppensoziologie. Perspektiven und Materialien. Sonderheft 25 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Hg. *Neidhardt, F.* Opladen 1983a, 75–87 – *Tyrell, H.:* »Zwischen Interaktion und Organisation II. Die Familie als Gruppe«. Gruppensoziologie. Perspektiven und Materialien. Sonderheft 25 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Hg. *Neidhardt, F.* Opladen 1983b, 362–390 – *Tyrell, H.:* »Geschlechtliche Differenzierung und Geschlechterklassifikation«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38. Jg. 1986, 450–489 – *Vincent, C. E.:* »Familia Spongia: The Adaptive Function«. Journal of Marriage and the Family. 28. Jg. 1966, 29–36 – *Watzlawick, P., Beavin, J., Jackson, D. D.:* Pragmatics of Human Communication: A Study of Interactional Patterns, Pathologies and Paradoxes. New York 1967 – *Weiß, W. W.:* Familienstruktur und Selbständigkeitserziehung. Ein empirischer Beitrag zur latenten politischen Sozialisation in der Familie. Göttingen 1982 – *Willke, H.:* »Funktionen und Konstitutionsbedingungen des normativen Systems der Gruppe«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 28. Jg. 1976, 426–450 – *Willke, H.:* »Zum Problem der Intervention in selbstreferentielle Systeme«. Zeitschrift für systemische Therapie. 2. Jg. 1984, 191–200 – *Willke, H.:* Systemtheorie. Eine Einführung in die Grundprobleme. 2., überarbeitete Aufl. Stuttgart-New York 1987 – *Winch, R. F.:* The Modern Family. 3. Aufl. New York-Chicago 1971

Bernhard Nauck

Individualistische Erklärungsansätze in der Familienforschung: die rational-choice-Basis von Familienökonomie, Ressourcen- und Austauschtheorien

1. Begriffsklärung

Unter Ressourcen- und Austauschtheorien werden in der Familiensoziologie zwei Begriffsinhalte subsumiert, die (zunächst) wenig miteinander gemeinsam zu haben scheinen:

1. wird darunter eine *familiensoziologische Spezialtheorie* für den Erklärungsbereich der ehelichen Machtverhältnisse verstanden, wie sie im Gefolge der klassischen Untersuchung von Blood und Wolfe (1960) über Machtdifferentiale zwischen Ehegatten in mehreren Varianten entwickelt worden ist. Gemeinsam ist diesen Spezialtheorien, daß sie Machtunterschiede zwischen Ehemännern und -frauen auf deren Verfügung über bestimmte (knappe und im familiären Handlungskontext hochbewertete) Güter zurückzuführen suchen.

2. dienen diese Begriffe als Sammelbezeichnung für eine *allgemein-sozialwissenschaftliche Theorienfamilie,* deren Erklärungsanspruch nicht auf den Bereich der Familiensoziologie beschränkt ist, gleichwohl aber auch hier auf die unterschiedlichsten Phänomene anzuwenden versucht worden ist und die empirische Familienforschung zu spezifischen Untersuchungen angeregt hat. Gemeinsam ist diesen Erklärungsansätzen, daß sie einem nomologisch-deduktiven Theorienverständnis verpflichtet sind und daß sie sich am methodologischen Individualismus orientieren. Diese Theorien verzichten damit auf die Konzeption einer eigenständigen, von den handelnden Individuen unabhängigen »Systemrealität« mit eigenen »Prerequisiten« und »Funktionen« und sie versuchen stattdessen, alle – auch sozialen – Prozesse und strukturellen Phänomene als das Ergebnis von interessegeleitetem Handeln und Lernen von individuellen Akteuren zu erklären, die untereinander relational verbunden sind und für sich gegenseitig Handlungskontexte (und damit: »soziale« und »strukturelle« Voraussetzungen des individuellen Handelns) bilden.

Hervorragende Bedeutung gewonnen haben hier als generelle Theorien insbesondere

- die Theorie sozialer Vergleichsprozesse von *Festinger* (1954), *Thibaut* und *Kelley* (1959) und die Austauschtheorien von *Homans* (1961) und *Blau* (1964),
- die aus der Spieltheorie von *Neumann* und *Morgenstern* (1947) entwickelten nutzen- und entscheidungstheoretischen Ansätze (*Abelson/Levi*, 1985).

In theoretischen Analysen zur Familie haben solche Erklärungsansätze in jüngster Zeit insbesondere

- in der Entscheidungs- und Austauschtheorie familiärer Beziehungen von *Nye* (1979) und
- in der neoklassischen Familien- und Haushaltsökonomie von *Schultz* (1982) und *Becker* (1976, 1981)

Verwendung gefunden. Daß sich auch letztere vom Selbstverständnis zu dieser Theorienfamilie zugehörig fühlt, wird daran deutlich, daß *Becker* (1981, 9) seinen ökonomischen Ansatz nicht auf die materiellen Aspekte des Familienlebens, auf Einkommen und Ausgaben, beschränkt sieht:

»My intent is far more ambitious: to analyze marriage, births, divorce, division of labor in households, prestige, and other nonmaterial behavior with the tools and framework developed for material behavior ... The economic approach has been refined during the past two hundred years. It now assumes that individuals maximize their utility from basic preferences that do not change rapidly over time, and that the behavior of different individuals is coordinated by explicit and implicit markets ... The economic approach provides a framework applicable to all human behavior – to all types of decisions and to persons from all walks of life ... (It) uses the assumptions of maximizing behavior, stable preferences, and equilibrium in implicit or explicit markets to provide a systematic analysis of the family.«

Diese programmatischen Äußerungen zeigen ein hohes Maß an Übereinstimmung mit den eher aus verhaltenstheoretischen Theorietraditionen entwickelten »rational-choice«-Ansätzen zur Erklärung familiärer Beziehungen, die hier primär diskutiert werden sollen. Trotz deutlicher Parallelen in den Grundannahmen werden deshalb die Erklärungsansätze der »new home economics« ebensowenig explizit berücksichtigt wie ihre Rezeption in der deutschsprachigen familientheoretischen Diskussion (*Zimmermann,* 1985; *Krüsselberg,* 1987; *Meyer,* 1987). Ebenfalls unberücksichtigt bleiben die (wenigen) Anwendungen dieser Ansätze in der empirischen Familienforschung (*Krüsselberg/Auge/Hilzenbecher,* 1986; *Ott,* 1986; *Diekmann,* 1987) sowie die Erweiterung von »rational-choice«-Modellen durch »bargaining«-Modelle und die Anwendung explizit spieltheoretischer Überlegungen (*Manser/Brown,* 1980; *McElroy/Horney,* 1981); insbesondere die Verwendung von »Modellen bedingter Superspielstrategien« (wiederholte Interaktion derselben Akteure in gleichen Situationen mit ergebnisabhängig veränderlichen Spielstrategien) und von vorliegenden Überlegungen zur endogenen Stabilisierung von Kooperation (*Axelrod,* 1984; *Raub/Voss,* 1986) und zu »Drohpunkten« für Kooperationsverweigerung dürften zu den lohnendsten Zukunftsperspektiven (nicht nur) einer (Austausch-) Theorie der Familie gehören.

In der deutschsprachigen Familienforschung ist – insbesondere außerhalb neoklassischer haushaltsökonomischer Analysen – das Erklärungspotential ressourcen- und austauschtheoretischer Modelle bislang kaum aufgegriffen worden. In der familientheoretischen Literatur sind ihre Grundannahmen selten explizit und theorienvergleichend als Alternative diskutiert worden (*Meyer,* 1987) und in der empirischen Familienforschung sind ihre Theorienbestandteile allenfalls selektiv zur Anwendung gekommen – im Gegensatz zum angloamerikanischen Sprachraum (*Burr* u. a. 1979; *Sussman* und *Steinmetz,* 1987). Ebensowenig hat sich im deutschsprachigen Raum eine eigenständige Forschungstradition auf ressourcen- und austauschtheoretischer Basis herausgebildet. Dies berechtigt allerdings nicht zu dem Schluß, daß Argumente aus dieser Theorienfamilie insgesamt ohne Einfluß geblieben wären; vielmehr dürfte es sich um die am häufigsten implizit mitverwendete Erklärung bei der »Interpretation« empirischer Befunde aus den verschiedensten Bereichen der Familienforschung handeln. Die Gründe hierfür sind darin zu suchen, daß sich erstens die Verwendung mikrosoziologischer Erklärungsmodelle bei der Analyse

familiärer Gruppen mit ihrem überschaubaren Bestand an Positionen ohnehin anbietet, und daß zweitens Modelle rationalen Entscheidens und Verhaltens – als »Erklärung durch rationale Beweggründe« (*Hempel,* 1972) – einen hohen Plausibilitätsgrad aufweisen und deshalb keiner weiteren Begründung für bedürftig erachtet werden. Nicht selten hat dies allerdings zur Konsequenz, daß eine solche (unreflektierte) Verwendung von »rational choice«-Modellen den theoretischen Grundannahmen solcher Analysen widerspricht.
Die folgende Analyse ressourcen- und austauschtheoretischer Modelle in der Familienforschung setzt sich zum Ziel, zunächst die generellen Grundannahmen solcher Modelle darzustellen, bevor deren Anwendung(smöglichkeit) in der Familienforschung an ausgewählten Beispielen diskutiert wird. Hierzu werden zunächst die speziellen Ressourcentheorien ehelicher Machtverhältnisse dargestellt, bevor anschließend die allgemeinen theoretischen Grundlagen und die generelleren Möglichkeiten von »rational-choice«-Ansätzen für die Familienforschung diskutiert werden. Dabei kann auch gezeigt werden, daß die »Ressourcentheorie ehelicher Macht« lediglich ein Spezialfall solcher »rational-choice«-Ansätze ist (*Nye,* 1982), der nur unter bestimmten Randbedingungen gilt.

2. Die Ressourcentheorie ehelicher Machtstrukturen

Ausgehend von dem empirischen Befund, daß in bäuerlichen, älteren, wenig gebildeten, katholischen oder eingewanderten Familien, in denen nach den traditionellen Werte-Konformismus-Theorien eine patriarchalische Machtstruktur hätte erwartet werden müssen, die Macht des Ehemannes nicht größer als in den jeweiligen Vergleichsfamilien ist, formulierten *Blood* und *Wolfe* (1960) die Ressourcentheorie ehelicher Entscheidungsmacht. Sie fanden nämlich deutliche Korrelationen zwischen dem gesellschaftlichen Status des Mannes, seinem Einkommen, seinem Berufsprestige und seiner Schulbildung einerseits, und seiner Entscheidungsmacht in der Familie andererseits. Diese Macht ist jedoch geringer, wenn seine Ehefrau auf den jeweiligen Statuslinien gleiche oder höhere Ränge einnimmt. Diese Statuspositionen werden – ebenso wie andere Formen der Partizipation im außerfamiliären Bereich (z. B. Mitgliedschaft in freiwilligen Vereinigungen; Verfügbarkeit eines verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Netzwerkes) – als externe Ressourcen gedeutet und folgendermaßen in die Basishypothese integriert: *Je höher die externen Ressourcen, die ein Individuum im Vergleich zu seinem Ehepartner besitzt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Entscheidungsmacht zu seinen Gunsten verschiebt.* Diese (relativ gehaltsarme) Formulierung bedeutet allerdings nicht, daß die Entscheidungsmacht genau den Proportionen der Ressourcen beider Ehepartner entspricht (*Heer,* 1963; *Safilios-Rothschild,* 1970; *Cromwell/Olson,* 1975; *Held,* 1978), daß also bei gleichverteilten Ressourcen eine egalitäre Machtstruktur oder bei höheren Ressourcen der Ehefrau ein Matriarchat erwartbar ist; vielmehr wird der (in aller Regel im Bereich männlicher Dominanz liegende) Ausgangspunkt offengelassen und lediglich Aussagen über die Richtung der Veränderung gemacht.

Kontroversen haben an dieser Formulierung insbesondere die Beschränkung auf externe Ressourcen und die Frage des relativen Gewichts von Ressourcen hervorgerufen. Nach *Safilios-Rothschild* (1969, 1976) sollten zur Aufstellung gültiger Ressourcenbilanzen neben sozio-ökonomischen auch innerfamiliäre Beiträge der Gatten in die Analyse einbezogen werden, zu denen neben affektiven und expressiven Ressourcen wie Liebe, emotionale Unterstützung und Solidarität auch Dienstleistungen in der Ehe sowie sexuelle Gratifikation zu zählen wären.

Bereits relativ früh ist von *Heer* (1963) kritisiert worden, daß mit der Ressourcentheorie ehelicher Machtstrukturen nur dann gültige Prognosen gemacht werden können, wenn zusätzliche Annahmen über die jeweiligen Vergleichsmaßstäbe getroffen werden: *Je zahlreicher die potentiellen Alternativen zur gegenwärtigen Ehebeziehung sind und je höher der relative Wert dieser Optionen ist, die ein Individuum im Vergleich zu seinem Ehepartner hat, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Entscheidungsmacht zu seinen Gunsten verschiebt.*

Hierbei handelt es sich erstmalig um eine Verknüpfung von ressourcen- und austauschtheoretischen Ideen, mit denen (im Gegensatz zur »klassischen« Formulierung von *Blood* und *Wolfe*) relativ schlüssig erklärt werden kann, warum die Entscheidungsmacht von Müttern mit Kindern in der Kleinkindphase, mit vielen Kindern, in Gesellschaften mit hohem Bevölkerungswachstum gering ist. Diese Ideen knüpfen unmittelbar an das von *Waller* und *Hill* (1951) formulierte »Prinzip des geringsten Interesses« an, wonach derjenige mit dem kleineren Interesse an der Beziehung den Ehepartner, der zur Aufrechterhaltung der Beziehung von ihm abhängig ist, diesen ausbeuten kann. In austauschtheoretischer Perspektive hat nun derjenige das geringste Interesse an der Beziehung, für den die Diskrepanz zwischen aktuellem und potentiellem Ertrag für die investierten Ressourcen am größten ist. Interessant an der Verknüpfung ist nun, daß der Ehepartner, der die attraktivsten Alternativen auch außerhalb der Ehe besitzt, durch seine hohe Entscheidungsmacht somit zugleich auch einen erhöhten Gewinn aus der innerehelichen Beziehung zieht, was zur Stabilität der Beziehung beiträgt und nicht dazu führt, daß durch die pure Existenz von Optionsdifferenzen die Ehe permanent gefährdet ist.

Die Ressourcentheorie ehelicher Machtstrukturen hat sofort sehr stimulierend auf die empirische Familienforschung gewirkt, und es sind eine Reihe von – auch interkulturell vergleichenden – Replikationsstudien zu den Befunden von *Blood* und *Wolfe* (1960) entstanden (*Buric/Zecevic,* 1967; *Safilios-Rothschild,* 1967; *Michel,* 1967; *Blood,* 1967; *Silverman/Hill,* 1967; *Lamousé,* 1969; *Lupri,* 1969; *Oppong,* 1970; *Kandell/Lesser,* 1972; *Cromwell/Corrales/Torsiello,* 1973; *Fox,* 1973; *Held/Levy,* 1983; *Szinovacs,* 1978; *Nave-Herz/Nauck,* 1978; *Ryffel-Gericke,* 1983; *Nauck,* 1985, 1987), die von *Safilios-Rothschild* (1970), *Rodman* (1970), *Bahr* (1974), *Held* (1978), *Scanzoni* (1979), *McDonald* (1980), *Huston* (1983) und *Szinovacs* (1987) einer Revision unterzogen worden sind. Abgesehen vom Nachweis erheblicher methodologischer Probleme haben diese vergleichenden Analysen insbesondere ergeben, daß die ressourcentheoretische Erklärung ehelicher Machtstrukturen empirisch offensichtlich nur in modernen Industriegesellschaften zutrifft, wohingegen in Agrar- und Übergangsgesellschaften z. T. sogar gegenläufige Korre-

lationen zwischen externen Ressourcen des Mannes und seiner innerfamiliären Entscheidungsmacht festzustellen sind.

Rodman (1970) hat diese divergierenden Ergebnisse durch eine Theorie des »Austauschs von Ressourcen im kulturellen Kontext« aufzulösen versucht, nach der nur dann eine enge Beziehung zwischen externen Ressourcen und innerfamiliärer Entscheidungsmacht besteht, wenn sich eine Gesellschaft im Übergang von »patriarchalischen Normen« zu »egalitären Familiennormen« befindet (wie z. B. Deutschland oder USA), weil bei dieser unklaren Normsituation in dem dann entstehenden »Machtkampf . . . zusätzliche Ressourcen zusätzliche Macht verschaffen« (*Rodman,* 1970, 137). In Gesellschaften mit »starken patriarchalischen Familiennormen« (z. B. Indien) hätten dagegen externe Ressourcen keinen Einfluß auf den (hohen) Grad väterlicher Autorität; in Gesellschaften mit »modifiziertem Patriarchat«, die in der oberen Sozialschicht durch egalitäre Normen modifiziert worden seien (z. B. Türkei, Griechenland, Jugoslawien), korreliere deshalb die väterliche Autorität negativ mit den externen Ressourcen des Mannes; in Gesellschaften mit »starken egalitären Familiennormen« (z. B. Dänemark, Schweden) haben dann (komplementär zu patriarchalischen Gesellschaften) externe Ressourcen ihren Einfluß auf die innerfamiliäre Entscheidungsmacht (wieder) eingebüßt. Wenn Gesellschaften sich im Übergang von patriarchalischen zu egalitären Familiennormen befinden, dann diffundieren letztere von Familien mit hohen externen Ressourcen zu Familien mit niedrigen externen Ressourcen; nur in anomischen Situationen erhöhen externe Ressourcen eines Ehepartners die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Entscheidungsmacht zu seinen Gunsten verschiebt.

Bei *Rodman* wird somit der Geltungsbereich der Ressourcentheorie ehelicher Machtstrukturen auf eine historische Übergangsphase begrenzt und in einen allgemeinen modernisierungstheoretischen Kontext eingebettet. Dabei wird individuelles, innereheliches Verhalten sowohl in den (als stabil beschriebenen) Anfangs- und Endzuständen gesamtgesellschaftlicher Entwicklung als auch in der (»anomischen«) Zwischenphase im Rahmen einer allgemeinen Wert-Integrations-Theorie erklärt, wonach Individuen sich konform mit gesamtgesellschaftlich oder (schichtspezifisch-)subkulturell präskribierten »Familiennormen« verhalten. Damit aber wird der individualistische Erklärungsanspruch der Austauschtheorien aufgegeben zugunsten eines makrosoziologischen Funktionalismus.

Gleichwohl machen die von *Rodman* (1970) vorgebrachten empirischen Befunde und theoretischen Argumente auf einige generelle Defizite der Ressourcentheorie ehelicher Machtstrukturen als familiensoziologische Spezialtheorie aufmerksam:

(1) Eine Reihe von »Widersprüchen« in den empirischen Befunden zum Zusammenhang von externen Ressourcen und innerfamiliärer Machtverteilung dürften auf unzureichende Konzeptualisierungen der Entscheidungsmacht zurückzuführen sein (*Nauck,* 1985). Insbesondere wird nicht deutlich zwischen Machtprozessen und Machtresultaten unterschieden, denn die gesamte ressourcentheoretische Forschungstradition hat »Entscheidungsmacht« als bipolares Konzept behandelt, wobei z. B. »gemeinsame Entscheidungen« als mittlerer Wert zwischen »Entscheidungen des Mannes« und »Entscheidungen der Ehefrau« gilt, um dann einen »male-power-

score« als Index (für Machtresultate) zu berechnen. Davon ist jedoch, wie bereits die früheren Analysen von *Herbst* (1952) demonstriert haben, das Ausmaß von Synkratismus (gemeinsame Entscheidungen) und Autonomie (alleinverantwortliche Entscheidungen) im Machtprozeß analytisch zu trennen. Die von *Rodman* beschriebenen »säkularen« Veränderungen scheinen vornehmlich die Zunahme synkratisch-kooperativer Verhaltensmuster (im Machtprozeß) und die Abnahme von autonomen Verhaltensweisen beider Ehepartner zu betreffen; der Erklärungsbereich der »klassischen« Ressourcentheorie beschränkt sich dagegen auf Machtresultate.

(2) Die Argumentation von *Rodman* macht erneut deutlich, daß makrosoziologische Wert-Integrations-Theorien das Problem der Verknüpfung von gesamtgesellschaftlichen oder subkulturellen Werten und Normen mit individuellen Entscheidungen und Handlungen nur unbefriedigend lösen, wenn sie die Existenz solcher Kollektivnormen unterstellen, auf Internalisierung dieser Normen und auf Konformismus verweisen, aber jede Erklärung für Norm- oder Verhaltensänderung schuldig bleiben: Weder wird erklärt, warum unter den jeweiligen Kontextbedingungen Normkonformismus (oder: Wertewandel) besteht, noch wird (für die anomische Übergangsphase) expliziert, wie Ressourcen im Machtprozeß auf die Verschiebung der Entscheidungsmacht tatsächlich »einwirken«. Dies ist nur unter Zuhilfenahme genereller Theorien (z. B. mit rational-choice-Modellen) möglich, denen die Argumentation von *Heer* (1963) näher ist als die von *Rodman* (1970). So kann man mit der Austauschtheorie von *Blau* (1964) – ohne auf gesamtgesellschaftliche Normen Bezug nehmen zu müssen – die Wirkungsweise externer Ressourcen in ehelichen Machtprozessen damit erklären, daß Individuen mit den geringeren Ressourcen, die eine Beziehung nicht verlassen wollen (oder können), in dieser Situation Machtunterwerfung zum Tausch anbieten.

3. Entscheidungs- und Austauschtheorien familiärer Beziehungen

Die breiten Anwendungsmöglichkeiten von generellen Entscheidungs- und Austauschtheorien auf familiensoziologische Problemstellungen sind erstmals von *Nye* (1979) umrissen worden. Er stellt heraus, daß das allgemeinste theoretische Prinzip dieser Erklärungsansätze ein rational-handlungstheoretisches ist. Unter »Handeln« ist hierbei jede Aktivität eines Individuums (auch kognitiver und evaluativer Art) zu verstehen, die die faktische oder vorgestellte Beziehung zwischen Individuum und Umwelt verändert: *Jedes Verhalten ist rational, wenngleich es oftmals auf inadäquaten Informationen und falschen Prognosen zukünftiger Ereignisse beruht (Nye, 1979, 7).*
Austausch (häufig werden diese Theorien als Austausch-Theorien bezeichnet) ist dagegen nur ein (wenn auch empirisch häufiger und theoretisch bedeutsamer) spezieller Anwendungsbereich solcher Handlungstheorien:

»Die Basistheorie ... ist die des rationalen Entscheidens. Individuen fällen unzählige Entscheidungen, um ihre Kosten zu reduzieren, ihre Nutzen zu maximieren und dadurch den

größtmöglichen Profit (oder die geringsten Verluste) zu erzielen. Einige dieser Entscheidungen beinhalten Austausch mit anderen Individuen ... in anderen Fällen ist Austausch kein offensichtlicher oder wichtiger Aspekt der Entscheidung. In jedem Falle beinhalten Austauschhandlungen immer Entscheidungen, aber Entscheidungen müssen nicht notwendig mit Austauschhandlungen verbunden sein« (*Nye*, 1979, 4).

Nye (1979) zeigt, daß Familien in mancher Hinsicht einen Sonderfall von Austausch-Interaktionen darstellen, gleichwohl aber im Rahmen allgemeiner Handlungstheorien behandelt werden können:

- Von *ökonomischen Austauschbeziehungen* (dem idealen Markt) unterscheiden sich Familien dadurch, daß dort situativ alle Beteiligten den größtmöglichen spezifischen Nutzen ohne Rücksicht auf die Kosten anderer erzielen;
- von *Arbeitsmarktbeziehungen* unterscheiden sich Familien dadurch, daß dort zwar nicht situativ, aber langfristig ein größtmöglicher spezifischer Nutzen erzielt wird; die Langfristigkeit zwingt den einzelnen Akteur zur Berücksichtigung des Profits aller Beteiligten;
- auch von *Freundschaftsbeziehungen* unterscheiden sich Familien (graduell) dadurch, daß zwar auch (wie bei allen Primärgruppen) der Nutzen diffus auf einer breiten Skala verschiedener Quellen erzielt wird und die Langfristigkeit der Beziehung zur Berücksichtigung der Kosten-Nutzen-Relation der anderen Familienmitglieder zwingt, daß aber die Alternativkosten bei Familien (Verlassen der Beziehung) ungleich höher als z. B. bei Bekanntschaften oder Freundschaften liegen.

Eine bedeutsame theoretische Lösung der Verbindung von Elementen der Person-Umgebungs-Relation innerhalb dieser Theorienfamilie besteht darin, daß die Determinanten des Entscheidens und Handelns als Wert-Erwartungs-Theorie entsprechend dem SEU-Modell (subjectively expected utility) formuliert werden: *Bei der Wahl zwischen mehreren Handlungsalternativen bevorzugt ein Akteur jene, bei der das Produkt von erzielbarem Wert mit der Wahrscheinlichkeit, ihn zu erzielen (Erwartung), maximal ist.*

Die Akteure schätzen dabei für die verschiedenen Handlungsalternativen die Wahrscheinlichkeit ein, daß die jeweilige Handlung zu bestimmten, entweder positiv eingeschätzten (Nutzen) oder negativ bewerteten (Kosten) Konsequenzen führt. Die Akteure bilden demnach jeweils Produkte aus Erwartungen und Bewertungen, aus denen sich dann die subjektive Nutzenerwartung einer Handlung ergibt. Weiterhin wird angenommen, daß die Bewertung von Handlungskonsequenzen relativ stabil und situationsunabhängig ist, so daß die Situationsabhängigkeit von Handlungen ausschließlich über die subjektiv definierte Auftretenswahrscheinlichkeit gesteuert wird. Veränderte Wahrscheinlichkeitserwartungen (z. B. durch vorausgegangene Handlungen oder durch Handlungen anderer Akteure, d. h. durch veränderte »kontextuelle« Bedingungen) sind somit die wesentlichen Randbedingungen dafür, daß soziale Prozesse ihre Zwangsläufigkeit erhalten (und häufig für die individuellen Akteure zu unintendierten Folgen führen), diese sozialen Prozesse bleiben aber gleichwohl immer auf das situationsorientierte Handeln dieser individuellen Akteure zurückführbar (*Wippler*, 1978; *Meyer*, 1987).

Ein deutlicher Unterschied zur Ressourcentheorie ist in der Wert-Erwartungs-

Theorie dadurch gegeben, daß die kognitive Komponente der subjektiv definierten Kosten- und Nutzen-Erwartungen stärker betont wird: Externe Ressourcen bewirken nicht unmittelbar (»mechanisch«) eine bestimmte familiäre Entscheidungsstruktur, vielmehr nur dann und insofern, als sich dadurch für die Akteure die subjektive Nutzenbilanz verändert. Der Vorzug dieses Erklärungsversuchs ist zunächst einmal darin zu sehen, daß hier die Person-Umgebungs-Relation explizit simultan behandelt wird, womit er sich insbesondere für die Anwendung auf familienzyklische Ereignisse anbietet, die mit kontextabhängigen Entscheidungen zusammenhängen, wie z. B. das »timing« von Heirat, Elternschaft, Berufskarriere, Scheidung, sowie für die Analysen der Qualität und Stabilität familiärer Beziehungen (*Scanzoni,* 1972; *Nye/McLaughlin,* 1976; *Rallings/Nye,* 1979; *Willis/Frieze,* 1980; *Levinger/Huesmann,* 1980; *McDonald,* 1981; *Levinger,* 1982; *Lewis/Spanier,* 1979, 1982).

Durch die multiplikative Verknüpfung erlaubt der Erklärungsansatz darüber hinaus eine dynamische Betrachtungsweise, mit der u. a. auch erklärt werden kann,

- warum trotz Vorliegen von entsprechenden Opportunitäten im Handlungskontext bestimmte Alternativen nicht gewählt werden (z. B. außerfamiliär-institutionelle oder verwandtschaftliche Betreuung für Kleinkinder), nämlich dann, wenn damit kein subjektiver Nutzen (z. B. bei hoher familistischer Orientierung der Mütter) oder hohe (Alternativ-)Kosten (z. B. durch Einmischung der Verwandten in innerfamiliäre Angelegenheiten) verknüpft werden,
- und warum als unattraktiv erlebte (familiäre) Situationen nicht verlassen werden (z. B. bei gewalttätigen Ehepartnern), nämlich dann, wenn keine lohnenderen Alternativen verfügbar sind oder hohe Alternativkosten erwartet werden.

Beide genannten Phänomene sind mit herkömmlichen Wert-Integrations-Theorien schwerlich erklärbar.

Von den restriktiveren, »ökonomistischen« Erklärungsversuchen (z. B. der neoklassischen Ökonomie) unterscheidet sich die Wert-Erwartungs-Theorie – obwohl beide dem rational-choice-model verpflichtet sind (*Opp,* 1984) – dadurch, daß prinzipiell alle möglichen Klassen von Kosten und Nutzen zugelassen werden können (was allerdings in der modernen Mikroökonomie auch getan wird): Neben ökonomischen Nutzenerwartungen werden also auch sozialer und psychischer Nutzen sowie ökonomische, soziale oder psychische Kosten berücksichtigt. Folgt man dieser Grobklassifizierung von Kosten- und Nutzenerwartungen, so würde für die einzelne Handlung gelten: *Ein Akteur wählt die Handlung, in der die Summe der Produkte von Erwartungen und Nutzen für die ökonomischen, sozialen und psychischen Konsequenzen dieser Handlung höher ist als die Summe der Produkte von Erwartungen und Kosten der ökonomischen, sozialen und psychischen Konsequenzen dieser Handlung sowie höher ist als die Alternativkosten, d. h. der entgangene Nutzen aus der nicht gewählten Handlung (bei mehr als zwei Alternativen: der mit dem zweitbesten Saldo).*

Der Anwendungsbereich dieser Wert-Erwartungs-Theorie ist nun keineswegs – wie man vielleicht annehmen könnte – auf die Erklärung einzelner, individueller Handlungswahlen monadischer Akteure beschränkt. Der vielleicht interessanteste Aspekt dieses Erklärungsversuchs ist vielmehr darin zu sehen, daß Beziehungen

von Akteuren explizit in die Erklärung eingehen (und damit einer der klassischen soziologischen Erklärungsansprüche eingelöst wird), indem nämlich diese Akteure durch ihre Handlungen wechselseitig Nutzenerwartungen verändern. Damit werden auch soziale Prozesse in ihrem zeitlichen Ablauf modellierbar, was in dieser Weise weder durch die Wert-Integrations-Theorie noch durch die klassische familiensoziologische Ressourcentheorie möglich war.

Die Fruchtbarkeit der Wert-Erwartungs-Theorie für familiensoziologische Problemstellungen soll hier am Beispiel intergenerativer Beziehungen und des generativen Verhaltens erläutert werden (einem »Paradegebiet« auch der »new home economics«; vgl. *Becker,* 1981; *Meyer,* 1987). Hierzu werden als empirische Basis die empirischen Studien über »values of children« (VOC) herangezogen, d. h. die interkulturellen und interkontextuellen Differenzen der Nutzenerwartungen von Eltern an ihre Kinder und ihre Auswirkungen auf das generative Verhalten und die Ausgestaltung der Eltern-Kind-Beziehungen (*Arnold* u. a. 1975; *Bulatao,* 1979; *Hoffman/Hoffman,* 1973; *Hoffman/Manis,* 1982; *Hoffman,* 1987; *Kagitcibasi,* 1982, 1982 a; *Nauck/Özel,* 1986; *Nauck,* 1987 a, 1987 b, 1988, 1988 a).

Eine der wesentlichen Leistungen der VOC-Studien ist es, die Konsequenzen verschiedener Typen von Nutzenerwartungen an den Besitz von Kindern für das elterliche Verhalten herausgestellt zu haben. Tatsächlich konnten drei unabhängige Dimensionen elterlicher Nutzenerwartungen mit Hilfe faktorenanalytischer Verfahren gewonnen werden (*Kagitcibasi/Esmer,* 1980):

- ökonomisch-utilitaristischer Nutzen (frühe Beiträge der Kinder zum Familienhaushalt durch Mithilfe oder Kinderarbeit; Hilfe und materielle Unterstützung im Alter),
- psychischer Nutzen (Stärkung der innerfamiliären Beziehungen; expressive Stimulation; Freude, Kinder aufwachsen zu sehen),
- sozial-normativer Nutzen (Statusgewinn; Kompetenz in der Elternrolle; Weiterführung des Familiennamens),

wobei die ersten beiden Dimensionen – insbesondere im Hinblick auf interkulturelle und -kontextuelle Vergleiche – höchst bedeutsam für die Erklärung von Verhaltensunterschieden sind. Analog ließen sich Kosten-Klassen beschreiben, etwa durch psychische Belastungen bei der Kindererziehung, durch den Zuwachs an (langfristigen) materiellen Aufwendungen und an Arbeit für Kinder oder durch sozial-normative Kosten weiterer Kinder (wenn z. B. Kinder-»Reichtum« als diskriminierend perzipiert oder ein Scheitern in der Elternrolle befürchtet wird). Die Erwartungen dieser verschiedenen Kosten und Nutzen können, je nach sozialer und individueller Situation der Eltern (bzw. des Elternteils), prinzipiell ebenso unabhängig voneinander variieren wie die Alternativkosten, d. h. der entgangene Nutzen aus Handlungen, die infolge der Entscheidung für das Kind aussichtsloser geworden sind.

Wenn ökonomisch-utilitaristische Konsequenzen des Besitzes von Kindern hoch bewertet werden, dann ist es rational, viele Kinder zu wünschen, da jedes weitere Kind den ökonomisch-utilitaristischen Nutzen steigert: Jedes weitere Kind ist die Quelle weiteren Einkommens, sei es als Steigerung des Familieneinkommens durch (frühe) Mitarbeit, sei es als zusätzlicher Beitrag zur Alterssicherung (indem die

Lasten auf mehrere Schultern verteilt werden); gleichzeitig sinken – relativ – die ökonomischen Kosten bei hohen Kinderzahlen, d. h. die ökonomisch-utilitaristische Kosten-Nutzen-Relation wird mit zunehmender Kinderzahl günstiger, vorausgesetzt, die Eltern können die – je nach sozialem Kontext stark variierenden – Anfangsinvestitionskosten aufbringen: In den VOC-Studien konnten sowohl auf der Individual-Ebene (Eltern mit hohen ökonomisch-utilitaristischen Nutzenerwartungen haben eine deutlich höhere Fertilität) als auch auf der Aggregat-Ebene (Länder mit hohen ökonomisch-utilitaristischen Nutzenerwartungen an Kinder – wie Türkei, Thailand, Philippinen – haben die höchsten Fruchtbarkeitsziffern) deutliche empirische Zusammenhänge nachgewiesen werden. Wenn psychische Konsequenzen des Besitzes von Kindern hoch bewertet werden, dann ist es keineswegs rational, viele Kinder zu wünschen, da sich psychische Nutzenerwartungen nicht in gleicher Weise kumulieren: Ein Kind oder zwei Kinder können den Eltern genausoviel psychische Befriedigung verschaffen wie vier oder mehr Kinder; gleichzeitig steigen – absolut – die ökonomischen und psychischen Kosten bei hohen Kinderzahlen, d. h. die psychische Kosten-Nutzen-Relation ist nur bei kleinen Kinderzahlen günstig, bei Kinderlosigkeit und bei hohen Kinderzahlen dagegen ungünstig: In den VOC-Studien zeigten sich auf der Individual-Ebene (Eltern mit hohen psychischen Nutzenerwartungen besitzen wenige Kinder) und der Aggregat-Ebene (Länder mit hohen psychischen Nutzenerwartungen – wie die Bundesrepublik, USA – haben die geringsten Fruchtbarkeitsziffern) entsprechende empirische Zusammenhänge.

Weiterhin ist es rational, bei hohen ökonomisch-utilitaristischen Nutzenerwartungen eine geschlechtsspezifische Differenzierung im Kinderwunsch vorzunehmen, während dies bei hohen psychischen Nutzenerwartungen nicht der Fall ist: Mädchen können (mindestens) eine genauso große Quelle psychischer Befriedigung sein wie Jungen (mit einer leichten Tendenz zugunsten von Töchtern, da sie mit höherer Wahrscheinlichkeit familiäre Beziehungen aufrechterhalten und deshalb langfristig eine sicherere Quelle psychischen Nutzens sind). Aber Jungen sind langfristig eine größere Quelle ökonomisch-utilitaristischen Nutzens, da ihre Erwerbstätigkeit wahrscheinlicher (und häufig auch mit höheren Verdiensterwartungen verknüpft) ist, wobei dies insbesondere für patrilineare Verwandtschaftssysteme zutrifft, in denen Söhne für ihr ganzes Leben zur Abstammungsfamilie »gehören«: In den VOC-Studien zeigte sich, daß in den Ländern bzw. bei den Eltern die Bevorzugung von Jungen als (weitere) Kinder am höchsten ist, die starke ökonomisch-utilitaristische Nutzenerwartungen an Kinder haben, während die Geschlechtsbevorzugung in den Ländern und bei den Eltern mit hohen psychischen Nutzenerwartungen am stärksten eingeebnet ist.

Welche Arten von Kosten und Nutzen durch Kinder entstehen, hängt wesentlich von der Opportunitätenstruktur des sozial-ökologischen Kontexts der Familie ab. Insbesondere ökonomische Kosten hängen davon ab, ob in dem jeweiligen Kontext das Aufwachsen von (vielen) Kindern billig oder teuer ist. Entsprechend werden ökonomisch-utilitaristische Erwartungen steigen, wenn der sozial-ökologische Kontext geringe materielle Investitionen in Kinder zuläßt und Opportunitäten für ökonomische Beiträge der Kinder zum Familienhaushalt (durch frühe ungelernte

Arbeit) bereithält. Psychische Kosten von Kindern werden ansteigen, wenn der unmittelbare Kontext der Familie keine Infrastruktur bietet, die die Versorgung der Kinder entlastet. D. h., ökonomisch-utilitaristische Nutzenerwartungen werden eher durch großräumige sozial-ökologische Kontexte (Gesamtgesellschaft; regionale ökonomische Struktur) beeinflußt, während psychische Nutzenerwartungen eher von kleinräumigen Kontexten (Wohnungsausstattung; familiäres Netzwerk; Qualität der unmittelbaren Wohnumgebung) abhängen: In den VOC-Studien zeigte sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen (großräumigen) Kontexteigenschaften und ökonomisch-utilitaristischen Nutzenerwartungen an Kinder (solche Nutzenerwartungen sind besonders stark ausgeprägt in ruralen Kontexten und in den Elends-Randquartieren der Metropolen von Übergangsgesellschaften).

Die Nutzenerwartungen variieren außerdem in Abhängigkeit von den individuellen Alternativen der Eltern. Dies gilt wiederum sowohl für ökonomisch-utilitaristischen als auch für psychischen Nutzen. In dem Maße, wie Alternativen für Hilfe im Haushalt (z. B. durch Technisierung und Rationalisierung), für Kinderarbeit (z. B. durch professionelle Qualifizierung der Eltern) und für die Altersversorgung (z. B. durch öffentliche Rentenversicherungssysteme) als günstiger perzipiert werden, werden ökonomisch-utilitaristische Nutzenerwartungen an Kinder abnehmen: In den VOC-Studien zeigte sich, daß das Ausbildungsniveau der Frau der stärkste Beeinflussungsfaktor einer Abnahme ökonomisch-utilitaristischer und einer Zunahme psychischer Nutzenerwartungen an Kinder ist. In dem Maße, wie psychische Nutzenerwartungen in anderen als intergenerativen Beziehungen (z. B. intragenerative, peer-group-orientierte Beziehungen, eine vollständig berufsorientierte Lebensplanung) als günstiger perzipiert werden, werden diese Alternativen den Vorzug erhalten (Kinderlosigkeit); bislang stellen sie jedoch, wie alle vorliegenden empirischen Befunde zeigen, auch in entwickelten Industriegesellschaften keine attraktiven Alternativen dar – vielmehr werden an Eltern-Kind-Beziehungen außerordentlich hohe, eher noch steigende psychische Nutzenerwartungen gestellt (*Nave-Herz,* 1984; 1988).

Dieselbe Erklärung, die zunächst für kontextabhängige Variationen elterlicher Nutzenerwartungen an Kinder entwickelt worden ist, läßt sich auch auf interkulturelle Vergleiche (wie z. B. auf die unterschiedliche Institutionalisierung von Nutzenerwartungen an Kinder in Gesellschaften wie der Türkei und der Bundesrepublik) und auf Kontextwechsel (z. B. durch regionale und internationale Migration) ausdehnen. Kontextwechsel indizieren hierbei – in Ergänzung zum interkulturellen Vergleich – inwiefern veränderte Wahrscheinlichkeitserwartungen (aufgrund veränderter Kontextopportunitäten) bei gleichbleibend hochbewerteten Konsequenzen des Besitzes von Kindern das generative Verhalten und die intergenerativen Beziehungen beeinflussen. Als Randbedingung kann hier z. B. unterstellt werden, daß in Deutschland die ökonomischen Kosten für Kinder und die Alternativen der (Alters-) Versorgung durch Kinder deutlich höher sind als z. B. in der (insbesondere ländlichen) Türkei. Eine Wanderung der Familie verändert somit die Opportunitäten für den Besitz von (vielen) Kindern erheblich, wobei nicht nur die Kosten steigen, sondern auch die Wahrscheinlichkeit ökonomischer Beiträge der Kinder sinkt; selbst bei gleichbleibend hoch bewerteten ökonomisch-utilitaristischen Kon-

sequenzen sinken somit die Nutzenerwartungen an viele Kinder. Empirische Befunde zum generativen Verhalten von Migrantenfamilien zeigen, daß – trotz weitgehend gleichen Wertvorstellungen wie in nicht-gewanderten Familien der Herkunftsgesellschaft – eine rasche und drastische Verhaltensänderung – unabhängig vom Lebensalter und der Stellung im Familienzyklus – eintritt (*Nauck,* 1987 a, 1987 b, 1988 a).

Schließlich ist es rational, ökonomisch-utilitaristische Nutzenerwartungen mit Erziehungseinstellungen zu kombinieren, die eine lebenslange Loyalität mit und ein lebenslanges Engagement der Kinder für ihre Eltern mit hoher Wahrscheinlichkeit erreichen. Es kann deshalb angenommen werden, daß diese Erwartungen mit einer Betonung von Gehorsam in den Sozialisationspraktiken sowie mit Behütung (overprotectiveness) und autoritärer Kontrolle als Erziehungseinstellung auch gegenüber älteren Kindern und Jugendlichen verknüpft werden. Dagegen werden psychische Nutzenerwartungen in Eltern-Kind-Beziehungen insofern andere Konsequenzen für die familiäre Erziehung haben, als sie die autonome Persönlichkeit des Kindes stärker betonen. Es wird dabei erhofft, mit dem Kind so früh wie möglich subjektivzufriedenstellende (self-rewarding), expressive Beziehungen zu unterhalten. Es ist deshalb anzunehmen, daß diese Erwartungen mit größerer Selbständigkeit, Individualismus und der Förderung von Selbstvertrauen als Erziehungszielen verknüpft werden und, bei zunehmendem Alter des Kindes, mit abnehmender Behütung und Kontrolle sowie zunehmender Permissivität: In interkulturell vergleichenden Studien zeigte sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen (groß- und kleinräumigen) Kontextbedingungen, Nutzenerwartungen an Kinder und lebensaltersbezogenen elterlichen Erziehungsstilen (*Hoffman,* 1987; *Nauck,* 1988 b; *Nauck/Özel,* 1986).

Bei diesem Anwendungsbeispiel zeigen sich SEU-Modelle als interessante theoretische Alternative zu den weithin akzeptierten Konformismus-Theorien aus der Durkheim-Parsons-Tradition. Sie beziehen ihre Erklärungsstärke aus wenigen, einfachen Annahmen sogar auf dem Gebiet des interkulturellen Vergleichs von innerfamiliären Beziehungen, das üblicherweise als Domäne des »normativen Paradigmas« beansprucht wird. Ihre Vorteile sind insbesondere darin zu sehen, daß es sich um im Prinzip vollständige Erklärung handelt, die hauptsächlich auf einer Situationsrationalität bei der Bewertung von Handlungskonsequenzen durch das jeweilige Individuum unter variierenden kontextuellen Bedingungen basieren, und mit denen relativ problemlos mikro- und makrosoziale Prozesse zueinander in Beziehung gesetzt werden können.

Zugleich hat dieses Beispiel aber auch gezeigt, daß die Brauchbarkeit von SEU-Modellen erheblich davon abhängt, was als Quellen von Kosten und Nutzen in die empirische Analyse einbezogen wird – die diskutierten psychischen, sozialen und ökonomischen Kosten und Nutzen von Kindern (einschließlich ihrer Operationalisierungen) sind nur eine von vielen Möglichkeiten. Andere Vorschläge für die Familienforschung liefert *Nye* (1979), indem er aufgrund von Systematisierungen und Kodifizierung vorliegender Forschungsbefunde »soziale Anerkennung«, »Autonomie«, »(mittlere) Handlungsambiguität«, »Sicherheit«, »materielle Ressourcen«, »Wertintegration« und »Gleichheit« als die wesentlichen Quellen individuellen Nutzens benennt. Den theoretisch ambitioniertesten Versuch, Klassen von

Ressourcen für austauschtheoretische Analysen zu benennen, haben *Foa* und *Foa* (1974; 1980) vorgelegt, bei dem – im Gegensatz zu *Nye* (1979) – auch die Beziehungen der Ressourcen-Klassen untereinander eingehend untersucht werden:

»We have found it useful to group resources transacted through interpersonal encounters into six classes, labeled love, status, information, money, goods, and services. *Love* is defined as an expression of affectionate regard, warmth, or comfort; *status* is an expression of evaluative judgment which conveys high or low prestige, regard, or esteem; *information* includes advice, opinions, instruction, or enlightenment, but excludes those behaviors which could be classed as love or status; *money* is any coin, currency, or token which has some standard unit of exchange value; and *services* involve activities on the body or belongings of a person which often constitute labor for another« (*Foa/Foa,* 1980, 79).

Jede der sechs Ressourcen kann in einem zweidimensionalen Raum klassifiziert werden, der durch die Achsen »konkret – symbolisch« und »partikularistisch – universalistisch« gebildet wird. Auf der ersten Achse werden Dienstleistungen und Güter als »konkret« klassifiziert, da sie den Austausch greifbarer, offener Aktivitäten oder Produkte beinhalten. Status und Information werden andererseits als typischerweise »symbolische« Verhaltensweisen klassifiziert. Liebe und Geld werden sowohl in konkreter als auch symbolischer Form ausgetauscht und nehmen deshalb intermediäre Positionen auf dieser Koordinate ein.

Auf der »Partikularismus – Universalismus«-Achse sind Liebe und Geld extrem gegensätzliche Ressourcen. Für den Austausch von Liebe und der Wirkung entsprechender Stimuli ist es sehr entscheidend, wer die aussendende Person ist. Geld ist andererseits die am wenigsten partikularistische Ressource, die in ihrem Wert stabil bleibt, unabhängig von der Beziehung zum und den Eigenschaften des jeweiligen Rezipienten. Dienstleistungen und Status sind weniger partikularistisch als Liebe, aber partikularistischer als Güter und Informationen: *Je ähnlicher zwei Klassen von Ressourcen in ihrer Struktur sind, desto wahrscheinlicher ist es, daß sie gegeneinander getauscht werden. Je ähnlicher eine Ressource der Ressource Liebe ist, desto wahrscheinlicher ist es, daß sie gegen dieselbe Ressource getauscht wird; Liebe wird gegen Liebe getauscht, Geld selten gegen Geld. Je ähnlicher eine Ressource der Ressource Liebe ist, desto geringer werden die Alternativen in den Ressourcen, die getauscht werden können. Je ähnlicher eine Ressource Geld ist, desto eher wird der Tausch von Ressourcen ein Nullsummenspiel.*

Diese theoretischen Implikationen sind bislang für die Analyse innerfamiliärer Interaktionsprozesse und den Austausch zwischen Familie und informellen Netzwerken kaum bedacht worden; so läßt sich beispielsweise mit Hilfe dieser Annahmen gut erklären, warum – gemäß der »klassischen« Ressourcentheorie ehelicher Machtstrukturen – zwar externe Ressourcen (Geld) zu eindeutigen Machtresultaten führen, aber nicht die innerfamiliären Beiträge (Liebe): Externe Ressourcen werden eher in einem Nullsummenspiel getauscht (für die beim Fehlen von Äquivalenten nur Statusunterwerfung angeboten werden kann), innerfamiliäre Beiträge jedoch nicht. Ein weiterer familiensoziologisch interessanter Aspekt der Analyse von Ressourcen bei *Foa* und *Foa* (1974) besteht darin, daß sie ebenfalls eine altersabhängige Entwicklungstheorie des Einsatzes von Ressourcen in den Eltern-Kind-Beziehungen entworfen haben. Ihre Annahme ist, daß sich der Ressourceneinsatz entlang der Partikularismus-Universalismus-Dimension entwickelt und

zunächst aus Liebe und Dienstleistungen besteht. In einer zweiten Phase wird – entlang der Konkretheits-Dimension – aus Liebe Status ausdifferenziert und aus Dienstleistungen Güter. In der abschließenden Stufe wird aus Gütern Geld ausdifferenziert und aus Status Information. Auch diese Aspekte der Austauschtheorie sind bei der Analyse von Eltern-Kind-Beziehungen nicht aufgegriffen worden, so daß eine empirische Prüfung noch aussteht (*Hinde,* 1979).

Wird die Ressourcentheorie ehelicher Machtstrukturen mit Entscheidungs- und Austauschtheorien verglichen, so wird ihre begrenzte Reichweite offensichtlich. Insbesondere im Vergleich zur Wert-Erwartungs-Theorie fällt auf, daß wesentliche Größen im Machtprozeß, wie Kosten, Wahrscheinlichkeitserwartungen und Alternativen unberücksichtigt gelassen werden; entsprechend ist ihre Reichweite auf Phänomene begrenzt, bei denen diese Größen vernachlässigbar oder (zumindest) konstant sind. Dies ist aber beispielsweise nur dann der Fall, wenn Ehe eine Zwangsinstitution ist (d. h. Alternativen unwahrscheinlich sind), wenn Kosten der Machtausübung gering sind (z. B. weil eheliche Machtprozesse externer Kontrolle entzogen sind) und wenn entsprechend die Wahrscheinlichkeitserwartungen der Durchsetzung groß sind. Vielleicht liegt hier auch der Schlüssel zu einer austauschtheoretischen Erklärung der interkulturellen Unterschiede ehelicher Macht bei *Rodman* (1970), ohne auf Werte-Konformismus zurückgreifen zu müssen: Nur in einer begrenzten historischen Phase ist die beschriebene Konstellation häufig realisiert (geringe externe Kontrolle der »intimisierten« Gattenfamilie bei gleichzeitig wenigen Alternativen zur bestehenden Ehe – für Mütter).

Die Möglichkeit solcher austauschtheoretischen Reinterpretationen ist jedoch nicht als Indiz für die Gültigkeit der zugrundeliegenden Basisannahmen zu werten. Tatsächlich scheint ein wesentlicher Unterschied zwischen der bereichsspezifischen Ressourcentheorie einerseits und den generellen Austauschtheorien andererseits darin zu bestehen, daß nur erstere stark stimulierend auf die empirische (Familien-) Forschung gewirkt hat. Rational-Choice-Modelle haben dagegen ihre hauptsächliche Verwendung eher bei der Reinterpretation bereits vorliegender Befunde gefunden, indem Forschungsergebnisse kodifiziert und systematisiert und neue theoretische Argumente in die Diskussion eingeführt worden sind.

In einem rigoristischen Sinne könnte man behaupten, daß es sich bei der Anwendung der Wert-Erwartungs-Theorie auf Phänomene innerfamiliärer Beziehungen um ex-post-facto-Erklärungen handelt, wobei die beobachteten Variationen in den vollzogenen Handlungen der Familienmitglieder die einzig halbwegs sichere empirische Basis darstellen, von denen aus (mehr oder weniger plausibel) auf Variationen in Wahrscheinlichkeitserwartungen, Kosten und Nutzen bei den Akteuren rückgeschlossen wird (*Meyer,* 1987, 40). D. h. es handelt sich eher um potentielle Erklärungen, bei denen rückblickend das Vorliegen relevanter Randbedingungen hypothetisch unterstellt wird. Ein solches Verfahren unterliegt zumindest leicht der Gefahr, gegen jeden Widerlegungsversuch immunisierbar zu sein.

Diese Probleme hängen größtenteils mit den meßtechnischen Problemen der zunächst »einfach« anmutenden Wert-Erwartungs-Theorie zusammen. Eine direkte empirische Prüfung ist nämlich mit dem Problem verbunden, »(subjektiven) Nutzen zu messen, vor allem aber (subjektiven) Nutzen unabhängig von subjektiven

Wahrscheinlichkeiten zu messen ... Da aber die Messung von Nutzen allein schon mit ungeheuren Aufwänden und Unzulänglichkeiten belastet ist, potenzieren sich diese Aufwände und Unzulänglichkeiten beträchtlich, wenn beide Parameter gemessen werden sollen« (*Boger,* 1986, 18). Unter diesen Bedingungen gerät die Theorie in die unangenehme Lage, annehmen zu müssen, daß die beiden Größen faktisch unabhängig sind und unabhängig voneinander bestimmt werden können, da sonst die Multiplikation der sie repräsentierenden nummerischen Größen unsinnig wäre.

Direkte Messungen von Nutzen und Erwartungswahrscheinlichkeiten liegen jedoch (zumindest) in der Familienforschung bislang nicht vor, was zwar kein Argument gegen den Gehalt der Theorie, wohl aber gegen ihre praktische Brauchbarkeit ist. Beim derzeitigen Stand (es liegen nicht einmal Meßvorschläge vor) gibt es deshalb nur den – dann wiederum stark »annahmebelasteten« – Weg der indirekten Prüfung über Verknüpfungshypothesen mit (als empirisch bewährt erachteten) Indikatorgesetzen. Diesen Weg sind auch die VOC-Studien bei ihrer Erklärung von interkulturellen Unterschieden in den Eltern-Kind-Beziehungen gegangen, indem sie sich sowohl auf die Wahrheit der Verknüpfungshypothesen als auch der jeweiligen Indikatorgesetze »verlassen« haben. Insofern sind auch durch indirekte Prüfungsverfahren – die in der empirischen Sozialforschung eine lange (nicht immer ruhmreiche) Tradition und (sofern es sich um kumulative Forschungsprogramme handelt) Berechtigung besitzen – Entscheidungen über Wahrheitsähnlichkeit möglich.

Literatur

Abelson, R. P., Levi, A.: Decision Making and Decision Theory, in: *G. Lindzey* und *E. Aronson* (Hrsg.), Handbook of Social Psychology, Bd. 1, 3. Aufl. Hillsdale/London 1985, 231–309 – *Arnold, F.* et al.: The Value of Children, Honululu 1975 – *Axelrod, R.:* The Evolution of Cooperation, New York 1984 – *Bahr, St. J.:* Effects on Power and Division of Labor in the Family, in: *L. W. Hoffman* und *F. I. Nye* (Hrsg.), Working Mothers, San Francisco/Washinton/London 1974, 167–185 – *Becker, G. S.:* The Economic Approach to Human Behavior, Chicago/London 1976 – *Becker, G. S.:* A Treatise on the Family, Cambridge/London 1981 – *Blau, P. M.:* Exchange and Power in Social Life, New York 1964 – *Blood, R. O.:* Love Match and Arranged Marriage, New York 1967 – *Blood, R. O., Wolfe, D. M.:* Husbands and Wives, New York/London 1960 – *Boger, H. W.:* Der empirische Gehalt der Austauschtheorie von *G. C. Homans,* Berlin 1986 – *Bulatao, R. A.:* On the Nature of the Transition in the Value of Children, Honululu 1979 – *Buric, O., Zecevic, A.:* Family Authority, Marital Satisfaction, and Social Network in Yugoslavia, in: Journal of Marriage and the Family XXIX, 1967, 325–336 – *Burr, W. R.* et al. (Hrsg.): Contemporary Theories about the Family, 2 Bde, New York/London 1979 – *Cromwell, R. E.* et al.: Normative Patterns of Marital Decision Making Power and Influence in Mexico and the United States, in: Journal of Comparative Family Studies IV, 1973, 175–196 – *Cromwell, R. E., Olson, D. H.:* Multidisciplinary Perspectives of Power, in: *R. E. Cromwell* und *D. H. Olson* (Hrsg.), Power in Families, New York 1975, 15–37 – *Diekmann, A.:* Determinanten des Heiratsalters und des Scheidungsrisikos, Habilitationsschrift München 1987 – *Festinger, L.:* A Theory of Social Comparison Processes, in: Human Relations VII, 117–140 – *Foa, E. B., Foa, U. G.:* Resource Theory, in: *K. J. GFergen* et al. (Hrsg.), Social Exchange, New York/London 1980, 77–94 – *Foa, U. G., Foa, E. B.:* Societal Structures of the Mind, Springfield 1974 – *Fox, G. L.:* Another Look at the Comparative Resources Model: Assessing the Balance of Power in

Turkish Marriages, in: Journal of Marriage and the Family XXXV, 1973, 718–730 – *Heer, D. M.:* The Measurement and Bases of Power: an Overview, in: Marriage and Family Living XXV, 1963, 133–139 – *Held, T.:* Soziologie der ehelichen Machtverhältnisse, Darmstadt/Neuwied 1978 – *Held, T., Levy, R.:* Die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft, 2. Aufl. Diessenhofen 1983 – *Hempel, C. G.:* Wissenschaftliche und historische Erklärungen, in: *H. Albert* (Hrsg.), Theorie und Realität, 2. Aufl. Tübingen 1972, 237–261 – *Herbst, P. G.:* The Measurement of Family Relationships, in: Human Relations V, 3–35 – *Hinde, R. A.:* Towards Understanding Relationships, London/New York/Toronto 1979 – *Hoffman, L. W.:* The Value of Children to Parents and Child Rearing Patterns, in: *C. Kagitcibasi* (Hrsg.), Growth and Progress in Cross-Cultural Psychology, Berwyn/Lisse 1987, 159–170 – *Hoffman, L. W., Hoffman, M. L.:* The Value of Children to Parents, in: *J. T. Fawcett* (Hrsg.), Psychological Perspectives on Population, New York 1973, 19–76 – *Hoffman, L. W., Manis, J. D.:* The Value of Children in the United States, in: *F. I. Nye* (Hrsg.), Family Relationships, Beverly Hills/London/New Delhi 1982, 143–170 – *Homans, G. C.:* Social Behavior: Its Elementary Forms, New York 1961 – *Huston, T. L.: Power, in: H. H. Kelley* et al., Close Relationships, New York/San Francisco 1983, 169–219 – *Kagitcibasi, C.:* The Changing Value of Children in Turkey, Honululu 1982 – *Kagitcibasi, C.:* Old Age Security Value of Children: Cross-Cultural Socioeconomic Evidence, in: Journal of Cross-Cultural Psychology XIII, 1982a, 29–42 – *Kagitcibasi, C., Esmer, Y.:* Development, Value of Children, and Fertility: A Multiple Indicator Approach, Istanbul 1980 – *Kandell, D. B., Lesser, G.S.:* Marital Decision Making in American and Danish Urban Families: A Research Note, in: Journal of Marriage and the Family XXXIV, 1972, 134–138 – *Krüsselberg, H. G.:* Ökonomik der Familie, in: K. Heinemann (Hrsg.): Soziologie wirtschaftlichen Handelns. Sonderheft 28 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1987, 169–192 – *Krüsselberg, H. G.* et al.: Verhaltenshypothesen und Familienzeitbudgets – Die Ansatzpunkte der ›Neuen Haushaltsökonomik‹ für Familienpolitik, Stuttgart/Berlin/Köln 1986 – *Lamousé, A.:* Family Roles of Women: A German Example, in: Journal of Marriage and the Family XXXI, 1969, 145–152 – *Levinger, G.:* A Social Exchange View on the Dissolution of Pair Relationships, in: *F. I. Nye* (Hrsg.), Family Relationships, Beverly Hills/London/New Delhi 1982, 97–121 – *Levinger, G., Huesmann, L. R.:* An ›Incremental Exchange‹ Perspective on the Pair Relationship, in: *K. J. Gergen* et al. (Hrsg.), Social Exchange, New York/London 1980, 165–188 – *Lewis, R. A., Spanier, G. B.:* Theorizing about the Quality and Stability of Marriage, in: *W. R. Burr* et al. (Hrsg.), Contemporary Theories about the Family, Bd. 1, New York/London 1979, 268–294 – *Lewis, R. A., Spanier, G. B.:* Marital Quality, Marital Stability, and Social Exchange, in: *F. I. Nye* (Hrsg.), Family Relationships, Beverly Hills/London/New Delhi 1982, 49–65 – *Lupri, E.:* Contemporary Authority Patterns in the West German Family, in: Journal of Marriage and the Family XXXI, 1969, 134–144 – *Manser, M., Brown, M.:* Marriage and Household Decision-Making, in: International Economic Review XXI, 1980, 31–44 – *McDonald, G. W.:* Family Power: The Assessment of a Decade of Theory and Research, 1970–1979, in: Journal of Marriage and the Family XIIL, 1980, 841–854 – *McDonald, G. W.:* Structural Exchange and Marital Interaction, in: Journal of Marriage and the Family XIIIL, 1981, 825–839 – *McElroy, M. B., Horney, M. J.:* Nash-bargained Household Decisions: Toward a Generalization of the Theory of Demand, in: International Economic Review XXII, 1981, 333–349 – *Meyer, W.:* Was leistet die ökonomische Theorie der Familie? in: *H. Todt* (Hrsg.), Die Familie als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung, Berlin 1987, 11–45 – *Michel, A:* Comparative Data Concerning the Interaction in French and American Families, in: Journal of Marriage and the Family XXIX, 1967, 337–344 – *Nave-Herz, R.:* Familiale Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie IV, 1984, 45–63 – *Nave-Herz, R.:* Kontinuität und Wandel in der Bedeutung, in der Struktur und Stabilität von Ehe und Familie in der Bundesrepublik Deutschland, in: *R. Nave-Herz* (Hrsg.), Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1988, 61–94 – *Nave-Herz, R., Nauck, B.:* Familie und Freizeit, München 1978 – *Nauck, B.:* ›Heimliches Matriarchat‹ in Familien türkischer Arbeitsmigranten? in: Zeitschrift für Soziologie XIV, 1985, 450–465 – *Nauck, B.:* Erwerbstätigkeit und Familienstruktur,

Weinheim 1987 – *Nauck, B.:* Migration and Reproductive Behavior in Turkish Migrant Families, in: *C. Kagitcibasi* (Hrsg.), Growth and Progress in Cross-Cultural Psychology, Berwyn/Lisse 1987 a, 336–345 – *Nauck, B.:* Individuelle und kontextuelle Faktoren der Kinderzahl in türkischen Migrantenfamilien, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft XIII, 1987 b, 319–344 – *Nauck, B.:* Migration and Change in Parent-Child-Relationships, in: International Migration XXVI, 1988, 33–55 – *Nauck, B.:* Lebenslauf, Migration und generatives Verhalten bei türkischen Familien, in: *A. Herlth/K. P. Strohmeier* (Hrsg.), Lebensläufe und Familienentwicklung, Opladen 1988 a – *Nauck, B.:* Die normative Struktur intergenerativer Beziehungen im interkulturellen Vergleich, in: *H. Bertram* et al. (Hrsg.), Blickpunkt Jugend und Familie, Weinheim 1988 b – *Nauck, B., Özel, S.:* Erziehungsvorstellungen und Sozialisationspraktiken in türkischen Migrantenfamilien, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie VI, 1986, 285–312 – *Neumann, J. von, Morgenstern, O.:* Theory of Games and Economic Behavior, 2. Aufl. Princeton 1947 – *Nye, F. I.:* Choice, Exchange, and the Family, in: *W. R. Burr* et al. (Hrsg.), Contemporary Theories about the Family, Bd. 2, New York/London 1979, 1–41 – *Nye, F. I.:* Family Mini Theories as Special Instances of Choice and Exchange Theory, in: *F. I. Nye* (Hrsg.), Family Relationships, Beverly Hills/London/New Delhi 1982, 171–183 – *Nye, F. I., McLaughlin, St.:* Role Competence and Marital Satisfaction, in: *F. I. Nye* (Hrsg.), Role Structure and Analysis of the Family, Beverly Hills/London 1976, 191–205 – *Opp, K. D.:* Rational Choice and Sociological Man, in: *E. Boettcher* et al. (Hrsg.), Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie, Bd. 3, Tübingen 1984, 1–16 – *Oppong, Ch.:* Conjugal Power and Resources: An Urban African Example, in: Journal of Marriage and the Family XXXIV, 1970, 676–680 – *Ott, N.:* Ausscheiden erwachsener Kinder aus dem elterlichen Haushalt, in: *K. F. Zimmermann* (Hrsg.), Demographische Prtobleme der Haushaltsökonomie, Bochum 1986, 43–79 – *Rallings, E. M., Nye, F. I.:* Wife-Mother Employment, Family, and Society, in: *W. R. Burr* et al. (Hrsg.), Contemporary Theories about the Family, Bd. 1, New York/London 1979, 203–226 – *Raub, W., Voss, Th.:* Die Sozialstruktur der Kooperation rationaler Egoisten, in: Zeitschrift für Soziologie XV, 1986, 309–323 – *Rodman, H.:* Eheliche Macht und der Austausch von Ressourcen im kulturellen Kontext, in: *G. Lüschen* und *E. Lupri* (Hrsg.), Soziologie der Familie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 14, 1970, 121–143 – *Ryffel-Gericke, Ch.:* Männer in Familie und Beruf, Diessenhofen 1983 – *Safilios-Rothschild, C.:* A Comparison of Power Structure and Marital Satisfaction in Urban Greek and French Families, in: Journal of Marriage and the Family XXIX, 1967, 345–352 – *Safilios-Rothschild, C.:* Family Sociology or Wives' Family Sociology? in: Journal of Marriage and the Family XXXI, 1969, 290–301 – *Safilios-Rothschild, C.:* The Study of Family Power Structure: A Review 1960–1969, in: Journal of Marriage and the Family XXXII, 1970, 539–552 – *Safilios-Rothschild, C.:* A Macro- and Micro-examination of Family Power and Love: An Exchange Model, in: Journal of Marriage and the Family IIXL, 1976, 355–362 – *Scanzoni, J.:* Sexual Bargaining: Power Politics in the American Marriage, Englewood Cliffs 1972 – *Scanzoni, J.:* Social Processes and Power in Families, in: *W. R. Burr* et al. (Hrsg.), Contemporary Theories about the Family, Bd. 1, New York/London 1979, 295–316 – *Schultz, Th. W.* (Hrsg.): Economics of the Family, 3. Aufl. Chicago/London 1982 – *Silverman, W., Hill, R.:* Task Allocation in Marriage in the United States and Belgium, in: Journal of Marriage and the Family XXIX, 1967, 353–360 – *Sussman, M. B., Steinmetz, S. K.* (Hrsg.): Handbook of Marriage and the Family, New York 1987 – *Szinovacs, M. E.:* Another Look at Normative Resource Theory: Contributions from Austrian Data – A research Note, in: Journal of Marriage and the Family XL, 1978, 413–421 – *Szinovacs, M. E.:* Family Power in: *M. B. Sussman* und *S. K. Steinmetz* (Hrsg.), Handbook of Marriage and the Family, New York 1987, 651–694 – *Thibaut, J. W., Kelley, H. H.:* The Social Psychology of Groups, New York 1959 – *Waller, W., Hill, R.:* The Family: A Dynamic Interpretation, New York 1951 – *Willis, R. H., Frieze, I. H.:* Sex Roles, Social Exchange, and Couples, in: *K. J. Gergen* et al. (Hrsg.): Social Exchange, New York/London 1980, 141–163 – *Wippler, R.:* Nicht-intendierte soziale Folgen individueller Handlungen, in: Soziale Welt XXIX, 1978, 155–179 – *Zimmermann, K. F.:* Familienökonomie, Berlin/Heidelberg/New York 1985

Manfred Markefka

Symbolischer Interaktionismus, Ethnomethodologie und Familienforschung

1. Aufgabenstellung

Es kommt nicht darauf an, die Vielfalt der »verzweigten« Gedankenführungen innerhalb der Theorieperspektiven und ihrer einzelnen Quellen wiederzugeben. Ziel ist allein, gemeinsame Prämissen von Symbolischem Interaktionismus und Ethnomethodologie darzustellen, die jeweilige Grundstruktur beider Ansätze nachzuzeichnen, ihre Ansprüche vergleichend zu bewerten, entsprechende Trends der Familienforschung sowie Arbeitsprogramme beider »Theoriewegweiser« exemplarisch zu erfassen und zu beurteilen.

2. Symbolischer Interaktionismus und Ethnomethodologie

Anzumerken ist vorab, daß man in den Sozialwissenschaften einen äußerst großzügigen Umgang mit dem Wort »Theorie« (z. B. *Lazarsfeld,* 1973, 63f.) vorfindet, der nicht selten terminologische Verwirrung auslöst. Darüber können auch Differenzierungsbemühungen nicht hinwegtäuschen (z. B. *Hondrich,* 1978); sie erschweren die Verständigung eher zusätzlich. Dieser Beitrag ist um den Nachweis bemüht, daß »Theorien« gewöhnlich Kombinationen von Gegenstandsorientierungen und wissenschaftstheoretischen Bezugsrahmen sind: Sie legen einmal Teile der sozialen Welt als Forschungsgegenstände fest.
Sie machen zum anderen Aussagen über Entstehen und Erfassungsmethoden dieser Gegenstände. Bevor diese Gesichtspunkte bestimmt werden, sei den gemeinsamen Grundannahmen beider Theorieansätze Aufmerksamkeit geschenkt.

2.1. Grundannahmen

Sowohl der Symbolische Interaktionismus als auch die Ethnomethodologie betrachten »soziales Handeln«, das auf interagierende Individuen zurückgeführt wird, als Arbeitsgegenstand. Eine eigenständige sozialwissenschaftliche Methodologie wird von jeder Perspektive zweifach begründet: Einmal damit, daß individuelles Verhalten als zweckbestimmtes und konsequenzbedenkendes Tun zu betrachten ist. Zum anderen damit, daß soziale Gegenstände (wie Interaktionen, Situationen usw.) von handelnden Menschen selbst geschaffen – und damit prinzipiell wandelbar – sind. Für die daraus abzuleitende Folgerung gibt es zwar zahlreiche Wendungen, aber nur eine Richtung: Soziale Dinge können nicht wie materielle Gegenstände in den Naturwissenschaften deduktiv »abbildend« (»naturwissenschaftliche Methodologie«), sondern allein vom Verständnis des Handelnden aus »interpretativ«, »verstehend« bzw. »beschreibend« erklärt und erfaßt werden (»interpretatives Paradigma«, »Verhaltensmethodologie«).

»Es herrscht die Meinung vor, wir könnten nicht ohne subjektive Vorgehensweise wie Verstehen oder Einfühlung auskommen, nicht ohne das Nachvollziehen der Handlungen ... anderer Menschen oder den Versuch, sich in die Lage eines anderen hineinzuversetzen, indem wir uns seine Ziele und seine Probleme zu eigen machen« (*Popper,* 1973, 184).

Um dies zu leisten, werden »gemeinsame psychische Ausstattung«, »gemeinsame geschichtliche Situation« und »gemeinsame Teilhabe am Geistigen« (Kultur) für miteinander handelnde Menschen vorausgesetzt (*Giesen/Schmidt,* 1976, 160f.).

2.2. Symbolischer Interaktionismus

Der »Symbolische Interaktionismus« – »eine in gewisser Weise barbarische Wortschöpfung« (*Blumer,* 1973, 144) – wird mit Recht als ein eigentümlich amerikanisches Produkt (*Stryker,* 1970, 50) bezeichnet, das auf unterschiedliche Quellen zurückgeht (z. B. *Blumer,* 1973, 80; *Helle,* 1977; *Stryker,* 1970, 50–53) und im deutschen Sprachraum durch Sammelwerke Verbreitung gefunden hat (Arbeitsgruppe, 1973; *Steinert,* 1977), die seine Differenziertheit sichtbar machen. Formelhaft gesagt, geht es um den Nachweis, daß Menschen aufgrund der Bedeutung, des »Sinnverstehens« von Dingen/Personen handeln.

2.2.1. Inhaltliche Orientierung

Die Konzeption kann mit *Blumer* (1973) auf Vorbedingungen sozialen Handelns (1) sowie die Definition der symbolischen Interaktion und die Folgen des sozialen Handelns (2) zurückgeführt werden.

(1) Prämissen sozialen Handelns sind:
- Menschen leben in gemeinsamen »Welten« (»Umwelten«), die sich aus unterschiedlichsten Objekten (materiellen Gegenständen: Häusern, Straßen u. a.; abstrakten Objekten: Glaubensüberzeugungen, moralischen Leitideen u. a.; Lebewesen: Menschen, Personengruppen u. ä.; sozialen Tatbeständen: menschlichen Handlungen, sozialen Situationen u. a.) zusammensetzen (*Blumer,* 1973, 81, 90).
- Menschen handeln gegenüber ausgewählten Objekten usw. »ihrer« Welt, den Gegenständen, die sie kennen und wahrnehmen, aufgrund von Bedeutungen, die diese Gegenstände für sie »verkörpern«. Objekte gelten insofern als Symbole, Träger von Bedeutungen.
- Die Bedeutungen werden als »soziale Schöpfungen« angesehen, die vom Einzelnen im Austausch mit anderen stets »neu« (»interpretativ«) zu erfassen sind. »Die Bedeutung eines Dinges für eine Person ergibt sich aus der Art und Weise, in der andere Personen ihr gegenüber in Bezug auf dieses Ding handeln. Ihre Handlungen dienen der Definition dieses Dinges für diese Person« (83).

(2) Auf der Grundlage der genannten Voraussetzungen wird zunächst Interaktion zwischen Menschen als symbolische Interaktion bestimmt:
- Dies bedeutet, daß Personen auf das Handeln ihres Gegenüber (z. B. eine sprachliche Äußerung, eine körperliche Geste) gewöhnlich nicht spontan, son-

dern aufgrund der Bedeutung (der Interpretation, des Verstehens) dieser Handlung (z. B. als Hilferuf, körperlichen Angriff) eingehen (z. B. zu Hilfe eilen, sich verteidigen). Das Verhalten der an einer Interaktion beteiligten Akteure ist also jeweils Antwort des einen auf die eigene Interpretation (Bedeutungsfeststellung) der Handlung(sabsichten) des anderen: Interaktion wird als ein »interpretativer Prozeß« verstanden.

- Darüber hinaus werden aus symbolischen Interaktionen auch Folgen abgeleitet: Soziale Systeme, Organisationen, Rollen, Institutionen usw. gelten als – sich wandelnde – Ergebnisse (»Verkettungen») »symbolisch« miteinander handelnder Menschen, d. h. ihrer jeweils neuen Interpretations- und Deutungshandlungen. Es sind gewissermaßen interpretierte und konstruierte Wirklichkeiten, Forschungsgegenstände des Symbolischen Interaktionismus.

2.2.2. Methodologische Grundlegung

Empirische Forschung bedeutet für *Blumer* unmittelbare Wiedergabe »der empirischen sozialen Welt«, nicht aber Prüfung der Gültigkeit von theoretischen Ableitungen über sie. Diese Absage an eine Einheitsmethodologie ist in seinen Ausführungen offenkundig. Als »empirische Welt« wird das »tatsächliche Zusammenleben« verstanden, das »nur in Form von Bildern und Vorstellungen der Menschen über sie besteht« (*Blumer,* 1973, 102).

Vorausannahmen des Forschers über »seinen« Gegenstand werden durch Exploration und Inspektion geprüft. Darunter sind zu verstehen:

Exploration: Das explorative Vorgehen dient einerseits dem Vertrautwerden mit dem Forschungsbereich, andererseits dem Gewinn neuer Einsichten, um die Forschungsplanung zu verbessern und Untersuchungen durchzuführen. Explorationsstudien können sich jeder »ethisch vertretbaren Vorgehensweise« bedienen, um letztlich ein umfassendes und präzises Bild eines Untersuchungsbereichs zu gewinnen.

Inspektion: Forschungen sollten nicht allein auf Beschreibungen beschränkt bleiben, sondern auch Zusammenhänge formulieren und analysieren. Dies setzt allerdings »trennende analytische Elemente und die Isolierung von Beziehungen zwischen diesen Elementen« voraus. Liegen diese vor, kann Inspektion zweierlei bedeuten: Einerseits Erfassung des empirischen Gehalts verwendeter analytischer Elemente (wie beispielsweise Inhaltsbestimmung der Begriffe Integration, Mobilität, Autorität, Deprivation) in unterschiedlichsten sozialen Zusammenhängen (wie Familie, Industriebetrieb, Militär), andererseits Prüfung angenommener Zusammenhänge von Elementen (wie beispielsweise von Mobilitätswünschen und sozialer Integration) in derartigen Sozialeinheiten.

Daten zur Lösung der vorstehenden Aufgaben sollen ›technisch‹ durch faktische und gedankliche Teilnahme an Interaktionsverläufen, die sich qualitativer Methoden bedienen (Fallstudien, teilnehmender Beobachtung, Analyse von Lebensgeschichten u. a.), gewonnen werden.

2.2.3. Rückblick I

Die Ausführungen zum Symbolischen Interaktionismus zeigen, daß er »zwiespältig« angelegt ist, da er gleichzeitig zwei Ziele verfolgt, nämlich mittels »Verstehens« sowohl Entstehung (das Wesen) von Interaktionen zu erklären (zu rekonstruieren) als auch Interaktionsverläufe und -inhalte mittels Kategorisierungen empirisch zu erfassen.

2.3. Ethnomethodologie

Die »Ethnomethodologie« (*H. Garfinkel,* 1973) kann ebenfalls als eine theoretische Neuorientierung der amerikanischen Soziologie bezeichnet werden, die verschiedene Wurzeln und Ausprägungen kennt (z. B. *Mullins,* 1981; *Psathas,* 1973, 270ff.). Sie ist in der Bundesrepublik rezipiert und als »Soziologie des Alltags« bekannt geworden (Arbeitsgruppe, 1973; *Hammerich/Klein,* 1978; *Schütz/Luckmann,* 1975; *Weingarten/Sack,* 1976), die sich mit den alltäglichen Aktivitäten der Menschen beschäftigt. Sie wird als radikalisierte Form des symbolischen Interaktionismus gekennzeichnet (*Esser* et al. 1977, Bd. 2, 98), die zu erfassen trachtet, »wie die Strukturen des Alltagshandelns gewöhnlich und gewohnheitsmäßig hergestellt und aufrechterhalten werden« (*Garfinkel,* 1973, 280; vgl. hierzu *Filmer,* 1975) und sich bemüht, den »sinnhaften Aufbau der Welt« (*Schütz,* 1932) zu bestimmen.

2.3.1. Inhaltliche Orientierung

Die Theorieperspektive beschreibt Voraussetzungen für menschliches Handeln (1) und das »Wesen« sozialer Austauschprozesse (Interaktion) (2) im einzelnen (*Schütz/Luckmann,* 1975; *Garfinkel,* 1973) wie folgt:

(1) Als Grundannahmen für menschliches Handeln werden genannt:
- Menschen leben in einer »Lebenswelt«, die sich aus »Sinngebieten« – wie Phantasiewelt, Traumwelt, Welt der wissenschaftlichen Theorien und Alltagswelt – zusammensetzt.
- Jedem Menschen ist der Erfahrungsbereich »Alltagswelt« am nächsten, ein Handlungsraum tagtäglichen Routinehandelns (wie Aufstehen, zur Arbeit gehen usw.), alltäglichen Sprechens (wie der Gebrauch von Redewendungen, Grammatik) und tagtäglicher Interaktionspraxis (z. B. beim Essen in der Familie, bei der Arbeit im Betrieb, beim Freizeitsport).
- Diese Alltagswelt ist dem einzelnen »vorgegeben« und wird von ihm – gemeinsam mit anderen – »erlebt«. Alltag ist also eine durch Zusammenleben mit anderen geteilte (intersubjektive) Welt, die Interaktionspartner als gleichartig wahrnehmen und erfahren.
- Die Intersubjektivität ist durch Sozialisation gewährleistet, die einen Vorrat gemeinsamen Alltagswissens überliefert. Er gilt als gültig und verbindlich, bis er durch »neue« Ereignisse oder Gegenstände verändert bzw. erweitert werden muß.

- Derartiges Alltagswissen umfaßt praktische Kenntnisse und Fähigkeiten (z. B. über die Telefonbenutzung), Verhaltensvorschriften (Normen), Personenkategorien (verbunden mit spezifischen Verhaltenserwartungen) und Situationsdefinitionen (wie Flirt, Streit). »Das Wissen ist typisiert, das heißt, es bezieht sich auf seine Gegenstände in ihrer typischen, immer wiederkehrenden Erscheinungsweise und nicht auf ihre einmaligen Charakteristika« (*Geulen,* 1977, 55). Die Welt erscheint als geordnet und strukturiert.

(2) Die genannten Annahmen machen deutlich, daß soziales Handeln vom gegenseitigen (Vor-)Wissen der jeweiligen Gegenüber und vom »Vertrauen«, daß jeder die Welt so sieht wie der andere es ihm unterstellt, abhängig ist. Die Beziehung zu anderen Menschen »gliedert sich nach verschiedenen Stufen der Erlebnisnähe, Erlebnistiefe, und Anonymität. Die Variationsbreite meiner Erfahrung der Sozialwelt reicht von der Begegnung eines anderen Menschen bis zur vagen Einstellung zu Institutionen, Kulturgebilden, Menschheit im allgemeinen« (*Schütz/Luckmann,* 1975, 75). Vereinfacht kann menschliches Handeln danach unterschieden werden, ob es auf konkret-individuelles Wissen (wie in einer persönlichen Begegnung) oder auf allgemein-typisierte Annahmen (wie zwischen Wählern und »ihren« Parteien) gegründet ist.
Beide Wissenstypen können als Extrempole eines Kontinuums aufgefaßt werden, zwischen denen vielfältige Wissensausprägungen denkbar sind, die unterschiedliche Formen des Handelns bedingen (*Schütz/Luckmann,* 1975, 73–109).

2.3.2. Methodologische Grundlegung

Ethnomethodologische Arbeiten untersuchen, wie sich Menschen im Alltag gegenseitig »verstehen« und wie sie miteinander handeln. Sie entschlüsseln, was Interaktionspartner voneinander denken/wissen (Stereotype, Rollenerwartungen u. a.). Es geht dabei nicht um Bestimmung aller Feinheiten von »Einzel-Erscheinungen«, sondern um Analyse der zugrundeliegenden Gemeinsamkeiten und ihrer Wirkungen auf Handlungszusammenhänge.
Um dies zu erreichen, wird zum einen »dokumentarische Interpretation« (1) gefordert, zum anderen »Indexikalität« (2) vorausgesetzt. Darunter sind in Anlehnung an *Garfinkel* (1973, 199–214) und *Wilson* (1973, 60–62) zu verstehen:

(1) Dokumentarische Interpretation soll heißen, daß Handlungen in einem Interaktionsprozeß (wie Übernahme der Rolle »Vater« und »Mutter« bzw. »Sohn«, »Tochter« in einer Familie) daraufhin zu untersuchen sind, ob ihnen ein gemeinsames »Muster« (wie die Wahrnehmung eines spezifischen Handlungs-Zusammenhangs wechselseitiger Rollenerwartungen von Eltern und Kindern) zugrundeliegt. Mit der Feststellung eines solchen Musters geht die Annahme einher, daß jede Handlung eines Interaktionspartners (z. B. jede Rollenausübung durch ein Familienmitglied) auf dieses Muster bezogen wird. Handlungen gelten somit einerseits als »Dokumente« des zugrundeliegenden Musters, andererseits jedoch als Bausteine eben dieses Musters.

(2) Diese gegenseitige Bestimmung sozialen Handelns und zugrundeliegender Muster wird als Indexikalität bezeichnet. Jede Handlung ist zudem ein »›indexikalisches Besonderes‹, das von den Beteiligten angesehen wird unter dem Gesichtspunkt des ›Ortes‹, den eine Handlung im Kontext des Vorangegangenen einnimmt, und unter dem Gesichtspunkt, was als künftige Entwicklung der Interaktion erwartet wird« (*Wilson,* 1973, 61). Damit kommt zum Ausdruck, daß »neues Handeln« möglich und eine Veränderung des ermittelten Musters denkbar ist.
Die genannten Arbeitsansprüche werden wie folgt umgesetzt: Die dokumentarische Methode gilt als Alltagshandeln, in dem Ethnomethodologen und Laien gleichermaßen zu verstehen suchen (*Garfinkel,* 1973, 195, 211, 222), wie mitmenschliches Handeln abläuft und »Sinnwelten« entstehen. Es geht um Überprüfung, ob Handeln tatsächlich als »Beweisstück« eines vorausgesetzten Handlungsmusters angesehen werden kann. Dies zu testen, gibt es zwei Möglichkeiten, einmal, die Welt des Gegenüber mit dessen Augen zu sehen, zum anderen, die Welt des anderen mit dessen Hilfe »dialogisch« zu erkunden (*Psathas,* 1973, 278), letztlich geht es um Datensammlung, die wie der Symbolische Interaktionismus auf qualitative Methoden vertraut. Sie werden um Krisenexperimente bereichert (*Garfinkel,* 1973, 193, 205–207), in denen nicht situationsadäquat gehandelt wird (z. B. verhalten sich Studenten gegenüber ihren Eltern nicht als Tochter/Sohn, sondern als offizielle Gäste), um die Abhängigkeit der gemeinsamen Umwelt von sich wiederholenden alltäglichen Gewißheiten aufzuzeigen: »Sociology as a happening« (*Gouldner,* 1970, 390)?

2.3.3. Rückblick II

Die Ethnomethodologie erfüllt in gewisser Weise drei Funktionen: Sie setzt »Verstehen« ein, einerseits, um Voraussetzungen menschlichen Handelns zu bestimmen, andererseits, um Existenz und Ausmaß von Strategien und Wissen für Interaktion (wie Typisierungen u. ä.) festzustellen und letztlich, um erfaßtes Verhalten als Beweisstück eines angenommenen »Musters« zu würdigen.

2.4. Vergleichende Diskussion

Die folgenden Ausführungen zeigen rückblickend Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden theoretischen Ansätze auf.

2.4.1. Gemeinsame Ausgangslage

Die vorgestellten Wissenschaftspositionen können (mit *Burr, Leigh* et al., 1979, 52) als analytische Theorien charakterisiert werden. Ihr Ziel ist die Entwicklung differenzierter Begriffe, um Interaktionen zwischen Individuen beschreibend zu erfassen und verstehend zu deuten. Deduktive Erklärungen, d. h. die Möglichkeit, aus allgemeinen Gesetzen und Bedingungen des Einzelfalls spezifisches Verhalten abzuleiten, dessen Gültigkeit geprüft werden kann, halten die vorgestellten Autoren für unangemessen. Allerdings ist zu beachten, daß deduktive Erklärungen

einerseits für »stabile« soziale Gegenstände (wie Typisierungen, Ritualisierungen u. ä.) beider Arbeitsrichtungen als möglich (*Esser* et al., 1977, Bd. 2, 103; *Stryker,* 1970, 54), andererseits für die Ethnomethodologie (n. *Garfinkel,* 1973) als praktikabel (*Hoeben,* 1978, 170ff.) erachtet werden. Außerdem wird die Kombination beider Methodologien vertreten (*Burr, Leigh* et al., 1979, 52; *Matthes,* 1976, 57). Diese Tendenz zu mehr methodologischer Offenheit wird von einer Neubewertung der Verfahren zur Datengewinnung begleitet (z. B. Arbeitsgruppe, 1973, Bd. 2, 433ff.; *Hoeben,* 1978, 174–176; *Matthes,* 1976, 58; *Heinze,* 1987). Zu beachten ist in diesem Zusammenhang der handlungstheoretisch neu begründete Nachweis *Essers* (1987), daß Intentionen, Interpretationen, Situationsbestimmungen usw. prinzipiell auch deduktiv ableitbar und damit quantitativ – mit Hilfe der Individualbefragung – faßbar sind. Der Anspruch der interpretativen Methodologie, für empirisches Vorgehen allein qualitative Methoden als angemessenes Werkzeug zu betrachten, ist folglich revisionsbedürftig.

2.4.2. Gegenstände und Konzepte

Ein Vergleich der »analytischen Strategien« zeigt folgendes: Gemeinsam ist beiden, daß soziales (Alltags-)Handeln zwischen Individuen ihr Arbeitsgegenstand ist; es geht um das Verständnis, wie bzw. warum Zusammenleben durch gemeinsames Wissen geordnet ist und wird (wie Normen, Institutionen, Rollen). Sie unterscheiden sich dahingehend, daß im Symbolischen Interaktionismus – dank Betonung ständig kreativen und deutenden Handelns – mehr als in der Ethnomethodologie – wegen Beachtung von Routinisierung, Kategorisierung, Typisierung – spontaner sozialer Wandel einkalkuliert wird. Für beide Perspektiven gilt, daß sie durch »›negative‹ Strukturmerkmale« gekennzeichnet sind: »ihre Aussagen sind kompliziert . . .; Begriffe und Aussagen sind unpräzis und nicht im Hinblick auf empirische Überprüfung formuliert . . .; ihre empirisch-praktische Bewährung ist oft unbekannt . . .« (*Hondrich,* 1976, 29; vgl. *Matthes,* 1976, 58). Exemplarisch dafür ist einerseits die Begriffsverwendung von Lebens-/Alltagswelt (*Hammerich/Klein,* 1978; *Elias,* 1978; *Grathoff,* 1978), andererseits der Symbolbegriff, der sowohl Gegenstand als auch Bedeutung zum Inhalt haben kann. Angemerkt sei, daß diese negativen Strukturmerkmale für die meisten Publikationen so symptomatisch sind, daß jede im weitesten Sinne als einzigartig charakterisiert werden kann.

3. Analytische Strategien und Erforschung von »Familienwelten«

Nunmehr ist die Nutzung der interpretativen Ansätze bei der Erforschung interaktiver Prozesse im familiären Alltag und für die Entwicklung zukünftiger Arbeitsperspektiven aufzuzeigen. Diese Ziele stehen (*Burr, Leigh* et al., 1979, 51) vor zwei Zuordnungsproblemen. Zum einen wird die hier vorgestellte ethnomethodologische Konzeption als ein Teilbereich der Phänomenologie (*Esser* et al., 1977, Bd. 2, 89) angesehen. Zum anderen gilt der Symbolische Interaktionismus als eine Position, der neben zentraler Eigenständigkeit eine partielle Überschneidung einerseits

mit der Phänomenologie (mit interpretativer Orientierung), andererseits mit der Rollentheorie (mit eher deduktiver Ausrichtung) zugeschrieben wird. Vielleicht ist diese Abgrenzungsproblematik ein Grund dafür, daß viele Familienforscher ihre eigene Ausgangsposition offenlassen.

3.1. Gegenstandsbereich Familie und interpretative Forschung

Ohne daher eine theoretische Zuordnung im einzelnen zu versuchen, soll die nebenstehende Übersicht lediglich exemplarisch interpretative Arbeitsschwerpunkte, einerseits als Grundlegung des Gegenstandsbereich und andererseits als spezifische Forschungsinitiativen, aufzeigen.
Die Übersicht läßt zweierlei deutlich werden:

(1) Die theoretischen Überlegungen kreisen um die Gegenstände Ehe und (Kern-) Familie als eigenständige Beziehungsmuster sowie um Familie in ihrer Umweltabhängigkeit. Lediglich zwei der vorgestellten Konzeptionen werden empirisch belegt.

(2) Die Forschungsbeispiele entsprechen inhaltlich den genannten Gegenständen, liegen aber bei Ehe und Familie weitgehend als »Problemfälle« vor. Wie schon Auswahl und Zahl der untersuchten Familien erkennen lassen, sind die meisten Autoren um Typenbildung bemüht. Es handelt sich um Einzelfallstudien, die vornehmlich auf der Grundlage begrifflicher Bezugsrahmen etwa zu gleichen Teilen mit Hilfe offener Interviews und kombinierter Techniken erarbeitet wurden, um Interaktionsprozesse in Familien zu verstehen. Erkenntnisgewinn für Familienberatung und -therapie (vgl. dazu u. a. *Brunner,* 1983; *Beck,* 1985) ist ausgesprochener bzw. unausgesprochener Anspruch der Arbeiten.
Nicht zuletzt mangelnde theoretische Fundierung und unzureichende methodologische Reflexion derartiger Arbeiten (vgl. auch: *Laing,* 1974; *Wahl* et al., 1980) haben zu einer Rückbesinnung auf interaktionistische und ethnomethodologische Positionen geführt, um sie in »neue« wissenschaftliche Arbeitsprogramme der Familienforschung einzubringen. So schlagen beispielsweise interpretative Familienforscher zwei Wege der Neubesinnung ein: Entweder sie gehen ohne Differenzierung pauschal von »Entwicklungslinien einer interpretativen Familiensoziologie« (*Bösel,* 1980) aus, oder sie behalten eine theoretische Aufschlüsselung – wie »Zu einer phänomenologischen Soziologie der Familie« (*MacLain/Weigert,* 1979) und »Symbolischer Interaktionismus und die Familie« (*Burr, Leigh* et al., 1979) – als Ordnungskategorie für ihr Arbeitsprogramm bei. Dabei ist Bestandsaufnahme bisheriger Arbeiten nicht Selbstzweck, sondern – mehr oder weniger – Basis, die infragestehenden Theorieperspektiven für ein eigenes Programm nutzbar zu machen, wie im folgenden gezeigt wird.

Exemplarische Übersicht: Interpretative Familienforschung

Gegenstand	Theoretischer Bezugsrahmen	Forschungsthema
EHE	Konstruktion der Ehewirklichkeit (*Berger/Kellner* 1980; *Wiley*1985)	Intimitätskonflikte (*Cancian* 1985) Sündenbock ›Kind‹ bei Ehekonflikten (*Vogel/Bell* 1985) Elternerziehung: »Duel of Intimacy« (*Ehrensaft* 1985)
FAMILIE	Innenaspekt: Psychosoziale Organisation (*Hess/Handel* 1975) ⟷ Besonderer Interaktionszusammenhang (*Waller* 1983)	Familienwelten Innerfamiliale Umwelt von Schizophrenen (*Lidz* et al. 1985) Neurotische Beziehungsmuster in Verwandschaft (*Cleveland/Longaker* 1985) Interner Aufbau von Adoptionsfamilien (*Hoffmann-Riem* 1984)
FAMILIE und GESELLSCHAFT	Innen-/Außenaspekte der Familie (*Dittrich* 1985) ⟷	Mutter-Kind-Beziehung The Negro Lower-Class Family (*Rainwater* 1985)

⟷: aufeinander bezogen

3.2. Entwicklung einer interpretativen Familiensoziologie

3.2.1. Ausgangslage und Ziel

Nach Bestimmung der philosophischen Quellen interpretativer Wissenschaftsorientierung wird die Existenz dieser Denktradition in der Familiensoziologie mit theoretischen und empirischen Beispielen belegt (*Bösel,* 1980, 67–77). Im Zentrum steht die Entwicklung eines »kategorialen Bezugsrahmens», eines »bestimmten Entwurfs

einer interpretativen Untersuchung der Familie« (12), um »die Familie als eine komplexe, vielschichtige sozio-kulturelle Lebenswelt zu erschließen, die sich von anderen Lebenswelten durch gemeinsame Alltagspraxis, durch die für sie typische Realitätskonstruktion, durch typische Lebensformen und -orientierungen unterscheidet« (79). Dem Entwurf gilt die weitere Aufmerksamkeit.

3.2.2. Kategorialer Bezugsrahmen

Um das obige Ziel zu erreichen, werden »Elemente« für ein interpretatives Vorgehen anhand von Alltagserfahrungen fallweise beschreibend entwickelt; zusammengefaßt bilden sie folgenden kategorialen Bezugsrahmen (vgl. ebenda 91–112):

Kategorien für eine interpretative Familienforschung

1 Deutungsschemata: Prozesse der Sinnkonstruktion
1.1 Definitionsprozesse: Zuschreibungen (wie Bestimmung einer Beziehung als Ehe)
1.2 Interpretationsprozesse: Suchprozesse (wie Aufbau eines gemeinschaftlichen Normsystems)
1.3 Routinewissen: Festigkeiten (wie die unterstellte Selbstverständlichkeit »wir sind eine Familie«)
2 Handlungsstrategien: Prozesse der Realitätsbewältigung
2.1 Familie und Alltag: Routinisierung (wie Tagesablauf: Aufstehen, Frühstücken)
2.2 Familie und Ordnung: Ritualisierung (wie Begrüßung, Verabschiedung, Geburtstag feiern)
2.3 Familie und Konflikt: Konfliktlösungsstrategien (Verhandeln, Ausweichen, Verdrängen, organisatorische Regelung, Bündnispartner suchen)
3 Rollenhandeln als Identity Bargaining: Prozesse der Identitätsfindung
3.1 Ego und Alter: Role-Taking und Role-Making (Hineinversetzen in die Rolle des anderen; Bestimmung der eigenen Rolle)
3.2 Ego und Norm: Rollendistanz und Ambiguitätstoleranz (Abstand zu Rollenerwartungen nehmen, widersprüchliche Erwartungen ertragen können)
3.3 Ego und Zeit: Rollenübergänge (wie von Ehefrau zu Mutter)
4 Familienbewußtsein: Prozesse der Familienerfahrung
4.1 Familienthema (wie Bestimmung des Familienlebens durch religiöse Normen)
4.2 Selbstdarstellung der Familie (Darstellung gegenüber anderen, wie gemeinsamer Theaterbesuch)
4.3 Familiengeschichte (wie Erzählungen der Eltern, um Erfahrungen an die Kinder weiterzugeben)

Dieses Analyseschema kann im Forschungsprozeß eingesetzt und gleichzeitig überprüft werden (ob es für interpretatives Vorgehen ausreicht oder weiterentwickelt werden muß). Dabei ist zu beachten, daß die einzelnen Kategorien grundsätzlich als »unbesetzt« anzusehen sind. Der Forscher hat sie mittels qualitativer Verfahrenstechniken im familialen Alltag zu erfassen bzw. inhaltlich zu erschließen. Je nach Besetzung/Nichtbesetzung (sowie eventueller Ergänzung) der Kategorien des konzeptionellen Schemas kann der Forscher dann Familientypen bilden, die Gleichartigkeiten und Unterschiede seiner rekonstruierten »erlebten familialen Alltagswelten« zum Ausdruck bringen.

3.2.3. Stellenwert interpretativen Engagements

Die skizzierte »interpretative Familiensoziologie« ist vonnöten (*Bösel,* 1980, 12, 124), um einen »Perspektivenwechsel« zu erreichen: Deduktive Erklärungen sind durch interpretatives Vorgehen zu ergänzen, um die alltägliche Familienwelt angemessen zu »rekonstruieren« und die in ihr Handelnden (besser) zu verstehen. Dieses Plädoyer für ein interpretatives Zusatz-Engagement geht gleichsam von einem »methodologischen Dualismus« aus, ohne die Möglichkeiten deduktiven Vorgehens für die eigenen Annahmen (wie beispielsweise von Routinewissen, Rollenhandeln) zu testen.

3.3. Phänomenologische Familiensoziologie – ein Versuch

3.3.1. Ausgangslage und Ziel

McLain und *Weigert* (1979) gehen von den Ursprüngen phänomenologischen Denkens aus, skizzieren eine phänomenologische Soziologie und Grundlagen einer entsprechenden Familiensoziologie. Für sie gilt: »A major task of a phenomenological sociology of family becomes the discovery and analysis of meanings that constitute family as an intersubjective phenomen« (169). Mit Blick auf diese Zielsetzung sind die Autoren weniger an Bestimmung einzelner Analysekategorien interessiert, sondern mehr um eine Synthese vorherrschender phänomenologischer Theorienansätze (einschließlich der Ethnomethodologie) bemüht, um ein Forschungsprogramm zu entwickeln.

3.3.2. Entwicklung eines Forschungsprogramms

Für die Familienforschung werden schrittweise programmatische Entwürfe erarbeitet, um erwartete Zusammenhänge zu verdeutlichen, theoretische und empirische Studien zu ermöglichen. Die entscheidenden Schritte zu einer Forschungskonzeption lassen wie sich folgt zusammenfassen (*McLain/Weigert,* 1979):
Die modellhafte Entwicklung einer phänomenologischen Familienforschung beginnt mit dem »Entwurf einer Phänomenologie der sozialen Welt«, führt zum »Entwurf einer Phänomenologie der Soziologie«, mündet in den »Allgemeinen Entwurf einer phänomenologischen Familiensoziologie« und endet im »Forschungsprogramm einer phänomenologischen Familiensoziologie: Biographie und Familie«.
Versucht man, wenigstens die Endstufe dieser Modellfolge zu würdigen, dann ist im Vergleich zu der Kategoriensammlung im vorigen Abschnitt festzustellen: Die Autoren nutzen aus ihren phänomenologischen Theorievorgaben Begriffe für ihr Objekt »Familie«. Sie veranschaulichen auf dieser Basis einerseits die Konstruktion von Familienwelten durch individuelles Handeln, andererseits den Prozeß zur Erforschung eben dieser Wirklichkeiten durch Wissenschaftler. Den Zusammenhang zwischen alltagsweltlicher »Konstruktion« und wissenschaftlicher »Rekonstruktion« der Familienwelt machen sie als Rückwirkungsprozeß bewußt: Erfor-

schung familialer Realität wirkt auf das Bewußtsein der betroffenen Familienmitglieder und trägt damit zur Veränderung eben dieser Realität bei (Reflexivität). Angeführt sei, daß der Familienforscher der »Erkenntnistrilogie« – Beschreibung, Klassifikation und Interpretation – bedienen und den qualitativen Methoden vertrauen soll, um Daten zu gewinnen.

3.3.3. Stellenwert phänomenologischen Engagements

Die Autoren betrachten ihre programmatischen Überlegungen als einen Versuch. Für sie ist und bleibt die phänomenologische Perspektive eine, nicht die einzige (und ausreichende) Möglichkeit, familiale Lebenswelten zu erfassen. Insofern können sie ebenfalls als Vertreter eines »methodologischen Dualismus« gekennzeichnet werden, die zwar gegenüber deduktiven Ansätzen »offen« sind, jedoch über deren Bedeutung keine besonderen Aussagen machen.
Unübersehbar ist allerdings, daß ihr wissenschaftliches Engagement gleichzeitig ein gesellschaftspolitisches Credo beinhaltet, nämlich phänomenologische Familienforschung als Mittel einzusetzen, die Lebenswelt, in der Menschen alltäglich leben und sich begegnen, zu verändern (*McLain/Weigert,* 1979, 198, 202).

3.4. Symbolischer Interaktionismus und Familie

Stryker (1970) und *Burr, Leigh* et al. (1979) gehen diesem theoretischen Zusammenhang nach. Während für *Stryker* »Familie« lediglich ein Stichwort ist, um Symbolischen Interaktionismus zu »porträtieren«, sind *Burr, Leigh* et al. (1979) auch darum bemüht, die Bedeutung von Begriffen und Thesen dieser Perspektive für die Familienforschung aufzuzeigen. Dieser erweiterten Sicht gilt das folgende Interesse.

3.4.1. Ausgangslage und Ziele

Burr, Leigh et al. (1979) geben die Entwicklung des Interaktionismus wieder und stellen seine Schlüsselbegriffe sowie Basisannahmen vor. Dabei werden zwei zentrale Ziele verfolgt: Einmal sind im Rahmen des Interaktionismus »Subtheorien« zu bestimmen, um familiäre Forschungsansätze zu »identifizieren«. Zum anderen soll mittels Analyse »theorieorientierten Materials« ein System (eine Taxonomie) von »Begriffen und Variablen im Interaktionismus« als Arsenal von Bausteinen für deduktive Erklärungen und Vorhersagen aufgebaut werden, das auch bei familiären Interaktionsprozessen überprüft werden kann. Der Einlösung beider Ziele sei nunmehr Aufmerksamkeit geschenkt.

3.4.2. Interaktionistische Subtheorien und Ansatz einer Begriffstaxonomie

Dem Symbolischen Interaktionismus werden von *Burr, Leigh* et al. (1979, 61–89) zunächst folgende Subtheorien untergeordnet: »Eine Theorie personaler Kompetenz«, »eine interaktionistische Theorie der Zufriedenheit«, eine »Theorie des

Rollenspiels«, eine »Theorie des Rollenstress« und eine »Theorie des Rollenübergangs«. Die Annahmen der einzelnen Subtheorien werden in Prüfaussagen »übersetzt«, die von einfachen Zusammenhangsbehauptungen bis zu Kausalmodellen reichen; ihre Rolle bei der Erforschung familiärer Prozesse wird geprüft und diskutiert (88–100; vgl. *Burr* et al. Ed. 1979 Vol. 1). Den Autoren gelingt insgesamt der Nachweis, daß interaktionistische Begriffe aus als »Theorieelemente« für Erklärungen individuellen Handelns in Familien dienlich sind und Interaktionismus gleichfalls mit »naturwissenschaftlicher Methodologie« vereinbar ist.
In ihrem »Ansatz zu einer Begriffstaxonomie« sind *Burr, Leigh* et al. (1979) sodann um ein »conceptual framework« bzw. ein »hierarchisches Arrangement von Begriffen und Variablen« bemüht. Dabei steht ein Ordnungsversuch im Vordergrund (102f.). Es werden Schlüsselkonzepte des Interaktionismus erfaßt und Kernbegriffen – wie »Selbst«, »Rolle« und »interpersonale Phänomene« – spezifische Haupt- und Unterkategorien so zugeordnet, daß sich ein erweiterbarer »Werkzeugkasten« für theoriebegleitete Forschung gemäß naturwissenschaftlicher Methodologie ergibt. Die Autoren halten ihn zwar für ausbaufähig, aber nützlich nur dann, wenn sein Benutzer gleichzeitig Kenner der interaktionistischen Perspektive und ihrer Verzweigungen ist.
Ihre Ausführungen lassen im übrigen darauf schließen, daß – gemäß dem eigenen Theorieanspruch – quantifizierende Methoden (wie standardisierte Befragung) als angemessene Verfahren angesehen werden, Hypothesen zu testen.

3.4.3. Stellenwert interaktionistischen Engagements

Burr, Leigh et al. (1979) erweisen sich als entschiedene Verfechter der »naturwissenschaftlichen Methodologie«, die sie sich überzeugend für den Symbolischen Interaktionismus nutzbar machen. Auch sie sehen interpretatives und deduktives Vorgehen als zwei sich ergänzende Konzeptionen an, um familiäre Interaktionsprozesse zu erforschen. Angemerkt sei jedoch, daß den Autoren Familie offensichtlich ein austauschbarer Gegenstand ist, für einen Erkenntnisfortschritt im Symbolischen Interaktionismus, dem eigenen methodologischen Grundverständnis entsprechend, einzutreten.

3.5. Ergebnisse

Nachstehend werden Ergebnisse der exemplarischen Rezeption und Umsetzung theoretischer Ansprüche für die Familienforschung vergleichend zusammengefaßt.

3.5.1. Gegenstände und Konzepte

Gemeinsam ist den drei Ansätzen, daß soziales Handeln im familiären Alltag theoretischer und empirischer Arbeitsgegenstand ist. Während die interpretative und die phänomenologische Familienforschung vornehmlich um verstehende Rekonstruktion (einmaliger) ganzheitlicher Familienwelten bemüht sind, strebt die interaktionistische Orientierung die Erforschung problemspezifischer Aspekte indi-

viduellen und gemeinsamen Handelns in Familienkontexten deduktiv an, um generalisierbare (Teil-)Aussagen über innerfamiliäre Prozesse und mögliche Folgen zu gewinnen. Unverkennbar ist das Bemühen der phänomenologischen und insbesondere der interaktionistischen Perspektive, »negative Strukturmerkmale« zu beseitigen.

3.5.2. Methodologsiche Ausrichtung

Das Engagement der »Gründerväter« für ein Monopol verstehender Methodologie wird von allen genannten Autoren grundsätzlich zugunsten einer Doppeloption aufgegeben: Sowohl explanative als auch interpretative Familienforschung werden als notwendig erachtet, wobei aber das Bekenntnis zur Verhaltensmethodologie sich als unabdingbare Alternative zu naturwissenschaftlicher Methodologie, das Eintreten für die naturwissenschaftliche Position sich entsprechend als Pendant zur Verhaltensmethodologie verstehen. Der Sinn des jeweiligen Ergänzungsanspruchs wird in etwa durch folgendes Zitat verdeutlicht: ... »Tabellen bedürfen einer Beziehung zu Menschen, die man als Handelnde sehen und hören kann. Die tabellarische Datenerfassung bringt unsere Wissenschaft voran; Fallstudien und ›deskriptive‹ Analyse erinnern uns daran, daß unser Gegenstand in menschlicher Handlung und menschlichen Gefühlen besteht« (*Hess/Handel,* 1975, 7).

3.5.3. Familienforschung und sozialer Wandel

Zum Schluß sei angemerkt, daß die »theoretischen Bekenntnisse« zur Familienforschung sich auch als »Instrumente zur Auseinandersetzung mit sozialer Realität« (*Hondrich,* 1976, 14) verstehen: Die interpretative Familienbetrachtung erkennt, daß Erforschung familiärer Alltagswelten gleichzeitig ein Beitrag zur Veränderung eben dieser Realität sein kann. Die phänomenologische Sichtweise geht ebenfalls von dieser Annahme aus, fordert aber darüber hinaus, Familienforschung bewußt als ein Mittel einzusetzen, um innerfamiliären Wandel zu bewirken. Die interaktionistische Orientierung dagegen versteht sich eher als ein Datenlieferant, um Familienpolitik »von außen« zu ermöglichen.

4. Rückblick

Wie obige Ausführungen zeigen, spiegeln sich sowohl der Anspruch von Ethnomethodologie und Symbolischem Interaktionismus nach einer eigenständigen Methodologie der Sozialwissenschaften als auch dessen begründete Zurückweisung zugunsten einer Einheitsmethodologie für Sozial- und Naturwissenschaften in den methodologischen Konzeptionen für Familienforschung wider: Die Forderung nach »verstehender Erklärung« mit qualitativen Verfahren steht also dem Programm »deduktiver Erklärung« mit quantitativen Verfahren gegenüber. Die Frage, ob es sich dabei entweder um eine Wahl zwischen zwei Möglichkeiten oder eine gegenseitige Ergänzung zweier Positionen handelt, bleibt eigentlich ungestellt. Stellt man sie,

dann hängt die Antwort entscheidend davon ab, ob »intentionales Handeln« einen »nomologischen Kern« hat (*Esser,* 1987, 90). Weist man diesen unter Bezug auf handlungstheoretische Überlegungen in der Weise nach, daß Personen sich in einer aktuellen Situation für ein Tun entscheiden, daß ihnen nach eigenen Vorstellungen, Wahrnehmungen und Ressourcen am (kosten-)»günstigsten« erscheint (*Esser,* 1980; *Esser,* 1987; *Schnell* et al., 1988, 78–97), dann gibt es nur eine Antwort. Beide Methodologien bilden keine Alternative, sondern eine Ergänzung, so wenn es heißt: »Die mentale Übernahme des Standpunktes eines handelnden Individuums und die sinnhafte Rekonstruktion seiner Handlung bedarf, wenn sie nicht nur die Qualität einer subjektiven Interpretation des Forschers haben soll, der objektiven, d. h. intersubjektiven empirischen Überprüfung mit Hilfe der Techniken der empirischen Sozialforschung« (*Schnell* et al., 1988, 87; vgl. *Esser,* 1987, 99f.).

Literatur

Anderson, M., Ed.: Sociology of the Family. 2nd. ed. Harmondsworth, Middleessex 1980 – *Andreski, S.:* Die Hexenmeister der Sozialwissenschaften. Mißbrauch, Mode und Manipulation einer Wissenschaft. München 1974 – Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen, Hg.: Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit. Band 1 und 2. Hamburg 1973 – *Backett, K. C.:* »Images of Parenthood«. Sociology of the Family. Ed. *M. Anderson.* 2nd. ed. Harmondsworth, Middleessex 1980, 350–369 – *Beck, R.:* Familientherapie. Bad Heilbrunn/Obb. 1985 – *Bell, N. W.:* »Extended Family Relations of Disturbed and Well Families«. The Psychosocial Interior of the Family. Ed. *G. Handel.* New York 1985, 157–173 – *Bell, R. R.:* Marriage and Family Interaction. 3th. ed. Homewood, III., Georgtown, Ont. 1971 – *Berger, P. L., Kellner, H.:* »Marriage and the Construction of Reality«. Sociology of the Family. Ed. M. Anderson. 2nd. ed. Harmondsworth, Middleessex 1980, 302–324 – *Bergmann, W.:* »Lebenswelt, Lebenswelt des Alltags oder Alltagswelt?«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 33. Jg. 1981, 50–72 – *Blumer, H.:* »Der methodologische Standort des Symbolischen Interaktionismus.« Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit. Band 1. Hg. Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen. Hamburg 1973, 80–146 – *Bösel, M.:* Lebenswelt Familie. Frankfurt/M., New York 1980 – *Bottomore, T., Nisbet, R.,* Ed.: A History of Sociological Analysis. New York 1978 – *Brunner, E. J.,* Hg.: Eine ganz alltägliche Familie. München 1983 – *Burr, W. R., Hill, R., Nye, F. I., Reiss, I. L.* Ed.: Contemporary Theories about the Family. Volume 1 and 2. New York 1979 – *Burr, W. R., Leigh, G. K., Day, R. D., Constantine, J.:* »Symbolic Interaction and the Family«. Contemporary Theories about the Family. Ed. *W. R. Burr, R. Hill, F.I. Nye, I. L. Reiss,* Volume 2. New York 1979, 42–111 – *Cancian, F. M.:* »Marital Conflict Over Intimacy«. The Psychosocial Interior of the Family. Ed. *G. Handel.* New York 1985, 277–292 – *Cleveland, E. J., Longaker, W. D.:* »Neurotic Patterns in the Family«. The Psychosocial Interior of the Family. Ed. *G. Handel.* New York 1985, 129–154 – *Dittrich, K. A.:* Familienalltag und Familienbeziehung. Frankfurt/M., New York 1985 – *Duncan, H. D.:* Symbols and Social Theory. New York 1969, 191–199 – *Edelstein, W., Keller, M.,* Hg.: Perspektivität und Interpretation. Frankfurt/M. 1982 – *Ehrensaft, D.:* »Dual Parenting and the Duel of Intimacy«. The Psychosocial Interior of the Family. Ed. *G. Handel.* New York 1985, 323–337 – *Elias, N.:* »Zum Begriff des Alltags«. Materialien zur Soziologie des Alltags. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 20, 1978. Hg. *K. Hammerich* und *M. Klein.* Opladen 1978, 22–29 – *Esser, H.:* Aspekte der Wanderungssoziologie. Darmstadt, Neuwied 1980 – *Esser, H.:* »Zum Verhältnis von qualitativen und quantitativen Methoden der Sozialforschung, oder: Über den Nutzen methodologischer Regeln bei der Diskussion von Scheinkontroversen«. Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung. Hg. *W. Voges.* Leverkusen 1987, 87–101 – *Esser, H., Klenovits, K.,*

Zehnpfennig, H.: Wissenschaftstheorie. Band 1: Grundlagen und Analytische Wissenschaftstheorie. Band 2: Funktionalanalyse und hermeneutisch-dialektische Ansätze. Stuttgart 1977 – *Filmer, P.:* »Zur Ethnomethodologie Harold Garfinkels«. Neue Richtungen in der soziologischen Theorie. Hg. P. Filmer und M. Phillipson. Wien, Köln, Graz 1975, 217–250 – *Filmer, P., Phillipson, M.,* Hg.: Neue Richtungen in der soziologischen Theorie. Wien, Köln, Graz 1975 – *Garfinkel, H.:* »Das Alltagswissen über soziale und innerhalb sozialer Strukturen«. Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit. Band 1. Hg. Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen. Hamburg 1973, 189–262 – *Geulen, D.:* Das vergesellschaftete Subjekt. Frankfurt/M. 1977 – *Giesen, B., Schmidt, M.:* Basale Soziologie: Wissenschaftstheorie. München 1976 – *Gouldner, A. W.:* The Coming Crisis of Western Sociology. New York, London 1970, 390–398 – *Grathoff, R.:* »Alltag und Lebenswelt als Gegenstand der phänomenologischen Sozialtheorie«. Materialien zur Soziologie des Alltags. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 20, 1978. Hg. *K. Hammerich* und *M. Klein.* Opladen 1978, 67–85 – *Hammerich, K., Klein, M.,* Hg.: Materialien zur Soziologie des Alltags. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 20, 1978. Opladen 1978 – *Hammerich, K., Klein, M.:* »Alltag und Soziologie«. Materialien zur Soziologie des Alltags. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 20, 1978. Hg. *K. Hammerich* und *M. Klein.* Opladen 1978, 7–21 – *Handel, G.,* Ed.: The Psychosocial Interior of the Family. 3d. ed. New York 1985 – *Hauck, G.:* Geschichte der soziologischen Theorie. Hamburg 1984 – *Heinze, T.:* Qualitative Sozialforschung. Opladen 1987 – *Helle, H. J.:* Verstehende Soziologie und Theorie der Symbolischen Interaktion. Stuttgart 1977 – *Hess, R. D., Handel, G.:* Familienwelten. Düsseldorf 1975 – *Hill, R.:* »Gegenwärtige Entwicklung der Familientheorie und ihre konzeptionellen Probleme«. Soziologie der Familie. Hg. *G. Lüschen* u. *E. Lupri.* Opladen 1970, 68–93 – *Hoeben, W.:* »Zur Integration von kritisch-rationalistischer Methodologie und interpretativen Theorien in der Soziologie«. Theorienvergleich in den Sozialwissenschaften. Hg. *K.O. Hondrich* und *J. Matthes.* Darmstadt, Neuwied 1978, 158–177 – *Hoffmann-Riem, C.:* Das adoptierte Kind – Familienleben mit doppelter Elternschaft. München 1984 – *Hondrich, K. O.:* »Entwicklungslinien und Möglichkeiten des Theorievergleichs«. Zwischenbilanz der Soziologie. Hg. *M. R. Lepsius.* Stuttgart 1976, 14–36 – *Hondrich, K. O.:* »Viele Ansätze – eine soziologische Theorie«. Theorienvergleich in den Sozialwissenschaften. Hg. *K. O. Hondrich und J. Matthes.* Darmstadt, Neuwied 1978, 314– 330 – *Hondrich, K. O., Matthes, J.,* Hg.: Theorienvergleich in den Sozialwissenschaften. Darmstadt, Neuwied 1978 – *Hubbard, W. H.:* Familiengeschichte. München 1983 – *Laing, R. D.:* Die Politik der Familie. Köln 1974 – *Lazarsfeld, P. F.:* Soziologie. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1973 – *Lepsius, M. R.,* Hg.: Zwischenbilanz der Soziologie: Verhandlungen des 17. Dt. Soziologentages. Stuttgart 1976 – *Lidz, T., Cornelison, A., Carlson, D.T., Fleck, S.:* »Intrafamilial Environment of the Schizophrenic Patient: The Transmission of Irrationality«. The Psychosocial Interior of the Family. Ed. *G. Handel.* New York 1985, 259–274 – *Lüschen, G., Lupri, E.,* Hg.: Soziologie der Familie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 14. Opladen 1970 – *Matthes, J.:* »Handlungstheoretisch-interaktionistisch-phänomenologisch orientierte Theorien«. Zwischenbilanz der Soziologie. Hg. *M. R. Lepsius.* Stuttgart 1976, 53–59 – *McLain, R., Weigert, A.:* »Toward a Phenomenological Sociology of Family: A Programmatic Essay«. Contemporary theories about the Family. Ed. *W. R. Burr, R. Hill, F. I. Nye* and *I. L. Reiss.* Volume 2. New York 1979, 160–205 – *Morgan, D. H. J.:* »A Social Definition of the Family«. Sociology of the Family. Ed. *M. Anderson.* 2nd. ed. Harmondsworth, Middleessex 1980, 325–349 – *Mühlfeld, C.:* Familiensoziologie. Hamburg 1976 – *Mullins, N. C.:* »Ethnomethodologie: Das Spezialgebiet, das aus der Kälte kam.« Geschichte der Soziologie. Hg. W. Lepenies. Band 2. Frankfurt/M. 1981, 97–136 – *Popper, K. R.:* Objektive Erkenntnis. Hamburg 1973 – *Psathas, G.:* »Ethnotheorie, Ethnomethodologie und Phänomenologie«. Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit. Band 2. Hg. Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen. Hamburg 1973, 263–284 – *Rainwater, L.:* »Crucible of Identity: The Negro Lower-Class Family«. The Psychosocial Interior of the Family. Ed. *G. Handel.* New York 1985, 421–458 – *Rose, A. M.:* »Systematische Zusammenfassung der Theorie der symbolischen Interaktion«. Moderne amerikanische Soziologie. Hg. *H. Hartmann.* Stuttgart

1967, 265–282 – *Schenkein, J.:* »Letzte Bemerkungen zur Ethnomethodologie«. Ethnomethodologie. Hg. *E. Weingarten* und *F. Sack.* Frankfurt/M. 1976, 416–424 – *Schnell, R., Hill, P. B., Esser, E.:* Methoden der empirischen Sozialforschung. München, Wien 1988 – *Schülein, J.:* Zur Konzeptualisierung des Sinnbegriffs«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 34. Jg. 1982, 649–664 – *Schülein, J. A.:* Mikrosoziologie. Opladen 1983 – *Schütz, A.:* Der sinnhafte Aufbau der Welt. Wien 1932 – *Schütz, A., Luckmann, T.:* Strukturen der Lebenswelt. Neuwied, Darmstadt 1975 – *Schütze, F., Meinefeld, W.:* »Grundlagentheoretische Voraussetzungen methodisch kontrollierten Fremdverstehens«. Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit. Hg. Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen. Band 2. Hamburg 1973, 433–495 – *Steinert, H., Hg.:* Symbolische Interaktion. Arbeiten zu einer reflexiven Soziologie. Stuttgart 1973 – *Steinert, H.:* »Das Handlungsmodell des Symbolischen Interaktionismus«. Handlungstheorien – interdisziplinär. Hg. *H. Lenk.* Band 4. München 1977, 79–99 – *Stryker, S.:* »Die Theorie des symbolischen Interaktionismus«. Soziologie der Familie. Hg. *G. Lüschen* und *E. Lupri.* Opladen 1970, 49–67 – *Ultee, W. C.:* Fortschritt und Stagnation in der Soziologie. Darmstadt, Neuwied 1980 – *Vogel, E. F., Bell, N. W.:* »The Emotionally Disturbed Child as the Family Scapegoat«. The Psychosocial Interior of the Family. Ed. *G. Handel.* New York 1985, 401–419 – *Wahl, K., Tüllmann, G., Honig, M.-S., Gravenhorst, L.:* Familien sind anders!. Hamburg 1980 – *Waller, W.:* The Family: A Dynamic Interpretation. New York 1938 – *Weingarten, E., Sack, F.,* Hg.: Ethnomethodologie. Frankfurt/M. 1976 – *Weingarten, E., Sack, F.:* »Ethnomethodologie«. Ethnomethodologie. Hg. *E. Weingarten* und *F. Sack.* Frankfurt/M. 1976, 7–26 – *Wiley, N. F.:* »Marriage and the Construction of Reality: Then and Now«. The Psychosocial Interior of the Family. Ed. *G. Handel.* New York 1985, 21–32 – *Wilson, T. P.:* »Qualitative oder quantitative Methoden in der Sozialforschung«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 34. Jg. 1982, 487–508 – *Wilson, T. P.:* »Theorien der Interaktion und Modelle soziologischer Erklärung«. Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit. Band 1. Hg. Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen. Hamburg 1973, 54–79 – *Winch, R. F.:* »Theoretische Ansätze in der Untersuchung der Familie«. Soziologie der Familie. Hg. *G. Lüschen* und *E. Lupri.* Opladen 1970, 20–31 – *Wolff, K. H.:* Versuch zu einer Wissenssoziologie. Berlin und Neuwied 1968 – *Wolff, K. H.:* »Phenomenology and Sociology«. A History of Sociological Analysis. Hg. *T. Bottomore* and *R. Nisbet.* New York1978, 499–515.

Walter Toman

Psychoanalytische Erklärungsansätze in der Familienforschung

1. Historische Einleitung

Freud (1900, 1905, 1916/17) gab den Auftakt zur tiefenpsychologischen Erforschung der frühen Familienbeziehungen, und andere folgten ihm, darunter zunächst *Jung* (1912, 1916) und *Adler* (1912, 1920), *Anna Freud* (1936), *Schultz-Hencke* (1940, 1951) und *Bowlby* (1951). *Freuds* Interesse waren die fördernden und störenden psychischen Einflüsse, welche vor allem Vater und Mutter auf das Kleinkind ausüben können, und deren Wirkungen im späteren Leben. Zu diesen Wirkungen zählen im ungünstigen Falle unter anderem Neurosen und Psychosen, psychosomatische Erkrankungen sowie Entwicklungen zur Delinquenz und Kriminalität. *Jung* spürte den archetypischen Gegebenheiten in der Entwicklung, *Adler* den erweiterten sozialen Gegebenheiten nach, darunter auch den Einflüssen von Geschwistern. All dies geschah nicht durch Beobachtungen des Familienlebens im Alltag, wie man sich dies aus einer naturwissenschaftlichen oder einer empirisch-sozialwissenschaftlichen Position vorstellen würde, sondern durch die retrospektive Erkundung des frühen Familienlebens von erwachsenen Patienten in der psychoanalytischen oder psychotherapeutischen Behandlung. Gedanken und Erinnerungen der Patienten und ihre emotionalen Reaktionen auf sie waren das Material dieser Erkundungen, die allmähliche Rekonstruktion gewisser elementarer Gegebenheiten im Familienleben und in den Beziehungen des Patienten zu seinen Familienmitgliedern ein Teil- oder Zwischenziel der Behandlung. Das Hauptziel war die bessere Bewältigung der traumatischen und schmerzhaften Erfahrungen, welche die Familie dem Patienten neben den vielen positiven Erfahrungen bereitet hatte. Dazu gehörte das neuerliche Durchleben der krisenhaften Ereignisse, darunter auch solcher, die erst später im Leben und schon außerhalb des Familienverbandes eingetreten waren, und das allmähliche Erkennen anderer als der bisherigen Möglichkeiten, mit diesen und ähnlichen Ereignissen in Zukunft fertig zu werden. Die aufmerksame, wohlwollende Anteilnahme des Therapeuten erleichterte dem Patienten das Erkennen anderer Möglichkeiten. Manches davon wurde unwillkürlich sogar in der Beziehung und in den Einstellungen des Patienten zum Therapeuten erprobt. Freud nannte diesen Vorgang Übertragung (*Freud,* 1912).

Das Teil- und Zwischenziel der therapeutischen Behandlung, die allmähliche Rekonstruktion der objektiven Gegebenheiten in der sozialen Vergangenheit des Patienten, führte zwangsläufig zu immanenten Wahrheitsproben. Die objektiven Gegebenheiten stimmten zunehmend besser zusammen. Sachliche oder zeitliche Ungereimtheiten regten weitere Gedanken, Erinnerungen und Gefühle an. Ansichten und Äußerungen von Familienmitgliedern und anderen Personen aus der Vergangenheit des Patienten paßten zu seinen Äußerungen, nicht beachtete oder vergessene Ereignisse tauchten auf. Die wechselseitigen Bestätigungen vermehrten

sich und fügten sich zu einer relativ kohärenten Lebensgeschichte des Patienten. Bestätigungen außerhalb der Therapie waren möglich. Zeugen dieser Lebensgeschichte waren meistens noch vorhanden. Sie wunderten sich vielleicht über das, was der Patient plötzlich alles von ihnen über die Vergangenheit wissen wollte, aber wenn der Patient einigermaßen diplomatisch vorging, machten sie mit.

So gab es in der Psychotherapie und Psychoanalyse über die ersten Jahrzehnte ihres Bestehens viele Verifikationsmöglichkeiten für die Vermutungen und Erwartungen, welche seit Freud über die psychische Entwicklung des Menschen und ihre potentiellen Störungen beziehungsweise über die Entstehung von Psychopathologie als Folge von sozialen Umwelteinflüssen gehegt worden waren. Es waren anekdotische Verifikationen, aber in ihrer Anzahl und Vielfalt doch von vorläufigem Wahrheitswert. Ob sie wirklich gelten würden, das blieb zumindest nach der Meinung mancher Psychotherapeuten und Psychoanalytiker offen. Das mußte eben doch noch nach strengeren Kriterien und systematischen Beobachtungen nachgewiesen werden, und zwar in der direkten Beobachtung des Familienlebens und der Entwicklung des Individuums.

Dafür bot sich die Kinderpsychotherapie an, die, selbst wenn sie sich ebenfalls auf den persönlichen Kontakt mit dem Kind beschränkte, näher den fraglichen Entwicklungsprozessen der frühen Kindheit war als die Psychotherapie oder Psychoanalyse erwachsener Patienten. *Anna Freud* (1927) und *Melanie Klein* (1932) leisteten hier Pionierarbeit. Für die strengeren wissenschaftlichen Interessenten war auch dies noch zu stark auf die subjektiven und intimen Aspekte in der Lebenssituation des kindlichen Patienten eingeengt, aber den objektiven Gegebenheiten, den Eltern als realen Personen konnte der Therapeut dabei kaum entgehen. Das Kind kehrte ja nach jeder Behandlungsstunde in die »Werkstätte seiner Entwicklung« zurück. Die Eltern mußten, damit sie therapeutische Einsichten und Gewinne des Kindes nicht rasch wieder zunichte machten, in die therapeutische Behandlung einbezogen werden.

Das kreierte übrigens eigene Probleme. Die Eltern mußten sich vom Therapeuten einiges sagen lassen. Der Therapeut nahm eine Autoritätsrolle für die Eltern ein. Die Eltern sollten nach Möglichkeit die Weisungen des Therapeuten in der täglichen Erziehung befolgen. Wenn die Eltern das nicht gerne taten oder nicht konnten, mußte ihnen selbst therapeutisch geholfen werden. Doch wer sollte das tun? Der Therapeut des Kindes? Das gab Stoff für Vertrauenskrisen beim Kind. Ein anderer Therapeut? Das bewahrte das Vertrauen des Kindes in den Therapeuten, schuf aber zusätzliche Kommunikationsprobleme. Sollten nur die Therapeuten miteinander in Verbindung sein, sozusagen als Makler zwischen Eltern und Kind, oder sollten sie sich alle treffen, das Kind und sein Therapeut und die Eltern und ihr Therapeut? Aus diesem Dilemma ging schließlich die Familientherapie hervor (*Bateson* et al., 1956, *Ackerman,* 1958, 1966, *Bowen,* 1959, 1960, 1978, *Richter,* 1970, *Stierlin,* 1975, *Gerlicher,* 1977, *Toman,* 1979), in der von Haus aus ein Therapeut die Eltern und ihre Kinder gemeinsam sehen kann.

Jedenfalls genügte Kinderpsychotherapie allein den strengeren wissenschaftlichen Interessenten auch nicht ganz. Die direkte Beobachtung des Familienlebens und der menschlichen Entwicklung mußte sich an härtere Daten halten. Alltagswirklichkeit

des heranwachsenden Menschen war gefragt. Und größere Fallzahlen waren notwendig. Der Einzelfall genügte nicht. Wenn das zu kompliziert oder gar unmöglich erscheint, weil nämlich die Alltagswirklichkeit so komplex ist, weil man zunächst gar nicht weiß, wo man da mit der Beobachtung anfangen und wie lange man sie durchhalten soll, dann muß man sich eben mit Ausschnitten der Alltagswirklichkeit begnügen. Dann muß man spezifische Fragen stellen. Dann kann man vorerst nur einzelne Annahmen oder mutmaßliche Erkenntnisse über die menschliche Entwicklung im sozialen Kontext prüfen. Für eine solche Prüfung aber muß man die besten Beobachtungsstellen suchen und die Daten nennen, auf die es dabei ankommt, und wie sie ausfallen sollen, sofern die psychologischen Annahmen stimmen.
Was sind indes die Annahmen, theoretischen Erwartungen oder Modellvorstellungen über die psychische Entwicklung des Menschen, die in einer solchen Weise, also nach strengeren Kriterien als den individual-diagnostischen Urteilen einzelner Psychotherapeuten bestätigt, qualifiziert oder widerlegt werden könnten?

2. Die wichtigsten psychoanalytischen Annahmen über die Entwicklung des Menschen im Familienkontext

Zu *Freuds* expliziten theoretischen Beiträgen gehören unter anderem ein Strukturmodell der Psyche, ein psychisches Entwicklungsmodell, ein Entwicklungsschema und ein Modell der Entstehung psychischer Krankheit (*Freud,* 1905, 1916/17, 1923, *Abraham,* 1924, 1925, *Fenichel,* 1932, 1945; siehe auch *Toman,* 1954, 1960, 1968, 1978).

2.1. Das Strukturmodell

Im Strukturmodell der Psyche unterscheidet *Freud* die Teilsysteme Es, Ich und Über-Ich (*Freud,* 1923). Dabei wird das Es als Teilsystem der primitiven Wünsche, Motive, Bedürfnisse oder Triebe des Menschen aufgefaßt, das Ich als jenes Teilsystem, welches durch die ihm zugehörigen Wahrnehmungs- und Handlungsapparaturen sowie durch seine Fähigkeiten des Gedächtnisses und des Denkens die primitiven Wünsche und Motive organisiert und für ihre Befriedigung in der Realität sorgt. Wenn die Wünsche oder Motive sich als nicht befriedigbar erweisen, organisiert das Ich Ersatzbefriedigungen oder innere Abwehrmechanismen gegen sie. Das Über-Ich ist das Teilsystem der von anderen Personen übernommenen Motive und Wünsche.
Wissenschaftstheoretisch kann man die Teilsysteme als hypothetische Konstrukte bezeichnen. Man kann sie nicht beobachten. Sie sind Komplexe von intervenierenden Variablen, die ebenfalls nicht beobachtbar sind, aber jeweils mit beobachtbaren Variablen zusammenhängen. Solche intervenierenden Variablen sind beispielsweise verschiedene und unterschiedlich mit Erfahrung angereicherte Motive, Wünsche anderer Personen, zeitliche, räumliche und sachliche Ordnungsvorstellungen, diverse Personenbilder, Intelligenz, Frustrationstoleranz etc. (*Hartmann,* 1927, 1939, 1950, 1964).

Wie die intervenierenden Variablen in den Teilsystemen und diese in der Psyche des Menschen tatsächlich zusammenwirken, ist bisher nur ungenau und unvollständig artikuliert. Zugunsten von *Freud* kann man allerdings sagen, daß seine theoretischen Elaborationen immer noch klarer waren als jene anderer zeitgenössischer Tiefenpsychologen.

Über zwei Sätze, die sich aus den Überlegungen Freuds und anderer Autoren extrahieren lassen, ist ein relativ guter Konsens erreicht worden:

1. In allen Handlungen des Menschen wirken alle drei Teilsysteme der Psyche mit, obschon mit jeweils unterschiedlichen Anteilen.
2. Die Wirkungen der drei Teilsysteme sind letzten Endes in Motiven zu Handlungen und in Handlungen erkennbar.

2.2. Das Entwicklungsmodell

Freud beschreibt die Grundprozesse der Veränderungen des psychischen Geschehens im Zeitverlauf etwa folgendermaßen (*Freud,* 1905, 1916/17, 1933, 1938; siehe auch *Toman,* 1960, 1968, 1978):

Der Mensch sucht auf jeder Stufe seiner Entwicklung Motivbefriedigungen. In der Wiederkehr vieler seiner Befriedigungssituationen lernt er diese immer besser kennen, lieben und wieder aufsuchen. Er besetzt diese Situation und die darin auftretenden Personen »libidinös«, nannte es *Freud* (1916/17). Es handelt sich dabei um eine endliche Zahl von solchen Situationen. Sie bestehen in der Wirklichkeit. Wenn sie nicht wiederkehren, dann dauern sie unter Umständen überhaupt an.

Neue Situationen beurteilt der Mensch nach ihrer Ähnlichkeit mit bereits vertrauten Situationen. Was die neuen Situationen für die Befriedigung seiner Motive bedeuten, erfährt er durch die Befriedigung und die damit verbundene kumulative Datenspeicherung (libidinöse Besetzung) über die Befriedigungssituationen. Dabei erweisen sich Menschen als die komplexesten, ergiebigsten Mitwirkenden in der Mehrzahl aller Befriedigungssituationen. Entsprechend werden auch neue Menschen in der Umgebung der Person nach Ähnlichkeiten mit bereits vertrauten Personen beurteilt und erst im Verlaufe des Kontaktes mit ihnen nach ihren Eigenarten unterschieden.

Freud (1912) nannte diesen Vorgang der Verwendung alter Erfahrungen in neuen Situationen »Übertragung«. Sie ist ein ganz allgemeines und unausweichliches Phänomen. Die Übertragung in der psychotherapeutischen Behandlung ist ein Spezialfall, durch die besondere Zurückhaltung des Therapeuten in seinen Äußerungen und in Mitteilungen über seine eigene Person bedingt (*Toman,* 1960, 1968, 1978).

Wenn erwartete Befriedigungen länger auf sich warten lassen als bisher, kann ein innerer Alarmzustand eintreten. Dieser steigert sich bei Fortdauer der Deprivation. Sofern der Betreffende nicht doch noch einen Weg zur Befriedigung findet, werden seine Bemühungen darum aggressiver, sein Ärger oder Zorn intensiver.

Dies geschieht allerdings nur, wenn die Person glaubt, daß die Befriedigung im Prinzip erreichbar ist oder herbeigeführt werden kann. Wenn die Person den Eindruck hat, daß die Befriedigung diesmal ausbleibt, schwenkt der innere Alarmzustand in einen Angstzustand um. Das Individuum beginnt unwillkürlich, den vorläufigen Verzicht auf diese Befriedigung

vorzubereiten. Dabei helfen ihm sogenannte Ersatzbefriedigungen. Irgendeine ähnliche und erreichbare Befriedigung wird gesucht, um die Bedürftigkeit zu reduzieren.
Wenn auch das nicht möglich ist, werden innere Abwehrmechanismen eingeleitet. Die wichtigsten der von Freud beschriebenen Abwehrmechanismen sind die Verdrängung, Introjektion oder Identifikation, Projektion, Reaktionsbildung, Sublimierung und Regression (*Freud,* 1916/17, *Anna Freud,* 1936). Innere Abwehrmechanismen können ihrerseits mehr oder weniger Ersatzbefriedigungscharakter haben. Auf jeden Fall erwirken sie, wenn auch später die Befriedigungen des betreffenden Motivs ausbleiben (etwa des Motivs, von der Mutter gestillt zu werden; die Mutter mußte ins Krankenhaus und eine andere Person hat die Betreuung des Kindes übernommen), daß die Person (das Kind) sich daran gewöhnt. Ein innerer Abwehrmechanismus (im genannten Beispiel die Verdrängung) gilt dann als eingerichtet, wenn der Betreffende kein Bedürfnis mehr nach der ursprünglichen Form der Befriedigung spürt oder zeigt (das Kind erwartet in der Stillsituation nicht mehr die Mutter, sondern die neue Betreuerin). Falls jetzt die ursprüngliche Form der Befriedigung doch wieder möglich wird, kann der Betreffende sogar Unbehagen und Angst erleben. Erst wenn er sicher geworden ist, daß die ursprüngliche Befriedigung ihm fortan erhalten bleibt (die Mutter also endgültig aus dem Krankenhaus heimgekehrt ist), kommt ihm auch die Freude über sie zurück.
Wenn im Falle des Ausbleibens einer erwarteten Befriedigung weder Ersatzbefriedigungen möglich sind noch innere Abwehrmechanismen gelingen, kann ein depressiver Zustand oder Resignation eintreten. Der Betreffende hat keine Hoffnung mehr. Ihm ist in diesem Belang und vielleicht überhaupt alles egal.
Motivbefriedigungen bewirken durch automatische kumulative Datenspeicherung über die Befriedigungssituationen eine fortlaufende Ausgestaltung des Weltbildes einer heranwachsenden Person. Positive Erfahrungen generieren ständig neue Gelegenheiten für zusätzliche positive Erfahrungen in den jeweiligen Wirklichkeitsbereichen. Sie setzen immer mehr grüne Lichter in die Welt. Notwendig gewordene Verzichte auf Motivbefriedigungen setzen dagegen Warnsignale auf alle von ihnen betroffenen Wirklichkeitsbereiche. Sie bringen nichts (keine Freuden) oder sind sogar gefährlich. Weitere Erfahrungen in diesen Bereichen werden unwillkürlich gestoppt. Der Mensch lernt nichts mehr Neues über sie. Er verbessert allenfalls sein Geschick, solche Wirklichkeitsbereiche zu meiden (*Toman,* 1960, 1968, 1978, 1979).
In diesem ununterbrochenen psychischen Entwicklungsprozeß baut sich der Mensch unaufhaltsam immer mehr Kenntnisse über die Wirklichkeit, über ihre Freuden und Gefahren sowie deren Sach- und Personenzusammenhänge auf. Sein Realitätskonzept wird zunehmend objektiver. Es nähert sich den Realitätskonzepten seiner Mitmenschen an. Er kann sich über die Wirklichkeit immer rascher und klarer mit ihnen verständigen.

2.3. Das Entwicklungsschema

Während das Entwicklungsmodell für jeden Zeitraum und jede Stelle in der psychischen Entwicklung gilt, sind im Entwicklungsschema Freuds der langfristige Zeitverlauf, die besonderen Inhalte und die verschiedenen Phasen der Entwicklung des Menschen beschrieben (*Freud,* 1905, 1916/17, *Abraham,* 1924, 1925, *Fenichel,* 1932, 1945, *Erikson,* 1950, *Toman,* 1954, 1960, 1968, 1978, 1979). Besonders ausführlich geht es um die Kindheitsphasen.
Nach diesem Schema dominieren im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes orale

und taktile Interessen, gefolgt von anderen sinnlichen Vergnügungen wie Schauen und Lauschen, physisch Bewegtwerden und allmählich sich auch selbst immer besser Bewegen. Die Bindung an die hauptsächlich betreuende und ihrerseits am Kind elementar interessierte Person festigt und differenziert sich so weit, daß sie spätestens ab der zweiten Hälfte des ersten Lebensjahres nicht mehr ohne verheerende Folgen für das Kind längerfristig oder dauernd unterbrochen werden kann. Das Kind hängt von der betreuenden Person völlig ab und ist auf ihre praktisch kontinuierliche Präsenz psychisch angewiesen. Alles wird dem Kind gegeben. Es braucht nichts dafür zu tun. So sieht es für den externen Beobachter aus, so denkt in der Regel die leibliche Mutter und so erlebt es anscheinend das Kind. Es handelt sich um die orale oder Passivitäts- oder Abhängigkeitsphase.

Etwa ab dem zweiten Lebensjahr wird das Kind mobil. Es verläßt Krippe, Kinderwagen oder Tragetuch in seinen Wachzeiten. Körperliche und manuelle Betätigung nehmen immer mehr Zeit im Tagesablauf ein. Auch andere Familienmitglieder als die »Mutter« werden dem Kind vertraut, insbesondere der zweite Elternteil und die Geschwister, und nicht nur über Zugang zu und Kontrolle über andere Familienmitglieder, sondern auch über Territorien und Gegenstände im Elternhaus gerät es in Konflikt mit den anderen. Die Status- und Machtaspekte der Familienmitglieder werden ihm in manchmal schmerzlichen und ärgerlichen Auseinandersetzungen geläufiger. Befriedigungen und Begünstigungen sind nicht mehr kostenlos zu haben. Man muß auch etwas dafür geben oder tun. Man muß sich an Ordnungen halten. Man muß »arbeiten«, wie die anderen auch. In dieser Phase wird das Kind auf die Ausscheidungsfunktionen aufmerksamer, lernt sie zu genießen, sozial zu nützen und letztendlich nach den Vorstellungen der Eltern zu kontrollieren. Diese Phase wurde die anale, Aktivitäts- oder Machtkampfphase genannt.

Etwa ab dem vierten Lebensjahr erfaßt das Kind erstmalig in seiner weiteren und tieferen Bedeutung, daß es zwei Geschlechter gibt, daß sein eigenes Geschlecht festliegt, daß die Sexualorgane von Junge und Mädchen beziehungsweise von Mann und Frau verschieden sind und daß sie neuartige und mitunter eindrucksvollere Erlebnisse vermitteln können als alles, was er bisher an Freuden und Befriedigungen erfahren hat. Die Eltern drücken sich darüber allerdings zögernd aus und scheinen dieses Interesse des Kindes in Schranken halten zu wollen. Dennoch wird für den Jungen die Mutter nun auch als Frau interessant, für das Mädchen der Vater als Mann. Der Junge beginnt mit dem Vater um die Gunst der Mutter zu rivalisieren, das Mädchen mit der Mutter um die Gunst des Vaters. Allmähliche Identifikation des Jungen mit dem Vater und des Mädchens mit der Mutter helfen, die so entstandenen Konflikte und Auseinandersetzungen in der Familie zu regeln. Dies hat unter anderem zur Folge, daß auch die verbliebenen Macht- und Besitzkämpfe in der Familie und außerhalb anders und oft milder ausfallen, wenn der Kontrahent vom anderen Geschlecht ist als vom gleichen. Es handelt sich um die frühe genitale, ödipale oder Liebesphase.

Freud und andere Tiefenpsychologen nahmen an, daß das Kind auf die Inhalte und Verläufe dieser Phasen in seinen Interessen, emotionalen Einstellungen und sozialen Beziehungspräferenzen bedeutsam und oft nachhaltig geprägt wird. Außerfamiliäre Beziehungen zu anderen Kindern und Jugendlichen, zu elternähnlichen Auto-

ritätspersonen, zu Freunden vom gleichen und anderen Geschlecht sind Anwendungen und Erweiterungen der Kindheitserfahrungen im Familienverband. Auch der Umgang mit Dingen, Tieren, Pflanzen, Geräten und Aufgaben bleibt häufig in den Bahnen, die in der Kindheit und frühen Jugend eingeschlagen wurden.

2.4. Das Modell der psychischen Erkrankung

Psychische Krankheit entsteht nach *Freud* (1916/17), *Adler* (1920) und anderen Tiefenpsychologen durch elementare und anhaltende Einschränkungen von Freuden und Befriedigungsmöglichkeiten, durch Enttäuschungen, Versagungen und Verluste in der Kindheit und frühen Jugend. Besonders empfindlich dafür sind die frühen Kindheitsphasen, die etwa die ersten sechs Lebensjahre umfassen und die das Kind in der Regel noch eng und überwiegend im Familienverband verbringt. Diese Versagungen, Deprivationen und Verluste gehen praktisch immer von Personen aus, meistens von den Familienmitgliedern, oder von Umständen, die diese unmittelbar betreffen. Sie hinterlassen Ängste vor, Vermeidungstendenzen von, und zunehmende Erfahrungsdefizite in jenen Erfahrungsbereichen, in denen solche Einschränkungen, Versagungen und Verluste auftraten. Sie haben psychisch traumatische Wirkungen.

Neurotische, psychotische und Charakterstörungen oder kriminelle Tendenzen und in ihren mitmenschlichen Beziehungen unterentwickelte Persönlichkeiten sind mögliche und wahrscheinliche Folgen solcher psychischen Traumen, aber die psychischen Störungen werden oft erst mit Verzögerungen manifest, mitunter erst im Erwachsenenalter. Die traumatischen Erfahrungen in der Kindheit gelten nach Freud als psychische Fixierungen, von denen der Betroffene innerlich nicht loskommt. Auf sie regrediert er, wenn er im Laufe seiner weiteren Entwicklung und dem wachsenden Ernst des Lebens mit seinen Erfahrungsdefiziten, emotionalen Nöten und sozialen Kontakt- und Beziehungsschwierigkeiten nicht mehr fertig wird. Nun fällt er in der Regel auch anderen Menschen psychisch auf. Spätestens jetzt wäre gegebenenfalls Psychotherapie indiziert.

Freud hat mit diesem Modell der Entstehung psychischer Krankheit schon vor fast hundert Jahren die Umwelt des Menschen und seine psychische Entwicklung in die Psychopathologie eingebracht. Nach herrschender psychiatrischer Auffassung wurden damals psychische Erkrankungen auf konstitutionelle Besonderheiten zurückgeführt, sofern es sich nicht überhaupt um infektuöse oder toxische Zustände oder Folgen von organischen Laesionen handelte (siehe z. B. *Kraepelin,* 1883 oder *Kretschmer,* 1921). Freud selbst schloß konstitutionelle Faktoren keineswegs aus, aber er und insbesondere Adler postulierten, daß diese durch die soziale Umwelt maßgeblich im günstigen wie im ungünstigen Sinne beeinflußt werden können. Eine starke psychische Konstitution kann sogar bewirken, daß ein Mensch sich trotz ungünstiger Umweltbedingungen in Kindheit und Jugend durchsetzen und relativ gesund entwickeln kann, eine schwache psychische Konstitution, daß es mitunter sogar bei besonders günstigen Umweltbedingungen zu Entwicklungsstörungen und späteren psychischen Erkrankungen kommt. Der Schluß auf eine solche konstitutionelle psychische Schwäche ist jedoch meistens nur über eine Analyse der Umweltbe-

dingungen möglich. Wenn bei sorgfältiger psychologischer Beurteilung vor allem der sozialen Umweltbedingungen eines Menschen von der Kindheit an keine traumatischen Einflüsse oder Ereignisse erkennbar sind, wäre die Vermutung einer konstitutionellen Schwäche des Erkrankten gerechtfertigt. Eine solche Vermutung hat gegebenenfalls Bedeutung für die Art der vorgesehenen Psychotherapie.
Psychische Krankheit ist nach Freud also eine Regression auf Wünsche und Motive oder Interessen- und Motivationsniveaus früherer Entwicklungsphasen, wenn nötig, auf jene, in denen die erst Traumatisierung erfolgte. *Freud* (1905, 1916/17), *Abraham* (1924, 1925) und *Fenichel* (1932, 1945) steuerten ein grundlegendes und relativ umfassendes Psychopathologieschema bei, das sich an das Entwicklungsschema anlehnt und die Haupttypen psychischer Krankheit nach den Phasen gliedert, in denen die mutmaßliche Traumatisierung erfolgte. Die Hauptinteressen und -betätigungsbereiche der Kindheitsphasen entsprechen mehr oder weniger den pathologischen Präokkupationen des späteren Patienten. Das gleiche gilt für die Grundbeziehungen des Kindes zu seinen Familienmitgliedern und des späteren Patienten zu seiner gegenwärtigen Personenumgebung einschließlich seiner Herkunftsfamilie. Auch innere Abwehrmechanismen und Ängste sind bei neurotischen oder psychotischen Patienten ähnlicher den Kindheitsformen als bei psychisch gesunden Erwachsenen.

2.5. Das Psychopathologieschema

Nach dem psychoanalytischen Psychopathologieschema (*Freud,* 1905, 1916/17, *Abraham,* 1924, 1925, *Fenichel,* 1932, 1945; siehe auch *Toman,* 1960, 1968, 1978, 1979) lassen sich die Hauptformen psychischer Krankheit (unter Ausschluß infektuöser oder toxischer Zustände oder solcher nach körperlichen Verletzungen) in folgender Weise verstehen:

1. Schizophrenie und autitistische Persönlichkeitsstörungen gelten als Regressionen auf die *frühe orale Phase.* Die Beziehung des Kranken zum Mitmenschen ist sehr labil oder überhaupt präpersonal. Nicht die ganze Person, sondern nur einzelne Aspekte der Person werden geliebt oder gehaßt. Der Kranke will eigentlich mit der anderen Person verschmolzen sein. Dem steht im Wege, daß er schon bei geringfügigen Enttäuschungen oder kurzfristigen Trennungen von ihr in totale Panik geraten kann. In einem solchen Zustand ist er mitunter lebensgefährlich für andere und/oder für sich selbst.
2. Manie, Depression, Hypochondrie, Süchte (Alkoholismus, Drogen-, Medikamentensucht), Impulsneurosen (Pyromanie, Poriomanie, Kleptomanie, Spielsucht) und psychosomatische Erkrankungen (Magen- und Darmgeschwüre, Asthma, Dermatitis, Bluthochdruck, Kreislaufstörungen) sind Regressionen auf die *späte orale Phase.* Der Kranke ist auf der Suche nach einer bedingungslos mütterlichen Person, die ihn ohne nennenswerte Gegenleistungen seinerseits liebt, betreut und gewähren läßt. Weil er diese Liebe von einer solchen Person oder von seiner sozialen Umgebung nicht oder nur unzureichend bekommen hat, wurde er krank. Wenn ihm nicht einmal mehr die Krankheit gestattet wird oder wenn er in der Depression oder ohne sein Suchtgift ist, will er sterben.

3. Paranoia, Konversionsneurosen (schwere Formen von Stottern, Tics, Muskelverspannungen) und Masochismus werden als Regressionen auf die *frühe anale Phase* aufgefaßt. Primitive Kämpfe mit Übermächtigen und geschlechtsunspezifisch erlebten Autoritätspersonen bewegen den Kranken innerlich. Dabei schwankt er oft zwischen extremen Macht- und Ohnmachtsgefühlen hin und her. Andere Menschen sollen und müßten ihm helfen, seine eigenen großen Machtansprüche zu verwirklichen.
4. Zwangsneurosen, Konversionsneurosen (leichtere Formen von Stottern, Tics, Muskelverspannungen) und Sadismus sind Regressionen auf die *späte anale Phase.* Die Kämpfe des Kranken mit mächtigen Autoritätspersonen beiderlei Geschlechts werden differenzierter geführt, als dies Kranke der frühen analen Phase tun. Er sucht eine übermächtige Person, der er seine Präzision, Sparsamkeit und Ausdauer zur Verfügung stellen möchte, oder will selbst einmal der Mächtigste werden.
5. Hysterie, insbesondere Phobien (Platzangst, Höhenangst oder Angst vor Bakterien, Klaustrophobie, Angst zu erröten, Angst vor sexuellen Beziehungen) und Konversionshysterien (Sensibilitätsstörungen, motorische Lähmungen ohne organische Ursache, Gesichtsfeldeinschränkungen, hartnäckige Impotenz und Frigidität) und sexuelle Perversionen (Homosexualität, Pädophilie, Fetischismus, Exhibitionismus, Voyeurismus, Sadismus, Masochismus) gelten als Regressionen auf die *frühe genitale oder ödipale Phase.* Die Kranken sind in ihren sexuellen und Liebesinteressen verunsichert, suchen und werben aber insgeheim ständig um Liebespartner, meistens vom anderen Geschlecht, oder wollen von ihnen umworben werden. Beides geschieht mit Angst, Verwirrung und oft unzureichenden Mitteln.

Auch Charakterstörungen einer Person und Entwicklungsverzögerungen oder Schwächen in der psychischen oder Persönlichkeitsstruktur werden von psychoanalytisch orientierten Therapeuten, Psychologen oder Psychiatern gerne nach den Kindheitsphasen beurteilt, an denen der Betreffende hängen geblieben oder auf die er regrediert zu sein scheint. Dazu gehören auch die Borderline-Patienten und die narzißtischen Persönlichkeiten (*Kohut,* 1971, *Kernberg,* 1975). Diese Einstufung gelingt allerdings nicht immer so eindeutig wie bei den bereits genannten psychischen Krankheiten.

Nach allgemeinem tiefenpsychologischen Konsens sind psychische Störungen und Krankheiten unter sonst vergleichbaren Umständen um so gravierender, je früher in der Kindheit des Patienten traumatische Lebensbedingungen auftraten und/oder je weiter zurück in die Kindheitsphasen der Patient mit seiner Krankheit regrediert ist. Je gravierender aber die Krankheit, desto schwieriger und langwieriger ist in der Regel ihre psychotherapeutische Behandlung.

Dem Ausbruch der Krankheit gehen oft Schulschwierigkeiten, Berufs- und Arbeitskonflikte, Freundschafts- und Partnerschaftsprobleme, schwache oder wechselvolle Karrieren und jene Schwierigkeiten voraus, welche die Patienten ihren Partnern und befreundeten Personen, ihren Familienangehörigen und gegebenenfalls ihren eigenen Kindern bereiten.

3. Empirische Belege psychoanalytischer Annahmen

Mit den psychoanalytischen Annahmen über die Entwicklung des Menschen im Familienkontext habe ich zugleich auch das wichtigste Erfahrungsgut in knappster Form berichtet, das aus der klinischen Praxis und kasuistischen Berichterstattung darüber im Laufe von acht Jahrzehnten zusammengekommen ist. Die explizite methodische Absicherung nach wissenschaftstheoretischen Kriterien fehlt zwar, aber dieser Mangel sollte nicht überschätzt werden. Psychotherapie ist eben ein sehr komplexer Prozeß. Außer der schriftlichen Dokumentation spielt die »mündliche Überlieferung« in Fallseminaren und psychotherapeutischen Einzel- und Gruppensupervisionen der lernenden Psychotherapeuten eine große Rolle. Ihr darf man zutrauen, daß sie siebend gewirkt hat, so daß letzten Endes doch etwas wie die Wahrheit über den therapeutischen Prozeß und die Lebensläufe und Lebenskontexte der Patienten herausgefiltert werden konnte.

Ich habe am Ende der einzelnen Abschnitte meiner Darstellung versucht, die allgemeinen Thesen oder Annahmen zusammenzufassen, die aus ihnen extrahiert werden können. Um sie geht es ja vorrangig, wenn wir wissenschaftlich strengere Überprüfungen haben wollen. Greifen wir zuerst die Annahme auf, daß psychische Störungen und psychische Krankheit die Folge von Enttäuschungen, Versagungen und Verlusten in der Kindheit und Jugend der betreffenden Person sind, besonders schwere psychische Störungen und Krankheiten sogar von Versagungen und Verlusten in der frühen Kindheit. Gibt es dafür empirische Belege im strengeren Sinn? Untersuchungen dazu lieferten *Anna Freud* und *Dorothy Burlingham* (1943) und an einem großen Fallmaterial *Bowlby* (1951, 1969, 1973). Sie zeigten, daß Trennungen vom Elternhaus in der Kindheit nachteilige Wirkungen für die Kinder hatten. Die Trennungen waren in beiden Fällen durch die Kriegsereignisse des zweiten Weltkrieges und die Verschickungen der Kinder aus den bombengefährdeten Städten Englands in ländliche Gebiete bedingt. Die Folgen waren überdurchschnittliche Ängste und neurotische Reaktionen der Kinder beziehungsweise neurotische und delinquente Auffälligkeiten zu späteren Zeiten. Ähnliche Zusammenhänge zwischen dezimierten Familien und Delinquenz fanden *Glueck* und *Glueck* (1943, 1950, 1959), *Toman* (1961, 1965), *Toman* et al. (1967), *Toman* und *Preiser* (1973), *Hartmann* (1970; vgl. zur Methodenproblematik *H. Peters* in diesem Band). Trennungen und Verluste von Familienmitgliedern, insbesondere Eltern, waren im Vergleich zu den statistischen Erwartungen in der Bevölkerung bei diesen Jugendlichen und jungen Erwachsenen überdurchschnittlich häufig.

Eine andere Annahme betrifft die ödipale Kindheitssituation. Diese geht theoretisch dann gut aus für das Kind, und seine weitere psychische Entwicklung wird gefördert, letzten Endes bis zum Erwachsenenalter und eigenen Partnerbeziehungen, wenn dem Jungen in seiner Liebe zur Mutter als Frau die Identifikation mit dem Vater gelingt, dem Mädchen in seiner Liebe zum Vater als Mann die Identifikation mit der Mutter.

Nehmen wir darüber hinaus an, daß ein Geschwister dem Kind bei der Bewältigung seiner ödipalen Konflikte helfen kann, besonders wenn das Geschwister vom anderen Geschlecht ist. Dann kann das Kind nämlich auf kindlichem Niveau mit seinem Geschwister üben, was es

seine Eltern in ihrer Partnerschaft tun sieht. Dabei kommt es allerdings auch darauf an, welches der beiden Kinder älter ist, der Junge oder das Mädchen.
Handelt es sich dagegen um zwei Jungen oder zwei Mädchen oder bleibt es bei einem einzigen Kind, dann hilft dies dem Kind weniger bei der Bewältigung seiner ödipalen Konflikte. Zwei Jungen rivalisieren mit dem Vater um die Gunst der einzigen weiblichen Person, der Mutter, zwei Mädchen mit der Mutter um die Gunst der einzigen männlichen Person, des Vaters. Und das Einzelkind hat überhaupt kein altersnahes Geschöpf in der Familie, mit dem es sich entweder in relativer Harmonie (wie Junge und Mädchen) oder in Rivalität (wie zwei Jungen oder zwei Mädchen) auseinandersetzen muß.
Wir konnten an einer Stichprobe von 2300 Nürnberger und Züricher Familien zeigen, daß diese frühen ödipalen Gegebenheiten und Erfahrungen erkennbare Wirkungen auf die spätere Partnerwahl und das Schicksal der Partnerschaft haben (*Toman,* 1971, 1974, 1976, *Toman* et al., 1967, *Toman* und *Preiser,* 1973).
Von diesen 2300 Familien waren nämlich in Übereinstimmung mit dem Bevölkerungszensus 5 % der Eltern geschieden. Jene Elternpaare allerdings, die in ihrer Herkunftsfamilie nur Geschwister vom anderen Geschlecht hatten und sich mit ihrem Ehepartner im Altersrang ihrer Geschwisterrollen ergänzten (zum Beispiel der Vater der ältere Bruder einer Schwester, die Mutter die jüngere Schwester eines Bruders), kamen unter den geschiedenen Elternpaaren überhaupt nicht vor, also mit 0 %. Dagegen waren 16 % jener Elternpaare, die in ihrer Herkunftsfamilie jeweils nur Geschwister vom gleichen Geschlecht und außerdem in ihren Geschwisterrollen die gleichen Altersränge wie ihre Ehepartner hatten (zum Beispiel der Vater der jüngere Bruder eines Bruders, die Mutter die jüngere Schwester einer Schwester), zum Zeitpunkt der Untersuchung geschieden. Und von jenen Elternpaaren, die beide Einzelkinder gewesen waren, hatten sich 9 % getrennt. Die Geschwisterrollen der Ehepartner und ihre Verträglichkeit oder Unverträglichkeit sind also nicht ohne Bedeutung für den Bestand einer Ehe.

4. Ausblick

Psychotherapeuten und Psychoanalytiker sowie Psychologen, Psychiater, Soziologen, Sozialarbeiter, Erzieher, Lehrer und Seelsorger werden sich auch in Zukunft wesentlich mit dem Familienleben zu beschäftigen haben. Bei vielen ihrer Klienten sind es jeweils zwei Familienleben, jenes der Herkunftsfamilie und jenes der selbst gegründeten Familie. Wenn sie sich die Sache genauer überlegen, bemerken sie, daß zur Herkunftsfamilie die Eltern und Geschwister der Klienten gehören, auch die Geschwister der Eltern, und daß man, wenn man die Eltern verstehen will, sogar um die Großeltern nicht ganz herumkommt. Bei Ehepaaren gehört der Partner mit in die Erkundung, und was aus ihren Kindern letzten Endes wird, zählt zu den wesentlichsten Indikatoren für die Wirkungen der Herkunftsfamilien und der elterlichen Partnerschaft.
Viel Aufwand, sagen manche Psychotherapeuten, unter ihnen sogar einige Familientherapeuten, und suchen Abkürzungen oder Wege, die historischen Komponenten des Familienlebens auszusparen. Das gelingt ihnen in der Regel nur unter erheblichen Einbußen an Verständnis, das sie selbst für ihre Klienten erreichen und das die Klienten von ihnen erleben. Solche Therapeuten halten sich allerdings auch nicht an die Regeln der klassischen Psychotherapie, mit der man, wenn man von ihr abweichen möchte, zumindest beginnen müßte. Und sie überraschen ihre Klienten durch Anordnungen und Eingriffe in die therapeutische Situation und in

ihr Leben, also durch Maßnahmen, die in der klassischen Psychotherapie die Klienten selbst ergreifen, sobald sie sich dazu innerlich in der Lage fühlen. Der klassische Psychotherapeut hilft ihnen bei der Selbsthilfe (siehe z. B. *Toman,* 1978, 1979, *Toman* und *Egg,* 1985).

Zu dem Aufwand der Exploration der Familienverhältnisse der Gegenwart und Vergangenheit seiner Klienten kommt noch die Dokumentation durch den einzelnen Psychotherapeuten hinzu. Irgend etwas über seine psychotherapeutische Tätigkeit müßte er sich ohnedies aufzeichnen, wenn er später einmal wissen will, was er in der Psychotherapie getan hat. Krankenkassen verlangen es sogar von ihm. Anderenfalls bekommt er kein Honorar. Dabei aber sind die Familiendaten nur eine kleine Zugabe und, wie er bald bemerken wird oder schon bemerkt hat, unter allem, was er sich notiert, mit das Verläßlichste und Objektivste. Will er wissenschaftlich evaluieren, was bei seinen Therapien herausgekommen ist, dann muß er die Ausgangslage des jeweiligen Klienten kennen, und dafür ist ein Familienhintergrund mit der Möglichkeit, frühe Personenverluste und in die Familienstrukturen eingebaute Konflikte zu erfassen, eigentlich unerläßlich. Jedenfalls lernt er damit seine Klienten sozial genauer kennen und kann sie mit den Klienten seiner Kollegen oder anderer psychotherapeutischer Kliniken vergleichen. In solchen Vergleichen haben manche Psychotherapeuten schon überraschende soziale und psychologische Milieuunterschiede zwischen den jeweiligen Gesamtheiten ihrer Hilfesuchenden festgestellt.

Literatur

Abraham, K.: Versuch einer Entwicklungsgeschichte der Libido. Wien, 1924 – *Abraham, K.:* Psychoanalytische Studien zur Charakterbildung. Wien, 1925 – *Adler, A.:* Über den nervösen Charakter. München, 1912 – *Adler, A.:* Praxis und Theorie der Individualpsychologie. München, 1920 – *Ackerman, N. W.:* The psychodynamics of family life. New York, 1958 – *Ackerman, N. W.:* Treating the troubled family. New York, London, 1966 – *Bateson, G., Jackson, D. D., Haley, J. Weakland J.:* Toward a theory of schizophrenia. Behavioral Science 1956, 1, 251–264 – *Bowen, M.:* Family relations in schizophrenia. In Auerbach, A. (ed.): Schizophrenia. New York, 1959 – *Bowen, M. A.:* family concept of schizophrenia. In *Jackson, D. D.* (ed.): The etiology of schizophrenia. New York, 1960 – *Bowen, M.:* Family therapy in Clinical practice. New York, London, 1978 – *Bowlby, J.:* Maternal care and mental health. London, World Health Organisation 1951 – *Bowlby, J.:* Attachment and loss. Vol. I: Attachment. London, 1969 – *Bowlby, J.:* Attachment and loss. Vol. II: Separation, anxiety and anger. London, 1973 – *Erikson, E. H.:* Childhood and society. New York, 1950 – *Fenichel, O.:* Spezielle psychoanalytische Neurosenlehre. Wien, 1932 – *Fenichel, O.:* The psychoanalytic theory of neurosis. New York, 1945 – *Freud, Anna:* Einführung in die Technik der Kinderanalyse. Wien 1927 – *Freud, Anna:* Das Ich und die Abwehrmechanismen. Wien, 1936 – *Freud, S.:* Die Traumdeutung (1900). Ges. Werke Bd. 2/3, London, 1940–1965 – *Freud, S.:* Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie (1905). Ges. Werke Bd. 5 – *Freud, S.:* Zur Dynamik der Übertragung (1912). Ges. Werke Bd. 8 – *Freud, S.:* Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse (1916/17). Ges. Werke Bd. 11 – *Freud, S.:* Das Ich und das Es (1923). Ges. Werke Bd. 13 – *Freud, S.:* Neue Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse (1933). Ges. Werke Bd. 15 – *Freud, S.:* Abriß der Psychoanalyse (1938). Ges. Werke Bd. 16 – *Gerlicker, K.* (ed.): Familientherapie in der Erziehungsberatung. Weinheim und Basel, 1977 – *Glueck, Sh., Glueck, E.:* Criminal careers in retrospect. New York, Commonwealth Fund,

1943 – *Glueck, Sh., Glueck, E.:* Unravelling juvenile delinquency. New York, Commonwealth Fund, 1950 – *Glueck, Sh., Glueck, E.:* Predicting delinquency and crime. Cambridge, 1959 – *Hartmann, H.:* Die Grundlagen der Psychoanalyse. Leipzig, 1927 – *Hartmann, H.:* Ich-Psychologie und Anpassungsproblem. Internat. Zft. Psychoanalyse, 1939, 24, 62–124 – *Hartmann, H.:* Comments on the psychoanalytic theory of the ego. Psychoanalytic Study of the Child, 1950, 5, 74ff.–102 – *Hartmann, H.:* Essays on ego-psychology. New York, 1964 – *Hartmann, K.:* Theoretische und empirische Beiträge zur Verwahrlosungsforschung. Berlin, 1970 – *Jung, C. G.:* Wandlungen und Symbole der Libido (1912). Leipzig und Wien, 1912. Ges. Werke Bd. 5, Olten und Freiburg i. Br., 1935–1976 – *Jung, C. G.:* Die Struktur des Unbewußten (1916). Ges. Werke Bd. 7 – *Kernberg, O.:* Borderline conditions and pathological narcissism. New York, 1975 – *Klein, M.:* The psychoanalysis of children. London, 1932 – *Kohut, H.:* The analysis of the self. New York, 1971 – *Kraepelin, E.:* Psychiatrie. Leipzig, 1883 – *Kretschmer, E.:* Körperbau und Charakter. Berlin, 1921 – *Richter, H. E.:* Patient Familie. Hamburg, 1970 – *Schultz-Hencke, H.:* Der gehemmte Mensch. Leipzig, 1940 – *Schultz-Hencke, H.:* Lehrbuch der analytischen Psychotherapie. Stuttgart, 1951 – *Spitz, R. A.:* Hospitalism. Psychoanalytic Study of the Child. New York, 1945, 1 – *Spitz, R. A.:* Hospitalism: A. follow-up report. Psychoanalytic Study of the Child. New York, 1946, 2, 113–117 – *Spitz, R. A.:* Die Entstehung der ersten Objektbeziehungen. Stuttgart, 1957 – *Stierlin, H.:* Von der Psychoanalyse zur Familientherapie. Stuttgart, 1975 – *Toman, W.:* Dynamik der Motive (1954). Darmstadt, 1970 – *Toman, W.:* Family constellation as a basic personality determinant. J. Individual Psychology, 1959, 15, 199–211 – *Toman, W.:* Die Familienkonstellation und ihre psychologische Bedeutung. Psychol. Rundschau. 1959, 10, 1–15 – *Toman, W.:* Introduction to psychoanalytic theory of motivation. London, New York, 1960 – *Toman, W.:* Family constellation. New York, 1961, 1969, 1976 – *Toman, W.:* Familienkonstellationen. München, 1965, 1974, 1980, 1987 – *Toman, W.:* Motivation, Persönlichkeit, Umwelt, Göttingen, 1968 – *Toman, W.:* The »duplication theorem« of social relationships as tested in the general population. Psychol. Review, 1971, 78, 380–390 – *Toman, W.:* Familienkonstellationen. München, 2. revid. Aufl. 1974 – *Toman, W.:* Family constellation. New York, 3rd revised edition 1976 – *Toman, W.:* Tiefenpsychologie. Stuttgart, 1978 – *Toman, W.:* Familientherapie. Darmstadt, 1979 – *Toman, W., Preiser, S., Gasch, B., Platting, G.:* Die Wirkungen von Familienkonstellationen auf die Person, ihre sozialen Beziehungen und die nachfolgende Generation. Forschungsprojekt der deutschen Forschungsgemeinschaft, Bad Godesberg 1967 – *Toman, W., Preiser, S.:* Familienkonstellationen und ihre Störungen. Stuttgart, 1973 – *Toman, W., Egg, R.* (eds.): Psychotherapie: Ein Handbuch. Stuttgart, 1985, 2 Bände – *Winnicott, D. W.:* Through pediatrics to psychoanalysis. New York, 1958 – *Winnicott, D. W.:* The maturational processes and the facilitating environment. London, 1965

Kurt Lüscher

Von der ökologischen Sozialisationsforschung zur Analyse familialer Aufgaben und Leistungen

Die Pragmatik familialen Handelns

1. Einleitung

Der folgende Beitrag hat nicht von ungefähr einen systematischen Ort am Ende des Kapitels über neuere Theorieansätze. Es handelt sich um den Versuch, eine Perspektive der familienwissenschaftlichen Forschung im Prozeß ihres Entstehens zu beschreiben. Den Ausgangspunkt bildet die Renaissance sozialökologischer Ideen in den Sozialwissenschaften, vorab in der Entwicklungspsychologie und der Sozialisationsforschung, welche dadurch ihre Aufmerksamkeit vermehrt der individuellen Entwicklung in alltäglichen sozialen Kontexten zuwenden. Auf diese Weise artikuliert sich ein besonderes Interesse an der Familie ebenso wie an ihrer näheren und weiteren »Umwelt«.

Eine derartige, gleichermaßen mikro- und makrosoziologische Analyse ist ein altes Postulat der Familiensoziologie. Neuen Auftrieb erhält es durch die zunehmend verfeinerte Einsicht in die Pluralität von Familienformen und Lebensstilen, ergänzt durch die sozialgeschichtlichen Erkenntnisse ihres Wandels; gleichzeitig legt die Anerkennung des Anspruches auf Autonomie der privaten Lebensführung nahe, die Realität von Familien als Ergebnis von Prozessen bewußten Gestaltens privater Lebenswelten zu sehen. Damit wird die Aufmerksamkeit auf Anstöße, Bedingungen und Ziele gelenkt, mithin auf Aufgaben und Leistungen, die in den Familien und durch sie erbracht werden, ebensosehr auf die dabei relevanten Erfahrungen, Kenntnisse und Normen. Von wachsender Bedeutung ist dabei die Familienpolitik, sie beeinflußt die Institutionalisierung von Familienformen und unter näher zu umschreibenden Bedingungen die Lebensverhältnisse und Verhaltensweisen. Es geht also um die Verknüpfung von Wissen und Handeln in konkreten Kontexten, bezogen auf spezifische Aufgaben und ihre Bewertung innerhalb allgemeiner Prozesse der Entwicklung.

In diesem Sinne liegt diesem Beitrag die Auffassung zugrunde, es sei möglich, eine Synthese neuerer Orientierungen und Ergebnisse der familiensoziologischen Forschung vorzunehmen, die als eigenständiger Ansatz fruchtbar werden könnte, umschreibbar als Pragmatik familialen Handelns oder pragmatistisch-konstruktive Familienforschung. Im Kern geht es um eine Analyse der sozialen Bedeutung von Familie, mithin um den tatsächlich feststellbaren Anteil von Familie bzw. einzelner familialer Lebensformen für die Entwicklung des Individuums und der Gesellschaft unter Einbezug des sich wandelnden, Fakten und Normen einschließenden Wissens über familiale Lebensweisen.

Unter epistemologischen Gesichtspunkten sieht *Gibbs* (1979) das zentrale Ziel

ökologisch orientierter Analysen darin, die Spannung zwischen »Gewißheit« (»certainty«) und »Authentizität« bzw. Spontaneität fruchtbar zu machen, indem die Charakteristika (»features«) der deduktiven Verfahren (für ihn: Theorie, Experimentieren, Kontrolle) mit den Verfahren der Induktion (holistische Daten, ökologische Validität, Entdeckung von Neuem) verknüpft werden. Konsequenterweise bezieht er sich hinsichtlich der Logik auf Peirces Gedanken über Abduktion, die er in *Deweys* und *Bentleys* Überlegungen über »transaktionale« Analyse weitergeführt sieht (1979, 129). Für *Gibbs* beruhen die Verfahren der (strengen) experimentellen Psychologie darauf, dem »Objekt« Priorität vor dem »Subjekt« einzuräumen, was letztlich die Trennung des Wissens vom Wissenden beinhaltet. Diesem »Objektivismus« stellt er den »Subjektivismus« entgegen, der analog Erfahrung auf die Intuitionen des Wissenden reduziert. Die »Transaktive Synthese« hingegen versucht die Wechselseitigkeit von Objekt und Subjekt zu erfassen und führt zu diesem Zweck die zeitliche Bedingtheit aller Erkenntnis als erklärendes Element ein, wie es beispielsweise *Dewey, Baldwin, Bandura, Riegel, Bronfenbrenner* tun. Obgleich vereinfachend, bestätigen Gibbs Gedanken die pragmatischen Wurzeln der ökologischen Orientierungen und deuten Beziehungen zu neueren und neuesten Ansätzen der Erkenntnistheorie und Philosophie an, wobei eine gewisse Sympathie für alternative Denkansätze unverkennbar ist (vgl. hierzu *van den Daele,* 1987; *Maturana/Varela,* 1987; *Welsch,* 1987).

Kruse und *Graumann* (1987) leiten ihren Abriß der Umweltpsychologie in Deutschland mit der Feststellung ein, Wissenschaft werde nicht nur durch das soziale und kulturelle Klima einer Gesellschaft ermöglicht, sondern sie sei in Forschung und Theorie ebensosehr bemüht, auf die Fragen und Herausforderungen einer bestimmten Zeit zu antworten; darin können wir ein Indiz für einen ausgeprägten Bezug zu einer jeweiligen Gegenwart sehen, was sich aus der pragmatistischen Fundierung der Ansätze ergibt. Den Autoren geht es mit dieser Bemerkung darum, die »ökologische Psychologie« der 70er Jahre zu einer »Umwelt-Psychologie« in Beziehung zu bringen, wie sie 1924 von *Hellpach* vorgeschlagen worden ist. Wichtig ist dabei der spezifische Gehalt des deutschen Begriffs »Umwelt«, den Anfang dieses Jahrhunderts *Uexküll* herausgearbeitet hat und dem sich *Kruse* und *Graumann* anschließen: »Umwelt« ist jener Teil der »Umgebung«, der bedeutungs- und wirkungsvoll für eine Gattung ist und sich darum ändern kann; gemeint ist eine »Umgebung«, wie sie erfahren und auf die hin gehandelt wird. Die Nähe zur eingangs gemachten Charakterisierung, es gehe um die Analyse von Bedeutungen (von Familie) und ihren Handlungskonsequenzen, ist offensichtlich.

Bereits *Hellpach* hat zwischen natürlichen, sozialen und kulturellen (historischen) Umwelten unterschieden (*Kruse/Graumann,* 1987, 1198). Ein wichtiger Bereich war für ihn die Stadtpsychologie, wobei er, ähnlich wie *Simmel,* auf die besondere »Reizsamkeit« des Stadtbewohners und dem sich in Hast ausdrückenden Tempo des städtischen Lebens aufmerksam machte; dies erfordert wiederum besondere Wachsamkeit. Damit einher geht seiner Meinung nach emotionale Gleichgültigkeit, mithin soziale Entfremdung.

Zwei Aspekte sind hervorzuheben: Erstens sind »Gegenwartsfragen« und »soziale Probleme« ein wichtiger Anstoß für die wissenschaftliche Arbeit, ebenso neue

Technologien. Dies ließe sich bei vielen Vertretern etwa der »ökologischen Sozialisationsforschung« ebenfalls nachweisen. Zweitens wird in der früheren Umweltpsychologie nicht nur räumlichen, sondern ebenso zeitlichen Charakteristika von Umwelt Aufmerksamkeit geschenkt, genauer den raumzeitlichen Aspekten von Bedeutung und deren reale Organisation in der Wahrnehmung, in der Interpretation und im Handeln.

Im Vergleich zu den elaborierten psychologischen Analysen stellt sich die Geschichte des Begriffs der Ökologie in der Soziologie vergleichsweise einfach dar: es dominiert das in der Chicago-Soziolgie der 20er Jahre entstandene Verständnis von Ökologie als Analyse der räumlichen Aspekte menschlichen Zusammenlebens. Die zeitlichen Dimensionen ebenso wie – damit zusammenhängend – die wissenssoziologischen Implikationen wurden bis in die jüngste Zeit wenig beachtet (*Hawley,* 1950; *Specht,* 1964; *Friedrichs,* 1983). Sozialökologie wird überwiegend als makrosoziologische Theorie verstanden und ist wissenschaftstheoretisch eher an traditionell naturwissenschaftlichen Prämissen orientiert (so *Lenski*, 1988). Differenzierungen erfolgten in der neuen und neuesten Zeit in den im nächsten Abschnitt zu besprechenden Vorschlägen für »ökologische Modelle« und den sich daraus ergebenden Operationalisierungen, die meist interdisziplinär beeinflußt sind.

2. Die Ökologie von Familien

Ein Modell zur »Ökologie menschlicher Entwicklung« hat Ende der 60er Jahre *Bronfenbrenner* vorgelegt und in der Folge weiter differenziert (*Bronfenbrenner,* 1976, 1981, 1986); es ist auch von Soziologen, gerade in Deutschland, im Hinblick auf seinen Ertrag für die Familienforschung schnell rezipiert und kritisch diskutiert worden (vgl. die Sammelbände von *Walter*, 1975 sowie *Vascovics,* 1982; ferner *Kaufmann* et al., 1980). Es ist darum angemessen, es als Ausgangspunkt zu nehmen. Dafür spricht überdies, daß *Bronfenbrenner* selbst seine Ideen aus einem offensichtlichen Unbehagen mit der schichtspezifischen Sozialisationsforschung entwickelt hat (*Bronfenbrenner,* 1958, 1976; s. aber für deren Verteidigung: *Herlyn,* 1985; *Rosenbaum,* 1983), ferner, daß er sozialpolitische Erwägungen miteinbezieht. *Bronfenbrenners* Modell überzeugt zunächst durch seine Plausibilität und die sich daraus ergebende Anschaulichkeit: konzentrisch werden von innen nach außen die für die individuelle Entwicklung wichtigen Kontexte unterschieden, umschrieben als Mikro-, Meso- und Makrosystem, wobei die Person, deren Entwicklung interessiert, im innersten Bereich gedacht wird und abhängig von Einflüssen aus den umgebenden Systemen ist, darunter auch indirekten Einflüssen, sogenannten »Effekten zweiter Ordnung«. Dieser Gedanke wird vertieft, indem zusätzlich Exosysteme unterschieden werden, d. h. Lebensbereiche, »an denen die sich entwickelnde Person nicht selbst beteiligt ist, in denen aber Ereignisse stattfinden, die diejenigen in ihrem Lebensbereich beeinflussen oder von ihnen beeinflußt werden« (*Bronfenbrenner,* 1981, 224). Schließlich wird das Konzept des Chronosystems eingeführt, womit zeitliche Zusammenhänge gemeint sind (*Bronfenbrenner,* 1986, 732ff.).

Der Ansatz bietet einen Rahmen, um die Befunde unterschiedlicher Forschungen zueinander in Beziehung zu setzen. Auf diese Weise gelingt es *Bronfenbrenner,* in gut nachvollziehbarer Weise u. a. Thesen wie die folgenden zu belegen:

- Genetische Anlagen und Umwelteinflüsse »multiplizieren« sich gegenseitig in dem Sinne, daß günstige (familiäre) Lebensverhältnisse wesentlich dazu beitragen, das biologische Potential des Individuums optimal zu entfalten.
- Die Erziehungsleistungen von Eltern sind wesentlich davon abhängig, in welchem Ausmaß diese von ihrer sozialen Umwelt anerkannt und unterstützt werden.
- Die Entwicklung des Individuums wird wesentlich nicht durch einzelne Ereignisse, sondern durch spezifische, sein soziales Milieu kennzeichnende Sequenzen von Entwicklungsübergängen sowie von Lebenslaufmustern beeinflußt.

Bertram (1981, 119–130; 1982) hat *Bronfenbrenners* Modell graphisch darzustellen versucht und vier Bedingungen der daraus ableitbaren Forschungsstrategie formuliert: Reziprozität (wechselseitige Beeinflussungen zwischen Umwelt und Kind), Wahrnehmung der direkten Einflüsse, Berücksichtigung von Personenkonstellationen statt Dyaden und Analyse der Effekte höherer Ordnung. Insgesamt äußert sich *Bertram* skeptisch, kommt indessen zu dem Schluß: »Zwei der von ihm formulierten Überlegungen zur Methodik sozialökologischer Forschung weisen über die schichtspezifische Sozialisationsforschung hinaus, die Prüfung struktureller Effekte und die Überwindung der reduktionistischen Behandlung der Sozialstruktur« (1981, 29). Einen weiteren, um die Dimension der Hierarchisierung ergänzten Vorschlag der Schematik hat *von Schlippe* (1984, 28) gemacht.

Ries (1982) formuliert fünf Forderungen zur Konzeptualisierung familiärer Umwelt aus der Sicht ökologischer Sozialisationsforschung: Sie hat theoriegelenkt zu erfolgen, einen Raumbezug aufzuweisen, die Umwelt unter dem Aspekt der Nutzer und demjenigen der sinninterpretierten Wahrnehmung zu betrachten und besondere methodische Probleme zu bewältigen. Zu letzterem gehört, daß bei der Erhebung der Daten zusätzlich zu Interviews Beobachtungen durchgeführt, die ökologischen Einheiten mit großer Sorgfalt abgegrenzt sowie die Zeitstrukturen und – damit eng verwandt – die Konstanz der Umwelt berücksichtigt werden.

Ein verwandter Ansatz ist derjenige der Soziotopen-Forschung (*Bargel* et al., 1982); ausgehend von der Frage der Bildungschancen (*Bargel,* 1976) sind über die Analyse der Wohnorte, der Wohnverhältnisse von Kindern und der Erwartungen der Eltern an den Kindergarten und die Schule (so insbesondere *Mundt,* 1980) sowie des Verhältnisses von Elternhaus und Schule zusehends familiensoziologische Themen miteinbezogen worden (*Fauser,* 1982). Soziotope werden empirisch als »unterscheidbare lebensweltliche lokale Gefüge« bestimmt, bezogen auf die Dimensionen der Lebenschancen und der Lebensstile und zu ermitteln über »Indikatoren der demographischen und sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung« (*Bargel* et al., 1982, 208), wie sie aus der Stadt- bzw. Regionalforschung bekannt sind. Auf diese Weise gelingt es, signifikante Unterschiede etwa der Bildungsaspirationen von Eltern für ihre Kinder nachzuweisen; offen bleibt allerdings die Frage der Konsequenzen für deren Entwicklung.

Einen anderen Weg, um Kontexte zu beschreiben und Typologien zu bilden, stellt

das von *Lüscher* et al. 1985 entwickelte Verfahren dar, mittels Konfigurations-Frequenzanalysen feststellbare Konstellationen personenbezogener und ökologisch bedeutsamer Merkmale innerhalb einer Population zur Grundlage varianzanalytischer Untersuchungen zu machen. Die Unterschiede in der Einschätzung von Erleichterungen und Erschwernissen im Familienalltag ließen sich auf diese Weise besser aufklären als mit der Unterscheidung nach Indikatoren des sozioökonomischen Status. *Steinkamp* (1982) stellt konzeptuell und empirisch einen Bezug zu der von *Kohn* (vgl. den deutschsprachigen Sammelband *Kohn,* 1981 und die zusammenfassende Übersicht *Kohn,* 1987) zunächst schichtspezifisch vertretenen These her, wonach die Erfahrungen, die Väter und Mütter am Arbeitsplatz machen, ihre Orientierungen und Werte hinsichtlich der Sozialisation ihrer Kinder beeinflussen. Wichtig gemäß dem hier vertretenen Erkenntnisinteresse an einer Pragmatik familialen Handelns ist die Idee, wonach die Eltern ihre eigenen Erfahrungen am Arbeitsplatz aktiv in ihr Verständnis des wünschenswerten Umgangs mit dem Kind umsetzen, mithin als Gestalter familialer Lebenswelten gesehen werden. Diese Zusammenhänge werden wesentlich komplizierter angesichts der rasanten Verbreitung des Computers. Hier entsteht ein weites Feld der Forschung, wobei sich die neuen Technologien ebenso wie die neuen Medien ökologisch interpretieren lassen (vgl. hierzu *Fauser/Schreiber,* 1988), denn sie stellen neue Umwelten dar und verändern die bisherigen.

Eine weitere Variante des ökologischen Ansatzes ergibt sich aus der Verknüpfung mit der Lebenslaufforschung (z. B. *Belsky* et al., 1984). Kennzeichnend dafür sind die folgenden Annahmen:

- Kinder und erwachsene Mitglieder der Familie entwickeln sich beide gleichzeitig. So auch *Tyrell* (1982, 167): »Man altert kontinuierlich-synchron miteinander, wenngleich dies lebenszyklisch für die verschiedenen Generationen innerhalb der Familie Unterschiedliches bedeutet«.
- Die Veränderungen des Kindes und der Familie bedingen sich wechselseitig. Die Kinder beeinflussen diejenigen, deren Einfluß sie ausgesetzt sind, und vermögen von einem gewissen Alter ab auf die eigene Entwicklung einzuwirken.
- Die Beziehungen zwischen den Kindern und Eltern sind in weitere Umwelten eingeordnet, die sich ebenfalls stets verändern. Darin liegt ein beträchtliches Potential für sozialen Wandel und für die Wirksamkeit von Interventionen, wie *Lerner* (1984) detailliert abhandelt.

Die kritische Auseinandersetzung mit dem ökologischen Ansatz in der amerikanischen Literatur referierte 1980 *Andrews* et al., die seitherige Entwicklung *Eisenberg* (1987, Kap. V). Interessante Beiträge zur empirischen Forschung unter ökologischen Prämissen, häufig unter Bezug auf *Bronfenbrenner*, liegen aus den skandinavischen Ländern vor, herausragend im breitangelegten FAST-Projekt (*Andersson,* 1986).

In der Soziologie gerät der ökologische Ansatz theoretisch und empirisch häufig in die Nähe von Analysen über den Alltag und die Lebenswelt, so in bezug auf die Familie beispielsweise bei *Tyrell* (1982), *Wilk* (1987) und *Buchholz* et al. (1984). Eine wegen ihrer minutiösen wissenschaftstheoretischen Analyse und den daraus abgeleiteten methodischen Folgerungen bemerkenswerte Analyse über »Lebenswelt und Familie« stammt von *Bösel* (1980). *Hildenbrand* (1983) geht in seiner an

der phänomenologischen Lebensweltanalyse orientierten Ethnographie einer Familie in besonderer Weise auf familiale Aufgaben und Leistungen ein: den Umgang mit psychischer Krankheit.

Schulze (1987) bringt das Konzept der Familienkultur in die Diskussion. Er begründet dies ebenfalls mit der Kritik an der schichtspezifischen Forschung, wovon sich die Kulturforschung gelöst habe. Angesichts der hohen Bewertung der Individualität in der modernen Gesellschaft »ist Familienkultur als Merkmal einer besonderen Gruppe, der einzelnen Familie zu entfalten und als deren Wertvorstellungen, Denkweisen, Rituale, Umgangsformen, Entscheidungslinien und Verfahren und Gepflogenheiten zu begreifen. Jede Familie wird somit prinzipiell als eine eigene kleine Welt angesprochen« (30). Da diese zu gestalten ist, ergibt sich eine große Nähe zur Analyse familialen Handelns. Dasselbe gilt für die Arbeiten der Münchner Forschergruppe, die zusammenfassend in *Schneewind* et al. (1983) dokumentiert werden. Ausgangspunkt ist ein Verständnis, wonach ökologische Sozialisationsforschung versucht, »Umweltgegebenheiten systematisch zum Sozialisationsgeschehen innerhalb der Familien in Beziehung zu setzen« (21). Dabei interessiert der »ökologische Kontext, definiert als räumlich abgrenzbarer Erfahrungsbereich der Familie« (ebd.), sowohl als potentieller (d. h. als Umgebung) als auch als aktueller (Umwelt). Unterschieden werden weiterhin die drei Dimensionen: Anregung, Belastung und Deprivation. Das innerfamiliäre Sozialisationsgeschehen wird im wesentlichen durch die Aspekte Erziehungsstil, Ehepartnerbeziehung und Familienklima charakterisiert. Daraus ergibt sich ein differenzierter, auch schematisch darstellbarer Forschungsleitfaden für die ökologische Sozialisationsforschung, in dem teils implizit, teils explizit (s. auch *Schneewind,* 1987) das Konzept der Aufgabe angesprochen wird.

Noch ausgeprägter findet sich dieser Gedanke in den Arbeiten der Bielefelder Gruppe »Wirkungsweisen öffentlicher Sozialleistungen« (die 1980 in das Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik überging). Der Schlußbericht zum Projekt »Sozialpolitik und familiale Sozialisation« (*Kaufmann* et al., 1980, 77ff.) rekonstruiert zunächst die Genese des *Bronfenbrennerschen* Modells. Die darin mit dem Begriff des Mikrosystems angesprochene unmittelbare Umwelt wird dann als Erfahrungsumwelt oder Lernumwelt des Kindes interpretiert, wobei »die in ihr möglichen Lernprozesse auch das Ergebnis von Selektionsleistungen sind, die der Umwelt des Kindes zuzurechnen sind. Soweit diese Selektionsleistungen auf dem Einfluß der sozialen Umwelt basieren, sprechen wir von Sozialisation, d. h. sozialer Steuerung kindlicher Lernerfahrung« (82). Wird nun Familie »als ein auf Sozialisation in besonderer Weise spezialisiertes System verstanden«, ist es möglich »das Konzept der sozialen Ökologie menschlicher Entwicklung mit einem familientheoretischen Ansatz zu verbinden« (87), dann, »über die Leistungen des familialen Sozialsystems wird ... Familie als dauerhafte Erfahrungswelt des Kindes konstituiert«, an der nebst dem Elternverhalten die unterschiedlichen Dimensionen sozialer Ökologie interessieren: räumlich-dinghafte Gegebenheiten, Personen in Rollenbeziehungen und -aktivitäten, ferner sind die Austauschbeziehungen von Familie zu anderen Systemen »als Integration in informelle soziale Netzwerke (Verwandtschaft, Freundeskreise, Nachbarschaft usw.) und Kontakte zu formalen Organisationen (Dienst-

leistungsbetriebe, Produktionsstätten, öffentliche Verwaltung usw.)« (89) von Belang. *Engelbert* (1986) nimmt vor dem genannten Hintergrund eine Analyse des Kinderalltags vor – in einer »Problemsicht«, für die kennzeichnend ist, daß sie »die aktuelle Ungleichheit von Kindern thematisiert« und versucht, das »Kindererleben und die Kindheitserfahrungen als eigenwertigen Gegenstandsbereich zu sehen ... das Konzept der Rolle des Kindes auszuarbeiten ..., einen Forschungsansatz zu entwickeln, der Umwelt als Umwelt des Kindes operationalisiert und der komplexen Strukturen familialer Vermittlungsleistungen Rechnung tragen kann« (45).

3. Aufgaben und Leistungen von Familie

Die Arbeiten zur Ökologie der Familie bringen die in den Familien und durch sie zu erbringenden Aufgaben und Leistungen in den Horizont der Analyse und lenken die Aufmerksamkeit auf die Besonderheiten familialen Handelns. Damit ist zum einen gemeint, daß die einzelnen Handlungen letztlich auf ein Ganzes, die »soziale Konstruktion« einer dynamischen und dennoch möglichst stabilen Lebenswelt bezogen werden können, zum anderen aber sind sie an institutioneller Anerkennung orientiert, beziehen sich folglich auf Bewertungen und haben somit den Charakter von Leistungen. Die ökologische Betrachtung legt überdies nahe, die Bedürfnisse des menschlichen Nachwuchses nach Pflege und Erziehung als allgemeinsten Bezugspunkt zu wählen. Diese Überlegungen lassen sich in folgenden Thesen zusammenfassen:

(1) Die allgemeinste Aufgabe einer Familie besteht darin, ausgehend von Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten der Geschlechter und Generationen unter den je konkreten ökonomischen, politischen und kulturellen Verhältnissen eine Lebenswelt für individuelle Entwicklung zu gestalten, namentlich des heranwachsenden Kindes.

(2) Unter sozialräumlichen Gesichtspunkten geschieht dies durch die stete Koordination von Tätigkeiten, die drei allgemeinen Bereichen zugeordnet werden können: Haushalten und Wohnen, Fürsorge und Erziehen sowie Pflege sozialer Beziehungen im Innern und nach außen. Unter primär sozial-zeitlichen Gesichtspunkten geht es um die Synchronisation der Handlungen im Bezug auf vier Phasen der Familienentwicklung, nämlich der Konstituierung, der Konsolidierung, der Dissolution, der Transzendenz von Familie (womit gemeint ist, daß es in den Familien Handlungsorientierungen gibt, die sich in einer gewissen Analogie zum Leben des einzelnen auch für die Familie auf eine Zeit nach dem Tod sowie einen fernen Ursprung richten). Die Integration des Handelns unter sozial-räumlichen und sozial-zeitlichen Gesichtspunkten konstituiert ein spezifisches familienbezogenes Wissen.

(3) Die allgemeinste Leistung einer Familie besteht in der Verknüpfung zweier sich wechselseitig bedingender, jedoch unterschiedlicher Zielsetzungen. Bezogen auf den einzelnen Menschen handelt es sich um die Herausbildung einer personalen

Identität, bezogen auf die gesellschaftliche Struktur und die relativ dauerhafte Integration sozialer Teilbereiche und der sich daraus ergebenden Herausbildung kollektiver Identitäten, welche die soziale Zugehörigkeit der Individuen umschreiben.
Schematisch ergibt sich folgendes Bild:

Aufgaben

»Lebensform für verläßliche Beziehungen zwischen den Generationen und den Geschlechtern«

Tätigkeiten		**Phasen**
Haushalten, Wohnen		Konstituierung
Pflegen, Erziehen	Koordination Synchronisation	Konsolidierung
Interne und externe Beziehungen	Integration	Dissolution
		Transzendenz

»Individuelle und kollektive Identität«

Leistungen

Während die allgemeine Charakterisierung der Aufgaben von Familie sich auf leicht nachvollziehbare anthropologische Einsichten stützt, bedarf der Vorschlag, ihre Leistungen auf Identität zu beziehen, einer kurzen Erläuterung. Unter der Vielfalt der Bedeutungen des Konzeptes Identität wird hier auf ein Verständnis rekurriert, gemäß dem diese auf Zuschreibungen beruht und damit soziale Zugehörigkeiten festlegt und begründet. Durch die Familie wird seit jeher dem einzelnen ein Ort in der Abfolge der Generationen zugewiesen, festgelegt in einem kulturell spezifischen System von Verwandtschaft. Die Familie ist somit nicht bloß formal bedeutsam, sondern ebenso für die Verpflichtungen gegenüber der größeren Gemeinschaft und gegenüber Institutionen wie der Kirche und dem Staat, woraus sich ihre Tragweite für die Konstitution kollektiver Identitäten ableitet. Zugleich entspricht es dem modernen Verständnis, daß sich der einzelne Mensch aus der Erfahrung dieser Zugehörigkeiten und der Möglichkeit, sie zu reflektieren, ein Bild seiner selbst entwickelt, das auf inneren und äußeren Dialogen beruht und dadurch letztlich ebenfalls als auf Zuschreibung beruhende Identität aufgefaßt werden kann. Diese Auffassung ist »modern«, somit zeitgebunden, insofern Handeln auf Identität bzw. mehrere Identitäten bezogen wird, die als solche in einem (inneren) Diskurs bestätigt werden, der in sich spannungsvoll und sogar widersprüchlich sein kann. Die daraus resultierenden Ambivalenzen drücken sich auch widerum im privaten und öffentlichen Verständnis von Familie aus, heute ganz offensichtlich ausgeprägter als zu früheren Zeiten.
Damit sich eine Familie entfalten kann, bedarf sie einer gewissen Autonomie bei der Organisation des Handelns und der konstruktiven Verarbeitung der Einflüsse von außen, gegebenenfalls auch ihrer Abwehr. Im übertragenen Sinne entsteht so

eine Identität der Familie als Gruppe. Es gibt systematische Korrespondenzen zwischen der einer Familie bzw. Typen von Familien zugestandenen Autonomie und der Qualität der familialen Leistungen. Dieser Zusammenhang drückt sich in der Interpretation der Familienrollen aus (hierzu *Bronfenbrenner,* 1981, 95–115). Die empirische Forschung setzt allerdings in der Regel bei einzelnen Tätigkeiten ein. Die sozialökologische Sichtweise lädt dazu ein, vorhandene Befunde in den unterschiedlichen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen der Konkretisierung zueinander in Bezug zu setzen sowie die Interdependenzen in der Anlage von Projekten zu berücksichtigen. Bemühungen um eine derartige Re-Integration der Familienanalyse sind auch in den Teilbereichen zu beobachten. An dieser Stelle können zur Veranschaulichung lediglich einige Beispiele genannt werden:

- Den Begriff der Leistungen stellt *Glatzer* (1986) ins Zentrum seiner empirischen Analysen der Haushaltsproduktion sowie der durch soziale Netzwerke ermöglichten Bedürfnisbefriedigung, wodurch die für Familie kennzeichnende Verbindung von Markt und »Beziehungsarbeit« erhellt wird. Der Zusammenhang zwischen Haushalten und Sozialisation wird verdeutlicht, wenn das Konzept des Lebensstils als Bindeglied miteinbezogen wird (vgl. *Zapf,* 1987).
- Während Einflüssen der Wohnung und der Wohnverhältnisse auf Familie und Sozialisation oft nachgegangen wird, wird selten Wohnen als soziales Handeln und sozialer Prozeß betrachtet, obgleich sich – wie *Lang* (1988) zeigt – »gebaute Strukturen und gestaltete Objekte als externalisierte und damit kollektive Erkenntnis- und Handlungsstrukturen« auffassen lassen, was den Bezug zur Konstitution von Identität verdeutlicht. Eine weitere Möglichkeit der Vertiefung bieten anthropologische Analysen des Konzeptes des Raumes (*Sebba/Churchman,* 1983).
- Die sozialen Beziehungen einer Familie werden neuerdings als soziale Netzwerke aufgefaßt. Insgesamt verspricht ihre Analyse verbesserte Einsichten in die reale Vielfalt von Familienformen und in die Tragweite sozialer Beziehungen zu Verwandten, Freunden, Nachbarn und Bekannten für den Alltag ebenso wie in Krisensituationen und wird zunehmend mit sozialpolitischen Aufgaben in Verbindung gebracht (vgl. die Literaturanalyse von *Kaufmann* et al., 1987 sowie *Pankoke,* 1987; speziell in bezug auf familiale Leistungen: *Gräbe/Lüscher,* 1984 sowie *Gräbe* in Vorb.).
- Neue Aufgaben stellen sich Familien im Umgang mit den Kommunikationsmedien. Sie verändern innerhalb der Familie das Verhältnis zwischen primärer und sekundärer Kommunikation, das Freizeitverhalten und die Beziehungen zur Umwelt; für die Eltern stellen sich oft als schwierig empfundene pädagogische Probleme. Die darauf bezogene Forschung ist größtenteils nicht in der Familiensoziologie angesiedelt, doch ergeben sich konzeptuell bemerkenswerte Annäherungen über sozialökologische Ansätze (so: *Hurrelmann* et al., 1988; *Fauser/Schreiber,* 1988; *Meyrowitz,* 1987, 163–180).
- Die mit Koordination bzw. Synchronisation umschriebenen allgemeinen Aufgaben werden traditionellerweise in sogenannten Zeitbudgetstudien dokumentiert (zusammenfassend: *Andorka,* 1987; *Haugg/von Schweitzer,* 1987). Besonders gilt dies für das Spannungsverhältnis von Familientätigkeit und Erwerbstätig-

keit, wobei die Arbeiten, auch im internationalen Vergleich übereinstimmend nach wie vor die asymmetrisch den Frauen aufgebürdete Belastung aufzeigen. Die gesellschaftspolitische Tragweite der damit erbrachten Integration divergenter Gesellschaftsbereiche ist Anlaß intensiver Abklärungen (Wissenschaftlicher Beirat, 1984) und belegt die kompensatorische Stellung familienpolitischer Aktivitäten zu den Aufgaben und Leistungen von Familie.

- Um sich der Komplexität familialen Handelns unter dynamischen Gesichtspunkten anzunähern, wird neuerdings auf das von *Havighurst* (1948; 1982) vorgeschlagene Konzept der Entwicklungsaufgaben zurückgegriffen. *Schneewind* (1987, 18) bezieht den Begriff »einerseits auf die physischen und psychischen Erfordernisse der einzelnen Familienmitglieder ..., andererseits reflektieren (Entwicklungsaufgaben) aber auch außerfamiliäre Erwartungen und nicht zuletzt die innerhalb einer Familie verbindlichen Ziele und Wertvorstellungen ...«. Dieses Konzept illustriert die Wünschbarkeit des systematischen Einbezugs jener Dimensionen, die mit dem Sammelbegriff des Wissens gekennzeichnet werden können.

Die anstehenden alltäglichen Aufgaben lassen sich, ausgehend von den allgemeinen Kategorien des Haushaltens, der Pflege und Erziehung sowie der Gestaltung interner und externer Beziehungen und unter Berücksichtigung der zeitlichen Dimensionen, als konkrete Tätigkeiten beschreiben und analysieren, wobei es darunter keine einzelne gibt, die ausschließlich in der Familie vorkommt und für diese darum als kennzeichnend angesehen werden könnte. Charakteristisch für die Familie ist vielmehr die »Polyvalenz der Handlungen« und deren Tragweite für die Konstitution von Identitäten.

4. Wissen, Handeln und Reflexion

Wird der sozialökologische Ansatz handlungstheoretisch weiterentwickelt, indem die Familie als Lebenswelt zur Erfüllung spezifischer, letztlich anthropologisch vorgegebener Aufgaben betrachtet wird, ist eine wissenssoziologische Vertiefung aus mehreren Gründen naheliegend und auch wünschenswert. Sie ermöglicht es, den für Familie kennzeichnenden institutionellen Charakter herauszuarbeiten, der sich in der gesellschaftlichen Anerkennung einiger unter mehreren möglichen Familienformen äußert. Dieses für moderne Familienformen kennzeichnende Bewußtsein, daß in der Familie und durch sie personale Identität nicht nur zugeschrieben, sondern aktiv »erlernt« wird, verweist zusätzlich auf die Tragweite subjektiver Wissensformen. Die Einsichten in die Wechselbeziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft heben die normativen Aspekte der Sinngebung familialen Handelns hervor. In dem Maße, in dem die sogenannten traditionellen Orientierungen, also Brauch und Sitte sowie religiöse Gebote nicht nur individuell, sondern durch politische Bewegungen ebenso wie die Wissenschaft in größerem Rahmen und sogar systematisch relativiert werden, entstand ein reflexives Wissen über Familie. Die sozialwissenschaftliche Familienforschung ist dafür das naheliegende Beispiel. Ihre Erkenntnisse und Denkweisen wirkten und wirken direkt und indirekt wiederum

auf das Alltagsverständnis zurück. Die differenzierte wissenssoziologische Analyse von Familie ist somit nicht nur Voraussetzung einer am Kriterium der »Authentizität« orientierten Empirie, sondern ebenso eine Methode, um ihre »Validität« zu überprüfen und ihre (praktische) »Relevanz« zu beobachten.

Wir müssen uns hier versagen, diese Überlegungen anhand der Sozialgeschichte der Familie darzustellen (vgl. *Mitterauer* in diesem Band) und beschränken uns auf die Anforderungen der aktuellen Forschung. Gesucht sind zunächst Konzepte, um die Verknüpfung von Wissen und Handeln auszudrücken. Es liegt zwar nahe, dabei etwa auf Einstellungen und Werte einerseits, auf Verhalten und Erziehungsstile andererseits zu rekurrieren und Korrelationen zwischen diesen zu ermitteln. Doch die wissenschaftstheoretischen Prämissen erfordern eigentlich einen höheren Grad von Verbindlichkeit, um die Integration der verschiedenen Komponenten auszudrücken. Das Aufkommen kognitivistischer Orientierungen innerhalb der Psychologie führt in den USA zu einer wachsenden Beliebtheit des Konzeptes »belief«, übersetzbar als »Überzeugung«, »Meinung«, allenfalls »Glaube« in einem alltäglichen Gebrauch. Dieses Konzept ist mit der pragmatistischen Herkunft des Ansatzes gut vereinbar; die »Festigung der Überzeugung« (»Fixation of belief«) ist Thema eines Aufsatzes, der zu Peirce's ersten wichtigen Arbeiten gehört (*Peirce,* 1877 – vgl. dt. *Peirce,* 1976). »Belief«, nebst »Überzeugung« und »Meinung« auch mit »Auffassung«, »Vorstellung« übersetzbar, drückt aus, was eine Person mehr oder weniger wahrscheinlich für wahr hält, und wie sie dementsprechend handelt. Überzeugungen lassen sich – so *Sigel* (1985) – Kategorien zuordnen, die ihrerseits als Schemata eine Organisation von Wissen darstellen. Sie können den Handelnden bewußt sein, müssen dies aber nicht; sie sind indessen analytisch rekonstruierbar. In diesem Sinne können sie psychologisch als Repräsentationen gedanklicher Konstruktionen handlungsrelevanter Erfahrungen aufgefaßt werden. *Sigel* versucht im weiteren, schematisch die Überzeugungen mit gesellschaftlichen Bedingungen zu verknüpfen und führt formal zu diesem Zweck das Konzept »Überzeugungssystem« ein, innerhalb dessen er, im Anschluß an *Rokeach,* eine Kongruenz von Überzeugungen unterstellt (ebd., 364).

Unser eigener Vorschlag geht dahin, in diesem Zusammenhang von *Orientierungen* und *Perspektiven* zu sprechen (vgl. auch *Lüscher/Stein,* 1985). Orientierungen meinen dabei gedankliche Konstrukte, in denen die Verknüpfung von Aufgabe, Ziel, Mittel und Normen in Situationen hergestellt wird. Dieses Konzept kommt demjenigen der Überzeugung im Sinne von *Sigel* nahe. Für die Organisation mehrerer Orientierungen unter übergeordneten Gesichtspunkten wird der Begriff der Perspektive vorgeschlagen. Diese Organisation stellt ihrerseits eine Aufgabe, u. U. ein Problem dar; sie erfordert einen kommunikativen Kontext. Dafür kommen die Person (im gedanklichen Gespräch mit sich selbst), Gruppen, Verbände, gesellschaftliche Einheiten, theoretisch auch Gesellschaften in Frage. Dementsprechend kann zwischen individuellen, gruppenspezifischen (z. B. familialen), und gesellschaftlichen Perspektiven unterschieden werden; zu den letzteren gehören auch die Wissenschaften. Diese Terminologie beruht ebenfalls auf pragmatistischen Prämissen, namentlich auf *G. H. Mead* (1938, 103–204, 606–663; 1983, 211–224) und der Theorie der Bezugsgruppen (*Shibutani,* 1955). Orientierungen und Per-

spektiven lassen sich quer durch die verschiedenen Bereiche gesellschaftlicher Organisation hinweg feststellen.

In der Forschung hat sich das Interesse an einer gewissermaßen unvoreingenommenen Analyse von Orientierungen der Eltern im Umgang mit ihren Kindern erst in den letzten Jahrzehnten akzentuiert. Für weiter zurückliegende Zeiten ist eine Rekonstruktion aus unterschiedlichen historischen Quellen notwendig, so aus Dokumenten der Populärkultur, der Medizingeschichte und – indirekt – über die institutionelle Betreuung von Kindern (z. B. *Loux,* 1980; s. auch die Bibliographie von *Herrmann,* et al., 1980, 29–38). Darin vermengen sich Auffassungen darüber, was Eltern wissen, mit solchen, was sie wissen sollten. In bezug auf letzteres sind die Studien über Elternbildung von Belang, wie sie seit dem ersten Viertel dieses Jahrhunderts aufgekommen ist, weil es hier unmittelbar um die Vermittlung von praktischen Kenntnissen geht. In einer der ersten deutschsprachigen soziologischen Analysen wird Elternbildung umschrieben als »Hilfestellung beim Übergang von der teilweise noch unbewußten, weitgehend gefühlsbedingten, durch Tradition gesicherten, alten Erziehungshaltung zu einer bewußten rationalen, auf wissenschaftlichen Kenntnissen und ständigem Erfahrungsaustausch aufgebauten, neuen erzieherischen Verhaltenweise« (*Nave-Herz,* 1964, 13).

In dieser »Definition« ebenso wie in denjenigen von *Brim* (1965, 20), *Schlossmann* (1976, 438), *Bertram* (1979, 97f.) wird deutlich, daß Elternbildung lange Zeit darauf beruhte, den Eltern Kenntnisse zu vermitteln, die sie nicht oder nicht ausreichend haben, sie aber auch moralisch zu belehren, beides unter der Annahme gewisser Defizite. Elternbildung im umfassenden Sinn des Wortes stellt somit ein Feld dar, in dem unterschiedliche Perspektiven von Familie und die zugehörigen Wissensformen aufeinander prallen und auf dem dementsprechend weltanschauliche Kämpfe ausgefochten werden. So stehen sich Laienwissen und Expertenwissen gegenüber; *Sutherland* (1983, 138) spricht von »folk models« und »expert models«. Innerhalb letzterer gibt es Spannungen hinsichtlich der Zuständigkeiten von Medizin, Psychiatrie, Psychologie und (Sozial-)Pädagogik, wie sie besonders spektakulär in der deutschen Debatte über das Tagesmütterprojekt zum Ausdruck kamen (Arbeitsgruppe Tagesmütter, 1977) und immer wieder in konkreten Scheidungsverfahren auftreten. Doch Elternbildung ist auch ein Spielplatz konkurrierender psychologischer Strömungen (*Schlossmann,* 1976). Der Kampf gegen die Defizite des elterlichen Wissens ist gut dokumentiert in französischen Studien, aus denen hervorgeht, daß erhebliche Unterschiede nach Klassenzugehörigkeit der Familien bestehen (*Boltanski,* 1969), die unteren Klassen und Randgruppen waren bevorzugtes Ziel von Interventionen (*Loux,* 1975), so daß von einer eigentlichen »Disziplinierung« der Familie (*Donzelot,* 1980) gesprochen werden kann. Systematisch betrachtet bilden alle diese Bemühungen um Elternbildung, mit fließenden Grenzen zur Elternberatung und zur Familientherapie sowie zur medizinischen Praxis eine überaus reichhaltige und im Zusammenspiel von einerseits traditionsreichen kontinuierlichen Einrichtungen und andererseits spontanen, kurzfristigen Initiativen eine überaus dynamische »kulturelle Umwelt« von Familien.

Die Gegensätze der Perspektiven sind in den letzten Jahren besonders manifest geworden bezüglich der seit Anfang dieses Jahrhunderts aufgekommenen »weibli-

chen Pädagogik« (*Weigl,* 1913), womit die Vermittlung von Kenntnissen über Kinderentwicklung, über Körperpflege und Ernährung an Frauen gemeint ist, teilweise bereits während der Schule, dann als Vorbereitung zur Ehe, während der Schwangerschaft und nach der Niederkunft. In diesem Umkreis sind ferner die Anleitungen zur Haushaltsführung zu sehen, deren Analyse ein zwar eher wenig beachteter, jedoch ebenfalls traditionsreicher Bereich familienpolitischer Forschung ist (z. B. *Hill,* 1970; *Saint-Martin,* 1980; *von Schweitzer,* 1981; *Badinter,* 1982; *Münch,* 1984).

Einen wichtigen Übergang zur systematischen Analyse des Wissens der Familienangehörigen selbst stellt die psychoanalytische und die daraus sich entwickelnde familientherapeutische Literatur dar, worin in der Regel der Schilderung von Fällen breiter Raum gegeben wird. Darin werden nicht nur viele, darunter auch seltene, befremdliche Verhaltensweisen dargestellt, die auf ihre Weise die Pluralität der Familienformen dokumentieren, ebenso die Komplexität familialen Handelns (obgleich oft etwas einseitig, indem beispielsweise die ökonomischen Sachverhalte weitgehend außer acht bleiben), sondern diese Darstellungen bringen diese Verhaltensweisen auch in systematische Zusammenhänge. Die rasch wachsende Zahl der »Modelle« bzw. Paradigmen, ein Umstand, der sich aus der Dominanz deutender Verfahren und (vielleicht auch) des Praxisbezuges ergab, förderte auf seine Weise ebenfalls den Eindruck von Pluralität.

Konsequenterweise wendet sich die Aufmerksamkeit immer mehr den Inhalten, der Struktur und den pragmatischen Konsequenzen des familienspezifischen Wissens der Mütter, ferner der Väter und neuerdings auch der Kinder zu. Es kann im Fall der Eltern beispielsweise als Erziehungsverständnis bzw. »Sozialisationswissen« bezeichnet werden (*Fisch* et al., 1982), in dem sich u. a. zwei Grundzüge nachweisen lassen: übergreifende Generalisierungen, orientiert an gesellschaftlichen Werten und Normen und individuelle Besonderheiten, genährt von individuellem Erleben und einem spezifischen Verständnis »gelebter Individualität«. Ziel der neueren Ansätze ist die vermehrte Aufklärung über Zusammenhänge und Prozesse der »in mehreren Richtungen ablaufenden, transaktionalen Natur familialer Einflüsse« (*Ashmore/Brodzinsky,* 1986, xii); es wird zusehends klar, »daß Auffassungen, Einstellungen und Werturteile, welche die Familienangehörigen über ihr eigenes Verhalten und dasjenige der anderen haben, die Art ihrer Interaktionen und ihrer wechselseitigen Einflüsse bestimmen . . . Darum wird das Verständnis der Praktiken von Familien als Beitrag gesehen, um die Entwicklung der einzelnen Familienangehörigen ebenso wie der Familie als Einheit zu erhellen« (ebd.). Darin manifestiert sich offensichtlich eine Zuwendung zur pragmatistischen Perspektive; *Sigel* (1983, 4) spricht von einer konstruktivistischen Perspektive, unter Anlehnung an *Pepper* (1942).

Referenzen dieser überwiegend von Psychologen erstellten Arbeiten sind die Systemtheorie, ethologische Theorien und Theorien der (sozialen) Kognition. Unter dieses Konzept subsumiert *Silbereisen* (1987, 696) »sowohl das Wissen über die Welt sozialer Geschehnisse als auch den Prozeß des Verstehens von Menschen, ihrer Beziehungen sowie der sozialen Gruppen und Institutionen, an denen sie teilhaben. Mitgedacht ist die Bedeutung sozialer Kognition für die Organisation

sozialer Interaktion«. Bei *Sigel* und *Laosa* (1983) wird als ein unmittelbar pragmatischer Aspekt die »Veränderung von Familien«, also die Intervention angesprochen, die offensichtlich differenzierte Analysen erfordert. Damit stellen sich gleichzeitig Fragen einer Ethik der Intervention.

Eine Übersicht der ersten Phase der nordamerikanischen Forschung in den 80er Jahren ermöglichen die Sammelbände von *Sigel* (1985), dessen Einleitung sowohl die Anknüpfungspunkte an etablierte entwicklungspsychologische Ansätze als auch den durch die neue Thematik ermöglichten »Aufbruch« dokumentiert, ferner *Ashmore* und *Brodzinsky* (1986); zusätzliche Angaben über die deutschsprachigen Arbeiten enthalten *Dietrich* (1985), *Stein* (1983), *Gloger-Tippelt* und *Tippelt* (1986) und *Silbereisen* (1987). Darin lassen sich folgende Schwerpunkte erkennen:

- die Struktur des Wissens, hinsichtlich des Verhältnisses von deskriptiven und evaluativen Elementen
- die Genese des Wissens und seine Dynamik im Ablauf der Familienentwicklung bzw. hinsichtlich der Spezifik einzelner Phasen
- die Pragmatik, d. h. Konsequenzen des Wissens, wie sie bei der Bewältigung einzelner Situationen (z. B. Strafen) beobachtet werden kann
- die Rezeption neuen Wissens in Trainings- und Bildungsprogrammen.

Goodnow (1984) unterscheidet fünf Typen von Studien, in denen versucht wird, die »Ideen« von Eltern über ihre Aufgaben und die Entwicklung des Kindes in bezug auf Verhalten zu umschreiben, repräsentiert durch Veröffentlichungen von *Kohn, Hess, Sigel, Samaroff* und ihr selbst. Ihr eigenes Bemühen geht u. a. dahin, kulturspezifische Zeitpläne von Vorstellungen über Entwicklungs-Fahrpläne der Kinder zu erfassen. Um die Verknüpfung zwischen den Bedingungen und den Effekten der Ideen zu erhellen (*Goodnow,* 1985), wird der Erfahrungskontext beigezogen, in dem sie entstehen bzw. angewandt werden. Dabei kommen Umschreibungen der Gesellschaft allgemein ins Spiel, insbesondere solche der Modernität im Anschluß an *Peter Berger,* ferner sich wandelnde Vorstellungen darüber, wie Sozialisation überhaupt zu verstehen ist (etwa als Anerkennung der Rechte von Kindern, als Vorbereitung auf künftige Anforderungen, d. h. als antizipatorische Sozialisation). Wichtig sind weiterhin die Interaktionen mit den eigenen Kindern, mit Kindern von Dritten und mit anderen Erwachsenen. Schließlich umschreibt Goodnow eine Kategorie von Ideen, die sich aus der Bewältigung der Aufgaben ergeben, also eine Art Anpassung oder Rechtfertigung des eigenen Handelns darstellen. Beispiele dafür sind Ideen hinsichtlich der Zahl der Kinder und der Geburtenabstände oder der – von Familien der Unterschichten geforderten – Anpassungsleistungen, die strenge Disziplin bedingen.

In der Familienpolitik konstituiert sich mittlerweile ein eigentliches instrumentelles Wissen von Familie, das weit über die normativen Ansprüche hinausreicht. Besonders anschaulich hinsichtlich ihrer Vielfalt und Reichweite ist die Sozialberichterstattung über Familie in Form von Familienberichten, gutachterlichen Äußerungen und demographisch-statistischen Übersichten. Sie lassen sich insgesamt als Elemente einer kollektiven »Definition der Situation« von Familie in der Gegenwart auffassen. Wissenssoziologisch betrachtet geht es in diesen Bereichen darum, unterschiedliche Perspektiven über familiale Aufgaben und Leistungen systema-

tisch zueinander in Beziehung zu setzen, jene aus der Politik und innerhalb dieser jene der unterschiedlichen Parteien und weiteren Gruppierungen mit jenen der Wissenschaft unter Berücksichtigung von Erkenntnissen aus zahlreichen Disziplinen. Die Fragen nach den Wirkungen familienpolitischer Maßnahmen verweisen auf Zusammenhänge zwischen öffentlichen, privaten und individuellen Perspektiven hinsichtlich familialen Handelns, sowie auf die dabei auftretenden Widersprüche und Ambivalenzen (vgl. hierzu *Lüscher/Schultheis,* 1988). Der vermehrte Einbezug familienpolitischer Aktivitäten in die familiensoziologische Arbeit, nicht in der Absicht, bloß instrumentelles Wissen zur Verfügung zu stellen, sondern die Konsequenzen privaten und öffentlichen familialen Handelns zu analysieren und kritisch zu reflektieren, verweist auf das zentrale Anliegen einer »Pragmatik familialen Handelns«: die durch diese immer wieder neu zu schaffenden alltäglichen Lebenswelten im Schnittpunkt individueller und gesellschaftlicher Entwicklung.

5. Zusammenfassung

Sozialökologische Ansätze gehen von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen Lebensformen aus, die sich in der Interaktion von Mensch und Umwelt bei der Erfüllung der grundlegenden Aufgaben der Entwicklung ergeben. Die mit dem Begriff der Familie bezeichneten oder im Rückblick bezeichenbaren Lebensformen nehmen anthropologisch eine herausragende Stellung ein, weil sie die personale Identität des einzelnen Menschen konstituieren und zugleich kollektive Identitäten begründen. Dadurch erhält die Familie den Charakter einer Institution, was bedingt, daß familiales Handeln gleichzeitig in seinem Bezug auf Aufgaben und seiner Bewertung als Leistung gesehen werden soll. Dies wiederum lenkt die Aufmerksamkeit auf die unterschiedlichen Arten des Wissens, die für die Gestaltung familialer Lebenswelten von Belang sind, sowie auf die Auseinandersetzungen darüber, welche Perspektiven und Orientierungen von Belang sind und Gültigkeit beanspruchen. Ihre aktuelle Vielfalt verstärkt den Eindruck der Pluralität von Familienformen, der kennzeichnend für die gegenwärtige Zeit des gesellschaftlichen Übergangs ist. Die Weiterentwicklung der soziologischen Sozialisationsforschung zur Pragmatik des familialen Handelns zielt zum einen auf eine verbesserte Synthese bislang heterogener Bereiche der Familienforschung; zum anderen legt er nahe, in Projekten die Interdependenz der Komponenten zu rekonstruieren und zu erklären, um so auf der Ebene des alltäglichen ebenso wie derjenigen gesellschaftspolitischen Handelns das oft widersprüchliche Verhältnis von »Theorie« und »Praxis« zu erhellen.

Literatur

Andorka, R.: »Time Budgets and Their Uses«. Annual Review of Sociology. 13. Jg. 1987, 149–164 – *Andersson, B.-E.:* Home Care or External Care. A Study of the Effects of Public Child Care and Children's Development when 8 Years Old. Stockholm 1986 – *Andrews, M. P., Bubolz, M.:* »An Ecological Approach to the Study of the Family«. Marriage and the Family Review. 3. Jg. 1980, 29–49 – Arbeitsgruppe Tagesmütter: Das Modellprojekt Tagesmütter. Erfahrungen und Perspektiven. München 1977 – *Ashmore, R. D., Brodzinsky, D. M.* (eds.): Thinking About the Family. Views of Parents and Children. Hillsdale, N. J. 1986 – *Badinter, E.:* Mutterliebe. Zur Geschichte eines Gefühls. München 1982 – *Bargel, T.:* Projekt: Umwelt, Kind und Elementararbeit. Universität Konstanz 1976 – *Bargel, T., Fauser, R., Mundt, J. N.:* »Lokale Umwelten und familiale Sozialisation: Konzeptualisierung und Befunde«. Umweltbedingungen familialer Sozialisation. Hg. *L. A. Vaskovics.* Stuttgart 1982, 204–236 – *Belsky, J., Lerner, R. M., Spanier, G. B.:* The Child in the Family. Reading u. a. 1984 – *Bertram, H.:* »Elternbildung: Aktuelle Formen und Probleme der Verbreitung von Sozialisationswissen in der Bundesrepublik Deutschland«. Sozialpolitik für das Kind. Hg. *K. Lüscher.* Stuttgart 1979, 97–112 – *Bertram, H.:* Sozialstruktur und Sozialisation. Neuwied 1981 – *Bertram, H.:* »Von der schichtspezifischen zur sozialökologischen Sozialisationsforschung«. Umweltbedingungen familialer Sozialisation. Hg. *L. A. Vaskovics.* Stuttgart 1982, 24–54 – *Boltanski, L.:* »Prime éducation et morale de classe«. Cahiers du Centre de Sociologie Européenne. 5. Jg. 1969 – *Bösel, M.:* Lebenswelt Familie. Frankfurt/New York 1980 – *Brim, O. D.:* Education for Child Rearing. New York 1965 – *Bronfenbrenner, U.:* »Socialization and Social Class through Time and Space«. Readings in Social Psychology. Hg. *E. E. Maccoby,* T. M. Newcomb, E. Hartley. New York 1958, 400–425 – *Bronfenbrenner, U.:* Ökologische Sozialisationsforschung. Stuttgart 1976 – *Bronfenbrenner, U.:* Die Ökologie der menschlichen Entwicklung. Stuttgart 1981 – *Bronfenbrenner, U.:* »Ecology of the Family as a Context for Human Development: Research Perspectives«. Developmental Psychology. 22. Jg. 1986, 723–742 – *Buchholz, W., Gmür, W., Höfer, R., Straus, R.:* Lebenswelt und Familienwirklichkeit. Frankfurt/New York 1984 – *Daele, W. van den:* »Der Traum von der alternativen Wissenschaft«. Zeitschrift für Soziologie. 16. Jg. 1987, 403–418 – *Dietrich, G.:* Erziehungsvorstellungen von Eltern. Göttigen 1985 – *Donzelot, J.:* Die Ordnung der Familie. Frankfurt 1980 – *Eisenberg, N.,* ed.: Contemporary Topics in Developmental Psychology. New York u.a. 1987 – *Engelbert, A.:* Kinderalltag und Familienumwelt. Frankfurt/New York 1986 – *Fauser, R.:* Zur Isolationsproblematik von Familien. München 1982 – *Fauser, R., Schreiber, N.:* Was erwarten Jugendliche und Erwachsene von informationstechnischer Bildung? Konstanz 1988 – *Fisch, R., Lüscher, K., Pape, T.:* »Das alltägliche Erziehungsverständnis junger Mütter«. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie. 2. Jg. 1982, 189–206 – *Friedrichs, J.:* Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. 3. Aufl. Opladen 1983 – *Gibbs, J. C.:* »The Meaning of Ecologically Oriented Inquiry in Contemporary Psychology«. American Psychologist. 34. Jg. 1979, 127–140 – *Glatzer, W., Berger-Schmitt, R.:* Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe. Die alltäglichen Leistungen der Familien und Haushalte. Frankfurt/New York 1986 – *Gloger-Tippelt, G., Tippelt, R.:* »Kindheit und kindliche Entwicklung als soziale Konstruktionen«. Bildung und Erziehung. 39. Jg. 1986, 149–164 – *Goodnow, J.:* »Parent's Ideas about Parenting and Development. A Review of Issues and Recent Work«. Advances in Developmental Psychology. Hg. *M. E. Lamb, A. L. Brown* u. *B. Royall.* Vol. 3. Hillsdale, NJ 1984, 193–242 – *Goodnow, J.:* »Change and Variation in Ideas about Childhood and Parenting«. Parental Belief Systems. Hg. *I. E. Sigel.* Hillsdale, NJ 1985, 235–270 – *Gräbe, S.:* Soziale Kontakte von Kindern in der Perspektive ihrer Eltern. Universität Konstanz. Dissertation an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät, in Vorb. – *Gräbe, S., Lüscher, K.:* »Soziale Beziehungen junger Eltern«. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie. 4. Jg. 1984, 99–121 – *Haugg, K., von Schweitzer, R.,:* »Zeitbudgets von Familien – eine Literaturstudie mit haushaltstheoretischen Anmerkungen«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 13. Jg. 1987, 215–241 – *Havighurst, J.:* Developmental Tasks and Education. New York 1948, 1982 – *Hawley, A. H.:* Human Ecology. New York 1950 – *Herlyn,*

J.: »Sozialökologische Sozialisationsforschung: Ersatz, Ergänzung oder Differenzierung des schichtspezifischen Ansatzes?«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 37. Jg. 1985, 116–128 – *Herrmann, U.:* Bibliographie zur Geschichte der Kindheit, Jugend und Familie. München 1980 – *Hildenbrand, B.:* Alltag und Krankheit. Stuttgart 1983 – *Hill, R.:* Family Development in Three Generations. Cambridge 1970 – *Hurrelmann, B., Nowitzki, K., Possberg, H.:* »Familie und erweitertes Medienangebot«. Media Perspektiven. 1988/3, 152–165 – *Kaufmann, F.-X., Engelbert, A., Herlth, A., Meier, B., Strohmeier, K. P.:* Hilfs- und Unterstützungsnetzwerke von Familien (Ms.). Bielefeld 1987 – *Kaufmann, F.-X., Herlth, A., Strohmeier, K. P.:* Sozialpolitik und familiale Sozialisation. Stuttgart 1980 – *Kohn, M. L.:* Persönlichkeit, Beruf und soziale Schichtung. Stuttgart 1981 – *Kohn, M. L.:* »Cross-National Research as an Analytical Strategy«. American Sociological Review. 52. Jg. 1987, 713–731 – *Kruse, L., Graumann, C. F.:* »Environmental Psychology in Germany«. Handbook of Environmental Psychology. Vol. 2. Hg. D. Stokols u. I. Altman. New York 1987, 1195–1225 – *Lang, A.:* »Das Ökosystem Wohnen-Familie und Wohnen«. Die ›post-moderne Familie‹. Familiale Strategien und Familienpolitik im Übergang. Hg. *K. Lüscher, F. Schultheis* u. *M. Wehrspaun.* Konstanz 1988 – *Lenski, G.:* »Rethinking Macrosociological Theory«. American Sociological Review. 53. Jg. 1988, 163–171 – *Lerner, R. M.:* On the Nature of Human Plasticity. Cambridge 1984 – *Loux, F.:* Pratiques traditionelles et pratiques modernes d'hygiène et de présentation de la maladie chez les mères et leurs enfants. Paris 1975 – *Loux, F.:* Das Kind und sein Körper in der Volksmedizin. Stuttgart 1980 – *Lüscher, K., Fisch, R., Pape, T.:* »Die Ökologie von Familien«. Zeitschrift für Soziologie. 14. Jg. 1985, 13–27 – *Lüscher, K., Schultheis, F.:* »Die Entwicklung von Familienpolitik – Soziologische Überlegungen anhand eines regionalen Beispiels«. Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 8. Hg. *R. Nave-Herz.* Stuttgart 1988, 235–258 – *Lüscher, K., Stein, A.:* Die Lebenssituation junger Familien – die Sichtweise der Eltern. Konstanz 1985 – *Martin, B., Pettinger, R.:* Frühkindliche institutionalisierteSozialisation. Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, Bd. 6, Stuttgart 1985 – *Maturana, H. R., Varela, F. J.:* Der Baum der Erkenntnis. Bern/München/Wien 1987 – *Mead, G. H.:* The Philosophy of the Act. Chicago 1938 – *Mead, G. H.:* »Die objektive Realität der Perspektiven«. *Mead.* Gesammelte Aufsätze, Bd. 2. Hg. *H. Joas.* Frankfurt 1983, 211–224 – *Meyrowitz, J.:* Die Fernsehgesellschaft. Wirklichkeit und Identität im Medienzeitalter. Weinheim 1987 – *Münch, P.,* Hg.: Ordnung, Fleiß und Sparsamkeit. Texte und Dokumente zur Entstehung der bürgerlichen Tugenden. München 1984 – *Mundt, J.:* Vorschulkinder und Umwelt. Weinheim/Basel 1980 – *Nave-Herz, R.:* Die Elternschule. Darmstadt 1964 – *Pankoke, E.:* »Familie – ohne Netz?« Caritas in Nordrhein-Westfalen. 1987/5, 400–407 – *Peirce, C. S.:* »Die Festlegung einer Überzeugung«. Schriften zum Pragmatismus und Pragmatizismus. Hg. *C. S. Peirce,* hg. von *K. O. Apel.* Frankfurt 1976, 149–181 – *Pepper, S. C.:* World Hypothesis: A Study of Evidence. Berkeley 1942 – *Ries, H. A.:* »Fünf Forderungen zur Konzeptualisierung familiärer Umwelt aus der Sicht ökologischer Sozialisationsforschung«. Umweltbedingungen familialer Sozialisation. Hg. *L. A. Vaskovics.* Stuttgart 1982, 96–119 – *Rosenbaum, H.:* »Das Konzept der Sozialstruktur in der schichtenspezifischen Sozialisationsforschung«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 35. Jg. 1983, 41–58 – *Saint-Martin, M. de:* »Une grande famille«. Actes de la Recherche en Sciences Sociales. 31. Jg. 1980, 4–21 – *Schlippe, A., von:* Familientherapie im Überblick. Paderborn 1984 – *Schlossmann, S. L.:* »Before Home-Start: Notes toward a History of Parent Education in America, 1827–1929«. Harvard Educational Review. 46. Jg. 1976, 436–468 – *Schneewind, K. A.:* »Familienentwicklung«. Entwicklungspsychologie. Hg. *R. Oerter* u. *L. Montada.* 2. Aufl. München/Weinheim 1987, 971–1014 – *Schneewind, K. A., Beckmann, M., Engfer, A.:* Eltern und Kinder. Stuttgart 1983 – *Schulze, H. J.:* »›Eigenartige Familien‹ – Aspekte der Familienkultur«. Die sozialpädagogische Ordnung der Familie. Hg. *M. E. Karsten* u. *H. U. Otto.* Weinheim/München 1987, 27–43 – *Schweitzer, R. von,* Hg.: Leitbilder für Familie und Familienpolitik. Berlin 1981 – *Sebba, R., Churchman, A.:* »Territories and Territoriality in the Home«. Environment and Behavior. 15. Jg. 1983, 191–210 – *Shibutani, T.:* »Reference Groups as Perspectives«. American Journal of Sociology. 60. Jg. 1955, 562–569 – *Sigel, I. E.:* »A Conceptual Analysis of Beliefs«. Parental Belief Systems. Hg. *I. E. Sigel.* Hillsdale, N.J. 1985,

345–371 – *Sigel, I. E., Laosa, L. M.*, Hg: Changing Families. New York/London 1983 – *Silbereisen, R. K.:* »Soziale Kognition. Entwicklung von sozialem Wissen und Verstehen«. Entwicklungspsychologie. Hg. *R. Oerter* u. *L. Montada*. 2. Aufl. München/Weinheim 1987, 696–737 – *Specht, K. G.:* »Artikel ›Ökologie‹«. Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 8. Stuttgart 1964, 45–51 – *Stein, A.:* Selbstbild und Erziehungsverständnis junger Elternpaare. Konstanz 1983 – *Steinkamp, G.:* »Arbeitsplatzerfahrungen und familiale Sozialisation«. Umweltbedingungen familialer Sozialisation. Hg. *L. A. Vaskovics*. Stuttgart 1982, 120–142 – Sutherland, K.: »Parents' Beliefs about Child Socialization Models: A Study of Parenting Models«. Changing Families. Hg. *I. E. Sigel* u. *L. M. Laosa*. New York/London 1983, 137–166 – *Tyrell, H.:* »Familienalltag und Familienumwelt: Überlegungen aus systemtheoretischer Perspektive«. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie. 2. Jg. 1982, 167–188 – *Vascovics, L. A.:* Umweltbedingungen familialer Sozialisation, Stuttgart 1982 – *Welsch, W.:* Unsere postmoderne Moderne, Weinheim 1987 – *Weigl, F.:* »Artikel ›Hauspädagogik‹«. Lexikon der Pädagogik. Hg. *E. M. Roloff*. Freiburg 1913 – *Wilk, L.:* Familie und abweichendes Handeln. Weinheim 1987 – Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim BMJFG: Familie und Arbeitswelt. Stuttgart 1984 – *Zapf, W.:* Individualisierung und Sicherheit. München 1987.

Ich danke Herrn *Andreas Lange* für seine engagierte und kompetente Mitarbeit.

Empirische Methoden und komplexe Forschungsansätze

Rosemarie von Schweitzer

Vom alt-europäischen hauswirtschaftlichen Denken zu statistisch repräsentativen Erhebungsmethoden in der Familienforschung

Theoretische und methodische Probleme

Vor dem Einsatz empirischer Forschungsmethoden steht das theoretisch begründete und durch »Anschauung« in der Praxis erfaßte Konzept von Familie und Haushalt. Jede empirische Forschungsmethode bedarf demnach eines kontrollierten Vorwissens vom Untersuchungsgegenstand. Doch wie steht es damit? Familienforschung wurde stets – mit gutem Recht – als interdisziplinäre Forschung ausgegeben. Doch die Theoriediskussion im interdisziplinären Disput hat sich seit der Jahrhundertwende, damals durch die ganzheitliche Betrachtungsweise durch Forscherpersönlichkeiten getragen, verstärkt in disziplinäre Detailforschung verzweigt und verloren. Die Schwierigkeiten der zusammenhanglos erstellten, nur einer einzelnen Disziplin und deren Gesamtinteressen verpflichteten Familien- oder Haushaltsforschung zeigt sich stets am eindrucksvollsten, wenn Familienberichte oder Gutachten zu Problemfeldern von Familien in der Bundesrepublik zu erstellen sind, die auch auf aktuellen politischen Handlungsbedarf Bezug zu nehmen haben, also praktisch und anwendungsbezogen sein sollen.

Nicht die Komplexität der Lebens- und Wirtschaftsformen der Familien scheint für dieses Defizit an Interdisziplinarität der Familienforschung der Grund zu sein, sondern die Tatsache, daß es für diese Forschungsaufgabe keinen ausreichend dotierten interdisziplinären institutionellen Rahmen gibt (*Schubnell,* 1987). Dieses wiederum läßt sich dadurch begründen, daß in der Perspektive bürgerlicher Gesellschafts-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik Familien- und Privathaushalte eine Privatangelegenheit darstellen, die vor allem Frauen betreffen, deren Anliegen sich gesellschaftlich nur überaus mühsam Geltung verschaffen, und daß es vorwiegend Männer sind, welche die Forschungsinstitutionen bestimmen.

Typisch scheint es auch für dieses interdisziplinäre Desiderat zu sein, daß die Soziologie entweder sämtliche Forschungsansätze der empirischen Familienforschung zu den ihren zählt (*König,* 1969; *Girtler,* 1979) oder, wenn sie sich selbst nach der genuinen soziologischen Familienforschung befragt, nicht gerade überzeugende Leistungen aufzuweisen sind (*Tyrell,* 1980).

Die Familienhaushaltsforschung – ein junges Kind der Universitätsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, eingegliedert in den Home Economics, den Haushalts- und Ernährungswissenschaften oder auch der Oekotrophologie – kann sich keine ausschließlich disziplinäre Zuordnung leisten. Sie muß als angewandte Wissenschaft mit ausgeprägtem Praxisbezug von den Problemstellungen des Alltagslebens von Menschen in Privathaushalten und Familien ausgehen und die Auswahl ihrer Theorie- und Forschungsansätze durch Ergebnisse und Befunde begründen, die sich für die Lösung praktischer Probleme bei der Gestaltung des Alltagslebens der Menschen eignen.

Befreit von dem geistigen Überbau einer bestimmten disziplinären Forschungskonzeption und gefordert von den Realitäten der Alltagsprobleme von Menschen in den Familien und Privathaushalten muß sie sich nach geeigneten Theorieansätzen und Methoden in allen Disziplinen umsehen, also versuchen, interdisziplinär und anwendungsbezogen zu arbeiten (*von Schweitzer,* 1968, 1977, 1987,1988).
Die folgende Skizze kann nur einen Ausschnitt des dafür erforderlichen theoretischen Ansatzes geben. Sie wird sich auf folgende Aspekte begrenzen:

(1) Den Verlust des alteuropäischen hauswirtschaftlichen Denkens in der empirischen Familienforschung
(2) Den Gewinn der Unterscheidung und Verknüpfung von Haushalts- und Familientypen
(3) Die Chance der Strukturierung der empirischen Familien- und Haushaltsforschung durch die Kombination von monographischer und repräsentativer Methode in einer sozialökonomischen Familienhaushaltsforschung

1. Der Verlust des alteuropäischen hauswirtschaftlichen Denkens in der empirischen Familienforschung

Die Hauswirtschaften sind der Teil des Privathaushaltes, der die Versorgungs-, Pflege- und Erziehungsleistungen für die Haushaltsmitglieder bereithält und bereitstellt. Eine sehr frühe und sehr alte an der Hauswirtschaft orientierte empirische Familienberichterstattung war das Hausväterschrifttum. In der alteuropäischen Ökonomik ist nicht die Familie, sondern der sich weitgehend selbst versorgende »Oikos« – »das ganze Haus« – die Lebens- und Wirtschaftsform der Menschen in ihren familialen Primärgruppen gewesen. Noch heute werden nicht selten die Dörfler nach ihrem »Hausnamen« und nicht nach dem Familiennamen gerufen. Das auf diese Form der Haushaltsfamilie bezogene Hausväterschrifttum, das an die Wirtschaftsethik der Antike und die christlichen Morallehren gebunden war, berichtet in dicken Folianten von der rechtmäßigen Verwaltung der Güter, dem sittlichen Leben in Ehe, Familie und Hausgemeinschaft, von der Erziehung der Kinder, der Gesundheitsvorsorge und Krankenpflege, von den Lebenshaltungstechnologien und den haus-, land- und forstwirtschaftlichen Produktionstechniken. Die Autoren – zumeist Landedelleute, Staatsbeamte oder evangelische Pastoren – verfaßten diese Monographien aufgrund ihrer umfassenden Erfahrungen und Beobachtungen (*Egner,* 1985).
Abgelöst wurden diese Hausbücher und Nachschlagewerke durch die »moralisch sentimentalen« Familienbücher, die für das aufstrebende Bürgertum im 18. und 19. Jahrhundert und auch noch weit ins 20. Jahrhundert hinein Verhaltensmuster für das häusliche Leben und für die sozialen und sittlichen Verpflichtungen der Familienmitglieder aufstellten (*Schwägler,* 1973, 15ff.).
Wilhelm Heinrich Riehl (1823–1897) sowie sein Zeitgenosse *Frédéric Le Play* (1806–1882) gehören zu diesen konservativ-bürgerlichen Autoren, die, vom Kulturpessimismus des aufkommenden Industriezeitalters bestimmt, ihre zunehmend mit empirischer Forschung angefüllten Studienbücher schrieben.

Riehl begnügte sich nicht mit der Ausarbeitung seines konservativen Gesellschafts- und Familienideals, er verlangte und begründete eine empirische Wissenschaft der Familie. Er untersuchte zum ersten Mal die Familie als eigenständige Gruppe und forderte die Herauslösung der Familienforschung aus Philosophie und Staatslehre. Seine Untersuchungsmethode bestand darin, daß er nach eingehenden Quellenstudien auf Reisen ging und Schlüsselpersonen wie Pfarrer, Lehrer, Beamte und Ärzte gezielt befragte, während er sich vom Mann aus dem Volk einfach Geschichten erzählen ließ. Sein Anliegen war es, die vorhandenen Familienstatistiken zu ergänzen und zu veranschaulichen. Sein Familienbuch sollte dabei kein Lehrbuch sein, er wollte »ein Lesebuch, ein Hausbuch zur Erbauung, Ermunterung und Tröstung vor allem für die Frau in der deutschen Familie« schreiben (*Schwägler,* 1973, 16).

Zugleich mit *W. H. Riehls* Familienbuch erschien 1855 *Frédéric Le Plays* monographische Studie über 36 Familien: »Les ouvriers européens«. Während bei *Riehl* die subjektiven Erlebnisse und Eindrücke seiner Reisetätigkeit in die wissenschaftlichen Arbeiten einflossen und diese auch weitgehend bestimmten, versuchte *Le Play* mit seinen Untersuchungsmethoden kontrollierter zu arbeiten. Auf der Basis von eingehenden Erhebungen von Haushaltsbudgets, die *Le Play* als Indikatoren zur Diagnose sozialer Verhaltensweisen benutzte, entwickelte er in Frankreich seine wissenschaftliche Schule. Er gilt als Begründer der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung. *Le Play* wird sowohl von den Empirikern unter den Familiensoziologen als auch von denen unter den Nationalökonomen als der ihre angesehen (*König,* 1969; *Schmucker,* 1977).

In der Nachfolge *Le Plays* trennten sich die Forschungsinteressen von Familiensoziologie und Wirtschaftswissenschaft einerseits in eine verstärkt soziologische und sozialpsychologische Familienforschung, die kaum noch ökonomische Tatbestände zu berücksichtigen vermochte, und andererseits in eine ökonomische Familienforschung, die primär aus Haushaltsrechnungen bestand. Soziale Unruhen und soziale Mißstände hatten die ökonomische Familienforschung des ausgehenden 19. Jahrhunderts begünstigt, weil sie sozialpolitisch auswertbar war.

Le Plays Familienmonographien, gestützt auf die Analyse von Haushaltsbudgets und von ihm damit begründet, daß »das Budget der Schlüssel (sei), der alle Türen der Familie öffnet..., denn alle Vorgänge, die das Leben einer Arbeiterfamilie formen, erscheinen mehr oder weniger direkt als Einnahmen und Ausgaben« (*Schwägler,* 1973, 23), fanden in der empirischen Familienforschung des 20. Jahrhunderts nur eine sehr begrenzte weitere Entwicklung.

König sieht sogar in der monographischen Methode – der Einzelfallstudie – das Problem der älteren Familiensoziologie, nämlich dadurch gegeben, daß sie die Herausbildung von Familienideologien begünstigt. Schreibt er doch 1982:

»Um bestimmte Phänomene besser, d. h. auch augenfälliger zu erklären, entwickelt die monographische Methode insofern eine Tendenz zur Übertreibung, als sie gern ansetzt an typischen Fällen. Wenn das für die Entdeckung und Illustration bestimmter Probleme äußerst nützlich ist, so leidet ein solches Vorgehen am völligen Übergehen der Frage, in welchem Ausmaß es sich dabei nicht nur um einen ›typischen‹, sondern um einen repräsentativen Fall handelt, dessen Häufigkeit des Vorkommens in der gegebenen Population ungefähr angebbar ist« (1982, 7).

So entwickelten sich folgerichtig aus der monographischen Methode der Haushalts-

rechnungen zur Diagnose von Familienformen die modernen Einkommens- und Verbrauchsstatistiken – die Laufenden Wirtschaftsrechnungen und die Wohnungs- und Einkommens-Verbrauchsstichproben – sowie in etwas anderem Zusammenhang der Mikrozensus mit seinen Zusatzbefragungen. Allesamt vermögen allerdings kaum Informationen über einzelne oder auch gruppenspezifische wirklichkeitsgetreue familiale Lebenslagen zu geben. Durch ihre Erfassungs-, Klassifizierungs- und Aggregationstechniken werden nur hoch aggregierte Datensätze hervorgebracht, welche zwar den privaten Sektor, differenziert nach unabhängigen Variablen Haushaltsgröße, soziale Stellung im Beruf, Einkommensklasse sowie Alter des Haushaltsvorstandes u. a. berücksichtigen, nicht aber unterschiedliche familiale Lebens- und Wirtschaftsformen, die nicht schon bei der Datenerhebung bekannt und durch die ausgewählten Variablen »definiert« waren.

Ganz orientiert an den naturwissenschaftlichen Forschungsidealen suchen auch die Statistiker mittels repräsentativer Haushaltsrechnungen zu Gesetzmäßigkeiten hauswirtschaftlichen Handelns zu kommen. So wurde durch *Ernst Engel* der Anteil der Ausgaben für die Ernährung am privaten Verbrauch zu einem Wohlstandsindikator, den *C. C. Zimmerman* (1928) noch um einen »Starvation-Typ«, »Pre-Engel-Typ« und »Post-Engel-Typ« für unterschiedlich entwickelte Gesellschaften erweiterte. *Schwabe* meinte, das *Engel*sche Gesetz auch auf die Ausgaben für die Wohnung übertragen zu können.

Alle diese Versuche, Haushaltsbudgets über die Entdeckung allgemeiner Gesetzmäßigkeiten zur Erklärung von familialen Lebenssituationen zu benutzen, dürfen jedoch nicht darüber hinweg täuschen, daß sich die mikroanalytischen »Verbrauchsstatistiken« fest in ökonomischer Hand befinden und für Ökonomen das Marktgeschehen und seine Steuerung, nicht aber die Ausdifferenzierung familialer Lebensformen – die Familienforschung – von Interesse ist.

Die Familienforschung auf der Basis von Haushaltsrechnungen verlor sich also mehr oder minder in makroökonomische Buchführungssysteme wie die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung oder auch in marktorientierte Konsum- oder Konjunkturforschung, für die sie allerdings wichtige und profunde Ergebnisse liefert.

2. Der Gewinn der Unterscheidung und Verknüpfung von Haushalts- und Familientypen

In einem Vorwort der Schriftleitung des »Allgemeinen Statistischen Archivs« zu drei Abhandlungen über »Haushalt und Familie« heißt es 1959:

»Haushalt und Familie sind von der amtlichen Statistik lange Zeit sehr vernachlässigt worden. Für den kommenden Weltzensus wird ein Ausbau dieser Statistiken vorbereitet. Die methodischen Vorarbeiten hierfür sind bereits weitgehend abgeschlossen. Das Statistische Bundesamt hat für die statistische Ermittlung der Art der Haushalte, sowie ihrer Größe und Struktur ein neues Konzept entwickelt, das erstmals in einer Stichprobe von 1 v. H. (Mikrozensus) erprobt wurde« (*Schubnell*, 1959a, 1959b).

Dieses neue Konzept der Bevölkerungsstatistik führte einerseits zu einer klaren Unterscheidung von Haushalts-, Familien- und Fruchtbarkeitsstatistik und andererseits zu der Möglichkeit der Kombination von Haushalts- und Familientypen, so daß

z. B. die in den einzelnen Haushaltstypen vorkommenden Familien ebenfalls nach Typen unterschieden werden können. Die Voraussetzung für ein solches Konzept, das für massenstatistische Erhebungen tauglich sein sollte, war die scharfe Abgrenzung der Erhebungseinheit Haushalt von dem Familienkonzept. Die Familie mußte folgerichtig auf der Basis ihrer biologisch-rechtlichen Merkmale im engsten Sinne definiert werden »als eine zusammenlebende Gruppe von Menschen, bestehend entweder aus Ehepaaren und ihren ledigen Kindern oder verwitweten bzw. geschiedenen Personen und deren ledigen Kindern« (*Schubnell*, 1959b, 230).[1*]

Die Haushalte dagegen blieben die durch Jahrhunderte bewährte Erhebungseinheit in der Volkszählung, die der Zählende vorfindet, wenn er ein Haus betritt. Sie wurden aber eindeutiger definiert als die »zusammenwohnende und gemeinsam wirtschaftende Personengruppe, die sowohl verwandte wie auch fremde Personen, Familien im engsten und im weiteren Sinn, häusliches Dienstpersonal, gewerblich oder landwirtschaftliche Arbeitskräfte usw. umfassen kann« (*Schubnell*, 1959b, 223).[2]

Dieses Konzept massenstatistischer Erhebungen war nie ganz unumstritten. Die einen – zumeist aus wirtschaftswissenschaftlichen Perspektiven argumentierend – fanden, daß es sich nicht lohne, die Erhebungseinheit »private Haushalte« von dem Familienkonzept zu unterscheiden, da in nahezu 95 % der Fälle sich die Erhebungseinheit mit der Familiendefinition deckt. Die anderen – zumeist sozialwissenschaftlich denkend – waren mit der Begrenzung des Familienbegriffs auf die »Gattenfamilie« und die Formalität des Zusammenlebens nicht zufrieden (*Koschorke,* 1972; *König*, 1969; *Höhn,* 1988), da sie sich für die »inhaltliche« Ausprägung des Zusammenlebens der Menschen und deren Ausdifferenzierungen – also für die Interaktionseinflüsse – interessieren.

Wesentlich an diesem neuen Konzept der Familien- und Haushaltsstatistik ist jedoch etwas ganz anderes: nämlich die Einsicht, zwischen Familie und Haushalt differenzieren zu müssen und gleichzeitig auch wieder die Möglichkeit der Kombination beider zu haben, sie also zur Deckung bringen zu können. Familie und Haushalt sind Einheiten, die sich weitgehend decken können, aber nicht deckungsgleich sind. Natürlich wäre es an der Zeit, dieses vor 20 Jahren definierte Konzept auch für die amtliche Statistik zu überdenken. Haushalts- und Familienformen haben sich stark verändert. Die Frage ist, wie lassen sich die erfolgten Ausdifferenzierungen massenstatistisch adäquat abbilden?

Volkszählungen und amtliche Haushalts- und Familienstatistiken sowie nicht-amtliche repräsentative Untersuchungen mit mikroanalytischem Ansatz müssen sich auf wenige, aber konstitutive Merkmalsdimensionen und Merkmalsausprägungen beschränken, wenn sie über die Zählung oder Deskription von Fakten hinaus zur Erklärung oder gar Prognose von Handlungsweisen im Mikrobereich von Haushalt und Familie vorstoßen wollen. Im Zuge der Wohlstandsentwicklung und der Ausdifferenzierung der Lebens- und Wirtschaftsformen der Menschen gilt es in der empirischen Familienforschung, die Frage zu stellen, welche Merkmalsdimensionen mit welchen ihrer Ausprägungen und innersystemischen Vernetzung für die Erklä-

* siehe Anmerkung S. 128

rung der Systemzusammenhänge – Familie, Haushalt – und der sich darauf beziehenden Handlungsweisen jeweils als konstitutiv und funktional anzusehen sind. Denn die Veränderung schon eines Elements kann den Wandel des gesamten Systems bestimmen.

So hängt die Qualität der Untersuchung zum Beispiel von *Almut Steger,* die sie im Rahmen der Forschungen des SPES-Projektes bzw. des Sonderforschungsbereichs 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim durchführte, in hohem Maße von ihren nicht aus ihrem Material heraus begründbaren Annahmen ab. Mit Hilfe der Simulation konnten von ihr auf der Basis des Mikrozensus 1969 Haushalte und Familien bis zum Jahr 2000 unter bestimmten Annahmen in vier Varianten fortgeschrieben werden. Damit gelang eine Abbildung der Bevölkerung nach Bevölkerungsgröße, Altersaufbau, Familien- und Haushaltsstruktur in einer Folge von Fünf-Jahresintervallen (1975–2000) (*Steger,* 1980).

Die Ergebnisse dieses mikroanalytischen Bevölkerungsmodelles zeigen in eindrucksvoller Weise, welche Informationsfülle in der Kombinationsmöglichkeit von Daten der Bevölkerungsstatistik liegt, wenn die Verläufe der Haushalts- und Familienbildungen mittels zu variierender Annahmen über Eheschließung, Ehelösung, Fruchtbarkeit, Verwitwung, Sterbefälle und Neugeborene sowie von Übergangswahrscheinlichkeiten und Zeitvorstellungen für ihr Eintreten im Zusammenleben simuliert werden können.

Abgesehen von der Modellstruktur, die für diese Art der Vorausschau als formales Gerüst der logischen Verknüpfungen (der Spielregeln) zwar nicht unabhängig von Variablen- und Parameterwerten, aber doch auch nach eigenen Gesetzen aufgebaut werden muß, gilt es für den Forscher, sich vor allem der empirischen Hypothesen für unterschiedliche Variablen- und Parameterwerte und deren Bedeutung für die Spielregeln zu versichern, um bei der Simulation in die Zukunft die Bandbreite der plausibel erscheinenden Entwicklungsmöglichkeiten ins Bild bringen zu können.

Der hier tätige Wissenschaftler darf deshalb nicht nur ein guter, logischer Modellkonstrukteur sein, er muß sich auch einer Forschung bedienen können, die Entwicklungen aufzudecken vermag, die ihm empirische Hypothesenbildungen ermöglichen, die etwas anderes sind als die mehr oder minder exakte Fortschreibung dessen, was war bzw. was ist. Die Fruchtbarkeitsziffern für 1990, aber auch die Eheschließungen und Ehescheidungen bzw. die Strukturen der Haushaltsleistungen und der Verknüpfung mit anderen Haushalten der zukünftigen Jahrzehnte, können zwar den Handlungsmustern von heute oder gestern entsprechen, sie müssen es aber nicht.

Das statistische Instrument des Mikrozensus wurde deshalb von seinen Schöpfern in sinnvoller Weise ergänzt durch die Möglichkeit von Zusatzerhebungen. Politik, Verwaltung und Wissenschaft sind so in der Lage, im Rahmen vertretbarer Kosten die Beobachtung »definitiver« Bevölkerungsprozesse zu verbinden mit »sensibilisierenden« Zusatzbefragungen, die, massenstatistisch gesichert und eingebaut in das Haushalts- und Familienkonzept, sehr differenzierte Befunde, nicht zuletzt auch zur Weiterentwicklung der »definitiven« Beobachtungen, liefern könnten.[3]

Natürlich ist mit »sensibilisierendem« Forschungsinteresse mehr gemeint als die Zusatzbefragung beim Mikrozensus. Sie könnte aber ein Beispiel für ein verknüp-

fendes Glied sein zwischen jenen, die in eindeutig definierten Einheiten zählen, rechnen und in quantifizierbaren, logischen Strukturen, Tabellen und Modelle aufbauen, und den anderen, die sich mehr für die Abweichungen von den Normen und deren Differenzierungen interessieren, damit im Grund die »definierende« Forschung relativieren und einbinden in ein weit bunteres Bild möglicher Wirklichkeiten. Dieses andere Bild wissenschaftlicher Forschungsleistung ist dann keineswegs mehr so leicht in Zahlen, Quantitäten und Tabellen zu fassen, obwohl es auch nicht ohne sie denkbar ist. Seine »Erzählungen« sind aber wesentlicher als seine Zahlen.

3. Die Chance der Strukturierung der empirischen Familien- und Haushaltsforschung durch die Kombination von monographischen und repräsentativen Methoden in einer sozialökonomischen Familienhaushaltsforschung

In seiner Dissertation »Der Kinderreichtum bei Bauern und Arbeitern, Untersuchungen aus Schwarzwald und Rheinebene« zeigte *Schubnell*, welche Möglichkeiten das Material repräsentativer Haushalts- und Familienstatistiken bietet – es handelte sich in dieser Untersuchung um Haushaltsbögen der Volkszählung 1933 –, wenn die Erhebungsbögen als Einzelfallstudien für sekundäre Auswertungen benutzt werden können (1941).
Anhand der Durchsicht einzelner Erhebungsbögen und der Einsicht in den Systemzusammenhang der Daten können neue Merkmalskombinationen gebildet werden – was einstmals per Hand gemacht werden mußte, könnte heute mit Hilfe von Datenverarbeitungsprogrammen geschehen –, um dann mit einer stärker sensibilisierenden Forschung Einzelfälle oder Gruppen von Fällen weiter untersuchen zu können. Es sei hier nur am Rande vermerkt, daß selbstverständlich Datenschutz und Freiwilligkeit bei der Mitarbeit der befragten Haushalts- und Familienmitglieder bei empirischer Forschung stets uneingeschränkt zu beachten sind. Voraussetzung einer solchen Kombination von empirischer, »definitiver« und »sensibilisierender« Familien- und Haushaltsforschung ist allerdings auch noch, daß von den Mikrosystemen – also den Erhebungseinheiten ausgegangen werden kann und die Datenspeicherung und -aufbereitung eine Einzelfallanalyse zulassen, was zur Zeit bei allen amtlichen und nicht-amtlichen repräsentativen Haushalts- und Familienstatistiken nicht mehr möglich ist.
So mußten wir bei der Auswertung von Haushaltskassenbüchern der Laufenden Wirtschaftsrechnungen alle 4000 bis 5000 Einzeldaten je Fall anhand der Haushaltskassenbücher nochmals aufnehmen, um sie anders als nach dem Aggregationsschema der Laufenden Wirtschaftsrechnungen für monographische Studien zur Strukturierung von Kinderkosten für den Einzelfall, unterschieden nach Familientypen, Bedarfsgruppen sowie Alter, Geschlecht, Lebenslage und Lebensstil der einzelnen Kinder und ihrer Familien, auswerten zu können (*Kottkamp,* 1988). Wenn man bedenkt, daß jährlich von ca. 1000 Haushalten mit insgesamt 1600 Kindern vollständige und sehr gut kontrollierte Haushaltsrechnungen in Form dieser Kassenbücher vorliegen und im Zeitalter des Computers diese nur aggregiert

nach einem einzigen für die »definitive« Forschung konzipierten Schema ausgewertet werden, kann man auch ermessen, welcher kostbare Schatz an Informationen zur Haushalts- und Familienforschung in den statistischen Landesämtern ruht und sehr rasch vernichtet wird. Kein noch so gut dotiertes sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut könnte sich ähnlich gediegenes Material Jahr für Jahr zur »Diagnose der Familienformen«, wie *Le Play* es tat, selbst bereitstellen.

Natürlich ist es Aufgabe einer »sensibilisierenden« Forschung, für die repräsentative oder »definitive« Forschung neue Strukturierungen, Abgrenzungen und Datenverarbeitungsstrategien zu entwickeln. Die oben genannte Studie zeigt, wie durch ein entsprechendes Datenverarbeitungssystem unterschiedliche Strukturmuster für Kinderkosten auf der Basis der Laufenden Wirtschaftsrechnungen laufend dargestellt werden könnten, wenn nicht nur massenstatistisch, sondern auch mit dem gleichen Material monographisch geforscht würde. Die Ergebnisse wären dann auch übertragbar zu machen auf Kinder- und Familientypen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die mit ihren 25 000 Erhebungseinheiten repräsentativ ist für die Bundesrepublik.

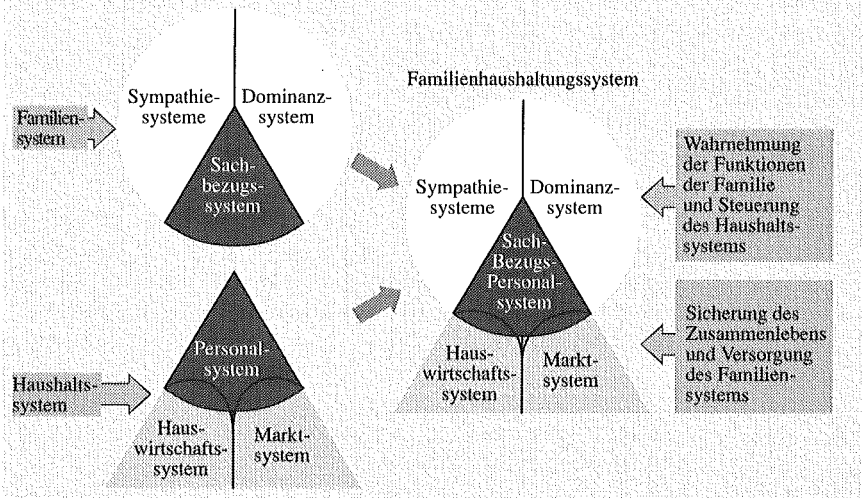
Nachdem die amtliche Haushalts- und Familienstatistik statt aufgebaut, ausdifferenziert und zusätzlich ausgewertet, abgebaut und mit Datenschutzbarrieren versehen immer weniger Informationswert hat und sich die nicht-amtliche repräsentative empirische Familien- und Haushaltsforschung – über professionelle Institutionen in Auftrag gegeben – zu ausgeklügelten telefonischen Umfragen entwickelt, die kaum mehr als nur aneinandergereihte Faktenerhebungen zulassen, ist es verständlich, daß sich empirisch arbeitende Sozialforscher neuerdings wieder mehr den »qualitativen Methoden« zuwenden. Veröffentlichungen, basierend auf »biographischer Forschung« oder »The Oral History« sind die Renner in der Medienwelt.

Doch es gilt selbstverständlich auch für die »qualitativen« oder »sensibilisierenden« Forschungsmethoden, daß sie – wie umfassend auch ihre aufgezeichneten Fakten, Interviews, Gespräche oder Beobachtungen sein mögen – strukturieren, selektieren und interpretieren müssen, und zwar aus übergeordneten wissenschaftlichen Theoriekonzepten und profunder »Anschauung« ihres Gegenstandes; denn dieser Gegenstand ist ja aus der Fülle der Details wissenschaftlich zu rekonstruieren, und zwar möglichst wirklichkeitsgetreu und versehen mit verallgemeinerungsfähigen und nachprüfbaren Aussagen.

In der Familienhaushaltsforschung spielt die Monographie somit aus mehrfachen Gründen eine große Rolle, denn sie muß »Neues« entdecken, da das »Alte« zunehmend nicht mehr brauchbar ist, zuviel hat sich verändert. Diese Monographien – oder auch Familien-Haushaltsanalysen genannt – gehen vom Systemdenken aus und haben als Elemente die haushälterische Handlung. Ihre prinzipiellen Vorgaben haben folgenden Maßstäben zu genügen[4]:

- Familiale Primärgruppensysteme und Privathaushaltssysteme sind konstitutiv miteinander verknüpft, sie sind jedoch nicht deckungsgleich (Abb. 1).
  Die Familie, definiert als eine Einheit von Eltern oder Elternteilen mit Kindern mit und ohne erweiternde Verwandtschaftsbeziehungen, sind durch Sympathie- oder Dominanzbezüge miteinander verbunden, die sich in Sachbezüge zur Daseinsvorsorge (*Claessens,* 1962) – dem haushälterischen Handeln – nieder-

Abbildung 1: ZUSAMMENHANG VON FAMILIEN- UND HAUSHALTSSYSTEMEN

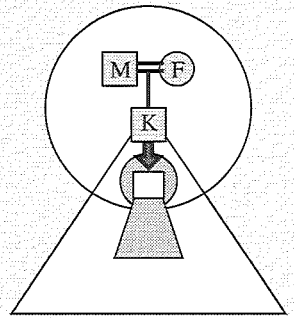


Quelle: Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts u. Verbrauchsforschung, Gießen 1983

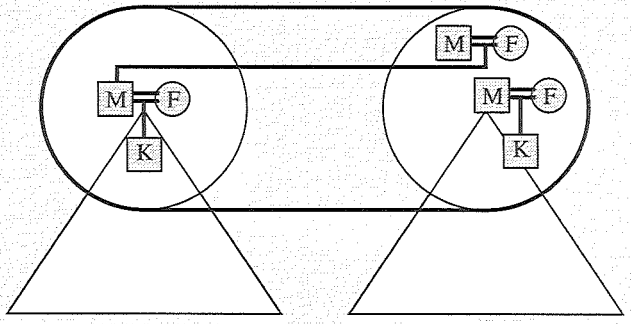
schlagen und zugleich das Personal- oder Steuerungssystem des Haushaltssystems abgeben. Diese wertsetzenden oder sinngebenden Steuerungselemente des Familiensystems für den Haushalt und umgekehrt haben einerseits die Vorgegebenheiten oder Ressourcen der »Produktionsabteilung« des Haushalts – die Hauswirtschaft – zu beachten und andererseits die Austauschmöglichkeiten in der Daseinsvorsorge, die über das Marktsystem des Haushalts disponiert werden.

- Die konstitutive Verknüpfung zwischen Familien- und Haushaltsystemen kann selbst ausdifferenziert werden und erscheint in jedem Fall ausdifferenziert in den Biographien der Menschen.
  Hervorgerufen durch unseren Wohlstand können immer mehr Menschen früher und auch länger in eigenen Haushaltssystemen wohnen und wirtschaften, auch wenn sie dieses nur dadurch können, daß sie im familialen Verbund unterstützt werden, wie in Abbildung 2 dargestellt wird.
  Verknüpfungen über den Austausch von Subventionen können vielseitige Formen annehmen.
  Das Beispiel des Zentral- und Satellitenhaushalts verweist auf ein erwachsenes Kind, das eine selbständige Einliegerwohnung im Elternhaus hat, aber gleichzeitig in den elterlichen Haushalt integriert lebt und von diesem alimentiert wird.
  Der Dreierverbund von Kernfamilien mit zwei Generationen ist sodann ein

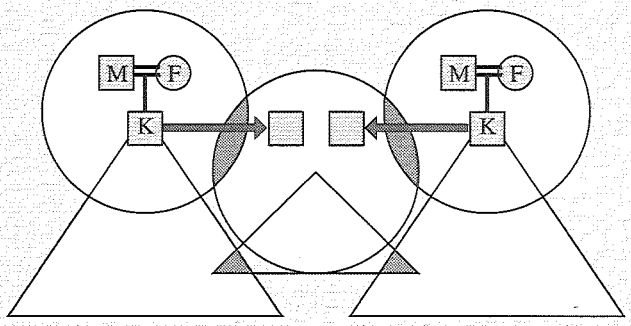
Abbildung 2: Verknüpfung von Familien- und Haushaltssystemen



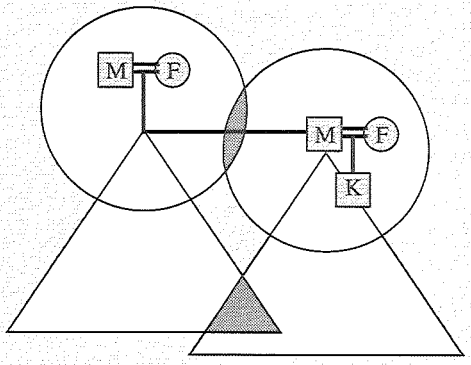
Zentral- und Satellitenhaushalt



Kern- und Stammfamilienhaushalt



Dreierverbund von Kernfamilien (zwei Generationen)



Haushaltsverknüpfung von drei Generationen

Quelle: Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts u. Verbrauchsforschung, Gießen 1983

Beispiel für eine jüngere nicht-eheliche Lebensgemeinschaft, die von den jeweiligen Eltern subventioniert wird. Die beiden Elternpaare, die den gemeinsamen Haushalt ihrer Kinder finanzieren, brauchen sich nicht zu kennen.

Im Beispiel Kern- und Stammfamilienhaushalt sind drei Kernfamilien mit zwei Haushaltssystemen verknüpft. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind getrennt, aber das Familienleben wird weitgehend miteinander gestaltet, es wird Einfluß und Rücksicht aufeinander genommen.

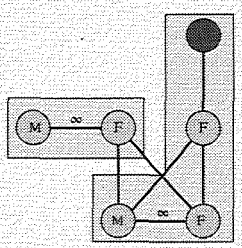
Das letzte Beispiel zeigt eine Haushaltsverknüpfung von drei Generationen. Das kann »unter einem Dach« oder »um die Ecke« sein, es sind aber auch weit größere Entfernungen denkbar, die dennoch einen regelmäßigen oder zumindestens in krisenhaften Lebenssituationen zuverlässigen Austausch von Versorgungs-, Pflege- und/oder Erziehungsleistungen zwischen den Generationen zulassen.

Diese vier Beispiele von Haushaltsverknüpfungen könnten auch eine Abbildung von Veränderungen von Haushaltsverknüpfungen im Familienzyklus sein.

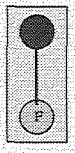
- Es ist dabei zu beachten, daß die Lebens- und Familienzyklusphasen und die historische Zeit ganz unterschiedliche familiale und haushälterische Vernetzungen hervorbringen, die über Biographien bestimmbar sind (Abb. 3).
- Diese mehrdimensionale Betrachtung muß für den Einzelfall kombinierbar und dann abfragbar und mit repräsentativen Methoden nachprüfbar gemacht werden. Haushaltsanalysen erfassen Einzeldaten, die nur systematisch geordnet und zunehmend verknüpft im Systemzusammenhang einen diagnostischen Wert haben (Abb. 4).
- Die Verknüpfungen des Familienhaushaltssystems mit anderen Familienhaushaltssystemen sowie mit den Mikro-, Meso- und Makroebenen gesellschaftlichen Lebens sind unter dem Gesichtspunkt der Begrenzung und Vernetzung, des Austausches und des Handlungsspielraums bzw. der Erfassung der haushälterischen Handlung bei gegebenen Alternativen zu betrachten. Typisierungen und Gruppenbildungen sind natürlich notwendig und möglich.
- Monographische Studien setzen eine große Kompetenz für Zusamenhänge und Wirkungsweisen im Detail der Haushalts- und Familiensysteme voraus (interdisziplinäre Kompetenz bezogen auf Alltagsleben und Privatbereich). Sie bringen allerdings auch nur dann verallgemeinerungsfähige Befunde, wenn das Interesse am Detail zu der dem Gegenstand und der Fragestellung angemessenen Strukturierung führt. Nicht die Auflistung von Merkmalsausprägungen und ihre mehr oder minder beliebige Kombination ist gefragt, sondern die Einordnung und Gewichtung von Merkmalsausprägungen in typischen Systemzusammenhängen und deren Folgen sind aufzuzeigen (Abb. 5).

Operationalisierbare Struktur – und Systemabbildungen von familialen Lebens- und Wirtschaftsformen müssen durch monographische Studien im Familiensystem zuerst gefunden werden. Sie müssen dazu geeignet sein, auch bei weiterer Reduktion ihrer Komplexität über repräsentative Untersuchungen nachprüfbar gemacht zu werden. Monographische und repräsentative Forschung gehören zusammen, wenn die Ergebnisse der empirischen Haushalts- und Familienforschung überzeugend Neues und Aktuelles hervorbringen und Ideologien entlarven sollen.

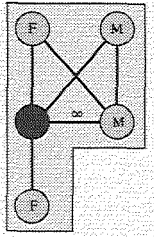
Abbildung 3: Verknüpfung von Familienhaushaltssystemen – Lebenszyklusphasen und Haushaltsverknüpfungen



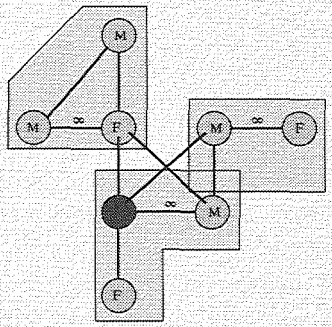
1931 – 1944



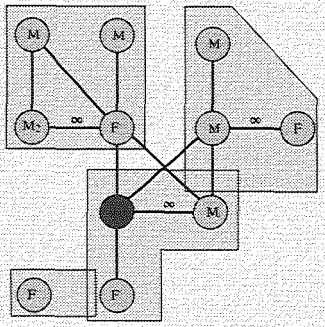
1944 – 1956



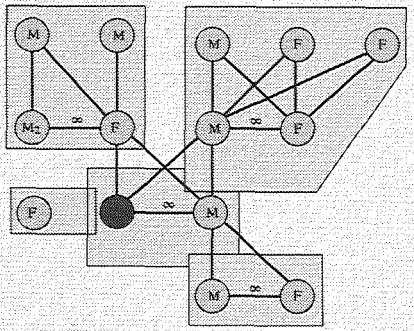
1956 – 1978



1978 – 1981



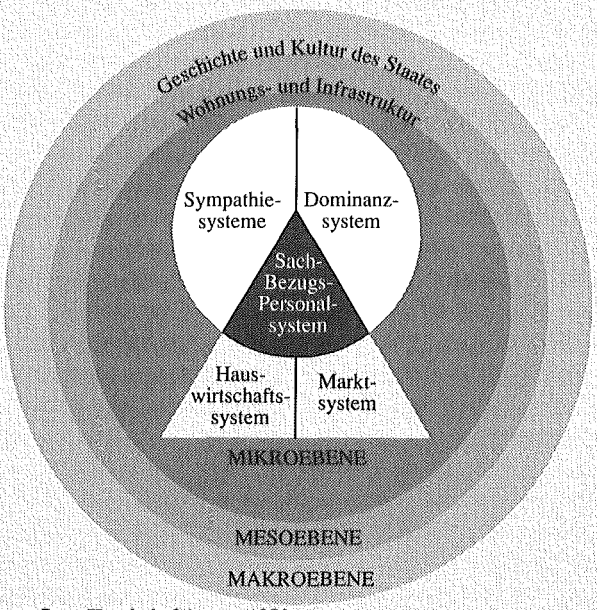
1981 – 1984



1984 – 1986

Quelle: *Feulner, M.*; Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts u. Verbrauchsforschung, Gießen 1986

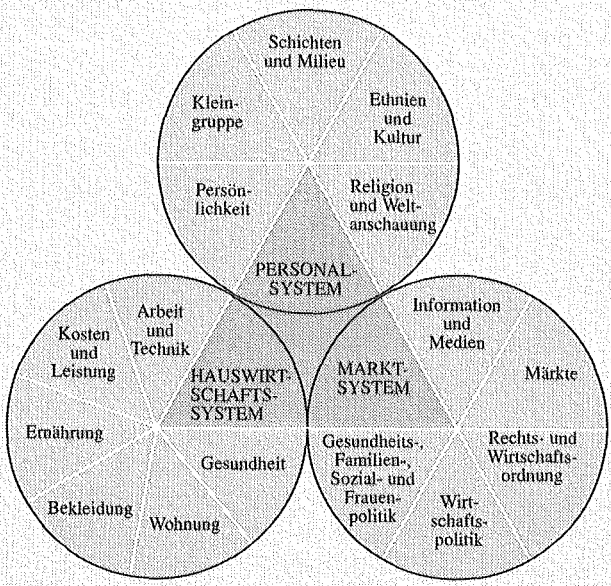
Abbildung 4: Das Familienhaushaltungssystem und seine Umwelten



Quelle: *Schweitzer, R. v.*: Haushaltsführung, 1983

Dies setzt jedoch eine Forschung voraus, die ihren Gegenstand – die Alltagswelt und Daseinsvorsorge von Menschen – nicht zerstückelt und zergliedert nach Merkmalsdimensionen und -ausprägungen, um die Daten dann nach Belieben bzw. nach dem stets gleichen Schema wieder zu aggregieren, zu korrelieren und zu disaggregieren, um sie schließlich interpretieren zu können (*Büschges/Wintergerst-Gaasch,* 1988). Ergebnisse dieser Art sind zwar nach den Erfassungs- und Aufbereitungsmethoden überprüfbar, sie sind aber aufgrund mangelhafter Vorkenntnisse vom Gegenstand und seiner differenzierten Systemstrukturen nur mehr oder minder willkürliche bzw. tautologische Abbildungen der Realität. »Ideologien«, nunmehr auf der Basis repräsentativer Untersuchungen sind die Folge. Sie werden zur Zeit – soweit empirische Familienforschung überhaupt noch betrieben wird – munter verbreitet. Doch ohne ausreichende monographische Forschung, die repräsentativen Umfragen vorausgehen und nachfolgen muß, bleiben die »wissenschaftlichen Halbwahrheiten« dieser »repräsentativen« Empirie leider nicht widerlegbar.

Abbildung 5: Das Haushaltssystem im Wissenschaftsverbund



Quelle: *Schweitzer, R. v.:* Lehren vom Privathaushalt, Frankfurt/M. 1988

Anmerkungen

1 **Übersicht 1:** Die Gliederung der Familien nach Familientypen

Familientyp

1. Ehepaare, die keine Kinder haben oder deren Kinder nicht mehr mit den Eltern zusammenleben
2. Ehepaare mit ledigen Kindern; zu diesem Typ zählen auch Ehepaare mit ledigen Kindern und Enkeln, sofern die Eltern dieser Enkel nicht mit ihnen zusammenleben
3. Ehepaare ohne ledige Kinder, aber mit ledigen Enkeln
4. »Ehereste« ohne Kinder; hierzu zählen alle verwitweten oder geschiedenen Personen, die nicht mit ledigen Kindern/Enkeln zusammenleben
5. »Ehereste« mit ledigen Kindern und/oder Enkeln

Quelle: *Schubnell, H.*: Haushalt und Familie II. In: Allg. Stat. Archiv, 43 (1959) 3, S. 230ff.

In dieser Definition von Familie und den auf dieser Basis gebildeten fünf Familientypen ist die Bedeutung der Ehe offenkundig. Der von *F. Durkheim* geprägte Begriff der »Gattenfamilie« (famille conjugale) stellt quasi die Begründung dieser Typisierung der Kernfamilie dar. *R. König* bemerkt zu *Durkheims* Begriff der Gattenfamilie: »Mit der Begründung der Gattengemeinschaft setzt sich die zukünftige Familie von der alten in gewisser Weise ab, wie umgekehrt nach Abschluß der eigentlichen Familienphase mit der Verlängerung der Lebenserwartung von Mann und Frau im 20. Jahrhundert am Schluß das Ehepaar wieder für sich allein bleibt, ohne natürlich darum alle Beziehungen zu den Jüngeren aufzugeben« (*König,* 1969). Es ist auffällig, wie *Höhn* (1988) zu Recht kritisiert, daß 1959 die nicht-eheliche Mutterschaft »amtlich« kein Familientyp sein durfte.

2 »Der Haushalt wurde in der amtlichen Statistik bis zum Jahr 1950 in erster Linie unter dem Blickpunkt der Erhebungseinheit gesehen. Seiner genauen Erfassung wurde im Interesse der Vollständigkeit der Zählung, vor allem der exakten Ermittlung aller Einzelpersonen, größte Bedeutung beigemessen. Die Begriffsabgrenzung dessen, was als Haushalt gelten sollte, war uneinheitlich. Haushalt und Familie wurden begrifflich nicht getrennt. Man bezeichnete bei allen Zählungen bis einschließlich 1939 die Mehrpersonenhaushalte – außer den Anstaltshaushalten – rundweg als »Familienhaushalte«, auch wenn sie noch seitenverwandte oder blutsfremde Personen umfaßten« (*Schubnell,* 1959).

3 Die Anregung, von »definitiver« versus »sensibilisierender« Forschung zu sprechen, entnehme ich dem Aufsatz von *W. Herzog.* Das Begriffspaar stammt von *H. Blumer.* Es wurde als »sensitizing concept« gegenüber dem »definitive concept« zur begrifflichen Erläuterung des symbolischen Interaktionismus benutzt. In der hier benutzten Weise wird unter »definitiver« Forschung jene verstanden, die für massenstatistische Arbeiten – aber auch für alle mathematisch konzipierten Modelle unumgänglich ist und die die genaue Bestimmung und Abgrenzung des oder der Gegenstände, die in die Untersuchung eingehen und untersucht werden sollen, notwendig macht. Die »sensibilisierende« Forschung in dem hier gebrauchten Sinne dagegen darf ihren Gegenstand weder im voraus zu bestimmen noch zu begrenzen versuchen. Sie muß sich die Freiheit erhalten, alle »Wenn« und »Aber« der Bestimmungen und Abgrenzungen aufzudecken, um so möglichst viel von der Vielgestaltigkeit der Wirklichkeit einfangen zu können. Natürlich kann auch sie nicht ohne das Definitive unserer Begrifflichkeit arbeiten. Aber in der Differenzierung und Strukturierung dessen, was sich hinter einer »definitiv« gefaßten Tatsache verstecken kann, liegt ihr wissenschaftliches Forschungsinteresse.

4 Haushaltsanalysen und Haushaltssimulation sind aus der praktischen Notwendigkeit der sozialökonomischen Beratung landwirtschaftlicher Familienwirtschaften entstanden. Sie haben sich in dieser Praxis zu bewähren. Sie bilden sehr komplexe Systeme der Daseinsvorsorge von Familien im Wandel von Lebensverläufen ab. Die Befunde dienen den Vorbereitungen von Entscheidungen, die kurz-, mittel- und langfristig bedeutsame Konsequenzen für alle Haushalts- und Familienmitglieder haben können. Die Methode der computergestützten Haushaltssimulation ist im Basisszenario so konstruiert, daß die Veränderungen in den Familien- und Hausgemeinschaften in ihren Folgen für das Arbeitszeit- und Geldsystem der Familie in beliebigen Variationen und Zeitspannen dargestellt werden kann.

Literatur

Büschges, G., Wintergerst-Gaasch, I.: Privater Haushalt und »Neue Armut«. Reihe »Stiftung Der private Haushalt«, Band 2, Frankfurt/M., New York 1988 – *Claessens, D.:* Familie und Wertsystem. Soziogische Abhandlungen, Heft 4, 1962 – *Egner, E.:* Der Verlust der alten Ökonomie. Berlin 1985 – *Girtler, R.:* Kulturanthropologie. München 1979 – *Höhn, C.:* Familienpolitik – Implikation des Familienzykluskonzeptes. In: *Lüscher, K.* (Hg.): Familie und Familienpolik im Übergang zur Postmoderne. Konstanz 1988 – *König, R.:* Soziologie der Familie. In: König, R. (Hg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung. 2. Bd. Stuttgart 1969 – *König, R.:* Themenwandel in der gegenwärtigen Soziologie der Familie. In:.*Schnyder, B.* (Hg.): Familie – Herausforderung der Zukunft. Freiburg, Schweiz 1982, 5–21 – *Jiscgirjem N,:* Formen des Zusammenlebens in Deutschland. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 24. Jg. 1972, H. 3, 533ff. – *Kottkamp, M.:* Strukturen von Kinderkosten. Eine monographische Auswertung von Haushaltsbüchern der laufenden Wirtschaftsrechnungen. Dissertation, Gießen 1988 — *Schmucker, H.:* Haushalte, private III. Haushaltsrechnungen und Verbrauchsstatistik. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften. Stuttgart (u. a.) 1977, S. 63–68 – *Schubnell, H.:* Der Kinderreichtum bei Bauern und Arbeitern. Untersuchungen aus Schwarzwald und Rheinebene. Freiburg i. Br. 1941 – *Schubnell, H.:* Haushalt und Familie I. Allgemeines Statistisches Archiv, 43. Jg. 1959a, 121ff. – *Schubnell,*

*H.:*Haushalt und Familie II. Allgemeines Statistisches Archiv, 43. Jg. 1959b, 222ff. – *Schubnell, H.:* Gutachten »Förderungsmöglichkeiten der Familienforschung«. Im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Gießen, Freiburg 1987 (unveröffentlichtes Manuskript) – *Schwägler, G.:* Anfänge der Familiensoziologie bei Wilhelm Heinrich Riehl und Fréderic Le Play: In: Claessens, D. u. Milhofer, P. (Hg.): Familiensoziologie, Frankfurt/M. 1973 – *Schweitzer, R. von:*Haushaltsanalyse und Haushaltsplanung. Berlin 1968 – *Schweitzer, R. von:*Haushalte, private; I. Gesellschaftliche Bedeutung. II. Haushaltsökonomie. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften. Stuttgart (u. a.) 1977, 27–62 – *Schweitzer, R. von:* Haushaltsführung, Stuttgart 1983 – *Schweitzer, R. von:*»STRATHA«. Ein Computerprogramm Gießener Haushaltswissenschaftlerinnen. In: Spiegel der Forschung, 4. Jg. 1987, H. 4 18–21 – *Schweitzer, R. von:*Der private Haushalt in der gesellschaftlichen Diskussion. In: *Rapin, H.* (Hg.): Der private Haushalt zwischen Individualinteresse und sozialer Ordnung. Frankfurt/M., New York 1987, 9–28 – *Schweitzer, R. von:*Lehren vom Privathaushalt. Eine kleine Ideengeschichte. Reihe »Stiftung DER PRIVATE HAUSHALT«, Band 3, Frankfurt/M., New York 1988 – *Steger, A.:* Haushalte und Familien bis zum Jahre 2000, Frankfurt/M. (u. a.) 1980 – *Tyrell, H.:* Altes und Neues von der Familie. Sammelbesprechung. In: Soziologische Revue, 3. Jg. 1980, H. 1, 11

Hans Bertram/Jan Marbach/Angelika Tölke

Soziale Netze, Zeit und Raum als Methodenprobleme in der Familienforschung

1. Methodenpluralismus statt Methodendualismus

Coleman (1986) nennt die in den 40er Jahren vollzogene Umorientierung von gemeinde- und organisationsbezogenen Fallstudien zur Umfrageforschung mit Zufallsstichproben von Individuen eine »Wasserscheide der empirischen Sozialforschung«.

Familiensoziologische Untersuchungen bildeten wesentliche Exponenten beider Forschungslinien. Erwähnt seien nur die Studien über Autorität und Familie (*Horkheimer, Fromm u. Marcuse,* 1936), die Marienthalstudie (*Jahoda, Lazarsfeld u. Zeisel,* 1933) oder auch die Middletownstudie (*Lynd u. Lynd,* 1929, 1937). Auf der anderen Seite gab es ebenso wichtige Arbeiten wie etwa die von *Litwak* (1959, 1960 a, b, 1965; *Sussman,* 1953, 1959) oder bezogen auf die Bundesrepublik die Erhebung von *Fröhner/von Stackelberg/Eser* (1956), um nur einige wenige Studien hervorzuheben.

In der Folgezeit sind diese beiden Traditionsstränge empirischer Forschung vielfach im Sinne eines methodendualistischen Gegensatzes von qualitativer und quantitativer Forschung interpretiert worden. Demgegenüber gehen wir hier von einem an *Max Weber* orientierten Methodenpluralismus aus. In den Sozialwissenschaften, so *Max Weber* (1956, 4ff.) geht es doch vor allem darum, den annähernden und durchschnittlichen Sinn der Handlungen von Individuen und sozialen Gruppen zu deuten, zu verstehen und in seinen Wirkungen ursächlich zu erklären. Bei diesem Prozeß des deutenden Verstehens, geht es nicht nur darum, Handlungsvollzüge in konkreten Zusammenhängen zu deuten, sondern auch darum, Motive oder überindividuelle Gesetzmäßigkeiten zu erkennen. Gelingt es beispielsweise, bestimmte Handlungssequenzen von Individuen oder sozialen Gruppen nicht nur in bezug auf die konkrete Bedeutung zu interpretieren, sondern mit Hilfe bestimmter theoretischer Konstrukte verständliche Sinnzusammenhänge so zu rekonstruieren, daß der Ablauf des gesamten Handelns offenliegt, dann handelt es sich bei *Max Weber* um erklärendes Verstehen.

Es kann daher auch keine Königswege zur Deutung sozialen Handelns geben, sondern alle Methoden, die zu einer für andere Wissenschaftler plausiblen und nachvollziehbaren Deutung sozialen Handelns führt, sind im Rahmen einer solchen verstehenden Soziologie adäquate Erkenntniswege. Ob ein Sozialwissenschaftler mit einer stärker deduktiv orientierten Theoriekonzeption sozialer Handlungszusammenhänge auf der Basis vorhandener Theorie deutet oder eher induktiv versucht, Handlungszusammenhänge interpretativ zu rekonstruieren, ist unter einer methodologischen Perspektive unerheblich, solange diese Deutung intersubjektiv nachvollziehbar ist. Unter dieser methodenpluralistischen Perspektive kann das

Modell der Familienbeziehungen von *Olson,* das mit Hilfe faktorenanalytisch zusammengefaßter Einstellungsskalen entwickelt wurde, eine genauso evidente Deutung von Familienbeziehungen darstellen wie Konzeptionen, die auf der Basis hermeneutischer Textinterpretationen die Beziehungen innerhalb einer Familie rekonstruiert haben. *Weber* (1956) weist aber darauf hin, daß jede Deutung, und habe sie auch noch so evident subjektiv gemeinte Sinnzusammenhänge rekonstruiert, doch keinesfalls um dieses Evidenzcharakters willen beanspruchen kann, auch eine gültige und überprüfte Deutung sozialen Handelns zu sein.
Die Verallgemeinerbarkeit, Systematik und Reproduzierbarkeit von Forschungsergebnissen ist, unabhängig von dem jeweiligen Wissenschaftler, nun auch wiederum nicht an irgendeinen Königsweg der Methoden gebunden, weil auch dies von der theoretischen Fragestellung, der Hypothesengewinnung und auch vor allem von der Art des zur Verfügung stehenden Materials abhängig ist, denn es muß eine Konkordanz zwischen Deutung und der Erfahrungsprobe vorliegen. Nicht jede empirische Regelmäßigkeit kann ja für sich beanspruchen, mit einer sinnhaften, d. h. auch verständlichen Deutung interpretiert zu werden, wie auch umgekehrt nicht davon ausgegangen werden kann, daß für jede sinnhafte Deutung immer auch schon die Möglichkeit der Überprüfung durch empirische Verfahren gegeben ist. Die Gültigkeit und Relevanz von Ergebnissen hängt weniger von der gewählten Überprüfungsstrategie ab als vielmehr davon, daß die kausalen Hypothesen von anderen in anderen Untersuchungen auf der Basis nachprüfbarer Regeln reproduziert werden können und verallgemeinerbar sind.
Ausgehend von der Notwendigkeit, Fragen der Familienforschung von verschiedenen Perspektiven und mit unterschiedlichen methodischen Verfahren zu bearbeiten, werden wir uns in den folgenden Ausführungen auf drei Schwerpunkte konzentrieren. Wir werden die inhaltlichen Fragen, die die soziale und familiäre Einbindung von Individuen in Netzwerke, die Auswirkungen des regionalen Raumes und des Lebensumfelds auf die Lebenssituation sowie die Fragen, die Veränderungen im Lebensverlauf betreffen, aufgreifen. Hieran zeigen wir auf, welche Möglichkeiten neuere methodische Verfahren bieten, diese Gegenstandsbereiche angemessener als bisher zu analysieren.

2. Die Wiederentdeckung von Zeit

2.1. Verfahren zeitbezogener Analyse

Die Bedeutung der hier geforderten methodenpluralistischen Perspektive für die Entwicklung der Familienforschung läßt sich nun gegenwärtig an jenen Studien belegen, die unser Verständnis der Entwicklung von Familie und familialen Rollen in den letzten Jahren gründlich gewandelt haben.
Während 1979 im dritten Familienbericht der Bundesregierung noch relativ ahistorisch das *Durkheim*sche Modell der Entwicklung von der Groß- zur modernen Gattenfamilie dargestellt wurde, hatten historisch orientierte Soziodemographen wie *Laslett* 1956 auf der Basis der empirischen Analyse von Haushaltsgrößen und

Haushaltsstrukturen schon längst begonnen, diese doch sehr einfache Beziehung zwischen Modernisierung und Industrialisierung auf der einen Seite und der Entwicklung familialer Lebensformen auf der anderen Seite als evidente Deutungen, die aber nicht mit den empirischen Regelmäßigkeiten übereinstimmten, zu falsifizieren (*Laslett,* 1972, 1977, 1987; *Stone,* 1977).
Diese Studien eignen sich nun nicht nur dazu, die generellen Theorien über Familienentwicklung und -modernisierung in Frage zu stellen, sondern sie führen aus einer eher methodischen Perspektive auch zur Entwicklung einer Vielzahl von Analysetechniken historischer Daten, die uns heute ermöglichen, die regionalen und kulturellen Variationen familialer Lebensformen zu unterschiedlichen Zeiten (*Flandrin,* 1978) sowie die unterschiedlichen Einflußfaktoren der familialen Entwicklung herauszuarbeiten (*Mitterauer,* 1979; *Tilly,* 1987). Studien wie die von *Imhof* über die gewonnenen Jahre bzw. über die verlorenen Welten (1984) zeigen durch ihre Vielfalt der Analysetechniken, angefangen von der Analyse demographischer Massendaten bis hin zur Textinterpretation historischer Quellen, daß insbesondere bei der Rekonstruktion der Entwicklung familiärer Lebensweisen in unterschiedlichen sozialen, kulturellen, regionalen und historischen Kontexten ein Dualismus zwischen empirisch quantitativen und eher qualitativen Verfahren obsolet ist.
Da Familiensoziologen aufgrund der fehlenden Ausbildung bei der Analyse historischer Quellen die Analyse familiärer Lebenformen in früheren Jahrhunderten und zu Beginn dieses Jahrhunderts in der Regel Historikern (vgl. *Borscheid/ Teuteberg,* 1983, 1985 a, b) überlassen müssen, ist es sicherlich wünschenswert, wenn zumindest die Entwicklung familialer Lebensformen in der Bundesrepublik einer verstärkten empirischen Analyse zugeführt wird (*Nave-Herz,* 1984). Dafür stehen verschiedene und auf mehrfache Art kombinierbare Verfahren zur Verfügung:

(1) Mit der Analyse von *Zeitreihen* – Daten, die auf einem höheren Aggregatniveau in periodischen Zeitabständen erhoben werden – können große Zeiträume überblickt werden. Der Verlauf von individuellen oder gruppenspezifischen Entwicklungsprozessen bleibt allerdings unsichtbar. Ein Beispiel bietet die amtliche Einkommens- und Verbrauchsstatistik. Nebenbei ist festzustellen, daß die Bedeutung amtlicher Daten (z. B. der Mikrozensen und der Volkszählungen) als Informationsquelle für familiensoziologisch bedeutsame Wandlungsprozesse unterschätzt wird.

(2) Panelanalysen basieren auf Stichproben von Personen, die mindestens zweimal befragt werden. Informationen werden von denselben Personen zu verschiedenen Zeitpunkten erfaßt und die Veränderung analysiert. Das klassische Paneldesign erhebt keine Informationen über Entwicklungen zwischen den Erhebungszeitpunkten. Neben Problemen mit Meßwiederholungseffekten und dem möglichen Schwund an Informanten besteht die Gefahr, durch die gewählten Meßzeitpunkte Artefakte zu erzeugen. Panels können – bedingt durch zeitliche und finanzielle Restriktionen – meist nur kurze Zeitspannen von Entwicklungsprozessen erfassen (*Eckert,* 1988; *Meulemann,* 1988; *Kaufmann* u.a., 1984).

(3) Mit einem *replikativen Survey* – einer Wiederholungsbefragung mit unterschiedlichen Personenstichproben – kann Wandel auf gesamtgesellschaftlicher Ebene über große Zeiträume ermittelt werden. Die Erfassung von Entwicklungsprozessen auf Individualebene bleibt ausgeblendet. Eine Veränderung im Sprachgebrauch und veränderte Problemstellungen bereiten Schwierigkeiten. Als Beispiel für dieses Erhebungsverfahren sei auf die Jugendstudie von *Allerbeck u. Hoag* (1985) sowie auf die Befragung ehemaliger Gymnasiasten (*Meulemann,* 1988) verwiesen.

(4) Biographische Analysen bieten detaillierte und tiefgehende Informationen über individuelle Entwicklungsprozesse. Spiegelbildlich zu historischen Quellenanalysen fehlt vielfach eine Brücke zu makrosozialen Wandlungsprozessen. Auch bleibt die Repräsentativität der individuellen Biographien im Dunkeln. Anders als bei den quantitativen Verfahren auf Individualebene können jedoch große historische Zeiträume erfaßt werden, wenn biographische Analysen in Verbindung mit historischer Quellenanalyse vorgenommen werden. Ein klassisches Beispiel ist die Studie von *Thomas u. Znaniecki* (1929) über die polnischen Einwanderer in den USA (*Kohli,* 1978; *Nave-Herz,* 1988).

(5) Ereignisdaten auf Individualniveau können in einmalig durchgeführten Umfragen retrospektiv und als Erweiterung im Rahmen von Panelerhebungen prospektiv erhoben werden. Sie geben einen optimalen Einblick in die Struktur individueller Entwicklungsprozesse und – auf der Basis von Kohortenanalysen – über gesellschaftlichen Wandel; darüber hinaus verbessern sie Prognosemöglichkeiten (*Mayer,* 1978; *Tölke,* 1987). Bei der Berechnung von Verweildauern bis zum Eintreten eines Zustandswechsels können auf der Basis neuerer statistischer Verfahren nun auch die zum Erhebungszeitpunkt noch andauernden Zustände (zensierte Fälle) in die Schätzungen angemessen einbezogen werden (*Tuma/Hannan,* 1984).

2.2. Retrospektivbefragungen

Mit Retrospektivbefragungen (siehe 5) wurde ein neues Erhebungsdesign entwikkelt, das es ermöglicht, zeit- und kostenökonomisch Längsschnittdaten über lange Zeiträume in einer einzigen Erhebung zu erfassen. Die Befragten werden – meist beginnend an einem frühen Zeitpunkt in ihrem Leben – mit einem standardisierten Erhebungsinstrument systematisch und sukzessiv durch ihr Leben geführt. Ausgewählte Einschnitte und Veränderungen werden jeweils mit dem Zeitpunkt (kalendarische Zeit oder Lebensalter) sowie mit den wesentlichen Charakteristika der neuen Situation bzw. des neuen Status festgehalten. Man erhält einen vollständigen, zeitlich lückenlosen Entwicklungsverlauf auf Individualebene (zu den Erhebungsverfahren s. die Zusammenstellung von *Preisendörfer,* 1987). Mit einer solchen Datenbasis lassen sich Lebenswege zur jeweiligen gesellschaftlichen Gelegenheitsstruktur in Beziehung setzen, und durch Vergleich der Lebensverläufe verschiedener Geburtskohorten ist die Möglichkeit gegeben, alters-, perioden- und kohortenspezifische Zeiteffekte zu unterscheiden.
Einschränkend muß auf das Problem der Erinnerung und subjektiven Verarbeitung

hingewiesen werden. Objektive Merkmale des Lebenswegs – Veränderungen, die zeitlich eindeutig datierbar und formal oder in anderer Weise festgehalten werden (können) – scheinen ausreichend zuverlässig erhoben werden zu können. Ein erhebungstechnisches Vorgehen, das sich thematisch zunächst an der Entwicklung in einzelnen Lebensbereichen orientiert und erst in der Auswertung die Verläufe unterschiedlicher Lebensbereiche zusammenspielt, erweist sich hierbei als vorteilhaft (*Tölke,* 1982).

Bei Retrospektiverhebungen muß man darüber hinaus vergegenwärtigen, daß die Ausgangspopulation durch Tod oder Auswanderung zum Zeitpunkt der Erhebung bereits mehr oder weniger starke strukturelle Veränderungen erfahren haben kann, man also u. U. ungewollt eine selektive Auswahl der Population erfaßt.

Durch die theoretische Wiederentdeckung der Bedeutung von Zeit für individuelle und familiale Entwicklung können wir nun auch systematisch drei Dimensionen von Zeit analytisch trennen und den theoretischen und methodischen Fortschritt der hier skizzierten Zugänge z. B. gegenüber klassischen Familienzyklusmodellen deutlich machen.

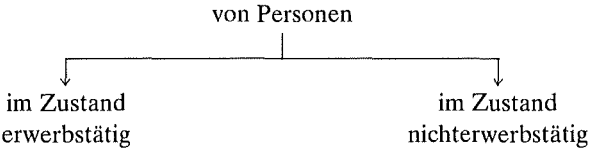
1. *Individuelle Lebenszeit:* sie umfaßt die individuelle Biographie in ihrer spezifischen Ausformung, die zeitliche/altersmäßige Struktur und inhaltliche Ausprägung sowie die persönliche Wahrnehmung.
2. *Soziale Zeit:* über rechtliche Bestimmungen und soziale Normen werden altersmäßig definierte Zeitpunkte für Veränderungen im Lebenslauf vorgegeben und dienen den Individuen als Leitlinien für gesellschaftlich erwünschtes Verhalten.
3. *Historische und kalendarische Zeit:* diese Zeitachse bezeichnet den makrostrukturellen gesellschaftlichen Rahmen, historische Ereignisse und sozio-historische Gelegenheitsstrukturen; die jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen können auf Individuen in unterschiedlichen Altersstufen unterschiedliche Auswirkungen haben und bilden den Rahmen für Kohortenschicksale.

In der traditionellen Konzipierung von familialer Entwicklung – vor allem im Familienzykluskonzept (vgl. *Scheller* in diesem Band) – werden zwar zeitbezogene Merkmale, wie etwa Alter bei Eintritt in eine Phase und die Dauer des Verbleibs in bestimmten Phasen auf Individualebene erhoben, doch fließen diese Informationen ausschließlich in die Berechnung von Durchschnittswerten ein (*Glick,* 1947; *Feichtinger,* 1978; kritisch *Höhn,* 1982; *Marbach,* 1987). Diese zeitbezogenen Größen dienen nur als Markierungspunkte der empirisch konstatierbaren Wandlungstendenzen auf gesamtgesellschaftlichem Niveau und werden nicht in Beziehung gesetzt zum jeweils individuellen und familiären Werdegang. Die Strukturierung des Lebensverlaufs durch Zeit wird also nicht auf der Individualebene, sondern auf der Aggregatebene analysiert, wo über alle Individuen hinweg ein hypothetischer Zyklus gelegt wird. Zeit als Ausdruck eines strukturierenden Mechanismus auf der Individualebene und die sie beeinflussenden individuellen und gesellschaftlichen Faktoren gehen somit in die Konstruktionsprinzipien des Phasenmodells nicht ein.

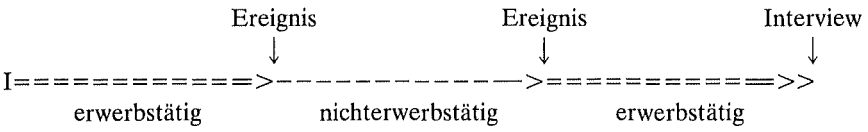
In der Familienforschung der 60er/70er Jahre wurden in Analysen, die den Familienzyklus als erklärende Variable für Verhalten in anderen Lebensbereichen oder für Einstellungen herangezogen haben, Daten aus einmaligen Querschnittserhebungen häufig als Entwicklung auf Individualebene uminterpretiert (vgl. z. B. Untersu-

chungen zu ›marital adjustment‹ aus den 60er/70er Jahren (*Burr,* 1970, *Rollins/Feldman,* 1970; *Rollins* u. *Cannon,* 1974). Implizit wurde in diesem Forschungsansatz allen Paaren ein gemeinsamer Entwicklungsverlauf unterstellt, Veränderungen in der Paarbeziehung als Teil des sozialen Wandels wurden nicht mitgedacht und Entwicklungsprozesse sind zu einer statischen Größe geronnen.
Analysen auf der Basis von Kohortenzugehörigkeit oder Altersgruppen, die – meist mit langen Zeitreihen der amtlichen Statistik – beginnend in den 70er Jahren zunehmend durchgeführt wurden, stellen einen bedeutenden Fortschritt dar, Wandel im Aggregat wird darstellbar (*Müller/Willms/Handl,* 1983). Die Faktoren jedoch, die auf der individuellen Ebene Entwicklungsprozesse vorantreiben und strukturieren, sind so nicht zu erschließen.
Das folgende Beispiel, festgemacht am Erwerbsverhalten von Frauen, soll verdeutlichen helfen, wie sich die Analysemöglichkeiten von Querschnittsdaten von Längsschnittdaten auf Individualebene unterscheiden. Erwerbsmuster wurden auf der Basis von einmaligen Querschnittserhebungen bisher meist nach den jeweils aktuellen Verteilungen in den Zuständen »erwerbstätig« bzw. »nicht erwerbstätig« analysiert und die sozio-demographischen Merkmale der Betreffenden in den jeweiligen Zuständen als Erklärung herangezogen.

Querschnittsdaten: Vergleich der Merkmale



Ereignisdaten: Wahrscheinlichkeit des Zustandswechsels von erwerbstätig zu nichterwerbstätig bzw. umgekehrt im Lebensverlauf und erklärende Faktoren



Die Prozesse, die zu den jeweiligen Lebenssituationen führen, nämlich der Prozeß des Ausscheidens aus dem Berufsleben und der des Wiedereintretens in den Arbeitsmarkt, blieben bei Querschnittsanalysen ebenso unberücksichtigt wie individuell vorausgegangene Familien- und Berufsbiographien und gesamtgesellschaftliche Gelegenheitsstrukturen (letztere wurden im Kohortenansatz berücksichtigt). Beide Prozesse können aber durch die drei folgenden Dimensionen – sozio-demographische Merkmale, bisheriger Lebensweg und gesellschaftliche Rahmenbedingungen – unterschiedlich beeinflußt werden; bei einer Betrachtung der Zustandsvariablen lösen sich die beiden Übergangsprozesse und die sie beeinflus-

senden Faktoren in den Zuständen auf. Gesetzt den Fall, daß Frauen mit höherem Ausbildungsniveau bei der Geburt eines Kindes mit relativ größerer Zahl die Erwerbsarbeit unterbrechen als Frauen mit Grundausbildung, aber dann auch schneller wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, so ist dies aus einer Betrachtung von Zustandsvariablen nicht herzuleiten. Neben einer Veränderung des Erwerbsumfangs im Verlauf des Lebens verändert sich das Erwerbsverhalten darüber hinaus mit dem sozialen Wandel und auch der Stellenwert und die inhaltliche Bedeutung der erklärenden Variablen sind einem Veränderungsprozeß unterworfen. Unterschieden sich junge Frauen mit höherer Schulausbildung in den 50er Jahren bei der Eheschließung in ihrem Erwerbsunterbrechungsverhalten noch nicht von Frauen mit Grundausbildung, so hat sich die Situation in den 60er und 70er Jahren deutlich gewandelt; das Bildungsniveau hat nun bei Heirat Einfluß auf die Entscheidung über eine Erwerbsunterbrechung (*Tölke,* 1987). Dieser Wandel kann nur durch vergleichende Analysen von Verlaufsdaten unterschiedlicher Geburtskohorten aufgedeckt werden.

3. Die Wiederentdeckung sozialer Beziehungen

Wer die Familienforschung der letzten Jahre und Jahrzehnte überblickt, wird feststellen können, daß es eine ganze Reihe von empirischen Untersuchungen gibt, die die innerfamilialen Beziehungen zwischen Mann und Frau (*Held,* 1984), die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern (*Schneewind/Beckmann/Engfer,* 1983) sowie auch den Wandel der Beziehungen bei jungen Eheleuten beim Übergang von der Ehe zur Familie mit Kindern (*Eckert* u. a., 1988) behandeln.
Wenn wir trotz der Kenntnis dieser und anderer Studien hier die These vertreten, daß soziale Beziehungen im Bereich der Familienforschung erst wiederentdeckt wurden bzw. teilweise auch noch wiederentdeckt werden müssen, so vor allem deswegen, weil diese Studien eher die Ausnahme denn die Regel in der Familienforschung darstellen. Vermutlich glaubten Familienforscher über eine Zeit, auf die explizite Untersuchung von Beziehungen im Kontext des Familienlebens verzichten zu können, solange ihnen die empirische Evidenz gestattete, sich auf Familientheorien zu stützen, in denen die familiale Beziehungsstruktur geklärt schien (z. B. *Parsons,* 1964). Im Gefolge des seit den 60er Jahren beschleunigten Wandels im Erscheinungsbild der Familie, etwa der Zunahme der Scheidungsrate, der Ein-Elternfamilien und der nichtehelichen Lebensgemeinschaften oder des Rückgangs der Eheschließungen und der Mehrkinderfamilien, gewinnen soziale Beziehungen im Kontext familialen Zusammenlebens neue Aktualität.
Eine Reihe historisch orientierter Studien, wie etwa die von *Beck-Gernsheim* (1984, 1986) und *Rosenbaum* (1982) haben aufgezeigt, daß nicht nur die innerfamilialen Beziehungsmuster, sondern auch die Einbettung dieser Beziehungsmuster in die soziale Umwelt einem tiefgreifenden Veränderungsprozeß unterliegen. Auch wenn die Begründungen für diesen Wandlungsprozeß unterschiedlich sind, so lassen sie sich doch unter den Begriffen der *Individualisierung und Pluralisierung familialer Lebensformen* zusammenfassen.

Hoffmann-Nowotny (1988) beschreibt diesen Individualisierungsprozeß in Anlehnung an *Tönnies* als die Ablösung gemeinschaftlicher durch gesellschaftliche Sozialformen, während *Bertram* und *Borrmann-Müller* (1988) eher die demographischen Ursachen dieses Individualisierungsprozesses hervorheben.
Ohne hier über die Gültigkeit dieser Thesen zu diskutieren, kann man jedenfalls als Gemeinsamkeit der verschiedenen Positionen hervorheben, daß unter Individualisierung von Ehe und Familie kein Binnenverhältnis von Personen zu sich selbst, also keine psychologische Kategorie zu verstehen ist. Die Individualisierungshypothese meint ein Beziehungsverhältnis, das durch eine relative Unabhängigkeit der relational verbundenen Personen geprägt wird. Diese Unabhängigkeit kann sich objektiv in Merkmalen oder Konstellationen von Merkmalen ausdrücken. Dann bedeutet Individualisierung so etwas wie Unabhängigkeit bzw. Orthogonalität von Merkmalen bzw. Merkmalsstreuungen. Individualisierung kann sich aber auch subjektiv in Handlungen oder Beziehungen darstellen. Sie tritt dann entweder als Unabhängigkeit von Einstellungen, Urteilen und Werten zwischen familial verbundenen Personen oder als relative Unverbundenheit ihrer Beziehungsnetze in Erscheinung. Im folgenden sollen Möglichkeiten, mit Hilfe der Netzwerkanalyse die Individualisierungsthese zu prüfen, aufgezeigt werden.
Die *Netzwerkanalyse* halten wir deswegen für ein angemessenes Konzept, weil sie unter Sozialstruktur nicht – wie im Gefolge der Umfrageforschung üblich geworden – die statistische Verteilung von Individualmerkmalen versteht. Anstelle dieses im Grund unlogischen Strukturbegriffs werden, ganz in der Tradition von *Weber, Simmel, v. Wiese* u. a., bedeutungsvolle Beziehungen zwischen Menschen, Gruppen, Klassen und anderen sozialen Akteuren als Elementareinheiten von Sozialstruktur aufgefaßt. Unter Netzwerkanalyse verstehen wir hier sowohl die statistische Analyse »egozentrierter« Beziehungsdaten als auch die graphentheoretische Analyse vollständiger Netzwerkinformationen.
»Egozentrierte« Informationen über Beziehungen werden seit einigen Jahren vermehrt in der Umfrageforschung erhoben (*Allbus*, 1982 und 1986, Wohlfahrtssurvey 1980 und 1984, General Social Survey 1985 u. a.). Der befragte Interviewpartner ist einziger Informant über seine persönlichen direkten Beziehungen innerhalb und außerhalb der Familie sowie über die Beziehungen unter den genannten Personen. Diese Art der Netzwerkerhebung ist mit den stichprobentheoretischen Grundlagen der Umfrageforschung gut vereinbar, weil Beziehungsinformation die Gestalt von Individualmerkmalen annimmt. Allerdings können die Ergebnisse den Titel »Netzwerkanalyse« nur in einem eingeschränkten Sinn beanspruchen, weil sie i. d. R. für detaillierte Strukturinformationen über Netzwerke nicht ausreichen.
Gegenstand der graphentheoretischen Netzwerkanalyse (*Harary*, 1974) sind formale Beziehungen unter einer oder mehreren Mengen sozialer Akteure oder Einheiten, die insgesamt ein relativ abgeschlossenes, intern vielfach verknüpftes System bilden. Die formalen Beziehungen werden als Mengen von Punkten und Linien, die diese Punkte verbinden, d. h. als Graphen dargestellt (*Kappelhoff*, 1984, 464ff.; 1987, 39ff.). Eine zentrale Rolle spielt dabei die Annahme, daß bereits die formale Systematik der Beziehungen als solche wesentliche Informationen über die Struktur des sozialen Kontextes der Akteure oder Einheiten enthält. Angenommen

wird ferner, daß diese Informationen Rückschlüsse auf das Handeln der beteiligten Akteure bzw. auf bestimmte Wechselwirkungen zwischen den Einheiten (z. B. Ausbreitung von Informationen) erlauben. Die graphentheoretische Netzwerkanalyse verlangt, daß Netzwerke vollständig erfaßt werden, d. h. daß Informationen über die Beziehungen aller beteiligten Akteure oder Einheiten zueinander vorliegen.

3.1. Kreuzung sozialer Kreise

Welche Möglichkeiten bietet die Netzwerkanalyse, die Individualisierungsthese anders als in bisherigen Forschungsansätzen zu untersuchen? Betrachten wir zunächst eine herausragende makrosoziologische Untersuchung (*Blau/Schwartz,* 1984) der »Kreuzung sozialer Verkehrskreise«. Mit diesem Begriff hat *Simmel* (1968, 305 ff.) bereits 1908 versucht, multiple partielle Mitgliedschaften, die Individualisierung schon aufgrund der vielfältigen Kombinationsmöglichkeiten fördern, als Ausdruck der modernen Sozial- und Kulturentwicklung zu fassen.
Blau u. *Schwartz* (1984) untersuchen am Beispiel der 125 größten »standard metropolitan statistical areas« der USA, wie die »Konsolidierung« sozialer Unterschiede (d. h. der Grad der statistischen Assoziation von Sozialmerkmalen pro Areal) bzw. ihre »Schneidung« (d. h.: 1-»Konsolidierung«) die Komposition der entsprechenden Merkmale bei jungen Ehepaaren beeinflußt.
Die Autoren können anhand eines Vergleichs von Daten aus verschiedenen Erhebungsgzeitpunkten (1960 und 1970) zeigen, daß eine starke Heterogenität sozialer Merkmale innerhalb eines großstädtischen Standardareals Heiraten zwischen Angehörigen unterschiedlicher Merkmalsgruppen fördert. Überraschenderweise löst diese soziale Mobilität aber einen kompensierenden Konsolidierungseffekt aus, weil sich die Ehepartner innerhalb solcher Areale im Bereich erworbener Merkmale (vor allem der Bildung) wieder angleichen.
Die Individualisierungsthese wird dadurch zwar bestätigt, aber nur auf der Ebene eines durch die lokale Gelegenheitsstruktur der Merkmalsverteilung gleichsam nahegelegten Verhaltens. Die Bevorzugung ähnlicher Partner im Bereich der Bildung deutet dagegen nicht auf Individualisierung im Verhältnis der Ehepartner zueinander hin – zumindest nicht in dem formalen Sinn einer unabhängigen Merkmalsstreuung. Aus anderen Untersuchungen über die Effekte der Bildung auf die Partnerwahl (z. B. *Ziegler,* 1985, 98 f.) ist bekannt, daß die Tendenz zur Homogenität der Partner in erster Linie auf eine »Abschottung« oberer Bildungsschichten gegenüber unteren und mittleren zurückgeht. Man müßte also entweder annehmen, daß ein gehobenes Bildungsniveau Individualisierung bei der Partnerwahl behindert, oder einen anderen – z. B. weniger merkmals- als handlungsbezogenen – Begriff von Individualisierung zugrundelegen. Der makrosoziologische Ansatz von *Blau* u. *Schwartz* (1984) kann zur Lösung dieses Problems wenig beitragen, da er explizit Sozialstruktur mit Merkmalsverteilungen gleichsetzt und zudem die Beziehungen zwischen Areal- und Partnermerkmalen nur auf hohem Aggregatniveau verfolgt. Ob die festgestellten Beziehungen zwischen Merkmalen sich tatsächlich in den Individuen als Merkmalsträgern wiederfinden, bleibt ausdrücklich ausgeklammert (*Blau/Schwartz,* 1984, 105).

Um der Frage der Effekte multipler partieller Mitgliedschaften auf Ehe und Familie mit Mitteln der Netzwerkanalyse nachzugehen, stehen im Prinzip drei Wege offen.

3.2. Egozentrierte Netzwerkdaten

Erstens können auf der Basis egozentrierter Netzwerkdaten die Beziehungen zwischen sozialen Merkmalen anhand der faktischen Beziehungen zwischen Personen (Ego und anderen) analysiert werden. Im Fall einer Ehe liefe das auf einen Vergleich der Partnernetzwerke hinaus, vorausgesetzt, beide Partner werden befragt. Das Ergebnis eines solchen Vergleichs in Gestalt etwa von Homogenitäts- bzw. Heterogenitätskoeffizienten (*Agresti/Agresti,* 1978) läßt sich in Beziehung setzen mit anderen Informationen über Merkmale und Einstellungen der Ehepartner. Mit Hilfe dieses Verfahrens läßt sich die These, eine Kreuzung sozialer Kreise fördere Individualisierung, auf eine relativ einfache und plausible Weise in mikrosoziologische Annahmen über egozentrierte Netzwerke übersetzen.
Beispielsweise ist bekannt, daß soziale Heterogenität unter Netzwerkmitgliedern mehr Verhandlungsgeschick von »Ego« verlangt und seine Kosten für die Netzwerkpflege erhöht. Zugleich senkt sie aber auch das Risiko sozialen Konformitätsdrucks und verbessert die Chancen, Netzwerkkontakte als soziale Brücke zu erstreben, aber für »Ego« schwer erreichbaren Personengruppen zu nutzen (*Burt,* 1984, 303f.). Man würde also erwarten, daß soziale Heterogenität in egozentrierten Netzwerken mit Tendenzen zur Individualisierung von Familienangehörigen positiv assoziiert ist.
Um eine Tautologie zwischen den Konzepten sozialer Heterogenität und relationaler Individualisierung zu vermeiden, sollte Individualisierung nicht nur merkmals-, sondern auch handlungsbezogen operationalisiert werden. Beispielsweise ließe sich die Individualisierungsthese in die Voraussage kleiden, daß mit dem Grad sozialer Heterogenität in egozentrierten Netzwerken von Ehepartnern die gemeinsame Varianz (Kovarianz) in Einstellungsskalen oder bei Netzwerkparametern (Größe, Dichte etc.) sinkt. Sollte nur ein Informant pro Familienhaushalt existieren, dann kann Individualisierung mit gewissen Einbußen an Validität (bezüglich ihres relationalen Charakters) mit Hilfe sozialpsychologischer Skalen zur Messung des Partnerschafts- oder Familienklimas (*Olson* et al., 1983) erfaßt werden.
Allerdings kann niedrige Kovarianz nicht uneingeschränkt als Indikator für Individualisierung dienen. Z.B. ist aus der langen Diskussion über die sog. Bott-Hypothese (*Bott,* 1957) bekannt, daß soziale Unterstützung, die Ehepartner aus dem Kreis ihrer Verwandten, Freunde und Bekannten erhalten, zu einer ausgeglicheneren Machtbalance in der Ehe mit Folgen für die häusliche Arbeitsteilung führen kann. So konnte *Berger-Schmitt* (1986, 139) für die Bundesrepublik zeigen, daß in Ehen eine Tendenz zur Egalisierung der Arbeitsteilung besteht, wenn Frauen relativ stärker von externer sozialer Unterstützung profitieren. Niemand wird in diesem Fall annehmen, daß diese Angleichung der Geschlechter Individualisierungschancen schmälert. Es gilt also bei der Wahl von Indikatormerkmalen im Auge zu behalten, welchen Einfluß sie jeweils auf Freiheitsgrade individueller Lebensgestaltung ausüben.

3.3. Cliquenanalyse

Während bei egozentrierten Netzwerken in der Regel nicht genügend Informationen über die gesamte Struktur des Netzwerks einer Familie vorliegen, kann man bei Fallstudien oder kleineren Schneeballstichproben familialer Nahumwelten davon ausgehen, daß genügend Informationen vorliegen, um die Art der Vernetzung selbst im Rahmen einer Cliquenanalyse zu erfassen. Diese zerlegt einen Graphen in Teilgraphen, die der jeweils gewählten Cliquendefinition (*Kappelhoff,* 1979, 149f.) entsprechen. Verfügt man über die entsprechenden Informationen, so kann man mit *Kadushin* (1968) aus der gegenseitigen Überlappung von Cliquen im Rahmen solcher Netzwerkanalysen auf die Art der Kreuzung sozialer Kreise schließen.
Allerdings zielt diese Analyse nicht auf individuelle, sondern auf strukturelle Aspekte von Netzwerken. Ein Bezug zur Individualisierungsthese ergibt sich erst, wenn Personen auf der Grundlage ihrer Mitgliedschaft in einer oder mehreren Cliquen verglichen werden (*Bonacich,* 1978). Der Annahme gemäß sollte Individualisierung mit der Zahl der Mitgliedschaften einer Person in Cliquen, deren Schnittmengen die Personen mit multipler Mitgliedschaft bilden, der Tendenz nach zunehmen. Der einfachste Index für multiple Mitgliedschaft ist der Außengrad der Matrix der Mitgliedschaften (die Zeilensummen einer binären rechteckigen Matrix, deren Zeilen sich auf Personen und deren Spalten sich auf Cliquen beziehen).
Ein Vorteil der Cliquenbetrachtung besteht darin, daß sich Individualisierung relativ einfach in das Zentralitätsmaß »closeness« übersetzen läßt, das eine Maßzahl zur Charakterisierung der einzelnen Punkte eines Netzwerks und des Netzwerks insgesamt darstellt. Das Maß beruht auf den aufsummierten Pfaddistanzen jedes Punktes zu allen anderen Punkten und indiziert sowohl die Unabhängigkeit eines Punktes von Vermittlungsleistungen anderer als auch die potentielle Effizienz seiner Kommunikation.
Ein möglicher Nachteil dieses Vorgehens aus der Sicht der familiensoziologischen Individualisierungsthese könnte darin liegen, daß die gemessene Unabhängigkeit sich auf alle Mitglieder eines Netzwerks und nicht speziell auf den (Ehe-)Partner bezieht. Zwar wird dieser in der Regel im Netzwerk des anderen auftauchen und damit zur gemessenen Unabhängigkeit beitragen, aber es kann nicht ausgeschlossen werden, daß in bestimmten Fällen große Unabhängigkeit i. S. der »closeness« zusammen mit geringer Individualisierung i. S. etwa des oben erwähnten Kovarianzmodells auftritt. Technisch nötigt diese Möglichkeit zur Verwendung mehrerer konkurrierender Indizes für Individualisierung, theoretisch spornt sie zur weiteren Differenzierung des Konzepts von Individualisierung an.

3.4. Positionale Analyse

Drittens kann die Art der Vernetzung auch positional analysiert werden, d. h. mit Blick auf die strukturelle Ähnlichkeit der Ehepartner in ihren Beziehungen zu Dritten. Die individuellen Aspekte der beteiligten Personen werden innerhalb des positionalen Ansatzes durch »lokale Rollen« (*Mandel,* 1983; *Bender,* 1986) repräsentiert. Eine Analyse der lokalen Rollen von Ehepartnern gibt Aufschluß über ihre

relative Ähnlichkeit untereinander im Vergleich zur Ähnlichkeit jedes der Partner mit allen möglichen anderen Personen oder jedes beliebigen anderen Personenpaars im Netzwerk. Grundlage der Ähnlichkeitsbestimmung sind die Positionen der betrachteten Personen in mindestens zwei, meist mehreren simultan betrachteten Beziehungsnetzen, in denen dieselben Personen je nach Beziehungsinhalt auf verschiedenartige Weise miteinander verknüpft sind. Auch hier müssen also detaillierte Informationen über die Struktur des Familiennetzwerks vorliegen.
In einer Analyse lokaler Rollen müßte sich Individualisierung darin zeigen, daß die Partner – wenn man sich das Ergebnis multidimensional skaliert vorstellt – sich von anderen Personen absetzen, zugleich aber auch eine gewisse Distanz zueinander wahren, ohne daß dies auf einen reinen Geschlechtsrolleneffekt zurückführbar ist. Individualisierung würde sich also in gewissen Unregelmäßigkeiten zeigen, für deren genauere Kennzeichnung allerdings die entsprechenden Untersuchungen und »Eichwerte« fehlen. So ist eine lokale Rollenanalyse zwar sicher das genaueste und rechnerisch aufwendigste Verfahren der Netzwerkanalyse, aber wohl auch das in unserem thematischen Zusammenhang am wenigsten erprobte; oder anders gesprochen: dessen großes Differenzierungsvermögen relativ am wenigsten familientheoretisch unterstützt wird.

3.5. Analyse familialer Lebensformen

Die von *Laumann* (1973) eingeführte Befragung mittels Namensgeneratoren und -interpretatoren bietet eine Möglichkeit, Netzwerkpersonen themenbezogen zu erheben und personenbezogen beschreiben zu lassen. Zur Illustration sei an eine These von *Hoffmann-Nowotny* (1988, 11f.) über die Zukunft der Familie als Lebensform erinnert. Der Autor nimmt an, daß »hybride« Familienformen – d. h. solche, die Elemente von »Gesellschaft« auf der Paarebene mit Elementen von »Gemeinschaft« auf der Generationenebene verbinden – am ehesten vereinbar sind mit individualistischen Lebensansprüchen. Als Beispiel erwähnt der Autor die auf zwei Haushalte verteilte »doppelte Ein-Eltern-Familie«, die nach dem Grundsatz »living apart together« eine reduzierte, der unsicheren emotionalen Fundierung von Partnerschaft aber angemessene Gemeinsamkeit aufrecht erhält.
Mit Hilfe von Namensgeneratoren und -interpretatoren lassen sich diese und ähnliche Thesen anders als bisher prüfen. Statt neue Lebensformen auf Konformität mit oder Abweichung von einem überwiegend normativ-rechtlich verfaßten Familienverständnis zu untersuchen, können die faktisch gelebten Beziehungen als Analysegrundlage dienen. Als Aktivitäts- oder Beziehungsthemen, an denen Familienleben sich konstituiert, kommen neben den klassischen Topoi der Bett- und Tischgemeinschaft verstärkt eine dauerhafte Bindung unter den erwachsenen Partnern und die gemeinsame Verantwortung für Kinder in Frage.
Um zu begründeten Schätzungen zu gelangen, in welchem Ausmaß sich so konzipierte Formen des familialen Zusammenlebens mit konventionell konstruierten Bildern des Familienlebens überschneiden, erscheint es sinnvoll, den Zugang über Namensgeneratoren mit klassischen Familienstandsfragen sowie Fragen nach der Haushaltszusammensetzung zu parallelisieren. Außerdem dürfte es nützlich sein,

dem emergenten Charakter familialen Lebens dadurch Tribut zu zollen, daß die Befragten anhand der von ihnen erstellten Namensliste selbst festlegen, wer nach ihrem Verständnis Mitglied ihrer Familie ist.
Auf dieser Grundlage sollte es möglich sein, einen empirischen Beitrag zur These einer Pluralisierung der familialen Lebensformen zu leisten. Im Hinblick auf eine Überprüfung von Wandlungshypothesen ist allerdings zu berücksichtigen, daß die mögliche Erhöhung der Vielfalt und Verschiebung der Verteilung von Lebensformen zunächst nur das Ergebnis einer veränderten Instrumentenwahl darstellt.

4. Soziale Räume und die Analyse familialer Lebensverhältnisse

Die ökologische Sozialisationsforschung (*Bronfenbrenner,* 1974; *Vaskovicz,* 1987; *Kaufmann/Herlth/Strohmeier,* 1982; *Lüscher/Schultheis,* 1987; *Lüscher* in diesem Band) hat unter einer vorwiegend sozialisationstheoretischen Perspektive die Möglichkeit der Analyse von wohn-gemeindlichen und infrastrukturell bestimmten Umwelten für die Entwicklung von Kindern und das Verhalten von Eltern aufgezeigt. Unter einer eher methodischen Perspektive kann die Analyse des Raumes bzw. der Region in der Familienforschung dazu beitragen, einige zentrale Probleme der Mehrebenenanalyse einer Lösung zuzuführen.
Studien der ökologisch orientierten Sozialisationsforschung (*Vaskovicz,* 1987; *Kaufmann* u. a., 1982) haben gezeigt, welche Bedeutung die Infrastruktur einer Wohngemeinde und die soziale Zusammensetzung der erforschten Gruppen in einer Gemeinde für die Lebensmöglichkeiten von Familie und die Entwicklungschancen von Kindern haben. Ebenso haben Studien zur Stadtsoziologie (*Friedrichs/Häussermann/Siebel,* 1986) herausgearbeitet, wie sehr auch in einem hochentwickelten Industrieland wie der Bundesrepublik Deutschland soziale Ungleichheiten nach Gemeinde und Region variieren können.
Empirische Studien im Bereich der Familienforschung sollten daher in der Lage sein, einen Zusammenhang zwischen der makrostrukturellen Entwicklung einer Gesellschaft und den sozialen Handlungszusammenhängen von Familien herzustellen. Studien, die lediglich verschiedene Dimensionen sozialer Ungleichheit berücksichtigen oder aber ihre Stichprobe so konzipieren, daß die unterschiedlichen Merkmale sozialer Räume zwar erfaßt, aber aufgrund des Anspruches auf bundesweite Repräsentativität zu Durchschnittswerten zusammengefaßt werden, sind demgegenüber kaum in der Lage, die strukturellen Effekte von Region und Gemeinde angemessen zu analysieren.
Z. B. hat *Lüschen* (1988) in einem Vergleich von vier europäischen Großstädten nachweisen können, daß die Verwandtschaftsbesuche innerhalb dieser Großstädte ein höchst unterschiedliches Ausmaß zeigen. Durch eine Replikation dieser Studie hat er auch auf unterschiedliche Entwicklungstendenzen in diesen Großstädten hinweisen können. Dies war nur möglich, weil er nicht das analytische Merkmal »Großstadt versus Kleinstadt« bzw. »Stadt versus Land« als Basis seiner Analyse genommen, sondern konkret die jeweiligen Großstädte miteinander verglichen hat.
Mit der Forderung, Analysen konkreter sozialer Räume durchzuführen, um die

strukturellen Effekte gesellschaftlicher Entwicklung bei der Analyse familiärer Beziehungen zu berücksichtigen, knüpfen wir bewußt an jene Tradition an, die vor dem Aufkommen der empirischen Umfrageforschung schon einmal für die Familienforschung erhebliche Bedeutung gehabt hat. Wie *Devereux* (1979) nachweisen konnte, ist die familiensoziologische Forschung, aber auch die Sozialisationsforschung in erheblichem Umfang aus jener ökologischen Forschung entstanden, deren Ablösung durch die Umfrageforschung *Coleman* als eine Wasserscheide in der empirischen Sozialforschung bezeichnet hat. Jene Forschung scheiterte, so *Devereux,* im wesentlichen daran, daß sie aufgrund fehlender Theorien und fehlender Analysetechniken kaum in der Lage war, die Fülle des erhobenen Materials zu ordnen. Wir gehen davon aus, daß aufgrund der neueren theoretischen Entwicklungen bei der Analyse des Wandels und der Entwicklung von familiären Lebensformen wie aber auch der hier diskutierten empirischen Verfahren sehr wohl die Möglichkeit besteht, die Vielzahl von Informationen bei der Analyse konkreter sozialer Räume theoretisch und empirisch so zu ordnen, daß die Schwächen jener damaligen Ansätze konstruktiv überwunden werden können. In der Sozialgeographie, aber auch im Programm der laufenden Raumbeobachtung der BLVR (BLVR 1988) zeigen sich Entwicklungen, die es sinnvoll erscheinen lassen, wieder an jene Tradition anzuknüpfen.

So weist beispielsweise *Giddens* (1988, 163f.) auf die Untersuchung von *Hagerstrand* (1978) hin, in der dieser auf der Basis umfassender Bevölkerungsstatistiken alle Individuen, die in einer bestimmten Gemeinde gelebt haben und sich in dieses Gebiet hinein- und herausbewegt haben, über eine Periode von ungefähr einem Jahrhundert erfaßt hat. Durch eine Ordnung des Materials im Rahmen von Lebensverläufen und durch die Analyse der familiären und verwandtschaftlichen Beziehungen konnte er nun Interaktionen zwischen Individuen, die sich im Raum und in der Zeit bewegten, rekonstruieren und so Raum-/Zeitkarten einzelner Individuen entwickeln. Die Raum-/Zeitkarten haben für die Familienforschung ein besonderes Interesse, weil die Bewegungen, die die Individuen darin ausführen, in besonderem Umfange von familiären Ereignissen abhängig sind. Angefangen vom Leben des Kindes und des jungen Erwachsenen im Elternhaus über den Auszug und die Neugründung einer Familie oder den Wegzug aus dem jeweiligen Ort lassen sich bei entsprechenden Daten familiäre Biographien und Interaktionsbeziehungen zu anderen Familien im Ort rekonstruieren. Sicherlich reichen die Ansätze von *Hagerstrand* aufgrund seines Rückgriffs auf die Bevölkerungsstatistik nur für eine sehr grobe Klassifikation der Analyse von Familienbiographien und Beziehungen, aber es ist vorstellbar, daß solche Analysen in einer spezifischen Region ergänzt werden durch detaillierte Befragung der dort lebenden Personen über die eigene Familiengeschichte und über ihre aktuellen Beziehungsmuster. Da man im Rahmen solcher Analysen aber eben nicht nur die Bewegungen von Personen in Raum und Zeit nachzeichnen kann, sondern auch die sozialkulturellen Entwicklungen der jeweiligen Gemeinde oder der jeweiligen Region aufgrund sonstiger Datenquellen rekonstruieren kann, ergibt sich die Möglichkeit, sozialstrukturelle Entwicklungen eines sozialen Raumes mit den Bewegungen von Familien und Familienmitgliedern in eine systematische Beziehung zu setzen.

4.1. Der Vergleich kleiner Räume

Vor dem Hintergrund dieses Ansatzes vertreten wir die Auffassung, daß in der Familienforschung der Vergleich von familiären Lebensformen in eindeutig abgrenzbaren Räumen an Bedeutung gewinnen sollte. Durch solche Analysen könnte man den oben kritisierten Strukturbegriff der Umfrageforschung überwinden und Entwicklungstendenzen in unserer Gesellschaft in bezug auf Kindheit, Ehe und Familie in Abhängigkeit von sozialstrukturellen Entwicklungen dadurch analysieren, daß konkret beschreibbare städtische Bezirke, Gemeinden oder auch ländliche Regionen Ausgangspunkt einer Stichprobenziehung sind und so die Möglichkeit geben, zwischen Orientierungsmustern, Beziehungen, Lebensverläufen und umgebenden Räumen theoretisch und empirisch eindeutige Relationen herzustellen.
Je genauer man beispielsweise seine Fragestellung definieren kann, je kleiner die jeweilige Untersuchungsregion gewählt wird, um so größer erscheint die Chance, Teilerhebungen von Untersuchungspopulationen (z. B. junger Familien) so vorzunehmen, daß für sie Raum-Zeitkarten erstellt werden könnten. Der Sinn solcher Untersuchungen ist schon durch ältere familiensoziologische Untersuchungen, wie etwa von *Young* und *Wilmott* (1957) in London gezeigt worden. Auch die Untersuchung von *Kaufmann* und seinen Mitarbeitern (1986) über das Wanderungsverhalten junger Familien in großen Städten und ansatzweise der Vergleich junger Familien in Konstanz und Mannheim von *Lüscher* und *Fisch* (1977) haben das deutlich gemacht. Da man in solchen Untersuchungen die Daten über die soziale und ökonomische Struktur der jeweiligen Gemeinde nicht über die Personen erfragen muß, sondern sie auf der Basis anderer Quellen zusammenstellen kann, umgeht man auch das zentrale Problem vieler Mehrebenenanalysen, in denen strukturelle Daten in der Regel eine mathematische Funktion individueller Daten darstellen. So wird in üblichen Mehrebenenuntersuchungen die Bedeutung der Schichtungsstruktur für bestimmte familiäre Lebensformen dadurch analysiert, daß man über alle befragten Individuen der jeweiligen Stichprobe die Schichtungszugehörigkeit ermittelt und dann entsprechende Gruppenvergleiche durchführt, wobei Gruppierungen, die ja dann individuelles Verhalten erklären sollen, Ergebnis des individuellen Verhaltens derjenigen ist, deren individuelles Verhalten erklärt werden soll (*Hummell,* 1972). Bei der Zusammenstellung solcher struktureller Daten auf der Basis mehrerer Quellen ergeben sich solche Probleme nicht. Darüber hinaus minimieren sich aber auch Fehlerquellen, weil man nicht mehr auf die subjektive Erinnerung der Befragten hinsichtlich der Infrastrukturausstattung und anderer Entwicklungstendenzen des jeweiligen Raums angewiesen ist.
Um solche Analysen in Zukunft zu ermöglichen, entwickelt das Deutsche Jugendinstitut gegenwärtig das Konzept einer regionalen Datenbank. Diese enthält auf Kreisebene Daten der Bevölkerungsstatistik, der Bildungsstatistik, der Wirtschaftsstatistik, der Sozialstatistik, darüber hinaus ausgewählte Indikatoren aus der Jugendhilfestatistik sowie Daten aus dem Bereich des Gesundheitswesens. Ziel ist es, auf diese Weise eine aus unserer Sicht für familiäre Entwicklungen relevante Beschreibung der strukturellen Entwicklungen dieser Gebietskörperschaften der Bundesrepublik zu erhalten.

Eine solche Datenbank kann auf Dauer aber auch die Basis für empirische Untersuchungen darstellen, die nun nicht mehr bundesweit auf der Basis repräsentativ ausgewählter Merkmale Familienanalysen durchführen, sondern Regionen ganz unterschiedlicher struktureller Entwicklungen im Bereich von Familie, Ehe und Kindheit als Erhebungseinheit auswählen, um in diesen ausgewählten Gebietskörperschaften vergleichende empirische Untersuchungen durchzuführen.

4.2. Der historische Vergleich

Die raumorientierten Studien bieten aber nicht nur die Möglichkeit, bestimmte methodische Probleme von Mehrebenenanalysen zu lösen, sondern sie erlauben auch, die Bedeutung sozialhistorischer Veränderungen für die Veränderung familiärer Lebensform in angemessener Weise zu analysieren.
Durch eine Replikation der Middletown-Studie (*Lynd/Lynd,* 1937) konnte *Caplow* u. a. (1982) die Bedeutung der ökonomischen, verkehrsmäßigen und sozialen Veränderungen der familiären Lebensformen und Lebensführungen in dieser kleinen Stadt überzeugend nachweisen. Das gleiche gilt für die Veränderungen innerhalb der Familie, einschließlich innerfamiliärer Formen der Arbeitsteilung, ohne daß *Caplow* dieselben Personen wie die *Lynds* befragen mußte. Denn wenn auch in diesem Falle die meisten Individuen, die die *Lynds* befragt hatten, schon verstorben waren und auch teilweise das empirische Material gar nicht mehr zur Verfügung stand, so existierten natürlich, neben der Gemeinde mit ihrer Struktur, neben den Familien mit ihrer Geschichte natürlich auch noch eine Vielzahl jener sozialstrukturellen Muster, die die *Lynds* schon gefunden hatten und auf deren Basis nun Vergleiche möglich waren.

5. Zusammenfassung

Die Theorieentwicklung im Bereich der Familiensoziologie, aber auch in angrenzenden Gebieten der Psychologie und Pädagogik hat dazu geführt, daß eine ganze Reihe von methodischen Verfahren, die bisher in der Familienforschung noch keine Rolle gespielt haben, eine erhebliche Bedeutung für die Familienforschung gewonnen haben bzw. noch gewinnen werden.
Die historische Analyse von Quellen, Zeitreihenanalyse, Panelerhebungen, replikative Surveys und Ereignisdatenanalyse dokumentieren neben der biographischen Analyse die Möglichkeit, strukturelle Veränderungen familialer Lebensformen wie biographische Entwicklungen im Bereich von Ehe und Familie in angemessener Weise empirisch zu analysieren und dazu beizutragen, Stagnationen der Theorie familialer Entwicklungen, wie man sie beispielsweise in den Familienzyklusmodellen beobachten konnte, konstruktiv zu überwinden.
Verschiedene Formen von Netzwerkanalysen (von egozentrierten Netzwerken bis hin zu Cliquen) machen deutlich, daß auch theoretisch gehaltvolle und anspruchsvolle Hypothesen über den Wandel familialer Beziehungsmuster auf der gesellschaftlichen wie auf der Ebene der Beziehungen innerhalb des Familiensystems in angemessener Weise erfaßt werden können.

Die Weiterentwicklung des ökologischen Ansatzes in der Sozialisationsforschung zu einer genauen Beschreibung von raumzeitlichen Einheiten eröffnet zumindest die Perspektive, angemessene Mehrebenenmodelle zu konstruieren, die die Sozialstruktur mit den Interaktionsbeziehungen von Individuen in angemessene Relation setzen hilft.

Diese drei hier aufgezeigten Entwicklungen, die insbesondere aus den theoretischen Entwicklungen der Familiensoziologie abgeleitet wurden, zeigen aber auch sehr deutlich, daß die in der Familienforschung immer noch zu beobachtende Trennung zwischen qualitativen und quantitativen Methoden keine angemessene Basis für die methodische Weiterentwicklung in diesem Forschungsgebiet darstellen.

Zentrales Problem der hier entwickelten Perspektiven wird es für die nahe Zukunft sein, jene individuellen Verlaufsdaten, die im Rahmen von Retrospektivbefragungen erhoben werden, mit Netzwerkdaten, die soziale Beziehungen und soziales Handeln rekonstuieren, zu verknüpfen und in konkret beschreibbare soziale Räume einzubetten. Obwohl diese Forderung nach Verknüpfung der hier dargestellten Methodenentwicklung theoretisch leicht nachvollziehbar ist, wird es noch ganz erheblicher methodologischer aber auch empirisch praktischer Arbeit bedürfen bis es möglich ist, soziale Räume in der Bundesrepublik zu identifizieren, die nach familiären Lebenslagen hinreichend unterscheidbar sind und mit deren Hilfe es dann möglich ist den Wandel und die Entwicklung von Lebensentwürfen und -biographien von Familienmitgliedern mit ihren sozialen Beziehungen im Rahmen konkreter Räume zusammenzufügen.

In diesem Aufsatz konnten im Grunde genommen nur einige dieser Entwicklungen kurz angedeutet werden. Doch wird es für die Methodenforschung im Bereich von Kindheit und Familie vor allem darauf ankommen, daß durch eine möglichst große Vielfalt der Methodenanwendung die Grenzen und Möglichkeiten der hier vorgestellten Verfahren erprobt werden können. Es wird ferner darauf ankommen, theoretische Klärungen bei der Analyse von Zeit, sozialen Beziehungen und der Mehrebenenproblematik so voranzutreiben, daß sie mit der Methodenentwicklung Schritt halten können.

Literatur

Agresti, A., Agresti, B. F.: Statistical Analysis of Qualitative Variation. S. 204–237 in: *K. F. Schuessler* (Hg.), Sociological Methodology. San Francisco 1978 – *Allerbeck, K. R., Hoag, W. J.*: Jugend ohne Zukunft? Einstellungen, Umwelt, Lebensperspektiven. München, Zürich 1985 – *Beck-Gernsheim, E.*: Vom Geburtenrückgang zur Neuen Mütterlichkeit? Über private und politische Interessen am Kind. Frankfurt 1984 – *Beck-Gernsheim, E.*: Geburtenrückgang und Kinderwunsch. Zur Sozialgeschichte der Mutterschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Habilitationsschrift zur Einreichung an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München 1986 – *Beck-Gernsheim, E.*: Emanzipation und Kinderwunsch. Zur Sozialgeschichte der Mutterschaft im 19. und 20. Jahrhundert. München 1986 – *Bender, D.*: Methodische Probleme beim Vergleich sozialer Netzwerke – Eine Methodenübersicht. Diplomarbeit an der Universität München 1986 – *Berger-Schmitt, R.*: Innerfamiliale Arbeitsteilung und ihre Determinanten. S. 105–140 in: *W. Glatzer/R. Bergerschmitt* (Hg.), Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe. Die alltäglichen Leistungen der Familien und Haus-

halte. Frankfurt, New York 1986 – *Bertram, H., Borrmann-Müller, R.:* Individualisierung und Pluralisierung familialer Lebensformen. Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 13: 14–23, 1988 – *Blau, P. M., Schwartz, J. E.:* Crosscutting Social Circles: Testing a Macrostructural Theory of Intergroup Relation. New York 1984 – *Bonacich, P.:* Using Boolean Algrebra to Analyze Overlapping Memberships. S. 101–115 in: *K. F. Schuessler* (Hg.), Sociological Methodology. San Francisco 1978 – *Borscheid, P., Teuteberg, H. J.:* Ehe, Liebe, Tod. Zum Wandel der Familie, der Geschlechts- und Generationsbeziehungen in der Neuzeit. Münster 1983 – *Borscheid, P., Teuteberg, H. J.:* Wohnalltag in Deutschland 1850–1914. Münster 1985 a – *Bott, E.:* Family Social Network. London 1957 – *Bronfenbrenner, U.:* Wie wirksam ist kompensatorische Erziehung. Stuttgart 1974 – Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, 1987: Informationen zur Raumentwicklung. Räumliche Probleme wirtschaftlicher Benachteiligung. Heft 9. Bonn 1987 – *Burr, W. R.:* Satisfaction with Various Aspects of Marriage Over the Life Cycle: A Random Middle Class Sample. In: Journal of Marriage and the Family, Jg. 32, S. 29–37, 1970 – *Burt, R. S.:* Network items and the General Social Survey. Social Networks 6: 293–339, 1984 – *Caplow, Th.* u. a.: Middletown Families. Fifty Years of Change and Continuity. Minnesota, 1982 – *Coleman, J. S.:* Die asymetrische Gesellschaft. Vom Aufwachsen mit unpersönlichen Systemen. Weinheim 1986 – *Coleman, J. S.:* Social theory, social research, and a theory of action. American Journal of Sociology 91: 1309–1335, 1986 – *Devereux, E. C.:* Psychological Ecology. A Critical Analysis. Cornell University. Ithaca 1977 – *Eckert, R., Hahn, A., Wolf, M.:* Die ersten Jahre junger Ehen. Abschlußbericht des Projekts: Strategien zur Reduktion von Interrollenkonflikten bei berufstätigen Frauen. Inquiry Reports. University of Trier 1988 – *Eckert, R., Hahn, A.:* Abschlußbericht Lebensformen junger Familien. Universität Trier. Unveröffentlichtes Manuskript. Trier 1988 – *Feichtinger, G.:* Altersstrukturen, Lebenserwartung und Familienzyklus – Grundlagen aus der Demographie. In: *L. Rosenmayr* (Hg.): Die menschlichen Lebensalter. Kontinuität und Krisen. München 1978 – *Flandrin, J. L.:* Familien, Soziologie – Ökonomie – Sexualität. Frankfurt 1978 – *Friedrichs, J., Häussermann, H., Siebel, W.:* Süd-Nordgefälle in der Bundesrepublik. Opladen 1986 – *Fröhner, R., Stackelberg, M. v., Eser, W.:* Familie und Ehe. Probleme in den deutschen Familien der Gegenwart. Bielefeld 1956 – *Giddens, A.:* Die Konstitution der Gesellschaft – Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt, New York 1988 – *Glick, P. C.:* The family cycle. In: ASR, 12, 2: 164–174, 1947 – *Hagerstrand:* Survival and Arena. In: *Carlstein* et. al., 1978: Making Secne of Time, Bd. I: Timing Space and Spacing Time. London 1978 – *Harary, F.:* Graphentheorie. München, Wien 1974 – *Held, Th.:* Die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft. 2. Aufl. Grüsch 1983 – *Held, Th.:* Soziologie der ehelichen Machtverhältnisse. Neuwied 1987 – *Höhn, Ch.:* Der Familienzyklus – Zur Notwendigkeit einer Konzepterweiterung. Boppard 1982 – *Hoffmann-Nowotny, H. J.:* Ehe und Familie in der modernen Gesellschaft. Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilagen zur Wochenzeitung Das Parlament 13: 3–13, 1988 – *Horkheimer, M., Fromm, E., Marcuse, H.* u. a. (Hg.): Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung. Paris 1936 – *Hummell, H. J.:* Probleme der Mehrebenenanalyse. Stuttgart 1972 – *Imhof, A. E.:* Die verlorenen Welten. Alltagsbewältigung durch unsere Vorfahren – und weshalb wir uns heute so schwer damit tun. München 1984 – *Jahoda, M., Lazarsfeld, P., Zeisel, H.:* Die Arbeitslosen von Marienthal. Frankfurt 1975. Ursprgl. 1933 – *Kadushin, C.:* Power, influence and social circles: A new methodology for studying opinion makers. American Journal of Sociology 73: 685–699, 1968 – *Kappelhoff, P.:* Zur Strukturanalyse von primären Umwelten. Zeitschrift für Soziologie 8: 145–157, 1979 – *Kappelhoff, P.:* Strukturelle Äquivalenz in Netzwerken: Algebraische und topologische Modelle. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 36: 464–493, 1984 – *Kappelhoff, P.:* Cliquenanalyse. Die Bestimmung von intern verbundenen Teilgruppen in Netzwerken. S. 939–63 in: *F. U. Pappi* (Hg.), Methoden der Netzwerkanalyse. Techniken der empirischen Sozialforschung 1. Band. München 1987 – *Kaufmann, F. X.* u. a.: Familienentwicklung – generatives Verhalten im famialen Kontext. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 4: 523–545, 1982 – *Kaufmann, F. X.* u. a.: Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen. IBS-Materialien Nr. 17. Universität Bielefeld 1984 – *Kaufmann, F. X.:* Regionale Demographie

und regionalwissenschaftliche Analyse (vier Aufsätze). Hg. *Birg, H./Kaufmann, F. X.* Bielefeld 1986 – *Kohli, M.:* Soziologie des Lebenslaufs. Darmstadt 1978 – *Laslett, P.:* The World we have Lost. New York 1965 – *Laslett, P., Wall, R.* (Hg.): Household and Family in Past Time. Cambridge 1972 – *Laslett, P.:* Family Life and Illicet Love in Earlier Generations. Cambridge 1977 – *Laslett, P.:* The Character of Familial History, its Limitations and the Conditions for its Proper Persuit. In: Journal of Family History, Vol. 12, 1987 – *Laumann, E. O.:* Bonds of Pluralism: The Form and Substance of Urban Social Networks. New York 1973 – *Litwak, E.:* The use of extended family groups in the achievement of social goals: Some policy implications. Social Problems 7: 177–187, 1959 – *Litwak, E.:* Occupational mobility and extended family cohesion. American Sociological Review 25: 385–394, 1960 a – *Litwak, E.:* Geographic mobility and extended family cohesion. American Sociological Review 25: 385–394, 1960 b – *Litwak, E.:* Extended Kin Relations in an Industrial Democratic Society. S. 2900–323 in: *E. Shanas/G. Streib* (Hg.), Social Structure and the Family: Generational Relations. Englewood Cliffs, New Jersey 1965 – *Lüschen, G.:* Familial-verwandtschaftliche Netzwerke. Hg. *R. Nave-Herz,* Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, 1988. Stuttgart 1987, 145–172 – *Lüscher, K., Fisch, R.:* Das Sozialisationswissen junger Eltern. Arbeitsbericht Nr. 1 der Projektgruppe Familienforschung an der Universität Konstanz. Konstanz (vervielfältigt) 1977 – *Lüscher, K.* (Hg.): Sozialpolitik für das Kind. 2. Auflage. Hamburg 1984 – *Lüscher, K., Schultheis, F.:* Die Entwicklung von Familienpolitik – Soziologische Überlegungen anhand eines regionalen Beispiels. Hg. *Nave-Herz, R.:* Wandel und Kontinuität der Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1987 – *Lynd, R. S., Lynd, H. M.:* Middletown: A Study in Contemporary American Culture. New York 1929 – *Lynd, R. S., Lynd, H. M.:* Middletown in transition. A study in cultural conflicts. New York 1937 – *Mandel, M.:* Local roles and social networks. American Sociological Review 48: 376–386, 1983 – *Marbach, J.:* Das Familienzykluskonzept in der Lebenslaufforschung. In: *W. Voges* (Hg.): Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung. Opladen 1987 – *Mayer, K. U.:* Lebensverläufe und Wohlfahrtsentwicklung. (Antrag auf Einrichtung und Finanzierung des Sfb 3 »Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik«.) Frankfurt a. M./Mannheim 1978 – *Meulemann, H.:* Jugend als Lebensphase – Jugend als Wert. In: ZfPäd, 1: 65, 1988 – *Mitterauer, M.:* Faktoren des Wandels historischer Familienformen. In: *H. Pross* (Hg.), Familie wohin? 83–124. Reinbek 1979 – *Müller, W., Willms, A., Handl, J.:* Strukturwandel der Frauenarbeit 1880–1980. Frankfurt a. M./New York 1983 – *Nave-Herz, R.:* Familiäre Veränderung seit 1950. Forschungsbericht. Oldenburg 1984 – *Nave-Herz, R.:* Einführung. In: *R. Nave-Herz* (Hg.), Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, 1–10. Stuttgart 1988 – *Olson, D. H., McCubbin, H. I., Barnes, H., Larfsen, A., Muxen, M., Wilson, M.:* Families – What makes them work. Beverly Hills 1983 – *Parsons, T.:* Beiträge zur soziologischen Theorie. Neuwied, Berlin – *Preisendörfer, P.:* »Life Histories«: Neuere Verfahren zur Sammlung retrospektiver Daten, insbesondere Berufsverlaufsdaten. München: SFB 333 (Arbeitspapier) 1987 – *Rollins, B. C., Feldmann, H.:* Marital Satisfaction Over the Family Life Cycle. In: Journal of Marriage and the Family, Jg. 32: 20–28, 1970 – *Rollins, B. C., Cannon, K. L.:* Marital Satisfaction Over the Family Life Cycle: A Revaluation. In: Journal of Marriage and the Family, Jg. 36: 271–282, 1974 – *Rosenbaum, H.:* Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Frankfurt a. M. 1982 – *Schneewind, K. A., Beckmann, M., Engfer, A.:* Eltern und Kinder. Stuttgart 1983 – *Simmel, G.:* Soziologie. Berlin 1968 – *Stone, L.:* The Family, Sex and Marriage in England 1500–1800. London 1977 – *Sussman, M. B.:* The help pattern in the middle class family. American Sociological Review 18: 22–28, 1953 – *Sussman, M. B.:* The isolated neclear family: Fact or fiction? Social Problems 4: 333–340, 1959 – *Thomas, W., Znaniecki, F.:* The Polish Peasant in Europe and America. New York 1958 – *Tilly, Ch:* Family History, Social History, and Social Change. In: Journal of Family History, Vol. 12, Nos. 1–3, 319–330. 1987 – *Tölke, A.:* Möglichkeiten und Grenzen einer Edition bei retrospektiven Verlaufsdaten. Frankfurt a. M./ Mannheim: Sfb 3 (Arbeitspapier Nr. 90), 1982 – *Tölke, A.:* Lebensverläufe von Frauen – Familiäre Ereignisse, Ausbildungs- und Erwerbsverhalten im Kontext des individuellen

Lebenslaufs und der gesellschaftlichen Entwicklung. Frankfurt a. M. (Dissertation) 1987 – *Tuma, N. B., Hannan, M.:* Social Dynamics. Models and Methods. Orlando 1984 – *Vaskovics, L. A.:* Young Adults' And Adolescents' Dependence Upon Parents. Changes and Their Effects on Modern Family Life Cycle? Paper presented at the CFR/CYR-International Seminar »Young People and their Parents«, 14.–16. Sept. 1987 in Freising/Munich 1987 – *Weber, M.:* Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 1. Tübingen 1956 – *Ziegler, R.:* Bildungsexpansion und Partnerwahl. S. 85–106 in: *S. Hradil* (Hg.), Sozialstruktur im Umbruch. Karl-Martin Bolte zum 60. Geburtstag. Opladen 1985

Gitta Scheller

Familienzyklus als Forschungsansatz

1. Einführung

Sowohl in der Wissenschaft als auch im Alltag sind unsere Vorstellungen von »Familie« zumeist statisch. Demgegenüber geht der Familienzyklus als Forschungsansatz von sukzessiven familiendynamischen Veränderungsprozessen aus, d. h. mit seiner Hilfe soll die Familie nicht als ein stationäres oder statisches Gebilde wahrgenommen werden, wie uns unsere Sprache suggeriert, sondern der Familienzyklus bezieht sich sowohl auf die zeitliche Dimension als auch auf interne qualitative Veränderungen von Familien und macht deutlich, daß unter »Familie« je nach der zeitlichen Position im Familienzyklus etwas Unterschiedliches verstanden werden muß (*König,* 1978, 64). Der Dynamik von Familie wird in diesem Ansatz durch eine systemtheoretische Definition von Familie entsprochen. So betont *Schwägler* (1970, 129): »Die Familie wird in der Analyse der Familienentwicklung als ein halbgeschlossenes System und als eine Einheit von interagierenden Personen betrachtet, die von anderen sozialen Systemen weder völlig abhängig noch unabhängig ist« (vgl. auch *Hill, Rodgers,* 1964, 179; *Hill,* 1977, 25ff.).
Es wird weiterhin davon ausgegangen, daß für die Beschäftigung mit der Familie als dynamischem Gebilde – bereits vorab – »eine Art Gerüst der *allgemeinen* Stadien in ihrem Entwicklungsprozeß notwendig« (*Harris,* 1973, 178) ist. Der Phasenverlauf im Familienentwicklungsprozeß ist zumeist durch ganz konkrete Ereignisse, wie z. B. die Geburten der Kinder, bestimmt. Hierfür werden die Begriffe »Modell«, »Phasierung«, »Konzept« oder »Klassifizierung« – zumeist synonym – verwendet. In diesem Aufsatz wird für den Ablauf der Phasen die Bezeichnung »Familienzyklus-Konzept« gewählt.
Den vorhandenen Konzepten liegt die Annahme zugrunde, daß gebildete Phasen qualitative Unterschiede in der Rollen- und Interaktionsstruktur der Familie aufweisen, und daß phasenspezifische familieninterne Unterschiede auf bestimmte Ereignisse im Lebenslauf der Familie zurückgehen (*Hill, Rodgers,* 1964, 178; auf die entwicklungsgeschichtlichen Familienaufgaben geht *Kreppner* ausführlich in diesem Band ein).

2. Familienzyklus-Konzepte

Über die konkreten Einschnitte, d. h. über die Merkmale zur Differenzierung von Phasen, besteht in der soziologischen Familienzyklusliteratur keinerlei Konsens (vgl. *Duvall,* 1957; *Hill,* 1964; *König,* 1974; *Olson, McCubbin,* 1983). Doch im allgemeinen geht man von einem 6 bis 8 Phasen umfassenden Verlauf aus. *Mühlfeld* (1976) unterscheidet z. B.:
1. die Vorbereitungs- und Aufbauphase,

2. den Beginn der Expansionsphase,
3. die Phase der Primärsozialisation,
4. die Phase der Familie mit schulpflichtigen Kindern,
5. die Phase der Adoleszenz,
6. die Spätphase der Adoleszenz der Kinder,
7. die Kontraktionsphase und
8. die Altersphase.

Als endogene Faktoren zur Abgrenzung der Phasen im Familienzyklus werden häufig Ereignisse gewählt, die eine quantitative Veränderung der Personalstruktur zur Folge haben, z. B. die Heirat, die Geburt des ersten sowie aller weiteren Kinder, der Auszug der Kinder aus dem Elternhaus sowie der Tod des einen und schließlich des überlebenden Ehepartners (vgl. *König,* 1978, 61; *Glick,* 1947; *Hill, Rodgers,* 1964,189). Einige Konzepte des Familienentwicklungsverlaufs beziehen sich darüber hinaus auf physische und psychische Reifephasen oder auf sukzessive Altersrollen entweder nur des ältesten Kindes (z. B. *Duvall,* 1957; *Hill,* 1964) oder auf die chronologische Abfolge in den Altersrollen mehrerer Kinder (z. B. *Rodgers,* 1964; vgl. *Mattessich, Hill,* 1987, 444). Hierbei handelt es sich – im Unterschied zu den oben genannten erworbenen – um ausschließlich zugeschriebene Rollen. Der Verwendung dieser Rollen liegt die Annahme zugrunde, daß gesellschaftliche Altersnormen für familienendogene Veränderungen von Bedeutung sind, da sich mit Änderung der Alterspositionen auch Rolleninhalte ändern, und zwar sowohl die der Kinder als auch die der Eltern (*Schwägler,* 1970, 129).

Als exogene Ereignisse sind bisher vorwiegend die Erwerbstätigkeit des Mannes sowie die schulische Plazierung des Kindes zugrundegelegt worden (z. B. *Hill,* 1964; *Duvall,* 1957). Insgesamt werden jedoch exogene Ereignisse als verursachende Bedingungen von familienendogenen Veränderungsprozessen weitgehend vernachlässigt.

Die Vielzahl unterschiedlicher Familienzyklus-Konzepte führen *König* (1976, 117) und *Harris* (1973, 179) auf die jeweiligen Forschungsinteressen zurück (vgl. auch *Hill, Rodgers,* 1964, 262). Ein weiterer Grund ist das Fehlen einer systematischen theoretischen Basis für eine einheitliche Operationalisierung (*Rodgers,* 1964, 263). Grundsätzlich ist festzustellen, daß mit der Konstruktion eines solchen Konzeptes unterschiedliche Zielsetzungen verbunden sein können. So wird der Familienzyklus von einigen Autoren/-innen »als selbstverständliche Normalität unterstellt« (*Kohli,* 1985, 7) und versucht, ihn empirisch nachzuweisen (z. B. *Glick,* 1947). Dagegen wird von anderen Autoren/-innen mehr oder weniger explizit hervorgehoben, daß es sich bei den vorliegenden Konzepten um künstliche Gebilde handelt, die als heuristische Konstrukte zur Analyse der internen Entwicklung von Familien eingeführt werden. So betont *Mühlfeld* (1976):

»Das Konzept des Familienverlaufsprozesses erlaubt uns eine nähere idealtypische Skizzierung der einzelnen Familienphasen und gewährt mit der Identifizierung dieser dynamischen Momente einen konkreten Zugang zur Eruierung familialer Befindlichkeiten, so daß denkbarerweise Abläufe familialer Stabilität und Zeitpunkte hohen Konfliktpotentials ausgemacht werden können, die sich bei einer monolithischen Betrachtung der Familie der Analyse entziehen würden« (148).

Wegen der Fülle vorhandener Untersuchungen kann hier nicht für jede Studie

geprüft werden, welche der genannten Zielsetzungen zugrundeliegt. Im folgenden sollen deshalb entwicklungsgeschichtlich die Varianz der Anwendungsmöglichkeiten und die Spezialisierungsgrade des Familienzyklus skizziert werden. Dies kann jedoch im Rahmen eines solchen Beitrags nur exemplarisch geschehen. Auch kann weder auf theoretische Grundlagen noch auf methodische Probleme im Zusammenhang mit der Erfassung von Familienentwicklungsverläufen ausführlich eingegangen werden (vgl. *Aldous,* 1978; *Duvall,* 1957; *Mattessich, Hill,* 1987; *Hill, Rodgers,* 1964).

3. Forschungsstand und Kritik

Der Zeitpunkt der Entstehung einer dynamischen Sichtweise der Familie wird in der Literatur einheitlich auf das Ende des 19. Jahrhunderts datiert. Zwar existierten zu dieser Zeit bereits erste »familiensoziologische« Studien (*Riehl,* 1855; *Le Play,* 1877), doch wird in ihnen noch nicht explizit auf die Dynamik der Familie eingegangen. Erst Agrarsoziologen (»rural sociologists«) und Ökonomen (*Rowntree,* 1910; vgl. *Sorokin, Zimmerman, Galpin,* 1931; *Loomis, Hamilton,* 1936) stießen bei der Analyse der ökonomischen Lage von Familien und ihrer Veränderung auf den dynamischen Phasenverlauf der Familie. Ihre Studien beinhalten eine grundlegende Änderung der Betrachtungsweise der Familie, nämlich bestimmte Merkmale der Familie in Abhängigkeit von weiteren zentralen Ereignissen im Lebenslauf der Familie zu deuten. Der Hauptbeitrag dieser Arbeiten für die Familiensoziologie liegt – wie *Schwägler* (1970) betont – in der »Entdeckung des Familienzyklus« (56). Deshalb werden Verfasser dieser Beiträge auch als »Wegbereiter« und ihre Studien als »Vorläufer« der nachfolgenden soziologischen Familienzykluskonzepte bezeichnet.

Als erste Arbeit, die eine dynamische Sichtweise der Familie enthält, wird in der Literatur *Rowntrees* empirische Studie über die Armut am Ende des 19. Jahrhunderts in einer Kleinstadt in England genannt (z. B. *Mattessich, Hill,* 1987, 438ff; *Hill, Rodgers,* 1964, 173). Diese Untersuchung wurde 1899 als Querschnittserhebung durchgeführt und hatte das Ziel, die Unterschiede in der ökonomischen Lage von Familien zu erklären. Aufgrund eines empirisch festgestellten regelmäßigen Zusammenfallens bestimmter familiärer Ereignisse mit der Veränderung der ökonomischen Situation von Familien konstruiert *Rowntree* dann einen Phasenverlaufsprozeß. In diesem Verlaufsdiagramm ist die Armut im Lebenslauf der Familie ein mehrfach auftretendes, wiederholbares und zeitlich begrenztes Durchgangsstadium, dessen Beginn und Ende immer mit spezifischen Veränderungen im Lebenslauf der Familienmitglieder zusammenfällt: Einer Phase der Armut, wenn die Kinder jung und von den Eltern abhängig sind, folgt eine Phase des relativen Wohlstands, wenn die Kinder durch ein eigenes Einkommen zum Familieneinkommen beitragen. Wenn die Kinder dann das Elternhaus verlassen und der Familienvater aus dem Erwerbsleben ausscheidet, folgt eine erneute Phase der Armut.

Ferner hat *Rowntree* die in nachfolgenden familienzyklischen Forschungsarbeiten häufig vernachlässigten interdependenten Beziehungen zwischen dem familialen

Lebenslauf und bestimmten gesamtgesellschaftlichen Bedingungen analysiert. So stellt er fest, daß erst unter der exogenen Bedingung eines bestimmten Lohnniveaus des Familienernährers, familiäre Ereignisse zu auslösenden oder kompensierenden Momenten von Armut werden können. Somit ist ein wichtiges Ergebnis seiner Studie, daß nur Familien von ungelernten Arbeitern einen mehrfachen Wechsel von Armut und relativem Wohlstand erfahren.

Weitere Beiträge zum Lebenslauf der Familie in dieser Zeit sind beispielsweise die Arbeiten von *Sorokin, Zimmerman* und *Galpin* (1931), *von Loomis* (1936), *von Loomis* und *Hamilton* (1936) sowie von *Kirkpatrick* (1929) (vgl. *Mattessich, Hill,* 1987; *Rodgers,* 1977).

Hervorzuheben ist, daß die aufgeführten Beiträge, die eine dynamische Sichtweise der Familie beinhalten, den Phasenverlaufsprozeß immer auf bestimmte Familientypen beziehen: auf die Kernfamilien von ungelernten Arbeitern in einer Kleinstadt bei *Rowntree* und auf die ländliche Kernfamilie mit Produktionsfunktion bei *Sorokin, Zimmerman* und *Galpin* oder bei *Loomis* und *Hamilton.* Typisch ist, daß der Phasenverlauf der Familie durch Familiengröße und -zusammensetzung sowie die wirtschaftliche Selbständigkeit der Kinder operationalisiert und stets zur Erklärung der wechselnden ökonomischen Lage der Familien – also als unabhängige Variable – zugrundegelegt und diskutiert wird.

Für einige der aufgeführten Studien gilt ferner, daß der Phasenverlaufsprozeß erst aufgrund empirisch beobachteter Regelmäßigkeiten – sozusagen realtypisch – entwickelt worden ist (z. B. *Rowntree,* 1910). Auch betonen einige Autoren (z. B. *Rowntree,* 1910, 136f.; *Sorokin, Zimmerman, Galpin,* 1931, 30f.), daß der konstruierte Phasenverlauf ein Abbild der sozialen Realität sei und für jede Familie des untersuchten Typs gelte. Wegen der zugrundeliegenden Datenbasis muß jedoch auf Einschränkungen in bezug auf die Generalisierbarkeit ihrer Aussagen hingewiesen werden. So können ihre Darstellungen lediglich als hypothetische, stark vereinfachende und z. T. auch verzerrte Wiedergaben familialer Realität gelten.

Das große Interesse an der ökonomischen Lage der Familie während ihres Lebenslaufs, das in diesen Untersuchungen zum Ausdruck kommt, scheint in Zusammenhang zu stehen mit den allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Problemen in dieser Zeit. So hatte sich infolge der Industrialisierung (verbunden mit einem rapiden Bevölkerungswachstum aufgrund sinkender Kindersterblichkeit und wegen der verbesserten hygienischen Situation) zunächst in England und später auch in den Staaten des Kontinents ein tiefgreifender Wandel in den Lebensformen vollzogen, der von einer Verarmung breiter Bevölkerungsschichten in Stadt und Land begleitet wurde. Eine auslösende Bedingung für die Entstehung der Familienzyklusforschung kann somit in den gravierenden gesamtgesellschaftlichen Veränderungen gesehen werden. Durch sie wurden neue Fragestellungen aufgeworfen, die langfristig einen Perspektivenwechsel in der Familienforschung einleiteten.

Für die zeitlich folgenden Untersuchungen ist typisch, daß die Familienzyklus-Konzepte vorab feststehen und nicht mehr aus dem empirischen Material selbst entwickelt werden. Kennzeichnend ist weiter, daß die vorliegenden Familienzyklus-Konzepte noch differenziert werden. So sind von dem Demographen *Glick* (1947, 1955) zusätzliche Ereignisse zur Phasenabgrenzung eingeführt worden. Sie gelten

einerseits als unabhängige Variablen (vgl. auch *Lansing, Kish,* 1957), andererseits dienen sie als Grundlage für die Beschreibung der zeitgeschichtlichen familiendynamischen Veränderungen. Diese Veränderungen sind ausschließlich über die Verlagerung von Altersmittelwerten, z. B. bei der Heirat und den Geburten, zu erfassen versucht worden. Als wichtigstes Ergebnis ist seiner Studie zu entnehmen, daß die Phase der »nachelterlichen Gefährtenschaft« aufgrund der Abnahme der Kinderzahl, der Verkürzung der Abstände zwischen den Geburten und der gestiegenen Lebenserwartung – historisch gesehen – eine neue Phase darstellt.

Hervorzuheben ist, daß *Glick* (1947, 164) seinen Familienzyklus als Abbild der sozialen Realität betrachtet. So betont er, daß die typische Familie von ihrer Gründung bis zu ihrer Auflösung die Phasen seines Konzeptes in gleicher Reihenfolge durchlaufe. Außerdem unterstellt er sowohl eine stabile Erstehe als auch eine Ehe, die nicht kinderlos bleibt.

Ungefähr zur selben Zeit formuliert *Bossard* (1945) in seinem mathematischen »Gesetz der Familieninteraktion« die Abhängigkeit der Interaktionen zwischen den Familienmitgliedern von der Gruppenstruktur der Familie: Die Familie dehnt sich nicht nur in bestimmten Momenten aus und schrumpft in anderen, sondern außerdem wandelt sich die Zahl der Interaktionsmöglichkeiten (quantitativ) sowie die Dichte der sozialen Beziehungen (qualitativ) in Abhängigkeit von der Familiengröße (vgl. *Bossard, Boll,*1956).

Kennzeichnend für die seit Mitte der 60er Jahre in den USA verstärkt einsetzende Familienzyklus-Forschung ist, daß nunmehr sehr verschiedene Themen zum Familienentwicklungsprozeß empirisch bearbeitet werden. Dies kann als Zeichen für den weiter fortschreitenden Spezialisierungs- und Differenzierungsprozeß der Familienzyklus-Forschung gewertet werden.

In der Bundesrepublik Deutschland sind dagegen nur wenige Untersuchungen durchgeführt worden, die sich auf den Lebenslauf oder einzelne Aspekte des Lebenslaufs der Familie beziehen. Erst seit einigen Jahren wird in der deutschsprachigen empirischen Sozialforschung die Familie verstärkt auf ihre dynamische Struktur untersucht. Der Familienzyklus ist zumeist im Rahmen von Studien über die Familie (z. B. *Wahl* et al., 1980), die familialen Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950 (*Nave-Herz,* 1984 a; *Scheller,* 1985; *Krüger,* 1986; *Nauck,* 1987), das generative Verhalten (*Jürgens, Pohl,* 1975; *Strohmeier,* 1985; *Nauck,* 1987; *Simm,* 1987; *Herlth, Strohmeier,* 1988) sowie den Lebenslauf von Geburtskohorten (*Mayer, Wagner,* 1985; *Tölke,* 1985, 1987) mitbehandelt worden.

Als Methode für die Erhebung von Familienentwicklungsverläufen wird zwar die Längsschnittstudie als geeignet angesehen. Jedoch gibt es – wegen der bekannten Probleme – insgesamt nur wenige Untersuchungen dieser Art. Zumeist beziehen sie sich auf einen Teilabschnitt im Lebenslauf der Familie (z. B. den Übergang vom kinderlosen Ehepaar zur Elternschaft; vgl. ausführlicher *Rossi,* 1968; *Gloger-Tippelt,* 1988). Die Mehrzahl der Studien zum Familienzyklus sind Querschnittserhebungen (z. B. *Olson, McCubbin,* 1983; *Blood, Wolfe,* 1960). Hierbei wurden Familien, die sich zum Erhebungszeitpunkt in verschiedenen Phasen befanden hinsichtlich bestimmter Merkmale, z. B. der Autoritätsstruktur, miteinander verglichen und die erhobenen Daten auf einen hypothetischen Lebenslauf einer Familie

umgedeutet (*Hill,* 1964). Solche Untersuchungen haben den Nachteil, daß nicht präzise zwischen entwicklungs- und generationsspezifischen Unterschieden differenziert und somit der Einfluß bestimmter gesamtgesellschaftlicher Veränderungen auf den Familienzyklus nicht konstant gehalten werden kann (vgl. *Loomis, Hamilton,* 1936; *Hill, Rodgers,* 1964, 203ff.).

Ein zentraler Forschungszweig ist bis heute die Verwendung der Ereignisse und Merkmale in den Familienzykluskonzepten als unabhängige Variablen (*König,* 1976; *Feldman, Feldman,* 1975). In derartigen Studien werden a priori Phasen in der Struktur der Familie als Gruppe angenommen und festgestellte Merkmalsunterschiede auf die jeweilige Phase im Familienzyklus zurückgeführt.

Übereinstimmend haben diese Studien auf die enormen Anforderungen an die Strukturflexibilität der Familie hingewiesen. So konnte beispielsweise gezeigt werden, daß Veränderungen in den Familienzyklen mit einem Wandel anderer familienendogener Merkmale einhergehen, so z. B. der Ehezufriedenheit (*Belsky, Spanier, Rovine,* 1983; *Safilios-Rothschild,* 1967; *Olson, McCubbin,* 1983), der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung (*Krüger,* 1986; *Ryffel-Gericke,* 1983), der Stabilität der Ehe (*Spanier, Lewis, Cole,* 1975), des Tagesrhythmus (*Nave-Herz,* 1984a, 150f.), der Außenkontakte (*Nave-Herz,* 1984b, 57ff.), des Freizeit- und Wohnverhaltens (*Nave-Herz, Nauck,* 1978, 115ff.; *Matthes,* 1978), des Sexualverhaltens (*Landis, Poffenberger, Poffenberger,* 1950), der Autoritätsverhältnisse (*Blood, Wolfe,* 1960, 42ff.), der Kohäsion als emotionale Bindung, die die Familienmitglieder untereinander empfanden (*Olson, McCubbin,* 1983). Bei Kohortenanalysen werden familienzyklische Phasen mit gleicher Rollenstruktur z. B. die Phase der aktiven Elternschaft – verglichen (z. B. *Krüger,* 1986). Erst auf diese Weise kann vermieden werden, familienzyklische Unterschiede mit sozialem Wandel zu verwechseln.

In verschiedenen anderen Untersuchungen werden die familienzyklischen Ereignisse als abhängige Variablen einbezogen. Hierbei wird z. B. geprüft, welche Determinanten bei unterschiedlichen Geburtskohorten das Auszugsalter der Kinder beim Verlassen des Elternhauses beeinflussen (*Mayer, Wagner,* 1985). Daneben sind auch die Zeitpunkte der Eheschließung und Familiengründung in Abhängigkeit von unterschiedlichen Faktoren untersucht worden (*Allen, Kalish,* 1984; *Norton,* 1980; *Cherlin,* 1980; *Hogan,* 1978; *Otto,* 1979; *Galler,* 1979; *Rindfuss, St. John,* 1983; *Norton,* 1980, 1983). Ferner ist auf die normativen Rahmenbedingungen des Rechts- und Wirtschaftsystems als auslösende Bedingungen von Eheschließungen hingewiesen worden (*Nave-Herz,* 1984a; *Scheller,* 1985).

In einigen Untersuchungen im anglo-amerikanischen Sprachraum sind außerdem zeitgeschichtliche und intra-generationale Unterschiede im Familienzyklus in Abhängigkeit von der Kohortenzugehörigkeit, der Rasse, der Ehebiographie (verheiratet, einmal oder mehrmals geschieden, einmal oder mehrmals wiederverheiratet), dem Einkommen und dem Bildungsniveau aufgezeigt und beschrieben worden (*Norton,* 1983; vgl. auch *Scheller,* 1985).

Ein weiterer Forschungsbereich ist die Analyse interner familienzyklischer Abhängigkeitsbeziehungen. So wird z. B. von *Nauck* (1988) die zeitliche Abhängigkeit des nächsten von einem davorliegenden Ereignis im Rahmen einer Untersuchung

über türkische Migrantenfamilien aufgezeigt. Diese Studie weist nach, daß durch die Migration eine zeitliche Verzögerung aller nachfolgenden Geburten eintritt.
Eine weitere Spezialisierung der Familienzyklusforschung stellen die interkulturell (*Morioka,* 1967; *Collver,* 1963) sowie die historisch vergleichenden Analysen zum Familienzyklus dar. In letzteren wird z. B. gezeigt, daß der sukzessive Phasenverlaufsprozeß der Familie sich im Zeitverlauf sowohl in der Stufenabfolge als auch in der Länge der einzelnen Phasen verändert hat (z. B. *Hill,* 1970, zit. bei *Hill,* 1977, 17; *Nave-Herz,* 1984b).
Seit Mitte der 70er Jahre sind verstärkt Beiträge erschienen, die sich – auf unterschiedliche Weise – kritisch mit den in den Familienzyklus-Konzepten implizierten Grundannahmen auseinandersetzen. Gleichzeitig werden damit die Grenzen und Möglichkeiten dieses Forschungsansatzes abgesteckt.
So wird beispielsweise der Vorwurf erhoben, daß die meisten Familienzyklus-Konzepte weder von einer Auflösung der Ehe durch eine Scheidung noch von einer Austauschbarkeit der Familienmitglieder bzw. einer Ergänzung der Familienrollen z. B. durch eine Wiederheirat ausgehen, sondern eine stabile Ehe, die nicht kinderlos bleibt, unterstellen (vgl. ausführlicher die Kritik bei *Höhn,* 1982, 24, 84ff.; *Goode,* 1977). Diese Annahmen sind aber ausschließlich für die traditionelle Kernfamilie typisch. Weiterhin muß mit *Nave-Herz* (1988, 87) betont werden, daß durch eine Ehescheidung zwar die Ehe, nicht aber die Familie zerfällt. Dagegen wird in den Familienzyklus-Konzepten unterstellt, daß die Familie mit Auflösung der Ehe endet.
Viele empirische Untersuchungen sprechen nun dafür, daß das in den Familienzyklus-Konzepten unterstellte Grundmuster familialer Entwicklung, wie Heirat, Geburt von Kindern, Auszug der Kinder aus dem Elternhaus und Tod des einen und dann des anderen Ehepartners, nur in einem bestimmten historischen Zeitraum vorherrschend war und nicht ohne weiteres auf frühere Familienformen übertragbar und auch in der gegenwärtigen Realität, so z. B. nach *Trost* (1974, 1977) für schwedische Familien, nicht unumschränkt gegeben ist. *Mitterauer* (1975) hat dies prägnant formuliert, indem er betont, daß Familienzyklus-Konzepte »an einer ganz bestimmten historisch gewachsenen Familienform orientiert und der sozialen Realität anderer Zeiten nicht unmittelbar adäquat« (253) sind.
So zeigt *Uhlenberg* (1969) in einem Vergleich der Kohorten von Frauen aus Massachusetts, die zwischen 1830 und 1920 geboren sind, daß der Anteil der Frauen einer Geburtskohorte, die dem im Familienzyklus unterstellten sukzessiven Ausdifferenzierungsprozeß der Familie zuzuordnen sind, in dieser Zeit von 20,9 % auf 57,1 % zugenommen hat (415). In einer weiteren Untersuchung über die Geburtskohorten von 1890 bis 1934 berücksichtigt *Uhlenberg* (1974) zusätzlich die Scheidungshäufigkeit. Obwohl sie historisch zugenommen hat, ist im Untersuchungszeitraum der Anteil der Frauen, deren Lebenslauf dem im Familienzyklus unterstellten Phasenverlauf entspricht, noch gestiegen. Die Entwicklung hat also – so kommentiert *Kohli* (1985, 7) diese Ergebnisse – bis zu diesem Zeitpunkt zu einer stärkeren Realisierung des im Familienzyklus unterstellten Verlaufsmusters geführt.
Mitterauer (1975, 1980) weist nach, daß für vorindustrielle Familienformen infolge der hohen Geburtenzahlen, der geringen Lebenserwartung, der hohen Wiederver-

heiratungsquote sowie den z. T. hohen Altersunterschieden zwischen den Geschwistern noch keine klar gegliederten Phasen erkennbar sind.
Die Studie von *Trost* (1977) ergibt, daß der in den Konzepten unterstellte Familienentwicklungsverlauf für schwedische Familien nicht unumschränkt gilt, und etliche der faktischen Familienentwicklungsverläufe von der familienzyklischen Analyse ausgeschlossen bleiben. Nicht berücksichtigt werden vor allem unvollständige Familien (*Trost,* 1974, 1977).
Ihr Anteil hat in vielen Staaten vor allem infolge der gestiegenen Scheidungsquoten zugenommen. Für die Bundesrepublik weisen z. B. Statistiken nach, daß der Anteil der Ein-Eltern-Familien an allen Familien von 9 % im Jahre 1970 auf 12 % im Jahre 1982 gestiegen ist (*Nave-Herz,* 1988, 76).
Von einigen Autoren/-innen wird so das Familienzyklus-Konzept zur Beschreibung und Erklärung familialer Realität abgelehnt, weil es die vorhandene Pluralität von Familienformen verdecke (z. B. *Trost,* 1974, 1977; vgl. auch *Goode,* 1977). In der Literatur ist deshalb kritisiert worden, daß die vorliegenden Konzepte nur die normative, nicht aber die jeweils gegebene Realität von Familie erfassen (vgl. *Höhn,* 1982).
Insgesamt geht aus den Studien hervor, daß es kein über Zeit und Raum gleichbleibendes Grundmuster familialer Entwicklung gibt, sondern daß familiale Lebensläufe einem ständigen historischen Wandel zu unterliegen scheinen. Auch zeigen sie, daß selbst zu einem bestimmten Zeitpunkt immer verschiedene Arten von Familienentwicklungsverläufen nebeneinander gegeben sind. Dies wird aber bislang in den vorliegenden Familienkonzepten kaum berücksichtigt.
Ein anderer Aspekt, der zu Kritik an den Familienzykluskonzepten Anlaß gibt, bezieht sich auf ihre Validität. *Nock* (1979) formuliert folgendes Problem: »There are simply too many dimensions involved in the family life cycle to allow one to determine what the actual cause of change may be« (17). Mit seiner Studie weist *Nock* einen starken intervenierenden Effekt z. B. der »Ehedauer« auf die Unterschiede im Familienzyklus nach.
Auch gegen die Verwendung der vorliegenden Familienzyklus-Konzepte als heuristische Konstrukte können kritische Einwände erhoben werden. So stellen *Spanier, Sauer* und *Larzelere* (1979) fest, daß die Differenzen in den Merkmalsausprägungen der geprüften abhängigen Variablen de facto nicht trennscharf nach den gebildeten familienzyklischen Phasen abgrenzbar sind, und die Phasen im Familienzyklus nur einen geringen Teil der Varianz dieser Variablen erklären. Mit *Weber* (1922) könnte man deshalb behaupten, daß andere als die vermuteten Faktoren im betreffenden Zusammenhang ganz oder teilweise beteiligt waren.
Diese Untersuchung könnte als Beleg dafür angesehen werden, daß die gedachten Zusammenhänge in der Wirklichkeit nicht mehr vorfindbar sind. Der Familienzyklus als Mittel, planvoll die gültige Zurechnung eines Vorganges zu seinen wirklichen Ursachen aus dem Kreise der nach Lage unserer Erkenntnis möglichen zu ziehen, hat damit seine Unwirklichkeit bewiesen (vgl. *Weber,* 1922).
Abschließend läßt sich feststellen, daß – trotz der zuletzt genannten Kritikpunkte – durch die Familienzyklus-Forschung neue Erklärungszusammenhänge über die Familie aufgedeckt werden konnten. Doch müßte – wenn dieser wissenschaftliche

Erkenntnisprozeß fortgeschrieben werden soll – stärker als bisher von einer Gleichzeitigkeit von verschiedenen Familien(verlaufs)typen ausgegangen werden. Eine Möglichkeit, die zunehmende Pluralisierung und Ausdifferenzierung von Familienabläufen zu erfassen, besteht darin, explorativ Familienentwicklungsverläufe zu erheben und aus den beobachteten realen Verläufen zu bestimmten typischen Phasenabfolgen zu gelangen. Dabei wäre zu prüfen, wann in einer gegebenen Gesellschaft sich die Rollen- und Interaktionsstruktur einer Familie wandelt, und inwiefern sub- oder interkulturelle sowie zeitgeschichtliche oder sogar weitere Unterschiede je nach Familienform bestehen. Hierbei könnte sich beispielsweise zeigen, daß Familien heute stärker aufgrund exogener Faktoren ihre Rollen- und Interaktionsstruktur ändern.

Außerdem gibt es in der Soziologie m. W. keinen Ansatz und keine Methode, durch die der Familienzyklus-Ansatz ersetzt werden könnte. Mit der Ereignis- oder Verlaufsdatenanalyse (*Blossfeld* et al., 1986) können zwar zeitbezogene Ereignis- und Zustandswechsel während einer bestimmten Zeitspanne und Verknüpfungen zwischen Ereignissen aus unterschiedlichen Lebenslaufsegmenten analysiert werden. Auch könnten mit Hilfe dieser Methode Ereignisverknüpfungen zwischen Lebensläufen einzelner Familienmitglieder untersucht werden. Aber die qualitativen phasenspezifischen Unterschiede in der Rollen- und Interaktionsstruktur von Familien als Gruppen besonderer Art lassen sich durch diese Methode nicht erfassen. Ihre Analyse bleibt damit bis zu diesem Zeitpunkt exklusiv an den Familienzyklus gebunden.

Literatur

Aldous, J.: Family Careers – Developmental Change in Families. New York 1978 – *Allen, S. M., Kalish, R. A.:* »Professional Women and Marriage«. Journal of Marriage and the Family. 1984, 375–382 – *Belsky, J., Spanier, G. B., Rovine, M.:* »Stability and Change in Marriage Across the Transition to Parenthood«. Journal of Marriage and the Family. 1983, 567–578 – *Blood, R. O., Wolfe, D. M.:* Husbands and Wifes: The Dynamics of Married Living. New York 1960 – *Blossfeld, H.-P., Hamerle, A., Mayer, K.-U.:* Ereignisanalyse: Statistische Theorie und Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Frankfurt, New York 1986 – *Bossard, J. H. S.:* »The Law of Family Interaction«. American Journal of Sociology. 1945, 292–294 – *Bossard, J. H. S., Boll, E. St.:* The Large Family System. An Original Study in the Sociology of Family Behavior. Philadelphia 1956 – *Cherlin, A.:* »Postponing Marriage: The Influence of Young Women's Work Expectations«. Journal of Marriage and the Family. 1980, 355–365 – *Christensen, H. T.,* Hg.: Handbook of Marriage and the Family. Chicago 1964 – *Collver, A.:* »The Family Cycle in India and the United States«. American Sociological Review. 1963, 86–96 – *Cuisenier, J.,* Hg.: The Family Life Cycle in European Societies. Paris 1977 – *Duvall, E. M.:* Family Development. 4. Aufl. Philadelphia: Lipincott 1971 (zuerst 1957) – *Feldman, H., Feldman, M.:* »The Family Life Cycle: Some Suggestions for Recycling«. Journal of Marriage and the Family. 1975, 277–284 – *Friedrichs, J., Kamp, K.:* »Methodologische Probleme des Konzepts ›Lebenszyklus‹«. Soziologie des Lebenslaufs. Hg. *M. Kohli.* Neuwied 1978, 173–190 – *Galler, H. P.:* »Schulische Bildung und Heiratsverhalten«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 1979, 199–213 – *Glick, P. C.:* »The Family Cycle«. American Sociological Review. 1947, 164–174 – *Glick, P. C.:* »The Life Cycle of the Family«. Marriage and Family Living. 1955, 3–9 – *Gloger-Tippelt, G.:* Schwangerschaft und erste Geburt. Psychologische Veränderungen der Eltern. Stuttgart 1988 – *Goode, W. J.:* Die

Struktur der Familie. 2. Aufl., Köln und Opladen 1966 (zuerst 1960) – *Goode, W. J.:* Soziologie der Familie. München 1967 – *Goode, W. J.:* »Family Cycle and Theory Construction«. The Family Life Cycle in European Societies. Hg.: *J. Cuisenier.* Paris 1977, 59–74 – *Haller, M.:* »Lebenszyklus und Familientheorie. Bericht über das XIII. International Family Research Seminar, Paris, 24. bis 28. 9. 1973«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 1974, 148–166 – *Harris, Ch. C.:* Die Familie. Eine Einführung in ihre Soziologie. Freiburg im Breisgau 1973 – *Havighurst, R. J.:* »Research on the Development-Task Concept«. The School Review. 1956, 215–223 – *Herlth, K., Strohmeier, K. P.,* Hg.: Lebensläufe und Familienentwicklung, Opladen 1988 – *Hill, R., Hansen, D. A.:* »The Identification of Conceptual Frameworks Utilized in Family Studies«. Marriage and Family Living. 1960, 299–311 – *Hill, R.:* »Methodological Issues in Family Development Research«. Family Process. 1964, 186–206 – *Hill, R., Rodgers, R. H.:* »The Developmental Approach«. Handbook of Marriage; and the Family. Hg. H. T. Christensen. Chicago 1964, 171–211 – *Hill, R.:* »Social Theory and Family Development«. The Family Life Cycle in European Societies. Hg. J. Cuisenier. Paris 1977, 9–38 – *Höhn, Ch.:* Der Familienzyklus – Zur Notwendigkeit einer Konzepterweiterung. Boppard am Rhein 1982 – *Höhn, Ch.:* »Familienzykluskonzept und Kohortenanalyse«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 1985, 147–164 – *Hogan, D. P.:* »The Variable Order of Events in the Life Course«. American Sociological Review. 1978, 573–586 – *Imhoff, A.:* Die gewonnenen Jahre. München 1981 – *Jürgens, H. W., Pohl, K.:* Kinderzahl – Wunsch und Wirklichkeit. Stuttgart 1975 – *Kaufmann, F.-X., Herlth, A., Quitmann, J., Stimm, R., Strohmeier, P.:* »Familienentwicklung – generatives Verhalten im familialen Kontext«. Demographie. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 1982, 523–545 – *Kirkpatrick, E. L.:* The Farmer's Standard of Livinig. New York 1929 – *König, R.:* Materialien zur Soziologie der Familie. Köln 1974 – *König, R.:* »Soziologie der Familie«. Handbuch zur empirischen Sozialforschung. Familie, Alter. Hg. *R. König.* Bd. 7. 2. Aufl. Stuttgart 1976, 1–217 – *König, R.:* Die Familie der Gegenwart. Ein interkultureller Vergleich. 3. erw. Aufl. München 1978 – *Kohli, M. Hg:* Soziologie des Lebenslaufs. Darmstadt, Neuwied 1978 – *Kohli, M.:* »Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 1985, 1–29 – *Krüger, D.:* »Trends und Tendenzen in der häuslichen Arbeitsteilung unter rollentheoretischer Perspektive«. Hauswirtschaftliche Bildung, 1986, 3–12 – *Landis, J. T., Poffenberger, Th.,* u. *Poffenberger, Sh.:* »The Effects of First Pregnancy Upon the Sexual Adjustment of 212 Couples«. American Sociological Review. 1950, 767–772 – *Lansing, J. B., Kish, L.:* »Family Life Cycle as an Independent Variable«. American Sociological Review. 1957, 512–519 – *Le Play, F.:* Les Ouvriers Europeens. 2. Aufl. Paris 1877 – *Loomis, Ch. P., Hamilton, C. H.:* »Family Life Cycle Analysis«. Social Forces. 1936, 225–231 – *Loomis, Ch. P.:* »The Study of the Life Cycle of Families«. Rural Sociology. 1936, 180–199 – *Lupri, E.:* »Gesellschaftliche Differenzierung und familiale Autorität. Ein interkultureller Vergleich«. Soziologie der Familie. Sonderheft 14 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Hg. *G. Lüschen* u. *E. Lupri.* Opladen 1970, 323–352 – *Marbach, J.:* »Das Familienzykluskonzept in der Lebenslaufforschung«. Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung. Hg. W. Voges. Opladen 1987, 367–388 – *Mattessich, P., Hill, R.:* »Life Cycle and Family Development«. Handbook of Marriage and the Family. Hg.: *M. B. Sussman* u. *S. K. Steinmetz.* New York, London 1987, 438–469 – *Matthes, J.:* »Wohnverhalten, Familienzyklus und Lebenslauf«. Soziologie des Lebenslaufs. Hg. *M. Kohli.* Darmstadt, Neuwied 1978, 154–172 – *Mayer, K. U., Wagner, M.:* Der Auszug von Kindern aus dem elterlichen Haushalt – ein Erklärungsmodell für die Geburtsjahrgänge 1929–31, 1939–41 und 1949–51; Referat vor der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, Arbeitskreis Bevölkerungsökonomie, Berlin 1985 – *Mitterauer, M.:* »Familiengröße, Familientypen, Familienzyklus. Probleme quantitativer Auswertung von österreichischem Quellenmaterial«. Geschichte und Gesellschaft. 1975, 226–255 – *Mitterauer, M.:* »Die Entwicklung zum modernen Familienzyklus«. Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie. Hg. *M. Mitterauer* u. *R. Sieder.* München, 2. neubearb. Aufl. 1980, 64–91 – *Morioka, K.:* »Life Cycle Patterns in Japan, China, and the United States«. Journal of Marriage and the Family. 1967, 595–606 – *Mühlfeld, C.:* Familiensoziolo-

gie. Eine systematische Einführung. Hamburg 1976 – *Mühlfeld, C.:* Ehe und Familie. Opladen 1982 – *Nauck, B.:* Erwerbstätigkeit und Familienstruktur. Eine empirische Analyse des Einflusses außerfamilialer Ressourcen auf die Familien und die Belastung von Vätern und Müttern. München 1987 – *Nauck, B.:* »Lebenslauf, Migration und generatives Verhalten bei türkischen Familien«. Lebensläufe und Familienentwicklung. Hg. *A. Herlth* u. *K. P. Strohmeier.* Opladen 1988 – *Nave-Herz, R., Nauck, B.:* Familie und Freizeit. Eine empirische Studie. München 1978 – *Nave-Herz, R.:* Familiäre Veränderungen seit 1950. Eine empirische Studie. Unveröffentlichter Abschlußbericht. Oldenburg 1984 a – *Nave-Herz, R.:* »Familiäre Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950«. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 1984 b, 45–63 – *Nave-Herz, R.,* Hg.: Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1988, 61–94 – *Neidhardt, F.:* Die Familie in Deutschland. Gesellschaftliche Stellung, Struktur und Funktion. 4. überarb. u. erw. Aufl. Opladen 1975 – *Nock, S. L.:* »The Family Life Cycle: Empirical or Conceptual Tool?«. Journal of Marriage and the Family. 1979, 15–25 – *Nock, S. L.:* »Family Life Cycle Transitions: Longitudinal Effects on Family Members«. Journal of Marriage and the Family. 1981, 703–714 – *Norton, A. J.:* »The Influence of Divorce on Traditional Life-Cycle Measures«. Journal of Marriage and the Family. 1980, 63–69 – *Norton, A. J.:* »Family Life-Cycle: 1980«. Journal of Marriage and the Family. 1983, 267–275 – *Nye, F. I., Berardo, F. M.,* Hg.: Conceptual Frameworks in Family Analysis. New York, London 1966 – *Olson, D. H., McCubbin, H.:* Families: What makes them work. Beverly Hills 1983 – *Otto, L. P.:* »Antecedents and Consequences of Marital Timing«. Contemporary Theories About The Family. Hg. *W. R. Burr, R. Hill, F. I. Nye* u. *I. L. Reiss.* Bd. 1, New York 1979, 101–126 – *Pettinger, R.:* Junge Familien. Zur wirtschaftlichen Situation und zum Haushaltsaufbau »Junger Familien« in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1975 – *Pettinger, R.:* Familienstrukturen im Lebenslauf. Ein Zugang für die Planung in der Familienbildung? Gekürzte Fassung des Referats auf der Fachtagung »Familienbildung. Bestandsaufnahme – Entwicklungen – Modelle am 11. bis 13. 12. 1985 in Rohrdorf, 1985 a – *Pettinger, R.:* Konzepte des Familienzyklus. Demographische und konzeptuelle Annahmen zur Familienentwicklung. Referat auf der Tagung »Lebenslauf und Familie« der Sektion »Familien- und Jugendsoziologie der DGS, 30. 5. bis 1. 6. 1985 b in Bielefeld – *Riehl, W. H.:* Die Familie. 11. Aufl., Stuttgart 1897 (zuerst: 1855) – *Rindfuss, R. R., John, C. St.:* »Social Determinants of Age at First Birth«. Journal of Marriage and the Family. 1983, 553–565 – *Rodgers, R. H.:* »Toward a Theory of Family Development«. Journal of Marriage and the Family. 1964, 262–270 – *Rodgers, R.:* Family Interaction and Transaction: The Developmental Approach. Englewood Cliffs 1973 – *Rodgers, R. H.:* »The Family Life Cycle Concept: Past, Present, and Future«. The Family Life Cycle in European Societies. Hg. *J. Cuisenier.* Paris 1977, 39–57 – *Rossi, A. S.:* »Transition to Parenthood«. Journal of Marriage and the Family. 1968, 26–39 – *Rowntree, B. S.:* Poverty. A Study of Town Life. London 1910 (First Edition 1901) – *Ryffel-Gericke, C.:* Männer in Familie und Beruf. Eine empirische Untersuchung zur Situation Schweizer Ehemänner. Diessenhofen 1983 – *Safilios-Rothschild, C.:* »A Comparison of Power Structure and Marital Satisfaction in Urban Greek and French Families«. Journal of Marriage and the Family. 1967, 345–352 – *Scheller, G.:* »Erklärungsversuche des Wandels im Heirats- und Familiengründungsalter seit 1950. Ergebnisse einer Retrospektivbefragung von unterschiedlichen Eheschließungskohorten«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 1985, 549–576 – *Scheuch, E. K., Sussman, M. B.:* »Gesellschaftliche Modernität und Modernität der Familie«. Soziologie der Familie. Sonderheft 14 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Hg. *G. Lüschen* u. *E. Lupri.* Opladen 1970, 239–253 – *Schwägler, G.:* Soziologie der Familie. Ursprung und Entwicklung. Tübingen 1970 – *Simm, R.:* Partnerschaftsdynamik und Familienentwicklung. Die interne Dynamik von Partner- und Familiensystemen und ihre strukturellen Bedingungen und Folgen. IBS-Materialien Nr. 25, Universität Bielefeld 1987 – *Sorokin, P., Zimmerman, C., Galpin, Ch.,* Hg.: A. Systematic Source Book in Rural Sociology (Bd. IIÖ). Minneapolis. The University of Minnesota Press, 1931 – *Spanier, G. B., Lewis, R. A., Cole, C. L.:* »Marital Adjustment over the Family Life Cycle: The Issue of Curvilinearity«. Journal of Marriage and the Family. 1975, 263–275 – *Spanier, G. B., Sauer,*

W., Larzelere, R.: »An Empirical Evaluation of the Family Life Cycle«. Journal of Marriage and the Family. 1979, 27–38 – *Strohmeier, K. P.:* Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen – Generatives Verhalten im regionalen Kontext. Düsseldorf 1985, Bd. 47 der Schriftenreihe des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen – *Textor, M. R.:* »Erziehung im Familienzyklus«. Die Familie. Beiträge aus verschiedenen Forschungsbereichen. Hg. *M. R. Textor.* Frankfurt a. M. 1984, 129–141 – *Tölke, A.:* Zentrale Lebensereignisse von Frauen. Veränderungen im Lebensverlaufsmuster in den letzten 30 Jahren. Arbeitspapier Nr. 166. Universität Frankfurt und Univertät Mannheim 1985 – *Tölke, A.:* »Historische Ausgangssituation und Veränderungen im Ausbildungs- und Erwerbsverhalten junger Frauen in der Nachkriegszeit«. Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung. Hg. *W. Voges.* Opladen 1987, 389–411 – *Trost, J. E.:* »The Family Life Cycle: An Impossible Concept?«. International Journal of Sociology of the Family. 1974, 37–47 – *Trost, J. E.:* »The Family Life Cycle. A Problematic Concept«. The Family Life Cycle in European Societies. Hg. *J. Cuisenier.* Paris 1977, 467–481 – *Tyrell, H.:* »Zwischen Interaktion und Organisation II – Die Familie als Gruppe«. Gruppensoziologie. Sonderheft 25 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Hg. *F. Neidhardt.* Opladen 1983, 362–390 – *Tyrell, H.:* »Literaturbericht« Nichteheliche Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit. Stuttgart 1985, 93–140 – *Uhlenberg, P. R.:* »A Study of Cohort Life Cycles: Cohorts of Native Born Massachusetts Women, 1830–1920«. Population Studies. 1969, 407–420 – *Uhlenberg, P. R.:* »Cohort Variations in Family Cycle Experiences of U.S. Females«. Journal of Marriage and the Family. 1974, 284–292 – *Voges, W.,* Hg.: Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung. Opladen 1987 – *Wahl, K., Tüllmann, G., Honig, M.-S.,* u. *Gravenhorst, L.:* Familien sind anders. Wie sie sich selbst sehen. Anstöße für eine neue Familienpolitik, Hamburg 1980 – *Weber, M.:* »Die ›Objektivität‹ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis«. Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Hg. *J. Winkelmann.* Tübingen 1985 (zuerst 1922), 146–214

Katja Boh

Besondere Probleme der kulturvergleichenden Familienforschung

1. Einleitung

Seit dem 2. Weltkrieg ist die allgemeine Popularität von kultur- und international vergleichenden Studien angestiegen, und so richtete auch eine wachsende Anzahl von Sozialwissenschaftlern im Bereich der Familienforschung ihr Interesse wieder auf vergleichende Studien zur Familie. Selbst wenn die aktuelle Betonung, die Methodik und die Ergebnisse sich von der evolutionären Analyse des 19. Jahrhunderts unterscheiden, ist die Zielsetzung die gleiche geblieben.
Das hauptsächliche Ziel der vergleichenden Familienforschung ist immer schon gewesen, »to discover propositions about marriage and the family which transcend the boundaries of nations and cultures« (*Hill,* 1962, 426).
Obwohl es heutzutage eine allgemeine Übereinstimmung darüber zu geben scheint, daß viele von unseren interessantesten Problemen im Zusammenhang mit der Familie, ihrer Zusammensetzung und der Organisation des Familienlebens Vergleiche unterschiedlicher Familien in unterschiedlichen Kulturen und Nationen voraussetzen, läßt ein Überblick über die vorhandenen kulturvergleichenden Studien zur Familie erkennen, daß noch sehr viel Ungewißheit darüber besteht, wie dieser Anspruch eingelöst werden kann.
In diesem Kapitel sollen methodologische Probleme untersucht werden, die sowohl bei der Analyse von Veränderungen innerhalb der gesellschaftlichen Makrostruktur auftreten, als auch bei der Analyse von Interaktionsprozessen und Funktionen des sich verändernden Familiensystems. Der Komplexität des Themas kann in einem Kapitel nicht Rechnung getragen werden, da hier nicht alle relevanten Probleme erfaßt werden können. Daher haben wir uns für einige ausgewählte Fragen entschieden, die unserer Meinung nach im Bereich der Familienforschung besonders von Bedeutung sind.
Bevor jedoch die methodischen Probleme insbesondere der kulturvergleichenden Familienforschung im Detail skizziert werden sollen, kann es nützlich sein, zunächst zu definieren, was unter kulturvergleichender Forschung zu verstehen ist, besonders weil in der sozialwissenschaftlichen Literatur vergleichende Forschungsbegriffe wie »cross-cultural«, »cross-national« (*Duijker/Rokkan,* 1954; *Katz/Hyman,* 1954; *Merritt/Rokkan,* 1966) und »cross-societal« (*Marsh,* 1967) oft undifferenziert gebraucht wurden. Neuerdings scheinen sowohl europäische als auch amerikanische Wissenschaftler beim Vergleich von Gruppen verschiedener Kulturen (*Boesch,* 1968; *Scheuch,* 1967), ebenso wie bei Analysen zum frühen sozialen Wandel (*Osmond,* 1981) den Begriff »cross-cultural« (= kulturvergleichend) zu gebrauchen. Der Ausdruck »cross-societal« (= gesellschaftsvergleichend) hingegen wird für systematische und explizite Vergleiche von Daten aus zwei oder mehreren Gesellschaften verwendet (*Marsh,* 1967), während die Verwendung des Begriffes »cross-national«

(= internationalvergleichend) angewandt werden kann, wenn eine Variation der Gruppen im Hinblick auf politische Nationalitäten – aber innerhalb eines Kulturkreises – vorliegt (*Frijda/Jahoda,* 1966; *Boesch/Eckensberger,* 1969).
Der variante Gebrauch der oben angeführten Begriffe ist nicht nur ein semantisches Problem, da der passende Begriff auch von den Kriterien abhängig sein sollte, mit denen eine zu vergleichende Gruppe ausgewählt wird. Jedoch wird dieser Aspekt nicht immer offensichtlich und relevante Kriterien lassen sich oftmals schwer definieren (*Galtung,* 1982), zumal eine Anzahl von vergleichenden Studien zur Familie – besonders die in Europa durchgeführten – sowohl als »cross-cultural« als auch »cross-national« und »cross-societal« definiert werden können.

2. Anmerkungen zur Forschungskonzeption

Ein wirklich lohnendes Ergebnis von »cross-cultural«, »cross-national« und »cross-societal« Forschung und das einzige, was die enormen Kosten für eine derartige Forschung rechtfertigt, ist möglich, wenn das Forschungsvorhaben den Forschern ermöglicht, Hypothesen zu testen, die nur in vergleichender Perspektive getestet werden können (*Berting,* 1982, 14). Unglücklicherweise erreichen viele der sozialwissenschaftlichen Konzepte im allgemeinen und der Familienforschung im besonderen diese »transkulturelle« Qualität nicht. Dies ist wahrscheinlich einer der Gründe dafür, daß Wissenschaftler einige Zweifel haben, ob es überhaupt möglich ist, kulturvergleichende Forschung, welche die notwendigen theoretischen und methodologischen Ansprüche erfüllen würde, durchzuführen. Unsere Antwort lautet »ja«, es ist möglich, aber nur unter bestimmten Bedingungen.
Die Probleme von »cross-cultural«, »cross-national« und «cross-societal« Forschung unterscheiden sich im Prinzip nicht von den Studien innerhalb einer Kultur. Sie unterscheiden sich allerdings primär in dem Sinne, daß Forschungsverfahren in vergleichender Forschung kritischer werden und daß Probleme schwieriger zu identifizieren und zu lösen sind als bei Studien innerhalb einer Kultur bzw. Nation.
Folgen wir der Klassifikation, die *Frey* (1970; siehe ebenfalls *Larzelere/Klein,* 1987) vorgeschlagen hat, so werden drei Arten methodologischer Erfordernisse erwogen. Nach *Frey* wird der Planungsprozeß eines vergleichenden Forschungskonzeptes am stärksten von drei Dimensionen beeinflußt: der Konzeption, dem Planungstyp und der Auswahl des Landes.

2.1. Das Ebenenproblem

R. Hills Überblick über kulturvergleichende Familienstudien weist darauf hin, daß nur sehr wenige Familienstudien den Ansprüchen des Kulturvergleichs entsprechen, denn die Mehrzahl dieser Studien sind »disproportionately on the assessment of the amount of co-variance of two or more variables in family structure and functioning within differing social and cultural contexts« (1962, 448). In diesen Studien versuchen Forscher zu untersuchen, inwiefern Beziehungen zwischen Familienvariablen, die bereits in einer Gesellschaft festgestellt wurden, in einer anderen

Gesellschaft aufrechterhalten werden können. Vorschläge darüber wie z. B. folgende Variablen kovariieren: Autoritätsstrukturen und familiale Aufgabenteilung mit dem »family's occupational setting« in den einzelnen Ländern, die Heiratsform mit dem Grad der Erbschafts- und Verwandtschaftsverpflichtungen in den einzelnen Kulturen, die Umgehensweise mit unehelichen Geburten mit Formen von Familienorganisation in unterschiedlichen Gesellschaften, die Normen zur Regulation vorehelicher Beziehungen mit der Stabilität der Familie in unterschiedlichen Kulturen und die relative Restriktivität oder Permissivität der Heirats- und Scheidungsgesetze mit familialer Stabilität in verschiedenen Ländern, sind nur einige Beispiele von denen *Hill* berichtet.

Derartige Daten können sehr anschauliche Informationen liefern. Es ist z. B. möglich, auf der Basis solcher Daten zu folgern, daß Korrelationen zwischen Autoritätsmustern, Arbeitsteilung in der Familie und »the family's occupational setting« in Ländern A und B positiv ist, aber negativ in den Ländern C und D. Diese Art von Daten sagt allerdings nichts darüber aus, was diese Beziehungen beeinflußt. Warum ist die Korrelation in einigen Ländern positiv und in anderen negativ? Könnte dies patriarchalischen oder egalitären kulturellen Normen zugeschrieben werden oder können Unterschiede anhand einiger anderer Faktoren erklärt werden?

Die primäre Zielsetzung von »cross-cultural« oder »cross-national« und »cross-societal« Forschung ist Erklärung und erfordert daher, daß Beobachtungen auf mindestens zwei Ebenen (Makro- und Mikroebene) und in zwei oder mehreren Systemen durchgeführt werden, so daß Beobachtungen verglichen werden können. Solange wir Kulturen oder Gesellschaften nicht systematisch empirischen Vergleichen unterziehen, können wir die beobachteten Variationen auf der individuellen und familialen Ebene nicht erklären.

Prezeworski und *Teune* argumentieren, daß »the goal of comparative research is to substitute the names of variables for the names of social systems« (1970, 8). Ihre Botschaft besteht darin, daß es nicht genüge, zu wissen, daß sich zwei oder mehrere soziale Systeme hinsichtlich der abhängigen Variablen unterscheiden, sondern daß es auch wichtig sei, zu wissen, wie die Variationen in den abhängigen Variablen mit den Variationen in den Systemen verbunden sind. Oder genauer gesagt, mit den Variationen der Besonderheiten der Systeme. »The pursuit of this issue involves the identification of other differences between the systems which are empirically coincident with the differencies in question and logically or theoretically connected to that differences« (*Lee,* 1987, 61). Die Anwendung des Modernitätskonzeptes kann dabei helfen, diesen Punkt zu erläutern.

2.2. Das Modernitätskonzept

In »cross-cultural«, »cross-national« und »cross-societal« Vergleichen wurden, wenn Veränderungen im Familiensystem (Mikroebene) im Rahmen gesellschaftlicher Systeme (Makroebene) untersucht wurden, Veränderungen in den letzteren oft als »urbanization-industrialization« (*Goode,* 1963; *König,* 1974), »modernization« (*Sussman/Cogswell,* 1972) oder »complexity« (*Winch,* 1979) beschrieben.

Diese Konzepte wurden in sozialwissenschaftlicher Forschung häufig gebraucht und erwiesen sich als besonders nützlich, wenn Veränderungen in der Familie (und anderen sozialen Systemen) als sich linear entwickelnde Systeme, d. h. von traditionellen zu modernen, gesehen wurden. Mit der Übernahme dieser Position wurden Familienstudien in unterschiedlichen Kulturen initiiert, um konvergente Trends im familiären Veränderungsprozeß zu testen (*Goode,* 1954; *Lenero-Otero,* 1977), mit dem Ergebnis, daß der »western type of the conjugal family became the theoretical model, against which actual family patterns and ideal conceptions of the family in different societies were compared« (*Marsh,* 1967, 83). Um diese Unilinearität und Eindimensionalität, welche als Hauptnachteil des Modernitätskonzeptes angesehen wurde, zu überwinden, schlugen Mitglieder des »Cross-National Research Studies on the Family«-Projektes (*Sussman/Cogswell,* 1972) vor, den Begriff »modernization« mittels Anwendung des Optionenkonzeptes zu definieren. Gemäß ihrer Auffassung wird gesellschaftliche Modernität definiert als ». . . the degree to which a society is successful in removing social and structural constraints and in establishing appropriate compensatory mechanisms so that all individuals, regardless of their categorial membership such as age, sex, race, religion, ethnic origin or social class, can have equal access to a wide range of options« (*Safilios-Rothschild,* 1970, 19). Folglich wird familiale Modernität durch eine Vielzahl akzeptabler Familienmodelle und Optionen definiert, die den Menschen zur Verfügung stehen, während individuelle Modernität anhand der individuellen Kompetenz in bezug auf die Verwendung einer Option gemessen wird, die das Individuum nach Bedürfnis und Vorliebe auswählt. »Die gestiegene Zahl der gegebenen Optionen, ihre Verwendung, die erhöhten Fähigkeiten, mit den normativen Forderungen bürokratischer Gesellschaften fertig zu werden, und die Entwicklung der Lebensbereiche dürfen die bedeutsamste Masse der Modernität aus dieser sozialpsychologischen Perspektive sein« (*Scheuch/Sussman,* 1970, 252).

In der soziologischen Familienanalyse bewegen wir uns gewöhnlich in Abhängigkeit von der Beobachtungsperspektive auf verschiedenen Ebenen von »Modernität« oder »Komplexität«. Obwohl selbst in der Familienforschung der Blick auf die familiale Einheit gerichtet ist, müssen alle drei Aspekte der Modernität – gesellschaftliche, familiale und individuelle – berücksichtigt werden, da Modernisierung auf der einen Ebene den Wandel auf anderen Ebenen in vielfältiger und unterschiedlicher Weise beeinflussen kann (*Sussman,* 1969). Wenn eine hohe gesellschaftliche Modernität besteht, überträgt sie sich jedoch nicht automatisch auf die beiden anderen Ebenen. Sowohl Familien als auch Individuen können modern in ihren Einstellungen und Verhaltensweisen sein, ohne jedoch irgendeinen Einfluß auf gesellschaftlichen Wandel zu haben.

Die Drei-Ebenen-Konzeption der »modernity« wurde zuerst im Rahmen der »Cross-National Research Studies on the Family« (*Sussman,* 1974; *Sussman/Brooks,* 1974) von Teilnehmern aus Österreich, Australien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Japan, den Niederlanden, Spanien, USA und Jugoslawien getestet und sie erwies sich als äußerst nützlich.

Erstens, weil die vorgeschlagene Konzeption kulturunabhängig ist und sie die stereotype Vorstellung von Modernität abgeschafft hat. Zum zweiten ist die Kon-

zeption nicht ein-dimensional, denn sie setzt unterschiedliche Variationen auf allen drei Ebenen voraus. Eine Gesellschaft, eine Familie oder ein Individuum kann modern auf einer, mittelmäßig auf einigen anderen und in geringem Maße modern auf weiteren Dimensionen sein. Drittens setzt es nicht voraus, daß gesellschaftliche Modernität notwendigerweise mit dem Grad der industriellen und ökonomischen Entwicklung korrespondieren muß, so daß, wenn der Grad industrieller Entwicklung hoch ist, der Grad der gesellschaftlichen Modernität niedriger sein kann oder vice versa abhängig von strukturellen Charakteristika und Systemzwängen. Viertens, differenziert man zwischen Variationen auf allen drei Ebenen, so erweist sich dieses Modell zur Kontrolle von Variationen innerhalb und zwischen Nationen bzw. Gesellschaften als sehr nützlich. Es wurde als ein interpretativer Rahmen der »cross-national« vergleichenden Forschung über »Changes in Life Patterns of Families in Europe« angewendet und die Daten zeigen deutlich, daß, sofern auf der Systemebene beobachtet (Nation, Staat), alle modernen industrialisierten europäischen Gesellschaften zu einer größeren Diversität familiärer Formen konvergieren. Dies ist als gemeinsames Merkmal familialer Entwicklung in diesen Gesellschaften anerkannt worden, aber zur gleichen Zeit wurden auch große regionale klassen-, kulturelle und subkulturelle Unterschiede beobachtet (*Boh,*1988). Der höchste Grad individueller und familialer Modernität, wenn er anhand der Vielfalt und Verfügbarkeit von Optionen gemessen wird, wird in Gesellschaften erreicht, in denen die Reichweite verfügbarer Optionen den Menschen ermöglicht, ihre Lebensmuster entsprechend ihren Bedürfnissen und ihrem Verlangen zu gestalten.

2.3. Das Kontextargument

Die Diskussion führt uns zu dem mit unserer Fragestellung eng verbundenen methodologischen Problem, welches Wissenschaftler zu der Ansicht kommen läßt, es als »... das methodologische Problem für kausale Erklärungen« (*Mokrzycki,* 1982, 45) zu definieren. Das Problem stellt sich folgendermaßen dar: da die Familie (wie jedes andere soziale Phänomen) mit ihrem sozialen Umfeld durch ein sehr kompliziertes Wechselspiel von Ursache-Wirkungsbeziehungen verbunden ist, muß sie jeweils im Zusammenhang mit dem relevanten gesellschaftlichen System untersucht werden, besonders wenn Familien und familialer Wandel in »cross-cultural«, »cross-national« oder »cross-societal« Perspektive untersucht werden.
Vergleichende Sozialforschung ist nach *Mokrzycki* (1982, 48) definiert als Forschung »... in which the contextual factor is so important that some specific methodological difficulties emerge... What is called a comparative research is in fact a general research strategy developed as a response to the problem of context-boundness.« Die kontextuale Analyse ist eine Forschungsstrategie, die die Beziehung zwischen Variablen auf der gesellschaftlichen Makroebene und Variablen auf der Mikroebene im Bereich von Familie und Individuen untersuchen hilft (*Larzelere/Klein,* 1987).
Im Bereich der vergleichenden Familienforschung gibt es nur wenige Beispiele kontextualer Erörterungen. *Safilios-Rothschilds* Versuch, alle drei Ebenen der Modernität, nämlich die soziale, familiale und individuelle zu verbinden, stellt ein

Beispiel dazu dar. Als weiteres Beispiel ist die »linkage-theory« von *Sussman* anzuführen, die bis jetzt eine der entwickelsten und ausgereiftesten Versuche darstellt, die Makro- und Mikroebenen bei der Familienanalyse und Modernisierung zu integrieren (*Sussman/Brooks,* 1974).
Stolte-Heiskanen (1972) ist der Ansicht, daß sehr wenige Forscher bisher ausreichende Aufmerksamkeit auf das kontextuale Netzwerk gelegt haben und führt dies darauf zurück, daß Familienforscher die Familie noch immer als geschlossenes System von Beziehungen betrachten, d. h. unbeeinflußt von Variablen der gesellschaftlichen Makroebene.
Um den erklärenden Wert der Beziehungen zu unterstützen, schlägt *Stolte-Heiskanen* zwei Strategien zur kausalen Erklärung und Theoriekonstruktion im Bereich vergleichender Familienforschung vor. Der erste Ansatz ist der »limited open approach«, der sich vom »closed system approach« darin unterscheidet, daß die wesentliche Anordnung der Variablen sich auf festeren Boden stützt, »since objective criteria as time sequence, complexity, or degree of generality are more readily available in case of multi-level (i. e. societal and familial) than one-level (only familial) variables« (1984, 43).
Der nächste Schritt zur Öffnung des Familiensystems wäre dann die Analyse zirkulärer oder reziproker Kausalitätszusammenhänge, in denen die Familie nicht mehr nur als eine abhängige Variable, sondern auch als unabhängige Variable behandelt werden würde. Dieses würde die kausale Erklärungsweise auf den Kopf stellen und die Erforschung der Einflüsse des Familiensystems auf den Veränderungsprozeß im gesellschaftlichen System erlauben.

3. Zum Forschungsdesign

Der Anspruch an Kontext-Eingebundenheit impliziert auch andere methodologische Konsequenzen, mit denen wir uns hier kurz befassen wollen. Sozialwissenschaftler mit Erfahrungen in vergleichender sozialwissenschaftlicher Forschung haben immer wieder festgestellt, daß kulturvergleichende Studien mehr als jeder andere Forschungstyp einen theoretischen Bezug und eine Konzeption auf jedem und allen Schritt(en) der Forschungsoperation erfordern.
Almond und *Verba* (1964) sind der Ansicht, daß ein möglicher methodologischer Vorteil von kulturvergleichenden Studien darin besteht, daß viele der Forschungsprobleme, die innerhalb einer Kultur oder Nation möglicherweise ignoriert werden können, jetzt explizit aufgedeckt werden müssen.
In einer »normalen« Forschungssituation, wenn Forscher eine Untersuchung innerhalb ihrer eigenen Kultur oder Nation übernehmen, wird gewöhnlich angenommen, daß sie wissen, welche Merkmale die Systeme aufweisen und daß sie wenigstens einige vage theoretische Ideen ihrer Beziehungen haben. Die Situation ändert sich grundlegend, wenn der Forscher in ein kulturvergleichendes Forschungsvorhaben einbezogen ist. Um ein sinnvolles theoretisches Forschungskonzept für vergleichende Forschung auszuarbeiten ist es nämlich notwendig, daß sich der Forscher zunächst ein fundiertes Wissen über die Besonderheiten der Systeme aneignet,

welches in die Forschung miteinbezogen wird. Dies ist überhaupt nicht einfach. Die Ausführung eines wahrhaft kontextualen Forschungsplans erfordert umfassende Gesamtdaten, welche allerdings, wie *Barnes* bezüglich der international vergleichenden Studie zur politischen Partizipation berichtet, »were not available and could not be collected within the constraints of a limited study, of at all« (1979, 22). Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, wurden Vorschläge zur Übernahme einer Serie von Studien in mehreren Ländern gemacht, »that may be the base of future macro-sociological international comparative studies« (*Berting,* 1982, 9). Im Bereich der vergleichenden Familienforschung ist eine derartige Leistung von Forschern innerhalb der international vergleichenden Forschungsstudie über »Changes in Life Patterns of Families in Europe« erzielt worden. Sie begannen ihre vergleichende Studie, indem sie verfügbare Informationen auf nationaler Ebene sammelten (statistische und Forschungsdaten), um relevante Informationen über jedes Land zu gewinnen, das in dieser vergleichenden Forschung vertreten war. Die Informationen wurden dann in Form von nationalen Hintergrundberichten vorgelegt, um als Basis im Rahmen dessen, was als vergleichender Ansatz zur Untersuchung familiärer Muster definiert wurde, zur Verfügung zu stehen.
Ein derartiger Ansatz läßt vergleichende Forschung natürlich zu einem extrem schwierigen und zeitaufwendigen Verfahren werden, was den Forschungsprozeß für ein oder sogar mehrere Jahre verzögern kann. Dies ist wahrscheinlich ein sehr wichtiger Grund dafür, daß in »cross-cultural«, »cross-national« und »cross-societal« Familienforschung (wie auch in allen anderen Forschungsbereichen) mit einigen Ausnahmen nicht der makro-soziologische Ansatz, sondern mikro-soziologische Studien, die sich auf intra-familiäre Prozesse konzentrieren, dominieren (*Christensen,* 1964; *Hill,* 1980; *Howard,* 1981).

3.1. Das »cross-sectional-design«

Die Bevorzugung der mikro-soziologischen Orientierung in vergleichender Familienforschung ist mit der Vorliebe für nationale Samples und dem Einsatz von Umfragen und Fragebögen verbunden. Dies kann anhand einer Reihe von kulturvergleichenden Studien des »Vienna Centre« (= European Coordination Center for Research and Documentation in Social Sciences) illustriert werden. Ein Überblick über diese Studien zeigt, daß die meisten von ihnen sich auf Vergleiche von Querschnittsstudien (= cross-sectional Studies) beschränken. *Frey* (1970, 175–187) versuchte die breite Skala von »cross-sectional« Ansätzen zu rechtfertigen, indem er anführt, daß eine große Menge an Informationen mit dieser Methode erzielt werden können. Dies kann ein gültiges theoretisches und methodisches Argument sein, um die Querschnittsstudien zu legitimieren, es gibt aber außerdem einige Beweise dafür, daß die Vorliebe für diese Art von Forschungsvorhaben andere, nämlich praktische Gründe haben kann.
Den Hauptkritikpunkt, den Forscher (*Peschar,* 1982, 59f.) für die Vorliebe für »cross-sectional« Forschungskonzepte anführten, besteht darin, daß die Auswahl dieses Designs gewöhnlich nicht durch eine adäquate Theorie geleitet ist. Sie kann eine geeignete Strategie für beschreibende Studien darstellen, aber kausale Erklä-

rungen sind mit ihrer Hilfe nicht zu gewinnen. Jeder Forscher, der mit vergleichender Sozialforschung beschäftigt war, weiß allerdings, daß ein »cross-sectional« Konzept der einfachste Weg ist, um Daten in einem vergleichenden internationalen Netzwerk zu sammeln. Nicht nur wegen der hochstandardisierten Techniken, sondern auch und in erster Linie deshalb, weil es nicht zur Kooperation mit Kollegen aus anderen Ländern zwingt. Man kann die endlosen und schwierigen Diskussionen über theoretische Fragen vermeiden und Entscheidungen über die Möglichkeiten der Analyse und Interpretation der Daten bis nach der Sammlung der Daten zurückstellen.

Sozialwissenschaftler vertreten unterschiedliche und manchmal gegensätzliche Ansichten, was den Gebrauch von »cross-sectional« Konzepten angeht. Einige Autoren argumentieren, daß ein derartiges Verfahren nicht notwenigerweise einen Nachteil darstellt, und daß es nicht ernsthaft den theoretischen Wert und das Ergebnis der Forschung beeinflussen würde (*Szalai/Petrella,* 1977), sofern die Forschung sorgfältig koordiniert und geplant wurde, während andere der Ansicht sind, daß »good organization cannot compensate for bad strategy and research design« (*Peschar,* 1982, 60) und darauf bestehen, daß theoretische Fragen den Vorrang vor Entscheidungen bezüglich des Forschungsplans und des Gebrauchs von geeigneten Verfahren haben.

Durch die Anwendung von »cross-sectional« Konzepten kann man tatsächlich eine ganz große Anzahl an Informationen sammeln, aber es muß angemerkt werden, daß die meisten der Daten unausgewertet bleiben (*Szalai,* 1972, 29). Dies erwies sich auch als eines der schwierigsten technischen Probleme, mit denen das Forschungsteam des »cross-national-project« über »Changes in Life Patterns of Families in Europe« konfrontiert war. Nationale Daten aus 14 europäischen Ländern konnten nicht allesamt ausgetauscht und verarbeitet werden. Das Ergebnis war, daß die meisten der Umfragedaten niemals in »cross-national« vergleichender Perspektive analysiert wurden.

Dies ist ein ernsthafter Nachteil des gesamten Vorhabens, welcher klar und deutlich in den Kapiteln des in Kürze erscheinenden Buches reflektiert wird (*Boh* et al., 1988), in dem nur wenige der zur Interpretation erhobenen Umfragedaten zum Zweck vergleichender Forschung analysiert werden konnten.

3.2. Sekundäranalyse

Ein anderer Ansatz innerhalb der vergleichenden Familienforschung besteht in der Analyse bereits erhobener Daten. Diese Methode galt schon immer als typisch für die historische Familienanalyse und wurde, besonders seit der Einrichtung von umfassenden Datenarchiven in Europa und in den Vereinigten Staaten, auch oft von Soziologen angewandt. In diesem Zusammenhang ist das »Inventory of Research in Marriage and Family Behavior of the University of Minnesota« zu erwähnen (*Hill/Hanse,* 1960; *Hill/Katz/Simpson,* 1957; *Katz/Hill,* 1958). Diese Einrichtung ist mit einem Kodifikationsprogramm aller abgeschlossenen (und in englischer Sprache veröffentlichten) Familienforschungen verbunden, um einen ordentlichen und systematischen Überblick über Forschungsstrategien, Ergebnisse und theoretische

Vorschläge aus diesen Ergebnissen zur Verfügung zu stellen. Diese Methode ist jedoch auch nicht unproblematisch. Zuallererst basieren Sekundäranalysenvergleiche ex post auf Daten, die nicht zum Zweck vergleichender Forschungszwecke erhoben wurden. Die erwünschten Daten sind oftmals nicht verfügbar und selbst wenn sie verfügbar sind, können sie in verschiedenen Ländern von unterschiedlicher Qualität sein. Es ist oft schwierig, den Anspruch an Repräsentativität des Samples oder Verallgemeinerungen aus Forschungsergebnissen überzeugend zu vertreten. Forscher, die sich auf sekundäre Daten wie Zensus, Volkszählung, demographische und Umfragedaten stützen, müssen sich oftmals mit unzureichender Beschreibung der Information über das untersuchte Phänomen auseinandersetzen, und viele Familienforscher haben daher die Erfahrung gemacht, daß diese Daten gewöhnlich keine relevanten Informationen für Familienforscher bieten.
Es gibt viele Beispiele, in denen Sekundäranalyse-Daten in vergleichender Familienforschung angewendet wurden, und trotz der oben beschriebenen Schwierigkeiten scheint es, daß Aussagen von bestimmter theoretischer Bedeutung mit einiger Erfindungsgabe getestet werden können. *Christensen* (1960) wendete eine in den USA entwickelte Methode, die den Namen »record linkage« trägt, auf Sekundärdaten in Utah, Indiana und Dänemark an, welche Heiratsdaten, Daten zur Geburt des ersten Kindes und ob ein Rekord in Ehescheidungen bestand oder nicht, miteinschloß. Dieses Vorgehen erlaubte ihm die Kovarianz vorehelicher Empfängnis und nachfolgender Scheidung in diesen drei Ländern zu untersuchen.
Ein neuer Ansatz wird von Teilnehmern eines laufenden international vergleichenden Forschungsprojektes über »Childhood as a Social Phenomen« angewandt. Unter Berücksichtigung der theoretischen und methodologischen Probleme und der Kosten, die mit einem vergleichenden Forschungsvorhaben verbunden sind, entschieden sich diese Forscher für die Analyse verfügbarer Sekundärdaten (Zensus, demographische Daten, Umfrage, Dokumente) welche sie, sofern sie wollen und wann immer es möglich ist, neu ordnen und auf eine Weise aufbereiten, die ihnen ermöglicht, adäquatere Informationen über das Untersuchungsthema zu erhalten.

4. Funktionale Gleichwertigkeit und Forschungsobjekt

Es hat den Anschein, daß keinem Problem in vergleichender Forschung bisher so viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde, wie den Problemen im Zusammenhang mit dem Anspruch an funktionale Gleichwertigkeit – das Kernproblem vergleichender Forschung. »The question wether functional equivalence can be sufficiently reached or not is crucial for the success of any comparative investigation« (*Niessen*, 1982, 89).
Wir wollen in diesem Kapitel allerdings nicht versuchen, einen Bericht über Gleichwertigkeitsüberlegungen zu geben, die mit allen Teilen der Forschungsprozedur verknüpft sind: mit dem Forschungsplan, den Forschungsinstrumenten, dem Sample, der Feldarbeit, der Dateninterpretation und den vielfältigen Methoden und Techniken, die angewendet wurden, um diese Probleme zu lösen. Die Fragen der funktionalen Gleichwertigkeit sind für alle Arten kulturvergleichender Forschung

ähnlich gelagert und sie sind zum wiederholten Male in aller Ausführlichkeit in der jeweiligen Literatur diskutiert worden, so daß deshalb auf diese hier allein verwiesen werden soll: *Berting/Geyer/Jurkovich,* 1979; *Brislin/Lonner/Thorndike,* 1973; *Deutscher,* 1968; *Holt/Turner,* 1970; *Przeworski/Teune,* 1970; *Rokkan,* 1970; *Smelser,* 1976; *Szalai/Petrella,* 1977; *Boersch/Eckensberger,* 1969).

5. Die Auswahl der Länder

Wir haben die Diskussion zum Thema »Auswahl der Länder« nicht an das Ende dieses Aufsatzes gelegt, weil wir sie im Gegensatz zu anderen Forschungsschritten als weniger wichtig betrachten, sondern weil die Entscheidungen über die Länderauswahl und die Auswahl von »nation-state« (zur Bedeutung der Begriffe »nation«, »nation-state« und »country« siehe *Galtung,* 1982, 17) im Zusammenhang mit einer »cross-cultural« oder »cross-national« Studie mehr als jedes andere bislang diskutierte Problem die Kluft zwischen dem, was in wissenschaftlicher Hinsicht optimal ist auf der einen Seite und dem, was machbar ist andererseits, widerspiegelt.
Frey verweist auf vier Strategien in bezug auf die Länderauswahl. Die erste betrifft die administrative Bequemlichkeit, die zweite besteht darin, die Ähnlichkeit zu maximieren, die dritte darin, die Diversität hinsichtlich der Dimensionen zu maximieren und die vierte gibt vor, daß die Auswahl der Länder auf der Basis einer »factorial matrix« einschließlich aller relevanten Dimensionen vorgenommen werden soll (1970, 199).
Obwohl die letzten drei genannten Strategien im Gegensatz zur ersten Strategie von theoretischen Überlegungen geleitet sind, haben wir viele Beispiele dafür, daß das erste Kriterium am häufigsten angewendet wird. In den meisten der vergleichenden Studien (sowohl zur Familie als auch in anderen Bereichen) werden Entscheidungen darüber, welches Land in die Forschung miteinbezogen werden soll, nicht so sehr von wissenschaftlichen Kriterien beeinflußt, sondern von Bequemlichkeitskriterien, dem Grad der Leichtigkeit, mit dem man an Daten gelangen kann, von der Fremdsprachenerfahrung, existierenden Netzwerken, mit denen Forschungskooperation möglich ist oder von »diplomatischen« Gründen. Im Rahmen des kooperativen Forschungstyps (an dieser Stelle nehmen wir Bezug auf *Rokkans* Klassifikation »of cross-national research as to the level of internationalization«.) haben selbst Teilnehmer, die die Untersuchung initiierten, sehr wenig Einfluß auf die Auswahl der Länder. Ausschlaggebend ist die Bereitschaft und das Interesse nationaler Teams. Auch wenn theoretische Argumente zur Einbeziehung einiger und zum Ausschluß anderer Länder führen können, ist dies meines Wissens nach niemals geschehen, weder durch einzelne Forscher noch durch internationale Organisationen. Die Partizipation eines nationalen Teams an einer »cross-national« Forschung ist freiwillig oder wie *Verba, Nie* und *Kim* (1978) es in der Einführung ihres Buches formulieren: »Some countries withdrew while others joined during the various stages of the project, apparently without a clear rationale.«
Die Auswahl eines Landes für vergleichende Forschungszwecke wird zu einer kritischen Angelegenheit, wenn Länder oder »nation-states« als interpretativer Rahmen zur Erklärung von Ähnlichkeiten und/oder Unterschieden herangezogen

werden. In der Forschung geht es nicht nur um die Frage, eine Anzahl von Nationen miteinander zu vergleichen. Die unterschiedlichen Nationen müssen gut ausgesucht werden und man muß wissen, welche Variablen man benötigt, um Vergleiche durchführen zu können. In vergleichenden Familienstudien denken wir oft an die deutsche Familie, die französische Familie oder die ungarische Familie, als wenn diese klar definiert wären und einheitliche Typen darstellen würden, unverwechselbar untereinander und in bezug zu allen anderen Familien in unterschiedlichen Ländern. Tatsächlich wissen wir, daß in den heutigen pluralistischen Gesellschaften eine große Vielfalt von Familientypen in jedem dieser Länder vorzufinden ist und auch Variationen innerhalb eines Landes. Es ist allerdings sehr wahrscheinlich, daß wir mit derselben Verfahrensweise hinsichtlich der Länderauswahl im Rahmen vergleichender Forschungszwecke fortfahren, und zwar deshalb, weil die Welt derartig organisiert ist. Ein möglicher Weg um die vielen Schwierigkeiten, die mit der Länderauswahl verbunden sind, zu umgehen und die vielen Fehler, die durch die Auswahlprozedur in die Forschung eingeführt werden, zu überwinden, besteht in einer Fülle von beschreibendem Wissen über das Land oder der/dem »nation-state«, die in die vergleichende Forschung eingebunden sind (*Scheuch,* 1988, 19).
Zum Abschluß meines Kapitels über ausgewählte methodologische Probleme in »cross-societal«, »cross-national« und »cross-cultural« Familienforschung möchte ich den Leser noch einmal an die Schwierigkeiten, die mit diesem Forschungstyp verbunden sind, aber auch an dessen große Wichtigkeit und gewaltigen Vorteile zur Konstruktion von erklärender Theorie im Bereich von Eheschließung und Familie erinnern. Forscher müssen lernen, daß eine vergleichende Forschung immer einen Kompromiß zwischen dem Optionalen und dem Machbaren, dem Wünschenswerten und dem Möglichen darstellt. Aber dies bedeutet bestimmt nicht, daß das Machbare und das Mögliche nicht an hohe theoretische und methodologische Standards heranreichen können. Gerade die Schwierigkeiten zu überbrücken und die erforderlichen Standards in dieser spezifischen Forschungsrichtung zu erreichen, ist das, was eine vergleichende Forschung zu einem herausfordernden Unternehmen werden läßt.

(Aus dem Englischen übersetzt von *Petra Scheibler,* Oldenburg)

Literatur

Almond, G. A., Verba, S.: The Civic Culture. Boston 1964 – *Allardt, E.:* Development, Growth and Modernization. Paper prepared for the International Sociological Conference on Modernization at the Polish Academy of Sciences, Warschau 1972 – *Barnes, S.* et al.: Political Action. Mass Participation in the Western Democracies. Beverly Hills/London 1979 – *Berting, J.:* »Why Compare in International Research? Theoretical and Practical Limitations of International Research.« International Comparative Research. Problems of Theory, Methodology and Organisation in Eastern and Western Europe. Hg. *M. Niessen* u. *J. Peschar.* Oxford/New York 1982, 5–16 – *Berting, J., Geyer, F., Jurkovich, R.,* Hg.: Prolblems in International Comparative Research in the Social Sciences. Oxford 1979 – *Blumberg, R. L., Winch, R. F.:* »Societal Complexity and Familial Complexity – Evidence for the Curvilinear Hypothesis«. The American Journal of Sociology. 77. Jg. 1972 – *Boesch, E. E.:* Problems and

methods in cross-cultural research. UNESCO expert meeting on cross-cultural research in child psychology. Bangkog 1958, 26. Aug. bis 6. Sept. – *Boesch, E. E., Eckensberger, L. H.:* »Methodische Probleme des Interkulturellen Vergleichs«. Handbuch der Psychologie. Hg. *C. F. Grankrann.* 7. Bd. 1. Halbbd. Sozialpsychologie. Göttingen 1969 – *Boh, K., Bak, M.,* et al., Hg.: Changing Patterns in European Family Life. Beckenham 1988 – *Boh, K.:* »The European Life Patterns – a Reappraisal«. Changing Patterns in European Family Life. Hg. *K. Boh* u. *M. Bak* et al. Beckenham 1988 – *Brislin, R. W., Lonner, W. J., Thorndike, R. M.:* Cross-Cultural Research Methods. Comparative Studies in Behavioral Science. New York 1973 – *Christensen, H. T.:* »The method of record linkage applied to family data«. Marriage and the Family Living. 20. Jg. 1958, 38–43 – *Christensen, H.:* »Development of the family field study«. Handbook of marriage and the family. Hg. *H. T. Christensen.* Chikago 1964 – *Deutscher, J.:* »Asking Questions Cross-Culturally: Some Problems of Linguistic Comparability«. Institutions and the Person. Hg. *H. Becker* et al. Chicago 1968, 318–341 – *Duijker, H. C., Rokkan, S.:* »Organizational aspects of cross-cultural research«. J. Sociological Issues. 10. Jg. 1954, 8–24 – European Coordination Centre for Research and Documentation in Social Sciences: Changes in Family Patterns since World War 2. National Reports. Vienna 1982/4 – *Frey, F. W.:* »Cross-Cultural Survey Research in Political Science«. The Methodology of Comparative Research. Hg. *R. T. Holt* u. *E. J. Turner.* New York 1970, 173–294 – *Frijda, N., Jahoda, G.:* »On the scope and methods of cross-cultural research.« International Journal of Psychology. 1966, 109–127 – *Galtung, J.:* »On the Meaning of ›Nation‹ as a variable«. International Comparative Research. Problems of Theory, Methodology and Organisation in Eastern and Western Europe. Hg. *M. Niessen* u. *J. Peschar.* Oxford/New York 1982, 17–34 – *Goode, W. J.:* »World revolution and family patterns«. New York 1963 – *Haavio-Mannila, E.:* Comparative Research – Guiding Principles and Practical Experiences. Paper presented at the IVth Training Seminar in Cross-cultural Comparative Family Research. Finland 1984 – *Haranne, M., Allardt, E.:* »Attitudes Toward Modernity and Modernization: An Appraisal of an Empirical Study«. Research Reports. Helsinki 1974 – *Hill, R.:* »Cross-National Family Research: Attempts and Prospects«. UNESCO International Social Science Journal. 14. Jg. 1962, 425–451 – *Hill, R.:* »Status of research on families«. The status of children, youth and families. Hg. *J. A. Calhoun, E. H. Grotberg* u. *W. R. Rackley.* Washington 1980 – *Hill, R., Hansen, D. A.:* »The identification of concept-frameworks utilized in family study«. Marriage and Family Living. 22. Jg. 1960, 299–311 – *Hill, R., Katz, A. M., Simpson, R. L.:* »An inventory of research in marriage and family behaviour: A statement of objectives and progress«. Marriage and Family Living. 19. Jg. 1957, 89–92 – *Holt, R., Turner, J.,* Hg.: The Methodology of Comparative Research. New York 1970 – *Howard, R. L.:* A social history of family sociology 1895–1940. Westport 1981 – *Katz, D., Hyman, H.:* »Introduction«. J. Sociological Issues. 1954, 5–7 – *König, R.:* Materialien zur Soziologie der Familie. 2. Aufl. Köln/Berlin 1974 – *Larzelere, R. E., Klein, D. M.:* »Methodology«. Handbook of Marriage and the Family. Hg. *M. B. Sussman* u. *S. K. Steinmetz.* New York/London 1987 – *Lee, G. R.:* Family structure and interaction: A comparative analysis. Philadelphia 1977 – *Lee, G. R.:* »The utility of cross-cultural data: Potentials and limitations for family sociology«. Journal of Family Issues. 5, 1984, 519–541 – *Lee, G. R.:* »Comparative Perspectives«. Handbook of Marriage and the Family. Hg. *M. B. Sussman* u. *S. K. Steinmetz.* New York/London 1987 – *Lenero-Otero, L.:* Beyond the Nuclear Family Model: Cross-Cultural Perspectives. Sage Studies in International Sociology. Beverly Hills 1977 – *Macklin, E. D.:* »Non-traditional family forms: A decade of research«. Journal of Marriage and the Family. 42. Jg. 1980, 905–922 – *Macklin, E. D., Rubin, R. H.,* Hg.: Contemporary families and alternative lifestyles. Handbook on research and theory. Beverly Hills 1983 – *Macklin, E. D.:* »Nontraditional Family Forms«. Handbook of Marriage and the Family. Hg. *M. B. Sussman* u. *S. K. Steinmetz.* New York/London 1987 – *Marsh, R. M.:* Comparative Sociology. A codification of cross-societal analysis. New York 1967 – *Merritt, R. L., Rokkan, S.,* Hg.: Comparing Nations. The Use of Quantitative Data in Cross-National Research. New Haven 1966 – *Mokrzycki, E.:* »What to Take into Account when Comparing? The Problem of Context«. International Comparative Research. Problems of Theory, Methodology and Organization in Eastern and

Western Europe. Hg. *M. Niessen* u. *J. Peschar*. Oxford/New York 1982 – *Nave-Herz, R.*, Hg.: Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1988 – *Niessen, M., Peschar, J.*: International comparative Research. Problems of Theory, Methodology and Organization in Eastern and Western Europe. Oxford/New York 1982 – *Ogburn, W. F., Nimkoff, M. F.*: Technology and the Changing Family. Cambridge 1955 – *Osmond, M. W.*: »A Cross-Cultural analysis of Family Organization«. Journal of Marriage and the Family. 31. May 1969, 302–310 – *Osmond, M. W.*: »Cross-Societal Family Research: A Macrosociological Overview of the Seventies«. Journal of Marriage and the Family. 42. Jg. 1981, 995–1016 – *Peschar, J.*: »Qualitative Aspects in Cross-National Comparative Research: Problems and Issues«. International Comparative Research. Problems of Theory, Methodology and Organization in Eastern and Western Europe. Hg. M. Niessen u. J. Peschar. 1982 – *Przeworski, A., Teune, H.*: The logic of comparative social inquiry. Comparative Studies in Behavioural Science. New York 1970 – *Ragin, Ch. C.*: »Comparative Sociology and the Comparative«. Method. International Journal in Comparative Sociology XXII. 1981, 1–2 – *Rapoport, R.*: »Family Ideologies and Family Patterns«. Changing Patterns in European Family Life. Hg. *K. Boh, M. Bak* et al. Beckenham 1988 – *Rokkan, S.*, Hg.: Comparative Research across Cultures and Nations. Paris 1968 – *Rokkan, S.*: »Cross-Cultural, Cross-Societal and Cross-National Research«. Main Trends of Research in the Social and Human Sciences, Hg. UNESCO. 1970 – *Safilios-Rothschild, C.*: »Towards a Cross-Cultural Conceptualization of Family Modernity«. Journal of Comparative Family Studies. 1. Jg. 1970 – *Scheuch, E. K.*: »Society as context in cross-cultural comparisons«. Social Science Information. 6. Jg. 1967, 7–23 – *Scheuch, E. K.*: »The cross-cultural use of sample surveys: problems of comparability«. Comparative Research across Cultures and Nations. Hg. *S. Rokkan*. Paris 1968 – *Scheuch, E. K.*: Theoretical Implications of Comparative Survey research. Paper presented at the ISA Research Council Meeting. Ljubljana, Jugoslawien 1988 – *Scheuch, S. K., Sussman, M. B.*: »Gesellschaftliche Modernität und Modernität in der Familie«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 14, 1970, 239–253 – *Smelser, N.J.*: Comparative Methods in Social Science. New York 1976 – *Stolte-Heiskanen, V.*: »Contextual Analysis and Theory Construction in Cross-Cultural Family Research«. Journal of Comparative Family Studies. 3. Jg. 1972, 33–49 – *Stolte-Heiskanen, V.*: Organizational Perspectives on Cross-national Family Research. Paper presented at the IVth Vienna Centre Training Seminar in Cross-Cultural Comparative Family Research. 1984 – *Straus, M. A.*: »Society as a Variable in Comparative Study of the Family by Replication and Secondary Analysis«. Journal of Marriage and the Family. 30. Jg. 1968 – *Sussman, M. B.*: The Organization of Cross-National Family Research: A Perspective. Paper presented for the ISA Meeting. Evian 1966 – *Sussman, M. B.*: »Cross-Cultural Family Research: One View from the ›Catbird Seat‹«. Journal of Marriage and the Family. 1969 – *Sussman, M. B.* et al.: Cross-national Research Studies on the Family: Theoretical Problems and Approaches. Working Paper. Mimiographed. 1969 – *Sussman, M. B., Cogswell, B. E.*: Interpersonal Competence: An Issue in Cross-National Family Research. Leiden 1972 – *Sussman, M. B., Cogswell, B. E.*: »The Meaning of Variant and Experimental Marriage Styles and Family Forms the 1970s«. The Family Coordinator. 1972 – *Sussman, M. B., Brooks, M.*: Cross-National Family Research. Report on Conceptual Development. Pilot Testing and Administrative Issues. Mimiographed. 1974 – *Sussman, M. B.*: »Comparative Family Research: A nine-nation study«. Comparative Family and Fertility Research. Hg. *H. Yuan Tien* u. *F. D. Bean*. Leiden 1974 – *Szalai, A.* et al., Hg.: The Use of Time: Daily Activities of Urbah and Suburban Populations in Twelve Countries. Den Haag 1972 – *Szalai, A., Petrella, R.*, Hg.: Cross-national Comparative Survey Research. Oxford 1977 – *Winch, R. F.*: »Towards a Model of Family Organization«. Contemporary Theories about the Family: Research-based theories. Hg. *W. R. Burr, R. Hill* u. *I. L. Reiss*. 1. Jg. New York 1979 – *Verba, S., Nie, N. H., Kim, J.*: Participation and Political Equality. A Seven Nation Comparison. Cambridge 1978 – *Wiatr, J.*: »The Role of Theory and Process of Cross-National Survey Research«. Cross-national Comparative Survey Research. Hg. *A. Szalai* und *R. Petrella*. Oxford 1977 – *Zelditch, M.* Jr.: »Cross-cultural analysis of family structure«. Handbook of marriage and family. Hg. *H. J. Christensen*. Chicago 1964.

Ausgewählte Gebiete der Familienforschung

Teil I: Familie in historischer und zeitgeschichtlicher Sicht

Michael Mitterauer

Entwicklungstrends der Familie in der europäischen Neuzeit

Historische Familienforschung, die sich die Frage nach Entwicklungstrends stellt, unterliegt der Gefahr des Evolutionismus. Vorstellungen von einer zwingenden Abfolge bestimmter Stufen oder Phasen in der Entwicklung der Familie haben durch lange Zeit die Beschäftigung mit diesem Thema geprägt. Die Wurzel solcher evolutionistischer Modelle ist zumeist ideologisch. Das gilt für die Annahme einer generellen Entwicklung vom Matriarchat zum Patriarchat genauso wie für die von der Großfamilie zur Kleinfamilie. Aufgrund der Unhaltbarkeit aller dieser Evolutionstheorien nehmen manche Familienhistoriker überhaupt davon Abstand, sich die Frage nach Entwicklungstendenzen in der Sozialgeschichte der Familie zu stellen und beschränken sich auf historische Situationsbeschreibungen. Positivistische Traditionen in der Geschichtswissenschaft kommen dieser Zugangsweise entgegen. Eine historische Familienforschung, die sich damit begnügt, Einzelbilder der Vergangenheit zu zeichnen, und auf die Darstellung umfassender Zusammenhänge verzichtet, begibt sich allerdings einer zentralen Möglichkeit der Bewußtseinsbildung: Aus dem Wissen um die Bedingungen der Veränderung von Familienformen in der Vergangenheit Handlungsorientierung für die Gegenwart zu gewinnen. Wer historische Familienforschung in diesem Sinn als eine gegenwartsrelevante Wissenschaft sieht, der kann nicht umhin, sich mit Entwicklungstrends der Familie in der Vergangenheit zu beschäftigen und nach den maßgeblichen Faktoren des Wandels zu fragen.

Wenn hier Entwicklungstrends der Familie in der europäischen Neuzeit zum Thema gemacht werden, so ist zunächst eine deutliche Abgrenzung gegen jedweden Evolutionismus notwendig. *Die* Familie der frühen Neuzeit, die sich über verschiedene Zwischenstufen zu *der* Familie der Gegenwart entwickelt hätte, hat es nie gegeben. Alle derart durch Epochenetiketten definierten Familienvorstellungen sind Begriffsgespenster, die sowohl in der Soziologie als auch in der Geschichtswissenschaft noch ihr Unwesen treiben. Im 16. Jahrhundert gab es nebeneinander eine bunte Vielfalt von sehr unterschiedlichen Familientypen, in ihrer Verschiedenheit wohl viel differenzierter als in der Gegenwart. Das Familienleben von Bauern oder Kleinhäuslern war ganz anders als das von städtischen Handwerkern, von Kaufleuten, von Beamten, von Adeligen. Große Bedeutung kommt regionalen Unterschieden zu. Die Familienwirtschaft eines Bergbauern in den Alpen hatte mit der eines Weinbauern an der Mosel wenig gemeinsam. Auch religiös-konfessionelle und andere kulturelle Faktoren wirkten stark differenzierend. Viele für die Familie wichtige Prozesse des sozialen Wandels betrafen nur eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, eine bestimmte soziale Schicht, eine bestimmte Region, eine bestimmte konfessionelle Gruppe etc. Manche solcher Prozesse wirkten in verschiedenen Räumen oder sozialen Milieus stark phasenverschoben, so daß sie schwer einer bestimmten Epoche zugeordnet werden können. Anders als in evolutionistischen Modellen wird hier auch nicht von einem monokausal bedingten Grundprozeß der

Veränderung ausgegangen – etwa der Verstädterung, der Industrialisierung, der Überwindung des Feudalismus – sondern von einer Vielfalt nebeneinander wirksamer Bedingungsfaktoren, deren Auswirkungen auf das Familienleben sich nur sinnvoll in einem Nebeneinander verschiedener Prozeßverläufe beschreiben läßt. Eingegangen werden soll dabei nur auf solche Prozesse, die sich historisch als säkular und linear erwiesen haben, nicht auf offenkundig reversible Trends. Um dies an zwei Beispielen zu illustrieren: Kinder in die Schule zu schicken, hat seit der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart – mit unterschiedlicher Intensität, unterschiedlichem Tempo und auch mit kurzfristigen regionalen Rückentwicklungen – im wesentlichen kontinuierlich zugenommen. Bei der Scholarisierung mit allen ihren Auswirkungen auf das Familienleben handelt es sich also offenbar um einen säkularen Trend, der wohl auch nicht mehr rückgängig zu machen ist. Ganz anders verhält es sich mit einem anderen Massenphänomen der europäischen Familiengeschichte. In den letzten Jahrzehnten des 18. sowie vor allem dann im Verlauf der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm in ganz Europa die Zahl der unehelichen Geburten stark zu. Hätte man um 1850 die Illegitimitätsraten extrapoliert, so hätte man für das frühe 20. Jahrhundert nur mehr uneheliche Kinder erwarten dürfen. Wir wissen, daß es nicht so kam. Es handelte sich um ein Übergangsphänomen in einer Phase verringerter Heiratsmöglichkeiten, das nach einigen Jahrzehnten überwunden war. Entwicklungsprozesse dieses Typs sind hier nicht Gegenstand der Betrachtung.

1. Veränderungen der Rollenstruktur

Beginnt man einen Überblick über einige Trends der Familienentwicklung im neuzeitlichen Europa mit dem äußerlichen Erscheinungsbild der personalen Zusammensetzung, so läßt sich eine generelle Tendenz zu einer Reduktion familialer Rollen feststellen. In modernen Familienhaushalten leben Mütter, Väter und deren meist leibliche Kinder zusammen. Blickt man in die alteuropäische Gesellschaft zurück, so ist die Rollenvielfalt größer. Es gibt auch eine große Zahl von Haushalten mit Eltern oder verwitweten Elternteilen, mit Geschwistern, mit sonstigen Verwandten, mit Ziehkindern, vor allem aber mit Gesinde, das in der Mehrzahl nicht verwandt ist, sowie mit anderen nichtverwandten Mitbewohnern, die jedoch der Familie bzw. der Hausgemeinschaft zuzurechnen sind. Diese Tendenz von komplizierteren Rollenkonstellationen zu einfacheren wird mit der Klischeevorstellung einer Entwicklung von der »Großfamilie« zur »Kleinfamilie« unrichtig erfaßt, weil dieser Vorstellung unausgesprochen die irrige Meinung zugrundeliegt, alteuropäische Familienverhältnisse wären durch das Zusammenleben von Angehörigen zumindest dreier Generationen bestimmt gewesen – eine Annahme, die von der historischen Familienforschung eindeutig falsifiziert wurde. Wenn historische Familienhaushalte im Durchschnitt mehr Personen umfaßten als heute, so war das nicht primär durch die Generationentiefe bedingt. Sicher sind die durchschnittlichen Haushaltsgrößen zurückgegangen, vor allem im Verlauf des 20. Jahrhunderts, das eine enorme Zunahme der Zwei- und Einpersonenhaushalte gebracht hat. Mit einer

rein quantifizierenden Zugangsweise, die den Wandel der Haushaltsgrößen mißt, ist das hier angesprochene Phänomen nicht zu erfassen. Es geht nicht um eine Reduktion der Gruppengröße an sich, sondern um eine Reduktion der Rollenvielfalt ihrer Zusammensetzung. Um diese Tendenz zu erfassen, ist es notwendig, auf abgekommene oder in ihrer Bedeutung zurückgetretene historische Familienrollen im einzelnen einzugehen.

Für die Familienformen in Europa scheint es schon seit dem Mittelalter charakteristisch gewesen zu sein, daß die Mehrzahl der jungen Paare sich neolokal ansiedelte. Das gilt jedenfalls für die Städte, offenbar aber auch für einen Großteil der Landbevölkerung. Patrilokale Ansiedlungsformen, die auf kürzere oder längere Zeit zu einem Zusammenleben mit Eltern und Verwandten führten, waren durchaus in einigen ländlichen Regionen dominant, insgesamt gesehen jedoch in der Minderheit. Zwei Grundtypen sind dabei zu unterscheiden. Der eine Typus ist dadurch charakterisiert, daß einer oder mehrere Söhne früh heirateten und mit ihrer Gattin im elterlichen Haushalt verblieben, ohne daß der Vater die Autoritätsposition übergab. Dieses Heiratsmuster führte zu komplexen Familienstrukturen um mehrere verheiratete Paare. Es findet sich eher in europäischen Randzonen, besonders stark im Osten und Südosten, aber auch im Alpenraum, in Südfrankreich und in einigen Regionen Italiens. Der zweite Typus ist für die bäuerliche Bevölkerung in Mittel-, Nord- und Westeuropa typisch. Nur ein im Haus bleibender Sohn (ausnahmsweise eine erbende Tochter) darf heiraten. Die Heirat erfolgt relativ spät und steht in unmittelbarer Verbindung mit der Übergabe der Hausherrenposition. Der Altbauer zieht sich mit seiner Frau ins Ausgedinge zurück. Sofern noch Geschwister im Haus sind, dienen sie als Mägde und Knechte, dürfen aber nicht heiraten. Beide Formen komplexer Familienstrukturen sind im Kontext naturalwirtschaftlich dominierter Ökonomien zu sehen. Die multifokalen Familien europäischer Rand- und Rückzugsgebiete basieren auf ungeteilten Erbengemeinschaften bei Wirtschaftsformen, die eine große Zahl erwachsener Arbeitskräfte im Haus notwendig machen. Mit Vordringen von Lohnarbeit und Geldwirtschaft haben sich in solchen Familien stets Auflösungstendenzen bemerkbar gemacht, weil individuelle Löhne zur Ausbildung von Sondervermögen der einzelnen Paare geführt hat. Die für die europäischen Kernräume typische Institution des bäuerlichen Ausgedinges hängt mit der notwendig naturalwirtschaftlichen Versorgung der Altbauern zusammen, die ein Zusammenleben auf geringe Distanz sinnvoll erscheinen ließ. Die Intensivierung der Geldwirtschaft hat nicht überall zu einem Bedeutungsverlust des Ausgedinges geführt, es hat aber dieser Einrichtung ihren zwingenden Charakter genommen. Darin liegt die Linearität der Trendentwicklung, die wohl eindeutig als irreversibel bezeichnet werden kann. In der rein quantitativen Entwicklung ist die Linearität keineswegs so eindeutig. So hat etwa im Zuge der Agrarrevolution des 19. Jahrhunderts in manchen ländlichen Regionen das Ausgedinge im Verhältnis zu früheren Zeiten stark zugenommen, weil man es sich nun eher leisten konnte, den Hof früher zu übergeben. Jenes falsche Klischee des glücklichen Zusammenlebens der Generationen unter einem Dache, wie es konservative Sozialpolitiker und Sozialwissenschaftler des 19. Jahrhunderts als Leitbild für die von ihnen kritisierte Industriegesellschaft entwarfen,

hatte seine reale Grundlage also in der damals relativ jungen Erscheinung einer stärkeren Verbreitung der Ausgedingefamilie.

Zu Formen des Zusammenlebens mit alten Eltern ist es in Gesellschaften der europäischen Geschichte sicher auch unter anderen Umständen gekommen als den hier skizzierten agrarischen Rahmenbedingungen naturalwirtschaftlich fundierter Familienbetriebe. Zu nennen sind diesbezüglich zwei Ansätze: Städtische Hausbesitzer konnten es sich leisten, heiratende Kinder im eigenen Haus unterzubringen. Man wohnte dann zwar in getrennten Haushalten, aber in räumlicher Nähe. In Städten kam es auch vor, daß verheiratete Kinder, die die Eltern verlassen hatten, im Fall der Verwitwung den allein zurückbleibenden Elternteil zu sich nahmen. Allzu häufig scheint dieser Fall jedoch nicht gewesen zu sein. In Hinblick auf die niedrigere Lebenserwartung, das hohe Heiratsalter und die langen Geburtenfolgen lebten ja Eltern meist bis zu ihrem Lebensende mit ledigen oder noch minderjährigen Kindern zusammen. Ein sekundäres Zusammenziehen mit bereits abgeschichteten Kindern ist ein Phänomen, das erst in der jüngsten Zeit stärkere Verbreitung gefunden hat. Steigende Lebenserwartung, zunehmende Isolation, längere Phasen der Kränklichkeit und Unterstützungsbedürftigkeit sind die Voraussetzungen dafür. In welchem Maß solche Haushaltsformen in Relation zu Einzelhaushalten und Anstaltshaushalten für alte Menschen an Bedeutung gewinnen werden, läßt sich aus der Perspektive des Historikers nicht sagen. Die im Vergleich zu Verhältnissen der Vergangenheit absicherbaren Trendfeststellungen beschränken sich auf zwei Aussagen: Die ökonomischen Bedingungen der Vorsorge für den Lebensabend machen es zunehmend möglich, im Alter allein zu leben, und: Die allgemeine Tendenz zur Individualisierung läßt es als wahrscheinlich erscheinen, daß eigenständige Wohnformen der Generationen soweit als möglich gewahrt werden.

Will man den Kontrast alteuropäischer Familienverhältnisse gegenüber heutigen von der Zusammensetzung her durch einen besonders markanten Unterschied erfassen, so kommt dem Zusammenleben mit Gesinde weit größere Bedeutung zu als der Generationentiefe. Unter Gesinde sind in die Haus- bzw. Haushaltsgemeinschaft aufgenommene Personen zu verstehen, die in der Regel nicht verwandt sind und die zu Mitarbeit in dienender Position herangezogen werden. Zwei Haupttypen lassen sich dabei unterscheiden, nämlich das Produktionsgesinde wie Mägde und Knechte auf dem Bauernhof, Gesellen und Lehrlinge im Handwerk, Handelsgehilfen im Kaufhaus etc. und das Haushaltsgesinde wie Stubenmädchen, Köchinnen, Kindermädchen und anderes primär zur Unterstützung der Hausfrau angestelltes Personal. In kleineren Haushalten begegnet bloß weibliches Haushaltsgesinde, in Herrschaftshaushalten kommt männliches Dienstpersonal wie Kutscher, Kammerdiener etc. hinzu. Das Gesinde ist in der alteuropäischen Gesellschaft eine Altersklasse, nicht eine soziale Klasse. Magd, Knecht, Dienstmädchen oder Page blieb man in der Regel nicht lebenslänglich. Der Gesindestatus ist eine Durchgangsphase, die früher oder später durch die Heirat abgeschlossen wird. In Dienstposition zu heiraten, kam – von herrschaftlichen Großhaushalten abgesehen – nicht in Frage. Für die Zeit des Dienstes war man in die Familie des Dienstgebers integriert, aß mit ihm am selben Tisch, hatte eine kindesgleiche oder -ähnliche Position. Die Lockerung bzw. Auflösung dieser Familienintegration wie schließlich überhaupt das

Abkommen des Gesindedienstes ist ein sehr essentieller Veränderungsprozeß der europäischen Familienstruktur – ein Prozeß, der – von vernachlässigbaren Ausnahmen abgesehen – als abgeschlossen anzusehen ist und den man wohl zurecht als irreversibel betrachten darf. Soweit es sich um Produktionsgesinde handelte, hat die Auflösung der traditionalen Familienwirtschaft den Schlußstrich unter die Entwicklung gesetzt – zunächst im tertiären und sekundären Erwerbssektor, schließlich auch in der Landwirtschaft. Auch das Haushaltsgesinde löste sich mit dem Übergang zur Lohnarbeit immer mehr auf. Sosehr Haushaltshilfe mit zunehmender weiblicher Erwerbsarbeit erforderlich wird – es ist unwahrscheinlich, daß es dabei wiederum zu Formen einer so weitgehenden persönlichen Abhängigkeit kommt, wie sie bei den Dienstboten historischer Zeiten gegeben war.

Das Gesinde war nicht die einzige Gruppe von nichtverwandten Personen, die in Familien der alteuropäischen Gesellschaft mitlebten. Nach Regionen, nach Stadt und Land, nach sozialen Schichten hatten solche nichtverwandten Mitbewohner sehr unterschiedliche Bezeichnungen. Unterschiede bestanden auch hinsichtlich des Grads ihrer Integration. Ländliche Inwohner etwa waren vor allem durch Arbeitsverpflichtungen an die bäuerliche Hausgemeinschaft gebunden. Städtische Kost- oder Bettgeher konnten an den Familienmahlzeiten teilnehmen oder auch nur auf Zeit den gleichen Wohn- und Schlafraum benützen. Die Zahlen solcher nichtverwandter Mitbewohner waren phasenweise sehr schwankend. Krisensituationen konnten zu einer plötzlichen Zunahme führen, so etwa Zeiten der Massenflucht oder der Wohnungszerstörung. Ein linearer Trend der Abnahme nichtverwandter Mitbewohner läßt sich in der europäischen Neuzeit nicht feststellen. Eine gewisse Linearität zeigt sich bloß im Anspruch auf familiale Intimität, die das Zusammenleben mit nichtverwandten Personen zunehmend ablehnt. Diese Tendenz geht von der bürgerlichen Familie aus und erfaßt im 19. und 20. Jahrhundert immer breitere Bevölkerungsgruppen. Das Leitbild ist die auf Eltern und Kinder beschränkte Lebensform.

Die Eltern-Kind-Gruppe scheint bei einer Gegenüberstellung alteuropäischer und moderner Familienformen auf den ersten Blick eine statische Konstellation zu sein. Familienhistoriker, die schematisch mit dem soziologischen Begriffsinventar von »Kernfamilie« und »erweiterter Familie« arbeiten, können in diesem Bereich hinsichtlich der Rollenkonstellation zu keinem Ergebnis eines tiefgreifenden strukturellen Wandels kommen. Eine stärker differenzierende Betrachtungsweise läßt jedoch in diesen scheinbar statischen Eltern-Kind-Gruppen eine Vielfalt von Varianten und Tendenzen der Veränderung erkennen. Solche Varianten ergeben sich in Hinblick auf die Zahl geborener Kinder, die Zahl überlebender Kinder, die Verweildauer von Kindern im Elternhaus, die Ehedauer und die Lebenserwartung, um nur einige der wichtigsten Momente zu nennen, hinsichtlich derer wesentliche Unterschiede zwischen alteuropäischen und modernen Eltern-Kind-Gruppen zu beobachten sind, so daß von Trendentwicklungen gesprochen werden kann.

In ihrem generativen Verhalten zeigen die verschiedenen regionalen Populationen und innerhalb derselben die einzelnen sozialen Schichten in der europäischen Geschichte sehr unterschiedliche Muster. Es gibt extreme Beispiele der Geburtenbeschränkung – etwa bei Bauern in einigen ungarischen Komitaten, die aus Grün-

den der Erbschaftspolitik das Ein-Kind-System praktizierten. Solchen Beispielen steht auf der anderen Seite ein Verhalten völlig uneingeschränkter Fertilität gegenüber – etwa aus religiösen Gründen bei den Hutterern, aus dynastischen in Fürstenhäusern. Die Anfänge systematisch betriebener Geburtenkontrolle, die kontinuierlich zu modernen Formen des generativen Verhaltens führt, dürfte im Bildungsbürgertum zu suchen sein. Als Motiv sind die hohen Ausbildungskosten zu vermuten, die erforderlich waren, um den sozialen Status zu halten. Hier beginnt jedenfalls jenes Muster von wenigen, zu Beginn der Ehe gezeugten Kindern. Demgegenüber war es in den meisten Agrargesellschaften Alteuropas üblich, daß die Periode zwischen Heirat und Menopause voll zur Fortpflanzung ausgenutzt wurde. Viele Kinder hatten so Mütter und Väter, die vierzig bis fünfzig Jahre älter waren als sie. In Hinblick auf die Kinderzahl pro Familie ist dabei freilich zu bedenken, daß das durchschnittliche Heiratsalter hoch lag – das sogenannte »European Marriage Pattern« ist vor allem durch ein hohes Heiratsalter der Frauen charakterisiert – und daß – durch das Kinderstillen bedingt – oft größere Geburtenabstände zustandekamen. Von acht bis zehn geborenen Kindern blieben vielleicht fünf, sechs oder sieben am Leben. Der Rückgang der Kindersterblichkeit im 19. und frühen 20. Jahrhundert führte dann auch in ländlichen Gebieten dazu, daß verstärkt innereheliche Geburtenkontrolle betrieben wurde. Die Geburtenplanung als intentional gesteuertes System des generativen Verhaltens setzt sich im Lauf des 20. Jahrhunderts in allen gesellschaftlichen Schichten durch. Die Erfindung der Pille schafft dann die Voraussetzungen dafür, diese intentional gesteuerte Fortpflanzung voll zu realisieren. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß der erreichte Stand der Familienplanung wieder aufgegeben werden wird. Insofern handelt es sich auch hier wohl um einen irreversiblen Trend. Offen bleibt allerdings, ob die heute dominanten Zielvorstellungen der Planung – etwa ein oder zwei Kinder in den ersten Ehejahren – ihre Geltung behalten werden.

Sehr unterschiedlich war in historischen Zeiten die jeweilige Verweildauer von Kindern im Elternhaus. Für die Zahl der mit ihren Eltern zusammenlebenden Kinder sowie für die Altersstruktur der Eltern-Kind-Gruppe hatte dieser Faktor entscheidende Bedeutung. In ländlichen Kleinhäusern etwa war die »soziale« Kinderzahl stets viel geringer als die »genealogische«. Die ältesten Kinder hatten schon längst das Elternhaus verlassen, wenn die jüngsten zur Welt kamen. In Hinblick auf die beschränkten Subsistenzmittel trachtete man, möglichst bald Kinder »von der Kost« zu bekommen. Mit elf oder zwölf Jahren gingen viele Häuslerkinder schon als Mägde und Knechte in Dienst. Auf großen Bauernhöfen hingegen, wo man zahlreiche Arbeitskräfte brauchte, hielt man möglichst viele Kinder möglichst lange im Haus, weil man ihnen zum Unterschied vom Gesinde keinen Lohn zahlen mußte. Hier konnte es zu einem langfristigen Zusammenleben von Eltern und Kindern kommen. Vom Konstellationstypus her handelt es sich in beiden Fällen um »Kernfamilien«. Für das Familienleben bedeutet es aber wohl einen Unterschied, ob das älteste »Kind« zwölf oder vierzig Jahre alt ist.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Verweildauer heranwachsender Kinder im Elternhaus war es doch der Regelfall, daß Eltern stets mit Kindern oder einem ihrer Kinder zusammenlebten. Auf dem Bauernhof blieb zumindest der Erbe bis zur

Übergabe im Haus. Das galt ebenso für alle anderen Formen erblicher Familienbetriebe. Aber auch in Familien, die nicht diesem Typus zuzuordnen sind, waren zumeist Kinder zugegen. Die jüngsten Kinder kamen spät, die Lebenserwartung lag niedrig. So war die Phase des Zusammenlebens nach dem Ausscheiden des letzten Kindes – wenn sie überhaupt eintrat – nur kurz. Diesen Verhältnissen gegenüber hat sich in neuerer Zeit viel geändert. Mit dem Übergang zu einer individuellen Lohnempfängergesellschaft, in der kein Erbe im elterlichen Haushalt verbleiben muß, mit der Konzentration der Geburten auf die erste Ehephase und mit dem Anstieg der Lebenserwartung wird die sogenannte »nachelterliche Gefährtenschaft« zu einem Massenphänomen, das im Familienzyklus eine immer längere Spanne einnimmt. Die Zahl von Haushalten alter Ehegatten ohne Kinder wird immer häufiger. Diese »Restfamilien« stellen ein historisch relativ junges Phänomen dar, ebenso die als »Familienrest« bezeichneten Einzelhaushalte des überlebenden Partners, meist der Witwe.

Einzelhaushalte entstehen im Ablauf des modernen Familienzyklus nicht nur an dessen Ende durch das Zurückbleiben eines verwitweten alten Menschen, sie bilden sich auch überall dort, wo aus dem Elternhaus ausscheidende Kinder nicht gleich heiraten. Dies ist ebenso ein historisch sehr junges Phänomen, das aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht bloß eine ephemere Übergangserscheinung darstellt. In der alteuropäischen Gesellschaft hatten aus dem Elternhaus ausscheidende Kinder in ihrer Jugendphase häufig Dienst in fremdem Haus gemacht. Daß ein unverheirateter Jugendlicher selbständig einen Haushalt führt, wäre völlig undenkbar gewesen, insbesondere für Mädchen. Die Voraussetzungen der neuen Situation sind in ökonomischer Hinsicht in der Höhe der Entlohnung von Jugendlichen sowie im verbesserten Wohnungsangebot zu sehen. Die ideellen Vorausetzungen liegen wohl in einer allgemeinen Tendenz der Individualisierung. Als räumlichen Ausdruck dieser Individualisierungstendenz von heranwachsenden Jugendlichen ist auch das selbstgestaltete eigene Zimmer im elterlichen Haushalt zu sehen, das der eigenen Wohnung im Regelfall vorausgeht.

2. Veränderungen der Gattenbeziehungen

Geht man bei der Frage nach Entwicklungen der Familienzusammensetzung in der Neuzeit von einem undifferenzierten Kernfamilienbegriff aus, so verstellt man sich auch hinsichtlich des Gattenpaares den Blick auf wesentliche Veränderungsprozesse. Als ein wichtiger Indikator erscheint etwa die Alterskonstellation. Bis ins 18. Jahrhundert begegnet im städtischen wie im ländlichen Raum sehr häufig das Phänomen altersungleicher Paare. Es kommen nicht nur Männer mit Frauen vor, die um Jahrzehnte jünger sind, sondern auch Frauen mit weitaus jüngeren Männern. Der Hintergrund der Erscheinung sind häufige Wiederverehelichungen von Witwen und Witwern. In manchen Bevölkerungsgruppen – vor allem bei Bauern – war die rasche Wiederverheiratung notwendig, um in der Familienwirtschaft die ausgefallene Rolle zu ergänzen. Von einem Wiederverehelichungszwang können wir aber auch dort sprechen, wo nach dem Tod des Partners kleine Kinder

zurückblieben. Bei der Häufigkeit des Todes von Müttern im Kindbett war das oft der Fall. Ganz allgemein starben Frauen und Männer vor der Überwindung der großen europäischen Seuchenwellen viel häufiger in den mittleren Lebensjahren. Seit dem 19. Jahrhundert geht nicht nur die Zahl der Verwitwung in dieser Lebensphase zurück, sondern auch der ökonomische Zwang zur Wiederverehelichung, wie er bei Dominanz familienwirtschaftlicher Arbeitsorganisation in früherer Zeit gegeben war. Der Rückgang dieses Wiederverehelichungszwangs ist wohl ebenso ein irreversibler Prozeß wie der Übergang von der Familienwirtschaft zur individuellen Lohnarbeit nicht mehr umkehrbar sein dürfte.

Aus den Zwängen der Familienwirtschaft läßt sich wohl auch die hohe Stabilität von Ehen in vorindustriellen Agrargesellschaften erklären. Selbst in jenen Gebieten, in denen die Scheidung kirchenrechtlich möglich war, kam sie unter Bauern nur äußerst selten vor. Die Zunahme der Scheidungshäufigkeit hat überall in Europa im städtischen Milieu begonnen. Es wäre allerdings einseitig, diese Entwicklung nur aus spezifisch städtischen Eigentums- und Erwerbsformen erklären zu wollen. Auch der Säkularisierungsprozeß mit seiner Lösung von christlichen Ehevorstellungen ist ein genuin städtisches Phänomen. In den Städten waren stets die innerfamilialen Prozesse der Individualisierung weiter vorangeschritten. Auch darin wird man eine Voraussetzung für die Entwicklung von Scheidungsziffern sehen dürfen. Starke Zunahmen in der jüngsten Vergangenheit linear zu extrapolieren, berechtigt die historische Erfahrung nicht. Ein Zurück zur unauflöslichen Dauerbindung auf Lebenszeit als gesellschaftlich verbindliche Norm ist jedoch wohl auch nicht sehr wahrscheinlich.

Die Zunahme von Scheidungen führt zum Teil zu Formen der Familienzusammensetzung wie sie für das Zeitalter früher Verwitwung typisch waren: »unvollständige« Familien, in denen die Vater- oder auch die Mutterrolle fehlt, Konstellationen mit Stiefvätern, mit Stiefmüttern, mit Stiefgeschwistern. Historisch neu ist die Familienform des alleinerziehenden Vaters, ein allerdings auch in der Gegenwart nicht sehr stark verbreitetes Modell. In früheren Zeiten hätte die ausgefallene Mutterrolle durch eine zweite Frau, durch eine Magd oder auch durch die ältere Schwester ersetzt werden müssen. Die durch Wiederverehelichung Geschiedener vermehrt entstandenen Stiefeltern- und Stiefgeschwisterkonstellationen sind bei allen formalen Parallelen letztlich doch als ein sehr andersartig strukturierter Familientyp einzustufen. Nirgendwo finden sich in der Moderne bei Familien von Wiederverehelichten die langen Geschwisterreihen über zwei oder drei Jahrzehnte. Und auch Witwen und Witwer, die als zweiten Gatten jemanden wählen, der nur wenig älter ist als das älteste Kind, finden unter wiederverehelichten Geschiedenen der neueren Zeit kaum ein Gegenstück. In ihren Auswirkungen auf die Familienzusammensetzung bedeutet die »sukzessive Polygamie« nach Scheidung also nur sehr bedingt ein Wiederaufleben von Verhältnissen, wie sie bei der »sukzessiven Polygamie« nach Verwitwung gegeben waren. Als einen zyklischen Prozeßverlauf der Rückkehr zu historisch überwundenen Stadien kann man diese Entwicklung sicher nicht interpretieren.

Stellt man den Tendenzen des Wandels in der Zusammensetzung der Familie Tendenzen der Veränderung innerfamilialer Beziehungen gegenüber, so sind hin-

sichtlich der Ehebeziehungen zunächst Veränderungen in der Partnerwahl zu bedenken. In der historischen Familienforschung wird die Frage der Entstehung der sogenannten »Liebesheirat« stark diskutiert. Es gibt Historiker, die das Aufkommen der »romantischen Liebe« – was immer das gewesen sei – mit der »Geburt der modernen Familie« in Zusammenhang bringen. Die Entwicklung hin zur selbstbestimmten Partnerwahl aufgrund von emotionaler Entsprechung ist sicher ein säkularer Trend. Man darf allerdings keinesfalls davon ausgehen, daß Ehen in älteren Zeiten – etwa zu Beginn der Neuzeit – grundsätzlich von den Eltern arrangiert gewesen wären. Bis zurück ins Mittelalter wird man für viele Paare selbstbestimmte Partnerwahl annehmen dürfen. Das wird schon von demographischen Bedingungen nahegelegt. Das sogenannte »European Marriage Pattern«, das sicher bis ins Mittelalter zurückreicht, ist durch ein relativ hohes Heiratsalter von Braut und Bräutigam charakterisiert. Gerade in den Unterschichten, wo die Lebenserwartung niedrig, das durchschnittliche Heiratsalter aber besonders hoch war, lebten vielfach die Eltern bei der Eheschließung der Kinder nicht mehr. Die Institution des Gesindedienstes führte viele Jugendliche von ihrem Elternhaus weit weg, so daß eine Mitsprache nicht möglich war. Selbst wo die Kinder im Elternhaus blieben, ist bei hohem Heiratsalter mit mehr Eigenständigkeit zu rechnen als in Gesellschaften, in denen schon mit fünfzehn oder sechzehn Jahren die Ehe eingegangen wird. Eine starke Stütze hatten Jugendliche in der Eigenständigkeit der Partnerwahl durch die organisierten Jugendgruppen, die in vielen Gebieten Europas in älterer Zeit das Werbewesen kontrollierten. Die von den Jugendgruppen getragene Werbekultur schloß maßgeblichen Einfluß der Eltern nicht aus, wirkte aber diesem gegenüber modifizierend. Mit starker Einflußnahme der Eltern auf die Partnerwahl ist vor allem in jenen sozialen Milieus zu rechnen, in denen familienwirtschaftliche Strukturen vorherrschten, insbesondere also in bäuerlichen Gegenden. Es war hier ja auch die ganze Familie von der Entscheidung betroffen. Das ins Ausgedinge ziehende Altbauernpaar mußte mit der neuen Schwiegertochter zusammenleben. Von der Höhe ihrer Mitgift hing es ab, was den eigenen Töchtern mitgegeben werden konnte. Jüngere Geschwister des Bauern mußten eventuell unter der neuen Hausfrau als Gesinde dienen – alles Faktoren, die eine starke familiale Mitsprache als legitim erscheinen lassen. In Handwerker- oder Kaufleutefamilien konnten analoge Faktoren ein Interesse an Einflußnahme begründen. Insgesamt ist es vor allem die familienwirtschaftliche Struktur der alteuropäischen Gesellschaft, die der selbstbestimmten Partnerwahl entgegensteht. Der Übergang zur individuellen Lohnempfängergesellschaft der Moderne hat somit wesentliche Voraussetzungen für mehr Autonomie in diesem Bereich geschaffen.

Was unter der modernen »Liebesheirat« verstanden wird, hat nicht nur mit Autonomie der Partnerwahl zu tun, sondern auch mit den Kriterien, nach denen sie erfolgt. Auch ein selbstgewählter Partner muß nicht notwendig aus emotionalen Motiven ausgesucht worden sein. Umgekehrt schließt elterliche Mitsprache emotionale Beziehungen nicht unbedingt aus. In traditionalen Agrargesellschaften haben Faktoren wie Besitz, Arbeitsfähigkeit oder Gesundheit für die Partnerwahl einen außerordentlich hohen Stellenwert gehabt. Für Risikosituationen wie langfristige Erkrankung oder vorzeitige Verwitwung gab es ja noch keine gesellschaftliche

Sicherstellung. Das Kriterium Besitz konnte erst an Bedeutung verlieren, als kontinuierlicher Lohnbezug die Basis des Familienunterhalts wurde. Die Abstammung des gewählten Ehepartners spielte keineswegs nur im Adel eine Rolle. Solange Eigenschaften und Verhaltensweisen nicht als gesellschaftlich bedingt, sondern durch genealogische Herkunft vererbt gedacht wurden, war es folgerichtig, daß man über die persönlichen Qualitäten des Partners hinaus die Frage stellte, ob er aus einer »guten Familie« kam. Die Rolle des Geblütsdenkens in der Partnerwahl hat somit mit den jeweiligen Vorstellungen von familialen bzw. personalen Determinanten des Individuums zu tun. Solange die Gruppenidentität der Familie die Ich-Identität überlagert, ist eine primär personenbezogene Partnerwahl nicht möglich.

Die »Liebesheirat« als Forderung des sich gegenüber dem Adel emanzipierenden Bürgertums war ein Ideal, das von jener Gruppe, die sie stellte, weitgehend selbst nicht realisiert wurde. Auch mit der Verbreitung der bürgerlichen Familienideale in der modernen Gesellschaft war keineswegs zugleich die Verwirklichung des Postulats verbunden. Als allgemeine Tendenz läßt sich aber wohl doch festhalten, daß sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Heirat in einer Weise verändert haben, die die Realisierung der Forderung zunehmend möglich machte. Emotionale Entsprechung als ausschließliche oder doch zumindest als primäre Voraussetzung der Ehe bedeutet mehr Freiheit in der Umsetzung persönlicher Wunschvorstellungen. Es bedeutet aber zugleich auch mehr Anfälligkeit der Ehe. Durch die Betonung des Gefühlsmoments ist die Ehebeziehung fragiler geworden.

In Ehebeziehungen der Gegenwart kommt der emotionalen Entsprechung der Partner im sexuellen Bereich zentraler Stellenwert zu. Für historische Zeiten lassen sich zu diesem Thema schwer generalisierbare Aussagen machen. Allgemein kann aber über die Entwicklung der ehelichen Sexualität gesagt werden, daß die Bedeutung der Fortpflanzungssexualität zurückgegangen ist. Sieht man die Situation der alteuropäischen Gesellschaft diesbezüglich im interkulturellen Vergleich, so zeigt sich die Bedeutung von Fruchtbarkeit nie als besonders hoch. So gab es etwa in keiner der christlichen Konfessionen die Möglichkeit der Eheauflösung wegen mangelndem Nachwuchs, wie sie außerhalb Europas häufig begegnet. Trotzdem stand auch im traditionalen Europa die Aufgabe der »procreatio prolum« für die eheliche Sexualität im Mittelpunkt. Gegenüber dieser jahrhundertealten Tradition einer an Zeugung von Nachwuchs orientierten Sexualität bedeutet die Verlagerung des Schwergewichts auf die emotionale Erfüllung der Partnerbeziehung einen radikalen Wandel.

Eine solche Bedeutungsverlagerung setzt voraus, daß Fortpflanzungssexualität und »soziale Sexualität« grundsätzlich trennbar geworden sind. Im wesentlichen ist dies erst durch die Entwicklung und Verbreitung von Kontrazeptiva in den letzten Jahrzehnten erfolgt. Die revolutionäre Brisanz dieser relativ jungen historischen Entwicklung ist noch kaum abzuschätzen. Stärker noch als die eheliche Beziehung selbst hat sich die ihr vorausgehende Phase dadurch verändert. Die Zahl der Jugendlichen, die – ohne verheiratet zu sein – mit einem Partner zusammenleben, ist im Anstieg begriffen. Immer stärker finden solche Lebensformen gesellschaftliche Akzeptanz. Voreheliche Sexualbeziehungen beginnen bei vielen Jugendlichen

bereits sehr früh, oft schon kurz nach der Geschlechtsreife. Solche Veränderungen des Sexuallebens vor der Ehe wirken auf die Gestaltung der Ehephase selbst zurück. Sie tragen dazu bei, den Ausschließlichkeitscharakter der Zweierbeziehung in Frage zu stellen. Eheleben ist durch diese Entwicklungen der letzten Jahrzehnte sicher schwieriger geworden. Die Institution Ehe hat das in historischen Zeiten unbestrittene Monopol auf legitime Sexualität verloren. Eine Restitution dieses Monopols ist schwer vorstellbar.

Historische Formen der Ehebeziehung waren generell durch ein mehr oder minder starkes Machtgefälle zwischen Mann und Frau charakterisiert. Dieser Patriarchalismus hat sowohl gesellschaftliche wie familiäre Wurzeln. Je stärker die lokale oder überregionale Öffentlichkeit männerrechtlich geordnet ist, desto stärker ist auch die Vorrangstellung des Mannes in der Familie. Stark männerrechtlich strukturierte Gesellschaftssysteme finden sich in der europäischen Geschichte auf der Basis bestimmter Wirtschaftssysteme, etwa der transhumanten Weidewirtschaft in verschiedenen Zonen des Mittelmeerraums. Die männerrechtliche Ordnung kann aber auch kulturell bedingt sein, wie etwa im Judentum, das der Frau nur begrenzte Kultfähigkeit zugesteht. Auf der Ebene des Familiensystems ist sicher die Familienwirtschaft eine wichtige Voraussetzung patriarchalischer Verhältnisse. Der Hausvater als Leiter der familialen Arbeitsorganisation übt funktionale Autorität aus. Im Vergleich dazu ist in Familien von Lohnempfängern die Autorität des Ehemanns nicht aus notwendigen Bedingungen der Arbeitsorganisation abgeleitet. Der Bedeutungsverlust familienwirtschaftlicher Formen ist sicher eine Entwicklungstendenz, die zum Abbau patriarchalischer Beziehungen zwischen den Ehepartnern beigetragen hat. Die normative Vorstellung, daß eheliche Beziehungen partnerschaftlich gestaltet sein sollen, hat sich parallel zur allgemeinen Vorstellung der Gleichberechtigung von Frau und Mann entwickelt. Älteren Epochen der europäischen Geschichte war diese Normvorstellung fremd. Die Ideen über die richtige Gestaltung der ehelichen Machtverhältnisse sind für den Historiker leichter zu fassen als die soziale Realität. Eine Trendaussage, daß die Entwicklung vom Patriarchat zur Partnerschaft führt, wird zwischen diesen beiden Ebenen zu unterscheiden haben.

Die Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern sind in historischen Gesellschaften stets eng mit Gegebenheiten der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der Geschlechterrollenkonzeption verbunden. Diese Zusammenhänge sind äußerst komplex und stets durch Wechselwirkungen bestimmt. Vorrangordnungen und Rollenbilder erweisen sich historisch als sehr zählebige kulturelle Muster, die keineswegs unmittelbar auf Veränderungen der Arbeitsteilung reagieren. Trotzdem darf man im Wandel der Arbeitsorganisation jenen maßgeblichen Grundprozeß annehmen, der es im Verlauf der neueren Geschichte ermöglicht hat, daß es in den Bildern von Frau und Mann sowie in deren Bewertung zu Veränderungen gekommen ist. In bäuerlichen Familienwirtschaften, wie sie in traditionalen Agrargesellschaften dominiert haben, war eine klare Abgrenzung weiblicher und männlicher Arbeitssphären zweckrational und bis zu einem gewissen Grad zwingend notwendig, etwa in der Zuordnung extremer Außen- und Schwerarbeiten. Sicher gestalteten sich solche Zwänge je nach Produktionsweise sehr unterschiedlich. Bei Berg-

bauern etwa waren sie weit stärker ausgeprägt als in Weinbaugebieten. Insgesamt aber konnten sich Agrargesellschaften vor dem Zeitalter der Energierevolution einer polaren Differenzierung von Frauen- und Männerarbeiten nicht entziehen, weder innerhalb der Familienwirtschaft noch außerhalb derselben. Dementsprechend polar konzipiert waren ihre Rollenbilder von Frau und Mann, die durch ihre Beharrungskraft oft die Neuverteilung von Arbeitsaufgaben zwischen den Geschlechtern verhinderten, als diese bereits möglich waren. Im Wandel der Arbeitswelt sind als Voraussetzungen einer Neuverteilung vor allem Verschiebungen vom primären zum sekundären und tertiären Erwerbssektor zu bedenken. Die Agrarproduktion, die in vorindustriellen Gesellschaften 80% und mehr Prozent der Bevölkerung beschäftigt hat, ist in modernen Industrienationen unter die Zehn-Prozent-Marke gefallen. In allen Berufszweigen hat durch die revolutionären Möglichkeiten neuer Energiequellen der Einsatz von Körperkraft an Bedeutung verloren. Aber auch im Bereich der Kinderaufzucht, der für Mütter in historischen Gesellschaften so stark bindend war, haben sich wesentliche Veränderungen ergeben. Die Kinderzahlen sind radikal zurückgegangen, die Phase der Kleinkindbetreuung konzentriert sich auf eine relativ kurze Spanne des Lebenszyklus. Gesellschaftliche Institutionen, die entlastend wirken können wie Kindergärten und Horte, ermöglichen eine weitgehende Freistellung. Im Gegensatz zu traditionalen Gesellschaften besteht heute die Möglichkeit der Gleichheit von Frau und Mann im Bereich der außerhäuslichen wie auch der innerhäuslichen Arbeit. Beide Bereiche sind für die Ehebeziehung wichtig, die Teilung der Hausarbeit in unmittelbarer Weise, die Möglichkeit, eine erfüllende und anerkannte Berufsarbeit zu verrichten, in vermittelter. Diese Tendenz zunehmender Möglichkeiten des Ausgleichs ist ein linearer Trend, der sich im Lauf der letzten Jahrzehnte rasant beschleunigt hat. Faktoren, die zwingend eine Wende zu bereits überwundenen Stadien zurück bedingen könnten, sind nicht abzusehen. Was der Realisierung des Ausgleichs entgegensteht, liegt auf der Ebene tradierter Rollenbilder von Frau und Mann, die naturhaft und damit unveränderlich angenommen werden. Der Historiker kann demgegenüber aufzeigen, daß solche Rollenbilder sehr wohl gesellschaftlich bedingt sind und ihre Wurzeln in wirtschaftlichen Notwendigkeiten längst vergangener Zeiten haben.

3. Veränderungen der Eltern-Kind-Beziehungen

Fragt man nach säkularen Prozessen des Wandels in den Eltern-Kind-Beziehungen im Verlauf der europäischen Neuzeit, so ist nach Altersstufen der Kinder zu differenzieren. Von den beschriebenen Trends der Familienzusammensetzung her läßt sich für die Kleinkindphase sagen, daß es zu einer stärkeren Konzentration auf bloß zwei Bezugspersonen gekommen ist. In Haushalten des traditionalen Europa haben vor allem Dienstboten und ältere Geschwister für die Kindererziehung eine sehr große Rolle gespielt. Die große Schwester oder eine Magd konnte neben oder anstelle der Mutter in der frühen Kindheit die zentrale Figur der Erwachsenenwelt sein. Der Vater hingegen war in Gesellschaften der Vergangenheit in den ersten

Lebensjahren von viel geringerer Bedeutung als heute. Zu ihm entstand vielfach erst mit der Eingliederung der Kinder in das Arbeitsleben ein engerer Kontakt und auch dann vor allem bei den Söhnen. Demgegenüber ist es zu einer Aufwertung der Stellung des Vaters in der Kleinkindphase gekommen. Väter nehmen von der Geburt an verstärkt Anteil an der Entwicklung und der Erziehung ihrer Kinder. Das hängt sicher mit den behandelten Tendenzen des Ausgleichs zwischen den Rollen der Ehegatten zusammen. Dieses Interesse und diese Anteilnahme von Vätern an den Kleinkindern ist historisch relativ jung, so daß man wohl zurecht von einer »neuen Väterlichkeit« sprechen kann.

Die klassische Form der Kindererziehung in traditionalen Gesellschaften war Lernen durch Mitleben und Mitarbeiten. Die Methoden der Erziehung orientierten sich an den Modellen der eigenen Kindheitserfahrung. Alternative Erziehungsstile standen gar nicht zur Verfügung. Solche konkurrierenden Konzepte entwickelten sich erst mit der Pädagogisierung der familialen Kindererziehung, vor allem seit dem Zeitalter der Aufklärung. In der von der Arbeitswelt abgeschirmten Privatsphäre der bürgerlichen Familie wurde die Kindererziehung immer mehr zu einer reflektierten und intentional gesteuerten Verhaltensweise. Mit der Entwicklung zur modernen Lohnempfängergesellschaft mit ihrer Trennung von Familie und Arbeitswelt ist nicht nur das Modell von Erziehung durch Mitarbeit obsolet geworden, auch das bürgerliche Muster planmäßiger Erziehung auf bestimmte Leitbilder hin hat sich zunehmend durchgesetzt. Die Vielfalt pädagogischer Konzepte und deren Differenzierung gibt der Kindererziehung wachsende Möglichkeiten individueller Orientierung, kann aber auch Verunsicherung und Orientierungslosigkeit zur Folge haben.

Die Tendenz zur Pädagogisierung der innerfamilialen Kindererziehung hat sicher auch eine Wurzel in der Entwicklung der Schulpädagogik. Die Institution Schule ist insgesamt ein Faktor, der die Stellung von heranwachsenden Kindern und Jugendlichen in der Familie in der neuzeitlichen Entwicklung tiefgreifend verändert hat. Für die Eltern-Kind-Beziehung erscheint zunächst von Bedeutung, daß mit dem Lehrer eine zusätzliche Sozialisationsinstanz auftritt, der elterngleiche Funktionen und Aufgaben zukommen. Die Einführung der allgemeinen Schulpflicht wurde so vielfach als Eingriff in elterliche Rechte aufgefaßt – eine Vorstellung, die bei Maßnahmen staatlicher Schulreform immer wieder aktualisiert wird. Das Eltern-Lehrer-Verhältnis in Hinblick auf die Kindererziehung läßt sich jedoch historisch sicher nicht nur als Konkurrenz begreifen. Konformität besteht vor allem dort, wo die Schule das sichern soll, was das Elternhaus nicht bieten kann, nämlich sozialen Aufstieg durch Bildung. Mit der Überwindung altständischer Ordnungen und mit zunehmender Bedeutung schulischer Erfolge für die berufliche Position tritt dieser Aspekt in den Vordergrund. Schule wird der Ort, an dem sich Elternhoffnungen realisieren sollen – schulische Leistung zu erbringen, ist in dieser gesellschaftlichen Situation ein Belastungsfaktor der Eltern-Kind-Beziehungen. Im Zuge des Scholarisierungsprozesses gewinnt solches Konfliktpotential an Bedeutung. Immer mehr Familien sind davon betroffen. Immer länger wird die Phase des Familienzyklus, in der Schulprobleme zwischen Eltern und Kindern eine Rolle spielen. Der alteuropäischen Gesellschaft waren solche Probleme unbekannt. Der Scholarisierungsprozeß und die durch ihn entstandenen Spannungsmomente sind sicher irreversibel.

Zu den potentiellen Konfliktfeldern zwischen Eltern und ihren heranwachsenden Kindern, die durch den Scholarisierungsprozeß entstanden sind, gehören nicht nur die schulische Leistung, sondern auch die Wahl des Schultyps und die damit verbundene berufliche Entscheidung. Eine freie Berufswahl war in historischen Zeiten bis weit herauf nicht gegeben – weder als Idee eines Freiheitsrechts des Jugendlichen noch als reale gesellschaftliche Möglichkeit. In traditionalen Agrargesellschaften gab es schon in Hinblick auf die geringe Differenzierung der Arbeitsbereiche keine Entscheidungschance. Aber auch in städtischen Gesellschaften mit ihrer Vielfalt an Gewerben und Dienstleistungen entschieden der Vater bzw. die Eltern, was der Sohn erlernen sollte. Töchtern stand die Lehre ja lange Zeit überhaupt nicht offen. Die Möglichkeit einer Selbstbestimmung des beruflichen Lebenswegs durch den Jugendlichen hat sich zunächst in jenen gesellschaftlichen Gruppen ergeben, in denen der speziellen Berufsausbildung eine allgemeine Bildungsphase vorausging. Das war in erster Linie das Bildungsbürgertum, von dem ja auch die Idee der freien Berufswahl als ein allgemeines Grundrecht ihren Ausgang nahm. Je später im Leben des Jugendlichen Spezialisierungsentscheidungen fallen mußten, desto mehr wurde eigenständige Wahl möglich. Der Scholarisierungsprozeß hat diesbezüglich gesamtgesellschaftlich die Möglichkeiten verbreitert. Aber auch bei Entscheidungen über nichtschulische Ausbildungswege hat sich der grundsätzliche Anspruch auf Selbstbestimmung durchgesetzt. Wie alle in historischen Emanzipationsprozessen gewonnenen Freiheitsrechte wird dieser prinzipielle Anspruch von Jugendlichen wohl kaum aufgegeben werden.

Die Bereiche, innerhalb derer Jugendliche ihren Eltern gegenüber Autonomie beanspruchen, haben insgesamt stark zugenommen. Besonders einschneidend sind die Veränderungen im Bereich der Freundes- und Partnerbeziehungen. Gerade bei Töchtern haben Eltern diesbezüglich Jahrhunderte hindurch Kontrolle wahrgenommen. In der Gegenwart ist eine solche elterliche Überwachung auch bei Partnerbeziehungen nicht mehr aufrechtzuerhalten, die viel weiter gehen, als es in früheren Zeiten für zulässig erachtet wurde. Neben Freundes- und Partnerbeziehungen erscheint vor allem Freizeitgestaltung als ein Bereich, für den Selbstbestimmung in Anspruch genommen wird. Dieser Bereich ist insofern konfliktträchtig, als durch die Abgabe der produktiven Funktionen der Familie diese primär zu einem Ort gemeinsam verbrachter Freizeit geworden ist. Selbstgestaltete Freizeit bedeutet damit zugleich Lösung aus der Familie. Außerhäusliche Freizeitgestaltung von Jugendlichen verursacht Kosten. Dasselbe gilt für modische Kleidung und sonstigen Konsum. Geld zu bekommen und frei darüber verfügen zu können, ist ein Autonomieanspruch von Jugendlichen, der historisch jung ist und mit dem Prinzip bricht, nur insofern Ausgaben machen zu dürfen, als das Geld selbst verdient ist. Die Forderung nach selbständiger Lebensgestaltung wird von Kindern früher und in sehr umfassender Weise an ihre Eltern gestellt. Die klaren Grenzen, die zwischen dem Status jugendlicher Abhängigkeit und der Selbständigkeit des Erwachsenenlebens in historischen Zeiten gezogen wurden, haben an Trennschärfe verloren. Jugendliche müssen im Verhältnis zu ihren Eltern jeweils individuell für sich ausbalancieren, wann sie welches Autonomierecht in Anspruch nehmen können. Umgekehrt stellt sich für Eltern die schwierige Aufgabe, Autorität sukzessive

zurückzunehmen und ihre Kinder schrittweise aus der Abhängigkeit zu entlassen. Die sicheren gesellschaftlichen Leitschienen für diesen Prozeß können und sollen wohl auch nicht mehr wieder eingerichtet werden.

Das Verhältnis von Eltern zu ihren jugendlichen Kindern ist nicht nur aufgrund der Autoritätsproblematik schwieriger geworden. Auch die zunehmende Möglichkeit unterschiedlicher Werte- und Anschauungsorientierung wirkt in diese Richtung. In traditionalen Gesellschaften fehlte das Spannungsmoment solcher Unterschiedlichkeit. Töchter und Söhne wuchsen in das Weltbild der Eltern hinein, ohne die Gelegenheit alternativer Ausrichtung zu haben. Mit dem Aufbrechen der geschlossenen Teilgruppen in der partikularistisch strukturierten Gesellschaft Alteuropas weitet sich jedoch der Horizont. Durch die Verankerung des Grundsatzes der Religionsmündigkeit wird erstmals staatlich anerkannt, daß der »Glaube der Väter« nicht der der Söhne sein muß. Hier setzt die Entwicklung zum weltanschaulichen Pluralismus an, die dem Heranwachsenden das Recht auf eigenständige Gestaltung seines Weltbilds zugesteht. Mit der Ausweitung der Kommunikationsmöglichkeiten wächst die Wahrscheinlichkeit, daß Kinder anders zu denken beginnen als ihre Eltern. Die Beschleunigung gesellschaftlichen Wandels im 20. Jahrhundert steigert dieses Spannungsmoment. Es ist eine besonders herausfordernde Aufgabe der Gegenwart, trotz abweichender Anschauungen der Generationen die Beziehungen zwischen Eltern und heranwachsenden Kindern so zu gestalten, daß die Tragfähigkeit der emotionalen Basis erhalten bleibt.

Literatur

Anderson, M.: Approaches to the History of the Western Family 1500– 1914, Bristol 1980 – *Borscheid, P., Teuteberg, J.,* Hg.: Ehe, Liebe, Tod. Zum Wandel der Familie, der Geschlechts- und der Generationenbeziehungen in der Neuzeit, Münster 1983 – *Conze, W.,* Hg.: Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1976 – *Ehmer, J., Mitterauer, M.,* Hg.: Familienstruktur und Arbeitsorganisation in ländlichen Gesellschaften, Wien 1986 – *Erlich, V. St.:* Family in Transition, Princeton 1966 – *Flandrin, J.-L.:* Familien. Soziologie – Ökonomie – Sexualität, Frankfurt 1976 – *Goody, J.:* Die Entwicklung von Ehe und Familie in Europa, Berlin 1983 – *Hubbard, W. H.:* Familiengeschichte. Materialien zur deutschen Familie seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, München 1983 – *König, R.:* Soziologie der Familie, in: *derselbe,* Hg.: Handbuch der empirischen Sozialforschung 7, Stuttgart 1976 – *Laslett, P., Wall, R.,* Hg.: Household and Family in Past Time, Cambridge 1973 – *Mannzmann, A.,* Hg.: Geschichte der Familie oder Familiengeschichten? Königstein a. Taunus 1981 – *Mitterauer, M., Sieder, R.:* Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie, 3. Aufl. München 1984 – *Mitterauer, M., Sieder, R.,* Hg.: Historische Familienforschung, Frankfurt 1982 – *Mitterauer, M.:* Grundtypen alteuropäischer Sozialformen. Haus und Gemeinde in vorindustriellen Gesellschaften, Stuttgart 1979 – *Mitterauer, M.:* Ledige Mütter. Zur Geschichte unehelicher Geburten in Europa, München 1983 – *Plakans, A.:* Kinship in the Past. An Anthropology of European Family Life 1500–1900, Oxford 1984 – *Reif, H.,* Hg.: Die Familie in der Geschichte, Göttingen 1982 – *Rosenbaum, H.,* Hg.: Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur. Materialien zu den sozioökonomischen Bedingungen von Familienformen, Frankfurt 1978 – *dies.:* Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstrukturen und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, Frankfurt 1982 – *Schlumbohm, J.,* Hg.: Kinderstuben. Wie Kinder zu Bauern, Bürgern und Aristokraten wurden 1700–1850, München 1983 – *Shorter, E.:* Die

Geburt der modernen Familie, Hamburg 1977 – *Sieder, R.:* Sozialgeschichte der Familie, Frankfurt 1987 – *Stone, L.:* The Family, Sex and Marriage in England 1500–1800, London 1977 – *Tilly, L., Scott, J. W.:* Women, Work and the Family, New York 1978 – *Wall, R.* u. a., Hg.: Family Forms in Historic Europe, Cambridge 1983

Charlotte Höhn

Demographische Trends in Europa seit dem 2. Weltkrieg

1. Bevölkerungsentwicklung

Im heutigen Bundesgebiet (einschl. Berlin [West]) lebten im Jahr 1939 43 Millionen Menschen. Im Jahr 1950 waren es jedoch fast 51 Millionen, 1960 über 55 Millionen, 1970 60,7 Millionen und 1980 61,6 Millionen. Zur Zeit beträgt die Einwohnerzahl ein wenig über 61 Millionen; sie sinkt tendenziell seit 1974.

Woher kommt diese Bevölkerungszunahme um sieben Millionen von 1939 bis 1950, obwohl doch im Zweiten Weltkrieg fast zwei Millionen der 1939 im Bundesgebiet lebenden Männer gefallen sind und wohl mehrere 100 000 Menschen dem Bombenkrieg zum Opfer fielen? Und woher kommt die weitere Bevölkerungszunahme auf über 60 Millionen, und wie ist es schließlich zu erklären, daß die Bevölkerung auch in den letzten Jahren wenig oder fast gar nicht abgenommen hat, obwohl doch seit 1972 mehr Sterbefälle als Geburten zu verzeichnen sind?

Die Jüngeren haben fast vergessen, daß, ausgelöst durch den Zweiten Weltkrieg, um 1945 und noch Jahre danach, ja bis zum heutigen Tag, über 10 Millionen Deutsche aus den Ostgebieten des Deutschen Reichs und aus den Siedlungsgebieten der Deutschen in Osteuropa in das heutige Bundesgebiet und weitere Millionen in das Gebiet der DDR gekommen sind. Andere Zwangsaussiedler aus den heute zur Sowjetunion gehörenden östlichen Teilen Polens sind nachgefolgt und leben jetzt in den heutigen Grenzen Polens. Es handelt sich um Wanderungsströme, welche Europa in diesem Umfang in seiner bisherigen Geschichte nicht erlebt hat. Das ist aber nicht alles. Mehr als drei Millionen Menschen sind bis 1961 aus dem Gebiet der DDR in das Bundesgebiet gekommen, und die Zahl der Ausländer im Bundesgebiet hat sich von 1960 bis heute von 700 000 auf 4,7 Millionen oder um vier Millionen erhöht.

Bei diesen Bestimmungsgründen der Bevölkerungsentwicklung handelt es sich nicht nur um deutsche Besonderheiten. Auch in anderen Teilen Europas haben die Einwohnerzahlen stark zugenommen, weil – bis auf das Bundesgebiet und die DDR – bisher ständig Geburtenüberschüsse zu verzeichnen waren und in Nord-, West- und Südeuropa ebenfalls Zuwanderung aus europäischen und überseeischen Gebieten erfolgte. Neuerdings sind diese Teile Europas ein bevorzugtes Ziel von Asylsuchenden aus aller Welt.

Für ausgewählte Staaten Europas in der Nachbarschaft der Bundesrepublik Deutschland sah die Bevölkerungsentwicklung seit 1950 wie folgt aus (s. Tab. 1).

Für Deutschland wurde auf die Wanderungen der Vertriebenen und Flüchtlinge hingewiesen. Solche Wanderungen waren aber auch für Frankreich, die Niederlande, Belgien, Großbritannien, Spanien und Portugal als Folge der Aufgabe der Kolonialherrschaft nach dem Zweiten Weltkrieg von Bedeutung.

In vielen europäischen Ländern haben sich hieraus – mehr oder weniger stark ausgeprägt – Probleme multikultureller Staaten ergeben. Wenn man bedenkt, daß

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung in Europa, 1950 bis 1985

Land	Bevölkerung in Millionen		
	1950	1970	1985
Bundesrepublik Deutschland	50,8	60,6	61,2
DDR	18,4	17,1	16,6
Österreich	6,9	7,4	7,5
Schweiz	4,7	6,3	6,3
Frankreich	41,7	50,7	54,6
Belgien	8,6	9,6	9,9
Niederlande	10,1	13,0	14,5
Dänemark	4,3	4,9	5,1
Vereinigtes Königreich	50,6	55,5	55,6
Schweden	7,0	8,0	8,3
Irland	2,7	3,0	3,6
Polen	24,8	32,6	37,6
Tschechoslowakei	12,4	14,4	15,6
Ungarn	9,4	10,4	10,8
Italien	46,8	53,6	56,9
Spanien	27,9	33,8	39,0
Portugal	8,4	8,6	10,1

Quelle: United Nations, 1985, 50

Mitte der 80er Jahre in Luxemburg 25 %, in der Schweiz 15 %, in Belgien 9 % und im Bundesgebiet über 7 % der Bevölkerung Ausländer sind und sich die Ausländer überdies in den Ballungsgebieten konzentrieren, ist das nicht überraschend.

In den meisten europäischen Ländern ist die Bevölkerungszunahme allerdings in erster Linie dem Geburtenüberschuß zuzuschreiben, der heute selbst da noch als Altersstruktureffekt zu registrieren ist, wo, langfristig gesehen, die Zahl der Geburten nicht mehr ausreicht, um die Generationen der Eltern zu »reproduzieren«. Ein säkularer Geburtenrückgang beginnt überall in Europa um die Jahrhundertwende. Er führt zwangsläufig zu einer demographischen Alterung (neuerdings durch die Verlängerung der Lebenserwartung der Älteren noch verstärkt) und bei längerem Unterschreiten des Bestandserhaltungsniveaus (in Deutschland schon ab den 20er Jahren) schließlich zu einer Bevölkerungsschrumpfung.

Hinsichtlich der Altersstruktur der Bevölkerung haben sich bedeutsame Veränderungen eingestellt. Sie betreffen insbesondere den zunehmenden Anteil älterer Menschen. Im Bundesgebiet sind jetzt 20 % der Bevölkerung über 60 Jahre alt, im Jahr 1950 waren es aber immerhin schon 14 %. Zugleich hat der Anteil der Kinder beträchtlich abgenommen. Diese Entwicklung ist für alle europäischen Länder, mehr oder weniger stark ausgeprägt, festzustellen.

Der fortschreitende Alterungsprozeß und die immanente Schrumpfung der europäischen Bevölkerungen ist für viele Bereiche des staatlichen, gesellschaftlichen und

kulturellen Lebens von größter Bedeutung. Im Vordergrund der Diskussion stehen zur Zeit die Probleme der finanziellen Sicherung der Altersversorgung der nicht mehr Berufstätigen, die Aufbringung der Krankheitskosten für diesen Personenkreis und die wachsenden Anforderungen im Pflegebereich.

Macura und *Malacic* (1987) haben Vorausschätzungen vorgelegt, die für alle europäischen Regionen und darunter für einige ausgewählte Länder Europas einen Geburtenrückgang annehmen, der früher oder später auf dem Niveau einer Nettoreproduktionsziffer (NRZ) von 0,6 anlangt und dort verharrt. Für die Bestandserhaltung ist eine NRZ von 1 erforderlich. Immerhin hatte im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1985 nur noch Osteuropa eine NRZ von knapp über 1 (1,03), die (gesamte!) UdSSR dagegen eine NRZ von 1,12. Unter den ausgewählten osteuropäischen Ländern hatte 1980/85 nur Polen (1,07) noch eine NRZ von über 1, während Jugoslawien und Ungarn bereits eine Geburtenhäufigkeit unter dem Bestandserhaltungsniveau hatten.

Tabelle 2: Bevölkerungsmodellrechnungen für Europa und ausgewählte Länder, 1980 bis 2035

Region	Bevölkerung in Millionen					
Land	1980	2000	2010	2020	2025	2035
Europa	484,5	**512,3**	507,5	493,7	483,0	450,9
Osteuropa	109,3	120,3	**123,5**	123,4	122,4	117,7
Nordeuropa	82,1	**83,7**	81,9	79,1	76,9	70,7
Südeuropa	139,5	152,3	**152,9**	150,7	148,8	141,7
Westeuropa	153,5	**156,0**	149,2	140,5	134,9	120,8
Bundesrepublik Deutschland	**61,5**	59,4	55,4	50,7	48,1	42,0
Frankreich	53,7	**57,1**	55,9	53,9	52,4	48,0
Italien	57,0	**58,6**	55,4	53,4	51,9	46,7
Jugoslawien	22,2	25,2	**25,7**	25,4	25,0	23,0
Niederlande	14,1	**15,0**	14,5	13,7	13,1	11,6
Polen	35,5	40,8	42,9	43,9	**44,0**	43,4
Schweden	**8,3**	8,1	7,6	7,1	6,7	6,0
Spanien	37,4	42,2	43,3	**43,5**	**43,5**	42,6
Ungarn	**10,7**	**10,7**	10,5	10,2	9,9	9,2
UdSSR	265,9	314,7	336,9	351,5	355,8	359,1
Vereinigtes Königreich	55,9	56,3	55,0	53,1	51,6	47,5

Fettdruck = Maximale Bevölkerungszahl, danach Rückgang
Quelle: *Macura/Malacic,* 34

Infolge der bisherigen demographischen Entwicklung und der gemachten Annahme eines weiteren Geburtenrückgangs erreicht die Gesamtbevölkerung Europas um das Jahr 2000 mit 512,3 Millionen Einwohnern ihren Maximalwert und nimmt danach ab. Im Jahr 2035 könnte Europa nach dieser Berechnung eine Bevölkerung

von 450,9 Millionen haben, 7 Prozent weniger als 1980 (484,5 Mill.). Die Bevölkerung West- und Nordeuropas nähme nach 2000, die von Süd- und Osteuropa (ohne UdSSR) nach 2010 ab, während allein die der (gesamten) UdSSR über das Jahr 2035 hinaus wächst. Aus dem Verlauf der geschätzten Ergebnisse für die UdSSR ist allerdings erkennbar, daß das Wachstum der Bevölkerung sich ab 2020 abschwächt. Die Bundesrepublik Deutschland steht also keineswegs allein auf dem Weg zum Bevölkerungsrückgang, sie ist nur der Vorläufer auf einem demographischen Trend, für den es in der Bevölkerungsgeschichte keine Parallele gibt.
Ein Bevölkerungsrückgang bereits vor dem Jahr 2000 ist außer in der Bundesrepublik Deutschland noch in Schweden zu erwarten. Zwischen 2000 und 2010 begännen die Bevölkerungen von Frankreich, Italien, den Niederlanden, Ungarn und des Vereinigten Königreichs zu schrumpfen. Nach 2010 folgt Jugoslawien diesem Trend, nach 2025 auch Polen und Spanien. Aus diesem Befund ist zu schließen, daß das Potential für Zuwanderer aus europäischen Ländern zunehmend geringer wird. Künftige Einwanderer kämen immer seltener aus den traditionellen Anwerbeländern (mit Ausnahme der Türkei), sondern eher aus Ländern der Dritten Welt mit einem völlig anderen kulturellen Hintergrund.

2. Heiratshäufigkeit

Eine der wichtigsten demographischen Veränderungen mit großer gesellschaftlicher Bedeutung ist der Rückgang der Heiratshäufigkeit in den vergangenen 15 Jahren. Bis Ende der 60er Jahre konnte man in allen europäischen Ländern davon ausgehen, daß alle Menschen den Wunsch hatten zu heiraten. In der Tat waren 1970 – z. B. im Bundesgebiet – von den 50jährigen und älteren Männern und Frauen 90 bis 95 % nicht mehr ledig. Es gab allerdings Verschiebungen im Heiratsalter, die zu Schwankungen der Jahreszahlen der Eheschließungen führten. So war das durchschnittliche Heiratsalter unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg relativ hoch, weil es sich damals vielfach um Eheschließungen handelte, die ohne die Kriegswirren früher geschlossen worden wären.
Zwischen 1960 und 1970 kam es in ganz Europa zu einem weiteren Heiratsboom. Bei den zusammengefaßten Erstheiratsziffern für 1965 bis 1985 in Tabelle 3 handelt es sich um die Summen der altersspezifischen Heiratsziffern lediger Männer und Frauen. Theoretisch dürfte es keine zusammengefaßten Erstheiratsziffern über 1 000 geben, weil man nur einmal als Lediger heiraten kann. Wenn solche Ziffern trotzdem vorkommen, so deshalb, weil in den 60er Jahren eine starke Abnahme des Heiratsalters stattfand. Nach dem Zweiten Weltkrieg wollten viele junge Menschen mit frühen sexuellen Erfahrungen so bald wie möglich heiraten, zumal die modernen Kontrazeptiva noch keine weite Verbreitung gefunden hatten. Ehen, die sonst später stattgefunden hätten, wurden also jetzt zeitlich vorgezogen. Der »Babyboom« der 60er Jahre ist darauf zum größten Teil ebenso zurückzuführen wie der »Babyboom«, der in vielen europäischen Ländern in der allerersten Nachkriegszeit zu verzeichnen war.
Kurz nach 1970, in Schweden und Dänemark aber schon etwas früher, trat eine

Tabelle 3: Zusammengefaßte Erstheiratsziffern in europäischen Ländern, 1965 bis 1985

Land	Von 1 000 heiraten mindestens einmal									
	Männer					Frauen				
	1965	1970	1975	1980	1985	1965	1970	1975	1980	1985
Nordeuropa										
Dänemark	1,026	752	621	491	527[a]	984	799	661	592	559[a]
Finnland	959	896	638	608	610[b]	930	939	702	671	668[b]
Nordirland	980	1,134	900	750	–	952	1,086	942	766	–
Norwegen	921	922	755	615	546[a]	872	956	794	648	571[a]
Schweden	986	584	566	486	479[a]	957	624	628	525	514[a]
England und Wales	1,038	1,009	840	754	666[a]	1,002	1,040	876	761	669[a]
Schottland	1,112	1,055	899	786	749[c]	1,023	1,030	889	792	750[c]
Westeuropa										
Österreich	923	854	731	690	637	994	913	751	675	613
Belgien	992	966	854	746	688[d]	1,002	981	888	775	718[d]
Frankreich	1,013	915	822	689	530	993	919	858	706	542
Bundesrepublik Deutschland	913	896	734	644	578	1,102	974	764	656	591
Luxemburg	–	870	852	653	567[a]	–	870	799	661	579[a]
Niederlande	1,124	1,013	767	671	627[c]	1,130	1,062	827	691	647[c]
Schweiz	892	868	624	643	651[a]	897	829	650	659	671[a]
Südeuropa										
Griechenland	1,218	1,080	1,180	848	942[c]	1,185	1,056	1,158	875	986[c]
Italien	998	1,017	894	764	731[c]	1,024	1,007	931	765	733[c]
Portugal	1,105	1,187	1,450	840	798[a]	1,012	1,090	1,275	808	811[a]
Spanien	1,008	1,030	949	749	684[c]	982	1,003	1,024	735	675[c]
Jugoslawien	991	991	865	–	–	1,027	970	892	–	–
Osteuropa										
Bulgarien	951	963	969	923	878[b]	893	976	1,010	981	943[b]
Tschechoslowakei	965	918	927	796	870[b]	901	906	976	892	934[b]
DDR	858	989	901	789	686[b]	991	1,025	930	818	710[b]
Ungarn	986	990	944	767	796[a]	978	968	998	894	880[a]
Polen	–	–	948	838	870[b]	–	–	940	900	967[b]
Rumänien	909	891	993	–	–	942	840	998	–	–

a: 1984. b: 1983. c: 1981. d: 1982.
Quelle: *Van de Kaa,* 1987, 14

neue Entwicklung ein, die in Nord- und Westeuropa, aber auch schon in Italien und Spanien und auch in der DDR zu einem bisher nicht gekannten Tiefstand der Heiratshäufigkeit in Friedenszeiten geführt hat, die – zusammen mit der stark gestiegenen Scheidungshäufigkeit – das Schlagwort von der »Krise der Ehe« geboren hat. Wahrscheinlich geben die in Tabelle 3 nachgewiesenen zusammengefaßten Heiratsziffern als »Querschnittsbeobachtungen« für Kalenderjahre die Heiratshäufigkeit etwas zu niedrig an, weil der Trend zur späten Heirat noch nicht zu Ende ist. Dessen ungeachtet ist nicht von der Hand zu weisen, daß wir uns in Europa einer Situation nähern, bei der mehr als 20 % der Frauen und mehr als 25 % der Männer zeitlebens unverheiratet bleiben. Diese Entwicklung hat insbesondere in den skan-

dinavischen Ländern früh eingesetzt und breitet sich schon seit mehr als 10 Jahren in ganz Europa aus.
Nicht nur die Heiratshäufigkeit der Ledigen, sondern auch die Wiederverheiratungen Verwitweter und Geschiedener haben überall stark abgenommen.

3. Ehelösungen

Vor hundert Jahren war ein Drittel der im üblichen Heiratsalter geschlossenen Ehen schon nach etwa 20 Jahren durch Tod eines der Ehegatten gelöst. Fast ein Fünftel der Kinder hatten mit 18 oder 20 Jahren keinen Vater oder keine Mutter mehr. Heute dagegen ist erst nach 40 Jahren ein Drittel der Ehen gelöst und es ist sehr selten geworden, daß jemand die Eltern vor der Volljährigkeit verliert. In allen europäischen Ländern dauert jetzt eine Ehe, die im Alter von etwa 25 Jahren geschlossen und nicht geschieden wird, je nach den Sterblichkeitsverhältnissen, 40 bis 50 Jahre. Die Sterblichkeit der Männer war und ist in jeder Altersgruppe höher als diejenige der Frauen. Außerdem sind die Männer bei der Heirat in den meisten Fällen älter als die Frau. Die Fälle, in denen eine Ehe durch Tod des Mannes gelöst wird, sind infolgedessen bei weitem in der Mehrzahl. Das erklärt, daß es überall mehr Witwen als Witwer gibt, zumal die Witwer häufiger als die Witwen eine neue Ehe eingehen. Die unter 5. beschriebene günstige Sterblichkeitsentwicklung hat dazu geführt, daß es von Jahr zu Jahr weniger Verwitwete mit minderjährigen Kindern gibt. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war allerdings die Zahl der Witwen mit Kindern extrem hoch, weil so viele Väter gefallen waren.
Eine entgegengesetzte Entwicklung hat die Zahl der Ehescheidungen genommen. Man kann das an der folgenden Zeitreihe über die gerichtlichen Ehelösungen je 1 000 bestehende Ehen in Deutschland ablesen:

Reichsgebiet		Bundesgebiet	
1890:	0,7	1960:	3,6
1904:	1,1	1970:	5,1
1920:	3,2	1980:	6,1
1930:	3,0	1985:	8,6.

Die Entwicklung betrifft wiederum (fast) alle europäischen Länder und hat sich insbesondere seit den 70er Jahren beschleunigt.
Nach Tabelle 4 hat sich die Scheidungshäufigkeit seit 1970 verdoppelt bis verdreifacht.
Im Bundesgebiet waren bisher jährlich rund 100 000 minderjährige Kinder von der Scheidung ihrer Eltern betroffen, von denen wegen Wiederheirat des sorgeberechtigten Elternteils fast die Hälfte in Stieffamilien, vor allem mit Stiefvätern, aufwachsen. Kinderlose Ehepaare werden häufiger geschieden als Ehepaare mit Kindern. Im Bundesgebiet beträgt der Anteil der kinderlos Geschiedenen schon sehr lange etwa die Hälfte. Mit zunehmender Ehedauer verwischen sich insbesondere die Unter-

Tabelle 4: Scheidungshäufigkeit in europäischen Ländern

	Von 100 Ehen werden geschieden	
	1985	dagegen um 1970
Bundesrepublik Deutschland	30	15
Belgien	26	10
Dänemark	46	25
Frankreich	31	11
Niederlande	31	11
Österreich	31	18
Schweden	45	23
Schweiz	30	15
England und Wales	39	·

Quelle: Europarat 1987, 66

schiede der Scheidungshäufigkeit von Ehen mit einem Kind und mit mehreren Kindern.

Naheliegenderweise gibt es keine offiziellen Statistiken über gescheiterte nichteheliche Lebensgemeinschaften mit oder ohne gemeinsame Kinder. Bei der wachsenden Bedeutung dieser Gemeinschaften im Verhältnis zu den Ehen, wären diese »Scheidungen« eigentlich mit zu berücksichtigen.

In hohem Maße haben in vielen europäischen Ländern die Eheschließenden schon vor der Heirat in einer gemeinsamen Wohnung gelebt. Diese »Probeehen« haben aber offensichtlich nicht dazu beigetragen, die Scheidungshäufigkeit zu vermindern. Sie ist ja gerade in solchen Ländern besonders hoch, in denen es – wie in Schweden oder Dänemark – die meisten nichtehelichen Lebensgemeinschaften gibt (vgl. *Trost* in diesem Band).

4. Geburtenhäufigkeit

Die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit seit 1950 (Tabelle 5) wird, um ein Höchstmaß regionaler und zeitlicher Vergleichbarkeit zu erreichen, mit Hilfe der »Zusammengefaßten Geburtenziffer« (Summe der altersspezifischen Geburtenziffern für Kalenderjahre je Frau) dargestellt. Die Unterschiede der Einwohnerzahlen und der Altersstruktur von Land zu Land und in der zeitlichen Entwicklung sind auf diese Weise ausgeschaltet. Die Zahl 2,1 für die Bundesrepublik im Jahr 1950 z. B. bedeutet, daß entsprechend den Fertilitätsverhältnissen in diesem Kalenderjahr je Frau 2,1 Geburten zu erwarten gewesen wären (oder je 100 Frauen 210 Geburten). Das entspricht sehr genau der zur Bestandserhaltung erforderlichen Geburtenzahl. Dagegen bedeutet z. B. die Zahl 1,3 für die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1985, daß von der zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes erforderlichen Zahl von Neugeborenen rund 40 % fehlen. Dies drückt auch die Nettoreproduktionsziffer 0,6 für das Bundesgebiet im Jahr 1985 aus.

Um die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit seit 1950 richtig zu verstehen, ist es erforderlich zu wissen, daß sie Teil eines sehr langfristigen Prozesses seit Ende des vergangenen Jahrhunderts ist. Für die in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geschlossenen Ehen kann man durchschnittlich fünf Kinder annehmen, für die um 1900 geschlossenen Ehen etwa vier Kinder und für die um 1910 geschlossenen nur noch drei. Eine gewisse Zäsur brachte der Erste Weltkrieg. Für die zwischen 1920 und 1950 geschlossenen Ehen ergeben sich nämlich nur noch knapp mehr als zwei Kinder.

Tabelle 5: Geburtenhäufigkeit im europäischen Vergleich, 1950 bis 1985

Land	Zusammengefaßte Geburtenziffer				Nettoreproduktionsziffer		Nichteheliche Lebendgeborene je 100 Lebendgeborene	
	1950	1960	1970	1985	1970	1985	1970	1985
Bundesrepublik Deutschland	2,1	2,4	2,0	1,3	0,95	0,60	5,5	9,4
Belgien	2,3	2,5	2,3	1,5	1,06	0,71	2,8	4,5[4]
Dänemark	2,6	2,5	2,0	1,4	0,93	0,70	11,0	43,0
Frankreich	2,9	2,7	2,5	1,8	1,17	0,87	6,8	19,6
Griechenland	2,6	2,2	2,3	1,7	1,07	0,78	1,1	1,8
Irland	·	3,8	3,9	2,5	1,81	1,19	2,7	8,5
Italien	2,5	2,4	2,4	1,5[12]	1,11	0,77[4]	2,2	5,3[1]
Niederlande	3,1	3,1	2,6	1,5	1,22	0,73	2,1	8,3
Norwegen	2,5	2,9	2,5	1,7	1,19	0,80	6,9	25,8
Österreich	·	2,7	2,3	1,5	1,07	0,70	12,8	22,4
Portugal	3,0	3,1	2,8	1,7	1,23	0,81	7,3	12,3
Schweden	2,3	2,2	1,9	1,7	0,92	0,83	18,4	46,4
Schweiz	2,4	2,4	2,1	1,5	1,00	0,72	3,8	5,6
Spanien	2,5	2,8	2,8	1,8[13]	1,35	···	1,3	4,4[4]
Vereinigtes Königreich	2,2	2,7	2,4	1,8	1,15	0,86	8,0	18,9

1 vorläufig. 2 1984. 3 1983. 4 1981.

Quelle: Europarat 1987, 67 und 68; *Van de Kaa,* 1987, 19

Ähnlich verlief die Entwicklung überall, in Süd- und Osteuropa aber z. T. wesentlich später. Doch wird dieser langfristige Trend überlagert von kurzfristigen Schwankungen der Geburtenhäufigkeit. Beispiele dafür sind die sehr niedrigen Geburtenzahlen während der Weltwirtschaftskrise um 1930 oder die Geburtenausfälle gegen Ende des Zweiten Weltkriegs. Die relativ hohen zusammengefaßten Geburtenziffern um 1950 dürfen infolgedessen nicht darüber hinwegtäuschen, daß damals viele Kinder geboren wurden, welche ohne die Abwesenheit der Männer im Felde oder in Kriegsgefangenschaft schon früher geboren worden wären. Einen zweiten »Babyboom« gab es um 1965. Er ist ganz entscheidend darauf zurückzuführen, daß damals früher als bisher geheiratet wurde und demzufolge die Kinder früher, aber auch in kürzeren Abständen geboren wurden. 1960 gab es in der Bundesrepublik eine zusammengefaßte Geburtenziffer von 2,4. Umgeschätzt auf die durchschnittliche Kinderzahl der Ehen hätte das je Ehe etwa 2,8 Kinder bedeutet. Schon die in den 20er Jahren geschlossenen Ehen haben eine solche Kinderzahl jedoch bei weitem nicht mehr erreicht.

Eine neue Wende setzt dann ab Mitte der 60er Jahre in nahezu allen europäischen Ländern, in manchen noch etwas früher ein.
Heute gibt es fast kein nord- und westeuropäisches Land mehr, in dem die Fertilität ausreichte, um die Elterngeneration zahlenmäßig zu ersetzen. Einzige Ausnahme ist – mit abnehmenden Werten – Irland. Im Bundesgebiet setzte diese Entwicklung zuerst ein. Es hat auch heute noch die niedrigste Geburtenziffer und die niedrigste Nettoreproduktionsrate.
Das macht folgende Struktur der im Bundesgebiet nach 1970 geschlossenen Ehen nach der endgültigen Kinderzahl verständlich:

Keine Kinder:	20 %
ein Kind:	28 %
zwei Kinder:	40 %
drei oder mehr Kinder:	12 %.

Bedenkt man außerdem die hohe Zahl derjenigen, die überhaupt nicht heiraten, so ist es denkbar, daß in Zukunft fast ein Drittel aller Frauen kinderlos bleiben.
Dänemark, die Niederlande und Schweden, ja selbst Italien, haben das niedrige Niveau der Geburtenhäufigkeit in der Bundesrepublik jedoch schon fast erreicht. Es handelt sich um eine Entwicklung, die heute mehr oder weniger stark in allen Industrieländern zu beobachten ist. Ausnahmen gibt es außer in Irland in einigen osteuropäischen Staaten, für die wir nach den Verhältnissen im Jahr 1984 folgende zusammengefaßten Geburtenziffern nennen:

Bulgarien:	1,99
Tschechoslowakei:	2,07
Polen:	2,40
Rumänien:	2,00 (1983)
Sowjetunion:	2,41 (1983)

In der Sowjetunion beruht der relativ hohe Wert vor allem auf hohen Kinderzahlen in den asiatischen Landesteilen.
Pronatalistische – insbesondere finanzielle – Maßnahmen erbringen nur bescheidene Effekte (*Höhn/Schubnell*, 1986), können aber sozialpolitisch sinnvoll sein. Eine wesentliche Änderung des generativen Verhaltens in Europa setzt mindestens eine bessere Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbsarbeit von Mutter und Vater voraus. Aber auch unter solchen Bedingungen wird es nur wenige Frauen und Männer geben, die bereit sind, mehr als zwei Kinder zu haben. Zu einer Bestandserhaltung müßte ihr Anteil aber 40 bis 50 % betragen.
Solche Hoffnungen erscheinen jedoch utopisch; denn spätestens ab dem dritten Kind ist für die Frauen nur noch ein Leben denkbar, das für viele Jahre auf Kinder konzentriert ist und daher für Berufstätigkeit kaum noch Raum läßt. Der Geburtenrückgang erscheint daher als irreversibel.
In der Vergangenheit konnte man es als selbstverständlich betrachten, daß fast alle Kinder ehelich geboren wurden. Das ist heute in vielen europäischen Ländern nicht

mehr der Fall (Tabelle 5). In Schweden und in Dänemark werden jetzt fast die Hälfte der Kinder nichtehelich geboren, die in den dort zahlreichen nichtehelichen Lebensgemeinschaften aufwachsen. Hohe Quoten nichtehelicher Kinder sind außerdem in Norwegen, in Österreich und in Großbritannien zu verzeichnen, aber auch in der DDR. In der Bundesrepublik Deutschland hat die Nichtehelichenquote noch keine 10 % erreicht. Das ist ein Zeichen dafür, daß es hier immer noch als selbstverständlich betrachtet wird, daß Kinder in einer Ehe aufwachsen sollten.

5. Sterblichkeit

Für die vergleichende Beobachtung der Sterblichkeit ist die allgemeine Sterbeziffer (Gestorbene auf 1000 Einwohner) wenig geeignet, weil die Zahl der Sterbefälle stark von der Altersgliederung einer Bevölkerung abhängt. Wir geben dazu ein Beispiel: Im Durchschnitt der Jahre 1980/85 kamen in Irland 9,8 Sterbefälle auf 1000 Einwohner und in Schweden 11,6. Man kann daraus jedoch nicht auf ein geringeres Sterberisiko in Irland schließen; denn in Schweden leben die Menschen länger als in Irland. Zwar wird in beiden Fällen die Verminderung der Bevölkerung durch Tod richtig wiedergegeben, die allgemeine (oder rohe) Sterbeziffer läßt jedoch außer Betracht, daß es in Irland mehr junge Menschen mit niedriger Sterblichkeit und weniger alte mit hoher Sterblichkeit gibt als in Schweden. Ein von der Altersgliederung einer Bevölkerung »bereinigtes« Maß der Sterblichkeit ist die durchschnittliche Lebenserwartung der Neugeborenen, wobei üblicherweise nach dem Geschlecht unterschieden wird (Tabelle 6).

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in Europa nur einige Länder (in Ost- und Südeuropa), in denen die Lebenserwartung der neugeborenen Knaben weniger als 60 Jahre und die der neugeborenen Mädchen weniger als 65 Jahre betrug. In den vorangegangenen 100 Jahren hatte sich die Lebenserwartung verdoppelt. In der Bundesrepublik hatten um 1950 die Knaben Aussicht, rund 65, und die Mädchen, rund 69 Jahre alt zu werden. Vor allem durch eine weitere Verminderung der Säuglings- und Kindersterblichkeit, die schon bisher zur Verlängerung der Lebenserwartung ganz entscheidend beigetragen hatte, nahm diese auch in den Folgejahren zu. Die ost- und südeuropäischen Länder haben dadurch in den 60er Jahren bei Männern und Frauen etwa den Stand der Lebenserwartung erreicht, der in Nord- und Westeuropa schon zehn Jahre früher vorhanden war.

Um 1965 schien es, als seien in einigen nord- und westeuropäischen Ländern weitere Fortschritte in der Verminderung der Sterblichkeit der Männer kaum noch zu erzielen. Das war jedoch ein Trugschluß; denn nach 1970 nahm die Sterblichkeit der Männer vor allem in den westeuropäischen Ländern weiter stark ab. Das wird vor allem der fortschreitenden Beherrschung der Kreislauferkrankungen zugeschrieben. Für die Zeit nach 1970 ist für osteuropäische Länder dagegen eine Stagnation der Sterblichkeitsentwicklung der Männer oder sogar Zunahme der Sterblichkeit zu beobachten.

In allen diesen Jahren ist der Unterschied zwischen der Lebenserwartung der Männer und Frauen größer geworden. Im Bundesgebiet ergab sich 1950 für die

Tabelle 6: Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit in europäischen Ländern um 1950, 1970 und 1984

Land	Lebenserwartung in Jahren . . .						Gestorbene im 1. Lebensjahr auf 1000 Lebendgeborene		
	Männlich			Weiblich					
	1950	1970	1984	1950	1970	1984	1950	1970	1984
Nordeuropa									
Dänemark	67,8	70,7	71,5	70,1	75,9	75,9	24,0	11,3	7,8
Finnland	62,9	65,9	70,4	69,1	74,2	78,7	43,5	13,2	6,5
Irland	64,5	68,8	70,1	67,1	73,5	75,6	36,0	16,6	10,1
Norwegen	70,8	71,2	72,9	74,4	77,4	79,6	20,2	10,4	8,3
Schweden	70,0	72,0	73,8	72,7	77,0	79,9	17,0	9,5	6,4
Vereinigtes Königreich	66,2	68,7	71,1	71,2	75,0	77,0	23,8	18,5	9,6
Westeuropa									
Österreich	61,9	66,6	70,1	67,6	73,7	77,3	42,4	22,2	11,4
Belgien	65,2	67,8	70,0	70,3	74,2	76,8	40,8	17,6	10,7
Frankreich	63,6	68,3	71,3	69,3	75,8	79,4	34,2	12,7	8,3
Bundesrepublik Deutschland	64,6	67,4	70,5	68,5	73,8	77,1	40,6	20,2	9,6
Niederlande	70,6	70,8	73,0	72,9	76,8	79,7	19,4	10,7	8,3
Schweiz	66,4	70,2	73,1	70,9	76,2	79,7	25,6	12,4	7,1
Südeuropa									
Griechenland	63,4	72,0	72,2	66,7	76,1	76,3	46,5	25,7	14,3
Italien	63,9	69,0	70,6	67,5	75,0	77,4	56,5	25,8	11,1
Portugal	56,3	63,7	68,9	61,5	70,3	76,6	87,4	48,7	16,7
Spanien	59,8	69,7	72,5	64,3	75,0	78,6	59,1	17,2	10,5
Jugoslawien	62,2	65,6	67,7	65,3	70,4	73,2	118,6	55,5	28,9
Osteuropa									
Bulgarien	64,2	68,8	68,4	67,7	73,5	74,1	95	27,3	16,1
Tschechoslowakei	60,9	66,2	67,1	65,5	72,9	74,3	78	22,1	15,1
DDR	65,1	68,9	69,5	69,1	74,2	75,4	72	18,5	10,0
Ungarn	58,8	66,3	65,6	63,2	72,1	73,7	86	35,9	20,4
Polen	55,6	66,8	66,8	64,5	73,8	75,0	108	33,2	19,2
Rumänien	61,5	66,3	66,9	65,0	70,9	72,5	117	49,4	23,4
UdSSR	61	65	–	67	74	–	84	24,4	27,7

Quelle: *Van de Kaa,* 1987, 36

Frauen eine höhere Lebenserwartung von 3,9 Jahren, 1984 aber eine solche von 6,6 Jahren. Die Folge davon ist ein hoher Frauenüberschuß unter der älteren Bevölkerung, der überall zu beobachten ist und nur zu einem Teil mit den Männerverlusten im Zweiten Weltkrieg zusammenhängt. Eine weitere Folge ist die stark gewachsene Zahl alleinlebender älterer Witwen, von denen nur wenige eine Chance haben, sich erneut mit einem männlichen Partner zusammenzutun.

Mehr und mehr hat sich der Rückgang der Sterblichkeit von der Kindersterblichkeit zur Sterblichkeit der Älteren verschoben, was natürlich auch damit zusammenhängt, daß in einigen Ländern eine weitere Abnahme der Sterblichkeit in den ersten Lebensjahrzehnten wegen des schon erreichten niedrigen Niveaus gar nicht mehr möglich erscheint.

Diese Entwicklung hat gravierende Folgen für den Altersaufbau der Bevölkerung und die weitere Lebenserwartung der Älteren. Wie schon in der Vergangenheit

werden auch in Zukunft wachsende Teile des Sozialprodukts für die nicht mehr Erwerbstätigen ausgegeben werden müssen, wenn im Alter das bisherige Versorgungsniveau aufrechterhalten werden soll. Erstrebenswert wäre ein langes Leben in Gesundheit. Doch wird die verlängerte Lebenserwartung der Älteren eher zu einer Vergrößerung des Bevölkerungsanteils derjenigen führen, die pflegebedürftig und damit auf ihre Mitmenschen angewiesen sind. Ein Zahlenbeispiel mag die quantitativen Aspekte verdeutlichen: Von 1960/62 auf 1983/85 nahm im Bundesgebiet die weitere Lebenserwartung der 60jährigen beiderlei Geschlechts von 17 auf 19 Jahre oder um über 10 % zu. Bedenkt man die in den kommenden Jahren zu erwartenden weiteren Sterblichkeitsabnahmen, indem man sich an den Verhältnissen orientiert, die in einigen Ländern schon erreicht sind, so wäre davon auszugehen, daß in 10 bis 15 Jahren eine nochmalige Zunahme der Lebenserwartung der Älteren um 10 % stattfindet. Das würde 10 % mehr Aufwendungen für die Altersversorgung und eine noch größere Steigerung der Kosten der Gesundheit der Älteren bedeuten, die mit dem Alter steil zunehmen.

Die Höhe der Säuglingssterblichkeit (Gestorbene im ersten Lebensjahr auf 1 000 Lebendgeborene) wird häufig als Maßstab für die Einschätzung der hygienischen Verhältnisse und die Effizienz des Gesundheitswesens einer Bevölkerung betrachtet.

Im Bundesgebiet verstarben noch gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts ein Viertel der Neugeborenen im ersten Lebensjahr. Um 1950 waren es jedoch nur etwa 40 Promille und um 1970 etwa 20 Promille. Inzwischen ist noch nicht einmal bei jedem 100. Baby zu befürchten, daß es nicht überlebt. Freilich nimmt die Bundesrepublik hinsichtlich der Überlebenswahrscheinlichkeit der Neugeborenen keine Spitzenstellung ein; denn für andere west- und insbesondere nordeuropäische Länder ergeben sich nach Tabelle 6 noch niedrigere Werte. Die Fortschritte in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit in allen europäischen Ländern sind offensichtlich. Vor allem in Süd- und Osteuropa gibt es aber immer noch einige Länder, in denen zwei bis drei Prozent der Neugeborenen das Säuglingsalter nicht überleben.

Manche denken, der Geburtenrückgang könnte durch eine weitere Abnahme der Säuglings- und Kindersterblichkeit ganz oder zu einem großen Teil ausgeglichen werden. Im Hinblick auf den schon jetzt erreichten sehr niedrigen Stand der Säuglings- und Kindersterblichkeit kann davon jedoch keine Rede sein.

6. Neuere Haushalts- und Familienformen

Die über die Haushalte verfügbaren Daten sind nicht immer ganz vergleichbar, weil es in den europäischen Ländern unterschiedliche Definitionen und Erhebungsprogramme gibt. Trotzdem läßt das Material eindeutige Entwicklungstrends erkennen:

1. Abnahme der durchschnittlichen Haushaltsgröße wegen Geburtenrückgang und noch seltenerem Zusammenleben von mehr als drei Generationen und
2. Zunahme der Ein-Personen-Haushalte wegen der demographischen Alterung und einer Tendenz bei jungen Menschen, als Single zu leben.

Als neuer Haushaltstyp findet sich in vielen europäischen Ländern das Zusammen-

leben unverheirateter Männer und Frauen ohne oder mit Kindern. Eine Vorstellung davon, in welch unterschiedlichem Umfang diese nichtehelichen Lebensgemeinschaften in einigen europäischen Ländern eine Rolle spielen, vermittelt Tabelle 7. Während in Schweden von den 25- bis 29jährigen Frauen im Jahre 1981 31 % in einer »Ehe ohne Trauschein« lebten, waren es in Frankreich oder in Großbritannien nur 5 %. Für das Bundesgebiet gibt es keine gesicherten Ergebnisse. Die Gesamtzahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften wird 1983 zwischen 600 000 und 1,25 Millionen geschätzt. Sie hat sich seit 1972 etwa verdreifacht. Im Gegensatz zu den skandinavischen Ländern sind im Bundesgebiet auch die Fälle mit gemeinsamen Kindern selten (Nichteheliche Lebensgemeinschaften, 1985).

Wachsende Bedeutung hat die Entwicklung der Ein-Eltern-Familien erlangt. Sie hängt im wesentlichen mit der stark gestiegenen Scheidungshäufigkeit zusammen. Im Bundesgebiet stieg die Zahl der Haushalte, in denen geschiedene Männer bzw. geschiedene Frauen mit minderjährigen Kindern zusammenleben, von 1961 bis 1985 von 17 000 auf 57 000 bzw. von 181 000 auf 369 000. Die Zahl der betroffenen Kinder machte 1985 rund 580 000 aus. Fast ebenso viele Kinder aus geschiedenen Ehen sind durch Wiederheirat des sorgeberechtigten Elternteils in eine Stieffamilie gekommen. Die Entwicklung dürfte im europäischen Ausland ähnlich verlaufen sein, doch haben wir darüber nur lückenhafte Informationen. Einen Vergleich der schwedischen mit der deutschen Entwicklung enthält Tabelle 8. Um 1960 gab es keinen Unterschied. Jeweils 8 % der minderjährigen Kinder lebten entweder beim Vater (1 %) oder bei der Mutter (7 %). Im Jahr 1982 waren es aber in Schweden 26 %, im Bundesgebiet 10 %. Untersuchungen in den Vereinigten Staaten haben ergeben, daß bei der heutigen Situation damit gerechnet werden muß, daß etwa 70 % aller Kinder weißer Eltern bis zum 18. Lebensjahr ganz oder für einige Zeit nur mit einem Elternteil aufwachsen (*Hofferth,* 1987). Für das Bundesgebiet ist bei einer Scheidungsquote von 30 % davon auszugehen, daß etwa 18 % der ehelich Geborenen früher oder später »Scheidungswaisen« werden. Bis 1970 waren es etwa 10 %.

Tabelle 7: Anteil der in nichtehelicher Lebensgemeinschaft lebenden Frauen nach dem Alter

Land	Jahr	Alter in . . . Jahren			
		18–19	20–24	25–29	30–34
			%		
Dänemark	1981	–	37	23	11
Frankreich	1981	–	8	5	2
Niederlande	1982	3	16	10	4
Großbritannien	1979	4	5	4	2
Norwegen	1977	6	12	5	2
Schweden	1981	–	44	31	14

Quelle: Netherlands Central Bureau of Statistics, 1984, 12

Tabelle 8: Unter 18 Jahre alte Kinder nach dem Haushaltstyp in Schweden und im Bundesgebiet

Land	Jahr	Kinder unter 18 Jahren in einem Haushalt			
		verheirateter Eltern	unverheirateter Väter	Mütter	zusammen
		%			in 1 000
Schweden	1960	92	1	7	1 772
Bundesrepublik Deutschland	1961	92	1	7	13 567
Schweden	1970	88	1	11	1 980
Bundesrepublik Deutschland	1970	93	1	6	16 244
Schweden	1974	83	1	16	1 998
Bundesrepublik Deutschland	1974	93	1	6	16 142
Schweden	1982	74	2	24	1 913
Bundesrepublik Deutschland	1982	90	2	8	13 511
	1986	89	2	9	11 624

Quelle: Statistisches Bundesamt; *Nilsson*, 1985, 224–247

Ebenso wie schon in der Vergangenheit ist auch für die nächste Zukunft keine Parallelität der Bevölkerungsentwicklung und der Entwicklung der Zahl der Haushalte anzunehmen. Das wäre nur der Fall, wenn keine weiteren Veränderungen der Bevölkerungsstruktur mehr zu erwarten wären. Im Bundesgebiet z. B. wird die Zahl der Haushalte noch etwa 10 Jahre auch dann zunehmen, wenn die Einwohnerzahl sinkt. Das hängt damit zusammen, daß mehr und mehr die geburtenstarken Jahrgänge aus den 60er Jahren in das Alter kommen, in dem sich die Kinder selbständig machen. Sinkende Heiratsbereitschaft, wachsende Scheidungshäufigkeit und zunehmende Lebenserwartung der Älteren tragen ebenfalls zu einer weiteren Zunahme der Haushalte bei.

Literatur

Europarat (Council of Europe): Recent demographic developments in the member states of the Council of Europe. Strasbourg 1987 – *Hofferth, S.:* »Recent Trends in the Living Arrangements of Children: A Cohort Life Table Analysis«. Family Demography. Methods and their Application. Hg. John Bongaarts et al. Oxford 1987, 168–188 – *Höhn, Ch.* und *Schubnell, H.:* »Bevölkerungspolitische Maßnahmen und ihre Wirksamkeit in ausgewählten europäischen Industrieländern, (I) und (II)«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 12. Jg. 1986, 3–51 (I) und 185–219 (II) – *Höhn, Ch.,* und *Schulz, R.:* »Bericht zur demographischen

Lage in der Bundesrepublik Deutschland«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 13. Jg. 1987, 137–213 – *Macura, M.*, und *Malacic, J.:* »Population prospects for Europe«. European Population Conference 1987. Plenaries. Hg.: International Union for the Scientific Study of Population (IUSSP, Liège). Helsinki 1987, 1–45 – Netherlands Central Bureau of Statistics: Monthly Population Statistics. 1984, 2 – Nichteheliche Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Band 170. Stuttgart 1985 – *Nilsson, Th:* »Les ménages en Suède, 1960–1980«. Population. 40. Jg. 1985, 223–248 – *Schmid, J.:* The background of recent fertility trends in the member states of the Council of Europe. Population Studies, No. 15. Strasbourg 1984 – *Schwarz, K:* »Eltern und Kinder in unvollständigen Familien«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 10. Jg. 1984, 3–36 – Statistisches Bundesamt, Hg.: Fachserie 1, Reihe 3, Haushalte und Familien. Mainz, diverse Jg. – United Nations, Hg.: Demographic Yearbook. New York, diverse Jg. – *Van de Kaa, D:* Europe's second demographic transition. Population Bulletin (Population Reference Bureau). 42. Jg. 1987

Rosemarie Nave-Herz

Zeitgeschichtlicher Bedeutungswandel von Ehe und Familie in der Bundesrepublik Deutschland

1. Einführung

Aus den familienstatistischen Trends der letzten 25 Jahre (vgl. *Höhn* in diesem Band) wird häufig in allen Arten von Massenkommunikationsmitteln auf eine »Krise der Ehe und Familie« geschlossen, zumindest ihr Bedeutungsverlust diagnostiziert. Diese These wird im folgenden Beitrag überprüft. Hierzu werden zunächst die Forschungsergebnisse zusammengetragen, die familiale Veränderungen anhand von subjektiven Indikatoren gemessen haben. In einem zweiten Schritt gilt es, diese mit den objektiven statistischen Daten zu konfrontieren. Die statistischen Angaben können deshalb nicht allein als Beweis eines Bedeutungsverlustes von Ehe und Familie – wie häufig praktiziert – herangezogen werden, weil aus Zeitreihen der Bevölkerungsstatistik mit Aggregatebenen-Niveau keine Aussagen, die die Individualebene betreffen, zu formulieren möglich sind; oder m. a. W.: Massenstatistische Angaben werden sonst unzulässigerweise als Ergebnisse von Motivanalysen interpretiert.

2. Ergebnisse empirischer Erhebungen über die subjektive Bedeutung von Ehe und Familie

2.1. Methodische Vorbemerkung

Die vorhandenen Untersuchungen, aus denen Angaben über die subjektive Bedeutung von Ehe und Familie seitens der Interviewten zu entnehmen sind, konzentrieren sich zumeist nicht auf dieses Thema, sondern sie sind überwiegend im Rahmen der empirisch ausgerichteten Wert- und Sozialindikatorenforschung durchgeführt worden oder gingen umfassenderen familiensoziologischen Fragestellungen nach. Ihre Untersuchungsergebnisse basieren sowohl auf qualitativen Erhebungsverfahren als auch auf repräsentativen Umfragen unter Verwendung von Präferenzskalen in bezug auf verschiedene Lebensbereiche, von Zufriedenheitsindizes und von Listenvorgaben über familiale Sinnzuschreibungen. Eine zusammenfassende Interpretation dieser Daten ist mit einer Reihe von forschungsmethodischen Problemen verbunden, von denen im folgenden die wichtigsten wenigstens kurz erwähnt werden sollen:

Ausgelöst hatten den wissenschaftlichen Diskurs sowie die öffentliche Diskussion über einen »Wertewandel« die Untersuchungen von *Inglehart*. Er versuchte mit Hilfe seiner empirischen Daten eine Verschiebung von materialistischen zu postmaterialistischen Wertorientierungen zu belegen, und zwar als Inter-Generationswandel (*Inglehart*, 1977, 1979, 1981). Zwar hatte *Inglehart* den Bedeutungswandel von

Familie nicht explizit thematisiert, jedoch läßt sich mit Hilfe seiner Untersuchung auf einen Wandel im familialen Bereich schließen.

Der *Inglehart*schen Erhebung folgten eine Reihe von empirischen Untersuchungen. Sie gingen überwiegend der Frage nach einem Bedeutungsverlust der Berufs- und Leistungsorientierung unter der bundesrepublikanischen Bevölkerung zugunsten privatistisch-hedonistischer Haltungen nach (vgl. hierzu insbesondere die Sekundäranalyse von *Kmieciak,* 1976; ferner *Klages/Kmieciak,* 1979; *Klages,* 1984; die Diskussion zwischen *Noelle-Neumann/Strümpel,* 1984; *Pawlowsky/Strümpel,* 1986), reanalysierten die *Inglehart*schen Daten (vgl. hierzu *Herz,* 1979; *Lang,* 1979) oder erfaßten Einstellungsänderungen in bezug auf die Wertpräferenz der Familie bzw. über die »persönlichen Wichtigkeiten« von Lebensbereichen (*Bargel,* 1979; Institut für Demoskopie Allensbach, 1981; *Köcher,* 1985).

Die methodischen und theoretischen Einwände gegen viele dieser Untersuchungen betreffen zunächst die Validität ihrer Ergebnisse, weil sie z. T. explizit, z. T. unausgesprochen, auf die *Maslow*sche Konzeption einer Bedürfnishierarchie zurückgreifen und diese zu einer eindimensionalen Werthierarchie transponieren (vgl. *Lehner,* 1979; *Herz,* 1979; *Lafferty,* 1976).

Ferner bleibt die Frage unbeantwortet, ob mit den vorhandenen Untersuchungen kurzfristige oder langfristige Einstellungsänderungen gemessen wurden, kurzfristige Reaktionen auf veränderte exogene Faktoren (wie z. B. auf die verbesserte materielle Lage) oder bleibende. Besonders deutlich wird dieses methodische Problem im Hinblick auf die Messung von Zufriedenheitseinschätzungen (vgl. zu methodischen Fragen von Zufriedenheitsmessungen u. a. *Mohr,* 1987, 161ff.).

In vielen Untersuchungen wird außerdem von Wertwandel gesprochen, aber häufig dieser auf die Veränderung nur jeweils eines oder einiger verhaltensbestimmender Orientierungsfaktoren reduziert, wie z. B. auf die von Ideologien, Einstellungen, Bedürfnissen, Motiven und Normen, ohne dies explizit zu betonen. In den einzelnen empirischen Erhebungen werden zudem die zentralen Variablen unterschiedlich operationalisiert, was die Vergleichbarkeit der Ergebnisse erschwert, z. T. unmöglich macht (vgl. die zusammenfassende Kritik, z. B. bei *Jaide,* 1983; *Klages,* 1984).

Weiterhin bleibt in jenen Untersuchungen, die sozialen Wandel durch die Befragung unterschiedlicher Alterskohorten erfassen wollen, das Problem ungelöst, ob überhaupt Generationsunterschiede oder lediglich Alterseffekte gemessen werden; oder mit anderen Worten: hier wird unterstellt, daß intergenerative Unterschiede als Inhalte von sozialem Wandel interpretierbar wären.

Die aufgezeigten methodischen Probleme sind, wenn im folgenden zusammenfassend über entsprechende Untersuchungsbefunde berichtet wird, immer mitzubedenken. Die vorhandenen Daten vermögen aber trotz der genannten Kritik und der methodischen Vorbehalte gegenüber vielen diesbezüglichen empirischen Erhebungen dennoch die subjektive Bedeutung von Ehe und Familie »im Groben« widerzuspiegeln, und eine differenziertere Analyse ist für unsere Fragestellung nicht notwendig.

Auf den Familienbegriff bin ich an anderer Stelle ausführlich eingegangen (vgl. Kapitel: Gegenstandsbereich und historische Entwicklung der Familienforschung),

die dort entwickelte Definition liegt auch diesem Beitrag zugrunde und deshalb wird im folgenden häufig gleichzeitig von »Ehe und Familie« gesprochen, um kenntlich zu machen, daß die vorhandenen Untersuchungen, über deren Ergebnisse hier berichtet wird, von der sog. »vollständigen Familie« ausgehen. Auf die These der heutigen Pluralität von Familienformen gehe ich am Schluß meines Beitrages kurz ein.
»Bedeutung« meint in diesem Beitrag, wie Ehe und Familie aus subjektiver Sicht gedeutet werden, d. h. erstens: wie Ehepartner ihre eigene Ehe und Familie bewerten, sowie welche »persönliche Wichtigkeit« (*Bargel,* 1979) sie ihnen in ihrem Leben zumessen, und zweitens: welchen subjektiven Sinn sie mit ihrer eigenen sowie überhaupt mit der Ehe und Familie verbinden.
Im folgenden sollen die vorhandenen Untersuchungsergebnisse unter diesen beiden Gesichtspunkten systematisiert werden. Auf methodische Probleme kann hier wegen des Umfanges des Beitrages nicht weiter eingegangen werden.

2.2. Untersuchungsergebnisse

Trotz unterschiedlicher Erhebungsinstrumente, Befragtengruppen usw. sind aus den verschiedensten Untersuchungen übereinstimmende Angaben in bezug auf die subjektive Bedeutung von Ehe und Familie zu entnehmen. Sie widerlegen alle die These von einem Bedeutungsverlust von Ehe und Familie:
So weisen viele empirische Erhebungen den hohen Spitzenplatz in der Rangliste nach, den die Familie im Vergleich zu anderen Lebensbereichen (Beruf, Kirche, Freunde usw.) bei allen Bevölkerungsgruppen einnimmt, gleichgültig wie hoch das Berufs- und Bildungsniveau der Befragten ist. Allein in bezug auf das Alter sind etwas niedrigere Werte bei den unter 30jährigen gegeben (vgl. hierzu *Bargel,* 1979; *Wahl* et al., 1980, 34ff.; *Schumacher/Vollmer,* 1982, 306ff.; *Glatzer/Herget,* 1984, 130). Repräsentative Umfragen zeigen weiterhin, daß die Wertpräferenz von Ehe und Familie sogar in den letzten 20 bis 30 Jahren noch gestiegen ist (vgl. *Habermehl/Schulz,* 1982).
Ferner ist ein hoher Zufriedenheitsgrad mit der Ehe und dem Familienleben noch aus vielen empirischen Untersuchungen zu entnehmen. Männer bewerten ihre Ehe noch positiver als die Frauen oder m. a. W.: viele Untersuchungen zeigen, daß unter den verheirateten Frauen – trotz insgesamt hoher Zufriedenheit mit der Ehe – der Anteil der Unzufriedenen höher ist als unter den Männern (*Pross,* 1979, 90; Institut für Demoskopie 1981, 1982; vgl. *Klages,* 1984, 3; *Glatzer/Herget,* 1984, 130).
Dieser geschlechtsspezifische Unterschied in der Zufriedenheitsbewertung mit der eigenen Ehe ist sogar international verbreitet. *Lupri* schreibt: »Considerable cross-national evidence shows that: more wives than husbands report marital frustration and dissatisfaction; more wives than husbands report marital problems; more wives than husbands consider their marriages unhappy; more wives than husbands report negative feelings, have considered divorce or separation, have regretted their marriages; and fewer report positive companionship« (1983, 23). Trotz dieser geschlechtsspezifischen Unterschiede – das sei nochmals ausdrücklich betont – ist aber auch bei den Frauen insgesamt eine hohe Zufriedenheit mit ihrer Ehe und Familie gegeben.

Auch als »Sinn ihres Lebens« nennen sowohl in Umfragen als auch in qualitativen Erhebungen die Interviewten an erster Stelle ihre Ehe und Familie. Insbesondere werden ihre positiven emotionalen Aspekte heute am stärksten betont; materielle und berufliche Zielsetzungen sowie die kontinuierliche sexuelle Beziehung – wie noch vor 20 Jahren – werden kaum noch erwähnt (*Schulz* et al., 1980, *Köcher,* 1985, 12ff.; *Nave-Herz,* 1984; *Schumacher,* 1988, 206). Die spezialisierte Leistung der Ehe und Familie auf emotionale Bedürfnislagen hin (*Luhmann*) wird also von ihren »Mitgliedern« nicht nur weiterhin erwartet, sondern die Forderungen nach dieser immateriellen Leistungserfüllung hat im Zeitablauf noch zugenommen, obwohl – zeitlich parallel hierzu – sie ihren Monopolanspruch auf eben diese spezialisierte Leistung durch die Entstehung des neuen Systemtyps »nichteheliche Lebensgemeinschaft« verloren hat.

Die heute mögliche Wahl zwischen diesen beiden Lebensformen hat also nicht die Ehe und Familie obsolet werden lassen, wie häufig vermutet wird, sondern sie hat bewirkt, daß sich der Phasenablauf bis zur Ehegründung (vgl. ausführlicher *Nave-Herz,* 1988, 65ff.; ebenso *Trost* in diesem Band) und die Sinnzuschreibung der Ehe verändert haben. In der Bundesrepublik wird heutzutage – wie mehrere empirische Untersuchungen belegen (*Schulz* et al., 1980, 12; *Nave-Herz,* 1984; *Pohl,* 1985; Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, 1985; *Kaufmann/Strohmeier,* 1985, 25; *Spiegel,* 1986, 126; *Meyer,* 1987, 26) – die Eheschließung überwiegend aus drei Gründen vollzogen oder geplant: wegen einer Schwangerschaft, eines Kinderwunsches oder wegen des Vorhandenseins von Kindern (u. U. aus früheren Partnerschaften). Auch aus englischen und nordamerikanischen Untersuchungen geht hervor, daß der Ehe-Entscheidungsgrund heutzutage in hohem Maße mit dem Kinderwunsch verknüpft ist (vgl. *Dyer/Berlins,* 1982; *Pietropnito/Semmenauer,* 1979). Wir sprachen deshalb aufgrund unserer Daten von einer »kindorientierten Ehegründung« heute (*Nave-Herz,* 1984, 1988).

Beide – die Ehe und die nichteheliche Lebensgemeinschaft – unterscheiden sich also in der Bundesrepublik überwiegend durch den Gründungsanlaß: eine partnerbezogene Emotionalität führt immer stärker zum Anlaß der Gründung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft, die emotionale kindorientierte Partnerbeziehung zur Eheschließung. Damit scheint der Prozeß – der Trend – der funktionalen Spezialisierung von Ehe und Familie und der strukturelle Differenzierungsprozeß infolge institutioneller Verselbständigung von zwei qualitativ unterschiedlichen Systemen weiter fortgeschritten zu sein. Ehe und Familie wurden in der Bundesrepublik immer stärker zur bewußten und erklärten Sozialisationsinstanz für Kinder bei gleichzeitiger Zunahme des immateriellen Leistungsanspruches an sie.

Die kindorientierte Ehegründung führte ferner zu einer kindorientierten Einstellung der jungen Eltern, die bereits vor der Geburt ihres Kindes verhaltensbestimmend wirkt. So ist Schwangerschaft und Geburt für beide Partner zu einer bewußten, gemeinsam gewollt-erlebten Erfahrung geworden. Viele »werdende« Väter begleiten heute ihre Frau bereits während der Schwangerschaft zu den Vorsorgeuntersuchungen, nehmen an geburtsvorbereitenden Kursen teil. Ferner erleben viele Väter heutzutage die Geburt ihrer Kinder mit. Vor noch nicht einmal 15 Jahren wäre ihre Anwesenheit im Kreißsaal sowohl mit normativen als auch mit

praktischen Argumenten von Ärzten und dem Pflegepersonal abgelehnt worden (*Nave-Herz*, 1984, 57; *Gloger-Tippelt*, 1988, 40). Die heutige Präsenz vieler Väter beim Ereignis der Geburt hat aber auch zur Folge, daß die ehelichen Partnerbeziehungen damit eine weitere Aufwertung in bezug auf die gegenseitige psychische Unterstützungsleistung erfuhren.

Ferner weisen viele – methodisch sehr unterschiedliche – Untersuchungen die Partizipation an den Sozialisationsaufgaben der heutigen jungen Väter nach (*Findl* et al., 1985, 145; *Metz-Göckel*, 1988) und zeigen, daß das väterliche Verhalten – vor allem ihren Säuglingen und Kleinkindern gegenüber – mit Attributen, wie Zärtlichkeit usw., zu beschreiben ist. Mit der Mutterrolle ist heutzutage also nicht mehr das Monopol auf expressives Verhalten in Pflege- und Betreuungssituationen verknüpft. Dennoch kann hieraus nicht etwa auf eine Entdifferenzierung der familialen Rollen geschlossen werden. Faktisch besteht weiterhin eine innerfamiliale Arbeitsteilung, wenn sie auch an normativer Kraft verloren hat (vgl. hierzu *Ryffel-Gericke*, 1983; *Krüger*, 1984; *Krüsselberg* et al., 1986; *Metz-Göckel/Müller*, 1986; *Nauck*, 1987), weiterhin steht noch immer die Verpflichtung des Vaters, für die materielle Sicherheit der Familie zu sorgen, an erster Stelle usw. (vgl. *Nave-Herz*, 1988c).

Wenn mit den zitierten Erhebungen auch nicht explizit die subjektive Bedeutung, die Eltern ihren Kindern beimessen, untersucht wurde, so ist aber indirekt aus den beschriebenen Untersuchungsbefunden, ja bereits aus dem Zeitaufwand, den Väter und Mütter heutzutage gemeinsam für ihre Kinder – auch schon vor ihrer Geburt – erbringen, auf eine gestiegene Präferenzstellung der Kinder im Familienleben zu schließen. Aus der empirischen Untersuchung von *Lüscher* und *Stein* geht zudem hervor, wie »der Umgang mit den Kindern gleichermaßen von selbst zu einem wichtigen und oftmals zum wichtigsten Bezugspunkt der Orientierungen der Mütter und Väter (wird), so sehr, daß das Kind gewissermaßen zu einem selbständigen Träger für die Sinngebung der Erfahrungen der Eltern wird« und »der Umgang mit dem Kind an sich eine Art ›Wert‹ darstellt« (1985, 65f.).

Auch unter den Jugendlichen hat die Familiengründungsbereitschaft und der Kinderwunsch auf der subjektiven Ebene der Lebensplanung seinen Stellenwert im Zeitvergleich kaum eingebüßt. Zwar belegen jugendsoziologische Erhebungen, daß eine gewisse Skepsis der Ehe gegenüber zugenommen hat, der Wunsch nach späteren Kindern wird aber weiterhin bejaht (Shell-Studie, 1982; Brigitte-Studie, 1982; *Schumacher/Vollmer*, 1982).

Zusammenfassend bleibt also festzuhalten: bei der weit überwiegenden Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung – und im Zeitvergleich sogar z. T. noch ansteigend – werden die Ehe und Familie als die zentralen Werte ihrer Lebensplanung und als Sinngebung der Lebensführung beurteilt.

Die Diskrepanz zwischen den statistischen Zahlenreihen und den Ergebnissen dieser empirischen Untersuchungen, in denen subjektive Indikatoren zur Messung familialer Veränderungsprozesse gewählt wurden, sind offenkundig: den Statistiken über die Abnahme der Eheschließungs- und Geburtenquoten und über den Anstieg der Scheidungszahlen stehen die Aussagen über den gestiegenen Spitzenwert in der Rangliste, den Ehe und Familie im Vergleich zu anderen Lebensbereichen einnimmt, gegenüber, ferner die hohen Zufriedenheitsgrade mit der eigenen Ehe und

Familie, ihre Zuschreibung als »Sinn des Lebens« und die kind- und familienzentrierte Orientierung und Verhaltensweise junger Eltern, die ebenfalls im Zeitablauf noch gestiegen ist.
Wieso kann eine solche und noch gestiegene subjektive Bejahung von Ehe und Familie, wie sie sich aus den empirischen Erhebungen ergibt, zu derartigen gesamtgesellschaftlichen statistischen Trends führen?
Die Frage soll nunmehr unter systemtheoretischer Perspektive beantwortet werden.

3. Die zeitgeschichtlichen familienstatistischen Trends und der subjektive Bedeutungswandel von Ehe und Familie

Im folgenden soll zunächst auf die Abnahme der Eheschließungs- und Geburtenzahlen eingegangen werden. Aus diesem statistischen Trend – so wurde bereits betont – wird von verschiedenen Autoren ein Infragestellen, eine Abkehr von Ehe und Familie oder ihre fehlende Attraktivität für die jüngere Generation abgelesen. Die Entstehung des neuen Systemtyps »nichteheliche Lebensgemeinschaft« ist ohne Zweifel das Resultat der Abnahme struktureller Zwänge zur Eheschließung, wie sie noch vor 25 Jahren durch das Rechts- und Wohnungssystem usw. gegeben waren; denn nur über eine Heirat waren bestimmte bedürfnisbefriedigende Leistungen erreichbar. Es wäre also zu fragen, ob der »kindorientierten Eheschließung« heute eine bewußtere, von äußeren Zwängen weniger gelenkte Ehe-Entscheidung zugrunde liegt. Dann könnte die Abnahme der Eheschließungszahlen auf keiner gesunkenen Attraktivität von Ehe und Familie, sondern auf einer Selektion der Eheschließenden beruhen. Mit anderen Worten: Der Anteil, der aus intrinsischer Motivation heraus heiratet, könnte gleich geblieben sein und nur der Teil, der früher aus einer extrinsischen Motivation heraus die Ehe geschlossen hat, nahm ab. Leider besitzen wir keine empirischen Daten, die zur Beantwortung dieser Fragestellung herangezogen werden könnten.
Gegen diese These könnte jedoch eingewandt werden, daß noch immer und unverändert im Zeitablauf der Hauptanlaß einer Eheschließung »Schwangerschaft« ist (*Nave-Herz*, 1984, 52). Da die Rechte des Vaters an seinem Kind bei uns nur über die Mutter juristisch festzuschreiben sind, da ferner Nicht-Ehelichkeit noch immer auf soziale Vorurteile stößt u. a. m., könnten also weiterhin exogene Gründe und weniger die zuvor behauptete bedürfnisbefriedigende Erwartung an die Ehe und Familie die Systembildung forcieren. Gegen diese Behauptung ist zunächst einzuwenden, daß der Grund »Schwangerschaft« für eine Eheschließung heutzutage eine andere Bedeutung als vor 20 oder 30 Jahren besitzt, wo sie die nachträgliche Legitimierung einer – öffentlich nicht tolerierten – sexuellen Beziehung darstellte und vor allem dem Schutz der Frau und des Kindes dienen sollte. Für eine ungewollte Schwangerschaft sprach man vornehmlich der Frau wegen ihrer fehlenden sexuellen Enthaltsamkeit die »Schuld« zu, heutzutage wird wiederum sie der Vorwurf der mangelnden Planung treffen. Außerdem ist gleichzeitig anzunehmen, daß zeitgeschichtlich eine Verschiebung von ungewollter zu geplanter vorehelicher Konzeption gegeben ist, da der Entscheidungsprozeß nunmehr umgekehrt verläuft:

»Mußte man sich früher relativ mühsam um empfängnisverhütende Mittel kümmern, wenn man keine Kinder wollte, so muß man sich heute meist bewußt dazu entschließen, diese Mittel abzusetzen, wenn man Kinder will« (*v. Laer,* zit. bei *Beck-Gernsheim,* 1988).

Wenn unsere These – wegen fehlender empirischer Erhebungen – noch des Beweises bedarf, so zeigt sich dennoch zumindest, daß gegenüber der vorherrschenden Erklärung, daß die abnehmende Tendenz der Eheschließungszahlen auf eine zugenommene In-Attraktivität der Ehe zurückzuführen sei, Skepsis angebracht ist.

Ebenso wird der Geburtenrückgang als Zeichen der gesunkenen Attraktivität der Familie, vor allem auch als eine fehlende positive Einstellung zu Kindern interpretiert.

Inzwischen sind über die Ursachen des Geburtenrückganges eine Reihe von Untersuchungen durchgeführt worden, die zeigen, daß die sinkende Kinderzahl pro Ehe nicht monokausal, sondern nur multifaktoriell erklärt werden kann, daß nicht strukturelle Bedingungen allein, sondern auch kulturelle Muster das veränderte generative Verhalten bei uns bestimmen (vgl. hierzu die Beiträge in diesem Band von *Nauck; Buhr/Kaufmann; Strohmeier*). Neben diesen bereits bekannten verursachenden Bedingungen des Geburtenrückganges könnte aber gerade außerdem die Kinderzahl in den Familien deshalb abgenommen haben, weil – und diese These soll im folgenden belegt werden –: bei uns die Kind- und Familienzentrierung derart stark angestiegen ist und sich die Ansprüche an die Elternrolle enorm erhöht haben. Diese hohe Leistungsanforderung an die Familie kann nämlich auch zu einer Leistungsüberforderung führen, was die »Attraktivität« von Kindern – vor allem von weiteren Kindern – beeinträchtigen könnte.

Im vorigen Abschnitt wurde bereits über Forschungsergebnisse, die eine zugenommene Kindorientierung und Familienzentrierung dokumentieren, berichtet. *Schumacher* weist ferner zu Recht darauf hin, daß man für die Erziehung eines Kindes unterschiedlich starkes Engagement investieren kann, und daß die sozialhistorischen Forschungsergebnisse zeigen, daß für die wenigen Kinder, die heute in der Familie aufwachsen, wesentlich mehr Leistungen mobilisiert werden als dieses früher der Fall war (1988, 239). Auch *Schütze* kommt aufgrund ihrer Analyse der Veränderung im Eltern-Kind-Verhältnis seit der Nachkriegszeit zu dem Schluß, daß den »immer weniger Kindern immer mehr Aufmerksamkeit« zuteil geworden ist (1988, 95ff.). *Eichler* (1982, 432) gelangt ebenso aufgrund einer historischen Analyse zu dem Ergebnis, daß sich die familiale Sozialisationsaufgabe und die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten in den letzten Jahrzehnten in gegensätzliche Richtungen verändert hätten: während die Technisierung des Haushalts Zeitersparnis erbracht habe (trotz aller gestiegenen Qualitätsanforderungen), wäre die Sozialisationsaufgabe zeitintensiver geworden, eine Folge der heute höheren Erwartungen an die Elternrolle.

Zweifellos gilt auch für die Bundesrepublik, daß mehr Eltern sich heute ihrer Bedeutung für den Sozialisationsprozeß ihrer Kinder bewußt sind, was z. T. auch zu erhöhter Verunsicherung im Erziehungsverhalten geführt hat (vgl. hierzu *Daubert* et al., 1977; *Bronfenbrenner,* 1977; *Nave-Herz* et al., 1988). Weiterhin hat die Pädagogisierung der Kindheit (Besuch von Musik-, Mal- und anderen Kursen usw.)

und die Gesundheitsvorsorge (Arztbesuche, Schwimm- und sonstige Sportkurse) zu neuen Aufgaben, nämlich der Zeitorganisation, des Transports usw., für die Eltern – speziell für die Mutter – geführt. Vermutlich wird das Ausmaß der Pädagogisierung der Kindheit und der Gesundheitsvorsorge mit der sozialen Schichtung korrelieren, aber dennoch könnte man die Vermutung aufstellen, daß die diesbezüglichen Ansprüche an die Elternrolle derart gestiegen sind, daß diese Leistungen überhaupt nur bei einer geringen Kinderzahl erbracht werden können.

Hinzu kommt, daß viele Kinder heute durch ihre Einkind-Situation viel mehr auf die Eltern angewiesen sind (oder auf organisierte Spielgruppen), während Geschwister ein eigenes Subsystem in der Familie bilden können, das die Eltern in der Betreuungsfunktion entlastet.

Ferner zieht die Geburt des ersten Kindes, vor allem für die jungen Mütter, heute weit häufiger Veränderungen nach sich als noch vor 30 Jahren, als die Heirat eine stärkere Zäsur in ihrem bis dahin praktizierten Lebensstil mit sich brachte. So gab damals die Mehrzahl der Frauen nach der Eheschließung ihre Erwerbstätigkeit auf; die heutigen jungen Mütter warten bis zur Geburt des ersten oder sogar des zweiten Kindes; oft wird sogar lediglich eine Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit vorgezogen (vgl. *Sommerkorn,* 1988; *Lakemann/Hegner* in diesem Band). Weiterhin verändert die Geburt des ersten Kindes heutzutage in stärkerem Maße als vor 30 Jahren die bis dahin praktizierten Verhaltensweisen der Ehepartner, sowohl was die Organisation routinierter Tagesabläufe als auch das Verhältnis zum Außensystem (z. B. zur Herkunftsfamilie, zum Freundes- und Bekanntenkreis) anbetrifft. Insgesamt hat eine Reduktion der Außenkontakte zugunsten einer Konzentration auf den Innenbereich stattgefunden (*Nave-Herz,* 1988b). Durch diese gestiegene familienzentrierte Orientierung junger Eltern wurde die Familie aber nicht zu einem geschlosseneren System, was man zunächst vermuten könnte, sondern gleichzeitig nahm im Zeitablauf die individuelle Umwelt-Partizipation für beide Geschlechter zu. Insbesondere stieg bei den Frauen der Umfang an den vom Ehepartner unabhängigen Außenbeziehungen an. Sie sind im übrigen mit ihrem Freundes- und Bekanntenkreis auch etwas zufriedener als die Männer (*Nave-Herz,* 1988b). Die Frage bleibt offen, worauf dieser widersprüchlich klingende Sachverhalt von einerseits stärkerer Familienorientierung, andererseits gestiegener Individualisierung zurückzuführen ist. Vermuten könnte man, daß z. B. mit der – am Anfang dieses Beitrages skizzierten – weiter fortgeschrittenen funktionalen Spezialisierung von Ehe und Familie und der damit erfolgten Konzentration auf die Aufgabe der Sozialisation von Kindern, eine Reduktion der bedürfnisbefriedigenden Leistung von Ehe und Familie verbunden ist, wodurch andere zweckrationale soziale Systeme an Bedeutung gewinnen könnten. Im Sinne der Systemtheorie könnten diese Austauschprozesse mit anderen Out-Systemen dann wieder systemstabilisierend wirken und sogar die – wie dargestellt – hohen Zufriedenheitswerte mit der Ehe und Familie »produzieren«. Empirische Untersuchungen müßten diese Annahme aber erst belegen.

Daß jedenfalls die gestiegene Kindzentrierung auch eine Zunahme psychischer Belastung bedeutet, für diese Vermutungen gibt es einige empirische Hinweise (*Urdze/Rerrich,* 1977, 93; *Eckert* et al., o. J., 91; *Nave-Herz,* 1988b). Man kann

einerseits ihr zu »entfliehen« versuchen und andererseits vermeiden, sie zeitlich – durch weitere Kinder – noch zu verlängern.

Weiterhin bedeutet die starke Zufriedenheit mit der Ehe und Familie und die – skizzierte – gestiegene persönliche Wichtigkeit der Familie gegenüber anderen Lebensbereichen nicht, daß deshalb der Familienbereich mit einem »konfliktfreien Schonraum« gleichzusetzen wäre. Ganz im Gegenteil: Mit der Zunahme des Anteils der Zufriedenen mit ihrer Ehe und Familie stieg auch der Anteil derjenigen, die angaben, daß es Krisen in ihrer Ehe gegeben hätte: 1963 = 52 % der befragten Frauen in einer Repräsentativerhebung und 38 % der verheirateten Männer; 1976 stieg der Anteil auf 58 % bei den Frauen und auf 53 % bei den Männern (*Schumacher/Vollmer,* 1982, 306ff.).

Die zunächst widersprüchlich erscheinende Datenlage, nämlich die gestiegenen Scheidungsquoten, der hohe und noch gestiegene Spitzenplatz, den der Lebensbereich »Familie« in der Wertpräferenz bei Frauen und Männern innehat und die erhöhte eheliche Konfliktwahrnehmung der Ehepartner, sind letztlich verständlich und stützen die These, daß die Instabilität der Ehe gerade wegen ihrer hohen subjektiven Bedeutung für den Einzelnen zugenommen und dadurch die Belastbarkeit für unharmonische Partnerbeziehungen abgenommen hätte. Der statistische Anstieg von Ehescheidungen könnte somit als ein Indikator dafür gelten, daß heute unharmonische Beziehungen und zerrüttete Ehen eher als in früheren Jahren aufgelöst werden (vgl. hierzu auch *Schumacher/Vollmer,* 1982, 309; *Glatzer/Herget,* 1984, 131). Die hohen Scheidungsraten können also auch als Folge einer Erhöhung der Leistungsanforderungen – zuweilen sogar zu einer überhöhten – und zwar im Hinblick auf die »psychischen Nutzenerwartungen« an die Ehe gewertet werden.

Die Zunahme der Ehescheidung hat ferner zu einer Pluralität von Familienformen geführt. So gab es zwar neben den Eltern-Familien schon immer Mutter-Familien (vgl. *Clason* in diesem Band); die Vater-Familien dagegen sind eine neuzeitliche Familienform. Dennoch gilt, daß sowohl auf statistischer als auch auf normativer Ebene die Eltern-Familie der dominante Familientyp in der Bundesrepublik geblieben ist (vgl. hierzu die Beiträge von *Hoffmann-Riem* sowie *Nave-Herz/Oßwald* in diesem Band). Im übrigen wird in der aktuellen Diskussion über die Frage einer zugenommenen Pluralität von Familienformen diese häufig verwechselt mit der gestiegenen Pluralität von Lebensstilen und von Lebensformen.

Zusammenfassend bleibt also thesenförmig festzuhalten:

Die Akzeptanz von Ehe und Familie ist in der Bundesrepublik weiterhin hoch. Die psychische Bedeutung von Ehe und Familie ist sogar zeitgeschichtlich gestiegen, und die Kind- und Familienzentrierung hat zugenommen. Damit ist auch die Chance gestiegen, daß die nunmehr erhöhten Leistungsanforderungen an die Ehe und Familie zu Leistungsüberforderungen werden. Neben anderen Faktoren könnten diese mitverursachend für die gesunkene Attraktivität von weiteren Kindern und für die gestiegene Instabilität der Ehe sein.

4. Ausblick

Es ist also kein Bedeutungsverlust von Ehe und Familie gegeben, sondern ein Bedeutungswandel. Den verursachenden Bedingungen für diese Entwicklung nachzuspüren, ist im Hinblick auf die Vielfältigkeit und Komplexität von gesellschaftlichem Wandel in diesem Beitrag nicht leistbar (vgl. hierzu den Beitrag von *Boh* in diesem Band). Selbstverständlich verlaufen familiale Veränderungen nicht isoliert, sondern sind zugleich Folge und Ursache weiterer gesamtgesellschaftlicher Veränderungsprozesse. Der skizzierte Inhalt und die Richtung des familialen Wandels läßt ihn jedoch als eine Fortsetzung des Differenzierungs- und Spezialisierungsprozesses erscheinen, der mit der Teilung des Erwerb vom Familienbereich begann und der gleichzeitig verknüpft war mit der Trennung psychischer Ebenen: der Berufsbereich wurde – zumindest dem Anspruch nach – immer zweckrationaler, die Familie wurde zu einem ausdifferenzierten Handlungsbereich neben anderen Teilbereichen, auf den »das ›Privatleben‹ des einzelnen Menschen geradezu monopolistisch konzentriert« war (*Tyrell,* 1976, 395) und dem vor allem die Aufgabe der Befriedigung emotionaler Bedürfnisse zuwuchs.

Die familiensoziologische Forschung hat bisher noch nicht die Frage gestellt, ob diese nach gesellschaftlichen Teilbereichen erfolgte Differenzierung von Zweckrationalität und Emotionalität nicht zu einer weiteren Komplexitätssteigerung im emotionalen Bereich geführt hat, aus der heraus sowohl die – zuvor behauptete – Leistungsüberforderung von Ehe und Familie resultieren kann als auch die weitere gesellschaftliche Differenzierung von Ehe und nichtehelicher Lebensgemeinschaft erfolgte, in dem mit ihnen unterschiedliche Emotionsqualitäten verbunden werden. Selbstverständlich sind nicht alle familiären Veränderungen auf Spezialisierungs- und Differenzierungsprozesse zurückzuführen. So bahnt sich z. B. gerade umgekehrt – wie beschrieben – eine Entdifferenzierung zwischen der Mutter- und der Vaterrolle an, zumindest verliert die Differenzierung an Trennschärfe. Auch andere gesamtgesellschaftliche Entwicklungsverläufe gelten gerade nicht – oder sogar: nicht mehr – für das Ehe- und Familiensystem. So wird z. B. als Kennzeichen moderner Gesellschaften die gestiegene Revisionsmöglichkeit von Entscheidungen in allen – auch den privaten – Lebensbereichen genannt. Die Ehescheidung stellt eine solche Revisionsmöglichkeit dar und ist zweifellos leichter als noch vor wenigen Jahrzehnten durchzuführen. Aber die Entscheidung zum eigenen Kind ist so gut wie nicht aufhebbar; denn eine Weggabe von Kindern, vor allem seitens ihrer Mütter, wird geradezu als Verstoß gegen ein Tabu bewertet, obwohl dieser Vorgang im Mittelalter gar nicht so selten war und vor allem nicht derart diskriminiert wurde (vgl. *Peiper,* 1966).

Diese wenigen zuletzt genannten Beispiele sollten abschließend die eingangs erwähnte Komplexität und Vielfältigkeit familialer Wandlungsprozesse wenigstens andeuten, die weder mit gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen, noch mit anderen systeminternen Trends immer gleichförmig verlaufen müssen.

Literatur

Bargel, T.: »Überlegungen und Materialien zu Wertdisparitäten und Wertwandel in der Bundesrepublik«. Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Hg. *H. Klages* und *P. Kmieciak*. Frankfurt 1979 – Brigitte-Redaktion, Hg.: Mädchen '82. Hamburg 1982 – *Bronfenbrenner, U.:* »Parents Bring Up Your Children«. Marriage Today. Hg. *E. Burger*. New York 1977 – Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Hg.: Nicht-eheliche Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1985 – *Dauber, H., Liegle, L., Süßmuth, R.:* »Familienerziehung und Professionalisierung der Elternrolle«. Beiheft der Zeitschrift für Pädagogik. 1977, 173–180 – *Dyer, C., Berlins, M.:* Living together. London 1982 – *Eckert, R., Hahn, A., Wolf, M.:* Die ersten Jahre junger Ehen – Abschlußbericht. Trier (hektographiert). o. J. – *Eichler, M.:* »Industrialization of Housework«. The Changing Position of Women in Family and Society. Hg. *E. Lupri*. Leiden 1982 – *Findl, I., Laburda, A., Münz, R.:* »Frauenalltag und familäre Arbeitsteilung«. Leben mit Kindern – Wunsch und Wirklichkeit. Hg. *R. Münz*. Wien 1985, 129–158 – *Glatzer, W., Herget, H.:* »Ehe, Familie und Haushalt«. Lebensqualität in der Bundesrepublik – Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt 1984, 1240–140 – *Gloger-Tippelt, G.:* Schwangerschaft und erste Geburt – psychologische Veränderungen der Eltern. Stuttgart 1988 – *Habermehl, W., Schulz, W.:* »Ehe und Familie in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland – ein Ländervergleich«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 1982, 732–747 – *Herz, Th.:* »Der Wandel von Wertvorstellungen in westlichen Industriegesellschaften«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 1979, 282–302 – *Hillmann, K. H.:* Wertwandel – zur Frage soziokultureller Voraussetzungen alternativer Lebensformen. Darmstadt 1986 – *Inglehart, R.:* The Silent Revolution – Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton 1977 – *Inglehart, R.:* »Wertwandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konzequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten«. Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Hg. *H. Klages* und *P. Kmieciak*. Frankfurt 1979, 279–316 – *Inglehart, R.:* »Wertwandel und politisches Verhalten«. Sozialer Wandel in Westeuropa. Hg. *J. Matthes*. Frankfurt 1979, 505–533 – *Inglehart, R.:* »Lebensqualität – eine Generationsfrage«. Lebenswandel – Veränderung des Alltags. Psychologie heute. Weinheim 1981, 13–20 – Institut für Demoskopie Allensbach: Eine Generation später – Bundesrepublik Deutschland 1953–1979, Allensbach 1981 – *Jaide, W.:* Wertewandel? Grundfragen zur Diskussion. Opladen 1983 – *Kaufmann, F. X., Strohmeier, K. P.,* et al.: Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen – generatives Verhalten im sozialen Kontext. Hg. Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 1985 – *Klages, H., Kmieciak, P.,* Hg.: Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt 1979 – *Klages, H.:* Wertorientierungen im Wandel – Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognose. Frankfurt 1984 – *Kmieciak, P.:* Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen 1976 – *Köcher, R.:* Einstellungen zu Ehe und Familie im Wandel der Zeit – eine Repräsentativuntersuchung im Auftrage des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg. Stuttgart 1985 – *Krüger, D.:* »Trends und Tendenzen in der häuslichen Arbeitsteilung unter rollentheoretischer Perspektive«. Familiäre Veränderungen seit 1950 – eine empirische Studie. Hg. *R. Nave-Herz*. Oldenburg 1984, 176–203 – *Krüsselberg, H.-G., Auge, M., Hilzenbecher, M.:* Verhaltenshypothesen und Familienzeitbudgets – die Ansatzpunkte der ›Neuen Haushaltsökonomie‹ für Familienpolitik. Bd. 182 der Schriftenreihe des Bundesministerums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Stuttgart 1986 – *Lafferty, W. M.:* »Basic Needs and Political Values. Some Perspectives from Norway on Europe's ›Silent Revolution‹«. Acta Sociologica. 1976, 117–136 – *Lang, S.:* »Werte und Veränderung von Werten – Ergebnisse einer Mannheimer Umfrage«. Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Hg. *H. Klages* und *P. Kmieciak*. Frankfurt 1979, 231–242 – *Lehner, F.:* »Die ›stille Revolution‹ – Zur Theorie und Realität des Wertwandels in hochindustrialisierten Gesellschaften«. Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Hg. H. Klages u. P. Kmieciak. Frankfurt 1979, 317–327 – *Lüscher, K., Schultheis, F., Werspaun, M.,* Hg.: Die »postmoderne« Familie – familiale Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit. Konstanz 1988 –

Lupri, E.: The Changing Position of Women in Family and Society. Leiden 1983 – *Metz-Göckel, S., Müller, U.:* Der Mann – die Brigitte-Studie. Weinheim 1986 – *Metz-Göckel, S.:* »Väter und Väterlichkeit. Zur alltäglichen Beteiligung der Väter an der Erziehungsarbeit«. Zeitschrift für Erziehungssoziologie und Sozialisationsforschung. 1988, 264–280 – *Meyer, C.:* »Gründe für eine (mögliche) Eheschließung bei verheirateten und nicht-ehelich zusammenlebenden Paaren«. Nicht-eheliche Lebensgemeinschaften – Ergebnisse eines empirischen Projektes –. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft. Hg. *W. Lengsfeld* und *G. Schwägler.* H. 53. Wiesbaden 1987 – *Mohr, H. M.:* »Ausgewählte Aspekte zur wahrgenommenen Lebensqualität«. Lebenslagen im Wandel – Analyse 1987. Hg. *H.-J. Krupp* und *U. Hanefeld.* Frankfurt, 161–179 – *Nauck, B.:* Erwerbstätigkeit und Familienstruktur. Eine empirische Analyse des Einflusses außerfamilialer Ressourcen auf die Familien und die Belastung von Vätern und Müttern. München 1987 – *Nave-Herz, R.:* »Familiale Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950«. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 1984, 45–63 – *Nave-Herz, R.:* Familiäre Veränderungen seit 1950 – eine empirische Studie. Abschlußbericht Teil I. Oldenburg 1984b – *Nave-Herz, R.:* »Kontinuität und Wandel in der Bedeutung, in der Struktur und Stabilität von Ehe und Familie in der Bundesrepublik Deutschland«. Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. *R. Nave-Herz.* Stuttgart 1988, 61–94 – *Nave-Herz, R.:* »Veränderungen in der familialen Umweltpartizipation seit 1950«. Lebenslauf und Familienentwicklung. Mikroanalysen des Wandels familialer Lebensformen. Hg. *A. Herlth* und *P. Strohmeier,* 1988b (im Druck) – *Nave-Herz, R.:* »Zum Wandel der Vaterrolle«. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie. 1988c, 161–165 – *Nave-Herz, R., Krüger, D., Scheller, G., Hauser, S.:* »Wandel im Elternselbstverständnis und Veränderungen in der institutionalisierten Elternbildung«. Vom Privileg zum Menschenrecht – die gesellschaftliche Bedeutung von Bildung. Hg. *J. von Maydell.* Oldenburg 1988, 61–75 – *Noelle-Neumann, E., Strümpel, B:* Macht Arbeit krank? Macht Arbeit glücklich? Eine aktuelle Kontroverse. München 1984 – *Pawlowsky, P., Strümpel, B.:* »Arbeit und Wertewandel: Replik«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialisationsforschung. 1986, 772–781 – *Peiper, A.:* Chronik der Kinderheilkunde. 4. Aufl., Leipzig 1966 – *Pietropnito, H., Simenauer, J.:* Husbands and Wifes. New York 1979 – *Pohl, K.:* »Wende oder Einstellungswandel? Heiratsabsichten und Kinderwunsch 18- bis 28jähriger deutscher Frauen 1978–1983«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 1985, 89–110 – *Pross, H.:* Die Wirklichkeit der Hausfrau. Hamburg 1975 – *Pross, H.:* Die Männer – eine repräsentative Untersuchung über die Selbstbilder von Männern und ihre Bilder von der Frau, Hamburg 1978 – *Ryffel-Gericke, C.:* Männer in Familie und Beruf, eine empirische Untersuchung zur Situation Schweizer Ehemänner. Diessenhofen 1983 – *Schulz, W., Weiss, H., Strodl, R.:* Ehe- und Familienleben heute – Einstellungen und Bewertungen. Wien 1980 – *Schumacher, J., Vollmer, R.:* »Differenzierungs- und Entdifferenzierungsprozesse im Familiensystem«. Soziale Differenzierung. Hg. *K. O. Hondrich.* Frankfurt 1982, 210–345 – *Schumacher, J.:* »Leistungsniveau und Leistungsbereitschaft in der Familie«. Krise der Leistungsgesellschaft? Hg. *K. O. Hondrich, J. Schumacher* u. a. Opladen 1988, 171–247 – *Schütze, Y.:* »Zur Veränderung im Eltern-Kind-Verhältnis seit der Nachkriegszeit«. Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. *R. Nave-Herz.* Stuttgart 1988, 95–114 – Shell-Jugendstudie 1982: Jugend '81 – Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder. 2. Aufl. Opladen 1982 – *Sommerkorn, I. N.:* »Die erwerbstätige Mutter in der Bundesrepublik: Einstellungs- und Problemveränderung«. Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. *R. Nave-Herz.* Stuttgart 1988, 115–144 – *Spiegel, E.:* Neue Haushaltstypen – Entstehungsbedingungen, Lebenssituationen, Wohn- und Standortverhältnisse. Frankfurt 1986 – *Tyrell, H.:* »Probleme einer Theorie der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung der privatisierten modernen Kleinfamilie«. Zeitschrift für Soziologie. 1976, 393–417 – *Urdze, A., Rerrich, M.:* Frauenalltag und Kinderwunsch. Frankfurt 1981 – *Wahl, K., Tüllmann, G., Honig, M. S.,* u. *Gravenhorst, L.:* Familien sind anders! – Wie sie sich selbst sehen. Anstöße für eine neue Familienpolitik. Hamburg 1980 – *Zapf, W.,* Hg.: Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Frankfurt 1977.

Ausgewählte Gebiete der Familienforschung

Teil II: Materielle und rechtliche Rahmenbedingungen der Familie

Jutta Limbach

Die rechtlichen Rahmenbedingungen von Ehe und Elternschaft

1. Ehe und Recht

Das moderne Familienrecht verzichtet weitgehend darauf, Eheleuten vorzuschreiben, wie sie ihre Lebensgemeinschaft gestalten sollen. In früheren Gesetzgebungswerken, wie z. B. in denen des absoluten Staates, hatte man einen größeren Ehrgeiz entfaltet, auch den privaten Bereich der Eheleute zu reglementieren. Ein Paradebeispiel gesetzgeberischer Pedanterie bot das Preußische Allgemeine Landrecht von 1794, das sich selbst den intimsten Ehepflichten widmete. So enthielt es Vorschriften über die »eheliche Pflicht«, die die Eheleute einander nicht anhaltend versagen durften; es sei denn, daß diese der Gesundheit nachteilig wäre. Stillende Ehefrauen durften die Beiwohnung mit Recht verweigern. Wie lange die Mutter jedoch dem Kind die Brust reichen sollte, hatte der Vater zu bestimmen. Um fahrlässiger Kindestötung vorzubeugen, kannte das Gesetz noch das strafrechtliche Verbot, Kinder unter zwei Jahren bei Nacht in die Betten zu nehmen und bei sich oder anderen schlafen zu lassen (1 II §§ 178ff., 2 II § 68, 20 II § 738; *Müller-Freienfels,* 1962, 21ff.). Die Schöpfer des 1900 in Kraft getretenen Bürgerlichen Gesetzbuchs sahen dagegen davon ab, sich in die intimsten Beziehungen der Eheleute einzumischen. Doch weitgehend im Einklang mit dem preußischen Recht schrieben sie die traditionelle Rollenteilung zwischen Mann und Frau fest. Selbst das Gleichberechtigungsgesetz des Jahres 1957, das dem Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes Tribut zollen wollte, blieb dem überkommenen Rollenverständnis treu. Denn erwerbstätig sollte eine Ehefrau nur sein dürfen, wenn sich das mit ihren Familienpflichten vereinbaren ließ (§ 1356 I 2 BGB).

Die jüngste Eherechtsreform hatte sich der Maxime »Mehr Eigenverantwortung – weniger Bevormundung« verschrieben. Das 1. Eherechtsreformgesetz des Jahres 1976 steckt demgemäß nur den äußeren Rahmen der Ehe ab, versucht aber keinen Einfluß darauf zu nehmen, wie eine Ehe geführt werden sollte. Das Leitbild vom mündigen Bürger und die Schwierigkeit, in einer pluralistischen Gesellschaft ein allgemein akzeptiertes Eheverständnis zur Richtschnur rechtlichen Ordnens nehmen zu können, haben den Gesetzgeber bewogen, sich zu bescheiden. Doch neben dem Respekt vor einem bestimmten Menschenbild, der verfassungsrechtlich verbürgten Autonomie von Ehe und Familie und dem Wertpluralismus in unserer Gesellschaft dürfte auch die Einsicht in die begrenzte Tauglichkeit des Rechts am Werke gewesen sein, Intimbeziehungen konstruktiv gestalten zu können (*Mikat,* 1969, 2, 6; Bundestags-Drucksache 7/4361, 7f.). Die Bezugnahme auf das Recht mit seiner einseitigen Aufmerksamkeit für den juristischen Aspekt des vielschichtigen Beziehungsgefüges begründet die Gefahr, die Nähe der familiären Beziehungen zu zerstören. Rechtssoziologische Studien über den Gebrauch von Recht lehren, daß das Thematisieren von Recht in einer intimen und dauerhaften Sozialbeziehung

nicht nur ein Indikator für Konflikte ist, sondern das Ende der Sozialbeziehung ankündigt. Die Gerichte werden in Anspruch genommen, um eine Ehe zu lösen und werden nur dann wirklich tätig, wenn dies im Konflikt geschieht. Sie werden jedoch nur selten bemüht, um diese Beziehung selbst zu regeln (*Blankenburg,* 1985, 33f., 38). Im Bereich der persönlichen Ehebeziehungen sind sittliche und religiöse Vorstellungen bestimmender als rechtliche Schranken. Das Eherecht ist daher – soziologisch betrachtet – keine eigenständige, sondern eine ergänzende Ordnung, die auf das Zusammenwirken mit außerrechtlichen Ordnungsgefügen wie der Sittlichkeit angewiesen ist (*Müller-Freienfels,* 1962, 26f.; *Ehrlich,* 1967, 45). Inwieweit das Zusammenspiel gleichwohl ein wechselseitiges ist und das Recht aufgerufen bleibt, durch seine Normen die Sitte und Sittlichkeit zu stützen, bleibt gerade im Bereich von Ehe und Elternschaft ein Thema von sich stets erneuernder Aktualität.

2. Die personalen Ehepflichten

Das geltende Eherecht umschreibt in einer Generalklausel die personalen Pflichten der Eheleute recht vage dergestalt, daß diese einander zur ehelichen Lebensgemeinschaft verpflichtet sind (§ 1353 I 2 BGB). Versuche, den Begriff der ehelichen Lebensgemeinschaft näher zu beschreiben, fanden im Gesetzgebungsverfahren keine Mehrheit. Die amtliche Begründung des Regierungsentwurfs teilt nur soviel mit, daß die Ehegatten vor allem gehalten seien, sich in allen wichtigen Angelegenheiten des ehelichen Lebens um eine Einigung zu bemühen, einander beizustehen und zu helfen. Darin äußere sich die zunehmende Bedeutung der Partnerschaft in der Ehe, die mit erhöhten personalen Anforderungen der Rücksichtnahme, Selbstdisziplin, Mitsprache und Mitverantwortung einhergehe (Bundestags-Drucksache 7/650, 95 und 7/4361, 25). Jenseits dieser Leitlinie ist sich die Lehre des Familienrechts uneins in der Frage, welche konkreten Rechtspflichten aus der Pflicht zur ehelichen Lebensgemeinschaft hergeleitet werden können. Die einen verneinen im Hinblick auf die verfassungsrechtlich begründete Autonomie der sittlichen Entscheidung überhaupt die Kompetenz des Staates, den Eheleuten im höchstpersönlichen Bereich bestimmte Verhaltensweisen vorschreiben zu können. Denn anderenfalls verhielten diese sich »rechtswidrig«, wenn sie z. B. nicht von der »Gleichberechtigung von Mann und Frau«, sondern von der »natürlichen Unterordnung der Frau unter den Mann« ausgingen, wie es die islamische Ehe kennzeichne (*Pawlowski,* 1983, 6). Andere wiederum stecken den Rahmen der personenrechtlichen Pflichten verhältnismäßig weit und zählen u. a. die häusliche Gemeinschaft, Teilnahme an den Interessen des anderen, Sorge für Person und Vermögen des anderen Ehegatten, Treue und Geschlechtsgemeinschaft dazu (*Beitzke,* 1988, 69).
Der Juristen Streit über den Rechts- und Pflichtenkreis der bürgerlichen Ehe erscheint auf den ersten Blick von akademischer Natur. Denn das Prozeßrecht unterbindet die gerichtliche Durchsetzung personaler Ehepflichten (§ 888 II ZPO). Doch die rechtspolitische Diskussion über die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe zeigt, daß die Frage nach der rechtlichen Qualität der Pflicht zur Geschlechtsgemeinschaft in anderem rechtlichen Zusammenhang eine erhebliche

Rolle spielen und den strafrechtlichen Schutz der vergewaltigten Ehefrau von vornherein paralysieren kann. Einige Juristen bejahen im Hinblick auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 1967 eine Rechtspflicht zur Geschlechtsgemeinschaft. Das Gericht hatte im Rahmen eines Scheidungsverfahrens von einer empfindungslosen Frau gefordert, daß sie den Beischlaf nicht teilnahmslos oder gar widerwillig über sich ergehen lassen dürfe, sondern ihn in Zuneigung und Opferbereitschaft zu erdulden habe (BGH, Neue Juristische Wochenschrift, 1967, 1079). Eine stetig wachsende Zahl von Familienrechtlern verneint schlechthin eine Rechtspflicht zur Geschlechtsgemeinschaft. Wohl darf jeder Heiratende in der Regel davon ausgehen, daß sich der Partner dem Wunsch nach sexueller Gemeinsamkeit nicht entziehen werde. Doch schließt die Eheschließung nicht das stillschweigende Einverständnis der Frau ein, ihrem Mann jederzeit – ohne Rücksicht auf ihre Bereitschaft – sexuell zur Verfügung zu stehen (Münchener Kommentar-Wacke, § 1353 Rdnr. 35; *Limbach,* 1985, 290). Selbst diejenigen Familienrechtler, die eine Rechtspflicht zur Geschlechtsgemeinschaft bejahen, würden sich schwerlich dazu bereitfinden, eine gewaltsame Durchsetzung dieser »Pflicht« zu rechtfertigen. Die Grenzen erlaubter Eigenmacht sind in unserem Zivilrecht sehr eng gezogen, im höchstpersönlichen Bereich ist sie gänzlich unbekannt. Die Familienrechtslehre ist sich darin einig, daß der Umgangsstil der Eheleute ein partnerschaftlicher, auf gegenseitiges Einvernehmen und Rücksichtnahme bedachter zu sein hat. Die die Würde des Menschen und die freie Entfaltung der Persönlichkeit gewährleistenden Grundrechte gelten auch in der Ehe in unvermindertem Maße fort. Die Ehe ist kein besonderes Gewaltverhältnis. Der Konsens der Eheleute erschöpft sich nicht im Akt der Eheschließung. Das partnerschaftliche Einvernehmen im zwischenmenschlichen Bereich muß von Tag zu Tag, von Mal zu Mal gesucht und gelebt werden.

3. Die Berufs- und Familienarbeit

Auch die Frage, wie sich die Eheleute die Berufs- und Familienarbeit teilen, hat der moderne Gesetzgeber dem Willen und Einvernehmen der Eheleute überantwortet. Das in der Urfassung des BGB vorgesehene Entscheidungsrecht des Mannes in allen gemeinschaftlichen Angelegenheiten ist bereits im Jahr 1957 aufgehoben worden. Mann und Frau müssen sich daher verständigen und gemeinsam eine Lösung für alle Probleme des ehelichen Lebens suchen. Beide Ehegatten sind berechtigt, erwerbstätig zu sein. Beide haben bei der Wahl und Ausübung der Erwerbstätigkeit auf die Belange des anderen und der Familie Rücksicht zu nehmen (§ 1356 BGB). Aus der Befugnis von Mann und Frau, gleichberechtigt die Frage der Arbeitsteilung mitentscheiden zu dürfen, folgt allerdings nicht, daß sie sich die Aufgaben der Familien- und Erwerbsarbeit hälftig teilen müssen. Sie dürfen beide berufstätig sein, aber auch die Aufgaben entsprechend der überkommenen geschlechtsspezifischen Rollenzuweisung unter sich verteilen, d. h. eine Hausfrauenehe führen, sowie die verschiedensten Mischformen zwischen diesen beiden Ehemodellen wählen. Die Leistung der Hausarbeit wird als ein der Erwerbsarbeit gleichwertiger Beitrag zum Familienunterhalt betrachtet (§ 1360 2 BGB).

Ob die Ehen entsprechend dem gesetzlichen Plan partnerschaftlicher geworden sind, läßt sich nur schwer beantworten. Offenbar besteht eine große Kluft zwischen den gesellschaftlichen Einstellungen und dem tatsächlichen Verhalten im privaten Bereich. So wird zwar von einer überwältigenden Mehrheit in der Bevölkerung eine regelmäßige Mitarbeit von Männern im Haushalt befürwortet. Gleichwohl verharren Männer und Frauen im häuslichen Bereich weitgehend in der traditionellen Rollenteilung. Die täglichen Routinearbeiten im Haushalt, die Pflege von kranken Familienangehörigen und vor allem die Sorge für die Kinder sind nach wie vor die Domäne der Frau. Zwar pflegen sich die jungen Männer noch relativ stark an den Hausaufgaben zu beteiligen. Doch reduziert sich ihre Mitarbeit stark, wenn kleine Kinder vorhanden sind. Selbst in Haushalten, in denen beide Eheleute berufstätig sind, weicht die Aufgabenteilung nur tendenziell von diesem Muster ab (*Köcher,* 1985, 122, 127, 129; *Metz-Göckel/Müller,* 1986, 37f.,45ff.; *Glatzer/Zapf,* 1984, 127; vgl. auch *Hegner/Lakemann* in diesem Band).

Gleichberechtigung und -verpflichtung in der Ehe ergibt sich nicht von selbst aus der Einsicht in die Richtigkeit egalitären Rechts. Die Freiheit zur gleichverantwortlichen Entscheidung ist wohl eine Grundlage für die Wahrnehmung von Chancengleichheit. Doch Gesetze für sich allein ändern die Wirklichkeit nicht. Die Wirkungschance des gesetzten Rechts ist von vielen anderen Faktoren abhängig. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Folgebereitschaft der Normadressaten und -adressatinnen, sowie die Akzeptanz durchsetzungsorientierter Staatsorgane, die das Recht anwenden. Rechtssoziologische Studien über die Durchsetzungschancen gleichen Rechts für Frauen machen deutlich, wie schwierig es ist, Bewußtseinsprozesse anzuregen und die oft versteckten Rechtsbedürfnisse und -vorstellungen der Frauen zur Sprache zu bringen. Bemerkenswert ist vor allem die festgestellte Tendenz der Rechtsanwender (hier: Mitarbeiter des Arbeitsamtes), gesellschaftlich bedingte Frauenprobleme in »private Schwierigkeiten« umzudeuten und sie damit als rechtsunerheblich für die Gewähr von Förderungsmaßnahmen auszublenden (*Gerhard,* 1988, 21, 26ff.).

Angesichts der Diskrepanz von formaler Rechtsgleichheit und Rechtswirklichkeit wird immer wieder die Frage gestellt, ob es ein Akt gesetzgeberischer Klugheit war, auf die Vorgabe von Eheleitbildern zu verzichten und die eheliche Arbeitsteilung dem Einvernehmen der Eheleute zu überantworten. Wird nicht die Friedensfunktion des Rechts verletzt, wenn es sich seiner ureigenen Aufgabe entzieht, Orientierungshilfe zu bieten und damit Konflikten vorzubeugen? *Ramm* versucht, diesem Mangel durch die wissenschaftliche Ausbildung von Ehetypen zu begegnen. So unterscheidet er zwischen zwei sich einander unvermittelt gegenüberstehenden juristischen Ehetypen, nämlich der Erwerbstätigenehe und der Haushaltsführungsehe. *Ramm* sieht wohl, daß in der sozialen Wirklichkeit eine größere Typenvielfalt herrscht, Mischgebilde existieren und gerade die partnerschaftliche Erwerbstätigenehe angesichts der Doppelbelastung der berufstätigen Frau noch ein Ausnahmefall ist. Doch hat er bewußt zwei Extremtypen als Pole ausgebildet, um Zwischengebilde und Änderungen der ehelichen Arbeitsteilung besser erfassen zu können. Unter Rückgriff auf verfassungsrechtliche Leitbilder der Ehe entwirft *Ramm* Grundregeln für die verschiedenen Ehetypen und geht auf die Besonderheiten der

Ehen mit Kindern ein. Hierbei geht es ihm nur um eine modellhafte Orientierung, die helfen soll, die mit den gesellschaftlichen Veränderungen verbundene Rollenunsicherheit der Eheleute abzubauen. Denn der widerstrebende Ehegatte kann nicht zwangsweise auf ein juristisches Leitbild verpflichtet, der Konflikt nicht mit gerichtlichen Mitteln ausgetragen werden (*Ramm,* 1984, 111f., 168ff., 198). Daß man sich von solchen Leitbildern im Recht nicht allzu viel versprechen darf, zeigen die Erfahrungen der DDR mit einem in der Tendenz vergleichbaren moralischen Appell des Rechts. § 10 des Familiengesetzbuchs der DDR schreibt vor, daß beide Ehegatten ihren Anteil bei der Erziehung und Pflege der Kinder und der Führung des Haushalts zu tragen haben. Dem folgt der Satz: »Die Beziehungen der Ehegatten untereinander sind so zu gestalten, daß die Frau ihre berufliche und gesellschaftliche Tätigkeit mit der Mutterschaft vereinbaren kann.« Gleichwohl ist die Doppelbelastung der berufstätigen Mütter auch in der DDR ein unbewältigtes Problem (*Voigt* et al., 1987, 69f.).

4. Das Scheidungsrecht

Mit dem im Jahr 1977 in Kraft getretenen Eherechtsreformgesetz ist auch das Scheidungsrecht grundlegend reformiert worden. Das Schuldprinzip ist aufgegeben und durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt worden. Unter Beachtung bestimmter Trennungsfristen kann heute im Regelfall die Scheidung der Ehe begehrt werden, wenn sie gescheitert ist. Laut der gesetzlichen Definition ist eine Ehe gescheitert, wenn die Lebensgemeinschaft der Ehegatten nicht mehr besteht und nicht erwartet werden kann, daß die Ehegatten sie wiederherstellen (§ 1565 I BGB). Für den Übergang zum Zerrüttungsprinzip war vor allem die Einsicht entscheidend, daß das Verschulden an der Scheidung menschlicher Erkenntnis nur schwer zugänglich ist. So wird in der amtlichen Begründung dargelegt, daß die Gerichte nur in seltenen Fällen überhaupt in der Lage seien, sich ein vollständiges Bild über die Ursachen der Zerrüttung einer Ehe zu machen. Vielfach seien die Eheleute weder fähig noch bereit, ihre Verantwortlichkeit an einem wachsenden Ehekonflikt zu erkennen. Um wieviel weniger vermögen dann die Gerichte den Part zu rekonstruieren und zu gewichten, den der einzelne Ehepartner in dem Ehedrama gespielt habe. Die Eheleute, die häufig mangels anderer Beweismittel als Parteien vernommen worden seien, hätten zumeist einzelne Ereignisse aus der letzten Phase des ehelichen Zerwürfnisses herausgegriffen, die wohl das Faß zum Überlaufen gebracht hätten, aber weniger Ursache als vielmehr Ausdruck der Zerrüttung gewesen seien. Überdies habe die Fortsetzung des Ehekriegs im Gerichtssaal und der damit verbundene Einbruch in die Privat- und Intimsphäre das Verhältnis zwischen den Eheleuten weiter vergiftet und eine faire Lösung der elterlichen Aufgaben und finanziellen Probleme beträchtlich behindert (Bundestags-Drucksache 7/5361, 8f.).
In der Konsequenz dieser Einsichten ist auch die Verknüpfung von Unterhaltsanspruch und Scheidungsschuld als nicht sachgerecht erachtet worden. Überdies vernachlässigte sie die moderner Eheauffassung entsprechende Gleichwertigkeit der Berufsarbeit des Mannes mit der Tätigkeit als Hausfrau und Mutter. »Es ist

daher unbillig«, so liest man in den Motiven, »den Wert der Leistungen der Hausfrau und Mutter unberücksichtigt zu lassen, wenn die Frau aus Gründen, die mit ihrer Leistung in Ehe und Familie nichts zu tun haben, die Zerrüttung der Ehe ›verschuldet‹ hat.« (Bundestags-Drucksache 7/4361, 15). Eines der wichtigsten Reformziele war die soziale Sicherung der nicht erwerbstätigen Ehefrau und Mutter. Zwar spricht das Gesetz weder von Frauen noch von Müttern, sondern geschlechtsneutral von Ehegatten. Doch wie auch in anderen europäischen Staaten kommen die den Schutz des sozial Schwächeren bezweckenden Vorschriften des Scheidungsrechts in Anbetracht der sozio-ökonomischen Situation vornehmlich den Frauen zu gute. Das gilt bemerkenswerterweise auch für die Länder des real existierenden Sozialismus (*Dopffel/Buchofer,* 1983, 169, 240, 296f.).

Im Prinzip ist jeder Ehegatte verpflichtet, sich nach der Scheidung durch eigene Arbeit selbst zu versorgen (§ 1569 BGB). Es gilt der Grundsatz der Eigenverantwortung. Nur in bestimmten im Gesetz ausdrücklich umschriebenen Tatbeständen wird die eheliche Solidarität herausgefordert und Unterhalt gewährt. So besteht vor allem dann ein Unterhaltsanspruch, wenn einer der Ehegatten – zumeist die Frau – wegen der Pflege gemeinsamer Kinder nicht erwerbstätig sein kann (§ 1570 BGB). Unterhaltsansprüche sind auch für den Fall vorgesehen, daß ein geschiedener Ehegatte wegen seines fortgeschrittenen Alters oder wegen Krankheit nicht erwerbstätig sein kann (§ 1571f. BGB). Ist die Fähigkeit – besonders nach langdauernder Ehe und Sorge für die gemeinsamen Kinder – beeinträchtigt, eine angemessene Erwerbstätigkeit zu finden, so lassen sich ebenfalls Ansprüche begründen. Der Gesetzgeber des 1. EheRG hatte diesen Anspruch wegen Erwerbslosigkeit nicht befristet. Eine Ehefrau, die mehr als drei Jahre verheiratet und während der Ehe nicht berufstätig war, konnte diesen Anspruch bis zum Eintritt ihres Rentenalters geltend machen, wenn ihr die Arbeitsplatzsuche dauernd mißlang. Auf Grund des 1986 in Kraft getretenen Unterhaltsänderungsgesetzes kann der Richter diesen Anspruch nunmehr zeitlich begrenzen, soweit ein unbegrenzter Unterhalt wegen der Ehedauer oder der Arbeitsteilung in der Ehe unbillig wäre. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß nur das ehebedingte, aber nicht das gesellschaftlich bedingte allgemeine Arbeitsplatzrisiko dem geschiedenen Mann aufgebürdet wird.

Hinsichtlich der Altersversorgung führt des 1. EheRG die Strategie des Gleichberechtigungsgesetzes fort, die Familienfrau an dem Vermögenserwerb während der Ehe zu beteiligen. Das Gleichberechtigungsgesetz hatte 1957 die Zugewinngemeinschaft als gesetzlichen Güterstand eingeführt. Dessen Kernpunkt ist neben der grundsätzlichen Gütertrennung der Zugewinnausgleich am Ende der Ehe: Erzielt einer der Ehegatten während der Ehe einen höheren Vermögenserwerb als der andere, so muß er diesem im Falle der Beendigung der Ehe in Höhe der Hälfte des Überschusses einen finanziellen Ausgleich gewähren. Für den Fall, daß die Ehe durch den Tod eines der Ehegatten beendet wird, hat der Gesetzgeber pauschal den gesetzlichen Erbteil des überlebenden Ehegatten um ein Viertel der Erbschaft erhöht (§ 1371 I BGB). Das 1. EheRG hat darüber hinaus den Versorgungsausgleich eingeführt. So werden im Falle der Ehescheidung die während der Ehe erworbenen Versorgungsanwartschaften geteilt. Sowohl der Zugewinn- als

auch der Versorgungsausgleich sind Produkte der Einsicht, daß Familien- und Erwerbsarbeit gleichwertige Beiträge zum Lebensunterhalt der Familie sind.
Ersten empirischen Untersuchungen zufolge sind die geschiedenen Frauen durch das neue Recht wirtschaftlich nicht besser gesichert als unter der Geltung des Schuldprinzips. Im Regelfall sind es nur die Mütter und langjährigen Hausfrauen, die Unterhalt erhalten, und dies in unzureichendem Maße. Bemerkenswert ist die hohe Zahl der Verzichte an sich unterhaltsberechtigter Frauen in Scheidungsverfahren (*Caesar-Wolf/Eidmann,* 1985, 163ff.; *Voegeli,* 1988, 126ff., 134; *Willenbacher* et al., 98ff.). Untersuchungen in den USA und Großbritannien ergeben das nämliche Bild, daß Frauen mit der Ehe und Mutterschaft ein unverhältnismäßiges wirtschaftliches Risiko tragen (*Eekelaar/Maclean,* 1986, 86ff., 101f.; *Weitzmann,* 1985, 184ff., 324ff.). Rechtssoziologische Erklärungsversuche der unzureichenden Versorgung geschiedener Frauen setzen zum Teil bei den gesetzlichen Regelungen selbst, zum Teil bei deren Auslegung und Durchsetzung seitens der Richter und Rechtsanwälte an.
So wird zum einen die geschlechtsneutrale Formulierung des Eherechts getadelt, die allzu leicht die entscheidende Tatsache verdecke, daß trotz formaler Rechtsgleichheit von Mann und Frau, diese nach wie vor tatsächlich benachteiligt und damit im besonderen Maße schutzbedürftig sei. Das Mann und Frau gleichstellende Recht und das kompensatorische, d. h. ehebedingte Nachteile ausgleichende Recht kollidierten miteinander. Der Grundsatz der Eigenverantwortung und das die Ehe beherrschende Konsensprinzip eröffneten den Eheleuten die Möglichkeit, die gesetzlichen, zum Schutz des wirtschaftlich schwächeren Partners geschaffenen Vorschriften außer Kraft zu setzen; denn lediglich beim Versorgungsausgleich ist die Gestaltungsfreiheit der Eheleute zum Teil eingeschränkt worden. Der gesellschaftlichen Entwicklung gewissermaßen vorauseilend, werden Frauen so behandelt, »als ob« sie ihren Männern bereits materiell gleichgestellt seien und nach der Scheidung ohne weiteres für sich selbst sorgen könnten (*Caesar-Wolf/Eidmann,* 1985, 163, 185f.).
Zum anderen wird an der unausgeglichenen Bilanz der wirtschaftlichen Scheidungsfolgen die relative Autonomie der Rechtspraxis gegenüber den sozialpolitisch intendierten gesetzlichen Vorgaben deutlich. So haben *Caesar-Wolf* und *Eidmann* bei ihren Untersuchungen von Scheidungsverfahren beobachtet, daß sowohl die Rechtsanwälte als auch die Richter eine Strategie der Entdramatisierung mit dem Ziel verfolgen, die Scheidung selbst und ihre Folgen konsensfähig zu machen. Die Rechtsanwälte und Richter würden sich hierbei weniger an dem reformierten Scheidungsfolgenrecht als vielmehr an bestimmten Ehemodellen orientieren. Und zwar lesen die Forscherinnen dem Handeln der Juristen ein Deutungsmuster ab, laut dem die Ehe nicht mehr als lebenslange Versorgungsgemeinschaft, sondern als Bindung auf Zeit angesehen wird, die im gütlichen Einvernehmen und der Folge künftiger wirtschaftlicher Selbständigkeit beider Ehegatten beendbar sein sollte (*Caesar-Wolf/Eidmann,* 1986, 193ff., 211f.).
Die unerwarteten Auswirkungen der kompensatorischen Schutzvorschriften des Scheidungsfolgenrechts offenbaren aber zugleich das begrenzte Leistungsvermögen des Familienrechts. Privatrechtliche Unterhaltsansprüche können – schon wegen

der häufig begrenzten Leistungsfähigkeit der erwerbstätigen Ehegatten – weder staatliche Sozialpolitik ersetzen noch geschlechtsspezfische Benachteiligungen bei der Arbeitsplatzsuche ausgleichen. Die unzureichende Sicherheit der geschiedenen Frau dürfte sich nur durch konzertierte Regelungen meistern lassen, die unterhaltsrechtliche, sozialrechtliche und arbeitsfördernde Maßnahmen aufeinander beziehen.

5. Elternschaft in der Ehe

5.1. Elterliche Sorge

Das Recht der Eltern, die Pflege und Erziehung der Kinder nach ihren eigenen Vorstellungen frei zu gestalten, ist in der Verfassung als Grundrecht verbürgt. Das Grundgesetz verknüpft bewußt das Recht zur Pflege und Erziehung mit der Pflicht zu dieser Tätigkeit (Art. 6 II GG). Der pflichtgebundene Charakter des Elternrechts hat in der letzten Reform des Kindschaftsrechts im Jahre 1980 auch seinen sprachlichen Niederschlag gefunden. Im Bürgerlichen Gesetzbuch ist nunmehr statt von »elterlicher Gewalt« von »elterlicher Sorge« die Rede. Diese umfaßt sowohl die Sorge für die Person als auch für das Vermögen des Kindes, während sich die Unterhaltspflicht der Eltern bereits aus der verwandtschaftlichen Beziehung ergibt (§§ 1626 I, 1601 BGB).

Schon das 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch hatte das Beiwort »elterlich« gewählt, obwohl das Recht, für die Person und das Vermögen des Kindes zu sorgen, im Regelfall ausschließlich dem Vater zustand. Die Mutter erhielt die elterliche Gewalt nur in den Fällen, in denen der Vater nicht nur vorübergehend verhindert oder verstorben war. Abgesehen von diesen Ausnahmen stand ihr neben dem Vater lediglich die Personensorge zu. Sie durfte zwar die alltägliche Pflege- und Erziehungsarbeit leisten, jedoch zum Beispiel nicht mitentscheiden, welche Schule das Kind besuchen oder welchen Beruf es erlernen sollte. Das Gesetz stellte ausdrücklich klar, daß im Falle elterlicher Meinungsverschiedenheiten die Meinung des Vaters vorgeht (§ 1634 BGB, 1900).

Dieses Letztentscheidungsrecht des Vaters hat sich als sehr zählebig erwiesen und sogar noch Eingang in das Gleichberechtigungsgesetz des Jahres 1957 gefunden. Zwar hatte dieses Gesetz die elterliche Gewalt beiden Eltern, also auch der Mutter übertragen. Jedoch hatte es für den Fall, daß die Eltern sich nicht einigen können, wiederum dem Vater die Entscheidungsbefugnis eingeräumt. Die Befürworter dieses väterlichen Stichentscheids sahen den Familienfrieden bedroht und das Chaos voraus, wenn im Falle elterlicher Meinungsverschiedenheiten nicht einer von beiden das letzte Wort haben würde.

Dieser halbherzige Versuch, die Rechtsgleichheit von Mann und Frau im Familienrecht zu verankern, mag dem Wunsch der Gesetzesautoren gehorcht haben, in restaurativer Absicht in einen sich abzeichnenden Wandel ehelicher Machtverhältnisse einzugreifen. Denn demoskopischen Umfragen zufolge hatten sich in dieser Frage seinerzeit noch keine eindeutigen Mehrheiten herausgebildet, wenngleich das

väterliche Letztentscheidungsrecht vor allem unter den Vätern noch zahlreiche Anhänger hatte (*Voegeli/Willenbacher,* 1984, 247f.). Das Bundesverfassungsgericht hat bereits ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Gesetzes auf die Verfassungsbeschwerde zweier Mütter hin, den väterlichen Stichentscheid als gleichheits- und damit verfassungswidrig aufgehoben. Das Gericht legte u. a. dar, daß diese Entscheidungsbefugnis des Vaters die schon faktisch stärkere Position des Mannes zusätzlich rechtlich stärke. Sie schwäche zum anderen die Stellung der Frau; denn naturgemäß werde die Einigungsbereitschaft des Vaters durch das Wissen gemindert, daß ihm im Konfliktfalle die Entscheidung zustehe (Bundesverfassungsgericht, Amtl. Sammlg. Bd. 10, 58, 78f.).
Das Sorgerechtsgesetz 1980 hat für den Fall, daß sich die Eltern in einer wichtigen Kindesangelegenheit nicht zu einigen vermögen, das Vormundschaftsgericht eingeschaltet. Dieses hat zuallererst darauf hinzuwirken, daß sich die Eltern verständigen. Mißlingt dieser Versuch, so überträgt das Vormundschaftsgericht unter Beachtung des Kindeswohls die Entscheidung einem Elternteil (§ 1628 BGB). Entgegen den Befürchtungen der Verteidiger des väterlichen Stichentscheids scheint sich diese Regelung nicht als Anreiz für uneinsichtige Eltern erwiesen zu haben, ihre Meinungsverschiedenheiten statt im Schoße der Familie vor dem Vormundschaftsrichter auszutragen. Zwar fehlt eine systematische Rechtstatsachenuntersuchung. Die Anzahl der zu diesem Fragenkreis veröffentlichten Entscheidungen ist jedoch äußerst gering.

5.2. Erziehungsziele

Eine Besonderheit des 1980 reformierten Kindschaftsrechts ist die Aufnahme von Erziehungsgrundsätzen in das BGB. Um nur einige zu nennen: Die Eltern werden aufgefordert, bei der Erziehung die wachsende Fähigkeit und das Bedürfnis des Kindes zu selbständigem und verantwortungsbewußtem Handeln zu berücksichtigen. In Fragen der Ausbildung und des Berufs sollen die Eltern auf die Eignung und Neigung des Kindes Rücksicht nehmen. Entwürdigende Erziehungsmaßnahmen sind unzulässig (§§ 1626 II, 1631, 1631a BGB). Diese Direktiven sind ein Appell an die Eltern, partnerschaftliche Umgangsformen einzuüben und der Individualität, den Neigungen und Lebenswünschen der Kinder mit Achtung und Verständnis zu begegnen. Es handelt sich um weithin sanktionslose Normen. Soweit jedoch die Ausbildung und der Beruf in Frage stehen, kann nach dem Rat eines Lehrers eine Entscheidung des Vormundschaftsgerichts eingeholt werden, wenn die Eltern die Eignung oder Neigung des Kindes grob vernachlässigen und diesem ein Schaden droht.
Die Erziehungsziele spiegeln gesellschaftliche Werthaltungen wider, die sich im Gefolge der Diskussion über die »autoritäre« bzw. »anti-autoritäre« Erziehung herausgebildet hatten. Soziologische Untersuchungen haben ergeben, daß die Vorstellung von elterlichem Herrschaftsrecht über das Kind zunehmend von dem Gedanken wachsender Selbstverantwortlichkeit des Heranwachsenden verdrängt worden ist (*Wurzbacher,* 1952, 201; *Allerbeck/Hoag,* 1985, 64). Nicht gegen die Richtigkeit dieser Erziehungsgrundsätze, wohl aber gegen ihre Erhebung zum

Gesetz sind vor dem Erlaß des Sorgerechtsgesetzes erhebliche Bedenken geäußert worden (*Bürgle,* 1979, 9ff., 12). Die Frage, ob dem Recht eine erzieherische Funktion beizumessen ist, wird sowohl in der Rechtsphilosophie und -soziologie als auch im Verfassungsrecht kontrovers diskutiert; zumal die Mittel des Rechts, eine entsprechende Orientierung der Bevölkerung auch praktisch zu erreichen, als begrenzt beurteilt werden (*Häberle,* 87). Der rechtssoziologische Forschungsstand rechtfertigt bisher nur bescheidene Hoffnungen, daß durch Gesetze ein Wandel gesellschaftlicher Einstellungen erreicht werden kann (*Winter,* 1969).

5.3. Schutz gefährdeter Kinder

Die durch das Grundgesetz verbürgte Elternautonomie deckt nur ein Handeln, das bei allem Respekt vor der Eigenständigkeit der Eltern noch als Pflege und Erziehung gewertet werden kann. Wenn die Eltern versagen, greift das staatliche Wächteramt ein (Art. 6 II GG). Denn das Kind ist selbst Grundrechtsträger und hat damit einen Anspruch auf den Schutz des Staates. So darf das Vormundschaftsgericht einschreiten, wenn durch das Tun oder Lassen der Eltern das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes gefährdet, es beispielsweise unzureichend ernährt oder mißhandelt wird. Hierbei muß das Gericht stets das Gebot der Verhältnismäßigkeit der Mittel beachten. Die Trennung des Kindes von seinen Eltern darf stets nur das letzte Mittel sein, wenn der dem Kind drohenden Gefahr nicht durch andere Hilfsmaßnahmen begegnet werden kann (§§ 1666, 1666a BGB). Das richterliche Einschreiten ist nicht von einem schuldhaften Verhalten der Eltern abhängig, sondern setzt voraus, daß diese unwillig oder unfähig sind, den drohenden Schaden von dem Kind abzuwenden.
Empirische Studien über die Praxis des Vormundschaftsgerichts und die Ermittlungen des Jugendamtes haben u. a. ergeben, daß die psychische Dimension des Kindeswohls nur unzureichend erfaßt wird und überhaupt die Interessen des Kindes nicht angemessen vertreten werden. Von diesen Untersuchungen sind die Forderungen nach einer zusätzlichen humanwissenschaftlichen Ausbildung der Vormundschaftsrichter und einem Anwalt des Kindes ausgegangen (*Simitis,* 1979, 259 ff., 358 ff.; *Zenz,* 1979, 399 ff., 402). Schwedische Untersuchungen haben darüber hinaus deutlich gemacht, daß mit rechtlichen Mitteln allein das Problem der Kindesmißhandlung nicht gemeistert werden kann. Dem Kind und auch den Eltern kann in verläßlicher Weise nur geholfen werden, wenn soziale Dienste und insbesondere eine konfliktorientierte Familienberatung den rechtsförmigen Kinderschutz unterstützen (*Ziegert,* 1984, 153; *Beiderwieden* et al., 1985).

6. Elternschaft nach der Scheidung

»Ein Kind, dessen Eltern geschieden sind, hat zwar noch Vater und Mutter, aber keine Eltern mehr«. Diese These basiert auf der Prämisse, daß Eltern für ihr Kind mehr sein sollten als die Summe von Vater und Mutter (*Lempp,* 8). Sie illustriert treffend die Einstellung vieler Juristen zu dem Verhältnis von Vater, Mutter und

Kind nach der Elterntrennung. Im Falle der Scheidung hat das Familiengericht in jedem Falle eine Entscheidung darüber zu treffen, wem nunmehr das elterliche Sorgerecht zustehen soll, selbst wenn sich die Eltern in diesem Punkt nicht streiten. Das Sorgerechtsgesetz 1980 hatte darüber hinaus angeordnet, daß die elterliche Sorge einem Elternteil *allein* zu übertragen ist (§§ 1671 I, IV 1 BGB). Diese Regelung beruhte auf der Annahme, daß die Eltern in der Konfliktsituation des Familienzusammenbruchs nicht fähig seien, den Belangen des Kindes gerecht zu werden. Denn neben den Interessen der Kinder stehen auch erhebliche Eigeninteressen der Eltern auf dem Spiel. Zu leicht gerät nach der Meinung vieler Juristen und Psychologen das Kind in Gefahr, nur als Handelsobjekt in der elterlichen Auseinandersetzung zu dienen. Selbst Eltern, die guten Willens sind, hätten häufig nicht die Nerven- und Seelenstärke, das Scheidungsgeschehen einmal aus der Warte des Kindes zu sehen. Allzu leicht setzten sie ihre eigenen Interessen mit denen des Kindes gleich (*Coester,* 1983, 138ff.). Das Bundesverfassungsgericht hat diese Vorschrift im Jahr 1982 aufgehoben und damit die Möglichkeit eröffnet den Eltern das Sorgerecht nach der Scheidung gemeinsam zu belassen. Das Gericht war der Meinung, daß es keiner Schlichtung widerstreitender Interessen der Eltern durch den Staat bedürfe, wenn diese willens und geeignet sind, die Elternverantwortung zum Wohle des Kindes weiterhin zu tragen (Neue Juristische Wochenschrift, 1983, 101).

Gleichwohl ist die Kontroverse über die Frage, ob Eltern aufhören, Eltern zu sein, wenn sie sich trennen, nicht beendet. Die Skepsis der Juristen gegenüber dem gemeinsamen Sorgerecht ist nach wie vor groß. Das mag mit dazu beigetragen haben, daß dieses Sorgerechtsmodell in der Rechtswirklichkeit eine äußerst geringe Rolle spielt (*Limbach,* 1988, 23). Sowohl die Gegner als auch die Befürworter des gemeinsamen Sorgerechts berufen sich vorzugsweise auf entwicklungspsychologische und kinderpsychiatrische Erkenntnisse. Die Sichtweise der einen fußt auf Schriften von *Freud/Goldstein/Solnit* (44, 81, 95), die die Bedürfnisse des Kindes nach Beständigkeit im Alltag und sein Angewiesensein auf eine Hauptbezugsperson betonen. Sie berufen sich zumeist auf Erfahrungen mit streitigen Sorgerechts- und Umgangsregelungen, die zeigen, daß in vielen Fällen der Fortbestand familiärer Beziehungen zwischen dem Kind und seinen Eltern durch unausgetragene Konflikte und Spannungen durchkreuzt werde (*Lempp,* 1984, 305–307). Das Denken der anderen ist durch Langzeitstudien über die Auswirkung der Scheidung auf die Kinder beeinflußt, die zu wichtigen, dem gemeinsamen Sorgerecht mittelbar günstigen Einsichten geführt haben (s. *Rottleuthner-Lutter* in diesem Band). Laut diesen gelingt es dem Kind desto eher, die traumatische Erfahrung der Elterntrennung zu verarbeiten, in je stärkerem Maße beide Eltern nach der Scheidung an seiner Pflege und Erziehung teilhaben (*Wallerstein,* 444ff.; *Folberg/Graham,* 535). Die Befürworter des gemeinsamen Sorgerechts berufen sich nicht nur auf diese Forschungsergebnisse. Sie stützen sich zugleich auf eine systemische Interpretation von Familienbeziehungen. Diese Sichtweise versucht, den Prozeßcharakter und die Veränderbarkeit von konfliktreichen Familienbeziehungen zu erfassen. Sie nimmt Bedacht auf die Entwicklungschancen, die jeder Krise innewohnen und die von einer pathologie-zentrierten Sicht allzu leicht übersehen werden. Im Vordergrund dieser

Betrachtungsweise steht weniger die punktuelle Entscheidung des Elternkonflikts durch das Gericht als vielmehr die Therapie mit dem Ziel einer konstruktiven Weiterentwicklung der Familienbeziehungen nach der Scheidung (*Fthenakis* et al., 1982, 200ff.; *Fthenakis,* 1984, 55, 63ff.).

In der Mehrzahl aller Sorgerechtsverfahren wird einem Elternteil allein das Sorgerecht übertragen, und zwar zumeist der Mutter. Der nichtsorgeberechtigte Elternteil behält die Befugnis zum persönlichen Umgang mit dem Kind. D. h. er darf es besuchen, einen Teil seiner Ferien mit ihm verbringen und sich über seine Entwicklung unterrichten. Das Gesetz appelliert ausdrücklich an die Eltern, alles zu unterlassen, was das Verhältnis des Kindes zu dem anderen Elternteil beeinträchtigen oder die Erziehung erschweren könnte (§ 1634 I BGB). Nach groben richterlichen Schätzungen verlaufen etwa 5 bis 10 % aller Sorgerechtsverfahren streitig. Aus US-amerikanischen Untersuchungen geht hervor, daß die Kinder weniger durch fortschwelende Elternkonflikte als vielmehr durch die Angst und Erfahrung belastet werden, einen Elternteil zu verlieren. Viele alleinsorgeberechtigte Mütter haben in einer Umfrage zum Ausdruck gebracht, daß ihr eigentliches Problem nicht der Streit um das Umgangsrecht sei. Sie beunruhigten sich vielmehr darüber, daß sich ihre Kinder vom Vater vernachlässigt und verlassen fühlten, weil dieser sich nicht mehr regelmäßig um einen Kontakt zum Kind bemühte (*Weitzman,* 1985, 230). Erste Studien, in denen die Vor- und Nachteile des gemeinsamen Sorgerechts im Vergleich zum Alleinsorgerecht untersucht worden sind, haben ergeben, daß die Hälfte der Kinder mit Alleinsorgerecht den umgangsberechtigten Elternteil überhaupt nicht mehr gesehen haben. Dagegen konnten sich alle Kinder aus Familien mit gemeinsamem Sorgerecht die psychologische Beziehung zu beiden Eltern erhalten (*Luepnitz,* 1986, 3, 11). Zwei von drei Untersuchungen haben überdies festgestellt, daß das gemeinsame Sorgerecht die bestandskräftigere Sorgerechtsalternative ist, d. h., daß es gar nicht bzw. seltener zu einer erneuten Inanspruchnahme des Gerichts wegen irgendeines Elternstreits gekommen ist. Die dritte Studie hat keine nennenswerten Unterschiede zwischen der Bestandskraft beider Sorgerechtsformen ausmachen können (*Luepnitz,* 1986, 11; *Ihlfeld* et al., 1984, 138f.; *Phear* et al., 1984, 151). Die geringere Zahl von Änderungsgesuchen im Falle gemeinsamer elterlicher Sorge nach der Scheidung mag dadurch zu erklären sein, daß die Gerichte vorzugsweise jenen Eltern das Sorgerecht gemeinsam belassen haben, die ihnen in besonderem Maße geeignet erschienen, im Interesse des Kindes auch künftig zusammenzuwirken. Auch lagen die Sorgerechtsentscheidungen zum Teil nur zwei Jahre zurück (*Ihlfeld* et al., 1984, 136f.; *Phear* et al., 1984, 142, 155). Auf der anderen Seite dürfte das Konfliktniveau im ersten Jahr nach der Scheidung höher und die Wahrscheinlichkeit eines Elternstreits größer sein als in späteren Jahren.

7. Nichteheliche Kindschaft

Rein rechtlich betrachtet, scheinen auch alle nichtehelichen Kinder zwar Vater und Mutter, aber keine Eltern zu haben. Wohl hat das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der nichtehelichen Kinder die Vorschrift aufgehoben, wonach ein uneheliches Kind und sein Vater als nicht verwandt galten. Damit wurden beide gegenseitig erbberechtigt. Darüber hinaus obliegt dem Vater aber im wesentlichen nur eine Unterhaltspflicht. Allein der Mutter steht das Sorgerecht zu. Nur in einigen Angelegenheiten, in denen eine Interessenkollision zwischen Mutter und Kind oder eine Überforderung der Mutter zu besorgen ist, wird das Jugendamt als Pfleger tätig (§§ 1705, 1706 BGB). Der Vater erhält nicht einmal ersatzweise das Sorgerecht in den Fällen, in denen das Sorgerecht der Mutter endet, entweder weil sie gestorben oder entmündigt worden ist. In diesen Fällen kann der Vater lediglich als Vormund eingesetzt werden. Damit erhält er zwar die Verantwortung für das Kind, doch unterliegt er der Kontrolle des Vormundschaftsgerichts. Ob er Kontakte mit dem Kind pflegen darf, bestimmt die Mutter. Nur wenn er darzutun vermag, daß der persönliche Umgang dem Wohl des Kindes dient, kann er erwarten, daß ihm das Vormundschaftsgericht eine Befugnis dazu einräumt (§ 1711 BGB).

Mit der anhaltenden Popularität der nichtehelichen Lebensgemeinschaft wächst auch die Zahl der Familien ohne Ehe und macht damit jene Vorschriften fragwürdig, die sich einseitig an dem Klischee des verantwortungslosen Vaters orientieren (*Fthenakis,* 1985, 37). Zwar fehlen exakte Zahlen, wie häufig Kinder in nichteheliche Lebensgemeinschaften hineingeboren werden. Umfragen zufolge leben in 4 bzw. 4,6 % aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften Partner mit gemeinsamen Kindern zusammen (Nichteheliche Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland, 25; *Pohl,* 1985, 101). In Anbetracht dieser Entwicklung fordert die Rechtsstellung der Väter nichtehelicher Kinder zunehmend die Aufmerksamkeit der Rechtspolitik heraus. Mit Mutter und Kind zusammenlebende Väter haben in ihrem Bemühen um ein Sorge- bzw. Umgangsrecht – allerdings erfolglos – das Bundesverfassungsgericht angerufen. Dieses hat die Entscheidung des Gesetzgebers gebilligt, ausschließlich der Mutter das Sorgerecht zu übertragen, weil die Eltern ihre Verbindung – mögen sie sie auch als dauernde beabsichtigen – jederzeit ohne Mitwirkung des Staates beenden könnten. Diese rechtliche Folgenlosigkeit des Auseinandergehens betreffe auch ihr Kind; denn dieses habe nicht die Chance, daß sich die Eltern während der für scheidungswillige Eheleute zwingend vorgeschriebenen Mindesttrennungsfrist von einem Jahr wieder versöhnen (Bundesverfassungsgericht Amtl. Sammlg. Bd. 56, 386f.). Das Bundesverfassungsgericht hat allerdings nur festgestellt, daß die von dem Gesetzgeber getroffene Regelung mit dem Grundgesetz vereinbar sei, nicht dagegen, daß sie die einzig verfassungsmäßige sei. Die rechtspolitische Diskussion ist daher mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht abgebrochen.

Die zunehmende Akzeptanz familialer Lebensformen jenseits des Familienrechts und das wachsende Selbstverständnis unverheirateter Paare mit Kindern scheint auf das juristische Normalitätskonzept, also die Vorstellung von dem, was üblich und richtig ist, nicht ohne Einfluß zu bleiben. Zwar ist die Frage, welche Sozialform als

Familie im Rechtssinn gelten soll, in der juristischen Zunft nach wie vor umstritten. Doch selbst jene Rechtswissenschaftler, die nur die auf Ehe gegründete Familie als Leitbild der Verfassung anerkennen, verschließen sich nicht der wachsenden Tendenz, die Familie vom Kind her zu begreifen und als förderungswürdig zu betrachten. Zunehmend setzt sich auch die Sichtweise durch, die bei der Frage des Familienschutzes vorzugsweise auf die Aufgaben und Leistungen abstellt, die für die Familie konstitutiv sind, vornean auf die Pflege und Erziehung von Kindern. Diese mündet dann konsequent in die Empfehlung, dem Vater des nichtehelichen Kindes mit Zustimmung der Mutter das Sorgerecht zu geben (*v. Campenhausen,* 1987, 23; *Steiger,* 1987, 80). Der 57. Deutsche Juristentag (1988) hat sich diese Empfehlung zu eigen gemacht.

Das Bundesjustizministerium hat jüngst einen Referentenentwurf zu einem Gesetz veröffentlicht, das eine Erweiterung des Umgangsrechts der Väter nichtehelicher Kinder vorsieht. Laut diesen soll das Vormundschaftsgericht dem Vater auf Antrag bereits dann ein Umgangsrecht einräumen dürfen, wenn dies dem Wohl des Kindes nicht widerspricht. Er soll also nicht mehr den positiven Nachweis führen müssen, daß der Kontakt dem Wohl des Kindes dient. Mit einem solchen Gesetz soll die Einsicht der Mutter in die Bedeutsamkeit der Vaterbeziehung für ihr Kind und ihre Bereitschaft gefördert werden, sich mit dem Vater über dessen Umgang allein auseinanderzusetzen (Entw. eines Gesetzes zur Erweiterung des Umgangsrechts nichtehelicher Väter, 11). Diese gesetzgeberische Initiative hat die Unterstützung des 57. Deutschen Juristentags gefunden. Dieser rechtspolitisch einflußreiche Verband hat zugleich empfohlen, die Unterhaltsansprüche der Mütter nichtehelicher Kinder – vor allem für den Fall der Beendigung der Lebensgemeinschaft – zu erweitern.

Die zunehmende Bereitschaft der Juristen, die rechtlichen Probleme der nichtehelichen Lebensgemeinschaften nicht länger zu ignorieren, dürfte auch von rechtsvergleichenden Erfahrungen beeinflußt sein. Denn in den meisten ausländischen Rechtsordnungen ist das Sorgerecht für nichteheliche Kinder dem für eheliche angeglichen worden. Entscheidend ist allein das Kindeswohl. Die Frage, ob Eltern verheiratet sind oder nicht, spielt keine Rolle (*Schwenzer,* 1987, 277). Demgemäß konstatiert die Rechtsvergleichung bereits einen Wandel »vom Status zur Realbeziehung«, d. h. zur verwirklichten Lebensgemeinschaft.

Literatur

Allerbeck, K., Hoag, W.: Jugend ohne Zukunft? Einstellungen, Umwelt, Lebensperspektiven, 2. Aufl. München 1985 – *Beiderwieden, J., Windaus, E.:* Jenseits der Gewalt – Hilfen für mißhandelte Kinder. Basel, Frankfurt 1985 – *Beitzke, G.:* Familienrecht. 25. Aufl., München 1988 – *Blankenburg, E.:* »Mobilisierung von Recht«. Zeitschrift für Rechtssoziologie. 1. Jg. 1985, 33–64 – *Bürgle, H.:* »Der Reformentwurf zum Recht der elterlichen Sorge der sozialliberalen Koalition«. Sozialisierung der Familie. Hg. *Hans Gerhard Stockinger.* Wien 1979. 9–17 – *Caesar-Wolf, B., Eidmann, D.:* »Gleichberechtigungsmodelle im neuen Scheidungsfolgenrecht und deren Umsetzung in die familiengerichtliche Praxis«. Zeitschrift für Rechtssoziologie. 6. Jg. 1985, 163–189 – *Caesar-Wolf, B., Eidmann, D.:* »Zur relativen Autonomie der

Rechtspraxis – Am Beispiel der Scheidungsgerichtsbarkeit«. Juristenausbildung zwischen Experiment und Tradition. Hg. *Winfried Hassemer* u. *Wolfgang Hoffmann-Riem*. Baden-Baden 1986. 193–212 – *Campenhausen, Frhr. von A.:* »Verfassungsgarantie und sozialer Wandel – Das Beispiel von Ehe und Familie«. Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer. Heft 45. 1987. 7–54 – *Coester, M.:* Das Kindeswohl als Rechtsbegriff. Frankfurt am Main 1983 – *Dopffel, P., Buchhofer, B.:* Unterhaltsrecht in Europa. Tübingen 1983 – *Eekelaar, J., Maclean, M.:* Maintenance after Divorce. Oxford 1986 – *Ehrlich, E.:* Grundlegung der Soziologie des Rechts. 3. Aufl. (Unveränderter Nachdruck der 1. Aufl. 1913) Berlin 1967 – *Goldstein, J., Freud, A.:* Jenseits des Kindeswohls. Frankfurt am Main 1979 – *Fthenakis, W. E., Kunze, H.-R.:* Ehescheidung. Konsequenzen für Eltern und Kinder. München 1982 – *Fthenakis, W. E.:* »Der Vater als sorge- und umgangsberechtigter Elternteil«. Kinderpsychiatrie und Familienrecht. Hg. *H. Remschmidt*. Stuttgart 1984. 55–91 – *Fthenakis, W. E.:* Väter. Bd. II: Zur Vater-Kind-Beziehung in verschiedenen Familienstrukturen. München 1985 – *Gerhard, U.:* »Über Frauenalltag und Frauenrechte – Über die Notwendigkeit ›aus der Rolle zu fallen‹«. Rechtsalltag von Frauen. Hg. *U. Gerhard* und *J. Limbach*. Frankfurt am Main 1988. 17–32 – *Herget, H., Zapf, W.:* »Ehe, Familie und Haushalt«. Lebensqualität in der Bundesrepublik. Hg. *Wolfgang Glatzer* u. *Wolfgang Zapf*. Frankfurt am Main 1984. 124–140 – *Ilfeld, F. W., Ilfeld, H. Z.:* »Does Joint Custody Work? A First Look at Outcome of Data of Relitigation«. Joint Custody and Shared Parenting. Hg. *J. Folberg*. Washington D.C. 1984. 136–140 – *Köcher, R.:* Einstellungen zu Ehe und Familie im Wandel der Zeit. Eine Repräsentativuntersuchung im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg. Stuttgart, Aalen 1985 – *Lempp, R.:* Die Ehescheidung und das Kind. Ein Ratgeber für Eltern. 3. Aufl. München 1978 – *Lempp, R.:* »Das gemeinsame Sorgerecht aus kinderpsychiatrischer Sicht«. Zeitschrift für Jugendrecht. 71. Jg. 1984, 305–307 – *Limbach, J.:* »Zur Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe«. Zeitschrift für Rechtspolitik. 18. Jg. 1985. 289–291 – *Limbach, J.:* Gemeinsame Sorge geschiedener Eltern. Karlsruhe 1988 – *Luepnitz, D. A.:* A Comparison of Maternal, Paternal and Joint Custody: Understanding the Varieties of Post-Divorce Family Life. Journal of Divorce Vl. 9 (3) Spring 1986, 1–11 – *Metz-Göckel, S., Müller, U.:* Der Mann. Weinheim u. Basel 1986 – *Mikat, P.:* Möglichkeit und Grenzen einer Leitbildfunktion des bürgerlichen Ehescheidungsrechts. Paderborn 1969 – *Müller-Freienfels, W.:* Ehe und Recht. Tübingen 1962 – Münchener Kommentar zum BGB. Hg. *K. Rebmann* u. *F. J. Säcker*. Bd. V: Familienrecht. München 1978 – Nichteheliche Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit. Bd. 170. Karlsruhe 1985 – *Pawlowski, H.:* Die »Bürgerliche Ehe« als Organisation. Überlegungen zu den juristischen Arbeitsmitteln. Heidelberg u. Hamburg 1983 – *Phear, P. W. S., Beck, J. C.:* »An Empirical Study of Custody Agreements: Joint Versus Sole Custody. Joint Custody and Shared Parenting. Hg. *J. Folberg*. Washington D.C. 1984. 142–156 – *Pohl, K.:* Wende – oder Einstellungswandel? – Heiratsabsichten und Kinderwunsch 18- bis 28jähriger deutscher Frauen 1978 und 1983. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 11. Jg. 1/1985. 89–110 – *Ramm, T.:* Familienrecht Bd. I: Recht der Ehe. München 1984 – *Schwenzer, I.:* Vom Status zur Realbeziehung. Familienrecht im Wandel. Baden-Baden 1987 – *Simitis, S., Rosenkötter, L.*, Hg.: Kindeswohl. Eine interdisziplinäre Untersuchung über seine Verwirklichung in der vormundschaftsgerichtlichen Praxis. Frankfurt am Main 1979 – *Steiger, H.:* »Verfassungsgarantie und sozialer Wandel. Das Beispiel von Ehe und Familie. Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer. Heft 45. Berlin/New York 1987. 55–93 – *Voegeli, W.:* »Frauen im Prozeß der Ehelösung – Auswirkungen des neuen Unterhaltsrechts«. Rechtsalltag von Frauen. Hg. *Ute Gerhard* u. *Jutta Limbach*. Frankfurt am Main 1988. 126–142 – *Voegeli, W., Willenbacher, B.:* »Die Ausgestaltung des Gleichberechtigungssatzes im Eherecht. Zeitschrift für Rechtssoziologie. 5. Jg. 1984. 235–259 – *Voigt, D., Voss, W.:* Sozialstruktur der DDR. Eine Einführung. Darmstadt 1987 – *Weitzman, L.:* The Divorce Revolution. The Unexpected Social and Economic Consequences for Women and Children in America. New York 1985 – *Willenbacher, B., Voegeli, W.:* »Auswirkungen des Ehegattenunterhaltsrechts in der Bundesrepublik Deutschland«. Zeitschrift für Rechtssoziologie. 8. Jg. 1987, 98–113 – *Winter, G.:* Sozialer Wandel durch Rechtsnormen. Erörtert an der

sozialen Stellung unehelicher Kinder. Berlin 1969 – *Wurzbacher, G.:* Leitbilder gegenwärtigen deutschen Familienlebens. 1. Aufl. Stuttgart 1952 – *Zenz, G.:* Kindesmißhandlung und Kindesrechte. Erfahrungswissen, Normstruktur, Entscheidungsrationalität. Frankfurt am Main 1979 – *Ziegert, K. A.:* »Die Untersuchung der Effektivität des Züchtigungsverbots in Schweden«. Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. Hg. *K. Plett* u. *K. A. Ziegert.* Tübingen 1984

Max Wingen/Ivar Cornelius

Einkommenssituation und Konsumverhalten unterschiedlicher Familientypen

1. Einleitung

1.1. Zur Stellung von Familien im Wirtschaftssystem

In der heutigen Volkswirtschaft nehmen Familien und Haushalte eine Doppelrolle ein. Auf der einen Seite beruht ihre ökonomische Bedeutung in ihrer Funktion vor allem als Einkommens- und Konsumgemeinschaft, weniger als marktorientierte Produktionsgemeinschaft. Gleichwohl werden in den Familienhaushalten vielfältige Güter und Dienstleistungen – nicht nur für die jeweils eigenen Familienmitglieder – quasi »im Verborgenen« erbracht, die in den offiziellen Bruttosozialproduktsberechnungen nicht erscheinen (vgl. dazu auch *Schweitzer,* 1981, 177). Es liegen fundierte Schätzungen vor, nach denen solche Leistungen der Familienhaushalte bereits 1982 in einer Größenordnung von rund zwei Dritteln des Bruttosozialprodukts veranschlagt werden konnten (*Hilzenbecher,* 1986, 123). Von der Struktur der Familien und Haushalte hängen auch Art und Umfang des privaten Verbrauchs und der Anschaffungen langlebiger Gebrauchsgüter ab. Auf diese Weise wird über die Verwendung eines großen Teils des Sozialprodukts entschieden. Auf der anderen Seite beeinflussen wiederum makroökonomische Entwicklungen die wirtschaftliche Lage der einzelnen Familien und Haushalte. So führen z. B. sinkende Realeinkommen bei Mehrkinderfamilien, insbesondere bei größerer Kinderzahl, zu einer Verengung der finanziellen Spielräume für ihre Lebensführung, so daß wohl ihr Grundbedarf gedeckt werden kann, Güter des gehobenen Bedarfs nicht selten jedoch weniger nachgefragt werden können.

Daneben wird die wirtschaftliche Situation von Familien von weiteren Faktoren beeinflußt: So stellt sich immer wieder die Frage, wie sich die Größe der Familien auf das Lebensniveau ihrer Mitglieder auswirkt. Es ist davon auszugehen, daß während des Lebens- und Familienzyklus die zunehmende Belastung einer Familie mit wachsender Kinderzahl zu einer – phasenweise unterschiedlichen – Diskrepanz zwischen dem Einkommen und dem Bedarf für einen angemessenen Lebensstandard führt (*Schmucker,* 1980, 89ff.). Bereits Mitte der fünfziger Jahre wurde dieser Zusammenhang von *H. Schmucker* (1956) anhand statistischer Auswertungen nachgewiesen, deren Ergebnisse letztlich auch Grundlagen für familienpolitische Schlußfolgerungen liefern konnten.

Im übrigen hängt die wirtschaftliche Verfügungskraft eines Familienhaushalts positiv von der Zahl der Einkommensbezieher ab.

Nicht nur die Einkommenslage der Familien und Haushalte allein stellt einen Indikator für deren gesamtes materielles Lebensniveau dar. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang ebenso die Art der Einkommensverwendung. Insbesondere auch die Struktur des privaten Verbrauchs der Familienhaushalte bildet einen

wichtigen Indikator für ihren Lebensstandard. So lassen sich z.B. aus der Verteilung der Aufwendungen für bestimmte Gütergruppen Rückschlüsse darauf ziehen, in welchem Umfang Familienhaushalte mit und ohne Kinder in der Lage sind, Güter des Grund- und des gehobenen Bedarfs nachzufragen.

Mit der Behandlung der wirtschaftlichen Lage und materiell bedingter Konfliktsituationen von unterschiedlich strukturierten Familienhaushalten wird gleichzeitig auch die grundsätzlichere Frage nach der Stellung der Familie in einer nach dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft geordneten Gesellschaft berührt. Im Kerngedanken der Sozialen Marktwirtschaft geht es darum, »rechtsstaatlich gesicherte persönliche und wirtschaftliche Freiheitsrechte mit sozialstaatlichen Ideen der sozialen Gerechtigkeit zu verbinden« (*Lampert,* 1983, 292). Die originären, personprägenden und gesellschaftsbildenden Leistungen der Familien sind zwar mit dem eigentlichen ökonomischen »Marktgeschehen« verbunden – weil dieses direkt oder indirekt Einfluß auch auf familiale Entscheidungen ausübt –, werden aber quasi am »Marktrand« erbracht und daher nicht marktmäßig bewertet. Insofern darf für das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur das »Marktgeschehen« selbst interessieren, sondern es müssen auch die Leistungen berücksichtigt werden, die am »Marktrand« erbracht werden. Die besondere gesellschaftspolitische Bedeutung dieses konstitutiven Bereichs einer Sozialen Marktwirtschaft wurde bereits kurz nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wie folgt zusammengefaßt (*Rüstow,* 1949, 152ff.): Wenn innerhalb der Marktwirtschaft die Leistungskonkurrenz zum Prinzip gemacht wird und damit an dieser Stelle auf das Sozialprinzip der Solidarität verzichtet werden muß, so ist es umso dringender, außerhalb des Marktbereichs die Solidarität desto mehr zu stärken, teils zum kompensierenden Ausgleich, besonders aber auch, weil die Marktwirtschaft selbst einen solchen solidarischen Rand und Rahmen braucht, wenn sie befriedigend funktionieren soll. Die Familie ist nicht nur der Ort, an dem die Solidarität in den und zwischen den Generationen praktiziert wird, sondern sie ist auch Träger vielfältiger Leistungen jenseits von Angebot und Nachfrage, die oft nur deshalb so deutlich unterbewertet werden, weil sie keinen Marktpreis haben. Wenn nun das rein ökonomische Marktgeschehen und das System familialer Leistungen in dem – übrigens auch von anderen »Vätern« der Sozialen Marktwirtschaft (z.B. *Müller-Armack,* 1948) – beschriebenen Sinne zusammengehören, so darf sich das politische Interesse nicht auf die Gestaltung ökonomischer Abläufe beschränken, sondern muß sich auch auf die Position und Situation der Familien am Marktrand richten. Eine systematische Gestaltung der Rahmenbedingungen von Familien findet ihre Legitimationsgrundlage in den vielfältigen Leistungen der Familien, konkrete Ansatzpunkte einer Familienförderungspolitik bilden die nachweislichen Leistungsbehinderungen (vgl. dazu *Wingen* 1980, 589ff.). Zu letzteren gehört u.a. auch die Einkommensproblematik insbesondere junger Familien in ihrer wirtschaftlichen und familialen Aufbauphase.

1.2. Bedeutung der materiellen Lage für die Funktionserfüllung der Familien

Im Hinblick auf die auch ökonomischen familialen Funktionen steht zunächst die Haushaltsfunktion im Vordergrund. Diese beinhaltet im engeren Sinne die materielle Daseinsvorsorge in Form der Gewährleistung einer elementaren Grundausstattung der Familienmitglieder z. B. mit Wohnraum, Ernährung und Bekleidung. Daneben besitzen Familien eine Reihe weiterer Funktionen, die weit über die materielle Daseinsfürsorge hinausgehen. Hierzu gehören elementar vor allem auch die generative Funktion zur Wahrung der Generationenfolge sowie die Erziehungs- und Sozialisationsfunktion.
Familiale Funktionen und Aufgaben lassen sich aber nur dann in gewünschtem Maße hinreichend erfüllen, wenn dafür auch ein Mindestmaß an materiellem Spielraum vorhanden ist. Ohne eine ausreichende materielle Basis kann der Sinn der verschiedenen familialen Funktionen vielfach überhaupt nicht realisiert werden. Insbesondere über die Einkommenslage von Familien werden die ökonomischen Rahmenbedingungen wesentlich mit festgelegt, die auf die Funktionsfähigkeit der Familien einwirken (Zweiter Familienbericht, 1975, 83f.; Dritter Familienbericht, 1979, 53). Das bedeutet andererseits freilich nicht unbedingt, daß zwischen der materiellen Lage von Familien und dem quantitativen wie qualitativen Umfang ihrer Funktionserfüllung ein direkter Zusammenhang etwa in dem Sinne bestehen muß, daß je höher die Wohlstandsposition einer Familie liegt, desto höher automatisch auch ihre Funktionserfüllung zu bewerten ist. Letztlich stellt freilich die Einkommenssituation einen zentralen Indikator auch für die Lebensqualität von Familienhaushalten dar. Einkommen dienen nicht nur der Bestreitung des gegenwärtigen Lebensunterhalts, sondern ebenso der Absicherung vor Risiken in der Zukunft, z. B. in Form des Vorsorgesparens.
Teil der materiellen Lebensbedingungen von Familien bilden auch wirtschaftliche Förderungsmaßnahmen von Staat und Gesellschaft für Familien. Die materielle Familienförderung geht in ihrer Tragweite allerdings über direkte Einwirkungen auf den ökonomischen Unterhaltsbereich hinaus (*Wingen,* 1979, 201ff.). Ihre Wirkungen berühren letztlich die gesamte Leistungsbreite von Familien, indem sie dazu beitragen können, die zur Erfüllung familialer Funktionen und Aufgaben notwendigen Handlungsspielräume von Familien zu schaffen und zu erweitern. In dieser Sichtweise wirkt die wirtschaftliche Familienförderung also auf die Rahmenbedingungen ein, unter denen Familien ihre spezifischen Leistungen – z. B. das Auf- und Erziehen ihrer Kinder – erbringen, und unterscheidet sich damit im Grad der Direktheit von anderen u. U. sehr direkter wirkenden Familienhilfen, etwa speziellen Erziehungs- und Bildungshilfen.

1.3. Einkommenslage und Konsumverhalten von Familien – Empirische Analysemöglichkeiten

Empirische Analysen zur ökonomischen Lage von Familien und die daraus zu gewinnenden datengestützten Ergebnisse bilden wichtige sozialwissenschaftliche Grundlagen sowie Orientierungs- und Entscheidungshilfen für familienpolitisches

Handeln. Freilich ist die Bereitstellung problemadäquater Datengrundlagen in mancher Hinsicht mit Schwierigkeiten verbunden, insbesondere wenn es darum geht, Verläufe zu analysieren, d. h. in diesem Fall z. B. die Entwicklung der Einkommenslage und des Konsumverhaltens von Familien in verschiedenen Lebensphasen. Für eine echte Verlaufsanalyse bedarf es einer Beobachtungsdauer, die sich praktisch über die Dauer des gesamten Familienzyklus zieht. Der dabei anfallende Datenerhebungs- und -aufbereitungsaufwand wäre in manchen Fällen ungewöhnlich groß, erste Längsschnittergebnisse lägen erst nach mehreren Erhebungsabschnitten vor. Gerade in jüngerer Zeit werden derartige, von der inhaltlichen und methodischen Zielsetzung her vielversprechende Forschungsansätze für mikroanalytische Untersuchungen zur ökonomischen Lage von Familienhaushalten verschiedentlich angewandt, z. B. seit 1984 das »Sozioökonomische Panel« (SfB 3 Frankfurt/DIW, Berlin). Eine zweite Art von Forschungsansätzen für Verlaufsuntersuchungen bilden sog. »Kohortenanalysen«, die seit einiger Zeit besonders im Rahmen der amtlichen Statistik wieder Anwendung finden, dies allerdings stärker in der demographisch orientierten Familien(-zyklus-)forschung, da besonders für Analysen zum Konsumverhalten von Familienhaushalten kaum dafür geeignete Datengrundlagen vorhanden sind. Dennoch bietet die amtliche Statistik gerade auch für Fragestellungen, die auf spezifische Familienphasen bezogen sind, eine breite Basis, die freilich für derartige Analysen noch einer stärker problemangemessenen Umstrukturierung und teilweisen Ergänzung bedarf.

Da auch Kohortenanalysen einen relativ hohen Aufwand der Datenaufbereitung verursachen, behilft man sich häufig damit, Querschnittsdaten, die sich z. B. auf die Einkommenslage von Familien in unterschiedlichen Lebenssituationen, aber zum selben Beobachtungszeitraum beziehen, in einem komparativ-statischen Denkansatz in Verlaufsdaten umzudeuten. Dabei ist freilich zu bedenken, daß die aus »unechten« Längsschnitten gewonnenen Erkenntnisse in Teilen Modellcharakter aufweisen. Denn beim Vergleich unterschiedlicher Lebenslagen von Familien wird vorausgesetzt, daß Familien, die sich im Beobachtungszeitraum z. B. in ihrer Aufbauphase befinden, sich später während ihrer wirtschaftlichen und familialen Konsolidierung ebenso verhalten, wie Vergleichsfamilien, die bereits im Beobachtungszeitraum diese letztgenannte Phase durchleben. Gleichwohl können auch unter solchen methodisch bedingten Einschränkungen komparativ-statische Untersuchungen über die Lebenssituationen von Familien in verschiedenen Lebensabschnitten aussagefähige Ergebnisse liefern.

Bei den folgenden empirischen Analysen insbesondere zur Einkommenslage wird vornehmlich auf Baden-Württemberg Bezug genommen. Dies geschieht vor allem mit Blick auf die für dieses – im übrigen bevölkerungsmäßig drittgrößte – Bundesland vergleichsweise günstige Datenlage für familien- und sozialwissenschaftliche Analysen. Dieser Umstand beruht u. a. auf verschiedenen bundesweit nicht vorliegenden Sondererhebungen und -auswertungen im Rahmen der amtlichen Statistik.

2. Einkommenslage und Verbrauchsausgaben als Indikatoren der Bedarfsdeckungsmöglichkeiten von Familienhaushalten

2.1. Einkommensverhältnisse ausgewählter Familientypen

In einer Gesellschaft mit entfaltetem System der Sozial- und Familienpolitik werden das Einkommen und damit auch die Bedarfsdeckungsmöglichkeiten von Familienhaushalten durch zwei Elemente bestimmt: dem primär (markt-)leistungsbezogenen Markteinkommen und den (im Ansatz) bedarfsbezogenen Transfereinkommen. Das rein marktleistungsbestimmte Einkommen allein kann freilich den unterschiedlichen Bedürfnissen verschieden großer Familien nicht voll gerecht werden, wenn z. B. bei gleichem Leistungseinkommen ceteris paribus in dem einen Fall zwei »marktpassive« Familienmitglieder mit zu versorgen sind, in dem anderen Fall aber vier. Es gehört daher seit vielen Jahren schon zur Gestaltung dieses Bereichs wirtschaftlicher Rahmenbedingungen von Familien, daß die primär marktmäßige Einkommensverteilung durch eine bedarfsbezogene Komponente eine Korrektur erfährt.
Wie sich die Einkommenslage von Familienhaushalten in unterschiedlichen Lebensabschnitten darstellt und welche Bedeutung dabei familienbezogenen Transferzahlungen des Staates zukommt, ist Gegenstand der folgenden Einkommensanalysen. Bezugspunkt hierfür bilden »Einfamilienhaushalte«, d. h. Haushalte, in denen Ehepaare allein oder mit minderjährigen Kindern bzw. Einelternfamilien mit Kindern unter 18 Jahren leben. Bei diesem Haushaltstyp fallen also die sozialbiologische und die sozial-ökonomische Dimension von Familie zusammen. Die Analyse der Einkommenslage von Familien in den einzelnen Lebens-(Alters-) abschnitten erfolgt hier im Sinne einer – vorstehend erwähnten – komparativstatischen Sichtweise, da eine echte Verlaufsanalyse mit dem verfügbaren Datenmaterial nicht zu leisten ist. Dabei werden die verschiedenen Altersabschnitte über das Alter der jeweiligen Bezugsperson der Familienhaushalte abgegrenzt; bei Ehepaaren mit oder ohne Kinder ist dies in der Regel der Ehemann. Insofern lassen sich die einzelnen Phasen des Familienzyklus zwischen der Familienbildungs- und -auflösungsphase nur im Rahmen eines groben Rasters abbilden (zur Problematik von Familienzyklusanalysen vgl. *Höhn*, 1982).

2.1.1. Das Einkommensniveau unterschiedlich großer Familienhaushalte in ausgewählten Altersabschnitten

Das durchschnittlich erzielte Haushaltsnettoeinkommen von Familienhaushalten hängt nicht nur vom sozioökonomischen Status der Einkommensbezieher ab, sondern – damit z. T in Wechselbeziehung stehend – auch von deren Alter. Während der einzelnen Phasen des Familienzyklus, die sich mit bestimmten Altersgruppen verbinden lassen, entwickelt sich die Höhe des Haushaltsnettoeinkommens nicht gleichmäßig, vielmehr läßt sich ein zunächst mit zunehmendem Alter steigendes Einkommen beobachten, das nach Überschreiten seines Höhepunkts im vorgerückten Alter wieder abnimmt (Tab. 1).

Tabelle 1: Mittleres Haushaltsnettoeinkommen (Median) von Ehepaaren mit und ohne Kinder[1] in ausgewählten Altersabschnitten, Baden-Württemberg 1986

Alter von ... bis unter ... Jahre	Ehepaare insgesamt	davon				
		ohne Kinder	mit ... Kind(ern)			
			1	2	3	4 und mehr
		DM je Monat[2]				
unter 25	2 458	2 779	2 287	(.)	(.)	(.)
25–35	2 955	3 402	2 774	2 725	2 763	(2 618)
35–45	3 506	4 051	3 509	3 377	3 485	3 206
45–55	3 810	3 127	3 838	3 712	3 700	(3 167)
55–65	3 249	2 588	3 741	(3 967)	(.)	(.)
65 und älter	2 294	2 188	(.)	(.)	(.)	(.)
Insgesamt	3 221	2 725	3 332	3 205	3 295	2 946

1 Ledige Kinder unter 18 Jahren im elterlichen Haushalt.
2 Bei Angaben in Klammern bzw. keiner Angabe liegen zu geringe Besetzungszahlen vor.
Quelle: Mikrozensus 1986

Am Beispiel der Einkommenslage baden-württembergischer Familienhaushalte im Jahre 1986 lassen sich darüber hinaus als besonders sozial- und familienpolitikrelevanter Sachverhalt die relativ stark ausgeprägten Einkommensunterschiede zwischen kinderlosen Ehepaaren und Familien mit Kindern gerade bei jungen Familien aufzeigen. Während z. B. einem kinderlosen Ehepaar in der Altersphase zwischen 25 und 35 Jahren 1986 im Mittel (Medianeinkommen) ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von rund 3 400 DM zur Verfügung stand, konnten gleichaltrige Ehepaare mit einem Kind lediglich über etwa 2 770 DM im Monat verfügen; lebten in dieser Altersphase bereits zwei Kinder in der Familie, lag das monatliche Haushaltsnettoeinkommen im Mittel bei lediglich 2 725 DM. Die besondere Bedeutung eines derartigen Gefälles bereits im absoluten Einkommensniveau bei jungen Ehepaaren und Familien liegt darin, daß es sich hier um eine Lebensphase handelt, die in zweifacher Hinsicht für die Familien- und Erwerbsbiographie junger Paare bedeutsam wird. Zum einen stehen in dieser Altersphase im allgemeinen zukunftswirksame Entscheidungen zur Familienbildung und -erweiterung an, zum anderen werden hier wesentliche Weichen für den weiteren Berufsweg gestellt. Dies gilt insbesondere für junge Frauen. Sie sehen sich einer Situation gegenüber, in der sie zu entscheiden haben, in welchem Ausmaß sie sich ihrer Familie (mit Kindern) und/oder einer außerhäuslichen Erwerbstätigkeit widmen wollen. Entscheidungstheoretisch ist davon auszugehen, daß in das Kalkül junger Paare in dieser Situation besonders auch Einkommensperspektiven einbezogen werden.

Im Hinblick auf die Einkommenslage von Familien ist neben der ersten Aufbauphase auch der Altersabschnitt von 35 bis 45 Jahren von Interesse. Aufgrund der Ergebnisse aus der Geburtenstatistik kann davon ausgegangen werden, das in dieser Altersphase ein großer Teil der Ehepaare seine endgültige Kinderzahl erreicht hat – auch bei Berücksichtigung des Phänomens der sog. »späten Mütter«. Das bedeutet umgekehrt, wenn in dieser Lebensphase Ehepaare noch keine Kinder haben, ist mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß diese Paare zeitlebens – gewollt oder z. B. aus gesundheitlichen Gründen ungewollt – kinderlos bleiben. Vergleicht man die Einkommenspositionen kinderloser Ehepaare in der Lebensphase zwischen 35 und 45 Jahren und der Zwei-Kinder-Familien in der gleichen Altersphase (fast 40 % der Mitte der siebziger Jahre geschlossenen Ehen dürften als endgültige Kinderzahl zwei Kinder haben), so wird deutlich, daß nicht nur in der familialen Aufbauphase ein deutliches Einkommensgefälle zwischen (noch) kinderlosen Ehepaaren und Familien mit Kindern besteht, sondern auch in einem späteren Lebensabschnitt, wenn bereits die Phase der Familienerweiterung weitgehend abgeschlossen ist und eine gewisse ökonomische Konsolidierung des Familienhaushalts erreicht sein dürfte. 1986 ergab sich eine Einkommensdiskrepanz zwischen diesen beiden Familientypen von im Mittel (Medianwert) von 4051 DM monatlichem Nettoeinkommen für kinderlose Ehepaare im Vergleich zu 3380 DM für Zwei-Kinder-Familien.

2.1.2. Bedeutung der Zahl der Einkommensbezieher in der Familie

Ein wesentlicher Grund für das sichtbare Einkommensgefälle zwischen Familien unterschiedlicher Kinderzahl liegt darin, daß die Ehefrau als zweiter Einkommensbezieher in der Familie mit zunehmender Kinderzahl immer mehr ausfällt. Obwohl viele Mütter ihre Erwerbstätigkeit bereits nach der Geburt des ersten Kindes zumindest für einige Zeit unterbrechen, ist der Anteil derer, die wenigstens teilzeit erwerbstätig sind, in dieser Familienphase noch verhältnismäßig hoch. Mit der Geburt eines zweiten oder dritten Kindes nimmt die Erwerbsbeteiligung der Frauen noch weiter ab, weil die Aufgaben in der Familie dann im allgemeinen für eine außerhäusliche Erwerbstätigkeit nur noch wenig Raum lassen. Gleichwohl sind eine Reihe unterschiedlicher Problemlösungen hinsichtlich der Entscheidung verheirateter Frauen und Mütter über die Vereinbarung von Familie und Erwerbstätigkeit zu beobachten, die u. a. auch vom Einkommensniveau des Ehemanns abhängen (vgl. *Rückert/Votteler*, 1985).

Die Zahl der Einkommensbezieher hat einen wesentlichen Einfluß auf das Einkommensniveau der Familien, wobei an dieser Stelle dahingestellt bleiben soll, aus welchen Motiven z. B. neben dem Ehemann auch die Ehefrau in Familien mit minderjährigen Kindern erwerbstätig ist (sei es eher eine ökonomische Notwendigkeit zur Verbesserung der Einkommensverhältnisse oder mehr die Freude am Beruf). Aus Tabelle 2 wird der Einkommensvorteil der Familien, insbesondere aber der kinderlosen Ehepaare, mit mehr als einem Einkommensbezieher gegenüber Alleinverdienerfamilien ersichtlich. Dabei kann davon ausgegangen werden, daß es

sich bei den hier betrachteten Familienhaushalten weitgehend um Allein- bzw. Doppelverdienerhaushalte handelt, da nach Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 lediglich in 4 % aller baden-württembergischen Haushalte drei und mehr Einkommensbezieher vorhanden waren, z. T. ältere Kinder also auch schon zum Haushaltseinkommen beitrugen.

Tabelle 2: Einkommensvorteil von Familienhaushalten mit mehr als einem Einkommensbezieher im Vergleich zu Alleinverdienerfamilien in ausgewählten Altersabschnitten, Baden-Württemberg 1986

Bezugsperson im Alter von . . . bis unter . . . Jahre	Insgesamt	Kinderzahl[1]			
		0	1	2	3 und mehr
	Alleinverdienerfamilien = 100				
unter 25	147	(160)[2]	138	(.)[2]	(.)[2]
25–35	140	156	137	131	140
35–45	128	172	130	120	130
45–55	148	149	137	128	175
Insgesamt	144	141	148	132	147

1 Ledige Kinder unter 18 Jahren.
2 Eingeschränkte Aussagekraft bzw. keine Angabe möglich wegen zu geringer Besetzungszahlen.
Quelle: Berechnungen auf der Basis des Mikrozensus 1986

Bei jungen Familien mit Kindern (Altersphase zwischen 25 und 35 Jahren) lag der durchschnittliche Einkommensvorteil der Doppelverdienerfamilien gegenüber Alleinverdienerfamilien je nach Kinderzahl zwischen etwa 30 % und 40 %. Im Vergleich dazu ergab sich im Durchschnitt der Familien, die ihren Familienbildungsprozeß weitgehend abgeschlossen haben dürften (Altersphase zwischen 35 und 45 Jahren), mit 20 % bis 30 % ein geringerer Einkommensvorsprung der Doppelverdienerehepaare mit Kindern. Ob und inwieweit hierin Einkommenseinbußen bzw. Arbeitszeiteinschränkungen der Ehefrauen, die nach einer familienbedingten Unterbrechung der Erwerbstätigkeit in der letztgenannten Altersphase wieder ins Erwerbsleben zurückkehren, gegenüber Ehefrauen, die durchgängig erwerbstätig bleiben (u. U. auch mit einem Kind), zum Ausdruck kommen, kann an dieser Stelle nicht exakt belegt werden.

2.1.3. *Pro-Kopf-Einkommen als Indikator der Bedarfsdeckungsmöglichkeiten für die Familien*

Als aussagefähiger Indikator für die Einkommenslage von Familienhaushalten unterschiedlicher Größe ist letztlich nicht der absolute Betrag des verfügbaren Haushaltsnettoeinkommens – der freilich die Budgetrestriktion für die laufenden

Ausgaben darstellt –, sondern der je Familienmitglied verfügbare Einkommensbetrag anzusehen. So wird eine relative wirtschaftliche Schlechterstellung größerer Familien auf diesem Wege besonders augenfällig, wenn mit zunehmender Kinderzahl, mit der Bedürfnisse und Bedarf von Familien ansteigen, ohne daß Kinder als »marktpassive« Familienmitglieder zum Familieneinkommen beitragen, das absolute Haushaltsnettoeinkommen nicht entsprechend anwächst – das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen also abnimmt. Die damit angesprochene Einkommensproblematik von Familien mit (mehreren) Kindern im Vergleich zu kinderlosen Ehepaaren kommt in Tabelle 3 besonders deutlich zum Ausdruck. Danach verfügen junge

Tabelle 3: Pro-Kopf-Einkommen[1] vollständiger Familien unterschiedlicher Kinderzahl[2] und ausgewählter Altersabschnitte, Baden-Württemberg 1986

Kinderzahl	Ehepaare insgesamt	darunter im Alter von . . . bis unter . . . Jahren			
		unter 25	25–35	35–45	45–55
	Meßziffer (Ehepaare ohne Kinder = 100)				
0	100	100	100	100	100
1	94	63	63	67	94
2	74	(.)	50	52	74
3	64	(.)	43	45	62
4	48	(.)	(34)	35	45

1 Kinder wurden mit einer Vollpersonenzahl von 0,6 (Erwachsene = 1,0) berücksichtigt.
2 Ledige Kinder unter 18 Jahren.
Quelle: Berechnungen auf der Basis des Mikrozensus 1986

Familien (Altersphase 25 bis 35 Jahre) wie auch Familien, die im Familienzyklus schon weiter fortgeschritten sind (Altersphase 35 bis 45 Jahre), bereits bei Vorhandensein eines Kindes je Familienmitglied nur noch über etwa zwei Drittel des Pro-Kopf-Einkommens eines kinderlosen Ehepaares jeweils gleicher Altersphase. Mit zunehmender Kinderzahl verstärkt sich dieses Einkommensgefälle soweit, daß z. B. einer jungen Zwei-Kinder-Familie lediglich die Hälfte und einer Drei-Kinder-Familie in der Altersphase zwischen 35 und 45 Jahren nur noch 45 % des Pro-Kopf-Einkommens eines gleichaltrigen Ehepaares ohne Kinder zur Verfügung stehen. Hierbei sind bereits die unterschiedlich hohen »Ausgabenansprüche« von Erwachsenen und Kindern an das Familieneinkommen berücksichtigt. Es zeigt sich somit, daß die Entscheidung für Kinder auch heute für die Mehrzahl der Familien spürbare finanzielle Einschränkungen in der Lebensführung, aber auch bei den Möglichkeiten der Ersparnisbildung und Zukunftsversorgung bedeutet.

Aufschlußreiche Einsichten in Hinblick auf eine stärker familienphasenspezifisch orientierte Familienförderung ergeben sich aus einer modellhaften, auf empirische Querschnittsergebnisse gestützten Betrachtung des Verlaufs von Kinderanzahl und Pro-Kopf-Einkommenslage von Ehepaaren im Familienzyklus (Grundmodell des

Familienzyklus, vgl. WHO 1976, 32; *Höhn,* 1982, 15ff.). Tabelle 4 enthält die

Tabelle 4: Modellrechnungen[1] zur Abstufung der Pro-Kopf-Einkommen unterschiedlicher Familientypen in ausgewählten Altersabschnitten, 1986

Alters-abschnitt (in Jahren)	Kinderzahl[2] der . . .			monatliches Pro-Kopf-Einkommen (in DM) der . . .			Meßziffer[3]		
	Familientypen (Ehepaare)								
	I	II	III	I	II	III	I	II	III
unter 25	0	0	1	1 390	1 390	880	100	100	63
25–30	1	1	2	963	963	775	60	60	48
30-35	2	2	3	881	881	785	48	48	43
35–40	2	3	3	1 071	889	889	52	46	46
40–45	2	3	3	1 124	980	980	59	52	52
45–55	1	2	2	1 476	1 160	1 160	94	74	74
55–65	0	1	1	1 294	1 439	1 439	100	111	111

1 Im Hinblick auf die Kinderzahl orientiert sich die Altersgliederung am durchschnittlichen Alter der Mütter bei der Geburt ihrer ersten, zweiten oder dritten Kinder. Hinsichtlich der Pro-Kopf-Einkommen (Basis: Medianeinkommen nach Mikrozensus 1986) bezieht sich die Altersgliederung auf das Alter der jeweiligen Bezugsperson im Familienhaushalt.
2 Für das Ausscheiden der Kinder aus dem elterlichen Haushalt wurde ein Alter von 20 bis 25 Jahren angenommen.
3 Kinderlose Ehepaare gleichen Alters = 100.

entsprechenden Familien- und Einkommensmerkmale für drei Familientypen (I, II, III), die sich in der zeitlichen Abfolge der Geburt ihrer Kinder und in ihrer endgültigen Kinderzahl unterscheiden. Vergleicht man die Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens des Familientyps I, der seine endgültige Kinderzahl von zwei Kindern in der Altersphase zwischen 30 und 35 Jahren erreicht, und des Familientyps II, der seine Familienerweiterungsphase mit einem dritten Kind im Altersabschnitt zwischen 35 und 40 Jahren abschließt, läßt sich als zentrales Ergebnis, das einen Großteil der Familien betreffen dürfte, folgendes auch quantitativ belegen: In der Aufbau- und Erweiterungsphase beider Familientypen, in denen eine Reihe ökonomischer Belastungen zu bewältigen sind (z. B. Ausbau der Haushaltsausstattung bei u. U. gleichzeitigem völligen Wegfall eines zweiten Einkommens), sinken ceteris paribus die Pro-Kopf-Einkommen beträchtlich ab – insbesondere im Vergleich zu der Phase, in der die jetzigen Familien als junge kinderlose Ehepaare (Alter unter 25 Jahren) lebten. Erst in späteren Lebensphasen, wenn das (die) älteste(-n) Kind(-er) den elterlichen Haushalt verlassen hat (haben), steigen die Pro-Kopf-Einkommen wieder über das Niveau der ehemals jungen kinderlosen Ehepaare (eine gleichbleibende Kaufkraft wie im Basisjahr vorausgesetzt). Ähnliche Einkommensstrukturen lassen sich erkennen, vergleicht man die jeweils »familienzyklusphasenspezifischen« Pro-Kopf-Einkommen von Familien mit Kindern mit den Pro-Kopf-Einkommen kinderloser Ehepaare der gleichen Altersphase.

Insofern liegt die besondere Verschärfung der Einkommenslage von Familien mit Kindern darin, daß die Entwicklung der einkommensbestimmten Bedarfsdeckungsmöglichkeiten im Lebensverlauf nicht mit dem familienzyklischen Verlauf materieller Bedürfnisse abgestimmt ist. Vielmehr ergibt sich hier eher eine gegenläufige Entwicklung von mit der Familiengröße wachsenden Bedürfnissen und – zumindest phasenweise – abnehmenden monetären Bedarfsdeckungsmöglichkeiten. Im übrigen beruhen derartige Einkommensstrukturen keinesfalls auf etwaigen Besonderheiten des Jahres 1986. Aufgrund von Untersuchungsergebnissen aus der jüngeren (z. B. *Cornelius* et al., 1986, 34ff.) oder auch weiteren Vergangenheit (z. B. *Schmucker,* 1959) bleibt festzuhalten, daß die hier beschriebene Einkommensproblematik ein grundsätzliches Problem geblieben ist, das offensichtlich noch nicht – selbst im Rahmen einer weiterentwickelten Familienförderung – befriedigend gelöst werden konnte. Auf der anderen Seite wäre es freilich nicht problemangemessen, würde man in diesem Zusammenhang allgemein von einem Abgleiten der Familien, auch mit mehreren Kindern, unter eine Armutsgrenze sprechen, jenseits derer ein physisches Existenzminimum nicht kontinuierlich sichergestellt ist (»absolute Armut«). Wohl können Probleme einer »relativen Armut« dort auftreten, wo das materielle Lebensniveau von Familien die untere Grenze eines sozial-ökonomisch angemessenen Lebensniveaus unterschreitet, wie es etwa in Orientierung an die Leistungen der Sozialhilfe angegeben werden kann.

2.1.4. Einkommensproblematik von Einelternfamilien

Die Besonderheit ökonomisch bedingter Konfliktlagen bei der Mehrzahl der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern ergibt sich vor allem aus der Notwendigkeit, den materiellen Lebensunterhalt über eine Erwerbstätigkeit zu sichern und gleichzeitig Kinderbetreuungs- und -erziehungsaufgaben zu erfüllen. Nicht nur die z. B. damit verbundene besondere Arbeitszeitbelastung (vgl. dazu *Kössler,* 1984) durch Familie und Erwerbstätigkeit stellen Einelternfamilien häufig vor deutlich schärfere Problemsituationen als vollständige Familien gleicher Kinderzahl. Auch die einkommensbestimmten Rahmenbedingungen fallen für den Durchschnitt der Alleinerziehenden ungünstiger aus. Diese Problemlage läßt sich allerdings aus den Einkommensverhältnissen der Einelternfamilien erst in Umrissen erkennen. So liegt zwar das absolute Einkommensniveau z. B. junger Alleinerziehender mit einem Kind, die den größten Anteil unter den Einelternfamilien stellen, im Mittel um rund 40 % niedriger als bei Ehepaaren gleicher Kinderzahl. Gleichwohl unterscheiden sich die verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen beider Familientypen weit weniger stark zuungunsten Alleinerziehender (vgl. Tabelle 5).
Die besondere Einkommensproblematik von Einelternfamilien stellt sich freilich darin, daß hier Handlungsspielräume zur Verbesserung der Einkommenssituation, wie dies bei Ehepaaren etwa durch eine Erwerbstätigkeit auch der Ehefrau (und Mutter) selbst bei Vorhandensein eines Kindes eher möglich ist, nicht gegeben sind. Letztlich bleibt für Alleinerziehende über fast alle Altersphasen ihrer minderjährigen Kinder ein ständiges Spannungsverhältnis zwischen Erwerbs- und Familienaufgaben bestehen.

Tabelle 5: Einkommenslage Alleinstehender mit und ohne Kinder[1] in ausgewählten Altersabschnitten, Baden-Württemberg 1986

Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Haushaltsnettoeinkommen[2]			Pro-Kopf-Einkommen	
	Ohne Kinder[3]	Mit . . . Kind(ern)		Mit . . . Kind(ern)	
		1	2	1	2
	DM je Monat			Meßziffer[4]	
unter 35	1 620	1 564	1 420	94	76
35–45	2 038	1 872	2 095	87	90
45–55	1 691	2 220	(.)	94	(.)
Insgesamt	1 541	1 789	1 781	87	81

1 Ledige Kinder unter 18 Jahren.
2 Medianwert der Einkommensschichtung.
3 Ein-Personen-Haushalte.
4 Ehepaare gleichen Alters und gleicher Kinderzahl jeweils = 100.
Quelle: Mikrozensus 1986

2.2. Quantitative Bedeutung der Transfereinkommen für das verfügbare Einkommen der Familienhaushalte

Die Einkommenslage von Familien mit Kindern wird über die Lebensabschnitte bis zum Eintritt ins Rentenalter ganz überwiegend durch das Erwerbseinkommen bestimmt. Dies zeigen auch im Vorgriff auf die bundesweite Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 für Baden-Württemberg durchgeführte Analysen (*Cornelius* et al., 1986, 71ff.). Danach betrug bei jungen Ehepaaren (Altersphase bis 35 Jahren) mit einem Kind oder zwei Kindern unter 18 Jahren der Anteil des Nettoerwerbseinkommens am gesamten Haushaltsnettoeinkommen durchschnittlich knapp 90 %; bei jungen Ehepaaren, die 1983 mit drei minderjährigen Kindern zusammenlebten, lag der entsprechende Anteil noch bei rund 80 %. Demgegenüber bestritten vollständige Familien, die 1983 nach der Aufbau- und Erweiterungsphase einen Lebensabschnitt der familiären und wirtschaftlichen Stabilität erreicht hatten, ihren Lebensunterhalt in (wenn auch eher graduell) noch stärkerem Maße aus ihrem Erwerbseinkommen als jüngere Familien: Ein- bzw. Zwei-Kind(-er)-Familien zu 93 % bis 94 %, Familien mit drei minderjährigen Kindern zu 85 %. In dieser Lebensphase zwischen 35 und 45 Jahren scheinen Transfereinkommen als Einkommensbestandteil für den Durchschnitt der Familien quantitativ von eher untergeordneter Bedeutung zu sein, wenn sie im Einzelfall auch eine notwendige Unterstützung des Erwerbseinkommens darstellen. Insofern ist auch der phasenspezifische Anstieg des Haushaltsnettoeinkommens im Verlauf des Familienzyklus in erster Linie auf Zuwächse des Nettoerwerbseinkommens zurückzuführen. Freilich beruht ein Teil dieser Zuwächse wiederum auf familienbezogenen Umständen (z. B. Familienstand und Kinderzahl), da beim Erwerbseinkommen wie auch im Einkommensteuersystem familienrelevante Komponenten einkommensbegünstigend berücksichtigt sind.

Letztlich besitzen die öffentlichen Transfereinkommen für den Durchschnitt der Familien nur einen das Erwerbseinkommen ergänzenden Charakter. Bei Zwei-Kinder-Familien z. B. in der wirtschaftlichen Aufbauphase betrug der Anteil öffentlicher Transfereinkommen etwa 7 % des gesamten Haushaltsnettoeinkommens, bei gleich großen Familien, die bereits ihre Aufbauphase abgeschlossen hatten, lag der Anteil sogar nur bei knapp 5 %. Daher müßte es von vornherein zu einer unausgewogenen Einschätzung der anstehenden Aufgaben einer rationalen Familienförderung führen, würde man die familienbezogenen Korrekturen der marktmäßigen Einkommensverteilung pauschal unter die »überbordenden Umverteilungsleistungen des Sozialstaates« subsumieren (*Wingen,* 1986, 225).
Mit zunehmender Kinderzahl wächst freilich die Bedeutung der Transfereinkommen vor allem aufgrund steigender Kindergeldbeträge. Dem Kindergeld als Einkommensbestandteil kommt damit aber erst größere Bedeutung zu, wenn in der Familie drei oder mehr Kinder leben. Dieses läßt sich anhand einer wiederum modellhaften, auf empirischen Querschnittsdaten gestützten »Verlaufsanalyse« zur Bedeutung des Kindergelds in unterschiedlichen Familientypen bzw. -phasen veranschaulichen (Tabelle 6).

Tabelle 6: Modellrechnungen[1] zur quantitativen Bedeutung des Kindergelds als Einkommensbestandteil bei unterschiedlichen Familientypen in ausgewählten Altersabschnitten, 1986

Altersabschnitt (in Jahren)	Kinderzahl[2] der . . .			monatl. Haushaltsnettoeinkommen (in DM) der . . .			Anteil des Kindergelds[3] am Haushaltsnettoeinkommen (in %)		
	Familientypen (Ehepaare)								
	I	II	III	I	II	III	I	II	III
unter 25	0	0	1	2 779	2 779	2 287	–	–	2,2
25–30	1	1	2	2 505	2 505	2 479	2,0	2,0	6,1
30–35	2	2	3	2 818	2 818	2 984	5,3	5,3	12,4
35–40	2	3	3	3 255	3 380	3 380	4,6	10,9	10,9
40–45	2	3	3	3 589	3 725	3 725	4,2	9,9	9,9
45–55	1	2	2	3 838	3 712	3 712	1,3	4,0	4,0
55–65	0	1	1	2 588	3 741	3 741	–	1,3	1,3

1 Im Hinblick auf die Kinderzahl orientiert sich die Altersgliederung am durchschnittlichen Alter der Mütter bei der Geburt ihrer ersten, zweiten und dritten Kinder. Hinsichtlich des Haushaltsnettoeinkommens (Medianeinkommen, Mikrozensus 1986) bezieht sich die Altersgliederung auf das Alter der jeweiligen Bezugsperson im Haushalt.
2 Für das Ausscheiden der Kinder aus dem elterlichen Haushalt wurde ein Alter von 20 bis 25 Jahren angenommen.
3 Kindergeldsätze des Jahres 1986.

Diese Modellrechnungen zeigen für 1986 u. a., daß bei Familien, die im Altersabschnitt zwischen 30 und 35 Jahren ihre familiale Aufbau- und Erweiterungsphase mit zwei Kindern abgeschlossen haben (Familientyp I), der Anteil des Kindergeldes

am Haushaltsnettoeinkommen lediglich rund 5 % betrug. Im Vergleich dazu belief sich der entsprechende Anteil bei Familien, in denen während derselben Lebensphase bereits drei Kinder lebten (Familientyp III), auf etwas mehr als 12 %. Auch in den folgenden Familienphasen, solange die drei Kinder im elterlichen Haushalt verblieben, lag der Anteil des Kindergelds am Haushaltsnettoeinkommen mit 10 % bis 11 % vergleichsweise hoch. Während diese kinderbezogenen Transfers also bei Mehr-Kinder-Familien über mehrere Lebensphasen (auch nach Erreichen ihrer endgültigen Kinderzahl) hinweg einen nicht zu vernachlässigenden Einkommensbestandteil darstellen, sind junge Familien mit einem Kind oder zwei Kindern in ihrer Aufbauphase einkommensmäßig in relativ geringem Maße begünstigt.
Zwar stellt das Kindergeld nur einen Teil des gesamten Familienlastenausgleichs dar und kann daher auch keinen universellen Zweck erfüllen; seine alleinige Orientierung an der Zahl der vorhandenen Kinder jedoch läßt damit familienzyklusphasenspezifische Problemlagen – vor allem in den Aufbau- und Erweiterungsphasen – weitgehend außer Acht.
Schließlich bleibt festzuhalten, daß materielle Familienförderungsmaßnahmen wie z.B. das Kindergeld keinesfalls als möglichst zu beschneidender »Sozialkonsum« eingestuft werden sollten. Vielmehr handelt es sich bei kinderbezogenen Transfers eher um »Investitionshilfen«, wie sie auch in anderen stärker marktzentrierten Bereichen unseres Wirtschaftssystems eingeführt sind. Denn die Aufwendungen für Kinder, die – wie im folgenden noch zu behandeln ist – ganz überwiegend von den Eltern aufgebracht werden, lassen sich aus guten Gründen zu den investiven Ausgaben einer Gesellschaft, nämlich für »Humankapital«, zählen.

2.3. Verbrauchsausgaben ausgewählter Familienhaushalte

Die Struktur der Einkommensverwendung der Familienhaushalte wird hauptsächlich von folgenden Faktoren bestimmt, die sich freilich wechselseitig beeinflussen: Höhe des verfügbaren Einkommens, Familiengröße, Alter und Geschlecht der Familienmitglieder sowie soziale Stellung der Einkommensbezieher. Von diesen Faktoren sollen im weiteren besonders das Einkommen und die Familiengröße in die Analyse einbezogen werden. Dabei wird auf Daten der 1983 bundesweit durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zurückgegriffen.

2.3.1. Konsum und Sparen

Angesichts der deutlichen Einkommensdisparitäten zwischen unterschiedlich großen Familienhaushalten sind auch im Hinblick auf die Aufteilung des verfügbaren Einkommens auf Ausgaben für den laufenden Lebensunterhalt (Konsum) einerseits und für die Ersparnisbildung andererseits einkommens- und familienstrukturelle Unterschiede zu erwarten. Insbesondere die Einkommensabhängigkeit von Konsum und Sparen bei Familien jeweils gleicher Kinderzahl läßt sich anhand der Konsum- und Sparquoten in Abbildung 1 erkennen. Während der Konsumausgabenanteil am verfügbaren Einkommen mit steigender Einkommensposition abnimmt, wächst gleichzeitig der Einkommensanteil, der der Ersparnis zugeführt

werden kann. Auch der zu erwartende familienstrukturelle Effekt, daß nämlich bei Familien gleicher Einkommenslage mit wachsender Kinderzahl die Konsumquote steigt und die Sparquote sinkt, wird durch den Abstand der Kurven voneinander sichtbar. Die Verringerung dieses Abstandes z. B. bei den Konsumquoten in den höheren Einkommensschichten scheint freilich darauf hinzudeuten, daß hier auch bei größeren Familien finanzielle Spielräume vorhanden sind, um über die Bedarfsdeckung für den Lebensunterhalt hinaus sogar beachtliche Ersparnisse zu bilden.

Betrachtet man die Zusammensetzung der Verbrauchsausgaben der Familienhaushalte nach verschiedenen Ausgabenarten, so wird auch hier wieder die Bedeutung des verfügbaren Einkommens deutlich. Bei jeweils gleicher Kinderzahl verwenden Familien unterer und mittlerer Einkommensschichten einen deutlich höheren Anteil ihrer gesamten Verbrauchsausgaben (und auch ihres Einkommens) zur Deckung des sog. elementaren Bedarfs (Ernährung, Bekleidung, Wohnen und Energie) als Familien mit höheren Einkommen. So gab 1983 ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zwischen 2 200 DM und 2 500 DM rund zwei Drittel seiner Konsumausgaben für Güter und Dienstleistungen des Grundbedarfs aus. Im Vergleich dazu lag der entsprechende Ausgabenanteil bei Ehepaaren gleicher Kinderzahl mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 4 000 DM und 4 500 DM je Monat nur bei etwa 57 %.

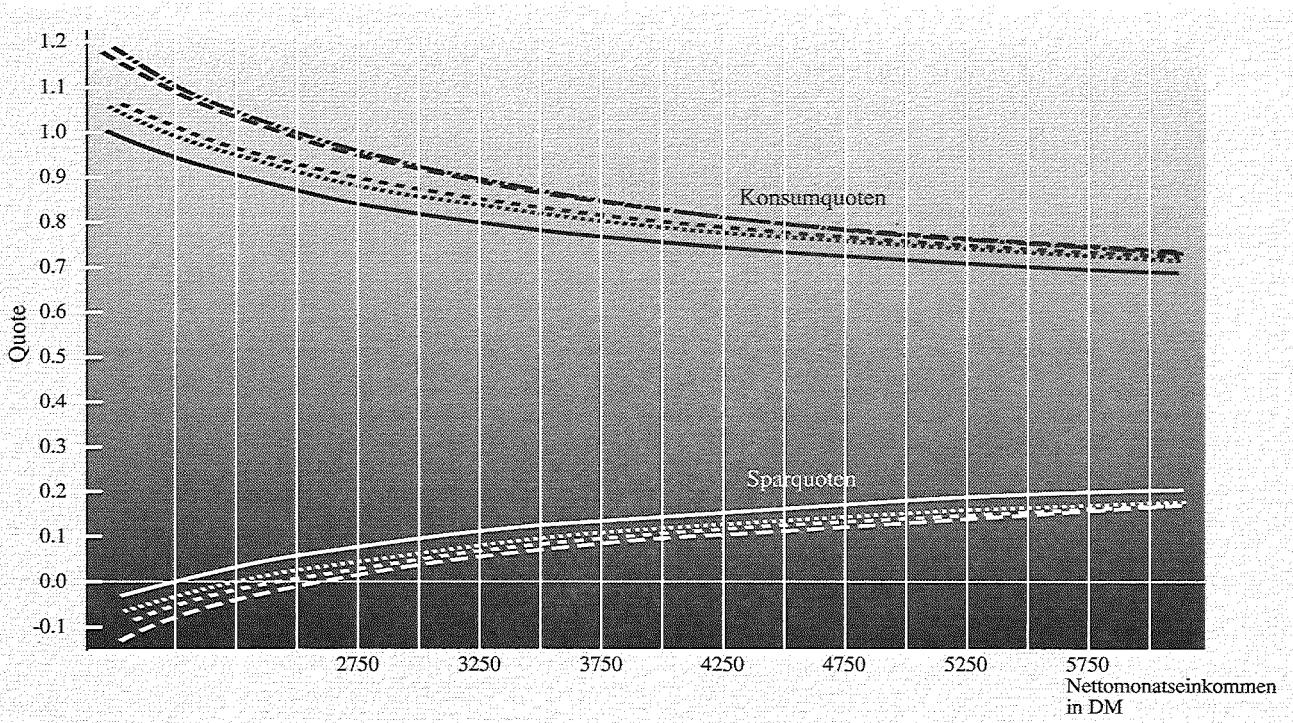
Die relativ gewichtigste Ausgabenposition stellen bei allen Familienhaushalten die Nahrungs- und Genußmittel dar. Hier zeigt sich besonders deutlich, daß bei Familienhaushalten mit vergleichbarem Einkommen der Anteil der Nahrungsmittelausgaben mit der Kinderzahl zunimmt (Abb. 2).

Relativ hohe Aufwendungen zur Deckung des elementaren Bedarfs bedeuten jedoch zwangsläufig eine weitere Verringerung des – bei niedrigem Einkommen ohnehin schon eingeschränkten – finanziellen Spielraums für die Nachfrage nach solchen Waren und Dienstleistungen, die für den Lebensstandard einer Familie von nicht unerheblicher Bedeutung sind (z. B. hochwertigere Wohnungsausstattung, Urlaub, Freizeit-, Unterhalts- und Bildungsangebote). Selbst in gehobenen Einkommensschichten (monatliches Nettoeinkommen zwischen 3 500 DM und 4 000 DM) gaben 1983 Drei-(Vier-)Kinder-Familien lediglich etwa 38 % (35 %) ihrer gesamten Verbrauchsausgaben für variablen Bedarf aus. Im Vergleich dazu belief sich dieser Ausgabenanteil bei Ehepaaren gleicher Einkommensposition mit einem Kind bereits auf 46 %.

2.3.2. Verbrauchsausgaben der Familienhaushalte für Eltern und Kinder

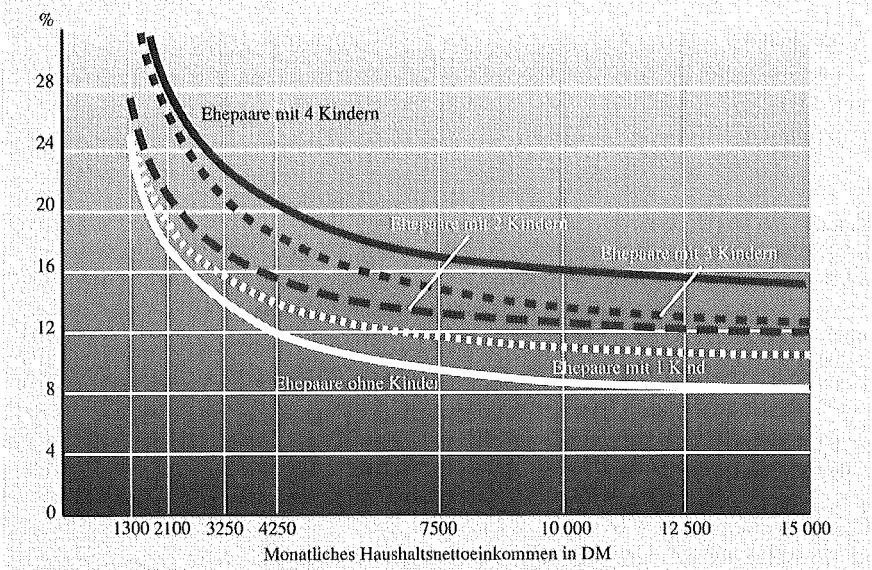
Erwachsene und Kinder beanspruchen das Haushaltsbudget einer Familie in unterschiedlichem Umfang. Nach Ergebnissen einer allein für Baden-Württemberg im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 durchgeführten Untersuchung beträgt der Ausgabenanteil für ein minderjähriges Kind im Durchschnitt gegenwärtig rund 60 % der Ausgaben für eine erwachsene Person. Diese sog. Vollpersonenzahl variiert freilich mit Zahl und Alter der Kinder sowie mit dem

Abbildung 1: Konsum- und Sparquoten[1)] von Familienhaushalten[2)] unterschiedlicher Größe und Einkommenslage, 1983



1) Ausgaben für den privaten Verbrauch bzw. ersparnisbezogen auf die ausgabenfähigen Einnahmen und Einkommen. Sonstige Ausgabenpositionen (z.B. Versicherungsbeiträge) wurden aufgrund der Zurechnungsproblematik nicht berücksichtigt.
2) Haushalte von Ehepaaren.
Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983

Abbildung 2: Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel am privaten Verbrauch



verfügbaren Haushaltseinkommen der Familien. Hier zeigen sich zwei grundlegende Zusammenhänge (vgl. Tab. 7).

Zum einen wenden Eltern mit gleicher Kinderzahl für den Lebensunterhalt ihrer Kinder (einschließlich zurechenbarer Fixkostenanteile an Haushaltsausgaben wie z. B. Miete) absolut umso größere Beträge auf, je höhere Einkommen ihnen zur Verfügung stehen; so lagen 1983 die Ausgaben von Familien im unteren Einkommensbereich (monatliches Haushaltsnettoeinkommen unter 2200 DM) je Kind durchschnittlich bei 560 DM im Monat, während Familien mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 4000 DM und mehr rund 900 DM für ein Kind im Monat ausgaben. Zum anderen steigen bei Familien gleicher Einkommenslage die absoluten Ausgaben insgesamt mit wachsender Kinderzahl, jedoch nehmen die Beträge je Kind im Durchschnitt mit steigender Kinderzahl in der Familie ab. Eltern mit einem Kind gaben 1983 rund 24 % bis 26 % ihrer gesamten Verbrauchsausgaben für ihr Kind aus; bei Zwei-Kinder-Familien betrug dieser Anteil für beide Kinder zusammen etwa 38 % bis 40 %, bei drei Kindern lag er bei ca. 48 % bis 50 %. Die mit zunehmender Kinderzahl rückläufigen Konsumausgaben je Kind lassen sich zum einen dadurch erklären, daß die finanziellen Spielräume in Mehr-Kinder-Familien im Durchschnitt enger sind als etwa in Familien mit einem Kind, so daß bei gegebenem Einkommen die Verbrauchsausgaben je Familienmitglied mit wachsender Familiengröße zwangsläufig abnehmen. Zum anderen dürften hier aber auch »Spareffekte« zum Ausdruck kommen, weil sich bestimmte feststehende Aufwendungen (»Fixkosten«) nicht sofort und proportional erhöhen, wenn sich die

Tabelle 7: Verbrauchsausgaben für einzelne Familienmitglieder in Familienhaushalten unterschiedlicher Kinderzahl[1] und Einkommenslage, Baden-Württemberg 1983

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen	Ausgaben für									
	Eltern zus.		1. Kind		2. Kind		3. Kind		Haushalt	
	DM	%[2]	DM	%[2]	DM	%[2]	DM	%[2]	DM	%[2]
					Ehepaare mit 1 Kind					
unter 2 200 DM	1 885	74	647	26	–	–	–	–	2 502	100
2 200–4 000 DM	2 218	76	718	24	–	–	–	–	2 936	100
4 000 DM und mehr	3 238	75	1 097	25	–	–	–	–	4 335	100
					Ehepaare mit 2 Kindern					
unter 2 200 DM	1 397	60	474	21	451	19	–	–	2 322	100
2 200–4 000 DM	1 893	60	682	22	582	18	–	–	3 157	100
4 000 DM und mehr	2 708	62	865	20	788	18	–	–	4 361	100
					Ehepaare mit 3 Kindern					
2 200–4 000 DM	1 794	52	639	19	513	15	496	14	3 442	100
4 000 DM und mehr	2 308	50	820	18	779	17	752	16	4 659	100

1 Ledige Kinder unter 18 Jahre.
2 In % der Verbrauchsausgaben des gesamten Haushalts.
Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983

Familie um ein weiteres Mitglied vergrößert. Auch besteht in Mehr-Kinder-Familien häufig die Möglichkeit, bestimmte Ausgaben zu vermeiden, indem verschiedene Gebrauchsgüter im Haushalt von mehreren Kindern gleichzeitig bzw. zeitlich nacheinander genutzt werden (*Votteler*, 1987, 62).

Auch die Verteilung der Verbrauchsausgaben je Familienmitglied auf Waren und Dienstleistungen des elementaren und des variablen Bedarfs verändert sich mit wachsender Familiengröße. So nehmen die Pro-Kopf-Ausgaben für den variablen Bedarf insbesondere bei Mehr-Kinder-Familien mit wachsender Kinderzahl deutlich stärker ab als die Pro-Kopf-Ausgaben für den Grundbedarf. Dies führte 1983 letztlich dazu, daß z. B. Familien mit vier Kindern im Durchschnitt fast 60 % der Ausgaben je Familienmitglied auf den elementaren Bedarf – und entsprechend die übrigen 40 % für den variablen Bedarf – verwandte, während diese Anteile bei Ein-Kind-Familien durchschnittlich etwa 55 % für den Grundbedarf und 45 % für den variablen Bedarf betrugen.

Insgesamt gesehen zeigen diese Ergebnisse, daß Kinder – auch unabhängig von der Einkommenslage – über mehrere Familienphasen hinweg einen vergleichsweise hohen »Kostenfaktor« für das Familienbudget darstellen. Daraus ergibt sich zugleich gerade bei Mehr-Kinder-Familien eine beträchtliche Einschränkung der Möglichkeiten, einen materiellen Lebensstandard zu halten, wie er beispielsweise ohne Kinder bei gleichem Einkommensniveau sehr viel leichter ermöglicht wird. Der Kostenfaktor »Kinder« erhält sogar dann noch stärkeres Gewicht, rechnete man auch die sog. »Opportunitätskosten« hinzu, die entstehen, wenn die Ehefrau

nach der Geburt eines Kindes die zuvor ausgeübte Erwerbstätigkeit aufgibt und somit ein zweites Erwerbseinkommen in der Familie entfällt. Konsequenterweise wären dann auch die Einkommensausfälle als Kosten anzusetzen, die sich daraus ergeben können, daß Frauen mit familienbedingter Unterbrechung ihrer Erwerbstätigkeit bei einem späteren Wiedereinstieg im Durchschnitt geringere Einkommen erzielen als Frauen, die durchgängig erwerbstätig waren (*Galler/Ott,* 1987, 403). Solche Einkommenseinbußen hängen in ihrer Höhe freilich deutlich von der jeweiligen Berufsqualifikation ab. Gleichwohl ist auch diesem Aspekt der »Kinderkosten« beachtliche Bedeutung zuzumessen, da die Erwerbstätigkeit – mit (familien-)phasenweiser Unterbrechung oder auch durchgängig – längst als fester Bestandteil des Lebenslaufes von Frauen anzusehen ist.
Freilich wird man neben einer solchen stark ökonomisch zentrierten Sichtweise ebenso im Blick behalten müssen, daß Kinder im Kern keinesfalls nur als »Kostenfaktor« betrachtet werden dürfen. Sowohl auf der Mikroebene der Familien wie auch gesamtgesellschaftlich (Makroebene) besitzen die sozialen und (sozial-)psychologischen Wertdimensionen von Kindern (*Fawcett,* 1982, 666ff.) entscheidende Bedeutung für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft.

3. Anforderungen an eine Weiterentwicklung staatlicher Korrekturmaßnahmen

Die genannten, hauptsächlich einkommensbedingten Problemsituationen treten für einen großen Teil der betrachteten Familientypen in mehr oder minder stark ausgeprägter Form trotz etablierter materieller Familienförderungsmaßnahmen auf. Als Folge davon ergeben sich nicht selten Leistungsbehinderungen von Familien besonders in den Lebensbereichen, die in stärkerem Maße auch von ökonomischen Rahmenbedingungen bestimmt werden. Weder frühere noch heutige Ausgestaltungen der materiellen Familienförderung, deren einzelne Komponenten für sich in der gegenwärtigen Form ganz spezielle Funktionen besitzen, haben die relative einkommensmäßige Schlechterstellung von Familien mit (mehreren) Kindern beseitigt (vgl. auch *Schnabel,* 1987, 45f.). Die erkennbaren Schwächen der gegenwärtigen Ausgestaltung staatlicher Korrekturmaßnahmen stellen jedoch gleichzeitig Herausforderungen an die künftige Gestaltung der Familienförderung, von denen im folgenden drei grundsätzlichere Aspekte angesprochen werden sollen.
In Orientierung an verschiedene bundesverfassungsgerichtliche Entscheidungen gewinnt die Sichtweise zunehmend an Bedeutung, die 1983 wieder eingeführten und 1986 deutlich erhöhten einkommensteuerlichen Kinderfreibeträge als steuerliches Instrument einzustufen, um analog zum allgemeinen Grundfreibetrag ein sozialkulturelles Existenzminimum für Kinder steuerfrei zu sichern. Gemessen an dieser Zielsetzung zeigt sich allerdings, daß die Kinderfreibeträge auch in der seit 1986 gewährten Höhe diese Funktion bei weitem noch nicht erfüllen. Selbst wenn man den monatlichen Ausgabenbetrag von Familien unterer Einkommensschichten zugrunde legt, stünden 1986 rechnerisch den steuerlichen Auswirkungen eines monatlichen Kinderfreibetrags von 207 DM je Kind tatsächliche Ausgaben der

Eltern von durchschnittlich rund 580 DM je Kind und Monat gegenüber. Je nach anzuwendendem einkommensbezogenen Steuersatz fallen die Entlastungswirkungen des Kinderfreibetrags unterschiedlich hoch aus.

Bei einer systematischen Trennung zwischen einem für jedes Kind gleich hohen einkommensteuerfreien Existenzminimums und direkten, nach der Kinderzahl gestaffelten Transfers zum Ausgleich unterschiedlich verteilter »Kinderlasten« wären letztere als Umverteilungsleistungen zugunsten von Familien zu verstehen, die einen großen Teil ihres verfügbaren Einkommens in das Auf- und Erziehen von Kindern investieren. Die gegenwärtigen Kindergeldregelungen weisen im Prinzip zwar Elemente einer derartigen Funktion (z. B. Staffelung nach der Kinderzahl, Einkommensabhängigkeit ab dem zweiten Kind) auf. Jedoch führen die relativ niedrigen Kindergeldsätze für erste und zweite Kinder dazu, daß insbesondere junge Familien mit einem Kind oder zwei Kindern in einer Lebensphase, in der sie nach Ausfall eines zweiten Erwerbseinkommens (der Ehefrau) eine wirtschaftliche Konsolidierung anstreben, durch direkte Kindergeldleistungen einkommensmäßig nur gering entlastet werden. Zudem resultiert aus einer fehlenden Anpassung des Kindergelds (z. B. an die allgemeine Preisentwicklung) eine Abnahme der realen Kaufkraft dieser Transfereinkommen aufgrund der eingetretenen Preissteigerungen.

Ein voller Ausgleich aller »Kinderkosten« in der Familie erscheint freilich als Zielsetzung vor allem auch deshalb nicht sinnvoll, weil die Eigenverantwortung der Eltern für ihre Kinder auch im wirtschaftlichen Bereich erhalten bleiben muß. Verfolgt man aber, inwieweit sich einkommensteuerliche Kinderfreibeträge (einschließlich der in der Kirchensteuer enthaltenen Kinderkomponente) und Kindergeldleistungen entlastend auf das verfügbare Einkommen von Familien auswirken, werden deutliche Diskrepanzen zwischen kinderbedingten einkommensmäßigen Belastungen der Familien auf der einen Seite und den genannten kinderbezogenen Einkommensentlastungen auf der anderen Seite sichtbar (Tab. 8). Zwar nimmt bei gleichem Bruttomonatsverdienst die absolute und relative Einkommensentlastung mit wachsender Kinderzahl zu. Sie erreichte jedoch 1986 z. B. bei einer Zwei- (Drei-)Kinder-Familie mit durchschnittlichem Monatsverdienst mit rund 10 % (19 %) Anteile am verfügbaren Einkommen, die deutlich niedriger lagen als die Anteile, die Eltern für ihre zwei bzw. drei Kinder monatlich aufwendeten; letztere betrugen durchschnittlich knapp 40 % bzw. 50 % des verfügbaren Einkommens. Auch bezogen auf die Ausgaben der Eltern für ihre Kinder gleichen das Kindergeld und die einkommensmäßigen Auswirkungen der steuerlichen Kinderfreibeträge nur einen Anteil aus, der immer noch deutlich unter der Hälfte der von den Eltern getragenen direkten »Kinderkosten« liegt. Dies wurde bereits Ende der siebziger Jahre im Dritten Familienbericht (1979, 137) festgehalten. Insofern kompensieren diese monetären staatlichen Familienförderungen, die den Kern des gegenwärtigen Familienlastenausgleichs bilden, nur den weit kleineren Teil der durch Kinder anfallenden Einkommensbelastungen von Familien. Dies gilt im übrigen auch bei Einbeziehung realer Leistungen etwa in Form von kollektiv getragenen Infrastruktureinrichtungen (Dritter Familienbericht, 1979, 137ff.; *Pfaff/Kerschreiter,* 1982, 131). Im zeitlichen Vergleich wird zudem erkennbar, daß die materielle Familien-

Tabelle 8: Auswirkungen der Kombination von Kindergeld und einkommensteuerlichen Kinderfreibeträgen auf das verfügbare Einkommen (Modellrechnungen)

	Bruttomonatsverdienst	Einkommenserhöhung gegenüber kinderlosen Ehepaaren durch				
		Lohnsteuer[2]	Kindergeld	Lohnsteuer und Kindergeld zusammen		
	in DM je Monat			in DM	% des verfügbaren Nettoeinkommens[3]	% der Ausgaben für Kinder[4]
Ehepaare mit 1 Kind						
1974	1 729	22	–	22	1,8	5,2
1976	1 968	5	50	55	3,8	11,2
1981	2 621	10	50	60	3,1	10,0
1986	3 095	53	50	103	4,6	15,2
Ehepaare mit 2 Kindern						
1974	1 729	52	25	77	6,0	9,2
1976	1 968	11	120	131	8,5	13,6
1981	2 621	23	170	193	9,4	16,5
1986	3 095	106	150	256	10,7	19,4
Ehepaare mit 3 Kindern						
1974	1 729	83	85	168	12,2	15,4
1976	1 968	19	240	259	15,6	20,6
1981	2 621	37	410	447	19,4	29,3
1986	3 095	160	370	530	19,9	30,7

1 Durchschnittsverdienste beschäftigter Arbeitnehmer, 1986 vorläufige Angaben.
2 Einschließlich Kirchensteuer.
3 Bruttomonatsverdienst abzüglich Lohnsteuer und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung zuzüglich Kindergeld.
4 Berechnet durch zeitliche Rück- und Fortschreibung der Angaben aus Tabelle 7 entsprechend der jeweiligen Einkommensgruppen mit Hilfe des Lebenshaltungskostenindex für ein Kind.

förderung – trotz unbestreitbarer Fortschritte auch im Hinblick auf diese einkommensmäßigen Entlastungseffekte – hier offensichtlich noch immer ein strukturelles Defizit aufweist.

In einem möglichst widerspruchsfreien Konzept einer einkommensbezogenen Familienförderung ist für die Gewährleistung eines familiengemäßen Einkommens sowohl die durch die kinderbedingte wirtschaftliche Belastung geminderte steuerliche Leistungsfähigkeit der Eltern (Prinzip der Steuergerechtigkeit) als auch der

sozialkulturelle Mindestlebensbedarf unterschiedlich großer Familien (Bedarfsprinzip) zu berücksichtigen (*Wingen,* 1987, 18). Die gleichzeitige Einbeziehung dieser beiden Prinzipien klingt zwar im dualen System an, dessen gegenwärtige Ausgestaltung kann jedoch in materieller wie in verfahrensmäßiger Hinsicht nicht befriedigen. Eine bessere Abstimmung und Verschränkung des Bedarfsprinzips und des Prinzips der steuerlichen Leistungsfähigkeit wäre aber dann erreicht, wenn im Ergebnis das Vorhandensein eines Kindes bestimmter Rangzahl zu einer gleich hohen einkommenswirksamen Erhöhung des verfügbaren Einkommens unabhängig von der Einkommenshöhe der Eltern führt, und zwar als Ergebnis eines mit steigendem Einkommen wachsenden Einkommenseffektes aufgrund der Progressionswirkungen von steuerlichen (Kinder-) Freibeträgen einerseits und mit zunehmendem Einkommen rückläufigen Umverteilungsleistungen durch direkte kinderbezogene Transfers, die u. U. bei hohen Einkommen bis gegen Null auslaufen können. Für die praktische Ausgestaltung eines solchen Konzepts kommt es letztlich darauf an, steuerliche und außersteuerliche Ausgleichsbetragsregelungen zu finden, die den zumindest partiellen Zielkonflikt zwischen steuerlichem Leistungsfähigkeitsprinzip (das bei progressivem Einkommensteuertarif progressive Be- und Entlastungseffekte bewirkt) und Umverteilungszielsetzungen nach einem familienorientierten Bedarfsprinzip im Ergebnis vermeiden (vgl. *Wingen,* 1987, 19ff.).

Eine neue Dimension des gesamten Familienlastenausgleichs hat sich 1986 mit der Einführung eines Erziehungsgeldes ergeben. Von der Zielrichtung setzt diese materielle Unterstützung für Familien mit neugeborenen Kindern am Verlust eines zweiten Einkommens der Familie an, der infolge der Aufgabe einer Erwerbstätigkeit wegen der Betreuung heranwachsender Kinder entsteht (*Wingen,* 1981, 462ff.). Besonders für junge Familien in ihrer wirtschaftlichen Aufbauphase treten z. B. beim Übergang vom kinderlosen Doppelverdienerehepaar zur dreiköpfigen Familie mit einem Erwerbseinkommen deutliche materielle Mehrbelastungen auf. Durch die Gewährung eines Erziehungsgeldes in einer solchen Umstellungsphase des familialen Zusammenlebens wird grundsätzlich derartigen familienphasenspezifischen Problemlagen – im Gegensatz zum Kindergeld – Rechnung getragen. Allerdings läßt sich anhand von Modellrechnungen zeigen, daß nach den Regelungen des Bundeserziehungsgeldgesetzes vom 1. 1. 1986 bei einer Familie in der obengenannten Situation das Nettoerwerbseinkommen der vorher vollzeit erwerbstätigen Ehefrau später während des (ab 1988 maximal zwölfmonatigen) Bezugs von Bundeserziehungsgeld etwa zur Hälfte ersetzt würde (*Cornelius,* 1987, 44ff.). Längerfristigere Einkommenseinbußen als Folge eines familienbedingten Verzichts auf Erwerbstätigkeit, die sich aus dem möglichen Entgang zukünftiger Berufschancen ergeben können, bleiben demgegenüber völlig außer Acht. Allein die Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenbiographie des (vorübergehend) auf Erwerbstätigkeit verzichtenden Elternteils zielt darauf ab, entgehende Möglichkeiten der eigenen sozialen Absicherung für das Alter im Grundsatz abzufangen. Freilich kann die Anrechnung eines Erziehungsjahres je Kind lediglich als erster Schritt in die richtige Richtung verstanden werden, wenn die rentenversicherungsrechtlichen Erziehungszeiten die vorgesehene Funktion befriedigend erfüllen sollen. Als wünschenswerte Perspektive für einen sukzessiven Ausbau der Erziehungsgeldregelungen könnte

eine Verlängerung des Erziehungsgeldbezugs in Betracht kommen. Aus entwicklungspsychologischer Sicht erscheinen dabei die ersten drei Lebensjahre eines Kindes von besonderer Bedeutung zu sein. Ein Ansatzpunkt des Ausbaus des Erziehungsgeldes wäre – auch im Hinblick auf eine demographische Akzentuierung – darin zu sehen, in einem ersten Schritt zunächst nur für zweite, dritte und weitere Kinder ein zweites oder sogar drittes Jahr Erziehungsgeld und -urlaub, je nach Berücksichtigung der finanziellen Ressourcen, zu ermöglichen. Eine solche Ausgestaltung würde u. a. auch für das erste Kind eine kontinuierliche Betreuung durch ein Elternteil für mehrere Jahre sichern. Zu einem integrativ geplanten Maßnahmenbündel gehören neben dem Erziehungsgeld, dem Erziehungsurlaub und der gleichzeitigen rentenversicherungsrechtlichen Absicherung darüber hinaus bei einer gewünschten Rückkehr ins Erwerbsleben die grundsätzliche Wiederbeschäftigungsgarantie nach Ablauf der Zeit des Erziehungsgeldbezuges und vor allem auch die Bereitstellung zwischenzeitlicher beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen.
Staatliche Korrekturmaßnahmen zur Gestaltung der Lebensbedingungen von Familien bleiben damit weiterhin herausgefordert. Dabei bedarf es neben einer in das Sozialleistungssystem integrierten materiellen Familienförderung auch einer Reihe »flankierender« Hilfen in verschiedenen Handlungsfeldern (z. B. zur verbesserten Abstimmung zwischen den in Teilen konkurrierenden Bereichen Familie und Arbeitswelt), die nicht unmittelbar etwa auf die Einkommenslage von Familien einwirken brauchen, gleichwohl aber Konfliktlagen entschärfen und Leistungsbehinderungen von Familien abbauen helfen können.

Literatur

Cornelius, I.: Modellrechnungen zur wirtschaftlichen Lage von Familienhaushalten unterschiedlicher Kinderzahl, Materialien und Berichte der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Heft 19, Stuttgart 1987 – *Cornelius, I., Linder, P., Rückert, G.-R.:* Ökonomische Rahmenbedingungen der Familien. Materialien und Berichte der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Heft 15, Stuttgart 1986 – Dritter Familienbericht: Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestagsdrucksache 8/3121. Bonn 1979 – *Fawcett, J. T.:* »Value of Children«. International Encyclopedia of Population. Hg. *J. A. Ross.* New York, London, 1982, 665–671 – *Galler, H. P., Ott, N.:* »Familienlastenausgleich: effizientere Lösungen sind möglich.« Wirtschaftsdienst, 67. Jg., 1987, 402–408 – *Hilzenbecher, M.:* »Die (schattenwirtschaftliche) Wertschöpfung der Hausarbeit – eine empirische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland«. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1986, 2, 107–130 – *Höhn, Ch.:* Der Familienzyklus – Zur Notwendigkeit einer Konzepterweiterung. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Bd. 12, Boppard 1982 – *Kössler, R.:* Arbeitszeitbudgets ausgewählter privater Haushalte in Baden-Württemberg. Materialien und Berichte der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Heft 12, Stuttgart 1984 – *Lampert, H.:* »Sozialpolitik in der sozialen Marktwirtschaft bei reduziertem Wirtschaftswachstum und Unterbeschäftigung«. Das Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland. Hg. *H. Lampert* u. *G. Kühlewind.* Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 83, Nürnberg 1983 – *Müller-Armack, A.:* »Die Wirtschaftsordnung sozial gesehen«. Ordo, 1. Jg. 1948, 125–154 – *Pfaff, A., Kerschreiter, M.:* »Die Familie im Umverteilungsprozeß – Monetäre Leistungen für Ehegatten und Kinder«. Staatliche Sozialpolitik und Familie. Hg. *F. X. Kaufmann.* München, Wien 1982, 131–168 – *Rückert,*

G.-R., Votteler, M.: Die Erwerbstätigkeit von Müttern und die Betreuung ihrer Kinder in Baden-Württemberg. Materialien und Berichte der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Heft 13, Stuttgart 1985 – *Rüstow, A.:* »Zwischen Kapitalismus und Kommunismus«. Ordo, 2. Jg. 1949, 100–169 – *Schmucker, H.:* »Der Lebenszyklus in Erwerbstätigkeit, Einkommensbildung und Einkommensverwendung.« Allgemeines Statistisches Archiv, 40 Jg., 1956, 1–18 – *Schmucker, H.:* »Einfluß der Kinderzahl auf das Lebensniveau der Familien«. Allgemeines Statistisches Archiv, 43. Jg., 1959, 35–55 – *Schmucker, H.:* »Das Kind als Kostenfaktor«. Studien zur empirischen Haushalts- und Verbrauchsforschung. Hg. *H. Schmucker,* Berlin 1980, 62–93 – *Schnabel, Th.:* Familienlastenausgleich – Anspruch und Wirklichkeit seit 100 Jahren. Schriftenreihe der Deutschen Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft, Heft 14, Neuwied 1987 – *Schweitzer, R. v.:* »Wert und Bewertung der Arbeit im Haushalt.« Leitbilder für Familie und Familienpolitik: Hg. *R. von Schweitzer,* Berlin 1981, 167–192 – *Votteler, M.:* Aufwendungen der Familien für ihre minderjährigen Kinder. Materialien und Berichte der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Heft 18, Stuttgart 1987 – WHO: Statistical Indices of Family Health. Technical Report Serics 587. Genf 1976 – *Wingen, M.:* Der junge Familienhaushalt in sozialökonomischer Sicht. Bergisch-Gladbach 1967 – *Wingen, M.:* »Wirtschaftliche Bedingungen von Leistungen und Leistungsbehinderungen der Familien«. Familie – wohin? Hg. *H. Pross,* Reinbek 1979, 201–248 – *Wingen, M.:* »Familienpolitik«. Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften. Hg. *W. Albers, K. E. Born, E. Dürr* u. a. Stuttgart u. a. 1980, 589–599 – *Wingen, M.:* »Sozialrechtliche und sozialpolitische Rahmenbedingungen für eine Wahlfreiheit junger Eltern zwischen Familien- und Erwerbsleben«. Zeitschrift für Sozialreform, 27. Jg., 1981, 446–469 – *Wingen, M.:* »Zur sozialökonomischen Lage von Familien heute«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 12. Jg., 1986, 221–237 – *Wingen, M.:* »Stand und Perspektiven der Familienförderung im Sozialleistungssystem – ein Problemaufriß«. Finanzarchiv, 45. Jg., 1987, 70–103 – Zweiter Familienbericht: Familie und Sozialisation. Hg. Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit. Bonn 1975.

Walter Siebel

Wohnen und Familie

1. Einleitung

Die Wohnung ist heute Ort eines Großteils des außerberuflichen Lebens. Ihr Grundriß, ihre Ausstattung und ihre Lage im sozialräumlichen Gefüge der Siedlung organisieren mehr oder weniger direkt dieses Leben. Schließlich ist die Wohnung auch symbolische Gestaltung von Vorstellungen über die richtige Art zu leben.
Diese Vorstellungen fallen allerdings erst im 20. Jahrhundert mit dem Leitbild »familiengerechten Wohnens« zusammen, ja, die Frage selber, wie denn richtig, d. h. bedürfsnisadäquat zu wohnen sei, ist als gesellschaftspolitisches Problem historisch gesehen relativ jung. Sie drängte sich erst auf, als mit der rapiden Urbanisierung im 19. Jahrhundert die alten Mechanismen der Wohnungsversorgung gesprengt wurden. Urbanisierung, die Entstehung eines Wohnungsmarkts und die Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkräfte machten die Befriedigung differenzierter Wohnwünsche prinzipiell möglich und zugleich für viele äußerst prekär. Wenn vorher das Problem, wie man bedürfnisgerechte Wohnungen schaffen könne, kaum eine Rolle spielte, so, weil innerhalb der engen Grenzen bautechnischer und vor allem ökonomischer Möglichkeiten für die meisten wenig Spielräume für Variationen des Wohnverhaltens bestanden. Auch wandelten sich die gesellschaftlichen Strukturen, die Arbeits- und Lebensbedingungen, damit auch die wohnbezogenen Bedürfnisse und Verhaltensweisen über längere Zeiträume kaum. So konnte sich allmählich, vermittelt durch handwerkliche Tradition, Herkommen und überlieferte Bauformen eine gleichsam selbstverständliche Übereinstimmung zwischen dem Alltagsleben eines Haushalts und der Organisation von Grundrissen herstellen. Mit der Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft differenzieren und spezialisieren sich die Grundrisse. Dennoch entsteht noch nicht die Frage nach bedürfnisadäquatem Wohnen, und zwar aus einem einfachen Grund: Im Idealtypus bürgerlicher Wohnproduktion sind Bauherr und späterer Nutzer identisch. Aufgrund dieser Identität kann ein Prozeß privater Kommunikation zwischen dem Bauherrn bzw. Nutzer und dem Architekten zustandekommen, der so lange geführt wird, bis der Nutzer sich seiner Bedürfnisse und der Möglichkeiten, sie in Gebautes umzusetzen, bewußt ist. Diese Identität von Bauherr und Nutzer und die persönliche Kommunikation mit dem Baufachmann ist mit der Massenproduktion von Wohnungen für Vermietung respektive Verkauf auf dem Markt auseinandergerissen. In dem Maße aber, wie der Marktmechanismus weder quantiativ noch qualitativ eine angemessene Wohnungsversorgung für alle garantiert, wird die Übereinstimmung der materiellen Wohnbedingungen mit den subjektiven Präferenzen zum gesellschaftspolitischen und damit auch zum sozialwissenschaftlichen Problem (*Siebel,* 1983).
Die Diskussion zur Wohnungs- und Städtebaupolitik, die Anfang des 19. Jahrhunderts einsetzt, verfolgte anfangs sehr weitreichende Ziele. Die Frühsozialisten konzipierten Wohnungs- und Städtebau unmittelbar als Bestandteil gesellschaftspo-

litischer Umwälzungen. *Fourier* verknüpft in seinem Phalenstère die radikale Abkehr vom familialen Zusammenleben mit Abschaffung des Privateigentums und kollektiver Organisation von Produktion und Reproduktion. Noch *Howard's* Gartenstadt ist weit mehr als eine Frühform der Einfamilienhausvororte, nämlich ein auf genossenschaftlicher Organisation und Vergesellschaftung von Grund und Boden gegründeter Gegenentwurf zur industriellen, privatkapitalistisch organisierten Großstadt. Die Geschichte der Wohnungsreformdiskussion ist eine Geschichte kontinuierlicher Verengung ihres gesellschaftspolitischen Horizonts, bis nur noch bauliche und Finanzierungsfragen für eine ansonsten selbstverständlich gewordene Wohnform, das familiengerechte Wohnen, zur Debatte stehen.

Dieser Verengungsprozeß ist auch verantwortlich dafür, daß in der Wohnungspolitik heute fast ausschließlich quantitative Fragen der Wohnungsversorgung, also Umfang und Verteilung des Wohnungsbestandes diskutiert werden. Aber ausreichender Bestand, gerechte Verteilung und angemessener Gebrauchswert, quantitative und qualitative Aspekte der Wohnungsfrage, sind rein analytische Trennungen. Über Wohnen läßt sich niemals allein in rein quantitativen oder rein qualitativen Kategorien diskutieren. Schon um den Bestand an Wohnungen festzustellen, ist eine Definition nötig, was als Wohnung gilt. Die Wohnungsstichprobe 1978 zählt nur Wohneinheiten mit Küche, Kochnische oder Kochschrank in einem Gebäude als Wohnung. Wohnwagen, mögen sie ein noch so komplettes Eigenheim auf Rädern sein, gelten danach ebensowenig als Wohnungen wie Appartments im »Einküchenhaus« (s. u.), mögen sie außer der fehlenden Küche noch so perfekt ausgestattet sein.

Die staatliche Wohnungspolitik zielte seit ihrer Institutionalisierung in der Weimarer Republik darauf, »breiten Schichten des Volkes« ein familiengerechtes Wohnen zu ermöglichen. »Wohnungsbau ist angewandte Familienpolitik« (Bundesbauminister *Lücke,* in: Bundesbaublatt, 159). Von einer den Bedürfnissen von Eltern und Kind angemessenen Wohnung verspricht man sich positive Auswirkungen auf die Bereitschaft zu heiraten und Kinder zu haben, auf die Stabilität der Ehe und auf die Sozialisation der Kinder. So verdankt sich, was heute als angemessene Wohnform millionenfach gewünschte und gebaute Realität geworden ist, sowohl der Durchsetzung der Kleinfamilie als normaler Lebensform, wie den politischen Bemühungen, eben diese Lebensform durch Wohnungsbauförderung zu stützen.

Aber Wohnen wie Familie sind historische Kategorien. Die Wohnung als handfest materielles, gebautes Substrat des Wohnens wie als dessen symbolische Partitur unterliegt historisch-, kultur- und sozialgruppenspezifisch geprägten Differenzierungen. Die uns heute so geläufige Assoziation von Wohnen und Familie meint eine relativ junge, besondere Form des Wohnens, die sich erst allmählich aus vielfältigen Praktiken und Leitbildern herauskristallisiert hat, und von der aus sich heute wieder differenziertere Wohnformen auffächern. Das Leitbild des familiengerechten Wohnens markiert gleichsam die Taille eines spindelförmigen historischen Prozesses. Die Kategorie Familie eröffnet daher nur einen beschränkten Zugang zum sozialen Phänomen des Wohnens. Die soziale Einheit des Wohnens ist der Haushalt. Ihn mit Familie gleichzusetzen, war nur vorübergehend gerechtfertigt. Eine – erst rudimentär entwickelte (*Pahl,* 1984) Soziologie des Haushalts als Produktions- und Kon-

sumeinheit wäre eine geeignetere Grundlage der Wohnsoziologie als die Soziologie der Familie als einer auf Emotionalität und Intimität spezialisierten Lebensgemeinschaft.
In Abschnitt 2 wird dargestellt, wie der Idealtypus des familiengerechten Wohnens beschaffen ist und wie er sich herausgebildet hat. Abschnitt 3 belegt an Daten zur Wohnungsversorgung, inwieweit dieser Wohntyp gebaute Realität geworden ist. In Abschnitt 4 werden Tendenzen genannt, die diese Form des Wohnens wieder aufsprengen.

2. Der Idealtypus des familiengerechten Wohnens

Idealtypisch – also keineswegs durchgängig in der Wirklichkeit des Wohnens – läßt sich die heute dominierende Wohnform in vier Dimensionen charakterisieren:
- in der funktionalen Dimension läßt sich Wohnen bestimmen als Ort der »Nicht-Arbeit«. Funktional wird Wohnen als ein von beruflicher Arbeit gereinigtes Leben der Erholung, der Freizeitaktivitäten, des Konsums aufgefaßt.
- in einer sozialen Dimension läßt sich Wohnen bestimmen als Ort der Familie. Als die soziale Einheit des Wohnens gilt die durch rechtliche Bindung und Blutsverwandtschaft gefestigte Kleingruppe von Mann, Frau und Kindern.
- in einer sozialpsychologischen Dimension ist Wohnen der Ort der Intimität. In die abgeschlossene, mit der notwendigen Infrastruktur (Küche, Bad, Toilette) ausgestattete Wohnung werden mit Scham- und Peinlichkeitsempfindungen belegte Aktivitäten zurückgenommen. Sie ist der Ort, wo Körperlichkeit, Emotionalität und abweichendes Verhalten geschützt vor den sozialen Kontrollen von Nachbarn, Öffentlichkeit und Polizei sich entfalten können.
- in der Dimension der Aneignung schließlich ist die Wohnung eine Ware, die der einzelne Haushalt durch Kauf respektive Miete auf einem Markt erwirbt. Die Verfügung über die materiellen Bedingungen des Wohnens regeln Hausordnungen, Eigentums- und Mietrecht.

Vergleicht man die moderne Wohnform mit dem idealtypischen Konstrukt des vorindustriellen Ganzen Hauses, so erscheint sie als Ergebnis eines Prozesses der Ausdifferenzierung. Im Verlauf dieser Ausdifferenzierung entsteht nicht nur die Wohnung als besonderer Ort, der funktional, sozial, sozialpsychologisch und rechtlich gegenüber anderen gesellschaftlichen Sphären abgegrenzt ist. Es entsteht auch eine immer differenziertere Binnenstruktur der Wohnung. Das Ganze Haus vereinte unter seinem Dach, häufig in denselben Räumen, Arbeit, Erholung, Schlafen, Essen und Beten, Gesinde, Kinder, Mann und Frau. Die materiellen und symbolischen Arrangements des modernen Wohnen separieren dagegen Funktionen und Personen in spezialisierten Räumen: Essenszubereitung, Essen, Sichlieben, Schlafen, Sichwaschen, Sichentleeren, Miteinandersprechen; Eltern und Kinder, Sohn und Tochter, Mann und Frau.
Ansätze des modernen Wohnens zeigen sich bei bürgerlichen Städtern bereits im 16. Jahrhundert. In bäuerischen Haushalten hat sich die Lebensform des Ganzen Hauses dagegen sehr viel länger gehalten. Die Wohnform des Ganzen Hauses ist

selber ein idealtypisches Konstrukt, das vielfältige Differenzierungen überdeckt. Neben Unterschieden zwischen Stadt und Land, vorindustrieller und industriekapitalistischer Produktionsweise prägen Schicht- und Klassenzugehörigkeit die Wohnweisen. So erscheint das moderne Wohnen keineswegs gegenüber allen vorindustriellen Wohnformen als Ergebnis einer Ausdifferenzierung von Personen und Funktionen. Verglichen mit dem fast völlig voneinander separierten Leben von Herr und Dame im Hôtel des höfischen Adels im Frankreich des 18. Jahrhunderts (*Elias,* 1969, 70ff.) hat sich der Idealtypus des modernen Wohnens durch Entdifferenzierung und Mischung herausgebildet. Der Vergleich des Ganzen Hauses mit der heutigen Wohnform abstrahiert daher notwendig von vielfältigen und relevanten sozialen Bestimmungsfaktoren.

Die Geschichte des Wohnens ist eine Geschichte der räumlichen Eingrenzung und Ausgrenzung. Die Zweigenerationen-Kernfamilie löst sich aus räumlich, sozial und ökonomisch engen Verflechtungen mit weiteren Verwandten und Nichtverwandten, Gesellen, Dienstboten, Knechten und Mägden. Die berufliche Arbeit wird außerhäuslich in Geschäft, Betrieb und Verwaltung organisiert. Bestimmte Ereignisse wie Geburt und Tod, schwere Krankheit und große Feste sind fast gänzlich in spezialisierte Orte und Einrichtungen ausgelagert worden. Umgekehrt werden aber auch bestimmte Verhaltensweisen in die Wohnung zurückgedrängt. Der Straßenverkehr läßt zum Beispiel Spielen, Aufenthalt, miteinander Reden im öffentlichen Raum der Städte kaum noch zu. In einem Prozeß der »Verhäuslichung der Vitalfunktion« (*Gleichmann,* 1979) und der Intimisierung wurden Scham- und Peinlichkeitsschwellen errichtet, die Körperlichkeit und Emotionalität aus der Öffentlichkeit weitgehend ausgesondert haben ins Private der Wohnung. Schließlich treten die Rollen von Bauherr, Architekt, Produzent und Nutzer auseinander. Ihre Vermittlung wird zunehmend gesellschaftlich organisiert über Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik.

2.1. Trennung von Arbeiten und Wohnen – Die Wohnung als Ort der »Nichtarbeit«

Das Ganze Haus war eine Arbeits- und Wohngemeinschaft. Die Entwicklung außerhäuslicher Lohnarbeit – beginnend schon im Mittelalter – zerreißt diesen Lebenszusammenhang. Bestimmte Arbeiten werden herausgelöst und am besonderen Arbeitsort organisiert. Die mit nicht unmittelbar produktiven Verrichtungen ausgefüllten Poren werden aus dem Arbeitsprozeß herausgepreßt und am Ende des Arbeitstages konzentriert als Freizeit. In diesem Prozeß der räumlichen und zeitlichen Abspaltung von Teilen der produktiven Arbeit entsteht erst Wohnen im heutigen Sinn als räumliches, zeitliches und inhaltliches Gegenüber zur beruflichen Arbeit. Allerdings gilt dies bis zum Ende des Ersten Weltkrieges vorwiegend nur für die bürgerliche Mittel- und Oberschicht. Für einen großen Teil des urbanisierten Proletariats blieb Wohnen fast vollständig dominiert durch die Anforderungen der industriellen Arbeit.

Wohnen als Ort einer kompensatorischen Gegenwelt zur Arbeit ist lange Zeit mehr Wunschtraum als Wirklichkeit, vor allem für die Frauen. Große Teile der Reproduktionsarbeit verbleiben als »Hausarbeit« in der Wohnung und wurden zur Sache

der Hausfrau. Der Ausbau der öffentlichen und privaten, wohnungsbezogenen Infrastruktur, des Schulsystems, der haushaltsbezogenen Dienstleistungen und die Integration vieler Bereiche von Hausarbeit in den Markt (von Wäschereien über Kantinen bis zum fast-food) haben wenig daran geändert, daß die Wohnung Ort, Gegenstand und Ziel vielfältiger, nicht beruflich organisierter Arbeit geblieben ist. Das gilt – vor allem unter ländlichen Lebensbedingungen – auch in erheblichem Umfang für den Mann: Selbsthilfe beim Bau, der Modernisierung und Instandhaltung des Eigenheims, Gartenarbeit, Reparatur und Pflege von technischen Haushaltsgeräten machen den Kern der, was man nennen könnte: männlichen Hausarbeit aus (*Jessen* et. al., 1987). So ist die Auslagerung von Arbeit aus der Wohnung trotz Marktintegration und Infrastrukturausbau unvollständig geblieben. Wohnen als Sphäre jenseits von Arbeit ist sowohl Ergebnis realer gesellschaftlicher Prozesse wie der Inszenierung einer gewünschten Wohnwelt gegen die fortdauernde Wirklichkeit von Arbeit in der Wohnung. Ort solcher Inszenierung ist das Wohnzimmer. Aus ihm sind alle Spuren nützlicher Arbeit sorgfältig getilgt, um die »Reinheit der Feierabendatmosphäre« (*Schäfer,* 1981, 258) nicht zu besudeln.
Diese Verdrängung geht zu Lasten der Hausarbeit und der (Haus-)Frau. Die verbliebene notwendige Arbeit wird in spezialisierte Räume abgedrängt, die flächenmäßig so klein wie möglich gehalten und in den unattraktivsten Grundrißpositionen (innenliegende Küche und Sanitärräume) angesiedelt sind. Hauswirtschaftsräume verschwinden ganz aus der Wohnung. Keller und Boden schrumpfen zu kleinen Verschlägen, in denen oft nicht einmal Steckdosen vorgesehen sind, an die Hobbymaschinen und Haushaltsgeräte anzuschließen wären. Die demgegenüber üppige Größe und Ausstattung des Wohnzimmers verweist auf die Dringlichkeit des Wunsches nach einer Gegenwelt zur belastenden beruflichen Arbeit, nach Zurschaustellung von Ordentlichkeit und erreichtem Lebensstandard ebenso wie nach einem Ort des verpflichtungsfreien, entspannten Beisammenseins in der Intimgemeinschaft der Familie.

2.2. Die Ausgrenzung von Personen – Wohnung als Ort der Kleinfamilie

Ein ländlicher, aber auch mancher städtische Großhaushalt umfaßte 10 bis 20, »bisweilen sogar 50 oder mehr Personen« (*Zinn,* 1979, 14). Mit der Arbeit werden aber auch die damit befaßten nicht verwandten Haushaltsmitglieder ausgegrenzt: Die oft leibeigenen Knechte, Mägde, Gehilfen, Gesellen, Tagelöhner im Zuge der Auslagerung formeller, beruflich-organisierter Arbeit; das Gesinde, die Küche, Diener und Zofen, deren Auszug einhergeht mit wachsenden Abhängigkeiten des Haushaltes von Markt und staatlich organisierter Infrastruktur. Das »Dienstmädchenproblem« zwang später auch bessergestellte Haushalte dazu, die Hausarbeit zu technisieren und Teile der »Konsumarbeit« sowie der Versorgung mit Dienstleistungen marktförmig zu regeln. Schließlich und parallel dazu werden entferntere Verwandte aus der Wohnung ausgegrenzt. Zurück bleiben als die soziale Einheit des modernen Wohnens Eltern mit ihren Kindern.
Die Auflösung des Ganzen Hauses setzt Gesinde und andere Abhängige frei, kleinfamiliale Lebensformen einzugehen, doch wurde dies für die Ärmeren lange

Zeit durch den Wohnungsmarkt verhindert. Es blieb ihnen häufig nur »Wohnen ohne eigene Wohnung« (*Ehmer,* 1979). Erst mit wachsendem Einkommen und besserer Wohnungsversorgung ging auch die im 19. Jahrhundert rapide angestiegene Zahl der Schlafburschen und Aftermieter zurück.
Die vorindustrielle Drei-Generationen-Großfamilie unter einem Dach ist weitgehend ein »Mythos« (*Mitterauer,* 1978). Ähnlich schief ist das Bild von der isoliert lebenden aber autark wirtschaftenden großstädtischen Kleinfamilie. Die moderne, städtische Kleinfamilie wohnt zwar allein in der eigenen, abgeschlossenen Wohnung, insofern räumlich getrennt von weiteren Verwandten, aber häufig doch in enger Fühlung mit ihnen. Nur bleibt das in der amtlichen Statistik unsichtbar: Großeltern, die gegen Miete bei ihren Enkeln wohnen, gelten statistisch als selbständige Untermieter. Kinder, die die Einliegerwohnung im Haus der Eltern bezogen haben, zählen als eigenständiger Haushalt (*Bahrdt,* 1974, 80). *Young/ Willmott* haben die Organisation vielfältiger Haushaltsfunktionen über die verschiedenen Wohnungen verwandter Familien innerhalb eines Londoner Arbeitermilieus noch für die 50er Jahre beschrieben. *Pfeil* (1965, 49) spricht sogar von der »dispersen Drei-Generationenfamilie«.

2.3. Das Auseinandertreten von Öffentlichkeit und Privatheit – Wohnung als Ort der Intimität

Die Auslagerung produktiver Funktionen aus dem Haushalt in Markt, Staat und das System betrieblich organisierter Lohnarbeit und der Auszug familienfremder Personen aus dem Haushalt schaffen im wirklichen und übertragenen Sinne erst Raum für die Kultivierung familialer Intimität. Mit der Entfaltung der Dialektik von Öffentlichkeit und Privatheit wird dieser Raum zum Zentrum der bürgerlichen Privatsphäre, die räumlich als Wohnung, rechtlich als privater Verfügungsraum und sozialpsychologisch als Intimität gegenüber der öffentlichen Sphäre abgegrenzt wird.
Sozialer Ort, wo diese Grundkategorie der bürgerlichen Gesellschaft entsteht, ist die Stadt. *Bahrdt* (1961, 38) hat den Begriff der Stadt selbst an die Dialektik von Öffentlichkeit und Privatheit gebunden:

»Eine Stadt ist eine Ansiedlung, in der das gesamte, also auch das alltägliche Leben die Tendenz zeigt, sich zu polarisieren, d. h. entweder im sozialen Aggregatzustand der Öffentlichkeit oder in dem der Privatheit stattzufinden«.

Im Verlauf dieser Polarisierung entsteht erst allmählich jener Kodex von Verhaltensweisen, den der bürgerliche Städter vor dem Blick des Herrn Jedermann verbergen zu müssen glaubt: fast alles, was körperlich ist: Ausscheidungen, Hygiene, Sexualität aber auch Äußerungen von Emotion, Trauer, Liebe und Haß. Stadt als Ort von Markt und Frühform der Demokratie ist aber nicht nur der Ort, wo die Polarität von Privatheit und Öffentlichkeit zuerst sichtbar wird. Verstädterung treibt diesen Prozeß auch selber voran. Neben die Rechenhaftigkeit des berufsbürgerlichen Lebens und die industrielle Arbeitsdisziplin treten die sozialen, technischen und hygienischen Probleme dichten Zusammenlebens von immer mehr Menschen als weitere Faktoren, die zur Verinnerlichung von Zwängen und ver-

mehrten Selbstkontrollen führen. In den Städten werden bestimmte Verrichtungen immer präziser raumzeitlich verortet, was für jenen Kodex der privaten Verhaltensweisen zumeist ihre »Verhäuslichung« (*Gleichmann,* 1976) bedeutet. Je schärfer z. B. körperliche Vitalfunktionen mit Scham- und Peinlichkeitsreaktionen besetzt werden, desto mehr werden sie selbst innerhalb des Hauses noch einmal und präziser verortet in Schlafzimmern, Toiletten und Bädern. Privater Raum als Raum der Entfaltung von Intimität und Individualität wie als vor fremden Blicken geschützter Raum verlangt zusätzliche Binnendifferenzierung des Wohnens. In der vorbürgerlichen Grundrißorganisation der Zimmerfluchten und gefangenen Räume war jeder Raum zugleich Durchgangszimmer. Nun entsteht ein gesondertes Erschließungssystem innerhalb von Haus und Wohnung – Treppenhäuser, Flure, Dielen –, das es zum ersten Mal überhaupt zuläßt, ein Zimmer ungestört und ausschließlich einer bestimmten Funktion oder Person zu reservieren.

Ganzes Haus und Allzweckraum, solche Begriffe wecken ähnlich wie Großfamilie positive Assoziationen von ganzheitlichem Tun und Geborgenheit. Vom Idealtypus des Ganzen Hauses her gesehen erscheinen die Prozesse der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung und räumlichen Spezialisierung nur allzu leicht als Verlust von Funktionen und Personen. Aus der Sicht des Individuums dagegen bedeuten sie auch Gewinn an Freiheit von Kontrollen und Arbeitsmühen. Aber die Ausdifferenzierung von Privatheit und Öffentlichkeit kam zunächst nur wenigen zugute, nämlich jenen, die sich eine abgeschlossene Wohnung leisten konnten. In der proletarischen Gegenwelt, bei einem 12-Stunden-Tag für jedes lohnarbeitsfähige Haushaltsmitglied, teilweise langen (Fuß-)Wegen zur Arbeit, äußerster Unsicherheit des Arbeitsplatzes, die zu heute unvorstellbarer Mobilität auch im Wohnen zwang, miserablen Wohnverhältnissen und niedriger Entlohnung

»... fehlt alles, was sich das Bürgertum als Voraussetzungen seiner Kultur geschaffen hat: Die Trennung der Lebensbereiche, der Familie von Arbeit und der Öffentlichkeit, die Aufteilung der körperlichen und der kulturellen Funktion auf zweckmäßig bestimmte und eingerichtete Räume, die Vergegenständlichung von Bildung und Besitz in repräsentativem und sinnlichem Eigentum, Stabilität und Identifikation eines Rückzugs- und Distanzbereichs, lange müßige Verweildauer in einer arbeitsfreien Sphäre ... In der anderen Welt gab es überall Arbeit, überall Körper, kaum Eigenes, Mobilität im Fremden, Kochtopf und Nachttopf, Sexualität und Kinderaufzucht in einem Raum – und vor allem Dichte, Familie und Fremde durcheinander, ein Reproduktionszentrum fürs oft umschichtige Schlafen, Essen, Ausbessern, dessen Enge das Wirtshaus zum Salon machte« (*Niethammer,* 1979, 8).

Aber auch für jene Frauen, für die die Ausgrenzung einer Privatsphäre Realität geworden ist, stellt sich diese Dimension des modernen Wohnens anders dar als aus der Perspektive von Männern. Einmal, weil sie weniger bzw. nur in Form doppelter Belastung teilhaben am Gegenpol, dem öffentlichen, politischen und beruflichen Leben. Sie erfahren die Privatsphäre auch als Schranke. Zweitens, weil eine gegen soziale Kontrollen weitgehend abgeschirmte Privatsphäre die Schwächeren den Stärkeren ausliefert. Die Wohnung ist auch Ort unkontrollierter Gewalt gegen Frauen und Kinder. Die Ausgrenzung der privaten Sphäre ist ein ambivalenter Prozeß. Seine Chancen gehen einher mit vermehrten Selbstzwängen, die den fremden Blick gar nicht mehr benötigen, um sich etwas zu

verbieten, und er schafft nicht nur geschützte Räume für Liebe und Intimität, sondern auch für Aggression und Gewalt.

2.4. Die Entstehung des Wohnungsmarkts – Wohnung als Ware

Im Mittelalter gab es beinahe ebenso viele Hauseigentümer wie Hausgemeinschaften. Man kam zu seiner Wohnung durch Erbe, Dienstverhältnis oder indem man selber baute. Mietwohnungen, wie die heute noch existierende Fuggerei, waren seltene Ausnahme. Erst im 18. Jahrhundert entwickelt sich in Handels- und Gewerbestädten ein Wohnungsmarkt (*Niethammer,* 1976, 105). Aber erst im 19. Jahrhundert mit der rapiden Zunahme der Bevölkerung und ihrer massiven Verstädterung wird der Wohnungsmarkt, auf dem der einzelne Haushalt Wohnraum als Ware durch Kauf oder Miete erwirbt, zum dominierenden Mechanismus der Wohnungsversorgung. Die Rolle des Hausvaters differenziert sich in die des Hausherrn, des Staats- und des Fabrikherrn (*Gleichmann,* 1979). Nutzer, Bauherr, Architekt und Bauunternehmer werden zu verschiedenen Akteuren, deren Zusammenwirken durch Mechanismen des Markts und – im Falle staatlicher Eingriffe – der politischen Willensbildung vermittelt ist. Erst damit werden Fragen des angemessenen Wohnens zu gesellschaftlichen Fragen. Wohnen wird zum Gegenstand umfassender rechtlicher und bürokratischer Regulierung (Mietgesetzgebung, Hausordnungen und Hausverwaltung, Wohnungsämter ...), politischer Steuerung (Wohnungspolitik, Eigentumsförderung) und schließlich auch der Sozialwissenschaft: In dem Maße, in dem die Vermittlung zwischen Nachfrage und Angebot, Wohnwünschen und Wohnungspolitik prekär wird, gewinnen wissenschaftliche Informationen über Wohnbedürfnisse und Wohnverhalten in der Marktforschung und Politikberatung an Relevanz (*Bahrdt,* 1974).

Auch heute spielen neben Kauf bzw. Miete durch den einzelnen privaten Haushalt insbesondere bei unteren und mittleren Einkommensgruppen auch Erbe und Selbsthilfe eine erhebliche Rolle für die Wohnungsversorgung. Die heute ca. 35 % Hauseigentümer unter den Arbeiterhaushalten sind fast ausschließlich auf diesen Wegen zu Eigentümern geworden (*Häußermann/Petrowsky,* 1987). 18 % aller Haushalte (Mieter und Eigentümer) wohnten 1983 in einem ererbten Haus. Bei Eigentümerhaushalten mit niedrigem Einkommen liegt dieser Anteil bei 36 %, während Eigentümerhaushalte mit höherem Einkommen nur zu 23 % ihre Häuser ererbt haben (*Schroeter,* 1980). Andere Verfügungsformen wie genossenschaftliches Eigentum oder die staatliche Bereitstellung von Wohnraum als Infrastrukturleistung spielen in der Bundesrepublik Deutschland quantitativ gesehen keine Rolle.

Die Möglichkeiten der aktiven Aneignung der materiellen und sozialen Wohnbedingungen über den Akt der Auswahl aus dem für den Haushalt erreichbaren Angebot auf dem Wohnungsmarkt hinaus sind minimal. Fast immer ist es ein Angebot »von der Stange«. Einflußmöglichkeiten auf die Planung existieren selbst bei Eigentümern nur für die wenigen, die sich Architekt und individuellen (Neu-) Bau leisten können. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Mietern bei der Verwaltung wie bei der Modernisierung von Wohnraum sind eng begrenzt.

2.5. Wohnungspolitik und die Durchsetzung der modernen Wohnform

Der Siegeszug des modernen Wohnens beruht auf vielfältigen Ursachen: die betrieblich organisierte Lohnarbeit, die für die Masse der Berufstätigen den Alltag in Arbeitszeit und Wohnzeit spaltet, die Urbanisierung, die mit der Aufrichtung von Scham- und Peinlichkeitsschwellen in den Menschen und mit dem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur vielfältige Verhaltenszwänge an besonderen privaten und öffentlichen Orten setzt, steigende und stabile Einkommen, ein wachsender Wohnungsbestand und der Ausbau des sozialstaatlichen Netzes, die kleinfamiliale Wohnformen für viele erst möglich machen, schließlich die sozialpädagogischen Absichten der Wohnungspolitik. Letztere gewann in dem Maße an Gewicht, als Wohnungsbau nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zur Sache bürokratischer Organisationen, professioneller Planer, öffentlicher Finanzierung und staatlicher Regulierung wurde. Es entsteht eine politisch gesteuerte Wohnungsproduktion und Wohnungsverwaltung, bei der Erziehung zum richtigen Wohnen und Raum-Schaffen für die Entfaltung gewünschter Wohnformen ununterscheidbar ineinander verwoben sind. Die Sozialbauwohnung ist nicht nur die »Partitur« (*Elias,* 1969), an der Soziales entziffert werden kann, sondern auch der Taktstock, der Wohnverhalten in eine gewünschte Richtung dirigiert. Wohnungspolitik zielte stets auf beides: Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen und Durchsetzung einer bestimmten Lebensform. Wohnungsreform war immer auch Lebensreform.

Progressive wie konservative Reformer haben anfänglich in teilweise bunten Mischungen emanzipatorische und reaktionäre, antibürgerliche und antistädtische Ideen mit der Wohnungspolitik verknüpft. Im Zuge der Institutionalisierung staatlicher Wohnungspolitik wurde diese allerdings sehr schnell abgetrennt von weitergreifenden gesellschaftspolitischen Absichten. Wohnungspolitik verengte sich auf den Wohn- und Freizeitbereich, den kleinfamilialen Haushalt und den individuellen Erwerb der Wohnung durch Kauf oder Miete.

Zunächst wurden Fragen des Städte- und Wohnungsbaus losgelöst von Fragen der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit. Dabei spielte auch die vulgarisierte Marx'sche Theorie eine erhebliche Rolle, wonach der »Reproduktionsbereich« die bloß abhängige Variable des Produktionsbereichs sei, weshalb sich die politischen Organisationen der Arbeiterschaft auf die Umwälzung der Produktionsverhältnisse konzentrierten. Wohnungspolitik wurde Politik für den Lebensbereich außerhalb der beruflichen Arbeit.

Anfänglich wurden auch nicht-familiale Wohnformen propagiert. Die Einküchenhaus-Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg z. B. suchte die »Idee der kollektiven Haushaltsführung« (*Stahl,* 1977, 93) bei möglichst vielen Haushaltsfunktionen durchzusetzen, um durch Arbeitsteilung, Professionalisierung und Maschineneinsatz den Aufwand an im Haushalt verbliebener Arbeit zu minimieren. Grundidee war die Übertragung der produktivitätssteigernden Effekte taylorisierter Massenfertigung auf den Wohnbereich. Das »Neue Bauen« in den 20er Jahren orientierte sich ebenfalls noch an der industriellen Serienproduktion, reduzierte aber die Ansprüche auf Reform des Wohnverhaltens und des Warenkonsums innerhalb des einzelnen Familienhaushalts. Die Küche wurde zwar als »Fabrik des Hauses«

aufgrund ausführlicher tayloristischer Arbeitsplatzanalysen gestaltet, aber als Arbeitsplatz allein der Hausfrau. Insofern blieb die Rationalisierung der Reproduktionsarbeit nicht einmal auf halbem Wege stecken. Dafür wurden die vereinzelte Haushaltung der Kleinfamilie und die Hausarbeit als Sache allein der Frau umso mehr festgeschrieben.

Wohnerziehung in Richtung auf eine rationalisierte Haushaltsführung in der privaten Kleinfamilie geschah nicht nur indirekt über die Gestaltung der materiellen Wohnbedingungen (Lage, Größe, Grundriß, Ausstattung, Infrastruktur im Wohnungsnahbereich) sondern auch direkt durch Hausordnungen, Mietverträge, Anschlußzwänge an öffentliche Infrastruktureinrichtungen, kommunale Wohnungsinspektion etc. (*Herlyn* et. al., 1987, 267ff.). Dabei ging es um Moral (Trennung der Geschlechter), Sparsamkeit und gesunde Ernährung, hygienische Standards, generell um die Durchsetzung eines »der Sittlichkeit entsprechenden Wohnens« gegen aus ländlich-vorindustriellen Lebensverhältnissen herrührende Verhaltensweisen, »der Familiensinn«, »der Sinn für die Häuslichkeit« sollten geweckt werden (*Gleichmann,* 1979, 76), wozu »Wohnungspflegerinnen« von den Wohnungsämtern eingesetzt wurden. »All diese Erziehungsversuche dienten dazu, den ›neuen Menschen‹ zu schaffen, mit den Attributen: modern, sauber, rational, diszipliniert sowie familienorientiert« (*Herlyn* et. al., 1987, 63). Wohnungspolitik und Wohnungsverwaltung fungierten als »Vehikel«, um die durch Verstädterung und kapitalistisch organisierte Industriearbeit gleichermaßen geforderte Disziplinierung des Affekthaushalts (*Gleichmann,* 1979) durchzusetzen.

Aber die teils überredenden, teils oktroyierenden Bemühungen der Wohnungsreformer sind nur ein Element bei der Entfaltung des Idealtypus des Modernen Wohnens. Das Angebot der »Wohnung für das Existenzminimum« einer Kleinfamilie wurde auch sehr bereitwillig angenommen. Für das großstädtische Proletariat brachte es unmittelbar einsichtige, handfest-materielle Verbesserungen des Wohnungsstandards mit sich (Platz, niedrige Mieten, Vertragssicherheit, technische Standards), für die man die teilweise ungewohnte kleinfamiliale, abgeschlossene Wohnform gerne in Kauf nahm. Teils wünschte man sie herbei als wenn auch verkleinertes Abbild respektablen bürgerlichen Wohnens, teils entsprach sie den Erholungsbedürfnissen der (männlichen) Berufstätigen. Für Frauen der Mittelschichten versprach die Rationalisierung der Hausarbeit Abhilfe angesichts des Zwangs, selber unangenehme Hausarbeiten zu erledigen, da Dienstmädchen immer weniger verfügbar waren (*Lutz,* 1984, 128ff.). Auch ist der Rationalisierung des »häuslichen Kleinbetriebs« (*Uhlig,* 1981, 160) ein weitergehender emanzipatorischer Kern nicht abzusprechen. Zwar wurden mit der »Frankfurter Küche« in der kleinfamilialen Wohnung die kulturellen und politischen Dimensionen der Einküchenhaus-Bewegung aufgegeben und nur die der technischen Rationalisierung bewahrt, dennoch bleibt der Versuch, Umfang und Belastungen der Hausarbeit zu reduzieren. Die Idee der Entlastung von notwendiger Arbeit, um speziell die (Haus-)Frau freizustellen für andere, selbstgewählte Aktivitäten, sei es innerhalb der Familie, sei es außerhalb in Bildung, Beruf oder politischen Organisationen, ist der emanzipatorische Kern der »Wohnmaschine«, eine Idee, die Fourier's Phalenstêre, dem Einküchenhaus, der Frankfurter Küche und noch den komplett ausge-

statteten Mietwohnungen in den Großwohnanlagen des Sozialen Wohnungsbaus zugrunde liegt.

Die Wohnung als Maschine zur Entlastung von Arbeit ist die eine zentrale Tradition, die sich von den Anfängen der Wohnungsreform bis heute erhalten hat. Sie manifestiert sich – wenn auch in reduzierter Form – in der infrastrukturell gut versorgten, bürokratisch verwalteten Mietwohnung im Geschoßwohnungsbau. Aber auch die heute dominierende Alternative in der Wohnungspolitik, das Eigenheim, geht zurück auf traditionsreiche und – folgt man den Wohnwunschbefragungen – sehr viel überzeugendere Ziele der Wohnungsreform. Ihre Anfänge sind zuerst bei der konservativen Stadtkritik (*Riehl,* 1954), aber auch in der Gartenstadt und später in der Kleinsiedlerbewegung zu finden. Dabei mischen sich »symbolische Funktionen mit realen Vorteilen« (*Häußermann/Petrovsky,* 1987, 3): Geschoßwohnungen bieten weniger Platz und selten unmittelbaren Zugang zu Freiflächen, wohl der gravierendste Gebrauchswertvorteil des Einfamilienhauses für Haushalte mit (kleinen) Kindern. Das Eigenheim bietet räumlich und rechtlich unvergleichlich bessere Voraussetzungen für unterschiedlichste Nutzungen. Weder Hausordnung noch fremde Eigentumsrechte noch Platzmangel behindern z. B. Hobbyarbeit, Um- und Anbauten. Haus und Garten sind nicht nur das Ziel sondern auch entscheidende »Produktionsmittel« für vielfältige Eigenarbeiten der privaten Haushalte. Vor allem aber wird Hausbesitz mit Sicherheit assoziiert (*Kaufmann,* 1973). *Häußermann/Petrovsky* unterscheiden dabei drei Dimensionen: Die uneingeschränkte Verfügung über die eigenen Wohnbedingungen, damit verknüpft die »Stabilität der privaten Lebenswelt« und das Vertrauen in die Wertbeständigkeit dieses Besitzes. All dies sind Voraussetzungen für eine ungebrochene Identifizierung mit dem Eigenheim als Ort und Symbol des eigenen, privaten Lebensraums. Man kann im Kontrast zur Wohnung als entlastender Maschine es das Konzept von Wohnen als identitätsstabilisierender Heimat nennen (*Voesgen,* 1987).

Das Eigenheim ist aufgrund seiner praktischen aber auch aufgrund seiner symbolischen Qualitäten die gegenüber der Mietwohnung mit weitem Abstand bevorzugte Wohnform von Familien. Die vom Zugang zu Freiflächen abgeschnittene, vergleichsweise beengte Geschoßwohnung in Großsiedlungen mit meist unzureichender Infrastruktur läßt dagegen Kinder zusätzlich als Last erscheinen. Dagegen bietet das Eigenheim Anlässe für die Intensivierung verwandtschaftlicher Netze. Seine materiellen und symbolischen Vorzüge motivieren Selbsthilfeanstrengungen, in denen vor allem die sozialen Netze der Verwandtschaft mobilisiert werden. Umgekehrt bildet die Aussicht auf Erbschaft zusätzlichen Kitt für die Loyalitätsbindungen und gegenseitigen Hilfsverpflichtungen zwischen den Generationen. Die in der Förderung des Hauseigentums angelegte Verknüpfung von Eigentums-, Wohnungs- und Familienpolitik hat darin ihre Logik.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg hat *F. Naumann* die beiden Wohnmodelle formuliert: »Das eine ist ein kleines nettes Häuschen mit Garten, das von einer oder zwei Familien bewohnt wird, und das andere ist das einheitlich bewirtschaftete Riesenhaus« (*Naumann,* 1984, 219). Beide, Wohnung als Maschine und Wohnung als Heimat sind Wohnungen für die private, abgeschlossene Kleinfamilie, eine kompensatorische Welt jenseits und teilweise auch gegen die Welt der beruflichen

Arbeit. Das Spektrum der qualitativen Wohnalternativen – so scheint es – ist zusammengeschrumpft auf die Pole Mietwohnung und Eigenheim, also auf architektonische und verfügungsrechtliche Alternativen. Sie sind heute zur subjektiv gewünschten, normativ abgesicherten und millionenfach gebauten Realität geworden.

3. Wohnungsversorgung heute

Wohnungspolitik und industrialisierter Massenwohnungsbau seit den 20er Jahren haben dazu beigetragen, schichtspezifische Differenzierungen im Wohnen einzuebnen, zumindest sie hinter gerasterter Uniformität und Seriengrundrissen verschwinden zu lassen. Auch die Differenzen zwischen Stadt und Land bewegen sich zwischen den Polen Geschoßwohnung versus Einfamilienhaus, Eigentum versus Miete. Zwar sind es sehr unterschiedliche Entwicklungen, die Arbeiterfrauen und Bürgerfrauen in die durchrationalisierte Kleinküche geführt haben, doch gleich ob nun durch Nivellierung nach oben oder nach unten: der Typus des privaten, von beruflicher Arbeit abgesonderten Wohnens der Zweigenerationenfamilie in der (gemieteten) Geschoßwohnung oder im Eigenheim hat sich durchgesetzt.
Haushaltsformen jenseits der Kernfamilie, Wohnfunktionen jenseits von Hausarbeit, Vitalfunktionen, Kinderaufzucht, Erholung und Konsum, Aneignungsformen jenseits individuellen Eigentums oder Miete und Bauformen jenseits von Einfamilienhaus oder Geschoßwohnung kommen in den Wohnwunschbefragungen der 60er und 70er Jahre allenfalls sehr am Rande vor. Die Wohnwünsche scheinen im wesentlichen nur in Details der Grundrißorganisation und der symbolischen Selbstpräsentation sowie hinsichtlich Standort und Verfügungsform zu differieren. Bis zu 80 % der Befragten wünschen sich das Eigenheim am Stadtrand.
Der Idealtypus des modernen, kleinfamilialen Wohnens ist aber nicht nur in den Wohnwünschen der Subjekte präsent. Er ist auch institutionalisiert in Gesetzen, Förderrichtlinien, Finanzierungsbestimmungen und in den Kategorien der amtlichen Statistik. Mehrpersonenhaushalte gelten stets als Familienhaushalte. Richtlinien und Belegungspolitik im sozialen Wohnungsbau zielen auf die eheliche Kernfamilie. Wohnungen für Alleinstehende gelten als Sonderwohnformen ähnlich denen für Behinderte oder alte Menschen. Die Abgeschlossenheit der Wohnung nach außen, die Trennung von Wohnen und Arbeiten, die Erfüllung der Vitalfunktionen (Schlafzimmer, Bad, Toilette), die Führung eines selbständigen Haushalts (Küche) sind in den Normen des Wohnungsbaus ebenso verankert wie ein Mindestmaß an Separierung von Funktionen und Personen innerhalb der einzelnen Wohnung: gemäß der für den Wohnungsbau gültigen DIN-Normen (283, 18011, 18022) gehören zu einer Wohnung: Küche, Schlafräume, Wohnräume, Wasserversorgung, Ausguß und Abort sowie Nebenräume (Treppen, Flure, Abstellkammern). Räume für berufliche Arbeit zählen nicht zur Wohnfläche. Hausarbeit ist nachrangig: ein Hausarbeitsraum wird nur unter der Voraussetzung empfohlen, »wenn dadurch die Größe der übrigen Räume nicht unangemessen eingeschränkt wird« (DIN 18022, Abs. 3.1.3). Und im Gutachten des wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen

beim BMJFG 1977 heißt es: »Küche, Bad, Wohnzimmer und Elternschlafzimmer dürften für die nächsten Jahrzehnte zu den kaum veränderbaren Standards des Wohnens gehören« (Familie und Wohnen, 28). Die Wohnungsgrundrisse schreiben diese Nutzungen durch Größe, Lage, Zuschnitt und technische Ausstattung der Räume weitgehend fest.
Zwei Drittel des heutigen Wohnungsbestandes sind entsprechend diesen Richtlinien seit 1949 errichtet worden. Die familiengerechte Wohnform ist gebaute Realität. Gemessen an ihrer qualitativen Zielsetzung war die Wohnungspolitik außerordentlich erfolgreich. War sie es auch in den quantitativen Kategorien der Wohnungsversorgung? Unterstellt, die Frage nach der richtigen Qualität des Wohnens habe sich erübrigt, gibt es genügend Wohnungen heute und sind sie gerecht verteilt? Hat jeder Haushalt Zugang zu einer familiengerechten Wohnung?
In einem beispiellosen Bauboom seit 1950 hat sich die Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik außerordentlich verbessert. Das gilt für alle statistisch erfaßten Indikatoren:

Zahl der Haushalte/Zahl der Wohnungen
Zwischen 1950 und 1978 hat sich der Bestand an Wohnungen im Durchschnitt pro Jahr um 470000 Wohneinheiten (gleich abgeschlossene Wohnungen mit Küche) vergrößert (*Ulbrich,* 1981). 1950 standen 50 Mio. Einwohnern, die in 15 Mio. Haushalten lebten, 10 Mio. Wohnungen zur Verfügung, 1,5 Haushalte pro Wohnung und 1,2 Personen pro Zimmer. 1982 waren es 23,5 Mio. Wohnungen (in Wohngebäuden) und 23,8 Mio. Haushalte. Rechnet man die Wohnungen hinzu, die nicht in Wohngebäuden liegen, so verfügt jeder Haushalt über eine Wohnung und jede Person über mehr als einen Raum (0,6 Personen/Raum) (Deutscher Bundestag, 111). Rechnerisch ist der Wohnungsmarkt heute ausgeglichen, allerdings nur rechnerisch: Weder sind die Zweitwohnungen berücksichtigt – man schätzt sie auf mehrere 100000 –, noch die beträchtlichen Ungleichgewichte auf einzelnen Wohnungsteilmärkten.

Verfügung über die Wohnung (Wohnverhältnis)
1950 wohnten 12,6 Mio. Menschen zur Untermiete. 1982 bestanden nur noch 0,6 Mio. Untermietverhältnisse, 58,3 % aller Haushalte waren Hauptmieter und 39,1 % Eigentümer ihrer Wohnung (Deutscher Bundestag, Tabelle 24, 118).

Wohnungsausstattung
Der Anteil der Neubauten am gesamten Wohnungsbestand ist durch Abriß älterer Gebäude und massive Bautätigkeit kontinuierlich gestiegen. Zusammen mit umfangreichen Modernisierungsinvestitionen in Altbauten hat das dazu geführt, daß die Ausstattung der Wohnungen immer besser geworden ist. 1978 hatten 60 % der Wohnungen Sammelheizung, Bad und WC, 87 % hatten zumindest Bad und WC (Statistisches Bundesamt, 37).

Wohnungsgröße
Die durchschnittliche Wohnung hatte 1978 4,4 Räume. Auch der häufigste Wert lag in dieser Größenklasse: 31 % aller Wohnungen hatten 1978 4 Zimmer, 70 % hatten zwischen 3 und 5 Zimmer. Im Durchschnitt standen bereits 1978 jeder Person 1,7 Räume zur Verfügung. Wiederum rein rechnerisch hat jeder »ein Zimmer für sich allein«. Parallel dazu hat sich die Wohnfläche zwischen 1950 und 1978 verdoppelt,so daß 1978 pro Kopf im Durchschnitt 32 qm Wohnfläche zur Verfügung standen. In derselben Zeit ist die durchschnittliche Wohnungsgröße von 54 qm auf 79 qm gestiegen.

Mietbelastung
Die Mietbelastung errechnet sich aus dem Verhältnis sämtlicher Wohnungskosten mit Ausnahme der Kosten für Garage, Heizung und Warmwasser (Brutto-Kaltmiete) zum gesamten Nettoeinkommen des Haushalts. Diese durchschnittliche Mietbelastungsquote hat sich nur unwesentlich auf 14 % 1978 erhöht. Die Durchschnittseinkommen der Mieterhaushalte sind also fast ebenso schnell gestiegen wie die Mietpreise (*Ulbrich*, 1981).
Größere, besser ausgestattete und neuere Wohnungen, noch dazu eine bessere Verfügung über die Wohnung und mehr Wohnsicherheit (Eigentumsquote, Mieterschutzgesetzgebung), ohne daß der Anteil der Wohnungskosten am Haushaltsbudget merklich gestiegen wäre – das Ziel der Wohnungspolitik, breite Schichten des Volkes mit angemessenen Wohnungen zu versorgen, scheint erreicht. Aber gesättigt gemessen am durchschnittlich erreichten Standard des Wohnens – der abgeschlossenen, mit den notwendigen sanitären Einrichtungen ausgestatteten Wohnung, in der jeder Bewohner ein eigenes Zimmer hat – ist der Wohnungsmarkt eben nur rechnerisch. Die Durchschnittszahlen überdecken eine sehr ungleiche Verteilung des Reichtums an Wohnraum. Die Grundproblematik ist ungelöst geblieben, daß nämlich der Wohnungsmarkt eine gute Wohnungsversorgung nur zu Preisen bereitstellt, die die Zahlungsfähigkeit eines großen Teils der Haushalte übersteigt. Eine mit Ausnahme des Wohngelds wenig zielgenaue Wohnungspolitik hat dies für einkommensschwache Haushalte kaum gemildert. Das Engel'sche Gesetz, wonach der Anteil der Wohnungskosten am Haushaltsbudget steigt, je niedriger das Haushaltseinkommen, gilt auch heute noch. Es sind immer noch dieselben Gruppen von Wohnungsnot betroffen, die von Anbeginn der Diskussion über die Wohnungsfrage im Mittelpunkt gestanden haben: In erster Linie die einkommensschwachen Haushalte, aber auch die kinderreichen, die jungen Haushalte, die neu in einen Wohnungsmarkt Eintretenden, die unvollständigen Familien und die sozial Diskriminierten, heute vor allem die Haushalte der nichtdeutschen Arbeitnehmer. Schließlich spielt der Wohnstandort eine erhebliche Rolle für die Wohnungsversorgung, die Tatsache also, ob ein Haushalt auf dem Land oder in einer großen Stadt wohnt und ob er auf den angespannten Wohnungsmärkten prosperierender süddeutscher Großstädte eine Wohnung sucht oder etwa im Ruhrgebiet. Im Stuttgarter Raum ist heute schon der durchschnittlich verdienende Vier-Personen-Haushalt eines deutschen Facharbeiters in Gefahr, zum Problemfall auf dem Mietwohnungsmarkt zu werden. In Bremen fände derselbe Haushalt vergleichsweise leicht eine familiengerechte Wohnung.

Unter all diesen geradezu klassischen Kriterien, die über eine schlechte Wohnungsversorgung entscheiden (Schicht-, Standort- und demographische Merkmale), muß die Tatsache, daß auch heute noch die jungen und die kinderreichen Familien zu den typischerweise schlecht Versorgten gehören, besonders ins Auge fallen. Schließlich sollte die Wohnungspolitik von Anfang an gerade den Familien besonders helfen. »Die Schwierigkeiten, eine wunsch- und bedürfnisgerechte Wohnung zu finden, sind für junge Familien in Kerngebieten am größten« (Deutscher Bundestag, 121).

Gemessen an der Norm: pro Person ein Raum (ohne Küche) waren noch 1978 51 % aller Vier-Personen-Haushalte und 76 % aller Haushalte mit fünf und mehr Personen unterversorgt. Einpersonenhaushalten standen dagegen 1978 im Durchschnitt drei Räume (einschließlich Küche) zur Verfügung (*Ulbrich,* 1981, 19). Mieterhaushalte mit vier und mehr Personen leben in den am schlechtesten ausgestatteten und in den relativ (pro Kopf) kleinsten Wohnungen. Nur bezüglich der besonders familienfreundlichen Bauform des Ein- und Zweifamilienhauses zeigt sich eine bessere Versorgung von Familien. 67,3 % – das ist die höchste Quote – aller Haushalte mit drei Kindern wohnen so. Allerdings sinkt diese Quote bei vier und mehr Kindern auf 61 % (Deutscher Bundestag, Tab. 22, 114).

Die alte Ungleichheit also, nur auf neuem Niveau? Betrachtet man die mittlerweile zahlreichen sozialhistorischen Studien zur »Lage der arbeitenden Klasse« vor dem Ersten Weltkrieg, so erscheinen die Wohnverhältnisse deutscher Arbeiterfamilien heute als unvergleichlich besser. Gegenüber 1900 hat sich die Wohnungsversorgung so entscheidend verbessert, daß von einem qualitativen Sprung gesprochen werden kann, demgegenüber die These, die alte Ungleichheit bestünde auch heute noch, schief und abstrakt wird. Heute wohnen Arbeiterfamilien zwar im Durchschnitt beengter als Angestellte, Beamte und Selbständige, aber auch Arbeiterfamilien wohnen als Familie in einer eigenen, abgeschlossenen Wohnung und damit nicht grundsätzlich anders als andere soziale Gruppen. Vor 100 Jahren noch war an familiäre Privatheit für die Masse der großstädtischen Arbeiter gar nicht zu denken. 1880 wohnten zum Beispiel 24 % der Wiener Arbeiter beim Arbeitgeber. 30 % wohnten als Aftermieter oder hatten als »Bettgeher« nur ein Bett gemietet, das sie sich umschichtig mit anderen teilten. 45 % der Wiener Arbeiter hatten eine eigene Wohnung (*Ehmer,* 1979, Tab. 2, 139). Aber diese Wohnung war winzig, meist nur Stube mit Küche, und häufig war man gezwungen, Aftermieter und Bettgeher aufzunehmen, so daß auch, wer eine eigene Wohnung hatte, noch lange kein eigenes Bett haben mußte. Nach einer amtlichen Erhebung in Wien kurz vor dem Ersten Weltkrieg verfügten 58 % aller Personen in den befragten Arbeiterhaushalten über kein Bett für sich allein (*Langewiesche,* 1979, 173). Ein eigener Haushalt in einer eigenen Wohnung lag für viele außerhalb aller Möglichkeiten. So verwundert nicht, daß weniger und später geheiratet wurde. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren in Wien nahezu die Hälfte aller Geburten unehelich (*Ehmer,* 1979, 137). Zwar spricht man seit einiger Zeit von »neuer Wohnungsnot«. Aber die Wohnungsnot heute ist auf einem Niveau definiert, das vor knapp 100 Jahren für Arbeiter unerreichbarer Luxus war.

4. Neue Wohnformen

Der Typus des privaten, kleinfamilialen Konsumentenhaushalts in der abgeschlossenen Wohnung ist in Gesetzen, Förderungsrichtlinien und in den Kategorien der amtlichen Statistik verfestigt, in den subjektiven Präferenzen, wie sie Wohnwunschbefragungen zum Ausdruck bringen, abgesichert und er ist gebaute Realität. Ist der qualitative Wandel des Wohnens angesichts dieser Übereinstimmung von Normen, Wünschen und Wirklichkeit an sein Ende gekommen? Ist die Wohnungsfrage nur noch in ihren klassischen, quantitativen Kategorien zu formulieren: Größer, billiger und gerechter verteilt? Die vier Merkmale des Idealtypus modernen Wohnens – die Zweigenerationenfamilie als soziale Einheit, die Trennung von Wohnen und Arbeit, die Polarität von Privatheit und Öffentlichkeit und die individuelle Aneignung durch Kauf oder Miete – haben sich allmählich herausgebildet und in einem Prozeß der Nivellierung von Differenzen zwischen sozialen Gruppen und zwischen Stadt und Land weitgehend durchgesetzt. Aber es bleiben Merkmale eines historisch gewordenen, sozial und nicht anthropologisch-biologisch bestimmten Verhaltens. Als solches wird sich das Wohnverhalten auch weiterhin wandeln. Einige Tendenzen dazu zeichnen sich bereits ab. Sie werden wiederum vorangetrieben sowohl von subjektiven Motiven wie von objektiven Zwängen. Ökonomische Bedingungen und ökologische Grenzen könnten in Zukunft dazu zwingen, Abstriche an erwünschten Standards zu machen. Es zeichnen sich aber auch wohnrelevante Verhaltensänderungen jenseits einer solchen restriktiven Logik ab.
Quantitative Probleme der Wohnungsversorgung werden heute kaum noch durch Wanderungsbewegungen oder gar eine Zunahme der Bevölkerung aktualisiert, sondern durch qualitative Veränderungen des Wohnverhaltens: Wandel im Verhältnis von Wohnen und Arbeiten, ein experimenteller Lebensstil, für den der Familienhaushalt nur eine von vielen möglichen Lebensformen ist, Veränderungen in der Definition des Verhältnisses von Privatem und Öffentlichem und neue Formen, sich die sozialen und materiellen Bedingungen des Wohnens anzueignen.

4.1. Wohnen, formelle und informelle Arbeit

Das schiefe Bild vom privaten Haushalt als einer Konsumeinheit und der Wohnung als Ort der Erholung von beruflicher Arbeit wird nicht nur durch die feministische Kritik zurechtgerückt, sondern auch durch faktische Entwicklungen. Die in der Wohnung verbliebene Hausarbeit und andere Formen der informellen Arbeit verändern ihre Qualität, ihren Umfang und ihre räumlich-materiellen Voraussetzungen. Die klassische Hausarbeit wird kapitalisiert und professionalisiert. Es zeigen sich Tendenzen, sie innerhalb der Familie gleichmäßiger zu verteilen und insbesondere bei der Kinderbetreuung sie auch haushaltsübergreifend zu organisieren. Markt- und Staatsversagen sowie Wertewandel veranlassen Haushalte ebenso zu mehr Eigenarbeit und Selbsthilfe wie relativ steigende Preise insbesondere bei Dienstleistungen, der Ausweitung der Selbstbedienungskultur, der Vermehrung der berufsarbeitsfreien Zeit und der Entwicklung billiger und leicht handhabbarer Werkzeugmaschinen und Materialien. Ein Großteil dieser informellen Arbeit ist

Arbeit in, an und für die Wohnung (*Jessen* et. al., 1987). Strategien der Sanierung problematischer Wohnsiedlungen setzen ebenso auf eine Aktivierung von Eigenarbeit und Selbsthilfe wie Versuche der Reform sozialer Dienste. Indem Maße wie sich ökologische Techniken beim Bauen, der Ver- und Entsorgung durchsetzen, werden Arbeiten in und an der Wohnung und im Wohnumfeld ebenfalls zunehmen. Auch im Bereich formeller, beruflicher Arbeit gibt es Tendenzen zu einer Verlagerung in die Wohnung. Dabei dürfte die durch Telekommunikation ermöglichte neue Heimarbeit gar nicht so sehr ins Gewicht fallen – man schätzt ihr Potential auf 4 % aller Arbeitsplätze in der Bundesrepublik (*Häußermann/Siebel,* 1987, 37ff.). Wichtiger ist der Bedarf an besonderen Räumen in der Wohnung, der durch verlängerte Ausbildungszeiten, Weiterbildung und Umschulung entsteht.
Neben räumlicher Verlagerung ist auch ein Abbau der strikten zeitlichen Trennung von Wohnen und Arbeiten zu erwarten, wenn sich die Tendenzen zur Erosion des Normalarbeitstages durchsetzen. Schließlich ist an die Bemühungen in der sog. Alternativ-Szene zu denken, Wohnen und Arbeiten zu einer neuen Einheit des Alltags zu verbinden. Zusammengenommen lassen alle diese ökologischen, politischen, technischen, ökonomischen und soziokulturellen Tendenzen erwarten, daß Wohnen und Arbeiten wieder enger räumlich und zeitlich miteinander verflochten sein werden, was weitreichende Konsequenzen für die Organisation des Wohnens haben wird.

4.2. Neue Haushaltstypen

In einem Lehrbuch des Wohnungsbaus wird noch 1973 festgestellt, »... daß nahezu die gesamte Erdbevölkerung in Form von Familien zusammenlebt« (*Deilmann* et. al., 1973, 10). Diese Annahme verliert für fast alle westlichen Industrieländer an Gültigkeit. Die soziale Einheit des Wohnens, der Haushalt, ist immer seltener eine Familie. Es entwickeln sich neue Haushaltstypen (Alleinstehende, unverheiratete Paare, Wohngemeinschaften, Alleinerziehende) neben und anstelle des Familienhaushalts. Die neuen Haushaltstypen sind nicht nur Vor- und Schrumpfformen, also »unvollständige Familien«, sondern eigenständige Lebensformen. Darin liegt das Neue an den neuen Haushaltstypen. Mit Ausnahme der Wohngemeinschaften gab es die Wohnformen des Alleinlebens, des Alleinerziehenden und der unverheiratet zusammenlebenden Paare schon immer. Doch waren sie früher weit öfter Ergebnis versagter Möglichkeiten und gescheiterter Hoffnungen als gewünschte Lebensformen.
Die Zahl der Einpersonenhaushalte in der Bundesrepublik ist von 3,2 Mio. in 1950 auf 8,9 Mio. in 1985 gestiegen. Jeder dritte Haushalt ist damit Einpersonenhaushalt. Noch 1970 war es erst jeder vierte. In Großstädten ist die Zweigenerationenfamilie längst nicht mehr die typische Haushaltsform. Ein- und Zweipersonenhaushalte stellen in Bremen 70 %, in Berlin 80 %, in Stockholm 90 % aller Haushalte. 1982 waren gut 40 % der Hamburger Haushalte Einpersonenhaushalte. Dabei ist entscheidend, daß dieser Zuwachs vor allem von Jüngeren und von Männern getragen wird. Nach Berechnungen des statistischen Landesamts der Stadt Hamburg beruhte die Zunahme der Einpersonenhaushalte in Hamburg zwischen 1961 und 1977 fast

ausschließlich auf Änderungen des Verhaltens, nicht auf der steigenden Lebenserwartung (*Spiegel,* 1986, 170).

Alleinleben heißt häufig, mit einem Partner zusammenzuleben, aber in getrennten Wohnungen. So allein leben die Singles also keineswegs und ihre Zahl ist auch nicht so gewaltig, wie die Statistik der Einpersonenhaushalte auf den ersten Blick nahezulegen scheint. Schließlich werden auch die Mitglieder von Wohngemeinschaften und unverheiratete Paare meist nur als Einpersonenhaushalt statistisch sichtbar. Die Zahl unverheiratet zusammenlebender Paare hat sich in der Bundesrepublik von 1972 136500 auf 1982 516050 fast vervierfacht. 1985 zählt eine Emnid-Umfrage schon 1,2 Mio. (*Nave-Herz,* 1988). Ähnlich ist der Anteil der unverheiratet Zusammenlebenden an der Gesamtzahl der Paare in den USA von 1,7 % auf 4,0 % (von 523000 auf 1891000) zwischen 1970 und 1983 gestiegen. In Dänemark und Schweden sind 10 bis 15 % aller zusammenlebenden Paare unverheiratet (*Spiegel,* 1986).

Wohngemeinschaft wird von *Spiegel* (1986, 132) definiert als »gemeinsamer Haushalt von mindestens drei Erwachsenen mit oder ohne Kinder, die in der Regel nicht miteinander verwandt sind«. Dieser Haushaltstyp ist am eindeutigsten neu. Es gibt ihn erst seit Ende der 60er Jahre. Allerdings sind die anfänglich damit verknüpften politischen Absichten weitgehend in den Hintergrund getreten. Mit ihrer Entpolitisierung oder Banalisierung von der Kommune zur Wohngemeinschaft hat sich deren Zahl stetig vermehrt. Die verschiedenen Schätzungen kommen auf 200000 bis 450000 Personen in Wohngemeinschaften für 1980. Davon sind mehr als die Hälfte Studenten.

Diejenigen, die heute in neuen Haushaltstypen wohnen, gehören z. T. der sog. 68iger Generation an, zum Teil sind es Studenten. Dennoch dürfte es sich um mehr als um eine vorübergehende Mode handeln. Im Wohnungsmarkt großer Städte zumindest stellen die neuen Haushaltstypen bereits heute eine relevante Größe dar. Die Zahlen und die vermutbaren Ursachen (Wohlstand, Wertewandel, Liberalisierung gesetzlicher Bestimmungen) deuten längerfristige Trends an. Allerdings liegen dazu noch wenig gesicherte Ergebnisse vor.

Die Kernfamilie hat sich im Zuge einer Spezialisierung der Familie auf emotional-expressive Bedürfnisse gegenüber den sehr viel stärker ökonomisch geprägten Funktionen des Ganzen Hauses ausdifferenziert. Diese Ausdifferenzierung setzt sich fort in eine »funktionale Spezialisierung« (*Nave-Herz,* 1988, 67) von Haushalten auf sehr heterogene Ansprüche verschiedener Alters-, Berufs- und Normgruppen. Dabei wächst die Zahl derer, die in einer Art experimenteller Wohnbiographie verschiedene Gesellungsformen ausprobieren.

Wohnungsbestand und Wohnungspolitik sind noch zu sehr geprägt durch die Orientierung auf familiengerechtes Wohnen. Diese Starre gegenüber der zunehmenden lebenszyklischen Variation des Wohnverhaltens schafft neue Engpässe auf dem Wohnungsmarkt. Die Wohnwünsche der neuen Haushaltstypen scheinen sich teilweise erheblich von denen der Familienhaushalte zu unterscheiden. Im Gegensatz zu diesen konzentrieren sie sich überwiegend auf innerstädtische Standorte. Gewünscht werden große Wohnungen mit möglichst neutralen Grundrissen und in einem Haus, dessen übrige Wohnungen von Freunden bewohnt sind (*Spiegel,*

1986), also eine abgetrennte Privatsphäre innerhalb einer befreundeten Nachbarschaft. Ein entsprechendes Angebot existiert im Mietbereich überhaupt nicht, im Eigentumsmarkt nur sehr begrenzt.

4.3. Individuierung und nachbarschaftliche Zwischensphären

Zwar gibt es auch hierzu keine Zahlen, aber doch einige Anzeichen, wonach sich die Grenzen zwischen privatem und öffentlichem Bereich teilweise in die Wohnung verschieben und zugleich nach außen hin durchlässiger werden. Einerseits werden innerhalb der Wohnungen die Lebenssphären der Haushaltsmitglieder stärker gegeneinander abgegrenzt. Auch in der Wohnung des traditionellen Familienhaushaltes deutet sich damit eine Individuierung (*Beck,* 1986) an, die in der rasanten Zunahme der Einpersonenhaushalte ihren deutlichsten Ausdruck gefunden hat. Andererseits zeigt sich in neuen Wohnformen wie Wohn- und Hausgemeinschaften und in den vor allem in den 70er Jahren gebauten Wohnexperimenten eine teilweise weitgehende Öffnung der privaten Sphäre gegenüber einer allerdings sehr umgrenzten Nachbarschaft. Gewohnte Scham- und Peinlichkeitsschwellen werden gesenkt. Der Kodex der psychischen und physischen Intimität lockert sich (*Sennett,* 1986). Es entwickeln sich Formen inszenierter Nachbarschaften auf der Ebene von Hausgemeinschaften und Häusergruppen. Im Kern handelt es sich um bewußte Organisation sozialer Netze, sowohl um bestimmte Haushaltsfunktionen gemeinschaftlich zu erledigen (Kinderbetreuung, Kochen, Lebensmittelkooperative ...), wie um Isolation und Anonymität zu durchbrechen. Praktische Überlegungen (Entlastung der berufstätigen Frau durch Kooperation im Wohnbereich) und das Interesse an engerer Kommunikation greifen ineinander. Die neuen Nachbarschaften könnten so ein funktionales Äquivalent für die sich ausdünnenden sozialen Netze auf Basis der Verwandtschaft bilden. Allerdings geht dieses Durchlässigwerden der Grenzen zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit einher mit einer Tendenz zur sehr genauen Selektion der Nachbarn. Je mehr und je Privateres man mit ihnen teilt, desto wichtiger wird die Übereinstimmung auch in den feineren Verästelungen des alltäglichen Lebens. So gibt es Hinweise, daß eine latente Funktion der teilweise sehr aufwendigen Partizipations- und Planungsprozesse bei experimentellen Neubauprojekten in der Selektion der endgültig Beteiligten liegt. Die Grenze des Privaten scheint sich nach außen zu verlagern an den Rand der Hausgemeinschaft und kleiner, sehr homogener Nachbarschaften sowie nach innen, um den Individualbereich des Einzelnen gegen die übrigen Haushaltsmitglieder abzuschirmen.

4.4. Planungspartizipation, Mietermitbestimmung, Gemeinschaftseigentum

Die hohe Attraktivität des Eigenheims beruht zu einem gewichtigen Teil auf den mit dem Privateigentum gewährleisteten Verfügungsmöglichkeiten über die Bedingungen des Wohnens. Das allmähliche Verschwinden der teilweise rigiden Hausordnungen (*Gleichmann,* 1979), wie sie heute noch in Werkssiedlungen zu finden sind, der Ausbau des Mieterschutzes, die Ansätze zur Partizipation der Bewohner bei der Planung von Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen und zur Mietermit-

bestimmung (Mieterbeiräte, Mieterselbstverwaltung) bezeichnen Tendenzen, Verfügungsmöglichkeiten der Nutzer auch außerhalb des privaten Eigentums zu stärken.

Die Polarität von Mieter und Hauseigentümer wird aber nicht nur durch partizipative Strategien abgebaut. Es gibt auch Anzeichen für eine Renaissance gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Eigentums. Sie entspringt u. a. dem Versuch, Lösungen zu finden für eine spezifische Ambivalenz in den Wohnwünschen neuer Haushaltstypen: Sie suchen selbstbestimmte Wohnbedingungen, Kooperation und kommunikative Nähe, zugleich aber auch Unverbindlichkeit. Wohnen zur Miete ermöglicht Unverbindlichkeit, damit eine Voraussetzung für jenen experimentellen Lebensstil, dem eine bestimmte Wohnform nur als eine Möglichkeit unter anderen gilt. Aber das Mietverhältnis bedeutet Abhängigkeit vom Vermieter und äußerst beschränkte Möglichkeiten, die sozialen (Nachbarschaft) und materiellen Wohnbedingungen selber zu bestimmen. Eigentum eröffnet solche Chancen, aber zum Preis hoher, teilweise langfristiger Verbindlichkeiten (Abzahlungsverpflichtungen, Risiko des Kapitalverlusts bei Auszug). Die neuen Haushaltstypen könnten also auch dazu beitragen, daß Verfügungsformen jenseits von individuellem Kauf und Miete wieder verstärkt entwickelt werden.

Über lange Zeit haben sich Wohnen und Familie aufeinanderzubewegt, bis die soziale Einheit des Wohnens, der Haushalt, wie selbstverständlich mit Familie assoziiert wurde. Jetzt beginnen sie wieder auseinanderzutreten, so wie es auch früher neben Familien sehr unterschiedliche Haushaltsformen gegeben hat (Klöster, Stifte, Kollegien, Herbergen . . .). Ähnlich wandeln sich auch die funktionalen (Wohnen-Arbeit) sozialpsychologischen (Öffentlichkeit-Privatheit) und verfügungsrechtlichen (Miete-Eigentum) Merkmale des Idealtypus modernen Wohnens. Zwar sind diese Tendenzen unterschiedlich stark ausgeprägt. Auch sind sie ein Phänomen vor allem der großstädtischen, häufig akademisch gebildeten Mittelschicht. Aber sie belegen, daß sich Wohnen nach einer langen Phase der Nivellierung weiter wandelt in Richtung auf wieder vielfältigere Differenzierung.

Der Beitrag greift zurück auf Ergebnisse eines von der DFG finanzierten Forschungsprojekts über Wandel des Wohnverhaltens, das vom Verfasser zusammen mit Dr. *Johann Jessen,* Dipl.-Ing. *Ulrike Schneider* und Dr. *Hermann Voesgen* bearbeitet wird.

Literatur

Bahrdt, H. P.: »Wohnbedürfnisse und Wohnwünsche« Die Stadt in der Bundesrepublik Deutschland; Hg. *W. Pehnt;* Stuttgart 1974 – *Bahrdt, H.:* Die moderne Großstadt; Hamburg 1961 – *Beck, U.:* Auf dem Weg in die Risikogesellschaft; Frankfurt 1986 – Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, (Hg.): Familie und Wohnen. Gutachten des wissenschaftl. Beirats für Familienfragen beim BMJFG. Schriftenreihe Bd. 20. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1975 – *Deilmann, H., Kirschenmann, J. C., Pfeiffer, H.:* Wohnungsbau. Nutzungstypen, Grundrißtypen, Wohnungstypen, Gebäudetypen; Stuttgart 1973 – Deutscher Bundestag 10. Wahlperiode Drucksache 10/6145 Die Situation der älteren Menschen in der Familie – Vierter Familienbericht. Bericht der Sachverständigenkommission der Bundesregierung –

Deutscher Werkbund (Hg.): Neue Ansätze im Wohnungsbau und Konzepte zur Wohnraumerhaltung. Bd. I Darmstadt 1981. Bd. II Darmstadt 1982 – *Ehmer, J.:* »Wohnen ohne eigene Wohnung. Zur sozialen Stellung von Untermietern und Bettgehern«; Wohnen im Wandel Hg. *Niethammer, L.;* Wuppertal 1979 – *Elias, N.:* Die höfische Gesellschaft; Neuwied/Berlin 1969 – *Gleichmann, P.:* »Wandlungen im Verwalten von Wohnhäusern«. Wohnen im Wandel; Hg. *Niethammer, L.;* Wuppertal 1979 – *ders.:* »Wandel der Wohnverhältnisse, Verhäuslichung der Vitalfunktionen, Verstädterung und siedlungsräumliche Gestaltungsmacht«; Zeitschrift für Soziologie, 5. Jg. 1976 – *Häußermann, H., Petrowsky, W.:* Lebenszyklus, Arbeitslosigkeit und Hauseigentum; Zwischenbericht Bremen 1987 – *Häußermann, H., Siebel, W.:* Neue Urbanität; Frankfurt/M. 1987 – *Herlyn, H., Saldern, A. von, Tessin, W.,* (Hg.): Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre; Frankfurt/New York 1987 – *Hessen, J., Siebel, W., Siebel-Rebell, Ch., Walther, U. J., Weyrather, L.:* Arbeit nach der Arbeit – Schattenwirtschaft, Wertewandel und Industriearbeit; Opladen 1987 – *Kaufmann, F. X.:* Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem; Stuttgart 1973 – *Langewiesche, D.:* »Politische Orientierung und soziales Verhalten«; Wohnen im Wandel; Hg. *Niethammer, L.;* Wuppertal 1979 – *Lutz, B.:* Der kurze Traum immerwährender Prosperität; Frankfurt/New York 1984 – *Mitterauer, M.:* »Der Mythos von der vorindustriellen Großfamilie«; Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur; Hg. *Rosenbaum, H.;* Frankfurt/M. 1978 – *Naumann, F.:* »Wohnideale«. Werke Bd. 6; Opladen 1964 – *Nave-Herz, R.:* »Kontinuität und Wandel von Ehe und Familie«. Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland; Hg. *R. Nave-Herz;* Stuttgart 1988 – *Niethammer, L.:* »Einleitung«. Wohnen im Wandel; Hg. *L. Niethammer;* Wuppertal 1979 – ders.: »Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich?« Archiv für Sozialgeschichte Jg. 1976 – *Pahl, R.:* Divisions of Labour; Oxford 1984 – *Pfeil, E.:* Die Familie im Gefüge der Großstadt. Schriftenreihe der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen e. V.; Hamburg 1965 – *Riehl, W. H.:* Die Naturgeschichte des Volkes. I. Bd.: Land und Leute; Stuttgart/Tübingen 1954 – *Schäfer, H.:* »Soziale Determinanten der Wohnungsnutzung«. Wohnen zur Miete; Hg. *J. Brech;* Weinheim/Basel 1981 – *Schröter, A.:* Wohneigentum durch Kauf und Erbschaft. Ergebnisse der 1 % Wohnungsstichprobe 1978. Bundesbaublatt 9/1980, 553–555 – *Sennett, R.:* Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität; Frankfurt 1986 – *Siebel, W.:* »Überlegungen zum bedürfnisgerechten Planen«. Wohnen; Hg. *V. Roscher;* Hamnburg 1983 – *Spiegel, E.:* Neue Haushaltstypen; Frankfurt/New York 1986 – *Stahl, G.:* »Von der Hauswirtschaft zum Haushalt oder wie man vom Haus zur Wohnung kommt«. Wem gehört die Welt. Kunst und Gesellschaft in der Weimarer Republik; Hg. Neue Gesellschaft Bildende Kunst; Berlin 1977 – Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hg.): Das Wohnen in der Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1981; Stuttgart/Mainz 1981 – *Uhlig, G.:* »Kollektivmodell ›Einküchenhaus‹. Wohnform und Architekturdebatte zwischen Frauenbewegung und Funktionalismus 1900–1933«. Werkbund-Archiv Bd. 6; Gießen 1981 – *Ulbrich, R.:* »Die Wohnungsversorgung im Spiegel der Statistik«. Wohnen zur Miete; Hg. *J. Brech;* Weinheim/Basel 1981 – *Vaskovics, L. A.:* »Veränderungen der Wohn- und Wohnumweltbedingungen in ihren Auswirkungen auf die Sozialisationsleistung der Familie«. Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland; Hg. *R. Nave-Herz;* Stuttgart 1988 – *Voesgen, H.:* Bedürfnis und Widerspruch; Frankfurt/Bern/New York 1987 – *Young, M., Willmott, P.:* Family and Kinship in East London; London 1956 – *Zinn, H.:* »Entstehung und Wandel bürgerlicher Wohngewohnheiten und Wohnstrukturen«. Wohnen im Wandel; Hg. *Lutz Niethammer;* Wuppertal 1979

Ausgewählte Gebiete der Familienforschung

Teil III: Ehe und Familie als Interaktionssystem

Kurt Kreppner

Familiale Sozialisation

1. Einleitung

Die Familie als soziale Institution hat in der Soziologie ihren angestammten Platz, in ihrer Rolle als Primärsozialisator ist sie in der Disziplin nicht nur unter interaktionalen und systemtheoretischen, sondern auch unter subkulturellen, kulturellen und historischen Aspekten diskutiert worden. Daß die Familie als eine Einheit zu betrachten ist, die mit einem eigenen, identifizierbaren Charakter ausgestattet ist, hat *Burgess* (1926) als erster in der Familiensoziologie thematisiert. Die Sozialisation in der Familie ist in der Soziologie vor allem von *Parsons* und *Bales* (1955) im Rahmen der Rollentheorie aus strukturtheoretischem Blickwinkel als ein Enkulturationsvorgang durch die Zuteilung von geschlechts- und positionsspezifischen Rollen behandelt worden (vgl. auch *Schulze, Tyrell* und *Künzel* in diesem Band).
Die Familie als Ort der ökonomischen und emotionalen Sicherung der eigenen Nachkommenschaft hat auch in der Psychologie ihren Stellenwert, jedoch hat diese Disziplin in ihrer Ausrichtung auf das Individuum die Familie als markanten Kontext nicht in besonderer Differenzierung behandelt. Beispielsweise wurden in der Erziehungsstilforschung mit wechselnder methodischer Akribie zunächst Vorstellungen von elterlichen Umgangsformen beim Einwirken auf kindliches Verhalten, später auch tatsächliches Verhalten beim – zumeist mütterlichen – Sozialisieren untersucht. Die Eltern wurden dabei mehr oder weniger als Exekutoren eines bestimmten Stils angesehen, wobei die elterliche Einbezogenheit in das Netz der Familieninteraktion keine Berücksichtigung fand. Auf der anderen Seite hat es in der Familienforschung bis in die fünfziger Jahre gedauert, bevor der Gesichtspunkt von Veränderung unter einem Entwicklungsaspekt, wie er bei der Behandlung von Familien mit Kindern in unterschiedlichem Alter selbstverständlich sein sollte, thematisiert wurde (*Duvall,* 1957). *Reuben Hill* und *Evelyn Duvall* haben auf einer Konferenz über die lebenslange Entwicklung in der Familie schon 1948 den Mangel an Zusammenhang zwischen den beiden Bereichen Familiensoziologie und Entwicklungspsychologie bedauert. In der Folgezeit haben Erkenntnisse aus der Entwicklungspsychologie einerseits und aus einer differenzierten Betrachtung der Familie als eines sich in ständigen Anpassungsprozessen befindlichen Systems andererseits die Diskussion über eine Zusammenführung verstärkt. Die Vorstellung, daß die Familie gleichsam wie das Individuum eine eigene »Entwicklung« durchläuft, hat außerdem noch neue Schwerpunkte in der heutzutage vielschichtigen Familienforschung gesetzt. In diesem Beitrag soll nun versucht werden, nach einer allgemeineren Übersicht über Arbeiten zur familialen Sozialisation in früher Kindheit und im Jugendalter eine Reihe von Konzepten vorzustellen und in den Kontext der Familienforschung einzubinden, die vielleicht langfristig eine bessere Integration von Entwicklungspsychologie und Familienforschung vorbereiten können.

1.1. Lebenslange Perspektive in der Familiensozialisation

Sozialisation ist als die »zweite Geburt des Menschen« *(König)* bezeichnet worden, ein Vorgang, der das Erfahren und Erlernen von Fertigkeiten, Normen und Rollen beinhaltet, die in der jeweiligen Kultur oder Subkultur vermittelt werden. Sozialisation in der Familie ist dabei als der erste Schritt desjenigen Prozesses definiert, an dessen Ende vermutlich nicht nur die Formung des Kindes hauptsächlich nach seinen ersten Lebensjahren, sondern die Enkulturation des Menschen nach der gesamten Lebensspanne steht. Sozialisation in der Familie erzeugt die ersten Erfahrungen des Kindes in seinen Beziehungen mit den anderen Familienmitgliedern, seinen primären Bezugspersonen, den Eltern, Geschwistern und Großeltern. Sie hat aber auch ihre spezifische Bedeutung in späteren Entwicklungsphasen des Individuums, im Jugendalter, und vermutlich durchlaufen auch die jungen Eltern bei der Auseinandersetzung mit ihren eigenen Kindern noch einen weiter andauernden Sozialisationsprozeß in der Familie.

1.2. Ausweitung der Sozialisation auf alle Familienmitglieder

In der Entwicklungspsychologie ist erst seit Beginn der achtziger Jahre die Familie als etwas auch konzeptuell anderes als eine von mehreren beliebigen Umweltbedingungen ins Bewußtsein gehoben worden. Inzwischen ist insbesondere für den Bereich des Kleinkind- und des Jugendalters empirisches Material vorhanden, das im Zusammenhang mit Fragen erhoben wurde, die sich zumeist auf Einzelaspekte der dyadischen Beziehungsqualitäten in Familien richteten und die Relevanz dieser Aspekte für die Ausbildung von bestimmten kognitiven, sozialen sowie emotionalen Merkmalen thematisierten. Erst in den letzten Jahren ist vor allem durch die aus dem frühkindlichen Bereich stammenden Befunde, die die Bedeutung der ersten Beziehungen im Leben eines Kindes (*Bretherton, Waters,* 1985; *Bornstein, Sigman,* 1986) betonten, das gesamte Beziehungsnetz der Familie Gegenstand der Betrachtung geworden.

Schon in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren haben mikroanalytische Beobachtungsstudien den Charakter der Wechselseitigkeit in den Mutter-Kind Beziehungen (*Bell,* 1968; *Rheingold,* 1969) herausgefunden, jedoch wurde dies als nur dieser Beziehung eigene Spezifität behandelt. Bestrebungen der Frühförderung von sozial unterprivilegierten Kindern (wie etwa im Rahmen des Head-Start Projekts) wiesen aber schon damals auf die Bedeutung der ganzen Familie und nicht nur der isolierten Mutter-Kind Beziehung für die Förderung intellektueller Fähigkeiten hin (*Bronfenbrenner,* 1974). Die in der Psychologie der frühen Kindheit zu Beginn der siebziger Jahre mit Hilfe ethologischer Konzeption und Methodik vorangetriebene Forschung hat, obwohl ebenfalls von der Mutter-Kind Dyade ausgehend, schon die Relevanz der Väter und der Geschwister bei der frühkindlichen Entwicklung der Kinder hervorgehoben. Zunächst galt die Mutter-Kind Dyade als die »Wiege der Sinnstiftung« (cradle of meaning) (*Lewis, Freedle,* 1973), in der beispielsweise prägende Rhythmen des Gebens und Nehmens entwickelt werden (*Trevarthen,* 1979; *Martin,* 1981). Daß auch die Väter schon frühzeitig

bedeutsam für das Kind sind, jedoch eine im Vergleich zur Mutter andersartige Beziehung aufzubauen scheinen, hat die Ausweitung der frühkindlichen Beobachtungsforschung auf beide Elternteile erbracht (*Lewis, Weinraub,* 1976; *Lamb,* 1977; *Pedersen,* 1980). Schließlich wurden auch die Geschwister und die Bedeutung der Qualität ihrer Beziehung untereinander für die individuelle Entwicklung erkannt und in den Bereich der frühkindlichen Beobachtungsforschung integriert (*Abramovitch* et. al., 1979; *Dunn, Kendrick,* 1979, 1981; *Dunn,* 1983; siehe auch den Beitrag von *Schütze* in diesem Band).
Empirische Untersuchungen, die in früher Kindheit die gesamte Familie einbezogen oder komplexere als dyadische Beziehungen berücksichtigten, waren die Ausnahme, wie etwa die Arbeit von *Clarke-Stewart* (1978). Theoretische Konzepte aus der Familientheorie, die stets das gesamte Beziehungsgefüge in der Familie einzubeziehen suchten, fanden lange keinen Weg in die Entwicklungspsychologie; erst gegen Ende der siebziger und Beginn der achtziger Jahre wurde die Familie als komplexes Netzwerk in die Überlegungen bei der Beschreibung frühkindlicher Entwicklungsprozesse einbezogen (*Belsky,* 1981; *Maccoby, Martin,* 1983; *Minuchin,* 1985; *Hooper, Hooper,* 1985).

2. Sozialisation in der Familie: Kindheit und Jugend

Kindheit und Jugend gelten traditionsgemäß als die beiden Domänen, in denen sowohl die Pflege der Kinder als auch die Austragung der intergenerationellen Konflikte stattfindet. Diese beiden Altersstufen sind denn auch diejenigen, die inzwischen einen reichlichen Fundus an Informationen darstellen, in welcher Art und Weise der familiale Kontext gestaltet ist, wenn bestimmte kindliche Verhaltensweisen mit mehr oder weniger großer Wahrscheinlichkeit auftreten. Im folgenden wird daher zunächst von den klassischen Erziehungsstiluntersuchungen ausgegangen, die jeweils immer nur implizit die Familie als bestehende Instanz berücksichtigten, in der die Eltern ihrerseits sich aufgehoben wußten. Darauf werden sowohl die empirischen Befunde der frühkindlichen Studien und auch der Familien mit jugendlichen Kindern diskutiert, soweit darin die genuin familientheoretische Sichtweise einer lebenslangen Entwicklungsperspektive verdeutlicht werden kann.

2.1. Erziehungsstilforschung und Familiensozialisation

In der ursprünglichen Erziehungsstilforschung hatte die Familie keinen Platz. Die aus der pädagogischen Psychologie stammenden Typen von Erziehungsverhalten, wie sie bei *Spranger* (1962) in seiner Schrift »Das Gesetz der ungewollten Nebenwirkungen in der Erziehung« beschrieben werden, gehen im Rahmen pädagogischer Überlegungen letztlich auf Vorstellungen zur Entstehung und Gestaltung von verschiedenen Persönlichkeitstypen zurück, wie sie dieser Autor schon 1921 in seinen »Lebensformen« präsentierte. Eine andere Wurzel der Erziehungsstilforschung läßt sich auf sozialpsychologische und jugendpsychologische Überlegungen zurückverfolgen, wie sie sich in den dreißiger Jahren etwa bei *Lewin, Lippitt* und

White (1939) in der Vorstellung von demokratischem und autoritärem Erziehungsstil manifestierten. Mit Hilfe neuer statistischer Methoden gelangte diese Richtung in den späten fünfziger und in den sechziger Jahren zu einer Blüte, als etwa mit der faktorenanalytischen Vorgehensweise die Antworten von Müttern auf Fragen zum Erziehungsverhalten in der eigenen Familie auf wenige Dimensionen reduziert werden konnten (*Zuckermann, Ribback, Monashkin,* 1958; *Becker, Peterson, Hellmer, Shoemaker, Quay,* 1959; *Becker,* 1964; *Becker, Krug,* 1965). Die Familie, die implizit natürlich in all diesen Studien als der ökologische Ort, an dem Erziehungsstile zur Anwendung kamen, gegenwärtig war, wurde in vielen der in dieser Tradition weitergeführten Studien zwar in mannigfachen Facetten ihrer äußeren Existenz erhoben – wie etwa in der HOME scale von *Elardo, Bradley* und *Caldwell* (1975, 1977) oder in der im deutschen Sprachraum durchgeführten Studie zur Familiensozialisation von *Schneewind, Beckmann* und *Engfer* (1983) –, zerfiel aber schließlich in unzählige Angaben über ihre diversen Lebensbedingungen. Aus den Einzelvariablen konnte jedoch ein konsistentes Bild ihrer inneren Lebensform nicht mehr rekonstruiert werden (siehe hierzu auch *Schneewind,* 1988). Es gibt im Rahmen der Erziehungsstilforschung die Studien von *Diana Baumrind,* die als einzige nach *Bronfenbrenner* schon zu Beginn der siebziger Jahre die Familie als ganzes wieder in das Gesichtsfeld auch der Entwicklungspsychologen rückte: Mit Beobachtungen der gesamten Familie schaffte sie sich einen Datenkörper, der weit über die üblichen Fragebogenmaterialien hinausragte. In Beobachtungen stellte sie fest, daß es so etwas wie eine positiv leitende Erziehung gibt, die gleichsam wie selbstverständlich von den Kindern akzeptiert zu werden scheint, so daß für den Beobachter das Mysterium einer »harmonischen« Eltern-Kind Beziehung ohne offenen »Erziehungsstil« auftrat. Das Bezeichnende an dieser Erziehungsweise, die von *Baumrind* als »autoritativ« gekennzeichnet wurde, war die Unauffälligkeit der Erziehung und das Positive der anleitenden und letztlich fürsorgenden Eltern (*Baumrind,* 1966, 1971 a, b).

2.2. Sozialisation in früher Kindheit: Eigenaktivität und Wechselseitigkeit

Nicht nur die Zeit der Familiengründung, sondern die erste Schwangerschaft und das Etablieren einer Familie durch die Ankunft und die Versorgung eines oder mehrerer Kinder öffnet ein Fenster zur Beobachtung von Familiensozialisation, die auch den Aspekt der Entwicklung der Familie während der Lebensspanne impliziert. Die Ankunft eines Kindes bringt beispielsweise eine Reihe von Problemen in die Familie, die als Krise beim »Übergang zur Elternschaft« diskutiert wurden (*LaRossa, LaRossa,* 1981; *Osofsky, Osofsky,* 1984). Die Probleme bei der Ankunft und Versorgung eines zweiten Kindes sind teilweise gleichartig, teilweise aber auch ganz unterschiedlich, so daß Familienerweiterung im Verhältnis zur Familiengründung seinen eigenen Stellenwert verdient (*Dunn, Kendrick,* 1982; *Kreppner,* 1988). Vor allem die Studien der Humanethologen über den Austausch zwischen Säugling und Mutter verstärkten die Vorstellung von der Eigenaktivität auch schon der kleinen Kinder mit der sie einen beträchtlichen Anteil ihrer Beziehung zu den Eltern mitgestalten (*Bell,* 1968). Der Gedanke, daß Kinder weder nur Rezipienten

von Sozialisationsbemühungen der Eltern noch passive Träger von heranreifenden Eigenschaften sind, sondern vielmehr aktiv ihre Entwicklung gestalten (*Belsky, Tolan,* 1981; *Lerner, Busch-Rossnagel,* 1981; *Lerner,* 1982), hat das Thema Familie mit neuer Schubkraft in die Entwicklungspsychologie hineingetragen. Zusätzlich hat umgekehrt das Bewußtsein von der Eigenaktivität auch schon der kleinen Kinder in der Familienforschung neue Überlegungen in Richtung auf die Probleme der jungen Familien angeregt. So wurde beispielsweise zur Betonung der besonderen Rolle der Familie von *Holland* (1970) der Begriff der »Familisation« zur Beschreibung des Eingliederungsprozesses in die Familie vorgeschlagen, mit dem im Unterschied zum Begriff der »Sozialisation« die Gegenseitigkeit der Beeinflussung und die Einbeziehung aller Familienmitglieder thematisiert werden sollte.

2.3. Familiale Sozialisation und individuelle Entwicklung: Kontinuität und Diskontinuität

Lange Zeit wurde familiale Sozialisation mißverstanden als gerichtete Eltern-Kind Interaktion, die sich je nach Erziehungsstil unterschiedlich gestaltete und entsprechend dem jeweiligen Entwicklungsstand der Kinder unterschiedliche Persönlichkeitsmerkmale förderte oder hinderte. Abweichend von dieser Vorstellung versuchten beispielsweise *Bronfenbrenner* (1961) und, wie oben schon erwähnt, *Baumrind* (1971) die Komplexität familialer Erziehung bezüglich der verschiedenen dyadischen Kombinationen zwischen Eltern und Kindern zu berücksichtigen.
Die vermutete Einwirkung von familialen Lebensbedingungen vor allem auf die kognitive Entwicklung wurde in einigen Langzeitstudien untersucht. Es standen einmal allgemeine Merkmale der häuslichen Umgebung und zum anderen Aspekte der mütterlichen Anregung zu verschiedenen Zeitpunkten der ersten Lebensjahre im Vordergrund (gemessen meistens mit Hilfe der HOME Skala, in der so unterschiedliche Aspekte wie das äußere Anregungspotential der Wohnung aber auch mütterliche Aufmerksamkeit registriert werden). Diese Studien gaben Anlaß zu einer kontroversen Diskussion über die Kontinuität oder Diskontinuität zwischen frühkindlichen Erfahrungen und späterer Persönlichkeitsentwicklung (*Kagan,* 1979). Eine große Zahl der Ergebnisse ließen es eher unwahrscheinlich erscheinen, die These einer Kontinuität zwischen den verschiedenen Entwicklungsstadien in der Kindheit aufrecht zu erhalten; die Bedeutung der Sozialisation in der Familie wurde als nicht herausragend für die spätere Entwicklung qualifiziert. Neuere Langzeitstudien, die statt der identischen Variablen die unterliegenden Prozesse zu verschiedenen Zeitpunkten untersuchten, konnten dagegen Daten liefern, die eher die Kontinuitätsthese stützen (*Wachs, Gruen,* 1982; *Wachs,* 1984; *Bornstein, Sigman,* 1986) und somit die Erfahrungen, die das Kind in seiner Familie sammelt, als möglicherweise einflußreich für spätere intellektuelle und soziale Fähigkeiten werten.

2.4. Familiale Sozialisation und der Aufbau von Erfahrung

In der Familienforschung wird gerade die Familie mit kleinen Kindern als eine Art Schutzhülle gegenüber der Außenwelt angesehen, die gleichsam als Puffer wirkt, Einflüsse von außen moderiert und wie ein Filter nur selegierte Anteile der außerfamilialen Umwelt in die Innenwelt gelangen läßt. Dies bedeutet, daß gerade in der frühen Kindheit für die Wahrnehmung und die Interpretation von sozialer Realität nur eine immer schon im Sinne familialer Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster vorgeprägte Schablone zur Verfügung steht (*Hess, Handel,* 1959; *Reiss,* 1981). Für ein aktiv sich entwickelndes Kind (*Lerner,* 1982) ist die Familie aber auch Reibungsfläche, die natürlich die Möglichkeit zur Erfahrung von unterschiedlichen sozialen Beziehungen bietet, aber bei der Vermittlung von Weltbildern und Normen mit familienfremden entwicklungsbedingten Interessen der Kinder (Expansion der Erfahrung, Finden einer Identität) kollidiert und zwangsläufig Krisen generiert, die ihrerseits die Eigenaktivität des Kindes herausfordern und erste Grundlagen für die eigenständige, individuell-einmalige Konstruktion von Realität schaffen.
Die Familie wird aber auch als diejenige Institution angesehen, die über die Zeit hinweg während der verschiedenen Stationen der kindlichen Entwicklung einen adäquaten, das heißt den jeweiligen Bedürfnissen der Kinder angemessenen Rahmen liefern muß, um eine erfolgreiche Sozialisation zu leisten. In dieser Perspektive beinhaltet Familiensozialisation vor allem Konstanz und Wandel der in der Familie etablierten Beziehungen zwischen allen Mitgliedern. Eltern, Geschwister und Großeltern repräsentieren dabei für das kleine Kind zunächst den Kosmos sozialer Beziehungen und Erfahrungswelten überhaupt. Daher wird auch angenommen, daß diese frühen innerfamilialen Beziehungen gleichsam die Wurzeln für spätere Interpretationen von Beziehungserfahrungen legen und so den Aufbau der basalen kognitiven und sozialen Vorstellungswelt begründen.
Eingeschlossen in diesen Prozeß der Sozialisation ist die Versorgung und Erziehung des Kindes durch die Eltern, die Sicherstellung der lebensnotwendigen Bedingungen, zu denen Körperpflege, Ernährung, aber auch psychische Zuwendung und ein stabiles emotionales Klima gehören. Damit verbunden ist die Vermittlung von grundlegenden Kulturtechniken wie Objekterkundung, Sprachtraining und die Erlangung von Selbständigkeit. Eingeschlossen in die Sozialisation ist aber immer auch, als eine Art »hidden curriculum«, die Erfahrung der Selbstverständlichkeiten und Spezifitäten des Umgangs in der eigenen Familie: die Art und Weise, wie mit Konflikten umgegangen wird, welche Ziele als erstrebenswert gelten und an welchen Themen entlang die Welt interpretiert wird. Gerade dieser Vorgang, mit dem das Kind Kunde erhält von den Zusammenhängen und Relevanzen seiner unmittelbaren Umgebung und in dessen Verlauf es sich aktiv seine Vorstellungen von der Welt konstruiert, hat zu einer wesentlichen Erweiterung der Konzeptionen über den familialen Sozialisationsprozeß geführt. Die schon von *Piaget* gegründete Vorstellung, die das Kind als aktiven Konstrukteur seiner eigenen Umwelt sieht (*Piaget,* 1937), hat sich in der Entwicklungspsychologie auch in anderen nichtkognitiven Bereichen durchgesetzt. Familienforschung im allgemeinen und die Erforschung der familialen Sozialisation im besonderen haben zum Beispiel mit dazu

beigetragen, daß soziales Lernen nicht mehr nur als die Aggregierung von unzusammenhängenden Verhaltensweisen, die von verschiedenen Modellen kopiert werden, sondern als ein Konstruktionsprozeß, bei dem »wiederkehrende Muster« (*Bateson,* 1973, 1979) in Beziehungen erkannt oder erlebt werden, die den zunächst unzusammenhängenden Vorstellungen von der sozialen Welt ein Grundraster verleihen, das auch bei späteren Erfahrungen wirksam bleibt und hilft, Zusammenhänge zu erkennen und »Sinn« zu stiften.

2.5. Familiale Sozialisation im Jugendalter: Veränderung bestehender Beziehungen

Der andere Zeitabschnitt, der für die systematische Beschreibung und Erforschung familialer Sozialisation in besonderem Maße geeignet erscheint, ist die Zeit, in der sich – nach der frühen Kindheit – bei den Kindern der zweite dramatische Veränderungsprozeß ereignet: die Zeit der Pubertät und der Transition ins Jugendalter.
Die Krisen im Rahmen der individuellen Ich-Entwicklung heranwachsender Kinder, ihr Bestreben nach Autonomie und nach Lösung vom Elternhaus sowie ihre zunehmende Orientierung an Freunden außerhalb der Familie markieren eine Periode, die sich ebenso wie die durch die rapiden Entwicklungen des Neuankömmlings gekennzeichnete Zeit der Neuorganisation von Beziehungen in den jungen Familien durch starke Veränderungen auszeichnet. Sie erscheint für die Untersuchung von Interaktionsvariationen der verschiedenen Familienmitglieder zum Erreichen einer neuen Balance gut geeignet.
In dieser Phase der Familienentwicklung verlieren die Eltern ihre alte Funktion als Versorger und durchlaufen selbst eine Krise, die schließlich in dem Problem der Familie als »leeres Nest« (*Duvall,* 1977) münden. Diese Sicht konzentriert das Problem der Umstrukturierung bestehender Beziehungen und der Verkleinerung der Familie (contraction) in starkem Maße auf die Krise der Veränderung der bestehenden Beziehungsstrukturen. Viele empirischen Studien haben die Veränderung des Informationsaustausches und des Machtgefüges in der Familie als Problem betont, nur wenige aber haben die möglichen positiven Entwicklungen hervorgehoben, die in diesem Abschnitt durchaus auch auftreten können. Wenn nämlich durch Aufgreifen der veränderten Bedürfnisse der jugendlichen Kinder die innerfamiliale Kommunikation als ganze reorganisiert wird, können die Familien zu neuen Zentren des Austausches und der Neuorientierung werden. In mehreren empirischen Untersuchungen und Konzeptionen zur Familienentwicklung wurden die individuellen, entwicklungsbedingten Veränderungen der Jugendlichen als Ausgangspunkt für Überlegungen zur Bedeutung der familialen Sozialisation in diesem Lebensabschnitt genommen (*Hooper, Hooper,* 1985; *Powers, Hauser, Schwartz, Noam, Jacobson,* 1983; *Hauser, Book, Houlikan, Weiss-Perry, Follansbee, Jacobson, Noam,* 1987; *Gjerde,* 1986; *Montemayor,* 1983).

2.6. Familiale Sozialisation im Jugendalter: Entwicklungskrisen

Die Familie ist in dieser Phase mit gravierenden Veränderungen der Kinder nicht nur im Bereich der körperlichen, sondern auch der moralischen und kognitiven Entwicklung konfrontiert, denn Jugendliche beginnen Beziehungen innerhalb der Familie mit einer größeren Distanz zu betrachten und zu reflektieren, ohne aber bereits über Routinen für ein neugestaltetes Nähe-Distanz Verhältnis zu verfügen. Auch die Eltern von Kindern im Jugendalter durchleben als Erwachsene einen Abschnitt in ihrer eigenen lebenslangen Entwicklung, der vielerlei Krisen in sich birgt. Sie sind in der Regel zwischen 35 und 50 Jahre alt, erfahren in ihrer Berufswelt oft eine Zeit erhöhter Anforderung und sind nicht selten in dieser Phase mit tiefgreifenden existentiellen Krisen ihres Selbst oder ihrer Beziehungen beschäftigt. Um den Familienentwicklungsaspekt in dieser Zeit zu unterstreichen, sei darauf verwiesen, daß durch die Tendenz der Kinder, sich vermehrt von der Familie zu lösen, Distanz zu gewinnen und Erfahrungen außerhalb zu suchen, gleichzeitig auch von diesen neue Verhaltensangebote an die Eltern gemacht werden, die aufgenommen und verarbeitet werden müssen. In einer lebenslangen Perspektive kann demnach eine Familie mit einem vorpubertären Schulkind eher als ein ausbalanciertes, sich im Gleichgewicht befindliches System angesehen werden als eine Familie mit einem (oder mehreren) heranwachsenden Jugendlichen.
In diesem Zusammenhang sei als ein besonderer und aktueller Schwerpunkt der empirischen Familienforschung die Untersuchung des Zusammenwirkens von Autonomieentwicklung und familialer Verbundenheit angeführt. Die Ergebnisse aus dieser Forschung weisen darauf hin, daß es zum einen wichtig ist, unterschiedliche Facetten von Autonomie zu unterscheiden, zum anderen aber auch geschlechtsspezifische Zusammenhänge innerfamilialer Beziehungsmuster (*Grotevant, Cooper,* 1985, 1986; *Hill, Holmbeck,* 1987; *Steinberg, Silverberg,* 1986). Die Familie muß im Gegensatz zur Expansionsphase in der Phase ihrer beginnenden Kontraktion dem Autonomiestreben der Kinder Raum geben. Dies mag mit den Interessen der Eltern kollidieren, Kinder als Lebenssinn möglichst lange in der Familie zu halten. Ergebnisse der oben aufgeführten Studien weisen darauf hin, daß vor allem die vermehrte Orientierung an Freunden (peers) und die dadurch erzeugte Spannung im eigenen Selbstbild des Jugendlichen familialen Stress hervorruft. Die Besinnung auf eine Einbeziehung der Eltern als eigenständige Entwickler ist erst in den allerjüngsten Studien zur Familiensozialisation im Jugendalter erfolgt (*Steinberg,* 1987).

3. Familie als sich entwickelndes System

Der Begriff der familialen Sozialisation betrifft nicht nur die Erziehung der Kinder innerhalb der Familie, sondern auch die Erziehung der Eltern durch die Kinder. Darüberhinaus beinhaltet das Konzept der familialen Sozialisation auch den andauernden Anpassungsprozeß der gesamten Familie an die sich im Laufe des Lebenszyklus der einzelnen Familienmitglieder verändernden Lebensbedingungen.

3.1. Kernkonzepte lebenslanger Familienentwicklung: Zusammenhalt, Gleichgewicht, Anpassung

Im Rahmen des systemtheoretischen Ansatzes zur Beschreibung von Familien erscheint es sinnvoll, diejenigen Konzepte aufzuführen, die den meisten Beschreibungen familiensozialisatorischer Aktivitäten zugrunde liegen, jedoch bei unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen oft nicht mehr an der Oberfläche erscheinen. In der Familientheorie sind die Vorstellungen von Familie als einer Ganzheit enthalten, die sich durch Konstanz und Wandel ihrer internen Interaktionsformen in einer flexiblen Balance erhält. Weiter wird von einer spezifischen Bezogenheit der Familienmitglieder aufeinander ausgegangen, die einerseits nach einem inneren Gleichgewicht strebt, sich andererseits aber an variierende Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Familienmitglieder sowie an äußere Lebensbedingungen anzupassen vermag. Zur Verdeutlichung der Vorstellung eines sich entwickelnden Systems seien drei »Kernkonzepte« erläutert, wie sie von *Steinglass* (1987) für die Beschreibung von Familien herangezogen wurden:

(1) Eine Familie ist als System aus einzelnen Komponenten zusammengesetzt, die wegen und durch die Natur ihrer Beziehung als organisiert anzusehen sind. Die innere Organisation eines Systems geht einher mit seiner Ganzheit, d. h. das System ist mehr als die Summe der einzelnen Elemente. Außerdem besitzt das System eine Grenze, die die zum System gehörenden Elemente von anderen Elementen trennt und sie als in besonderer Weise miteinander verbunden erscheinen läßt.

(2) Ein Familiensystem zeichnet sich durch seine »Morphostasis« aus. Hiermit werden Mechanismen benannt, die die Familie bei ihren Interaktionen in einer Balance halten. Der ständige Austausch erzeugt eine Dynamik, die potentiell Veränderungen verursacht, gleichzeitig erfolgt aber eine permanente Rückkopplung zwischen den Elementen, die zur Stabilität der bestehenden Beziehungsstruktur beiträgt. Dieser Austausch und gleichzeitige Widerstand gegen Veränderung wird als ein wesentlicher Beitrag zur Homeostase in der Familie angesehen (*Jackson,* 1957, 1965). Die spezifische Balance, die für eine Familie typisch ist, sie auch von anderen Familien unterscheidet, wurde von *Steinglass* (1981) und *Steinglass, Bennett, Wollin* und *Reiss* (1987) als »Familientemperament« bezeichnet; es gibt den täglichen Routinen ihre familientypischen Färbungen, was sich beispielsweise in einem spezifischen »set of activity patterns« niederschlägt, das von allen Familienmitgliedern immer wieder aufs Neue erzeugt wird.

(3) Das Familiensystem muß sich in seiner Beziehungsstruktur aber auch an Entwicklungen in den heranwachsenden Familienmitgliedern anpassen und seine Balance verändern. Das Konzept der »Morphogenesis« stellt gleichsam das Gegenstück zur Morphostasis dar. Morphogenesis beschreibt die Eigenheit der Familie, mit den sich entwickelnden individuellen Mitgliedern und ihren sich wandelnden Bedürfnissen und Interessen gleichsam mitzuwachsen. In dieses Konzept eingebettet ist die Idee von einer lebenslangen »Entwicklung« einer Familie, deren Statio-

nen im »family life-cycle« beschrieben wurden (*Rodgers,* 1973; *Duvall,* 1977). Die Veränderung geschieht durch die adäquate Verarbeitung von Informationen, die sowohl von innen als auch von außen kommen. So führen etwa Entwicklungssprünge einzelner Mitglieder (Information von innen) oder Notsituationen in der Außenwelt wie etwa die Arbeitslosigkeit des Hauptverdieners (Information von außen) zur Umgestaltung bestehender Interaktionsstrukturen.

3.2. Dimensionen zur Beschreibung familialer Interaktion

In der Familientheorie werden die verschiedenen systemischen Charakteristika zumeist mit Hilfe von Dimensionen beschrieben, die zum einen die äußere Struktur des familialen Zusammenlebens herausstellen, wie etwa die raum-zeitliche Einteilung des Zusammenseins, den Modus der Nähe und Distanz zwischen den Familienmitgliedern, oder die Verteilung der Machtpositionen und den Zugang zu den Ressourcen (*Hess, Handel,* 1959; *Kantor, Lehr,* 1975). Zum anderen werden in einer Reihe anderer Dimensionen die dynamischen Besonderheiten familialer Interaktion gekennzeichnet. Es sind dies etwa die Problemlösungsstrategien, mit denen Krisen begegnet wird, die Formate, in denen der Informationsaustausch vor sich geht, oder die Vorgaben, die zur Verhandlung von Themen oder zur Interpretation von Ereignissen zur Verfügung stehen (*Mishler, Waxler,* 1968; *Reiss,* 1981; *Olson, McCubbin,* 1983).
Darüber hinaus sind natürlich auch das emotionale Klima einer Familie und die wiederkehrenden Kommunikationsfiguren und Themen berücksichtigt und analysiert worden, wobei in besonderer Weise pathologische Kommunikationsformen als Ausgangspunkt für die Erforschung von Kommunikationsformen auch in normalen Familien berücksichtigt wurden (*Singer, Wynne,* 1963; *Bateson, Jackson, Haley, Weakland,* 1956; *Lidz,* 1963).
Die Vorstellung, daß die Familie eine tragende Funktion bei der Sicherung und Enkulturation des Nachwuchses besitzt, ist in allen angeführten Konzeptionen zur Beschreibung familialer Interaktionen implizit und explizit enthalten. Gemeinsam ist diesen Ansätzen auch, daß sie alle eine sowohl die Persönlichkeit der individuellen Familienmitglieder und auch die verschiedenen dyadischen Beziehungen übergreifende Perspektive bei der Beschreibung familialer Interaktion besitzen. Unterschiede zwischen diesen Konzepten bestehen darin, daß sie zwischen globalen, die Grenzen und die Balance unterstreichenden Charakterisierungen auf der einen, und mehr spezifischen, die innere Dynamik und Lösungsstrategien hervorhebenden Beschreibungen auf der anderen Seite variieren. Alle diese Konzepte wiederum unterscheiden sich als statische und den momentanen Zustand allzusehr betonende von denen, die Veränderungen im Lebenszyklus zu berücksichtigen suchen (*Duvall,* 1977; *Aldous,* 1978). Was aber jedoch auch diesen fehlt, ist eine Betonung der Übergänge zwischen den Phasen im Lebenszyklus der Familien, eine Berücksichtigung der Art und Weise, wie Veränderung von Beziehungsstrukturen im Zuge notwendiger Transitionen unter dem Gesichtspunkt variierender Bedürfnisse, Fertigkeiten und Interessen der sich entwickelnden Familienmitglieder vor sich gehen.

4. Zusammenspiel individueller und familialer Entwicklung: Drei Konzepte

Im folgenden werden drei Konzepte erörtert, die als einzelne in verschiedenen Bereichen der Familienforschung und in der Entwicklungsforschung bereits seit längerer Zeit existieren, jedoch noch nicht miteinander in Verbindung gebracht wurden. Das Zusammenführen dieser drei Konzepte kann dazu beitragen, den noch immer virulenten Gegensatz zwischen der globalen Beschreibung von statischen Familiencharakteristika auf der einen und der Analyse von individuumsbezogenen und entwicklungsrelevanten Verhaltensmerkmalen auf der anderen Seite zu überbrücken. Die Erweiterung der Familienforschung auf die gesamte Lebensspanne und die Berücksichtigung der darin eingeschlossenen Variationen familialer Verhaltensspielbreite bedeutet für die Forschung die Notwendigkeit, mehr als bisher eine theoretisch übergreifendere Konzeption zu erarbeiten, in der die beiden unterschiedlichen Sichtweisen – statische Familienbeschreibung und dynamische Individualentwicklung – unter einem gemeinsamen Blickwinkel betrachtet werden können. Bislang fehlt noch immer eine für beide Bereiche gleichermaßen geeignet erscheinende Erweiterung, die jedoch mit Hilfe von schon vorhandenen Konzepten vielleicht etwas vorangetrieben werden könnte. In einer Familienforschung, die die Veränderung familialer Interaktion auch unter einer lebenslangen Entwicklungsperspektive begreift, und in einer Entwicklungspsychologie, die den familialen Kontext als einen für das Individuum relevanten Bedeutungszusammenhang berücksichtigt, könnten die hier vorgestellten Konzepte vielleicht Bausteine für eine weiterführende Perspektive sein. Gemeinsam ist ihnen, daß sie auf verschiedenen Abstraktionsebenen Spannungsfelder zwischen Individuum und familialem Kontext kennzeichnen und damit mögliche Orte des Zusammenwirkens (interfaces) von individueller und familialer Entwicklung konkreter zu fassen versuchen.
Das erste Konzept ist das der »Familienaufgaben«, das die Familien wie Personen betrachtet, die einen Entwicklungsprozeß durch Erfüllen von Aufgaben schrittweise durchlaufen. Das zweite Konzept thematisiert den Aspekt der »ungeteilten familialen Umwelt« (non-shared environment), das das Phänomen kennzeichnet, daß Geschwister in ihren gemeinsamen Familien ganz unterschiedliche Umwelten erleben. Das dritte Konzept schließlich beschreibt den Vorgang der Interiorisierung von sozialen Erfahrungen in der Familie, wie es in der Theorie zur emotionalen Bindung (attachment) zwischen Mutter und Kind als »inneres Vorbild« (internal working model) existiert.

4.1. Familienaufgaben

Die Analyse familialer Interaktion bezieht sich in der Regel entweder auf personenbezogene Ereignisse, die einzelnen Familienmitgliedern und ihren individuellen Motivationen zugeschrieben werden, oder aber auf äußeres Geschehen, das ohne direktes Zutun von Familienmitgliedern stattfindet aber trotzdem maßgeblich in die Familie und ihr Interaktionsverhalten einwirkt. Im Grunde wird unter einer derartigen Sichtweise die Interpretation familialen Verhaltens oft beliebig; erst unter einer entwicklungsbezogenen Perspektive kann bei allen Familien eine vergleichbare

überindividuelle und nicht nur von äußeren Einwirkungen herrührende Veränderungsdynamik hergeleitet werden. Wenn man davon ausgeht, daß im Laufe einer lebenslangen Entwicklung die Familie verschiedene Stadien durchläuft, in denen unterschiedliche Aufgaben zu bewältigen sind, bekommt familiales Verhalten und seine Variation eine zusätzliche Bedeutung.

Das Konzept der Familienaufgaben wurde von *Rodgers* (1973), *Duvall* (1977) und *Aldous* (1978) in die Familienforschung eingeführt. In Anlehnung an das Konzept von *Robert Havighurst* (1953), das die Aktivität bei der Bewältigung der individuellen Entwicklung als »Aufgabenlösung« vorstellt, haben diese Familienforscher eine Reihe von Aufgaben konzipiert, die von einer Familie von ihrer Gründung bis zu ihrer Auflösung bearbeitet und gelöst werden müssen. Diese entwicklungsspezifischen Aufgaben, das heißt Probleme, die sich in den Übergängen zwischen den verschiedenen Phasen der Lebensspanne stellen (vgl. *Scheller* in diesem Band), sind zu unterscheiden von den mehr allgemeinen Aufgaben, die sich für jede Familie in allen Phasen stellen, wie sie etwa von *Bennett* und *Tumin* (1948) für die folgenden sechs Bereiche aufgezählt wurden, nämlich (1) Aufrechterhaltung des biologischen Funktionierens der einzelnen Mitglieder; (2) Reproduktion oder Adoption neuer Familienmitglieder; (3) Sozialisation der neuen Mitglieder; (4) Produktion und Verteilung von Gütern und Diensten; (5) Aufrechterhaltung einer bestehenden Ordnung der Beziehungen; und (6) Sinnstiftung und Aufrechterhaltung der Motivation der Familienmitglieder.

Die Konzeption von entwicklungsspezifischen Aufgaben ist dagegen eingebettet in die Vorstellung einer lebenslangen Transition der Familie, die nach *Duvall* (1977) und *Aldous* (1978) sieben Stufen umfaßt: das junge, kinderlose Paar (Stufe 1), die Familie mit Kleinkindern, Schulkindern und Teenagern (Stufen 2–4), die Familie deren Kinder sich lösen und selbständig machen (Stufe 5), die Familie nach Weggang aller Kinder – empty nest – (Stufe 6) und die Familie im Alter (Stufe 7). Auf all diesen Stufen sind von den Familien neben den kontinuierlichen auch phasenbedingte Aufgaben zu lösen, wie etwa auf der Stufe des jungen Paares das Stiften von Intimität in der Beziehung, auf der Stufe der jungen Elternschaft das Erreichen von Generativität oder auf der Stufe der Familie als leerem Nest die Neuordnung der Beziehung mit dem Ehepartner nach der Zeit der aktiven Elternschaft.

Mit Hilfe dieser lebensspannen-spezifischen Aufgaben können Veränderungsprozesse familialer Interaktion nicht nur als Folge bestimmter mehr oder weniger wahrscheinlich auftretender Lebensereignisse gedeutet, sondern umgekehrt das familiale Alltagshandeln in bestimmten Übergangsphasen in den Kontext der objektiven Aufgabenstruktur eingebettet und beurteilt werden. Gleichermaßen werden dabei Eltern und Kinder als »Entwickler« angesehen, die in Übergangsphasen Aufgaben zu bewältigen haben. Familiensozialisation wird mit Hilfe dieses Konzepts gleichsam dynamisiert, es werden Krisen unter einem entwicklungstheoretischen Blickwinkel als Bewältigung von Entwicklungsstufen begreifbar.

4.2. Ungeteilte familiale Umwelt (nonshared environment)

Während die Idee von über die Lebensspanne hinweg sich verändernden Aufgaben die zeitspezifischen Problemstellungen für die Familie als ganze in den Vordergrund rückt, erscheint ein zweites Konzept interessant, das ursprünglich aus einem ganz anderen Forschungsbereich stammt und zum besseren Verstehen der Bedeutung des familialen Kontexts für die Ausbildung von Intelligenz entwickelt wurde.
Ausgehend von Ergebnissen aus intensiven Zwillings- und Adoptionsstudien in der Verhaltensgenetik hat die Forschergruppe um *Plomin* und *DeFries* (*Plomin,* 1986; *Rowe, Plomin,* 1981; *Plomin, Loehlin, DeFries,* 1985; *Plomin, Daniels,* 1987) das Konzept der »ungeteilten familialen Umwelt« (nonshared environment) eingeführt, mit dem sie eine völlig neue Sichtweise auf die Bedeutung der familialen Umwelt im Rahmen der Anlage-Umwelt Diskussion eröffnete. Mit dem Konzept einer »ungeteilten familialen Umwelt« entwarf sie ein herkömmlichen Überlegungen geradezu entgegengesetztes Bild; es besagt, daß das Kind in seiner Entwicklung nicht nur durch seine genetische Ausstattung, sondern auch durch seine Familie als wesentlichem Lebenskontext maßgeblich beeinflußt wird. Die Beeinflussung wird aber nicht durch die für alle Mitglieder gleichermaßen vorgegebenen Qualitäten innerhalb einer Familie hervorgerufen, sondern sie wirkt nur über das subjektive Erleben des Kindes, das von keinem anderen Familienmitglied geteilt zu werden scheint.
In der Anlage – Umwelt Diskussion werden Ähnlichkeiten zwischen Familienmitgliedern in der Regel auf das gemeinsame familiale Milieu zurückgeführt, Besonderheiten der Familienmitglieder jedoch auf die genetische Ausstattung. Umfangreiche Zwillings- und Adoptionsstudien haben inzwischen genau die gegenteiligen Schlußfolgerungen nahegelegt: Die vorhandene Ähnlichkeit zwischen den Kindern in den Familien wird auf den beträchtlichen Anteil der gemeinsamen genetischen Ausstattung zurückgeführt, die vorhandene Unähnlichkeit dagegen erscheint zu einem nicht unbeträchtlichen Anteil in dem »ungeteilten«, das heißt mit keinem anderen Familienmitglied geteilten familialen Milieu begründet. *Plomin* (1986, 75) bringt als Beispiel hierfür Variationen der elterlichen Zuwendung als mögliche Auslöser für unterschiedliche Entwicklungen bei Geschwisterkindern. Geschwister finden schon bei ihrer Geburt völlig unterschiedliche Beziehungsnetze vor, je nachdem, ob sie erste oder zweite Kinder sind, ob ihre Ankunft für die Eltern die Veränderung von einer ehelichen Dyade zu einer Triade (Familie mit einem Kind und drei Dyaden) oder aber die Ausweitung von einer schon existierenden Triade Mutter – Vater – Kind zu einer Tetrade (Familie mit zwei Kindern und sechs Dyaden sowie vier Triaden) beinhaltet (*Kreppner,* 1987; *Kreppner, Paulsen, Schütze,* 1982; vgl. *Schütze* in diesem Band). Darüber hinaus ist die Art der Aufgaben, die Eltern mit einem oder zwei Kindern zu erledigen haben, zum Teil erheblich voneinander verschieden, wenngleich der mütterliche Umgang mit beiden Kindern, beobachtet im jeweils gleichen Alter, verblüffend ähnlich erscheint (*Dunn, Plomin, Nettles,* 1985; *Dunn, Plomin, Daniels,* 1986).
Das Zusammenspiel von genetischer Ausstattung und Umwelteinfluß in der Familie wird noch um eine Nuance komplizierter, wenn man die Überlegungen von *Scarr* und *McCartney* (1983) berücksichtigt, in denen auf Grund von Ergebnissen einer

weiteren sehr umfangreichen Adoptionsstudie (*Scarr, Weinberg,* 1977, 1978a, 1978b; *Scarr, Webber, Weinberg, Wittig,* 1981) die These formuliert wird, daß Kinder in früher Kindheit eher von der Umwelt beeinflußt werden (passiver Genotyp), während sie später, etwa im Jugendalter, zu einem größeren Anteil in ihrem Handeln von ihrem Genotyp geprägt erscheinen (aktiver Genotyp). Dieser Aspekt der Einzigartigkeit der von Kindern erlebten Umwelt zusammen mit der Vorstellung einer zeitspezifischen Einflußqualität, die vor allem auf das kleine Kind wirkt, zwingt zu einer neuen Sichtweise bezüglich der Festlegung relevanter Indikatoren für individuelle Entwicklung.

4.3. Inneres Vorbild für soziale Beziehung (internal working model)

Ein drittes Konzept wird hier vorgestellt, das für die weitere Aufhellung von innerfamilialem Geschehen hilfreich sein kann. Neben den Aufgaben, die sich allen Familien gemeinsam stellen, und dem Erleben einer einzigartigen, von keinem anderen Familienmitglied geteilten familialen Umwelt, wurde in einem wiederum anderen Bereich, nämlich der Attachment- oder Bindungsforschung, die sich mit der Qualität der frühen Mutter-Kind Beziehung beschäftigt, eine Konzeption darüber entwickelt, wie die Merkmale einer konkreten Beziehung im Kleinkind repräsentiert werden. *John Bowlby* (1969) prägte das Konzept eines »internal working model«, eines inneren Vorbilds für emotionale soziale Beziehungen, das dem kleinen Kind als Orientierung bei der aktuellen Gestaltung seiner Kontaktaufnahmen zu seinen primären Bezugspersonen dient. Diese im wesentlichen emotional verankerte Repräsentation seiner Bindung stellt nach *Bowlby* auch in der weiteren Entwicklung des Kindes eine wesentliche Grundlage für den Aufbau sozialer Beziehungen dar. Übertragen auf das Gebiet der Familienforschung kann dieses Konzept helfen, Vorstellungen darüber zu entwickeln, welche inneren Vorbilder oder Modelle jedes Familienmitglied in sich trägt, wie diese sich im Laufe der Zeit verfestigen und wie sie schließlich bei Kontaktaufnahmen auch außerhalb der Familie als Orientierung dienen. Innere Vorbilder lassen sich also als Erwartungsmuster von einzelnen Beziehungen oder sogar von komplexen Beziehungsstrukturen beschreiben, die die Möglichkeiten des Individuums formen, Interaktionen aktiv zu gestalten.

Das Konzept des »internal working model« wurde zwar nach seiner Einführung oft als zu biologisch ausgerichtet und als zu mechanistisch für ein Konzept zur Bewertung der Entstehung von emotionalen und sozialen Beziehungen im frühen Kindesalter angesehen, durch das Schaffen einer standardisierten Versuchsanordnung wurde inzwischen aber eine große Anzahl von Daten gesammelt, die Unterschiede der Reaktion auf kurzzeitige Trennungen etwa einjähriger Kinder von ihren Müttern beschreiben. Es hat sich eine allgemeine Klassifizierung durchgesetzt, die die Kinder nach verschiedenen Arten von guter (Kategorie B) und weniger guter (Kategorien A und C) Bindung einteilt. Die langzeitliche Untersuchung von im Kleinkindalter nach der Qualität ihrer Bindung kategorisierten Kinder ergab, daß diese Einteilung auch noch im Vorschulalter zur Charakterisierung des Verhaltens im Kindergarten von hohem prognostischem Wert ist (*Sroufe, Fleeson,* 1986).

Nach *Main, Kaplan* und *Cassidy* (1985) sind die inneren Vorbilder für soziale Beziehungen nicht biologische Mechanismen, sondern vielmehr mentale Repräsentierungen generalisierter Ereignisse mit sowohl affektiven wie kognitiven Komponenten. Einmal geformt, zeigen sie die Tendenz, sich zu verfestigen und gegen Veränderung resistent zu sein. *Sroufe* und *Fleeson* (1986) haben dies Konzept noch einmal erweitert, indem sie die Ganzheit der inneren Vorbilder und den Charakter der Erfahrungsgeschichte betonten, die gleichsam immer weiter in neuen Beziehungen weitergeschrieben wird.

Die Frage, wie denn diese innere Repräsentation erworben wird, zumal in früher Kindheit, wenn das kognitive System noch nicht ausgebaut ist, stellt dabei insofern ein Problem dar, als die Konzeption von *Main, Kaplan* und *Cassidy* einerseits den kognitiven Aspekt hervorhebt, andererseits aber die oft hochgradige emotionale Tönung der Vorstellungen von Beziehungen sowie ihre »Ganzheit« einen üblichen Lernprozeß mit kognitiver Repräsentation – wie etwa beim Erwerb von Kenntnissen über Objekte – eher unwahrscheinlich erscheinen läßt. Einen Ausweg aus diesem Dilemma bieten vielleicht Überlegungen von *Bateson* (1972, 1979) zur Existenz zweier unterschiedlicher Klassen von Lernprozessen an: Neben dem primären Lernen, das Lernprozesse und -mechanismen wie Verstärken und Konditionieren beinhaltet, wie sie beim Erwerb von Wissen auftreten, werden sekundäre Lernprozesse angenommen, in denen Kenntnisse von der Besonderheit des Beziehungskontexts erworben werden. Diese sekundären Lernprozesse zeichnen sich nach *Bateson* dadurch aus, daß sie nicht analytisch-kognitiv, sondern eher emotional-ganzheitlicher Natur sind.

5. Zusammenfassung und Ausblick

In einer Zusammenschau der hier vorgestellten drei Konzeptionen Aufgaben, ungeteilte familiale Umwelt und innere Vorstellungen von Beziehungen, können neue Perspektiven für zukünftige Schwerpunkte bei der Erforschung von lebenslanger Entwicklung im familialen Kontext eröffnet werden. Das Konzept der entwicklungsspezifischen Familienaufgaben hat bereits dazu beigetragen, die übliche statische Betrachtung von Familien und ihren Interaktionsweisen dahingehend zu erweitern, daß nun Veränderungen und Anpassungen vorhandener Interaktionsformate unter dem Blickwinkel lebenslanger Entwicklung analysiert und interpretiert werden können. Die Formulierung einer »ungeteilten« familialen Umwelt in der Verhaltensgenetik hat den Begriff des Kontexts Familie nicht nur in der Anlage – Umwelt Diskussion verändert, sondern macht unter Umständen eine Revision der Auswahl von Merkmalen, die für die individuelle Entwicklung maßgebend sein könnten, notwendig. Schließlich kann die Vorstellung eines Modells der inneren Repräsentation von Familienbeziehungen auch für die individuumsbezogene Entwicklungspsychologie neue Schwerpunkte finden. Familiale Sozialisation läßt sich zusammenfassend in mehreren Ebenen beschreiben, jedoch wird erst eine integrierte Sichtweise ihre besondere Qualität sichtbar machen.

5.1. Innere und äußere Sicht familialer Interaktion

Familiale Sozialisation bedeutet gegenseitiges Beeinflussen, mit dem eine temporäre Balance der Interaktion zwischen allen Familienmitgliedern erreicht wird. Das Gleichgewicht ist allerdings den entsprechenden Entwicklungsständen der Familienmitglieder, der Kinder und der Eltern, angepaßt; darüber hinaus sind die Interaktionen von den wechselnden Bedürfnissen der Eltern, ihren beruflichen Karrieren etc., abhängig. Diese innere Seite familialer Interaktion bildet gleichsam den Kern der familialen Sozialisation, sie ist der Ausgangspunkt für das innere Vorbild sozialer Beziehungen eines Kindes. In ihr spiegeln sich auch die Strategien wider, mit der Familienaufgaben gelöst werden, und sie repräsentiert die Erfahrungen der Kinder in einer von keinem anderen geteilten Umwelt.
Zusätzlich zu dieser »inneren Sicht« familialer Interaktion muß die Zeitdimension in die Betrachtung einbezogen werden, da die Entwicklungsphasen der Kinder und der Erwachsenen Veränderungen bestehender Strukturen erzeugen. Die lebenslange Entwicklung der Familie impliziert Aufgaben, die über die Interessen der einzelnen Familienmitglieder und ihre unmittelbare Interaktionen hinausgehen. Beispielsweise sind die Aufgaben der intergenerationellen Transmission zwischen Eltern und Kindern oder das Erreichen der Stufe der »Generativität« (*Erikson,* 1950) gegenüber »Stagnation« Bezugspunkte bei der Analyse der familialen Sozialisation, die erst dann sichtbar werden, wenn in längerfristiger Perspektive mehrere Zeitabschnitte im Leben einer Familie miteinander verglichen werden.

5.2. Historische Familienforschung

In der Familie und ihren Interaktionsformen sowie ihren Formaten der Interaktionsvariation spiegeln sich kulturspezifische Normen und Werte ebenso wie historisch epochale Besonderheiten. Bei einer historischen und kulturspezifischen Sichtweise erscheint die Familie und ihre Sozialisationsform immer auch eingebettet in die besonderen Gegebenheiten der Zeit. Diese Aspekte, die bislang nicht oder nur sehr sporadisch zum Thema familialer Sozialisation gemacht wurden, sollen einen Ausblick auf zukünftige Forschung eröffnen. Historische und kulturspezifische Besonderheiten bilden gleichsam immer den äußeren Rahmen, der die Grenzen setzt für die Variationsbreite des Entwicklungsverlaufs einer individuellen Familie. So wird es Trends der Veränderungen geben, die den Lebenslauf einer Familie ganz unterschiedlich gestalten lassen, je nachdem, welches durchschnittliche Lebensalter, generative Verhalten (Anzahl der Kinder etc.), Durchlässigkeit der sozialen Struktur, oder Verfügbarkeit von Ressourcen eine Zeitepoche bestimmte (*Elder,* 1978; *Elder, Caspi, Downey,* 1986; *Elder, Van Nguyen, Caspi,* 1985; *Hareven,* 1978, 1985; *Vinovskis,* 1983). In der historischen Familienforschung ist schließlich auch eine auf drei oder mehr Generationen erweiterte Betrachtungsweise eröffnet worden, wobei der Aspekt des Wandels von über mehrere Generationen hinweg vermittelten Werten und Interpretationsmustern im Vordergrund steht (*Bengtson,* 1986; *Hagestad,* 1981, 1985).

5.3. Familiale Pathologien

Konzepte aus Psychiatrie und Familientherapie haben bereits für das Verstehen der Mechanismen der »normalen« nichtpathologischen Familiensozialisation in verschiedenen Stadien der lebenslangen Entwicklung beigetragen. Vor allem in der Schizophrenieforschung (*Bateson, Jackson, Haley, Weakland,* 1956; *Watzlawick, Beavin, Jackson,* 1967; *Selvini-Palazzoli,* 1977), finden sich zahlreiche Beispiele wie etwa das der »Delegation« eines Kindes zur Aufrechterhaltung der Gesamtbalance einer Familie (*Wynne, Singer,* 1958, 1963). Erst im Vergleich mit normalen Familien ist die Relativität und zum Teil sogar Unhaltbarkeit von Vorstellungen zur Genese von Schizophrenie (häufiges Benutzen von ambivalenten Mitteilungen) bestätigt worden (*Jacob,* 1975). Im Zusammenhang mit Forschungen der Verhaltensgenetik an Zwillingen, bei denen einer als schizophren diagnostiziert war, hat sich beispielsweise ergeben, daß es nicht gemeinsame genetische Ausstattung und auch nicht gemeinsame Familienerfahrung ist, sondern vermutlich der spezifische »ungeteilte« Familieneinfluß, der zum Ausbruch der Krankheit geführt hat.
Inzwischen hat sich an der Schnittstelle von Familienforschung, Psychopathologie und Entwicklungsforschung ein neues Gebiet herausgebildet, das die Familie als einen wichtigen Hintergrund zur Genese von Pathologien in verschiedenen Stadien der individuellen Entwicklung sieht (vgl. *Gerhardt* in diesem Band). Im Feld der »developmental psychopathology« (*Achenbach,* 1984; *Sroufe, Rutter,* 1984; *Noam,* 1986 a, b) wird die Einbeziehung der Ich-Entwicklung und der Erfahrungen von familialer Sozialisation als essentieller Bestandteil bei der Diagnose von Störungen gefordert. Auf diesem Gebiet werden neue Impulse für das Verstehen von Krisen familialer Sozialisation und ihrer Überwindung auch in normalen Familien in besonderem Maße erwartet.

Literatur

Abramovitch, R., Corter, C., Lando, B.: »Sibling interaction in the home«. Child Development. 1979, 997–1003 – *Achenbach, T. M.:* »Developmental psychopathology«. Developmental Psychology: An advanced textbook. Hg. *H. Bornstein* u. *M. E. Lamb.* Hillsdale 405–450 – *Aldous, J.:* Family careers. New York 1978 – *Bateson, G.:* »The logical categories of learning and communication«. Steps to an ecology of mind. Hg. *G. Bateson.* Frogmore 1973, 250–279 – *Bateson, G.:* Mind and Nature. New York 1979 – *Bateson, G., Jackson, D. D., Haley, J., Weakland, J.:* »Toward a theory of schizophrenia«. Behavioral Science. 1956, 251–264 – *Baumrind, D.:* »Effects of authoritative parental control and child behavior«. Child Development. 1966, 887–907 – *Baumrind, D.:* »Current patterns of parental authority«. Developmental Psychology Monographs. 1971 a – *Baumrind, D.:* »Harmonious parents and their preschool children«. Developmental Psychology. 1971 b, 99–102 – *Becker, W. C.:* »Consequences of different kinds of parental discipline«. Review of Child Developmental Research. Hg. *M. L. Hoffman* u. *L. W. Hoffman.* New York 1964, 169–208 – *Becker, W. C., Peterson, D. R., Hellmer, L. A., Shoemaker, D. J., Quay, H. C.:* »Factors in parental behavior and personality as related to problem behavior in children«. Journal of Consulting and Clinical Psychology. 1959, 107–118 – *Becker, W. C., Krug, R. S.:* »A circumflex model for social behavior in children«. Child Development. 1965, 329–365 – *Bell, R. Q.:* »A reinterpretation of the direction of effects in studies of socialization«. Psychological Review. 1968, 81–95 – *Belsky, J.:*

»Early human experience: A family perspective«. Development Psychology. 1981, 3–23 – *Belsky, J., Tolan, W. J.:* »Infants as producers of their own development: An ecological analysis«. Individuals as producers of their development. A life-span perspective. Hg. *R. M. Lerner* u. *N. A. Busch-Rossnagel.* New York 1981, 87–116 – *Bengtson, V. L.:* »Sociological perspectives on aging, families, and the future«. Dimensions in aging: The 1986 Sandoz lectures in gerontology. Hg. *M. Bergener.* London 1986, 237–262 – *Bennett, J. W., Tumin, M. W.:* Social Life. New York 1948 – *Bornstein, M. H., Sigman, M. D.:* »Continuity in mental development from infancy«. Child Development. 1986, 251–274 – *Bowlby, J.:* Attachment and loss. London 1969 – *Bretherton, I.:* »Attachment theory: Retrospect and prospect«. Growing points of attachment research. Monographs of the Society for Research in Child Development. Hg. *I. Bretherton* u. *E. Waters.* 1985 – *Bronfenbrenner, U.:* »Toward a theoretical model for the analysis of parent-child relationship in a social context«. Parental attitudes and child behavior. Hg. *J. C. Glidewell.* Springfield, Il. 1961, 90–109 – *Bronfenbrenner, U.:* Is early intervention effective? A report on longitudinal evaluations of preschool programs. 2. Washington, DC 1974 – *Burgess, E.:* »The family as a unity of interacting personalities«. Family. 1926, 3–6 – *Clarke-Stewart, K. A.:* »And daddy makes three: The father's impact on mother and young child«. Child Development. 1978, 466–478 – *Dunn, J.:* »Sibling relationships in early childhood«. Child Development. 1983, 787–811 – *Dunn, J., Kendrick, C.:* »Interaction between young sibling in the context of family relationships«. The child and its family. Hg. *M. Lewis* u. *L. D. Rosenblum.* New York 1979, 143–168 – *Dunn, J., Kendrick, C.:* »The arrival of a sibling. Changes in patterns of interaction between mother and firstborn child«. Journal of Child Psychology and Psychiatry. 1980, 119–132 – *Dunn, J., Kendrick, C.:* »Interaction between young siblings. Association with the interaction between mother and firstborn«. Developmental Psychology. 1981, 336–343 – *Dunn, J., Kendrick, C.:* »Temperamental differences, family relationships, and young children's response to change within the family«. CIBA foundation symposium 89. Temperamental differences in infants and young children. London 1982, 87–103 – *Dunn, J., Kendrick, C.:* »Siblings and their mothers: Developing relationships within the family«. Sibling relationships: Their nature and significance across lifespan. Hg. *M. E. Lamb* u. *B. Sutton-Smith.* Hillsdale 1982, 39–60 – *Dunn, J., Kendrick, C.:* Siblings: Love, envy, and understanding. Cambridge 1982 – *Dunn, J., Plomin, R., Nettles, M.:* »Consistency in mothers' behavior toward infant sibling«. Developmental Psychology. 1985, 1188–1195 – *Dunn, J., Plomin, R., Daniels, D.:* »Consistency and changes in mothers' behavior toward young siblings«. Child Development 1986, 348–356 – *Duvall, E.:* Family development. Philadelphia 1957 – *Duvall, E.:* Marriage and family development. New York 1977 – *Elardo, R., Bradley, R., Caldwell, B.:* »The relation of infants' home environments to mental test performance from six to thirty-six months: A longitudinal analysis«. Child Development. 1975, 71–76 – *Elardo, R., Bradley, R., Caldwell, B.:* »A longitudinal study of the relation of infants' home environments to language development at age three«. Child Development. 1977, 595–603 – *Elder, G. H.:* »Approaches to social change and the family«. Turning points: Historical and sociological essays on the family. Hg. *J. Demos* u. *S. S. Boocock.* Chicago 1978, 1–38 – *Elder, G. H., Van Nguyen, T., Caspi, A.:* »Linking family hardship to children's lives«. Child Development 1985, 361–375 – *Elder, G. H., Caspi, A., Downey, G.:* »Problem behavior and relationships: A multi-generational analysis«. Human development: Interdisciplinary perspectives. Hg. *A. Sorensen, F. Weinert* u. *L. Sherwod.* Hillsdale 1986, 293–340 – *Erikson, E. H.:* Childhood and society. New York 1950 – *Gjerde, P. F.:* »The interpersonal structure of family interaction settings: Parent-adolescent relations in dyads and triads«. Developmental Psychology. 1986, 297–304 – *Gottesman, I. I., Shields, J.:* Schizophrenia: The epigenetic puzzle. Cambridge 1982 – *Grotevant, H. D., Cooper, C. R.:* »Patterns of interaction in family relationships and the development of identity exploration in adolescence«. Child Development. 1985, 415–428 – *Grotevant, H. D., Cooper, C. R.:* »Individuation in family relationships«. Human Development. 1986, 82–100 – *Hagestad, G. O.:* »Problems and promises in the social psychology of intergenerational relations«. Aging: Stability and changes in the family. Hg. *J. G. March,* New York 1981, 11–46 – *Hagestad, G. O.:* »Older women in intergenerational relations« The physical and mental health of aged

women. Hg. *M. R. Hallig.*New York 1985, 137–151 – *Hareven, T. K.:* »The dynamics of kin in an industrial community«. Turning points: Historical and sociological essays on the family. American Journal of Sociology. Hg. *J. Demos* u. *S. S. Boocock.* Chicago 1978, 151–182 – *Hareven, T. K.:* »Themes in the historical development of the family«. Review of child development research. The family. Hg. *R. D. Parke.* Chicago 1984, 137–178 – *Hareven, T. K.:* »Historical changes in the family and the life course: Implications for child development. History and research in child development«. Monographs of the Society for Research in Child Development. Hg. *A. B. Smuts* u. *J. W. Hagen.* 1985, 4–5 – *Hauser, S. T., Book, B. K., Houlihan, J., Powers, S., Weiss-Perry, B., Follansbee, D., Jacobson, A. M., Noam, G. G.:* »Sex differences within the family: Studies of adolescent and parent family interactions«. Journal of Youth and Adolescence. 1987, 199–220 – *Havighurst, R. J.:* Human development and education. New York 1953 – *Hess, R. D., Handel, G.:* »The family as a psychological organization«. Family worlds. Hg. *R. D. Hess* u. *G. Handel,* Chicago 1959, 14–34 – *Hill, J. P., Holmbeck, G. N.:* »Disagreements about rules in families with seventh-grade girls and boys«. Journal of Youth and Adolescence. 1987, 221–245 – *Holland, D.:* »Familization, socialization, and the universe of meaning: An extension of the interactional approach to the study of the family«. Journal of Marriage and the Family. 1970, 415–427 – *Hooper, J. O., Hooper, F. H.:* »Family and individual development theories«: Conceptual analysis and speculations. Contributions to Human Development. 1985, 1–30 – *Jackson, D. D.:* »The question of family homeostasis«. Psychiatric Quarterly Supplement. 1957, 79–90 – *Jackson, D. D.:* The study of the family. Family Process. 1965, 1–20 – *Jacob, T.:* »Family interaction in disturbed and normal families: A methodological and substantial review«. Psychological Bulletin. 1975, 33–65 – *Kagan, J.:* »Family experience and the child's development«. American Psychologist. 1979, 886–891 – *Kantor, D., Lehr, W.:* Inside the family. San Francisco 1975 – *Kreppner, K.:* »Attachment inside the family«. Attachment in social networks. Hg. *L. W. C. Tavecchio* u. *M. H. Van Jzendoorn.* Amsterdam. 1987, 227–266 – *Kreppner, K.:* »Changes in parent-child relationships with the birth of the second child«. Marriage and Family Review. 1988, 157–181 – *Kreppner, K., Paulsen, S., Schütze, Y.:* »Infant and family development: From triads to tetrads«. Human development. 1982, 373–391 – *Lamb, M. E.:* »The development of mother-infant and father-infant attachments in the second year of life«. Developmental Psychology. 1977, 637–648 – *LaRossa, R., LaRossa, M. M.:* Transition to parenthood. How infants change families. Beverly Hills 1981 – *Lerner, R. M.:* »Children and adolescents as producers of their own development«. Developmental Review. 1982, 342–370 – *Lerner, R. M., Busch-Rossnagel, N. A.:* »Individuals as producers of their own development: Conceptual and empirical bases«. Individuals as producers of their own development. A life span perspective. Hg. *R. M. Lerner* u. *N. A. Busch-Rossnagel.* New York 1981 – *Lewin, K., Lippitt, R., White, R. K.:* »Patterns of aggressive behavior in experimentally created ›social climates‹«. Journal of social Psychology. 1939, 271–299 – *Lewis, M., Freedle, R.:* »Mother-infant dyad: The cradle of meaning. Communication and affect. Hg. *P. Pliner, L. Krames* u. *T. Alloway.* New York 1973, 127–155 – *Lewis, M., Weinraub, M.:* »The father's role in the child's social network«. The role of the father in child development. Hg. *M. E. Lamb.* New York. 1976, 157–184 – *Lidz, T.,* Hg.: The family and human adaptation. New York 1963 – *Maccoby, E. E., Martin, J. A.:* »Socialization in the context of the family: Parent-child interaction«. Handbook of child psychology: Socialization, personality, and social development. Hg. *P. H. Mussen.* New York 1983, 1–101 – *Main, M. B., Kaplan, N., Cassidy, J.:* »Security in infancy, childhood, and adulthood: A move to the level of representation«. Monographs of the Society for Research in Child Development. 1985, 66–104 – *Martin, J. A.:* »A longitudinal study of consequences of early mother-infant interaction: A micro-analytical approach«. Monographs of the Society for Research in Child Development. 1981, 3–190 – *Minuchin, P.:* »Families and individual development: Provocations from the field of family therapy«. Child Development. 1985, 289–302 – *Mishler, E G., Waxler, N. E.,* Hg.: Interaction in families. New York 1968 – *Montemayor, R.:* »Parents and adolescents in conflict: All families some of the time and some families all of the time«. Journal of Early Adolescence. 1983, 83–103 – *Noam, G.:* »Borderline personality disorders and the theory of biography and transformation«. McLean Hospital

Journal, 1986a, 19–43 – *Noam, G.:* »Developmental psychopathology. The theory of biography and transformation and the borderline personality disorder – (Part II): A developmental typology«. McLean Hospital Journal. 1986b, 79–105 – *Olson, D. H., McCubbin, H. I.:* Families. London 1983 – *Osofsky, J. D., Osofsky, H. J.:* »Psychological and developmental perspectives on expectant and new parenthood«. Review of child developmental research: Vol. 7. The family. Hg. *R. D. Parke.* Chicago 1984, 372–397 – *Parsons, T., Bales, R.:* Family, socialization and interaction process. Glencoe 1955 – *Pedersen, F. A.:* The father-infant relationship. New York 1980 – *Piaget, J.:* La construction du réel chez l'enfant. Neuchatel 1937 – *Plomin, R.:* Development, genetics, and psychology. Hillsdale, NJ 1986 – *Plomin, R., Loehlin, J. C., DeFries, J. C.:* »Genetic and environmental components of ›environmental‹ influences«. Developmental Psychology. 1985, 391–402 – *Plomin, R., Daniels, D.:* »Why are children in the same family so different from one another? Behavioral and Brain Sciences. 1987, 1–60 – *Powers, S. I., Hauser, S. T., Schwartz, J. M., Noam, G., Jacobson, A. M.:* »Adolescent ego development and family interaction: A structural-developmental perspective«. Adolescent development in the family. New Directions in Child Development. Hg. *H. D. Grotevant* u. *C. R. Cooper.* San Franzisco 1983, 5–25 – *Reiss, D.:* The family's construction of reality. Cambridge Mass. 1981 – *Rheingold, H. L.:* »The social and socializing infant«. Handbook of socialization theory and research. Hg. *D. Goslin.* Chicago 1969, 779–790 – *Rodgers, R.:* Familiy interaction and transaction. The developmental approach. Englewood Cliffs, NJ 1973 – *Rowe, D. C., Plomin, R.:* »The importance of noshared (E1) environmental influences in behavioral development«. Developmental Psychology. 1981, 517–531 – *Scarr, S., Weinberg, R. A.:* »Intellectual similarities within families of both adopted and biological children«. Intelligence. 1977, 170–191 – *Scarr, S., Weinberg, R. A.:* »The influence of ›family background‹ on intellectual attainment«. American Sociological Review. 1978, 674–692 – *Scarr, S., Webber, P., Weinberg, R. A., Wittig, M. A.:* »Personality resemblance among adolescents and their parents in biologically related and adoptive families«. Journal of Personality and Social Psychology. 1981, 885–898 – *Scarr, S., McCartney, K.:* »How people make their own environments: A theory of genotype – environment effects«. Child Development. 1983, 424–435 – *Scarr, S., Weinberg, R. A.:* »The Minnesota adoption studies: Genetic differences and malleability«. Child Development. 1983, 260–267 – *Schneewind, K.:* »Contextual approaches to family systems research: The macro-micro puzzle«. Family systems and life span development. Hg. *K. Kreppner* u. *R. M. Lerner.* Hillsdale 1988 – *Schneewind, K., Beckmann, M., Engfer, A.:* Eltern und Kinder. Stuttgart 1983 – *Selvini-Palazzoli, M., Boscolo, L., Cecchin, G., Prata, G.:* Paradoxon und Gegenparadoxon. Ein neues Therapiemodell für die Familie mit schizophrener Störung. Stuttgart 1977 – *Singer, M., Wynne, L.:* »Differentiating characteristics of parents of childhood schizophrenics, childhood neurotics, and young adult schizophrenics«. American Journal of Psychiatry. 1963, 234–243 – *Singer, M., Wynne, L.:* »Thought disorder and family relations of schizophrenics IV. Results and implications«. Archives of General Psychiatry. 1965, 210–212 – *Spranger, E.:* Lebensformen. Tübingen 1921 – *Spranger, E.:* Das Gesetz der ungewollten Nebenwirkungen in der Erziehung. Heidelberg 1962 – *Sroufe, L. A., Rutter, M.:* »The domain of developmental psychopathology«. Child Development. 1984, 17–29 – *Sroufe, L. A., Fleeson, J.:* Attachment and the construction of relationships. Relationships and development. Hg. *W. Hartup* u. *Z. Rubin.* Hillsdale 1986, 51–71 – *Steinberg, L.:* »The impact of puberty on family relations: Effects of pubertal status and pubertal timing«. Developmental Psychology. 1987, 833–840 – *Steinberg, L., Silverberg, S. B.:* »The vicissitudes of autonomy in early adolescence«. Child Development. 1986, 841–851 – *Steinglass, P.:* »A systems view of family interaction and psychopathology«. Family interaction, and psychopathology. Hg. *T. Jacob.* New York 1987, 25–65 – *Steinglass, P., Bennett, L., Wolin, S. J., Reiss, D.,* Hg.: The Alcoholic Family. New York 1987 – *Trevarthen, C.:* Instincts for human understanding and for cultural cooperation: Their developmental in infancy. Papier presented at the Werner Reimers Stiftung. Symposium on Human Ethology, 25.–29. Oktober, Bad Homburg 1977 – *Vinovskis, M. A.:* »Home, hearth, and history: American families in the past«. Ordinary people and everyday Life: Perspectives on the new social history. Hg. *J. B. Gardner* u. *G. R. Adams.* Nashville TN 1983, 115–138 –

Wachs, T. D.: »Proximal experience and early cognitive-intellectual development: The social environment«. Home environment and early cognitive development. Hg. *A. W. Gottfried.* New York 1984, 273–328 – *Wachs, T. D., Gruen, G.:* Early experience and human development. New York 1982 – *Watzlawick, P., Beavim, J. H., Jackson, D. D.:* Pragmatics of Human Communication. New York 1967 – *Wynne, L. C., Ryckoff, I. N., Day, I., Hirsch, S. I.:* »Pseudomutuality in the family relations of schiozphrenics«. Psychiatrist. 1958, 205–220 – *Wynne, L. C., Singer, M. T.:* »Thought disorders and the family relations of schizophrenics: I. A research strategy«. Archives of General Psychiatry. 1963, 191–198 – *Zuckermann, M., Ribback, B. B., Monashkin, I.:* »Normative data and factor analysis of the PARI«. Journal of Consulting Psychology. 1958, 165–171

Yvonne Schütze

Geschwisterbeziehungen

Vorbemerkung

In Geschwisterstudien wird häufig betont, daß Geschwister in der Sozialisations- und Entwicklungsforschung auf Grund der Konzentration auf die Mutter-Kind-Dyade nahezu keine Rolle gespielt hätten (*Irish,* 1964; *Lamb/Sutton-Smith,* 1982). Diese Aussage ist insofern nicht ganz richtig, als es seit über 100 Jahren empirische Untersuchungen über den Einfluß, den die Position in der Geschwisterreihe auf die Persönlichkeit und Lebensgestaltung eines Individuums hat, gibt. *Fröhlich* schätzte auf der Basis umfassender Recherchen die Anzahl von Untersuchungen dieses Typs auf nahezu 4000 (*Fröhlich,* 1981). Andererseits aber ist die Beobachtung, daß Geschwister eine vernachlässigte Kategorie der Forschung sind, richtig. Der Geschwisterpositionsforschung – entstanden aus der Anlage-Umwelt-(natur-nurture-)Debatte – ging es nämlich in erster Linie darum, zu bestimmen, welchen Einfluß die Umweltvariable Geburtenrang auf Geschwister hat, die ja 50 % ihrer genetischen Ausstattung miteinander teilen. Angesichts der Bevölkerungsexplosion einerseits und sinkender Geburtenraten andererseits, ist die Geschwisterforschung bestrebt, eine »optimale Geschwisterkonfiguration« festzustellen, aufgrund derer Eltern ihr generatives Verhalten planen können (*Mitchell/Schroers,* 1973).

Der überwiegende Teil dieser Forschungsarbeiten bezieht sich nicht auf wirkliche Geschwister und ihre wechselseitige Beziehung, sondern es werden Vergleiche zwischen meist Erwachsenen angestellt, die sich im Hinblick auf ihre Stellung in der Geschwisterreihe unterscheiden. Dabei wird nach einem statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der Position in der Geschwisterreihe und dem Auftreten eines Merkmals gesucht z. B. Angst, Affiliationsbedürfnis, Intelligenz, Leistungsmotivation, Berufswahl, Delinquenz, physische Eigenheiten oder psychische Störungen.

Wird ein solcher Zusammenhang gefunden, wird die Erklärung dafür meist im vermuteten unterschiedlichen Verhalten der Eltern gegenüber den Inhabern einer bestimmten Stellung in der Geschwisterreihe gesucht. So vermuten z. B. *Sutton-Smith/Rosenberg* (1970) und *Schachter* (1959), daß Erstgeborene von ihren Eltern ein sehr viel höheres Maß an Zuwendung, Aufmerksamkeit, aber auch Überfürsorglichkeit erfahren als Nachgeborene und deshalb auch im späteren Leben abhängiger sein werden. Ein zweiter Erklärungsansatz besagt, daß eine unterschiedliche Rollenverteilung innerhalb der Geschwisterreihe eine Verschiedenheit von Persönlichkeitsmerkmalen bedingt. So nimmt *Toman* (1974) an, daß z. B. ein älterer Bruder spezifische Erfahrungen macht, die eine günstige Ausgangsbasis für die Ehe mit einer jüngeren Schwester bilden. Ein älterer Bruder lernt wie man einer Frau eine männliche Hilfe anbietet, und eine jüngere Schwester hat gelernt, auf diese Hilfe zu vertrauen und sie anzunehmen. Tomans Theorie komplementärer Partnerwahl in Abhängigkeit vom Geburtenrang fand aber keine empirische Bestä-

tigung (*Birtchell/Mayhew,* 1977). Das heißt, in diesen Untersuchungen werden post hoc Erklärungen für statistische Zusammenhänge gegeben, ohne aber andere Variablen hinzuzuziehen, die gleichfalls Einflußgrößen im Sozialisationsprozeß darstellen und ohne die tatsächlichen Beziehungen und Interaktionen zwischen Eltern und Kindern einerseits und den Geschwistern andererseits zu untersuchen. Diesem Umstand scheint es neben zahlreichen methodischen Mängeln geschuldet zu sein, daß die Geschwisterpositionsforschung keine konsistenten Ergebnisse aufzuweisen hat. Wie ein Blick in die Übersichtsartikel zu dieser Forschungsrichtung belegt, von Jones im Jahre 1931 bis zu einer umfassenden Publikation von *Ernst* und *Angst* im Jahre 1983 sind immer wieder die gleichen methodischen Fehler gemacht worden und ist es nicht gelungen die unterschiedliche Entwicklung der Geschwister über ihre Stellung in der Geschwisterreihe, selbst wenn Geschlecht, Geschlechterfolge und Altersabstand hinzugenommen werden, zu erklären (*Jones,* 1931; *Krout,* 1939; *Schachter,* 1963; *Sutton-Smith/Rosenberg,* 1970; *Zajonc,* 1979; *Fröhlich,* 1981; *Sutton-Smith,* 1982; *Ernst/Angst,* 1983). Dies gilt offenbar auch für neuere Untersuchungen, die nach Erklärungen für interindividuelle Unterschiede bei wirklichen Geschwistern suchen (*Sutton-Smith,* 1982; *Bryant,* 1982; *Dunn,* 1985; *Furmann/Buhrmester,* 1985). Die Geschwisterpositionsforschung ist zu unterscheiden von der Geschwisterforschung, die sich in erster Linie mit der Geschwisterbeziehung und nicht mit dem Geburtenrang beschäftigt (*Fröhlich,* 1981). Im folgenden Beitrag wird von theoretischen Konzepten und empirischen Ergebnissen der Geschwisterforschung zu berichten sein.

1. Familiensoziologische Aspekte der Mehr-Kinder-Familie

In der Familiensoziologie hat das Thema Geschwister keine Tradition. So wird in theoretischen Abhandlungen über die Struktur der Familie keine Unterscheidung zwischen Ein-Kind- und Mehr-Kind-Familie getroffen (z. B. *Tyrell,* 1983, *Schulz,* 1983). Dies mag u. a. seinen Grund darin haben, daß die Familiensoziologie sich traditionellerweise stets mit den gesellschaftlichen Einflüssen beschäftigte, die auf den institutionellen Bestand der Ehe und Familie (vorzugsweise der Ehe) einwirken. Gleichwohl geht ein so einflußreicher Soziologe wie René König bis in die späten 60er Jahre noch selbstverständlich davon aus, daß zu einer sozialen Gruppierung, die den Namen Familie verdient, mindestens zwei Kinder gehören. » . . . die Ein-Kind Familie kann nämlich kaum mehr als Familie, sondern höchstens als Ehepaar mit einem Kind angesehen werden (was nicht dasselbe ist)« (*König,* 1973, 219).
Diese Einschätzung ist, angesichts der steigenden Anzahl sogenannter unvollständiger Familien, in denen nur ein Elternteil präsent ist und angesichts von zahlreichen Einzelkindern, mit der gegenwärtigen Realität kaum noch in Einklang zu bringen. Wenn aber auch diese, die Familie definierende Größenordnung, wie sie *König* bestimmt, nicht (mehr) haltbar ist, so verweist seine Unterscheidung zwischen einem Ehepaar mit einem Kind und einer Familie mit mehreren Kindern auf die Frage nach der strukturellen Bedeutung, die mehrere Kinder d. h. Geschwister für das Familiensystem haben.

Die theoretische Grundlegung für eine solche systemische Auffassung der Familie finden wir bereits bei *Simmel,* der in seiner Abhandlung ›Die quantitative Bestimmtheit der Gruppe‹ die Differenz analysiert, die durch die Ankunft eines zweiten Kindes im Vergleich zur Ein-Kind Situation entsteht.

»So hat z. B. eine Ehe mit einem Kind einen völlig anderen Charakter als eine kinderlose, während sie sich gegen eine Ehe mit zwei oder mehr Kindern lange nicht mehr so bedeutsam unterscheidet. Freilich ist die Differenz ihres inneren Wesens, die das zweite Kind zuwege bringt, wieder viel erheblicher als die aus dem dritten sich ergebende. Aber dies folgt doch auch der genannten Norm; denn eine Ehe mit einem Kind ist in vielfacher Beziehung ein Verhältnis mit zwei Gliedern: die Eltern als Einheit auf der einen, das Kind auf der anderen Seite. Das zweite Kind ist hier tatsächlich nicht nur ein viertes, sondern, soziologisch betrachtet, gleichzeitig auch ein drittes Glied einer Beziehung, das die eigentümlichen Wirkungen eines solchen übt; denn innerhalb der Familie bilden, sobald das eigentliche Kindesalter vorüber ist, viel häufiger die Eltern eine Wirkungseinheit, als die Gesamtheit der Kinder es tut« (*Simmel,* 1983, 70–71).

Die bei *Simmel* postulierte Einheit des Elternpaares läßt sich erstens am Generationenunterschied, d. h. am Alters-Macht- und Kompetenzvorsprung der Eltern festmachen. Als Erwachsene, die auf einem anderen Entwicklungsniveau agieren als das Kind, bilden sie somit eine Einheit, auch wenn sich Mutter und Vater auf Grund von Geschlechtszugehörigkeit und individuellen Persönlichkeitsmerkmalen deutlich voneinander unterscheiden. Zweitens definieren sich die Eltern nicht nur als Eltern – sondern auch als Ehepaar, d. h. als ein Beziehungssystem zu dem qua definitione ein Dritter keinen Zugang hat.

Wie *Simmel* feststellte, bedeutet das Hinzutreten eines Dritten zu einer Zweiergemeinschaft einerseits Bereicherung: die Verbindung zwischen den Zweien wird durch die jeweilige Verbindung, die beide zu dem Dritten haben, erweitert. Andererseits aber wirkt diese Verbindung nicht nur als Stärkung sondern auch als Störung. »Es gibt kein noch so inniges Verhältnis zwischen dreien, in dem nicht jeder einzelne gelegentlich von den beiden andren als Eindringling empfunden würde« (*Simmel,* 1983, 68). Gehen wir also mit *Simmel* davon aus, daß die Ein-Kind-Familie soziologisch gesehen eine Zweiergemeinschaft ist – Elternpaar mit einem Kind – so wird sich ein zweites Kind auf diese Gemeinschaft wie ein drittes Mitglied auswirken: bereichernd und störend gleichermaßen.

Andererseits aber, wenn wir davon ausgehen, daß die Eltern ja auch Individuen sind, so erfüllt das erste Kind bereits den Tatbestand wie ein Dritter zu wirken, und das zweite Kind ist dann das vierte Mitglied der Gruppe. Damit wird eine Reihe neuer Konstellationen möglich: der Einheit der Eltern kann nun eine Einheit der Kinder gegenübertreten, in Termini der Systemtheorie: Das Familiensystem differenziert sich entlang der Generationenachse in ein Eltern- und ein Geschwistersubsystem. Gleichzeitig vermehren sich die möglichen Zweier-Koalitionen von drei auf sechs, was wiederum die Gefahr reduziert, daß ein Mitglied der Gruppe isoliert wird.

Diese Differenzierung des Familiensystems hat Implikationen sowohl für die Eltern als auch für die Kinder. In der Ehepaar-mit-einem-Kind-Konstellation ist strukturell der Ablösungsprozeß von den Eltern erschwert, da das Kind stets auf die Eltern oder ein Elternteil verwiesen ist. Umgekehrt ist es auch möglich, daß die Elternkoa-

lition so stark ist, daß das Kind tendentiell ausgeschlossen wird. Bei zwei oder mehr Kindern kann die Einheit der Geschwistergruppe als ein Gegengewicht zu den Eltern figurieren, und dies sowohl im Falle zu großer Nähe als zu großer Distanz zu den Eltern. *Bank* und *Kahn* betonen in ihren aus der therapeutischen Praxis gewonnenen Erkenntnissen über Geschwisterbeziehungen, daß eine besonders enge Bindung und tiefgehende wechselseitige Loyalität bei den Geschwistern anzutreffen ist, denen es an elterlicher Zuwendung mangelte (*Bank/Kahn,* 1975, 1982).
Soweit die Konzeptualisierung der Mehr-Kinder-Familie aus struktur-theoretischer Sicht.
Wie sich nun aber die Geschwisterbeziehung entwickelt und welche Wechselwirkungen sich im Verlaufe dieses Prozesses zwischen den einzelnen Familienmitgliedern entfalten, werde ich im folgenden Abschnitt anhand empirischer Befunde darstellen. Allerdings, die Zahl der Untersuchungen, die diesen Prozeß über einen längeren Zeitraum verfolgt haben, ist gering (*Savioz,* 1968; *Dunn/Kendrick,* 1982, 1982a; *Kendrick/Dunn,* 1983; *Dunn/Munn,* 1985, 1986; *Dunn,* 1985; *Stillwell/Dunn,* 1985; *Abramovitch* et al., 1982; *Corter* et. al., 1983; *Abramovitch* et. al., 1986; *Schütze,* 1986, 1987). Erschwert wird ein Vergleich der Ergebnisse u. a. auch dadurch, daß die Zeitpunkte, zu denen die Geschwisterbeziehung beobachtet wurde, voneinander abweichen. Die vorliegenden Untersuchungen beziehen sich überwiegend auf nur zwei Geschwister, ein Mangel, der allerdings insofern nicht allzu gravierend ist, als gegenwärtig der häufigste Familientypus die Zwei-Kinder-Familie ist.

2. Zur Entwicklung der Geschwisterbeziehung

2.1. Vor Geburt des zweiten Kindes

In der bisherigen Betrachtung des strukturellen Aspekts kommt freilich die dynamische Seite des Familiengeschehens zu kurz. Mit Geburt eines zweiten Kindes etabliert sich nämlich keineswegs automatisch ein Geschwistersystem, das die oben dargestellten Wirkungen zeitigt. Empirisch handelt es sich hier um einen langandauernden, oft ziemlich mühsamen Prozeß, der in den einzelnen Familien sehr unterschiedlich abläuft.
Wenn auch aus den oben erörterten Gründen rein theoretisch das Ehepaar mit einem Kind möglicherweise noch keine Familie ist, so entspricht dies doch keineswegs der Wahrnehmung der Vater-Mutter-Kind-Triade. Im Gegenteil, die häufig krisenreiche Umstellung vom Ehepaar zum Elternpaar ist vollzogen und Mutter und Vater haben eine je individuelle Beziehung zu ihrem Kind etabliert (vgl. zum Problem des Übergangs zur Elternschaft *Hobbs,* 1968; *Jacoby,* 1969; *Gloger-Tippelt,* 1985).
Wenn also mit der Ankunft eines zweiten Kindes auch kein Rollenwechsel vom Ehe- zum Elternpaar verbunden ist, so sehen sich die Eltern doch insofern mit einer neuen Situation konfrontiert, als sie nicht mehr Mutter und Vater eines einzigen

Kindes sondern zweier Kinder sein werden. Schon vor Geburt des zweiten Kindes machen sich viele Eltern darüber Gedanken, wie das erste Kind die neue Situation bewältigen wird (*Dunn/Kendrick,* 1982).
Nicht nur in der Wissenschaft auch im Alltagsverständnis gilt als Faktum, daß das ältere Kind auf das neugeborene Geschwister mit Eifersucht reagiert.

»Es fühlt sich entthront, beraubt, in seinen Rechten geschädigt, wirft einen eifersüchtigen Haß auf das Geschwisterchen und entwickelt einen Groll auf die ungetreue Mutter, die sich sehr oft in einer unliebsamen Veränderung seines Benehmens Ausdruck schafft. Es wird etwa »schlimm«, reizbar, unfolgsam und macht seine Erwerbungen in der Beherrschung der Ausscheidungen rückgängig. Das ist alles längst bekannt und wird als selbstverständlich hingenommen« (*Freud,* 1972, Bd. XV, 131).

Und wenn Theorie und Forschung sich neben dem Einfluß des Geburtenrangs mit Geschwistern beschäftigten, war es dominant der Aspekt der Rivalität (*Sewall,* 1930; *Levy,* 1937; *Podolsky,* 1954).
Nun beziehen aber Eltern oftmals mehr Variablen in ihre Überlegungen ein als Wissenschaftler, d. h. auch wenn die Eltern davon ausgehen, daß das ältere Kind eifersüchtig sein wird, so halten sie dies für ein temporäres Problem. Langfristig wird gerade mit Blick auf das erste Kind eine Verbesserung antizipiert, bzw. bildet oft das erste Kind den Grund dafür, ein zweites haben zu wollen.
Inwieweit die Hoffnungen, Erwartungen aber auch Ängste der Eltern vor Geburt eines weiteren Kindes möglicherweise einen Einfluß auf die Entwicklung der einzelnen Kinder und ihre Beziehung haben, wird nur in Fallstudien aus der therapeutischen Praxis thematisiert, ist aber bisher nicht Gegenstand systematischer Forschung gewesen (*Bank/Kahn,* 1982).

2.2. Die Situation nach Geburt des zweiten Kindes

Da – wie Langzeituntersuchungen in etwa übereinstimmend zeigen – die Veränderungen in der Geschwisterbeziehung durch Entwicklungsfortschritte des zweiten Kindes markiert werden, orientiert sich die Darstellung der empirischen Befunde an diesen Wendepunkten. Der erste Wendepunkt liegt etwa um den 8. Lebensmonat des zweiten Kindes, wenn es in der Lage ist, sich selbständig fortzubewegen. Der zweite Wendepunkt ist etwa im Bereich zwischen dem 16. und 18. Lebensmonat angesiedelt, wenn das zweite Kind über ein passives Sprachvermögen verfügt (*Dunn/Kendrick,* 1982; *Vuyk,* 1959; *Savioz,* 1968; *Kreppner/Paulsen/Schütze,* 1982).
Nach der Geburt des zweiten Kindes sehen sich die Eltern nicht nur mit einem deutlichen Zuwachs an Arbeit sondern auch mit der Aufgabe konfrontiert, das erste Kind mit dem Baby vertraut zu machen und es in die Position eines älteren Geschwisters einzubeziehen. Dies geschieht über eine Reihe von Kommunikationsstrategien, die darauf angelegt sind, eine Beziehung zwischen den Geschwistern herzustellen, wobei teilweise auch im Sinne des Thomas-Theorems, »wenn Menschen eine Situation als real definieren, ist sie auch real in ihren Konsequenzen« unterstellt wird, als ob diese Beziehung bereits bestünde (*Schütze,* 1987).
Die Reaktionen des älteren Kindes auf die neue Situation sind nicht schlicht mit

dem Stichwort Eifersucht charakterisierbar. Zwar registrierten etwas mehr als die Hälfte der Mütter nach der Geburt des zweiten Kindes negative Verhaltensveränderungen wie Schlafprobleme, Rückzugsverhalten, Weinerlichkeit, Anklammern, Trotz usw. (*Dunn/Kendrick,* 1982; *Dunn,* 1983; *Nadelman/Begun,* 1982; *Stewart* et. al., 1987) gleichwohl gab es keinen Zusammenhang zwischen diesen Verhaltensweisen und denen gegenüber dem Baby. Die älteren Kinder, die im Vergleich zu früher sich in der Interaktion mit der Mutter fordernder und aggressiver erwiesen, richteten nur selten Aggressionen gegen das Baby (*Dunn/Kendrick,* 1982). Wobei Aggressionen dieser Art überhaupt sehr selten waren (*Schütze,* 1987). Dagegen fand *van Ijzendoorn* – allerdings in einem sehr kleinen Sample von 5 Familien – daß alle Kinder auf das neue Geschwister aggressiv reagierten (*van Ijzendoorn,* 1985). Eine widersprüchliche Einschätzung kindlicher Aggressionen gegen das Baby liegt insofern nahe, als es – vor allem bei jüngeren Kindern unter zwei Jahren – schwer zu entscheiden ist, ob es sich um aggressives Verhalten handelt oder möglicherweise nur um heftige, unkoordinierte Bewegungen, die die Funktion haben, das Baby zu explorieren.

Besonders interessiert und liebevoll erwiesen sich die Kinder, deren Mütter das Kind ermutigten, sich an der Pflege des Babys zu beteiligen und mit ihm über Bedürfnisse, Gefühle und Wünsche des neuen Geschwisters sprachen. Dies bedeutete aber wiederum nicht, daß diese Kinder keine Verhaltensprobleme in anderer Hinsicht gehabt hätten. Auch demonstrierten sie nicht weniger negatives Verhalten gegenüber dem Baby als andere Kinder (*Dunn/Kendrick,* 1982).

Eine wichtige Rolle fällt während dieser Umstellungsphase auf zwei Kinder offenbar dem Vater zu. Während des Klinikaufenthaltes der Mutter werden die ersten Kinder von Großmutter und Vater oder vom Vater allein versorgt und es entwickeln sich häufig intensive Vater-Kind-Interaktionen, die nach der Rückkehr der Mutter fortgesetzt werden (*Dunn/Kendrick,* 1982). *Dunn/Kendrick* berichten, daß die Kinder, die eine enge Beziehung zum Vater hatten, nach der Geburt des Babys weniger Konflikte mit der Mutter initiierten, als die Kinder, bei denen dies nicht der Fall war. Und allgemein heißt es, daß die Väter – nach Aussagen der Mütter – sich mehr als früher dem ersten Kind widmeten und sich auch häufiger mit ihm als dem Baby beschäftigten (vgl. auch *Stewart* et al., 1987; *van Ijzendoorn,* 1985).

Zusammenfassend läßt sich die Situation während der ersten Lebensmonate des Babys folgendermaßen charakterisieren: Etwa die Hälfte der Kinder reagieren auf die Ankunft des Babys mit sogenannten negativen Verhaltensänderungen, wobei die Jungen sich mehr zurückziehen, die Mädchen mehr abhängiges Verhalten an den Tag legen (*Nadelman/Begun,* 1982; *Dunn/Kendrick,* 1982). Gleichzeitig aber heißt es auch übereinstimmend, daß alle Kinder im gleichen Zeitraum auch Entwicklungsfortschritte machten. Die Kontakte zwischen den Kindern werden primär von den Eltern stimuliert, wobei das Verhalten des ersten Kindes gegenüber dem Baby überwiegend positiv ist.

3. Rivalität

Während der ersten »Liegemonate« (*Savioz,* 1968) des Säuglings wird das ältere Kind nur insofern durch das jüngere beeinträchtigt, als die Aufmerksamkeit der Eltern, vor allem der Mutter, nicht mehr ihm allein, sondern nur dem Baby gilt. Sobald aber das zweite Kind sich selbständig fortbewegen kann, greift es aktiv und zwar ausgesprochen störend in die Sphäre des Geschwisters ein (*Vuyk,* 1959; *Savioz,* 1968; *Dunn/Kendrick,* 1982; *Schütze,* 1987). Es bemächtigt sich der Spielzeuge, zerstört tapsig dessen Bauten, Puzzles und Gemälde und greift störend in die Mutter-Kind- oder Vater-Kind-Interaktionen ein. Außerdem erfreut es sich der vermehrten Aufmerksamkeit der Eltern, weil diese einmal entzückt sind von seinen Entwicklungsfortschritten und zum anderen, weil sie die explorativen »Ausflüge« des Krabbelkindes überwachen, um zu verhindern, daß es sich in Gefahr bringt. Kommt es zu Streitigkeiten zwischen den Geschwistern, »verderben die Eltern erst recht alles, indem sie regelmäßig das Kleinere in Schutz nehmen und das Größere zu einer Vernünftigkeit auffordern, die seine Möglichkeiten im allgemeinen übersteigt« (*Savioz,* 1968, 214; ebenso auch *Vuyk,* 1959). Diese Situation spiegelt sich in folgenden Ergebnissen: das positive Verhalten des ersten Kindes gegenüber dem zweiten reduziert sich im Vergleich zur vorhergehenden Phase signifikant, und gleichfalls signifikant steigern sich die negativen Verhaltensweisen (d. h. sowohl körperliche wie verbale Aggressionen, Wegnehmen von Spielsachen usw.) (*Kendrick/Dunn,* 1983; *Schütze,* 1987).

Wie schwierig sich die Situation des ersten Kindes während dieser Zeit gestaltet, läßt sich auch an den Zeiten ablesen, die Mütter und Väter mit den Kindern spielen. Die Mütter spielen zeitlich gesehen doppelt so lange mit den zweiten Kindern wie mit den ersten. Bei den Vätern ist das Verhältnis ausgeglichener, sie spielen sogar etwas mehr mit den ersten Kindern, was wiederum darauf hindeutet, eine wie wichtige Rolle den Vätern im Rivalitätskonflikt zwischen den Kindern zufällt (*Schütze,* 1987). Es ist wohl allerdings weniger die Quantität an Zeit, die Mutter und zweites Kind miteinander verbringen als die Qualität der Mutter-Baby-Interaktionen, die das negative Verhalten des älteren Kindes beeinflußt. Die zeigte sich vor allem bei den älteren Mädchen, deren Mütter vor der Geburt des zweiten Kindes eine besonders intensive und innige Beziehung zu ihren Töchtern unterhielten und sich nunmehr in ähnlicher Weise dem zweiten Kind widmeten. Während umgekehrt, die Mädchen und auch Jungen, die zuvor eine konfliktreiche Beziehung mit ihren Müttern hatten, sich nach 14 Monaten besonders herzlich gegenüber ihren Geschwistern verhielten (*Dunn/Kendrick,* 1982).

Bei aller Konflikthaftigkeit dieser Phase darf man jedoch nicht übersehen, daß nun erstmals auch wechselseitige Interaktionen zwischen den Geschwistern in Gang kommen, die sich nicht mehr wie während der ersten Monate nur auf gegenseitiges Anlachen und Anfassen beschränken. Es finden nun erste kleine Spiele zwischen den Geschwistern statt, in denen freilich die Ambivalenz seitens des ersten Kindes deutlich zum Ausdruck kommt. Während die älteren Kinder in der Untersuchung von *Abramovitch* et al. (1982) 80 % aller negativen Verhaltensweisen initiierten, kam solches Verhalten bei den jüngeren (18 Monate alt) nur sehr selten vor. Wenn

aber die jüngeren sich aggressiv verhielten, wehrten sich die älteren auf der Stelle, während die jüngeren die zahlreichen Aggressionen der älteren zumeist ohne Gegenattacke hinnahmen.
Die älteren Kinder initiierten freilich auch mehr positive Interaktionen mit den jüngeren, was in erster Linie auf ihre höhere Interaktionskompetenz zurückzuführen ist. Die jüngeren Kinder gingen auf diese Angebote auch meistens freudig ein, während die älteren Spielangebote der jüngeren häufig ignorierten (vgl. dazu auch *Schütze,* 1987). Wie bedeutsam das ältere für das jüngere Kind ist, zeigt sich weniger in seinen Spielangeboten als in seinem Imitationsverhalten und in seinem Bemühen, die Nähe des älteren Kindes zu suchen (*Dunn/Kendrick,* 1982; *Lamb,* 1978; *Abramovitch* et al. 1982).
Zusammenfassung: Die zweite Phase der Geschwisterbeziehung ist erstens durch die Rivalität, die das ältere Kind gegenüber dem jüngeren demonstriert und zweitens durch erste Interaktionen zwischen den Kindern, gekennzeichnet. Das konfliktreiche Verhältnis zwischen den Kindern scheint einmal durch die Fähigkeit des zweiten Kindes bedingt, aktiv die Kreise des ersten zu stören, zum anderen durch die etwas einseitige Parteinahme der Eltern für das zweite.

4. Die Konsolidierung der Geschwisterbeziehung

Wenn das jüngere Kind etwa um dem 16.–18. Lebensmonat über passives Sprachvermögen verfügt und sich aktiv im Gebrauch der Sprache übt, verringert sich das bisherige Ungleichgewicht in der Geschwisterbeziehung allmählich. Zwar initiieren die älteren Kinder immer noch mehr Interaktionen, in positiver als negativer Hinsicht, aber die jüngeren ziehen nach. Im Hinblick auf körperliche Aggressionen fanden *Abramovitch* et al. (1982) sogar zwischen beiden Kindern (das jüngere Kind war 3 Jahre alt) keine Unterschiede mehr. Und *Dunn/Munn* (1985) beobachteten, daß die körperlichen Aggressionen des zweiten Kindes im Alter zwischen 14 und 21 Monaten signifikant anstiegen. Die jüngeren Kinder wehren sich nunmehr auch häufiger, wenn sie von den älteren angegriffen werden (*Schütze,* 1987). Dementsprechend ändert sich auch das Elternverhalten. Die Eltern gehen nun nicht mehr davon aus, daß das jüngere Kind besonders schutzbedürftig ist und überlassen es mehr und mehr den Kindern, ihre Konflikte alleine auszutragen (*Dunn/Munn,* 1985; *Schütze,* 1987).
Zusammenfassung: Die dritte Phase der Geschwisterbeziehung ist durch zunehmende Konsolidierung und Unabhängigkeit von den Eltern gekennzeichnet. Zwar gibt es zwischen den Kindern nicht weniger Konflikte als zuvor, aber die Eltern sehen sich nicht mehr genötigt, ständig einzugreifen. Die spürbare Entlastung der Eltern läßt sich auch daran ablesen, daß die Mütter an eine Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit denken (*Schütze,* 1982).

5. Wandel und Kontinuität der Geschwisterbeziehung

D. h. einerseits sind die Veränderungen im Verlauf der Geschwisterbeziehung offenbar durch die kindliche Entwicklung bedingt, andererseits aber scheint dieser Prozeß auch durch Kontinuität gekennzeichnet zu sein. *Dunn* und Mitarbeiter berichten dazu folgendes: Die Kinder, die positiv auf die Geburt des Babys reagiert hatten und deren Mütter häufig über das Neugeborene als eine Person mit eigenen Bedürfnissen und Empfindungen gesprochen hatten, erwiesen sich gegenüber ihrem 14 Monate alten, gleichgeschlechtlichen Geschwister als besonders freundlich (*Dunn/Kendrick,* 1982).

Als die älteren Kinder dieses Samples 6 Jahre alt waren, wurden 25 von den ursprünglich 40 Kindern über ihre Beziehung zum jüngeren Geschwister befragt. Allgemein ergab sich, daß die Kinder mehr negative als positive Schilderungen ihrer Geschwister abgaben und daß die Qualität der einzelnen Geschwisterbeziehungen über die Jahre eine erstaunliche Stabilität aufwies. Darüber hinaus ergab sich eine signifikante Korrelation zwischen dem ursprünglichen liebevollen Interesse, daß die Kinder am Baby gezeigt hatten und ihrem positiven Verhalten, das sie als 2–3jährige demonstriert hatten und den positiven Meinungen, die sie als 6jährige über ihre Geschwister äußerten. Das negative Verhalten der älteren Kinder gegenüber dem 14 Monate alten Geschwister korrelierte sowohl mit den negativen Kommentaren der 6jährigen als mit den Berichten, die die Mütter über die Beziehung abgaben (*Dunn,* 1985; *Stillwell/Dunn,* 1985).

In diesem Zusammenhang ist ein Ergebnis aus der Untersuchung von *Stewart/Marvin* (1984) interessant. 57 Geschwisterpaare (erstes Kind etwa 4 Jahre alt, zweites Kind etwa 15 Monate) wurden im Labor mit einer etwas modifizierten Version der »Strange-Situation« konfrontiert (Mutter verläßt für kurze Zeit das Zimmer, die Kinder bleiben mit einer fremden Person zurück). 29 der erstgeborenen Kinder reagierten auf diese Situation, indem sie ihre etwas verstörten jüngeren Geschwister trösteten und aufmunterten. 28 Kinder nahmen keine Notiz von ihren Geschwistern, drehten ihnen den Rücken zu, spielten mit den im Labor herumliegenden Spielsachen und hielten sich die Ohren zu, wenn das jüngere Kind schrie. Es waren aber diese tröstenden Kinder auch diejenigen, die in einem Test zur Perspektiven-Übernahme diese Fähigkeit beherrschten, während die Kinder, die teilnahmslos geblieben waren, noch nicht zur Perspektiven-Übernahme in der Lage waren. Hieraus könnte man unter Rekurs auf die *Dunn/Kendrick* Untersuchung den Schluß ziehen, daß möglicherweise die Kinder, deren Mütter bereits über das Neugeborene als Person gesprochen haben, auch diejenigen sind, die am Modell des Geschwisters die Fähigkeit zur Perspektiven-Übernahme frühzeitig erwerben und in Situationen wie der oben geschilderten, sich in die Lage des jüngeren Geschwisters versetzen und es trösten (vgl. auch *Stewart,* 1983, 1983a).

Wandel und Kontinuität kennzeichnen aber nicht nur die Geschwisterbeziehung sondern gleichermaßen auch die mütterlichen Umgangsweisen mit den Kindern. (Für Väter gibt es keine entsprechenden Daten). In Untersuchungen, die *Dunn* und Mitarbeiter in den USA durchführten – die bisher zitierten stammen aus England – wurden Geschwisterpaare und ihre Mütter zu verschiedenen Zeitpunkten beobach-

tet. (Als das erste und später als das zweite Kind jeweils 12, 24 und 36 Monate alt war). Es zeigte sich, daß der Umgang der Mütter mit beiden Kindern im wesentlichen (6 von 9 Verhaltensmustern) konsistent war. Dieses Ergebnis liefert ein starkes Argument gegen die Geschwisterpositionsforscher, die häufig behaupten, daß Unterschiede zwischen Erst- und Zweitgeborenen sich auf unterschiedliche mütterliche Verhaltensweisen gründeten. Andererseits aber zeigte sich, daß die Mütter ein anderes Verhalten an den Tag legten, je nachdem ob ein Kind 12, 24 oder 36 Monate alt war und dies auf den Dimensionen Affektivität, Kontrolle und verbale Responsivität. Dies bedeutet, daß eine Mutter z. B. das zweijährige Kind stark kontrolliert, das einjährige oder dreijährige Geschwister aber nicht. Das zweijährige mag sich daher ungerecht behandelt fühlen, wenn es vergleicht, wie die Mutter mit ihm und wie sie mit dem Geschwister umgeht. Diese Ungerechtigkeit gegenüber einem Kind bzw. die Bevorzugung des anderen wäre dann aber nicht Resultat einer bestimmten Vorliebe für ein Kind, sondern ergäbe sich aus der triadischen Struktur der Mutter-Kind-Kind Beziehung: Die Mutter interagiert zwar mit jedem Kind entsprechend seinem Entwicklungsniveau, aber aus der Sicht des Kindes kann dies als Benachteiligung bzw. Bevorzugung interpretiert werden. *Dunn* und Mitarbeiter vermuten, daß diese auf das Alter bezogenen objektiv gleichartigen Verhaltensweisen der Mutter, die aber vom Standpunkt des Kindes unterschiedlich sind, möglicherweise den Schlüssel für die Erklärung interindividueller Differenzen zwischen Kindern liefern (*Dunn* et al., 1985; *Dunn* et al., 1986; *Dunn/Plomin,* 1986).

Ein weiterer Erklärungsansatz für die während der mittleren Kindheit deutlich hervortretenden interindividuellen Unterschiede zwischen den Geschwistern geht davon aus, daß die Kinder sich während dieser Altersphase jeweils mit einem Elternteil identifizieren und sich damit gleichzeitig als verschieden voneinander wahrnehmen, sich »deidentifizieren«. Auf diese Weise wird die Geschwisterrivalität reduziert und das Familiensystem stabilisiert. Aufgrund ihrer Untersuchungsergebnisse kommt *Schachter* zu dem Schluß, daß diese »split-parent identification« besonders häufig bei Erst- und Zweitgeborenen des gleichen Geschlechts anzutreffen ist (*Schachter,* 1982).

Ebenso vielfältig wie die interindividuellen Unterschiede zwischen den Kindern und die Konzepte diese zu erklären, sind auch die Unterschiede zwischen den Geschwisterbeziehungen und die dementsprechenden Erklärungsansätze.

Über ihre Beziehungen zu ihren Geschwistern befragt, berichteten 10–13jährige Kinder sowohl von Zuneigung, Trost und Hilfe als auch von Streit und Feindseligkeit. Dabei zeigte sich, daß die Kinder, die ihre Beziehung zum Geschwister als warm und zärtlich beschrieben, gleichermaßen auch von Konflikten und Rivalitäten erzählten. Und umgekehrt, die Kinder, die häufig miteinander stritten, waren nicht die, die notwendigerweise mit ihren Geschwistern rivalisierten (*Furman/Buhrmester,* 1985; *Dunn,* 1985; vgl. auch *Brody* et al., 1987).

Andere Autoren wiederum betonen, daß primär die Kinder ihre Geschwister nicht mögen, die sich Vergleichen ausgesetzt sehen – sei es innerhalb oder außerhalb der Familie – und dabei zu dem Schluß kommen, daß das Geschwister mehr Anerkennung erhält als sie selbst (*Bryant,* 1982).

Als einflußreich für die Qualität der Geschwisterbeziehung gilt häufig auch der Altersabstand und die Geschlechterkonstellation, gleichwohl auch hier sind die Ergebnisse widersprüchlich (*Dunn,* 1985). Während es einmal heißt, daß ein geringer Altersabstand größere Ambivalenzen bewirkt (*Bryant,* 1982), kommt *Dunn* zu dem Schluß, daß der Altersabstand zumindest bei den jüngeren Kindern keinen Einfluß hat (*Dunn,* 1982; *Dunn,* 1985).

Koch (1960) fand, daß ein Altersabstand von 2–4 Jahren im Schulalter mit erhöhter Rivalität, Konkurrenz und Nachahmung zusammenhängt, während bei einem größeren Altersabstand die jüngeren Geschwister sich willig von den älteren belehren lassen (vgl. auch *Cicirelli,* 1972).

Ungeklärt ist auch der Einfluß der Geschlechterkonstellation, wobei dieser Einfluß während verschiedener Altersphasen auch noch zu variieren scheint. Jüngere gleichgeschlechtliche Kinder im Vorschulalter verstehen sich besser, interagieren häufiger und helfen sich mehr als gegengeschlechtliche (*Dunn/Kendrick,* 1982; *Dunn,* 1985). Mit sechs Jahren dagegen zeigte sich, daß die gleichgeschlechtlichen Geschwister sich mehr stritten und sich aggressiver gegeneinander verhielten als die gegengeschlechtlichen. Dies wurde auch von den Müttern bestätigt (*Dunn,* 1985). Andererseits fand *Koch* (1957), daß mehr 6jährige Kinder mit einem gleichgeschlechtlichen als mit einem gegengeschlechtlichen Geschwister dieses gegenüber einem Freund als Spielpartner bevorzugten. Und *Stewart* (1983) fand, daß gleichgeschlechtliche Geschwister einander weniger helfen als gegengeschlechtliche.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, daß die Untersuchungsergebnisse sowohl hinsichtlich interindividueller Unterschiede als auch der Qualität der Beziehungen während der mittleren Kindheit und Adoleszenz alles andere als ein einheitliches Bild ergeben. Die Gründe hierfür sind einmal methodischer Art, die meisten Untersuchungen beruhen auf Befragungen oder auf Beobachtungen in der Labor-Situation und nicht auf Longitudinalstudien in der natürlichen Umgebung der Kinder. Zum anderen aber variieren die theoretischen Konzepte zur Erfassung von Geschwisterbeziehungen in weit größerem Maße als z. B. in der Forschung über Eltern-Kind Beziehungen. Dies liegt nicht nur daran, daß die Forschung über Eltern-Kind Beziehungen eine vergleichsweise längere Tradition hat sondern an der Komplexität des Gegenstandsbereichs. Während die Forschung über Eltern-Kind Beziehungen es primär mit dem Einfluß zu tun hat, den die Eltern (oder die Mutter) auf die Entwicklung des Kindes hat, und vom Einfluß, den die Geschwister auf diese Beziehung nehmen keine Notiz nimmt, muß die Geschwisterforschung sowohl die Beziehungen der Eltern zu den einzelnen Kindern als auch die wechselseitigen Beziehungen der Geschwister und deren Rückwirkung auf die Eltern in den Blick nehmen.

Geschwisterbeziehungen scheinen strukturell von größerer Ambivalenz geprägt zu sein als Eltern-Kind Beziehungen, bzw. das kulturelle Wertsystem läßt es offenbar eher zu, daß in Geschwisterbeziehungen »negative« Gefühle und Urteile wahrgenommen und vor allem auch artikuliert werden können, als dies in Eltern-Kind Beziehungen möglich ist. In einer Beobachtungsstudie, in der Eltern-Kind und Geschwisterinteraktionen verglichen wurden, zeigte sich z. B., daß die Interaktionen zwischen Eltern und 4–8jährigen Kindern signifikant positiveren Charakter

hatten, als die zwischen den Geschwistern (*Baskett/Johnson,* 1982). Ungeklärt scheint aber zu sein, ob und welche Aspekte von Rivalität, Konkurrenz und Aggression möglicherweise für den Entwicklungsprozeß des einzelnen Kindes auch entwicklungsfördernde Effekte haben. Und schließlich bleibt die Frage offen, in welchem Ausmaß die Geschwisterbeziehung durch die Eltern-Kind Beziehung geprägt wird oder ob sie mit zunehmendem Alter eine von den Eltern unabhängige Qualität gewinnt. Die Ergebnisse über Geschwisterbeziehungen im Erwachsenenalter lassen hierüber kein eindeutiges Urteil zu (*Cicirelli,* 1982; *Ross/Milgram,* 1982).

Literatur

Abramovitch, R., Corter, C., Pepler D. J., Stanhope, L.: »Sibling and peer interaction: A final follow-up and a comparison«. Child Development. 57. Jg. 1986, 217–229 – *Abramovitch, R., Pepler, D. J., Corter, C.:* »Patterns of sibling interaction among preschool-age children«. Sibling relationships: Their nature and significance across the life-span. Hg. *M. Lamb* u. *B. Sutton-Smith.* Hillsdale, New Jersey 1982, 61–86 – *Bank, S., Kahn, M.:* »Sisterhood-Brotherhood is powerful: Sibling sub-systems and family therapy«. Family Process. 14. Jg. 1975, 311–337 – *Bank, S., Kahn, M.:* The Sibling Bond. New York 1982 – *Bank, S., Kahn, M.:* »Intense Sibling Loyalties«. Sibling relationships: Their nature and significance across the lifespan. Hg. *M. Lamb* u. *B. Sutton-Smith.* Hillsdale, New Jersey 1982a, 251–266 – *Baskett, L. M., Johnson, S. M.:* »The young child's interactions with parents versus siblings: A behavioral analysis«. Child Development. 53. Jg. 1982, 643–650 – *Birtchell, J., Mayhew, J.:* »Toman's Theory: Tested for Mate Selection and Friendship Formation«. Journal of Individual Psychology., 1. Jg. 1977, 18–36 – *Brody, G. H., Stoneman, Z., Burke, M.:* »Child temperaments, maternal differential behavior, and sibling relationships«. Developmental Psychology. 23. Jg. 1987, 354–362 – *Bryant, B. K.:* »Sibling relationships in middle childhood«. Sibling relationships: Their nature and significance across the life-span. Hg. *M. Lamb* u. *B. Sutton-Smith.* Hillsdale, New Jersey 1982, 87–121 – *Cicirelli, V. G.:* »The Effect of Sibling Relationship on Concept Learning of Young Children Taught by Child Teachers«. Child Development. 43. Jg. 1972, 282–287 – *Cicirelli, V. G.:* »Sibling influence throughout the lifespan«. Sibling relationships: Their nature and significance across the life-span. Hillsdale, New Jersey 1982, 267–284 – *Corter, C., Abramovitch, R., Pepler, D. J.:* »The role of the mother in sibling interaction«. Child Development. 54. Jg. 1983, 1599–1605 – *Dunn, J.:* »Sibling Relationships in Early Childhood«. Child Development. 54. Jg. 1983, 787–811 – *Dunn, J., Kendrick, C.:* Siblings love, envy, and understanding. Cambridge, Massachusetts 1982 – *Dunn, J., Kendrick, C.:* »Siblings and their mothers: Developing relationships within the family«. Sibling relationships: Their nature and significance across the life-span. Hg. *M. Lamb* u. *B. Sutton-Smith.* Hillsdale, New Jersey 1982a, 39–60 – *Dunn, J.:* Sisters and Brothers. Cambridge, Massachusetts 1985 – *Dunn, J., Munn, P.:* »Becoming a family member: Family conflict and the development of social understanding in the second year«. Child Development. 56. Jg. 1985, 480–492 – *Dunn, J., Munn, P.:* »Sibling quarrels and maternal intervention: Individual differences in understanding and aggression«. Journal of Child Psychology and Psychiatry. 27. Jg. 1986, 583–595 – *Dunn, J., Plomin, R.:* »Determinants of maternal behavior towards 3-year-old siblings«. British Journal of Developmental Psychology. 4. Jg. 1986, 127–137 – *Dunn, J., Plomin, R., Daniels, D.:* »Consistency and change in mothers' behavior toward young siblings«. Child Development. 57. Jg. 1986, 348–356 – *Dunn, J., Plomin, R., Nettles, M.:* »Consistency of mothers' behavior toward infant siblings«. Developmental Psychology. 21. Jg. 1985, 1188–1195 – *Ernst, C., Angst, J.:* Birth order: Its influence on personality. Berlin, Heidelberg, New York 1983 – *Freud, S.:* »Neue Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse«. Gesammelte Werke. XV. Frankfurt 1972 – *Fröhlich, G.:* »Kumulativer Erkenntniszuwachs? Inkonsistenz empirischer Befunde und Barrieren der wissenschaftlichen Kommunikation in der Geschwisterpositionsforschung«.

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades. Wien 1931 – *Furman, W., Buhrmester, D.:* »Children's perceptions of the qualities of sibling relationships«. Child Development. 56. Jg. 1985, 448–461 – *Gloger-Tippelt, G.:* »Der Übergang zur Elternschaft. Eine entwicklungspsychologische Analyse«. Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie. XVII. Jg. 1985, 53–92 – *Hobbs, D. F.* Jr.: »Transition to parenthood: A replication and an extension«. Journal of Marriage and the Family. 30. Jg. 1968, 413–417 – *Ijzendoorn, van M. H.:* »The birth of a second child: A qualitative pilot study on the interactions between first born child and its family«. Pädagogische Studien. 62. Jg. 1985, 313–328 – *Irish, D. P.:* »Sibling interaction: A neglected aspect in family life research«. Social Forces. 42. Jg. 1964, 279–288 – *Jacoby, A. P.:* »Transition to parenthood: A reassessment«. Journal of Marriage and the Family. 31. Jg. 1969, 720–727 – *Jones, H. E.:* »Order of birth«. A handbook of child psychology. Hg. *C. Murchison, P. Blanchard* u. *W. E. Blatz.* Worchester, Massachusetts 1967, 551–589. (1. Fassung 1931) – *Kendrick, C., Dunn, J.:* »Sibling quarrels and maternal responses«. Developmental Psychology. 19. Jg. 1983, 62–70 – *Koch, H. L.:* »The Relation in Young Children between Characteristics of Their Playmates and Certain Attributes of Their Sibling«. Child Development. 2. Jg. 1957, 175–202 – *Koch, H. L.:* »The Relation of Certain Formal Attributes of Sibling to Attitudes Held toward Each Other and toward Their Parents«. Monographs of the Society for Research in Child Development. 25, 4. Jg. 1960, 1–124 – *König, R.:* »Familie und Familiensoziologie«. Wörterbuch der Soziologie. Hg. *W. Bernsdorf.* Frankfurt/M 1. Aufl. 1969, 4. Aufl. 1973, 207–221 – *Kreppner, K., Paulsen, S., Schütze, Y.:* »Kindliche Entwicklung und Familienstruktur. Zur Erforschung der frühkindlichen Sozialisation in der Familie«. Zeitschrift für Pädagogik. 28. Jg. 1982, 221–244 – *Krout, M. H.:* »Typical behavior patterns in twenty-six ordinal positions«. Journal of Genetic Psychology. 55. Jg. 1939, 3–30 – *Lamb, M.:* »Interactions between eighteen-month-olds and their preschool-aged siblings«. Child Development. 49. Jg. 1978, 51–59 – *Lamb, M.:* »Sibling relationships across the life-span: An overview and introduction«. Sibling relationships: Their nature and significance across the life-span. Hg. *M. Lamb* u. *B. Sutton-Smith.* Hillsdale, New Jersey 1982, 1–11 – *Lamb, M., Sutton-Smith, B.* Hg.: Sibling relationships: Their nature and significance across the life-span. Hillsdale, New Jersey 1982 – *Levy, D. M.:* »Studies in sibling rivalry«. American Orthopsychiatric Association Research Monographs. 2. Jg. 1937 – *Mitchell, G., Schroers, L.:* »Birth Order and Parental Experience in Monkeys and Men«. Advances in Child Development and Behavior. Hg. *H. W. Reese.* 8. Jg. 1973, 159–184 – *Nadelman, L., Begun, A.,:* »The effect of the newborn on the older sibling: Mothers' questionnaires«. Sibling relationships: Their nature and significance across the life span. Hg. *M. Lamb* u. *B. Sutton-Smith.* Hillsdale, New Jersey 1982, 13–37 – *Petty, T. A.:* »The tragedy of Humpty Dmpty«. Psychoanalytic Study of the Child. 8. Jg. 1953, 404–422 – *Podolsky, E.:* The jealous child. New York 1954 – *Ross, H. G., Milgram, J. I.:* »Important variables in adult sibling relationships: A qualitative study«. Sibling relationships: Their nature and significance across the life-span. Hg. *M. Lamb* u. *B. Sutton-Smith.* Hillsdale, New Jersey 1982, 225–249 – *Schachter-Fuchs, F.:* »Sibling deidentification and split-parent identification: A family Tetrad«. Sibling relationships: Their nature and significance across the life-span. Hg. *M. Lamb* u. *B. Sutton-Smith.* Hillsdale, New Jersey, 1982, 123–151 – *Schachter, S.:* The psychology of affiliation. Stanford 1959 – *Schachter, S.:* »Birth order, eminence and higher education«. American Sociological Review. 28. Jg. 1963, 757–768 – *Schulz, W.:* »Von der Institution Familie zu den Teilbeziehungen zwischen Mann, Frau und Kind«. Soziale Welt. 34. Jg. 1983, 401–419 – *Schütze, Y.:* »Zur Situation erwerbstätiger und nichterwerbstätiger Frauen mit kleinen Kindern«. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 2. Jg. 1982, 229–241 – *Schütze, Y.:* »Der Verlauf der Geschwisterbeziehung während der ersten beiden Jahre«. Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie. 35. Jg. 1986, 130–137 – *Schütze, Y.:* Sibling relations and family dynamics. Paper presented at the Conference »Ethnographic approaches to children's world and peer cultures«. Trondheim, Norway, 6.–9. Juni 1987 – *Savioz, E.:* Die Anfänge der Geschwisterbeziehung: Verhaltensbeobachtung in Zweikindernfamilien. Bern 1968 – *Sewall, M.:* »Some causes of jealousy in young children«. Smith College Studies in Social Work. 1. Jg. 1930, 6–22 – *Sewall, M.:* »Two Studies in Sibling Rivalry. Smith College Studies in Social work,

Northhampton Mass. 1. Jg. 1930, 6–22 – *Simmel, G.:* »Die quantitative Bestimmtheit der Gruppe«. Soziologie. Berlin 1983, 32–100 – *Stewart, R. B.:* »Sibling interaction: The role of the older child as teacher for the younger«. Merrill-Palmer Quarterly. 29. Jg. 1983, 47–68 – *Stewart, R. B.:* »Sibling attachment relationships: Child-infant interactions in the strange situation«. Developmental Psychology. 19. Jg. 1983a, 192–199 – *Stewart, R. B., Marvin, R. S.:* »Sibling relations: The role of conceptual perspective-taking in the ontogeny of sibling caregiving«. Child Development. 55. Jg. 1984, 1322–1332 – *Stewart, R. B., Mobley, L. A., Van Tuyl, S. S., Salvador, M. A.:* »The firstborn's adjustment to the birth of a sibling: A longitudinal assessment«. Child Development. 58. Jg. 1987, 341–355 – *Stillwell, R., Dunn, J.:* »Continuities in sibling relationships: Patterns of aggression and friendliness«. Journal of Child Psychology and Psychiatry. 26. Jg. 1985, 627–637 – *Sutton-Smith, B., Rosenberg, B. G.:* The sibling. New York 1970 – *Sutton-Smith, B.:* »Birth Order and Sibling Status Effect«. Sibling relationships: Their nature and significance across the life-span. Hg. *M. Lamb* u. *B. Sutton-Smith.* Hillsdale, New Jersey 1982, 153–165 – *Tyrell, H.:* »Die Familie als Gruppe«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 25. Sonderheft. 1983, 362–390 – *Toman, W.:* Familienkonstellationen. München 1974 – *Vuyk, R.:* Das Kind in der Zweikinderfamilie. Bern 1959 – *Zajonc, R. B., Markus, H., Markus, G. B.:* »The birth order puzzle«. Journal of Personality and Social Psychology. 37. Jg. 1979, 1325–1341.

Bernhard Nauck

Familiales Freizeitverhalten

Der Zusammenhang zwischen familiären Strukturen und der Verwendung freier Zeit ist in der soziologischen Diskussion von zwei Ausgangsfragestellungen her thematisiert worden:

1. Einerseits sind freizeitsoziologische Fragestellungen in die Familienforschung im Zuge der Diskussion um den Funktionswandel der Familie in der (post-)modernen Gesellschaft eingeführt worden. In diesem Zusammenhang gewinnt die Freizeit an Bedeutung, weil der Funktionswandel der Familie vornehmlich als ein Spezialisierungsprozeß von umfassenden ökonomisch-instrumentellen und expressiven Funktionen in Richtung auf die Befriedigung emotionaler Bedürfnislagen der Familienmitglieder gesehen worden ist (*Tyrell,* 1976, 1983; *Nave-Herz,* 1988). Die Befriedigung dieser emotionalen Bedürfnisse erfolgt in zunehmendem Maße durch (gemeinsame) Freizeitaktivitäten, so daß Freizeit-Rollen zu einem bedeutsamen Bestandteil des Rollensatzes der Familienmitglieder werden (*Scheuch,* 1977) und die Koorientierung in ehelichen Partnerschaften zentral über Freizeitinteressen gesteuert wird (*Heil,* 1984). In ihren extremen Ausprägungen führt diese Argumentation dazu, daß die Familie durch ihre Freizeitfunktionen charakterisiert ist, indem sie modal als »Freizeitfamilie«, als »cadre de loisir« (*Dumzedier,* 1962, 114) als »communauté de loisir« (*van Hessen,* 1968, 94) oder als »zentrale Freizeitinstanz« (*Lüdtke,* 1972, 90; *Nye,* 1974, 238) bezeichnet wird.

2. Andererseits sind familiensoziologische Fragestellungen in die Freizeitforschung im Zuge der grundlagentheoretischen und -methodischen Diskussion der Freizeitsoziologie eingeführt worden (*Nauck,* 1983; *Bardmann,* 1986). In diesem Zusammenhang gewinnt die Familie deshalb an Bedeutung, weil die Freizeit in hochindustrialisierten Gesellschaften in zunehmendem Maße in familiären Kontexten verbracht wird (*Nave-Herz/Nauck,* 1978; *Giegler,* 1982, 347ff.; *Lüdtke,* 1984; *Gross/Garhammer,* 1988). Da gleichzeitig Freizeit als Tätigkeitssystem vorrangig vom Interaktionskontext her definiert und determiniert wird (*Lüdtke,* 1980), tritt die Familienkonstellation zunehmend nicht nur als »mediatisierender Kontexteffekt« in den Blickpunkt der Freizeitforschung (*Nauck,* 1983): Die Familie ist sowohl die dominante soziale Gruppe, in der für die Familienmitglieder verbindlich festgelegt wird, was für das Individuum als Freizeit zu gelten hat, als auch (als Haushaltseinheit) die zentrale Verteilungsinstanz für die individuelle Allokation von »freier«, disponibler Zeit.

Der Annahme, daß die Familie eine Umverteilungsinstanz individueller Zeitbudgets ist, liegt die Vorstellung zugrunde, daß Familienhaushalte verschiedene Funktionen erfüllen und daß davon die Zuweisung von Handlungen an die Familienmitglieder abhängt. Für die individuelle Zeitverwendung hat das zur Folge, daß das Ausmaß an individuell disponibler Zeit erst durch den familieninternen Umvertei-

lungsprozeß festgelegt ist und mithin von der Rollenkonfiguration des Familiensystems und den Normen der Zeitallokation abhängt und nicht direkt aus dem Rollensatz eines Familienmitgliedes erschlossen werden kann. Analog zum Familieneinkommen kann die verfügbare Zeit der Mitglieder als Ressource der Familie betrachtet werden, die als Handlungssystem über deren Allokation entscheidet. Wenn die Familie unter allen Primärgruppen zugleich als dominante Etikettierungsinstanz für »Freizeit« angesehen wird, so basiert dies auf einer Freizeit-Definition, die »Freizeit« als kulturelles Symbol bezeichnet, über dessen Bedeutung in sozialen Gruppen Konsens hergestellt wird. »Freizeit« ist in diesem Sinne keine Eigenschaft individueller Handlungen, sondern ein kulturelles Symbol, mit dem soziale Gruppen Handlungen interpretieren, wobei diese Interpretationen kontextspezifisch variabel und im (historischen) Zeitablauf wandelbar sein können.

Diesen offensichtlich vielfältigen theoretischen Bezügen stehen jedoch bislang kaum eingehende empirische Analysen gegenüber, die in der Lage wären, solche theoretischen Annahmen zu überprüfen. Die vorliegenden Befunde sind zumeist das Nebenprodukt aus ansonsten mit anderen Zielsetzungen konzipierten Untersuchungen der Freizeit- oder Familienforschung, wobei Surveys, in denen »auch« nach einigen Freizeitaktivitäten gefragt wird, bei weitem überwiegen. Retrospektive Zeitbudget-Erhebungen methodisch befriedigender Art, die den gesamten Familien-Kontext einbeziehen, fehlen dagegen ebenso wie (kreuzvalidierende) Beobachtungsstudien oder qualitative Interaktionsanalysen über familiäre Aushandlungsprozesse zur Verwendung und Ettikettierung von Zeit. Insofern hat das von *Carlson* (1979, 439) gezogene Resumé seine Gültigkeit behalten:

»Die meisten Studien über Erholung und Freizeit können aus mehrerlei Gründen kritisiert werden. Erstens haben, wenn überhaupt, wenige einen theoretischen Bezugsrahmen, sie sind im Grunde deskriptive Studien, die tendenziell theoretische Problemstellungen ignorieren. Viele Studien beschränken sich außerdem auf ein spezielles Freizeitgebiet, was den Wert der Ergebnisse weiter reduziert. Schließlich konzentrieren sich wenige auf die spezifische Beziehung zwischen Freizeitaktivitäten und familiärem Verhalten, obwohl die Studien zeigen, daß die Familie die häufigste Gruppe ist, in der Freizeitaktivitäten ausgeführt werden.«

Aus diesen Gründen ist die folgende Darstellung theoretischer Überlegungen und empirischer Befunde zum familiären Freizeitverhalten selektiv; sie konzentriert sich insbesondere auf Aspekte sozialer Ungleichheit und auf familienzyklische Veränderungen und versucht damit, die Abhängigkeit des Freizeitverhaltens sowohl vom sozialen Kontext und der Verfügbarkeit externer Ressourcen als auch von der Familiendynamik aufzuzeigen.

1. Konzepte der Freizeitforschung

Mit dieser symbolisch-kulturellen Freizeit-Definition sollen die offensichtlichen Probleme der traditionellen Freizeitforschung vermieden werden, die überwiegend mit Freizeit-Begriffen gearbeitet hat, in denen Freizeit (1.) entweder als Residualkategorie sonstiger Aktivitäten (Schlaf, Hygiene, Mahlzeiten, Wegezei-

ten, Arbeit) verstanden (*Schmitz-Scherzer,* 1974, 11; Graf *Blücher,* 1974, 37) oder (2.) als Aktivitätensumme aus einer vorgegebenen Kategorienliste (Tun Sie X?) konzeptualisiert worden ist.

1. Ausgangspunkt für die Residualkategorie-Definition ist die Annahme, daß die »Nicht-Freizeit« eines Individuums leicht feststellbar sei und dann durch deren Subtraktion vom Gesamt-Zeitbudget des Individuums dessen Freizeit ermittelt werden könne. Die Leistungen eines solchen Ansatzes sind insbesondere darin zu sehen, die sozialhistorischen Veränderungen im Zeithaushalt nachzuzeichnen (*Wilensky,* 1972; Graf *Blücher,* 1974) und – auch international vergleichend – differenzierte Aufschlüsse über den Zeithaushalt verschiedener sozialer Kategorien zu geben (*Szalai,* 1972). Wie eine Gegenüberstellung der Angaben über die Höhe der durchschnittlichen täglichen Freizeit der Bevölkerung zeigt, hat sich die subjektiv als Freizeit erlebte Zeit in der Bundesrepublik Deutschland von 1952 (2:33 Std.) bis 1981 (4:18 Std.) verdoppelt (*Tokarski/Schmitz-Scherzer,* 1985, 70). Andere Studien haben die Auswirkungen der Anzahl der zu versorgenden Kinder und des Ausmaßes der Berufstätigkeit beider Eltern auf die Reduzierung der Freizeit der Mutter herausgestellt (*Scheuch,* 1977; *Berk/Berk,* 1979; *Krüsselberg* et al., 1986): So hat die tägliche Freizeit von nichterwerbstätigen Frauen ohne Kinder mit 4:43 Std. den höchsten durchschnittlichen Umfang, vollerwerbstätige Mütter mit 3 und mehr Kindern haben mit 2:37 Std. täglich die geringste Freizeit (vgl. auch *Hegner* und *Lakemann* in diesem Band).
Solche Analysen haben mit dem Problem zu kämpfen, daß erstens die Abgrenzung der zeitlichen Residualkategorie »Freizeit« bei Personen Probleme bereitet, die entweder keine auf Verdienst ausgerichtete Tätigkeit ausüben oder weitgehend ihre Arbeitszeit selbst einteilen können, und daß zweitens häufig zu einem Zeitpunkt mehrere Aktivitäten gleichzeitig ausgeübt werden: Gerade in der individuellen und subkulturellen Mischung von simultan ausgeübten Tätigkeiten und Kombination von unterschiedlichen Handlungsfunktionen könnte man die Herausbildung spezifischer differentieller Lebensstile erblicken. Solche Tätigkeitskombinationen und deren subjektive Bedeutung für die Akteure wären jedoch als zentraler Bestandteil der Freizeitforschung mit den Instrumentarien einer kategorialen Zeitklassifikation nicht zu analysieren. Die Bedeutungsambiguität vieler Aktivitäten macht sich gerade für eine familiensoziologische Analyse des Freizeitverhaltens nachteilig bemerkbar. So stellt *Scheuch* (1977, 39) fest, daß bei Hausfrauen die Schwierigkeiten aus der empirischen Eingrenzung der Arbeitszeit resultieren, die von den Hausfrauen je nach situativen Belastungen und Erfordernissen außerordentlich elastisch ausgestaltet wird: So erfüllt das Einkaufen »nicht nur die Funktion der Beschaffung von Gütern ..., sondern auch andere Funktionen für die Individuen. Der Einkauf wird vorübergehend zum Einkaufsbummel (window shopping), ebenso wie die Beaufsichtigung von Kindern verbunden sein kann – oder unterbrochen wird – durch kleine Gespräche mit der Nachbarin.« Solche auf differentiellem Einsatz ökonomischer und kultureller Ressourcen basierenden qualitativen Unterschiede (typisches Beispiel: familiäre Koch- und Eßkultur) entziehen sich einer reinen Zeitbudgetanalyse weitgehend. Ein weiteres Problem dieser klassifikatori-

schen Behandlung von »Freizeit« besteht darin, daß deren Gleichsetzung mit »nichtobligatorischer Tätigkeit« bzw. »individueller Verhaltensdisponibilität« dazu geführt hat, daß von sinkender wöchentlicher und jährlicher Arbeitszeit auf eine generelle Abnahme institutioneller Verpflichtungen bzw. auf zunehmende Individualisierung geschlossen wird. Unvereinbar mit solchen Vorstellungen ist es, daß Freizeit selbst normativ reguliert wird und daß Freizeitaktivitäten in ihrem Verpflichtungsgrad variieren können. Für die Analyse familiärer Freizeitverwendung ist dies jedoch von zentraler Bedeutung insofern, als die Familie eine intensive Kontrolle darüber ausübt, welche Tätigkeiten als Freizeit gelten, welche Freizeitaktivitäten positiv bewertet werden und welche Aktivitäten zugleich einen hohen Verbindlichkeitsgrad der Teilnahme aufweisen. In diesem Sinne gehört die unabänderliche Teilnahme aller reisefähigen Familienmitglieder am Jahresurlaub selbstverständlich zur »Freizeit«, obwohl es für alle Betroffenen eine hochgradig obligatorische Tätigkeit darstellt und Devianz in den meisten Fällen zu massiven Konflikten führen würde: In der Befragung »Familie und Sozialisation« 1973 haben von den befragten 2000 Müttern von Kindern bis zu 16 Jahren nur 8 % angegeben, daß der letzte Urlaub nicht mit allen Familienmitgliedern gemeinsam verbracht worden ist (*Nauck,* 1983, 295).

2. Für die Beurteilung von Freizeitanalysen, die auf Aktivitätensummen-Definitionen beruhen, ist die Zusammensetzung solcher Listen von zentraler Bedeutung, da »Freizeit« nach dieser Konzeption nichts anderes als die Ausführung von a priori festgelegten Aktivitäten ist. Wie tragfähig diese Konzeption jeweils ist, hängt somit allein von den Auswahlentscheidungen ab, die einer Aktivitätenliste zugrunde liegen. An der bisherigen Forschungspraxis ist häufig kritisiert worden, daß über die Zusammensetzung solcher Listen nach vorwissenschaftlichen Plausibilitätskriterien entschieden wird (*Scheuch,* 1977; *Nave-Herz/Nauck,* 1978, 11ff.; *Nauck,* 1983; *Tokarski/Schmitz-Scherzer,* 1985). Wie bei der Residualkategorie-Definition wird dabei unterstellt, daß eine Unterscheidung von Freizeit und Nicht-Freizeit unproblematisch ist und alle Aktivitäten diesen Kategorien eindeutig zuzuordnen sind. Dem vorwissenschaftlichen Verständnis entspricht es, daß historisch jüngere Freizeitaktivitäten, solche, die technische Apparaturen benutzen und solche, die ein hohes kulturelles Anspruchsniveau signalisieren, in den Aktivitätenlisten häufig überrepräsentiert sind. Als Erhebungsinstrument ergibt sich somit häufig ein Aktivitätenkatalog, der mit identischem Frage- und Antwortmuster zeitlich unmittelbar aufeinanderfolgend die Ausübung zumeist sozial erwünschter Freizeitbeschäftigungen zu erfassen sucht, was dann sowohl eine ungerichtete Zustimmungsneigung (Acquieszenz) als auch sozial erwünschte Antwortmuster (social desirability) in gleicher Weise begünstigt (*Nauck,* 1983, 291). Dies verursacht innerhalb der Freizeitforschung erhebliche Validitätsprobleme, wobei hinzukommt, daß die Konstruktion der Fragenkataloge in auffälliger Weise denselben Selektionskriterien unterliegt, die auch die Verzerrung der »öffentlichen« Diskussion über Freizeitphänomene bestimmen.

»Es gibt eine fast endlose Liste von Klagen, zumeist vorgetragen von Pädagogen, Jugendschützern, Juristen, Theologen und Kulturkritikern, nach der – überpointiert ausgedrückt – fast alle

Übel dieser Welt auf das Aufkommen neuer Medien und ihres schädlichen Einflusses auf die Familien zurückgeführt werden ... (ganz gleich, ob es sich dabei um den Stummfilm, die Comics oder den Heimcomputer handelt) ...; erst nach einer relativ langen Zeit finden sich Sozialwissenschaftler, die diese Thesen empirisch prüfen und in ihrem Geltungsbereich so gut wie immer drastisch einschränken« (*Lukesch,* 1988, 179).

Aus familiensoziologischer Perspektive haben beide Konzepte der Freizeitforschung den Nachteil, daß stärker institutionalisierte Verhaltensweisen unberücksichtigt bleiben: Hierzu gehören z. B. neben dem Familienurlaub auch Formen sozialer Partizipation, die Teilnahme an und die Ausgestaltung von Familienfesten und -ritualen sowie Formen der Kultivierung und Ästhetisierung des familiären Alltags. Dabei handelt es sich um Aktivitäten, die, obzwar mit hohem Verpflichtungsgrad für die Familienmitglieder belegt, aus der Freizeitforschung nicht ausgeblendet werden können, sollen nicht weitreichende Fehlschlüsse die Folge sein, etwa wenn aus dem geringen Vorkommen individualistisch orientierter Freizeit auf deren generelles Fehlen geschlossen wird oder wenn aus der Abnahme der für Produktion und Reproduktion aufgewendeten Zeit auf eine Zunahme von generell durch institutionelle Normen nicht regulierte Verhaltensbereiche gefolgert wird. Die Voraussetzung für die Vermeidung von Fehlschlüssen ist, daß Freizeit nicht explizit oder implizit als Residualkategorie von Zeit oder Handlungsmustern konzipiert ist und nicht in Anlehnung an einen idealistischen Freiheitsbegriff Freizeit als Freiheit von Rollenverpflichtungen oder als von sozialen Normen freies Verhalten verstanden wird.

Eine Alternative besteht darin, Freizeit als kulturell definierte Form expressiven Handelns zu bezeichnen und von instrumentalem Handeln abzugrenzen (*Gordon/Gaitz,* 1976, 311):

»Freizeit kann aus der Perspektive der Theorie des Handelns konzeptualisiert werden als besondere individuelle Aktivität, in der expressive Bedeutung in der Weise Vorrang vor instrumentellen Themen hat, daß der Befriedigung von aktuellen Motiven, Wünschen, Bedürfnissen oder Zielen Vorrang vor der sachlichen Vorbereitung späterer Befriedigung eingeräumt wird«.

Die wenigen Versuche, »Freizeit« in dieser Weise als Form expressiven Handelns zu konzeptualisieren, entstammen weniger dem freizeitsoziologischen Kontext; sie haben ihren Ursprung vielmehr in Analysen, die Freizeit im Zusammenhang mit familiensoziologischen und lebenszyklischen Problemstellungen untersuchen (*Schneider,* 1970; 1972; *Wurzbacher/Kipp,* 1968; *Crano/Aronoff,* 1978). Derartige Konzeptionen finden jedoch erst über die neuere Lebensstil-Forschung zunehmend breitere Verwendung (*Tokarski/Schmitz-Scherzer,* 1985; Lüdtke, 1988).

Während die Residualkategorie-Definition am häufigsten in Zusammenhang mit theoretischen Entwürfen der Freizeitsoziologie Verwendung fand (*Dumazedier,* 1974, 67ff.), resultiert die Freizeit-Definition über einzelne, vorgegebene Aktivitäten eher aus den praktischen Erfordernissen der empirischen Umfrageforschung. Entsprechend basieren die meisten bislang vorliegenden empirischen Befunde über familiales Freizeitverhalten auf bei einzelnen Familienmitgliedern abgefragten Aktivitätenkatalogen – mit den skizzierten Schwerpunktbildungen im Bereich »neuer« Medien und bei Freizeitaktivitäten mit »technischen« Apparaturen. Entsprechend häufig sind Studien, die sich mit dem familiären Medienkonsum beschäf-

tigen (*Hunziker* et al., 1973; 1975; *Hunziker,* 1977; *Schneewind* et al., 1983; vgl. *Kunczik,* 1977; *Lukesch,* 1988). Auch die einzige deutsche Studie, die sich explizit auf das gesamte familiäre Freizeitverhalten bezieht (*Nave-Herz/Nauck,* 1978), basiert auf solchen vorgegebenen Aktivitätenkatalogen, mit denen das Freizeitverhalten von Familien mit Kindern unter 16 Jahren an Werktagen und Wochenenden erfaßt werden soll, belegt insbesondere die starke Privatisierung der Freizeit (vgl. Tab. 1).

An den Feierabenden dominieren häusliche Freizeitaktivitäten bei weitem, wobei die am häufigsten genannten Aktivitäten zugleich vorzugsweise mit der gesamten Familie ausgeübt werden. Eine weiterführende Analyse von *Lüdtke* (1984, 360) ergibt hierzu, daß sich die Alltagsfreizeit in Gestalt des »Feierabends« als einen kurzen Freizeitblock mit relativ mäßiger Durchstrukturierung darstellt:

»Die im Alltag diagnostizierte erhebliche Konstanz und Flexibilität des Freizeitverhaltens verweist auf ein hoch konfundiertes Muster von individuellen Optionen, Zeitdruck, funktionaler Interdependenz von Tätigkeiten, Gewohnheiten und statuierten Zeitordnungen. In ihm kann die Gleichzeitigkeit von flexiblen Aktivitäten und konstanter Sozialform des Handelns durchaus die Regel sein«.

Die auch für Werktage grundlegende Tendenz, daß die am häufigsten ausgeübten Aktivitäten zugleich diejenigen sind, die gemeinsam mit der ganzen Familie erlebt

Tabelle 1: Personenkonstellation bei familiären Freizeitaktivitäten an Arbeitstagen und Wochenenden

Arbeitstage

	Frau allein	Mann allein	Mann und Frau	Frau mit Kind	Mann mit Kind	ganze Familie	Mit sonstigen Personen
1 Fernsehen, Radio, Schallplatte	12,6	8,1	34,8	12,8	5,6	57,8	3,6
2 Lesen	25,7	23,0	15,4	8,4	2,6	17,8	,1
3 Spazierengehen	3,6	1,8	14,4	14,3	2,6	37,2	2,2
4 Besuche machen	9,2	6,0	24,5	9,2	4,6	33,5	1,9
5 Gemeinsame Spiele	2,9	1,1	11,2	11,7	4,7	28,3	5,6
6 Sport	8,3	13,7	8,0	3,3	5,3	15,7	1,2
7 Basteln, Hobbys	5,4	15,7	4,6	5,5	5,4	7,9	,2
8 Elternabende, Schulpflegschaft	17,7	11,2	20,7	,4	,1	1,1	,2
9 Zum Essen ausgehen	,7	,9	19,9	,9	,2	7,0	1,6
10 Kino	1,8	1,1	20,5	,5	,3	2,1	1,2
11 Verein, Partei, Gewerkschaft	4,5	15,1	2,5	,2	–	,3	,2
12 Theater, Konzert, Vortrag	,8	,7	7,8	1,9	,4	3,1	1,8
13 Musizieren, Singen	1,1	,5	,7	3,5	2,3	1,4	,2

Quelle: *Nave-Herz/Nauck,* 1978, 49

Wochenende

	Frau allein	Mann allein	Mann und Frau	Frau mit Kind	Mann mit Kind	ganze Familie	Mit sonstigen Personen
1 Fernsehen, Radio, Schallplatte	8,3	8,3	25,0	9,1	4,0	68,7	3,7
2 Ausflüge, Spazierengehen	1,0	,3	8,6	6,3	2,2	66,3	3,3
3 Lesen	20,9	18,3	14,6	4,7	2,0	21,3	,1
4 Gemeinsame Spiele	1,5	1,5	8,3	9,4	4,5	41,8	5,9
5 Besuche machen	4,8	3,3	16,9	7,1	2,3	58,4	1,6
6 Auto waschen, Reparaturen	2,5	42,4	5,7	,6	8,7	1,3	,6
7 Musizieren, Basteln, Hobbys	2,5	10,5	3,2	4,0	4,7	10,8	,1
8 In die Kirche gehen	6,2	1,7	7,4	6,2	1,3	15,3	1,4
9 Sich sportlich betätigen	2,2	13,7	4,3	,9	4,3	10,0	1,0
10 Zum Essen ausgehen	,4	,4	21,2	,9	–	15,0	3,1
11 Arbeiten	4,6	22,5	4,0	,2	,0	1,0	,1
12 Sportveranstaltungen besuchen	,8	19,3	1,7	,6	4,3	3,1	,6
13 Ins Kino gehen	1,1	1,9	21,8	,4	–	2,6	2,0
14 Theater, Konzert, Vortrag	1,3	1,5	15,0	,3	–	1,1	,5
15 Museum, Ausstellung	,1	,2	4,2	,5	,2	5,5	,1

Quelle: *Nave-Herz/Nauck,* 1978, 53

werden, setzt sich am Wochenende verstärkt fort. Die wesentlichste Differenzierung zwischen dem Verhalten an Werktagen und an Wochenenden besteht darin, daß an Wochenenden der Unterschied zwischen den individuellen Freizeitaktivitäten von Mann und Frau zunimmt. Während die Frau mit Ausnahme des Lesens keinen eigenen Freizeit-Bereich hat, ist beim Ehemann eine Reihe von Aktivitäten feststellbar, die er häufig allein ausführt. Zwar handelt es sich hierbei auch um Beschäftigungen, die zumeist nicht als »Freizeit« etikettiert werden (Reparaturen, Arbeiten), aber darüber hinaus ist auch eine Ausdifferenzierung eines individuell-männlichen Freizeit-Bereichs zu beobachten (Besuch von Sportveranstaltungen, Lesen, sportliche Betätigung). Insgesamt zeigen die Befunde jedoch deutlich, daß die auf die familiäre Gruppe bezogenen Aktivitäten weitaus im Vordergrund stehen und somit zwar von einer Privatisierung, jedoch kaum von einer Individualisierung des Freizeitverhaltens zu sprechen ist.

2. Familiäres Freizeitverhalten und soziale Ungleichheit

Seit *Veblen* 1899 in seiner »Theory of the Leisure Class« den demonstrativen Konsum einer Besitzklasse brandmarkte, die es sich und anderen zeigen wollte, daß sie es nicht nötig habe, Zeit für Arbeit zu verschwenden (*Veblen,* 1971), sind schichtspezifische Unterschiede (im familiären) Freizeitverhalten ein Dauerthema der empirischen Forschung, und Variablen, die soziale Ungleichheit indizieren, werden routinehaft in Erhebungen zur Freizeitverwendung aufgenommen. Eine Folge dieser Popularität ist, daß eine Vielzahl von Einzeluntersuchungen vorliegt, in denen über Kovariationen von Dimensionen wie Schichtzugehörigkeit, Einkommen, Ausbildung, Berufsprestige oder Arbeitssituation einerseits und ausgewählten Freizeitaktivitäten andererseits berichtet wird (zusammenfassend: *Schmitz-Scherzer,* 1974; *Nave-Herz,* 1976; *Scheuch,* 1977; *Giegler,* 1982; *Tokarski/Schmitz-Scherzer,* 1985; *Nauck,* 1986; *Langman,* 1987). *Giegler* (1982, 347) sieht in der »Schichtzugehörigkeit« und der »Art des ausgeübten Berufes« das wichtigste Differenzierungskritierium für die in der »modernen, hochindustrialisierten Gesellschaft . . . zunehmend an Bedeutung« gewinnende familiäre Freizeitverwendung. Er räumt aber gleichzeitig nach Durchsicht vorliegender empirischer Befunde ein: »Wie sich die soziale Schichtzugehörigkeit aber auf die familiäre Freizeitgestaltung auswirkt, darüber herrscht keine Einigkeit.«
Einer der Hauptgründe für die im Ergebnis widersprüchlichen Befunde zum Einfluß von Strukturen sozialer Ungleichheit auf das familiäre Freizeitverhalten ist die bislang fehlende Verwendung von Mehrebenenmodellen, bei denen auch die genaue Wirkungsweise von Kontexteffekten auf die innerfamiliäre Interaktion spezifiziert wird. Aus familiensoziologischer Perspektive scheint die Entwicklung solcher Modelle (*Bertram,* 1981; 1982) aus mehreren Gründen (auch) für das Freizeitverhalten dringend geboten zu sein: Wenn es – wie allgemein angenommen – zutrifft, daß die Freizeit in hochindustrialisierten Gesellschaften in starkem Maße in innerfamiliären Kontexten verbracht wird, dann ist die determinierende Kraft der Arbeitsplatzsituation und die im Beschäftigungssystem existierende soziale Ungleichheit wahrscheinlich überschätzt worden. Möglicherweise liegen eher indirekte Effekte vor (Begrenzung von Optionen). Dagegen sind Faktoren wie das Selbstregulationspotential familiärer Gruppen hinsichtlich ihrer »Definitionsmacht« von Freizeit, ihrer Zeitallokation und ihrer sozialen Kontrolle der Familienmitglieder eher unterschätzt worden. Es ist somit unwahrscheinlich, daß Freizeitaktivitäten allein von den erwerbstätigen Mitgliedern nach Maßgabe ihres Berufsstatus bestimmt werden. Da zudem in wachsendem Maße beide Ehepartner berufstätig sind (mit häufig unterschiedlichen Arbeitssituationen), müßte entweder eine starke Individualisierung des Freizeitverhaltens die Folge sein oder es müßte zu einem permanenten Konfliktfeld zwischen den Ehepaaren werden. Wie die hierzu vorliegenden empirischen Befunde jedoch zeigen, besteht für solche Annahmen kein Anlaß: Familiäres Freizeitverhalten erfolgt eher undramatisch (*Scheuch,* 1960, 1977) und weist einen hohen Kollektivierungs- und Konsensusgrad auf *Nave-Herz* und *Nauck* (1978, 40) stellen außerdem fest, daß die Entscheidungen über Freizeitaktivitäten neben denen über den Ausbildungs- und Berufsweg der Kinder am häufigsten von den Ehepartnern gemeinsam getroffen werden.

Wenn die Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf das familiäre Freizeitverhalten untersucht werden, sind die generellen Befunde zur Privatisierung des Freizeitverhaltens zu berücksichtigen. Der hohe Kollektivierungsgrad privater Freizeitaktivitäten bedingt, daß Statusfaktoren einzelner Familienmitglieder nicht als direkte Determinanten der Freizeitaktivitäten anzusehen sind, vielmehr werden die mediatisierenden Effekte familiärer Gruppenprozesse zu berücksichtigen sein. Wie unrealistisch Annahmen direkter Determination sind, wird an der vergleichenden Analyse des Einflusses verschiedener Statusfaktoren von Ehemann und Ehefrau bei *Nave-Herz* und *Nauck* (1978, 77 u. 84) sichtbar.

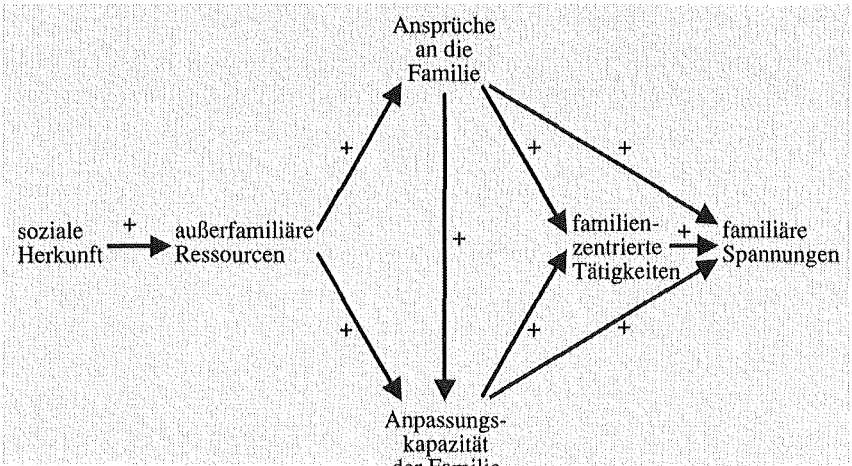
Zwar werden mit steigendem Status die Freizeitaktivitäten an Werktagen im allgemeinen vielgestaltiger und häufiger, aber bei den meisten Aktivitäten sind keine Unterschiede zwischen den Familien mit unterschiedlichem Status festzustellen, und zwar auch dann nicht, wenn die einzelnen Statusfaktoren gesondert berücksichtigt werden: Der Besuch von Freunden, von Vereins-, Partei- und Gewerkschaftsveranstaltungen, von Eltern- und Schulpflegschaftsabenden ist in den verschiedenen Statusgruppen ebenso gleichbleibend wie die eher innerfamiliären Beschäftigungen des Spazierengehens, des Bastelns und der Hobbypflege, des Musizierens und Singens oder der Unterhaltung durch gemeinsame Spiele. Bezüglich des Einflusses sozialer Statusfaktoren auf die Familienkonstellation bei den Freizeitaktivitäten ergibt sich, daß Ehepartner mit hohem selbst erworbenem Status eine vielfältigere individuelle Freizeitgestaltung haben und ihren jeweiligen Freizeitinteressen häufiger getrennt nachgehen. Ehepartner mit hohem Status haben ebenfalls eine vielfältigere gemeinsame Freizeitgestaltung, dabei ist die schulische Vorbildung der bei weitem am stärksten diskriminierende Faktor, und der Besuch von Konzert, Theater, Vortrag und Restaurant sowie Sport sind die am stärksten statusabhängigen Aktivitäten. Im Gegensatz zum individuellen und gemeinsamen Freizeit-Verhalten lassen sich bei den Aktivitäten mit Kindern einige Beschäftigungen erkennen, die von Angehörigen der unteren Statuskategorien häufiger ausgeübt werden, wobei es sich allerdings ausschließlich um rezeptive Aktivitäten von Vätern mit ihren Kindern handelt: Sie sehen häufiger mit ihren Kindern fern, hören mit ihnen Radio oder Schallplatten, gehen mit ihnen ins Kino oder Theater. Väter mit höherem Status bevorzugen dagegen solche Aktivitäten, die mehr Raum für Kommunikation und mehr Gelegenheit bieten, sich mit ihren Kindern aktiv zu beschäftigen. Insgesamt ist jedoch die statusspezifische Differenzierung im Freizeitverhalten mit Kindern weitaus geringer als im individuellen und gemeinsamen Freizeitverhalten der Eltern. Noch geringer werden die Unterschiede bei den Beschäftigungen, die gemeinsam von der ganzen Familie ausgeführt werden: Je höher der soziale Status der Familie, desto häufiger wird gemeinsam zum Essen ausgegangen, gemeinsam gebastelt, Sport getrieben oder gespielt; bei den übrigen erfragten Aktivitäten sind keine signifikanten Unterschiede feststellbar. Somit kann allenfalls von einer statusspezifischen Zunahme des Anregungsreichtums familiärer Freizeitaktivitäten und einem geringfügig und modifizierenden Effekt auf die Familienkonstellation in der Ausübung dieser Aktivitäten an Werktagen gesprochen werden.

Familien mit hohem Sozialprestige haben auch an Wochenenden eine vielgestaltigere Freizeit. Interessante Verschiebungen ergeben sich allein bei den individuellen

Aktivitäten erwerbstätiger Ehefrauen: Während für die Unterschiede an Werktagen vornehmlich die Vorbildung ausschlaggebend war, sind am Wochenende die unmittelbar berufsbezogenen Faktoren (Berufsprestige, Einkommen) von stärkerer Bedeutung, d. h. Frauen in qualifizierten Vollzeitbeschäftigungen nutzen die (knappe) Freizeit an Wochenenden besonders intensiv und vielgestaltig für (auch individuelle) Tätigkeiten. Insgesamt zeigt sich bei der individuellen und partnerschaftlichen Freizeitgestaltung an Arbeitstagen und Wochenenden, daß die materiellen Ressourcen der Familie unbedeutend für die Auswahl der Aktivitäten sind. Vielmehr scheint das Freizeitverhalten unmittelbar mit einem allgemeinen Lebensstil verbunden zu sein, der durch den gemeinsam erreichten Bildungsstand geprägt ist. Allgemein fallen die statusspezifischen Unterschiede an Wochenenden deutlicher aus als an Werktagen. Das ist insbesondere an der hohen Anzahl ausgesprochen statusorientierter Aktivitäten ablesbar. Als individuelle Beschäftigungen sind hier wieder das Lesen und zusätzlich der Besuch von Theater-, Konzert- und Vortragsveranstaltungen zu nennen. An partnerschaftlichen und familiären Aktivitäten treten zu den werktags ausgeübten zusätzlich hinzu: Musizieren, Basteln, Hobbys, Besuch von Museen und Ausstellungen. Mit diesen Aktivitäten ist ein Kreis der exklusiven Aktivitäten umrissen, der vornehmlich Familien mit hohem Sozialprestige zugänglich ist. Eine ähnlich ausgeprägte Gruppierung ist dagegen für die niedrigen Statuskategorien nicht feststellbar, so daß kaum von einer antagonistischen Freizeitgestaltung zu sprechen ist. Modifizierende Effekte auf die Freizeitaktivitäten an Wochenenden, die entweder von einem Elternteil mit Kindern oder gemeinsam von der ganzen Familie ausgeübt werden, ergeben sich durch die mütterliche Erwerbstätigkeit. Frauen mit hohem Individualeinkommen bzw. mit Vollzeitbeschäftigung zeigen an Wochenenden eine sehr intensive und vielgestaltige Freizeitbeschäftigung mit ihren Kindern. Das Wochenende hat für beruflich stark engagierte Frauen somit einen ausgesprochenen Kompensationseffekt: Die Zeit, die ihnen an Werktagen fehlt, wird an den Wochenenden um so intensiver für die gemeinsame Freizeitgestaltung von Mutter und Kind genutzt. Dagegen tendieren Familien, in denen die Ehefrauen nicht berufstätig sind bzw. ein niedriges Individualeinkommen erzielen, dazu, die Freizeit mit der gesamten Familie zu verbringen. Mit hohem Individualeinkommen scheint somit eine stärkere Individualisierung des Freizeitverhaltens verbunden zu sein, was sich sowohl an den Aktivitäten zeigt, die die Ehepartner jeweils allein ausführen, als auch an denen, die sie allein mit ihren Kindern ausführen.

Insgesamt ist an den Befunden hervorzuheben, daß die Statusfaktoren der Ehefrau eine zumeist größere Bedeutung für die Erklärung der Vielgestaltigkeit und der Personenkonstellation von familiären Freizeitaktivitäten besitzen als die des Ehemannes. Damit bestätigt sich die Annahme, daß gerade bei der Untersuchung familiären Freizeitverhaltens die Beschränkung auf den Status des Ehemannes nicht ausreicht – wenn auch ein homogenes Bildungsniveau die wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung eines familiären Freizeitstils ist. Wesentliche statusspezifische Unterschiede lassen sich jedoch erst über den erworbenen Status der Ehefrau aufdecken, deren berufsbedingtes Zeitbudget zu wesentlichen Umstrukturierungen in der Personenkonstellation und in der Zeitallokation an Werktagen und Wochenenden führt (vgl. *Nave-Herz/Nauck*, 1978, 71ff.).

In einer multivariaten Analyse des Zusammenhangs von inner- und außerfamiliären Ressourcen, familiärer Freizeitverwendung und familiären Spannungen (*Nauck,* 1986, 1987), in der ebenfalls gegenläufige Effekte des erworbenen Status von Ehefrau und -mann festgestellt wurden, konnte zugleich die genaue Wirkungsweise dieser Ressourcen spezifiziert werden (*Nauck,* 1987, 160): Bei der – in aller Regel – gleichen Ausgangslage beider Ehepartner aufgrund der sozialen Homogamie in der Partnerwahl führen hohe externe Ressourcen des Ehemannes (die ceteris paribus extensive Freizeitaktivität begünstigen) zunächst auch zu einem Anwachsen der innerfamiliär zu bewältigenden Aufgaben. Dieses Wachstum der innerfamiliären Aufgaben begünstigt, daß sich Ehefrauen gegen eine eigene extensive Berufstätigkeit (mit hohem Berufsprestige) entscheiden. Dies wiederum bedingt, daß die Kontakte zu selbstgewählten Freunden (sowohl des Mannes als auch der Frau) reduziert werden. Somit scheinen insbesondere hohe Ressourcen des Mannes dafür verantwortlich zu sein, wenn sich Familien aus ausgedehnten Formen des Kontaktes zurückziehen und sich auf ein intimisiertes, kohäsives Familienleben mit vorwiegend innerfamiliären Freizeitaktivitäten und durchweg gemeinsam eingenommenen Mahlzeiten besinnen. Diese Binnenintegration wird nicht unwesentlich über die (gut ausgebildete) nicht-berufstätige Frau im Mittelpunkt der Familie erzielt. Wird die Berufstätigkeit der Ehefrau dagegen aufrechterhalten, »zwingt« dies bei gleichzeitig hohen innerfamiliären Aufgaben zu intensiven Kontakten zu ihren eigenen Eltern (insbesondere im Hinblick auf instrumentelle Unterstützung zur Bewältigung dieser Aufgaben), wohingegen bei geringen innerfamiliären Aufgaben der Kontakt zu selbstgewählten Freunden besonders intensiv ist. Diese unterschiedlichen Ressourcen- und Aufgabenkonstellationen führen auch zu jeweils anderen familiären Spannungen, denn Freizeitaktivitäten und expressive Interaktion sind eher bei den Männern für das Entstehen von Spannungen von Bedeutung, während für die Frauen die instrumentelle Hilfe zum Problem wird: Ehemänner zeigen sich umso eher belastet, je mehr sie in ihrer Freizeit an die Familie »gebunden« sind und nicht am Vereinsleben partizipieren; bei den berufstätigen Ehefrauen stellt sich dieser Effekt ein, wenn sie unbezahlte Hilfeleistungen (in der Regel aus der eigenen Verwandtschaft) in Anspruch nehmen müssen.



Ob Väter und Mütter die Integration von familiären und beruflichen Rollen als spannungsgeladen erleben, hängt nach diesen Ergebnissen nicht direkt von den familiären Ressourcen und dem Ausmaß der Erwerbstätigkeit, sondern vom Niveau der Ansprüche an die Qualität des Familienlebens, von den Anpassungskapazitäten an veränderte Aufgaben, von der Inanspruchnahme unbezahlter Arbeit aus der Verwandtschaft, von der Beteiligung des Mannes an den Haushaltsaufgaben und von einer primär innerfamiliär verbrachten Freizeit ab. Soziale Herkunft und außerfamiliäre Ressourcen sind somit zwar eine wesentliche Anfangsbedingung für die Erklärung der familiären Interaktionsstruktur und des Entstehens familiärer Spannungen, aber ihre Wirkung erfolgt ausschließlich indirekt über innerfamiliäre Interaktionsprozesse: Externe Ressourcen führen zunächst einmal zu einer Steigerung von Ansprüchen an die Familie, und sie sind die Voraussetzung für die Anpassung an veränderte Situationen, die durch die Anspruchssteigerung »gefordert« wird. Beides führt dazu, daß mehr Tätigkeiten im Kontext der Familie ausgeführt werden, wozu sowohl eine gesteigerte Beteiligung des Mannes an den Haushaltsaufgaben als auch eine erhöhte Verwendung freier Zeit für die Familie (und nicht für Vereinsaktivitäten) zu rechnen sind.

Durch die analytische Differenzierung von familiären und individuellen Ressourcen (die in der Familie erheblichen Umverteilungsprozessen unterliegen) ist es möglich gewesen, die Ursachen für Widersprüche in vorliegenden empirischen Befunden zu sozialer Ungleichheit und familiärer Freizeitverwendung aufzudecken. Die Ursachen sind in den Interaktionseffekten der einzelnen familiären Ressourcen untereinander und in den Umverteilungsprozessen innerhalb des familiären Interaktionssystems zu suchen. Zugleich hat der Erklärungsansatz eine neue Antwort auf die Frage nach der Bedeutung familiärer Freizeitverwendung für die Integration der familiären Gruppe gegeben. Zunächst mag an dieser Antwort überraschen, daß extensive innerfamiliäre Freizeit nicht die Integration der familiären Gruppe steigert, wie dies in zahlreichen Freizeitanalysen – zumeist implizit – angenommen wird und wie es die Schlagworte von der »Freizeitfamilie« nahelegen, sondern im Gegenteil eine erhöhte Wahrscheinlichkeit innerfamiliärer Spannungen in Form von Interrollenkonflikten und Unzufriedenheit über die Aufgabenverteilung hervorruft: Familiär verbrachte Freizeit ist ein wesentliches Mittel, wie die mit vermehrten externen Ressourcen induzierte Steigerung der Ansprüche an »psychologische« Leistungen des familiären Interaktionssystems realisiert bzw. »ausgelebt« werden kann. Damit erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, daß die Belastungsgrenzen dieses Interaktionssystems im Bereich des Freizeitverhaltens besonders schnell erreicht werden. Damit erklärt sich vielleicht auch, warum die mit dem höchsten Verpflichtungsgrad und den höchsten familistischen Ansprüchen ausgestatteten Familienrituale wie Weihnachtsfeste (*Lüschen,* 1970, 1985, 1988) und Jahresurlaub ein häufiger Anlaß für Erwartungsenttäuschungen und innerfamiliäre Spannungen sind.

3. Freizeitverhalten im Familienzyklus

An theoretischen Annahmen darüber, daß die Stellung im Lebens- und Familienzyklus eine wesentliche Determinante individuellen Freizeitverhaltens ist, hat es niemals gefehlt. Dies ist einerseits daran ablesbar, daß altersspezifische Spezialstudien – mit Schwerpunktbildung im Jugendalter – in der Freizeitforschung vergleichsweise häufig sind, andererseits dienen familienzyklische Klassifikationen häufig dazu, die Vielzahl deskriptiven Materials über altersabhängige Veränderungen im Freizeitverhalten zu ordnen (*Schmitz-Scherzer,* 1974; *Giegler,* 1982; *Tokarski/Schmitz-Scherzer,* 1985; *Uttitz,* 1986).

Auch *van Hessen* (1968, 65) wählte bei seiner umfassenden Darstellung früher Studien zum familiären Freizeitverhalten eine familienzyklische Perspektive, um seine Haupthypothese zu belegen, daß die »Phasen (mindestens einige davon) entscheidenden Einfluß auf den Umfang der Freizeit und die Formen der Freizeit-Beschäftigungen haben«. Bei seiner Systematisierung der empirischen Befunde stellt *van Hessen* fest, daß speziell Familien mit kleinen Kindern ein Freizeitverhalten zeigen, das sich durch Kindzentriertheit und Häuslichkeit auszeichnet, und daß in dieser Phase die Freizeit zur Ausprägung und Stabilisierung der familiären Gruppenidentität beiträgt. Ferner ergeben diese Befunde, daß die Kinder schon im Schulalter beginnen, Freizeitaktivitäten außerhalb der Familie zu suchen und daß sich diese Tendenz bei Jugendlichen weiter verstärkt (*van Hessen,* 1968, 67f.): Die Entwicklung zeigt sich nicht nur in der Zunahme der Anzahl der Freizeitbeschäftigungen außerhalb der Familie, auch die Freizeit zu Hause, mit oder ohne Familienmitglieder verbracht, wird differenzierter und komplexer. Häufig werden die Mahlzeiten zu den einzigen Gelegenheiten, zu denen sich die Familienmitglieder treffen. In dieser Phase beginnt sich das allgemein als für die Freizeit am Wochentag gültig angesehene Bild abzuzeichnen – sie wird relativ »amorph«, überwiegend zu Hause, aber nicht intensiv gemeinschaftlich verbracht und ist teils durch reine Erholung, teils durch »demi-loisir« oder Verpflichtungen bestimmt.

Wesentliche Strukturveränderungen im Freizeitverhalten sind insbesondere beim Übergang zur Elternschaft zu verzeichnen. Da sich die Aktivitäten von Ehepaaren in dieser Phase sehr stark um gemeinsame instrumentelle Aktivitäten (Haushaltsaufgaben und Kinderpflege) zentrieren und die Aufgabenteilung deutlich traditioneller wird, verliert die Ehegattenbeziehung in dieser Phase ihren Charakter einer romantischen Liebesbeziehung und wird stattdessen vermehrt zu einer Problem- und Aufgabenbewältigungs-Partnerschaft (*Belsky* et al., 1983, 1988). Neben den Gesprächen nehmen auch die gemeinsamen Freizeitaktivitäten der Ehepartner beim Übergang zur Elternschaft ab, was insbesondere bei den Ehemännern zu Unzufriedenheit führt (*McHale/Huston,* 1985).

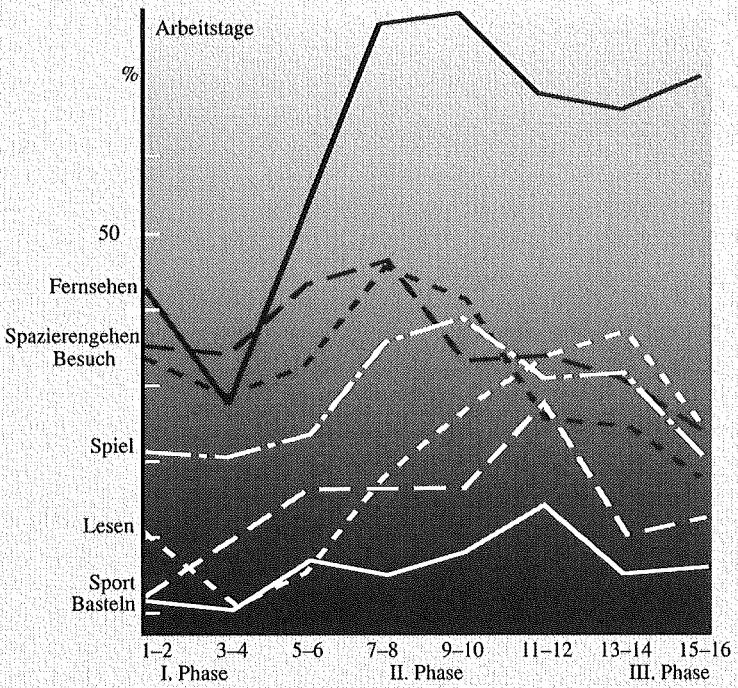
In der empirischen Analyse von *Nave-Herz* und *Nauck* (1978) ist versucht worden, familienzyklische Veränderungen im Freizeitverhalten durch das Alter des jüngsten Kindes zu bestimmen, wodurch diese als Krisensituation erlebte Übergangsphase zur (Erst-)Elternschaft in den Hintergrund tritt: Von der gesamten Familie unternommene Freizeitaktivitäten werden dann am häufigsten genannt, wenn das jüngste Kind im Alter von 7 bis 12 Jahren ist, d. h. nicht in der Phase der Primärsozialisation

ist eine maximale Integration der Familie durch gemeinsame Freizeit gegeben, sondern am Ende des Grundschulalters und am Anfang der Sekundarstufe: Die Freizeitaktivitäten nehmen ab dem 3. Lebensjahr des jüngsten Kindes zu (sowohl alltags als auch am Wochenende) und steigen bis zu ihren Höchstwerten im 9. bis 12. Lebensjahr des letzten Kindes, um dann kontinuierlich abzufallen. Alltags ist im Vergleich zum Wochenende wegen der knapperen Freizeit eine geringere Häufigkeit und eine Vorverlegung der Maximalwerte gegeben. Daß die familiäre Freizeit während der Phase der Primärsozialisation nicht in dem vermuteten Maße eine Integrationsfunktion für die familiäre Binnenstruktur besitzt, sondern daß diese sich erst später in der 2. Phase herausbildet, liegt daran, daß in der ersten Phase des Familienzyklus noch viele Freizeitaktivitäten in anderen Gesellungsformen, d. h. allein, von den Ehepartnern gemeinsam oder mit anderen Personen, unternommen werden. Dies gilt für die Arbeitstage und für die Wochenenden gleichermaßen. In der dritten Phase mit älteren Schulkindern, wenn die familienbezogene Freizeit wieder abnimmt, nehmen jedoch die gemeinsamen Freizeitaktivitäten der Eltern nicht wieder zu; vielmehr sind für diese Phase solche Aktivitäten charakteristisch, die entweder vom Vater (stärker alltags) oder von der Mutter (stärker an Wochenenden) gemeinsam mit Kindern unternommen werden.

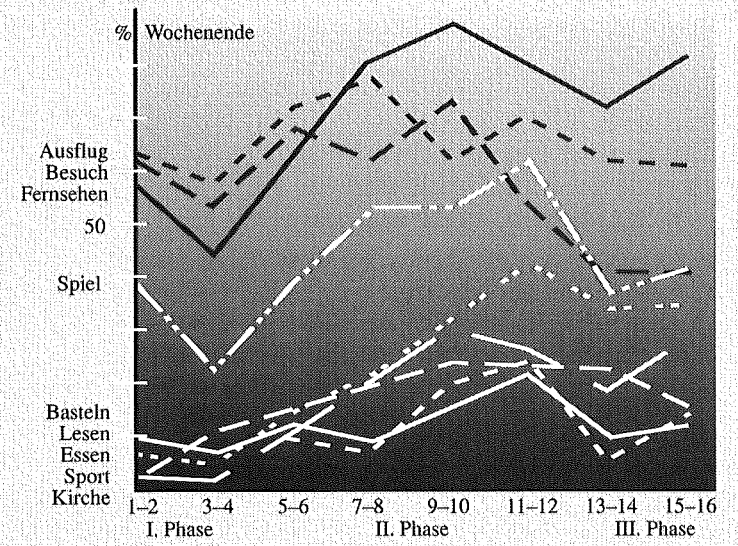
Insgesamt ergibt sich damit folgender phasentypischer Verlauf familiärer Freizeitverwendung (vgl. *Nave-Herz/Nauck,* 1978, 122): In der Phase der Primärsozialisation sind die Freizeitaktivitäten individualistisch oder ehepaarbezogen (Phase der Paarzentrierung und Gruppenbildung). In der nächsten Phase werden viele Freizeitaktivitäten überwiegend mit allen Familienmitgliedern gemeinsam unternommen – nur in dieser Phase könnte also der Freizeit eine Integrationsfunktion für die familiale Binnenstruktur zukommen (Phase der Familienzentrierung). Am Ende der 3. Phase, wenn die gruppenbezogene Freizeit abnimmt, steigen die Freizeitbeschäftigungen zwischen einem Elternteil und den heranwachsenden Kindern an und und erreichen hier ihre Maximalwerte (Phase der beginnenden Gruppenauflösung).

Eine weitere Frage ist, in welcher Weise das familiäre Freizeitverhalten mit der familienzyklisch variierenden Ehezufriedenheit in Zusammenhang steht. Übereinstimmendes Ergebnis einer Vielzahl von empirischen Studien ist, daß die Zufriedenheit mit der Ehe bei Frauen bis zum Ende des Schulalters der Kinder sinkt, um anschließend wieder anzusteigen (*Orthner,* 1975; *Haavio-Mannila,* 1977; *Thiessen* et al., 1977; *Nave-Herz/Nauck,* 1978, 127; *Anderson* et al., 1983; *Olson* et al., 1983; *Nauck,* 1987, 188). Nun stellen *Nave-Herz* und *Nauck* (1978, 126) fest, daß die Familien, in denen Frauen mit ihrer Ehe sehr zufrieden sind, ein im Vergleich zu den Unzufriedenen vielseitigeres familiäres Freizeitprogramm wählen; ferner werden signifikant häufiger Freizeitaktivitäten mit familienfremden Personen unternommen, wenn die Mütter mit ihrer Ehe unzufrieden sind. Dem widersprechen jedoch Befunde von *Nauck* (1987, 207): Danach ist zwar auch in der Familiengründungsphase eine Umstrukturierung der Freizeitgewohnheiten von einem mehr peergroup-bezogenen, außerfamiliären Freizeitstil hin zu einer innerfamiliären Freizeit festzustellen, jedoch sind die Familien, in denen in dieser Phase innerfamiliäre Freizeitaktivitäten häufig ausgeübt werden, zugleich die Familien mit hohen innerfamiliären Spannungen und Rollenkonflikten ($r = .49$). In den späteren Phasen des

Tabelle 2: Familiäre Freizeitaktivitäten an Arbeitstagen und Wochenenden, differenziert nach dem Alter des jüngsten Kindes



Quelle: *Nave-Herz/Nauck* 1978, 119



Quelle: *Nave-Herz/Nauck* 1978, 120

Familienzyklus ist dieser Zusammenhang nicht mehr zu beobachten, vielmehr tritt in der Phase mit schulpflichtigen Kindern ein spannungsreduzierender Effekt der außerfamiliären sozialen Partizipation auf ($r = -.29$). Eine mögliche Erklärung dieser offensichtlich diskrepanten Befunde besteht in geschlechtsspezifischen Unterschieden der untersuchten Stichproben: Während die positiven Korrelationen in ausschließlich weiblichen Populationen gefunden wurden, betreffen die negativen Korrelationen Populationen, in denen Männer zu gleichen Anteilen repräsentiert waren, für die eine »familistische« Reorganisation der Freizeit offensichtlich mit größeren Enttäuschungen und Konflikten verbunden ist.

Tatsächlich belegen die Befunde von *Olson* et al. (1983) an amerikanischen Familien,

- daß erstens übereinstimmende Freizeitinteressen und gemeiname Freizeitaktivitäten nur in der vorelterlichen Phase eine bedeutsame Ressource für die spannungsfreie Bewältigung familiärer Aufgaben darstellt,
- daß zweitens von allen untersuchten Bereichen die Übereinstimmung von Ehepaaren bezüglich gewünschter Freizeitaktivitäten (.30) und der Beziehung zu Freunden (.33) die niedrigsten Werte aufweisen, und
- daß drittens Ehefrauen sehr viel stärker als ihre Ehemänner eine familienintegrierende Funktion der Freizeit und der außerfamiliären Beziehungen wahrnehmen und sich mit dieser »familienbezogenen« Freizeit und den Außenkontakten sehr viel zufriedener zeigen.

In einer Untersuchung von *Heil* (1984) zur Koorientierung in Partnerschaften konnten diese Befunde insofern repliziert werden, als Frauen die Partnerschaft weit stärker über die Bereiche »gefühlsmäßige und sexuelle Belange« und »Freizeitgestaltung« wahrnehmen, wohingegen für Männer die Sicherstellung der instrumentellen Versorgung (»berufliche« und »finanzielle« Angelegenheiten) die Wahrnehmung der Partnerschaft bestimmt. Nach den Ergebnissen von *Olson* et al. (1983) gibt es jedoch in der Wahrnehmung der familienintegrierenden Funktion der Freizeit bei Frauen – analog zur Ehezufriedenheit – einen »wannen«-artigen Einbruch im Familienzyklus, der von der Geburt von Kindern bis zu deren Adoleszenz dauert; anschließend steigt dann diese positive Bewertung der familiären Freizeit (über das Ausgangsniveau hinaus) an: Insgesamt ist somit ein Anwachsen in der Zufriedenheit mit der Freizeitverwendung im Verlauf des Familienzyklus festzustellen.

4. Offene Forschungsfragen

Klagen über konzeptionelle Schwächen und mangelnde theoretische Fundierung der Freizeitforschung sind so alt wie diese Forschungsrichtung selbst und es mehren sich Stimmen, die deren jahrzehntelanges Stagnieren konstatieren und innovative theoretische Impulse fordern, um die Freizeitforschung als lediglich problem- und anwendungsorientierte Spezialdisziplin mit sozialtechnischem Charakter zu überwinden und sie stärker in die grundlagentheoretische Diskussion der Sozialwissenschaften zu integrieren (*Scheuch,* 1977; *Carlson,* 1979; *Nauck,* 1983; *Tokarski/*

Schmitz-Scherzer, 1985). Als Ergebnis dieses Beitrages wäre bezogen auf den Bereich der familiären Freizeit hier hinzuzufügen, daß bislang nicht einmal die »klassischen« Ansätze der Freizeitforschung, nämlich mithilfe von Zeitbudget- und Zeitverwendungs-Studien die familiären Ursachen und Folgen der Freizeitverwendung zu klären, ausgeschöpft worden sind: Über den empirischen Bewährungsgrad der meisten von *van Hessen* (1968) formulierten Hypothesen ist auch derzeitig kaum mehr bekannt und für viele Bedingungszusammenhänge familiärer Freizeit fehlen bislang jegliche empirische Studien – angefangen vom Familienurlaub über die Gestaltung von Familienritualen wie Weihnachten, Geburtstags- und Familienfeiern (*Turner/Edgley,* 1975), bis hin zu Analysen der Inszenierung von Freizeit bei Partnerwahlprozessen (*Rapoport/Rapoport,* 1964) oder der Auswirkungen »devianter« Freizeitinteressen auf das Familienleben (*Bell,* 1975; *Varni,* 1972).

Eine aussichtsreiche Alternative zu den klassischen Ansätzen der Freizeitforschung ist in der Anwendung von Lebensstilkonzepten auf Freizeitphänomene zu sehen. *Lüdtke* (1988, 53) definiert Lebensstil als »unverwechselbare Struktur und Form eines subjektiv sinnvollen, erprobten (d. h. zwangsläufig angeeigneten, habitualisierten oder bewährten) Kontextes der Lebensorganisation (mit den Komponenten: Ziele bzw. Motivationen, Symbole, Partner, Verhaltensmuster) eines privaten Haushalts (Alleinstehende/r, Wohngruppe, Familie), den dieser mit einem Kollektiv teilt und dessen Mitglieder deswegen einander als sozial ähnlich wahrnehmen und bewerten«. Dieser Lebensstil-Begriff bezeichnet somit keine singulären beobachtbaren Tatbestände, sondern ein theoretisches Konstrukt, das innere und äußere, individuelle und kollektive, substantielle und relationale Eigenschaften von Personen und Haushalten miteinander verknüpft. Ein Lebensstil manifestiert sich nirgendwo total, sondern jeweils partiell in einer Vielzahl spezifischer Handlungssituationen; er kann verstanden werden als (bedingungsabhängige) Kontingenz von Ausgaben-, Zeitverwendungs- und Verhaltensmustern, von Aktivitäten und Ausstattung in den Bereichen Wohnung, Ernährung, Kultur und Freizeit, Selbstdarstellung und Repräsentation, von Affiliation und Distinktion in sozialen Netzwerken und Verkehrskreisen.

Anders als bei klassischen Ansätzen der Freizeitforschung, die durchweg einem (regressionsanalytischen) Determinanten-Modell verpflichtet sind, bei dem die Abhängigkeit der Freizeitaktivitäten von externen Faktoren untersucht werden, bietet die Lebensstil-Forschung die theoretischen Grundlagen dafür, die Beziehungen der verschiedenen Aktivitäten untereinander mit Hilfe von multivariaten Klassifikationsverfahren (z. B. konfirmatorischen Faktorenanalysen und Profil-Clusteranalysen) zu untersuchen. Die Vorteile dieses Ansatzes sind insbesondere darin zu sehen, daß er eine viel differenziertere Erhebung der qualitativen Unterschiede (auch) in den Freizeitaktivitäten erlaubt; damit wird einer von *Scheuch* (1969) früh formulierten Einsicht Rechnung getragen, daß sich die wesentlichen Unterschiede im Freizeit-Bereich zunehmend in der Binnen-Differenzierung von Tätigkeiten und dem Besitz von Konsumgütern vollziehen: So kann man die entscheidende Fragestellung nicht mehr allein darin erblicken,

- ob und wie lange ein Akteur z. B. fernsieht und wovon das abhängt, sondern welche Programme er wählt und mit welchen anderen Verhaltensweisen diese

spezifischen Programmpräferenzen überzufällig häufig gemeinsam auftreten und sich im Lebenslauf zu habitualisierten Freizeitstilen verbinden (*Lukesch,* 1986), die makrostrukturell als Elemente expressiver Ungleichheitslagen (*Lüdtke,* 1988) beschrieben werden können, und

- ob und wieviel ein Haushalt für die private Lebensführung aufwendet und wovon dies abhängt, sondern welche Merkmale z. B. einer Wohnungseinrichtung sich überzufällig häufig miteinander zu differentiellen Konsumstilen verbinden (*Pappi/Pappi,* 1978), durch die Haushalte sich voneinander distanzieren bzw. ihre kategoriale Identität symbolisieren.

Die Entwicklung von umfassenderen Forschungsprogrammen zur Analyse privater Lebensstile steht erst an ihren Anfängen, doch versprechen sie schon jetzt, wesentlich differenziertere Einsichten in familiäre Freizeitverwendung zu liefern als dies mit den traditionellen Ansätzen der Freizeitforschung möglich ist. Ihnen gegenüber hat das Lebensstil-Konstrukt die entscheidenden Vorteile, erstens nicht auf nichtobligatorische Tätigkeiten festgelegt zu sein, und zweitens durch induktive Klassifikationsverfahren das Repertoire der Analysetechniken um die empirisch begründete Typenbildung wesentlich zu erweitern, und drittens eine Reihe von bislang unverbunden nebeneinander bestehenden Forschungsrichtungen zu integrieren. Sollte dieses Innovationspotential ausgeschöpft werden und »Lebensstil« nicht bloß zu einer terminologischen Mode werden, dann berechtigt dies zu der Hoffnung, daß nicht (erneut) die »feinen Unterschiede« (*Bourdieu,* 1982) durch das zu grobmaschige Netz empirischer Analysen fallen.

Literatur

Anderson, S. A., Russell, C. S., Schumm, W. R.: Perceived Marital Quality and Family Lifecycle Categories: A Further Analysis, in: Journal of Marriage and the Family XVL, 1983, 127–139 – *Bardmann, T. M.:* Die mißverstandene Freizeit, Stuttgart 1986 – *Bell, R. R.:* Swinging: Seperating the Sexual from Friendship, in: *Glazer-Malbin, N.* (Hrsg.), Old Family – New Family, New York/Cincinnati/Toronto 1975, 150–168 – *Belsky, J., Rovine, M., Fish, M.:* The Developing Family System, in: M. Gunnar (Hrsg.), Systems and Development, Hillsdale 1988 – *Belsky, J., Spanier, G., Rovine, M.:* Stability and Change in Marriage across the Transition to Parenthood, in: Journal of Marriage and the Family VL, 1983, 553–556 – *Berk, R. A., Berk, S. F.:* Labour and Leisure at Home, Beverly Hills/London 1979 – *Bertram, H.:* Sozialstruktur und Sozialisation, Darmstadt/Neuwied 1981 – *Bertram, H.:* Von der schichtspezifischen zur sozial-ökologischen Sozialisationsforschung, in: *Vaskovics, L.* (Hrsg.), Umweltbedingungen familialer Sozialisation, Stuttgart 1982, 25–54 – *Blücher, V. G.:* Theoretische und empirische Befunde zur Entwicklung der wachsenden Freizeit, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie XXVI, 1974, 29–53 – *Bourdieu, P.:* Die feinen Unterschiede, Frankfurt 1982 – *Carlson, J. E.:* The Family and Recreation: Toward a Theoretical Development, in: *W. R. Burr* u. a. (Hrsg.), Contemporary Theories about the Family, Bd. I, New York/London 1979, 439–452 – *Crano, W. D., Aronoff, J.:* A Cross-Cultural Study of Expressive and Instrumental Role Complementaryty in the Family, in: American Sociological Review XIIIL, 1978, 463–471 – *Dumanzedier, J.:* Vers une civilisation du loisir, Paris 1962 – *Dumazedier, J.:* Sociology of Leisure, Amsterdam/Oxford/New York 1974 – *Giegler, H.:* Dimensionen und Determinanten der Freizeit, Opladen 1982 – *Gordon, C., Gaitz, M.:* Leisure and Lives: Personal Expressivity Across the Life Span, in: *Binstock, R. H.* und *Shanas, E.* (Hrsg.), Handbook of Aging and the Social Sciences, New York/Cincinnati 1976,

310–341 – *Gross, P., Garhammer, M.:* Freizeitmarkt Dienstleistungen, Ms. Bamberg 1988 – *Haavio-Mannila, E.:* Family Developmental Tasks and Happiness, in: *Cuisenier, J., Segalen, M.* (Hrsg.), The Family Life Cycle in European Societies, The Hague/Paris 1977, 117–139 – *Heil, F. E.:* Zur Erfassung von Koorientierungsstrukturen in Partnerschaften, Diss. Trier 1984 – *Hessen, J. S. van:* Familie, Freizeit und Sozialisation der jungen Generation, in: *G. Wurzbacher* (Hrsg.), Die Familie als Sozialisationsfaktor, Stuttgart 1968, 63–103 – *Hunziker, R.:* Fernsehen in der Familie, in: Fernsehen und Bildung XI, 1977, S. 269–285 – *Hunziker, P., Kohli, M., Lüscher, K.:* Fernsehen im Alltag der Kinder, im: Rundfunk und Fernsehen XXI, 1973, S. 383–404 – *Hunziker, P., Lüscher, K., Fauser, R.:* Fernsehen im Alltag der Familie, in: Rundfunk und Fernsehen XXIII, 1975, 284–315 – *Krüsselberg, H. G., Auge, M., Hilzenbecher, M.:* Verhaltenshypothesen und Familienzeitbudgets – Die Ansatzpunkte der ›Neuen Haushaltsökonomik‹ für Familienpolitik, Stuttgart/Berlin/Köln 1986 – *Kunczik, M.:* Massenkommunikation, Köln/Wien 1977 – *Langman, L.:* Social Stratification, in: *M. B. Sussman* und *S. K. Steinmetz* (Hrsg.), Handbook of Marriage and the Family, New York/London 1987, 211–249 – *Lüdtke, H.:* Jugendliche in organisierter Freizeit, Weinheim/Basel 1972 – *Lüdtke, H.:* Der Freizeitcharakter von Tätigkeiten in Abhängigkeit von der Status-Rollen-Konfiguration von Akteuren, in: *V. Buddrus, H. Grabbe* und *W. Nahrstedt* (Hrsg.), Freizeit in der Kritik, Köln 1980, 203–214 – *Lüdtke, H.:* Gleichförmigkeit im alltäglichen Freizeitverhalten, in: Zeitschrift für Soziologie XIII, 1984, 346–362 – *Lüdtke, H.:* Expressive Ungleichheit, Ms. Universität Marburg 1988 – *Lüschen, G.* et al.: Familie und Verwandtschaft, in: *G. Lüschen* und *E. Lupri* (Hrsg.), Soziologie der Familie. Sonderheft 13 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1970, 270–284 – *Lüschen, G.* et al.: Familie, Verwandtschaft und Ritual im Wandel, in: *H. W. Franz* (Hrsg.), 22. Deutscher Soziologentag 1984, Opladen 1985, 125–127 – *Lüschen, G.:* Familial-verwandtschaftliche Netzwerke, in: R. Nave-Herz (Hrsg.), Kontinuität und Wandel der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1988, 145–172 – *Lukesch, H.:* Video- und Fernsehkonsum und das Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie VI, 1986, 265–283 – *Lukesch, H.:* Von der »radio-hörenden« zur »verkabelten« Familie, in: R. *Nave-Herz* (Hrsg.), Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1988, 173–197 – *McHale, S. M., Huston, T. L.:* The Effect of the Transition to Parenthood on the Marriage Relationship, in: Journal of Family Issues VI, 1985, 409–433 – *Nauck, B.:* Konkurrierende Freizeitdefinitionen und ihre Auswirkungen auf die Forschungspraxis der Freizeitsoziologie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie XXXV, 1983, 274–303 – *Nauck, B.:* Familiäres Freizeitverhalten und soziale Ungleichheit, in: *H. Lüdtke, S. Agricola* und *U. V. Karst* (Hrsg.), Methoden der Freizeitforschung, Opladen 1986, 189–227 – *Nauck, B.:* Erwerbstätigkeit und Familienstruktur, Weinheim/München 1987 – *Nave-Herz, R.:* Beruf – Freizeit – Weiterbildung, Darmstadt 1976 – *Nave-Herz, R.:* Kontinuität und Wandel in der Bedeutung, in der Struktur und Stabilität von Ehe und Familie in der Bundesrepublik Deutschland, in: *R. Nave-Herz* (Hrsg.), Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1988, 61–94 – *Nave-Herz, R., Nauck, B.:* Familie und Freizeit. München 1978 – *Nye, F. I.:* Emerging and Declining Family Roles, in: Journal of Marriage and the Family XXXVI, 1974, 238–245 – *Olson, D. H.* et al.: Families – What Makes them Work, Beverly Hills/London/New York 1983 – *Orthner, D. K.:* Leisure Activity Patterns and Marital Satisfaction Over the Marital Career, in: Journal of Marriage and the Family XXXVII, 1975, 91–102 – *Pappi, F. U., Pappi, I.:* Sozialer Status und Konsumstil, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie XXX, 1978, 87–115 – *Rapoport, R., Rapoport, N.:* New Light on the Honeymoon, in: Human Relations XVII, 1964, 33–56 – *Rapoport, R., Rapoport, N., Strelitz, Z.:* Leisure and the Family Life Cycle, London/Boston 1975 – *Scheuch, E. K.:* Family Cohesion in Leisure Time, in: Sociological Review VIII, 1960, 37–61 – *Scheuch, E. K.:* »Soziologie der Freizeit«, Handbuch der empirischen Sozialforschung. Hg. *R. König.* Bd. 2. Stuttgart 1969, 735–833 – *Scheuch, E. K.:* »Soziologie der Freizeit«. Freizeit – Konsum. Handbuch der empirischen Sozialforschung. Hg. *R. König.* Bd. 11. 2. Aufl. Stuttgart 1977, 1–192 – *Schmitz-Scherzer, R.:* Sozialpsychologie der Freizeit, Stuttgart/Berlin/Köln 1974 – *Schneewind, K. A., Beckmann, M., Engfer, A.:*

Eltern und Kinder, Stuttgart/Berlin/Köln 1983 – *Schneider, A.:* Expressive Verkehrskreise, in: *G. Lüschen* und *E. Lupri* (Hrsg.), Soziologie der Familie, Sonderheft 14 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1970, 443–472 – *Schneider, A.:* Patterns of Social Interaction, in: *A. Szalai* (Hrsg.), The Use of Time, The Hague/Paris 1972, 317–333 – *Szalai, A.* (Hrsg.): The Use of Time, The Hague/Paris 1972 – *Thiessen, V., Rapoport, R., Rapoport, N.:* Enjoyment Careers and the Family Life Cycle, in: *J. Cuisenier* und *M. Segalen* (Hrsg.), The Family Life Cycle in European Societies, The Hague/Paris 1977, 299–313 – *Tokarski, W., Schmitz-Scherzer, R.:* Freizeit, Stuttgart 1985 – *Turner, R. E., Edgley, C.:* Death as Theater: A Dramaturgical Analysis of the American Funeral, in: Sociology and Social Research LX, 1975, 377–392 – *Tyrell, H.:* Probleme einer Theorie der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung der privatisierten modernen Kernfamilie, in: Zeitschrift für Soziologie V, 1976, 393–417 – *Tyrell, H.:* Zwischen Interaktion und Organisation: Die Familie als Gruppe, in: *F. Neidhardt* (Hrsg.), Gruppensoziologie, Sonderheft 25 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1983, S. 362–390 – *Uttitz, P.:* Stile und Determinanten des Freizeitverhaltens in der Umfrageforschung über 30 Jahre, in: *H. Lüdtke, S. Agricola* und *U. V. Karst* (Hrsg.), Methoden der Freizeitforschung, Opladen 1986, 157–174 – *Varni, C. A.:* An Exploratory Study of Spouse-Swapping, in: Pacific Sociological Review XV, 1972, 507–522 – *Veblen, T.:* Theorie der feinen Leute, München 1971 – *Wilensky, H. L.:* Die Umverteilung von Freizeit und Arbeit, in: E. *K. Scheuch* und *R. Meyersohn* (Hrsg.), Soziologie der Freizeit, Köln 1972, 153–182 – *Wurzbacher, G., Kipp, H.:* Das Verhältnis von Familie und öffentlichem Raum unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland, in: *G. Wurzbacher* (Hrsg.), Die Familie als Sozialisationsfaktor, Stuttgart 1968, 1–62.

Manfred Markefka/Ilse Billen-Klingbeil

Machtverhältnisse in der Ehe und ihre Folgen

1. Problemstellung

Eheliche Machtverhältnisse und ihre Folgen werden in der Familiensoziologie zunehmend diskutiert, Ausgangspunkte sind Machtkonzepte, Aggressionstheorien und spezielle Forschungsrichtungen »Gewalt in der Familie«. Letztere haben sich hauptsächlich in den USA etabliert und sind in Deutschland aufgenommen worden; sie bewirkten Gesetzesänderungen und -initiativen (s. Diskussion der Strafbarkeit der Ehegattennotzucht und der Finanzierung von Frauenhäusern). Im folgenden werden die Begriffe Macht und Gewalt kurz erläutert, Theorieansätze sowie Forschungsstand zur Gewalt in der Familie, speziell gegen Kinder und Frauen, vorgestellt.

1.1. Macht und Gewalt

Der Begriff »Macht« wird unterschiedlich definiert, wobei Macht, Aggression und Gewalt häufig nicht deutlich voneinander unterschieden werden. Macht heißt nach Weber »jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichwohl worauf diese Chance beruht« (*Weber,* 1972, 28). Als Mittel der Willensdurchsetzung (Machtmittel) gelten im allgemeinen die sich oft überschneidenden Konzepte Aggression und Gewalt. So wird z. B. Aggression als »ein Verhalten, dessen Ziel eine Beschädigung oder Verletzung ist« (*Berkowitz,* 1971, 28), Gewalt als »an act carried out with the intention of physically hurting another person« (*Gelles/Straus,* 1979, 554) verstanden. Gewalt unterscheidet sich also von Aggression dadurch, daß sie gegen Personen gerichtet ist und deren Verletzung beabsichtigt. Somit bedeutet Gewalt »physische Aggression gegen Personen«. In diesem Sinne wird Gewalt als ein Mittel zur Machtausübung angesehen.

1.2. Soziologie der ehelichen Machtverhältnisse

Die Begriffe Macht, Aggression und Gewalt sind Grundelemente der Soziologie der ehelichen Machtverhältnisse (*Held,* 1978; *Safilios-Rothschild,* 1976), die auf der Ressourcentheorie von *Blood und Wolfe* (1960) und deren Nachfolger (*Heer,* 1963; *Goode,* 1974) beruhen (vgl. auch *Nauck* in diesem Band). Danach ist Gewalt innerhalb der ehelichen Machtverhältnisse ein Mittel (eine Ressource) zur Machtausübung.
In der sozialwissenschaftlichen Familienforschung werden hauptsächlich Gewalt gegen Kinder (Kindesmißhandlung) und Gewalt gegen Frauen (Frauenmißhandlung) untersucht. In der Bundesrepublik ist mehr die Kindesmißhandlung, weniger die Mißhandlung von Frauen Forschungsgegenstand. Arbeiten mit dem Thema

»Gewalt gegen Frauen« beschäftigen sich in der Regel mit Hilfs- und Interventionsprogrammen, empirische Untersuchungen über Ursachen und Ausmaß der Gewalt fehlen (vgl. *Honig,* 1986; Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, 1981, 1984; *Clausen,* 1981; *Simm,* 1983; *Neubauer* et al., 1987; Niedersächsisches Sozialministerium 1984). In den USA existieren dagegen Forschungsprogramme, die sich sehr differenziert mit Gewalt in der Familie – gegen Kinder, gegen Frauen, gegen Männer, gegen Ältere, unter Geschwistern – befassen (vgl. *Pelz-Schreyögg,* 1985; *Gelles,* 1983; *Straus* et al., 1980).

2. Opfer der Gewalt

Für die Untersuchung von Gewalt in der Familie sind drei Betrachtungsperspektiven üblich. In einer ersten übergeordneten Ebene (der Normen und Gesetze) wird aufgezeigt, wie Gewalt in der Familie in einer Gesellschaft beurteilt wird. Eine solche Beurteilung bringen z. B. die Diskussion um die Strafbarkeit der Ehegattennotzucht (*Helmken,* 1979; Der Spiegel, 27/87) und die Diskussion zu Kindesmißhandlung (dpa-Meldung v. 6. 7. 87 zur Fachtagung »Gewalt gegen Kinder« v. Fr. *Süßmuth*) zum Ausdruck. Zweiter Ansatz ist die sogenannte Täterperspektive die die Bedeutung der Gewalt vom Handelnden aus betrachtet. Täterorientierte Untersuchungen befassen sich z. B. meist mit den Motiven für die Gewalttätigkeit einer Person in einer Familie (Programme laut *Neubauer* et al., 1987, 73ff.). Letztlich wird die Perspektive der Opfer gewählt, um die Wahrnehmung (Wirkung) der Gewalt durch (auf) Familienmitglieder als Gewaltopfer zu erfassen. Die Bevorzugung der sogenannten Opferperspektive zeigt sich darin, daß Daten über Gewalt in der Familie meistens durch Opferbefragungen gewonnen wurden. Dies trifft auch für die Bundesrepublik bei den zahlreichen Arbeiten über Kindesmißhandlung und Gewalt gegen Frauen zu (*Trube-Becker,* 1982; Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, 1981, 1984; *Kempe/Kempe,* 1980; *Honig,* 1986).

2.1. Gewalt gegen Kinder

Ausgehend von Strafrechtsbestimmungen werden Begriffsinhalte der Gewalt, mögliche Arten der Kindesmißhandlung, der sozialwissenschaftliche Forschungsstand sowie Theorieansätze dargestellt.

2.1.1. Begriff/Arten der Gewalt

Kindesmißhandlung als Gewalt in der Familie wird in der Bundesrepublik Deutschland neben den Körperverletzungsdelikten (§§ 223, 223 a, 224ff. StGB) als »Mißhandlung von Schutzbefohlenen« nach § 223 b StGB strafrechtlich verfolgt: »Wer ... Schutzbefohlene ... quält oder roh mißhandelt, böswillig vernachlässigt ... wird zu ... bestraft«. Zu beachten ist, daß § 223 b kein Antragsdelikt (unabhängig von einem Strafverfolgungsantrag) ist, sondern die Strafverfolgungsbehörden von Amts wegen tätig werden. »Quälen« bedeutet die Verursachung länger dauernder oder

sich wiederholender körperlicher Schmerzen, wobei aber auch seelische Mißhandlungen (z. B. im Rahmen einer erheblichen Verängstigung) hinzugerechnet werden. Eine »Mißhandlung« ist eine Beeinträchtigung körperlichen Wohlbefindens, sie ist dann roh, wenn sie aus einer gefühllosen, fremde Leiden mißachtenden Gesinnung heraus erfolgt: »böswillige Vernachlässigung« bedeutet eine Beeinträchtigung oder Hemmung der gesunden Entwicklung des Kindes aus verwerflichen, insbesondere eigensüchtigen Beweggründen (Haß, Sadismus, Geiz, Rache). Darunter fällt auch Mißhandlung des Kindes durch ein Elternteil, die vom anderen Elternteil geduldet wird (vgl. dazu *Dreher/Tröndle,* 1986, 1129). Weiter zu beachten ist § 170 d, Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht (»Wer durch die Verletzung der ... die Schutzbefohlenen in die Gefahr bringt, in ihrer körperlichen oder psychischen Entwicklung erheblich geschädigt zu werden, einen kriminellen Lebenswandel zu führen oder der Prostitution nachzugehen«).

In Frage kommende Tatbestände aus dem Sexualstrafrecht sind § 173 StGB, Beischlaf zwischen Verwandten sowie die §§ 174 ff. StGB, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Bei den Straftaten gegen das Leben wird nach § 217 StGB die Tötung eines nicht-ehelichen Kindes durch die Mutter insofern privilegiert, als ein gegenüber den sonstigen Tötungsdelikten geringerer Mindeststrafrahmen (Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren) gilt.

Bei der rechtlichen Würdigung der »Kindesmißhandlung« muß der Begriff »elterliche Gewalt« beachtet werden. Dieser Begriff wurde bis ca. 1980 im Strafrecht überwiegend als Recht elterlichen Zwangs gegenüber den Kindern mißverstanden. An seine Stelle ist inzwischen der Begriff »elterliche Sorge« getreten (*Palandt,* 1985, 1590), um auch begrifflich die von den Eltern zu beachtende wachsende Selbständigkeit des Kindes zu betonen. Die Eltern haben die Pflicht, für das minderjährige Kind zu sorgen. Diese elterliche Sorge umfaßt neben der für die Kindesmißhandlung nicht relevanten Vermögenssorge auch die Personensorge. Unter Personensorge ist z. B. Pflege, Erziehung, Beaufsichtigung, Schulbesuch oder auch Anwendung von Zuchtmitteln zu verstehen. Körperliche Züchtigung als solche widerspricht dabei nicht einer am Kindeswohl orientierten Erziehung, ist also erlaubt (vgl. auch *Trube-Becker,* 1982, 143).

Grundsätzlich wird aber das gesetzliche Leitbild einer »partnerschaftlichen Erziehung« ohne entwürdigende, rigide Unterwerfung des Kindes vorgegeben. Aber die Überzeugung, als Elternteil ohne Einschränkung ein Recht zur Züchtigung der Kinder zu haben, ist immer noch weit verbreitet: Bei einer deutschen Umfrage stimmten 45 % der befragten Eltern der Prügelstrafe zu (*Trube-Becker,* 1982, 16).

Diesem auf der Personensorge basierenden, differenzierten Strafrechtsschutz des Kindes wird in sozialwissenschaftlichen Themen nicht entsprochen. »Kindesmißhandlung« beinhaltet in der Familienforschung Anwendung physischer Gewalt, psychische und emotionale Vernachlässigung, emotionalen und sexuellen Mißbrauch (*Kempe/Kempe,* 1980, 15). Dabei wird »physische Gewalt« als eine gegen das Kind gerichtete, es körperlich schädigende Handlung bestimmt. Sie wird nach erlittenen Verletzungen – wie Quetschungen, Verbrennungen, Kopfwunden, Frakturen, Vergiftungen – differenziert. Unter psychischer und emotionaler »Vernachlässigung« wird verstanden: Die Eltern sorgen nicht in angemessener Weise für die

Gesundheit, Sicherheit und das Wohlergehen des Kindes. Unter sexuellem, damit auch emotionalem Mißbrauch wird die Ausnutzung unreifer Kinder durch Inzest oder Belästigung erfaßt (*Kempe/Kempe,* 1980, 15f.).

2.1.2. Forschungsstand

Kindesmißhandlung wird in der Bundesrepublik seit Mitte der 70er Jahre erforscht (zuerst *Bast* et al., 1975; *Petri/Lauterbach,* 1975; weitere Nennungen bei *Trube-Becker,* 1982, 9), auch die Würdigung der rechtlichen und medizinischen Aspekte von Gewalt gegen Kinder existiert (*Zenz,* 1979). Eine neuere Veröffentlichung befaßt sich speziell mit den Wirkungen des sexuellen Mißbrauchs in der Familie (*Hirsch,* 1987). Zur Verhinderung von sexuellem Kindesmißbrauch in der Familie entstanden in den USA Hilfsprogramme, die auf dem Gedanken, daß Kinder sich selbst gegen sexuelle Übergriffe verteidigen können, aufbauen. Sie bieten Workshops an, in denen durch Rollenspiele Verteidigungsmaßnahmen für Kinder eingeübt werden (sog. CAPP = Child Assault Prevention Program, s. dazu im einzelnen *Finkelhor,* 1983). In Anlehnung an CAPP entstehen auch in der Bundesrepublik ähnliche Modellprojekte (s. dazu *Fey,* 1987; *Feget/Fey,* 1987, 87).
In den USA wird Kindesmißhandlung allgemein seit Mitte der 60er Jahre in einer Flut von Veröffentlichungen behandelt (s. Aufzählung bei *Trube-Becker,* 1982, 9; *Straus* et al., 1980, VII). Dabei werden allerdings häufig nur Einzelfälle von Mißhandlungen geschildert (so z. B. *Birkle,* 1975). Die Ergebnisse der deutschen Forschung zu Kindesmißhandlung in den oben genannten Formen können wie folgt zusammengefaßt werden (*Trube-Becker,* 1982, 137ff.):

- Mißhandlung von Kindern kommt in allen sozialen Schichten vor (zwar werden Mißhandlungen in den unteren Schichten öfter bekannt, dies sagt aber nichts über die tatsächliche Häufigkeit aus),
- Säuglinge und Kinder im Vorschulalter werden häufiger als Schulkinder mißhandelt,
- Mißhandlungen treten meist nicht einmalig, sondern kontinuierlich auf,
- die Dunkelziffer soll eklatant hoch sein, es werden Zahlen bis zu 95 % genannt, das heißt auf fünf entdeckte Kindesmißhandlungen kommen 95 unentdeckte Fälle (*Trube-Becker,* 1982, 13). Dieses Resultat der Dunkelzifferforschung ist jedoch umstritten. Es beschreibt die Differenz zwischen strafrechtlich registrierten und tatsächlich begangenen Delikten. Weil aber nicht die tatsächlich begangenen, sondern nur die gemeldeten Kindesmißhandlungen bekannt sind, müssen Bedenken gegen die Verhältnisangaben erhoben werden. Sie bleiben oft nur mehr oder weniger aussagekräftige Schätzungen (*Honig,* 1986, 33ff.; Deutscher Kinderschutzbund, 1983, 37ff.),
- Täter sind meistens die Mütter, aber auch gemeinschaftliches Mißhandeln der Eltern kommt häufig vor (*Trube-Becker,* 1982, 138ff.).

Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts (Bundeskriminalamt, 1986, 93ff.) widersprechen punktuell den genannten Ergebnissen. So waren z. B. 1986 von 1334 Opfern von Kindesmißhandlung 43,3 % unter sechs Jahre und 56,7 %Prozent 6 bis 14 Jahre alt (Bundeskriminalamt, 1986, 111). Bei einem

Vergleich muß aber beachtet werden: Die Kriminalstatistik erfaßt ausschließlich der Polizei bekannt gewordene Fälle. Somit zählen nur im Familienkreis bekannte Mißhandlungen nicht dazu. Dadurch erklärt sich der Widerspruch in der Altersstruktur der Opfer: Es ist z. B. denkbar, daß Kindesmißhandlung bei Kindern im Vorschulalter tatsächlich häufiger vorkommt, aber die Mißhandlung bei Schulkindern eher entdeckt wird (z. B. durch Lehrer oder die Kinder selbst zur Anzeige gebracht).

Auch waren 59,9 Prozent der Täter männlich und nur 40,1 Prozent weiblich (Bundeskriminalamt, 1986, 110), was der obigen Annahme widerspricht, daß zumeist Mütter Täter sind. Hierbei ist zu bedenken, daß in der Kriminalstatistik Kindesmißhandlung unter den Straftatbestand der Mißhandlung von Schutzbefohlenen fällt, die nach Mißhandlung von Kindern und Mißhandlung von Schutzbefohlenen unterteilt ist. Dies ist sinnvoll, da z. B. auch entmündigte Personen jeden Alters Schutzbefohlene sind und Internatszöglinge oder Schüler als Schutzbefohlene ihrer Erzieher gelten. Somit gehören ebenso Mißhandlungen außerhalb der Familie in die polizeiliche Kriminalstatistik.

Grundsätzlich sind polizeiliche Kriminalstatistiken wichtig, um einen Überblick der bekanntgewordenen Fälle und deren Aufklärung zu gewinnen: 1986 wurden 1 205 Fälle von Kindesmißhandlung als Mißhandlung von Schutzbefohlenen bekannt (1985: 1 424 Fälle), die Aufklärungsquote lag bei 98,3 % (Bundeskriminalamt, 1986, 109). Bei Sexualstraftatbeständen wurden 10 576 Fälle sexuellen Mißbrauchs von Kindern bekannt (1985: 10 417 Fälle), die Aufklärungsquote lag bei 59,7 % (Bundeskriminalamt 1986, 93). Die Zahl der Verurteilten wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern beträgt 1 550 Täter oder 14,6 Prozent (von 10 576 im Jahr 1986). Dies bedeutet, daß die Aufklärung der Sexualstraftaten neben der überhöhten Tatanzahl (i. d. R. begeht ein Täter ca. 3 Delikte) auch von recht hohen Einstellungen des Ermittlungs- bzw. Gerichtsverfahrens beeinflußt wird. Die hohe Differenz der bekannten Kindesmißhandlungen zu statistisch erfaßtem sexuellem Mißbrauch von Kindern läßt den Schluß zu, daß für Sexualdelikte (gerade gegen Kinder) innerhalb der Bevölkerung ein weit höheres Unrechtsbewußtsein besteht.

Die bisher einzige repräsentative amerikanische Studie zu Gewalt in der Familie (*Straus* et al., 1980) listet folgende Indikatoren der Kindesmißhandlung auf (gegliedert nach Faktoren, die bei beiden Elternteilen, nur bei der Mutter und nur beim Vater zu Kindesmißhandlung führen);

für beide Elternteile:
- verbale Aggressivität gegenüber dem Kind
- Konflikte zwischen den Ehepartnern
- Ehemann gewalttätig gegenüber der Ehefrau

für die Mutter:
- Ehemann ist verbal aggressiv gegenüber Ehefrau
- Ehemann ist Arbeiter
- Ehemann ist unzufrieden mit dem Lebensstandard
- Ehefrau ist Arbeiterin
- Ehefrau ist dreißig Jahre alt oder jünger
- Ehefrau wurde als Kind durch Vater mißhandelt

für den Vater:
- zwei oder mehr Kinder zu Hause
- Ehefrau ist Voll-Hausfrau
- weniger als 10 Jahre verheiratet
- weniger als 2 Jahre in der Wohngegend beheimatet
- keine Vereinszugehörigkeit
- Ehemann wurde als Kind durch Mutter mißhandelt
- in der Herkunftsfamilie schlug Mutter den Vater (*Straus* et al., 1980, 211).

Zu bedenken ist, daß es sich bei den einzelnen Indikatoren nicht um direkte Auslöser der Gewalt handelt, sondern um globale Kategorien, deren Kombination die Wahrscheinlichkeit einer Kindesmißhandlung erhöht. Diese Untersuchung erfaßt folgende Einstellungen zur Kindesmißhandlung: 70 % der Befragten (Sample: 2143 als repräsentativ ausgewählte Familien) halten eine Tracht Prügel oder Schläge für ein 12 Jahre altes Kind für ›manchmal nötig‹, 77 % finden dies normal, 71 % befürworten diese Handlungen (*Straus* et al., 1980, 55).

2.1.3. Theorien familialer Gewalt I

Bei den deutschen Veröffentlichungen ist ein Mangel an theoriegeleiteter Forschung zu kritisieren. Sie beziehen ihr Datenmaterial aus Kriminalstatistiken (v. a. Polizeiliche Kriminalstatistik der Tatverdächtigen, Strafverfolgungsstatistik der gerichtlichen Verfahren, Verurteiltenstatistik, Strafvollzugsstatistik, Bewährungshilfestatistik, Statistik der öffentlichen Jugendhilfe) oder eigenen, nicht-repräsentativen Befragungen, werten das Material deskriptiv aus und geben generelle Hilfs- und Prophylaxe-Vorschläge. Die Ableitung von Teilaussagen aus einer umfassenden Theorie familialer Gewalt, wie sie in den USA im Rahmen eines »Violence Research Programs« stattgefunden hat, fehlt in den deutschen Publikationen.
Amerikanische Ergebnisse über Gewalttypen und ihr Vorkommen, Einstellung zur und Ursachen von Gewalt basieren auf einer »Familialen Theorie der Gewalt«. Ihre Hypothese lautet: Gewalt in der Familie (als jede Handlung mit Verletzungsabsicht) ist normal, weil die Familie der Ort ist, wo Gewalt zuerst »erfahren« wird. Die emotionale Bedeutung von Gewalt wird hier erlernt; die erste Gewalterfahrung – beinahe eines jeden Kindes – ist körperliche Bestrafung, die Erfahrungen von Gewalt führen zur Einstellung, Gewalt sei normal (*Straus* et al., 1980, 102). Die Forscher fassen diesen Lernprozeß des Imitations- und Modell-Lernens, der in der Kindheit beginnt und zur Anwendung von Gewalt im Erwachsenenalter führt, in drei »Lektionen« zusammen:

1. Lektion: Diejenigen, die Dich am meisten lieben, sind diejenigen, die Dich schlagen! Der nächste Lernschritt heißt: Die, die Du liebst, schlägst Du! In dieser Erfahrung, die beinahe jedes Kind macht, sehen *Straus* et al., die Basis für die Verbindung zwischen Gewalt und Liebe in der Familie.

2. Lektion: Die moralische Rechtfertigung von körperlicher Strafe, die Idee, Gewaltanwendung diene einem guten Zweck (der Verhütung von Unfällen, der Erziehung zum »Guten«) ist ein weiterer mittelbarer Lern-»Erfolg«. »So lange Gewalt als Erziehungsmittel mit dem Ziel

eines moralisch korrekten Verhaltens des Kindes eingesetzt wird, wird die Einstellung der moralischen Richtigkeit des Schlagens von Familienmitgliedern aufgebaut« (*Straus* et al., 1980, 103). Dies zieht nach Ansicht der Autoren auch die moralische Rechtfertigung der Gewaltanwendung gegenüber Personen, die nicht Mitglied der Familie sind, nach sich.

3. Lektion: Der Einsatz von Gewalt als Strafe führt zu der Annahme, Gewalt sei dann legitim und nützlich, wenn kein anderes Mittel zum Ziel führt. Diese Erfahrung in der Kindheit macht einen Gewalteinsatz im Erwachsenenalter wahrscheinlich. Die Wissenschaftler schließen daraus, daß Mitgliedschaft in einer gewalttätigen Familie zu eigener Gewalttätigkeit führt. Dieser Lernprozeß wurde über drei Generationen mit folgendem Ergebnis untersucht: Je öfter die Großeltern Gewalt gegeneinander und gegenüber ihren Kindern anwendeten, desto eher waren die Ehepartner gegenseitig und zu ihren Kindern gewalttätig.

Diese Entwicklung setzt sich fort: Wenn die Eltern gegeneinander und gegenüber den eigenen Kindern gewalttätig sind, gehen die Kinder auch miteinander gewalttätig um. Diese Entstehungstheorie familialer Gewalt basiert sowohl auf dem Lernen durch Beobachtung (Imitation) als auch der Erduldung körperlicher Strafen.
Diese Annahmen wurden durch die empirische Untersuchung bestätigt: Jede vierte Person, die in einer gewalttätigen Familie aufgewachsen war, war gewalttätig genug, um durch Gewalt gegenüber dem Kind dessen Verletzung zu riskieren (*Straus* et al., 1980, 122). Die Familie ist aber nicht der einzige Lernort von Gewalt. Auch strukturelle Gewalt innerhalb einer Gesellschaft, d. h. die in ein System eingebaute Gewalt ohne direkten Akteur, die sich z. B. durch ungleiche Verteilung von Ressourcen zeigt, führt dazu, daß Gewaltanwendung als legitim empfunden wird (vgl. Deutscher Kinderschutzbund, 1983, 13ff.).

2.2. Gewalt gegen Frauen

Die folgenden Ausführungen widmen sich Rechtsgrundlagen, Definitionen, Forschungsstand und Theorieansätzen der Gewalt gegen Frauen.

2.2.1. Arten/Begriff der Gewalt

Im Gegensatz zur Kindesmißhandlung gibt es bis 1987 im Strafrecht der Bundesrepublik keine besonderen Regelungen zur Gewalt gegen Frauen in der Familie, daher können auch keine Daten aus Kriminalstatistiken herangezogen werden. Mißhandlungen fallen hauptsächlich unter die §§ 223ff. StGB, Körperverletzungsdelikte, und § 240 StGB, Nötigung. Weiterhin sind die Tötungsdelikte nach §§ 211ff. StGB relevant. Mißhandlung von Ehefrauen nach §§ 223 oder 240 StGB sind Antragsdelikte, d. h. nur die betroffene Frau oder von ihr Befugte können den Mann anzeigen.
Eine Vergewaltigung in der Ehe nach § 177 StGB scheitert am Tatbestandsmerkmal »außerehelich«, dies gilt auch für sexuelle Nötigung nach § 178 StGB. Eine Strafverfolgung kommt nur nach § 240 StGB (Nötigung) oder §§ 223ff. StGB (Körperverletzung) in Betracht. Gerade mit der »Vergewaltigung in der Ehe« befassen sich in jüngster Zeit die Kriminologie und die Viktimologie. Als besondere Form der

Gewalt gegen Frauen wird sie in Publikationen zur Strafrechtsreform diskutiert (Der Spiegel, 27/87; *Helmken,* 1979).
Wie bereits dargestellt, wird der Begriff Gewalt, insbesondere der Gewalt gegen Frauen, in den Sozialwissenschaften unterschiedlich verwendet. Sowohl die amerikanischen Family-Violence-Forscher als auch die feministischen Veröffentlichungen in Deutschland unterscheiden zwischen Gewalt und Mißhandlung. Die feministische Literatur, die sich zuerst mit Gewalt gegen Frauen befaßte, versteht diese als strukturelle Gewalt, als Ausdruck patriarchalischer Machtverhältnisse in einer Gesellschaft: »Gewalt gegen Frauen umfaßt alle durch die patriarchalisch-kapitalistischen Verhältnisse bedingten Einschränkungen, die eine Entfaltung der psychischen und körperlichen Entwicklung von Frauen im Vergleich zu ihren potentiellen Möglichkeiten verhindern« (*Ohl/Rösener,* 1979, 133). Mißhandlung wird wie folgt von Gewalt abgegrenzt: »Mißhandlung von Frauen in der Familie umfaßt alle körperlichen Verletzungen und psychischen Folgeerscheinungen, die Frauen von ihren Ehemännern oder Partnern zugefügt werden. Sie ist der sichtbarste Ausdruck gesellschaftlicher Unterdrückung von Frauen, durch die die Bedingungen einer gewaltsamen Beeinträchtigung erst geschaffen werden« (*Ohl/Rösener,* 1979, 133f.).
Im Gegensatz zu diesen weiten, nicht operationalisierbaren Definitionen grenzen die amerikanischen Forscher Gewalt und Mißhandlung wie folgt voneinander ab: »Gewalt« (normal violence) ist jede Handlung mit Verletzungsabsicht – »an act carried out with the intention, or perceived intention, of causing physical pain or injury to another person. The physical pain can range from slight pain, as in a slap, to murder« (*Straus* et al., 1980, 20).
Dagegen wird »Mißhandlung« (abusive violence) als Handlung mit hohem Verletzungsrisiko verstanden – »an act which has the high potential for injuring the person being hit, like kicking, biting or punching; hitting with an object; beating up; threatening with knife or gun, using a knife or gun« (*Straus* et al., 1980, 22).
Die Begriffsabgrenzungen der amerikanischen Family-Violence-Forscher werden in der neueren Forschung zur familiären Gewalt übernommen. Damit wird bewußt auf die Untersuchung von psychischer Gewalt verzichtet. Deren Existenz wird nicht bezweifelt, ihre inhaltliche Abgrenzung und empirische Erfassung aber wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten grundsätzlich unterlassen.

2.2.2. Forschungsstand

Kennzeichen der deutschen Forschung ist, daß Modellprojekte zur Erfassung von Gewalt und Begleituntersuchungen von Frauenhäusern die zentralen Ergebnisse stellen (z. B. Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit 1981; s. auch *Pelz-Schreyögg,* 1985, XVI). Sie resultieren aus (nur ansatzweise theoriegeleiteten) Opferbefragungen; Bemühungen um eine »übergreifende« Theorie zur Verknüpfung und Systematisierung der einzelnen Arbeitsansätze (wie *Gelles/Straus,* 1979) fehlen. Zu beachten ist, daß sich die deutsche Forschung mit dem Ausmaß von Gewalt und mit Hilfsmöglichkeiten für Betroffene, weniger mit den Ursachen für das Auftreten von Gewalt befaßt. Exemplarisch werden einige Ergebnisse des Modellprojekts im Berliner Frauenhaus (Bundesminister für Jugend, Familie und

Gesundheit, 1981) mit 1090 Frauen, die schon ins Frauenhaus geflohen waren, dargestellt: Psychische und physische Gewalt traten oft gemeinsam auf: 83 % der Frauen wurden geschlagen, getreten, geboxt und gewürgt; 41 % wurden zusätzlich oder ausschließlich psychisch mißhandelt. 54 % der befragten Frauen wurden seit drei Jahren mißhandelt, 41 % gaben Alkohol als äußerlichen Anlaß für die Gewalt an, 30 % wurden ohne sichtbaren Grund mißhandelt. Als wahrscheinliche Ursachen gaben die Befragten Eifersucht, Besitzdenken des Mannes, Probleme im Beruf, Gewalterfahrung in der eigenen Kindheit an (vgl. Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, 1981, 92). Die deutschen Veröffentlichungen sind vornehmlich nichtrepräsentative Untersuchungen mit zum Teil sehr kleinen Samples (z. B. *Honig,* 1986 – 13 befragte Paare). Nicht auszuschließen ist, daß weitere Dokumente zur familialen Gewaltforschung in Deutschland vorliegen, aber dank ausschließlicher Veröffentlichung als Manuskript kaum Publizität erlangen. Ein Beispiel dafür ist u. E. der Bericht von *Sack* und *Eidmann* (1985) über zwei kontrastierende Stadtregionen Kölns (Unter- und Mittelschichtwohngebiet), in denen Kontakte zwischen gewaltbetroffenen Klienten und »entprivatisierenden« Institutionen sowie privaten Hilfsnetzen mit unterschiedlichen Techniken der Sozialforschung erfaßt wurden; daneben wurde eine Zufallsstichprobe Geschiedener befragt. Den Berichterstattern ging es nicht um Ursachenforschung, sondern um Entwicklung und Ausprägung familiärer Gewalt, ihr öffentliches Bekanntwerden und ihre »Verarbeitung« durch gesellschaftliche und staatliche Instanzen. Familiale Gewaltkontexte werden aufgezeigt und nach Partner- und Erziehungskonflikten differenziert; schließlich werden die institutionellen Entprivatisierungen dieser Konflikte in ihren individuellen und sozialen Wirkungen für die Betroffenen diskutiert.

Da »Gewalt gegen Frauen« im bundesdeutschen Strafrecht kein eigenes Delikt ist, wird sie nicht wie Kindesmißhandlung kriminalstatistisch erfaßt. Im Gegensatz zu deutschen Forschungsarbeiten bemühen sich die amerikanischen Veröffentlichungen um Systematisierung und Verknüpfung von unterschiedlichen Forschungsansätzen. Folgende Ergebnisse der Studie von *Straus* et al. sind beachtenswert: 28 % der Befragten gaben Gewaltanwendungen während der Beziehung an. 35 % der Männer, deren Eltern gewalttätig miteinander umgingen, wendeten gegenüber ihrer Ehefrau Gewalt an. Streit über Haushaltsangelegenheiten war die häufigste Mißhandlungsursache (30 %), es folgten Konflikte über Sexualität (28 %) und Geld (26 %). Frauenmißhandlung trat am häufigsten in den Familien auf, in denen der Mann der Hauptentscheidungsträger ist (»Decision Power Index«, vgl. *Straus* et al. 1980, 192ff.). Das Interesse, »Gewalt gegen Frauen« zu erforschen, ist generell stark gewachsen. Von den ersten Veröffentlichungen Anfang der 70er Jahre, wie *Gelles* »The Violent Home«, bis zur repräsentativen Untersuchung in den USA (*Straus* et al., 1980) und zu mehreren Sammelbänden (z. B. *Finkelhor* et al., 1983), liegen viele Publikationen vor: Sie sind z. T. rein theoretisch, teilweise auch empirisch ausgerichtet oder aber theoriegeleitete Forschungen (vgl. *Pelz-Schreyögg,* 1985, mit über 2000 Nennungen zu Gewalt in Familien).

2.2.3. Theorien familialer Gewalt II

Erklärungen der Entstehung von »Gewalt gegen Frauen« können vereinfacht in kollektivistische, individualistische und kombinierte Theorien eingeteilt werden. Kollektivistische Argumentation bedeutet, daß Frauenmißhandlung anhand gesellschaftlicher Strukturen (z. B. patriarchalischer Strukturen) und/oder aufgrund struktureller Gewalt erklärt wird. Individualistische Argumentation heißt vereinfacht, daß menschliches Handeln durch Kenntnis der individuellen Lerngeschichte, des psychischen Zustands und der situationalen Verbundenheit der Personen erklärt wird. Kombinierte Theorien nehmen kollektivisitsche und individualistische Argumentationen auf, um Gewalt gegen Frauen multifaktoriell zu erklären.

Die kollektivistischen Erklärungsmuster (z. B. *Martin,* 1976; *O'Brien,* 1974) können auf drei Hauptaussagen reduziert werden:

a) Die patriarchalische Gesellschaftsstruktur schafft eine geschlechtsspezifische Rollenverteilung, in der die Frauenrolle der des Mannes untergeordnet ist.
b) Die Struktur der (amerikanischen) Familie weist dem Mann als Oberhaupt der Familie eine zentrale Machtposition zu, so daß die Frau nur »mannbestimmt« handeln kann.
c) Die Geschlechterhierarchie in Gesellschaft und Familie läßt bei Statusinkonsistenz des Mannes Gewalt gegenüber der Frau als Ressource zur Lösung eines persönlichen Konflikts zu.

Insbesondere die erste Argumentation wird von der amerikanischen und deutschen feministischen Frauenforschung zur Erklärung von Gewalt gegenüber Frauen benutzt. Zu kritisieren ist, daß kollektivistische Ansätze auch individuelle Mißhandlungsmöglichkeiten, z. B. männliche Eifersucht, grundsätzlich auf gesellschaftliche Strukturen zurückführen und dabei den individuellen Aspekt nicht anerkennen.

Die individualistischen Erklärungsmuster der Gewalt gegen Frauen (z. B. *Walker,* 1979, 1983; *Fagan* et al., 1983) berücksichtigen die entscheidenden Grundannahmen des methodologischen Individualismus wie folgt:

a) Individuelle Lerngeschichte: Man spricht von einer »Lerngeschichte der Gewalt«, die sich aus Beobachten und Erdulden von Gewalt (in der Kindheit), erlernten Konfliktlösungsmustern und eigener krimineller Vergangenheit zusammensetzt.
b) Psychischer Zustand: Als Opfer von Gewalt in Kindheits- und Erwachsenen-Beziehungen ist die Frau in ihrer Psyche, in ihrem Selbstwertgefühl geschwächt. Die dauernde Erfahrung von Hilflosigkeit nimmt der Frau die Möglichkeit, den sich stets neu aufbauenden Gewaltkreislauf zu durchbrechen (s. »Battered Woman Syndrome« laut *Walker,* 1979, 153).
c) Situationale Verbundenheit: Statusunterschiede zwischen Mann und Frau sowie traditionelle geschlechtsspezifische Rollenmuster prägen die gewalttätige Paarbeziehung und lassen Mißhandlungssituationen entstehen.

Die kombinierten Erklärungsansätze (z. B. *Gelles,* 1972; *Straus* et al., 1980) führen eine Vielzahl von Auslösern für Frauenmißhandlung an, die sich auf vier Faktorenbündel reduzieren lassen:

a) Gesellschaftliche Faktoren: Hierzu zählen Normen der Gewalt (›marriage

licence as a hitting licence‹), struktureller Streß (z. B. durch Arbeitslosigkeit), sexistische Organisation der Gesellschaft, Subkultur der Gewalt, Häufigkeit von Gewaltdarstellung in den Medien, Gewalt als Mittel zur sozialen Kontrolle, männlich fixiertes Strafrechtssystem, fehlender Schutz der Frau durch die Polizei, wirtschaftliche Benachteiligung der Frau (Zuweisung der Ehefrau- und Hausfrauenrolle),

b) Familiale Faktoren: Als familiale Auslöser werden aufgeführt: Statusinkonsistenz des Mannes, Gewaltlernen durch Familiensozialisation, Familienstruktur (Machtstruktur, geschlechtsspezifische Rollenteilung), Dominanz des Ehemannes, nicht-demokratische Entscheidungsmuster, Privatheit der Familie, Position der Familie in der Sozialstruktur, hohe Streß-und Konfliktrate.

c) Situationsfaktoren: Hierzu zählen: Fehlende Zeugen für eine Mißhandlung, Streitigkeiten und Alkoholgenuß, bestimmte Tageszeiten (z. B. Wochenende), Abgeschiedenheit der Wohnung, verbale Aggressivität zwischen den Ehepartnern, wirtschaftliche Schwierigkeiten, weniger als zwei Jahre in der Nachbarschaft lebend, Probleme ohne bekannte Lösungsmuster.

d) Identitätsfaktoren: Die Identitätsfaktoren beziehen sich häufig auf eine sogenannte »Täterpersönlichkeit«: Die Täteridentität ist durch ein negatives Selbstbild und niedrige Selbstachtung gekennzeichnet. Es besteht ein »Zwang zur Maskulinität«: Männlichkeit ist bestimmt durch Aggressivität gegenüber Frauen, »Frauen sind Kinder« – ein Bild, das dem Mann das moralische Recht gibt, Frauen auch mit Gewalt zu maßregeln.

3. Erklärungsmuster

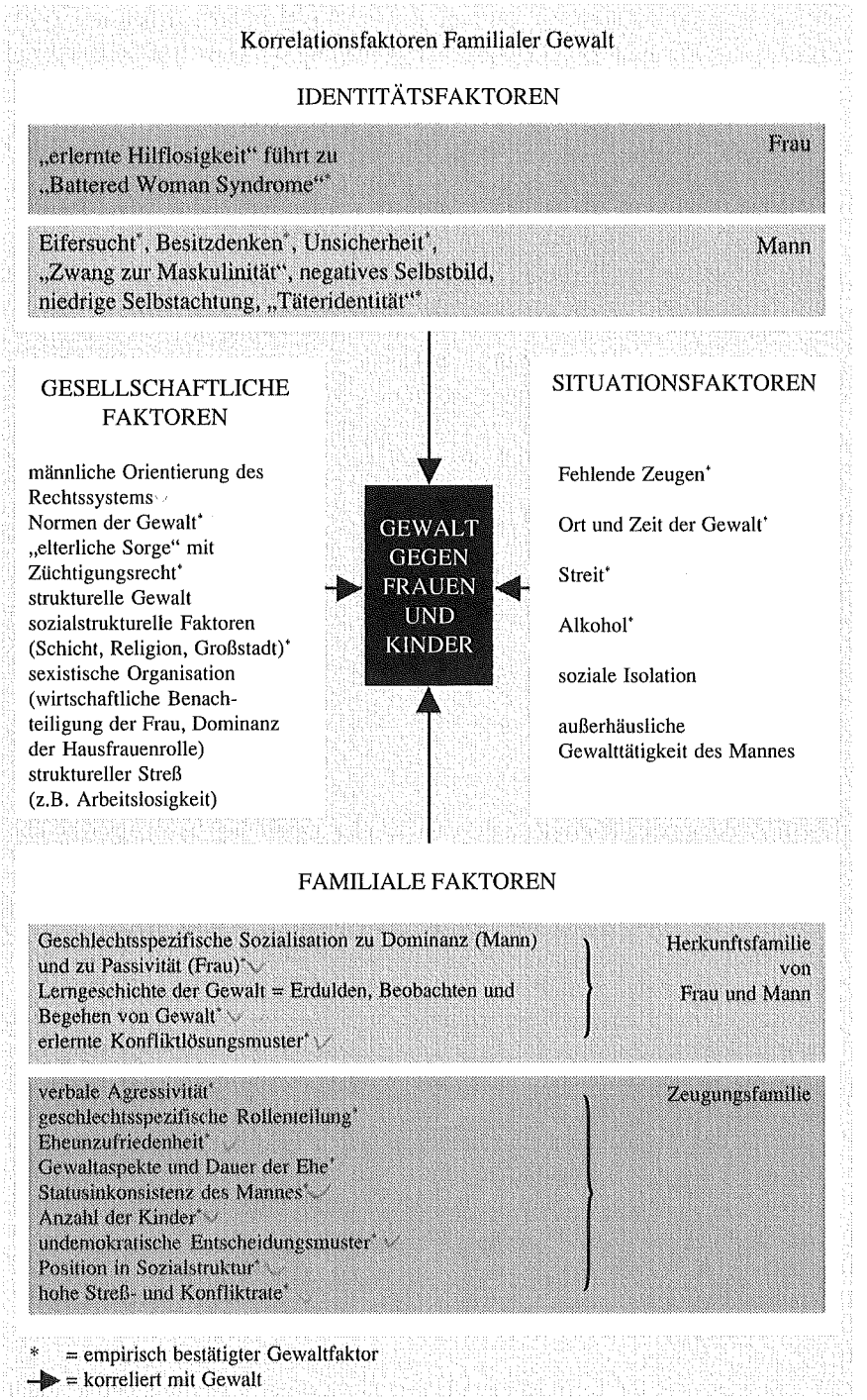
Die dargestellten Arbeiten zu Gewalt gegen Kinder und Frauen bevorzugen kombinierte Erklärungsmuster. Sowohl die ›Lerngeschichte der Gewalt‹ für Kindesmißhandlung als auch die kombinierten Ansätze für Frauenmißhandlung bemühen sich, alle Auslöser der voneinander abhängigen Gewaltfaktoren zu beachten.

Diese Mehrfaktorenansätze kennzeichnen die entscheidende Schwierigkeit theoretischer Begründung und empirischer Erforschung von Gewalt in der Familie: Viele mögliche Auslöser führen auf verschlungenen Wegen zu Gewalt, wobei häufig Ursache und Wirkung nicht mehr zu unterscheiden sind, da Gewaltakte wiederum als Auslöser neuer Gewaltakte angesehen werden (s. auch *Straus* et al., 1980; *Walker,* 1979; *Gelles/Straus,* 1983).

Um alle in den erwähnten Publikationen erfaßten Faktoren für Gewalt gegen Kinder und Frauen zu verdeutlichen, bietet sich eine graphische Darstellung an. Das Modell kann aufgrund theoretischer Ableitungen und empirischer Ergebnisse in folgende 4 Faktorenbereiche aufgegliedert werden:

a) gesellschaftliche Faktoren
b) familiale Faktoren
c) Situationsfaktoren
d) Identitätsfaktoren

Dieses Modell zeigt die Korrelationen (Beziehungen) der 4 Faktorenbereiche mit


Korrelationsfaktoren Familialer Gewalt
IDENTITÄTSFAKTOREN
„erlernte Hilflosigkeit" führt zu „Battered Woman Syndrome"
Frau
Eifersucht*, Besitzdenken*, Unsicherheit*, „Zwang zur Maskulinität", negatives Selbstbild, niedrige Selbstachtung, „Täteridentität"*
Mann
GESELLSCHAFTLICHE FAKTOREN
männliche Orientierung des Rechtssystems
Normen der Gewalt*
„elterliche Sorge" mit Züchtigungsrecht*
strukturelle Gewalt
sozialstrukturelle Faktoren (Schicht, Religion, Großstadt)*
sexistische Organisation (wirtschaftliche Benachteiligung der Frau, Dominanz der Hausfrauenrolle)
struktureller Streß (z.B. Arbeitslosigkeit)
GEWALT GEGEN FRAUEN UND KINDER
SITUATIONSFAKTOREN
Fehlende Zeugen*
Ort und Zeit der Gewalt*
Streit*
Alkohol*
soziale Isolation
außerhäusliche Gewalttätigkeit des Mannes
FAMILIALE FAKTOREN
Geschlechtsspezifische Sozialisation zu Dominanz (Mann) und zu Passivität (Frau)*
Lerngeschichte der Gewalt = Erdulden, Beobachten und Begehen von Gewalt*
erlernte Konfliktlösungsmuster*
Herkunftsfamilie von Frau und Mann
verbale Agressivität*
geschlechtsspezifische Rollenteilung*
Eheunzufriedenheit*
Gewaltaspekte und Dauer der Ehe*
Statusinkonsistenz des Mannes*
Anzahl der Kinder*
undemokratische Entscheidungsmuster*
Position in Sozialstruktur*
hohe Streß- und Konfliktrate*
Zeugungsfamilie
* = empirisch bestätigter Gewaltfaktor
→ = korreliert mit Gewalt

Gewalt in der Familie auf. Dies bedeutet, daß ein vermuteter Zusammenhang zwischen diesen Faktoren und dem Auftreten von familialer Gewalt besteht. Dabei wird nicht ausdrücklich zwischen Faktoren (Indikatoren) für Kindesmißhandlung und Frauenmißhandlung unterschieden. Häufig sind alle für beide Arten der Gewalt in der Familie (z. B. der Faktor verbale Aggressivität) von Bedeutung. Die Faktoren, die mit einem * gekennzeichnet sind, korrelierten in der empirischen Forschung mit Gewalt. Das bedeutet jedoch nur, daß ein Zusammenhang zwischen diesen Faktoren und Gewaltanwendung festgestellt, eine eindeutige, explizite Ursache-Wirkung-Beziehung nicht nachgewiesen wurde.

Die graphische Übersicht der Gewaltfaktoren zeigt einmal, daß der Zusammenhang zwischen fünf gesellschaftlichen Faktoren und familialer Gewalt empirisch überprüft und vorläufig bestätigt wurde (*Straus* et al., 1980). Diese Korrelationen können aufgrund der Schlüssigkeit dieser Studie als empirisch gesichert gelten. Der Faktor ›Normen der Gewalt‹ wurde besonders im Rahmen der Aggressionsforschung bestätigt (vgl. *Nolting,* 1981, 64). Die verbleibenden (nicht mit * gekennzeichneten) gesellschaftlichen Faktoren und vermuteten Konsequenzen des familialen Gewaltzyklus auf Gesellschaft, Familie und Individuum bleiben offen und noch zu prüfen.

Die graphische Übersicht zeigt zum anderen, daß der Einfluß aller aufgeführten familialen Faktoren auf Gewalt empirisch überprüft wurde. Die Prüfung erfolgte ebenfalls in der Studie von *Straus* et al. (1980), die sowohl durch ihr repräsentatives Sample als auch ihre Theoriebewährung – alle Hypothesen wurden durch die empirischen Daten überprüft und bestätigt – überzeugt. Folgende familiale Faktoren stehen mit Gewalt in korrelativem Zusammenhang: Gewalt als erlernte Konfliktlösungsstrategie, als Ausdruck geschlechtsspezifischer Sozialisation, als Folge männlicher Statusinkonsistenz, als Ergebnis spezifischer Merkmale der Zeugungsfamilie (wie Kinderzahl, Entscheidungsmuster, Eheunzufriedenheit, hohe Streß- und Konfliktrate und ihrer Position in der Sozialstruktur).

Des weiteren ist in der Übersicht zu erkennen, daß auch der Zusammenhang zwischen den meisten Situationsfaktoren und familialer Gewalt in *Gelles* erster empirischen Studie (1972) mit einem kleinen, nicht-repräsentativen Sample und ungenügender Theorieleitung überprüft wurde. Diese gelten daher zwar als mögliche, aber noch nicht als bestätigte Einflußfaktoren.

Letztlich macht die Zusammenstellung deutlich, daß fast alle Identitätsfaktoren erforscht wurden. Die nachgewiesene Korrellation zwischen »erlernter Hilflosigkeit« der Frau und Gewaltanwendung ging von bestehenden Gewaltverhältnissen aus (vgl. *Walker,* 1983). Sie bietet also keine Erklärung für erstmals auftretende Gewalt. Alle männlichen Identitätsfaktoren wurden mittels Opferbefragungen getestet, so daß Verzerrungen anzunehmen sind.

Fraglich ist der dargestellte Gesamtzusammenhang zwischen den Faktoren der Graphik, der möglicherweise nur durch Kausalanalysen zu bestätigen ist. Auch mögliche Kombinationen von Ursachen, Wirkungen und Rückwirkungen von Gewalt bleiben offen.

4. Ausblick: Innerfamiliärer Wandel

Die dargestellten Theorien bieten lediglich Ansatzpunkte, um durch bestimmte Maßnahmen (Programme) Gewalt in Familien abzubauen. Vorhandene Präventionsbemühungen und Interventionen sind daher nur zum Teil theoretisch begründet, oft allein Ausdruck alltagstheoretischer (impliziter) Überzeugungen oder einer Kombination von beiden. Sie beschränken sich zudem selten auf einen Faktor, sondern gehen von unterschiedlichen Gewaltauslösern aus (wohl wissend, daß ihre Wirkung im Einzelfall anteilsmäßig nicht bestimmbar ist), um familiale Gewalt zu bekämpfen. Daher werden bekannte Maßnahmen im folgenden nicht nach theoretischen Begründungen geordnet, sondern pauschalierend in Anlehnung an obige Übersicht als gesellschaftliche Eingriffe, personale Beeinflussungen, interpersonale (familiäre) Strategien und situative Hilfen bezeichnet (vgl. im einzelnen dazu z. B. *Neubauer* et al., 1987: Gewalt gegen Frauen; Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, 1984: Gewalt gegen Kinder generell; *Fey,* 1987, sowie *Fegert/Fey,* 1987: Gegen sexuellen Kindesmißbrauch).

Als gesellschaftliche Eingriffe sind Appelle und Propaganda (z. B. Jahr des Kindes, familienministerielle Verlautbarungen, Hearings, dpa-Meldung v. 6. 7. 87) sowie Gesetze bzw. Gesetzesinitiativen (z. B. »Gesetz über die Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz« v. 21. 8. 1980 und die 1987 beabsichtigte Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe, Der Spiegel 27/87) zu nennen. Im Vordergrund derartiger Bemühungen steht die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für innerfamiliale Interaktionen. Im Vergleich dazu haben personale Beeinflussungen einzelne Familienmitglieder (vornehmlich den Mann) und interpersonale Strategien Ehepaare bzw. Familien (unter Bezug auf gesellschaftliche Gegebenheiten und/oder Identitätsfaktoren, innerfamiliale Bedingungen, situative Voraussetzungen) zu diagnostizieren und zu therapieren: Verändertes Individual- und Sozialverhalten von Familienmitgliedern zugunsten innerfamilialer Kommunikation (Gewaltfreiheit) ist ihr Kernziel.

Die Bedeutung der situativen Hilfen – wie polizeiliche Interventionen und Frauen- und Kinderschutzhäuser – ist vor allem unter dem Aspekt aktuellen Krisenmanagements zu beurteilen: Sie bieten Frauen und Kindern (physische und/oder psychische, medizinische, ökonomische) Soforthilfen, die gegebenenfalls auch in personale und/oder interpersonale Interventionen münden (leider steht eine gesetzlich geregelte Finanzierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser noch aus).

Für alle genannten Engagements gilt: Es gibt unterschiedliche praktisch-persönliche Erfahrungsberichte, aber keine systematischen Erfolgskontrollen. So bleibt familienpolitisches Handeln nach wie vor mehr auf Vermutungen als auf begründetes Wissen angewiesen: Forschungsprogramme sind dringend angezeigt.

Literatur

Bard, M.: »The Study and Modification of Intrafamilial Violence«, Violence in the Family. Ed. *Steinmetz, S. K./Straus, M. A.*, Toronto 1974, 127–139 – *Bast, H.*, Hg.: Gewalt gegen Kinder – Kindesmißhandlungen und ihre Ursachen. Reinbek 1975 – *Berkowitz, L.:* »Aggression«, Lexikon der Psychologie, Band 1, Hg. *Arnold, W.*, Freiburg i. Br. 1971, 28 – *Billen, I.:* Theoretische Erklärungsansätze in der amerikanischen Literatur zur Gewalt gegenüber Frauen in der Familie. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Bonn 1985 – *Birkle, A.:* »Wer ist Kommodore? Ein Beitrag zur Kasuistik schwerer Kindesmißhandlung«, Kriminalistik 29, 1975, 264–267 – *Blood, R., Wolfe, D. H.:* Husbands and Wives, the Dynamics of Married living! New York 1960 – Bundeskriminalamt, Hg.: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Wiesbaden 1986 – Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Hg.: Hilfen für mißhandelte Frauen. Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Band 124, Stuttgart 1981 – Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Hg.: Kindesmißhandlung, Erkennen und Helfen, Bonn 1984 – *Clausen, G.:* Mißhandelte Frauen im Netz sozialer Hilfen in Hamburg. Untersuchung im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg. Leitstelle Gleichberechtigung der Frau, Hamburg 1981 – Der Spiegel: »Vergewaltigung in der Ehe«. Spiegel-Titel, Nr. 27, 41. Jahrgang, Juni 1987 – Deutscher Kinderschutzbund, Hg.: Schützt Kinder vor Gewalt. Vom reaktiven zum aktiven Kinderschutz. Weinheim/Basel 1983 – Die Grünen: Anfrage zum § 177 StGB. Deutscher Bundestag. BT-Drucksache 10/562, Bonn 1983 – dpa (deutsche presse agentur): Gegen Gesetzesverschärfungen bei Kindesmißhandlungen – Frau Süßmuth: »Helfen statt Strafen ist erfolgversprechender«, Bonn 1987 – *Dreher E., Tröndle, H.:* Kommentar zum Strafgesetzbuch, 43. Aufl., München 1986 – *Fagan, J. A.:* »Violent Men or Violent Husbands? Background Factors and Situational Correlates«. The Dark Side of Families. Current Family Violence Research, Ed. *Finkelhor, D.* u. *Gelles, R. J.*, Beverly Hills 1983, 49–67 – *Fegert, F., Fey, E.:* »Wenn Heimlichkeiten unheimlich werden. Möglichkeiten der Vorbeugung gegen den sexuellen Mißbrauch von Kindern«. Frankfurter Rundschau (FR) v. 3. 1. 1987 – *Fey, R.:* Reader der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie zu Wissenschaftsstand und Präventionsmaßnahmen gegen sexuellen Kindesmißbrauch in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1987 – *Finkelhor, D., Gelles, R.J.* et al., Ed.: The Dark Side of Families. Current Family Violence Research, Beverly Hills 1983 – *Gelles, R. J.:* The Violent Home – A Study of Physical Aggression between Husbands and Wives, London/Beverly Hills 1972 – *Gelles, R. J.*, Ed.: International Perspectives on the Family. London/Beverly Hills 1983 – *Gelles, R. J., Straus, M. A.:* »Determinants of Violence in the Family; Toward a Theoretical Integration«. Contemporary Theories about the Family, Ed, *Burr, W. R.*, New York/London 1979, 549–581 – *Goode, W.:* »Force and Violence in the Family«, Violence in the Family. Ed. *Steinmetz S. K./Straus, M. A.*, New York 1974, 25–44 – Hamburger Senat: Gesetzesantrag der Freien und Hansestadt Hamburg, Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes (§ 177 StGB), BR-Drucksache 411/83 – *Heer, D.:* »The Measurement and Bases of Family Power, an Overview«. Marriage and Family Living, 25, 1963, 133–139 – *Held, T.:* Soziologie der ehelichen Machtverhältnisse, Darmstadt/Neuwied 1978 – *Helmken, D.:* Vergewaltigung in der Ehe. Plädoyer für einen strafrechtlichen Schutz der Ehefrau, Heidelberg 1979 – *Hirsch, M.:* Realer Inzest, Psychodynamik des sexuellen Mißbrauchs in der Familie, Berlin/Heidelberg 1987 – *Honig, M. S.:* Verhäuslichte Gewalt, Sozialer Konflikt, wissenschaftliche Konstrukte, Alltagswissen, Handlungssituationen. Eine Explorativstudie über Gewalthandeln in Familien, Frankfurt 1986 – *Kempe, D. H., Kempe, R. S.:* Kindesmißhandlung, Stuttgart 1980 – *Koval, J. E., Ponzetti, J. J.:* »Programmatic Intervention for Men Involved in Conjugal Violence«, Family Therapy 9, 1982, 147–153 – *Martin, D.:* Battered Wives, San Francisco 1976 – *Neubauer, E., Steinbrecher, U.* et al. Hg.: Gewalt gegen Frauen, Ursachen und Interventionsmöglichkeiten. Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Bonn 1987 – Niedersächsisches Sozialministerium, Hg.: Die Situation von Frauenhäusern und hilfesuchenden Frauen. Wissenschaftliche Untersuchung zum Modellversuch »Frauen- und Kinderschutzhaus Hannover«, Hannover 1984 – *Nolting, H. D.:* Lernfall Aggression, Reinbek 1981 – *O'Brien, J. E.:*

»Violence in Divorce Prone Families«. Violence in the Family. Ed. *Steinmetz S. K.* u. *Straus, M. A.*, New York 1974, 65–75 – *Ohl, D., Rösener, U.:* Und bist Du nicht willig ... Frankfurt 1979 – *Palandt, O.:* Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 44. Aufl., München 1985 – *Pelz-Schreyögg, H.*, Hg.: Gewalt in Familien. Eine Literaturübersicht, München 1985 – *Petri, H., Lauterbach G. M.:* Gewalt in der Erziehung, Plädoyer zur Abschaffung der Prügelstrafe, Frankfurt 1975 – *Sack, F., Eidmann, D.:* Gewalt in der Familie. Kurzfassung des Forschungsberichts. Als Manuskript veröffentlicht durch den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf im April 1985 – *Safilios-Rothschild, C.:* »A Macro- and Micro-Examination of Family and Love; an Exchange-Modell«. Journal of Marriage and the Family, Vol. 38, 1976, 355–362 – *Simm, R.:* Gewalt in der Ehe, ein soziales Problem. Bielefeld 1983 – *Straus, M. A.:* »Sexuelle Ungleichheit, kulturelle Normen und Frauenmißhandlung«. Gewalt in der Ehe und was Frauen dagegen tun. Hg. *Haffner, S.*, Berlin 1981, 170–185 – *Straus, M. A., Gelles R. J.* et al., Ed.: Behind Closed Doors, Violence in the American Family, New York 1980 – *Trube-Becker, R.:* Gewalt gegen das Kind, Vernachlässigung, Mißhandlung, sexueller Mißbrauch und Tötung von Kindern, Heidelberg 1982 – *Walker, L. E.:* »Treatment Alternatives for Battered Woman«. The Victimization of Women. Ed. *Chapman, J. R.* u. *Gates, M.*, Beverly Hills/London 1979, 143–174 – *Walker, L. E.:* »The Battered Woman Syndrome Study«. The Dark Side of Families. Current Family Violence Research, Ed. *Finkelhor D.* u. *Gelles, R. J.*, Geverly Hills/London 1983, 31–48 – *Weber, M.:* Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1972 – *Zenz, G.:* Kindesmißhandlung und Kindesrechte, Frankfurt/M. 1979.

Ausgewählte Gebiete der Familienforschung

Teil IV: Spezielle Lebens- und Familienformen

Jan Trost

Nichteheliche Lebensgemeinschaften

1. Einführung

Die Ehe als soziale Institution ist sehr alt – wie alt, weiß keiner. Der Idee der Ehe scheint ursprünglich die Absicht zugrunde gelegen zu haben, der umgebenden Gemeinschaft gegenüber zu betonen, daß eine Frau (oder mehrere) mit einem Mann (oder mehreren) eine Einheit bilden und daß die Kinder, die von der Frau oder den Frauen geboren werden, ebenso zu dieser Gemeinschaft zählen. In den meisten Gesellschaften wurde die Bildung einer derartigen Einheit zeremoniell vollzogen (= rites des passages).

Neben der Ehe gibt es heutzutage eine Vielzahl unterschiedlicher nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Im folgenden sollen einige davon kurz skizziert werden.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit eheähnlichem Charakter gibt es z. B. in Südamerika, auf den karibischen Inseln sowie in den USA (vgl. *Rodman,* 1966, 1971; *Price,* 1965). Hier können manche Paare sich aus ökonomischen Gründen eine Heirat nicht leisten. Dabei stellt nicht die Trauungszeremonie selbst die starke finanzielle Belastung dar, sondern das damit verbundene große Fest, mit seiner kostspieligen Kleidung, der Einladung von Verwandten, Freunden usw. In diesen Ländern verbindet man ferner mit der Vorstellung vom Heiraten das Vorhandensein eines eigenen Haushalts mit Möbeln, Haushaltsgeräten etc. Doch diese »Heiratsbedingung« können manche Paare nicht erfüllen und so schieben sie die Hochzeit hinaus, in der Hoffnung auf eine spätere bessere finanzielle Situation, die jedoch bei vielen von ihnen nie eintritt. Lebt dann aber ein Paar erst einmal eine gewisse Zeit zusammen, gibt es kaum noch einen Anreiz für eine nachträgliche Hochzeit, und so wohnen viele von ihnen dann mehr oder weniger aus Gewohnheit weiter in dieser nichtehelichen Lebensform. Der Gesetzgeber erkennt in einigen Staaten sogar nach einigen Jahren diese nichtehelichen Lebensgemeinschaften als »Halbehen« an, gewissermaßen als Ehe aufgrund von »Gewohnheitsrecht«.

In Schweden gab es vergleichbare Lebensformen bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts; sie wurden »Stockholm-Ehen« genannt. Als nämlich die Landbevölkerung durch die zunehmende Industrialisierung verstärkt nach Stockholm übersiedelte, herrschte dort in damaliger Zeit ein großer Wohnungsmangel. Die Vorstellung vom eigenen Haushalt beim Heiraten war nicht einlösbar, da eine eigene Wohnung zu mieten, kaum möglich war. So lebten mehrere Paare unverheiratet in einem Haushalt zusammen.

Zu betonen ist, daß – wie *Rodman* (1966) hervorhebt – diese Form der nichtehelichen Lebensgemeinschaft kein besonderes Ansehen genoß, und daß sie als Durchgangsphase bis zur legalen Eheschließung galt.

Um 1900 entstand in Schweden eine neue, völlig andere Form von nichtehelicher Lebensgemeinschaft, die sog. »freie Ehe«. Schweden besaß damals (und auch heute) nur eine Staatskirche. So war die formale Eheschließung in jener Zeit

lediglich kirchlich möglich, weshalb hauptsächlich Intellektuelle, die keiner Kirche angehörten, die Einführung einer standesamtlichen Eheschließung forderten. Sie traten für das Recht der freien Entscheidung zwischen kirchlicher und standesamtlicher Trauung ein und wollten ihrer Forderung durch das nichteheliche Zusammenleben Nachdruck verleihen. Sogar in den Zeitungen kündigten sie ihre »freie« Eheschließung an.

Eine dritte Form von nichtehelicher Lebensgemeinschaft ist vor allem in den Niederlanden zu finden. Sie führt allein hier auch eine besondere Bezeichnung: »LAT« – »Living Apart Together« –, was bedeutet, daß beide Partner ihre eigene Wohnung besitzen, aber mehr oder weniger regelmäßig zusammenleben, z. B. an den Wochenenden und an bestimmten Werktagen.

Schließlich gibt es noch eine vierte Form von nichtehelicher Lebensgemeinschaft, die in den meisten europäischen Ländern verbreitet und weder durch Armut bedingt ist, noch auf irgendeiner Ideologie beruht. Diese Form des nichtehelichen Zusammenlebens soll im folgenden ausführlich beschrieben werden. Zuvor wird jedoch auf die statistischen Änderungen der Eheschließungsquoten kurz eingegangen, weil ihre Abnahme mit der quantitativen Verbreitung der nichtehelichen Lebensgemeinschaften in enger Verbindung steht.

2. Veränderungen der Heiratsquoten

In vielen westeuropäischen Ländern ist die Heiratsquote gesunken. Als Beispiel sollen die statistischen Veränderungen in den Vereinigten Staaten und in Schweden in bestimmten Altersklassen für den Zeitraum von 1966 bis 1983 – vgl. Tabelle 1 – gelten. In Schweden begann der abnehmende Trend der Eheschließungszahlen 1966 auf einem für schwedische Verhältnisse äußerst hohem statistischen Niveau. Heutzutage liegt die tatsächliche Heiratsquote beträchtlich unter der Hälfte des Wertes, der ohne diese Veränderungen zu erwarten gewesen wäre.

In den Vereinigten Staaten würde die statistische Veränderung der Eheschließungsneigung nicht so deutlich sichtbar werden, wenn wir nur die allgemeinen Heiratsquoten (bezogen auf die Anzahl der nichtverheirateten Frauen) betrachteten. Im Hinblick aber auf die altersspezifische Heiratsquote lassen sich hier ebenso seit Mitte der 70er Jahre rapide Veränderungen feststellen, wenn diese auch im Vergleich zu denen in Schweden nicht ganz so stark abgenommen haben.

Oft wird behauptet, daß der Rückgang der Eheschließungsquote auf die zeitliche Verschiebung der Heirat zurückzuführen sei. Wenn dies der Fall wäre, dann dürfte auf keinen Fall in allen Altersklassen ein Rückgang der Eheschließungszahlen gegeben sein und vor allem auch kein langfristiger Trend vorliegen. Die Zahlen in Tabelle 1 widersprechen jedoch dieser These (vgl. hierzu auch *Höhn* in diesem Band).

Die Reduktion der Eheschließungsquote gilt nicht nur für Schweden und die Vereinigten Staaten, sondern für alle Staaten, für die wir Daten besitzen (vgl. Tabelle 2). Einen derartigen statistischen Trend hat es in diesem Ausmaß bisher in der Geschichte Europas noch nie gegeben.

Tabelle 1: Eheschließungsraten auf 1000 nichtverheirateter Frauen in Schweden und den USA

	USA			Schweden		
Alter	1966	1983	Diff.	1966	1983	Diff.
18–19	163	75	−54 %	39*	4*	−90 %*
20–24	262	116	−56	194	41	−79
25–29	189	127	−33	175	72	−59
30–34	135	98	−27	87	55	−37

* in Schweden 15519
Quelle: Vital Statistics from US Dept of Health and Swedish offical statistics

Tabelle 2: Eheschließungsquoten lediger Frauen

	1965	1970	1975	1980	1981	*
Belgien	100	98	89	79	75	−25*
Dänemark	97	81	66	53	50	−48
England und Wales	101	105	88	77	71	−30
Finnland	93	94	71	67	68	−27
Frankreich	99	92	86	71	67	−32
Bundesrepublik Deutschland	110	97	76	66	64	−43
Italien	102	101	93	77	73	−28
Niederlande	113	106	83	69	65	−42
Norwegen	93	96	80	65	65	−30
Spanien	98	100	102	74	68	−31
Schweden	96	62	63	52	53	−45

* Unterschied 1965–1981
Quelle: *Monnier* (1984)

In Schweden nahm zuerst und am schnellsten die Eheschließungsneigung ab, dicht gefolgt von Dänemark. So sank die Heiratsquote im Zeitraum von 1966 bis 1973 um 40 %. Seitdem ist sie weiterhin rückläufig, aber ihre Abnahme verläuft langsamer. Der Rückgang der Eheschließungsquote bedeutet jedoch nicht unbedingt einen Anstieg der Quote der Alleinlebenden, sondern in Schweden und Dänemark wird der Rückgang der Heiratsquote durch den statistischen Anstieg der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mehr als quantitativ ausgeglichen (*Trost,* 1979). Man kann sogar sagen, daß ihre Zahl so zugenommen hat, daß sie den Anteil derjenigen mit einschließen könnte, die sich traditionellerweise in der Phase des »Miteinander Gehens« oder der Verlobung befinden würden.

3. Der Begriff der nichtehelichen Lebensgemeinschaft

Es gibt eine Vielzahl von Definitionen für den Begriff der nichtehelichen Lebensgemeinschaft. *Macklin* (1972) z. B. betont, daß dann eine nichteheliche Lebensgemeinschaft gegeben wäre, wenn sich jemand mit einer Person des anderen Geschlechtes mindestens vier Nächte pro Woche innerhalb einer Zeitspanne von mindestens drei aufeinanderfolgender Monate das Schlafzimmer teilen würde. Diese Definition wurde in Untersuchungen über College- und Universitätsstudenten verwendet, die in der Woche größtenteils in der Nähe ihrer Ausbildungsstätte wohnen und an den Wochenenden nach Hause zu ihren Eltern fahren. Diese und viele andere Definitionen wählen eindeutig als zentrales Kriterium ihrer Begriffsbestimmung das Sexualverhalten (vgl. *Brunborg,* 1978; *Montgomery,* 1975).
Ein weiterer häufig gewählter Weg der Begriffsbestimmung ist der über den Vergleich der nichtehelichen Lebensgemeinschaft mit der Ehe. So verstehen *Näsholm* (1972) und *Alnebring* (1973) unter nichtehelicher Lebensgemeinschaft das Zusammenleben von zwei erwachsenen Personen verschiedenen Geschlechts in einem gemeinsamen Haushalt unter eheähnlichen Bedingungen, ohne ihre Beziehung durch Heirat legitimiert zu haben.
Ein anderer Versuch der Begriffsbestimmung wurde von uns 1979 durchgeführt, indem wir Personen befragten, was sie unter nichtehelicher Lebensgemeinschaft verstehen würden. Dabei stellte sich heraus, daß ungefähr 90 % der Befragten – unabhängig davon, ob verheiratet oder nicht-ehelich zusammenlebend – die nichteheliche Lebensgemeinschaft beschrieben mit den Worten »wie verheiratet sein«, »indirekt verheiratet sein« oder »ungefähr dasselbe wie verheiratet sein«.
Man könnte aber auch eine Begriffsbestimmung über die Festlegung bestimmter Merkmale vornehmen: ein Kriterium könnte z. B. die sexuelle Beziehung sein (in bezug auf die Ehe wird davon ausgegangen, daß zwischen den Ehepartnern eine sexuelle Beziehung gegeben sei). Als zweites Kriterium könnte das gemeinsame Wohnen, einschließlich des gemeinsamen Essens, Fernsehens etc. bestimmt werden und als drittes: die gemeinsame finanzielle »Haushaltskasse«.
Eine phänomenologische Begriffsbestimmung würde am wenigsten Probleme aufwerfen. Sie könnte davon ausgehen, daß in den meisten nichtehelichen Lebensgemeinschaften sich beide Partner vor allem der Tatsache bewußt sind, daß sie unter eheähnlichen Verhältnissen nicht-ehelich zusammenleben. Dieses Kriterium trifft vor allem für die nichtehelichen Lebensgemeinschaften in solchen Staaten zu, in denen diese neben der Ehe ebenfalls zu einer sozialen Institution geworden sind, wie z. B. in Dänemark und Schweden.
Bei der letzten dänischen Volkszählung galt de facto übrigens die nichteheliche Lebensgemeinschaft als Ehe ohne offizielle Legitimation (= »papierlose« Ehe).

4. Das Aufkommen nichtehelicher Lebensgemeinschaften

Vor der Christianisierung heiratete man in den meisten europäischen Ländern mit oder auch ohne ein großes formales Zeremoniell; die Eheschließung war eine Angelegenheit der Familien und ohne jegliche Bedeutung für den Staat. Mit der Verbreitung des Christentums forderte die Kirche die religiöse Trauung als ausschließlich konstituierende Form der Eheschließung. Allerdings lebte die alte Tradition fort und so galt weiterhin das »Händeschütteln« als Zeichen einer gültigen Eheschließung (*Carlsson,* 1972; *Schnapper-Arndt,* 1908; nach Statistika Meddelanden 1914). Nach Ansicht *Schnapper-Arndts* (1918) wäre es falsch, die hohe nichteheliche Geburtenrate in jener Zeit unter moralischen oder religiösen Gesichtspunkten zu interpretieren; im Gegenteil, dieser liegt eine konservative Haltung zugrunde, aus der heraus die formale kirchliche Trauung abgelehnt wurde und die Kinder nur aus der Sicht der Kirche als nichteheliche galten. Dies trifft anscheinend nicht nur für einige Teile Deutschlands, sondern auch für die nordischen Länder zu.

Wie bereits erwähnt, nahm die Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften in vielen Staaten der westlichen Welt ab Mitte der 60er Jahre zu. Die Mehrzahl der Frauen in Dänemark und Schweden sind heute im Alter von Anfang 20 nicht verheiratet; sie leben in nichtehelichen Lebensgemeinschaften (vgl. Tabelle 3). Mit anderen Worten: Je höher das Alter der Frauen ist, desto seltener leben sie in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft und umso eher sind sie verheiratet. In Frankreich und Großbritannien haben wir zwar eine etwas andere Situation, aber die gleiche Tendenz:

Tabelle 3: Frauen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften in % zu allen Frauen

	20–24	25–29	30–34
Dänemark 1981	65	29	13
Frankreich 1980/81	16	6	2
Großbritannien 1980	11	6	2
Schweden 1980	75	40	17

Quelle: entnommen aus *Höpflinger* 1985

Von allen nichtehelichen Lebensgemeinschaften sind ferner nur ein Teil als vor-eheliche Lebensgemeinschaften zu bezeichnen, d. h. es handelt sich hier um nichtehelich zusammenlebende Paare, die später heiraten. Dabei lassen sie sich natürlich nur nachträglich als vor-eheliche Lebensgemeinschaften klassifizieren. Allen Anzeichen nach gehen fast 100 % aller Personen, die in Schweden und Dänemark heiraten, vor der Ehe eine nichteheliche Lebensgemeinschaft ein (vgl. *Trost,* 1979). Obwohl in den Vereinigten Staaten der Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit etwas mehr als 5 % ziemlich gering ist, hat aber der Umfang des vor-ehelichen Zusammenlebens stark zugenommen. Eine Studie von *Gwartney-Gibbs* (1986) zeigt, daß von den Personen, die 1970 geheiratet haben, 13 % vor

der Ehe zusammengelebt hatten, während bei denen, die 1980 die Ehe geschlossen haben, der Prozentsatz bei 53 lag. Der Anstieg ist also bemerkenswert.
Sowohl in Dänemark als auch in Schweden ist es allgemein üblich, daß nicht-ehelich zusammenlebende Paare Kinder haben (45 % aller Kinder, und ⅔ aller Erstgeborenen werden von unverheirateten Müttern geboren; Befolkningsförändringar 1987). Dieses scheint in der Bundesrepublik Deutschland kaum der Fall zu sein (Nichteheliche Lebensgemeinschaften, 1985); hier verzichtet man weit überwiegend innerhalb nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften auf Kinder und heiratet, sobald man sich Kinder wünscht oder die Frau schwanger ist (vgl. *Nave-Herz* in diesem Band).

5. Das »Zusammenziehen«

Bevor es das moderne Phänomen der nichtehelichen Lebensgemeinschaft überhaupt gab, zog ein Paar traditionsgemäß zum Zeitpunkt der Hochzeit zusammen. Von den Ehepartnern wurde in den meisten Ländern der westlichen Welt erwartet, daß kein vorehelicher Geschlechtsverkehr praktiziert wurde, genauso wie die soziale Umgebung – und das Ehepaar selbst – fest damit rechneten, daß innerhalb eines Jahres nach dem Hochzeitszeremoniell ein Kind geboren würde. Von der Norm der vorehelichen sexuellen Enthaltsamkeit wich jedoch das faktische Verhalten in vielen Teilen Westeuropas ab.
Es gibt zwei Arten des »Zusammenziehens« bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften: die eine ähnelt der traditionellen Form; denn beide Partner entscheiden sich im voraus für einen bestimmten Zeitpunkt des Zusammenziehens, z. B. im Hinblick auf die Einzugsmöglichkeit in eine Wohnung oder in ein Haus. Die andere Form ist ein sukzessiver Prozeß, bei dem der Einzelne im nachhinein oft nur mit großen Schwierigkeiten einen bestimmten Zeitpunkt für den Beginn des Zusammenziehens angeben kann. So bleibt z. B. einer der beiden Partner zunächst nur über das Wochenende in der Wohnung des anderen und bringt nach und nach immer mehr Kleidungs- und sonstige Ausstattungsstücke mit, und erst im Zeitverlauf wird deutlich, daß beide eigentlich bereits zusammenleben. Zuweilen haben sogar die Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft unterschiedliche Ansichten über den Zeitpunkt des Beginns ihres Zusammenziehens. In einem Fall z. B. gab der Mann an, daß er bereits ca. 1 Jahr mit seiner Partnerin zusammenlebte; sie dagegen sprach von einigen Monaten. Der Unterschied resultierte daraus, daß der Mann von dem Zeitpunkt ausging, als er das erste Mal in ihrer Wohnung geschlafen hatte; sie dagegen erst vom Einzugstermin der gemeinsamen neuen Wohnung.
Wir wissen nicht, welche der beiden Formen des »Zusammenziehens« insgesamt verbreiteter ist; vermutlich gibt es regionale und kulturelle Variationen, und auch der Wohnungsmarkt wird die Form des »Zusammenziehens« beeinflussen.

6. Die Gründe für und gegen eine Eheschließung

Wenn nichteheliche Lebensgemeinschaften selten vorkommen würden, könnte man daraus schließen, daß die Entscheidung für diese Lebensform ein Protest gegen die Ehe als eine soziale Institution ist. Das aber galt selbst für viele der ersten nichtehelichen Lebensgemeinschaften in den 60er Jahren nicht, weil manche von ihnen nur die auf der Grundlage des Christentums, also die religiös begründete Institution ablehnten. Andere dagegen vertraten die Ideologie der Privatheit; sie deklarierten das Zusammenleben von zwei Partnern als eine private Angelegenheit, weswegen der Staat in diese Beziehung nicht einzugreifen hätte.
Inzwischen ist die nichteheliche Lebensgemeinschaft, jedenfalls in Dänemark und Schweden, bereits selbst zu einer sozialen Institution geworden. Das aber bedeutet: da es heutzutage selbstverständlich geworden ist, ohne Formalitäten des Heiratszeremoniells zusammenzuziehen, wenn man zusammenleben will, daß sich dieses Paar nicht nur für eine nichteheliche Beziehung, sondern gerade auch für das Zusammenleben in einer Institution entscheidet.
Die Frage ist noch unbeantwortet geblieben, warum dann viele Paare später doch noch heiraten. In der Bundesrepublik Deutschland – so wurde bereits dargelegt – scheint im Falle eines Kinderwunsches oder der Geburt eines Kindes der soziale Druck (internalisiert und/oder extern) zur Eheschließung zu führen (vgl. auch *Nave-Herz*, 214 in diesem Band). In Dänemark und Schweden dagegen gibt es diese Art des gesellschaftlichen Drucks nicht. Dennoch heiraten hier viele Paare später ebenso. Als Grund werden traditionelle Argumente genannt, z. B. die bestehende Norm: daß man – wenn man länger zusammenlebt – eben verheiratet sein sollte! Die Heirat wird also zwar nicht als eine Notwendigkeit bewertet, aber auf längere Sicht hin dennoch bevorzugt.

7. Zeitpunkt und die Form der Eheschließung

Traditionsgemäß gab es vor allem drei Bedingungen, die den Zeitpunkt der Eheschließung in vielen Teilen der Welt bestimmten. So glaubten sich mit Abschluß der Ausbildung bzw. mit der Übernahme einer beruflichen Tätigkeit, die eine relativ abgesicherte finanzielle Basis gewährleistete, einige Paare »reif genug«, um zu heiraten. Weiterhin wurde der Zeitpunkt einer Heirat bestimmt durch eine Schwangerschaft (manchmal kam es dabei zu »Muß-Heiraten«, was aber selten der Fall war), oder in einigen Ländern durch den Wunsch nach einem Kind. Drittens waren auch günstige und annehmbare Wohnungsangebote für den Zeitpunkt der Heirat entscheidend (vgl. für die Bundesrepublik *Nave-Herz* et al. 1984).
Heute dagegen ist es durch die zeitlich ziemlich ausgedehnte Phase des Zusammenlebens schwieriger geworden, ausschlaggebende Ereignisse oder Anreize, die den Zeitpunkt der Eheschließung bestimmen könnten, zu finden. Sie scheint nunmehr einerseits davon abhängig zu sein, ob das Paar – oder einer der beiden Partner – meint, daß nun – nach einer Zeit des Zusammenlebens – die Zeit schließlich »reif« sei, um zu heiraten. Andererseits wird die Entscheidung zur Heirat heutzutage in

vielen Fällen durch Ereignisse ausgelöst, die überhaupt nichts mit der Heirat selbst zu tun haben: aus einem geplanten Auslandsurlaub wird eine Hochzeitsreise; eine Kindtaufe oder die Heirat von Freunden oder Geschwistern wird zum Entschluß für die eigene Heirat u. a. m.

8. Nichteheliche Lebensgemeinschaft und Ehe – Ähnlichkeiten und Unterschiede

Ein Unterschied zwischen verheirateten und nichtehelich zusammenlebenden Paaren ist vor allem im Alter gegeben. Ferner haben die Verheirateten mehr Kinder, was aber wiederum zum größten Teil auf das unterschiedliche Alter der Paare zurückzuführen ist. Oft wird behauptet, daß solche Ehen, denen eine Zeit des nichtehelichen Zusammenlebens voranging, glücklicher wären als solche, bei denen diese Phase fehlt. Diese Annahme basiert auf der Vorstellung, daß das voreheliche Zusammenleben eine selektive Wirkung hätte, indem es die Paare, die auf längere Zeit hin nicht zusammenpassen, »aussortiert« (vgl. z. B. *Trost,* 1975). Doch wenn die Befragten sogar selbst behaupten würden, daß ihr Zusammenleben eine Phase der »Prüfung« war, ist Skepsis gegenüber diesen Antworten angebracht. Es ist nämlich einfach, nach einer Eheschließung oder einer Trennung zu behaupten, daß die vorherige Phase des vorehelichen Zusammenlebens die Funktion der Prüfung der Beziehung gehabt hätte, aber de facto haben zwischenmenschliche Beziehungen zumeist einen anderen Sinn. Hinzu kommt, daß die Scheidungsrate als Indikator für Glück und Zufriedenheit in der Ehe in keinem von uns bekannten Land mit dem vorehelichen Zusammenleben negativ korreliert. Ehezufriedenheit hängt nämlich von vielen äußeren Faktoren und nicht nur vom Grad der gegenseitigen Anpassung oder Verträglichkeit innerhalb der Beziehung ab, z. B. von innerfamiliären Streßfaktoren, wie Krankheit eines Kindes, Wohnbedingungen, finanzielle Situation usw. (*Trost,* 1986).

9. Trennung

Häufig wird die Frage gestellt, ob nichtehelich zusammenlebende Paare eine höhere oder niedrigere »Scheidungs«-Rate hätten. Diese Frage wird im folgenden deshalb nicht zu beantworten versucht, da sie m. E. nicht sinnvoll ist. Sie setzt nämlich zwei nicht miteinander vergleichbare Einheiten in Beziehung; denn – wie bereits mehrfach betont – geht einer ehelichen Beziehung – jedenfalls in Dänemark und Schweden – immer eine Phase des nichtehelichen Zusammenlebens voraus, dagegen sind die nichtehelich zusammenlebenden Paare vor Beginn ihres »Zusammenziehens« weder miteinander verheiratet, noch bestand zuvor eine nichteheliche Lebensgemeinschaft zwischen ihnen.
Da gravierende Unterschiede zwischen dem ehelichen und nichtehelichen Zusammenleben – wie beschrieben – nicht bestehen, ist es verständlich, daß die Probleme der Auflösung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft genauso tiefgreifend und vielschichtig sind, wie die einer Ehescheidung. Zwischen verheirateten und nicht

verheirateten zusammenlebenden Paaren sind allein bei Trennung nur in bestimmten praktischen Fragen durch die unterschiedliche Rechtsgrundlage für beide Lebensformen Unterschiede gegeben: So werden bei Trennung oder bei Tod in nichtehelichen Lebensgemeinschaften im Hinblick auf Vermögensteilung, Erbschaft und Rentenansprüche andere Maßstäbe angelegt.
Einige Staaten haben versucht, eheliche und nichteheliche Lebensgemeinschaften rechtlich gleichzustellen, um die betroffenen Partner und/oder die Kinder zu schützen. Solchen Versuchen liegt der Gedanke zugrunde, daß – wenn nichteheliche Lebensgemeinschaften allgemein üblich sind und sie nicht als das Resultat der Entscheidung gegen die Ehe gelten können, sie auch als gleiche Phänomene behandelt werden müssen. Ferner haben das Gesetz und der Staat die Aufgabe, innerhalb einer Beziehung immer den schwächeren Partner zu schützen.

10. Zusammenfassung und Ausblick

In den meisten westlichen Staaten nahmen seit Mitte der 60er bzw. Mitte der 70er Jahre die Heiratsquoten ab. In Dänemark und in Schweden begann dieser Prozeß zuerst, die anderen Staaten folgten. Der Rückgang der Heiratsquote führte aber nicht zu einer Zunahme von »wirklich Alleinlebenden«. Im Gegenteil: in den meisten Ländern wurde der Rückgang der Heiratsquote durch die gestiegene Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften bei weitem kompensiert; denn viele Paare entschieden sich für das Zusammenleben, anstatt – wie es dem traditionellen System entsprach – für eine Phase des »Miteinandergehens« oder der Verlobung.
Immer mehr Paare, die heiraten, leben zuvor in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft eine Zeitlang zusammen, so daß man in diesen Fällen von einer vorehelichen Lebensgemeinschaft sprechen kann. Es soll aber nochmals betont werden, daß es falsch ist, das voreheliche Zusammenleben als eine »Zeit der Probe« zu bezeichnen.
Ferner war die traditionelle Heirat bzw. der Akt der Eheschließung ein »rite de passage«. Immer deutlicher zeigt sich nun, daß für diejenigen, die letztlich nach einer gewissen Zeit des vorehelichen Zusammenlebens heiraten, die Eheschließung nicht mehr ein »rite de passage«, sondern ein »rite de confirmation« ist, nämlich ein Ritual zur Bestätigung der Paarbeziehung. In einigen Ländern hängt der gewählte Zeitpunkt der formalen Eheschließung von dem Kinderwunsch eines Paares oder der Schwangerschaft der Frau ab, während in anderen Staaten die Wahl des Zeitpunktes von jeglichen paarbezogenen Ereignissen oder Begebenheiten unabhängig zu sein scheint.
Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften in der westlichen Welt sind nicht mit denen früherer Zeiten und auch nicht mit den heutigen in nicht-westlichen Ländern vergleichbar, wo sie nur unter der ärmeren Bevölkerung verbreitet sind. Der gesellschaftliche Druck zwingt immer weniger die Paare, ihr Zusammenwohnen mit der Eheschließung zu verbinden. So deutet alles darauf hin, daß die nichteheliche Form des Zusammenlebens in der westlichen Welt der »normale« Weg, mit dem zwei Partner ihr Zusammenleben beginnen, werden wird oder bereits geworden ist.

Anzumerken ist weiterhin, daß in immer mehr Ländern die Paare, die in einer nichtehelichen Gemeinschaft leben, nicht grundsätzlich gegen eine Heirat eingestellt sind.

In vielen Ländern gibt es zwischen ehelichem und nichtehelichem Zusammenleben keine oder nur wenige Unterschiede. Gleich sind ihre alltäglichen Verhaltensweisen und die Art ihrer Beziehung zur Umwelt, z. B. zu den Verwandten, Freunden, Nachbarn und zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. Nur im Falle der Auflösung, der Trennung oder des Todes eines Partners gibt es juristische Unterschiede, z. B. im Hinblick auf das Sorgerecht der Kinder, die Aufteilung des Besitzes und auf das Wohn- und Erbrecht.

In einigen Ländern heiraten Paare nach einer Zeit des nichtehelichen Zusammenlebens – wie weiter oben bereits beschrieben –, sobald Kinder geboren werden, also vermutlich aus sozialem Druck, während in anderen Ländern, in denen nichteheliche Lebensgemeinschaften allgemein verbreitet sind, die Partner sich eher aus traditionellen Gründen zur Eheschließung entscheiden. Der Zeitpunkt des Hochzeitszeremoniells scheint hier vor allem von dem individuellen Gefühl, daß nunmehr die Zeit »reif« wäre, bestimmt zu werden.

Für die frühere und schnellere Verbreitung der nichtehelichen Lebensgemeinschaften in einigen Staaten gegenüber anderen können die kulturellen Unterschiede verursachend gewesen sein. Die Frage blieb aber bislang unbeantwortet, warum in allen westlichen Ländern ein quantitativer Anstieg nichtehelicher Lebensgemeinschaften gegeben ist und ihre Zahl in Zukunft noch zunehmen wird. Die einleuchtendste Erklärung ist, daß im Zuge der Modernisierung die einzelnen Staaten die postmoderne Phase zu unterschiedlichen Zeiten erreichen, daß aber überall Liberalität und/oder Anonymität und damit verbunden die sog. Säkularisierung zunimmt. Alle diese Prozesse wirken in die gleiche Richtung: zu geringerer sozialer Kontrolle und zu geringerem sozialen Druck.

(Aus dem Englischen übersetzt von *Corinna Onnen-Isemann,* Oldenburg)

Literatur

Alnebring, L.: Sammanboende ogifta, Research Report from the Department of Sociology, Uppsala University, Special Series: Family Reseach. 1973, 22ff. – Befolkningsförändringar: Statstiska Centralybyran, Stockholm 1987 – *Brunborg, H.:* Cohabitation without Marriage in Norway, paper presented at the conference on ›Economic and Demographic Change: Issues for the 1980s, IUSSP, Helsinki 1978 – *Carlsson, L.:* Jag giver dig min dotter, II, Lund 1972 – *Carter, H., Glick, P. C.:* Marriage and divorce: A social and Economic Study, Cambridge/Mass. 1970 – *Glick, P. C.:* »Updating the Life Cycle of the Family«, Journal of Marriage and the Family. 39. 1977, 5–14 – *Gwartney-Gibbs, P. A.:* »The Institutionalization of Pre-Marital Cohabitation: Estimates from Marriage Licens Applications, 1970 and 1980«, Journal of Marriage and the Family. 48. 1986, 423–434 – *Höpflinger, F.:* Changing Marriage Behavior: Some European Comparisons, Genus XLI. 1985, 41–64 – *Mackling, E. D.:* Non-Marital Heterosexual Cohabitation (mineo.) 1972 – *Manniche, E.:* The Family in Denmark, Uppsala 1989 – *Monnier, A.:* La Conjuncture Demographique: L'Europe et les pays developpes d'outre-Mer, Population, 39. 1984, 855–870 – *Montgomery, J.:* Cohabitation in the Context of

Premarital Sexual Intercourse (mineo.), 1975 – Nichteheliche Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland: Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend und Familie, Stuttgart 1985 – *Näsholm, A.:* Sammanboende gifta och sammanboende ogifta, SOU 1972: 41, Familj och äktenskap, Stockholm 1972 – *Price, R.:* Trial Marriage in the Andes, Ethnology, vol IV, 1965, 310–322 – *Rodman, H.:* Lower Class Families, Oxford 1971 – *Rodman, H.:* Illegitimacy in the Caribbean Social Structure: A Reconsideration, Amer. Sociological Rev., 31, 1966, 673–683 – *Schnapper-Arnt, G.:* Sozialstatistik, Leipzig 1908 – Statistiska Meddelanden: Utom äktenskapet födda barn, Serie A. band 1:4, Stockholm 1914 – *Sundt, E.:* Om giftermal i Norge, Universitetsförlaget (1866), Askim 1967 – *Trost, J.:* »Married and Unmarried Cohabitation: The Case in Sweden with some comparisons«, Journal of Marriage and the Family, 1975, 37, 677–682 – *Trost, J.:* Unmarried Cohabitation, International Library, Västeras 1979 – *Trost, J.:* What Holds Marriages Together?, Acta Sociologica, 1986, 29, 303–320 – *Willems, P., Wijewickrema, S.:* The Evolution of Nuptiality in Belgium from 1954 to 1981, IPD-working paper, 2, Vrije Univiersiteit, Brussels 1985

Rosemarie Nave-Herz/Ursula Oßwald

Kinderlose Ehen

1. Einführung

Seit Ende des vorigen Jahrhunderts nimmt der Anteil kinderloser Ehen in fast allen Industriestaaten kontinuierlich zu (vgl. *Höpflinger,* 1987, 258). Dieser statistische Trend gilt vor allem auch für die Bundesrepublik Deutschland:

Tabelle 1: Anteil kinderloser Ehepaare an der Gesamtzahl der Ehen

Eheschließungsjahr	von 100 Ehen blieben kinderlos
1899 und früher	8,4
1900	9,7
1903	8,9
1906 (Preußen)	9,6
1909	10,3
1912	12,0
1913	12,3
1946 – 1950	13,0
1951 – 1955	13,0
1958 – 1962	13,0
1963 – 1967	14,0
1968 – 1972	17,0
1973 – 1977	18,0

Quellen: Statistik des Deutschen Reiches, 1920, 11 ff.; Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 1984, 356

In Modellrechnungen über die mögliche Entwicklung der Kinderzahlen bis zum Jahre 2000 wird der Anteil der kinderlosen Ehen in der Bundesrepublik Deutschland sogar auf über 20 % geschätzt (vgl. auch *Höhn* in diesem Band). Er würde damit das Zweifache des Anteils der Drei-Kinder-Familien betragen (Deutscher Bundestag, 1985, 30). Einige Autoren (vgl. z. B. *Nason,* 1976; *Veevers,* 1979) führen die quantitative Zunahme der kinderlosen Ehen auf den allgemeinen Modernisierungsprozeß mit seinen gestiegenen Optionen für den Einzelnen zurück, auf die damit verbundenen rationalen Entscheidungsmöglichkeiten in allen – auch den privaten – Bereichen. Sie betonen damit gleichzeitig einen sozialhistorischen Wandel, nämlich den von der in der Vergangenheit vorherrschenden unfreiwilligen zur heutigen freiwillig geplanten kinderlosen Ehe.

De facto hatte Heiraten in allen europäischen Kulturen der Vergangenheit grundsätzlich die Zeugung von Nachwuchs zum Ziel, so daß das Eintreten in den Ehestand so selbstverständlich mit Kindern verknüpft wurde, daß Kinderlosigkeit gar nicht als Entscheidung möglich war. *Mitterauer* schreibt:

»Selbst für die radikalsten Verfechter des Vorrangs der Jungfräulichkeit vor der Ehe stand jedenfalls im Hinblick auf die Fortpflanzung der Wert der Ehe außer Frage. Die Forderung nach Enthaltsamkeit in der Ehe – das Ideal der sogenannten ›Josephsehe‹ – hat in der Geschichte kaum jemals besondere Bedeutung, geschweige denn gesellschaftliche Wirksamkeit erlangt. Ehe ohne Elternschaft als selbständiger Wert war der alteuropäischen Welt im Prinzip fremd« (*Mitterauer,* 1979, 21).

In manchen Kulturen – z. B. in bestimmten Regionen Bayerns und in der Schweiz – ging man sogar das Risiko einer kinderlosen Ehe gar nicht ein, sondern setzte den Hochzeitstermin erst bei Schwangerschaft der Braut fest (vgl. *König,* 1965, 164).

Wer kinderlos bleiben wollte und/oder sollte, blieb bereits von der Ehe ausgeschlossen, z. B. die Tempeljungfrauen bei den alten Ägyptern oder Germanen, die Nonnen und Mönche der christlichen und buddhistischen Klöster, ferner bestimmte Personen, für die zu bestimmten Zeiten öffentliche Heiratsverbote galten, wie für Knechte, Gesellen, Offiziere (*Mackenroth,* 1953, 341, 427ff., 431ff.; *Hubbard,* 1983).

Kinderlosigkeit in einer Ehe war also – soweit man die Geschichte der Menschheit überblickt – überwiegend medizinisch bedingt und galt als etwas »Unnatürliches«, »Abweichendes«, und man begegnete ihr zumeist mit einer mehr oder weniger offen ausgesprochenen oder verdeckten Geringschätzung. Vor allem den Frauen wies man die Schuld für die Kinderlosigkeit einer Ehe zu und ächtete sie z. T. sehr stark. Schon in der Bibel wird diese Abwertung der kinderlosen Frauen und damit verbunden die Aufwertung von Müttern durch Rahel und Lea verdeutlicht, indem Rahel zu den Füßen Jakobs ausruft: »Gib mir Kinder oder ich muß sterben«, während ihre mit Kindern gesegnete Schwester sich rühmt: »Gott habe sie fruchtbar gemacht und dadurch mit den besten der Geschenke belohnt« (zit. bei *Kisch,* 1886, 2).

Auch galt in vielen Kulturen Kinderlosigkeit in einer Ehe als Scheidungsgrund und als Möglichkeit der Verstoßung der Frau. Diese einseitige Schuldzuschreibung war bei uns noch bis zur Jahrhundertwende allgemein üblich, wie *Stauber* (1979, 3) berichtet, obwohl bereits in der alt-ägyptischen und alt-indischen Medizin sowie im Talmud Fertilitätsstörungen beim Mann beschrieben wurden, und medizinische Schriften aus dem Jahre 1647 bezeugen, daß man bereits damals sehr detaillierte Kenntnisse über die eheliche Sterilität, verursacht durch den Ehemann, besaß (vgl. *Heinke/Döpfmer,* 1960; *Schieren,* 1961).

Die Mittel gegen Kinderlosigkeit in der Ehe zeigen, wie angstbesetzt man sich gegen die Kinderlosigkeit wehrte. Nach *Condrau* (1969) gibt es kaum eine andere »menschliche Unvollkommenheit«, die derart mit abergläubischem Zauber und Magie verknüpft wurde: »Zauberriten, Zaubertränke, Wallfahrten, Kräuter, Badekuren und vieles mehr sollten Abhilfe schaffen (vgl. hierzu auch *Diepgen,* 1963, 171ff.; *Loux,* 1980; *Nave-Herz,* 1988b, 61ff.).

Die bewußt gewählte kinderlose Ehe ist also erst ein neuartiges gesellschaftliches Phänomen, zurückzuführen auf ein Bündel weiterer Veränderungsprozesse ideeller und materieller Art, insbesondere auch auf die Neue Frauenbewegung mit ihrer Proklamierung eines neuen Frauenbildes (vgl. *Nave-Herz,* 1987a). Letztlich – keineswegs aber allein – hat die Verbreitung von Antikonzeptiva und ihr höherer Grad an Zuverlässigkeit in der Empfängnisverhütung die Entscheidungsmöglichkeit für oder gegen Kinder bewußter werden lassen. Deshalb betont *v. Laer* zu Recht:

»Mußte man sich früher relativ mühsam um empfängnisverhütende Mittel kümmern, wenn man keine Kinder wollte, so muß man sich heute meist bewußt dazu entschließen, diese Mittel abzusetzen, wenn man Kinder will. Der Entscheidungsprozeß läuft in der Regel jetzt umgekehrt« (zit. in *Beck-Gernsheim,* 1988).

Demgegenüber bezweifeln einige Autoren die zugenommene Wahlmöglichkeit zwischen Kindern und Kinderlosigkeit und das bewußte Planungsverhalten vieler Ehepartner. Sie betonen, daß für viele Ehepaare – wie in der Vergangenheit ebenso in der Gegenwart – aus physiologischen Gründen keine Entscheidungsmöglichkeit gegeben sei, daß der Anteil der medizinisch bedingten Kinderlosigkeit heute sogar höher als früher sei (*Houseknecht,* 1987, 369ff.).
Im folgenden soll versucht werden, die Gültigkeit beider Aussagen zu prüfen. Dazu ist es aber zunächst notwendig, auf den Begriff »kinderlose Ehe« einzugehen, da mit diesem »Etikett« sehr unterschiedliche soziale Realitäten benannt werden. Ferner soll neben der Darstellung der verschiedenen verursachenden Bedingungen für eine kinderlose Ehe auch über ihre öffentliche Bewertung und über Diskriminierungserfahrungen kinderloser Ehepartner – soweit Untersuchungen vorliegen – berichtet werden; denn eine freie Wahlmöglichkeit zwischen zwei Lebensformen setzt zumindest voraus, daß beide eine gewisse gleiche öffentliche Anerkennung besitzen.

2. Zum Begriff »kinderlose Ehe«

Houseknecht stellte die Frage: »To what does the terms childlessness refer? Simply stated, it denotes the abscence of children« (1987, 369). Doch gerade diese Tatsache ist nicht so einfach zu bestimmen, wie es bei oberflächlicher Betrachtung erscheint. Hinzu kommt, daß sogar gegen den Begriff Kinderlosigkeit der Vorwurf der Diskriminierung erhoben worden ist. *Meier* und *Oubaid* fordern, allein von Frauen ohne Kinder zu sprechen oder von Nicht-Müttern, was jedoch genauso auf einen »Mangel« hinweisen würde (1987, 7).
Zunächst bleibt festzuhalten, daß es keine allgemein anerkannte Definition für den Begriff »kinderlose Ehe« gibt. In der medizinischen Literatur wird zumeist eine Ehe dann als kinderlos bewertet, »wenn ein junges Ehepaar, das keine Verhütungsmittel anwendet, innerhalb von zwei Jahren keine Schwangerschaft erzielt . . ., falls keine Hinweise bestehen, daß die ›fruchtbare Periode‹ öfter nicht ausgenutzt werden konnte« (*Taubert,* 1972, 3). Andere Autoren setzen eine Spanne von mindestens drei Jahren. Kinderlosigkeit bei Verheirateten wird in der Medizin als pathologischer Zustand beschrieben. Man unterscheidet hier zwischen congenitaler (auch: absolute Sterilität oder primäre Kinderlosigkeit genannt) und acquisiter (= relative oder sekundäre Kinderlosigkeit). Letztere liegt dann vor, wenn nach einer Schwangerschaft keine erneute erfolgt. Hier ist insbesondere die »Ein-Kind-Sterilität« zu nennen, von der schon 1886 *Kisch* berichtete, daß sie gar nicht so selten wäre (1886, 4). Das aber bedeutet, daß Mediziner den Begriff zuweilen auch auf Frauen mit Kindern anwenden.
In der Statistik gilt eine Ehe allgemein als kinderlos, wenn die miteinander verheirateten Ehepartner keine gemeinsamen Kinder haben. Unerwähnt und damit

unberücksichtigt bleibt in dieser Definition eine biologische Elternschaft eines Partners oder von beiden, selbst dann, wenn diese Kinder zur Haushaltsgemeinschaft zählen.
Da unter sozialwissenschaftlichem Aspekt in Deutschland bisher sehr selten Kinderlosigkeit behandelt wurde, ist es nicht verwunderlich, daß in soziologischen Abhandlungen, sogar in familiensoziologischen Einführungs- und Sammelwerken, der Begriff kinderlose Ehe bisher nicht definiert wurde. Im übrigen fehlt selbst in den bekannten Nachschlagewerken, wie im Brockhaus, Duden, dem Konversationslexikon von Mayr, eine Erklärung dieses Begriffes.
Im folgenden wird eine Ehe als kinderlos bezeichnet, wenn die miteinander verheirateten Partner keine Kinder als ehelich anerkannt haben und in ihrer Haushaltsgemeinschaft keine Kinder leben. Diese Definition setzt also einen Ehe- und Familienbegriff voraus, der nicht von einer biologischen, sondern von einer sozialen Elternschaft ausgeht.
Mit dieser Definition wird zwar eine sehr statische, punktuelle Betrachtungsweise verknüpft, der prozessuale Aspekt von Kinderlosigkeit wird aber etwas stärker sichtbar bei der Unterteilung der kinderlosen Ehen in verschiedene »Typen«, je nach den verursachenden Bedingungen ihrer zur Zeit bestehenden Kinderlosigkeit. Hierbei lassen sich insgesamt fünf verschiedene »Typen« von kinderlosen Ehen beschreiben (vgl. *Nave-Herz,* 1988b):

TYPEN VON KINDERLOSEN EHEN

Medizinisch bedingt:	organisch bedingte kinderlose Ehe psychosomatisch bedingte kinderlose Ehe
Bewußt geplant:	lebenslang geplante kinderlose Ehe befristete kinderlose Ehe
Noch nicht erfüllter Kinderwunsch:	vorübergehende kinderlose Ehe

Auf den möglichen Wechsel zwischen diesen aufgezeigten verschiedenen »Typen« im Verlauf einer Ehebiographie wird ausführlicher in Abschnitt 3.4. eingegangen.

3. Gründe der Kinderlosigkeit

3.1. Demographische Charakteristika kinderloser Ehefrauen

Die ersten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, die den verursachenden Bedingungen der Kinderlosigkeit nachgehen, sind statistische Korrelationsanalysen. So trägt bereits 1904 eine gesonderte Veröffentlichung von *Prinzing* den Titel »Die sterilen Ehen«, und *Kiaer* (1903) sowie von *Mayr* (1917) gehen in ihren Abhandlungen über die Geburten- und Bevölkerungsstatistik detaillierter auch auf die kinderlose Ehe ein. Sie weisen bereits auf bestimmte statistische Zusammenhänge hin, z. B. auf die höheren Quoten kinderloser Ehen in den Großstädten und in den höheren sozialen Schichten.
Auf alle inzwischen durchgeführten statistischen Untersuchungen kann hier nicht näher eingegangen werden. Einige Ergebnisse seien im folgenden lediglich aufgelistet.
In mehreren Untersuchungen wird ein statistischer Zusammenhang zwischen Kinderlosigkeit und der Geschwisterstellung aufgezeigt, vor allem unter denen, die die Kinderlosigkeit bewußt planen, sind statistisch signifikant mehr Erstgeborene und Einzelkinder (vgl. z. B. *Veevers,* 1973 a; *Nason,* 1976). Ferner gilt: Je höher das Ausbildungsniveau der Ehefrauen ist, je größer ist die Chance ihrer Kinderlosigkeit (vgl. z. B. *Baum/Cope,* 1980; *Houseknecht,* 1978, 1987).
Ebenfalls ist die statistische Wahrscheinlichkeit der Kinderlosigkeit mit zunehmender Ehedauer größer, weiterhin wenn die Frau erwerbstätig, ihr Heiratsalter hoch ist oder wenn die Religion für sie eine untergeordnete Rolle spielt (*Pohl,* 1979, 1985; *Rückert,* 1979; *Schwarz,* 1983, 1985; *Proebsting,* 1988; vgl. die Angaben zahlreicher korrelationsstatischen Erhebungen bei *Houseknecht,* 1987, 380ff.).
Doch für alle diese Berechnungen gilt, daß sie – unter soziologischer Perspektive betrachtet – in mehrerer Hinsicht unbefriedigend sind: Zunächst bleiben multifaktorielle Bedingungen ausgeklammert, ferner werden derartige massenstatistische Analysen zu schnell im Sinne von Kausalzusammenhängen interpretiert. Sie lassen außerdem intervenierende Variablen und die gegenseitigen Verstärkungen von Faktoren oder sogar Scheinkorrelationen nicht erkennen. Vor allem aber definieren sie alle – ungeprüft – Kinderlosigkeit als abhängige Variable und differenzieren auch nicht zwischen den verschiedenen Typen von kinderlosen Ehen (vgl. Abschnitt 2).

3.2. Medizinisch bedingte Kinderlosigkeit

In der medizinischen Literatur wird – wie eingangs beschrieben – eine Zunahme der organisch bedingten Kinderlosigkeit behauptet. Als verursachend für diesen Anstieg hätten vor allem die ebenfalls gestiegenen entzündlichen Erkrankungen des Beckens zu gelten, häufig bedingt durch übertragene Krankheiten, durch die verstärkte Verwendung von Intrauterin-Pessaren, durch die Anwendung medizinisch-technischer Verfahren u. a. m. Ferner werden als mitwirkende Faktoren der Anstieg von Schadstoffen in der Umwelt, vor allem die Narkotika und Chemikalien

aus dem breiten Angebot der Pflanzenschutzmittel, ferner psychischer Streß sowie Drogen-, Nikotin- und Alkoholmißbrauch, bestimmte Diäten, sogar allzuhäufige Saunabesuche angegeben (vgl. *Wilkie,* 1984, 37ff.; *Schirken/Gey,* 1969, 175ff.; *Stegner,* 1969; *Schindele,* 1986, 7ff.; *Beier,* 1988; Bayropharm o. J., 6). Eine fehlende wissenschaftliche Beweisführung für diese genannten verursachenden Bedingungen konstatieren andere Autoren (z. B. *Menken,* o. J.). *Beier* betont, daß einzelne Schadstoffe auf den jungen Embryo nicht nur singulär, sondern additiv wirken und daß diese Potenzierungen zum auslösenden Faktor der Beeinträchtigung der Fortpflanzungsvorgänge werden (1988, 2). In einem sozialwissenschaftlichen Handbuch kann auf eine detaillierte Darstellung der verursachenden Bedingungen medizinisch bedingter Kinderlosigkeit nicht eingegangen werden; hierzu sei auf die entsprechende Fachliteratur verwiesen (z. B. *Götz,* 1974, 61ff.; *Silber,* 1985; *Langenbucher,* 1988).

In 45–50 % der kinderlosen Ehen soll die Störung bei der Ehefrau, in etwa 40 % beim Ehemann liegen, in 10–15 % der Fälle ist der Grund nicht bekannt (*Götz,* 1974, 61; *Langenbucher,* 1988, 9).

Nach *Stauber* beruht die unfreiwillige Kinderlosigkeit zunehmend auf psychosomatischen Bedingungen. Ähnlich argumentieren *Kaiser* (1977, 123ff.) und *Münkel* (1984, 207), wenn auch stärker psychoanalytisch. Einig ist man sich in der Meinung, daß der Anteil psychosomatischer Kinderlosigkeit höher sei als allgemein von Ärzten angenommen wird (vgl. auch *Fikentscher,* 1977; *Langenbucher,* 1988).

Stauber hat über 2000 Akten von »Kinderwunschpaaren«, die die Sprechstunde für kinderlose Ehepaare an der Frauen- und Poliklinik Berlin-Charlottenburg aufgesucht haben, retrospektiv ausgewertet. Bei 28,3 % der dort behandelten Paare lag keine somatische Ursache vor, sondern eine funktionelle Sterilität, die zuweilen schon nach kurzer Gesprächstherapie überwunden wurde. *Stauber* führt den schnellen Behandlungserfolg auf ein Nachlassen der psychischen Spannung und auf eine Entkrampfung der ehelichen Beziehung durch die psychosomatische Behandlung zurück, wie sie bei starkem Kinderwunsch oft gegeben ist (vgl. *Stauber,* 1979, 150, 181; vgl. auch *Goldschmidt/de Boor,* 1976, 899ff.). und durch die ärztliche Behandlung zuweilen noch forciert wird. *Pfeffer* und *Woollett* beschreiben diesen Sachverhalt plastisch:

»The major problem of going through infertility is making love to order. It takes all the spontaneity out of it. I went through a stage of only wanting him in the fertile time; it seemed pointless on other days« (1983).

Die psychosomatische Behandlung von Kinderlosigkeit dürfte damit einen ähnlichen Mechanismus auslösen, wie er durch den Adoptionsentschluß zuweilen hervorgerufen wird, der ebenso zur lang ersehnten Schwangerschaft unbewußt führen kann (*Stauber,* 1979, 150).

Wenn – wie im Einleitungskapitel dargelegt – in der medizinischen Literatur ein Anstieg von unfreiwillig kinderlos bleibenden Ehen konstatiert wird, so könnte dieser statistische Anstieg jedoch auch auf die Methode der Datengewinnung zurückführbar sein. In den medizinischen Veröffentlichungen wird nämlich die statistische Zunahme durch eine Auswertung der Patientenkarteien von Kliniken oder Praxen belegt. Die so erstellten Tabellen sagen aber nichts über den allgemei-

nen Verbreitungsgrad von unfreiwilliger Kinderlosigkeit aus – vor allem nicht unter zeitvergleichender Perspektive –, sondern zeigen u. U. nur, daß heutzutage zunehmend bei unerfülltem Kinderwunsch eher Gynäkologen oder entsprechende Beratungszentren aufgesucht werden, daß man sich also nicht mehr so ohne weiteres wie früher mit dieser Tatsache abfindet.
Nave-Herz (1988b) weist mit ihrer Studie ferner nach, daß Aggregatdaten über den Anteil der medizinisch bedingten Kinderlosigkeit nicht sehr aussagekräftig sind, weil sie ehebiographische Veränderungen eliminieren. Auf diesen prozessualen Verlauf zur medizinisch bedingten Kinderlosigkeit wird deshalb später ausführlicher eingegangen.

3.3. Der § 218 als unterstützender Faktor der gestiegenen Kinderlosigkeit?

Nach dem Inkrafttreten des Reformgesetzes im Juni 1976 ist die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche sprunghaft gestiegen.

1976 (ab 22. 6.)	13 044
1977	54 309
1978	73 548
1979	82 788
1980	87 702
1981	87 535
1982	91 064
1983	86 529
1984	86 298
1985	83 538
1986	84 274

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Statistische Jahrbücher 1979, 1981, 1983, 1985 und 1987

Die angestiegenen Zahlen lassen sich jedoch durch die mit dem Reformgesetz verbundene Meldepflicht erklären, weil ein großer Teil der früher als Dunkelziffer vermuteten Schwangerschaftsabbrüche heute in die offiziellen Statistiken eingeht.
Nach der Zusammenstellung des Statistischen Bundesamtes betrug der Anteil der kinderlosen Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen ließen, für die Jahre 1977 bis 1981 im Durchschnitt 41,2 %; unter Einbeziehung der in den Niederlanden behandelten deutschen Frauen waren es für den gleichen Zeitraum 44,4 % (vgl. *Ketting/van Praag,* 1985).
Von den 84274 gemeldeten Schwangerschaftsabbrüchen im Jahr 1986 wurden 31391 (37,2 %) bei Frauen vorgenommen, die noch nie schwanger waren und 38185 (45,3 %) bei Frauen, bei denen noch keine Lebendgeburt erfolgt war. In dieser zweiten Zahl sind Angaben über kinderlose Frauen mit mehreren Schwangerschaftsabbrüchen enthalten. Einbezogen sind hier alle Altersgruppen im konzeptionsfähigen Alter.

Insgesamt muß bei den Angaben des Statistischen Bundesamtes berücksichtigt werden, daß sie zurückgehen auf die Angaben aus der gesetzlich geregelten Meldepflicht, doch gibt es eine Vielzahl von Beispielen, aus denen hervorgeht, daß die Meldepflicht nicht immer erfüllt wurde (vgl. *Ketting/van Praag,* 1985, 71ff.; *Neubauer,* 1982, 48).
Die somit entstandene »Dunkelziffer« läßt sich natürlich nicht einschätzen. Weiterhin muß berücksichtigt werden, daß es trotz des Reformgesetzes noch immer Wanderungsbewegungen abbruchwilliger Frauen ins Ausland gibt.
Ob jedoch das Reformgesetz und die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs im Ausland tatsächlich Kinderlosigkeit in Ehen unterstützt, läßt sich aus diesen Zahlen kaum ableiten. Es muß berücksichtigt werden, daß z. B. 1981 nur 52,4 % der gesamten Abbruchpatientinnen, die einen Schwangerschaftsabbruch in der BRD und den Niederlanden durchführen ließen, verheiratet waren. Diese Zahl lag 1976 noch bei 64,5 % (*Ketting/van Praag,* 1985, 165). Weiterhin weisen *Ketting* und *von Praag* im Vergleich der von ihnen untersuchten Länder nach, daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Liberalisierung der Gesetzgebung und dem Geburtenrückgang nicht angenommen werden kann. Im Hinblick auf die Gruppe der jungen kinderlosen Frauen ziehen sie aus dem Vergleich ihrer Daten den Schluß, daß der Schwangerschaftsabbruch lediglich den Zeitpunkt der Familiengründung verschiebt.
Wie *Bönitz* schreibt, liegt die Vermutung nahe, daß die jeweilige Gesetzeslage nicht die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche beeinflußt, sondern nur deren Begleitumstände, Risiken und Folgen (1981, 94f.).

3.4. Gründe der Kinderlosigkeit unter ehebiographischem und sozialstrukturellem Aspekt

Mehrere Untersuchungen (*Toman,* 1977; *Pohl,* 1985; *Nave-Herz,* 1988b) zeigen, daß sich in der Bundesrepublik Paare – jedenfalls am Anfang ihrer Ehe – sehr selten für eine lebenslange Kinderlosigkeit entscheiden, sondern daß der Kinderwunsch aus den verschiedensten Gründen zunächst nur hinausgeschoben wird. Berufliche Erwägungen, vor allem im Hinblick auf die Ehefrau, spielen hierbei eine Rolle. Für die USA weist *Houseknecht* (1987) den gleichen Sachverhalt nach. Arbeitslosigkeit kann im übrigen den gleichen Effekt bewirken, entgegen der häufig geäußerten Vermutung, daß diese Zeit als »Kinderphase« genutzt würde (vgl. *Blake,* 1979, 245ff.; *Biermann* et al., 1983, 85ff.).
Nave-Herz (1988b) hat in ihrer – zwar regional und in der Stichprobe begrenzten – Untersuchung darüber hinaus nicht nur die verursachenden Bedingungen der Kinderlosigkeit nach der Eheschließung erfaßt, sondern geprüft, ob diese sich im Verlaufe der Ehebiographie verändern: Auch in ihrer Erhebung verbanden die Mehrzahl ihrer 164 interviewten Kinderlosen mit der Eheschließung sehr wohl einen Wunsch nach Kindern, der Anteil von Ehepaaren, die sich also bewußt bei Ehebeginn für eine lebenslange Kinderlosigkeit entschieden haben, ist gering, ebenso der mit medizinisch bedingter Kinderlosigkeit. Die Daten zeigen weiterhin, daß für viele derjenigen, die die Realisierung des Kinderwunsches verschieben, ein

Familienleben mit Kindern eine bestimmte Qualität haben sollte, daß die Frauen glauben, nur dann eine gute Mutter sein zu können, wenn sie nicht mehr erwerbstätig wären. Diese traditionelle Mutterrollen-Konzeption steht aber im Widerspruch zu dem Berufsengagement dieser jungen Frauen, das gleichzeitig bei vielen »befristeten Kinderlosen« besonders hoch ist. Beide Wertorientierungen sind antagonistisch und müssen zu Entscheidungskonflikten führen. Das aber kann zur Folge haben, daß Kinderlosigkeit als Konfliktlösungsstrategie – häufig sogar unbewußt – gewählt wird, um nicht zwischen divergenten Wertorientierungen entscheiden zu müssen, evtl. in der Hoffnung, zu einem späteren Zeitpunkt diesen Widerspruch lösen zu können. Damit wird aber gleichzeitig jene These verworfen, die besagt, daß allein die Berufsorientierung der Frau verursachend für die Kinderlosigkeit sei. Es scheint nämlich auf diese nicht allein anzukommen, sondern ob diese in Kombination mit einer bestimmten Mutter-Rollen-Auffassung auftritt.

Eine traditionelle Mutterrollen-Konzeption ist in dieser Untersuchung nicht allein bei den Frauen zu finden, sondern sie wird auch seitens der Ehemänner in Form einer Erwartung und als Forderung nach einem bestimmten erwünschten späteren mütterlichen Verhalten an berufsengagierte Frauen herangetragen, wodurch sie in den gleichen Konflikt geraten. Dieser kann – wie die Studie ebenfalls zeigt – auch zu psychosomatisch bedingter Kinderlosigkeit führen.

Die empirische Erhebung zeigt weiterhin, daß die zunächst gewählte befristete Kinderlosigkeit durch unvorhergesehene Ereignisse, wie z. B. durch Unfall oder Krankheit, zu einer lebenslangen führen kann, ferner auch durch das Alter. So liegt das Konzeptionsoptimum bei Frauen nach den klassischen Untersuchungen von *Münzer* und *Löhr* vor dem 25. Lebensjahr und nimmt mit zunehmendem Alter rapide ab, so daß die Konzeptionshäufigkeit bei der 30jährigen Frau nur noch bei ca. 11 % und bei der 40jährigen bei 3 % liegen (zit. bei *Stauber,* 1979, 12). Auch die Zeugungsfähigkeit des Mannes ist vom Lebensalter abhängig. *Fabe* und *Wikler* schreiben:

»Men, too, have a reproductive time clock, though it ticks more slowly than a woman's. They are exposed to the same potentially damaging environmental influences, and men over fifty produce fewer the same reproductive potential as a man in his twenties. If the reproductive system of both partners has become substantially less efficient with age, fertility problems are compounded« (1979, 281).

Die Daten zeigen weiterhin, daß manche Ehepaare im Laufe der Zeit sich an ihren kinderlosen Lebensstil derart gewöhnt haben, daß sie nunmehr Veränderungen scheuen (*Nave-Herz,* 1988b). Zu gleichen Ergebnissen kommen auch anglo-amerikanische Untersuchungen (vgl. *Fabe/Wikler,* 1979; *Veevers,* 1979; *Houseknecht,* 1987).

Der Entscheidungskonflikt zwischen divergenten Wertorientierungen (= Berufsorientierung versus traditioneller Mutter-Rollenkonzeption) ist letztlich Ausdruck dafür, daß bei jenen »befristeten« kinderlosen Ehepaaren (und diese Form scheint in der Bundesrepublik quantitativ zu überwiegen) auf der individuellen Handlungsebene sozialstrukturelle Veränderungen »sichtbar« werden, nämlich der unterschiedliche Wandel von gesellschaftlichen Teilsystemen; denn das Schul-, Ausbildungs- und Berufssystem hat sich für Frauen verändert und damit ihr Berufsengage-

ment; das Familiensystem einschließlich der familialen Rollendefinitionen hat für Frauen keine Veränderungen in gleich starkem Maße erfahren (vgl. hierzu ausführlicher *Nave-Herz,* 1988a/b).

4. Die gegenwärtige soziale Bewertung kinderloser Ehepaare

Viele anglo-amerikanische Untersuchungen gehen der Frage nach den Eigenschafts- und Verhaltenszuschreibungen gegenüber kinderlosen Ehepaaren in den verschiedensten Bevölkerungsgruppen und den Diskriminierungserfahrungen seitens der Betroffenen nach (z. B. *Jaminson* et al., 1979; *Calhoun/Selby,* 1980; *Hoffmann/Levant,* 1980; *Polit,* et al., 1988; *Blake,* 1979; *Fabe/Wikler,* 1979).
Sie zeigen die – aus der Vorurteilsforschung bekannten – Stereotypisierungsprozesse zwischen in-group/out-group Angehörigen, d. h. hier zwischen Kinderlosen und Eltern. Bei der Mehrzahl der Erhebungen handelt es sich um einfache standardisierte Befragungen mit Listenvorgaben, z. T. mit sehr hoher Stichprobenzahl, selten um theoriegeleitete Forschung. Korrelationen nach dem Geschlecht, dem Alter, der eigenen Kinderzahl, der Religionszugehörigkeit und dem Bildungsstand lassen nur Unterschiede in der Stärke, nicht im Ergebnis erkennen: kinderlose Ehepaare werden als selbstsüchtiger und egoistischer, als weniger verantwortungsvoll, a-religiöser, weniger angepaßt, weniger hilfsbereit, weniger »reif«, weniger glücklich beschrieben, zwar auch als autonomer und freier in der Wahl ihres Lebensstils. *J. Blake* betont aufgrund ihrer Untersuchung: »Despite the claims of the nonparenthood literature, the childless are not seen as having the most satisfying marriages« (1979, 249).
Auch 90 % der westdeutschen Bevölkerung spricht kinderlosen Ehepaaren eine soziale Einstellung ab und ca. 35 % werfen ihnen Egoismus vor, wie demoskopische Umfragen zeigen (Allensbach 1978, 95). Zur gleichen Zeit nehmen aber auch im deutschen Sprachraum die populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen zu, die sich gegen eine Diskriminierung kinderloser Ehen wenden und stattdessen die »Kinderlosigkeit aus Verantwortung« verteidigen (z. B. *Stolten/Ayck,* 1988, 154).
Untersuchungen (z. B. *Ramu,* 1985, 120; *Veevers,* 1983; *Nave-Herz,* 1988b) zeigen jedoch, daß kinderlose Ehepaare sich zwar selbst einen mobileren und freizeitorientierteren Lebensstil im Vergleich zu Ehepartnern mit Kindern zuschreiben, daß sie ihn aber in der Realität gar nicht in dem Maße praktizieren. Ebenso registrieren kinderlose Ehepartner weit seltener Diskriminierungen, wie man aufgrund der oben erwähnten demoskopischen Umfragen vermuten möchte. Übrigens stoßen sie eher im öffentlichen als im verwandtschaftlichen Bereich auf Vorurteile, und stärker berichten jene über Diskriminierungserfahrungen, die ihre Kinderlosigkeit bewußt gewählt haben. Doch berichten auch 35 % derjenigen, deren Kinderlosigkeit medizinisch bedingt ist, über ihnen gegenüber geäußerte Vorurteile, selbst durch Verwandte, die vermutlich den Tatbestand der unfreiwilligen Kinderlosigkeit kennen müßten.
Die Arten der Diskriminierung seitens der Freunde, Kollegen, Nachbarn reichen von einfachen anzüglichen Bemerkungen über offen gezeigtes Mitleid bis hin zum

Vorwurf des Egoismus, des »Doppelverdienertums«, zur Aberkennung eines Anrechts auf Rente. Durch Verwandte fühlen sich befragte kinderlose Paare eher durch »dauernde Fragerei« belästigt. Zur Verwandtschaft zählen, scheint also auch zu heißen: eine bestimmte Intimitätsgrenze nicht wahren zu müssen (*Nave-Herz,* 1988, 61).

5. Ausblick

Abschließend soll versucht werden, eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage zu geben, nämlich, ob der statistische Anstieg kinderloser Ehen als Resultat des allgemeinen Modernisierungsprozesses zu bewerten sei.
Eine Wahl zwischen einer kinderlosen Ehe und einer mit Kindern ist durch die medizinische Forschung und die Gesetzgebung (vgl. Abschnitt 3.3.) sowie durch ihre heutzutage geringere öffentliche Abwertung (vgl. Abschnitt 1 und 4) offensichtlich gegeben. Viele kinderlose Ehepaare sehen in der Option keine punktuelle Alternative, sondern die Möglichkeit, sich in zeitlicher Abfolge für beide Lebensformen entscheiden zu können. So wählen viele Ehepaare – trotz Kinderwunsches – nach der Eheschließung zunächst eine befristete Kinderlosigkeit.
Diese Lebensplanung scheint zunächst auf einem rationalen Entscheidungsprozeß zu beruhen, wie es das Modernisierungskonzept vorsieht. Doch empirische Daten zeigen auch (*Nave-Herz,* 1988b), daß diese Entscheidung auf einem irrationalen psychischen Konflikt beruhen kann, nämlich zwischen divergenten Wertorientierungen (= Berufsorientierung versus traditioneller Mutter-Rollenkonzeption) nicht entscheiden zu können, wodurch eine Wahlfreiheit bei diesen Ehepaaren nur scheinbar gegeben ist.
Familienzyklisch differenziert überwiegt quantitativ nach Eheschließung die befristete, im weiteren ehebiographischen Verlauf die unfreiwillige kinderlose Ehe, weil die zunächst »freiwillige« befristete später – wie beschrieben – in eine lebenslange, der Entscheidung enthobenen Kinderlosigkeit münden kann. Die Ehe mit Kindern scheint gerade auch für viele kinderlose Ehepaare auf ideologischer Ebene als das »Normalitätsmuster« bzw. als einzige »richtige« Lebensform zu gelten, so daß die kinderlose Ehe häufiger als »noch nicht gebildete« oder als »verhinderte« Familie, denn als alternative Daseinsform im Rahmen der zugenommenen Pluralität von Lebensstilen zu beschreiben ist.

Literatur

Amendt, G.: Der neue Klapperstorch. Herbstein 1986 – *Arditti, R., Klein, R. D., Muiden, S.:* Retortenmütter. Hamburg 1985 – *Baum, F., Cope, D. R.:* »Some characteristics of intentionally childless wives in Britain«. Journal of Brosocial Science 1980, 287–299 – Bayropharm: Ungewollte Kinderlosigkeit . . . Erst das gemeinsame Kind führt zum Wunschkind. Köln o. J. – *Beck-Gernsheim, E.:* »Von der Pille zum Retortenbaby: neue Handlungsmöglichkeiten, neue Handlungszwänge im Bereich des generativen Verhaltens«. Familiale Lebensformen und Familienpolitik – Übergang zur Postmoderne. Hg. *K. Lüscher* u. a. Konstanz 1988 – *Beier, H.*

M.: Umweltbelastungen und Fortpflanzung – Unfruchtbarkeit kann als Umwelt- und Berufsrisiko eingestuft werden (unveröff. Manuskript), Rheinisch-Westfälisch Technische Hochschule Aachen, Abt. Anatomie und Reproduktionsmedizin. März 1988 – *Biermann, I., Schmerl, Ch., Ziebell, L.:* Leben mit kurzfristigem Denken. Eine Untersuchung zur Situation arbeitsloser Akademikerinnen. Weinheim 1983 – *Blake, J.:* »Is Zero Preferred? American Attitudes Towards Childlessness in the 1970s«. Journal of Marriage and the Family. 1979, 245–257 – *Bönitz, O.:* »Schwangerschaftsabbruch vor und nach der § 218-Reform«. Psychosozial 1981. H. 1. 93–108 – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: »Demographische Fakten und Trends in der Bundesrepublik Deutschland«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaften 1984. H. 3 – *Calhoun, L. G., Selby, J. W.:* Voluntary Childlessness, Involuntary Childlessness, and Having Children: A Study of Social Perceptions; Family Relations. 1980, 181–183 – *Condrau, G.:* Psychosomatik der Frauenheilkunde. Bern/Stuttgart 1969 – *Dessai, E.:* Kinder, höchstens eins. Hamburg 1985 – Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode: Drucksache 814437. Bonn 1985 – *Diepgen, P.:* Frau und Frauenheilkunde in der Kultur des Mittelalters. Stuttgart 1963 – *Fabe, M., Wikler, B. N.:* Up Against the Clock. New York 1979 – *Fikentscher, R.:* »Psychologische Probleme in der sterilen Ehe«. Psychologie und Sozialmedizin in der Frauenheilkunde. Hg. *J. Zander* u. *R. Goebel.* New York 1977, 119–128 – *Götz, F.:* Die biologischen Funktionen der Frau und ihre Störungen. Freiburg 1974 – *Goldschmidt, O., de Boor, C.:* »Psychoanalytische Untersuchungen funktionell steriler Ehepaare – eine Leitstudie«. Psyche. 1976, 899–923 – *Heinke, E., Döpfmer, R.:* »Fertilitätsstörungen beim Mann«. Handbuch der Haut- und Geschlechtskrankheiten. Berlin 1960 – *Höpflinger, F.:* Wandel der Familienbildung in Westeuropa. Frankfurt 1987 – *Hoffmann, Levant;* zitiert bei *Houseknecht, S. K.:* »Voluntary childlessness«. Handbook of Marriage and the Family. Hg. *M. B. Sussman* u. *S. K. Steimetz.* 1987, 369–395 – *Houseknecht, S. K.:* »Voluntary childlessness«. Handbook of Marriage and the Family. Hg. *M. B. Sussman* u. *S. K. Steinmetz.* 1987, 369–395 – *Houseknecht, S. K.:* »A social psychological model of voluntary childlessness«. Alternative Lifestyles 1978. 379–402 – *Hubbard, W. H.:* Familiengeschichte. München 1983 – Institut für Demoskopie Allensbach: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983. Bd. 8. Allensbach 1983 – *Jaminson, P. H., Franzini, L. R., Kaplan, R. M.:* »Some assumed characteristics of voluntarily childfree women and men«. Psychology of women Quarterly. 1979, 266–273 – *Kaiser, R.:* »Die kinderlose Ehe aus gynäkologisch-endokrinologischer Sicht«. Diagnostik 1977. H. 10. 123–126 – *Ketting, E., v. Praag, P.:* Schwangerschaftsabbruchgesetz und Praxis im internationalen Vergleich. München 1985 – *Kiaer, A. N.:* Statistische Beiträge zur Beleuchtung der ehelichen Fruchtbarkeit. Christiana 1903 – *Kisch, H.:* Die Sterilität des Weibes. Wien 1886 – *König, R.:* Soziologische Orientierungen. Köln/Berlin 1965 – *Langenbucher, H.:* »Die Medizin des Lebensbeginns«. Das manipulierte Schicksal – Künstliche Befruchtung, Embryotransfer und pränatale Diagnostik. Hg. *T. M. Schroeder-Kurth* u. *S. Wehowsky.* München 1988, 1–28 – *Loux, F.:* Das Kind und sein Körper in der Volksmedizin, hrsg. v. *K. Lüscher,* Stuttgart 1980 – *Mackenroth, G.:* Bevölkerungslehre – Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung. Göttingen 1953 – *Mayr, G. von:* Statistik der Gesellschaftslehre. Tübingen 1917 – *Meier, M., Oubaid, M.:* Mutter – die besseren Frauen über den Zusammenhang von § 218 und Hausarbeit. Braunschweig 1987 – *Menken, J.:* »Age and Fertility how long can you wait?«. Demography 1986, 8–21 – *Menning, B. E.:* Infertility – A Guide for the Childless Couple. New Jersey 1977 – *Münkel, W.:* »Geburtenrückgang als Folge veränderten generativen Handelns 2. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 1984, 193–207 – *Mitterauer, M.:* »Zur gesellschaftlichen Bewertung von Ehe und Elternschaft«. Die Institution der Ehe. Berlin 1979, 17–25 – *Nason, E. M., Poloma, M. M.:* Voluntary childless couples – The emergence of a variant lifestyle. Beverly Hill 1976 – *Nave-Herz, R.:* Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland. 3. Aufl. Düsseldorf 1987 a – *Nave-Herz, R.:* »Bedeutungswandel von Ehe und Familie«. Familie – Zerfall oder neues Selbstverständnis. Hg. *H. J. Schulze* u. *T. Mayer.* Würzburg 1987 b, 18–27 – *Nave-Herz, R.:* »Zeitgeschichtlicher Bedeutungswandel von Ehe und Familie«. Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. *R. Nave-Herz. Stuttgart 1988 a, 61–94 – Nave-Herz, R.:* Kinderlose Ehen. Weinheim 1988 b – *Neubauer, E.:* Schwangerschaftsabbruch als soziales und personales Problem. Weinheim u. Basel 1982 –

Pfeffer, N., Woolett, A.: The Experience of Infertility. London 1983 – *Pohl, K.:* »Ergebnisse der Longitudialuntersuchung: Generatives Verhalten in der Bundesrepublik – Charakteristika kinderloser Ehefrauen«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 1979. H. 1, 53–65 – *Pohl, K.:* »Wende oder Einstellungswandel? Heiratsabsichten und Kinderwunsch 18- bis 28jähriger deutscher Frauen 1978 bis 1983«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 1985, 89–110 – *Polit, D. F., Nuttall, R. L., Nutall, E. V.:* »The only child grows up: A look at some characteristics of adult only children«. Family Relations. 1980, 99–106 – *Prinzing, F.:* »Die sterilen Ehen«. Zeitschrift für Sozialwissenschaften. Berlin 1904. Bd. 1, 467–51. Bd. 2, 116–124 – *Proebsting, H.:* »Kinderzahl verheirateter deutscher Frauen nach Ehedauer, Einkommen des Mannes und Erwerbstätigkeit der Frau 1986«. Wirtschaft und Statistik. 1988, 23–25 – *Ramu, G. N.:* Voluntarily Childless and Parental Couples: A Comparison of Their Lifestyle Characteristics. Spring 1985, 120–145 – *Ramu, G. N., Tavuchis, N.:* »The Valuation of Children and Parenthood Among the Voluntarily Childless and Parental Couples in Canada«. Journal of Comparative Family studies. 1986. H. 1, 99–116 – *Rückert, G.-R.:* »Charakteristika kinderloser Erstehen«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 1979, 100–111 – *Schieren, C.:* Fertilitätsstörungen des Mannes. Stuttgart 1961 – *Schindele, E.:* »Kinderwunsch – Kinder nach Wunsch – Wunschkinder?«. Süddeutscher Rundfunk, Sendung am 3. 3., 10. 3. u. 24. 3. 1986 – *Schirken, C., Gey, G.:* »Der Einfluß des Rauchens auf die Fortpflanzungsfähigkeit bei Mann und Frau«. Zeitschrift für Haut- und Geschlechtskrankheiten. 1969, 175–182 – *Schmitz-Köster, D.:* Frauen ohne Kinder. Hamburg 1987 – *Schwarz, K.:* »Zur Problematik der unerfüllten Kinderwünsche«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 1983, 401–411 – *Schwarz, K.:* Childlessness in Germany in the Past and Today. (Manuskripte) 1985 – *Silber, S. J.:* Endlich schwanger – Informationen für Paare mit Kinderwunsch. Hamburg 1985 – *Stauber, M.:* Psychosomatik der sterilen Ehe. Berlin 1979 – *Stegner, H. E.:* »Die männliche Infertilität und ihre Ursachen«. Medizinische Monatsschrift. 23. 1969, 480–485 – *Stolten, I., Ayck, T.:* Keine Lust auf Kinder? Eine politische Streitschrift. Hamburg 1988 – *Taubert, H.-D.:* Ärztlicher Rat für kinderlose Ehepaare. Stuttgart 1972 – *Toman, W.:* Faktoren der Bevölkerungsentwicklung. Erlangen 1977 – *Veevers, J. E.:* »Voluntarily Childless wives – An Exploratory Study«. Sociology and Social Research. 1973 a, 356–365 – *Veevers, J. E.:* »Voluntary childlessness: A review of issues and evidence«. Marriage and Family Review. 1979, 3–26 – *Veevers, J. E.:* »Voluntary Childlessness – A critical Assessment of the Research«. Contemporary Families and Alternative lifestyles. Hg. *E. D. Macklin* u. *R. H. Rubin*. London 1983 – *Wilkie, J. R.:* »Involuntary childlessness in the United States«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 1984, 37–52

Christa Hoffmann-Riem

Elternschaft ohne Verwandtschaft: Adoption, Stiefbeziehung und heterologe Insemination

1. Neue Familientypen und ihre sprachliche Abbildung

Noch macht es Schwierigkeiten, die in den letzten Jahren entstandenen neuen Formen familialen Zusammenlebens auf ihren Begriff zu bringen (vgl. auch *Clason* in diesem Band). Die Befangenheit im Normaltypusdenken scheint dazu zu führen, daß neue Familienkonstellationen immer noch häufig eher durch mühsame Umschreibungen der verwandtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen eingefangen werden, als daß eindeutige sprachliche Korrelate geschaffen wären, die die »Abweichung« vom Typ der Kernfamilie in nicht diskriminierender Weise reflektieren könnten. Nicht die Faktizität des Wandels allein scheint den Prozeß der sozialen Benennung in Gang zu setzen; auch der Grad der gesellschaftlichen Normalisierung alternativer Lebensformen entscheidet darüber, ob sprachliche Normalität erreicht wird. Das gegenwärtig zu beobachtende Auseinanderklaffen von sozialer und sprachlicher Entwicklung möchte ich an ein paar Beispielen verdeutlichen.

Der Elternbegriff ist in den Sog der familialen Veränderungen geraten. Während das Mittelalter – z. B. im Frühneuhochdeutsch – die Singularform »Elter« gekannt hatte (*Grimm/Grimm,* 1862, 418), ging die weitere Sprachentwicklung dahin, »Eltern« als Paarbegriff zu verwenden, als Referenz auf eine Einheit zweier Menschen in Relation zu ihren Kindern. Zwar hat es zu allen Zeiten Beispiele dafür gegeben, daß sich diese Einheit auf die biologische Elternschaft beschränkte (Illegitimität) oder daß sich die biologisch-soziale Elternschaft auflöste (Tod, Verlassen der Familie). Erst das 20. Jahrhundert hat jedoch die von Menschen gewollte Aufspaltung biologisch-sozialer Elternschaft zu einem quantitativ bedeutsamen Phänomen werden lassen.

Die Fragmentierung von Elternschaft betrifft vorerst in erster Linie die soziale Elternschaft, sei es, daß sie nie von den biologischen Eltern gemeinsam praktiziert wird (alleinerziehende Mütter oder Väter, Adoption, heterologe Insemination), daß ihre gemeinsame Wahrnehmung beendet (Scheidung, Adoption) und vielleicht in Formen getrennter elterlicher Verantwortung überführt wird oder daß die soziale Elternschaft weiteren Personen zugeteilt wird (Wiederverheiratung und Stiefelternbeziehung). Im Zuge der neuen Reproduktionstechnologien zeichnet sich jedoch bereits die Möglichkeit ab, auch die biologische Elternschaft aufzuspalten: Der Zugriff auf das Ei in der extrakorporalen Befruchtung (In-vitro-Fertilisation, »Retortenbaby«) hat seine in der Logik der technologischen Entwicklung konsequente Fortsetzung gefunden, dadurch daß das befruchtete Ei nicht in den Uterus der »Eispenderin« zurückgeführt werden muß, sondern auch einer anderen Frau transferiert werden kann. So entsteht ein in der Menschheitsgeschichte neues Phänomen, geteilte biologische Mutterschaft.

Den verschiedenen Spaltungen am Kern der Familie wird der Elternbegriff als

Pluralform nicht mehr gerecht. Die deutsche Sprachlehre weist inzwischen – wieder – die Möglichkeit des Singulargebrauchs »Elter« aus, wenn auch nur in der eingeschränkten Bedeutung von »naturwissenschaftlich und statistisch für: ein Elternteil« (Duden). Nachdem vor allem die Entwicklung in der Biologie den Anstoß zur begrifflichen Teilung der »Parentalgeneration« ausgelöst hat, scheint es mir sinnvoll, die Entwicklung hin zu fragmentierter Elternschaft sprachlich einzuholen: Die Singularisierung des Begriffs kommt nicht mehr nur allein den sprachlichen Erfordernissen in naturwissenschaftlich-statistischen, sondern auch in sozialwissenschaftlichen Handlungskontexten entgegen (vgl. auch *Clason* in diesem Band).
»Elter« hätte gegenüber »Elternteil« zudem den Vorteil einer sprachlichen Vereinfachung, die auch komplexe Familienkonstellationen noch eher benennbar macht. Mag es noch sinnvoll sein, bei der Scheidung von den beiden »Elternteilen« zu sprechen, dürften sich die Anforderungen an das sprachliche Abbilden der Realität wenige Jahre später erhöht haben, wenn vielleicht beide Partner – mit oder ohne Heirat – mit neuen Partnern zusammenleben und dadurch zwei Stiefelternteile hinzugetreten sind (die wiederum zu unterscheiden wären nach »Alltags-« und »Wochenendstiefelternteil«, zum Beispiel *Moinet,* 1987, 15). Mit der Erweiterung der Elternkette verliert die Teil-Ganzes-Relation ihre Konturen; der Tendenz zur Verselbständigung der Teile könnte mit der Singularisierung des Elternbegriffs entsprochen werden.
Schwierigkeiten bereitet es auch, die mit der Fragmentierung von Elternschaft entstehenden Familien auf den Begriff zu bringen. Anders als die Konstituierung einer Familie durch die Geburt des gemeinsamen Kindes erfordert die Konstruktion einer Familie als Abweichung von der Kernfamilie eine Benennung, solange im Alltagsverständnis wie auch in der wissenschaftlichen Betrachtung der Familie Verwandtschaft als Orientierungsgröße wirksam ist. Während in der Adoptivfamilie die verwandtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen beider Eltern zum Kind übereinstimmen, sind andere Formen konstruierter Familien durch eine Asymmetrie der Mutter-Kind- und Vater-Kind-Dyade gekennzeichnet. Wählt man die Abweichung von der Kernfamilie zum Kriterium der terminologischen Differenzierung, entsteht die Gefahr, daß die partielle Differenz einer Familie gegenüber dem familialen Normalfall zu ihrem generellen Nenner erhoben wird, wie zum Beispiel im Begriff der Stieffamilie[1*]. Mit der quantitativen Ausweitung dieser Familie kann neuerdings als ein Element von Normalisierungsstrategien beobachtet werden, daß den konnotativen Belastungen des Begriffs »Stieffamilie« durch die Neuschöpfung »Zweitfamilie« (z. B. *Giesecke,* 1987, 10) entgegengearbeitet wird. Hingegen bleibt bisher die aus heterologer Insemination hervorgegangene Familie namenlos, jedenfalls in der Alltagssprache. Geheimhaltung und semantisches Vakuum spiegeln die noch nicht erreichte Normalisierung, während die Fachsprache das Phänomen durch einen dem technischen Konstruktionsakt entsprechenden Terminus einzufangen versucht (»Inseminationsfamilie«, z. B. *Delaisi de Parseval/Janaud,* 1986; »AID-Familie« = Artificial Insemination by Donor-Family, z. B. *Snowden,* et al., 1983).

* Anmerkungen s. S. 408

Der Prozeß sprachökonomischer Begriffsbildungen wird fortschreiten und heute noch gebräuchliche mühsame Umschreibungen obsolet machen. Spaltungen am Kern der Familie werden sozusagen sprachlich eingeschmolzen werden. Der Wandel des Kerns bzw. die weitere familiale Geschichte der beiden Kernelemente spiegelt sich neuerdings in der »Zwei-Kern-Familie« (»binuclear family«, *Ahrons*), dem Begriff für jene neue Verwandtschaftsform, in der biologisch-soziale Elternschaft unabhängig von einem gemeinsamen Haushalt in einem gewissen Umfang praktiziert wird.
Ich werde im folgenden zunächst einen Überblick über die quantitative Entwicklung der drei Konstruktionstypen von Familie geben. Danach werde ich der Frage nachgehen, wie jeder Familientyp seine Andersartigkeit nach außen und gegenüber dem Kind verarbeitet, ob er sie zu erkennen gibt oder verschweigt. Schließlich möchte ich die strukturelle Besonderheit eines jeden Familientyps dadurch herausarbeiten, daß ich die Fragmentierung biologisch-sozialer und sozialer Elternschaft in ihren Konsequenzen für Partnerschaft und elterliche Zuständigkeit darstelle und die gegenüber der Kernfamilie erhöhte Komplexität eines Familienlebens mit erweiterter Elternkette nachzeichne.

2. Die Adoptivfamilie, die Stieffamilie und die Familie aus heterologer Insemination in quantitativer Darstellung

Die von *René König* seit vielen Jahren betonte Pluralität von Familienformen (1969, 212) hat sich in unserer Gesellschaft in ihren Entstehungsbedingungen verändert. Während sich die Kernfamilie in der Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren in ungewöhnlich prägnanter Weise als familiales Normalitätsmuster hatte behaupten können (*Nave-Herz,* 1988, 89; für die USA: *Furstenberg,* 1987 b, 42), trafen in der Folgezeit aufgrund eines veränderten Wertklimas alternative Familienformen ins Blickfeld. Die Konstruktion einer Familie über das Kind oder den Partner fügte sich mehr oder weniger gut in die erweiterte Bandbreite des Normalen ein, und so kam es zu einer gesteigerten Verbreitung aller drei Typen konstruierter Familien.
Die wachsende gesellschaftliche Akzeptabilität ging im Fall der Adoptiv- und der Stieffamilie einher mit einer familieninternen Neudefinition von Beziehungsstrukturen; d. h. die beiden Jahrtausende alten Institutionen gewannen im Zuge allgemein gewandelter Wertorientierungen neue Konturen. Zum Beispiel ist die Stieffamilie nicht mehr – wie noch im vorigen Jahrhundert – weitgehend gleichzusetzen mit der auf Verwitwung folgenden »Wiedervervollständigung« (*König,* 1969, 256), und die Adoptivfamilie bildet sich nicht mehr primär zur Sicherung des Erben und zur Fortführung des Namens (*Napp-Peters,* 1978, 35). In beiden Fällen spiegelt der Konstruktionsakt heute weniger die Antwort auf sozial normierte Erwartungen. Er geht vielmehr stärker als in der Vergangenheit aus Handlungsentscheidungen hervor, bei denen die persönlichen Entfaltungsspielräume der Beteiligten ein größeres Gewicht erhalten als zu Zeiten der Vorherrschaft von Versorgungszwängen – mögen diese auch nach wie vor bei der Gründung mancher Stieffamilie existieren (*Krähenbühl* et al., 1986, 31; *Visher/Visher,* 1987, 53, 63).

Die Verwirklichung persönlicher Interessen über familiale Beziehungsstrukturen – das Kind oder der Partner für mich/für uns – ist nun aber auch die Basis für die Entstehung einer Familie aus heterologer Insemination. Die drei nebeneinander und neben anderen Familienformen stehenden Konstruktionstypen spiegeln jeder für sich die Bewertung von Familie heute. Sie bringen mit unterschiedlichen Mitteln zum Ausdruck, welchen Stellenwert Kind und Partner im eigenen Biographieentwurf besitzen.

Die Konstruktion einer Familie über das Kind ist überwiegend (Adoption) oder ausschließlich (heterologe Insemination) darauf zurückzuführen, daß die Natur das gemeinsame Kind des Paares versagt hat. Etwa 20 % der Ehen bleiben in unserer Gesellschaft kinderlos (vgl. *Nave-Herz/Oßwald* in diesem Band). Die Adoption als Lösung der als Problem empfundenen Kinderlosigkeit macht nach wie vor ein Vielfaches der über heterologe Insemination angestrebten Familiengründung aus. Die Zahl der Fremdadoptionen betrug 1963 etwa 4000 Kinder; sie stieg in den folgenden Jahren kontinuierlich bis auf mehr als 7000 Kinder im Jahre 1978 an (*Hoffmann-Riem,* 1984, 306) und sank seitdem recht drastisch auf 4103 im Jahre 1985[2]. Ihr Rückgang ist jedoch in erster Linie auf die rückläufige Zahl der vermittelbaren Kinder zurückzuführen, nicht aber auf ein nachlassendes Interesse an einem Adoptivkind. Die »Nachfrage« übersteigt das »Angebot« immer noch erheblich. Die wegen Mehrfachbewerbungen schwer zu schätzende Zahl der Bewerber ist von 2434 im Jahre 1950 rapide auf 20282 im Jahre 1980 gestiegen (*Hoffmann-Riem,* 1984, 308) und hat sich seitdem dort stabilisiert[3].

Die Schwierigkeiten des bürokratischen Zugangs zur Familiengründung – vielfach als degradierend erfahrene Tests der eigenen »Elternwürdigkeit«, lange Wartezeiten und ein prinzipiell offener Verfahrensausgang – sind nicht der einzige Grund dafür, daß sich manche potentiellen Adoptionsbewerber nach einer Alternative umsehen. Die Weiterentwicklung der Reproduktionstechnologien hat die Möglichkeit geschaffen, über In-vitro-Fertilisation das eigene oder über heterologe Insemination das halb-eigene Kind anzustreben. Während der erstmals 1978 praktizierten extrakorporalen Befruchtung nach wie vor enge Grenzen gesetzt sind – bis 1987 wurden in der Bundesrepublik etwa 500 Kinder geboren (*Hirsch/Eberbach,* 1987, 112) und weltweit mehr als 3000[4] –, ist die heterologe Insemination seit Beginn der 70er Jahre verstärkt als Möglichkeit der Familiengründung ins Blickfeld getreten[5]. 1983 schätzte man, daß in der Bundesrepublik 500–1000 Kinder mit Spendersamen gezeugt wurden (*Hölscher,* 1986, 3). Seitdem soll jedoch die heterologe Insemination wieder in den Hintergrund getreten sein, nachdem eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs den Samenspender unter bestimmten Bedingungen zum Unterhalt des von ihm gezeugten Kindes verpflichtet hat (*Stark,* 1986, 25). Wie intensiv auch immer die Reproduktionstechnologien das Interesse an einem Adoptivkind bisher verändert haben, in jedem Fall stellt sich die Adoptionsvermittlung langfristig auf Veränderungen ihrer Klientel ein. Der in unserer Gesellschaft relativ niedrige Anteil von Adoptivkindern an der Zahl der Minderjährigen – etwa 0,6 % (*Hoffmann-Riem,* 1984, 307) gegenüber z. B. etwa 4 % in den USA (*Bonham,* 1977, 297) – könnte sinken.

Die Zunahme von Geburten mit Hilfe der Fertilitätstechnologien dürfte für die

Familiensoziologie auf längere Sicht weniger unter dem Aspekte der quantitativen Umformung von Eltern-Kind-Beziehungen beachtenswert sein als vielmehr als Indikator eines gewandelten Konzepts von Elternschaft: Sexualität und Zeugung werden entkoppelt (*Amendt,* 1986, 25ff.; *Petersen,* 1985, 65ff.). Die »natürlichen« Vorgaben der menschlichen Entwicklung, Ei und Samen, sind – wie im Fall der heterologen Insemination – nicht mehr an die Identität von biologischer und sozialer Elternschaft gebunden. Biologische Elternschaft beruht – wie bei In-vitro-Fertilisation – auf dem »Walten« der menschlich gesteuerten Natur. Soziale Elternschaft wird als von den biologischen Entstehungsbedingungen unabhängig erwartet. Auch in der Stieffamilie treten biologische und soziale Elternschaft – in unterschiedlichen Graden – auseinander, jedoch nimmt der[6] soziale Elter im Gegensatz zu den beiden bisher behandelten Konstruktionstypen meist nicht im umfassenden Sinn den Platz eines leiblichen Elters ein, am ehesten nach dessen frühem Tod. Er verfügt vielmehr im allgemeinen in seiner vom Partner abgeleiteten Elternschaft nur über einen begrenzten elterlichen Status, den er neben zwei leiblichen Eltern und evtl. einem anderen Stiefelter wahrnimmt. Viele Kinder haben sowohl einen Stiefvater als auch eine Stiefmutter[7], weil beide leiblichen Eltern – mit oder ohne Heirat – mit anderen Partnern zusammenleben. *Visher* und *Visher* definieren deshalb die Stieffamilie als »eine Familie, in der zumindest einer der Partner ein Stiefelternteil ist« (1987, 31), unabhängig davon, ob das Kind/die Kinder mit im Haushalt leben oder nur am Wochenende oder im Urlaub »zu Besuch« kommen. Diese Definition stellt auf die binukleare Struktur der Stieffamilie eines Kindes ab. Ich werde entsprechend der von den beiden Teilen geleisteten Betreuung von der primären und sekundären Stieffamilie sprechen (statt »Alltags-« und »Wochenendstieffamilie«). Das Ausmaß doppelter Stiefelternschaft ist in demographischen Übersichten meist nicht erkennbar.

Mit diesem Hinweis möchte ich zu den für eine quantitative Darstellung der Stieffamilie aufschlußreichen Berechnungen von *Karl Schwarz* übergehen, der auf der Grundlage des Mikrozensus von 1981 sowie einer Reihe weiterer Quellen in einem komplizierten Verfahren Schätzungen zu Ausmaß und Vorgeschichte der Stieffamilie vorgenommen hat. Seine Angaben zur Stiefvater- und Stiefmutterfamilie könnten also für einen Teil der Kinder auch spiegelbildlich gelesen werden, d. h. zu vielen Stiefvaterfamilien gehört auch eine Stiefmutterfamilie und umgekehrt.

Auch wenn die Zahl der in Stieffamilien lebenden Kinder seit 1981 mit den erhöhten Scheidungsraten angestiegen sein dürfte, bieten die bundesrepublikanischen Zahlen keinen Anhaltspunkt für eine Dramatisierung der Entwicklung in Richtung auf die Stieffamilie als den quasi familialen Normaltyp des 21. Jahrhunderts[8] (distanzierend auch *Kaufmann,* 1988, 10). Im Gegensatz zu den von *Schwarz* geschätzten 8 % gehen die amerikanischen Familiensoziologen von mehr als 15 % gegenwärtig aus (*Furstenberg,* 1987b, 44; ähnlich die Prognosen von *Glick* für 1990, 1979, 175) und extrapolieren die Linie noch einmal markant, wenn sie für die heute in den USA aufwachsenden Kinder unter Berücksichtigung der sekundären Stieffamilie mit einem Anteil von 33 % Stiefkindern rechnen (*Furstenberg,* 1987b, 44; *Clingempeel/Segal,* 1986, 474). Von solchen Zahlen ist die bundesrepublikanische Gesellschaft recht weit entfernt, selbst wenn man einen Teil der in einer Ein-Elter-

Tabelle 1: Die Familienformen der minderjährigen Kinder in der Bundesrepublik Deutschland (1981)

Familienform	Zahl der minderjährigen Kinder absolut		%
Kernfamilie	11.560.000		83
Ein-Elter-Familie	1.330.000		9
davon:			
alleinerziehende Mutter		1.140.000	
alleinerziehender Vater		190.000	
Stieffamilie	1.060.000		8
davon:			
Stiefvaterfamilie		860.000	
Stiefmutterfamilie		200.000	
Gesamt	13.950.000		100 %

Quelle: Berechnungen von *Schwarz*. Er stützt sich auf die Ergebnisse der Haushalts- und Familienstatistik und eine Reihe von Schätzungen auf der Grundlage dieser Statistik sowie auf die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Jugendhilfestatistik im Jahre 1981: *Schwarz*, 1984, 3. Die Berechnungen von *Schwarz* erfassen nicht, wie viele Alleinerziehende in nicht-ehelicher Lebensgemeinschaft leben.

Familie lebenden Kinder über die Heirat bzw. Wiederheirat des anderen Elters zu den Stiefkindern hinzurechnet (*Fthenakis*, 1987, 14) oder wenn man den faktischen Stiefelternstatus z. B. des Partners der Mutter in einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft einbezieht.

Dem niedrigeren Anteil von Stiefkindern in unserer Gesellschaft entsprechend sind auf Verwitwung folgende Stieffamilien relativ stärker verbreitet als in den USA. Während *Cherlin* bis in die 20er Jahre der USA zurückgehen muß, um die zahlenmäßige Dominanz von Verwitwungen gegenüber Scheidung als Vorgeschichte einer Wiederheirat aufzeigen zu können (*Cherlin*, 1981, 92), lassen die Berechnungen von *Schwarz* erkennen, daß in der Bundesrepublik immer noch etwa genauso viele Stieffamilien in der Folge von Verwitwung wie von Scheidung entstehen.

Aus den Berechnungen von *Schwarz* kann ferner ermittelt werden, daß sich Stiefmutter- und Stiefvaterfamilie unterschiedlich rekrutieren. Primäre Stiefvaterfamilien entstehen mehr als doppelt so häufig wie Stiefmutterfamilien durch die Scheidung des Partners mit Kind (44 % gegenüber 20 %). Die leibliche Mutter hat in diesen Fällen – der herrschenden Rechtspraxis entsprechend (*Krähenbühl* et al., 1986, 28; *Ihinger-Tallman/Pasley*, 1987, 81ff.) – das Sorgerecht erhalten und nach einer Zeit des Zusammenlebens mit ihrem Kind/ihren Kindern wieder geheiratet (Phase der »Teilfamilie«, *Krähenbühl* et al., 1986, 60). Für die familiale Vorgeschichte der Stiefmutterfamilie hat demgegenüber der Tod der leiblichen Mutter die zentrale Bedeutung: Nur etwa eine von fünf primären Stiefmutterfamilien kommt

Tabelle 2: Stieffamilie und familiale Vorgeschichte (1981)

der Stieffamilie vorausgegangene Familienform	Zahl der minderjährigen Kinder absolut	%
Ein-Elter-Familie mit der Mutter	etwa 190 000	18,0
Ein-Elter-Familie mit dem Vater	?	?
Kernfamilie aufgelöst durch Scheidung	420 000	39,6
Kernfamilie aufgelöst durch		
Tod des Vaters	290 000	27,3
Tod der Mutter	160 000	15,1
Gesamt	1 060 000	100,0 %

Quelle: eigene Zusammenstellung der von *Schwarz* (1984, 3) genannten Zahlen

aufgrund einer Scheidung zustande, alle anderen durch den Tod[9]. Die von *Schwarz* ermittelte höhere Wiederverheiratungsrate von Witwern als von Witwen deckt sich mit den Ergebnissen anderer Studien (z. B. *Ihinger-Tallman/Pasley,* 1987, 37).

Tabelle 3: Der Zugang zur Stieffamilie je nach elterlichem Status (1981)

elterlicher Status	prozentualer Anteil derjenigen, die bei einem bestimmten elterlichen Status die Stieffamilie wählen
alleinerziehende Mutter	etwa 40 %
geschiedene Eltern	etwa 40 %
verwitwete Mutter	etwa 40 %
verwitweter Vater	über 60 %

Quelle: *Schwarz,* 1984, 3

Die Unterschiedlichkeit der stieffamilialen Vorgeschichte kann im folgenden nur begrenzt berücksichtigt werden. Allen Stieffamilien ist der Verlust eines Partners und Elters gemeinsam (*Visher/Visher,* 1987, 45; *Krähenbühl* et al., 1986, 24). Diese Verlusterfahrung bildet den Rahmen für die Strukturierung der neuen familialen Beziehungen.

3. Offenheit oder Verdecktheit der familialen Andersartigkeit

3.1. Die Verarbeitung der Andersartigkeit in den familialen Außenbeziehungen

Die Vorgeschichte der Adoptivfamilie wie auch der aus heterologer Insemination hervorgegangenen Familie verdeutlicht, wie hoch der Wert des eigenen, leiblichen Kindes eingestuft wird. Das Leiden an unfreiwilliger Kinderlosigkeit läßt deutlich zutage treten, wie sehr das genealogisch zugehörige Kind im Normalitätskonzept vor allem von Frauen verankert ist. Die Faszination eines eigenen Kindes zeigt sich besonders markant in den neuen Fertilitätstechnologien. Das eigene Kind wird (z. B. bei heterologer Insemination) auch da noch angestrebt, wo die Frau das Kind nur mit Hilfe technologischer Vorkehrungen und der »Substanz« eines Dritten »aus ihrer eigenen physischen Substanz« (*Malinowski,* 1984, 225) heraussetzen kann.
Auch wenn die eigene Kinderlosigkeit nur über das fremde oder das teil-eigene Kind überwunden werden konnte, erscheint die Familie im allgemeinen nach außen als die Einheit von Eltern und Kind. Entsprechend den Regeln der Mitgliedschaftskategorisierung (*Sacks,* 1972, 332) werden andere diese Einheit im allgemeinen im Sinne der »Normalformerwartung« als auch genealogisch zusammengehörig einstufen. Das gleiche kann für Stieffamilien gelten, sobald sie den Kreis der Eingeweihten verlassen haben. Für alle drei auf einen Konstruktionsakt zurückgehenden Familien stellt sich damit das Problem: Sollen wir am Schein von »natürlicher« Familie partizipieren, oder sollen wir ihn auflösen? (*Hoffmann-Riem,* 1984, 215).
Forschungsarbeiten zu konstruierten Familien haben in vielfacher Weise die Orientierungskraft der Kernfamilie, ihren Modellcharakter und ihre normative Überlegenheit aus der Sicht »abweichender« Familien dargestellt (*Kirk,* 1964, 1981; *Sorosky* et al., 1982; *Huth,* 1983; *Snowden* et al., 1983). Dementsprechend ist bei der Konstruktion einer Familie immer wieder versucht worden, nach außen »wie eine normale Familie« zu erscheinen und andere in dem Glauben zu lassen, die Familie sei biologisch begründet. *David Kirk* hat mit Blick auf die Adoptivfamilie von der Strategie gesprochen, den Unterschied zwischen sich und einer auf biologisch-sozialer Elternschaft beruhenden Familie zu leugnen (»rejection-of-difference«, *Kirk,* 1984, 58). Ich habe in meiner Adoptionsuntersuchung von der Tendenz mancher Adoptivfamilien gesprochen, so zu tun, als ob man eine normale Familie sei (»Normalisierung als ob«, *Hoffmann-Riem,* 1984, 217). Je nach dem Ausmaß, in dem Adoptivfamilien bei ihren Interaktionspartnern die Akzeptabilität und damit in gewissem Umfang die Normalität ihrer andersartigen Familie unterstellen, werden sie ihren eigenen Status aufdecken oder vom Schein der Normalität zu profitieren versuchen.
Adoptivfamilien befinden sich gegenwärtig auf dem Weg zu mehr Offenheit nach außen. Je mehr sie ihre Andersartigkeit, aber auch ihre dennoch bestehende Zusammengehörigkeit und elterliche Zuständigkeit für andere transparent machen, desto eher wird auch die Normalitätseinstufung ihrer Familienform in der Gesellschaft günstig beeinflußt (*Hoffmann-Riem,* 1984, 217).
Weit entfernt von einer offenen Verarbeitung der eigenen Andersartigkeit ist hingegen die aus heterologer Insemination hervorgegangene Familie. Alle Studien

weisen den Kampf um Geheimhaltung der eigenen Entstehungsgeschichte aus (*Snowden* et al., 1983, 94; *Corea,* 1986, 56; *Delaisi de Parseval/Janaud,* 1986, 153). In vielen Fällen von männlicher Sterilität begibt sich die Frau in die Patientinnenrolle und erklärt anderen ihre langen und häufigen Abwesenheitszeiten mit dem Hinweis auf gynäkologische Probleme (*Snowden* et al., 1983, 104; *Herrmann* et al., 1984, 722). Nach gelungener Schwangerschaft lassen die Paare – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die Fiktion gemeinsamer biologischer Elternschaft entstehen. Sie hoffen darauf, daß der Samenspender in seinem Phaenotyp Ähnlichkeit mit dem sozialen Vater aufweist (*Snowden* et al., 1983, 92; *Herrmann* et al., 1984, 721). Die Paare selbst erklären ihre »Normalisierung als ob« mit der Irrelevanz ihrer Familiengründung für andere: »Das geht niemanden etwas an« (*Snowden* et al., 1983, 80, 106). Doch während sie für sich selbst an der Irrelevanz der heterologen Insemination arbeiten, baut sich etwas zwischen ihnen und ihren Interaktionspartnern auf: Die Angst vor dem Aufdecken der eigenen Familiengründung und der Verständnislosigkeit selbst der eigenen Eltern wie auch das schwer durchzuhaltende Schweigen (*Snowden* et al., 1983, 115) bringen das Paar mit der Ankunft des Kindes in Distanz zu anderen wichtigen Interaktionspartnern.

Sofern Stieffamilien ihr Leben in einer erweiterten Familienform leben, sofern z. B. der außerhalb lebende leibliche Elter an Wochenenden oder in den Ferien eine Verbindung zu seinem Kind aufrechterhält, ist für andere der Sonderstatus der Familie erkennbar. Das Sichtbarmachen der eigenen familialen Andersartigkeit dürfte für einen großen Teil der Stieffamilien der alternativlose Weg zur Verarbeitung der eigenen strukturellen Komplexität sein. *Visher* und *Visher* haben jedoch mit Nachdruck auf das Phänomen der »Stieffamilie mit der Tarnkappe« (35) verwiesen. An den von ihnen genannten Gründen wird deutlich, daß nicht allein die starke Orientierung am familialen Normalitätsmuster das Verschweigen der eigenen Andersartigkeit in Gang setzen dürfte. Vielmehr zeigt sich, daß das einmal erfahrene Scheitern familialer Beziehungen zu einer ängstlichen Überwachung der Kommunikationsabläufe führen kann, zu einer übersteigerten Einstufung von Erziehungsschwierigkeiten und Partnerkonflikten, zu einer vorschnellen Antizipation eines neuen Scheiterns (*Visher/Visher,* 1987, 35–37). Um die eigene Verletzbarkeit zu verringern, folgen diese Familien der Strategie der »Normalisierung als ob«, zumal die institutionellen Vorgaben für das Rollenspiel der Stieffamilie unklar sind. Sie vereinfachen zum Beispiel, wenn sie aufeinander Bezug nehmen, indem sie unter Vernachlässigung der genealogischen Beziehung (*Schneider/Homans,* 1960, 475) vom »Vater« oder von der »Mutter« ihres Kindes sprechen; oder sie kopieren das Muster der kernfamilialen Anredeform (*Krähenbühl* et al., 1986, 93; *Scheib,* 1987, 81; *Furstenberg,* 1987 a, 34) und erhalten mit »Vati« oder »Mutti« auch nach außen den Schein der Normalität aufrecht. Mag die »Normalisierung als ob« auch die Folge einer mangelnden gesellschaftlichen Institutionalisierung der Stieffamilie sein, wie es *Cherlin* in seinem viel beachteten Aufsatz dargelegt hat (1978), so muß andererseits doch auch verdeutlicht werden, daß das Kopieren des familialen Normalfalls die weitere Institutionalisierung der Stieffamilie blockiert.

3.2. Die Verarbeitung der Andersartigkeit gegenüber dem Kind

Alle konstruierten Familien sind durch eine erweiterte Kette von Eltern gekennzeichnet, sei es, daß ein sozialer Elter an die Stelle eines leiblichen Elters oder neben ihn tritt. Ein Familienleben vor dem Hintergrund mehrfacher Elternschaft birgt das Problem der Rivalität um die authentische Elternschaft. Viele konstruierte Familien sind der Versuchung erlegen, die anderen Eltern im eigenen Familienleben zu leugnen und sie durch Verschweigen gegenüber dem Kind gar nicht erst in seinen Vorstellungen existent werden zu lassen. Die Adoptionsforschung hat jedoch gezeigt, welche Risiken der Ausschluß der leiblichen Mutter/der leiblichen Eltern für die Adoptiveltern-Kind-Beziehung in sich birgt: das Adoptivkind verortet sich – dem Normalitätsmuster entsprechend – als leibliches Kind seiner (Adoptiv-)Eltern. Es wächst in einer Täuschung auf, die evtl. – wie vielfach belegt (*Sorosky* et al., 1982, 82ff.; *Lifton,* 1982, 42ff.) – durch Ahnungen zum Argwohn führt. Die späte Entdeckung der eigenen Herkunft bewirkt nicht nur einen schwer zu überwindenden Vertrauensbruch zwischen dem Adoptierten und seinen Adoptiveltern; sie löst vor allem eine oft gravierende Erschütterung der eigenen Identität aus (*Lifton,* 1981). Die Bedeutsamkeit einer klaren genealogischen Verortung für die Identitätsentwicklung eines Menschen ist von *Erikson* im Rückgriff auf die »psychohistorische Dimension« der Identität herausgestellt worden (1977, 25).

Mehr und mehr lassen sich Adoptiveltern darauf ein, die leiblichen Eltern ihres Kindes im eigenen Familienleben präsent werden zu lassen und mit ihnen die Elternschaft zu teilen. Während die biologische Aufklärung oft zum Erstaunen der Adoptiveltern undramatisch verläuft, kann sich später im Hinblick auf die »soziale Aufklärung«, die Konkretisierung der leiblichen Mutter/der leiblichen Eltern, ein kompliziertes Wechselspiel von kindlicher Neugier und gedanklicher Beschäftigung sowie von elterlicher Zurückhaltung und Abwehr gegen eine Verlebendigung der anderen Eltern einstellen. Die eigene Uninformiertheit der Adoptiveltern zum Beispiel über die Lebensgeschichte der leiblichen Mutter und ihre Beweggründe zur Freigabe des Kindes wird oft erst in späten Phasen des Adoptivfamilienlebens als Problem erkennbar (*Hoffmann-Riem,* 1984, 231ff.). Die Adoptierten selbst kommen in ihrer Verarbeitung der doppelten Elternschaft manchmal erst zur Ruhe, wenn sie ihre Mutter/ihren Vater leibhaftig als Person vor sich gesehen und ihre Rekapitulation der Ereignisse um die Trennung von ihrem Kind in sich aufgenommen haben (*Lifton,* 1981, 123; *Sorosky* et al., 1982, 155ff.).

Ungeachtet der von der Adoptionsforschung ermittelten Relevanz des Wissens um die eigene genealogische Verortung steuern die Benutzer der heterologen Insemination im allgemeinen den Kurs des Verheimlichens auch gegenüber dem Kind[10]. Unter dem Eindruck der faktischen Elternschaft spielen sie die Bedeutsamkeit einer biologischen Offenbarung herunter (*Snowden* et al., 1983, 117). Mit der »Normalisierung als ob« wollen sie das Kind vor den hoch veranschlagten Risiken einer gesellschaftlichen Stigmatisierung oder einer persönlichen Verunsicherung schützen (*Snowden* et al., 1983, 90, 118). Vor allem die sozialen Väter lassen jedoch auch durchblicken, daß sie nicht Gefahr laufen möchten, die Zuneigung des Kindes zu verlieren (118ff.).

Snowden et al. haben in ihrer englischen Studie nur wenige Fälle beobachten können, in denen aus heterologer Insemination hervorgegangene junge Erwachsene über ihre Entstehung aufgeklärt waren. In mehreren dieser Beispiele hatte das Aufdecken der eigenen Fehlverortung kein Trauma ausgelöst, da die Nachricht vom anderen biologischen Vater wie eine Befreiung wirkte: So konnten zum Beispiel bei der eigenen Familiengründung aufbrechende Sorgen vor der Erblichkeit eines physischen oder psychischen Problems des (sozialen) Vaters dadurch überwunden werden, daß der wahre biologische Vater schließlich in die Lebensgeschichte eines Menschen eingeführt wurde. Die Studie spricht jedoch auch von der Last des Verdachts, die einige Kinder oder junge Erwachsene über Jahre getragen und nicht gegenüber den Eltern angesprochen haben (1983, 99).

In Anlehnung an die Adoptionsforschung muß davon ausgegangen werden, daß die falsche genealogische Verortung des Kindes Gefahren für seine Identitätsfindung in sich birgt, selbst wenn es sich nur um eine »halbe« Fehlverortung handelt (*Stauber,* 1986, 9ff.). So wie die Weggabe durch die leiblichen Eltern von einem Adoptivkind als Kränkung erfahren wird, kann vermutet werden, daß die Entwicklung aus den von einem anderen gegen ein Entgelt bereitgestellten Substanzen das Selbstwertgefühl eines Menschen verletzt (In-vitro-Fertilisation, Genom-Analyse und Gen-Therapie 13; *Hoffmann-Riem,* 1988). So entsteht das Dilemma, daß die Eltern ihr Kind zugunsten seiner Identitätsfindung über seine genealogische Zugehörigkeit aufklären sollten, diese Eröffnung jedoch ihrerseits Gefahren der Identitätsbeschädigung in sich birgt.

Schon allein aufgrund der großen Zahl der Mitwissenden dürfte es für Stieffamilien schwer sein, das Kind in dem Glauben an die biologische Elternschaft beider Eltern aufwachsen zu lassen. Auch die im Vergleich zur heterologen Insemination ungleich größere Akzeptabilität von Scheidung, Ein-Elter-Familie und Wiederheirat dürfte dazu beitragen, daß die Versuchung zur »Normalisierung als ob« gegenüber dem Kind gering bleibt. Dennoch sind aus der klinischen Praxis Fälle bekannt, in denen Stiefkinder ohne Aufklärung über ihre genealogische Zugehörigkeit aufgewachsen sind. Es gibt einzelne Beispiele dafür, daß in den Phantasien der Kinder zum Beispiel zwei Väter längst existierten (*Krähenbühl* et al., 1986, 105). Im allgemeinen dürfte jedoch für Stieffamilien weniger die völlige Verheimlichung zum Problem werden als vielmehr das Streben mancher Eltern nach Nichtthematisieren der anderen Elternschaft, um die das Kind jedoch weiß. Der Verlebendigung des außerhalb lebenden Elters soll damit entgegengearbeitet werden, doch führt diese Strategie häufig dazu, daß die psychische Präsenz des anderen Elters in der Phantasiearbeit der Kinder verstärkt zum Ausdruck kommt (*Krähenbühl* et al., 1986, 105).

4. Die Kreuzung familialer Kreise

Jede konstruierte Familie ist durch eine erweiterte Elternkette gekennzeichnet. Die Koexistenz eines anderen Elters außerhalb der eigenen familialen Einheit eröffnet in jedem Fall die Möglichkeit seiner »psychologischen Anwesenheit« (*Pasley,* 1987,

207) in den Köpfen der Handelnden. Die aus der Sicht des Kindes doppelte, aus der Sicht der sozialen Eltern geteilte Elternschaft erfordert die Klärung von Beziehungsstrukturen und die familieninterne Abstimmung der Konzepte von Elternschaft. Im folgenden soll die »Kreuzung familialer Kreise«[11] zwischen den verschiedenen Elter-Kind-Dyaden in ihren je nach Konstruktionstyp unterschiedlichen Erscheinungsformen dargestellt werden. Ein Schwerpunkt der analytischen Aufbereitung liegt dabei auf der Frage, wie sich beim Fehlen gemeinsam praktizierter biologisch-sozialer Elternschaft die strukturelle Komplexität der Familie durch die verschiedenen Implikationen von doppelter Elternschaft erhöht.

4.1. Die Adoptivfamilie

Adoptiveltern unterscheiden sich im allgemeinen zu Beginn ihrer Ehe nicht von anderen Paaren: sie praktizieren ihre Partnerschaft und bauen ihren Haushalt auf in der Erwartung, eines Tages ihre eigene Familie gründen zu können (*Hoffmann-Riem,* 1984, 26ff.). Erste Anzeichen für eine Abweichung vom erwarteten Normalitätsmuster tauchen erst auf, nachdem gezielte Maßnahmen zur Schwangerschaftsverhütung aufgegeben worden sind und sich dennoch nach einiger Zeit keine Empfängnis eingestellt hat. Die Aktivitäten zur Rettung des eigenen Biographieentwurfs – die häufigen Arztbesuche der Frau und später auch des Mannes – finden meist dadurch ein Ende, daß ein Arzt die Unmöglichkeit oder – häufiger – die Unwahrscheinlichkeit einer Schwangerschaft feststellt. Die Verlagerung des Plans der Familiengründung vom Typ »eigenes Kind« zum Typ »Adoptivkind« wird meist von der Frau initiiert, da sie die Sinnstrukturierung ihres Lebens stärker als der Mann an die Realisierung von Elternschaft gebunden sieht. Beide Partner begeben sich sodann gemeinsam – wenn auch vielleicht mit unterschiedlicher Intensität – in das Adoptionsbewerbungsverfahren.

Die bürokratische Konstruktion einer Familie unterscheidet sich von der biologischen Familiengründung zum Beispiel dadurch, daß die Bewerber ihre Qualifikation zur Elternschaft unter Beweis stellen müssen (*Kirk,* 1981, 91ff.; *Napp-Peters,* 1978, 225ff.). Sie hebt sich ferner dadurch von werdender biologischer Elternschaft ab, daß die Bewerber bei prinzipiell offenem Verfahrensausgang nicht allmählich in ihre Elternrolle hineinwachsen können (*Kirk,* 1981, 33). Anders als bei einer Schwangerschaft beginnt Adoptivelternschaft mit einer im allgemeinen plötzlichen »Angebotseröffnung«: »Wir haben ein Kind für Sie«.

Ist die häufig unter großer Anspannung erfolgende Entscheidung zur Aufnahme eines Kindes gefallen, treten die Adoptiveltern rechtlich an die Stelle der leiblichen Eltern. Doch die Sicherheit der eigenen Selbstverortung als Eltern bildet sich nicht genauso abrupt heraus, wie sich elterliche Zuständigkeit für ein Kind gesellschaftlich zuschreiben läßt. In der Rekapitulation ihrer Adoptionsgeschichte betonen vor allem Adoptivmütter ihre anfänglichen Mühen beim Aufbau einer affektiven Beziehung zum Kind. Zunächst einmal muß die Fremdheit des Kindes überwunden werden; denn nur auf der Basis wechselseitiger Vertrautheit kann sich das Gefühl familialer Zusammengehörigkeit einstellen. Die Erzählungen vor allem von Adoptivmüttern lassen erkennen, wie sehr die Erreichung einer emotionalen Beziehungs-

qualität in unserer Gesellschaft inzwischen zum Kriterium einer gelungenen Eltern-Kind-Beziehung geworden ist (*Tyrell,* 1981, 419ff.). Erst wenn das Kind »wie ein eigenes Kind« ist, erst wenn »emotionale Normalisierung« (*Hoffmann-Riem,* 1984, 187) erreicht ist, kann die den Adoptiveltern abrupt zugeschriebene elterliche Zuständigkeit von ihnen selbst überzeugend wahrgenommen werden.
Wenn sich im Erleben von Adoptiveltern und Kind die Einheit ihrer Familie verfestigt hat, können die alltäglichen Interaktionsabläufe über weite Strecken mit denen einer biologisch begründeten Familie übereinstimmen. Dennoch löst die biologische Zugehörigkeit des Kindes zu anderen Eltern eine nicht zu überspringende Differenz der Adoptivfamilie gegenüber der Kernfamilie aus. Auch wenn manche Adoptiveltern in ihrem Bemühen um die authentische Elternschaft die Rolle der biologischen Eltern auf die des Erzeugers und der Gebärerin des Kindes reduzieren möchten, bringen Adoptierte selbst doch immer wieder deutlich zum Ausdruck, wie sehr für sie genealogische Zugehörigkeit in ihrer anhaltenden Wirksamkeit zählt; m. a. W. für sie kreuzen sich die familialen Kreise lebenslang.
Die Öffnung der Familiengrenzen würde der Situation der abgebenden Mütter eher gerecht. Die häufig das weitere Leben dieser Frauen bestimmende Verlusterfahrung ist als »psychological amputation« beschrieben worden (*Sorosky* et al., 1982, 43; *Swientek,* 1982, 74ff.; 1986, 195ff.). Ein gewisser – vielleicht über die Adoptionsstelle – zu vermittelnder Informationsfluß über den weiteren Lebensweg des Kindes wie auch seiner biologischen Eltern würde dem Bedürfnis beider Seiten nach mehr Transparenz Rechnung tragen. Die Bewältigung der eigenen Selbstverortung auch als Kind der leiblichen Eltern kann – wie viele Beispiele zeigen – dazu führen, daß die Beziehung des Adoptierten zu seinen Adoptiveltern auf eine reifere Stufe gestellt wird (*Lifton,* 1981, 123; *Sorosky* et al., 1982, 23ff.; *Halmes/Timms,* 1985, 74ff.).

4.2. Die aus heterologer Insemination hervorgegangene Familie

Die Familiengeschichte der prospektiven Eltern beginnt bei heterologer Insemination im allgemeinen in gleicher Weise wie bei zukünftigen biologischen Eltern. Von den ersten Ahnungen drohender Kinderlosigkeit an ähneln die Verarbeitungsformen der biographischen Verunsicherung denen prospektiver Adoptiveltern. Die Wege beider Gruppen laufen erst auseinander, wenn die Ursache der ehelichen Infertilität auf seiten des Mannes nachgewiesen und in dem Streben nach dem mehr eigenen Kind das technologische Angebot der Befruchtung mit Spendersamen als Zugang zur Familiengründung gewählt wird (*Snowden* et al., 1983, 87). Die Konstruktion einer Familie durch heterologe Insemination beruht von Anfang an auf einer widersprüchlichen Bewertung der Biologie. Während einer der Partner die Biologie und ihr Potential für soziale Bindung zu nutzen versucht, geht der andere eine Familiengründung ohne biologische Absicherung ein. Das »eigene« Kind eines Partners wird – wie die Strategien der Paare zeigen – als das mit-eigene des anderen gedeutet (*Snowden* et al., 1983, 37). Doch gleichzeitig mit der Akzentuierung des »Eigenen« entsteht die Gefahr, daß der Dritte ins Blickfeld tritt, dessen »eigen« das Kind auch ist (*Hoffmann-Riem,* 1988).

Durch den im Gegensatz zur Adoption kontinuierlichen Aufbau sozialer Elternschaft sind die Voraussetzungen für eine emotionale Eltern-Kind-Beziehung relativ gut. Das Potential des Säuglings, durch die Sprache seines ganzen Körpers Eltern für sich zu vereinnahmen, scheint eine schnelle wechselseitige Vertrautheit und Zuneigung zu schaffen (*Snowden* et al., 1983, 81ff.). Die elterliche Zuständigkeit für das Kind ist uneingeschränkt in Kraft. Die Kreuzung familialer Kreise ist – vordergründig – dadurch gebannt, daß der Dritte in der Elternkette in intensiver Verdrängungsarbeit zum blinden Fleck der Familiengeschichte gemacht wird (*Snowden* et al., 1983, 93; *Delaisi de Parseval/Janaud,* 1986, 130).
Doch auch der gegenüber dem Kind verheimlichte biologische Vater entfaltet seine Präsenz in der Familie. Das zu kontrollierende Wissen kann die elterlichen Phantasien absorbieren (*Amendt,* 1986, 131ff.; *Stauber,* 1986, 11). Eltern können in dem Kind den anderen, den »richtigen Vater« sehen (*Snowden* et al., 1983, 53, 91). Die Eltern-Kind-Beziehung könnte nach dem Aufdecken der genealogischen Zugehörigkeit dadurch belastet werden, daß die Existenzwerdung des Kindes – anders als bei Adoptivkindern – auf einen Entscheidungsakt seiner Eltern zurückgeht. Die biologische Mutter und der soziale Vater haben mit der Wahl des Dritten und des technologisch vermittelten Zeugungsaktes für das Kind die Kreuzung familialer Kreise selbst inszeniert. Ihr Handeln könnte aus der Sicht des Kindes legitimationsbedürftig sein (*Hoffmann-Riem,* 1988).
Wie der Dritte selbst über seine möglichen, ihm unbekannten Vaterschaften denkt, konnte erst in Ansätzen erkundet werden. Es zeichnet sich ab, daß manche Samenspender ihre Dienstleistung später nicht als einmaliges abgeschlossenes Ereignis betrachten, sondern allmählich ihre eigene Verantwortung für menschliche Existenzwerdung erkennen. Vor allem nachdem sie selbst eine Familie gegründet und Elternschaft in ihrer vollen Bedeutung erfahren haben, können sie in Gedanken um ihre imaginären Kinder in anderen Familien kreisen[12].

4.3. Die Stieffamilie

Der Beginn des Stieffamilienlebens ist für die Mehrzahl der Beteiligten gleichzeitig die Fortsetzung des bisherigen Familienlebens. Die Geschichte der alten Familie wirkt in die gegenwärtigen Beziehungen der neuen Partner zueinander und zum Kind hinein; die früheren durch Scheidung abgespaltenen oder durch Tod verlorenen Familienmitglieder sind bei der Inszenierung eines neuen Familienlebens als Orientierungspersonen präsent. Jede Dyade innerhalb der neuen stieffamilialen Einheit kann vor dem Hintergrund einer anderen Dyade verortet werden, einer vergangenen oder einer gegenwärtigen. Zum Beispiel kann die eigene Beziehung der neuen Partner mit Blick auf die frühere Ehebeziehung oder auf die aktuell weiter wirkende Beziehung der Ex-Partner bewertet werden, und diese Evaluierung kann aus der Perspektive jedes einzelnen wie auch aus der Metaperspektive des Partners vorgenommen werden. Auch für das Kind kann der Dritte in der Elternkette ständig mit im Bunde sein. Da in der Stieffamilie jede Dyade ihr Double haben kann, ist in der Literatur so häufig die Rede von Rivalität und Unterlegenheitsgefühlen.

In der nun folgenden Skizze der Stieffamilie werden einige mit den strukturellen Besonderheiten der Zwei-Kern-Familie verbundene Anforderungen an den Aufbau der familialen Wirklichkeit dargestellt. Wenn der Nachdruck auf strukturellen Belastungen liegt, soll damit nicht übersehen werden, daß viele Stieffamilien die aus der Fragmentierung von Elternschaft entstehenden Schwierigkeiten bewältigen und die Entwicklung einer befriedigenden Partnerschaft wie auch einer von wechselseitiger Akzeptanz geprägten Eltern-Kind-Beziehung meistern. Einige Stärken der Stieffamilien wie die mit größerer Bewußtheit betriebene »Pflege« der Partnerschaft oder die Chancen der Kinder zur Entfaltung von Flexibilität in der erweiterten Eltern- und Großelternkette können hier nur angedeutet werden (*Cherlin,* 1981, 91; *Furstenberg,* 1987a, 35ff.; 1987b, 58; *Ihinger-Tallman/Pasley,* 1987, 59ff., 111). Auch wenn man nicht der Linie der aus der klinischen Praxis entstandenen Literatur folgt und die Last der stieffamilialen Probleme in den Vordergrund rückt (*Ganong/Coleman,* 1987, 102), erscheint es sinnvoll, bei den Anforderungen anzusetzen, die die Stieffamilie zusätzlich zu den einer Kernfamilie entstehenden Problemen bewältigen muß, sozusagen bei dem »binuklearen Konfliktpotential«.
Einige strukturelle Besonderheiten der Stieffamilie sollen im folgenden ohne eine allzu weitgehende Differenzierung in Stieffamilientypen herausgearbeitet werden. Je nachdem, ob sich die Stieffamilie mit einem Stiefvater oder einer Stiefmutter bildet; ob der frühere Partner außerhalb der Familie lebt oder gestorben ist; je nachdem, ob der Stiefelter selbst auch Kinder hat und diese bei ihm oder seinem früheren Partner leben; je nachdem, ob eine Stieffamilie neben den Kindern eines oder beider Partner auch gemeinsame Kinder hat, und schließlich je nachdem, ob sich die Stieffamilie im Alltag oder am Wochenende/im Urlaub konstituiert, können Stieffamilien typologisch in grober oder minutiöser Weise gegeneinander abgesetzt werden (*Krähenbühl* et al., 1986, 25ff.; *Clingempeel* et al., 1986, 57f.). Die Literatur trägt der Tatsache wenig Rechnung, daß in der Bundesrepublik immer noch ein recht großer Anteil von Stieffamilien durch den Tod eines Elters zustandekommt (Tabelle 2). Die aus der therapeutischen Beratung von Stieffamilien hervorgegangene Arbeit von *Krähenbühl* et al., die die Feinstruktur der andersartigen Familienform eindrucksvoll aufdeckt, geht von einer weitgehenden Übereinstimmung der Konflikte nach dem Tod eines Elters und nach Abspaltung eines Elters durch Scheidung aus (75). In beiden Fällen bewegen sich die Familienmitglieder auch in einer Familienwelt jenseits ihrer konstruierten Familieneinheit.

4.3.1. Die Partnerschaft

Der Aufbau einer Partnerschaft ist in der Stieffamilie im allgemeinen begrenzt durch mehr oder weniger extensive Anforderungen an die Partner (bzw. einen Partner) als Eltern (*Krähenbühl* et al., 1986, 40f.; *Kohaus-Jellouschek,* 1987, 278; *Ihinger-Tallman/Pasley,* 1987, 19). Wenn Zeit und Energien weitgehend von der Elternrolle absorbiert werden, kann die Partnerschaft nicht in der Weise fundiert werden, wie es für die Bewältigung der Anforderungen aus den asymmetrischen Beziehungen zum Kind günstig wäre (*Krähenbühl* et al., 1986, 79ff.). Während einer der Partner seine aus Verwandtschaft und gemeinsamer Geschichte entstan-

dene Verbundenheit mit dem Kind im täglichen Handeln auslebt, kann der andere in seiner mangelnden Vertrautheit mit dem Familiengeschehen allmählich dahin kommen, sich selbst in der Peripherie zu verorten (*Krähenbühl* et al., 1986, 118, 157; *Ihinger-Tallman/Pasley,* 1987, 65; *Scheib,* 1987, 99). Die Bemühungen des Stiefelters um eine Intensivierung der Partnerbeziehung kollidieren häufig mit den gleichgerichteten Bemühungen des Kindes um mütterliche oder väterliche Zuwendung (*Krähenbühl* et al., 1986, 83; *Ihinger-Tallman/Pasley,* 1987, 19). Vor allem Stiefmütter scheinen sehr schnell die Verfolgung eigener Interessen am Partner mit Schuldgefühlen zu verarbeiten – so als entsprächen sie nun völlig dem Bild der bösen Stiefmutter (Fallgeschichten bei *Moinet* und *Köhler*).
Wenn in der Allgegenwart kindlicher Ansprüche die in die Partnerschaft gesetzten Erwartungen nicht erfüllt werden, ist das Fundament gefährdet, dessentwegen der Partner im allgemeinen die Rolle des Stiefelters in Kauf genommen hat (*Visher/Visher,* 1987, 51; *Furstenberg,* 1987a, 33; *White/Booth,* 1985, 690; *Krähenbühl* et al., 1986, 151).

4.3.2. Die stiefelterliche Zuständigkeit

Die in der Literatur vielfach beschriebene Vagheit der stiefelterlichen Rolle (vor allem *Cherlin,* 1978, 634ff.) ist darin begründet, daß der Stiefelter im allgemeinen nicht den leiblichen Elter ersetzt, sondern neben ihn tritt (*Ahrons,* 1979, 249). Die Duplikation von Vater oder Mutter ermöglicht aber nun nicht einfach die Duplikation der Rollenmodelle. Der Stiefelter findet vielmehr im allgemeinen besetzte Elternrollen vor. Stiefvater und Stiefmutter stehen vor der Aufgabe, ihre eigene, gesellschaftlich wenig vorstrukturierte Rolle neben einem Elter eben als die für das Kind mehr oder weniger bedeutsame Neben-Rolle zu entwerfen. Sie ist auch rechtlich nicht ausgestattet (*Krähenbühl* et al., 1986, 88). Jede Grenzüberschreitung in den Kompetenzbereich des außerhalb lebenden Elters birgt Konflikte, aber auch die Verweigerung elterlicher Teilverantwortung. Die Rolle des dritten Elters scheint weniger die Rolle eines dritten Elters als die eines elterlichen Dritten, eines elterlichen Freundes zu sein.
Eine gewisse Distanzierung vom Stiefelter als Elter spiegelt das Familienkonzept von Kindern, wie es *Furstenberg* in einer Untersuchung ermittelt hat: Auf die Frage nach den Mitgliedern der eigenen Familie überging fast jedes dritte Kind den Stiefelter, während der außerhalb lebende leibliche Elter je nach der Intensität der Verbindung einbezogen wurde (*Furstenberg,* 1987a, 33; *Cherlin,* 1981, 86f.). Entgegen dem in der wissenschaftlichen Behandlung der Familie immer noch verbreiteten Denken in Haushaltseinheiten entsprechen Kinder in ihrem Familienkonzept der in der Gesellschaft generell verbreiteten Akzentuierung genealogischer Zugehörigkeit (*Schneider/Homans,* 1960, 474; *Schneider,* 1980, 222ff.); d. h. Haushaltsgrenzen werden überschritten, während Verwandtschaftslinien bekräftigt werden.
Die dem Stiefelter auch aus der Sicht des Kindes zugewiesene begrenzte elterliche Zuständigkeit steckt den Rahmen ab für den Aufbau einer emotionalen Beziehung zum Kind. Die Probleme der Herstellung von Vertrautheit gegenüber dem fremden Kind werden dadurch verstärkt, daß das Kind häufig seiner Loyalität gegenüber

dem außerhalb lebenden leiblichen Elter nachkommen möchte. So ist in einer Gesellschaft, in der die Herstellung von Emotionalität zum hervorgehobenen Kriterium einer gelingenden Eltern-Kind-Beziehung werden konnte (*Schumacher/ Vollmer,* 1982, 263), für Stiefeltern der Spielraum für die Entfaltung von Affektivität eingeschränkt. Vor allem Stiefmütter – primäre wie sekundäre – leiden darunter, daß sie trotz intensiver und zugleich behutsamer Bemühungen nicht an den Punkt kommen können, wo sie das Kind »wie ein eigenes Kind« erleben (Fallgeschichten bei *Moinet, Köhler, Reischies/Rudnitzki*). Was *Visher* und *Visher* den »Mythos von der plötzlichen Liebe« (1987, 91) nennen, ist ein Komplex von Erwartungen, der den Stiefvater in sehr viel geringerem Maße trifft als die Stiefmutter (*Krähenbühl* et al., 1986, 13; *Scheib,* 1987, 50). Das vielfach beobachtete Überengagement mancher Stiefmütter ist die Antwort auf den unterstellten gesellschaftlichen Druck, als müsse die Frau das Klischee der bösen Stiefmutter widerlegen, und es ist oft die falsche Antwort, da das Kind mit der zunehmenden Mütterlichkeit der Stiefmutter den Verdacht gewinnen kann, ihm werde die Mutter genommen (*Krähenbühl* et al., 1986, 89). Wenn auch – wie die Fallgeschichten zeigen – manche Stiefmutter schließlich das Kind »wie ein eigenes« annehmen kann, erreichen viele andere erst mit der Geburt eines eigenen Kindes das Gefühl emotionaler Normalität (*Moinet,* 1987, 226ff.).

Die Ambiguität der stiefelterlichen Rolle ist in der Literatur häufig unter dem Aspekt der Autoritätsausübung behandelt worden. Sowohl Eltern als auch Kinder nennen an hervorgehobener Stelle das Stichwort Disziplin, wenn sie familiale Konflikte lokalisieren wollen (*Ihinger-Tallman/Pasley,* 1987, 63f.; *Cherlin,* 1981, 89). Das Fazit vieler Beobachtungen ist, daß Stiefeltern, die sich zu tief in die erzieherische Verantwortung hineinbegeben, auf Widerstand stoßen: zum Beispiel wird der Erziehungsstil des Stiefvaters an dem des leiblichen Vaters gemessen; die an ihm gewonnenen Handlungsorientierungen werden verteidigt; die allzu heftige Intervention des Stiefvaters kann zum Eingreifen der Mutter und damit zur Koalition der verwandtschaftlich Verbundenen führen – Spannungen in der Stiefeltern-Kind-Beziehung beeinträchtigen im allgemeinen auch die Partnerschaft (*Ahrons,* 1979, 245). Wie beim Aufbau einer emotionalen Beziehung so ist auch in der Erziehung der Konflikt vorprogrammiert, wenn Stiefeltern so tun, als ob sie Eltern wären, statt in betonter Distanzierung vom familialen Normalitätsmuster dem Leitbild vom Freund des Kindes zu folgen (*Krähenbühl* et al., 1986, 50; *Visher/ Visher,* 1987, 99).

4.3.3. Das Beziehungsgeflecht der Zwei-Kern-Familie

Wenn die ehemaligen Partner ihre Konflikte so weit verarbeitet haben, daß sie nicht in der Versuchung sind, sie über das Kind weiter auszutragen, löst die Zwei-Kern-Familie eine Reihe von Problemen: Sie ermöglicht dem Kind die für seine Identitätsfinding wichtige Beziehung zu beiden leiblichen Eltern (*Krähenbühl* et al., 1986, 104); sie erlaubt dem außerhalb lebenden Elter, sich durch Fortsetzung seiner Elternschaft mit seinem Kind zu identifizieren; sie ermöglicht beiden leiblichen Eltern, in der getrennten Elternschaft ihre nicht durch Scheidung aufkündbare gemeinsame

Zuständigkeit für das Kind zu praktizieren. Nicht selten wird jedoch die Zwei-Kern-Familie nur über eine kurze Zeit realisiert, da sich der außerhalb lebende Elter – aus welchen Gründen auch immer – von seinem Kind zurückzieht (*Furstenberg,* 1987 b, 57; *Furstenberg/Peterson,* 1983, 663; *Spanier/Furstenberg,* 1987, 427; *Ahrons,* 1979, 235). In vielen anderen Fällen ist die Kommunikation in der erweiterten Verwandtschaftseinheit aufgrund »widersprüchlicher Familienkonzepte« (*Pasley,* 1987, 207), einer widersprüchlichen Bewertung von gemeinsamer Familiengeschichte und aktueller Familienkonstellation belastet.

Das Kind ruft häufig schon allein durch seine Erscheinung und seine Handlungsmuster die Erinnerung an den außerhalb lebenden Elter wach und reaktiviert damit die alte Familiengeschichte (*Krähenbühl* et al., 1986, 47, 76, 108). Die binuklearen Konflikte schichten sich ferner deshalb so leicht auf, weil jede familiale Untereinheit in vielfacher Weise in Abhängigkeit von der anderen geraten kann. Schon allein die Regelung der Besuche kann dazu führen, daß das Verfügen über die eigene Zeit – die gemeinsame Zeit mit dem Kind oder dem Partner – durchkreuzt wird, wenn einer der Eltern seine Erwartungen an den »Familienfahrplan« des Kindes äußert. Schuldgefühle gegenüber dem Kind und/oder dem ehemaligen Partner schaffen günstige Voraussetzungen dafür, daß Abhängigkeiten entstehen bzw. fortgesetzt werden (Fallgeschichten bei *Moinet* und *Köhler*). Das Kind wird als Bindeglied der Zwei-Kern-Familie zum Medium der Ereignisse im anderen Teil. Bei seiner Rückkehr spiegelt es durch seine Erzählung, häufig aber allein schon aufgrund seiner Erscheinung die Wahrnehmung der Elternschaft durch den anderen (*Moinet,* 1987; *Köhler,* 1987). Getrennte Elternschaft kann mit hohen Anforderungen an die kindliche Verarbeitung widersprüchlicher Erwartungen verbunden sein.

Das Zwischen-den-Eltern-Stehen kann eine besondere Sensibilität der Rollenübernahme auslösen: Es kann dazu führen, daß Kinder zu einer kontrollierten Darstellung ihrer Zeit bei dem anderen Elter übergehen, um elterliche und stiefelterliche Verletzungen und Rivalitätsgefühle zu vermeiden (*Krähenbühl* et al., 1986, 78ff.; 141f.). Der Stiefvater zum Beispiel kann sich unterlegen fühlen, wenn das Kind seine Bindung an den Vater allzu deutlich zu erkennen gibt (*Krähenbühl* et al., 1986, 40ff.); die Mutter kann sich in ihrem tagtäglichen Einsatz für das Kind verkannt fühlen, wenn der Vater in wenigen Freizeitstunden das Kind verwöhnt und für sich vereinnahmt.

Auch wenn sich die Sozialforschung bemüht, mit ihren Daten den von der klinischen Forschung aufgezeigten Problemberg zu entdramatisieren, stellt sie dennoch gewisse Entwicklungsprobleme von Stiefkindern (*Furstenberg,* 1987 b, 56) sowie Verunsicherungen von Stieffamilien in ihrem Selbstwertgefühl fest (*Spanier/Furstenberg,* 1987, 426). In der gegenüber Erst-Ehen leicht erhöhten Scheidungsrate von Wiederverheirateten wird das stieffamiliale Konfliktpotential noch einmal sichtbar (*Goode,* 1956, 331ff.; *Cherlin,* 1978, 638f.; *White/Booth,* 1985, 692f.; *Furstenberg/Spanier,* 1984, 191).

4.4. Die Konstruktion von Familien im Überblick

Die strukturelle Besonderheit der verschiedenen Konstruktionstypen von Familie soll noch einmal in einem Überblick ausgewiesen werden.

	Kern-Fam.	Adoptiv-Fam.	het. Ins. F.	Stief-Fam.
die Komplexität von Elternschaft				
einfache Elternschaft	x			
doppelte Vaterschaft mit elterlicher Zuständigkeit des soz. Vaters			x	
doppelte Elternschaft mit elterlicher Zuständigkeit der biol.-soz. u. soz. Eltern				x
doppelte Elternschaft mit elterlicher Zuständigkeit der soz. Eltern		x		
die Aufeinanderfolge von Partnerschaft und Elternschaft				
durch gemeinsames Hineinwachsen in die biol.-soz. Elternschaft	x			
durch gemeinsames Hineinwachsen in die biol.-soz. Elternschaft des einen u. die soz. Elternschaft des anderen Partners			x	
durch die bereits bestehende biol.-soz. Elternschaft des einen Partners u. abrupten Beginn soz. Elternschaft für den anderen Partner				x
durch abrupten Beginn der soz. Elternschaft für beide Partner		x		
die strukturell vorgegebenen Beziehungen beider (zusammenlebender) Eltern zum Kind				
symmetrisch auf Grund biol.-soz. Elternschaft	x			
asymmetrisch auf Grund biol.-soz. Elternschaft des einen u. soz. Elternschaft des anderen Elters				
bei Aktualisierung der biol.-soz. Elternschaft durch den anderen biol. Elter				x
bei fehlender Aktualisierung der biol.-soz. Elternschaft durch den anderen Elter			x	
symmetrisch auf Grund soz. Elternschaft		x		

Der Vergleich der Familien macht deutlich, wie die Komplexität der Anforderungen an elterliches Handeln mit dem Abrücken von der Kernfamilie zunimmt, sei es bei der Koordination von Partnerschaft und Elternschaft, bei der Strukturierung der Eltern-Kind-Beziehung oder bei der Teilung von Elternschaft in einer erweiterten Elternkette. Unabhängig davon, wie die Entwicklung hin zur Stieffamilie, zur Adoptivfamilie und zu den Familien der Reproduktionstechnologie in den nächsten Jahren faktisch verlaufen wird, kann davon ausgegangen werden, daß die Kernfamilie aufgrund ihrer strukturellen Einfachheit ihre normative Orientierungskraft behalten wird.

Anmerkungen

1 Es gibt eine Vielzahl sprachlicher Darstellungen, die das Spezifikum der Stieffamilie z. B. aufgrund der Pluralform des Elternbegriffs überbetonen: mehr als eine Million Kinder »lebt bei Stiefeltern« oder »lebt im Haushalt von Stiefeltern«, *Schwarz* (1984, 3). Zur auch unter therapeutischem Aspekt bewußt gewählten »Stieffamilie« vergleiche *Krähenbühl* et al. (1986, 170f.).

2 Statistisches Bundesamt, Mitteilung für die Presse vom 23. 6. 1987.

3 Statistisches Bundesamt, Fachserie 13, Reihe 6.1, 1987 mit eigenen Umrechnungen zum Schätzwert der Fremdadoptionen entsprechend *Hoffmann-Riem,* 1984, 308.

4 Auf dem 4. Weltkongreß für In-vitro-Fertilisation und Embryotransfer in Melbourne 1985 wurde mitgeteilt, daß aufgrund von mehr als 26000 Follikelpunktionen (bei einer Embryotransferrate von 73 %) mehr als 3700 Schwangerschaften ausgelöst wurden (Schwangerschaftsrate von 14 %; *Diedrich* et al., 1987, 612). Da die von der Universitäts-Frauenklinik in Bonn ausgewiesenen Zahlen zeigen, daß etwa 60 % ihrer IvF-Schwangerschaften zur Geburt eines Kindes führten (*Dietrich* et al., 1986, 821), würde dies bedeuten, daß bis 1985 weltweit etwa 2200 Kinder geboren worden wären. Inzwischen dürften es mehr als 3000 sein. *Hirsch* und *Eberbach* (1987, 112) sprechen davon, daß inzwischen mindestens ein Kind täglich durch IvF geboren wird.

5 Die erste in der Literatur dokumentierte heterologe Insemination wurde 1884 in Philadelphia durchgeführt (*Beuerlein,* 1963, 4).

6 Die Singularisierung des Elternbegriffs wirft das Problem auf, welches Geschlecht die zu »Mutter« und »Vater« übergeordnete Kategorie aufweisen soll. Ich habe mich entschlossen, im Rahmen der sprachlichen Tradition zu bleiben: Sowohl der Duden als auch die Brüder Grimm weisen für »Elter« das Maskulinum und das Neutrum aus. Da die sächliche Form aus meiner Sicht die Künstlichkeit der sprachlichen Konstruktion verstärkt, wähle ich die maskuline Form. Die geschlechtsneutrale Darstellung (der/die Elter) würde den Gewinn der übergeordneten Kategorie wieder aufheben.

7 Die Wiederverheiratungsrate geschiedener Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern liegt bei etwa 40 % (*Schwarz,* 1984, 3).

8 Die Schätzungen der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung, auf die häufig Bezug genommen wird (z. B. *Krähenbühl* et al., 1986, 17; *Giesecke,* 1987, 11), scheinen mehr an Prognosen der USA orientiert zu sein als an der gegenwärtig beobachtbaren Situation in der Bundesrepublik: es wird geschätzt, daß 40–50 % der Kinder, die gegenwärtig in unserer Gesellschaft zur Welt kommen, nicht in der Familie aufwachsen, in die sie geboren werden.

9 Zu berücksichtigen ist jedoch, daß *Schwarz* die Ein-Elter-Familie mit dem leiblichen Vater, die inzwischen etwa ein Siebtel der Alleinerzieherfamilie ausmacht, für die familiale Vorgeschichte der Stiefmutterfamilie nicht ausweist.

10 Der 56. Deutsche Juristentag hat 1986 eine gesetzliche Regelung vorgeschlagen, die die

Anonymität des Samenspenders verbietet und den Samenspender durch einen Vermerk im Personenstandsbuch ausweist: *Hirsch/Eberbach,* 1987, 97.

11 In Anlehnung an *Georg Simmel:* »Die Kreuzung sozialer Kreise«, 1983, 305.

12 Informationen über eine noch nicht veröffentlichte kalifornische Untersuchung aus einem Gespräch mit *Reuben Pannor,* Los Angeles, April 1985. Zu weiteren »Spätfolgen« vgl. auch *Delaisi de Parseval/Janaud,* 1986, 132ff.

Literatur

Ahrons, C. R.: »The Binuclear Family: Two Households, One Family«. Alternative Lifestyles. 2. Jg. 1979, 499–515 – *Ahrons, C. R., Wallisch, L.:* »Parenting in the Binuclear Family: Relationships between Biological and Stepparents«. Remarriage and Stepparenting. Hg.: *K. Pasley* u. *M. Ihinger-Tallman.* New York, London 1987 – *Amendt, G.:* Der neue Klapperstorch. Herbstein 1986 – Bericht der gemeinsamen Arbeitsgruppe für Forschung und des Bundesministers für Justiz (»Benda-Kommission«): In-vitro-Fertilisation, Genomanalyse und Gentherapie, München 1985. – *Beuerlein, I.:* Die künstliche Samenübertragung beim Menschen im angloamerikanischen Bereich. Stuttgart 1963 – *Bonham, G. S.:* »Who Adopts: The Relationship of Adoption and Social-Demographic Characteristics of Women«. Journal of Marriage and the Family. 39. Jg. H. 2, 1977, 295–306 – *Cherlin, A. J.:* »Remarriage as an Incomplete Institution«. American Journal of Sociology. 84. Jg. 1978, 634–650 – *Cherlin, A. J.:* Marriage, Divorce, Remarriage. Cambridge/Mass., London 1981 – *Clingempeel, W. G., Segal, S.:* »Stepparent – Stepchild Relationships and the Psychological Adjustment of Children in Stepmother and Stepfather Families«. Child Development. 57. Jg. 1986, 474–484 – *Clingempeel, W. G., Brand, E., Segal, S.:* »A Multilevel-Multivariable-Developmental Perspective for Future Research on Stepfamilies«. Remarriage and Stepparenting. Hg.: *Pasley, K.* u. *Ihinger-Tallman, M.* New York, London 1987, 65–93 – *Corea, G.:* Mutter Maschine. (Original: The Mother Machine. New York 1985) Berlin 1986 – *Delaisi de Parseval, G., Janaud, A.:* Ein Kind um jeden Preis. Weinheim, Basel 1986 – *Diedrich, K., Krebs, D., Al-Hasani, S., van der Ven, H., Pless, V.:* »Verbesserung der Implantationsrate nach Embryotransfer in einem In-vitro-Fertilisationsprogramm«. Geburtshilfe und Frauenheilkunde. 46. Jg. 1986, 821–824 – *Diedrich, K., Diedrich, C., Wildt, L., van der Ven, H., Al-Hasani, S., Werner, A., Krebs, D.:* »Ovarielle Stimulation mit reinem FSH in einem In-vitro-Fertilisationsprogramm«. Geburtshilfe und Frauenheilkunde. 47. Jg. 1987, 612–618 – *Erikson, E.:* Lebensgeschichte und historischer Augenblick (Original: Life History and the Historical Moment. 1975). Frankfurt/M. 1977 – *Furstenberg, F. F., Peterson, J. L.:* »The Life Course of Children of Divorce: Marital Disruption and Parental Contact«. American Sociological Review. 48. Jg. 1983, 656–668 – *Furstenberg, F. F., Spanier, G. B.:* Recycling the Family. Remarriage after Divorce. Beverly Hills, London, New Delhi 1984 – *Furstenberg, F. F.:* »Fortsetzungsehen. Ein neues Lebensmuster und seine Folgen«. Soziale Welt, 38. Jg. 1987, H. 1, 29–39 (1987 a) – *Furstenberg, F. F.:* »The New Extended Family: The Experience of Parents and Children after Remarriage«. Remarriage and Stepparenting. Hg.: *K. Pasley* u. *M. Ihinger-Tallman.* New York, London 1987, 42–61 (1987 b) – *Fthenakis, W. E.:* »Einleitung zur deutschen Ausgabe«. *Visher, E. B., Visher, J. S.:* Stiefeltern, Stiefkinder und ihre Familien. München, Weinheim 1987, 11–23 – *Ganong, L. H., Coleman, M.:* »Effects of Parental Remarriage on Children: An Updated Comparison of Theories, Methods and Findings from Clinical and Empirical Research«. Remarriage and Stepparenting. Hg.: *K. Pasley* u. *M. Ihinger-Tallman.* New York, London 1987, 94–140 – *Giesecke, H.:* Die Zweitfamilie. Stuttgart 1987 – *Glick, P. C.:* »Children of Divorced Parents in Demographic Perspective«. Journal of Social Issues. 35. Jg. 1979, Nr. 4, 170–182 – *Goode, W.:* Women in Divorce. New York, London 1956 – *Grimm, J., Grimm, W.:* Deutsches Wörterbuch, 3. Band, Leipzig 1862 – *Halmes, E., Timms, N.:* Adoption, Identity and Social Policy. The Search for Distant Relatives. London 1985 – *Herrmann, H., Wild, G., Schumacher, Th., Unterberg, H., Keller, E.:* »Psychosoziale Situation von Ehepaaren vor der artifiziellen Insemination mit Donorsamen«. Geburtshilfe und

Frauenheilkunde. 44. Jg. 1984, 719–723 – *Hirsch, G., Eberbach, W.:* Auf dem Weg zum künstlichen Leben. Retortenkinder – Leihmütter – programmierte Gene ... Basel, Boston, Stuttgart 1987 – *Hölscher, A.:* »Der Samenspender soll nicht zum Zahlvater werden«. Frankfurter Rundschau. 12. 9. 1986, 3 – *Hoffmann-Riem, C.:* Das adoptierte Kind. Familienleben mit doppelter Elternschaft. München 1984 – *Hoffmann-Riem, C.:* »Fragmentierte Elternschaft: technologischer Fortschritt und familiale Verarbeitung«. Die »postmoderne« Familie. Familiale Lebensformen und Familienpolitik im Übergang. Hg.: *Lüscher, K., Schultheis, F.* u. *Wehrspaun, M.* Konstanz 1988, 216–233 – *Huth, W.:* Adoption und Familiendynamik. Frankfurt/M. 1983 – *Ihinger-Tallman, M., Pasley, K.:* Remarriage. Newbury Park, Beverly Hills, London, New Delhi 1987 – *Kaufmann, F. X.:* »Familie und Modernität«. Die ›postmoderne‹ Familie. Familiale Lebensformen und Familienpolitik im Übergang. Hg.: *Lüscher, K., Schultheis, F.* u. *Wehrspaun, M.* Konstanz 1988, 391–415 – *Kirk, D.:* Shared Fate. 2. Aufl., Port Angeles, Brentwood Bay 1984 (zuerst 1964) – *Kirk, D.:* Adoptive Kinship. A Modern Institution in Need of Reform. Toronto 1981 – *Kohaus-Jellouschek, M.:* Nachwort. *Köhler, U.:* Du bist ja gar nicht meine Mutter, Köln 1987, 273–286 – *König, R.:* Materialien zur Soziologie der Familie. Bern 1946 – *König, R.:* »Familie«. Soziologie. Hg.: *König, R.*, Frankfurt/M. 1958, 63–73 – *König, R.:* »Soziologie der Familie«. Handbuch der empirischen Sozialforschung. Bd. 2. Hg.: *König, R.*, Stuttgart 1969 – *Köhler, U.:* Du bist ja gar nicht meine Mutter, Köln 1987 – *Krähenbühl, V., Jellouschek, H., Kohaus-Jellouschek, M., Weber, R.:* Stieffamilien. Struktur – Entwicklung – Therapie. Freiburg i. B. 1986 – *Lifton, B. J.:* Zweimal geboren. (Original: Twice Born. Memoirs of an Adopted Daughter. 1975) Stuttgart 1981 – *Lifton, B. J.:* Adoption. Stuttgart 1982 – *Malinowski, B.:* Magic, Science and Religion and Other Essays. Garden City, N.Y. 1948 – *Moinet, S.:* Meine Kinder, deine Kinder, unsere Kinder. Düsseldorf, Wien, New York 1987 – *Napp-Peters, A.:* Adoption. Das alleinstehende Kind und seine Familien. Neuwied, Darmstadt 1978 – *Nave-Herz, R.:* »Kontinuität und Wandel in der Bedeutung, in der Struktur und Stabilität von Ehe und Familie in der Bundesrepublik Deutschland«. Kontinuität und Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Hg.: *Nave-Herz, R.* Stuttgart 1988, 61–94 – *Pasley, K.:* »Family Boundary Ambiguity: Perceptions of Adult Stepfamily Members«. Remarriage and Stepparenting. Hg.: *K. Pasley* u. *M. Ihinger-Tallman.* New York 1987, 206–224 – *Pasley, K., Ihinger-Tallman, M.*, Hg.: Remarriage and Stepparenting. New York, London 1987 – *Petersen, P.:* Retortenbefruchtung und Verantwortung. Anthropologische, ethische und medizinische Aspekte neuer Fruchtbarkeitstechnologien. Stuttgart 1985 – *Reischies, A., Rudnitzki, E.:* Und plötzlich hab' ich Kinder. Düsseldorf 1987 – *Sacks, H.:* »On the Analyzability of Stories by Children«. Directions in Sociolinguistics. Hg.: *Gumperz, J. J.* u. *Dell Hymes.* New York 1972, 325–345 – *Scheib, A.:* Der zweite Anlauf zum Glück. Risiko und Chance der Stieffamilie. München 1987 – *Schneider, D. M.:* American Kinship, A Cultural Account. 2. Aufl., Chicago, London 1980 – *Schneider, D. M., Homans, G. C.:* »Kinship Terminology and the American Kinship System«. A Modern Introduction to the Family. Hg.: *Bell, N. W.* u. *Vogel, E. F.* New York, London 1960, 465–481 – *Schumacher, J., Vollmer, R.:* »Differenzierungs- und Entdifferenzierungsprozesse im Familiensystem«. Soziale Differenzierung. Langzeitanalysen zum Wandel von Politik, Arbeit und Familie. Hg.: *Hondrich, K. O.* Frankfurt/M., New York 1982, 210–352 – *Schwarz, K.:* »Eltern und Kinder in unvollständigen Familien«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 10. Jg. 1984, H. 1, 3–36 – *Simmel, G.:* »Die Kreuzung sozialer Kreise«. Soziologie. Bd. 2, 6. Aufl., Berlin 1983, 305–344 – *Snowden, R., Mitchell, G. D., Snowden, E. M.:* Artificial Reproduction: A Social Investigation. London, Boston, Sydney 1983 – *Sorosky, A. D., Baran, A., Pannor, R.:* The Adoption Triangle. Garden City, N.Y. 1979 (deutsche Ausgabe: Zueinander kommen – miteinander leben. Eltern und Kinder erzählen. Reinbek 1982) – *Spanier, G. B., Furstenberg, F. F.:* »Remarriage and Reconstituted Families«. Handbook of Marriage and the Family. Hg.: *M. B. Sussman* u. *Steinmetz, S. K.* New York, London 1987, 419–434 – *Stark, C.:* »Die künstliche Befruchtung beim Menschen«. Gutachten A für den 56. Deutschen Juristentag. Verhandlungen des 56. Deutschen Juristentages Berlin 1986. Bd. 1, München 1986, A7–A58 – *Stauber, M.:* »Künstliche Befruchtung. Psychosomatische und ethische Aspekte«. Psychosozial. 9. Jg., 30, 1986, 7–15 – *Swientek, C.:* »Ich habe

mein Kind fortgegeben« – Die dunkle Seite der Adoption. Reinbek 1982 – *Swientek, C.:* Alleinerziehende – Familien wie andere auch? Zur Lebenssituation von Ein-Eltern-Familien. Bielefeld 1984 – *Swientek, C.:* Die »abgebende Mutter« im Adoptionsverfahren. Bielefeld 1986 – *Tyrell, H.:* »Familie und gesellschaftliche Differenzierung«. Familie wohin? Hg.: *Pross, H.* Reinbek 1979, 13–77 – *Tyrell, H.:* »Soziologische Überlegungen zur Struktur des bürgerlichen Typus der Mutter-Kind-Beziehung«. Lebenswelt und soziale Probleme. Hg.: *Matthes, J.* Frankfurt/M., New York 1981, 417–428 – *Tyrell, H.:* »Literaturbericht«. Nicht-eheliche Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Hg.: Bundesminister für Jugend, Frauen, Gesundheit. Stuttgart 1985, 93–140 – *Visher, E. B., Visher, J. S.:* Stiefeltern, Stiefkinder und ihre Familien. Probleme und Chancen (Original: Stepfamilies: A Guide to Working with Stepparents and Stepchildren. New York 1979). München, Weinheim 1987 – *White, L. K., Booth, A.:* »The Quality and Stability of Remarriages: The Role of Stepchildren«. American Sociological Review. 50. Jg. 1985, 689–698

Christine Clason

Die Einelternfamilie oder die Einelterfamilie?

1. Problemstellung und Begriffsbestimmung im historischen Rückblick

Wenn man über die Einelternfamilie spricht, so geschieht dies fast immer emotional; in bezug auf die Familie ist man üblicherweise sofort »engagiert«, vielleicht in stärkerem Maße und auch direkter als dies bei jedem anderen Themenbereich menschlichen Zusammenlebens der Fall ist. Die Einelternfamilie wird dabei als eine abweichende Familienform, die Elternfamilie (oder auch: konjugale Familie) als die normale angesehen, als das Bestmögliche oder aber als das »kleinste Übel« empfunden. Auch diejenigen, die behaupten, sie lehnen die Familie ab, tun dieses in der Regel nicht, weil sie die in »die Familie« gesetzten Erwartungen nicht bejahen, sondern weil sie der »Familie« vorwerfen, diesen Erwartungen nicht zu genügen. Man wünscht sich neue Formen des Zusammenlebens, um diese Erwartungen hinsichtlich Ehe, Partnerschaft und Eltern-Kindbeziehungen verwirklichen zu können. Obwohl es immer noch einen gewissen Konsens in bezug auf die Familie gibt, ist doch immer unklarer geworden, worüber man denn faktisch diskutiert, schreibt oder liest, wenn von der Familie oder von Familien die Rede ist. Im folgenden soll zunächst auf den Begriff der Einelternfamilie eingegangen werden.

In Wörterbüchern wurde lange Zeit in bezug auf die Familie nur ein Wort verzeichnet: »die Familie«. »Die Familie« steht hier stellvertretend für »Vater, Mutter und Kinder« und zweitens für »Geschlecht, Sippe und sämtliche Verwandte«. In letzter Zeit wird neu unterschieden zwischen der »Familie« und der »Einelternfamilie« (etwa Wahrig Deutsches Wörterbuch, 1981). Ein »Elter« wird jedoch noch immer als »Elternteil« umschrieben, »Eltern« aber als »Vater und Mutter«. Wissenschaftliche Studien verzeichneten immer schon, neben der »Familie«, die »Großfamilie«, die »Kleinfamilie« oder die »Kernfamilie«. Daneben gab es einzelne, je nach Anzahl und Geschlecht der (Ehe-)Partner, dem Wohnsitz usw. unterschiedliche, besondere Kennzeichnungen. Auch wurden aus der Alltagssprache übernommene Bezeichnungen verwendet, wie etwa »unvollständige Familie«. Die Wissenschaft war sich demnach schon länger der Tatsache bewußt, daß mehrere Familienformen möglich sind und existieren. Man war jedoch anscheinend nicht dazu fähig, sich vom gesellschaftlichen Konsens und den darin enthaltenen, normativen Werten zu lösen (vgl. auch *Hoffmann-Riem* in diesem Band). Man vermochte aus diesem Grunde nicht, Familienformen nach der Anzahl und dem Geschlecht der Eltern zu unterscheiden.

Neuerdings wird in Studien nun doch in gewisser Hinsicht differenziert, und zwar aufgrund der Elternzahl, d.h. man unterscheidet zwischen »Elternfamilie« einerseits und »Einelternfamilie« oder »Ein-Elternteil-Familie« andererseits, wobei die Zugehörigkeit zur Familieneinheit durch die Zahl der beteiligten Eltern bestimmt

wird (entweder Mutter *oder* Vater)[1]. Diese neue wissenschaftliche Benennung setzt aber nach wie vor voraus, daß die »Elternfamilie« aus zwei Eltern (= Mutter und Vater) besteht und die »Eineltern-« oder »Ein-Elternteil-Familie« (= Mutter und Vater) aus »unvollständigen« oder »reduzierten« Eltern. Implizit wird damit ausgesagt, daß es sich um jeweils prinzipiell ungleichwertige Familienformen handele: die Elternfamilie ist die Norm, die Einelternfamilie dagegen eine davon abweichende Form. »Einelter«familien hat es im übrigen – sozialhistorisch rückblickend – immer gegeben. Sollte es eine Urform der menschlichen Familie gegeben haben, so ist sogar anzunehmen, daß diese die »Einelter«familie war, denn solange die Menschen den Zusammenhang von heterosexuellen Geschlechtsverkehr einerseits und Konzeption und Geburt eines Babys andererseits nicht kannten, gab es nur die »Elterschaft«[2] der Frau, basierend auf dem biologisch geprägten Mutter-Sein. Die Familie bestand demnach zunächst aus einer Mutter und ihrem/-en biologischen Kind/ern, was nicht heißt, daß solche Familien nicht in größeren Gruppen oder in Haushalten mit noch anderen Personen zusammenlebten. Ehe, »Elterschaft« des Mannes und die auf der Ehe beruhenden Familienformen sind demzufolge also keine biologischen Notwendigkeiten, sondern sie sind gesellschaftlich determiniert. Die soziale »Elterschaft« der Frau dagegen basiert auf ihrer biologischen Mutterschaft, auch wenn das Stillen der Kleinstkinder nicht unbedingt von der eigenen biologischen Mutter übernommen werden muß.

Die »Einelter«familie ist also – wie bereits betont – gewiß keine neue Erscheinung. Neu ist nur das besondere Interesse, das den »Einelter«familien seit Beginn dieses Jahrhunderts entgegengebracht wird. Dieses Interesse ist Folge des sich auf ideologischer Ebene durchsetzenden Ergänzungstheorems, d.h. es resultiert aus den Vorstellungen, daß Frau und Mann, Ehefrau und Ehemann, Mutter und Vater sich ergänzende Einheiten darstellen.

Ferner waren im Hinblick auf die Familie während des fortschreitenden 19. Jahrhunderts zwei zusammenhängende Trends immer bedeutsamer geworden: Zum einen die Bewertung der Gattenfamilie als einer unabhängigen Einheit und als Haushalt von Mutter, Vater und Kind(ern) und zum anderen die wachsende Sorge um das Kind, welches als »zartes Geschöpf« anerkanntermaßen die besondere Pflege und Erziehung durch die Eltern benötigt, um sich zu einem »vollwertigen Menschen« entwickeln zu können. Auf diesem Hintergrund wurde die Existenz von »Einelter«familien zwangsläufig immer mehr zum Signal für Normverlust, Anomie und vor allem für die Gefährdung der gesunden Entwicklung von Kindern.

Bis zu dieser einsetzenden Entwicklung hat es eine Vielfalt unterschiedlicher Haushaltsformen gegeben, wobei die Zugehörigkeit nicht ausschließlich durch verwandtschaftliche Verbindungen geregelt war. Große Haushalte setzten sich z.B. zusammen aus Erwachsenen und Kindern, Verwandten und Nichtverwandten,

1 Dieser Unterschied wird nicht immer gemacht. Im »Lexikon zur Soziologie« wird z.B. zwischen »Gattenfamilie« (»der moderne Typ der Kernfamilie«), der »erweiterten Familie« (»... also nicht nur Vater, Mutter und Kind«) und der »unvollständigen Familie« unterschieden.

2 Das Wort »Elterschaft« kennt die deutsche Sprache übrigens (noch?) nicht; weder die Umgangssprache, noch das wissenschaftliche Fachjargon verzeichnen die Prägung. Verzeichnet werden lediglich die »Elternschaft« = »die Mutter- und Vaterschaft«, und »die Mutterschaft« und »die Vaterschaft«.

Hauspersonal, Hausgästen, Verheirateten, Unverheirateten, Wiederverheirateten, Verwitweten sowie Verheirateten, die vom Partner wegen seiner Berufstätigkeit getrennt lebten oder von ihm verlassen worden waren. Neben der möglichen hohen Zahl an Haushaltsangehörigen ist auch eine starke Fluktuation für jene Familien kennzeichnend gewesen. Hier wurden die Kinder, auch die Kleinstkinder von den eigenen Eltern bestimmt nicht nur – und auch nicht an erster Stelle – betreut und erzogen (u.a. *Aries*, 1960).

Erst nachdem der Gattenhaushalt und die Gattenfamilie zur Norm wurden und immer mehr Menschen in dieser Form zusammenwohnten, gingen die unmittelbare Betreuung und die Erziehung der Kinder in den ausschließlichen Aufgabenbereich und die Verantwortung der Eltern über (vgl. hierzu auch den Beitrag von *Mitterauer* in diesem Band). Neben der daraus folgenden wachsenden »Besorgnis« um die »Einelter«familie setzten in jener Zeit folgende Veränderungs- und Differenzierungsprozesse zwischen den »Einelter«familien ein:

a. »Einelter«familien wurden je nach ihrer Entstehungsgeschichte unterschiedlich bewertet: Entstanden sie durch den Tod eines Elternteiles (sei es durch den des leiblichen, des Adoptiv- oder Stiefelternteiles), wurden sie gesellschaftlich als Schicksal akzeptiert. Trennung, Verlassen der Ehegemeinschaft, Ehescheidung sowie nichteheliche Mutterschaft wurde hingegen so negativ bewertet, daß Schuldgefühle bei den Familienangehörigen, auch bei den Kindern, ausgelöst wurden. Die »Einelter«familie, die durch andauernde berufliche Abwesenheit des Vaters faktisch gegeben, wenn auch nicht gesetzlich als solche anerkannt war, wurde als Notwendigkeit akzeptiert.
b. Der soziale und psychische Druck, wieder bzw. überhaupt zu heiraten, nahm für den alleinerziehenden Elter der »Einelter«familie zu.
c. Wurde im 19. Jahrhundert bei Ehescheidung die Vormundschaft für das Kind fast ausschließlich dem Vater oder einem anderen männlichen Verwandten zugesprochen, so änderte sich diese Regelung im 20. Jahrhundert zugunsten der Mutter. Die neue Bestimmung wurde aber weniger zu einem Recht der Frau als vielmehr zu einer Pflicht der Mutter.
d. Die Tätigkeiten von Frauen konzentrierten sich immer stärker auf den Haushalt. Berufstätigkeit außerhalb der Familie wurde zunehmend für die Entwicklung der Kinder als abträglich bewertet und als Indikator für das Versagen des Ehemannes seinen Familienpflichten gegenüber.

Diese Veränderungen im Hinblick auf Ehe, Elter(n)schaft und Kind-Sein hatten ebenfalls ihre Auswirkungen auf die Wissenschaft und diese wiederum verstärkte vorhandene Tendenzen. Vor allem die Theorien *Freuds*, *Parsons* und *Bowlbys* trugen wesentlich zur Auszeichnung der Gattenfamilie als »die« Familienform der modernen Zeit und der Zivilisation schlechthin bei und damit zur Bewertung der »Einelter«familie als die abweichende, unvollständige und minderwertige Familienform. Doch diese Theorien hätten niemals einen derart großen Anklang gefunden, wäre nicht bereits eine allgemeine Aufnahmebereitschaft für derartige Ideen gegeben gewesen.

Man betrachtete die Zweieltern-Gattenfamilie als ein funktionelles System, geschaffen für die Versorgung und Erziehung von Kindern. Dabei wurden Frau und

Mann unterschiedliche Möglichkeiten und Fähigkeiten zugeschrieben und sie hatten, damit das System funktionierte, unterschiedliche Aufgaben und Rollen zu übernehmen. Daraus leitete sich die Konzentration des Interesses auf die Ursachen des Entstehens von »Einelter«familien und die schädlichen Folgen für die Entwicklung des in solchen Familien aufwachsenden Kindes ab.

2. Bisherige Untersuchungsbefunde zum Problem der »Einelter«familie

Einleitend sei betont: Die im vorigen Abschnitt skizzierten Veränderungen in bezug auf die »Einelter«familie durch die Entstehung der »Gattenfamilie« gelten z.T. auch für die Gegenwart: Noch immer werden Ehescheidung, Trennung und nichteheliche Mutterschaft mit Schuld assoziiert.
Allerdings hat der soziale und psychische Druck, wieder oder überhaupt eine Zweielternfamilie einzugehen, etwas nachgelassen, doch das Sorge»recht« wird nach wie vor als Pflicht der Mutter betrachtet, auch wenn es aufgrund des Gesetzes bei Ehescheidung dem Vater zugesprochen werden kann.
Die Rolle des Ernährers ist weiterhin noch die wichtigste Rolle des Vaters in der Familie, auch wenn die Übernahme dieser Rolle zunehmend von der Mutter erwartet wird.
Kaum mehr Gültigkeit dagegen besitzt auf ideologischer Ebene das »Ergänzungstheorem«, d.h. der »Wert« eines Individuums wird nicht mehr ausschließlich aus der Vorstellung einer Dyade von Mann und Frau abgeleitet und dementsprechend bewertet.
Unverändert gilt ferner die Annahme: die Abwesenheit eines der beiden Elternteile wirke sich nachteilig auf die Entwicklung des Kindes aus.
Zur Prüfung dieser These wurden inzwischen eine Reihe von empirischen Erhebungen durchgeführt (auf ihre methodischen Mängel und Probleme wird im nächsten Abschnitt eingegangen), die vor allem die Auswirkungen auf die Sozialisation der Kinder bei Abwesenheit des Vaters auf verschiedenen Ebenen untersuchten.
So behauptete z.B. *Bowlby* (1946), daß »Einelter«familien kriminelles Verhalten vorprogrammierten. *Glueck* und *Glueck* (1950) stellten einen solchen Zusammenhang für Jungen fest. Sie versuchten (1962) ein Untersuchungsinstrument herzustellen, mit dem sich die zu erwartende Kriminalität bei Jugendlichen vorhersagen ließe. Sie stellten bei ihrer Untersuchung eine Reihe von Faktoren aus dem Familienbereich fest, die einen Einfluß auf das Vorkommen der Jugendkriminalität haben. Doch wurde der Erziehungsstil der anwesenden Mutter als wichtiger ermittelt als die Abwesenheit des Vaters.
So prädisponieren ein rigider Erziehungsstil, Indifferenz dem Sohn gegenüber, aber auch eine negative Arbeitsmoral des Vaters zu kriminellem Verhalten und weniger dessen bloße Abwesenheit.
Spätere Sekundäranalysen dieser Daten führten zu der Schlußfolgerung, daß vor allem die Atmosphäre innerhalb der Familie wichtiger ist als die An- oder Abwesenheit des Vaters im Hinblick auf das mögliche kriminelle Verhalten von Jugendlichen (*Burchinal* 1964; *Craig/Glick* 1963; *Herzog/Sudia* 1973; *Murchison* 1974). Trotz

dieser Untersuchungsbefunde wird immer wieder davon ausgegangen, daß das Aufwachsen in einer »Einelter«familie kriminelles Verhalten zur Folge habe (z.B. *Feger,* 1969; vgl. zu diesem Themenbereich ebenfalls die kritischen Anmerkungen bei *Peters* in diesem Band).

Unter den kriminellen Jugendlichen läßt sich ferner eine Überrepräsentation von Mädchen aus »Einelter«familien feststellen (u.a. *Datesman/Scarpati* 1975; *Austin* 1978), doch läßt sich der Tatbestand der Kriminalität eher aus der wirtschaftlichen Lage dieser Familien erklären. So ist diese häufig mit einer sozialen Umgebung verbunden, die wenig oder weniger positive Entwicklungsanreize bietet (*Herzog/Sudia* 1973; *Kriesberg* 1970; *Blechman* 1982).

Etliche Forscher gelangen zu den Schlußfolgerungen, daß für Kinder aus »Einelter«familien einerseits die Chance, mit der Polizei in Berührung zu kommen, größer, andererseits aber die Möglichkeit, daß das Verfahren gegen sie eingestellt wird, kleiner ist.

Diese Tatsache wird ebenso mit der schlechten wirtschaftlichen Lage der »Einelter« familie sowie den sterotyp negativen Erwartungen erklärt (z.B. *Nye* et. al., 1958).

Emotionsprobleme und vor allem Probleme in der Entwicklung der Geschlechtsidentität wurden erstmals in Untersuchungen von *Lynn* und *Suwry* (1959) und *Tiller* (1957, 1961) dargestellt.

In Fischerdörfern, wo praktisch alle Männer über Monate hinweg abwesend waren, zeigte sich bei den Jungen eine rigide überstereotype Geschlechtsidentität. Spätere Untersuchungen, die sich mit Kindern beschäftigten, deren Väter abwesend, aber in deren Umgebung andere Männer anwesend waren, zeigten, daß sich eine solche Entwicklung unter diesen Umständen nicht ergab (*Aldous* 1972).

Dennoch wird immer wieder darauf hingewiesen, daß das Leben in »Einelter«familien bleibende emotionale Schäden nach sich ziehen würde, vor allem in Hinblick auf die Geschlechtsidentität, und daß bei Jungen durch Ehescheidung bzw. Trennung besonders die Identifizierung mit der männlichen Rolle erschwert würde (z.B. *Lynn* 1974).

Das Leben in »Einelter«familien wird häufig mit schlechten Schulleistungen und geringen Erfolgsaussichten im Erwachsenenalter assoziiert. Einige Untersuchungen versuchen den Zusammenhang zwischen der »Einelter«erziehung und dem geringeren Erfolg in der Schule im Vergleich zur »Zweieltern«erziehung zwar zu belegen, aber bei genauerer Analyse wird deutlich, daß noch weitere Faktoren zu berücksichtigen sind und daß vor allem auch hier wieder die unsichere wirtschaftliche Lage gerade bei der durch Trennung oder Scheidung entstandenen Mutterfamilien eine bedeutende Rolle spielt (*Blechman* 1982; *Büchler* 1978; *Shinn* 1978; *Herzog/Sudia* 1973).

Nicht weniger einflußreich sind aber auch die durch die Lehrer an diese Kinder herangetragenen Erwartungen, vor allem wenn diese von Anfang an davon ausgehen, daß Kinder aus »Einelter«familien weniger leistungsfähig sind.

Weiterhin lassen sich bei Lehrern häufig Erwartungsambivalenzen feststellen. Sie gehen nämlich davon aus, daß diese Kinder mehr leisten könnten, wenn sie belastbarer wären. Doch ob sie belastbar sind, wird nicht überprüft (*Santrock/Tracy* 1978; *Bendkower/Oggenfuss* 1980).

3. Methodische Probleme

Immer wieder wurde durch empirische Erhebungen versucht, Vergleiche zwischen den Daseinsformen der Kinder aus »Einelter«familien und den aus »Zweieltern«familien zu ziehen und den aus der »Einelter«erziehung vermuteten Sozialisationsdefiziten nachzugehen. Doch alle vorliegenden Ergebnisse belegen diese Defizit-Annahme nicht eindeutig, da die methodischen Durchführungen der Untersuchungen anfechtbar sind (u. a. *Blechman* 1982; *Herzog/Sudia* 1973).
Gleichzeitig muß jedoch auch betont werden, daß es de facto schwierig ist, derartige Untersuchungen methodisch zu planen und durchzuführen wegen der Vielzahl und Unkontrollierbarkeit aller relevanten Faktoren.
Ab wann spricht man überhaupt von einem Leben in einer »Einelter«- bzw. »Zweieltern«familie? Ist eine »Einelter«familie mit einem neuen Partner des Elters eine »Zweieltern«familie? Wann spricht man überhaupt von Abwesenheit der Mutter oder des Vaters? Gilt dies nur im Todesfall eines Elternteils, oder auch wenn ein Elternteil längere Zeit im Gefängnis ist oder auch bei beruflich bedingter Abwesenheit von Mutter oder/und Vater? Nach wieviel Jahren oder Monaten läßt sich von einem Leben in einer »Einelter«- bzw. »Zweieltern«familie sprechen? Ist nicht insbesondere das Alter des Kindes beim Entstehen der »Einelter«- bzw. »Zweieltern«familie relevant? Wie mißt man die sozial-wirtschaftliche Lage und den Status der Familie, besonders der »Einelter«familie? Wie mißt man den Lebensstil und die soziokulturellen Erwartungen, wie die objektiven Arbeitsmöglichkeiten des alleinerziehenden Elters, um Geld zu verdienen – man denke hierbei an den nach Geschlecht segregierten Arbeitsmarkt oder auch die Möglichkeit, Geld zu sparen durch eigene Hausarbeit, Hilfeleistungen von Verwandten und Bekannten usw.?
In neueren Untersuchungen wird deutlich, daß diesem Problem Rechnung getragen wird. Zum einen wird versucht, zu einer besseren Kontrolle und zur besseren Operationalisierung relevanter Faktoren durch strenge quantitative methodische Planung der vorzunehmenden Untersuchungen zu gelangen (*Hetherington* 1976; *Hetherington* et. al. 1979, 1982; *Hunt/Hunt* 1975, 1977; *Bosman/Louwes* 1988), zum anderen soll durch die Wahl von qualitativen Methoden ein besserer Einblick in das Funktionieren von (»Einelter«-)Familien gewonnen werden unter Berücksichtigung der jeweils unterschiedlichen Positionen der Betroffenen, insbesondere der der alleinerziehenden Mütter (*Napp-Peters* 1985; *Gutschmidt* 1986).
Kritisch zu den vorhandenen Untersuchungen wäre ferner anzumerken, daß ihre Stichprobe sich überwiegend auf Jungen, weniger auf Mädchen beziehen und daß es nur wenige Studien über die Auswirkungen der mütterlichen Abwesenheit auf die Sozialisation der Kinder gibt. Das mag mit der besonderen Bedeutung, die man dem Vater beimißt zusammenhängen und/oder weil im Vergleich zu Mutterfamilien, die Vaterfamilien einen sehr geringen Teil der »Einelter«familien – zumeist mit wenigen und hauptsächlich älteren Kindern – ausmachen. Im übrigen bestehen sie auch zumeist nur kurze Zeit.[3]

3 In 1985 sind 12% der Familien mit minderjährigen Kindern »Einelter«familien (*Poeschl,* 1987) und zirka 10% dieser Familien sind Vaterfamilien (*Gutschmidt,* 1986).

4. Aspekte der heutigen Forschung zur »Einelter«familie

Neben der stärkeren Beachtung der methodischen Probleme werden aber auch neue Themen in bezug auf die »Einelter«familie behandelt.

4.1. Demographische Veränderungen

Einerseits wird die ansteigende Zahl der für eine gewisse Zeit in »Eineltern«familien lebenden Kinder hervorgehoben (*Glick* 1979; *Clason* 1980, 1986), andererseits aber gleichzeitig betont, daß der Anteil der in »Einelter«familien lebenden Kinder proportional immer groß war, verschoben haben sich nur – wie bereits betont – die Ursachen, die zur Entstehung von »Einelter«familien geführt haben. *Bane* (1976) weist für die Vereinigten Staaten nach, daß im Zeitraum von 1899–1950 der Anteil der »Einelter«familien abgenommen hat, und zwar durch sinkende Sterblichkeitsziffern und sinkende Kinderzahl pro Familie. *Essen* und *Lambert* (1977) verglichen Daten aus Großbritannien (Longitudinalstudien) und stellten fest, daß der Anteil der aus Ehescheidung hervorgegangenen »Einelter«familien in der Zeit von 1946 bis 1974 nicht zugenommen hat. Tendenziell heiraten immer weniger »Eineltern« (wieder) oder mit anderen Worten: Immer weniger von ihnen gehen nochmals eine standesamtliche Ehe ein. Bei der Wiederverheiratungsrate ist der Anteil der »Einelter«-Väter höher als der der »Einelter«-Mütter.
Die Zahl der »Einelter«familien aufgrund von lediger Mutterschaft ist seit Beginn dieses Jahrhunderts gesunken; sie nimmt jetzt wieder etwas zu, da diese Lebensform heute als mögliche, bewußt getroffene Wahl anerkannt wird.

4.2. Die Eltern als Einzelperson

Studien zur Verwitwung und zur Ehescheidung sind nicht neu. Immer aber wurde dabei die Witwe bzw. der Witwer und die/der Geschiedene nicht als eine selbständige Einzelperson, sondern als Teil eines Paares – also defizitär – gesehen. Erst langsam rückten die betroffenen Erwachsenen als Einzelpersonen häufiger in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Wichtig in diesem Zusammenhang sind die Studien, die sich mit den unterschiedlichen sozialbedingten Positionen der geschiedenen Eltern (*Weitzman* 1985) und mit dem weiteren Lebenslauf von Witwen (*Shamgar-Handelman* 1986) beschäftigten. Auch wenn diese beiden Untersuchungen thematisch unterschiedlich sind, so kommen sie dennoch aufgrund ihrer empirischen Ergebnisse zu der übereinstimmenden Schlußfolgerung, daß die Lage von Frauen in der »Einelter«familie zumeist recht aussichtslos ist und daß die Gesellschaft den Frauen wenig Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Situation bietet. Die Ursache wird in der nach Geschlecht segregierten Gesellschaftsordnung gesehen, die sich in allen Lebensbereichen auswirkt: auf dem Arbeitsmarkt, in den Erwartungen, die von seiten der Behörden, der Verwandten, der Schule usw. gestellt werden. Weiterhin wirken verursachend: das unterschiedliche tagtägliche Verhalten, das unterschiedliche Denken, die unterschiedlichen Möglichkeiten, sich durch Berufsarbeit Geld, Güter und Rechte zu erwerben, vor allem aber die unterschiedliche

Macht und die unterschiedlichen Machtquellen von Mann und Frau. Somit bedeutet Elternschaft für Frau und Mann etwas grundsätzlich Verschiedenes: Mutterschaft wird nur Pflicht, Vaterschaft bleibt eine Wahl.
Anscheinend sind sich auch Kinder dieser Tatsache bewußt. *Ambert* (1982) z.B. untersuchte Mutter- und Vaterfamilien und richtete ihr Forschungsinteresse auf das Verhalten der Kinder gegenüber ihrem jeweiligen Elter.
Kinder aus Mutterfamilien, so stellte sich heraus, erwarten von der Mutter, daß sie für sie da ist. Sie sind mit ihrer Situation unzufrieden und machen die Mutter dafür verantwortlich. Kinder aus Vaterfamilien sind sich dagegen bewußt, daß der Vater sich freiwillig für die Übernahme der Erziehung und Versorgung entschieden hat, und sie sind ihm für alles, was er für sie macht, dankbar.
Um es noch einmal zu betonen: die finanzielle Lage der alleinerziehenden Mütter ist schlechter als die der alleinerziehenden Väter: sie erfahren weniger Hilfe und Anerkennung durch andere, ja selbst die Kinder erwarten mehr und anderes von ihnen als von ihren Vätern. Dieser Katalog der Ungleichheit ließe sich noch um Vieles ergänzen.

4.3. Das Sorgerecht bei der Ehescheidung

Das Sorgerecht wird im Falle der Ehescheidung hauptsächlich den Müttern zugesprochen, auch wenn es Tendenzen gibt, die Väter stärker zu berücksichtigen (vgl. *Rottleuthner* in diesem Band). Besonders in den USA hat das gemeinsame Sorgerecht der Eltern sowie das alleinige des Vaters quantitativ zugenommen.
Die hierbei gesammelten Erfahrungen liefen den vermuteten Erwartungen zuwider, denn ein großer Teil der Kinder, deren Vätern das Sorgerecht erteilt worden war, lebte nach einiger Zeit wieder dauerhaft bei der Mutter.
Auch beim gemeinsamen Sorgerecht stellte sich in der Praxis heraus, daß die Verantwortung für die Kinder und die damit verbundene Arbeit letztlich doch auf der Mutter lastete. Untersuchungen belegen, daß Frauen stärker dazu neigen, den offenen Konflikt zu vermeiden und daß Männer gerade das Sorgerecht deshalb dazu benutzen, um von den Frauen Zugeständnisse in bezug auf Unterhaltszahlungen für sie und die Kinder zu verlangen.

4.4. Sozialplanung und Gesetzgebung

Sozialplanung und Gesetzgebung sind wichtige Elemente bei der Schaffung von Möglichkeiten für die Eltern, für sich und ihre Kinder sorgen zu können. Es geht hierbei nicht nur um die Sicherstellung der finanziellen Grundlage einer Familie, sondern auch um die der psychischen und physischen Versorgung.
Eine Sozialplanung, die die gleichen Rechte und Pflichten für Frauen und Männer propagiert, ohne zu berücksichtigen, daß die Gesellschaft an Frauen und Männer völlig unterschiedliche Erwartungen stellt, verschlechtert die Familiensituation ganz allgemein, aber die der »Einelter«familie ganz besonders. Insbesondere für Mütter mit ihren Kindern sind die Probleme am größten.
Viele Untersuchungen setzen sich genau mit diesem Aspekt auseinander. Ferner

werden Lösungswege für die Problembereiche der Kinderbetreuung, Hausarbeit, außerhäusliche Erwerbstätigkeit, Berufsarbeit, Sozialhilfe etc. gesucht.

4.5. Die Anerkennung der Familienformen

Obwohl auf der normativen Ebene die »Einelter«familie an der »Zweieltern-Gatten«familie gemessen wird und sich mißt, wird aus Untersuchungen deutlich, daß in der Realität für beide Familienformen eine große Variationsbreite gilt. Trotz dieser Vielfältigkeit von Familientypen sind es aber überall die gleichen Faktoren, nämlich die häusliche Atmosphäre, die Finanzlage, der Lebensstil, die kulturellen Erwartungen, die für die Sozialisation der Kinder ausschlaggebend sind.

5. Schlußbetrachtungen

Familien werden nach wie vor als Systeme mit den entsprechenden funktionellen Aufgaben – besonders im Hinblick auf die Sozialisation von Kindern – definiert. Diese Annahme wird jedoch weder auf theoretischer Ebene systematisch ausgearbeitet, noch empirisch überprüft. Zur Untersuchung der Entwicklung der Kinder und den möglichen schädlichen Folgen werden vielmehr die Theorien *Freuds* und der Psychoanalyse, die soziale Lern-Theorie, die Theorie der kognitiven Entwicklung u. a. m. herangezogen.
Auf das Problem der »Einelter«familie zugeschnittene Theoriebildung und -überprüfung werden bisher ebenfalls nicht konkret vorangetrieben und stellen bisher auch nirgends Forschungsschwerpunkte dar, wie die Beiträge der Europäischen Konferenz über die »Einelter«familien zeigen (*Deven/Cliquet* 1986).

Literatur

Aldous, J.: »Children's perception of adult role assignment, father-absence, class, race and sex influences«. Journal of Marriage and the Family. 1972, 58–75 – *Ambert, A. M.:* »Differences in children's behavior toward custodial mothers and custodial fathers«. Journal of Marriage and the Family. 1982, 73–87 – *Aries, Ph.:* L'Enfant et la vie familiale sous l'ancien regime. Paris 1960 – *Austin, R. L.:* »Race, father-absence, and female delinquency«. Criminology: an interdisciplinary journal. 1978, 487–504 – *Bane, M. J.:* »Marital disruption and the lives of children«. Journal of social issues. 1976, 103–118 – *Bendkower, J.* u. *Oggenfuss, F.:* »Scheidungskinder und Schule«. Familiendynamik. 1980, 242–272 – *Blechmann, E. A.:* »Are children with one parent at psycholocial risk? A methodological review«. Journal of Marriage and the Family. 1982, 179–195 – *Bloom, B. L., Asher, S. J.* u. *White, S. W.:* »Marital disruption as a stressor: a review and analysis«. Psychological bulletin. 1978, 867–894 – *Bosman, R.* u. *Louwes, W.:* »One-parent and two-parent families and school-careers«. Mens en maatschappij. 1988, 2–24 – *Bowlby, B.:* Forty-four juvenile thieves: their characters and home life. London 1946 – *Buechler, P.:* »Kinder aus unvollständigen Familien: Eine literarisch-empirische Vorstudie«. Schweizer Soziologie. 1978, 33–69 – *Burchinal, L. G.:* »Characteristics of adolescents from unbroken, broken and reconstituted families«. Journal of Marriage and the Family. 1964, 44–51 – *Clason, C. E.:* »The one-parent family: the Dutch situation«. Journal of comparative family studies. 1988, 3–17 – *Clason, C. E.:* »One-parent families in the Netherlands«. One-parent families in Europe. Hg. *Deven, F.* u. *Cliquet, R. L.:* Den Haag/Brussel

1986 – *Craig, M. M.* u. *Glick, S. J.:* »Ten years' experience with the Glueck Social Prediction Table«. Crime and Delinquency. 1963, 249–261 – *Datesman, S. K.* u. *Scarpetti, F. R.:* »Female deliquency and broken homes: a reassesment«. Criminology. 1975, 33–53 – *Deven, F.* u. *Cliquet, R. L.*, Hg.: One-parent families in Europe. Den Haag/Brussel 1986 – *Essen, J.*, u. *Lambert, L.:* »Living in one-parent families: relationships and attitudes of 16-year-olds«. Child: care, health and development. 1977, 301–318 – *Feger, G.:* »Die unvollständige Familie und die Jugendkriminalität«. Familie und Jugendkriminalität. Hg. *Wuertenberger, Th.*, Stuttgart 1969 – *Fuchs, W.* et al.: Lexikon zur Soziologie. 2. Aufl. Opladen 1988 – *Glick, P. C.:* »Children of divorced parents in demographic perpective«. Journal of social issues. 1979, 170–183 – *Glueck, S.* u. *Glueck, E.:* Unravelling juvenile delinquency. Cambridge MA 1950 – *Glueck, S.* u. *Glueck, E.:* Family environment and delinquency. Boston 1962 – *Gutschmidt, G.:* Kind und Beruf, Alltag alleinerziehender Mütter. Weinheim/München 1986 – *Hetherington, E. M.:* »Divorce, A child's perspective«. American psychologist. 1979, 851–859 – *Hetherington, E. M., Cox, M.* u. *Cox, B.:* »Divorced fathers«. The family coordinator. 1976, 417–428 – *Hetherington, E. M., Cox, M.* u. *Cox, B.:* »Stress and coping in divorce: a focus on women«. Psychology and women in transition. Hg. *Cullahorn, J.* 1979, 95–128 – *Hetherington, E. M., Cox, M.* u. *Cox, B.:* »Effects of divorce on parents and children«. Nontraditinal families: parenting and child development. Hg. *Laub, M. E.*, 1982, 233–289 – *Herzog, E.* u. *Sudia, C. E.:* »Children in fatherless families«. Review of child development research. Hg. *Caldwell, B.* u. *Richutti, N.*, Chicago 1973, 141–232 – *Hunt, J. G.* u. *Hunt, L. L.:* »Race and the father-son connection: the conditional relevance of father absence for the orientations and identities of adolescent boys«. Social Problems. 1975, 35–52 – *Hunt, J. G.* u. *Hunt, L. L.:* »Race, daughters and father-loss: does absence make the girl grow stronger?«. Social Problems. 1977, 90–102 – *Kriesberg, L.:* Mothers in poverty. A study of fatherless families. Chicago 1970 – *Lynn, D. B.:* The father: his role in child development. Monterey California 1974 – *Lynn, D. B.* u. *Sawry, W. I.:* »The effects of father-absence on Norwegian Boys and Girls«. Journal of abnormal and social psychology. 1959, 258–262 – *Murchison, M.:* »Illustrations of the difficulties of some children in one-parent families«. Report of the committee on one-parent families. Hg. *Finer, M.*, London 1974, 364–387 – *Napp-Peters, A.:* Ein-Elternteil-Familien. Soziale Randgruppen oder neues familiales Selbstverständnis. Weinheim/München 1985 – *Nye, F. I., Short, J. F.* u. *Olson, V. J.:* »Socioeconomic status and delinquent behavior«. American journal of socilogy. 63. 1958, 381–389 – *Poeschl, H.:* »Haushalte und Familien 1985. Ergebnisse des Mikrozensus«. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen 1987. 488–496 – *Santrock, J. W.* u. *Tracy, R. W.:* »Effects of children's family structure status on the development of stereotypes by teachers«. Journal of educational psychology. 1978, 754–757 – *Shinn, M.:* »Father absence and children's cognitive development«. Psychological Bulletin. 1978, 295–324 – *Shamgar-Handelman, L.:* Israeli war widows. Beyond the glory of heroism. Massachusetts 1986 – *Tiller, P. O.:* »Father absence and personality development of children in sailor families. A preliminary research report«. Studies of the family. Hg. *Anderson, N.*, Göttingen 1957, 115–137 – *Tiller, P. O.:* Father separation and adolescence. Oslo 1961 – *Weitzman, L. J.:* The divorce revolution. The unexpected social and economic consequences for women and children in America. New York 1985.

Lea Shamgar-Handelman

Verwitwung und Witwenschaft in modernen Gesellschaften

Solange Menschen jung und romantisch sind, haben sie den Wunsch, zusammen mit ihrem Partner sterben zu wollen, wenn die Zeit dafür gekommen ist. Gewöhnlich geschieht dies nicht. In der Realität enden Ehen entweder durch Scheidung oder durch den Tod eines Ehepartners. Welcher Partner verwitwet zurückbleibt und in welcher Phase des Familienzyklus, differiert von Gesellschaft zu Gesellschaft, von einer historischen Periode zur anderen.

Der gewaltige Fortschritt in den medizinischen Wissenschaften hat die Lebenserwartung der Menschen in der westlichen Welt auf 70 bzw. 80 Jahre erhöht. Da die Lebenserwartung von Frauen in diesen Gesellschaften etwas höher liegt als die der Männer, und da diese gewöhnlich jünger als ihre Ehemänner sind, ist für sie die Wahrscheinlichkeit groß, daß sie die letzten Jahre als Witwe verbringen.

Die Witwenschaft, die nicht durch hohes Alter, sondern durch andere Todesursachen entsteht, hat bisher bei Sozialwissenschaftlern und bei verwandten Disziplinen wenig Aufmerksamkeit erregt. Dieser Sachverhalt könnte auf den Optimismus zurückzuführen sein, der durch die medizinischen Fortschritte und durch den Anstieg der Lebenserwartung ausgelöst wurde. Dabei stellt Krebs – als noch unerforschter Bereich der Medizin – den Hauptgrund für den vorzeitigen Tod in Gesellschaften mit einem hohen Grad an medizinischen Versorgungsleistungen dar, und Herzkrankheiten sind die Ursache der meisten vorzeitigen Tode von Männern im Alter ab 40 Jahren. Addiert man zu diesen Ursachen noch die Todesfälle durch Auto-, Arbeitsunfälle sowie durch Gewaltanwendung und durch Kriegsereignisse hinzu, dann ist die Wahrscheinlichkeit der Witwenschaft in einer vergleichsweise frühen Phase des Familienlebens hoch. Dieser Population gilt das Interesse dieses Kapitels.

1. Theoretische Ausgangslage

In der soziologischen Literatur wird die Witwenschaft, wie bereits dargestellt, hauptsächlich im Alterskontext behandelt und als unvermeidlich letztes Stadium im Leben einer Frau betrachtet, weniger als eine unerwartete, sehr viele Jahre umfassende Lebensphase. Sieht man sich sozialwissenschaftliche Enzyklopädien an, z.B. *Gould und Kolb* 1964, *Seligmann* 1931, *Sills* 1968, so haben diese Verwitwung überhaupt als Thema ausgeschlossen, obwohl sie sonst viele Informationen über andere familiensoziologische Themenbereiche enthalten, wie z.B. über »Eheschließung«, »Ehescheidung« und »Elternschaft«. Ebenso wird das Thema Verwitwung in den meisten allgemeinen soziologischen und sogar in familiensoziologischen Einführungswerken ignoriert. Hinzu kommt, daß es den wenigen Arbeiten, die sich zentral mit diesem Thema beschäftigten, an einem konzeptualen Rahmen fehlt. Deshalb war *Lopata* (1973a) der Ansicht, daß der einzige Weg, etwas über das Thema Witwenschaft zu lernen, darin besteht, es selbst zu erforschen. Sie schreibt wörtlich:

»This study resulted from my realization that I knew nothing about what happens to families, particulary to wives, after the death of the husband, in spite of the fact that I had been studying American urban woman for more than twelve years. I soon learned that most literature dealing with family relations does not contain adequate data about widows« (*Lopata* 1973).

Der Zweck dieses Kapitels ist es, »Witwenschaft« als soziales Phänomen und »die Verwitweten« als eine soziale Kategorie mit ihren eigenen Charakteristika darzustellen.

2. Witwenschaft

Mit dem Thema Witwenschaft befassen sich verschiedene Disziplinen, darunter die Psychologie, Psychiatrie, Sozialarbeit und – seltener – die Anthropologie und die Soziologie. Man könnte erwarten, daß jede Disziplin dieses Thema auf ihre eigene charakteristische Weise behandeln würde.
Tatsächlich verwischen sich jedoch die Grenzen zwischen den Disziplinen. Daraus resultiert, daß charakteristische Unterschiede zwischen den Beiträgen unterschiedlicher Disziplinen weder in der Methode, noch im Inhalt deutlich zu erkennen sind. Die Mehrzahl der Arbeiten zum Thema Witwenschaft konzentrieren sich auf das Problem der Trauer und des Trauerfalls, was auf den Einfluß der Werke von *Freud* und *Durkheim* zurückzuführen ist. In seinem berühmten Artikel »Trauer und Melancholie« verglich *Freud* psychopathologische und »gesunde« Reaktionen bei Verlust einer nahestehenden Person (*Freud* 1917/1959). *Durkheim* thematisierte im Zusammenhang mit der generellen Bedeutung von Ritualen auch die Riten der Trauer mit ihren sozialen Bedeutungen (*Durkheim* 1915/1961). Die Mehrzahl der frühen Schüler von *Freud* und *Durkheim* untersuchten dementsprechend ebenfalls vor allem den Prozeß der Verwitwung. Diese Betrachtungsweise hat die Aufmerksamkeit von einer Untersuchung der Verwitweten als eine besondere soziale Kategorie, die ihre eigenen typischen Muster in der Interaktion mit anderen aufweist, abgelenkt. Folglich ist dieser Aspekt der Witwenschaftsforschung völlig vernachlässigt worden, und eher Psychologen als Soziologen haben dieses Forschungsthema bestimmt. Aus diesem Grund dominieren in der Literatur psychologische Interpretationen über soziologischen. Sie thematisieren vor allem die Fähigkeit eines Trauernden, die Tatsache und die Art des Verlustes zu realisieren, oder analysieren die psychischen Unterstützungsleistungen für die Hinterbliebenen (*Rees* 1971). So kann der Trauer-Verarbeitungsprozeß »normal« als auch »pathologisch« sein (*Bowlby* 1961; *Lindemann* 1944), ebenso wie die Wirkung des Verlustes auf den Trauernden (*Bunch* 1972; *Stein/Susser* 1969). Wissenschaftler (gewöhnlich Psychologen) stimmen darin überein, daß die Anpassung des Trauernden an den Verlust ein sequentieller Prozeß ist, der gewöhnlich als »grief-work« (*Lindemann* 1944) bezeichnet wird. Sie stimmen aber selten über den Inhalt und die Anzahl der Verarbeitungsstufen überein (*Eliot* 1955; *Parkes* 1972; *Pollock* 1961). Der Prozeß der Verarbeitung soll einerseits abhängig von den persönlichen Charakteristika des Trauernden sein, andererseits wird er von weiteren Faktoren beeinflußt, wie z. B. vom Akzeptanzgrad des Todes (*Lehrmann* 1956), der Art der Beziehung zwischen

dem Trauernden und dem Verstorbenen (*Waller* 1951), der Möglichkeit, einen Ersatz für ihn zu finden (*Averell* 1968), der Hilfs- und Unterstützungsleistungen für den Trauernden (*Lindemann* 1944; *Maddison/Walker* 1967) u. a. m.

Obwohl die Länge der Trauerarbeit nicht vorherbestimmt werden kann, wird in der Forschung für die Verarbeitung von Trauer im allgemeinen eine Zeit von ca. einem Jahr genannt (*Glick* et al. 1974). Forscher stellten ferner fest, daß – wenn die Trauerarbeit erfolgreich abgeschlossen ist – der Trauernde eine vor der Trauerperiode vergleichbare Aufnahme- und Funktionsfähigkeit wieder erwirbt.

Die erwähnten Arbeiten befassen sich fast ausschließlich mit dem Trauernden selbst. Wenn sie sich überhaupt mit seinem sozialen Umfeld befassen, dann nur im Hinblick auf die Unterstützungsleistungen seiner unmittelbaren Umgebung (Kinder, Familie) für den Trauernden (*Scott* 1967). Diese Sichtweise der psychologischen Verarbeitung eines Todesfalles hat zu einem Anstieg der praktischen Beratungstätigkeiten geführt, deren Zweck es ist, die eigentlichen Ausdrucksformen von Leid, Sorge, Ablehnung usw. als integrale Bestandteile des Verlustes, dem Trauernden verständlich zu machen (*Engel* 1961). Das Fehlen äußerlicher Ausdrucksformen der Trauer – wie Weinen oder Rückzug – wird von denjenigen, die mit Trauernden arbeiten, als eine Verdrängung von Gefühlen sowie als eine Verleugnung der Realität angesehen und deutet ihrer Ansicht nach auf das Fehlen eines Trauerverarbeitungsprozesses hin. Nach diesen Autoren kann der Mangel an Trauerarbeit später psychische oder psychosomatische Leiden nach sich ziehen (*Brewster* 1950; *Deutsch* 1937).

Da diese psychologischen Sichtweisen vor allem von der Praxis, den helfenden Berufen aufgenommen wurden, sind diese Reaktionsformen geradezu zu einer erwarteten Norm geworden. Weil man ferner annimmt, daß der Trauernde, der den Prozeß der Trauerarbeit erfolgreich durchläuft, in der Lage sein wird, selbständig später alle anderen Probleme zu lösen (*Abrahams* 1972; *Silverman* 1963), hat sich im Bereich der Sozialarbeit das Schwergewicht von der Behandlung konkreter Probleme (ökonomische, organisatorische und andere) auf die Behandlung seelisch-emotionaler Probleme verlagert.

Von vielen Forschern wurde im übrigen das Fehlen einer soziologischen Perspektive in bezug auf die Verwitwung festgestellt. So z. B. betonte *Eliot* – einer der ersten, die sich mit dem Thema »Witwenschaft« befaßt haben –, dieses Defizit an empirischen soziologischen Studien bereits früh (*Eliot* 1930a, 1930b). In einem späteren Artikel führte er selbst soziologische Analysen durch und wies auf die Auswirkungen hin, die der Tod eines Mitgliedes auf die familiale Rollenorganisation haben könnte (*Eliot* 1932). Auch in seinen späteren Artikeln erwähnte er hin und wieder Fragen über die soziale Situation von Trauernden, über die Reaktionsformen von Freunden und Fremden gegenüber gerade Verwitweten, über die Veränderungen der Verwandtschaftsbeziehungen usw. Aber alle diese Aussagen basieren nur auf theoretischen Überlegungen (*Eliot* 1955). Obwohl er also den Mangel an empirisch soziologischen Arbeiten zum Partnerverlust selbst so stark betont hatte, hat er selbst nie eine derartige Untersuchung durchgeführt.

In letzter Zeit wurde das Thema »Verwitwung« vor allem von *Glick, Weiss* und *Parkes* (1974) aufgegriffen. In »The First Year of Bereavement« fassen die Autoren

die Ergebnisse einer Studie zusammen, die auf Interviews mit ungefähr 150 Witwen und Witwern basieren. Sie stellen ebenso fest:

»The exploration of the social aspect of bereavement seems to have a brief history. The emotional aspects of bereavement have, however, received more attention« (*Glick* et al. 1974, 6).

Trotz dieses erklärten Ziels werden die sozialen Probleme, die aus der Witwenschaft resultieren, aus einer sehr spezifischen Perspektive behandelt. Die Autoren befassen sich mit vielen sozialen Variablen wie ökonomischen Problemen, Unterstützungssystemen und Kontakten mit Familienmitgliedern und Fremden; aber die Betonung liegt immer auf der Frage, wie diese Variablen die Fähigkeit des Trauernden zur Überwindung der Krise, die durch den Verlust entstanden ist, beeinflussen. M. a. W.: in ihrer abschließenden Analyse fallen die Autoren zurück und diskutieren den Einfluß sozialer Faktoren auf psychologische Prozesse. Niemand kann die Wichtigkeit der Berücksichtigung von sozialen Variablen für die Analyse des Trauerprozesses bezweifeln, jedoch kann dies nicht als ein Ersatz für das Verständnis der Witwenschaft als soziales Phänomen ausreichen.

In der Zeit zwischen dem frühen Werk von *Eliot* und dem späteren von *Glick, Weiss* und *Parkes* wurden einige Analysen durchgeführt, die man als soziologisch orientiert bezeichnen könnte (*Cochrane* 1936; *Kübler-Ross* 1969; *Rosenblatt* et al. 1973). Einige Forscher haben zudem versucht, gleichzeitig psychologische und soziologische Variablen zur Erklärung einiger Phänomene, die mit dem Tod einer nahestehenden Person verbunden sind, in ihre Analyse mit einzubeziehen. *Averill* (1968) sowie *Volkert* und *Michael* (1965) benutzten z. B. Durkheims Analyse der Trauerrituale als eine Grundlage zur Differenzierung zwischen »Kummer« als einen persönlichen Ausdruck von Leid und »Trauer« als einen normativen Ausdruck. Sie stellten fest, daß sich beide Ausdrucksformen auf dasselbe Ereignis beziehen können, daß sie aber nicht notwendigerweise identisch sind oder sich überschneiden müssen. *Spiro* (1967) versuchte anhand einer Analyse der jüdischen Trauerrituale zu zeigen, daß die Gesellschaft psychologische Bedürfnisse des Trauernden anerkennt und Rituale schafft, die diesen Bedürfnissen entgegenkommen und somit die Trauerarbeit erleichtern helfen.

Viele der erwähnten Arbeiten konzentrieren sich darauf, die Zeit unmittelbar nach der Verwitwung unter den verschiedensten Aspekten zu beschreiben, aber sie befassen sich kaum mit dem Status der Witwenschaft als einem fortdauernden sozialen Zustand. Außerdem wurden in der zitierten Literatur nicht die sozialen Mechanismen, die das Verhalten kürzlich Verwitweter kontrollieren und auch nicht diejenigen diskutiert, die die Interaktionsmuster mit der verwitweten Person langfristig determinieren. Deshalb ist *Berardo's* Kritik an der Forschung zur Witwenschaft immer noch aktuell, obwohl sie bereits vor einigen Jahren formuliert wurde:

»It appears that sociological analyses of death, bereavement and widowhood comprise a minute proportion of the literature in this area and all too frequently overlap with the psychological in emphasis. . . . As a consequence, we know a good deal about the personal adjustment process involved and rather little about the sociological features of the bereaved family« (*Berardo* 1968, 4).

Eine Konzentration auf die psychologischen Aspekte der Witwenschaft bei gleichzeitiger Ignoranz der soziologischen Sichtweise führt nach *Berardo* zu Verzerrungen in der Beschreibung des Phänomens der Witwenschaft. Er betont:

»It needs to be emphasized, however, that this orientation is characterized by a gerneral lack of concern with the social life of mourners and with their long-term adjustment« (*Berardo*, 1968, 40).

Um seiner Behauptung Nachdruck zu verleihen, verweist er auf die Kritik *Gorers* zum gleichen Thema:

»... investigators tend to write as though the bereaved were completely alone, with no other occupation in life but to come to terms with and work through their grief (and) ties implicit picture of a solitary (person) who has nothing to do but get over this grief has tended to dominate the literature of the last twenty years« (*Gorer* 1965, 150).

Trotz dieser Gesamtkritik lassen sich einige Arbeiten finden, die spezielle Aufmerksamkeit verdienen, da sie versuchen, Witwenschaft soziolgisch zu betrachten.
Gorer selbst zeichnet in seinem Buch »Death, Grief and Mourning« (1965) den langsamen Abbau des Unterstützungssystems für die Hinterbliebenen innerhalb des letzten halben Jahrhunderts nach. Durch das Verschwinden von Teilen dieses normativen Arrangements wurden diejenigen benachteiligt, die sowohl auf formale als auch auf informale soziale Hilfeleistungen bei der Verarbeitung ihrer Probleme angewiesen waren. *Gorer* zieht aufgrund einer Diskussion über die besonderen Probleme von Witwen aller Altersklassen den Schluß: »There is no place in the British social scene designed for widows« (*Gorer* 1965, S. 102). Um diese Behauptung zu rechtfertigen, beschreibt er britische Rentengesetze, Wohnungsbedingungen, die beruflichen Möglichkeiten für Frauen usw. Durch alle diese Faktoren, so führt er aus, und durch den Abbau allgemeiner sozialer und familialer Normen, die früher die Lebenssituation der Witwen sicherten, bleiben diese heute häufiger verarmt – sozial, wenn nicht sogar finanziell – mit der Bewältigung ihrer neuen Situation allein.
Mit dem Buch »Widows and their Families« (1958) von *P. Marris* bekam die Forschung auf dem Gebiet der Witwenschaft eine neue Richtung. Er untersuchte junge Witwen, die meistens noch kleine Kinder hatten und die durch den Tod ihres Ehemannes nunmehr das »Familienoberhaupt« geworden waren. Marris gibt einen anschaulichen Bericht seiner Ergebnisse, indem er sowohl soziologische als auch die psychologische Perspektive miteinander verbindet und die Bedeutung der Witwenschaft in den unterschiedlichsten Lebensbereichen untersucht, wie in bezug auf die sozialen und familialen Kontakte, die ökonomischen Bedingungen und Reaktionen auf den Verlust. In seinem späteren Buch »Loss and Change« (1974) analysiert *Marris* Witwenschaft (und zwar als ein Beispiel von »Verlust« innerhalb einer ganzen Reihe von »Verlustarten«) als ein Phänomen, das Veränderungen verursacht bis hin zur Zerstörung der Identität.
Trotz Berücksichtigung sowohl der soziologischen als auch der psychologischen Sichtweise, basieren die meisten Schlußfolgerungen von *Marris* auf einer psychologischen Interpretation. Leider unterzog er seine Daten keiner allgemeineren und systematischeren soziologischen Analyse, obwohl diese Daten sich sehr gut zu einer solchen hätten verwenden lassen. Trotz dieses Mangels ist seine Arbeit »Widows and their Families« (1958) für die Witwenforschung von großer Bedeutung. Es ist das erste Werk, das die sozialen Probleme des Witwenstandes selbst aufzeigt, ohne daß diese durch parallele Bezüge zur Altersproblematik verdeckt werden.

In ihrem Buch »Widowhood in an American City« konzentriert sich *Lopata* (1973a) auf Fragen, die sich mit der sozialen »Position« der Witwe befassen. Die Position kann ihrer Ansicht nach nur in Verbindung mit einer Analyse ihrer »sozialen Rolle« verstanden werden. *Lopatas* Untersuchung konzentriert sich – im Gegensatz zu der von *Marris* – nicht auf die psychologischen Aspekte der Rollenveränderung von der Ehefrau zur Witwe, sondern insbesondere auf die Veränderungen in den gegenseitigen sozialen Erwartungen, die mit der Witwenschaft verbunden sind. In diesem Buch und später in »Women as Widows« (1979) befaßt sich *Lopata* nicht nur mit den Veränderungen in dem Teil des weiblichen Rollen-Sets, der sich auf den Ehemann bezieht, sondern vielmehr auf das gesamte Rollen-Set, das die Frau vorher innehatte. Dazu gehören also auch die Rollensegmente, bei denen es zunächst den Anschein hat, daß sie in keiner Beziehung zum Witwenstand stehen würden (vgl. *Lopata* 1970, 1973a, 1973b, 1973c).

Seit Anfang der 80er Jahre änderte sich die Stoßrichtung der Witwenschaftsforschung wiederum. Es stiegen die Quantität, aber auch die Vielfalt von Studien über Verwitwung. Der Schatten des Tabus, der früher oftmals auf dem Thema lag, hat abgenommen; und das Problem »Witwenschaft« wird sogar heutzutage häufiger als andere Ereignisse im Lebenszyklus behandelt (*Anderson* 1984; *Balkwell* 1981, 1985; *Ferguson* et al. 1981). Vor allem vergleichende Studien sind im letzten Jahrzehnt durchgeführt worden, z.B. Untersuchungen, in denen Verwitwete Geschiedenen gegenübergestellt wurden (*Burgess* 1985; *Kitson* et al. 1980), in denen die Erfahrungen der Witwenschaft durch Männer und durch Frauen (*Lieberman* 1986; *Lopata* 1977, 1982; *Scott/Kivett* 1985) oder in denen das Phänomen der Witwenschaft mit dem der Immigration (*Disman*, 1983) verglichen wurden.

Parallel zu diesen Veröffentlichungen, die durch eine weniger stereotype Einstellung zur Witwenschaft gekennzeichnet sind, nahmen jene zu, die den über-psychologistischen Ansatz in der Witwenschaftsforschung kritisieren (*Rosenblatt* 1983; *Shamgar-Handelman* 1986).

Ein gutes Beispiel hierzu ist *Rosenblatts* (1983) neueste Arbeit. Hier wird die psychologische, kulturunabhängige Erklärung über den Partnerverlust abgelehnt und die Universalität des Trauerprozesses bezweifelt. Die in seinem Buch »Bitter, Bitter Tears: Nineteenth Century Diarist and Twentieth Century Grief Theories« (1983) präsentierten Daten weisen auf einen ganz beträchtlichen Unterschied hin, und zwar zwischen der persönlichen und sozialen Umgangsweise mit Trauer – wie sie in Tagebüchern des 19. Jahrhunderts beschrieben wird – und dem, was zeitgenössische Psychologen als normalen Trauerprozeß bezeichnen. Diese Daten zeigen, daß das, was heutzutage als »normales« Trauerverhalten gilt, de facto durch eine Reihe von Normen gesteuert wird, die auf einer psychologischen Theorie basieren, die von psychologisch trainierten Praktikern verteidigt wird.

Diese – eher kritischen – Betrachtungsweisen von »Trauer« und »Witwenschaft« haben allerdings noch keinen Einfluß auf die praktischen Leitfäden für helfende Berufe genommen (z.B. *Peterson/Briley* 1977; *Schuchter* 1986; *Raphael* 1984). Zum Beispiel berichtet *Schuchter* in seiner neuesten und umfassenden Arbeit »Dimensions of Grief – Adjusting to the Death of a Spouse« (1986) von einer Follow Up – Studie über 70 verwitwete Personen. In diesem Buch, dessen primäre Leserschaft

»is the cadre of health and human service practitioners and trainees who are likely to work with the bereaved in their professional roles« (1986, 9), befaßt sich *Schuchter* mit der Thematik der Witwenschaft in einer Vielzahl von Zusammenhängen. Obwohl er sich an Praktiker wendet, die in der Lage sein sollten, die verschiedensten Probleme schließlich zu lösen, stattet er sie nur mit psychologischem Verständnis und Wissen aus.

Gorer, Marris, Lopata, Rosenblatt (und andere, z.B. *Burgess*, 1985; *Disman*, 1983; *Shamgar-Handelman*, 1986) werfen in ihren Abhandlungen die unterschiedlichsten Fragen auf, die sich aber alle auf die Art der sozialen Integration von Verwitweten beziehen und zwar nicht nur einseitig die Verwitweten betrachtend, sondern indem sie die bedeutende Rolle nachweisen, die alle übrigen in ihrer nächsten Umgebung besitzen. Ihre Arbeiten stehen damit im Gegensatz zu denen anderer Forscher, die einen sequentiellen Verarbeitungsprozeß postulieren, die die verwitwete Person allein »durchstehen« muß, selbst wenn sie auch manchmal Hilfe durch andere erfährt.

Insgesamt zeigt die relevante Literatur also, daß zwar bestimmte Probleme der Witwenschaft wiederholt untersucht und diskutiert wurden, daß aber dagegen andere Aspekte sowohl in theoretischer Hinsicht als auch empirisch vollständig vernachlässigt worden sind.

3. Ausblick

In der Literatur wird – wie dargelegt – Witwenschaft als eine Krise definiert. Aber was ist, wenn das akute Stadium der Witwenschaft vorbei ist?

Die Autoren sind überzeugt, daß das Individuum und die Familie durch Anpassung an die veränderte Lage mehr oder weniger zu ihrer »Ausgangslage« zurückkehrt. Wenn das nicht der Fall ist, dann wird dies als Indikator für ein Scheitern der Krisenüberwindung angesehen. Ich habe dagegen in meinem Buch »Israeli War Widows: Beyond the Glory...« (1986) die Gegenthese aufgestellt, nämlich daß keine (oder kaum) Rückkehr auf den alten Stand möglich sei, d.h. daß nach einer bestimmten Periode von absolutem Chaos – wie die Krisensituation der Witwenschaft in der psychologischen Literatur beschrieben wird – sich die Verwitweten in einer absolut neuen sozialen Realität befinden im Vergleich zu der, die sie vor der Verwitwung kannten. Das heiß nicht, daß die Verwitweten im Unterschied z.B. zu Verheirateten völlig andere »soziale Wesen« wären, oder daß es keine Ähnlichkeit zwischen ihnen gäbe. Aber ihre Wertprioritäten, Maßstäbe und Selbsteinschätzungen differieren stark.

Zur Verdeutlichung dieser Situation kann man eine Analogie zu zwei Scrabble-Brettern ziehen, auf denen beiden mit dem Wort »verheiratet« angefangen wird. Obwohl beide Spiele aus denselben Spielelementen bestehen, ist es unwahrscheinlich, daß die beiden Spiele, die auf diesen Brettern ablaufen, aufgrund der Fülle von Alternativen identisch bleiben.

Jedes entwickelt sich gemäß den – dem Spieler zur Verfügung stehenden – Buchstaben, ferner nach seiner Begabung, seinem Wissen, seinen eigenen Präferenzen. Demnach gibt es kaum eine Chance, daß zu jedem Zeitpunkt des Spieles die beiden

Bretter identisch sind. Würde das Eröffnungswort auf einem der Bretter in der Mitte des Spieles verändert, ist für die zwei Spiele ganz bestimmt keine identische Entwicklung mehr möglich. Eine Veränderung eines Wortes eröffnet nämlich eine Vielzahl von Möglichkeiten und eliminiert andere. Sie bestimmt die Zwangsläufigkeit von Unterschieden zwischen den beiden Spielbrettern.
Die Analogie zwischen der Situation der Verwitweten und einem Scrabble-Spielbrett, auf dem sich das Eröffnungswort veränderte, sollte deutlich geworden sein. Die Wörter des Spieles repräsentieren die zahlreichen Bereiche des Lebens. Eine Neuordnung wird notwendig, um die Einzelteile an das veränderte Eröffnungswort anzupassen. Die Neuordnung kann viele unterschiedliche Formen sowohl im Leben als auch im Spiel annehmen, ihre Effizienz und ihre Effektivität ist von den objektiven Bedingungen und der Fähigkeit des »Spielers« abhängig. Allerdings muß der Prozeß der Veränderung und des Anpassens durchlaufen werden; und im Leben – wie auch im Spiel – bringt jede Veränderung eine bestimmte Kettenreaktion weiterer Veränderungen mit sich, die nicht alle notwendigerweise direkt aus der Veränderung des Eröffnungswortes – von »verheiratet« zu »geschieden« – zu resultieren brauchen.
Die implizite Annahme in der wissenschaftlichen Literatur – daß Witwenschaft eine Gegebenheit ist, die nur die »Familiensituation« der Person beeinflußt – wird der Kettenreaktion von Lebensveränderungen, die diese Krise in Bewegung setzt, nicht gerecht. Es ist schwierig, diese Kettenreaktion zu verfolgen, da zahlreiche beschleunigende Faktoren eine ganze Anzahl von unterschiedlichen Konsequenzen in vielen Lebensbereichen bei verwitweten Personen auslösen.
Die Position, die schließlich eine verwitwete Person im Hinblick auf ihre Beziehungen mit anderen einnimmt, rechtfertigt es meiner Ansicht nach, daß aus soziologischer Sicht die Witwen und ihre Familien als eine einzigartige soziale Kategorie mit ihren eigenen sozialen Charakteristika bezeichnet werden können.

Dieser Beitrag entstand während meiner Tätigkeit am NIAS (Netherlands Institute for Advanced Study in the Humanities). Ich möchte an dieser Stelle dem Institut und seinen Mitgliedern meinen Dank für die Möglichkeiten und die angenehme und kooperative Atmosphäre im NIAS danken.

(Aus dem Englischen übertragen von *Corinna Onnen-Isemann* und *Petra Scheibler*, Oldenburg)

Literatur

Abrahams, R. B.: »Mutual Help for the Widowed«. Social Work. 17. 1972. 54–61 – *Anderson, T. B.:* »Widowhood as a Life Transaction: Its Impact on kinship Ties«. Journal of Marriage and the Family. 46, 1984, 105–114 – *Averill, J. R.:* »Grief, its Nature and Significance«. Psychological Bulletin. 70, 1968, 721–748 – *Balkwell, C.:* »Transition to Widowhood: A Review of the Literature«. Family Relations. 30, 1981. 117–127 – *Balkwell, C.:* »An Attitudinal Correlate of the Timing of a Major Life Event«. Family Relations. 34, 1985, 577–581 – *Berardo, F. M.:* »Widowhood Status in The United States: Perspective on a Neglected Aspect of the Family Life Cycle«. The Family Coordinator. 17. 1968, 191–203 – *Bowlby, J.:* »Processes of Mourning«. International Journal of Psychoanalysis. 62, 1961, 191–203 –

Brewster, H. H.: »Grief: A Disrupted Human Relationship«. Human Organization. 9, 1950, 19–20 – *Bunch, J.:* »Recent Bereavement in Relation to Suicide«. Journal of Psychosomatic Research. 16, 1972, 361–366 – *Burgess, J. K.:* »Comparative Evaluation of the Pain and Coping Skills of Widowed or Divorced Men«. The Wisconsin Sociologist. 22, 1985, 61–67 – *Caplan, G., Mason E. A.* u. *Kaplan D. M.:* »Four Studies of Crisis in Parents of Prematures«. Community Mental Health Journal. 1, 1965, 149–161 – *Cochrane, A. L.:* »A Little Widow is a Dangerous Thing«. International Journal of Psychoanalysis. 17, 1936, 494–509 – *Deutsch, H.:* »Absence of Grief«. Psychoanalytic Quarterly. 6, 1937, 12–22 – *Disman, M.:* »Immigrant and Other Grieving Poeple: Insights for Counseling Practices and Policy Issues«. Canadian Ethnic Studies. 15, 1983, 106–118 – *Durkheim, E.:* The Elementary Forms of the Religious Life. New York 1961 – *Dyer, E. V.:* »Parenthood as Crisis: A Re-Study«. Journal of Marriage and Family Living. 25, 1963, 196–201 – *Dyk, R. B.* u. *Sutherland A. M.:* »Adaption of the Spouse and Other Family Members to Colostomy Patients«. Cancer. 9, 1956, 123–138 – *Eliot, T. B.:* »The Adjusted Behaviour of Bereaved Families: A New Field of Research«. Social Forces. 8. 1930a. 534–549 – *Eliot, T. B.:* »Bereavement as a Problem for Family Research and Technique«. The Family. 11, 1930b, 114–115 – *Eliot, T. B.:* »The Bereaved Family«. Annals of the American Academy of Political and Social Science. 160, 1932, 184–190 – *Eliot, T. B.:* »Bereavement: Inevitable but not Unsurmountable«. Family, Marriage and Parenthood. Hg. *H. Becker* u. *R. Hill*. Boston 1955 – *Engel, G. L.:* »Is Grief a Disease?«. Psychosomatic Medicine. 23, 1961, 18–22 – *Farber, B.:* »Family Organization and Crisis«. Readings on the Family and Society. Hg. *Goode, W.* Englewood Cliffs 1964 – *Ferguson, T., Kutscher, A. H.* u. *Kutscher, L. G.:* The Young Widow Conflicts and Guidelines. Series on Thanatology. New York 1981 – *Freud, S.:* Mourning and Melancholia«. Collected Papers 4, 1917, New York 1959 – *Glick, I. O., Weiss, R.* u. *Parkes, O. M.:* The first Year of Bereavement. New York 1974 – *Gorer, G.:* Death, Grief and Mourning. New York 1965 – *Gould, J.* u. *Kolb, W. L.* Hg.: A Dictionary of the Social Sciences. London 1964 – *Greengain, R. F.:* »A Symbolic Action During Bereavement«. Journal of Abnormal and Social Psychology. 37, 1942, 403–405 – *Hill, R.:* Families Under Stress. New York 1949 – *Hobbs, D. F.:* »Parenthood in Crisis: A Third Study«. Journal of Marriage and the Family. 27, 1965, 367–372 – *Kitson, G. C., Lopata, H. Z.* u. *Holmes, W. M.:* »Divereces and Widows: Similarities and Differences«. American Journal of Orthopsychiatry. 50, 1980, 291–301 – *Koos, E. L.:* Families in Trouble. New York 1964 – *Koos, E. L.:* »Class Differences in Family Reactions to Crisis«. Journal of Marriage and Family Living. 12, 1950, 77–79 – *Kübler-Ross. E.:* On Death and Living. London 1969 – *Lehrman, S. R.:* »Reactions to Untimely Death«. Psychiatric Quarterly. 30, 1956, 564–578 – *LeMasters, E. E.:* »Parenthood as Crisis«. Marriage and Family Living. 19, 1957, 352–356 – *Liberman, V. S.:* »The Impact of Self-Help Groups on the Mental Health of Widows and Widowers«. American Journal of Orthopsychiatry. 53, 1986, 435–449 – *Lindemann, E.:* »Symptomatology and Management of Acute Grief«. American Journal of Psychiatry. 101, 1944, 141–148 – *Lopata, H. Z.:* »The Social Involvement of American Widows«. American Behavioural Scientist. 40, 1970, 41–57 – *Lopata, H. Z.:* Widohood in an American City. Cambridge 1973a – *Lopata, H. Z.:* »Social Relations of Black and White Women in a Northern Metropolis«. Changing Women in Changing Society. Hg. *Huber, J.*, Chicago 1973b – *Lopata, H. Z.:* »Self-Identity in Marriage and Widohood«. Sociological Quarterly. 14, 1973c, 407–418 – *Lopata, H. Z.:* »Widows and Widowers«. The Humanist. 37, 1977, 25–28 – *Lopata, H. Z.:* Women as Widows – Support Systems. New York, 1979 – *Lopata, H. Z.:* »Lifestyles of American Widows and Widowers in Urban America«. Educational Horizons. 60, 1982, 184–190 – *Maddison, M.* u. *Walker, W. L.:* »factors Affecting the Outcome of Conjugal Bereavement«. British Journal of Psychiatry. 113, 1967, 1057–1067 – *Marris, P.:* Widows and their Families. London 1958 – *Marris, P.:* Loss and Change. London 1974 – *Morris, P.:* Prisoners and Their Families. New York 1965 – *Nave-Herz, R.:* »Identifikationsprobleme bei Verlust des Ehepartners durch den Tod«. Erwachsenensozialisation. Ausgewählte Theorien und empirische Analysen. Hg. *Nave-Herz, R.*, Weinheim 1981, 179–189 – *Parad, H. J.* u. *Caplan, G.:* »A Framework for Studying Families in Crisis:. Social Work. 5, 1960, 3–15 – *Parkes, C. M.:* Bereavement: Studies of Grief in Addult Life. New York 1972 –

Peterson, J.A. u. *Briley, M.P.:* Widows and Widowhood – A Creative Approach to Being Alone. New York 1977 – *Pollock, G.H.:* »Mourning and Adaption«. International Journal of Psychoanalysis. 42, 1961, 341–361 – *Raphael, B.: The Anatomy of Bereavement – A Handbook of the Caring Professions. London 1984 – Rees, E.D.:* »The Hallucination of Widowhood«. British Medical Journal. 4, 1971, 37–41 – *Rosenblatt, P., Walsh, P.* u. *Jackson, D.A.:* Breaking Ties with a Deceased Spouse. Paper presented at the IXth International Congress of Anthropological and Ethnological Sciences. Chicago 1973 – *Rosenblatt, P.C.:* Bitter, Bitter Tears: Nineteenth Century Diarist and Twentieth Century Grief Theories. 1983 – *Scott, J.F.:* »Brief Comment on Situational and Social Structure Implications for the Loss of a Loved One«. The Loss of Loved Ones. Hg. *Moriarty, D.M.*, Springfield 1967 – *Scott, J.P.* u. *Kivett, V.R.:* »Differences in the Morale of Older Rural Widows and Widowers«. International Journal of Aging and Human Development. 21, 1985, 121–136 – *Seligman, E.R.A.*, Hg.: Ecnyclopedia of Social Sciences. New York 1931 – *Shamgar-Handelman, L.:* Israeli War Widows: Beyond the Glory of Heroism. South Hadley 1986 – *Shuchter, S.R.:* Dimensions of Grief – Adjusted to the Death of a Spouse. San Francisco 1986 – *Sills, D.L.*, Hg.: International Encyclopedia of the Social Sciences. New York 1968 – *Silverman, P.:* »The Widow-to-Widow Program«. Mental Hygiene. 53, 1963, 333–337 – *Spiro, J.D.A.:* A Time to Mourn: Judaism and the Psychology of Bereavement. Philadelphia 1967 – Stein, Z. u. *Susser, M.:* »Widowhood and Mental Illness«. British Journal of Preventive Social Medicine. 23, 1969, 106–110 – *Vaskovics, L.:* Soziale Lage von Verwitweten. Schriftenreihe des BMJFFG. Bd. 199. Stuttgart 1988 – *Volkart, E.H.* u. *Michael, S.T.:* »Bereavement and Mental Health«. Death and Identity. Hg. *Fulton, R.*, New York 1965 – *Waller, W.*, Hg: The Family. New York 1951.

Ausgewählte Gebiete der Familienforschung

Teil V: Transferwirkungen und -leistungen zu anderen gesellschaftlichen Teilsystemen

Günther Lüschen

Verwandtschaft, Freundschaft, Nachbarschaft

Dieser Artikel diskutiert Konzeption und Bedeutung von Verwandtschaft und berücksichtigt Freundschaft und Nachbarschaft nur, so weit sie zu Familie und Verwandtschaft in Beziehung stehen. Die drei genannten Formen sozialer Beziehung werden neben der Familie als Musterbeispiele der Primärgruppe angesehen und scheinen durch enge soziale Kontakte bestimmt zu sein. Das trifft für Familie und Freundschaft zu, nicht aber notwendigerweise für die Nachbarschaft und im Sinne notwendiger Bedingungen am wenigsten für die Verwandtschaft. Man kann verwandt sein, auch ohne sich zu sehen und zu mögen; trotz räumlicher Nähe kann man Nachbarn haben, die man selten sieht; in Familie und Freundschaft sind enge Beziehungen die Bedingung, wobei sie zwar in einer Freundschaft nicht aber in der Familie positiv sein müssen. Auf dem Hintergrund dieser Probleme um eine begriffliche Einordnung im Sinne der Primärgruppe *(Cooley)* oder Gemeinschaft *(Tönnies)* zeigt sich, daß eine Analyse der Verwandtschaft, die nur von positiven sozialen Beziehungen und Interaktionen ausgeht, deren Gegenstand weitgehend verfehlen muß. Ebenso ist ein strukturell-funktionaler Ansatz, wenn er Funktionen vor allem auf Gesellschaft hin diskutiert, zum weitgehenden Scheitern verurteilt–, zumal dann, wenn nach Sinn und Struktur des modernen Wohlfahrtssystems vermutet wird, daß Verwandtschaft für den modernen Menschen keine besondere Bedeutung mehr hat und die Familie nach *Parsons* (1953) in einer Funktionsverschiebung ihre Bedeutung als Kernfamilie nur noch für emotionale Absicherung und die Sozialisation erfüllt.

Für Verwandtschaft bleibt da wenig, vor allem wenn davon ausgegangen wird, sie sei vormals als Großfamilie in der vorindustriellen Gesellschaft sowohl wirtschaftliche als auch soziale Einheit gewesen. Viele dieser historischen Perspektiven sind falsch–, nicht zuletzt deshalb, weil sie immer von einem einheitlichen Familien- und Verwandtschaftstyp ausgehen. Sie sind aber auch in Bezug auf die Gegenwart falsch, weil Verwandtschaften keinesfalls verschwunden sind. Sie haben sich nur im Zuge gesellschaftlicher aber auch interner familial-verwandtschaftlicher Wandlungen verändert. Deshalb erfordert ihre Analyse eine weitgehend neue Orientierung.

1. Zur Definition von Verwandtschaft und ihrer Analyse in den Sozialwissenschaften

Eine geschlossene Definition der modernen Verwandtschaft an den Anfang zu stellen, hieße viele potentielle Fragestellungen von vornherein auszuschließen. Es sollte aber so viel angemerkt werden, daß gerade im Deutschen Familie und Verwandtschaft oft synonym gebraucht werden und sich Bemühungen um Präzisierung oft nur darin zeigen, von »erweiterter Familie« zu sprechen. Eine sicherlich notwendige ausführliche Klärung für die Soziologie der Verwandtschaft kann hier nicht versucht werden; für die Ethnosoziologie sind im Hinblick auf Probleme der Abstammung und von Verwandtschaftsgruppen wichtige Klärungen schon erfolgt

(vgl. *Müller* 1981). So soll nur in einer sehr offenen und vorläufigen Konzeption festgestellt werden, daß Verwandtschaft als System sowohl durch blutsmäßige (gemeinsame Abstammung) oder auch gesetzliche (Heirat, Adoption) Beziehungen bestimmt ist. Sie zeichnet sich dadurch aus, daß sie sich sowohl durch formelle Kriterien wie das Verbot der Heirat enger Verwandter (Gebot der Exogamie), bilaterale Abstammung oder Grad der Verwandtschaft als auch im Sinne eines effektiven Systems durch soziale Interaktion unabhängig vom Typ und Grad verwandtschaftlicher Beziehung zwischen Mitgliedern beschreiben läßt. Fließende Übergänge zwischen Kleinfamilie und erweiterter Familie, geringes Bewußtsein für die dem Verwandtschaftssystem zugrundeliegenden Regeln und die individualistische Konzeption eines von Ego und nicht einem gemeinsamen Vorfahren bestimmten Systems haben dazu beigetragen, in der modernen Gesellschaft im Hinblick auf Verwandtschaft »einen Fluß sozialen Verhaltens anstelle einer Struktur von Positionen« festzustellen (*Firth* et al. 1970). Trotzdem besteht auf Grund unzähliger Belege Verwandtschaft weiter und zwar in einem Umfang, der weder in der Öffentlichkeit noch in den Sozialwissenschaften genügend bewußt ist–, und mit Formen von Regelhaftigkeit, die von Konzeptionen wie dem auf die gesellschaftlich-wirtschaftliche Anpassung bezogenen der »modifizierten erweiterten Familie« (*Litwak* 1971) kaum voll beschrieben wird. Andererseits sollte mit *Mitterauer* (1979) auch darauf verwiesen werden, daß Verwandtschaftsverbände historisch variabel sind und eine klare Abgrenzung in der Regel nicht gegeben ist.

Verwandtschaft ist seit langem ein beherrschendes Thema in der Kulturanthropologie und Ethnosoziologie (*Müller* 1966, 1984; *Schwägler* 1970; *König* 1974). In der Tradition von *Radcliffe-Brown* war sie in der Identifizierung ihrer Regelhaftigkeit das beherrschende Thema überhaupt. Auch bei *Malinowski* (1963) und *Thurnwald* (1932) in einer an der konkreten sozialen Situation spezifischer Familien bzw. ihren Bedürfnissen orientierten Analyse hatte die Verwandtschaft ein besonderes Gewicht. Es war freilich die Verwandtschaftstheorie von *Lewis Morgan* (1870), die neben Unterscheidung von klassifikatorischer und deskriptiver Verwandtschaft und einer bei *Engels* und marxistischen Autoren wiederzufindenden Evolutionslehre grundlegende Konzeptionen wie die des auf Allianz beruhenden Prinzips der Exogamie entwickelte. Hieran schloß sich eine ganze Schule der Allianz-Theorie an, die heute in *Lévi-Strauss* in der Weiterentwicklung und Vertiefung der Einsichten von *Morgan* ihren bedeutendsten Vertreter hat. Ausgehend vom Problem des Inzest und der Exogamie, die auf die kulturelle Ausformung biologischer Gegebenheiten verweist, analysiert »Les structures élémentaires de la parenté« (1949) Verwandtschaft als Besitz- und Austauschsystem, in dem sich im Austausch von Frauen als dem höchsten Gut in einer Analyse von Stammesgesellschaften Muster »direkten« und »generalisierten« Austauschs erkennen lassen, die letztlich überleben und Integration von Gesellschaften garantieren. An diese auf ihre Weise bedeutendste Analyse von Verwandtschaft in der jüngsten Vergangenheit schloß sich eine intensive Diskussion methodologischer Art an, in der vor allem *Homans* und *Schneider* (1955) für eine psychologische Erstbegründung sozialer und verwandtschaftlicher Strukturen und gegen die präskriptive Allianz-Theorie eintraten (dagegen *Needham* 1962).

Neben der Kulturanthropologie ist in jüngster Vergangenheit vor allem auf die historische Familienforschung zu verweisen, die u.a. durch wichtige dokumentarische Analysen vorwissenschaftliche Eindrücke über historische Familienformen korrigiert hat. Für die sozialwissenschaftliche Analyse hat sie im Hinblick auf Verwandtschaft und Gemeinde oder die Genealogie der Verwandtschaft (*Plakans* 1984), den familial-verwandtschaftlichen Wandel (*Mitterauer/Sieder* 1977; *Mitterauer* 1979) bzw. für dessen Abwesenheit bezogen auf die Haushaltsgröße (*Laslett* 1972) vertiefte Einsichten bereitgestellt. In diesen Forschungsansatz ist auch die Sozialgeschichte der deutschen Familie von *Weber-Kellermann* (1974) sowie die Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen von Familie und Verwandtschaft im Feudalismus und Kapitalismus und ihrer Determiniertheit durch Wirtschaft und Gesellschaft bei *Rosenbaum* (1982) einzuordnen.
In der Soziologie selbst, und das gilt namentlich für die jüngere deutsche Soziologie, ist die Verwandtschaft explizit relativ selten analysiert worden. Dabei war für eine gewisse Zeit, nachdem Parsons die »isolierte Kernfamilie« als typisch für die moderne Gesellschaft konstatiert hatte, heftig über die noch bestehende erweiterte Familie diskutiert und dazu umfangreiches Datenmaterial präsentiert worden. Über den Tatbestand hinaus, daß das Konzept der isolierten Kleinfamilie zumindest in seiner Verallgemeinerung nicht zu halten sei und hier strukturell analysiert werden müsse (*König* 1966), ergab sich aus dieser Diskussion für die moderne Verwandtschaft wenig an Einsicht. Neben der in allgemeinen Einstellungen zur Verwandtschaft erkennbaren Negierung dieser Sozialform bzw. einem Insistieren auf effektiver statt formeller Verwandtschaft im alltäglichen Verhalten, die dann u.U. im Alltagsverhalten mit Freundschaft synonym gesehen bzw. verwechselt wird (*Fenner* 1984), sind dafür die in den vergangenen Jahrzehnten in der Soziologie vorherrschenden Paradigmata des system-orientierten strukturellen Funktionalismus und des individuell und psychologisch orientierten Interaktionismus verantwortlich zu machen (vgl. *Goldstein* 1978; *Hoffmann-Nowotny* 1980).

2. Die soziologische Analyse der Verwandtschaft in ausgewählten Paradigmen und analytischen Bezugsrahmen

2.1. Struktureller Funktionalismus und System-Theorie

Der strukturelle Funktionalismus verdankte wesentliche methodische und theoretische Anregungen dem Studium von Verwandtschaftssystemen (*Morgan* 1870; *Radcliffe-Brown* 1952 (orig. 1936); *Malinowski* 1963; *Murdock* 1949). Umgekehrt hat das Verwandtschaftssystem im Rahmen dieses vor allem durch *Parsons* und seine Schüler bestimmten Paradigmas nicht die gleiche Beachtung gefunden bzw. wurde es im Zuge einer einseitigen Betonung gesellschaftlicher Funktionalität und Differenzierung weitgehend ausgeklammert. *Durkheim* (1921) hatte zwar eine verstärkte Betonung der Gattenfamilie angesichts gesellschaftlicher Differenzierung und institutioneller Autonomisierung betont, der Verwandtschaft als erweiterter Familie aber nicht ihre Existenz bestritten sondern nur deren Absinken in eine »sekundäre

Zone« attestiert. Gut zwanzig Jahre danach betonte *Parsons* auf dem Hintergrund eines funktionalen Wandels von der Gesellschaftsbezogenheit zur emotionalen Absicherung und Sozialisation in der Kernfamilie deren Isolierung und damit eine funktionale Irrelevanz der Verwandtschaft (1943, 1955). *William Goode* beschrieb in seiner interkulturellen Analyse des familialen Wandels zwar ausführlich die Struktur von Verwandtschaftssystemen in einzelnen Kulturkreisen, stellte aber ebenfalls in einer idealtypischen Projektion das verstärkte Heraufkommen der Nuklearfamilie fest (1963). Diese Positionen sind eingehend durch die Vertreter eines interaktionistischen Paradigmas kritisiert worden, haben aber nicht zu einer weiterführenden Lösung geführt und *Parsons* auch nicht bewegt, seine Position zu revidieren. International ist die Diskussion nunmehr weitgehend Episode. Die aufgeworfenen Probleme sind im großen und ganzen für ein Verstehen der modernen Verwandtschaft unfruchtbar geblieben.

Es bleibt angesichts einer Entwicklung dieses Paradigmas auf das Prinzip der Autopoiesis *(Luhmann)* zu fragen, ob gerade dadurch eine Chance verspielt wird, aus der Sicht des Funktionalismus bzw. der daran anschließenden Systemtheorie ein Beitrag zum Thema Verwandtschaft zu leisten–, oder ob nicht durch solchen auf das System Verwandtschaft selbst angewandten Ansatz gerade aus dem Widerspruch zwischen Geschlossenheit des theoretischen Systems der Autopoiesis und einer relativen Offenheit der Verwandtschaft fruchtbare Fragestellungen entwickelt werden können.

In der deutschen Familiensoziologie sind die Ergebnisse der *Parsons*-Analyse von *Tyrell* (1976, 1977, 1979) aufgearbeitet und im Hinblick auf gesellschaftliche Differenzierung weiterentwickelt worden. Die Familie wird von ihm als gesellschaftliches Teilsystem aufgefaßt und dieser als Kleinfamilie ein »Reproduktions- und Sozialisations-Monopol« *(Neidhardt)* zugeschrieben. Genau dies hat die Kleinfamilie universell gesprochen nicht, genau hier kommen im Hinblick auf Sozialisation und angesichts einer Unehelichenrate von 20% in den USA (*Farber* 1971) und traditionell höheren Raten in den skandinavischen Ländern Verwandtschaftsstrukturen wichtige Funktionen zu. *Tyrell* verweist auf solche Möglichkeit, stellt aber aus der nach Einstellung und sozialem Verhalten erkennbaren Rollenkonstellation die Reduzierung auf die privatisierte Kernfamilie als den »Normaltypus der Moderne« hin. Eine Interdependenz des Teilsystems Familie wird für die Wirtschaft allein im Hinblick auf die Kernfamilie diskutiert. Ebenso wird in Diskussionen über funktionale Spezialisierung und Segmentierung kein Bezug auf das Verwandtschaftssystem genommen (vgl. *Hoffmann-Nowotny* 1980). Dies ist keineswegs das Ergebnis mangelnder Informiertheit sondern der paradigmatischen Optik, die für die moderne Gesellschaft die vermeintlich bessere Adaptation und Funktionalität der Kleinfamilie zuerkennt (dagegen *Strauss* 1970; *Sussman* 1974b). Immerhin gibt *Tyrell* für die Postmoderne zu bedenken, daß sie ggf. wieder Verwandtschaft als erweiterte Familienform erforderlich macht.

Funktionalität ist nicht nur im Hinblick auf Gesellschaft zu diskutieren sondern auch im Hinblick auf das familial-verwandtschaftliche System selbst sowie die darin zu findenden Mitglieder. *Parsons* (1953) hatte auf das Persönlichkeitssystem und emotionale Bedürfnisse Bezug genommen, u. a. in der Erklärung, daß der Wunsch

nach Kindern psychologisch ableitbar sei. Auch die Struktur des modernen amerikanischen Verwandtschaftssystems wurde von *Parsons* einer differenzierten idealtypisch-formalen Strukturanalyse unterzogen (1943). Die Eigendynamik der Kernfamilie und ihrer aus Wertkomponenten und Interaktion begründeten Bedeutung für Sozialisierung und Soziabilisierung des Kindes war der Gegenstand einer Analyse von *Claessens* (1962). Hier wurde stringent im Rahmen dieses Paradigmas und einer psychoanalytischen Interpretation die Verwandtschaft selbst in der Vermittlung des kulturellen Überichs negiert und das durchaus naheliegende Bestehen einer für das Wertproblem maßgeblichen familial-verwandtschaftlichen Kultur ausgeklammert.

2.2. Verwandtschaft im Interaktionismus

Der Interaktionistische Ansatz versteht Formen sozialer Beziehung als wesentlich auf individuellen wenn nicht sogar psychologischen Dimensionen beruhend. Im Vordergrund stehen deshalb Gruppenphänomene, individuelle Beziehungen und Probleme der Inkompatibilität in der Familie. Zumindest seit *Burgess* und seiner These vom Wandel der Familie »From Institution to Companionship« blieb dabei wenig Raum für ein strukturelles Verständnis der Verwandtschaft. Da dieser Ansatz aber gleichzeitig sehr empirisch orientiert war, wurden in Untersuchungen zur Familie bzw. deren Interaktion mit der erweiterten Familie immer wieder Befunde vorgelegt (*Young/Willmott* 1962; *Pfeil* 1970; *Adams* 1968), die das Konzept der isolierten Kernfamilie infragestellten, so daß man die *Parsons*sche These schlechthin zur »Fiktion« erklärte (*Sussmann* 1974a).

Aus diesem Ansatz sind auch die Ergebnisse zur erweiterten Großstadtfamilie (*Pfeil/Ganzert* 1973) zu verstehen, wobei sich für Hamburger Familien zeigte, daß Verwandtschaftskontakte häufig sind, durchaus Funktionen bei Hilfeleistungen und Beratungen haben sowie nur geringe Unterschiede in Verwandtschaftskontakten nach sozialer Schicht aufweisen. *Lüschen* et al. (1970, 1985) ermittelten in einer interkulturellen Studie von vier Metropolen in der BRD, Finnland und Irland über Verwandtschaft und Ritual, daß Kontakte mit Verwandten erhebliche Kontinuität im sozialen Wandel aufweisen und dabei Rituale zur Aktualisierung von Verwandtschaftsbeziehungen dienen.

Der interaktionistische Ansatz vermochte trotz solcher Ergebnisse nur wenig für eine bessere Strukturanalyse der Verwandtschaft zu leisten–, nicht zuletzt deshalb, weil die hier praktizierten theoretischen Ansprüche in ihrer Reichweite begrenzt blieben und sich oft mit der Feststellung konkreter Interaktionsbefunde begnügten. Auch das oft benutzte Konzept der »erweiterten Familie« verdankt offenbar diesem Ansatz seine Existenz. So werden Verwandtschaft bzw. persönliche Beziehungen mit Verwandten zwar registriert aber nicht im verwandtschaftlichen Kontext erklärt. Typisch für diese Interpretation sind die als psychologische Verhaltensforschung zu verstehenden Ausführungen über »Familienkonstellation« von *Toman* (1974), in denen eine Fülle von Hinweisen auf Verwandte ohne nähere Erklärung für ihren potentiellen Einfluß auf Verhalten angeführt werden.

2.3. Kognitive Systeme, Rechtssysteme, Netzwerkanalyse

Unter den für die Analyse der Verwandtschaft wichtigen weiteren Bezugsrahmen, denen eine gewisse paradigmatische Bedeutung zukommt, sind auf dem Hintergrund der psychologischen Verhaltenstheorie bei *Toman* die Arbeiten von *Farber* über »Kognitive Verwandtschaftssysteme« (cognitive kinship) von besonderer Wichtigkeit, weil sie Muster sozialen Verhaltens von Verwandtschaftsstrukturen ableiten–, bzw. von deren Bewußtheit. Dabei führen diese Analysen so weit, daß sie gar Studieninteressen und Studienerfolg aus der Zugehörigkeit zu bestimmten Verwandtschaftssystemen erklären (1977). Diese wiederum sind über einen rechtssoziologischen Ansatz und der Bedeutung von Verwandtschaft als Besitzsystemen und darin Vorstellungen über Erbfolge und relativer Nähe zum Erblasser in einzelnen Systemen entwickelt worden. Diese Systeme oder Modelle beruhen auf:

(1) parentelischer Ordnung, wie sie dem deutschen und israelischen Erbrecht zugrundeliegen;
(2) dem frz. Civil-Code;
(3) dem kanonischen Recht;
(4) einem genetischen Modell, das sich nach dem Anteil gleicher Gene bemißt;
(5) dem SAM (Standard American System), das wegen seiner interkulturellen Gültigkeit auch als »postindustrielles System« bezeichnet wurde (*Lüschen* 1988).

Diese Systeme waren inzwischen Gegenstand umfangreicher Analysen, einer Untersuchung über ihre Gültigkeit (*Farber* 1981) und haben sich auch in der Untersuchung deutscher Familiensysteme bewährt (*Lüschen* et al. 1985; *Lüschen* 1988).

Die Möglichkeit, über Rechtsvorschriften Strukturen der Verwandtschaft zu erfassen, waren Gegenstand von Untersuchungen über testamentarische Inhalte (*Sussman* 1983) und über Vergleiche von Erbrechts- und Adoptionsfragen (*Farber* 1969, 1970). Die vergleichende Rechtssoziologie hat hier ebenfalls Ansätze zur Analyse von Verwandtschaftssystemen entwickelt (*Rheinstein* 1974; *Glendon* 1977). Doch entspricht die Benutzung von Rechtsnormen als Daten der Verwandtschaftsanalyse deshalb nicht notwendig der Forderung nach Gültigkeit, weil sich im Verhalten der Bevölkerung Entwicklungen ergeben, für die das Rechtssystem nicht mehr verbindlich ist oder nicht akzeptiert wird. Das ist in der jüngsten deutschen Vergangenheit angesichts der Familiengesetzgebung bei der steigenden Praxis von Eheverträgen zu beobachten und für das verwandtschaftsrelevante Erbrecht bei der großen Häufigkeit testamentarischer Verfügungen. Man verläßt sich nicht mehr auf den Gesetzgeber. Oder anders interpretiert: Der Gesetzgeber möchte die individuelle Autonomie stärken. Das letztere Prinzip bleibt nicht ohne Folgen für den Einzelnen und auch für die Verwandtschaft, wie z. B. nach mehrjährigen Erfahrungen das Scheidungsrecht in Kalifornien erkennen läßt (*Weitzman* 1985).

Ein weiterer ebenso methodischer wie substantieller Ansatz für das Studium der Verwandtschaft betrifft die Netzwerkanalyse. Sie ist sogar durch *Bott* (1957) und ihr an Einzelfällen durchgeführtes Studium von Familien und Familiengruppen maßgeblich beeinflußt worden. Gegenstand dieser Methode waren dabei die Kontakte

zwischen Verwandtschaftsgruppen und diesen zugehörigen Individuen. In einer umfangreichen methodologischen Analyse haben *Whitten* und *Wolfe* (1974) die verschiedenen Konzepte einer Benutzung der Netzwerkanalyse für ein besseres Verstehen der Verwandtschaft diskutiert und propagieren ein eher an »totalen Netzwerken« orientiertes System, wie es auch einem häufigen Gebrauch in der Soziologie im Sinne von Beziehungssystem entspricht. Die unter anderem von der Soziometrie beeinflußte mathematische Netzwerkanalyse, wie sie in der Zeitschrift »Social Networks« zu finden ist, entspricht dagegen einer an methodischer Rigidität orientierten Analyse und verspricht nach einer Reihe von Studien über Familie und Verwandtschaft auf lange Sicht neue Aufschlüsse. Bisher gibt es nur wenige auf begrenzte Fragestellungen ausgerichtete Beispiele wie die der Abhängigkeit der Intrafamilialen Autorität von extrafamilialen Beziehungen (*Yi* 1986). Die Komplexität der Verwandtschaft ist mit den bisher praktizierten Methoden der Analyse von Diaden, Triaden und Blöcken offenbar nicht ausreichend erfaßbar. Trotzdem sind die von *Koschorke* (1972) entwickelten 14 Modelle für die Familienkonstellation, die diesem Ansatz zugerechnet werden sollten, einer der bisher anspruchsvollsten Ansätze, der bei einer empirischen Verwirklichung auch neue Aufschlüsse für die Struktur und nicht nur die Größe der Verwandtschaft ergeben wird. Dagegen ist durch die Netzwerkanalyse eine exakte Aufnahme der Struktur von engen Freundschaften, die eher in Diaden oder Triaden zu beschreiben sind, unmittelbar möglich (vgl. *Ziegler* 1983).

3. Sachbezug als Paradigma der Verwandtschaftsanalyse

Die den herrschenden Paradigmen des strukturellen Funktionalismus und Interaktionismus angelasteten Versäumnisse in der Analyse von Verwandtschaft erfordern offenbar einen neuen paradigmatischen Ansatz. Es ist in diesem Zusammenhang von methodologischem Interesse, daß die von *Herman Schmalenbach* schon 1922 vorgetragene Kritik an *Tönnies* zu einer neuen Definition von Formen sozialer Beziehung führte und dabei neben gesellschaftlicher und gemeinschaftlicher die Form der bündischen Beziehung als grundlegend neben den bisher von *Tönnies* propagierten erkannte. In seiner Analyse entsprechen gesellschaftliche und bündische Beziehung, die auf Rationalität und freundschaftlicher Verbundenheit beruhen, eher den Strukturen, die einerseits der Funktionalismus und andererseits der Interaktionismus betont. Daß dabei nicht nur Fragen der Rationalität und Freundschaft sondern auch deren Versagen in diesen Ansätzen zu erkennen ist, würde dem Ansatz bei *Schmalenbach* nicht widersprechen. Gemeinschaft ist dagegen eine Art der Beziehung, die nach seiner Aussage auf gegebenen, irreversiblen Strukturen beruht. Diese finden sich in der Familie. Sie sind aber auch grundlegend für die Struktur der Verwandtschaft und schließen eine ganze Reihe von Sachbezügen ein, die ein Verwandtschaftssystem konstituieren. Es ist genau über dieses in Zukunft noch weiter zu entwickelnde Paradigma, wo Verwandtschaft in ihrer Struktur differenzierter und angemessener verstanden werden kann (*Lüschen* 1988).
Dieser paradigmatische Ansatz ist im übrigen nicht neu. Historisch wurde Familie

nicht als Interaktionssystem verstanden, sondern mit Haus und Besitz als Sachgegebenheit gleichgesetzt. In der Soziologie hat grundsätzlich *Linde* (1972) auf diesen paradigmatisch-theoretischen Ansatz aufmerksam gemacht, wenn er dabei auch *Schmalenbach* in dessen phänomenologischer Argumentation als psychologisch einstuft. Ausdrücklich verweist er darauf, daß dieses Paradigma des Sachbezugs über den Materialismus als Determinante von Sozialstrukturen wie bei *Marx* hinausgeht und wie er für die Familie des 19. Jahrhunderts von *Rosenbaum* (1982) analysiert wird. Selbstverständlich ist das Paradigma von *Lévi-Strauss* (1949) mit diesem Paradigma identisch. In gleicher Weise begründet *Farber* (1969) Verwandtschaftssysteme. Doch geht er in seinem Begriff des »symbolic estate« selbst über eine erweiterte Konzeption des Materiellen hinaus (1971). *Claessens* und *Menne* (1970) sprechen für die Familie als Kombination dreier Handlungssysteme neben Sympathie- und Dominanzsystem das »sachbezogene System« der bürgerlichen Familie an. Und bei *König* findet sich der Begriff des »property« als konstitutiv für Familie und Verwandtschaft (1974a). Zuvor hatte er schon darauf verwiesen, daß die Familie sich durch ihre »biologisch-soziale Doppelnatur« auszeichne (1974b). Mit dieser griffigen Formel ist die Bedeutung dieses Paradigmas unmittelbar angesprochen. Zugleich wird dabei impliziert, daß die »sachlichen« Bedingungen der Verwandtschaft selbstverständlich sozial und kulturell überformt sind, daß z. B. das Inzest-Tabu sowohl biologische als auch sozio-kulturelle Komponenten hat. Deshalb ist auch weiterhin nichts dagegen einzuwenden, wenn Verwandtschaft im Hinblick auf Interaktion und Funktion oder diesen verwandte Ansätze analysiert wird. Es wird hier nur behauptet, daß der Verwandtschaft »Sachstrukturen« zugrundeliegen, die ein besserer Ansatz für Analyse und Erklärung sind, als die zumeist angewandten Forschungsansätze der Familiensoziologie. Dabei ist im übrigen davon auszugehen, daß gerade in der Familiensoziologie kein starkes methodologisches Bewußtsein zu erkennen ist; das gilt besonders für den oft implizit bleibenden interaktionistischen Ansatz.

Sachbezüge in der Verwandtschaft können einerseits verstanden werden als die biologischen Bedingungen solcher Systeme, die eine ganze Reihe von Folgen wie etwa in Altersgliederungen, Generationen oder Geburtenraten haben. Hieran wird unmittelbar deutlich, daß selbst solche biologisch-materiellen Bedingungen nicht einseitig materiell sondern sozial beeinflußt sind. Auch deshalb ist es angebracht, hier von »Sachbezug« zu sprechen. Sachbezug ist aber auch gegeben durch Bedingungen der Umwelt. Hierher gehört besonders die räumliche Nähe, die deshalb eine Sozialökologie der Verwandtschaft nahelegt. Dazu gehören Bedingungen moderner Kommunikation und Technologie, die räumliche Ferne überbrücken helfen oder zur Entwicklung neuer Verwandtschaftsstrukturen einladen. Rechtsnormen besonders aus dem Erb- und Familienrecht sind ebenfalls als Teil dieses Sachbezuges zu verstehen. Schließlich ist auf die materiellen und ideellen Inhalte einer Verwandtschaftskultur zu verweisen, die sich im Übergang zu einem kulturellen Paradigma befinden aber noch in diesen Sachbezug einzuschließen sind. *Farber*'s »symbolic family estate« (1971) gehört in diesen Zusammenhang, wobei »estate« als Familienstand zu verstehen ist. Damit ist Kontinuität angedeutet und jene bei ihm zu findende fundamentale Bedeutung eines familial-verwandtschaftli-

chen Transfers der Familienkultur von einer Generation zur anderen (vgl. *Schultheis/Lüscher* 1987) oder auch die Entwicklung von Strukturen unter existentieller Bedrohung, wie sie sich bei matrilinearen Familienverbänden der amerikanischen schwarzen Unterschicht finden. In dieser Form des verwandtschaftlichen Sachbezuges findet sich auch das, was sich zu spzeziellen Anlässen an Feiertagen, Geburten und Begräbnissen als familial-verwandtschaftliches Ritual ergibt. Das mag bisweilen sehr restriktiv sein und kaum mehr als die Kernfamilie umfassen; bei Geburt, Hochzeit und besonders Tod geht solches Ritual in seinem Pflichtcharakter über die Kernfamilie deutlich hinaus.

4. Der Forschungs- und Wissensstand über die Verwandtschaft in westlichen Industriegesellschaften

4.1. Ergebnisse zu Sachbezug und intergenerationaler Verlagerung

Auf das sachbezogene Paradigma zu interpretierende Ergebnisse gibt es sowohl in Versuchen, das Skelett von Verwandtschaftssystemen auf Grund bilateraler Abstammung (*Müller* 1981), in dabei noch immer erkennbaren Tendenzen der Patrilinealität sowie gemischten Formen (*König* 1974) aufzuzeigen als auch in der Ableitung einer Inkongruenz zwischen Geschlechterdifferenzierung und Verwandtschaft, wobei sich die letztere die Dualität der Geschlechter zueigen macht (*Tyrell* 1986).

Besonders deutlich im Hinblick auf die biologische Dimension und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für Geschwister- und Generationenfolge ist das sachbezogene Paradigma in den demographischen Verschiebungen zu beobachten, wie sie sich aus Heiratsalter, Geburtenzahl und -zeitpunkt sowie höherer Lebenserwartung für das Verwandtschaftssystem ergeben. Im einzelnen sind hier noch umfangreiche und spezielle Analysen anzustellen. Zudem bestehen hier nach Gesellschaft und auch sozialer Schicht Sonderbewegungen, die ein abschließendes Urteil noch nicht zulassen. Die angeführten Faktoren demographischen Wandels lassen jedenfalls auf eine Ausdehnung des Verwandtschaftssystems intergenerational und eine Kontraktion kollateral schließen, die als »intergenerationale Verlagerung« des Verwandtschaftssystems zu bezeichnen ist (*Lüschen* 1988). Diese Verlagerung ergibt sich erstens wegen der in den letzten Jahrzehnten erheblich angewachsenen Lebenserwartung, die vor allem bei Frauen zu erkennen ist und seit 1900 in etwa eine halbe Generation ausmacht. Dabei ist für Familie und Verwandtschaft berücksichtigt, daß Zuwächse wegen geringerer Säuglings- und Kindersterblichkeit abzuziehen und also nur die Zuwächse ab dem gebärfähigen Alter einzuschließen sind. *Menken* (1985) hat in diesem Zusammenhang für die USA darauf verwiesen, daß über einen Zeitraum von nur 40 Jahren die Zahl der 50jährigen Frauen mit lebenden Müttern von 35 auf 67% gestiegen ist. Und *Shanas* (1968) ermittelte, daß die Zahl der Urgroßeltern nicht nur in den USA auffällig ist. Gleichzeitig zeigt sich zweitens in allen westlichen Gesellschaften eine Reduktion der Haushaltsgrößen, die z.T. auf den Zuwachs an Einzelhaushalten zurückzuführen ist aber gerade für die BRD auch

durch die seit den 70er-Jahren zu beobachtende geringere Zahl von Geburten bedingt ist (*Wingen* 1975). Das Ergebnis ist schon jetzt für die jüngere Generation eine kollaterale Schrumpfung der Verwandtschaft, die im übrigen schon in der jetzigen Elterngeneration erkennbar ist. Man hat nur wenige Cousins und Geschwister; und die jetzige jüngere Generation hat gleichermaßen wenige Onkel und Tanten. Im Hinblick auf Heiratsverhalten und Geburten ergeben sich einige noch nicht klar in ihren Folgen zu übersehende Tendenzen. Während sich besonders in den USA seit der Jahrhundertwende eine frühe Heirat und zunehmend eine enge Geburtenfolge erkennen ließ, die in nicht ganz so deutlicher Weise auch für die deutsche Familie galt, ist das Heiratsalter im Steigen, und besonders in der deutschen Familie läßt sich ein gewisses Aufschieben in den jüngsten Ehejahrgängen in der Konzeption des ersten Kindes erkennen (*Huinink* 1987). Zudem ist hier auch zu berücksichtigen, daß es in einer Distanzierung von familialen Traditionen ein bewußtes Nichtheiraten oder Hinausschieben der Eheschließung gibt (*Nave-Herz* 1988; *Waite* et al. 1986). Diese Tendenzen wirken sich bisher nur im begrenzten Umfang auf die behauptete intergenerationale Verlagerung aus. Die für die Mehrheit der Bevölkerung erkennbaren Verhaltensweisen verstärken jedenfalls die durch erhöhte Lebenserwartung verursachte intergenerationale Expansion des Verwandtensystems. Dabei ist zu vermuten, daß Scheidung und Nichtheirat die Kontakte mit der älteren Generation in der eigenen Verwandtschaft sogar wichtiger machen können. Auch diese Tendenz ist deutlich: Das Verwandtschaftssystem setzt sich wegen der höheren Lebenserwartung bei Frauen und ihrem um durchschnittlich zwei Jahre jüngeren Heiratsalter sowie einem daraus gegenüber Männern folgenden Nettogewinn im Hinblick auf Familie und Verwandtschaft um fast 10 Jahre (*Watkins* et al. 1987) zu einem immer größeren Teil aus Frauen zusammen. Die »Feminisierung der Verwandtschaft« verstärkt durch das ohnehin stärkere Engagement der Frauen für die Verwandtschaft deren für die nahe Zukunft ohnehin zu erwartende Aufwertung.

Diesen biologisch begründeten und sozial überformten Tendenzen einer möglichen Verstärkung der Verwandtschaft in demographischen Strukturen steht die steigende Individualisierung als Wertorientierung in der modernen Gesellschaft entgegen. Sie wird als eine weitere Bedingung des Sachbezuges der Verwandtschaft durch die Reformen im modernen Familienrecht repräsentiert, die das Recht des Einzelnen begünstigt und in mehr oder minder allen Industrieländern eine Vereinfachung z. B. im Erbrecht anstrebt und u. a. im Adoptionsrecht weniger die Interessen des Verwandtschaftssystems sondern die der Einzelperson bzw. des Kindes betont. Im modernen Scheidungsrecht ist das ebenfalls deutlich. Die Konsequenzen für das Verwandtschaftssystem sind bisher nicht zu überschauen und nur selten der Gegenstand von entsprechenden Analysen gewesen (*Thery* 1987). Immerhin sollte dabei bedacht werden, daß eine auf längere Sicht vorurteilslose Beurteilung der Ehescheidung für die Kinder aus solchen Scheidungsehen bei einer elterlichen Wiederheirat zu neuen Verwandtschaftsstrukturen führen wird (*Furstenberg* 1987), die freilich durch die Ausdehnung auf mehrere Systeme in einer Schwächung traditioneller Positionen und Strukturen resultieren mag. Keinesfalls ausgeschlossen ist auch eine Polarisierung zwischen »stark« und »schwach« integrierten Systemen.

4.2 Kontakte mit Verwandten, Freunden und Nachbarn

Litwak und *Szelenyi* (1969) betonen, daß hohe Mobilität und Technologie in der Industriegesellschaft sowohl Verwandtschaft als auch Freundschaft und Nachbarschaft beeinflussen. Für alle drei Formen steht hoher Mobilität und damit einer vermuteten strukturellen Schwächung die Tatsache gegenüber, daß es durch moderne Technologie, Kommunikation und respektiven normativen Veränderungen erhebliche Anpassungen gibt, die das Überleben und Funktionieren dieser primärgruppenhaften Strukturen garantieren. Dabei werden an Hand von Daten aus Ungarn und den USA der Nachbarschaft eher Funktionen bei Rat und Unterstützung für Alltagsprobleme zugemessen, während Freundschaften in zumeist altershomogenen Verbindungen durch gleiche Erfahrungen Funktionen für Probleme haben, die sich unmittelbar aus sozialem Wandel und Fluktuation ergeben. In jedem Fall werden örtliche Verwandte am meisten zu Rate gezogen.

Nach Ergebnissen der ALLBUS-Umfragen für die Bundesrepublik 1982 und 1986 leben nur in 4,2% aller Haushalte 3 oder 4 Generationen zusammen; doch weisen diese Daten andererseits nach, daß weitgehende Kontakte mit Verwandten gepflegt werden (*Porst* 1984). Das war schon in den Untersuchungen von *Young* und *Willmott* (1962) für London ermittelt worden, wobei die Autoren für Neubaugebiete mit geringeren verwandtschaftlichen Kontakten das Wiederaufleben entsprechender Netzwerke nach angemessener Zeit erwarteten. Die Intensität und Bedeutung solcher Netzwerke ergab sich ebenfall in der anthropologischen Analyse englischer Mittelschichtfamilien (*Firth* et al. 1970).

Hinsichtlich der Sachstrukturen ergab sich für Bremer und Kölner Familien mit Kindern im Grundschulalter, daß ⅔ der Eltern auf seiten des Mannes und der Ehefrau innerhalb einer Stunde Weg erreichbar sind. Ebenso berichteten diese Familien, daß jeweils mehr als die Hälfte ältere Brüder und Schwestern innerhalb einer Stunde Weg erreichen können. Ganz ähnlich waren die Ergebnisse für die in diese Untersuchung eingeschlossenen Familien in Dublin und Helsinki (*Lüschen* et al. 1970, 1985). 29% der Bremer Frauen gegenüber 13% der Kölner Männer hielten entfernte Verwandte wie Onkel, Tanten, Cousins und deren Familien für »wichtig«, wobei sich gegenüber 1969 mit dem gleichen Untersuchungsansatz ein deutlicher Anstieg in der Bewertung dieser Verwandten zeigte. Im Hinblick auf die Ausdehnung des Verwandtschaftssystems ergab sich, daß Verwandte 4. Grades (z.B. Kinder, Ehepartner von Cousins) noch von einem Viertel als verwandt angesehen wurden, während Verwandte 5. und höheren Grades von weniger als 10% der Familien genannt wurden. Die durchschnittliche Ausdehnung der Verwandtschaft wurde als weiter entfernt als die Position von Vettern und Cousinen oder den angeheirateten Onkeln oder Tanten ermittelt.

Die Analyse von Verwandtschaftssystemen nach *Farber* (1981) ergab die folgende Verteilung in den beiden Metropolen (in %):

Verwandtschaftsmodell	Bremen	Köln
Parentelische Ordnung	40,9	42,6
Postindustriell	20,9	27,8
Kanonisch	27,0	17,6
Zivil-Code	8,7	4,6
unklassifizierbar	2,6	7,4
n = 100	115	108

Diese Ergebnisse entsprechen für das Überwiegen des Modells *Parentelische Ordnung* dem im deutschen Erbrecht zugrundeliegenden System und deuten in der Präferenz für das *Postindustrielle System* an, daß in dieser ähnlich differenziert aufgebauten Ordnung eine gewisse Bevorzugung der älteren Generation im Erbfall betont wird. Das *Kanonische System* ist dagegen kaum differenziert; es betont die Inklusion von Verwandten weitgehend unabhängig vom Verwandtschaftsgrad. Insgesamt ergab sich auf eine spezielle Frage, daß Familien Verwandtschaft auch heute als Besitzsystem auffassen, denn ⅔ der Familien in Bremen und mehr als die Hälfte in Köln hielten die Vererbung von Familienbesitz für »ziemlich« oder »sehr wichtig«.

4.3. Funktion und Bedeutung von Verwandten, Freunden und Nachbarn

Offenbar hat die Verwandtschaft Funktionen als wirtschaftliche Einheit eingebüßt, obwohl spezielle Verwandtschaftsverbände in Industriegesellschaften immer noch ihre Bedeutung haben oder sich neu entwickeln (*König* 1966), Industrialisierung und Firmengründungen erst ermöglichten (*Kocka* 1979) oder auch wie in Japan als Struktur modernen Wirtschaftsbetrieben (*Deutschmann* 1987) oder sogar Sportgemeinschaften zugrundeliegen.
Im Bereich von Hilfeleistungen bei Krankheiten und anderen Krisen und mit gewissen Einschränkungen auch bei finanziellen Bedürfnissen ist die Verwandtschaft weiterhin eine wichtige Quelle sozialer Sicherheit (*Pfeil/Ganzert* 1973; *Lüschen* 1988; *Salloway/Dillon* 1973). *Litwak* ermittelte für alte Menschen, daß sie kurzfristig mit Freunden und Nachbarn Kontakte pflegen, bei langfristigen Problemen aber auf die Verwandtschaft rechnen können, wobei er in diesen Verbindungen zur Verwandtschaft eine erhebliche Konsistenz feststellte (1985). Dieses Ergebnis über »Schönwetter-Freunde« und »Regenwetter-Verwandte« (*Johnson* 1983) bestätigt sich für Nordamerika (*Lee* 1984) wie für Europa (*Rosenmayr* 1978a/b; *Vaskovics* 1982) im Hinblick auf die Alternden: es bestätigt sich für ländliche und städtische Regionen in Frankreich (*Segalen* 1985) und für die Verwandtschaftsbeziehungen ethnischer Minderheiten in den Niederlanden (*van Wetering* 1986). Die Untersuchung eines hessischen Dorfes von *Meyer-Palmedo* (1985) war zunächst gar nicht auf Verwandtschaft sondern auf den sozialen Wandel angelegt, belegte aber deren Bedeutung in aller Deutlichkeit, als sich im Rahmen der Feldarbeit langsam die überragende Bedeutung der Verwandtschaft für die dörfliche Struktur heraus-

kristallisierte. Die von *D. Schneider* (1980) etwas resignierend für das Studium der Verwandtschaft vermutete Einheit von Verwandtschaft und Gemeinde deutet sich jedenfalls auch für den städtischen Bereich an, obwohl es über den Tatbestand ökologischer Bedingungen hinaus, die natürlich auch und gerade eine besondere Bedeutung für Nachbarschaft haben (*Strohmeier* 1983), noch gezielter Analysen bedarf.

Freundschaften sind für den modernen Menschen existentiell wichtig (*Tenbruck* 1964), obwohl die Intimität begrenzt sein mag. Immerhin erwähnten 20% der Bremer und Kölner Familien, daß Freunde bei eigenen Kindern Pate seien (*Lüschen* 1988). Aber fast die Hälfte gaben auch an, daß sie keine Freunde hätten, die »fast wie Verwandte« seien. Im wöchentlichen Alltagskontakt Londoner Familien waren sie häufiger als Verwandte zu finden (*Young/Willmott* 1973), während wöchentliche Verwandtenbesuche in Bremen und Köln auffällig stärker als die mit Freunden waren. Hierfür war sicherlich auch die gezielte Auswahl von Familien mit Kindern ursächlich. Auf keinen Fall ist aus Freundes- und Verwandtschaftskontakten die populär gewordene Schlußfolgerung zu ziehen, daß sie gegenseitig Ersatzfunktionen haben; sie sind allenfalls komplementär. Besuchszahlen mit Verwandten und enge Freundschaften stiegen nämlich zusammen bis zu 19 wöchentlich bzw. vierteljährlichen verschiedenen Verwandtenbesuchen und 5,3 Freundschaften an. Danach war bei Familien mit mehr als 20 Verwandtenbesuchen ein geringer Rückgang der Freundschaften auf 4,2 zu erkennen. Von Verwandten und Freunden isolierte Familien gab es nach dieser Untersuchung nicht. Einseitig nur auf Freunde ausgerichtete Familien fanden sich wenige; umgekehrt hatten relativ viele Familien nur enge Verwandtschaftskontakte (*Lüschen* 1988). Die bekannte Freund-Familien-Untersuchung von *Zimmerman* und *Cervantes* (1960) belegte im übrigen, daß sich ein enger Kreis von im Durchschnitt 5×25 verwandten und befreundeten Familien erkennen ließ, der sich in den in der modernen Gesellschaft zu bewältigenden Problemen gegenseitig unterstützt.

A. Schneider (1970) analysierte im Sinne der Theorie über die Kreuzung sozialer Kreise von *Simmel* verschiedene Formen von Interaktionen in der BRD und den USA. Dabei ergab sich einerseits die Bedeutung der Verwandten als wichtigsten Interaktionspartnern; andererseits wurde deutlich, daß neben Freunden auch Nachbarn, Berufskollegen und Vereinsmitglieder zu den »expressiven Verkehrskreisen« des modernen Menschen gehören. Frauen und Verheiratete waren dabei stärker in Verwandtschaftsbezüge integriert als Männer. Bei Interaktionspartnern mit Nicht-Ortsansässigen dominierten klar die Verwandten. Auch auf dem Hintergrund dieser und einer Fülle anderer Ergebnisse hatte *König* die Isolations-Hypothese als widerlegt angesehen (1976). Eine von ihm noch 1966 geäußerte Meinung, daß Familie und Verwandtschaft in ihrer Ausdehnung und Struktur von Schichtgegebenheiten abhängig seien, scheint sich dagegen nach einer ganzen Reihe entsprechender Befunde in der Verwandtschaft der Bundesrepublik unter Benutzung der traditionell üblichen Variablen nicht mehr so deutlich zu bestätigen.

Im Hinblick auf Isolierung der Kernfamilie und gesellschaftliche Differenzierung müssen die auch bei *Max Weber* zu findenden überwiegend im Rationalen ansetzenden Überlegungen zum Wandel von Sozialstrukturen im allgemeinen und wie bei

Parsons für Familie und Verwandtschaft im besonderen angesichts so vieler und eindeutiger Hinweise auf das Fortbestehen der Verwandtschaft und ihrer strukturellen Wandlung, die evtl. für die postmoderne Gesellschaft noch einiges erwarten läßt, neu überdacht werden. Zumindest sollte man sich an *Durkheims* Bemerkung über die erweiterte Familie in einer »sekundären Zone« erinnern und hier neue Analysen ansetzen. Einerseits bedeutet das Absinken in eine sekundäre Zone weniger Bewußtheit, weniger Funktionalität; andererseits bedeutet es auch größere Schwierigkeit bei der Analyse dieser Struktur, wobei hier für die Anwendung eines sachbezogenen Paradigmas als Ausgang solcher Analyse plädiert wurde. Postmoderne Freizeit-Gesellschaft, der nach *Hannah Arendt* die Arbeit ausgeht, bedeutet aber evtl. auch eine erneute Aktualisierung der Verwandtschaft-, zumal in ihrer Transitivität zur Gemeinde-, und damit einen Bedeutungsanstieg auf das Niveau einer ›primären Zone‹.

5. Ausgewählte aktuelle Forschungsprobleme

Eine Liste aktueller Forschungsprobleme sollte nach der Diskussion über den derzeitigen Forschungs- und Wissensstand die folgenden Themen enthalten:

1. Die Struktur eines sachbezogenen Verwandtschaftssystems, wobei zu verfolgen wären: demographische, sozialökologische, familienrechtliche, familienkulturelle Determinanten.
2. Die Struktur kognitiver Verwandtschaftssysteme mit ihren Bedingungen und verhaltensspezifischen Folgen.
3. Die den verwandtschaftlichen Interaktionen in einem effektiven Verwandtschaftssystem zugrundeliegenden Strukturen.
4. Die Auswirkung von Scheidung, Lebensgemeinschaft und Fortsetzungsehe auf Verwandtschaftssysteme im Hinblick auf deren Auflösung, Diffusion und potentielle Expansion.
5. Die Bedeutung von Verwandtschaft in Zusammenhang mit Nachbarschaft und Freundschaft im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen und das Problem der Transitivität der Verwandtschaft zur Gemeinde.
6. Die Bedeutung von Verwandtschaft, Freundschaft und Nachbarschaft für das System sozialer Sicherheit und gegenseitiger Hilfeleistungen im Sinne moderner Subsidiarität.

Damit wird für eine verstärkt soziologisch orientierte Analyse des Verwandtschaftssystems plädiert, wobei die in Anthropologie und Ethnosoziologie zu findenden Analysen über Abstammungssysteme wichtige Anregungen bereitstellen können. Über den Systemcharakter von Verwandtschaften haben auch diese Analysen, wie beispielsweise *Lévi-Strauss* erkennen läßt, weiterhin ihre Bedeutung. Nur stellen sich die Grundprobleme der modernen Verwandtschaft trotz der hier betonten Sachbezüge weniger als Probleme von Abstammungssystemen sondern als die vor allem effektiven Systemen zugrundeliegenden Regeln und Strukturen dar. Diese zu ergründen, können traditionelle anthropologische Analysen trotz ihrer grundsätzlichen Kritik (*Leach* 1961) Vorbild sein. Die soziologische Analyse von Verwandtschaft wird sich aber eher auf kognitive Systeme, demographische Konstellationen und die in der modernen Industriegesellschaft zu findenden externen Sachbezüge von Rechts- bis Wohlfahrtssystemen ausrichten.

Literatur

Adams, B.: Kinship in an Urban Setting. Chicago 1968 – *Alcalay, R.:* Health and social support networks: a case for improving interpersonal communication. Social Networks 1983, 71–88 – *Aldous, J.:* New Views in the family life of the elderly and the near-elderly. J. Marriage Family 1987, 227–244 – *Auslaender* und *Radel, J.:* Kinder sind wir alle. Zürich 1982 – *Babchuck, N.:* Primary friends and kin: a study of the associations of middle class couples. Social Forces 1965, 483–493 – *Bachofen J. J.:* Das Mutterrecht. Stuttgart 1861 – *Beitzke, G.:* Familienrecht. 24. Aufl. München 1985 – *Bengston, V. L.* und *Roberston, J. F.*, Hrg.: Grantparenthood. Beverly Hills, Cal. 1985 – *Berghe, P. v. d.:* Human Family Systems. An Evolutionary View. New York und Oxford 1979 – *Bott, E.:* Family and Social Network. 2. Aufl. London 1971 (orig. 1967) – *Braun, H.* und *Leitner, U.:* Problem Familie, Familienprobleme. Frankfurt 1976 – *Burges, E. W.* und *Locke, H. J.:* The Family from Institution to Companionship. 2. Auflage. New York 1945 – *Caplow, T.:* Middletown Families. Minneapolis 1982 – *Cherlin, A. J.* und *Furstenberg, F. F.:* The new American Grandparent: A Place in the Family, a Life Apart. New York 1986 – *Claessens, D.:* Familie und Wertsystem. Berlin 1962 – *Claessens, D.* und *Menne, A. E.:* Zur Dynamik der bürgerlichen Familie und ihrer möglichen Alternativen. S. 169–198 in *Lüschen G.* und *Lupri E.*, 1970, op. cit. – *Conze, W.*, Hrg.: Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Stuttgart 1976 – *Cummings, E.* und *Schneider, D.:* Siblin solidarity: a property of American kinship. American Anthropologist 1961, 498–507 – *Curtis, R. F.:* Family and inequality theory. Am. Soc. Review 1986, 168–183 – *Deimer, K.* und *Janfmann, D.:* Subsidiaritätsprinzip, neue Susidiarität und Nachbarschaftshilfe. S. 178–201 in *Heinze R.*, Hrg.: Neue Subsidiarität. Wiesbaden 1986 – *Deutschmann, C.:* Der ›Betriebsclan‹. Der japanische Organisationstypus als Herausforderung an die soziologische Modernisierungstheorie. Soziale Welt 1987, 133–147 – *Durkheim, E.:* La famille conjugale. Rev. Philosophique 1921, 1–14 – *Essex, M. J.* und *Nam, S.:* Marital status and loneliness among older women: the differential importance of close family and friends. J. Marriage Family 1987, 93–106 – *Farber, B.:* Comparative Family Systems. New York 1969 – *Farber, B.:* Affinität und Abstammung in industriellen Gesellschaften. S. 94–120 in *Lüschen* u. *Lupri*, 1970, op. cit. – *Farber, B.:* Kinship and Class. New York 1971 – *Farber, B.:* Social context. Kinship mapping, and family norms. J. Marriage Family 1977, 227–240 – *Farber, B.:* Conceptions of kinship. New York 1981 – *Farber, B., Mogey, J.* und *Smith, K.*, Hrg.: Kinship and Development. J. Comparative Family Studies. Special Issue. 1986, 2 – *Fenner, B.:* Verwandtenbeziehungen in einem Dorf des rheinischen Braunkohlengebietes. Berlin 1984 – *Firth, R., Hubert, J.* und *Forge, A.:* Families and Their Relatives. London und New York 1970 – *Furstenberg, F. F.:* Fortsetzungsehen. Ein neues Lebensmuster und seine Folgen. Soziale Welt 1987, 29–39 – *Ganzer, B.:* Kategorie und Verwandtschaftsterminologie in der Theorie der Präskriptiven Allianz. Frankfurt 1979 – *Glendon, M. A.:* State, Law and Family. Family Law in Transition in the United States and Western Europe. Amsterdam 1977 – *Goldstein, L. J.:* Die Inadäquatheit des methodologischen Individualismus. S. 49–67 in *Acham K.*, Hrg.: Methodologische Probleme der Sozialwissenschaften. Darmstadt 1978 – *Goode, W.:* World Revolution and Family Patterns. New York 1963 – *Goldthorpe, J. E.:* Family Life in Western Societies. Cambridge 1987 – *Granovetter, M.:* Network density among urban families, in *Boissevain J.* und *Mitchell, J. C.*: Network Analysis. The Hague 1973 – *Hill, R.* und *König, R.*, Hrg.: Families in East and West. The Hague 1971 – *Hoffmann-Nowotny, H. J.:* Ein theoretisches Modell gesellschaftlichen und familialen Wandels. S. 483–502 in *Hischier G.* et al.: Weltgesellschaft und Sozialstruktur. Diessenhofen 1980 – *Homans, G. C.* und *Schneider D. M.:* Marriage, Authority and Final Causes. New York 1955 – *Hubbard, W. H.:* Familiengeschichte. Materialien zur deutschen Familie seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. München 1983 – *Huinink, J.:* 1987. Soziale Herkunft, Bildung und das Alter bei der Geburt des ersten Kindes. Z. Soziologie 1987, 367–384 – *Humphreys, A.:* The New Dubliners. London 1966 – *Johnson, C. L.:* Fairweather friends and rainy day kin: an anthropological analysis of old age friendships in the U. S. Urban Antrhropology 1983, 103–123 – *Johnson, H. M.:* Strukturell-funktionale Theorie der Familien- und Verwandtschaftssysteme. S. 32–48 in *Lüschen* und *Lupri*, op. cit. – *Kappellhoff, P.:* Strukturelle Äquivalenz in Netzwerken. Kölner Z. Soz.

Sozialpsychologie 1984, 464–493 – *Kocka, J.:* Familie, Unternehmer und Kapitalismus an Beispielen aus der frühen deutschen Industriealisierung. Z.Unternehmensgeschichte 1979, 99–135 – *König, R.:* Alte Probleme und neue Fragen in der Familiensoziologie. Kölner Z. Soz. Sozialpsych. 1966, 1–20 – *König, R.:* Family, Sociological Introduction. Int. Encyclopedia Comparative Law, IV, 1974a, 20–75 – *König, R.:* Materialien zur Soziologie der Familie. 2. Aufl. Köln 1974b (orig. 1948) – *König, R.:* Die Familie der Gegenwart. München 1974c – *König, R.:* Familie. Handbuch emp. Sozialforschung. Band 7. Stuttgart 1976, 1–217 – *Koschorke, M.:* Formen des Zusammenlebens in Deutschland. Kölner Z. Soz. Sozialpsych. 1972, 533–563 – *Laslett, P.* und *Wall, R.:* Household and Family in Past Time. Cambridge 1972 – *Leach, E.:* Rethinking Anthropology. London 1961 – *Lee, G.R.:* Kinship in the senventies: a decade review of research and theory. J. Marriage Family 1980, 923–934 – *Lee, G.R.:* Status of the elderly: economic and familial antecedents. J. Marriage Family 1984, 267–275 – *Lehr, U.:* Hat die Großfamilie heute noch eine Chance? Der deutsche Arzt 1982, 32–34 – *Leitner, U.:*Zur Bedeutung verwandtschaftlicher Hilfeleistungen im modernen Sozialstaat. Theorie Praxis soz. Arbeit 1977, 101–106 – *Lévi-Strauss:* Les structures élémentaires de la parenté. Paris 1949. Dt. Die elementaren Strukturen der Verwandtschaft. Frankfurt 1981 – *Limbach, J.:* Die Entwicklung des Familienrechts seit 1949. S. 11–35 in *R. Nave-Herz* 1988, op. cit. – *Linde, H.:* Sachdominanz in Sozialstrukturen. Tübingen 1972 – *Litwak, E.* und *Szelenyi, I.:* Primary group structures and their functions: kin, neighbours and friends. Am. Soc. Review 1969, 465–481 – *Litwak, E.* und *Figuera, A.:* Technological innovation and ideal forms of family structure in an industrial democratic society. S. 348–396 in *Hill* und *König*, 1971, op. cit. – *Litwak, E.:* Helping the Elderly. New York 1985 – *Löfgren, O.:* Family and household: cultural change in Swedish society. S. 446–469 in *Wilk R.* und *Arnold E.*: Household. Berkeley, Cal. 1984 – *Lopata, H.Z.:* Contributions of extended families to the support networks of metropolitain area widows. J. Marriage Family 1978, 355–364 – *Lüschen, G.* und *Lupri, E.*, Hrg.: Soziologie der Familie, Opladen 1970 (Sonderheft 14 der Kölner Z. Soz. Sozialpsych.) – *Lüschen, G., Stolte-Heiskanen, V., Ward, C., Blood, R.* und *Lewis, M.:* Familie und Verwandtschaft. Interaktion und die Funktion von Ritualen. S. 270–284 in Lüschen und Lupri, 1970, op. cit. – *Lüschen, G., Stolte-Heiskanen, V., Staikof, Z.* und *Ward, C.:* Family, ritual and secularization. Social Compass 1972, 519–536 – *Lüschen, G., Haavio-Mannila, E., Stolte-Heiskanen, V.* und *Ward, C.:* Familie, Verwandtschaft und Ritual im Wandel. S. 25–29 in *Franz. H.W.* 22. Dt. Soziologentag. Opladen 1985 – *Lüschen, G.:* Familial-verwandtschaftliche Netzwerke. S. 145–172 in *Nave-Herz, R.*, 1988, op. cit. – *Lüscher, K.* und *Stein, A.:* Die Lebensverhältnisse junger Familien. Konstanz 1984 – *Lüscher, K., Schultheiss, F.* und *Wehrspaun, M.*, Hrg.: Die postmoderne Familie. Konstanz 1988 – *Malinowski, B.:* The Family. Glencoe, Il. 1963 – *Marburger, H.:* Verwandtschaftsverhältnis und Leistungsrecht der Gesetzlichen Krankenversicherung. Die Sozialversicherung 1985, 8, 203–207 – *Mayer, K.U.* et al.: Allbus-Codebuch. Köln und Mannheim 1987 – *Medick, H.* und *Sabean, D.*, Hrg.: Emotionen und materielle Interessen. Göttingen 1984 – *Menken, J.:* Age and fertility: how long can you wait? Demography 1985, 469–483 – *Meyer-Palmedo, I.:* Das dörfliche Verwandtschaftssystem. Frankfurt 1985 – *Mitterauer, M.* und *Sieder, R.:* Vom Patriarchat zur Partnerschaft. München 1977 – *Mitterauer, M.:* Faktoren des Wandels historischer Familienformen. S. 83–124 in *Pross, H.*, Hrg.: Familie wohin? Reinbek 1979 – *Mühlfeld, C.:* Familiensoziologie. Hamburg 1976 – *Morgan, L.H.:* Systems of Consanguinity and Affinity in the Human Family. Washington, D.C. 1870 – *Morgan, L.H.:* Ancient Society. New York 1877 – *Müller, E.W.:* Über Grundformen der Verwandtschaft. Kölner Z. Soz. Sozialpsych. 1966, 337–354 – *Müller, E.W.:* Der Begriff ›Verwandtschaft‹ in der modernen Ethnosoziologie. Berlin 1981 – *Müller, E.W., König, R., Koepping, K.P.* und *Drechsel, P.:* Ethnologie als Sozialwissenschaft. Opladen 1984 (Sonderheft 26 der Kölner Z. Soz. Sozialpsych.) – *Müller, E.W.:* Rethinking Verwandtschaft. S. 240–254 in *Müller, E.W.* et al., 1984, op. cit. – *Murdock, G.P.:* Social Structure. Glencoe, Il. 1949 – *Nave-Herz, R.:* Familiäre Veränderungen seit 1950. Forschungsbericht. Oldenburg 1984 – *Nave-Herz, R.*, Hrg.: Wandel und Kontinuität in der BRD. Stuttgart 1988 – *Needham, R.:* Structure and Sentiment. London 1962 – *Neidhardt, F.:* Die Familie in Deutschland. Gesellschaftliche Stellung, Struktur und

Funktion. 4. Auflage. Opladen 1975 – *Neidhardt, F.:* The Federal Republic of Germany. S. 217–238 in *Kamerman S. B.* und *Kahn, A. J.*, Hrg.: Family Policy. New York 1978 – *Nickel, H. M.:* Familie im Alter. S. 158–164 Medizin und Gesellschaft. Jena 1982 – *Parsons, T.:* The kinship system of the contemporary United States. American Anthropologist 1943, 22–38 – *Parsons, T.* und *Bales, R. F.:* Family, Socialization and Interaction Process. Glencoe, Il. 1953 – *Pfeil, E.:* Die Großstadtfamilie. S. 411–432 in *Lüschen* u. *Lupri*, 1970, op. cit. – *Pfeil, E.* und *Ganzert, J.:* Die Bedeutung der Verwandten für die großstädtische Familie. Zeitschrift Soziologie 1973, 366–383 – *Plakans, A.:* Kinship in the Past. Oxford und New York 1984 – *Planck, U.:* Die Landfamilie in der BRD. S. 380–410 in *Lüschen* und *Lupri*, 1970, op. cit. – *Porst, R.:* Haushalte und Familien, Z. Soziologie 1984, 165–175 – *Radcliffe-Brown, A. R.:* Structure and Function in Primitive Society. London 1952 – *Reis, C.* und *Dorenberg, H.:* Selbsthilfe. Ausdruck sozialen Wandels und soziale politische Programme. Dt. Verein öffentl. priv. Fürsorge. Frankfurt 1985 – *Rheinstein, M.:* The family and the law. Int. Encyclopedia Comp. Law, IV, 1974, 3–19 – *Rosenbaum, H.* Hrg.: Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur. Frankfurt 1978 – *Rosenbaum, H.:* Formen der Familie. Frankfurt 1982 – *Rosenmayr, L.:* Die menschlichen Lebensalter. München 1978a – *Rosenmayr, L.* und *Rosenmayr, H.:* Der alte Mensch in der Gesellschaft. Reinbek 1978b – *Rothenbacher, F.:* Haushalt, soziale Differenzierung und soziale Ungleichheit. Z. Soziologie 1987, 450–66 – *Salloway, J. C.* und *Dillon, P. B.:* A comparison of family networks and friend networks in health care utilization. J. Comp. Family Studies 1973, 131–142 – *Scheffler, H. W.:* Kinship, descent, and alliance. S. 747–793 in *Honigman, J.*, Hrg.: Handbook of Social and Cultural Anthropology. Chicago 1974 – *Schelsky, H.:* Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. 4. Auflage, Stuttgart 1961 – *Schmalenbach, H.:* Soziologie der Sachverhältnisse. Jahrbuch Soziologie 1927, 38–45 – *Schmalenbach, H.:* Der Bund. Die Dioskuren 1922, 35–105. Engl. als Communion in S. 64–125 in *Lüschen, G.* und *Stone, G.*, Hrg.: Schmalenbach on Society and Experience. Chicago 1976 – *Schmitz, C. A.:* Erweiterte Familie, Großfamilie und Klan. Kölner Z. Soz. Sozialpsych. 1959, 677–681 – *Schneider, A.:* Expressive Verkehrskreise. S. 443–472 in *Lüschen* und *Lupri*, 1970 op. cit. – *Schneider, D. M.:* American Kinship: A Cultural Account. 2. Auflage, Chicago 1980 – *Schultheis, F.* und *Lüscher, K.:* Familles et savoirs. L'Année Sociologique 1987, 239–263 – *Schumacher, J.* und *Vollmer, R.:* Differenzierungs- und Entdifferenzierungsprozesse im Familiensystem. S. 210–352 in *Hondrich, K. O.*, Hrg.: Soziale Differenzierung. Frankfurt 1982 – *Schwägler, G.:* Soziologie der Familie. Tübingen 1970 – *Schwarz, K.:* Kinderzahl der Ehen bei den Fortpflanzungsverhältnissen 1966 und 1972. Wirtschaft und Statistik 1974, 303–307 – *Schwarz, K.:* Demographische Ursachen des Geburtenrückgangs. Wirtschaft und Statistik 3, 1979, 166–170 – *Segalen, M.:* Family change and social uses of kinship networks in France. Historische Sozialforschung 1985, 22–29 – *Shanas, E.* et al.: Old People in Three Industrial Societies. New York 1968 – *Strauss, M.:* Die Organisation der Familie und die Fähigkeit zur Problemlösung im Hinblick auf die Modernisierung der Gesellschaften. S. 254–269 in *Lüschen* und *Lupri*, 1970, op. cit. – *Strohmeier, K. P.:* Quartier und soziale Netzwerke. Grundlagen einer sozialen Ökologie der Familie. Frankfurt 1983 – *Sussman, M. B.:* The isolated nuclear family: fact or fiction? S. 25–30 in *Sussman, M.*, Hrg.: Sourcebook in Marriage and the Family. 4. Auflage. Boston 1974a – *Sussman, M. B.:* Family, kinship and bureaucracy. S. 233–251 in *Sussman*, 1974b, op. cit. – *Sussman, M. B.:* Law and legal systems: the family connection. J. Marriage Family 1983, 9–21 – *Sweetser, D. A.:* Asymmetry in intergenerational family relationships. Social Forces 1963, 346–352 – *Szeman, Z.:* Die Herausbildung und Auflösung der Großfamilie in Ungarn. Z. Soziologie 1981, 98–108 – *Tenbruck, F. H.:* Freundschaft. Ein Beitrag zu einer Soziologie der persönlichen Beziehungen. Kölner Z. Soz. Sozialpsych. 1964, 431–456 – *Tews, H. P.* und *Schwägler, G.:* Großeltern: Ein vernachlässigtes Problem gerontologischer und familiensoziologischer Forschung. Z. Gerontologie 1973, 284–295 – *Thadden, W.* und *Thadden, R. v.:* Die Tante. S. 33–43 in *Baethge, N.* und *Eßbach, W.*, Hrg.: Soziologie. Entdeckungen im Alltäglichen. Frankfurt 1983 – *Thery, I.:* Remarriage et familles composées; des évidences aux incertitudes. L'Année Sociologique 1987, 119–152 – *Thurnwald, R.:* Werden, Wandel und Gestaltung von Familie, Verwandtschaft und Bünden. Bd. 2: Die menschliche Gesellschaft.

Berlin 1932 – *Toman, W.:* Familienkonstellationen, München 1965 (2. Aufl. 1974) – *Truex, G. F.:* Kinship and network: a cognitive model of interaction. Social Networks 1981, 53–70 – *Tyrell, H.:* Probleme einer Theorie der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung der privatisierten modernen Kernfamilie. Z. Soziologie 1976, 393–417 – *Tyrell, H.:* Historische Familienforschung und Familiensoziologie. Versuch einer Zwischenbilanz. Kölner Z. Soz. Sozialpsych. 1977, 677–701 – *Tyrell, H.:* Familie und gesellschaftliche Differenzierung. S. 13–77 in *Pross, H.*, Hrg.: Familie wohin? Reinbek 1979 – *Tyrell, H.:* Geschlechtliche Differenzierung und Geschlechterklassifikation. Kölner Z. Soz. Sozialpsych. 1986, 450–489 – *Vaskovics, L. A.* Hrg.: Umweltbedingungen familialer Sozialisation. Stuttgart 1982 – *Vaskovics, L. A.:* Räumliche und soziale Distanz bei alten Menschen. 1982 – *Völger, G.* und *Welck, K. V.*, Hrg.: Die Braut. Köln 1985 – *Waite, L. J., Goldschneider, F. K.* und *Wittsberger, C.:* Nonfamily living and the erosion of traditional family orientations among young adults. Am. Soc. Review 1986, 541–554 – *Watkins, S. C., Menken, J. A.* und *Bongaarts, J.:* Demographic foundations of family change. Am. Soc. Review 1987, 346–358 – *Weber-Kellermann, I.:* Die deutsche Familie. Frankfurt 1974 – *Wegener, B.:* Vom Nutzen entfernter Bekannter. Kölner Z. Soz. Sozialpsych. 1987, 278–301 – *Weitzman, L.:* The Divorce Revolution. New York 1985 – *Van Wetering, W.:* Een sociaal vaugnet: quasi-verwantschap, religie en sociale order bij de Creoolse Surinamers in de Bijlmermeer. Soziologische Gids 1986, 233–252 – *Whitten, N.* und *Wolfe, A.:* Network analysis. S. 717–746 in *Honigman, J.*, Hrg.:Handbook of Social and Cultural Anthropology. Chicago 1974 – *Wingen, M.:* Grundfragen der Bevölkerungspolitik. Stuttgart 1975 – *Wurzbacher, G.:* Leitbilder gegenwärtigen deutschen Familienlebens. 3. Auflage. Stuttgart 1958 – *Wurzbacher, G.:* Probleme der Familie und der Familienpolitik in der BRD. Bonn 1973 – *Yi, E. K.:* Implications of conjugal role segregation for extrafamilial relationships: a network model. Social Networks 1986, 119–147 – *Young, M.* und *Willmott, P.:* Family and Kinship in East London. London 1962 – *Young, M.* und *Willmott, P.:* The Symmetrical Family. London 1973 – *Ziegler, R.:* Die Struktur von Freundes- und Bekanntenkreisen. S. 684–688 in *Heckmann, F.* und *Winter, P.*, Hrg.: 21. Dt. Soziologentag. Opladen 1983 – *Zimmermann, C. F.* und *Cervantes, L. F.:* Successful American Families. New York 1960.

Klaus Peter Strohmeier

Familie und Gemeinde

1. Einleitung

Soziologie der Gemeinde und Familiensoziologie sind klassische Repräsentanten von »Bindestrichsoziologien«. Beide sind beinahe zeitgleich im 19. Jahrhundert im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von »Krisen« familialer bzw. gemeindlicher Lebenszusammenhänge im Zuge von Industrialisierung und Verstädterung entstanden. Bemerkenswert ist ihr Nebeneinander, das charakteristisch für die arbeitsteilige Differenziertheit ist, mit der sich Soziologie empirisch auf die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse, auf aktuelle und historische Formen gesellschaftlichen Handelns und Erlebens einläßt: *Rene König* z.B. behandelt Familie und Gemeinde »nebeneinander« (1958, 7) als »Grundformen der Gesellschaft« (*König* 1958; 1973). Bei *Burgess*, einem der Klassiker der amerikanischen Familiensoziologie und der »Human Ecology«, finden sich gleichfalls keine expliziten Bezüge zwischen familien- und gemeindesoziologischem Werk.
»Gemeindesoziologie« als eigenständiger soziologischer Forschungsbereich scheint inzwischen nicht mehr existent. Sie ist heute aufgehoben in »urban« oder (»rural«) sociology, Siedlungssoziologie oder »Stadt- und Regionalsoziologie«. In der Nomenklatur der Fachausschüsse (Sektionen) der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, die sich als aktueller Maßstab der Relevanz der Bindestriche in der Profession anbietet, ist zwar »Familie und Jugend« enthalten, nicht jedoch »Gemeinde«. Wovon ist die Rede, wenn in diesem Beitrag von »Gemeinde« gesprochen wird? Wir werden uns im nächsten Abschnitt (2) um eine Begriffsklärung bemühen. Anschließend soll eine konzeptionelle Klärung der »Transfers«, d.h. der funktionalen Austauschbeziehungen zwischen Familie und Gemeinde erfolgen. Beide sollen als soziale Systeme verstanden werden, die allerdings als »Mehrebenensystem« (dazu *Huinink* 1986, 95ff.) zueinander in hierarchischer Beziehung stehen. Damit wird die klassische Problematik einer (mehrebenenanytischen) »Überwindung der Beziehungslosigkeit zwischen Makro- und Mikrosoziologie« (*Eirmbter* 1979, 710f.) aufgegriffen. Das Verständnis von »makro« und »mikro«, das Soziologen gern implizit lassen, wird expliziert. Transfers zwischen einem »Obersystem« (»Gemeinde«) und »Untersystemen« (»Familie«) werden anschließend anhand empirischer Forschungsergebnisse in unterschiedlichen Richtungen (von »oben« nach »unten« (s. hier Abschnitt 3.1.); und von »unten« nach »oben« (hier 3.2.)) exemplarisch behandelt.

2. Wohngemeinde und politische Gemeinde als »Kontext« der Familie

Die (ältere) gemeindesoziologische Literatur enthält zahlreiche (oft am empirischen Objekt soziographischer oder ethnographischer »community studies« gewonnene) z.T. kontroverse Definitionsversuche ihres Gegenstands. *König* (1958; 1973, 405ff.) faßt diese Debatten zusammen und nennt als allgemeinste Definition dessen, was eine »Gemeinde« ausmache: »lokale Einheit, soziale Interaktionen und gemeinsame Bindungen« (1973, 405). *Friedrichs* führt ergänzend »Seßhaftigkeit der Bevölkerung« und »ökonomische Beziehungen« als konstitutiv für »Gemeinde« an (Lexikon zur Soziologie, 227). *Linde* (1972, 11ff.) kritisiert den Soziologismus der prominenten Definitionen von Gemeinde als soziales System, denen zufolge Gemeinden quasi über dem Boden, auf dem sie faktisch stünden, zu schweben schienen, und plädiert für die Erkenntnis der »Sachdominanz in Sozialstrukturen«: Nicht schon die Beziehungen zwischen den Bewohnern machen »Gemeinde« aus, diese Beziehungen, so *Linde*, ergeben sich vielmehr erst aus dem Gebrauch des »Sachinventars« der Gemeinde, von Grund und Boden, baulichen und anderen »Artefakten«, als »Sachverhältnisse« (vgl. auch *Schmalenbach* 1927). Von *Strohmeier* (1983, 76f.) wird das *Linde*sche Argument weitergeführt und präzisiert: Für das System sozialer Beziehungen, das eine Ortsgemeinde ausmacht, sind nur solche »Sachen« (und die mit ihnen verbundenen »Sachverhältnisse«) von Belang, deren Besitz oder Inanspruchnahme, wie im Falle von Einrichtungen der öffentlichen und privaten »Infrastruktur«, von Dauer ist und die ihre Bewohner in horizontale oder vertikale »ökologische Positionen« (*McKenzie* 1974) zueinander bringen (z.B. Eigentümer-Mieter, Nachbar, Verkehrsteilnehmer, Inanspruchnehmer eines Kindergartens, einer Schule, etc.).

2.1. Familie und Gemeinde als »Mehrebenensystem«

Familiensysteme (vgl. ausf. *Schulze/Tyrell/Künzeler* in diesem Band), sind zugleich Elemente/Akteure (*Huinink* 1986, 95) innerhalb eines »Obersystems« »local community«. Die Wohngemeinde stellt mit lokalen Netzwerken sozialer Beziehungen und mit ihrer materiellen Infrastruktur das »sozialökologische Umfeld« von Familiensystemen mit einer je spezifischen Ausstattung an Ressourcen und Restriktionen des Familienalltags dar (*Kaufmann* et al. 1980). Aus der Sicht der sozialökologischen Sozialisationsforschung (z.B. bei *Bronfenbrenner* 1976, oder bei *Blyth* 1969) ist die Familie der primäre »social context of development and learning« *(Blyth)*, wobei die lokalen sozialen Netzwerke und die Infrastruktur der Gemeinde (»institutions« bei *Bronfenbrenner*) den die Familie umschließenden »sekundären« Kontext ergeben (ähnlich auch *König* 1958, 9). Die politisch-administrativen Gemeindegrenzen sind für die soziologische Bestimmung der Gemeinde als »local community« der Familie oder als ihr »sozialökologisches Umfeld« ohne Bedeutung.
Die politische Gemeinde stellt demgegenüber eine »Bundesverfassungsrechtlich als Institution gewährleistete – Art. 28 Grundgesetz – Gebietskörperschaft mit eigener demokratischer Legitimation (Kommunalwahlen) und eigenverantwortlich zu bestimmendem Wirkungskreis (Selbstverwaltung) dar« (Fachlexikon, 343). Auch

die Familie hat in der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik den Rang einer »verfassungsrechtlich gewährleisteten Institution« (Art. 6, Grundgesetz). In den ihr danach zukommenden Schutz und ihre Förderung sind auch die Gemeinden eingebunden.
Gemeinde ist also in beiden Perspektiven, als »local community«, wie als politische Gemeinde, relevanter »Kontext« des familialen Alltags, familialer Entwicklung und familialer Leistungen.
Charakteristisch für die mehrebenenanalytische Perspektive ist, daß sie Gemeinde als »Makrosystem«, Familie dagegen als soziales System auf der Mikroebene anspricht. »Ebenen« stellen in diesem Verständnis jeweils unterschiedliche Emergenzniveaus gesellschaftlicher Wirklichkeit dar. Die Etikettierung »makro« bzw. »mikro« ergibt sich dabei variabel aus der konkret untersuchten Systemhierarchie.

2.2. Familiensoziologische »Grundbetrachtungsweisen« und der Mehrebenencharakter von Familien-Umwelt-Beziehungen

Mit *Königs* Unterscheidung der familiensoziologischen »Grundbetrachtungsweisen« kennt auch die Familienforschung eine Makro- und eine Mikroperspektive ihres Gegenstands.
Die *König*'sche Unterscheidung einer »mikrosoziologischen« und einer »makrosoziologischen« Grundbetrachtungsweise der Familie (1976, 27) stellt in erster Linie eine Taxonomie der Ansätze und Absichten familiensoziologischer Forschung dar, mit der unterschiedliche analytische Ebenen der Problematisierung von Familien-Umwelt-Beziehungen bezeichnet werden. Diese, durch die Betrachtungsweisen angezeigten »analytischen Ebenen« (*Veiders* 1981) stellen jedoch keine Ebenen im Sinne der zuvor diskutierten Hierarchien sozialer Wirklichkeit dar. Hier wird vielmehr lediglich in unterschiedliche Grade der Abstraktion und Generalität bzw. der empirischen Konkretion und Detailliertheit wissenschaftlicher Sätze über die Familie und ihre Umwelt unterschieden:
In der »Makrosoziologie der Familie« sind »Umwelt« der (subsystemgemäß im Singular genannten) Familie

> »nicht die jeweilige räumliche und soziale Umweltlage (Nachbarschaft, Geschäfte, Arbeitsplatz, Kindergarten, Schulen, öffentliche Verkehrsmittel usw.) der Millionen einzelner Familien, sondern ... die anderen Teilsysteme der Gesellschaft, wie Politik, Wirtschaft, Recht, usw.« (*Tyrell* 1979, 14f.).

Gewiß ist, daß an »Gemeinde« mit all ihrer räumlichen Gegenständlichkeit als Familienumwelt auf dieser Analyseebene nicht gedacht ist.
In »mikrosoziologischer Betrachtungsweise« wird die Familie als »eigenes System, d.h. als Kleingruppe mit ihrer Struktur und ihren Funktionen« untersucht (*König* 1976, 28). Erst auf dieser Ebene rücken konkrete Familien-Umwelt-Beziehungen, eben zu jenen zuvor ausgeschlossenen räumlichen Umwelten in den Blick.
In der Systematik der Grundbetrachtungsweisen ist »Familie und Gemeinde« damit also konventionell ein ausschließlich »mikrosoziologisches« Forschungsproblem. Wie wenig selektiv in der Familiensoziologie im übrigen genuin »mikrosoziologische« Befunde als empirische Belege für makrotheoretische Strukturaussagen ver-

wendet werden, zeigen die »Ebenensprünge« in der Kontroverse um die »isolierte Kernfamilie« (vgl. ausf. *Strohmeier* 1983; *Fauser* 1982; *Tyrell* 1979). So nimmt z.B. *Bott* (1957; 1971) den in ihrer explorativen Studie der »sozialen Netzwerke« einiger zwanzig Familien gewonnenen Nachweis der Existenz informeller Außenbeziehungen dieser Familien zum Anlaß, *Talcott Parsons* These von der »Isolierung« der modernen Kernfamilie (*Parsons* 1942) für widerlegt zu erklären. Ein »mikrosoziologischer« Befund wird benutzt, um eine ganz anders, nämlich i.S. von »Ausdifferenzierung« gemeinte »makrosoziologische« Aussage zu »falsifizieren«. Dabei wird auch später noch (z.B. *König* 1976, 76ff.; Zweiter Familienbericht, 28, 62ff.) geflissentlich übersehen, daß *Parsons* selbst (1965, 34f.) auf diese »fallacy of misplaced concreteness« hingewiesen hat. Gleichwohl hat dieses Mißverständnis eine produktive Vielfalt empirischer Widerlegungsversuche inspiriert.

2.3. Gemeinde als »selbstgemachte« Umwelt der Familie?

Die familiensoziologische Forschung über Familie und Gemeinde (»family and community«, »family and social network«) hat der Gemeinde als der »Umwelt« der Familie kaum jemals Struktur und systemische Eigenschaften zuerkannt. *Norbert Elias* (*Elias/Scotson* 1965, 182) kritisiert die »Familienzentriertheit« der familiensoziologischen Spezialisten: lediglich die Familie werde als strukturierter Lebenszusammenhang begriffen. »Community« als der die Familie umgebende »Lebensbereich« (vgl. *Bronfenbrenner* 1981) werde hingegen überwiegend atomistisch als unstrukturierte »Umwelt« aus der Perspektive der Familie und nur als durch sie strukturiert betrachtet. Exemplarisch scheint mir dafür die o.g. atomistische Negativdefinition der »Makrosoziologie der Familie« von *Tyrell* (entsprechend schon *Young/Willmott* 1957, 104), die gar nicht erst den Verdacht aufkommen läßt, die »räumliche Umweltlage« der Familie weise womöglich eine eigene Struktur und systemische Valenz für die Familie auf. Die »Umwelt« der Familie stellt eine Art Mikrokosmos dar, dessen »Mittelpunkt sie (die Familie) selber bildet«, ist »Umwelt, die nach einem subjektiven Plan aus gänzlich heterogenen Objekten der Umgebung zugeschnitten« wird (*Uexküll* 1928, 143).
Solche »Einäugigkeit« produziert beinahe zwangsläufig Forschungsartefakte:

»In der familiensoziologischen Literatur finden sich häufig Bezüge auf ›die Familie in der Gemeinde‹, jeweils versehen mit der Implikation, Gemeinde sei eine organisierte Gruppe, in der die Familie enthalten sei. Unsere Daten sagen, daß dieses Verständnis irreführend ist. ... Die unmittelbare Umwelt städtischer Familien versteht man am besten, wenn man nicht das lokale Gebiet betrachtet, in dem sie leben, sondern das Netzwerk der aktuellen sozialen Beziehungen, die sie pflegen, ganz unabhängig davon, ob diese Beziehungen auf ein solches Gebiet beschränkt bleiben oder über seine Grenzen hinausreichen« (*Bott* 1957, 99 – übersetzt v. Verf.).

Familien, so *Bott*, machen sich selektiv ihre »eigene« soziale Umwelt in Abhängigkeit von ihren eigenen Strukturmerkmalen (bei *Bott* insbesondere ihrer »Rollensegregation/-flexibilität«) und ihren Leistungserfordernissen (ähnlich auch *Klages* 1956, 132). *Botts* Befund wird in Wendungen, wie »Autonomie« oder »Eigensinnigkeit« der modernen Familie immer wieder aufgegriffen. Er ist jedoch nicht mehr als ein durch den »familienzentrischen Untersuchungsansatz« produzierter Artefakt.

Die Autorin gibt selbst zu, daß extra-familiale, vor allem ökologische Bedingungsvariablen familialer Netzwerkintegration, deren Irrelevanz sie herausstellt, von ihr gar nicht erhoben worden sind!

»Auf der Grundlage der Daten, die wir bei den Untersuchungsfamilien erhoben haben, ist es unmöglich, Muster von Faktoren zu analysieren, die ihre Netzwerke beeinflussen. Um solche Einflüsse überhaupt in den Blick zu bekommen, müssen wir unsere Felddaten hinter uns lassen und uns auf unser Wissen über die städtische Industriegesellschaft besinnen« (*Bott* 1957, 97 – übers. v. Verf.).

Familienexterne, zumal ökologische Bedingungen familialer Netzwerkintegration stellen allgemein in der Forschung über Familie und Gemeinde ein weitgehend unerforschtes Desiderat dar, während Anzahl und Art von »Kontakten« als durchaus »übererforscht« gelten können (vgl. dazu *Schulz* 1978, neuerdings *Kaufmann* et al. 1987). Die wenigen vorliegenden Untersuchungen sozialökologischer Determinanten familialer Umweltbeziehungen (*Zapf* 1969; *Strohmeier* 1983) zeigen jedoch, daß sich sehr wohl »Wirkungen« der sozialen Umwelt (bei *Zapf* z. B. exemplifiziert im Konzept der »sozialen Bandbreite des Milieus« der Ortsgemeinde) und der gebauten Umwelt auf die Umweltbeziehungen und die Leistungen von Familien nachweisen lassen. Solche Beziehungen sind freilich nicht kausal-deterministischer Art, sie ergeben sich vielmehr – als Mehrebenenprozeß – in komplexer Interaktion familialer Merkmale mit solchen des ökologischen Familienkontexts (s. ausf. Abschn. 3.1.).

Elias argumentiert schon 1965 im Unterschied zum familienzentrischen Ansatz der »family and community«-Forschung dieser Zeit, daß Familie und Gemeinde je eigene interdependente Strukturen aufweisen. *Arensberg/Kimball* (1940) demonstrieren diese Interdependenz anhand der engen Verquickung einer dörflichen ökonomischen Struktur mit dem Erbrecht und spezifischen Familiensturkturtypen in den Landgemeinden Irlands. Soziale und räumliche Organisation von Gemeinden wandeln sich im Verlauf globaler Prozesse gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels, wie der Industrialisierung und Verstädterung.

Familien »erfahren« erst durch den Wandel kommunaler Strukturen die gesamtgesellschaftlichen Wandlungen. »Gemeinde« stellt danach nicht weniger als die »intermediäre Ebene« zwischen Familie und Gesellschaft dar (s. a. *Bronfenbrenner* 1976; *König* 1958). *Elias* zeigt, wie die soziale Organisation einer Gemeinde durch familialen Strukturwandel (Status, Mobilität, Wandel der Frauenrolle) verändert wird und liefert damit einen frühen Nachweis von »Mehrebenentransfers« zwischen Familie und Gemeinde.

»Die Familie geht mit der Gesellschaft« *(König)*. Gesellschaftlicher und familialer Wandel haben eine »morphologische« Dimension, ein »materielles Substrat« (*König* 1967). Sozialer Wandel wird für Familie erfahrbar im intermediären gemeindlichen Kontext alltäglicher Lebensbedingungen (*Schardt* 1983). Familialer Wandel führt umgekehrt zur Veränderung sozialräumlicher Strukturen. Die »Ausdifferenzierung« der modernen Familie hat es mit sich gebracht, daß mit »Familie« bzw. »Familienleben« heute, zumindest im städtischen Kontext, spezialisierte »Flächennutzungen« beschrieben werden.

Zur begrifflichen Klärung dieser Zusammenhänge ist es erforderlich, unterschiedli-

che Stränge differenzierungstheoretischen Denkens in der Soziologie zusammenzubringen.

2.4. Gesellschaftliche und räumliche Differenzierung

Wenn wir bislang Familie oder Gemeinde als soziales System bezeichnet haben, so ist stets von Systemen im Sinne von »handelnden Einheiten« oder »Handlungssystemen« (*Ropohl* 1979, 109; *Huinink* 1986, 95) die Rede gewesen. In der gesellschaftstheoretischen »Makrosoziologie der Familie« haben wir es demgegenüber mit einer weniger gegenständlichen Systemkonzeption zu tun. Mit »Familie« sind hier nicht handelnde soziale Einheiten gemeint, Familie stellt vielmehr ein »normatives Handlungsschema« (*Parsons* 1976, 275, 310; *Jensen* 1976, 36), dar. Umwelt des so als »System von Handlungen« konzipierten familialen Teilsystems der Gesellschaft sind andere normative Handlungsschemata (»Programme«), z.B. Wirtschaft, Recht, Politik, etc. Gesellschaftliche Evolution besteht in der Ausdifferenzierung solcher Systeme mit zunehmender »funktionaler Spezialisierung«.

2.4.1. Wohngemeinde und Wohnquartier als »gesellschaftlicher Ort« der Familie

Dieser Prozeß der gesellschaftlichen Differenzierung hat eine vielfach übersehene »morphologische« Komponente, wie sich insbesondere am Beispiel des familialen Teilsystems leicht zeigen läßt. Die als »Systeme« schematisierten Handlungsprogramme haben nämlich ihre typischen Schauplätze oder sozialen Orte. Zur Charakterisierung der Bindung immer wiederkehrender Handlungen und Handlungssequenzen an spezifische Orte und Gelegenheiten (»Situationen«) verwendet *Goffman* (1973, 107ff.) den Begriff »situiertes Aktivitätssystem«. Familie ist ein solcherart »situiertes« System. Die soziale und räumliche Situation, in der die unter der Systemreferenz »Familie« geordneten Handlungen sich heute alltäglich ereignen, ist vor allem die Wohnung und die unmittelbare Wohnungsumgebung (*Strohmeier* 1983, 40, 67ff.; *Gans* 1962). Hinzu kommen allenfalls noch ausdifferenzierte Freizeitzonen.

Der strukturellen und funktionalen Isolierung des familialen Teilsystems entspricht, zumal unter städtischen Bedingungen, seine raumzeitliche Isolierung. *Pankoke* (1977, 42ff.) sieht in der Konsequenz die »Anomie einer funktional zerrissenen Lebenswelt« der einzelnen Familie. *Schelsky* (1965, 305ff.) stellt fest,

> daß »im Leben des Großstädters die Arbeit immer sachlicher, die Freizeit aber immer privater geworden ist und daß sich die sich damit auftuende Kluft zwischen zwei Bereichen des großstädtischen Tageslaufes nicht nur in klaren zeitlichen Abgrenzungen, sondern auch als eine Grenze räumlicher Lebensbereiche in der Großstadt niederschlägt«.

»Wohnen«, »Freizeit« (bzw. »sich erholen«), »Arbeiten« sind städtebauliche Funktionen i.S. der Charta von Athen (1962, These 77), die gewissermaßen die ideologische Überhöhung des heute ubiquitären Prinzips einer funktionalen Stadtraumgliederung darstellt. Die räumliche Ausdifferenzierung jeweils spezialisierter kommunaler Funktionsbereiche, Geschäftszentrum, Industriezonen, Wohngebiete, Verkehrs- und Freiflächen stellt dabei weniger das Ergebnis planerischer Intervention dar, sondern ergibt sich, wie *Burgess* (1973, 31) anhand des ungeplanten Wildwuch-

ses des Chicago der zwanziger Jahre zeigt, als ökologische Verteilung (*McKenzie* 1974), aus den unkoordinierten Standorts- und Mobilitätsentscheidungen individueller Akteure (s. auch *Hägerstrand* 1970; *Drewett/Schubert* 1983).
Die Stadt wächst, (auch bei heute sinkenden Bevölkerungszahlen, vgl. *Strohmeier* 1987) von innen nach außen. Die Wohnnutzung gerät zunehmend an die Peripherie, im Zuge eines Prozesses einer immer größere Territorien und Distanzen einschließenden »Suburbanisierung« (*Gatzweiler* 1982; *Drewett/Schubert* 1983) werden die kleinen ländlichen Gemeinden im Umland zur Wohnzone der großen Städte. Familie stellt heute also eine auf die Peripherie der Städte konzentrierte spezialisierte Flächennutzung dar (»Wohnen«).
In seiner Theorie der sozialräumlichen Differenzierung unterscheidet *Hamm* (1977, 127ff.) drei Dimensionen ökologischer Prozesse (vgl. *Strohmeier* 1981, 70f). Die Spezialisierung von Landnutzungen, vermittelt über den Bodenpreis (als »primäre«), die Segregation der Wohnbevölkerung innerhalb der speziellen Wohnfunktionszonen, gesteuert über die Relation Miete-Einkommen (»sekundäre«), und Mobilität, gesteuert über »symbolische Ortsbezogenheit« (*Treinen* 1965; 1978, 35ff.) als »tertiäre« Dimension räumlicher Differenzierung. Dabei ist »symbolische Identifikation« mit einem Wohngebiet oder einer Gemeinde eher maßgeblich für die Mobilitätsentscheidungen der oberen Schichten und für die Seßhaftigkeit der Unterschichten, während deren (geringere) Mobilität eher ökonomischen Einflüssen unterliegt (*Hamm* 1977, 130).
In der »primären« Dimension räumlicher Differenzierung wird entschieden, welche Nutzungsarten sich wo durchsetzen und dominieren (s. auch *McKenzie* 1974). Dies ist die räumlich-morphologische Implikation gesellschaftlichen Wandels i.S. der Ausdifferenzierung funktional spezialisierter Handlungsthematiken (s. o.). Die gesellschaftlichen Teilsysteme Wirtschaft oder Politik erweisen sich dabei, was die Besetzung ihrer »Schauplätze« (oder »Habitate«, *Reichardt* 1975) angeht, gegenüber der Familie als dominant. In dieser Betrachtung wird die strukturelle Situierung der Familie, die Bindung spezifisch familialer Handlungsthematiken an den »sozialen Ort« Wohngemeinde (oder Wohnquartier) in modernen hochdifferenzierten Gesellschaften deutlich. Diese funktionsräumliche »Isolierung« der modernen Familie mag beklagenswert sein (dazu *Jacobs* 1963), zurückgenommen werden kann sie jedoch offenbar nur unter der Voraussetzung einer entsprechenden gesellschaftlichen »Entdifferenzierung« (dazu *Schulze/Strohmeier* 1977).

2.4.2. Sozialraumindikatoren und »Gemeindestruktur«

In der »sekundären« und »tertiären« Dimension von *Hamms* Theorie wird die Verteilung der Wohnbevölkerung (bzw. die Änderung bestehender Verteilungen) hinsichtlich Sozialstatus, Familien- und Haushaltsform, und bezüglich ethnisch-subkultureller »Milieus« im Stadtraum thematisiert (*Park* 1926, 3ff.; *McDonald/McDonald* 1974, 26ff.; *Elwert* 1980). »Social rank«, »family status/urbanization«, »ethnic status« (*Shevky/Bell* 1955) sind die drei zentralen Faktoren der »Sozialraumanalyse«, nach denen sich offenbar weltweit *Abu-Lughod* 1976) urbane Wohngebiete klassifizieren lassen (vgl. ausf. *Strohmeier* 1983, 106ff.). Für (im Sinne der

*König*schen Taxonomie »mikrosoziologische«) Analysen von Familien-Umwelt-Beziehungen stellen diese drei Merkmale der Komposition lokaler Populationen zentrale Indikatoren zur Bestimmung dessen dar, was wir oben als Struktur der Gemeinde bezeichnet haben *(Schevky/Bell* 1955, 20).

Die über die genannten Indikatoren gemessene »Sozialraumtypik« eines Wohngebiets steht z.B. in signifikantem Zusammenhang mit der Art der Bebauung. Bei *Strohmeier* (1983, 145ff.) wird dieser Zusammenhang für 18 auf der Grundlage von Zensusdaten nach den Indikatoren »Sozialer Rang« und »Familientyp« (family status) gruppierten Wohngebieten mit durch parzellenweise Begehung gewonnenen Daten zur gebauten Umwelt nachgewiesen. Mit steigenden Anteilen junger und kinderreicher Familien (»Familientyp«) reduziert sich z.B., gleich ob es sich sonst um Mittelschichtgebiete (hoher »sozialer Rang«), gemischte Gebiete oder Unterschichtwohngebiete handelt, die vorhandene Vielfalt an Bebauungsformen, gleichzeitig erhöht sich der Anteil der Familien die im Bebauungstyp »neueste Neubaubebauung« leben (vgl. ausführlicher *Strohmeier* 1980; 1983, 146f.).

Mit dem Muster der residentiellen Segregation der Wohnbevölkerung sind auch unterschiedliche Grade der Ausstattung mit Einrichtungen der öffentlichen und privaten Infrastruktur indiziert. So dokumentieren *Göschel* et al. (1979, 103ff.) steigende Versorgungsgrade mit Einrichtungen der schulischen und vorschulischen Bildung mit steigendem »sozialen Rang« von Wohngebieten. Ähnliches gilt für die medizinische Versorgung. Die in der Forschung im einzelnen nachgewiesenen Befunde über Infrastrukturdisparitäten und Segregation sind jedoch zum Teil widersprüchlich (vgl. *Strohmeier* 1983, 129f.).

Die Art der Zusammensetzung einer lokalen Bevölkerung ist schließlich ein Indikator für die Lage eines Gebiets in Relation zu anderen Gebieten und damit für die potentielle Erreichbarkeit bestimmter Umweltbereiche durch die dort wohnenden Familien. »Erreichbarkeit« hat dabei eine objektive Dimension (*Hägerstrand* 1970) und eine subjektiv-subkulturelle. So zeigen etwa Analysen schicht- und quartierspezifischer Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen eine extreme lokale Beschränkung bei Unterschichtfamilien in homogenen Unterschichtwohngebieten (*Kaufmann* et al. 1982; *Wirth* 1982).

Besondere Relevanz hat die über die genannten Segregationsmaße gemessene Sozialraumtypik für die Indizierung von gemeindespezifischen »soziokulturellen Milieus« und lokalen Netzwerkbeziehungen. Ich werde auf diese Zusammenhänge im nächsten Abschnitt (3) näher eingehen.

Die Indikatorrelevanz der Segregation einer örtlichen Bevölkerung für korrelierte Merkmale der Gemeindestruktur ergibt sich humanökologisch gesehen aus der Abstimmung lebenslagespezifischer »ökologischer Potenzen« (*Knötig* 1978, 19ff.) von Familien mit lokalspezifischen »Valenzen« (*Strohmeier* 1983, 67ff.). Familien verfügen (schichtspezifisch, strukturabhängig, subkulturspezifisch) über unterschiedliche »ökologische Potenzen«, d.h. über die Fähigkeit, Ressourcen aus ihrer unmittelbaren Umgebung zu gewinnen bzw. Restriktionen zu widerstehen. Wohngemeinden sind als »Habitate« (vgl. *Reichardt* 1975) oder soziale Orte der Familie mit unterschiedlichen »ökologischen Valenzen«, z.B. gebaute Umwelt, Mietniveau, Infrastrukturversorgung, Art der schon vorhandenen Bewohner, versehen. Das

Wohnstandortverhalten (Seßhaftigkeit wie Mobilität) von Familien resultiert aus der individuellen Abstimmung zwischen eigener »Potenz« und lokaler »Valenz«. Aus der Summe solcher individuellen Standortwahlen resultiert im Aggregat eine ökologische Verteilung, nach der typische Familien an typischen Standorten wohnen. Wohngebiete weisen deshalb jeweils eine charakteristische »soziale Bandbreite« (*Zapf* 1969) mit einer Tendenz zur wachsenden Homogenität mit zunehmender Zeit auf.

3. Transferbeziehungen zwischen Familie und Gemeinde

Bereits in den fünfziger Jahren unternahm die Dortmunder Sozialforschungsstelle den Versuch, mit einer umfassenden analytischen Deskription einer westdeutschen Industriestadt und der Untersuchung ihrer jeweiligen »local communities« ein mosaikartiges Bild von »Daseinsformen der Großstadt« (*Ipsen* 1959) zu entwerfen. Eine Vielzahl von Arbeiten dieser Zeit beschränkt sich auf eine Zusammenhänge explorierende Beschreibung lokaler und familialer Lebens- und Beziehungsformen (z.B. *von Oppen* 1958; *Elias/Sotson* 1965; *Baumert/Hünninger* 1954; *Croon/Utermann* 1952; *Firth* et al. 1969; *Mogey* 1950; *Warner* 1963).
In den siebziger Jahren kommt ein (wohnungsbau- und städtebaukritisch gespeistes) Interesse an den Auswirkungen funktional entleerter »neuer Wohnumwelten« (*Weeber* 1971) auf Wohnzufriedenheit und Kontakt bzw. Isolation der Bewohner hinzu (z.B. *Herlyn* 1970; *Heil* 1971; *Dittrich* 1973; 1974). *Gronemeyer* (1977, 45f.) beschreibt Familienleben in der Neubausiedlung als Leben in »Wohnmaschinen«, innerhalb derer »Millionen Verlorene, dauerhaft verbannt in eine fernsehregierte Kleinfamilienwelt«, in einem »Lebensstil apathischer Isolation« vegetieren, »in einem Alltag der Prothesen . . ., dessen Folge ebenso Entmündigung wie Monotonie und Fütterungshaltung ist« (ähnlich auch *Jacobs* 1963; s. auch *Berndt* et al. 1968). Gemeindeforschung wird so parteilich und kritisiert die tatsächlichen (und vermeintlichen) Auswirkungen modernen Bauens auf Familienalltag und Familienleben. Mit dieser Politisierung ist jedoch eine eigenartige und unnötige Vergröberung des begrifflich-methodischen Instrumentariums und eine charakteristische Reduktion der theoretischen Perspektive auf Gemeinde und Familie gekoppelt. Die Differenziertheit und Akribie, mit der noch von der Gemeindeforschung der fünfziger und frühen sechziger Jahre lokale Milieus und Strukturen vermessen worden waren, löst sich auf in grobschlächtige »Strukturvariablen«, wie »monoton vs. mannigfaltig« (*Jacobs* 1963; *Schubert* 1977, 96f.), »geplant vs. gewachsen«, »neu vs. alt« etc.
Familienleben, Familienalltag und die familiale Leistungsfähigkeit erscheinen dabei durchweg als durch Einflüsse der Wohnumwelt »bewirkt«, die Familie wird m.a.W. »ökologisch entmündigt«, d.h. ihr wird die Fähigkeit zum eigenaktiven Umgang mit Ressourcen und Restriktionen ihrer Wohnumwelt (ihre »ökologische Potenz«) schlicht abgesprochen. Die Apathie, die *Jahoda* et al. (1933) in der pathogenen Situation des »arbeitslosen Dorfes« beobachtet haben, wird zur normalen Lebenshaltung des Hochhaus/Neubaublock-Bewohners stilisiert. Forscher, die sich selbst

einer handlungstheoretischen Perspektive verpflichtet erklären, werden unter der Hand zu »Umweltdeterministen« (dazu *Mühlich* 1978, 98ff.; *Mühlich* et al. 1978), die, wie z.B. *Gronemeyer* (1977, 189ff.), die geäußerte »Wohnzufriedenheit« von Bewohnern neuer Siedlungen als »falsches Bewußtsein« abtun und eigensinnig alternative Wohnformen zur Realisierung »wahrer Bedürfnisse« fordern. Materielles Elend in alten innenstadtnahen Vierteln der »Übergangszonen« wird vielfach als »Milieu« romantisiert (*Pieper* 1979, 7). Die Faszination, die der Sozialforscher aus der akademischen Mittelschicht angesichts der in einem alten Arbeiterviertel (Eisenheim) erhalten gebliebenen proletarischen Kultur empfindet, läßt ihn nach der Beschreibung seiner Besonderheiten (soziale Vernetzung, gemeinsamer biographischer Kontext der Bewohner) Eisenheim im selben Atemzug zum Modell »humanen Städtebaus« erklären. Den »inhumanen« Kontrast liefert »das« Hochhaus (*Günter* 1977).

Die »umweltdeterministische« Reduktion der Gemeindeforschung stellt das Komplement zur »Familienzentriertheit« der familiensoziologischen Forschung über Familie und Gemeinde dar. Während letztere der Familie mit Bezug auf die Konstruktion ihrer Umwelt quasi »Omnipotenz« zuspricht, stattet erstere die Gemeinde mit »Omnivalenz« (von der allenfalls im Zusammenhang mit dem krisenhaften Zusammenbruch einer kompletten lokalen Opportunitätsstruktur die Rede sein könnte, vgl. *Jahoda* et al. 1933) im Hinblick auf die Familie aus.

Wir wollen im nächsten Abschnitt 3.1. näher auf kontextspezifische Einflüsse der gebauten und sozialen Umwelt auf die familiale Integration in lokale soziale Netzwerke informeller Beziehungen und auf die Leistungen solcher Netzwerke für die Familie eingehen. An dieser Thematik lassen sich exemplarisch »Makro-mikro-Transfers« im Sinne der oben eingeführten mehrebenenanalytischen Perspektive darstellen.

Um Mehrebenenbeziehungen von der Mikro- auf die Makroebene geht es dann im Abschnitt 3.2. in dem wir (mit Blick auch auf die Entwicklung der politischen Gemeinden) prozessuale Zusammenhänge zwischen Familienentwicklung und der Entwicklung der kommunalen Bevölkerungen nach Anzahl, Struktur und räumlicher Verteilung ausgehend vom Phänomen regional differenzierter Familiengrößen betrachten.

3.1. Familiale Netzwerke im lokalen Kontext

Die an *E. Bott* anschließende Forschung über »Familie und soziale Netzwerke« hat Netzwerkbeziehungen in unterschiedlicher Weise, formal oder qualitativ, analysiert und sie dabei stets als gegeben vorausgesetzt. Soziale Netzwerke stellen danach Solidarpotentiale dar, die in Gestalt von Hilfe und sozialer Unterstützung wesentlich zur Lösung familialer Problemlagen beitragen (*Hansen/Hill* 1967; *Hansen/Johnson* 1979).

Moderne Familien sind zur Erbringung der ihnen gesellschaftlich zugeschriebenen Leistungen, in erster Linie der »qualitativen Nachwuchssicherung« (vgl. *Buhr/Kaufmann* in diesem Band), auf Inputs aus ihrer Umwelt angewiesen, die wir als Ressourcen des Familienalltags bezeichnen können (*Strohmeier* 1983, 50ff.). Typi-

sche Ressourcen, die Familien aus der informellen Eingebundenheit in soziale Netzwerke zufließen, sind die motivationale Unterstützung und Verstärkung der Elternrolle (*Kaufmann* et al. 1980) sowie spontane bzw. dauerhafte Hilfe und Unterstützung, insbesondere bei der Erziehung und Betreuung der Kinder.
Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang sind Beziehungen zu Verwandten und Nachbarn (*Pfeil* 1965; *Pfeil/Ganzert* 1973). Eine Vielzahl empirischer Befunde über die Substantialität von Großeltern und Enkel einschließenden lokalen intergenerativen Beziehungsformen wird (z.B. bei *Sussman* 1965) als Indiz für die Existenz von in räumlicher Erweiterung bestehen gebliebenen »Großfamilien« genommen. Charakteristisch für die moderne Familie ist »Neolokalität«, d.h. räumliche Trennung von den Herkunftsfamilien der Eltern (*Schwägler* 1970). Eltern und Großeltern leben nicht mehr im selben Haushalt. Verschiedene Untersuchungen geben die Zahl echter »Drei-Generationen-Familien« mit 3% bis 6% aller Familien an (*Lüscher/Fisch* 1982, 7; BMJFG 1984, 55; Dritter Familienbericht 1979, 59). Mit diesen Zahlen wird jedoch das faktische Ausmaß der räumlichen Nähe zwischen den Generationen grob unterschätzt. *Fauser* (1982, 122ff.) weist nach, daß bei 26% aller jungen Familien die Großmutter entweder im selben Haus oder in derselben Wohnung lebt. In den von ihm untersuchten ländlichen Gemeinden liegen die Anteile der Familien mit Großmutter im Haus durchweg um oder über 50%; in den städtischen Vierteln dagegen unter 10%, bei Arbeiterfamilien halten 32% Hausgemeinschaft, in der Oberschicht immerhin noch 16%. Auch ohne solche »Hausgemeinschaft« als wider Erwarten verbreiteten Extremfall der räumlichen Nähe zwischen den Generationen ist große räumliche Distanz zur Großelterngeneration (wenn die Großeltern noch leben) die wohl durch schichtspezifische Mobilität bedingte Ausnahme. Nur jede zehnte Arbeiterfamilie gibt an, daß die Großmutter weiter als eine Stunde von Kindern und Enkeln entfernt lebt, aber vier von zehn Oberschichtfamilien (*Fauser* 1982; vgl. auch *Strohmeier* 1983). *Buhr* et al. (1988) belegen, daß 70% der von ihnen untersuchten jungen Familien in NRW die Großeltern in weniger als 15 Minuten erreichen können!
Insbesondere bei jungen Familien stellt die verbreitete räumliche Nähe zu den Großeltern im selben Haus oder in derselben Gemeinde bzw. im selben Quartier ein verläßliches Potential an Ressourcen dar. Die Repräsentativerhebung zum Zweiten Familienbericht (1975) hat z.B. ergeben, daß 42 von 100 Familien die Großeltern als Betreuungspersonen ihrer Kinder bei kurzzeitiger Abwesenheit der Mutter nannten, Nachbarn und Bekannte nannten 17, öffentliche Einrichtungen nur 15 von Hundert. Insbesondere bei Familien mit Kleinkindern ist Unterstützung bei der Kinderbetreuung durch in der Nachbarschaft lebende Großeltern offenbar unverzichtbar. *Fauser* (1982, 130f.) nennt 62% der nicht-erwerbstätigen Mütter von Kleinkindern und 48% der erwerbstätigen, die angeben, für kurzzeitige Beaufsichtigung auf die Großmutter zählen zu können.
Bei der Betreuung und Versorgung der Kinder über längere Zeiträume oder regelmäßig zu bestimmten Tageszeiten, z.B. bei regelmäßiger Erwerbstätigkeit der Mütter wird die Bedeutung der Unterstützung durch am Ort lebende Verwandte, in erster Linie die Großeltern, noch deutlicher. *Schulze* (1979) macht deutlich, daß Mütter, deren Vorschulkinder nicht in den Kindergarten gehen bzw. deren Arbeits-

zeiten sich mit den Öffnungszeiten öffentlicher Betreuungseinrichtungen nicht decken, überwiegend nur dann erwerbstätig sind, wenn Verwandte, vor allem die eigenen Eltern und Schwiegereltern, für die Kinderbetreuung zur Verfügung stehen. *Buhr* et al. (1988) zeigen, daß dauerhafte und verläßliche Kinderbetreuung durch die Großeltern (bei gänzlicher Bedeutungslosigkeit öffentlicher Einrichtungen) die wichtigste Voraussetzung der Berufstätigkeit junger Mütter mit Kleinkindern darstellt.

Auch nach Verlassen der Herkunftsfamilie bestehen also substantielle Hilfs- und Unterstützungsbeziehungen zwischen den Generationen. Eltern (und andere Verwandte) bleiben Elemente eines lokalen verwandtschaftlichen Netzwerks. Die Ressourcenqualität verwandtschaftlicher Netzwerkbeziehungen hängt dabei eher von familienzyklischen Bedarfslagen ab als von der (in zahlreichen Studien immer wieder untersuchten, *Schulz* 1978) Kontakthäufigkeit (*Fauser* 1982).

Hilfe und Unterstützung zwischen nahen Verwandten sind um so häufiger, je geringer die räumliche Distanz zwischen ihnen ist. Dichte verwandtschaftliche Netzwerke sind charakteristisch für ländliche Gemeinden und alte städtische Arbeiterwohngebiete (*Pfeil* 1959, 213; *Elias/Scotson* 1965, 150ff.). Sie charakterisieren bodenständige Milieus relativ immobiler Bevölkerungsschichten (*Caplow/Foreman* 1950, 357ff.; *Bott* 1971, 103ff.). *Buhr* et al. weisen auf siedlungsräumliche Differenzierungen hin: In den teriären Großstädten sind die Beziehungen junger Familien mit Großeltern und anderen Verwandten weniger intensiv und seltener so substantiell wie in den ländlichen und Industriegemeinden. Dafür sind Nachbarn und Bekannte als »Helfer« relativ bedeutsamer.

Einen ähnlichen Zusammenhang meint die »Komplementaritätsthese« von *Pfeil/Ganzert* (1973, 368): Familien, die keine oder nur geringe Verwandtenkontakte pflegen, unterhalten danach mehr Bekannten- und Nachbarschaftsbeziehungen. Damit wird jedoch der verschiedene Status von Nachbarschafts- und Bekanntenbeziehungen und Verwandtschaft ignoriert. Verwandtschaft als zugeschriebene Beziehung wird durch räumliche Nähe zwar begünstigt (*Willmott/Young* 1960), existiert jedoch unabhängig von ihr. Im anderen Fall geht es um »erworbene« Beziehungen, die zwar durch räumliche Nähe erst möglich werden, hinsichtlich ihres Zustandekommens und ihres Fortbestands jedoch durch familiale und ökologisch-kontextuelle Faktoren beeinflußt werden (vgl. *Schneewind* et al. 1983; *Strohmeier* 1983; *Fauser* 1982; *Röhrle* 1987, 45; *Neubauer* 1983, 18). Die vorliegenden Befunde sind widersprüchlich und enthalten ökologische Fehlschlüsse. So sollen nach *Irle* (1960, 36) Nachbarschafts- und Bekanntenbeziehungen charakteristisch für die Bewohner der innenstadtnahen Zonen sein, lokale Verwandtenbeziehungen typisch für den Stadtrand. Die hochgebauten Neubauviertel am Stadtrand sind, *Reidemeister* (1972) und *Gronemeyer* (1977) zufolge, Stätten isolierter Beziehungslosigkeit oder aber Schauplatz intensivster Nachbarschaftsbeziehungen (*Strohmeier* 1983, 177).

»Moderne Bauweise in Industriearbeitervierteln, traditionelle bei Quartieren der Kleinbürger und jeweils vergleichsweise breit gestreute nachbarschaftliche Interaktionen, dieser Befund unterstreicht die Notwendigkeit einer sozial und räumlich differenzierten Betrachtung bei der Frage, wie die gebaute Umwelt auf das Zusammenleben der Menschen Einfluß ausübt« (*Bargel* et al. 1983, 151).

Sozialräumliche und bauliche Differenzierungen von Familienumwelten sind, wie gezeigt, gut durch die Indikatoren der »Sozialraumanalyse« *(Shevky/Bell)*, vor allem durch »sozialen Rang« und »family status« indiziert. Als bedeutsame familiale Bedingungsfaktoren lokaler Integration werden in der Literatur

- die soziale *Schichtzugehörigkeit* (Stichwort: »Familismus«, »Territorialität« von Netzwerken) (*Bott* 1971, 112; *Herlth* 1982, 261ff.; *Fauser* 1982, 166ff., 177ff., 184ff.; *Strohmeier* 1980, 92ff.)
- die *Wohndauer* bzw. *Umzugsmobilität* (*Caplow/Foreman* 1950, 337ff.; *Pfeil* 1959, 213; *Litwak* 1960a; 1960b; *Elias/Scotson* 1965, 150f.; *Bargel* et al. 1983)
- Größe und Ausstattung der *Familienwohnung* (als mögliches »Besuchshindernis«; *von Oppen* 1958; *Pfeil* 1959; *Zapf* 1969)
- *Kinderzahl* bzw. *Familienstruktur* (*Bargel* et al. 1983, 152; *Strohmeier* 1980, 23ff.)
- *Erwerbstätigkeit der Mutter* (*Rosser/Harris* 1965; *Rapoport/Rapoport* 1969)
- die *Ehedauer* (*Mowrer* 1961; *Frankenberg* 1966; *Fauser* 1982, 104; *Schulze* 1982, 199–209)

genannt. Die Bedeutsamkeit der o.g. Variablen für die Integration der Familien in nachbarschaftliche Netzwerke entscheidet sich jeweils auf dem Hintergrund der sozialräumlichen Struktur der Gemeinde und von baulich/räumlichen Gelegenheiten. (So stellt z.B. der örtliche Kindergarten einen wichtigen Kristallisationspunkt lokaler sozialer Netzwerke dar, vgl. *Kaufmann* et al. 1980). Eine sozialräumlich differenzierte Analyse der Bedingungsgefüge familialer Netzwerkbeziehungen führt zur Identifikation charakteristischer Eigenschaftsprofile nachbarschaftlich »isolierter« und »integrierter« Familien, die jeweils typische Abweichungen bzw. Ähnlichkeiten in Bezug auf das gemeindetypische Sozialprofil erkennen lassen.

So zeigt sich z.B. in den alten haushaltstrukturell gemischten, jedoch statushomogenen Unterschichtwohngebieten, daß intensive Nachbarschaftsbeziehungen an »Ähnlichkeit« und an das Vorhandensein lokaler Verwandter gebunden sind. Wer in diesem hochgradig verwandtschaftlich durchsetzten Quartierstyp neu zuzieht und keine Verwandten in der Nachbarschaft hat, ist von weiteren nachbarlichen Beziehungen weitgehend ausgeschlossen (*Strohmeier* 1983, 212). Dies ist ein klarer Widerspruch zur *Pfeil/Ganzert*schen »Komplementaritätsthese«!

In den »neuen« Unterschichtwohngebieten am Stadtrand, deren »family status« von jungen und kinderreichen Familien geprägt wird, zeigt sich dagegen ein umgekehrter Zusammenhang. Hier sind die erst kurz am Ort wohnenden mobilen Familien stärker in nachbarschaftliche Netzwerke integriert als die Eingesessenen. Im Unterschichtmilieu allgemein zeigt sich, daß »Isolation« in Bezug auf »erworbene« Beziehungen typisch für Familien der »unteren Unterschicht« ist.

Die absolut intensivsten Nachbarschaftsbeziehungen findet *Strohmeier* (1983) in einem sozialstrukturell (Unterschicht und untere Mittelschicht) und familienstrukturell (hoher »family status«) homogenen jungen Neubaugebiet mit vorherrschender Hochhausbebauung und (im Erhebungszeitpunkt) defizitärer Infrastruktur. Bereits *Mowrer* (1961) und *Dorsch* (1972, 100ff.) sehen in der »Pioniersituation« einer Gemeinde einen besonderen Stimulus für Kontakt und Hilfeleistung.

»Netzwerkressourcen« sind für Familien erziehungsrelevante Ressourcen. Das

betrifft zum einen, wie gezeigt, konkrete Formen der direkten Hilfeleistung. Nachbarschaftliche Integration der Familie hat aber auch direkte Auswirkungen auf den Alltag der Kinder (*Engelbert*, 1986). Unterschiedliche Wohnumwelten sind in sehr unterschiedlichem Maße von Kindern (ohne Aufsicht) »bespielbar« (vgl. Kunsthalle Bielefeld 1979). *Strohmeier* (1983, 239ff.) zeigt anhand von Tagesläufen von Vorschulkindern, daß Kinder nachbarschaftlich »integrierter Familien«, unabhängig von der Art der Bebauung ihres Wohnquartiers und unabhängig von seiner sozialräumlichen Struktur, jeweils signifikant mehr Zeit mit Spielkameraden (ohne Aufsicht Erwachsener) zubringen als Kinder »isolierter« Familien.
Jacobs (1963) hatte Nachbarschaften, in denen Kinder frei spielen können, weil jeder quasi nebenbei »ein Auge auf sie hat«, als Charakteristikum der »alten« funktionsgemischt-»mannigfaltigen« Gebiete bezeichnet. Es hat jedoch den Anschein, als ob es weniger die bauliche Struktur und die entdifferenzierten Raumnutzungen sind, die die Kinder in den Genuß solcher anonymen »Gratisaufsicht« kommen lassen, sondern daß wir es hier in den »alten« funktionsgemischten, wie in den neuen »reinen Wohngebieten« mit einer spezifischen lokalen Netzwerkressource zu tun haben.

3.2. Regionale Unterschiede der Geburtenzahlen und Perspektiven kommunaler Entwicklung

Die regionale (Stadt-Land) Differenzierung von Haushalts- und Familienformen, auf die wir im Abschnitt 3.1. im Zusammenhang mit der »räumlich erweiterten« Familie schon kurz eingegangen sind, ist bislang vor allem von der Bevölkerungswissenschaft thematisiert worden. (Die im Beitrag von *Buhr/Kaufmann* vorgestellten wenigen familiensoziologischen und lebenslauftheoretischen Forschungsansätze sind neuesten Datums). In der Demographie dominieren, wie in der gemeindesoziologischen Literatur zu »Familie und Gemeinde«, umweltdeterministische Erklärungsansätze, die sich gelegentlich am Rande des ökologischen »Fehlschlusses« bewegen. *Andorka* (1978, zit. nach *Schwarz* 1983, 23ff.) nennt Bebauungs- und Bevölkerungsdichte, Verkehrsbelastung, städtische vs. ländliche Besiedlungsweise als »Bestimmungsgründe« regional differenzierter Kinderzahlen (vgl. auch *Gröner* 1983; *Stiens* 1983). Weitere vielfach zitierte »Bestimmungsgründe« sind die Frauenerwerbsquote, der Katholikenanteil, die Anteile landwirtschaftlicher Beschäftigter, lokale Einkommens- und Bildungsniveaus (vgl. *Schwarz* 1975; *Rückert/Schmiedehausen* 1975, 90; *Höpflinger* 1983).
Solche »ökologischen Hypothesen«, die die Wirksamkeit lokaler Disparitäten von Ressourcen und Restriktionen der Lebensführung auf die Kinderzahl von Familien behaupten, haben eine gewisse empirische Plausibilität für sich, d.h. sie stimmen mit aggregierten Daten der amtlichen Statistik überein. Haben wir es deshalb bei der regional differenzierten Fruchtbarkeit mit »Kontexteffekten« (i.S. von Makromikro-Transfers) auf individuelles Verhalten und familiale Entwicklungsprozesse zu tun?
Diese Frage positiv zu beantworten hieße, individuelle Lebensläufe und familiale Entwicklung als vorwiegend »außengesteuert« anzusehen. Der soziologische Hin-

tergrund der mit dem »zweiten Geburtenrückgang« seit Mitte der sechziger Jahre eingeleiteten demographischen Veränderungen liegt jedoch gerade in der individuell zugestandenen Entscheidung über das »eigene« Leben, die im Zuge des »Modernisierungsprozesses« besonders von den Frauen zunehmend in Anspruch genommen wird. Im Zuge solcher individualisierten Optionen für differenzierte biographische Entwürfe ergibt sich eine zunehmende Selektivität individueller und familialer Wohnstandortwahlen: Wanderungen, wie Seßhaftigkeit sind als das Ergebnis einer Abstimmung der eigenen Lebensführung und Lebenspläne mit den jeweiligen örtlichen »Standortbedingungen« zu problematisieren (*Birg* 1981).

Im Gegensatz zur traditionell umweltdeterministischen Fragestellung der Bevölkerungsforschung fragen neuere familiensoziologisch und lebenslauftheoretisch orientierte Arbeiten über regional differenzierte Fertilität (*Wagner* 1988; *Klijzing* 1988; *Kaufmann* et al. 1988) nicht nach kausal wirksamen lokalen Bestimmungsgründen differentieller Familiengrößen und Haushaltsformen in der Struktur von Gemeinden und Regionen sondern nach den Auswirkungen der zunehmenden (selektive Wohnstandortwahlen einschließenden) individuellen und familialen Mobilität auf die aktuelle und künftige demographische und siedlungsräumliche Struktur der Gemeinden.

Die in der demographischen Literatur genannten regionalen und lokalen »Bestimmungsgründe« des »generativen Verhaltens« stellen in dieser Fragestellung lediglich »Attribute« der Orte und Regionen dar, die Objekte solcher »biographisch-selektiven« (*Strohmeier* 1986) Standortwahlen sind.

Die Kernstädte und ihre ländlichen Umlandgemeinden werden danach zu Schauplätzen der Realisation differenzierter Lebensentwürfe. Mit Bezug auf alternative biographische Optionen bieten sie jeweils charakteristische Standortvorteile. Die Standortgunst der ländlichen Gemeinden, ablesbar an den höheren Geburten- und Kinderzahlen, ist impliziert im verkürzten Schlagwort von der »kinderfeindlichen Großstadt«. Die in den großen Städten (vor allem den Dienstleistungszentren) verbreitete Kinderlosigkeit indiziert dagegen weniger »Kinderfeindlichkeit« als vielmehr spezifische Standortvorteile für berufs- und bildungsbezogene, Familie auf Zeit oder auf Dauer ausschließende Lebensentwürfe.

Die Analyse von individuellen Wanderungsbiographien junger Frauen in NRW (aller Ortswechsel nach Erreichen der Volljährigkeit) hat ergeben, daß Frauen, die an den traditionellen Formen von Ehe, Partnerschaft und Familie als »Lebensleitvorstellungen« orientiert sind, die ländlichen Gemeinden entweder nicht verlassen, innerhalb der ländlichen Zonen wandern oder aus der Großstadt im Zuge der Familiengründung und -erweiterung dorthin ziehen (*Kaufmann* et al. 1988). Familienwanderung ins ländliche Umland ist maßgeblich für die seit den sechziger Jahren europaweit zu beobachtende Suburbanisierung, d.h. die Bevölkerungsverluste der Kernstädte an ihr Umland (*Gatzweiler* 1982; *Drewett/Schubert* 1983). Auch eine niederländische Studie der Veränderung von Haushaltsformen im Lebenslauf (vgl. *Klijzing* 1988) bestätigt die »frühe« Familienwanderung junger Familien ins Umland.

Auf der anderen Seite bleiben, *Kaufmann* et al. (1988) zufolge, jene jungen Frauen, die an den sogenannten »modernen« Formen der weiblichen Lebensführung (*Simm*

1987) orientiert sind, entweder in der Großstadt oder wandern vom Land dorthin. Wanderungen in beiden Richtungen sind vorwiegend Nahwanderungen (*Wagner* 1987) und sie sind mittelschichttypisch. Die unterschiedlichen Lebenspläne der Seßhaften und der Gewanderten in Stadt und Land sind dabei hochgradig konsistent mit den (am Ende der Längsschnittstudie von *Kaufmann* et al. erhobenen) faktischen Familienverhältnissen. Die durchschnittlich höchsten Kinderzahlen wurden bei den Stadt-Land-(Familien)-Wanderern, die niedrigsten und die größte Verbreitung von Kinderlosigkeit bei den Land-Stadt-Wanderern festgestellt.
Während die Innenbereiche der Großstädte dabei sind, sich zur »Szene« nichtfamilialer »neuer Haushaltstypen« (*Wagner* et al. 1983) mit (segregierten) Reservaten immobiler Familienhaushalte, Armer, Alleinerziehender, Alter, zu entwickeln, werden bei steigender funktionaler Verflechtung von Stadt und Umland die ländlichen Zonen im Umland zunehmend zur räumlich ausdifferenzierten »Familienzone« der Gesellschaft. Der bereits in den Stadtentwicklungsmodellen der Chicagoer »Human Ecology« enthaltene Trend der »Peripherisierung« der Familie setzt sich als immer größere Territorien umfassende Suburbanisierung fort (vgl. *Strohmeier* 1987).
Der »frühen« Familienwanderung in der Gründungs- und Aufbauphase entgegengerichtet ist ein, gleichfalls biographisch-selektiver Wanderungsstrom, den *Klijzing* in den Niederlanden bei älteren Erwachsenen zu Beginn der »empty-nest-Phase« feststellt. Sowohl frühere Stadt-Umland-Wanderer, als auch »bodenständige« Personen aus den ländlichen Gemeinden wandern in dieser Phase der Familienentwicklung zurück in die großen Städte. Maßgeblich für diese Land-Stadt-Wanderung in der Nach-Kinder-Phase sind vermutlich z.T. die gleichen urbanen »Standorteigenschaften«, die auch für die jungen familienlosen Erwachsenen attraktiv sind. Daraus ergibt sich eine Hypothese für die künftige Entwicklung der großen Städte. Nach einer über Jahrzehnte anhaltenden »Suburbanisierung« mit Verlusten (vor allem) junger Mittelschichtfamilien ans ländliche Umland ist bereits in den neunziger Jahren eine »Reurbanisierung« (*Kujath* 1988) in Sicht. Sie ergibt sich als Resultat der Land-Stadt-Wanderung (Bildungs- und Berufswanderung) der besonders zahlreichen jungen Erwachsenen, die in den sechziger und z.T. noch den siebziger Jahren im ländlichen Umland aufgewachsen sind (vgl. *Birg* 1988), und wird verstärkt durch Teile ihrer Elterngeneration, die die »gewonnenen Jahre« *(Imhof)* nicht im »leeren Nest« auf dem Lande verbringen wollen.

Literatur

Abu Lughod, J. L.: Testing the theory of social area analysis: the ecology of Cairo, Egypt, in: *Meadows, P./Mizruchi, E. H.* (Hrsg.): Urbanism, Urbanization, and Change: Comparative Perspectives. Reading, Mass.; Menlo Park, Cal.; London; Amsterdam; Don Mills, Ont.; Sydney 1976, 2. Aufl., S. 100–118 – *Andorka, R.:* Determinants of Fertility in Advanced Societies. London 1978 – *Arensberg, C. M., Kimball, S. T.:* Family and Community in Ireland. Cambridge. Mass. 1940 – *Bargel, T., Fauser, R., Mundt, J. W.:* Soziotope und soziale Infrastruktur – Lokalität als Bezug einer Sozialpolitik für das Kind, in: *Mundt, J. W.* (Hrsg.): Grundlagen lokaler Sozialpolitik. Sozialökologische Beiträge zur Entwicklung von Alternati-

ven. Weinheim, Basel 1983, S. 125–162 – *Bammert, G., Hünninger, E.:* Deutsche Familien nach dem Kriege. Struktur, Typen und Verhalten. Darmstadt 1954 – *Berndt, H., Lorenzen, A., Horn, K.:* Architektur als Ideologie. Frankfurt 1968 – *Birg, H.:* Bemerkungen zu einer regional differenzierten Betrachtungsweise in der Demographie. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin 1981, Heft 4, S. 351–356 – *Birg, H.:* Die Wirkungen der regionaldemographischen Phasenverschiebung und der Tertiarisierung auf die Veränderung der räumlichen Bevölkerungsverteilung unter den Bedingungen der Bevölkerungsschrumpfung. Vortrag im Rahmen des Symposions »Auswirkungen sinkender Agrareinkommen auf die Entwicklung strukturgefährdeter ländlicher Räume«. Göttingen, Juli 1988. Ms. – *Blyth, W. A. L.:* Social Contexts of Development and Learning, in: *Morris, John F./Lunzer, E. A.* (Hrsg.): Contexts of Education. London 1969, S. 274–305 – *Bott, E.:* Family and Social Networks, 1. Aufl. London 1957 – *Bott, E.:* Family and Social Network. Roles, Norms and External Relationships in Ordinary Urban Families, 3. Aufl. London 1971 – *Bronfenbrenner, U.:* Ökologische Sozialisationsforschung. Hrgs. von *Lüscher, K.* Stuttgart 1976 – *Bronfenbrenner, U.:* Die Ökologie der menschlichen Entwicklung. Natürliche und geplante Experimente. Stuttgart 1981 – *Burgess, E. W.:* On Community, Family and Delinquency. Selected Writings. Chicago u. London 1973 – *Buhr, P., Strack, P., Strohmeier, K. P.:* Lebenslage und Alltagsorganisation junger Familien in Nordrhein-Westfalen – regionale Differenzierungen und Veränderungen im Zeitablauf. IBS-Materialien, Bd. 26, Bielefeld 1987 – Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG): Familie und Arbeitswelt. Gutachten des wiss. Beirats für Familienfragen beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit. Schriftenreihe des BMJFG, Bd. 143. Stuttgart 1984 – *Caplow, T., Foreman, R.:* Interaction in a Homogeneous Community. American Sociological Review 15, 1950, S. 357–366 – Charta von Atlan: Le Corbusier – An die Studenten – Die ›Charta d'Athènes‹. Reinbek 1962 – *Croon, H., Utermann, K.:* Zeche und Gemeinde. Untersuchungen über den Strukturwandel einer Zechengemeinde im nördlichen Ruhrgebiet. Tübingen 1958 – *Dittrich, G. G.* (Hrsg.): Neue Siedlungen und alte Viertel. Städtebauliche Kommentare aus der Sicht ihrer Bewohner. Stuttgart 1973 – *Dittrich, G. G.:* Grundlagen der Sozialplanung. Gemeindebedarfseinrichtungen in neuen und alten Stadtgebieten. Stuttgart 1974 – *Dorsch, P.:* Eine neue Heimat in Perlach. Das Einleben als Kommunikationsprozeß. München 1972 – *Drewett, R., Schubert, U.:* The Macro-Dynamics of Urban Population Change and the Micro-Decision Background, in: *Matthiessen, C. W.* (Hrsg.): Urban Policy and Urban Development in the 80's. Rapport 16. Bygeografisk Skriftserie. Kopenhagen 1983, S. 3–26 – Dritter Familienbericht: Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Sachverständigenkommission. Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/3121 vom 20. 8. 1979. Bonn 1979 – *Durkheim, E.:* Die Regeln der soziologischen Methode. Hrsg. und eingeleitet von René König. Neuwied 1961 – *Eirmbter, W. H.:* Zur Theorie und Methodik von Mehrebenenanalysen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 31, 1979, S. 709–731 – *Elias, N., Scotson, J. L.:* The Established and the Outsiders. A Sociological Enquiry into Community Problems. London 1965 – *Elwert, G.:* Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? Bielefeld 1980. Ms. – *Engelbert, A.:* Kinderalltag und Familienumwelt. Eine Studie über die Lebenssituation von Vorschulkindern. Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Bd. 12, Frankfurt/New York 1986 – Fachlexikon der sozialen Arbeit. Hrsg. vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge. 2. Aufl., Eigenverlag. Frankfurt 1986, S. 343 f. – *Fauser, R.:* Zur Isolationsproblematik von Familien. Sozialisationstheoretische Überlegungen und empirische Befunde. DJI. München 1982 – *Fuchs, W., Elima, R., Lautmann, R., Rammstedt, O.* u. *Wienhold, H.* (Hg.): Lexikon zur Soziologie, 1. Aufl., Opladen 1973 – *Fürth, R., Hubert, J., Forge, A.:* Families and their relatives. Kinship in a Middle Class Sector of London : An Anthropological Study. London 1969 – *Frankenberg, R.:* Communities in Britain. Harmondsworth 1966 – *Gans, H. J.:* The Urban Villagers. New York 1962 – *Gatzweiler, H.-P.:* Neue Binnenwanderungstendenzen im Bundesgebiet, in: *Linke, W./Schwarz, K.* (Hrsg.): Aspekte der räumlichen Bevölkerungsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 1982, S. 15–60 – *Göschel, A., Herlyn, U., Krämer, J., Schardt, T., Wendt, G.:* Infrastrukturdispari-

täten und Segregation. Soziologisches Seminar der Universität Göttingen. Göttingen 1979 – *Goffmann, E.:* Interaktion: Spaß am Spiel/Rollendistanz. München 1973 – *Gröner, G.:* Regionale Unterschiede der Geburtenhäufigkeit in den Gemeinden Baden-Württembergs 1962 bis 1976, in: Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung. Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landplanung Hannover, Bd. 144. Hannover 1983, S. 31–50 – *Gronemeyer, R., Bahr, H. E.* (Hrsg.): Nachbarschaft im Neubaublock. Weinheim u. Basel 1977 – *Günter, R.:* Eisenheim – das ist eine Art miteinander zu leben, in: *Gronemeyer, R./Bahr, H. E.* (Hrsg.): Nachbarschaft im Neubaublock. Weinheim u. Basel 1977, S. 294–327 – *Hägerstrand, T.:* What about People in Regional Science? Regional Science Association. Papers. Volume XXIV, 1970, S. 7–21 – *Hamm, B.:* Die Organisation der städtischen Umwelt. Ein Beitrag zur sozialökologischen Theorie der Stadt. Frauenfeld u. Stuttgart 1977 – *Hansen, D. A., Hill, R.:* Families under Stress, in: *Christensen, H. T.* (Hrsg.): Handbook of Marriage and the Family. Chicago 1967, S. 782–819 – *Hansen, D. A., Johnson, V. A.:* Rethinking family stress theory: definitional aspects, in: *Burr, W./Hill, R./Reiss, I./ Nye, F. I.* (Hrsg.): Contemporary theories about the Family, Vol. I. New York 1979, S. 582–603 – *Heil, K.:* Kommunikation und Entfremdung. Menschen am Stadtrand. Legende und Wirklichkeit. Stuttgart, Bern 1971 – *Herlth, A.:* Familie und die Spielwelt von Kindern. – Familiale Bedingungen sozialer Benachteiligung von Kindern im Vorschulalter. Diss. Bielefeld 1982 – *Herlyn, U.:* Wohnen im Hochhaus. Stuttgart, Bern 1970 – *Höpflinger, F.:* Regionale Unterschiede der Geburtenhäufigkeit in der Schweiz, in: Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung. Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover, Bd. 144. Hannover 1983, S. 67–80 – *Huininк, J.:* Mehrebenensystem-Modelle in den Sozialwissenschaften. Diss. Bielefeld 1986 – *Ipsen, G.* (Hrsg.): Daseinsformen der Großstadt, Tübingen 1959 – *Irle, M.:* Gemeindesoziologische Untersuchungen zur Ballung Stuttgarts. Bad Godesberg 1960 – *Jacobs, J.:* Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Gütersloh 1963 – *Jahoda, M., Lazarsfeld, P. F., Zeisel, H.:* Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch. Leipzig 1933 – *Jensen, S.:* Einleitung, in: Jensen, Stefan (Hrsg.): Talcott Parsons – zur Theorie sozialer Systeme. Opladen 1976, S. 9–67 – *Kaufmann, F.-X., Herlth, A., Strohmeier, K. P.* unter Mitarbeit von *Schulze, H.-J.:* Sozialpolitik und familiale Sozialisation. Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 76. Stuttgart 1980 – *Kaufmann, F.-X., Herlth, A., Strohmeier, K. P., Wirth, W.:* Verteilungswirkungen sozialer Dienste: Das Beispiel Kindergarten. Forschungsbericht des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Bd. 1. Frankfurt/New York 1982 – *Kaufmann, F.-X., Engelbert, A., Herlth, A., Meier, B., Strohmeier, K. P.:* Hilfs- und Unterstützungsnetze von Familien. Expertise zu Händen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Bielefeld 1987 – *Kaufmann, F.-X., Strohmeier, K. P., Buhr, P., Grunwald, M., Schiebel, B., Simm, R., Strack, P.:* Partnerbeziehungen und Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Generatives Verhalten im sozialen und regionalen Kontext. Schriftenreihe des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 50. Düsseldorf 1988 – *Klages, H.:* Der Nachbarschaftsgedanke und die nachbarliche Wirklichkeit in der Großstadt. Köln, Opladen 1956 – *Klijzing, E.:* On the interaction between fertility and migration as life course trajectories: an attempt at multi-level analysis. Physical planning and Demography Department, University of Amsterdam. Amsterdam 1988. Ms. – *Knötig, H.:* Zum humanökologischen Begriff ›Habitat‹, in: Stadtökologie. Bericht über ein Kolloquium der Deutschen UNESCO-Kommission. München, New York, London, Paris 1978, S. 19–34 – *König, R.:* Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde. Hamburg 1958 – *König, R.:* Einleitung, in: *Durkheim, E.:* Die Regeln der soziologischen Methode. Hrsg. und eingeleitet von *König, R.* Neuwied, Berlin 1961, S. 21–82 – *König, R.:* Stichwort: Soziale Morphologie, in: *König, R.* (Hrsg.): Soziologie. Fischer-Lexikon. Umgearbeitete und erweiterte Neuausgabe. Frankfurt 1967, S. 280–290 – *König, R.:* Soziologische Orientierungen. Vorträge und Aufsätze. Köln 1973 – *König, R.:* Soziologie der Familie, in: *König, R.* (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 7: Familie und Alter, 1. Aufl. Stuttgart 1969, S. 1–217 – *Kujath, H. J.:* Re-Urbanisierung, in: Leviathan 1/1988, S. 23–43 – Kunsthalle Bielefeld (Hrsg.): Deine Stadt Bielefeld. Ein Stadtteil. Qualitäten, Probleme, Aufgaben. Ergebnisse

der Untersuchung eines älteren Bielefelder Stadtteils. Katalog zur Ausstellung. Bielefeld 1979 – *Linde, H.:* Sachdominanz in Sozialstrukturen. Tübingen 1972 – *Litwak, E.:* Geographical Mobility and Extended Family Cohesion. American Sociological Review, Vol. 25, 1960a, S. 385–394 – *Litwak, E.:* Occupational Mobility and Extended Family Cohesion. American Sociological Review, Vol. 25. 1960b, S. 9–21 – *Lüscher, K., Fisch, R.:* Projektgruppe Familienforschung. Arbeitsbericht Nr. 11, Konstanz Oktober 1982 – *MacDonald, J. S., MacDonald, B.:* Chain Migration, Ethnic Neighbourhood Formation and Social Networks, in: *Tilly, C.* (Hrsg.): An Urban World. Boston, Toronto 1974, S. 226–236 – *McKenzie, R. D.:* Konzepte der Sozialökologie, in: *Atteslander, P./Hamm, B.* (Hrsg.): Materialien zur Siedlungssoziologie. Köln 1974, S. 101–112 – *Mogey, J.:* Family and Neighbourhood. Two Studies in Oxford. Oxford 1950 – *Mowrer, E. R.:* Sequential and Class Variables of the Family in Suburban Areas. Social Forces 40, 1961, S. 107–112 – *Mühlich, E.:* Die Forschung zum Zusammenhang von gebauter Umwelt und sozialem Verhalten, in: Stadtökologie. Deutsche UNESCO-Kommission. München, New York, London, Paris 1978, S. 98–113 – *Mühlich, E., Zinn, H., Kröning, W., Mühlich-Klinger, I.:* Zusammenhang von gebauter Umwelt und sozialem Verhalten im Wohn- und Wohnumweltbereich. Schriftenreihe Städtebauliche Forschung des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 03.062. Bonn 1978 – *Neubauer, E.:* Isolationsproblematik, Soziales Netzwerk und Selbsthilfepotential von Familien. Literaturanalyse im Auftrag des BMJFG. Bonn 1983 – *Oppen, D. v.:* Familien in ihrer Umwelt. Äußere Bedingungen von Familien im Prozeß der industriellen Verstädterung einer Zechengemeinde. Köln 1958 – *Pankoke, E.:* Polis und Regie. Sozialräumliche Dimensionen kommunaler Kultur. Sociologia Internationalis, Heft 1/2, Bd. 15, 1977, S. 31–61 – *Park, R. E.:* The Urban Community as a Spatial Pattern and a Moral Order, in: *Burgess, E. W.* (Hrsg.): The Urban Community. Chicago 1926, S. 3–18 – *Parsons, T.:* Alter und Geschlecht in der Sozialstruktur der Vereinigten Staaten, in: *Parsons, T.:* Beiträge zur soziologischen Theorie. Berlin 1964 (zuerst (engl.) 1942), S. 65–83 – *Parsons, T.:* The Normal Americal Family, in: *Farber, S. M.* (Hrsg.): The Family's Search for Survival. New York 1965 – *Parsons, T.:* Zur Theorie sozialer Systeme. Opladen 1976 – *Pfeil, E.:* Nachbarkreis und Verkehrskreis in der Großstadt, in: *Ipsen, G.* (Hrsg.): Daseinsformen der Großstadt, Tübingen 1959, S. 158–225 – *Pfeil, E.:* Die Familie im Gefüge der Großstadt. Schriftenreihe der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen e. V. Hamburg 1965 – *Pfeil, E., Ganzert, J.:* Die Bedeutung der Verwandten für die großstädtische Familie. Zeitschrift für Soziologie 2, 1973, S. 366–383 – *Pieper, R.:* Soziologie im Städtebau. Eine Einführung für Architekten, Stadtplaner und Sozialwissenschaftler. Stuttgart 1979 – *Rapoport, R. N., Rapoport, R.:* The Dual Career Family. Human Relations, Vol. 22, 1969, S. 3–30 – *Reichardt, R.:* Prinzipien der Differenzierung und Gestaltung menschlicher Habitate. Humanökologische Blätter. 1975, S. 29–50 – *Reidemeister, H.:* Schöner Wohnen. Protokoll aus dem Märkischen Viertel Berlin. Kursbuch 27. 1972, S. 60ff. – *Röhrle, B.:* Soziale Netzwerke und Unterstützung. – Befunde und Rezeptionsvarianten eines »neuen« Konzepts in der Psychologie. Bericht aus dem psychologischen Institut der Universität Heidelberg. Diskussionspapier Nr. 54. Heidelberg 1987 – *Ropohl, G.:* Eine Systemtheorie der Technik, München, Wien 1979 – *Rosser, C., Harris, C.:* The Family and Social Change. London 1965 – *Rückert, G.-R., Schmiedehausen, D.:* Bestimmungsgründe der regionalen Unterschiede der Geburtenhäufigkeit, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Untersuchungen zur kleinräumigen Bevölkerungsbewegung, Bd. 95. Hannover 1975, S. 69–97 – *Schardt, T.:* Lebensräume im Kontext örtlicher Sozialplanung, in: *Mundt, J. W.* (Hrsg.): Grundlagen lokaler Sozialpolitik. Weinheim, Basel 1983, S. 45–86 – *Schelsky, H.:* Ist der Großstädter wirklich einsam?, in: Schelsky, H.: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Düsseldorf, Köln 1965, S. 305–309 – *Schmalenbach, H.:* Soziologie der Sachverhältnisse, in: Jahrbuch für Soziologie III. Karlsruhe 1927, S. 27–45 – *Schneewind, K., Beckmann, M., Engfer, A.:* Eltern und Kinder. Stuttgart 1983 – *Schubert, H.-A.:* Soziologie städtischer Wohnquartiere. Frankfurt/New York 1977 – *Schulz, W.:* Sozialkontakte in der Großstadt. Institut für Stadtforschung (Hrsg.). Wien 1978 – *Schulze, H.-J.:* Erwerbstätigkeit und familiale Sozialisation. Erster Teilbericht des Projekts »Umweltbedingungen und Leistungen der Familie« zu Händen des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesund-

heit, Bielefeld/Würzburg 1979 – *Schulze, H.-J.:* Differenzierung, Erwerbstätigkeit und Familie: Zum Autonomiepotential familialer Sozialisation. Diss. Bielefeld 1982 – *Schulze, H.-J., Strohmeier, K. P.:* Integration von Familien in urbane Wohnquartiere als Aufgabe praktischer Sozialgestaltung. Sociologia Internationalis 15, 1977, S. 191–205 – *Schwägler, G.:* Soziologie der Familie. Ursprung und Entwicklung. Tübingen 1970 – *Schwarz, K.:* Umfang des Geburtenrückgangs aus regionaler Sicht, in: Untersuchungen zur kleinräumigen Bevölkerungsbewegung. Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1975, S. 99–124 – *Schwarz, K.:* Untersuchungen zu den regionalen Unterschieden der Geburtenhäufigkeit, in: Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung. Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 144. Hannover 1983, S. 7–30 – *Sheoky, E., Bell, W.:* Social Area Analysis. Theory, Application and Computational Procedures. Stanford 1955 – *Simm, R.:* Partnerschaftsdynamik und Familienentwicklung. Die interne Dynamik von Partner- und Familiensystemen und ihre strukturellen Bedingungen und Folgen. IBS-Materialien, Bd. 25. Bielefeld 1987 – *Stiens, G.:* Räumlicher Wandel unter der Rahmenbedingung rückläufiger Bevölkerungszahlen – Anregungen zum Thema aus raumbezogenen Szenarien der Ressortforschung des Bundes, in: Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung. Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 144. Hannover 1983, S. 87–98 – *Strohmeier, K. P.:* Umweltbedingungen der Familie und familiale Sozialisation: Isolation und Umweltoffenheit großstädtischer Familien mit Kindern im Vorschulalter. Zweiter Teilbericht des Forschungsprojekts »Umweltbedingungen und Leistungen der Familie« im Auftrag des BMJFG. Bielefeld 1980 – *Strohmeier, K. P.:* Sozialökologie – Die sozialräumliche Dimension von Lebenslagen, in: *Müller, S., Olk, T., Otto, H. U.* (Hrsg.): Sozialarbeit als soziale Kommunalpolitik. Ansätze zur aktiven Gestaltung lokaler Lebensbedingungen. Neue Praxis, Sonderheft 6, 1981, S. 67–81 – *Strohmeier, K. P.:* Quartier und soziale Netzwerke. Grundlagen einer sozialen Ökologie der Familie. Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Bd. 4. Frankfurt/New York 1983 – *Strohmeier, K. P.:* Migration und Familienentwicklung. Selektive Zuwanderung und die regionalen Unterschiede der Geburtenhäufigkeit, in: *Zimmermann, K. F.* (Hrsg.): Demographische Probleme der Haushaltsökonomie. Bochum 1986, S. 159–181 – *Strohmeier, K. P.:* Bevölkerungsrückgang und Stadtentwicklung, in: *Schön, K. P.* (Hrsg.): Stadtentwicklung unter Bedingungen des Schrumpfens. Arbeitsberichte »Regional- und Raumplanung«, Heft 10, Nr. 46 der Arbeitsberichte und Forschungsmaterialien der Fakultät für Soziologie. Universität Bielefeld 1987, S. 50–83 – *Sussmann, M. B.:* Relationships of Adult Children with their Parents in the United States, in: *Shanas, E./Streib, G. F.* (Hrsg.): Social Structure and Family: Generational Relations. Englewood Cliffs 1965, S. 62–92 – *Treinen, H.:* Symbolische Ortsbezogenheit. Eine soziologische Untersuchung zum Heimatproblem. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 17, 1965, S. 73–97, 254–297 – *Treinen, H.:* Kulturökologische Probleme in soziologischer Sicht, in: Stadtökologie. Bericht über ein Kolloquium der Deutschen UNESCO-Kommission. München, New York, London, Paris 1978, S. 35–48 – *Tyrell, H.:* Probleme einer Theorie der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung der privatisierten modernen Kernfamilie. Zeitschrift für Soziologie, Jg. 5, Heft 4, 1976, S. 393–417 – *Tyrell, H.:* Familie und gesellschaftliche Differenzierung, in: *Pross, H.* (Hrsg.): Familie – wohin? Leistungen, Leistungsdefizite und Leistungswandlungen der Familien in hochindustrialisierten Gesellschaften. Reinbek 1979, S. 13–77 – *Uexküll, T. v.:* Theoretische Biologie, 2. Aufl. Berlin 1928 – *Veiders, W. W.:* Mehrebenenanalyse als Kontextanalyse. Ein Anwendungsbeispiel aus der empirischen Wahlforschung, in: *Harder, T., Huinink, J., Rumianek, D.* (Hrsg.): Probleme der Mehrebenenanalyse. Bielefeld 1981, S. 129–160 – *Wagner, M.:* Räumliche Mobilität im Lebensverlauf. Diss. Berlin 1987 – *Wagner, M.:* Spatial Determinants of Social Mobility in West Germany. An Analysis with Life History Data for Three Cohorts. MPI für Bildungsforschung. Berlin 1988. Ms. – *Wagner, M., Droth, W., Dangschat, J.:* Räumliche Konsequenzen der Entwicklung neuer Haushaltstypen. Eine Literaturstudie (TU Hamburg). Hamburg 1983 – *Warner, W. L.* (Hrsg.): Yankee City. New Haven, London 1963 – *Weeber, R.:* Eine neue Wohnumwelt, Stuttgart 1971 – *Wirth, W.:* Inanspruchnahme sozialer Dienste. Bedingungen und Barrieren. Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsfor-

schung und Sozialpolitik, Bd. 3. Frankfurt/New York 1982 – *Willmott, P., Young, M.:* Family and Class in a London Suburb. London 1960 – *Young, M., Willmott, P.:* Family and Kinship in East London. London 1957 – *Zapf, K.:* Rückständige Viertel. Eine soziologische Analyse der städtebaulichen Sanierung in der Bundesrepublik. Frankfurt 1969 – Zweiter Familienbericht. Familie und Sozialisation – Leistungen und Leistungsgrenzen der Familie hinsichtlich des Erziehungs- und Bildungsprozesses der jungen Generation. Hrsg. vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit. Bonn-Bad Godesberg 1975.

Uwe Engel/Klaus Hurrelmann

Familie und Bildungschancen

Zum Verhältnis von Familie, Schule und Berufsausbildung[*]

1. Einleitung

Auch in unserer markt- und wettbewerbsorientierten Gegenwartsgesellschaft kann eine der Hauptfunktionen der Familie in ihrem Beitrag zu Erhalt und Reproduktion der ungleichen Verteilung von Macht, Status und Privilegien gesehen werden. Zwar soll dem ideologischen Selbstverständnis leistungsorientierter Gesellschaften gemäß der spätere berufliche und soziale Status des Heranwachsenden nicht von seiner sozialen Herkunft, sondern von den Leistungen bestimmt werden, die er vor allem in seiner Jugendzeit im Rahmen organisierter Bildungsprozesse nachzuweisen in der Lage ist. Nicht mehr die sozioökonomische Stellung der Herkunftsfamilie, sondern die in der Jugend unter gleichen Wettbewerbsbedingungen nachgewiesene Leistung bestimmt demnach die Aussichten auf die (mehr oder weniger) privilegierten Positionen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Grenze der individuell erreichbaren Positionen wird demnach nicht durch die Herkunftsfamilie, sondern durch den Wettbewerb in den organisierten Bildungseinrichtungen, also in Schule und Berufsausbildung, gezogen. Wie jedoch alle einschlägigen Untersuchungen zeigen, ist die soziale Herkunft einer der wichtigsten determinierenden Faktoren für den Schul- und Ausbildungserfolg geblieben (*Hauser/Featherman* 1976; *Persell* 1977). Die materiellen Ressourcen, die ökologischen Lebensbedingungen und der kulturelle Lebensstil der Familie sind nach wie vor ausschlaggebend für den Schulerfolg oder -mißerfolg der Kinder, für die Wahl von weiterführenden Bildungsgängen wie für die Gestaltung der Schullaufbahn bis zum Erreichen von Schulabschlußzertifikaten überhaupt. Untersuchungen aus verschiedenen Ländern zeigen, daß Unterschiede der Bildungsbeteiligung nach Geschlecht, Religion und Region in den letzten 3 Jahrzehnten stark zurückgegangen sind, Unterschiede nach sozialer Schichtzugehörigkeit sich aber nur mäßig abgebaut haben. Dabei scheint der »soziale Hintergrund«, die soziokulturellen Ressourcen der Familie, für das Bildungsverhalten der Kinder sogar an Bedeutung gewonnen zu haben (*Di Maggio* 1982). Das Bildungssystem reproduziert mithin in beachtlichem Umfang eine Verteilung ungleicher Voraussetzungen, die die Kinder bereits von zu Hause in die Schule mitbringen.

Auch wenn weitgehend Merkmale der Herkunftsfamilie entscheidenden Einfluß auf die bildungs- und berufsbezogenen Karrierechancen der nachwachsenden Generation haben, so bedarf die Übernahme einer privilegierten Position (im Beschäftigungssystem) zumindest zu ihrer Legitimation den Nachweis entsprechend gehobener Bildungsvoraussetzungen. Diese zu erwerben, liegt daher nicht nur im vitalen

* Anmerkungen s. S. 487

Interesse des Aspiranten, sondern auch in dessen seiner Eltern, da mit Übernahme einer »passenden« Stellung auch der Status der Herkunftsfamilie reproduziert werden kann, während er ansonsten ernsthaft aufs Spiel gesetzt würde.
In den letzten Jahren konnte daher auch eine starke Zunahme des elterlichen Interesses an gehobenen Bildungszertifikaten beobachtet werden, um den Kindern eine möglichst günstige Startposition für die nachschulische Bildungslaufbahn zu erschließen. Für die Bundesrepublik hat die Arbeitsstelle Schulentwicklungsforschung Zahlenmaterial vorgelegt (*Rolff/Klemm/Tilmann* 1986, 22). Danach sank der Anteil von Eltern, der für seine Schulkinder den Hauptschulabschluß (als endgültigen Schulabschluß) wünscht, von 31% im Jahre 1979 auf 11% im Jahre 1985, während in diesem Zeitraum der Anteil, der für seine Kinder das Abitur wünscht, von 37% auf 54% anstieg. Der Hauptschulabschluß war dabei noch vor einer Generation der Standardabschluß für weit mehr als Dreiviertel der Angehörigen eines Jahrgangs (Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1986, 62). Diese Zunahme gehobener Bildungsaspirationen der Eltern für ihre Kinder ist dabei auch vor dem Hintergrund der angespannten Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik zu sehen, die ein Aufschaukeln der formalen Eintrittsanforderungen und in der Folge einen scharfen Wettbewerb um die Übernahme von Berufspositionen ausgelöst hat, in dessen Verlauf die jeweils relativ schlechter ausgebildeten Absolventen in unattraktivere Positionen oder ganz aus dem System in die Arbeitslosigkeit »abgedrängt« werden.
Aus Gründen, soziale Deklassierung abzuwenden, sozialen Aufstieg oder Statuserhalt (in der Generationenfolge) zu realisieren, sind heutige Schülergenerationen einem beachtlichen Erwartungsdruck ausgesetzt. Zugleich werden sie von ihren Familien nicht in gleich geeigneter Weise auf die Bedingungen vorbereitet, denen sie in der schulischen Leistungskonkurrenz ausgesetzt werden. Daraus folgt für Kinder aus Familien unterschiedlichen Privilegierungsgrades ein entsprechend differentielles Risiko, an den gestellten schulischen Anforderungen und in der Folge dem Entwurf eines konstruktiven eigenen Lebensplanes (*Rawls* 1979) zu scheitern. Der folgende Beitrag zur nach wie vor aktuellen Diskussion über Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen sozialer Ungleichheit (*Strasser/Goldthorpe* 1985; *Strasser/Hodge* 1986) versucht, einige Facetten dieses Prozesses zu beleuchten.

2. Soziale Herkunft und schulische Selektion

Die familiale Herkunft ist im Spiegel der Statistik eine nach wie vor bedeutsame Determinante der schulischen Karriere. Für die Bundesrepublik Deutschland zeigen die Zahlen des letzten Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes, z.B., sehr deutlich die nach wie vor bestehenden Unterschiede in der Bildungsbeteiligung von Kindern aus Familien von Arbeitern, Angestellten, Beamten und Selbständigen. Nach wie vor sind Arbeiterkinder an Gymnasien stark unterrepräsentiert. Nach der Mikrozensus-Erhebung besuchten 1979 nur knapp 10% der 13- bis 14jährigen Schüler aus Arbeiterfamilien das Gymnasium. Demgegenüber besuchten diese Schulform, z.B., 38% der Kinder von Angestellten und knapp 50% der Kinder von

Beamten (jeweils gemessen an der beruflichen Stellung des Familienvorstandes)[1]. Nach wie vor ist die Schulform, die die ungünstigsten Lebenschancen eröffnet, die wahrscheinlichste Schulform für Kinder aus Arbeiterfamilien. Nach der Mikrozensus-Erhebung besuchten rund 63% der 13- bis 14jährigen Kinder aus Arbeiterfamilien 1979 die Hauptschule, gegenüber rund 26% der Angestellten- und rund 21% der Beamtenkinder, während es rund 39% aller 13- bis 14jährigen Kinder aus Familien Selbständiger sind, die diese Schulform besuchten. Ein ähnliches Bild ergibt eine aktuelle, auf Wahrscheinlichkeitsauswahlen gestützte Repräsentativerhebung unter N = 1717 12- bis 16jährigen Schülerinnen und Schülern an Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen[2], die unter anderem zeigt, daß die Wahrscheinlichkeit einer privilegierten schulischen Karriere, der Besuch des Gymnasiums, nach wie vor eine Funktion des (Bildungs-) Status der Herkunftsfamilie ist. Kinder aus Familien, deren Väter selbst das Abitur erworben haben, absolvieren die gymnasiale Schullaufbahn wesentlich häufiger als Kinder aus Familien, denen diese Bildungsvoraussetzung fehlt.

Tabelle 1: Besuchte Schulform des Kindes und Bildung des Vaters. Ergebnisse einer Befragung von 12–16jährigen Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen.

	Bildung des Vaters		
	Kein Abitur, kein Lehrabschluß	Kein Abitur, mit Lehrabschluß	Abitur (mit oder ohne Lehrabschluß)
Besuchte Schulform des Kindes			
Hauptschule	42 %	32 %	16 %
Realschule	28 %	32 %	17 %
Gymnasium	18 %	28 %	60 %
Gesamtschule	12 %	8 %	7 %
	(378)	(914)	(331)

Die Situation verschärft sich noch dadurch, daß sich die Bildungsbeteiligung im Verlauf der Schulzeit noch ständig weiter zugunsten einer Privilegierung der Kinder aus den Angestellten- und Beamtenfamilien verschiebt. Beim Übergang in die gymnasiale Oberstufe der Sekundarstufe II dokumentiert sich dieser Prozeß besonders deutlich. Die Anteile der Kinder aus Arbeiterfamilien, die in diese Stufe übergehen, liegt deutlich unter denen, die zuvor in den gymnasialen Bildungsgang der Sekundarstufe I eingetreten waren. Auch an einer weiteren Selektionsschwelle des Bildungswesens wird dieser fortwährende Auswahlprozeß des schulischen Bildungsganges deutlich. Beim Übergang auf die Universitäten und Fachhochschulen.

Hier sinken die Anteile der Kinder aus den Arbeiterfamilien erneut ab (*Hurrelmann* 1985b, 58f.).
Trotz de jure gleichen Chancen, gehobene Bildungsabschlüsse zu erwerben, scheint die effektive Chance, privilegierte (Bildungs- und später Berufs-) Positionen zu erreichen bzw. Unterprivilegierung abzuwenden, nach wie vor sehr ungleich verteilt zu sein. Für nicht wenige Familien und ihre Kinder ist dieser Vorgang auch aktuell noch mit »sozialer Vererbung von Unterprivilegierung« durchaus zutreffend beschrieben; ein Vorgang, der zumindest partiell durch das Zusammenwirken folgender Faktoren zustande kommt.

2.1. Leistungsbewertung

Offensichtlich ist am Zustandekommen dieser sozialen Tatsache die Institution Schule ganz entscheidend beteiligt, sind es doch Vertreter dieser Institution, die als Rollenträger genau die Leistungsbewertungen zu realisieren haben, die in der Folge dazu beitragen, bestimmte schulische Karriereverläufe auf Seiten der Schüler nahezulegen oder auszuschließen. Da ist zunächst das institutionelle Arrangement der Leistungsbewertung, deren wesentliches Element die Herstellung gleicher Chancen für alle ist, die geforderte schulische Leistung zu zeigen. Man kann dies als Institutionalisierung formaler Chancengleichheit auffassen, also als Realisierung eines Grundsatzes, demzufolge jeder in einem formalen Sinn die Chance haben muß, auch privilegierte Positionen zu erwerben. In diesem Sinne haben dem Fähigen alle verfügbaren Laufbahnen offenzustehen, niemand darf de jure vom Besuch von Schulformen ausgeschlossen werden, die auf vorteilhafte Positionen hinführen. Entsprechend haben sich alle »Bewerber« den gleichen schulischen Anforderungen zu stellen, und davon, wie sich der Einzelne in der so etablierten Leistungskonkurrenz »bewährt«, hängt es ab, welche Leistungsposition ihm zugesprochen wird, welche schulische Karriere sich darauf aufbauen läßt und welche dadurch ausgeschlossen wird. Im allgemeinen wird dadurch eine ungleiche Verteilung von Leistungspositionen entstehen, die im Sinne formaler Chancengleichheit gerechtfertigt erscheint, da es jedem in gleicher Weise offengestanden hat, gute Leistungen zu zeigen. Dem entspricht auch die Logik des Leistungsprinzips, demgemäß eine Person nach »ihren Werken«, nicht nach ihren individuellen »Verdiensten« beurteilt wird (*Perelman* 1967). Wieviel eine Person an Zeit und Anstrengung investieren mußte, wie sehr sie sich persönlich eingesetzt hat, ist irrelevant für die Beurteilung nach dem Leistungsprinzip; es zählt nur das Ergebnis und letztlich nur der Wert dieses Ergebnisses für potentielle »Nachfrager«. So spielt es in der Schule danach letztlich keine relevante Rolle, ob ein Schüler eine Leistung leicht erbringen kann, weil er im Elternhaus gut gefördert wird, oder ob er ungünstige soziale Voraussetzungen durch zusätzliche Anstrengungen zu kompensieren hat, um zum gleichen Resultat zu kommen.
Von gleichen Chancen zu reden, setzt allerdings voraus, daß diese von Anfang an bestehen und in einem formalen Sinne mag es auch auf das Schulsystem zutreffen, daß jeder im Prinzip die gleiche Chance hat, auch gute Leistungen zu zeigen. Jedoch wird sich die Annahme, jedes Kind befinde sich zu Beginn seiner schulischen

Karriere in der gleichen Ausgangslage wie alle übrigen Schulanfänger, nach aller vorliegenden empirischen Evidenz wohl kaum als haltbar einstufen lassen. Zu bedenken ist, daß das Kind vor Eintritt in das Schulsystem im allgemeinen bereits über mehrere Jahre hinweg den sozialen und kulturellen Einflüssen ausgesetzt ist, die sich aus der Zugehörigkeit zu seiner Familie ergibt. Zu Beginn seiner Schullaufbahn ist das Kind keineswegs eine nach Belieben formbare tabula rasa. Vielfältige soziokulturelle Faktoren haben bereits erste »Spuren« hinterlassen; Spuren, wie zum Beispiel die Bereitschaft und Fähigkeit auf gestellte schulische Anforderungen zu reagieren. Die für den Schulerfolg erforderlichen Fähigkeiten und günstigen Umstände sind im allgemeinen ungleich verteilt, bei Eintritt in das Schulsystem befindet sich keineswegs jeder in gleicher Startposition, so daß sich diese ungleiche Anfangsverteilung auch in sehr starkem Maße in der ungleichen Verteilung der im schulischen Wettbewerb »nachgewiesenen« Leistungspositionen und letztlich in den darauf aufbauenden Karrierechancen widerspiegeln wird. Jedem auch eine faire Chance zu geben, privilegierte Positionen zu erlangen, bedeutet daher zunächst auch, in einem realen Sinne für gleiche Ausgangspositionen zu sorgen, aber wie *Rawls* (1979, 94) vielleicht etwas provokativ bemerkt, wird der Grundsatz der fairen Chancen solange nur unvollkommen durchführbar sein, solange es die Familie in irgendeiner Form gibt.

2.2. Familien- und Schulkultur

Bewertungen nach dem Leistungsprinzip sind zwar im allgemeinen invariant gegenüber den persönlichen und sozialen Voraussetzungen der Kandidaten, aber gerade diese Voraussetzungen spielen de facto eine ganz entscheidende Rolle für die schulische Karriere und mithin für die Reproduktion sozialer Ungleichheit. Von Bedeutung ist dabei nicht nur, daß das Kind aufgrund seiner Familienzugehörigkeit anfänglich bestimmte Voraussetzungen mit in die Schule bringt, sondern auch, daß dieser soziale Hintergrund auch während des weiteren Schulbesuchs bestehen und im Prinzip sozial wirksam bleibt. Wie sich die schulische Karriere des Kindes gestaltet, wird mithin auch davon bestimmt werden, wie sehr sich die Einflüsse und Anforderungen, denen es in Schule und Familie ausgesetzt ist, gegenseitig stützen, verstärken, oder im Gegenteil divergieren, und bedingt dadurch in der Folge ungünstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Kindes entstehen. Diese noch allgemeinen Überlegungen haben unter anderem in der These von der Diskrepanz zwischen Schul- und Familienkultur ihren speziellen Ausdruck gefunden. Demnach werden die in der Schule gestellten motivationalen, kognitiven, sprachlichen und sozialen Anforderungen in den sozial benachteiligten Familien weniger entwickelt als in Nichtarbeiterfamilien. In der familialen Sozialisation der sozialen Unterschicht haben sich Fähigkeiten und Kompetenzen der Kinder gebildet, die ungünstige Start- und Durchhaltebedingungen für den schulischen Sozialisationsprozeß bilden und zum schlechten Abschneiden dieser Kinder im schulischen Selektionsprozeß führen. Bedingt durch die »Kulturdiskrepanz« zwischen Familie und Schule werden im besonderen Kinder aus Arbeiterfamilien mit kognitiven und sozialen Erwartungen konfrontiert, denen sie nicht oder nur kaum gerecht werden

können. Eine solche Situation erschwert eine Identifizierung mit der schulischen Kultur wie auch das Engagement bei der Bewältigung der von der Schule gestellten Anforderungen. Auch die Kapazität, bei kurzzeitigen Rückschlägen in der Leistungsentwicklung das schulische Engagement aufrechtzuerhalten, wird hierdurch beeinträchtigt (Arbeitsgruppe Schulforschung 1980, 37). Der These von der »Kulturdiskrepanz« zufolge, ist in der Diskrepanz zwischen den in der Schule gestellten kognitiven, motivationalen und sprachlichen Anforderungen und den entsprechenden im familialen und subkulturellen Sozialisationsprozeß entwickelten Fähigkeiten der Kinder aus Arbeiterfamilien, nicht hingegen in etwaigen »Defiziten« dieser Gruppe, eine zentrale Determinante des schulischen Selektionsprozesses und der darauf beruhenden Karrierechancen zu sehen (*Bolte/Hradil* 1984, 304).

2.3. Die Familie als Ressource

Es ist demnach dieses Verhältnis zwischen Familien- und Schulkultur und die in diesen aufscheinenden Disparitäten, die sich entscheidend auf die schulische und berufliche Karriere des Heranwachsenden auswirken. Das Argument ist weniger auf die familienbezogene Kultur als solche, als vielmehr auf deren Wert gerichtet, in der schulisch institutionalisierten Leistungskonkurrenz als »Ressource« bzw. »kulturelles Kapital« *(Bourdieu)* einsetzbar zu sein. Der Prozeß, in dem Familien soziale Werte vermitteln und auf seiten ihrer Kinder die Disposition vermitteln, sich diesen Werten entsprechend zu verhalten, ist dabei keineswegs ein stets geplanter und entsprechend kontrollierter Vorgang. Es ist vielmehr ein genuin sozialer Vorgang, mit der solchen Prozessen eigenen Dynamik und Eigengesetzlichkeit. So reflektiert der Sozialisations- und Erziehungsprozeß, in dessen Verlauf die Heranwachsenden in das (sub-)kulturelle System eingeführt werden, zunächst die Erfahrungen, die die Eltern ihrerseits gewonnen haben und noch machen, bzw. Inhalte, die sie ihrerseits als Kinder bzw. Jugendliche von ihren Eltern übernommen haben (wodurch ein sehr konservatives, gegenüber äußerem sozialen Wandel weitgehend invariantes Element in den Sozialisationsprozeß eingeführt wird). Vermittelt werden vor allem Werte, die sich im praktischen Alltag der Eltern »bewährt« haben, ohne daß hier notwendigerweise rationale Erwägungen auf seiten der Eltern eine Rolle spielen. Im allgemeinen werden wir hier stattdessen mit einem Vorgang hochgradiger sozialer Reaktivität in dem Sinne konfrontiert sein, daß die Werte und Normen, die an die nächste Generation weitergegeben werden, genau die äußeren, sozioökonomischen und kulturellen Lebensumstände widerspiegeln, denen die Eltern unterworfen sind oder waren. Ungünstige äußere Umstände werden sich in Werten und korrespondierenden Persönlichkeitsdispositionen niederschlagen, die dazu geeignet sind, unter entsprechenden äußeren Lebensbedingungen zu leben, nicht hingegen jedoch, sich ohne weiteres anderen sozialen Verhältnissen anzupassen.

Ein allgemeiner Satz der Soziologie besagt beispielsweise, daß die soziale Struktur an ihrer Spitze festgefügter ist als an ihrem Boden (*Galtung* 1966). Sich gegenseitig einen gehobenen, privilegierten sozialen Status vor Augen führen zu können, ist anscheinend sozial assoziativer, als im Gegenteil eine soziale Stellung, auf der in leistungs- und konkurrenzorientierten Gesellschaften der »Fluch« der sozialen

Inferiorität lastet. Dies wirkt sich nicht nur auf die betreffenden sozialen Interaktionen aus, sondern auch auf die sozialen Werte, die dadurch begünstigt werden. So läßt sich etwa für die Bundesrepublik empirisch zeigen, daß im Sinne des oben erwähnten Satzes solidarische Strategien als Reaktion auf Unterprivilegierung um so unwahrscheinlicher werden, je ungünstiger die soziale Plazierung im hierarchischen Statusgefüge der Gesellschaft ist (*Wuggenig/Engel* 1987). Dort, wo gerade kollektives Handeln zu einer Verbesserung der eigenen Lage beitragen könnte, also rational in diesem Sinne wäre, ist es am wenigsten zu erwarten. Vielmehr legen die dissoziativ wirkenden äußeren Umstände ausgeprägt individualistische Werte und Handlungsweisen nahe, die bis zu Feindseligkeit und Selbsthaß reichend eine sehr ungünstige Voraussetzung dafür darstellen, privilegierte, Organisations- und Kooperationsfähigkeit voraussetzende soziale Positionen zu erlangen. Man kann dies als eine Form sozialer Reaktivität ansehen, die zu durchbrechen gerade eine Handlungskompetenz voraussetzt, die genau dort am wenigsten vermittelt wird, wo sie bedingt durch die äußeren sozialen Umstände am dringlichsten benötigt würde. Die Fähigkeit, rational handeln zu können, etwa um sich auf veränderte äußere Umstände einzustellen, ist selbst ein knappes, ungleich verteiltes gesellschaftliches Gut. Und es liegt gerade in der inneren Logik, nach der sich die Reproduktion sozialer Ungleichheit vollzieht, daß der Erwerb dieses so wichtigen Privilegs gerade dort ernsthaft in Frage gestellt ist, wo die Herkunftsfamilie selbst ungünstigsten Voraussetzungen unterworfen ist.

Zu den äußeren Umständen, die Wertvorstellungen und Lebensstil der erwachsenen Familienmitglieder nachhaltig prägen, zählen nach den differenzierten Untersuchungen von *Kohn* (1981) die Arbeits- und Berufsbedingungen, denen sie ausgesetzt sind. Auch an *Kohn* orientierte deutsche Studien (*Beicht* et al. 1976; *Fröhlich* 1978; *Wegner* 1979) haben den hohen Stellenwert von Arbeits- und Berufserfahrungen für die elterliche Persönlichkeitsbildung und die Auswirkungen auf Erziehungseinstellungen und Erziehungshandlungen von Eltern im Interaktionssystem der Familie betont. Sie machen aber auch deutlich, daß Erziehungseinstellungen und – verstärkt noch – tatsächliche Erziehungshandlungen der Eltern das Ergebnis von komplexen, miteinander verbundenen Aktivitäten aller Familienmitglieder sind. Zwar kommt den beruflichen Arbeitsbedingungen eine Schlüsselrolle für die elterlichen Wertvorstellungen zu, doch müssen auch andere wichtige Bedingungen der sozialen Lebenslage in ihrer Bedeutung für die elterlichen Wertvorstellungen, Erziehungseinstellungen und -handlungen berücksichtigt werden.

Neuere Untersuchungen versuchen daher, neben der elterlichen Arbeitserfahrung weitere soziale Lebensbedingungen der Familienmitglieder in ihren Auswirkungen auf die Rollen- und Interaktionsstruktur der Familie zu untersuchen und diesen damit die vermittelnde Funktion zwischen Arbeits- und Lebenserfahrungen der Eltern einerseits und der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder andererseits zuzusprechen (*Schneewind* et. al. 1983). Nach dieser Konzeption gehen die tatsächlichen Erfahrungen jedes Familienmitglieds in das Interaktionsgeschehen der Familie ein; dieses stellt das »Medium« für die kindlichen Entwicklungsprozesse dar und erschließt dem Kind, ob intendiert oder nicht, bildungsrelevante Sozialisationserfahrungen.

Die Vermittlung von Persönlichkeitsmerkmalen, von Leistungsmotivation, Wertorientierungen und sprachlichen Fähigkeiten ist jedoch nur einer von zwei entscheidenden Wegen, über den sich die Strukturen sozialer Ungleichheit reproduzieren. Die Kinder privilegierter Eltern erleben nicht nur eine größere Übereinstimmung von Familien- und Schulkultur als die übrigen Kinder, sondern sie können auch mit vielfältigeren und reichhaltigeren Unterstützungsleistungen der Herkunftsfamilie rechnen als jene. Je günstiger die soziale Stellung der Herkunftsfamilie, desto größer sind ihre Möglichkeiten, auch jenseits von direkten Erziehungs- und Sozialisationsleistungen auf die Plazierung des eigenen Nachwuchses einzuwirken.
Untersuchungen über Kooperationsbeziehungen von Familie und Schule machen beispielsweise sehr deutlich: Je aktiver sich Eltern über Lehrerkontakte, Klassenpflegschaftssitzungen, Schulkonferenzen, Schulleiterbesuche usw. in schulische Tätigkeiten einbringen, desto deutlicher ist der Fördereffekt für die Leistungsbilanz ihrer Kinder (*Epstein* 1987). Eine solche Kooperation führt zu einem überlegenen Informationsstand über schulische und unterrichtliche Abläufe, über Schulereignisse, Konferenzbeschlüsse, fachliche und soziale Beziehungen der Lehrer untereinander, Machtverhältnisse im Kollegium, über Leistungsanforderungen in den einzelnen Unterrichtsbereichen, Unterrichtsstile der Lehrer, zur Kenntnis der Kriterien für Klassenarbeiten und Tests, Kenntnis der Vorschriften für Leistungsbeurteilung und schließlich auch zur Bildung eines sozialen Netzwerkes mit anderen Eltern, die ebenfalls aktive Partizipationsrollen ausüben, was wiederum den Informationsfluß und Einflußbereich vergrößern kann (*Lareau* 1987).
Eine weitere wichtige Ressource ist die schulische und berufliche Ausbildung der Eltern: Sie führt zu einer Vertrautheit mit Schul- und Ausbildungsanforderungen aus eigener Erfahrung, zu einem relativ hohen eigenen Berufsprestige gegenüber Lehrern (was die Zugangsbarrieren zur Schule verringert und Kommunikationserleichterungen zur Folge hat), in der Regel auch zu einer relativ privilegierten materiellen Lebenssituation mit der Möglichkeit, die Kinder gezielt in schulrelevanten Aktivitäten zu unterstützen, bis hin zur Finanzierung von Nachhilfestunden, zum Kauf teurer Bücher und zur Finanzierung anregender Freizeitaktivitäten für die Kinder.

2.4. Schulische und psychosoziale Belastung

Das motivierte Eigeninteresse der Eltern an akzeptablen Leistungen ihrer Kinder wird dann noch verstärkt werden, wenn sich die Eltern selbst entsprechenden sozialen Erwartungen ausgesetzt sehen.
Leistungserwartungen nicht entsprechen zu können, ist für viele mehr als nur die Erfahrung individuellen Versagens in einem festumrissenen Bereich. Es wird für viele zur »Schande«. Denn in unserer konkurrenzorientierten Gegenwartsgesellschaft ist das, was der Einzelne »leisten« kann, sehr eng mit dem verknüpft, was er »sich leisten« kann. Das gesellschaftliche Wertsystem, wie es beispielsweise in den Massenmedien aufscheint und am Leben erhalten wird, begünstigt in sehr starkem Maße, daß »sozialer Rang« ein nahezu universales Thema, und daß das praktische »Aushandeln« von sozialem Rang zu einem ebenso universalen (Alltags-)phänomen

geworden ist. Am augenfälligsten vielleicht in der (aktiven oder rezeptiven) Hingabe breitester Bevölkerungskreise an den Sport oder den heute üblichen Formen des »demonstrativen Konsums« bzw. des »demonstrativen Müßigganges« (*Veblen* 1899), wirkt das dahinterliegende Statusmotiv auch subtiler derart, daß bildungs- und berufsbezogene Bewertungen (etwa in Form von Vergütungsgruppen) über neidvolle Vergleiche unmittelbar das Selbstwertgefühl der Betroffenen berühren.
Damit ist der Boden bereitet für ein vielfach verhängnisvolles Klima in den Familien, das dort in dem Maße entsteht, in dem statusbezogene Bewertungen beginnen, die innerfamiliären Beziehungen zu dominieren oder zu beherrschen. Dies gefährdet die Funktion der Familie als Institution der Abschirmung gegenüber Einflüssen der umfassenderen Gesellschaft und des emotionalen Spannungsausgleichs zwischen den Familienmitgliedern, die zu den wichtigsten Aufgaben der modernen Kleinfamilie gezählt werden können. Das für Familienbeziehungen konstitutive gegenseitige Akzeptieren der Mitglieder unabhängig von ihrem durch persönliche Leistungen erworbenen Status kann hierdurch in seinem Kern infragegestellt werden. Durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, vor allem die objektiv gegebene Chancenstruktur und eine fast vollendete Realisierung des Prinzips sozialen Ranges in allen Bereichen des sozialen Lebens, wird die Familie aber zunehmend in die Lage gedrängt, sich und ihre Kinder nach dem erworbenen (Leistungs-)Status einzuschätzen und nicht nach dem ihnen als Mitglieder der Familie zugeschriebenen (askriptiven) Primärstatus (*Tyrell* 1987, 119).
Daß wir vielfach mit einer solchen Situation konfrontiert sind, zeigen Ergebnisse unserer bereits oben angeführten Befragung von 12–16jährigen Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen (*Hurrelmann* et. al. 1988). So zeigte sich eine hohe Belastung in Form von psychosomatischen und emotionalen Stressymptomen in Fällen von Jugendlichen mit Versetzungsproblemen in der Schule und/oder schulischen Leistungen, die nicht den Erwartungen der Eltern entsprachen. In diesen Fällen war Konflikt mit den Eltern eine wahrscheinliche Konsequenz (polychorische Korrelation rho = .27), wie Konflikt selbst mit emotionalem (rho = .30) und psychosomatischem Stress (rho = .27) verbunden war. Die Korrelation zwischen den skizzierten Leistungsproblemen und diesen Symptomen selbst ist etwas geringer, aber mit .16 (psychosomatische Symptome) und .13 (emotionale Symptome) noch klar ausgeprägt. Eine Pfadanalyse, in der diese Merkmale einbezogen sind, erbrachte dann auch das Resultat, daß Leistungsprobleme unter anderem deshalb mit Stressymptomen verbunden sind, weil diese Leistungsprobleme zu Konflikt mit den Eltern, und dieser zu Stressreaktionen führt (*Hurrelmann,* et. al. 1989).
Eine Enttäuschung elterlicher Statuserwartungen kann zu langandauernden Konflikten zwischen Jugendlichen und ihren Eltern führen und die Beziehung zwischen ihnen stark belasten. Zugleich wirken solche gespannten Familienbeziehungen, wie ausgeführt, auch gesundheitlich belastend. Mit der Gefährdung der schulischen Laufbahnperspektive ist sehr häufig eine Gefährdung der sozialen Beziehungen zu den Eltern verbunden, weil diese Beziehungen stark über die schulische Leistungsposition mitdefiniert werden. Eine als negativ eingeschätzte Schulkarriere kann zu einem Belastungsfaktor für die weitere Lebensplanung und zu einem schwierigen

Topos der Biographie werden. Vor allem aber gilt in einer umfassenderen Perspektive auch, daß psychosoziale Belastung nicht nur Folge vorgängiger schulischer Leistungsprobleme, sondern auch eine der Ursachen für Leistungsprobleme in nachgelagerten Phasen der schulischen Karriere ist, letztlich mithin auch eine Determinante schulischen Erfolgs oder Mißerfolgs überhaupt. Bedenkt man, daß Stress und Leistungsprobleme stark über Konflikt im Elternhaus vermittelt sind, so ist daraus zu schließen, daß sich die Herkunftsfamilien auch über diesen »sozialen Mechanismus« an der Gestaltung der Chancen beteiligen, die ihren Kindern effektiv bleiben.

2.5. Statusstruktur der Familie

Nicht nur das Verhältnis von Schul- und Familienkultur erweist sich als Determinante der schulischen Karriere. Auch strukturelle Merkmale der Herkunftsfamilie als soziales Mikrosystem per se können sich auf die Bildungsbeteiligung der Kinder auswirken. Dazu zählt, neben anderen Faktoren auch die Statusstruktur der Familie. Die Herkunftsfamilie ist ein Kollektivgebilde, das über die sozialen Beziehungen seiner Mitglieder im allgemeinen stark verknüpft ist. Zunehmende Beachtung finden daher Analysen, die sich nicht darauf beschränken, den sozialen Status der Herkunftsfamilie nach den entsprechenden Merkmalen des Haushaltsvorstandes zu bestimmen, sondern die interne Struktur beleuchten, die sich daraus ergibt, daß jedes (erwachsene) Familienmitglied beispielsweise einen Bildungs- und Berufsstatus hat. Hier nun konnten erste empirische Hinweise gewonnen werden, daß die Wahrscheinlichkeit einer gehobenen Bildungslaufbahn des Kindes auch eine Funktion dieser internen Statusstruktur ist. So zeigte sich im Rahmen einer Studie von N = 201 13- bis 15jährigen Schülerinnen und Schülern, die wir im Frühjahr 1986 im Raum Bielefeld durchführten, daß die Wahrscheinlichkeit der gymnasialen Schullaufbahn dann am geringsten war, wenn beide Elternteile selbst kein Abitur erworben hatten, die Wahrscheinlichkeit war jeweils deutlich höher, wenn ein Elternteil das Abitur oder einen höheren Abschluß hatte. Der Anteil von Schülern in der gymnasialen Laufbahn war jedoch nicht am höchsten, wenn beide Elternteile selbst das Abitur erworben hatten, sondern dann, wenn der Bildungsstatus der Mutter über dem des Vaters lag. Eine Rangdifferenz im Bildungsstatus der Eltern hat demnach dann einen besonders positiven Effekt auf die Wahl dieser ranghohen Bildungslaufbahn, wenn die Statusstruktur der Familie am stärksten traditionellen Rollenerwartungen widerspricht, also der Bildungsstatus der Mutter über dem des Vaters liegt. In einer solchen Konstellation werden offensichtlich die größten Energien mobilisiert, um die den gängigen sozialen Normen zuwiderlaufende Rangdifferenz abzubauen. Der strategisch zugängliche Weg hierfür ist der Versuch, den Bildungsstatus des Kindes so anzuheben, daß er dem Bildungsstatus des in dieser Hinsicht »ranghöchsten« Elternteils entspricht (*Engel/Hurrelmann* 1987, 90). Auch wenn dieses Ergebnis noch der Replikation durch weitere Studien bedarf, läßt es doch bereits die Wirksamkeit der familieninternen Statusstruktur vermuten.

3. Schulische und berufliche Karrieren

Welche schulische, ausbildungsbezogene und berufliche Karriere das Kind nimmt, hängt stark vom Verhältnis und dem Zusammenwirken der Institutionen Familie und Schule ab. Jedes Anliegen, der nachwachsenden Generation echte Chancen schaffen zu wollen, hat dieses Verhältnis und die in ihm liegenden Charakteristika zu berücksichtigen. Neben der allgemeinen soziokulturellen Distanz, gemessen etwa an dem Grad der Divergenz der beide soziale Systeme tragenden Werte, sind hier auch potentielle Inkompatibilitäten und Unstimmigkeiten in den Blick zu nehmen. Wie die Analyse von *Rawls* zeigt, sollte ein Gesellschaftssystem danach beurteilt werden, was es für die am schlechtesten gestellte Gruppe bedeutet, in diesem System zu leben. Dies lenkt den Blick auf die soziale Peripherie einer Gesellschaft. An der sozialen Peripherie liegen die Bevölkerungsgruppen, die in mehrfacher sozialer Hinsicht ungünstig plaziert sind, also etwa in bildungsbezogener, beruflicher, finanzieller Hinsicht ungünstig rangieren bzw. nur wenig bis keinen Einfluß auf gesellschaftliche Entscheidungen nehmen können (*Galtung* 1978).
Neuere empirische Untersuchungen an der sozialen Peripherie beleuchten dann auch einige Faktoren, die sich auf den Verlauf schulischer und beruflicher Karrieren von Jugendlichen auswirken.

3.1. Soziale Peripherie: Traditionen im Familien- und Verwandtschaftssystem

Das heranwachsende Kind ist strukturell zunächst in seiner Elternfamilie verankert, aber diese ihrerseits vielfach noch stark in dem umfassenderen Verwandtschaftssystem. Dieses System ist für die schulische und berufliche Karriere des Heranwachsenden nun dadurch von Bedeutung, daß es als historisch gewachsenes soziales Gebilde bestimmte Bildungs- und Berufstraditionen ausgeprägt hat, in die der Heranwachsende mehr oder weniger stark soziokulturell integriert ist. Die aktuelle schulische und berufliche Biographie des Jugendlichen ist auch vor dem Hintergrund längerer Bildungs- und Berufstraditionen im Familien- und Verwandtschaftssystem zu sehen.
So entsprach in einer 1982 durchgeführten Befragung von Arbeiterjugendlichen die schulische und berufliche Position des Jugendlichen mehrheitlich der vorherrschenden Plazierung, wenn die Position des Jugendlichen mit der seiner Eltern, Großeltern bzw. Urgroßeltern verglichen wird (*Engel* 1986). Zum Teil war sogar ein leichter Abwärtstrend erkennbar, durch die historische »Entwertung« von Bildungsabschlüssen (etwa dem Abschluß der Pflichtschulzeit) bzw. von manuellen Berufen nochmals verstärkt. In dieser Bildungs- und Berufstradition ist das heranwachsende Kind bzw. der Jugendliche gewissermaßen das letzte Element. Durch Integration in die Familientradition wird ein sozialer Rahmen geschaffen, der es für den Jugendlichen in dem Maße schwer macht, sozialen Aufstieg zu realisieren (oder auch nur mental anzustreben), in dem das mit diesen Traditionen korrespondierende soziale Werte- und Normensystem auch aktuell innerhalb der Familie am Leben erhalten wird.
Hinzu kommt, daß sich die begleitenden materiellen und immateriellen Unterstüt-

zungsleistungen der Herkunftsfamilie sowie des umfassenderen Verwandtschaftssystems im Rahmen der Grenzen bewegen werden, die durch Familientradition und das aktuelle soziale Netzwerk gezogen werden, das sich vielfach aus diesen historischen Bezügen heraus entwickelt hat. Die Gelegenheitsstruktur ist auch eine Frage der Möglichkeiten, die das Familien- und Verwandtschaftssystem bieten kann. Der instrumentelle Wert eines solchen Netzwerkes für die Realisierung der schul- und berufsbezogenen Karriere des Jugendlichen wird dabei aber in dem Maße abgeschwächt, in dem die Möglichkeit der Mitglieder dieses Netzwerkes abnehmen, Einfluß auf die berufliche Plazierung des Jugendlichen zu nehmen. Dies aber wird um so wahrscheinlicher, je rapider sich gesellschaftlicher Strukturwandel vollzieht, und es in der Folge zu einer gesellschaftlichen Umbewertung ganzer Berufsfelder kommt. In diesem Maße veraltet auch das Wissen, das als vermeintlich gültige Lebenserfahrung der Eltern an die nächste Generation weitergegeben wird (*Engel* 1981, 39). Diesem zu folgen, kann dann für den Jugendlichen durchaus bedeuten, auf »die falsche Karte zu setzen«. In dieser Tendenz der soziokulturellen Integration des Heranwachsenden in soziale Subsysteme der Gesellschaft, die sich möglicherweise von der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt haben, ist zudem eine echte Gefahr sozialer Deklassierung zu sehen, dem möglicherweise aber durch gegensteuernde Aufklärungsarbeit seitens der Institution Schule begegnet werden kann.

3.2. Soziale Peripherie: Handlungskompetenz, Selbstachtung und bildungsbezogene Präferenzen

In einer stärker mikroskopischen Perspektive rücken weniger auffällige Reproduktionsmechanismen sozialer Ungleichheit ins Blickfeld, die in starkem Maße durch die Herkunftsfamilie mitbestimmt sind. Soziale Ungleichheit in den Lebenschancen vermittelt sich unter anderem über den sozialpsychologischen Prozeß der Motivationsbildung. So zeigte sich in einer Surveyerhebung unter ca. 400 Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag (*Engel* 1982, 309ff.) unter anderem, daß die Wahrscheinlichkeit, mit der eine berufliche Ausbildung angestrebt wird, davon abhängt, ob der Jugendliche damit eine Tradition aus seiner Familie fortsetzt. Von Bedeutung ist auch die Frage, inwieweit der Plan, in absehbarer Zeit eine berufliche Ausbildung aufzunehmen, die rationale Umsetzung des Ziels sozialen Aufstiegs ist. Es zeigte sich, daß sich Aufstiegsorientierung nur dann auf die Wahrscheinlichkeit von Ausbildungsplänen auswirkte, wenn zugleich eine vorteilhafte Selbsteinschätzung vorlag. Die Selbstachtung einer Person, nach *Rawls* (1979, 479) vielleicht das zentralste gesellschaftliche Grundgut, ist aber bedingt durch seine soziale Verankerung individuell nur schwer veränderbar. Betrachtet man die Fähigkeit zu rationaler Umsetzung seiner Zielsetzungen und Orientierungen als ein Element der Handlungskompetenz, dann hängt diese Kompetenz im vorliegenden Fall von einem Merkmal ab, das der individuellen Kontrolle weitgehend entzogen ist und in starkem Maße durch Bedingungen in der Herkunftsfamilie bestimmt wird. Auch zeigte sich in dieser Studie an der sozialen Peripherie ein Mechanismus, der wohl am besten als eine Form sich selbst erfüllender Prophezeiung einzustufen ist. Denn

die Wahrscheinlichkeit, mit der die Aufnahme einer Berufsausbildung geplant wurde, sank in dem Maße, in dem es als subjektiv schwierig angesehen wurde, diesen Plan zu realisieren. Zum Teil wird es sich dabei um eine realistische Einschätzung der Chancen gehandelt haben, zum Teil aber auch eine Form zukunftspessimistischer Haltung zum Ausdruck gebracht haben, mit der nach vorliegender empirischer Evidenz (*Wuggenig/Engel* 1985, 127) in etwa doppelter Verbreitung im Falle von Jugendlichen aus Familien Ungelernter zu rechnen ist, verglichen mit Jugendlichen aus solchen Familien an der sozialen Peripherie, in denen der Vater über eine berufliche Ausbildung verfügt.
Bleibt schließlich ein Reproduktionsmechanismus sozialer Ungleichheit zu erwähnen, der sich über die wahrgenommene Legitimität von Klassenunterschieden vollzieht. Nicht nur, daß diese an der Peripherie durchaus Akzeptanz finden; sie gewinnen an Akzeptanz noch bei denen, die im Vergleich zur Herkunftsfamilie subjektiv sozialen Abstieg antizipieren (*Wuggenig/Engel* 1985, 89).

4. Schlußbemerkung

Die Herstellung wirklich gleicher Bildungschancen wird auch im nächsten Jahrzehnt eine ernste Herausforderung für jeden Versuch reformorientierter Bildungs- und Gesellschaftspolitik bleiben. Die Einrichtung und Ausweitung formaler Bildungsmöglichkeiten im Bereich von Schule und Berufsausbildung allein wird jedoch nicht ausreichen, die Abhängigkeit der Lebenschancen von der sozialen Stellung der Herkunftsfamilie entscheidend zu verringern. Als zu gewichtig erwiesen sich die in der vorliegenden Analyse in Ansätzen aufgezeigten sozialen Mechanismen, über die sich die Reproduktion sozialer Ungleichheit vollzieht. Bedeutend mehr Aufmerksamkeit sollte daher künftig diesen mikro- und makrosoziologischen Determinanten gewidmet werden. Echte Chancengleichheit wird jedenfalls ohne grundlegendere gesellschaftspolitische Reformen auch künftig eine soziale Utopie bleiben.

Anmerkungen

* Der Beitrag ist im Rahmen des Sonderforschungsbereiches 227 der Universität Bielefeld entstanden.

1 Alle Mikrozensus-Angaben nach Tabelle 1 in *Hurrelmann* 1985b, 85.

2 Erhebung: Herbst 1986 (im Rahmen des Projekts B1, SFB 227); n = 1717; Grundlage: Wahrscheinlichkeitsauswahlen in 3 Regionen, die zuvor gemäß der »Raum- und Siedlungsstruktur« des Landes Nordrhein-Westfalen als strukturtypische Regionen ausgewählt wurden. Vertreten sind ein Ballungszentrum, ein ländlicher Raum und ein solitäres Verdichtungsgebiet. Die Bildung des Vaters wurde operational nach Angaben der Schüler auf 3 getrennte Fragen zu Lehrabschluß, Abitur und Hochschulstudium des Vaters ermittelt. Antwortmöglichkeiten (jeweils): ja/nein/weiß nicht. Zur Indexbildung wurden die Antworten »nein« und »weiß nicht« zusammengefaßt. In Tabelle 1 steht »Abitur« für »Abitur oder mehr« (= Studium an Hochschule/Universität)

Literatur

Arbeitsgruppe Schulforschung: »Leistung und Versagen«. In: *Hurrelmann, K.* (Hg.): München 1980 – *Archer, M.:* Social origines of educational systems. London 1979 – *Beicht, W., Isecke, H., Krings-Huber, G., Mollenhauer, K.:* Familiale Kommunikationsstrukturen – Zwischenbericht einer Untersuchung. In: *Hurrelmann, K.* (Hg.): Sozialisation und Lebenslauf. Reinbek 1976, 104–126 – *Bernstein, B.:* Class, codes and control. Vol. 3. Towards a theory of educational transmissions. London 1977 – *Bertram, H.:* Sozialstruktur und Sozialisation. Darmstadt 1981 – *Bolte, K. M., Hradil, S.:* Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen. 1984 – *Boudon, R.:* Education, opportunity, and social inequality. New York 1974 – *Bourdieu, P.:* Die feinen Unterschiede, Frankfurt 1984 – Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (1986): Grund- und Strukturdaten. Bad Honnef 1986 – *Collins, R.:* The credential society. New York 1979 – *Di Maggio, P.:* Cultural capital and school success: The impact of status culture participation on the grades of U.S. high school students. American Sociological Review 1982, 189–201 – *Dubois-Reymond, M.:* Verkehrsformen zwischen Elternhaus und Schule. Frankfurt 1977 – *Engel, U.:* Youth, mobility, and social integration. In: *Hazekamp, J. L., Meeus, W., Poel, Y. te:* Youth research in Europe. Amsterdam 1988 – *Engel, U.:* Chancengleichheit, Verantwortungsattribution und Selbstachtung. Angewandte Sozialforschung 1982, 309–331 – *Engel, U.:* Zukunftsbezug und Vertrauen. Ihre Bedeutung für die sozio-politische Integration in der Berufseinmündung. Forschungsbericht. Hannover 1981 – *Engel, U.:* Sozialer Rang in Underdog-Beziehungen. Hannover (mimeo.) 1986 – *Engel. U., Hurrelmann, K.:* Bildungschancen und soziale Ungleichheit. In: *Müller-Rolli, S.* (Hg.): Das Bildungswesen der Zukunft. Stuttgart 1987 – *Epstein, J.:* Toward a theory of family-school connections. In: *Hurrelmann, K., Kaufmann, F.-X., Lösel, F.* (Hg.): Social intervention: Potential and constraints. Berlin/New York: 1987, 121–136 – *Fröhlich, D.:* Arbeitserfahrung und Bildungsverhalten, Frankfurt 1978 – *Galtung, J.:* Social position and social behavoir: Center-periphery concepts and theories. In: *Galtung, J.* (Hg.): Peace and social structure. Essays in peace research volume III., Copenhagen 1978, 29–42 – *Galtung, J.:* Rank and social integration. A multidimensional approach. In: *Berger, J., Zelditch, M., Anderson, B.* (Hg.): Sociological theories in progress. Boston 1966, 145–198 – *Hansen, G., Rösner, E., Weissbach, B.:* Der Übergang in die Sekundarstufe I. In: *Rolff, H., Klemm, K., Tillmann, K.* (Hg.): Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd. 4. Weinheim 1986, 70–101 – *Hauser, R. M., Featherman, D. L.:* Equality of schooling: Trends and prospects. Sociology of Education, 1976, 99–120 – *Hurrelmann, K.:* Erziehungssystem und Gesellschaft. Hamburg 1975 – *Hurrelmann, K.:* Soziale Ungleichheit und Selektion im Erziehungssystem. Ergebnisse und Implikationen der sozialstrukturellen Sozialisationsforschung. In: *Strasser, H., Goldthorpe, J. H.* (Hg.): Die Analyse sozialer Ungleichheit. Kontinuität, Erneuerung, Innovation. Opladen 1985, 48–69 – *Hurrelmann, K., Engel, U., Holler, B., Nordlohne, E.:* Failure in school, family conflict, and psychosomatic disorders in adolescence. Journal of Adolescence, 1988 – *Hurrelmann, K.:* Einführung in die Sozialisationstheorie. Weinheim 1986 – *Hurrelmann, K., Rosewitz, B., Wolf, H.:* Lebensphase Jugend. Weinheim: 1985 – *Hurellmann, K., Engel. U., Weidmann, J.:* Status insecurity and career prospects of adolescents. Sociology of Education (submitted) 1988 – *Kohn, M. L.:* Persönlichkeit, Beruf und soziale Schichtung, Stuttgart 1981 – *Lareau, A.:* Social class differences in family-school relationships. The importance of cultural capital. Sociology of Education 1987, 73–85 – *Melzer, W.:* Familie und Schule als Lebenswelt. München 1987 – *Perelman, Ch.:* Über die Gerechtigkeit. München 1967 – *Persell, C. H.:* Education and inequality. New York 1977 – *Rawls, J.:* Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt 1979 – *Rolff, H., Klemm, K., Tillmann, K.* (Hg.): Jahrbuch der Schulentwicklung, Bd. 4. Weinheim 1986 – *Schneewind, K., Beckmann, H., Engfer, A.:* Eltern und Kinder, Stuttgart 1983 – *Strasser, H., Goldthorpe, J. H.* (Hg.): Die Analyse sozialer Ungleichheit. Kontinuität, Erneuerung, Innovation. Opladen 1985 – *Strasser, H., Hodge, R. W.* (Hg.): Status inconsistency in modern societies. Duisburg 1986 – *Tyrell, H.:* Die Anpassung der Familie an die Schule. In: *Oelkers, J., Tenorth, H. E.* (Hg.): Pädagogik, Erziehungswissenschaft und Systemtheorie. Weinheim 1987, 102–124 – *Veblen, Th.:* Theorie der feinen Leute.

München 1981 (1899) – *Wegner, T.:* Arbeitsbedingungen und familiale Erziehung. Frankfurt 1979 – *Wuggenig, U., Engel, U.:* Die berufliche Lage aus der Sicht von jungen Akademikern und Arbeitern. Tabellenband, Teil 2. Hannover 1985 – *Wuggenig, U., Engel, U.:* Arbeitslosigkeit und Spaltungsprozesse in der sozialen Peripherie. Referat, gehalten auf dem 2. Bremer Symposium ›Arbeitslosigkeit – Psychologische Theorie und Praxis‹. Universität Bremen 1987.

Friedhart Hegner/Ulrich Lakemann

Familienhaushalt und Erwerbstätigkeit

1. Familienhaushalt und Erwerbsarbeit: Begriffliche Abgrenzung und statistische Größenordnungen

Von den rund 26,4 Millionen Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland (Juni 1985) sind knapp ein Drittel Familienhaushalte; in ihnen bilden Eltern mit ihren ledigen Kindern unter 18 Jahren nicht nur eine Familie, sondern auch eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft, also einen Haushalt (*Schwarz* 1986, 10f.; Datenreport 44f.). Dieses knappe Drittel aller Privathaushalte, das bis zum Jahr 2000 auf eine Zahl von weniger als sechs Millionen sinken wird (ebd.), steht im Mittelpunkt dieses Artikels. Dabei geht es in erster Linie um die vollständigen Familienhaushalte, in denen zwei Elternteile mit Kind(ern) zusammenleben. Sie machen mehr als 88% aller Familien mit ledigen Kindern im Haushalt aus (Familie und Arbeitswelt 35; Datenreport 45). In den weitaus meisten Familienhaushalten geht mindestens ein Familienangehöriger einer bezahlten Tätigkeit nach oder erhält Sozialleistungen aufgrund einer früheren Erwerbstätigkeit.

Von den rund 61 Millionen Einwohnern der Bundesrepublik Deutschland gehören im Jahresdurchschnitt 1986 rund 28 Millionen zum Kreis der Erwerbspersonen, wobei knapp 25,8 Millionen erwerbstätig und knapp mehr als 2,2 Millionen arbeitslos gemeldet sind (Statistisches Bundesamt 1987, 96ff.). Mehr als 85% der Erwerbspersonen sind abhängig beschäftigt; der Rest gehört zu den Selbstständigen, den mithelfenden Familienangehörigen oder den Heimarbeitern (ebd.). Rund zwei Drittel der abhängig beschäftigten Männer, jedoch lediglich etwas mehr als die Hälfte der abhängig beschäftigten Frauen sind verheiratet (Statistisches Bundesamt 1985, 53). Soweit sie mit Kindern in Haushaltsgemeinschaft leben, stehen sie im Mittelpunkt dieses Artikels.

Ordnet man die Zahlen in den historischen Zusammenhang ein, so fällt zweierlei auf: a) Ähnlich wie bereits in den Jahrzehnten zuvor hat auch nach dem 2. Weltkrieg zwar die Zahl der Privathaushalte deutlich zugenommen, jedoch ist die Zahl der Familienhaushalte stark gesunken (*Schwarz* 1986, 9). b) Noch stärker als in den Jahrzehnten zuvor haben nach 1960 die Zahl und der Anteil der verheirateten Frauen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, zugenommen, während zugleich der Anteil der erwerbstätigen Frauen, die verheiratet sind, tendenziell ebenso gesunken ist wie derjenige der Männer (*Willms-Herget* 1985, 24ff. 169ff.). Demzufolge kann gesagt werden: Parallel zur sinkenden Heiratsneigung nicht nur der erwerbstätigen Männer, sondern vor allem auch der erwerbstätigen Frauen sowie parallel zur zunehmenden Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen – bei gleichzeitig fast unverändert hoher Erwerbsbeteiligung der verheirateten Männer – ist der Anteil der Familienhaushalte an allen Privathaushalten deutlich zurückgegangen.

2. Die unterschiedliche Teilhabe der Familienangehörigen am Erwerbsleben

Die Teilhabe am Erwerbsleben erfolgt aus einer Vielzahl von Motiven; anders ausgedrückt: sie erfüllt – zumindest im Idealfall – mehrere der folgenden Funktionen für das Individuum (*Jahoda* 1983, 46ff.): Sicherung des Lebensunterhalts durch Geldeinkünfte in Form des Erwerbseinkommens oder der erwerbsgebundenen Sozialleistungsansprüche; Ergänzung des durch die Herkunftsfamilie zugewiesenen sozialen Status durch berufsgebundene – erworbene – Statusmerkmale, einschließlich des damit verbundenen Sozialprestiges; Selbstbestätigung und Selbstverwirklichung durch die Erprobung und Weiterentwicklung von Kenntnissen, manuellen oder sensorischen Fertigkeiten und psychosozialen Fähigkeiten; Vermittlung von sozialen Kontakten und Partizipationschancen außerhalb von Familie und Verwandtschaftssystem; sowie Strukturierung der wach erlebten Zeit und damit Vermeidung zeitlicher Orientierungslosigkeit in den Fällen, in denen die Anforderungen und Aktivitäten im Familienhaushalt keine ähnlich verbindlichen zeitlichen Vorgaben beinhalten. In dem Maße, wie im Verlaufe der Industrialisierung und Urbanisierung die früheren »Haushaltsfamilien« (*Hegner* 1982, 40) als multifunktionale ökonomische und psychosoziale Basiseinheiten des gesellschaftlichen und interaktiven Zusammenlebens ihre dominierende prägende Kraft für das individuelle Erleben und Verhalten verloren haben, ist die funktionale Bedeutung der Erwerbs- oder Berufsaktivitäten gewachsen (*König* 1978, 17ff., 38ff., 69ff.).

2.1. Der Arbeitsmarktzugang und -verbleib

Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, 1. ob und in welchem Ausmaß die Familienangehörigen, also Mann, Frau und Kind(er), am Erwerbsleben beteiligt sind und 2. welche Veränderungen in dieser Hinsicht in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben. Die folgenden Daten zeigen (*Schwarz* 1985, 242, 250; Wirtschaft und Statistik 1986, 977ff.; Statistisches Bundesamt 1987, 99, 105):

- Die Zahl der verheirateten weiblichen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) stieg um mehr als 60% von rund 4 Millionen im Jahr 1957 auf 6,1 Millionen in 1975 und 6,5 Millionen im Jahr 1985.
- Die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kind(ern) unter 18 Jahren nahm zunächst langsam von rund 35% im Jahr 1961 auf 37% im Jahr 1970 zu und stieg sodann rasch auf 41% im Jahr 1974. Im anschließenden Jahrzehnt war der Anstieg der Erwerbstätigenquote deutlich schwächer (auf 43% im Jahr 1985).
- Auch die Erwerbsbeteiligung von verheirateten Müttern in vollständigen Familien mit Kind(ern) unter 15 Jahren ist zwischen 1972 und 1982 von 37% auf rund 41% gestiegen. Im Jahr 1985 lag die Erwerbstätigenquote dieser Frauen bei 44% (39% bei den verheiratet Zusammenlebenden, 48% bei den verheiratet Getrenntlebenden).

Trotz der deutlichen Zunahme der Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen – mit oder ohne Kind(er) – gilt nach wie vor, daß verheiratete Männer und Väter in weitaus stärkerem Maße am Erwerbsleben partizipieren als Frauen. Das belegen die folgenden Zahlen: Im Jahr 1985 sind rund 64% der verheirateten Erwerbsperso-

nen männlichen und 36% weiblichen Geschlechts (Statistisches Bundesamt 1987, 97ff.). In vollständigen Familien mit Kindern sind rund 95% der Väter erwerbstätig (*Herlth* 1986, 103). Zusätzlich ist zu beachten: Männer der jüngeren und mittleren Altersjahrgänge sind zwar etwas häufiger von Erwerbslosigkeit betroffen als Frauen gleichen Alters, jedoch gehören sie in den Jahren 1977–1982 deutlich seltener als jene jüngeren Frauen, die sich selbst als »Hausfrauen« bezeichnen, zur sogenannten »stillen Reserve« des Arbeitsmarkts, also zu den nicht arbeitslos gemeldeten Erwerbsuchenden (*Büchtemann* 1983, 61ff., 131).
Bei den Frauen variiert die Erwerbsbeteiligung mit dem Alter ihrer Kinder und vor allem mit deren Anzahl. Tabelle 1 zeigt die Erwerbstätigenquoten für verheiratete, mit ihrem Ehemann zusammenlebende Frauen. Die Erwerbsbeteiligung der Frau ist um so geringer, je mehr Kinder sie hat und je jünger diese sind. Während rund 45% aller verheirateten Frauen mit einem Kind unter 18 Jahren einer Erwerbstätigkeit nachgehen, sind es von denjenigen mit zwei oder mehr Kindern unter sechs Jahren nur 25%.

Tabelle 1: Erwerbstätigenquoten verheirateter Frauen in vollständigen Familien nach Anzahl und Alter der Kinder im Juni 1985

Alter der Kinder / Anzahl der Kinder	Kinder unter 18 Jahren	Kinder unter 6 Jahren	ohne Kinder unter 18 Jahren
1	45,2	37,3	
2	37,5	25,3	
3 und mehr	31,7		
Insgesamt	40,9	34,2	35,8

Quelle: Statistisches Bundesamt 1987, 105

Die Zahlen deuten auch darauf hin, daß in Abhängigkeit vom Familienzyklus einmalige oder mehrfache Wechsel im Erwerbsstatus der Frau auftreten können. Die subjektiven Reaktionen darauf sind unterschiedlich. So zeigt sich für verheiratete Frauen, die ihre Berufstätigkeit unterbrochen haben, daß 16% »auf alle Fälle« und 28% »vielleicht« wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen möchten (*Hofbauer* 1979, 228f.) Je länger die Erwerbsphase, gemessen als Zahl der vollzeitbeschäftigten Berufsjahre, vor der ersten Unterbrechung war, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Rückkehr ins Erwerbsleben; je länger jedoch die Phase der Nichterwerbstätigkeit dauert, »desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit einer (erneuten) Erwerbsbeteiligung« (*Merz* 1987, 143).

Mit Bezug auf die verheirateten Frauen mit einem oder mehreren Kindern verdeutlicht eine repräsentative Umfrage in Nordrhein-Westfalen für den Zeitraum 1981–1983 noch deutlicher den Zusammenhang zwischen Familienzyklus und weiblicher Erwerbstätigkeit (*Strohmeier* 1985, 29ff.): Etwas mehr als ein Drittel der Frauen mit einem Kind ist erwerbstätig, während das lediglich für ein Fünftel der Frauen mit zwei und mehr Kindern zutrifft. Von allen Frauen, die zwischen 1981 und 1983 ihr erstes Kind bekommen, also eine Familie gegründet haben und die zuvor bereits erwerbstätig waren, sind rund 60% berufstätig geblieben. Demgegenüber sinkt die Erwerbsbeteiligung deutlich im nächsten Stadium des Familienzyklus, nämlich bei der Geburt eines zweiten Kindes. Rund vier Fünftel aller Frauen, die ein zweites Kind bekommen haben, sind nach der Zweitgeburt ohne Erwerbstätigkeit, wobei ein geringer Teil von ihnen vermutlich wieder berufstätig sein wird, wenn die Kinder älter geworden sind.
Die statistischen Ergebnisse verdeutlichen insgesamt (*Hoepflinger* 1987, 121ff., 233ff.): Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen Industrieländern dominiert zwar die Erwerbsbeteiligung der Ehemänner nach wie vor sehr deutlich, jedoch partizipieren die Ehefrauen und Mütter seit Ende der 50er Jahre in zunehmendem Maße am Erwerbsleben. Sie unterbrechen zugleich seltener – und wenn, kürzer – als früher ihre Erwerbstätigkeit aus familialen Gründen. In besonderem Maße gilt das für Familienhaushalte mit nur einem Kind, d.h. für die in den letzten Jahrzehnten am deutlichsten expandierende Familienform.
Für Jugendliche ergibt sich vor allem aufgrund der verlängerten Ausbildungszeiten ein Trend zum verspäteten Eintritt in das Erwerbsleben. Während 1960 das durchschnittliche Alter beim Eintritt in das Erwerbsleben 14,4 Jahre betrug, waren es 1985 rund 18,5 Jahre (*Hof* 1986). Die ökonomische Eigenständigkeit der Jugendlichen beginnt gegenwärtig also später als in den vorangegangenen Generationen. Aus diesem Grund und wegen der abnehmenden Heiratshäufigkeit verbleiben die Jugendlichen gegenwärtig im Durchschnitt auch etwas länger im Haushalt der Eltern als vor zehn Jahren (*Schwarz* 1986, 12). Das bedeutet, daß die Eltern länger als früher Geld und Wohnraum für den Nachwuchs bereitstellen müssen, wobei sich häufiger als vor dreißig Jahren die Mütter mit einem eigenen Erwerbseinkommen an den Kosten beteiligen.

2.2. Der zeitliche Umfang der Erwerbsbeteiligung

Nach wie vor üben verheiratete Männer mit Kind(ern) – ebenso wie alle anderen männlichen Erwerbstätigen – zum weitaus größten Teil eine Vollzeiterwerbstätigkeit aus. Dementsprechend liegt der Anteil der männlichen Teilzeitbeschäftigten an allen männlichen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik im Jahr 1985 lediglich bei 2,2%. Seit 1960 hat sich dabei nur eine Steigerung um 0,7% ergeben (*Brinkmann* et al. 1986, 362). – Im Vergleich dazu ist die Teilzeitarbeit der Männer in anderen europäischen Ländern bereits stärker verbreitet. So betrug 1983 der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen erwerbstätigen Männern in Großbritannien 3,3% und in Schweden sogar 7,3% (OECD 1985).
Teilzeitarbeit ist eine Domäne der verheirateten Frauen und dabei vor allem der

Frauen mit Kindern. Drei Viertel aller abhängig teilzeitbeschäftigten Frauen sind verheiratet und haben ein oder mehrere Kinder (*Hofbauer* 1981, 109ff.). Bei verheirateten Frauen, die in Haushalten mit höherem Haushaltsnettoeinkommen leben, ist die Teilzeitquote größer als bei solchen mit niedrigem Nettoeinkommen des Haushalts. In der letztgenannten Gruppe ist der Anteil der Vollzeiterwerbstätigen höher (ebd.; *Landenberger* 1983, 77ff.).

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre äußerten mehr als die Hälfte aller vollzeitbeschäftigten verheirateten Frauen mit Kind(ern) unter 14 Jahren den Wunsch nach einer Teilzeitstelle im Umfang von 20–35 Wochenstunden (*Landenberger* 1983, 80ff., 84ff.). Dabei äußerten 75% der Frauen, die de facto teilzeitbeschäftigt waren, insbesondere Zufriedenheit mit der Abstimmung der Arbeitszeiten im Familienkreis, was nur für 63% aller Vollzeitbeschäftigten galt (*Born/Vollmer* 1983, 57ff.). Aufgrund des unzureichenden Teilzeitstellenangebots kann lediglich ein Teil der Mütter diesen Wunsch im Berufsalltag realisieren. Frauen, die vor der Erstgeburt vollzeiterwerbstätig waren und zwischen 1981 und 1983 ihr erstes Kind bekommen haben, sind nur zu einem Fünftel von einer Vollzeit- auf eine Teilzeitstelle gewechselt; ebenso gehen zwei Drittel der kontinuierlich berufstätig gebliebenen Mütter auch nach der Geburt des zweiten Kindes (im Zeitraum 1981–1983) weiterhin einer Vollzeiterwerbstätigkeit nach; lediglich ein Fünftel der vormals Vollzeitbeschäftigten wechselt nach der Zweitgeburt auf eine Teilzeitstelle über (*Strohmeier* 1985, 31f.).

Nicht nur die Arbeitszeit im engeren Sinne, sondern auch der Zeitaufwand für erwerbsgebundene Aktivitäten wie beispielsweise An- und Abfahrt, berufliche Weiterbildung oder Mitwirkung in Berufsverbänden etc. beansprucht erhebliche Anteile des Zeitbudgets der berufstätigen Familienangehörigen. Während die durchschnittliche tägliche Hin- und Rückfahrzeit der verheirateten Mütter bei 33 Minuten liegt, beträgt sie bei den Vätern rund 43 Minuten (Familie und Arbeitswelt 1984, 177). Dieser zusätzliche erwerbsgebundene Zeitaufwand hängt vor allem damit zusammen, daß im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung die Wohn- und Erwerbsstätten zunehmend räumlich und organisatorisch getrennt worden sind. Diese Trennung trifft lediglich für annähernd 1,4 Millionen Erwerbstätige – darunter knapp 156000 Heimarbeiter – in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig nicht zu (*Hegner* et al. 1987, 61f.).

3. Die Erwerbstätigkeit in Relation zu den Formen und Funktionen der Aktivitäten im Familienhaushalt

Die Zunahme der Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen hat Auswirkungen sowohl auf die familialen als auch auf die hauswirtschaftlichen Ressourcen, Aktivitäten und Formen der Aufgabenverteilung innerhalb des Familienhaushalts.

3.1. Die Komponenten des Familienhaushalts und ihre Funktionen

Der Familienhaushalt als »Lebenswelt« (*Lüscher* et al. 1985, 17) konstituiert einen abgrenzbaren alltäglichen Erlebens- und Verhaltenszusammenhang. Als soziale Organisation besteht er aus den drei sozialen Teilsystemen Familie, Haushalt und Familien-Haushalt sowie aus den personalen Systemen Mann, Frau und Kind (*Hegner* 1982; *Hegner* et al. 1987, 53ff.). Die soziale Organisation Familienhaushalt ist abzugrenzen sowohl gegen die sächlichen und personalen Sektoren ihrer Binnenumwelt (z.B. Haus, Garten, Wohnungseinrichtung, Physis und Psyche der Familienmitglieder) als auch gegen die verschiedenen Sektoren ihrer Außenumwelt (z.B. Nachbarschaft, Kindergarten, Arbeitsmarkt). Zunächst werden die sozialen und personalen Komponenten des Familienhaushalts kurz erläutert (*Hegner* et al. 1987):

1. Das Sozialsystem Familie wird durch drei soziale Subsysteme konstituiert (*Schulz* 1983): a) durch die Ehe oder Partnerschaft (Relation zwischen Mann und Frau); b) durch die Elternschaft (Relation zwischen Vater, Mutter und Kind/ern); sowie c) durch die Relation zwischen den Geschwistern. Das Sozialsystem Familie und seine drei Subsysteme basieren auf dem Spektrum der familienbezogenen Normen, Verhaltenserwartungen und familialen Aktivitäten sowie ihrer Zuordnung zu Rollen und Positionen (z.B. Eheleute, Elternteile). Damit verbunden sind die inter-personalen Beziehungen zwischen den Familienangehörigen, aber auch deren Manifestationen in Merkmalen wie der Ehedauer oder der Kinderzahl. – Die Funktionen des Familiensystems sowohl für die Familienangehörigen als auch für die Gesellschaft sind: Reproduktion der Gattung durch die Soziabilisierung, Sozialisation und soziale Plazierung des Nachwuchses; institutionelle Absicherung des psychosozialen Ausgleichs zu den Anforderungen außerhalb des Familienhaushalts (z.B. im Erwerbsleben) durch emotionale Stabilisierung, die auf der Zuneigung zwischen den Partnern sowie zwischen Eltern und Kind(ern) beruht (*König* 1978, 52ff., 66ff., 71ff.).

2. Das Sozialsystem Haushalt wird durch zwei sozial organisierte Subsysteme konstituiert (*Büschges/Wintergerst-Gaasch* 1988, 57ff., 81ff.): a) durch jenes Segment der bedarfswirtschaftlichen Normen, Aktivitäten, Rollen und Positionen (Hausfrau, Hausmann), die – anders als beispielsweise die subsistenzwirtschaftlichen Aktivitäten im Rahmen von Nachbarschaftshilfe oder Selbsthilfegruppen – auf die materielle Lebenssicherung der Haushaltsangehörigen durch nicht monetär vergütete Tätigkeiten bezogen sind; sowie b) durch jenes Segment der erwerbswirtschaftlichen Normen, Aktivitäten, Rollen und Positionen (z.B. Erwerbsfrau, Erwerbsmann), die – anders als sonstige formalökonomischen Aktivitäten im Rahmen der Markt- und Staatswirtschaft – auf die materielle Lebenserhaltung der Haushaltsangehörigen durch die Beschaffung und Verwendung von Geldeinkünften bezogen sind. Durch die Komplementarität der bedarfs- und der erwerbswirtschaftlichen Sphäre des Haushalts wird die Funktion der materiellen Bedarfsdeckung und Bedürfnisbefriedigung erfüllt (*Schulze* 1986, 94ff.).

3. Die personalen Systeme von Mann, Frau und Kind(ern) werden durch biophysi-

sche, psychosomatische und soziopsychische Segmente konstituiert. Sie bilden – ungeachtet ihres individuellen und ethischen Eigenwerts – lediglich insofern Bestandteile der sozialen Organisation Familienhaushalt, wie sie als Ressourcen für die Erledigung haushalts- und familienspezifischer Aktivitäten sowie für die Konstituierung und Perpetuierung haushalts- und familienspezifischer Rollen und Positionen eine Bedeutung haben.

4. Das Sozialsystem Familien-Haushalt ist eine die übrigen Komponenten durchdringende Konstellation von Rollen- und Positionssegmenten sowie von Normen, Verhaltenserwartungen und Aktivitätsmustern. Der Familien-Haushalt ist konstitutiv für die dauerhaften Verflechtungen zwischen den personalen Systemen und den beiden Sozialsystemen Familie und Haushalt sowie für deren Integration im Sinne eines gegen die Umwelt abgrenzbaren Erlebens- und Verhaltenszusammenhangs. Jede der vier Komponenten wird – auf verschiedenartige Weise – von Art und Ausmaß der Erwerbsbeteiligung einzelner oder aller Angehörigen des Familienhaushalts tangiert.

3.2. Der Ressourcenaustausch zwischen Familienhaushalt und Umwelt

Die verschiedenartigen Umfeldsektoren der Familienhaushalte fungieren teils als eine Art Reservoir, auf das die Haushalte beim Bedarf an bestimmten Ressourcen – mit oder ohne spezifische Gegenleistungen – zurückgreifen können, sowie teils als Adressaten von Ressourcen, die von den Familienhaushalten an ihre Umwelt abzugeben sind (*Krüsselberg* et al. 1986, 35ff., 86ff.; *von Schweitzer/Pross* 1976, 270ff.). Im Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit von Familienangehörigen sind insbesondere zwei Arten von Austauschprozessen zwischen dem Familienhaushalt und seinen Umfeldsektoren von Bedeutung (*Herlth/Schleimer* 1982, 45ff.; *Hegner* et al. 1987, 55f.):

1. Die Familienangehörigen verausgaben als personale Systeme bei der Ausübung der Erwerbstätigkeit physische und psychische Energie (z.B. Kraftanstrengung, Aufmerksamkeit, Gefühlsbindung). Sie kann, wenn sie einen bestimmten Umfang erreicht, bei der Wahrnehmung haushalts- und familienspezifischer Aktivitäten und Funktionen fehlen. Insofern verlagert der Familienhaushalt, indem die Ausübung der Erwerbstätigkeit im Rahmen des Gefüges der haushalts- und familienspezifischen Rollensegmente toleriert oder sogar erwartet wird, einen Teil der dort verfügbaren Ressourcen nach außen. Auf seiten des Haushalts kann das zur Folge haben, daß die für bedarfswirtschaftliche Aktivitäten fehlende Zeit und Energie durch den vermehrten Kauf von technischen und chemischen Hilfsmitteln sowie durch die Inanspruchnahme bezahlter Dienstleistungen kompensiert werden muß (*von Schweitzer/Pross* 1976, 270ff.). Auf seiten der Familie kann eine zeitlich ausgedehnte und energieintensive Erwerbsbeteiligung dazu führen, daß die Bereitschaft und Fähigkeit zur Reproduktion der Gattung abnimmt und daß sowohl für die Soziabilisierung und Sozialisation des Nachwuchses als auch für die emotionale Stabilisierung der Partner verstärkt auf personale – meist öffentliche – Dienstleistungen in Kindergärten, Ganztagsschulen oder Erziehungs- und Eheberatungsstel-

len zurückgegriffen werden muß (*König* 1978, 69ff., 92f., 117ff.). Somit wird der Familienhaushalt zum Auftrag- oder Arbeitgeber für eine große Zahl von Erwerbstätigen, die – anders als das frühere Hauspersonal – außerhalb der Wohnstätte und Hauswirtschaft »angesiedelt« sind (*Hegner* 1982).

2. Als Gegenleistung für ihre Erwerbsbeteiligung erhalten die Familienangehörigen zumindest bestimmte Geldeinkünfte. Die Geldeinkünfte können beispielsweise für hauswirtschaftliche Ausgaben wie die Anschaffung einer Waschmaschine oder für familienbezogene Ausgaben wie die Finanzierung des gemeinsamen Urlaubs verwendet werden. Zusätzlich können dem Familienhaushalt durch die Erwerbstätigkeit noch weitere Ressourcen zufließen: die Sicherung von Ansprüchen auf öffentliche Sozialleistungen; eine gesellschaftlich anerkannte beruflich erworbene Position sowie das damit verbundene Sozialprestige; die Vermittlung sozialer Kontakte; terminliche Vorgaben für die Strukturierung der wach erlebten Zeit; Möglichkeiten zur Erprobung oder Weiterentwicklung von Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten. Derartige materielle und immaterielle Ressourcen können dazu beitragen, daß beispielsweise der Zusammenhalt zwischen den Familienangehörigen durch das gemeinsame Bemühen um die Sicherung eines bestimmten sozialen Status und Lebensstandards gefestigt wird oder daß die beruflichen Erfahrungen zur Bereicherung des Aktivitäts- und Kommunikationsspektrums innerhalb von Haushalt und Familie beitragen.
Indem die Erwerbstätigkeit Ressourcen aus dem Familienhaushalt absorbiert und ihm zugleich Ressourcen zuführt, bewirkt sie – mehr oder weniger starke – Veränderungen entweder auf seiten aller vier Komponenten (Familie, Haushalt, Personen; Familien-Haushalt) oder auf seiten einzelner dieser Komponenten. Das grundlegende funktionale Problem im Rahmen des Familienhaushalts besteht darin, eine optimale Balance zwischen der Wahrnehmung der Funktionen von Hauswirtschaft, Familie und Erwerbsarbeit zu finden, so daß eine adäquate Befriedigung der materiellen und immateriellen Bedürfnisse der Personen erreicht wird. Dabei setzen die zeitlichen, räumlichen und organisatorischen Merkmale sowohl der hauswirtschaftlichen und familialen als auch der beruflichen Aktivitäten dem Erreichen einer solchen Balance ebenso Grenzen wie die physische und psychische Leistungsfähigkeit sowie die Norm- und Rollenorientierungen der Personen *(Ostner* 1984).
Im folgenden werden zunächst einige Funktionen der Familie und sodann der Hauswirtschaft im Hinblick auf ihre Beeinflussung durch einzelne Merkmale der Erwerbsarbeit untersucht. Unberücksichtigt bleibt aus Platzgründen, daß die individuellen Erwerbsarbeitsrollen ihrerseits durch spezifische Merkmale der Familienhaushalte beeinflußt werden können (Familie und Arbeitswelt 1984, 150f.).

4. Die Beeinflussung familialer Funktionen durch die Erwerbstätigkeit

Da *Engel* und *Hurrelmann* in diesem Band auf die Bildungschancen und *Kreppner* auf die familiale Sozialisation eingehen, beschränken wir uns im Zusammenhang

mit dieser familialen Funktion auf empirische Daten zum Umfang der Erziehungstätigkeiten. Ausführlicher werden demgegenüber die Auswirkungen der Erwerbstätigkeit auf eine andere Funktion der Familie für die Familienangehörigen und die Gesellschaft behandelt: die psychosoziale Stabilisierung durch intra-familiale Kommunikation, die hinsichtlich der Formen und Inhalte – zumindest idealiter – ein Gegengewicht zur Erwerbssphäre darstellt. Die verfügbaren Daten sind leider lückenhaft und illustrieren lediglich Bruchstücke der begrifflich-theoretischen Überlegungen aus Kapitel 3.

4.1. Zeitliche Vereinbarkeit von Erziehungs- und Erwerbsaktivitäten

Rund 33% der Kinder unter sechs Jahren haben 1985 in der Bundesrepublik Deutschland eine erwerbstätige Mutter (Statistisches Bundesamt 1987, 105). *Berger-Schmitt* (1985, 127) zeigt, daß der Zeitaufwand für die Betreuung von Kleinkindern abhängig ist von der Erwerbsbeteiligung der Eltern. Während nichterwerbstätige Frauen im Durchschnitt pro Tag acht Stunden für die Betreuung von Kindern unter sechs Jahren aufwenden, sind es bei erwerbstätigen Frauen nur 5,4 Stunden. Der entsprechende Zeitaufwand der Väter beträgt 2,6 Stunden bei Nichterwerbstätigkeit der Frau und 3,8 Stunden bei Erwerbstätigkeit. Die – fast ausschließlich vollzeiterwerbstätigen – Väter gleichen also die Reduktion der mütterlichen Betreuungszeit bei Erwerbstätigkeit der Frau tendenziell aus. Allerdings wenden sie maximal halb soviel Zeit für den Nachwuchs auf wie die Mütter.

Das zeitliche Ausmaß der Erwerbsbeteiligung der Eltern schränkt also das zeitliche Ausmaß des Kontaktes mit dem Kind ein. So beschäftigen sich erwerbstätige Mütter im Vergleich zu nichterwerbstätigen pro Tag durchschnittlich um 17 Minuten weniger mit ihrem Kind (*Engelbert* 1982, 222). Dabei variieren die Zuwendungszeiten schichtspezifisch. Während Frauen der unteren Oberschicht bei Erwerbstätigkeit ihre Beschäftigungszeiten mit dem Kind nicht einschränken, macht sich die mütterliche Erwerbstätigkeit in der unteren und auch der oberen Unterschicht deutlich in einer Reduktion der Zuwendungszeit bemerkbar (ebd.). Das hängt wohl auch damit zusammen, daß Frauen mit niedrigem Haushaltseinkommen häufiger einer Vollzeiterwerbstätigkeit und seltener einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen (vgl. Abschnitt 2.2.).

Die Einschränkung der Kinderbetreuungszeit wird von der Mehrzahl der Mütter als nicht unproblematisch angesehen. So stellen *Born/Vollmer* (1983, 53ff.) aufgrund einer repräsentativen Befragung fest, daß nur 6% der erwerbstätigen Mütter nach eigenen Angaben häufig Probleme mit der Vereinbarung von Erwerbsarbeitszeit und Kinderbetreuung haben; 13% haben dabei teilweise Probleme und 11% selten. Insgesamt 46% der befragten erwerbstätigen Mütter geben an, »nie« derartige Probleme zu haben. Demgegenüber erkennt einerseits mehr als die Hälfte der befragten Väter (53%) offenbar gar nicht, was mit dem Problem der zeitlichen Vereinbarkeit gemeint ist, während andererseits von den Vätern, die das Problem erkennen, seltener als im Falle der befragten Mütter (31%:46%) gesagt wird, es gäbe »nie« Probleme. Die Studie zeigt außerdem, daß Schwierigkeiten bei der zeitlichen Koordination von Erwerbs- und Erziehungstätigkeiten vor allem bei

Müttern mit kleinen Kindern auftreten, da diese ein entsprechend hohes Maß an Zuwendungszeit benötigen.
Die Dauer der Betreuungszeit allein sagt nur wenig aus über die Qualität der Eltern-Kind-Beziehung. Vielmehr muß sie im Zusammenhang mit dem Inhalt und der Form der Erziehungsaktivitäten gesehen werden (*Lehr* 1974). Dabei kann der Erziehungsstil durch den sozialen Status der Eltern und in Verbindung damit durch spezifische Merkmale der Erwerbsarbeit geprägt sein. (Siehe dazu *Hurrelmann* und *Engel* in diesem Band).

4.2. Erwerbsarbeitszeit und Familienkontakte

Wie in Kapitel 3 gesagt, besteht eine der zentralen Funktionen der Familie darin, das individuelle Bedürfnis nach emotionaler Unterstützung und befriedigenden Sozialkontakten zu erfüllen (*Hondrich* et al. 1988, 14ff., 189ff.). Familienmitglieder sind deshalb, wie eine Befragung zeigt (GETAS 1980), nicht in gleichem Maße auf einen umfangreichen Bekannten- und Freundeskreis angewiesen wie die sogenannten »Singles«.
Tokarski (1979, 192ff.) stellt aufgrund empirischer Daten aus den 70er Jahren fest: Je verantwortlicher und vielseitiger die Erwerbstätigkeiten sind, um so häufiger und regelmäßiger gehen die männlichen Arbeitnehmer in ihrer erwerbsfreien Zeit familienbezogenen kommunikativen Beschäftigungen nach. Einseitige körperliche und nervliche Belastungen bei der Erwerbsarbeit führen dagegen tendenziell zu einer Einschränkung kommunikativer Aktivitäten. Das bedeutet: Gerade bei einseitigen und belastenden Anforderungen im Erwerbsleben gelingt es den Betroffenen nicht, ein Gegengewicht durch intra-familiale Kommunikation zu schaffen. Allerdings haben dabei Merkmale der Persönlichkeitsstruktur und der Rollendefinitionen ein großes Gewicht. In Familien, in denen Mann und Frau »moderne« Rollenbilder haben, wird sehr viel häufiger als in »traditionellen« Familien über berufliche Dinge gesprochen, wobei die Beteiligten auch häufiger emotionale Unterstützung erfahren (*Hondrich* et al. 1988, 192ff.).
Die Häufigkeit der Familienkontakte hängt neben dem Ausmaß der Zuneigung und der Interessengemeinsamkeit zwischen den Familienangehörigen auch von der zeitlichen Dauer und Lage der Erwerbsarbeit ab (*Born/Vollmer* 1988, 49ff.; Familie und Arbeitswelt 1984, 210ff.; *Nave-Herz/Nauck* 1978, 16ff.). Die vergleichende Auswertung empirischer Untersuchungen durch *Piotrkowski* et al. (1987, 260ff.) zeigt, daß dem Umfang der regulären täglichen Erwerbsarbeitszeit von Mann und Frau nur ein geringer Einfluß auf die Qualität der Partner-Kontakte und der Eltern-Kind-Kontakte zukommt. Wichtiger als die Dauer der Erwerbsarbeit ist deren zeitliche Lage. So zeigen *Winett/Neale* (1980) anhand einer Erhebung mit Zeittagebüchern, daß Eltern aufgrund flexibler Arbeitszeiten ihre mit der Familie verbrachte Zeit am Nachmittag und Abend ausdehnen. Da die Befragten mehrheitlich angeben, den Abend mehr als den Morgen zu genießen, wird die Möglichkeit zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit am Nachmittag und Abend in familialer Hinsicht positiv beurteilt (zit. nach *Piotrkowski* et al. 1987, 260f.; ähnlich *Lüscher/Stein* 1985, 36ff.).

In bundesdeutschen Studien wurde primär der Schichtarbeit Aufmerksamkeit geschenkt (*Born/Vollmer* 1983, 64ff.). Nach einer repräsentativen Befragung von Infas (1978, 100ff.) geben die befragten Schichtarbeiter mit insgesamt 36% am häufigsten an, zu wenig Zeit für die Familie zu haben. Der gleichen Ansicht sind nur 23% der nicht im Schichtdienst tätigen Arbeitnehmer. 46% der Schichtarbeiter wünschen sich mehr Zeit für ihre Familienangehörigen. Der Zeitmangel wird um so häufiger genannt, je mehr Kinder im Haushalt leben und je jünger diese sind. Neben der Schwierigkeit, die Zeitbudgets der Familienmitglieder aufeinander abzustimmen, haben Schichtarbeiter außerdem erhöhte Regenerationsbedürfnisse, die sich restriktiv auf die Familienbeziehungen auswirken können (ebd. 108f.).
Nicht nur Familienangehörige im Schichtdienst haben das Problem, ihr eigenes Zeitbudget auf dasjenige der übrigen Haushaltsmitglieder abzustimmen. Vielmehr kann in allen Familienhaushalten, in denen Mann und Frau berufstätig sind, die Schwierigkeit auftreten, daß aufgrund der Intensität der beruflichen Anforderungen sowohl die verfügbare Zeit als auch die mobilisierbare psychische Energie für die wechselseitige Kommunikation, die affektive Zuwendung und die gemeinsamen Freizeitaktivitäten schrumpfen (*Bielenski/Pohlmann* 1985, 251ff.; *Burian/Hegner* 1985, 456ff.; *Rapoport/Rapoport* 1975, 194ff.; *Beck-Gernsheim* 1980, 101ff., 171ff.; *Hegner* et al. 1987, 262ff., 337ff.).
Zusammenfassend kann gesagt werden: Die im Familienhaushalt verfügbaren zeitlichen Ressourcen für die Kindererziehung und -betreuung schrumpfen in Verbindung mit einer Erwerbstätigkeit der Mutter und werden nicht in gleichem Umfang durch ein stärkeres zeitliches Engagement des Vaters ausgeglichen. Demgegenüber ist der Faktor »Volumen der aufgewandten Arbeitszeit« für die intra-familiale Kommunikation weniger wichtig. Sie hängt vor allem von der Lage der jeweiligen individuellen Arbeitszeiten ab. Die Qualität der intra-familialen Kommunikation wird stark von den »Rollen- und Familienbildern« der Beteiligten beeinflußt (vgl. Kapitel 7.).

5. Die Beeinflussung hauswirtschaftlicher Funktionen durch die Erwerbstätigkeit

Der Zeitaufwand für die Hausarbeit variiert deutlich mit dem Umfang der Erwerbsarbeitszeit. Nach *Krüsselberg* et al. (1986, 167) benötigen nichterwerbstätige Frauen im Wochendurchschnitt dafür 393 Minuten pro Tag. Im Hinblick auf die Gruppe der teilzeit- und vollzeiterwerbstätigen Frauen ergibt sich demgegenüber nur ein entsprechender Zeitaufwand von 282 Minuten. – Teilzeiterwerbstätige Frauen erledigen die Hausarbeit wiederum mit größerem Zeitaufwand als vollzeiterwerbstätige. So wenden Frauen, die wöchentlich für 10 bis 19 Stunden einer Erwerbstätigkeit nachgehen, im Durchschnitt knapp 5,5 Stunden pro Tag für die Hausarbeit auf; vollzeiterwerbstätige Frauen leisten demgegenüber nur etwa 3,5 Stunden (ebd. 170).
Zieht man weitere Untersuchungen heran, so läßt sich zusammenfassend folgendes feststellen: Die Differenz im täglichen Zeitaufwand für die Haus- und Erziehungsarbeit beträgt zwischen nichterwerbstätigen und vollzeiterwerbstätigen Frauen etwa

drei bis vier Stunden und zwischen teilzeit- und vollzeiterwerbstätigen etwa 2,5 Stunden (*Lakemann* 1984, 111). Dabei bestätigt die Studie von *Krüsselberg* et al. (1986, 162) keineswegs die mögliche Vermutung, daß Frauen mit mehreren kleinen Kindern mehr Hausarbeit leisten und deshalb auch nur in geringerem Maße erwerbstätig sind als beispielsweise Mütter mit nur einem älteren Kind. Vielmehr wirkt sich die Erwerbsbeteiligung – also der Unterschied zwischen erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Frauen – weitaus deutlicher auf den Zeitaufwand für die Hausarbeit aus als die Zahl und das Alter der Kinder. Dabei spielt der finanzielle Beitrag der erwerbstätigen Frauen zum Haushaltseinkommen eine wichtige Rolle, indem vor allem die Besserverdienenden weniger Zeit für Hausarbeit aufwenden (*Berger-Schmitt* 1985, 129).

Das veranlaßt zu folgender Annahme: Nichterwerbstätige Frauen versuchen, durch einen zeitlichen Mehraufwand die soziale Anerkennung der Hausarbeit zu steigern, um das wahrgenommene Ungleichgewicht der ökonomischen Rollen von Mann und Frau auszugleichen und eine befriedigende Alternative zur Erwerbsarbeit zu erhalten (*Behrens* 1982; *Schumacher/Vollmer* 1982). Dabei dürfte dieser Mehraufwand vor allem im Bereich herstellender Aktivitäten liegen (z.B. Backen, Stricken, Nähen, Wohnung tapezieren), die ein größeres Maß an Anerkennung erwarten lassen als Arbeiten wie beispielsweise die Reinigung der Wohnung (*Hegner* 1982, 26ff.; *Glatzer/Herget* 1984, 129).

Darüber hinaus besteht durch das Zusatzeinkommen der Frau die Möglichkeit, in größerem Umfang Güter für die Bedarfsarbeit zu beschaffen und so die Ausstattung des Haushalts mit technischen und chemischen Hilfsmitteln zu verbessern. Der Zeitaufwand für einige Hausarbeiten läßt sich dadurch reduzieren; andere Hausarbeiten beanspruchen allerdings bei einer verbesserten Haushaltsausstattung mehr Zeit (*Rinderspacher* 1985, 168ff.).

Während Frauen in den Familienhaushalten primär die routineförmigen Haushaltsarbeiten erledigen, widmen sich die Männer häufiger den handwerklich-herstellenden Aktivitäten wie beispielsweise Reparaturen und Renovierung (*Glatzer/Herget* 1984, 127; Infas 1984, 3ff.). Dabei zeigen sich vor allem für technisch orientierte Aktivitäten Unterschiede im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit der Männer. So verdeutlicht die Studie von *Schulz-Borck/Cécora* (1985, 136), daß Haushalte mit vollberufstätigen Haushaltsvorständen technische Arbeiten häufiger in Eigenleistung erbringen als solche mit nichtberufstätigen. Auffällig ist also, daß die Erwerbstätigkeit des Mannes – anders als bei der Hausarbeit – häufig mit einem verstärkten Engagement bei herstellenden Aktivitäten einhergeht (z.B. Aus- oder Umbau des Hauses, Möbelbau). Dabei hängen das Ausmaß und die Vielfalt der handwerklichen Aktivitäten im Haushalt teils vom Wohnort – Stadt oder Land – und teils von der beruflichen Stellung und Qualifikation ab (*Jessen* et al. 1986; *Hegner* et al. 1988).

6. Die Verteilung der Aufgaben im Familienhaushalt

Die zuvor beschriebene geschlechtsspezifische Aufteilung der eher routineförmigen Hausarbeiten und der eher handwerklich-herstellenden oder wiederherstellenden Aktivitäten im Haushalt wird nicht wesentlich vom Erwerbsstatus der Frau beeinflußt (*Hegner* et al. 1987; *Metz-Göckel/Müller* 1986, 52f.). Im großen und ganzen dominiert auch in Familien mit erwerbstätiger Frau hinsichtlich der Art der Aufgaben die traditionelle Aufteilung der Aktivitäten.

In zeitlicher Hinsicht wird allerdings deutlich, daß sich Männer mit erwerbstätigen Frauen etwas mehr bei der Mithilfe im Familienhaushalt engagieren als solche mit nichterwerbstätigen Partnerinnen. So zeigen *Krüsselberg* et al. (1986, 202) beispielsweise für Familien mit zwei Kindern folgendes: der tägliche Zeitaufwand des Mannes für Hausarbeit und Kinderbetreuung beträgt im Durchschnitt 55 Minuten, wenn die Frau nicht oder nur geringfügig erwerbstätig ist. Geht sie dagegen einer Vollzeiterwerbstätigkeit nach, so wendet der Mann etwa 90 Minuten für die genannten Tätigkeiten auf. Bereits acht Jahre zuvor stellte *Pross* (1978, 133) ähnliches fest: In einem Haushalt mit zwei Kindern wendet eine nichterwerbstätige Frau im Vergleich zum Mann etwa das sechsfache an Zeit für Haus- und Erziehungsarbeit auf. In einem entsprechenden Haushalt mit teilzeiterwerbstätiger Frau sind es demgegenüber vier- bis fünfmal soviel und in einem Haushalt mit vollzeiterwerbstätiger Frau gut doppelt soviel.

Betrachtet man verschiedene Konstellationen der Erwerbsbeteiligung von Mann und Frau, so zeigen die Daten in Tabelle 2: Wenn beide Partner ganztags erwerbstätig sind, beteiligt sich der Mann stärker an der Hausarbeit als bei anderen Erwerbskonstellationen. Sind demgegenüber beide Partner nicht (mehr) erwerbstätig, so übernimmt der Mann einen vergleichsweise geringeren Anteil der Hausarbeit. Noch wesentlich geringer ist dieser Anteil allerdings dann, wenn die Frau lediglich halbtags oder gar nicht erwerbstätig ist.

Variationen in der Arbeitsteilung ergeben sich auch im Hinblick auf das Bildungsniveau und die berufliche Stellung der Frau. Je höher der schulische und berufliche Bildungsabschluß sowie der Berufsstatus der Frau sind, um so stärker wird sie vom Ehemann bei der Hausarbeit unterstützt. Bildungs- und Berufsmerkmale des Ehemannes haben demgegenüber keinen nennenswerten Einfluß auf die Verteilung der Haushaltsaufgaben (*Berger-Schmitt* 1985, 122). Wie *Coverman* (1985, 92) zeigt, wendet der Mann für Haushaltstätigkeiten allerdings um so weniger Zeit auf, je umfangreicher er durch seine Erwerbsarbeit zeitlich beansprucht ist. Sogar Berufe mit der Möglichkeit einer flexiblen Zeiteinteilung führen nicht per se zu einer umfangreicheren Hausarbeitsbeteiligung des Mannes (ebd. 96).

Betrachtet man erwerbsbiographische Veränderungen auf seiten der Frauen, so lassen sich mit Blick auf die Arbeitsteilung folgende Aussagen machen: Wenn Frauen eine Teilzeitarbeit aufnehmen und zuvor nicht oder nur geringfügig erwerbstätig waren, so ergeben sich keine Veränderungen in der geschlechtsspezifischen Verteilung der Haushaltsaufgaben (*Held-Gemeinhardt/Kroker* 1985, 134). Vor allem wenn die Frau eine Erwerbstätigkeit nicht aus finanziellen Gründen aufnimmt, sondern hauptsächlich, um sich einen ergänzenden Aktivitätsbereich zu

Tabelle 2: Die Aufteilung der Hausarbeit zwischen Ehepartnern in Abhängigkeit von ihrer Erwerbsbeteiligung

Ehepartner / Erwerbsbeteiligung	Angaben von Ehefrauen zum %-Satz der Hausarbeit von			Angaben von Ehemännern zum %-Satz der Hausarbeit von		
	Mann	Frau	anderen	Mann	Frau	anderen
beide erwerbstätig				21,0	72,3	6,6
Frau ganztags	24,9	64,3	10,8			
Frau halbtags	12,4	80,1	7,5			
nur der Mann erwerbstätig	9.8	86,5	3,7	16,3	78,5	5,2
beide nicht erwerbstätig	21,2	75,6	3,2	24,4	73,7	1,9

Quelle: Berger-Schmitt 1986, 126

schaffen, so fühlt sie sich nach *Born/Vollmer* (1983, 52ff.) ganz besonders dazu verpflichtet, die Hausarbeit allein und reibungslos zu bewältigen.

Nach einem Wechsel der Frau von Vollzeit- zu Teilzeiterwerbstätigkeit werden Haushaltsaufgaben, die vorher vom Mann übernommen wurden, häufiger von der Frau erledigt (*Held-Gemeinhardt/Kroker* 1985, 134). Probleme bei der Vereinbarung von Erwerbstätigkeit und Haushaltsaufgaben ergeben sich vor allem, wenn die Frauen im Zusammenhang mit einer arbeitsanfallorientierten Teilzeitbeschäftigung phasenweise vollzeiterwerbstätig sind (*Bielenski/Pohlmann* 1985, 252f.).

Auch ein Arbeitsplatzverlust der Frau kann Veränderungen in der hauswirtschaftlichen Aufgabenverteilung bewirken. *Heinemann* et al. (1980, 156ff.) zeigen, daß sich der haushaltsbezogene Aktivitätsanteil des Mannes verringert, wenn eine zuvor erwerbstätige Frau arbeitslos wird. Dies gilt tendenziell auch für traditionell männliche Aufgaben wie beispielsweise Reparaturen. Bei erneuter Erwerbstätigkeit der Frau erweitert sich allerdings das hauswirtschaftliche Aktivitätsspektrum des Mannes wieder.

Die Formen der zeitlichen und tätigkeitsspezifischen Aufgabenverteilung im Familienhaushalt sind nicht ausschließlich davon abhängig, wie sich die Erwerbsaktivitäten mit den übrigen Aktivitäten der Familienmitglieder zeitlich und organisatorisch vereinbaren lassen. Vielmehr ist die soziale Organisation des faktischen Ressourcenaustauschs zwischen Mann und Frau, Familie und Haushalt sowie Familienhaushalt und Umwelt in starkem Maße durch soziokulturelle Normen und Leitbilder geprägt (*Ostner* 1984). Sie finden ihren Niederschlag in individuellen Einstellungen und Werthaltungen.

7. Meinungen und Einstellungen zu den Bezügen zwischen Familienhaushalt und Erwerbstätigkeit

7.1. Einstellungen zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Haushalt

Im Jahr 1983 waren etwa 60% der Männer und Frauen der Ansicht, der Mann solle bei der Haushaltsführung mithelfen (*Infas* 1984, 13f.). Als häufigsten Grund für die Mithilfe des Mannes nannten 27% der Männer und 36% der Frauen die Berufstätigkeit der Frau. Gemäß Wohlfahrtssurvey von 1984 steigt mit dem Anteil der Hausarbeit, den der Mann übernimmt, die Zufriedenheit der ebenfalls erwerbstätigen Partnerin und ihr Belastungsgefühl nimmt ab (*Berger-Schmitt* 1985, 159). Zugleich sind jedoch vollzeiterwerbstätige Frauen mit der Mithilfe des Mannes im Haushalt deutlich unzufriedener als nichterwerbstätige oder teilzeitbeschäftigte Frauen; das hängt zumindest teilweise mit ihrem de facto größeren Hilfebedarf, teilweise allerdings auch mit ihren Rollenvorstellungen zusammen (ebd. 159ff.).
Einen völligen Rollentausch zwischen Mann und Frau würden demgegenüber allerdings nur 17% der befragten Männer und 21% der Frauen begrüßen (*Infas* 1984, 12). Auch die Studie von *Metz-Göckel/Müller* (1986, 66) verdeutlicht, daß nur 18% der befragten Männer zwischen 20 und 50 Jahren es sich »gut vorstellen« können, wenn ihre Partnerin vollzeitig erwerbstätig wäre und sie den Haushalt und die Kinder versorgen würden. – Die Meinungen hinsichtlich einer gleichberechtigten Arbeitsteilung untersuchte *Pross* bereits in den 70er Jahren. 10% der Männer und 21% der befragten Hausfrauen hielten es damals für erstrebenswert, wenn Mann und Frau beide halbtags erwerbstätig sind und in der anderen Tageshälfte Haushalt und Kinder versorgen. 56% der Hausfrauen und 33% der Männer standen einer solchen Aufgabenteilung allerdings ablehnend gegenüber.
Ebenfalls für die 70er Jahre zeigt *Hofbauer* (1979, 224ff.), daß die Männer nichterwerbstätiger Frauen vor allem dann eine Erwerbstätigkeit der Frau ablehnen, wenn mehrere Kinder oder betreuungsbedürftige Personen im Haushalt leben und das Haushaltsnettoeinkommen hoch ist. In besonderem Maß vertreten die über 40jährigen diese ablehnende Haltung.

7.2. Einstellungen zur Vereinbarkeit von Erziehungs- und Erwerbstätigkeit

Die Studie von *Lüscher/Stein* (1985, 32ff.) über junge Familien zeigt, daß die Hälfte der befragten Mütter und etwa ein Drittel der Väter gegenwärtig nicht den Wunsch haben, es solle sich an ihrer persönlichen Familien- und Erwerbsarbeitssituation im Hinblick auf die Kindererziehung etwas ändern. Fast 20% der Väter sehen überhaupt keine Verbindung zwischen ihrer Erwerbsarbeit und der Betreuung der Kinder. Sie vertreten die Auffassung, daß beides getrennte Bereiche seien und der Vater sich aufgrund seiner Zuständigkeit für die Erwerbsarbeit nicht intensiv um das Kind kümmern könne. Wenn Veränderungswünsche von Vätern genannt werden, so beziehen sich diese hauptsächlich auf die Lage der eigenen Erwerbsarbeitszeit (z.B. Schichtarbeit).
Frauen beziehen demgegenüber die Erziehungsaktivitäten stärker in ihre erwerbs-

spezifischen Orientierungen ein. Die Studie von *Hellmich* (1986, 98f.) verdeutlicht im Hinblick auf Frauen, die einen Wiedereintritt in das Berufsleben planen, folgendes: Als Rahmenbedingung für den Wiedereintritt wird am häufigsten geäußert, daß die Versorgung der Kinder gewährleistet sein müsse (56%) und daß bestimmte Arbeitszeiten gegeben sein müßten (54%). Vor diesem Hintergrund planen 45% der befragten Mütter die Rückkehr in den Beruf erst dann, wenn der Nachwuchs ein bestimmtes Alter erreicht habe.

7.3. Erfahrungen und Bewertungen hinsichtlich Familienhaushalt und Erwerbsarbeit

Die empirischen Ergebnisse zeigen, daß Aufgaben im Familienhaushalt und die Erwerbsarbeit vor allem in zeitlicher Hinsicht in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen können (Familie und Arbeitswelt 1984, 143f., 210ff.; *Hondrich* et al. 1988, 154f.). Verschärft wird die Zeitknappheit dabei ohne Zweifel durch ein berufliches Engagement beider Partner; denn selbst wenn eine(r) von beiden eine Teilzeitstelle hat, verausgaben beide zusammen mehr Zeit für Erwerbstätigkeit als im Falle des herkömmlichen Alleinverdienermusters (*Hegner* et al. 1988). Demgegenüber handelt es sich in ökonomischer und psychosozialer Hinsicht teils um ein Konkurrenz- und teils um ein Komplementaritätsverhältnis (*Schumacher/Vollmer* 1982). Diese Ambivalenz kommt auch in verschiedenen Untersuchungen über Einstellungen zum Ausdruck (*Behrens* 1982; *Hondrich* et al. 1988, 156ff.).
Eine neuere Umfrage in den EG-Staaten zeigt (*Fine-Davis* 1985, 47), daß die Haushalts- und Erziehungsaktivitäten in der Einschätzung auch der berufstätigen Frauen umfangreichere und vielfältigere Anforderungen stellen als die Erwerbsarbeit. So erklären beispielsweise 62% der Hausfrauen, aber nur 38% der erwerbstätigen Frauen, daß sie bei ihrer Arbeit Ideen und Kreativität benötigen. Hausfrauen finden dementsprechend ihr Leben auch befriedigender als erwerbstätige Frauen mit niedrigem Einkommen, deren Erwerbsarbeit in der Regel durch ein hohes Maß an Gleichförmigkeit gekennzeichnet ist (vgl. auch *Hondrich* et al. 1988, 237). Zugleich beklagt jedoch die große Mehrzahl der befragten Frauen in den 80er Jahren ebenso wie zehn Jahre zuvor, daß die familialen und hauswirtschaftlichen Leistungen in der Öffentlichkeit keine angemessene soziale Anerkennug finden (*Fine-Davis* 1985, 49; *Behrens* 1982, 202).
Das geringe Sozialprestige der häuslichen Aktivitäten ist lediglich einer der Gründe dafür, daß in den einzelnen EG-Staaten 10% bis 24% aller Hausfrauen unter 40 Jahren den Wunsch nach einer Vollzeit- und mehr als 50% das Bedürfnis nach einer Teilzeitbeschäftigung äußern (*Fine-Davis* 1982). In der Bundesrepublik Deutschland sagen im Herbst 1983 rund 61% der nichterwerbstätigen Frauen unter 60 Jahre – verheiratet, mit mindestens einem Kind –, daß sie gerne eine Erwerbstätigkeit aufnehmen möchten, wobei die am häufigsten genannten Beweggründe lauten (*Hondrich* et al. 1988, 91ff., 231ff.): mehr soziale Kontakte (44%), Aufbesserung des Haushaltseinkommens (29%), Ergänzung der als monoton empfundenen routinemäßigen Hausarbeit durch interessante Tätigkeiten (18%) und größere – sozioökonomische – Unabhängigkeit vom Partner (9%). Zwei Drittel dieser Hausfrauen

wären nur dann dazu bereit, mehr Zeit und Energie für Aktivitäten im Haushalt aufzuwenden, wenn die »Hausarbeit interessanter und abwechslungsreicher« wäre (66% von den zwei Dritteln) und wenn sie »mehr Anerkennung« von dem Mann und den Kindern bekommen würden (35%; ebd. 237). Während die routineförmigen Haushaltsarbeiten nach Auffassung von fast zwei Dritteln der Frauen »weniger Raum einnehmen« sollten, wird mit Bezug auf die familialen Aktivitäten von mehr als einem Fünftel gewünscht, daß sie noch »mehr Raum« einnehmen sollten (*Hondrich* et al. 1988, 93). Es ist also insbesondere die Unzufriedenheit mit einer bestimmten Variante häuslicher Aktivitäten, die das Streben nach Erwerbsarbeit verstärkt.

Die dominierende Bedeutung immaterieller Aspekte für die starke Erwerbsneigung der Hausfrauenmehrheit dokumentiert auch eine 1984 durchgeführte Repräsentativbefragung (*Mohr* 1987, 170ff.): Verheiratete Frauen mit Kind(ern), die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, sind zwar zu 81% »hochzufrieden« bzw. »eher zufrieden« mit ihrer gesamten Lebenssituation und bewerten auch die »Tätigkeit im Haushalt« überwiegend positiv; jedoch wünschen sie sich mehrheitlich insbesondere dann eine komplementäre Berufstätigkeit, wenn sie durch die häuslichen Aktivitäten nicht genügend Abwechslung haben (*Merz* 1987, 144ff.) Offenbar hat die starke Marktabhängigkeit der Haushalte sowie die damit verbundene bessere Ausstattung mit technischen und chemischen Hilfsmitteln, die eine wichtige Prämisse für die Freisetzung von Zeit und Arbeitskraft ist, zugleich zu einer größeren Uniformität und Monotonie der Hausarbeit geführt, weshalb sie im Zeitablauf an Attraktivität verloren hat. Der Datenüberblick von *Behrens* (1982) zeigt, daß vor allem Hausfrauen im Alter zwischen 25 und 29 Jahren zunehmend eine Erwerbstätigkeit anstreben. So stieg beispielsweise der Anteil derjenigen jüngeren Hausfrauen, die sich »sehr wünschen« erwerbstätig zu sein, zwischen 1953 und 1977 von gut einem Viertel auf über ein Drittel. Im Herbst 1983 sind es zwei Drittel der jüngeren Hausfrauen – 18 bis 34 Jahre, verheiratet, mindestens ein Kind–, die »gerne erwerbstätig« wären (*Hondrich* et al. 1988, 228).

Dabei gilt für die Gruppe der verheirateten jüngeren Frauen offenbar zunehmend häufiger, daß sie sowohl »familienorientiert« als auch »berufsorientiert« sind *(Kaufmann* 1988). Nur ein Viertel der im Jahr 1983 befragten jungen Frauen sind entweder »hoch familienorientiert und wenig berufsorientiert« oder »hoch berufsorientiert und wenig familienorientiert«; bei drei Viertel der Frauen liegen Mischtypen vor (*Strohmeier* 1985, 33f.). Sogar 45% der Frauen, die bis dahin kinderlos geblieben sind, weisen positive Einstellungen gleichgewichtig sowohl gegenüber einer »Familienkarriere« als auch gegenüber einer »Berufskarriere« auf (ebd.).

Durch verschiedene Untersuchungen ist das »objektive und das subjektive Dilemma des Doppelrollenkonflikts« für Frauen nachgewiesen worden. *Sommerkorn* (1988, 137) hat die Ergebnisse pointiert zusammengefaßt: »Der Lebenszusammenhang von Frauen ist deshalb so komplex, weil sich ihr Lebensmuster an beiden Erfahrungsbereichen orientiert und weil zusätzlich zur quantitativen Kumulation von Aufgaben als objektive Schwierigkeit der Doppelrollenexistenz auch noch die ›subjektive Verwiesenheit‹ (*Becker-Schmidt* 1980, 719) von Frauen auf Familie und Beruf hinzu kommt. Trotz und wegen der für industrielle Gesellschaften typischen Trennung

beider Erfahrungsbereiche, sind sie doch gleichzeitig aufeinander bezogen. Aus ihrem Wechselwirkungsverhältnis ergibt sich die Problematik für den Lebenszusammenhang von Frauen, denn weder Arbeitsfeld noch Familie nehmen Rücksicht auf diese Interdependenz: Der Beruf erfordert den Einsatz der ganzen Person, die sich zu Hause regeneriert. Die Möglichkeit ist der Frau verwehrt, da sie angesichts fortbestehender geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung auch heutzutage noch überwiegend für den häuslichen Bereich verantwortlich ist. Beides zu vereinbaren ist zuviel, aber nur auf einen Bereich verwiesen zu sein, ist zu wenig.«

7.4. Lebenszufriedenheit in Abhängigkeit von Familie und Erwerbstätigkeit

Obwohl die Erwerbstätigkeit gesellschaftlich höher bewertet wird als die unbezahlten Haushalts- und Erziehungsaktivitäten, nehmen für die individuelle Lebenszufriedenheit familienbezogene Orientierungen einen höheren Stellenwert ein als berufsbezogene (*Behrens* 1982, 182ff.). So zeigen beispielsweise *Habermehl/Schulz* (1982, 741) im Hinblick auf die Wertpräferenzen Verheirateter mit Kindern, daß das Heranwachsen und die Erziehung der eigenen Kinder von zehn vorgegebenen Alternativen den höchsten Rangplatz einnimmt. Das Erbringen hoher beruflicher Leistungen steht demgegenüber im Durchschnitt nur an fünfter Stelle der Präferenzenskala. Dabei sind nach *Schulz* (1983, 415f.) die Qualität der Partnerbeziehung und die Freude am Kind empirisch voneinander unabhängig.
Ebenso stellen *Schumacher/Vollmer* (1982, 305ff.) in ihrem umfassenden Datenüberblick fest, daß die Familie in der individuellen Wertschätzung eindeutig vor der Erwerbsarbeit rangiert. Mit 67% schätzen die Befragten am häufigsten die Familie als »sehr wichtigen« Lebensbereich ein. Erst an zweiter Stelle der »sehr wichtigen« Bereiche stehen mit 44% »Beruf und Arbeit«. Auch *Glatzer/Herget* (1984, 139f.) kommen in ihrer Repräsentativumfrage zu dem Ergebnis, daß die generelle Zufriedenheit mit der Ehe und Familie stärker als der Lebensstandard und die Erwerbsarbeit die allgemeine Lebenszufriedenheit bestimmt. Zugleich wird aber deutlich, daß sich dabei Unterschiede im Hinblick auf den Erwerbsstatus ergeben: Die allgemeine Lebenszufriedenheit von erwerbstätigen Familienangehörigen ist deutlich weniger von der Ehe- und Familienzufriedenheit abhängig als bei denjenigen, die nicht erwerbstätig sind.
Vor allem wenn keine oder ausschließlich ältere Kinder im Haushalt leben und beide Partner einer Erwerbstätigkeit nachgehen, sind nach *Berger-Schmitt* (1985, 144ff.) die Frauen mit ihrem Leben zufriedener als in vergleichbaren Haushalten mit nichterwerbstätiger Frau. Demgegenüber ist die Lebenszufriedenheit der Männer erwerbstätiger Frauen ebenso wie die Ehe- und Familienzufriedenheit etwas geringer als bei den Männern mit einer nichterwerbstätigen Partnerin (ebd.). Keinerlei – positiven oder negativen – Einfluß auf das allgemeine Wohlbefinden hat die Erwerbstätigkeit auf die Mehrzahl der Frauen mit Nachwuchs im Schul- oder Kindergartenalter. Für diese Frauen ist offenbar die Familienorientierung vorherrschend für ihr Lebensgefühl.
Wenn beide Partner einer vollzeitigen Erwerbstätigkeit nachgehen, so treten häufiger Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten auf als in den »Hausfrauen-

Haushalten« (*Berger-Schmidt* 1985, 144). Die Stabilität der Ehebeziehung ist nach *Booth* et al. (1984) vor allem dann beeinträchtigt, wenn die Erwerbstätigkeit der Frau wöchentlich mehr als 40 Stunden beansprucht oder ihr Berufsstatus sich verändert (z. B. durch Aufstieg und höheres Einkommen). *Staines* et al. (1986, 119) zeigen darüber hinaus, daß die Männer erwerbstätiger Frauen in geringerem Maße mit ihrer eigenen Erwerbstätigkeit und ihrem Leben zufrieden sind als bei Nichterwerbstätigkeit der Frau. Der primäre Grund dafür ist, daß sie sich in ihrer Rolle als »Ernährer« der Familie von Konkurrenz bedroht fühlen.

Die empirischen Ergebnisse lassen insgesamt die folgenden Schlußfolgerungen zu: Aufgrund der traditionellen geschlechtsspezifischen Aufgabenteilung stehen in der Organisation des Familienalltags vor allem für Frauen Erwerbsarbeit, Haushalt und Familie in einem Konkurrenzverhältnis bezüglich Zeit- und Energieverwendung zueinander. Dabei wird die routineförmige Hausarbeit als unangenehmster »Zeitkonkurrent« erlebt. Verschärft werden die damit verbundenen Belastungen der Frauen durch die erst allmählich nachlassende einseitige psychosoziale und zeitliche Fixierung der Männer auf ihre Erwerbsarbeitsrolle (*Ostner* 1984).

Im Kontrast zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und zur gesellschaftlich angeseheneren Stellung der Erwerbsarbeit haben die familialen Aktivitäten und Ressourcen sowohl für Frauen als auch für Männer eine viel größere Bedeutung für die Lebenszufriedenheit als die Erwerbsarbeit. Zugleich werden von einem Großteil der Frauen, die Erfahrungen in beiden Lebensbereichen gesammelt haben, die Vielfalt und Schwierigkeit der Erziehungs- und Haushaltsaufgaben als gleich große Herausforderung angesehen wie diejenigen der Erwerbsarbeit; und auch der Anteil der Männer, die handwerkliche Aufgaben im Haushalt wahrnehmen oder sich an der Kindererziehung beteiligen, nimmt zumindest in der Generation der unter 30jährigen langsam zu. Insofern wachsen die Chancen, die Polarität der beiden Bereiche zu reduzieren. Eine größere Anzahl von Gesellschaftsmitgliedern könnte auf diese Weise in Zukunft zeitlich parallele oder biographisch sukzessive Mischformen zwischen Erwerbsarbeit und unbezahlten Tätigkeiten im Familienhaushalt wählen (*Hegner* 1987). Die Einsicht in die funktionale Komplementarität und Gleichgewichtigkeit der beiden Aktivitätsfelder wäre darüber hinaus eine wichtige psychosoziale Voraussetzung für eine arbeitszeitpolitische Neuverteilung des immer knapper werdenden Volumens der Erwerbsarbeit.

Literatur

Beck-Gernsheim, E.: Das halbierte Leben. Männerwelt Beruf, Frauenwelt Familie. Frankfurt a. M. 1980 – *Becker-Schmidt, R.:* »Widersprüchliche Realität und Ambivalenz: Arbeitserfahrungen von Frauen in Fabrik und Familie« Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 1980, 705–725 – *Behrens, J.:* »Die Ausdifferenzierung der Arbeit«. Soziale Differenzierung. Hg. *K. O. Hondrich.* Frankfurt a. M., New York 1982, 129–209 – *Berger-Schmitt, R.:* »Innerfamiliale Arbeitsteilung und ihre Determinanten« sowie »Arbeitsteilung und subjektives Wohlbefinden von Ehepartnern«. Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe. Hg. *Glatzer, W.* u. *Berger-Schmitt, R.,* Frankfurt a. M., New York 1985, 105–140 u. 141–174 – *Bielenski, H., Pohlmann, G.:* »Formen der arbeitsanfallorientierten Teilzeitbeschäftigung im Dienstleistungssektor«. Flexible Arbeitszeiten. Hg. *H. Bielenski* u. *F. Hegner.* Frankfurt a. M., New

York 1985, 179–285 – *Booth, A., Johnson, D.R., White, L., Edwards, J.N.:* »Women, Outside Employment, and Marital Instability.« American Journal of Sociology. 90. Jg. 1984, 567–583 – *Born, C., Vollmer, C.:* Familienfreundliche Gestaltung des Arbeitslebens. Stuttgart u.a. 1983 – *Brinkmann, C., Kohler, H., Reyher, L.:* »Teilzeitarbeit und Arbeitsvolumen«. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. 19. Jg. 1986, 362–365 – *Büchtemann, C.* u. Infratest Sozialforschung: Die Bewältigung von Arbeitslosigkeit im zeitlichen Verlauf. Hg. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Bonn 1983 – *Büschges, G., Wintergerst-Gaasch, I.:* Privater Haushalt und »neue Armut«. Frankfurt a.M., New York 1988 – *Burian, K., Hegner, F.:* »Flexible Arbeitszeiten bei Vollzeitbeschäftigten«. Flexible Arbeitszeiten. Hg. *Bielenski, H., Hegner, F.,* Frankfurt a.M., New York 1985, 397–513 – *Coverman, S.:* »Explaining Husband's Participation in Domestic Labor«. The Sociological Quarterly. 26. Jg. 1985, 81–97 – Datenreport 1987. Hg. Statistisches Bundesamt. Bonn 1987 – Familie und Arbeitswelt. Gutachten des wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Stuttgart u.a. 1984 – *Engelbert, A.:* »Kinderalltag – familiale und ökologische Bedingungen.« Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie. 2. Jg. 1982, 207–227 – *Fine-Davis, M.:* »Frauen, Arbeit und Wohlbefinden in der Europäischen Gemeinschaft«. Soziales Europa. o. Jg. 1985, 47–52 – Getas: »Motivation, Lebensgefühl, Lebensgestaltung von Alleinlebenden.« Singles. Hg. Hermann Schreiber. Frankfurt a.M. u.a. 1980, 235–319 – *Glatzer, W., Herget, H.:* »Ehe, Familie und Haushalt«. Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. *Glatzer, W., Zapf, W.,* Frankfurt a.M. 1984, 124–140 – *Habermehl, W., Schulz, W.:* »Ehe und Familie in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland – Ein Ländervergleich«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 34. Jg. 1982, 732–747 – *Hegner, F.:* »Haushaltsfamilie und Familienhaushalt«. Staatliche Sozialpolitik und Familie. Hg. *F.-X. Kaufmann.* München, Wien 1982, 23–47 – *Hegner, F.:* Schritte zu einer abgestuften Neuverteilung der Erwerbsarbeit. Discussion Paper IIM/LMP 87–11. Wissenschaftszentrum Berlin 1987 (erscheint in: Positive Wirkungen der Schattenwirtschaft. Hg. *Friedrich, P.* u. *Gross, P.,* Baden-Baden 1988) – *Hegner, F., Klocke-Kramer, M., Lakemann, U., Schlegelmilch, C.:* Häusliche Erwerbstätigkeit und Familie. Forschungsbericht für das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Berlin, Bielefeld 1987 (erscheint 1989) – *Hegner, F., Kramer, U., Lakemann, U.:*Erwerbsgebundene und erwerbsfreie Zeit. Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland nach 1950 sowie zukunftsbezogene Szenarios. Forschungsbericht für das MSWV des Landes NRW, vervielfältigtes Manuskript Berlin/Bielefeld 1988 – *Heinemann, K., Röhrig, P., Stadié, R.:* Arbeitslose Frauen im Spannungsfeld von Erwerbstätigkeit und Hausfrauenrolle. Melle 1980 – *Held-Gemeinhardt, L., Kroker, S.:* »Teilzeitarbeit an technikintensiven Arbeitsplätzen – insbesondere in der Produktion«. Flexible Arbeitszeiten. Hg. *H. Bielenski* u. *F. Hegner.* Frankfurt a.M., New York 1985, 71–177 – *Hellmich, A.:* Frauen zwischen Familie und Beruf. Stuttgart u.a. 1986 – *Herlth, A.:* »Familien in der Arbeitsgesellschaft«. Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. 17. Jg. 1986, Sonderheft 2–4, 1986, 102–127 – *Herlth, A., Schleimer, I.:* Kinder im sozialen Umfeld. Frankfurt a.M., New York 1982 – *Hoepflinger, F.:* Wandel der Familienbildung in Westeuropa. Frankfurt a.M., New York 1987 – *Hof, B.:* »Erwerbsbiographien im langfristigen Vergleich«. IW Trends. Heft 1/1986, 34–48 – *Hofbauer, H.:* »Zum Erwerbsverhalten verheirateter Frauen«. Mitteilungen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. 12. Jg. 1979, 217–240 – *Hofbauer, H.:* »Zur Struktur der Teilzeitarbeit bei Frauen«. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 56. Nürnberg 1981, 107–119 – *Hondrich, K.O., Schumacher, J.* et al.: Krise der Leistungsgesellschaft? Opladen 1988 – Infas: Freizeitmöglichkeiten von Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeitern. Stuttgart u.a. 1978 – Infas: Veränderungen in Aufgabenverteilung und Partnerschaft. Bonn-Bad Godesberg 1984 – *Jahoda, M.:* Wieviel Arbeit braucht der Mensch? Weinheim, Basel 1983 – *Jessen, J., Siebel, W., Siebel-Rebell, C., Walther, U.-J., Weyrather, I.:* Versorgungsstrategien von Arbeiterhaushalten in städtischen und ländlichen Lebenssituationen. Forschungsendbericht. Universität Oldenburg. Oldenburg 1986 – *Kaufmann, F.-X.:* »Familie und Modernität«. Die postmoderne Familie. Hg. *Lüscher, K.* et al. Konstanz 1988 (zitiert nach Manuskriptfassung, Bielefeld 1987) – *König, R.:* Die Familie der Gegenwart. Ein

interkultureller Vergleich. 3. Aufl., München 1978 – *Krüsselberg, H.-G., Auge, M., Hilzenbecher, M.:* Verhaltenshypothesen und Familienzeitbudgets – Die Ansatzpunkte der »Neuen Haushaltsökonomik« für Familienpolitik. Stuttgart u. a. 1986 – *Lakemann, U.:* Das Aktivitätsspektrum privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1980. Discussion Paper IIM/LMP 84–19. Wissenschaftszentrum Berlin 1984 – *Landenberger, M.:* Arbeitszeitwünsche. Vergleichende Analyse vorliegender Befragungsergebnisse. Discussion Paper IIM/LMP 83–17. Wissenschaftszentrum Berlin 1983 – *Lehr, U.:* Die Rolle der Mutter in der Sozialisation des Kindes. Darmstadt 1974 – *Lüscher, K., Stein, A.:* Die Lebenssituation junger Familien – die Sichtweise der Eltern. Konstanz 1985 – *Lüscher, K., Fisch, R., Pape, T.:* »Die Ökologie von Familien«. Zeitschrift für Soziologie. 14. Jg. 1985, 14–27 – *Merz, J.:* »Das Arbeitsangebot verheirateter Frauen in der Bundesrepublik Deutschland«. Lebenslagen im Wandel: Analysen 1987. Hg. *H.-J. Krupp* u. *U. Hanefeld.* Frankfurt a. M., New York 1987, 126–157 – *Metz-Göckel, S., Müller, U.:* Der Mann. Weinheim, Basel 1986 – *Mohr, H.-M.:* »Ausgewählte Aspekte zur wahrgenommenen Lebensqualität«. Lebenslagen im Wandel: Analysen 1987. Hg. *H.-J. Krupp* u. *U. Hanefeld.* Frankfurt a. M., New York 1987, 161–179 – *Nave-Herz, R., Nauck, B.:* Familie und Freizeit. München 1978 – OECD: Employment Outlook. Paris 1985 – *Ostner, I.:* »Haushaltsproduktion heute«. Selbsthilfe als ordnungspolitische Aufgabe. Hg. *Fürstenberg, F.* u. a. Baden-Baden 1984, 143–177 – *Piotrowski, C. S., Rapoport, R. N., Rapoport, R.:* »Families and Work«. Handbook of Marriage and the Family. Hg. *Sussman, M. B., Steinmetz, S.-K.,* New York 1987, 251–283 – *Pross, H.:* Die Männer. Reinbek 1978 – *Rapoport, R., Rapoport, R. N.:* Leisure and the Family Life Cycle. London 1975 – *Rinderspacher, J. P.:* Gesellschaft ohne Zeit. Frankfurt a. M. 1985 – *Schulz, W.:* »Von der Institution ›Familie‹ zu den Teilbeziehungen zwischen Mann, Frau und Kind«. Soziale Welt. 34. Jg. 1983, 401–419 – *Schulz-Borck, H., Cécora, J.:* »Zur informellen Tätigkeit von Mitgliedern privater Haushalte«. Hauswirtschaft und Wissenschaft. 33. Jg. 1985, 133–139 – *Schulze, H.-J.:* »Frau, Haushalt und Konsummarkt«. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 38. Jg. 1986, Heft 1, 85–109 – *Schumacher, J., Vollmer, R.:* »Differenzierungs- und Entdifferenzierungsprozesse im Familiensystem«. Soziale Differenzierung. Hg. *K. O. Hondrich.* Frankfurt a. M., New York 1982, 210–352 – *Schwarz, K.:* »Umfang der Frauenerwerbstätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 11. Jg. 1985, 241–260 – *Schwarz, K.:* »Bevölkerungsentwicklung und Familienstruktur«. Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. 17. Jg. 1986, Sonderheft 2–4, 7–17 – *Schweitzer, R. v., Pross, H.:* Die Familienhaushalte im wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Göttingen 1976 – *Sommerkorn, I.:* »Die erwerbstätige Mutter in der Bundesrepublik: Einstellungs- und Problemveränderungen«. Hg. *R. Nave-Herz.* Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1988, 115–144 – *Staines, G. L., Pottick, K. J., Fudge, D. A.:* »Wives' Employment und Husbands' Attitudes Toward Work and Life«. Journal of Applied Psychology. 71. Jg. 1986, 118–128 – Statistisches Bundesamt: »Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1984«. Fachserie 1. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Reihe 4.1.1. Stuttgart, Mainz 1985 – Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1987 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart, Mainz 1987 – *Strohmeier, K. P.:* Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Hg. Ministerpräsident des Landes NRW. Schriftenreihe Heft 47. Düsseldorf 1985 – *Tokarski, W.:* Aspekte des Arbeitserlebens als Faktoren des Freizeiterlebens. Frankfurt a. M. 1979 – *Willms-Herget, A.:* Frauenarbeit. Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Frankfurt a. M., New York 1985 – *Winett, R. A., Neale, M.:* »Results of an experimental study on flexi-time and family life«. Monthly Labor Review. 103. Jg. Nr. 11 1980, 29–38 – Wirtschaft und Statistik: »Mikrozensus und Erwerbstätigkeit im Juni 1985«. Wirtschaft und Statistik Jg. 1986, Heft 12, 974–985.

Petra Buhr/Franz-Xaver Kaufmann

Familie und Bevölkerungsentwicklung

Der Zusammenhang zwischen Familie und Bevölkerungsentwicklung läßt sich auf zwei Ebenen, die makrosoziologischen und der mikrosoziologischen, darstellen. *Makrosoziologisch* geht es um die Frage nach dem Beitrag, den Familie als gesellschaftliches Teilsystem für die Aufrechterhaltung des gesamtgesellschaftlichen Lebens- und Leistungszusammenhangs erbringt, welches also die Funktion des Teilsystems »Familie« für das Gesamtsystem »Gesellschaft« ist. Auf diese Frage sind verschiedene Antworten möglich: Wir beschränken unsere Untersuchung auf diejenige Funktion, welche direkt über die Bevölkerungsentwicklung vermittelt ist, und bezeichnen sie als quantitative Nachwuchssicherung oder Reproduktion.
Mikrosoziologisch geht es um die Frage, inwieweit sich Zusammenhänge zwischen dem Auftreten oder auch spezifischen Eigenschaften familialer Lebensformen und jenen Ereignissen feststellen lassen, die als Einzelfälle in die Bevölkerungsstatistik eingehen: Geburten, Sterbefälle und Ortsveränderungen. Aus der Aggregation dieser Einzelfälle entstehen die statistischen Maße der Natalität, Mortalität und Migration, welche ihrerseits als Determinanten der Bevölkerungsentwicklung gelten. Damit ist bereits das wichtigste Bindeglied zur makrotheoretischen Betrachtungsweise angedeutet.
Die angemessene Verknüpfung von mikrotheoretischer, d. h. auf die Familie im Einzelfall gerichteter, und makrotheoretischer, d. h. auf die Familie als institutionalisiertes gesellschaftliches Teilsystem gerichteter Betrachtungsweise ist ein Zentralproblem gegenwärtiger Familiensoziologie, das in diesem Beitrag nicht entfaltet werden kann (vgl. *Schulze/Tyrell/Kinzler* in diesem Band). Ebenso wird die historische (vgl. *Mitterauer* in diesem Band) und demographische Entwicklung (vgl. *Höhn* in diesem Band) im wesentlichen vorausgesetzt. Das Schwergewicht dieses Beitrags liegt auf der Verknüpfung von familiensoziologischer und bevölkerungswissenschaftlicher Perspektive.

1. Familie – Bevölkerung – Gesellschaft

Fragt man nach den Leistungen von Familie in gesellschaftstheoretischer und gesellschaftspolitischer Absicht, so lassen sich diese im wesentlichen auf vier gesamtgesellschaftliche Funktionen beziehen: (1) die quantitative Nachwuchssicherung oder Reproduktion der Bevölkerung, (2) die qualitative Nachwuchssicherung oder Sozialisation des Nachwuchses, (3) die Regeneration von Arbeitsvermögen und (4) die Stabilisierung der intergenerationellen Beziehungen. Mit Bezug auf die drei letztgenannten Funktionen wird von den Familien nur ein Teilbeitrag erwartet: Zur Sozialisation des Nachwuchses trägt z. B. auch das Bildungswesen, zur Regeneration von Arbeitsvermögen das Gesundheitswesen, zur Stabilisierung intergenerationeller Beziehungen das soziale Sicherungssystem bei. Die für die Reproduktion

der Bevölkerung erforderlichen Leistungen werden dagegen ausschließlich von der Familie erwartet: In allen bekannten Gesellschaften wird eine spezifische Verantwortung der Eltern, oder zumindest der Mutter, für den leiblichen Nachwuchs institutionalisiert. Kinderfarmen, Leihmütter oder geschäftsmäßige Adoptionsvermittlung »mit Umtauschrecht« als heute technisch mögliche Alternativen werden rechtlich und moralisch verurteilt. Adoptionsvermittlung, Pflegefamilien und Heimerziehung unterliegen staatlicher Aufsicht und werden allgemein als nur hilfsweise Lösungen angesehen. Im Vergleich zu früheren Jahrhunderten erscheint die Verantwortung der leiblichen Eltern in Europa sogar gesteigert: Kindsaussetzung und Kindstötung sind zu marginalen Erscheinungen geworden, Väter und Mütter sterben kaum mehr vor dem Erwachsenwerden der Kinder, und die allgemein zugänglichen Möglichkeiten der Geburtenkontrolle scheinen die Norm »verantworteter Elternschaft« ebenfalls gestärkt zu haben. Selbst die zunehmende Häufigkeit von Schwangerschaftsunterbrechungen kann als Bestätigung der Norm verstanden werden, daß die leiblichen Eltern die Verantwortung für die geborenen Kinder zu übernehmen haben.

Der Zusammenhang von Familie und Bevölkerungsentwicklung ist somit von zentraler Bedeutung. Die für die Fortsetzung eines Sozialverbandes unerläßliche Nachwuchssicherung kann nur durch Fortpflanzung seiner Mitglieder oder durch die Sozialisation von Zuwanderern erfolgen. Dennoch unterliegt in der Bundesrepublik Deutschland die Erörterung bevölkerungspolitischer Fragen einer durch die Erblast nationalsozialistischer Rassen- und Selektionspolitik verständlichen Hemmung, die sich neuerdings durch den Konflikt zwischen emanzipatorischen Ansprüchen der Frauen und den demographisch wünschbaren Kinderzahlen erneuert. Seit Mitte der siebziger Jahre ersetzen nämlich die Geburten in der Bundesrepublik ihre Elterngeneration nur zu 60 bis 65%, während nach vorherrschender Auffassung eine Bevölkerungsentwicklung, die sich um ein Reproduktionsniveau von 100% – also dem stationären Gleichgewicht – bewegt, langfristig die geringsten Komplikationen mit sich bringt.

Stationäre Gleichgewichte haben schon aus rein ästhetischen Gründen eine gewisse Plausibilität, doch lassen sich auch gute Gründe gegen ein langfristiges stärkeres Bevölkerungswachstum (zumindest in dicht besiedelten Gebieten) wie auch gegen langfristig starke Bevölkerungsschrumpfung (insbesondere in wachstumsorientierten und hochverflochtenen Wohlfahrtsstaaten) anführen. Gegen das Bevölkerungswachstum fallen am stärksten wohl ökologische Argumente (*Meadows* et al. 1972), gegen den Bevölkerungsrückgang das Argument sich vermindernder sozialer Anpassungsfähigkeit trotz zunehmender Anpassungserfordernisse (*Kaufmann* 1975, 59ff.; *Wagner* 1988) ins Gewicht.

Trotz seiner gesellschaftspolitischen Plausibilität wird das Reproduktionsniveau von 100% derzeit in nahezu allen Ländern Europas deutlich unterschritten, allerdings nirgends so stark wie in der Bundesrepublik Deutschland. Während die niedrige Natalität der siebziger Jahre zunächst überwiegend als Depressionsphase eines zyklischen Schwankens um das Reproduktionsniveau des stationären Gleichgewichts interpretiert wurde, wie dies der Theorie des demographischen Übergangs entspräche (vgl. *Schmid* 1984), mehren sich neuerdings die Stimmen, die den

jüngsten Geburtenrückgang als ein unter den gegenwärtigen Strukturbedingungen irreversibles Phänomen einschätzen (*Linde* 1984; *Birg* 1987; *Höhn* in diesem Band). In der Tat sprechen gewichtige Argumente dafür, daß sich im Zuge der Modernisierung grundlegende Veränderungen in den Parametern der Bevölkerungsentwicklung ergeben haben. Ein säkularer Rückgang der Sterblichkeit hat um die Mitte des 18. Jahrhunderts eingesetzt: Während damals etwa die Hälfte aller Geborenen damit rechnen mußte, im Kindesalter zu sterben, trifft dies heute nur noch auf knapp 1% zu. Diese Selbstverständlichkeit des Überlebens einmal geborener Kinder dürfte zusammen mit der erst in den letzten Jahrzehnten gewachsenen Selbstverständlichkeit effektiver Geburtenkontrolle und im Horizont einer allgemeinen Tendenz zur Rationalisierung der Lebensverhältnisse nachhaltig zu einer überlegteren und planvolleren Haltung prospektiver Eltern hinsichtlich der Zahl ihrer Kind beigetragen haben.

Vor diesem Hintergrund ändern sich heute auch die Forschungsfragen, welche an den Zusammenhang von Familie und Bevölkerungsentwicklung gerichtet werden. Die ältere bevölkerungswissenschaftliche Literatur suchte vor allem den Geburtenrückgang zu erklären. In den Vereinigten Staaten dominierte dabei eine behavioristische Forschungsrichtung, die der sozial unterschiedlichen Verbreitung sicherer Mittel der Geburtenkontrolle zentrale Bedeutung zuwies (vgl. *Schmid* 1979, 80ff.), während in Deutschland makrotheoretische Erklärungen (Industrialisierung, Verstädterung, Rationalisierung usw.) vorherrschten (*Loy* 1981).

In dem Maße jedoch, als die Entkoppelung von Sexualität und Fortpflanzung zur kulturellen Selbstverständlichkeit geworden ist, erscheint es ebenso normal, keine Kinder zu haben als Kinder zu bekommen. Wie der Rückgang der Heiratshäufigkeit und die Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften in jüngster Zeit deutlich machen, steht auch der Eheschluß mehr und mehr zur individuellen Disposition. Das Forschungsinteresse kann sich deshalb heute nicht mehr auf die Erklärung der Nachwuchsbeschränkung allein konzentrieren, vielmehr scheint die Frage, unter welchen Bedingungen noch stabile Partnerschaften entstehen und Erwachsene die Verantwortung für das Aufziehen eines oder mehrerer Kinder übernehmen, von gleichrangiger Bedeutung. Vieles spricht dafür, daß Familien mit Kindern »zur Lebensform einer Minderheit« (*Strohmeier* 1988, 58) werden.

2. Familie und generatives Verhalten

In der Bevölkerungslehre bezeichnet der Begriff des generativen Verhaltens »das Syndrom von Verhaltensweisen, das die Geburtenentwicklung einer Bevölkerung bestimmt« (*Mackensen* 1975, 82). Das Wort »Syndrom« deutet an, daß im einzelnen noch keineswegs klar ist, welche Verhaltensweisen die Geburtenentwicklung einer Bevölkerung beeinflussen. Sicher gehören hierzu nicht nur Zeugung und Fortpflanzung, sondern ebenso alle Verhaltensweisen, die zur Verhinderung von Geburten führen. Aber auch dies ist noch eine zu enge Perspektive, da sie den wichtigen Umstand vernachlässigt, daß sich Geburten – zumindest in Europa – normalerweise in stabilisierten, zumeist auch durch Eheschluß legalisierten Paarverbindungen

ereignen. Die Verfestigung der Partnerschaftsverhältnise stellt deshalb ebenfalls einen Aspekt des generativen Verhaltens dar. Die Ansätze der Bevölkerungswissenschaft zur Erklärung dieser Phänomene orientieren sich regelmäßig an Aggregatdaten familialer Entwicklung (Eheschließungen, Geburten, Ehescheidungen und Verwitwungen), d.h. es werden im wesentlichen die rechtlich relevanten und amtlich registierten Ereignisse aufsummiert und die Veränderung ihrer Häufigkeit wiederum durch Aggregatdaten zu erklären versucht. Das anspruchsvollste Projekt dieser Art war das »Princeton European Fertility Project« (*Coale/Watkins* 1986). Daraus können jedoch nur recht pauschale Erklärungen resultieren.

Soziologische Untersuchungen gehen in der Regel differenzierter vor, beschränken sich jedoch häufig auf die Untersuchung von Einzelaspekten des generativen Verhaltens und sind dann nicht in der Lage, die gesellschaftspolitisch interessanten Aggregateffekte zu erklären. Dafür fällt es der soziologischen Perspektive leichter, sich dem Erfahrungshorizont und den Situationsdefinitionen derjenigen anzunähern, deren Verhalten erklärt werden soll, nämlich der jungen Menschen, die vor der Entscheidung stehen, welchen Stellenwert sie einer »Familienkarriere« in ihren Lebensentwürfen einräumen wollen. Deren Situationsdefinitionen werden durch den Begriff des generativen Verhaltens völlig verfremdet.

»Individuen oder Paare verhalten sich nicht ›generativ‹, sie gründen vielmehr – bei Vorliegen bestimmter zu erforschender Bedingungen – einen gemeinsamen Haushalt, möglicherweise heiraten sie und bekommen – unter gleichfalls zu erforschenden Umständen – ein Kind, dem unter bestimmten Voraussetzungen weitere folgen mögen oder auch nicht« (*Strohmeier* 1988, 82f.).

Diese Bedingungen zu erklären, ist die zentrale neue Aufgabe einer an Bevölkerungsfragen orientierten Familiensoziologie (*Kaufmann* et al. 1982; 1984, 8ff.). Unter Familienentwicklung verstehen wir die gesellschaftstypischen Muster der Entstehung und Weiterentwicklung familialer Lebensformen. Und es spricht vieles dafür, daß diese Muster heute vielfältiger als vor einigen Jahrzehnten geworden sind. Demzufolge entsprechen auch die individuellen Familienkarrieren, d.h. die Sequenzen von Partnerschaft und Elternschaft, immer weniger einem einheitlichen Muster des »Familienzyklus«. Partnerbeziehungen werden häufiger abgebrochen und durch neue ersetzt, die Ankunft von Kindern kann vor oder nach dem Eheschluß erfolgen, die Zahl der nur von einem Elternteil und ggf. einem Stiefvater oder einer Stiefmutter erzogenen Kinder nimmt zu. Betrachtet man somit die Veränderungstendenzen der familialen Lebensformen in den letzten Jahrzehnten, so läßt sich Familienentwicklung als ein zunehmend kontingenter Prozeß kennzeichnen, im Rahmen dessen konkrete Lebensläufe immer weniger prognostizierbar, immer »aleatorischer« (*Lüscher/Wehrspaun* 1986, 251f.) werden.

2.1. Demographische Perspektive: Die Komponenten der Natalität

Die von Jahr zu Jahr schwankenden Geburtenzahlen der amtlichen Statistik und auch die von Zeit zu Zeit beobachtbaren Trendveränderungen sind das aggregierte Ergebnis von mehreren Einflußfaktoren, zu deren genaueren Erfassung die Bevölkerungsstatistik differenzierte Maßzahlen entwickelt hat. Familiensoziologisch uninteressant sind die rein demographischen Komponenten, nämlich die Verände-

rung der Zahl bzw. des Anteils der Frauen im gebärfähigen Alter; dieser Einfluß ist in den meisten Fertilitätsmaßen bereits neutralisiert. Das aus familiensoziologischer Perspektive zentrale Fertilitätsmaß ist die Zahl der Geburten pro Frau eines bestimmten Lebensalters (altersspezifische Fruchtbarkeitsziffer), die sich entweder für ein bestimmtes Beobachtungsjahr (TFR: Total Fertility Rate, zusammengefaßte Geburtenziffer) oder für einen bestimmten Geburtsjahrgang der Frauen (CFR: Completed Fertility Rate, Kohortenfertilitätsrate) zusammenfassen lassen. Wie Schaubild 1 zeigt, ist das zeitpunktbezogene Querschnittsmaß TFR in den letzten

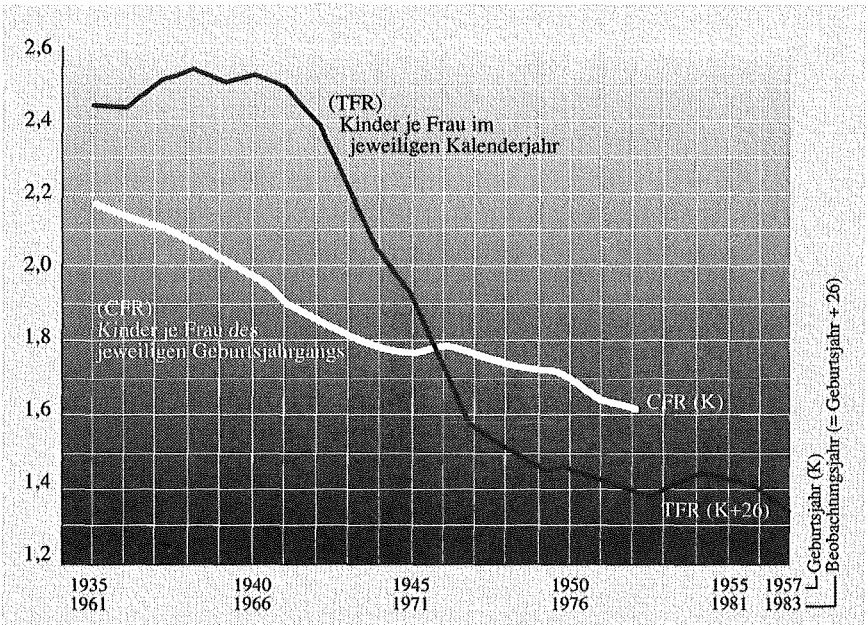


Schaubild 1: Asynchrone Entwicklung von kohortenspezifischen (CFR) und periodenspezifischen (TFR) Maßen der Fertilität

Quelle: BIRG/KOCH 1987, S. 88

zwei Jahrzehnten wesentlich stärker zurückgegangen als das kohortenspezifische Längsschnittsmaß CFR. In dieser Differenz kommen insbesondere Verschiebungen des mittleren Gebäralters zum Ausdruck, aber vermutlich auch eine weiter sinkende Fruchtbarkeit der jüngeren Frauenkohorten. Insgesamt zeigt sich ein deutlich abnehmender Trend der Kohortenfertilität seit dem Geburtsjahrgang 1935 der Frauen (vgl. *Birg* et al. 1984). Fragt man weiter zurück, so zeigt sich eine starke Abnahme der Kohortenfertilität bei den in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geborenen Frauen (»erster Geburtenrückgang«) und ein leichter Wiederanstieg der Kohortenfertilität bei den zwischen 1920 und 1932 geborenen Frauen (vgl. Schaubild 2).

Da in der Regel die Fruchtbarkeit der verheirateten Frauen wesentlich höher ist als diejenige der unverheirateten, und da der ganz überwiegende Teil aller Frauen im Laufe ihres Lebens mindestens einmal heiratet, konzentriert sich die demographische Analyse bisher auf die eheliche Fruchtbarkeit. Sie wird ebenfalls (1) bezogen

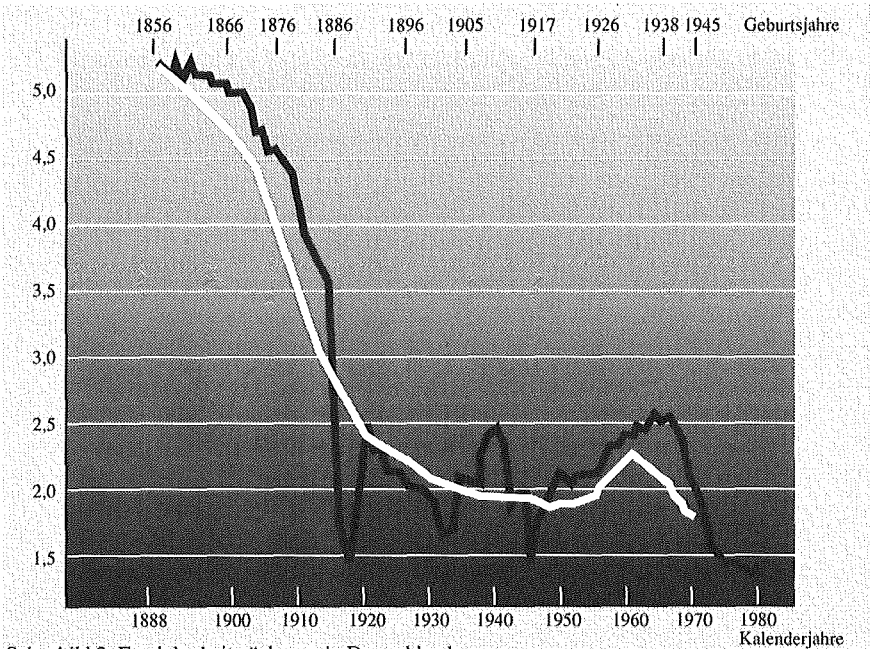


Schaubild 2: Fruchtbarkeitsrückgang in Deutschland (Deutsches Reich und in der Bundesrepublik) 1888–1980 [a] Quelle: *MARSCHALCK* 1984, S. 186

a Gesamtfruchtbarkeitsziffern (TFR) für Kalenderjahre und durchschnittliche Kinderzahlen (CFR) für Geburtsjahrgänge

auf die Geburten eines bestimmten Jahres als zusammengefaßte eheliche Geburtenziffer (Summe der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der verheirateten Frauen, welche in einem bestimmten Jahr ein Kind geboren haben) und (2) als Kohortenmaß (im Sinne der ehedauerspezifischen Fruchtbarkeitsziffern eines bestimmten Heiratsjahrgangs) ausgewiesen. Während die zusammengefaßte Geburtenziffer aller Frauen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren um Werte von 1,3 oszillierte, liegt die zusammengefaßte Geburtenziffer der verheirateten Frauen bei 1,6 (vgl. *Höhn/Schulz* 1987, 147 vgl. auch *Höhn* in diesem Band); eine zusammengefaßte Geburtenziffer der unverheirateten Frauen wird bisher nicht ausgewiesen. Das aus familiensoziologischer Sicht auf den ersten Blick besonders aufschlußreiche Kohortenmaß der ehelichen Fruchtbarkeit verliert jedoch an Aussagefähigkeit, je größer der Anteil der vorehelich geborenen und nachträglich durch Eheschluß legitimierten Kinder und je höher der Anteil der Wiederverheiratungen ist, da es nur Auskunft über die mittlere Kinderzahl der bestehenden Ehen eines Heiratsjahrgangs gibt. Da die Fruchtbarkeit von Paaren mit mindestens einem mehr als einmal verheirateten Partner niedriger ist als diejenige der Erstehen (*Heekerens* 1986), wird durch ihre Zunahme das Kohortenmaß reduziert; da anderseits kinderlose Paare sich häufiger scheiden lassen, wird durch diesen Vorgang das Kohortenmaß erhöht. Über das Gewicht der sich z. T. kompensierenden Einflüsse ist bisher nichts bekannt. Bemerkenswerterweise scheint die kohortenspezifische eheliche Fruchtbarkeit seit dem Heiratsjahrgang 1977 wieder etwas anzusteigen (*Höhn/Schulz* 1987, 148f.), ein Trend, der durch die Analyse des Geburtenanstiegs in 1986 und 1987 wahrscheinlich bestätigt werden wird.

Die zunehmende Differenz zwischen ehelicher und allgemeiner Geburtenziffer ist nicht nur vom Verhältnis zwischen ehelicher und nichtehelicher Fertilität abhängig, sondern auch von der Heiratsneigung. Solange die Heiratsneigung niedrig bleibt, sinkt der Anteil der verheirateten Frauen weiter, so daß die Differenz zwischen ehelichen und allgemeinen Fertilitätswerten sich noch vergrößern dürfte. Veränderungen der ehelichen Fruchtbarkeit, der Heiratsneigung und der nichtehelichen Fruchtbarkeit bedürfen daher grundsätzlich einer getrennten Analyse, doch kann dies hier angesichts des stark auf die eheliche Fruchtbarkeit konzentrierten Forschungsstandes im folgenden nur ansatzweise geschehen.

Als letzter demographischer Erklärungsfaktor für Schwankungen der Geburtenhäufigkeit ist die Variation des Heirats- und des Gebäralters der Frauen zu erwähnen. Diese Variationen erklären einen großen Teil der in der Geburtenstatistik immer wieder beobachtbaren mittelfristigen Schwankungen. Sinkt das durchschnittliche Heiratsalter, so ist unter sonst gleichbleibenden Bedingungen eine Massierung der Geburten verschiedener Heiratskohorten die Folge – so entstand im wesentlichen der »Babyboom« der fünfziger und sechziger Jahre. Steigt das durchschnittliche Heiratsalter, so liegen die beobachtbaren Geburtenzahlen unterhalb des längerfristig erwartbaren Niveaus, das ist in der Bundesrepublik seit 1975 der Fall. Ähnliches ergibt sich, wenn sich die Geburtenabstände und damit das mittlere Gebäralter ändern. Obwohl auch diese Phänomene Gegenstand soziologischer Erklärungen werden könnten, haben sie bisher wenig Beachtung gefunden (für Ansätze vgl. *Heilig* 1985; *Scheller* 1985; *Voss/Mayer* 1987).

2.2. Eheliche Fruchtbarkeit: soziologische Perspektive

Während in der frühen Neuzeit, ja bis weit ins 19. Jahrhundert rechtliche und faktische Ehehindernisse einen erheblichen Teil der Bevölkerung von der Ehe ausschlossen (*Mitterauer/Sieder* 1977, 148ff.; *Matz* 1980), haben die sozialen Entwicklungen im 20. Jahrhundert zunächst zu einer Verallgemeinerung des Eheschlusses und auch zu einer weitgehenden Angleichung und Entdifferenzierung der Familienhaushalte geführt. Dies führte zu einer langfristigen Abnahme der nichtehelichen Fruchtbarkeit, erhöhte aber tendenziell die Zahl der ehelich geborenen Kinder, kompensierte also teilweise die Reduktion der durchschnittlichen Kinderzahl pro Ehe. Dabei haben sich die im 19. Jahrhundert sehr erheblichen Unterschiede der ehelichen Fruchtbarkeit nach sozialen Gruppen (*Rosenbaum* 1982) stark eingeebnet (*Rothenbacher* 1987). Der moderne Familienhaushalt besteht außerhalb der Landwirtschaft im wesentlichen nur aus den Eltern und ihren leiblichen Kindern. Vor allem in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wurde diese Lebensform nahezu universal (vgl. auch *Höhn* in diesem Band; hier sind vornehmlich auch europäische Vergleichszahlen zu finden [Hg.]). Nach der Heiratstafel für 1960/62 heirateten 96 Prozent der Männer und 95 Prozent der Frauen mindestens einmal, nach der Heiratstafel 1910/11 waren es je 86 Prozent (*Höhn* et al. 1980, 207). Da auch Verwitwungen und Ehescheidungen zu jener Zeit sehr niedrige Werte erreichten und der Anteil der Wiederverheiratungen groß war, lebten 1970 92 Prozent der vierzig- bis fünfzigjährigen Männer und 87 Prozent der

dreißig- bis vierzigjährigen Frauen in einer Ehe (*Höhn* et al. 1980, 221). Zudem lag die kohortenspezifische Fertilität der zu jenem Zeitpunkt im gebärintensivsten Alter stehenden Frauen höher als diejenige der vorangehenden Kohorten (Schaubild 2). All diese Faktoren gemeinsam bewirkten den »Babyboom« zwischen 1955 und 1965. Ähnliche Phänomene ließen sich auch in den meisten übrigen Bevölkerungen Europas beobachten.

Alle Indikatoren deuten somit für die sich an die unmittelbare Nachkriegszeit anschließende Rekonstruktionsepoche auf eine sehr stabile, ja wahrscheinlich im Vergleich zur Zwischenkriegszeit konsolidierte Familienverfassung hin. Es spricht daher vieles dafür, daß der jüngste Geburtenrückgang seit 1965 nicht unter dem Gesichtspunkt säkularer Trends interpretiert werden sollte, »die im Modell der modernen, privatisierten Kernfamilie von Anbeginn impliziert waren«. Was »sich in der jüngsten Vergangenheit... abzeichnet, (entspricht) offenbar nicht mehr diesem langfristigen Entwicklungsmuster. Vielmehr sind ›neue‹ Verhaltensmuster, Ansprüche und Impulse sichtbar geworden« (*Schumacher/Vollmer* 1982, 269).

Die vielfältigen differenzierten demographischen Analysen dieses »zweiten Geburtenrückgangs« lassen erkennen, daß in einer ersten Phase (1962–1972) die Zahl der Heiraten infolge der Verringerung der Kohortenbestände im heiratsintensivsten Alter zurückgingen. Gleichzeitig verminderte sich die Häufigkeit kinderreicher Familien drastisch:

»Der Prozeß der Verhaltensänderung setzte bei den Geburten höherer Ordnung ein und breitete sich stufenweise auf die Geburten niedrigerer Ordnung aus. Bei der Generation von 1936 lag die Häufigkeit von Geburten vierter und höherer Ordnung um 8 v.H. unter der entsprechenden Häufigkeit der vorangegangenen Generation von 1935. Ab der Generation von 1939 begann sich die Abnahme der Geburtenhäufigkeit dritter Kinder zu beschleunigen und ab der Generation von 1940 die der zweiten Kinder. Obwohl der Prozeß des Rückgangs bei der ältesten Generation einsetzte und nach und nach auf die jüngeren Generationen übergriff, wirkte sich die Verhaltensänderung bei allen Generationen nahezu gleichzeitig aus« (*Birg* et al. 1984, 24f.).

Diese kumulative Wirkung kohortenspezifischer Veränderungen erklärt den besonders drastischen Rückgang der Geburten zwischen 1966 und 1972. In der Folge beschleunigte sich der Rückgang der Eheschließungen bis 1978 und stieg nur unwesentlich wieder an, obwohl geburtenstärkere Jahrgänge nunmehr ins heiratsintensivste Alter traten. In dieser zweiten Phase ist die Verminderung der Heiratshäufigkeit auf eine Änderung des Heiratsverhaltens, nicht auf demographische Faktoren zurückzuführen. Auch die fortgesetzt niedrigen Geburtenzahlen sind nun nicht mehr eine Folge weiter absinkender ehelicher Fruchtbarkeit, sondern eine Folge der gesunkenen Heiratshäufigkeit.

Der jüngste Geburtenrückgang hat eine Vielzahl theoretischer Spekulationen und empirischer Untersuchungen zum »generativen Verhalten« ausgelöst, wobei dieser Begriff hier de facto auf die eheliche Fruchtbarkeit reduziert wurde. Überblicke über den Stand der internationalen Forschung geben *Andorka* (1978) und *Kiefl/Schmid* (1985). *Andorka* resümiert das Ergebnis seiner gründlichen Studie wie folgt:

»Thus income residence and employment of women seem to have a direct effect on fertility – not only by influencing social norms, values and attitudes, but also by directly influencing the decisions of individual couples when they decide their number of children within the limits set by the norms and values accepted in the given society. On the other hand, all the other

determinants of fertility treated in this book – i.e. socioeconomic status (and its change i.e. social mobility), education, religious denomination and the intensity of religiousness, ethnicity and similar cultural characteristics – seem to have only an indirect impact on fertility, through shaping and changing the norms, values and attitudes held by societies and social groups concerning the number of children« (1978, 380).

Er betont weiterhin, daß auch in entwickelten Gesellschaften mit einem vergleichsweise diffusen Wert- und Normensystem der Einfluß sozialer Normen, Werte und Einstellungen groß sei, soweit diese durch Bezugsgruppen der Ehepaare vermittelt würden.

Kiefl und *Schmid* üben vor allem Kritik am vorliegenden Forschungsstand, an den theoretischen Ausgangspunkten ebenso wie an den eingesetzten Methoden. Sie plädieren für aufwendigere, mehrere Forschungsmethoden kombinierende Untersuchungsdesigns und für Längsschnittstudien (1985, 346ff.).

Trotz eines enormen Forschungsaufwandes ist das Ergebnis insbesondere der mit unterschiedlichsten (bevölkerungsstatistischen, ökonomischen, historischen, soziologischen und psychologischen) Methoden durchgeführten empirischen Untersuchungen wenig ergiebig. Aber auch ein erheblicher Teil der theoretischen Erklärungsansätze konzentriert sich allzusehr auf partielle (so vor allem die mikrotheoretischen Ansätze) oder auf sehr allgemeine Zusammenhänge (so die meisten makrotheoretischen Erklärungen). Plausibiltiät können nur Erklärungsansätze für sich beanspruchen, in denen makrotheoretische und mikrotheoretische Erklärungen kohärent verknüpft werden. Dies wird in jüngsten Untersuchungen zwar angestrebt, doch liegen noch wenige gesicherte Ergebnisse vor.

Die Verfeinerungen der bevölkerungsstatistischen Analysemethoden erlauben uns zwar eine immer genauere Beschreibung der Veränderungen verschiedener Dimensionen des generativen Verhaltens, aber sie tragen zu einer Erklärung wenig bei, da die »interessanten« Erklärungsfaktoren nicht-demographischer Art sind. Korrelationsstatistische Untersuchungen mit Indikatoren der Wirtschafts- und Sozialstatistik liefern zwar nicht selten plausible Ergebnisse, aber nur hinsichtlich sehr partieller Zusammenhänge. Umfangreiche Untersuchungen liegen insbesondere im Hinblick auf den Zusammenhang von Familieneinkommen und Kinderzahl vor. Die scheinbar widersprüchlichen Ergebnisse sind u.E. zu differenzieren. Nur unter der Voraussetzung, daß die Frau zum Familieneinkommen nicht beiträgt, kann eine positive Korrelation zwischen Einkommen und Kinderzahl plausibel gemacht werden. Wenn jedoch, wie dies für die jungen Paare in der Bundesrepublik nahezu selbstverständlich geworden ist, zunächst beide Partner zum Familieneinkommen beitragen, ist der mit der Ankunft von Kindern verbundene Verzicht auf »Erwerbsarbeit« zugunsten von »Familienarbeit« mit erheblichen Einkommenseinbußen verbunden, die gegenwärtig durch die Steuer- und Sozialgesetzgebung auch nicht annähernd kompensiert werden. Bei ausreichend genauer Abgrenzung der Familienhaushalte in der Aufbauphase läßt sich nicht nur ein sinkendes Pro-Kopf-Einkommen, sondern auch ein der absoluten Höhe nach sinkendes Familieneinkommen mit zunehmender Kinderzahl beobachten (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 1986; *Buhr* et al. 1987, 9ff.).

In den fortgeschrittenen Varianten der »ökonomischen Theorie des generativen

Verhaltens« (vgl. *Zimmermann* 1986) wird dem Gesichtspunkt entgangener Einkommensbestandteil unter dem Begriff der »Opportunitätskosten« Rechnung getragen. Grundgedanke dieser Theorien ist die Vorstellung, daß »generative Entscheidungen« das Resultat von Kosten-Nutzen-Abwägungen sind, wobei sowohl materielle wie immaterielle (z.B. »Wert von Kindern«) Faktoren postuliert werden. In seiner anspruchsvollsten, von *Easterlin* (1969) vorgetragenen Version berücksichtigt dieser Ansatz auch langfristige Einkommenserwartungen und soziale Einflüsse (z.B. des Elternhauses auf das »Anspruchsniveau« prospektiver Eltern). Dadurch wird es grundsätzlich möglich, generatives Verhalten in schlüssiger Weise mit gesamtwirtschaftlichen Wechsellagen in Beziehung zu setzen. Die bisherigen empirischen Überprüfungsversuche der Theorie haben aber zu keinen überzeugenden Ergebnissen geführt (*Vorholt* 1984).

Wenig überzeugende Resultate hat auch die sozialpsychologisch orientierte »Kinderwunschforschung« der siebziger Jahre erbracht (*Jürgens/Pohl* 1975; *Rosenstiel* 1980; *Oppitz* 1984; *Hoffmann-Nowotny* et al. 1984). Obwohl bei der Verwendung von Durchschnittswerten eine starke Kovariation von Kinderwünschen und beobachteter Fertilität besteht, erweisen sich Kinderwünsche – sobald sie von der gesellschaftlichen Zwei-Kinder-Norm abweichen – als hochgradig instabil und damit als untauglicher Indikator des generativen Verhaltens (*Strohmeier* 1985, 19). Dennoch haben sozialpsychologische Forschungen eine Reihe erklärungskräftiger Einstellungsdimensionen zutage gefördert.

Kaufmann et al. (1982, 1984, 1988) haben aus dieser Forschungslage den Schluß gezogen, daß Hypothesen über generativ relevante Verhaltensweisen nur im Rahmen von Paneluntersuchungen und mit Hilfe komplexer Erklärungsmodelle angemessen geprüft werden können. Sie konnten zeigen, daß die unterschiedlichen Lebensorientierungen junger Menschen, insbesondere die Spannung zwischen Familien- und Berufsorientierung, aber auch die Dynamik der Partnerschaftsbeziehungen selbst wesentliche Erklärungsmomente der Familienentwicklung sind (bes. *Simm* 1987). Ferner bestätigte sich die Vermutung, daß sich für die Ankunft erster, zweiter und dritter Kinder unterschiedliche Bedingungskonstellationen als erklärungskräftig erweisen (bes. *Grunwald* et al. 1988). Ein direkter Einfluß ökonomischer Variablen ließ sich dabei nicht nachweisen, doch zeigten Untersuchungen zur Lebenslage junger Familien die vielfältigen Spannungen und Belastungen, denen heute junge Paare ausgesetzt sind (bes. *Buhr* et al. 1987). Sie beeinflussen das generative Verhalten wohl eher indirekt über die sinkende Attraktivität familialer Lebensformen.

Am aussichtsreichsten erscheinen heute Erklärungsansätze, welche historische, soziologische, ökonomische und sozialpsychologische Hypothesen und damit unterschiedliche makro- und mikrotheoretische Erklärungsniveaus miteinander zu verbinden suchen. Ins Zentrum der Analysen rücken dabei institutionelle Veränderungen, welche die Vorteils-/Nachteilsbalance des Kinderhabens zu beeinflussen geeignet sind.

Eine umfassende historisch-soziologische Erklärung des säkularen Geburtenrückgangs in Europa hat *H. Linde* (1984) unternommen. Er geht dabei von der parallelen Einwirkung sozio-ökonomischer und sozio-kultureller Veränderungen

aus. *Linde* nennt in diesem Zusammenhang drei historisch sukzessiv wirksam werdende sozio-ökonomische Veränderungen:

(1) Die Ausgliederung der Erwerbstätigkeit aus dem Familienhaushalt;
(2) die Entstehung und der Ausbau des sozialen Sicherungssystems;
(3) die aus den Erfordernissen der kapitalintensiven Massenproduktion unter Konkurrenzbedingungen resultierende Überflutung mit neuen Konsumofferten.

Unter den sozio-kulturellen Einflüssen betont *Linde* die Moralisierung des Familienlebens im Gefolge von Reformation und Gegenreformation als Voraussetzung einer Intimisierung der Eheauffassung und verstärkter Rücksichtnahme auf die Gesundheit der Mütter sowie der Wertschätzung der Qualität von Kindern. Entgegen den Intentionen der Kirchen führte diese Moralisierung in der Konsequenz zu einer nachwuchsbeschränkenden Disposition.

Ergänzt man die Analyse *Lindes* durch den Hinweis, daß nicht schon die Ausgliederung der Erwerbstätigkeit aus dem Familienhaushalt, sondern erst das daraus resultierende Verbot der Kinderarbeit und die komplementäre Einführung der allgemeinen Schulpflicht das Kinderkalkül der Eltern grundsätzlich geändert haben, so kann sein Ansatz zur Erklärung des »ersten Geburtenrückgangs« hohe Plausibilität beanspruchen. Mit der Einführung des Individuallohns und dem Verbot der Kinderarbeit wurden die Kinder für die Eltern ohne eigenen Betrieb zu ausschließlichen Kostenfaktoren. Und in dem Maße, als der Ausbau der Sozialpolitik zu einer Kollektivierung der Alterssicherung und zu einer Familialisierung der Kinderaufzuchtkosten geführt hat, wie dies insbesondere für die deutsche Sozialpolitik (im Unterschied zur französischen) charakteristisch ist, wurde ein höchst wirksamer geburtenbeschränkender Umverteilungsmechanismus wohlfahrtsstaatlich institutionalisiert (*Kaufmann* 1988a).

Für die Erklärung des »zweiten Geburtenrückgangs« hält *Linde* einen dritten nachwuchsbeschränkenden Faktor für besonders wirksam, der mit der allgemeinen Wohlstandssteigerung der letzten Jahrzehnte zu tun hat. Entscheidend scheint ihm allerdings nicht die Wohlstandssteigerung selbst und die damit möglicherweise verbundene Zunahme hedonistischer Orientierungen, sondern die Vervielfältigung der miteinander konkurrierenden, sich laufend akkumulierenden und

»für ›alle‹ als erreichbar konzipierte(n) Offerten (von Waren, Dienstleistungen und durch beides gestützte Entwürfe von bis dahin unbekannten, unvorhergesehenen und daher auch nicht nachgefragten Aktivitäten), welche für die Nachfrager zu individuell selegierten, aber auch sozial bewerteten Möglichkeiten der Selbstdarstellung und der Partizipation kombinierbar sind. Diese systemadäquate Überflutung mit neuen Offerten veranlaßt zu ständiger marktorientierter Modifikationsbereitschaft der persönlichen Optionen und zur Umdisposition der Ressourcen zu ihrer Verwirklichung – und scheut deren langfristig irreversible Festlegung, hier in ›Nachwuchs‹ oder allgemeiner ›Familie‹ und neuerdings auch schon ›Ehe‹« (1984, 148).

Daß die Erweiterung des Möglichkeitshorizonts die Bereitschaft zu langfristigen Festlegungen beeinträchtigt, scheint neuerdings zu einem Kernargument der soziologischen Erklärung des jüngsten Geburtenrückgangs zu werden. Traditionellerweise unterlagen Eheschluß und Legitimität des Nachwuchses starken sozialen Kontrollen sowohl von Seiten der Verwandtschaft, als auch der Nachbarschaft und

des Grundherrn bzw. der politischen Autorität. Aber auch die Partnerwahl selbst war durch ständische, räumliche und ökonomische Restriktionen stark eingeschränkt. Mit der verfassungs- und zivilrechtlichen Gewährleistung der Ehefreiheit und der wachsenden Mobilität vergrößerten sich zunächst die Chancen der Eheschließung, und mit der allmählichen Einebnung der Standes- und der Klassenunterschiede erweiterten sich die Kreise potentieller Ehepartner. Unter dem Einfluß kirchlicher Traditionen und einer vor allem durch die Romantik propagierten Intimisierung und Emotionalisierung der Partnerschafts- und Familienbeziehung vermochte sich in Verbindung mit dem langfristigen Wohlstandsgewinn in allen Bevölkerungskreisen zunächst der Typus der »ausdifferenzierten Gattenfamilie« als neuer Familientypus zu stabilisieren. Entgegen den seit Mitte des 19. Jahrhunderts fortgesetzten Behauptungen über eine »Krise der Familie« haben somit die familialen Zusammenhänge seit Beginn der Neuzeit aufs Ganze gesehen an sozialer Stabilität zunächst gewonnen. Dies wird deutlich, wenn wir die Konstituierung des modernen Typus der privatisierten »Normalfamilie« als Ergebnis eines strukturellen und funktionalen Differenzierungsprozesses von Gesellschaft begreifen. Moderne Gesellschaften stabilisieren sich – wie zuerst *Emile Durkheim* herausgearbeitet hat – durch funktionale Differenzierung und wechselseitige Abhängigkeit der ausdifferenzierten Teilbereiche. Dieser Gedanke wurde von *T. Parsons* weiterentwickelt und bildet die Grundlage für zahlreiche neuere familiensoziologische Erklärungsansätze (*Kaufmann* 1975a; *Tyrell* 1976, 1979; *Schumacher/Vollmer* 1982; *Schulze* 1985). Aber dies ist nur ein makrotheoretischer Ansatz, der zwar die »Funktionalität« der auf Kindererziehung, emotionale Stabilisierung der Familienmitglieder, wechselseitige Hilfe und gemeinsame Haushaltsführung spezialisierten, selbständig wohnenden Kernfamilie belegt, aber noch keineswegs erklärt, daß und warum junge Menschen sich entschließen müssen, diese Lebensform zu wählen. Strenge Funktionalisten werden hier argumentieren, daß eine Gesellschaft in der Aufrechterhaltung ihrer Gleichgewichtsbedingungen immer dafür sorgen werde, daß diese Lebensform attraktiv genug sei, aber zumindest die empirische Evidenz des letzten Jahrzehnts läßt in dieser Hinsicht starke Defizite erkennen. Warum also, so müssen wir fragen, sind in jüngster Zeit familiale Lebenszusammenhänge im Sinne des herkömmlichen, durch Ehe und Kinder bestimmten Familienbegriffs weniger attraktiv (Rückgang der Heiratshäufigkeit), weniger stabil (Zunahme der Scheidungshäufigkeit) und weniger »produktiv« (Geburtenrückgang) geworden?
Zwei komplementäre Erklärungsansätze – die Deinstitutionalisierungsthese und die Überlastungsthese – bieten sich hier an: Von Deinstitutionalisierung kann insbesondere im Bereich der Partnerschaftsbeziehungen gesprochen werden:

»Partnerwahl, aber auch die zeitlich nachfolgenden (oder ausbleibenden) Entscheidungen wie Verlobung, Eheschließung, generatives Verhalten, schließlich Trennungen und Scheidungen folgen immer weniger sozial vorgezeichneten und verbindlichen Mustern. Der individuelle Entscheidungsbereich wird immer größer – immer weniger ist sozial ausgeschlossen, Korrekturen der Partnerwahl stehen immer weniger unter Legitimationsdruck, und jeder ist sich darüber auch im klaren. In dem Maße, in dem sich ›Liebe‹ als Regelungsmechanismus von Partnerschaften immer weiter durchsetzt, ist diese Entwicklung zwangsläufig. Denn über das Gelingen oder das Scheitern emotionaler Beziehungen können außenstehende Instanzen nicht entscheiden. Der stattdessen zum Tragen kommende Mechanismus der rein individuellen

Dezision erzeugt für den einzelnen zum einen sicherlich höhere Chancen auf ›Glück‹, andererseits wächst bei jeder Handlung auch das Risiko, hinter selbstgesetzten Zielen zurückzubleiben« (*Schumacher/Vollmer* 1981, 499).

Man kann also die moderne Ehe und Familie als Zumutung an die Partner begreifen, ihre Beziehung selbst »zu institutionalisieren«, und zwar angesichts einer zunehmenden Pluralisierung der Lebenstile und der außerfamilialen Optionen.

Die Überlastungsthese betont demgegenüber das Weiterwirken institutioneller Vorgaben und wirksamer normativer Selbstverpflichtungen, insbesondere was die Elternschaft betrifft. Allenfalls unterliegt somit Ehe, nicht jedoch Familie einem Deinstitutionalisierungsprozeß. Der Wunsch nach einer gelingenden Ehe und eigener Familie bleibt als dominante Wertorientierung erhalten (vgl. *Köcher* 1985), aber seine Realisierbarkeit wird für weniger wahrscheinlich gehalten, er wird daher idealisiert. Die Überlastung mit Entscheidungszumutungen und ebenso die nachweisliche ökonomische Benachteiligung von Familien lassen das Gelingen einer »Familienkarriere« unwahrscheinlicher erscheinen und die Widerrufbarkeit oder zeitliche Befristung persönlicher Verpflichtungen zu einer strategischen Maxime werden. »Selbstverwirklichung gerät unter solchen Bedingungen zur Legitimationsformel der Relativierung aller sozialen Verbindlichkeiten« (*Kaufmann* 1988, 408). Empirisch prüfen lassen sich solche gesellschaftstheoretischen Hypothesen am ehesten mit Hilfe eines biographietheoretischen Ansatzes, wie er gegenwärtig von *Birg* (1987) entwickelt wird.

2.3. Nichteheliche Fruchtbarkeit

Unter den skizzierten Bedingungen scheint es a priori plausibel, daß der Anteil der nichtehelichen Geburten zunimmt. In der Tat ist in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren für einige Länder eine »Verschiebung von der ehelichen zur unehelichen (bzw. vorehelichen) Fertilität« (*Kytir/Münz* 1986, 16) zu beobachten. So werden in Schweden, Dänemark und Island heute über 40% aller Kinder außerhalb einer Ehe geboren; auch Österreich weist eine Nichtehelichenquote von über 22% auf, allerdings mit starken regionalen Unterschieden. Relativ niedrig sind dagegen die Nichtehelichenquoten in den Mittelmeerländern, aber auch in Irland, Belgien, den Niederlanden und der Schweiz. Die Bundesrepublik Deutschland lag 1983 mit knapp 9% noch niedriger als Norwegen, England, Frankreich oder auch die USA (vgl. *Chesnais* 1985, 54).

In jüngster Zeit beginnt sich die Demographie der Analyse nichtehelicher Fruchtbarkeit anzunehmen. Der Anteil nichtehelicher Geburten an allen Lebendgeburten, also die Nichtehelichenquote, sagt über die Entwicklung der nichtehelichen Fruchtbarkeit selbst wenig. Dagegen ist die nichteheliche Fruchtbarkeitsrate (nichtehelich Geborene pro 1000 unverheiratete Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren) ein »echter Indikator für die Wahrscheinlichkeit, mit der unverheiratete Frauen Kinder zur Welt bringen« (*Haslinger* 1982, 2). In der Bundesrepublik ging bei gestiegener Nichtehelichenquote zwischen 1961 und 1981 die nichteheliche Fruchtbarkeit um 25% zurück (*Schwarz* 1984, 6; vgl. auch *Proebsting* 1986), also weniger stark als die eheliche Fruchtbarkeit. Daraus sowie aus dem steigenden Anteil der

Unverheirateten resultiert der moderate Anstieg der Nichtehelichenquote. Die starken Verschiebungen in Skandinavien und Österreich lassen allerdings stärkere Einstellungs- und Verhaltensänderungen vermuten.

Aus soziologischer Sicht stellt sich die Frage, wie der feststellbare Anstieg der nichtehelichen Fruchtbarkeit und ihre unterschiedliche Verbreitung, also die zeitlichen und regionalen Schwankungen der Nichtehelichkeit, durch soziale Veränderungen erklärt werden können. Frühe Studien behandelten »Illegimität« vor allem als moralisches Problem, etwa als Beispiel abweichenden Verhaltens (zuerst *Davis* 1939); oder man versuchte, bei unverheirateten Müttern Persönlichkeitsstörungen oder »character disorders« nachzuweisen (vgl. zusammenfassend *Chilman* 1979, 4f.; *Hartley* 1975, 70ff.; *Quay* 1981). Die behaupteten psychologischen Unterschiede zwischen verheirateten und unverheirateten Müttern verschwanden aber meist, sobald methodisch angemessene Vergleichsgruppen gebildet wurden:

»The conclusion seems inescapable that few, if any differences can be demonstrated in either intelligence, personality or psychopathology when unmarried pregnant girls are compared using appropriate methodologies to their nonpregnant peers« (*Quay* 1981, 87).

Zur Erklärung nichtehelicher Fruchtbarkeit können zunächst eine Reihe intermediärer Variablen herangezogen werden: der Anteil nichtverheirateter Frauen, das Ausmaß nichtehelicher sexueller Aktivität, die Verfügbarkeit und Anwendung von Geburtenkontrolle einschließlich Schwangerschaftsunterbrechung sowie die Wahrscheinlichkeit, daß im Falle einer nichtehelichen Schwangerschaft geheiratet wird. Einfluß und relatives Gewicht dieser intermediären Variablen variieren nach dem Alter der Mütter, aber auch nach regionalen und sozialen Kriterien. Dabei ist eine hohe Wirksamkeit normativer und (sub)kultureller Faktoren zu vermuten (vgl. *Kelly/Cutright* 1981). Die Veränderungen der Bedingungskonstellationen, die das generative Verhalten beeinflussen, lassen hinsichtlich der nichtehelichen Fruchtbarkeit keine eindeutigen Schlußfolgerungen zu. Einerseits zeigen sich fördernde Variablen wie der höhere Anteil unverheirateter Frauen, die Quasi-Normalität nichtehelicher Sexualität sowie eine abnehmende Bereitschaft, im Falle einer nichtehelichen Schwangerschaft zu heiraten, in Verbindung mit der Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften, welche besonders für Schweden festgestellt wurde (*Festy* 1978, 1982). Dem stehen andererseits verbesserte Möglichkeiten der Geburtenkontrolle und die normativen Verbindlichkeiten verantworteter Elternschaft gegenüber, welche wie im Fall der ehelichen Fruchtbarkeit die Wahrscheinlichkeit nichtehelicher Geburten reduzieren. Entscheidend scheint somit die Frage, inwieweit allgemeine oder subkulturelle Normen sowie die sozialpolitische Behandlung verheirateter und unverheirateter Mütter bzw. Paare zu einer scharfen Differenzierung zwischen ehelicher und nichtehelicher Fruchtbarkeit beitragen:

»Although it may be appealing to argue that an increase in the population of unmarried women simultaneously will increase the risk of illegitimate childbearing, such an argument does not address the question of motivation – that is, how does the cultural and social setting of a society affect unmarried women's motivation to reproduce?« (*Sklar* 1977, 361f.)

Bemerkenswert erscheinen Ergebnisse der sozialhistorischen Forschung, daß die heute beobachtbaren regionalen Unterschiede der nichtehelichen Fruchtbarkeit innerhalb und zwischen den nationalen Bevölkerungen zum großen Teil bereits im

19. Jahrhundert existierten, daß es sich also um historisch stabile Muster handelt (*Mitterauer* 1983; *Laslett* et al. 1980). Besonders beeindruckend ist die historische Kontinuität in Österreich, wo die Bundesländer Kärnten und Salzburg traditionell hohe, die östlichen Bundesländer Wien, Niederösterreich und das Burgenland sowie Vorarlberg dagegen niedrige Nichtehelichenquoten aufweisen (*Kytir/Münz* 1986; *Haslinger* 1982).

In der sozialgeschichtlichen Literatur wird auf eine Vielzahl institutioneller Regeln hingewiesen, deren Variation und Verbreitung mit der unterschiedlichen Häufigkeit von »Illegitimität« korreliert und deren Differenzen (vermittelt über den Einfluß auf das Heiratsalter, den Anteil lediger Personen, die Billigung/Mißbilligung vorehelicher Sexualität oder die Diskriminierung/Nichtdiskriminierung lediger Mütter und ihrer Kinder) plausibel machen: gesetzliche Heiratsbeschränkungen, die unterschiedliche Intensität religiöser oder moralistischer Strömungen, Eigenarten des Familien- oder Verwandschaftssystems, der Arbeitsorganisation und des bäuerlichen Erbrechts.

Bemerkenswert ist nun, daß derartige historisch erklärliche Einstellungsunterschiede nach einigen Jahrzehnten starker Rückläufigkeit der »Illegitimität« heute wieder zum Tragen kommen.

> »Was einst ökonomisch und für das soziale Zusammenleben funktional war, bestimmt hingegen bis heute als eine in ihrer ursprünglichen Bedeutung nicht mehr begriffene Tradition die kollektiven Normvorstellungen über Sexualität, Ehe und Familie und die Normalbiographie. Daraus erklärt sich die innerhalb Österreichs von Region zu Region höchst unterschiedliche Bereitschaft, unverheiratete Mütter und ihre Kinder zu akzeptieren. Daraus erklärt sich auch die unterschiedliche individuelle Bereitschaft, selbst eine uneheliche Geburt, den Verzicht auf die Heirat oder zumindest ein Hinausschieben der Eheschließung zu akzeptieren« (*Kytir/Münz* 1986, 7).

Während somit für Europa ein starker Einfluß (sub)kultureller und institutioneller Faktoren als nachgewiesen gelten kann, finden sich in der amerikanischen Diskussion um ›Illegitimität‹ ganz andere Erklärungsansätze: *Freshnock/Cutright* (1979) unterscheiden »anomische«, »subgruppenspezifische« und »sozio-ökonomische« Erklärungsmodelle der »Illegitimität«, aus denen sich recht unterschiedliche sozialpolitische Schlußfolgerungen ableiten lassen (vgl. auch *Cutright/Smith* 1986). Die anomietheoretische Perspektive führt die zunehmende Illegitimität auf soziale Desintegration oder den Zusammenbruch tradierter Normensysteme in Gefolge sozialer Umbrüche (z.B. Urbanisierung, Migration) in Verbindung mit der Abnahme sozialer Kontrolle zurück. Die subgruppenspezifische Perspektive interpretiert Differenzen der »Illegitimität« als Ergebnis subkultureller Normen bezüglich des sexuellen Verhaltens, der Geburtenkontrolle oder der Heirat im Falle einer Schwangerschaft. Die sozio-ökonomische Perspektive analysiert die unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und psychischen (Opportunitäts-)Kosten einer nichtehelichen Geburt: Je zugänglicher Alternativrollen, wie Erwerbstätigkeit oder Schulausbildung, für Frauen sind, je leichter der Zugang zur Geburtenkontrolle und je weniger öffentliche Unterstützung ledige Mütter erhalten, desto unwahrscheinlicher sind demzufolge nichteheliche Geburten. Empirische Untersuchungen erbringen Teilbestätigungen für alle drei Perspektiven.

Sehr umstritten ist der vor allem in den USA vermutete Zusammenhang zwischen

der Höhe sozialpolitischer Hilfen für ledige Mütter und dem Ausmaß nichtehelicher Geburten. So wird vermutet, daß durch das Wissen um soziale Unterstützung die Motivation zu effektiver Verhütung zurückgehe. Die empirische Evidenz stützt diese Vermutung jedoch nicht (vgl. *Chilman* 1979, 4; 1980, 798; *Freshnock/Cutright* 1979, 42f.; *Field* 1981; *Cutright/Smith* 1986, 573). Das Vorhandensein sozialpolitischer Unterstützungsleistungen kann allerdings die Optionsbreite im Falle einer Schwangerschaft, die Entscheidung »Abtreibung oder Geburt« bzw. für oder gegen eine »Muß-Ehe« beeinflussen (*Chilmann* 1979, *Leibowitz* et al. 1986). Auch für Österreich stellten *Kytir/Münz* (1986) fest, daß sozialpolitische Maßnahmen zunächst nur dort zu einem Anstieg der nichtehelichen Fertilität geführt haben und auch dort eher in Anspruch genommen werden, wo traditionell hohe nichteheliche Geburtenzahlen anzutreffen sind und Nichtehelichkeit daher weniger als »Makel« gilt.
Allerdings ist zu fragen, ob nicht die zunehmende Selbstverständlichkeit von Geburtenkontrolle und die in den meisten Ländern heute mögliche Schwangerschaftsunterbrechung aus sozialen Gründen sowie die gewandelten Einstellungen zu Ehe, Familie und Sexualität das herkömmliche Konzept der »Illegitimität« – nichteheliche Kinder als ungewollt und ungeplant – grundsätzlich in Frage stellen. Die zunehmende Entstigmatisierung nichtehelicher Mütter und Kinder und die wachsende Zahl von Kindern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften dürfte auch die häufig konstatierten Folgen fehlender Ehelichkeit für die Entwicklung des Kindes und den weiteren Lebensweg der Mütter (vgl. *Crellin* et al. 1971; *Moore* et al. 1981; *Filinson* 1985) relativieren. In dem Maße wie – z. B. in Schweden – sich die kulturelle und juristische Differenz von ehelichen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften einebnet, dürften auch die Konsequenzen dieser Differenz abnehmen. Inwieweit es sich hierbei allerdings um ein neues Phänomen handelt, inwieweit also von einer »Vorreiterrolle des Nordens« in der Umstrukturierung der Familienbeziehungen gesprochen werden kann, scheint angesichts der nachweisbaren Persistenz historischer Verhaltensmuster doch eher fraglich (vgl. *Trost* in diesem Band). Es bedürfte vertiefter, international vergleichender Untersuchungen des Zusammenhangs von nichtehelichen Geburten und Heiratsverhalten, um hier zu verläßlichen Einsichten zu gelangen.

Literatur

Andorka, R.: Determinants of Fertility in Advanced Socienes. London 1978 – *Birg, H.:* A Biography Approach to Theoretical Demography. Bielefeld 1987 – *Birg, H., Huinink, J., Koch, H., Vorholt, H.:* Kohortenanalytische Darstellung der Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld 1984 – *Birg, H., Koch, H.:* Der Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/New York 1987 – *Buhr, P., Strack, P., Strohmeier, K. P.:* Lebenslage und Alltagsorganisation junger Familien in Nordrhein-Westfalen. Bielefeld 1987 – *Chesnais, J. C.:* The Consequences of Modern Fertility Trends in the Member States of the Council of Europe. Straßburg 1985 – *Chilmann, C. S.:* »Illegitimate Births to Adolescents. An Overview of Social and Psychological Research«. Marriage and Family Review, 2. Jg. 1979, 1–11 – *Chilmann, R. S.:* »Social and Psychological Research Concerning Adolescent Childbearing: 1970–1980«. Journal of Marriage and the Family. 42. Jg. 1980, 793–805 – *Coale, A. J., Watkins, S.* (Hg.): The Decline of Fertility in Europe. The

Revised Proceedings of a Conference on the Princeton European Fertility Project. Princeton 1986 – *Crellin, E., Kellmer-Pringle, M. L., West, P.:* Born Illegitimate: Social and Educational Implications. London 1971 – *Cutright, P., Smith H. L.:* Trends in Illegitimacy in Five English-speaking Populations: 1940–1980 7. Demography 23. Jg. 1986, 563–578 – *Davis, K.:* »Illegitimacy and the Social Structure«. American Journal of Sociology 45. Jg. 1939, 215–233 – *Durkheim, E.:* Der Selbstmord, (fr. 1897) Neuwied. Berlin 1973 – *Easterlin, R. A.:* »Towards a Socioeconomic Theory of Fertility: A Survey of Recent Research on Economic Factors in American Fertility«. Fertility and Family Planning: A World View. Hg. *Behrmann, S. J., Corsa, L. jr. u. Freedman, R.* Ann Arbor 1969, 127–156 – *Festy, P.:* »Extra-marital Fertility and its Occurrence in Stable Unions: Recent Trends in Western Europe«. Demographic Aspects of the Changing Status of Women in Europe. Hg. *Niphuis-Nell.* Leiden, Boston, London 1978, 99–116 – *Festy, P.:* »Extra-marital Fertility and Cohabitation: Recent Trends in Western Europe«. Nuptiality and Fertility, Proceedings of an Seminar held in Bruges (Belgium) 8.–11. Jan. 1979. Hg. *T. Ruzicka.* Liége 1982, 175–194 – *Field, C.:* »A Socio-economic Analysis of Out-of-Wedlock Births among Teenagers«. Teenage Mothers and their Offspring. Hg. *Scott, G., Field, T., Robertson, G.* New York, London, Toronto, Sydney, San Francisco 1981, 15–33 – *Filinson, R.:* »Illegitimate Birth and Deprivation: Recent Findings from an Exploratory Study«. Socical Science and Medicine, 20. Jg. 1985, 307–314 – *Freshnock, L., Cutright, P.:* »Models of Illegitimacy: United States, 1969«. Demography, 16. Jg. 1979, 37–47 – *Grunow, D.:* »Hilfe zwischen den Generationen als Bezugspunkt der Sozialpolitik«. Staatliche Sozialpolitik und Familie. Hg. *Kaufmann, F.-X.* München, Wien 1982, 213–242 – *Grunwald, M., Schiebel, B., Strohmeier, K. P.:* Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Modellierung und Mikrosimulation mit Paneldaten. Bielefeld 1988 – *Hartley, S. F.:* Illegitimacy. Berkeley, London 1975 – *Haslinger, A.:* »Uneheliche Geburten in Österreich. Historische und regionale Muster«. Demographische Informationen. Hg. Institut für Demographie, Österreichische Akademie der Wissenschaften. Wien 1982, 2–34 – *Heekerens, H. P.:* »Generatives Verhalten Wiederverheirateter«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 12. Jg. 1986, 503–517 – *Heilig, G.:* »Die Heiratsneigung lediger Frauen in der Bundesrepublik Deutschland: 1950–1984«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 11. Jg. 1985, 519–547 – *Höhn, C., Schulz, R.:* »Bericht zur demographischen Lage in der Bundesrepublik Deutschland«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 13. Jg. 1987, 137–213 – *Höhn, C., Mammey, U., Schwarz. K.:* »Die demographische Lage in der Bundesrepublik Deutschland«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 6. Jg. 1980, 141–225 – *Hoffmann-Nowotny, H. J., Höpflinger, F., Kühne, F., Ryffel-Gericke, C., Erni-Schneuwly, D.:* Planspiel Familie – Familie, Kinderwunsch und Familienplanung in der Schweiz. Diessenhofen 1984 – *Jürgens, H. W., Pohl, K.:* Kinderzahl – Wunsch und Wirklichkeit. Stuttgart 1975 – *Kaufmann, F.-X.:* Makro-soziologische Überlegungen zu den Folgen eines Bevölkerungsrückgangs in industriellen Gesellschaften«. Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität. Hg. *Kaufmann, F.-X. Stuttgart 1975, 45–71* – *Kaufmann, F.-X.:* »Familiäre Konflikte und gesellschaftliche Spannungsfelder«. Der Mensch in den Konfliktfeldern der Gegenwart. Hg. Landeszentrale für politische Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen. Köln 1975 a, 165–188 – *Kaufmann, F.-X.:* »Familie und Modernität«. Die ›postmoderne‹ Familie. Familiale Strategien und Familienpolitik im Übergang. Hg. *Lüscher, K., Schultheis, F., Wehrspaun, M.* Konstanz 1988, 391–415 – *Kaufmann, F.-X.:* »Sozialpolitik und Bevölkerungsprozeß«. Sterben wir aus? Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. *Heck, B.* Freiburg i. Br. 1988 a , 99–111 – *Kaufmann, F.-X., Herlth, A., Quitmann, J., Simm, R., Strohmeier, K. P.:* »Familienentwicklung – generatives Verhalten im familialen Kontext«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 8. Jg. 1982, 523–545 – *Kaufmann, F.-X., Quitmann, J., Schulz, M., Simm, R., Strohmeier, K. P.:* Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Sozialräumliche Kontexte, Modellierung und Mikrosimulation. Bielefeld 1984 – *Kaufmann, F.-X., Strohmeier, K. P., Buhr, P., Grunwald, M., Schiebel, B., Simm, R., Strack, P.:* Partnerbeziehungen und Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Generatives Verhalten im sozialen und regionalen Kontext. Düsseldorf 1988 – *Kelly, W. R., Cutright, P.:* »Illegitimacy in Sweden and Australia 1911–1974«. Comparative Social Research. 4. Jg. 1981, 219–242 – *Kiefl, W., Schmid, J.:* Empirische Studien zum

generativen Verhalten: Erklärungsbefunde und theoretische Relevanz. Boppard am Rhein 1985 – *Köcher, R.:* Einstellungen zu Ehe und Familie im Wandel der Zeit. Hg. Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg, Stuttgart 1985 – *Kytir, J., Laslett, P., Oosterveen, K., Smith, R. M.:* Bastardy and its Comparative History. London 1980. Keyfitz. Liége 1984, 99–108 – *Leibowitz, A., Eisen, M., Chow, W. K.:* »An Economic Model of Teenage Pregnancy Decision-making«. Demography 23. Jg. 1986, 67–77 – *Langsfeld, W., Linke, W. Pohl, K.:* Familienbildung in der Bundesrepublik Deutschland: Ergebnisse der Panelstudie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Boppard 1988 – *Linde, H.:* Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800 bis 2000. Frankfurt/New York 1984 – *Loy, G.:* Theoretische Ansätze zur Erklärung des veränderten generativen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 1981 – *Lüscher, K., Wehrspaun, M.:* »Familie und Zeit:. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 12. Jg. 1986, 239–256 – *Lüscher, K., Schultheis, F., Wehrspaun M.* (Hg.): Die ›postmoderne‹ Familie. Familiale Strategien und Familienpolitik im Übergang. Konstanz 1988 – *Mackensen, R.:* »Das generative Verhalten im Bevölkerungsrückgang«. Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität. Hg. *Kaufmann, F.-X.* Stuttgart 1971, 82–104 – *Marschalck, P.:* Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 1984 – *Matz, K. J.:* Pauperismus und Bevölkerung: Die gesetzlichen Ehebeschränkungen in den süddeutschen Staaten während des 19. Jahrhundertes. Stuttgart 1980 – *Meadows, D., Meadows, D., Zahn, E., Milling, P.:* Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart 1972 – *Mitterauer, M.:* Ledige Mütter. Zur Geschichte unehelicher Geburten in Europa. München 1983 – *Mitterauer, M., Sieder, R.:* Vom Patriarchat zur Partnerschaft. München 1977 – *Moore, K. A., Hofferth, S. L., Wertheimer, R. F., Waite, L. J., Caldwell, S. B.:* »Teenage Childbearing: Consequences for Women, Families and Government Welfare Expenditures«. Teenage Parents and their Offspring. Hg. *Scott, K. S., Field, T., Robertson, E. G.*. New York, London, Toronto, Sydney, San Francisco 1981, 35–54 – *Münz, R.:* »Illegitimität in Österreich«. In: Demographische Informationen 1986, 7–21 – *Oppitz, G.:* Kind oder Konsum? Eine ökonomisch-psychologische Studie zur Verhaltensrelevanz von Werthaltungen junger Ehepaare. Boppard a. Rh. 1984 – *Parsons, T.:* »The Social Structure of the Family«. The Family: its Function and Destiny. Hg. *Anshen, R. N.* New York 1959 (1949) 2. Aufl., 241–274 – *Proebsting H.:* »Die nichtehelichen Kinder«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 12. Jg. 1986, 405–411 – *Quay, H. C.:* »Psychological Factors in Teenage Pregnancy«. Teenage Parents and their Offspring. Hg. *Scott, K. S., Field, T., Robertson? E. G.* New York, London, Toronto, Sydney, San Francisco 1981, 73–90 – *Rosenbaum, H.:* Formen der Familie: Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Frankfurt 1982 – *Rosenstiel, L. v.:* »Psychologische Untersuchung zum Geburtenrückgang in der Bundesrepublik Deutschland«. Geburtenrückgang – besorgniserregend oder begrüßenswert? Hg. *Olechowsky, R.* Wien, Freiburg, Basel 1980, 167–185 – *Rothenbacher, F.:* »Haushalt, funktionale Differenzierungsprozesse und soziale Ungleichheit – Evolutionäre Wandlungsprozesse«. Zeitschrift für Soziologie 16. Jg. 1987, 450–466 – *Scheller, G.:* »Erklärungsversuche des Wandels im Heirats- und Familiengründungsverhalten seit 1950«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 11. Jg. 1985, 549–576 – *Schmid, J.:* Bevölkerung und soziale Entwicklung: Der demographische Übergang als soziologische und politische Konzeption. Boppard am Rhein 1984 – *Schmid, J.:* »Zur soziologischen Konzeption menschlicher Fruchtbarkeit«. Ursachen des Geburtenrückgangs – Aussagen, Theorien und Forschungsansätze zum generativen Verhalten. Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 63, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1979, 77–92 – *Schulze, H. J.:* Autonomiepotentiale familialer Sozialisation. Stuttgart 1985 – *Schumacher, J., Vollmer, R.:* »Differenzierungs- und Entdifferenzierungsprozesse im Familiensystem«. Soziale Differenzierung: Langzeitanalysen zum Wandel von Politik, Arbeit und Familie. Hg. *Hondrich, K. O.* Frankfurt/New York 1982, 210–352 – *Schumacher, J., Vollmer, R.:* »Partnerwahl und Partnerbeziehung: Die Gravitation des Partnermarktes und ihre demographischen Folgen«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 7. Jg. 1981, 499–518 – *Schwarz, K.:* »Eltern und Kinder in unvollständigen Familien«. Zeitschrift für

Bevölkerungswissenschaft. 10. Jg. 1984, 3–36 – *Simm, R.:* Partnerschaftsdynamik und Familienentwicklung. Die interne Dynamik von Partner- und Familiensystemen und ihre strukturellen Bedingungen und Folgen. Bielefeld 1987 – *Sklar, J.:* »Marriage and Nonmarital Fertility: a Comparison of Ireland and Sweden«. Population and Development Review. 3. Jg. 1977, 359–376 – Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Ökonomische Rahmenbedingungen der Familien. Stuttgart 1986 – *Strohmeier, K. P.:* Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Generatives Verhalten im sozialen und regionalen Kontext. Düsseldorf 1985 – *Strohmeier, K. P.:* »Geburtenrückgang als Ausdruck von Gesellschaftswandel«. Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1988, 55–83 – *Tyrell, H.:* »Probleme einer Theorie der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung der privatisierten modernen Kernfamilie« Zeitschrift für Soziologie 5. Jg. 1976, 393–417 – *Tyrell, H.:* »Familie und gesellschaftliche Differenzierung.« Familie wohin? Leistungsdefizite und Leistungswandlungen der Familie in hochindustrialisierten Gesellschaften. Hg. *Pross, H.* Reinbek 1979, 13–78 – *Vorholt, H.:* Die Erklärung des generativen Verhaltens durch Richard A. Easterlin. Bielefeld 1984 – *Voss, H.-G., Mayer, H.-J.:* »Geschlecht des Kindes und Geburtenintervalle in Mehrkindfamilien«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 13. Jg. 1987, 491–503 – *Wagner, A.:* »Die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung«. Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1988, 103–115 – *Zimmermann, K. F.:* »Die ökonomische Theorie der Familie«. Beiträge zur Bevölkerungsökonomie. Hg. *von Burg, H., Felderer, B.* et al. Berlin 1986, Skripten des Vereins für Sozialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Bd. 153, 11–63.

Ausgewählte Gebiete der Familienforschung

Teil VI: Familien mit spezifischen sozialen Problemen

Rainer K. Silbereisen/Sabine Walper

Arbeitslosigkeit und Familie

Auswirkungen ökonomischer Deprivation durch Arbeitslosigkeit auf die Familie und die Entwicklungsperspektiven ihrer Mitglieder

1. Einleitung

Vor über 50 Jahren schrieb *Sternheim* (1933) in seinem Überblicksartikel über neuere Arbeiten zu Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Familie:

»Untersuchungen über den Einfluß von Arbeitslosigkeit auf die Familienverhältnisse stehen erst im Anfang, wenn es auch eine umfangreiche Literatur über die Lebenshaltung der Arbeitslosen und über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gibt. Je mehr freilich die Arbeitslosigkeit sich ausdehnt, desto stärker findet auch die Frage einer durch sie etwa hervorgerufenen Umgestaltung der Familie Berücksichtigung« (413).

Mit Einschränkungen gilt dies auch heute noch. Sofern die Arbeitslosenforschung überhaupt Konjunktur hatte, richtete sich das Hauptinteresse selbst in der jüngeren Vergangenheit eher auf die individuellen als die familiären Konsequenzen von Arbeitslosigkeit.

Wie dringlich sich diese Fragen seit Beginn der achtziger Jahre stellen, zeigen die Arbeitsmarktstatistiken für die Bundesrepublik (*Breuer, Schoor-Theissen, Silbereisen* 1984): Über eine Million der im September 1983 arbeitslos Gemeldeten waren verheiratet – das ist knapp die Hälfte aller damals Arbeitslosen. Nach *Zenke* und *Ludwig* (1985) ergab sich für Mitte 1984 ein Schätzwert von rund 1,4 Millionen Kindern im Alter von unter 15 Jahren (11 % der entsprechenden Jahrgänge), deren Mutter und/oder Vater von Arbeitslosigkeit betroffen war.

Wichtige Arbeiten stammen aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren. Einen Markstein hat die Marienthal-Studie von *Jahoda, Lazarsfeld* und *Zeisel* (1933) gesetzt. Eindringlich und anschaulich wurden durch Beobachtungen, Befragungen und Dokumentenanalysen die veränderten Lebensbedingungen und psychischen Reaktionen in der fast gänzlich von Arbeitslosigkeit betroffenen Ortschaft aufgezeigt. Nicht nur die Befunde sind immer noch Bezugspunkt für heutige Arbeiten; auch die damit exemplarisch eingeführte Methode gilt manchen aktuellen Studien als Maßstab.

Die empirische Basis der Forschung ist nach wie vor sehr schmal. So konnten *Hartley* und *Fryer* (1984) – abgesehen von den »Klassikern« wie *Jahoda* et al. (1933) – kaum 40 Arbeiten mit eigenen Erhebungen ausmachen, die wenigstens elementaren methodischen Ansprüchen genügten. Schränkt man auf Untersuchungen zu unserem engeren Thema der längerfristigen Folgen für die mittelbar Betroffenen ein, sind es sicher weit weniger. Schon aus diesem Grund können wir Arbeiten aus früherer Zeit nicht ausschließen. Der Wandel beispielsweise hinsichtlich der sozialen Absicherung, aber auch die Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit, müssen aber vor übereilten Generalisierungen warnen (vgl. *Heinelt, Wacker, Welzer* 1987).

Der Beitrag ist in seiner grundsätzlichen Orientierung vor allem der Forschung zur

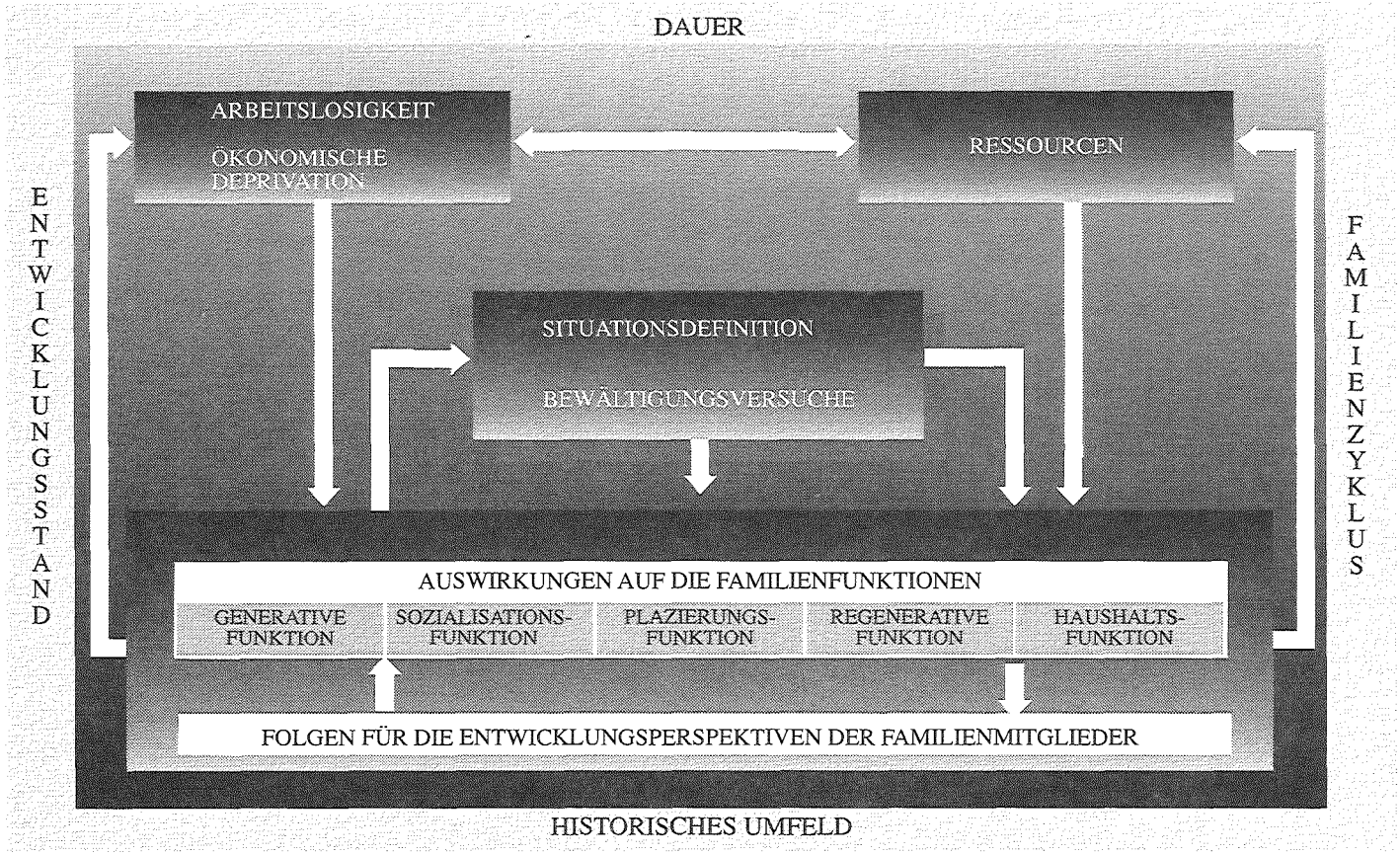
Krisenbewältigung im Familiensystem (*McCubbin, Joy, Cauble, Comeau, Patterson, Needle* 1980; *McCubbin, Patterson* 1983), der Entwicklungspsychologie der Lebensspanne (*Baltes* 1987) sowie ergänzenden Ansätzen der Familienentwicklungstheorie (*Aldous* 1978; *Hill, Mattesich* 1979) verbunden. Arbeitslosigkeit wird in diesem Rahmen als ein Geschehen betrachtet, das Herausforderungen an das Bewältigungspotential der Familie und ihrer Mitglieder stellt, und das je nach den Umständen mehr oder weniger gravierende Veränderungen für das Zusammenleben und die individuellen Entwicklungsperspektiven zur Folge hat.

Arbeitslosigkeit ist nur einer unter verschiedenen Anlässen ökonomischer Deprivation. Diesen umfassenderen Sachverhalt in den Mittelpunkt zu stellen, erlaubt den Anschluß an zwei Traditionen der Forschung zu ökonomischen Bedingungen des Familienlebens und seiner Folgen für die Lebensziele ihrer Mitglieder (vgl. *Horwitz* 1984; *Siegal* 1984). Die Forschung konzentrierte sich nämlich einerseits (und überwiegend) auf die statisch betrachtete Einkommenslage – etwa chronische Armut–, die vor allem im Zusammenhang mit langfristiger und wiederholter Arbeitslosigkeit relevant ist (*Brinkerhoff, White* 1978; *Friedrich, Fränkel-Dahmann, Schaufelberger, Streck* 1979), und andererseits (seltener) auf die Dynamik finanzieller Lebensbedingungen, etwa die Deprivation durch zeitweise Verluste im Haushaltseinkommen (*Angell* 1936; *Elder* 1974).

Die Darstellung erfolgt in drei Schritten. Zunächst wird ein Rahmenmodell zu den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das Familiensystem und die Persönlichkeitsentwicklung der betroffenen Personen vorgestellt. Mit Rückgriff auf exemplarische Forschungsergebnisse werden die wichtigsten Modellkomponenten, die Art ihres Zusammenspiels und die methodologischen Implikationen beschrieben. Die Absicht ist, eine Vorstellung über die grundsätzlichen Orientierungen und Probleme in diesem Forschungsfeld zu vermitteln. Im folgenden Schritt werden verschiedene theoretische Ansätze zur Auseinandersetzung mit ökonomischen Belastungen in ihrem fachlichen und historischen Zusammenhang dargestellt. Das Ziel ist, die Reichweite solcher Ansätze bzw. ihre Probleme zu charakterisieren. Schließlich werden aktuelle Forschungsschwerpunkte an Hand wichtiger Studien und deren Ergebnissen behandelt. Das Gewicht liegt hier auf der integrativen Darstellung von theoretischem Ansatz, methodischer Orientierung und substantiellen Befunden.

2. Die Grundstruktur des Modells

Die Familie stellt ein soziales System mit spezifischen Organisationsprinzipien dar. Individuelle Reaktionen auf Arbeitslosigkeit und solche der Familie als System sind daher gleichermaßen zu berücksichtigen. Das in Abbildung 1 dargestellte Modell trägt dem Rechnung. Zunächst sollen die einzelnen Komponenten vorgestellt werden.


DAUER
ARBEITSLOSIGKEIT
ÖKONOMISCHE DEPRIVATION
RESSOURCEN
SITUATIONSDEFINITION
BEWÄLTIGUNGSVERSUCHE
AUSWIRKUNGEN AUF DIE FAMILIENFUNKTIONEN
GENERATIVE FUNKTION
SOZIALISATIONS-FUNKTION
PLAZIERUNGS-FUNKTION
REGENERATIVE FUNKTION
HAUSHALTS-FUNKTION
FOLGEN FÜR DIE ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN DER FAMILIENMITGLIEDER
HISTORISCHES UMFELD
ENTWICKLUNGSSTAND
FAMILIENZYKLUS

2.1. Komponenten des Wirkungsgefüges: Die Modell-Merkmale

Die *ökonomische Deprivation* der Familie ist eine wahrscheinliche, wenn auch nicht notwendige Folge von Arbeitslosigkeit (*Brinkmann, Spitznagel* 1984; *Pintar* 1978; *Pearlin, Lieberman, Menaghan, Mullan* 1981), auf deren Schlüsselstellung im Bewältigungsprozeß eine Reihe von Arbeiten hinweisen. Schon die Marienthal-Studie (*Jahoda* et al. 1933) stellte eine drastische Verknappung der Haushaltsfinanzen als Ursache für Verzweiflung und Fatalismus in den betroffenen Familien heraus. Auch andere Studien über die Zeit der Weltwirtschaftskrise setzen an Einbußen im Familieneinkommen als Anstoß der Veränderung an, wobei Arbeitslosigkeit nur einen unter verschiedenen Anlässen für Einkommensverknappung darstellt (*Angell* 1936; *Cavan, Ranck* 1938; *Elder* 1974). In den Studien zu familiären Auswirkungen ökonomischer Deprivation während der dreißiger Jahre wurde ein deutlicher Veränderungsdruck ab Verlusten im Familieneinkommen von 25% (*Angell* 1936) oder 30% (*Elder* 1974) angesetzt.
Unterschiede in den Ausgangsbedingungen für die Bewältigung von Arbeitslosigkeit sind im Hinblick auf die Ressourcen und Optionen der Familie zu berücksichtigen. Gemeint sind die materiellen und psychosozialen Verhältnisse innerhalb bzw. im Umfeld der Familie und die problemrelevanten (institutionalisierten) Handlungsmöglichkeiten, die sie der ökonomischen Deprivation entgegenstellen kann. Von Interesse sind hierbei die unterschiedlichen Folgen, die Arbeitslosigkeit und andere Formen ökonomischer Deprivation je nach den schon zuvor gegebenen Ressourcen bewirken. Beispiele für entsprechende Risikogruppen, die besondere finanzielle und psycho-soziale Belastungen bei Arbeitslosigkeit zeigen, sind alleinstehende Mütter, Angehörige größerer Haushalte sowie unqualifizierte Arbeitslose (*Brinkmann* 1985).
Die *Situationsdefinition* durch die Familie ist ausschlaggebend dafür, ob tatsächlich eingetretene oder auch nur antizipierte Arbeitslosigkeit zu Umstellungen im Familienleben beiträgt, welche Strategien hierbei ergriffen werden, und letztlich ob Beeinträchtigungen im familiären und individuellen Entwicklungsverlauf resultieren. Zentral ist die subjektive Bewertung des Verhältnisses von Ansprüchen und Möglichkeiten ihrer Realisierung (*Elder* 1974, 9; *Hansen, Johnson* 1979). Gerät die ursprüngliche Balance aus dem Gleichgewicht und sehen die Betroffenen, daß die sozio-ökonomischen Bedürfnisse der Familie und ihre Kontrolle hierüber auseinanderfallen, so wird Arbeitslosigkeit als krisenhaftes Ereignis, als Bedrohung oder Verlust, erlebt.
Bewältigungsversuche sind es, welche die Verbindung von ökonomischem Wandel und Familienleben herstellen. Kann das Haushaltseinkommen mit den Bedürfnissen unschwer wieder in Balance gebracht werden – genauer gesagt: schätzt die Familie die Situation so ein –, so bleibt das bisherige Passungsgefüge erhalten. Die in der Vergangenheit erworbenen und somit verfügbaren Handlungsstrategien reichen zur Bewältigung der situativen Anforderungen hin. Als Bewältigungsversuche werden alle Maßnahmen verstanden, die von der Familie ergriffen werden, um die Bedrohung ihrer Funktionsfähigkeit abzuwehren (vgl. Voydanoff, 1983). Gelingt dies nicht schon durch geringfügige Änderungen alltäglicher Routinen, wie

Kürzungen disponibler Ausgaben statt Verschuldung, so ist mit längerfristig abträglichen Folgen für die Entwicklung zu rechnen.

Die *Auswirkungen auf die Familienfunktionen* benennen Aspekte des Familienlebens, die durch ökonomische Deprivation betroffen werden können. Angesprochen ist hierbei die Familie in ihrer Verantwortung für das Aufwachsen und die Erziehung der Kinder (generative- und Sozialisationsfunktion), als Vehikel der Orientierung im sozialen Gefüge der Gesellschaft (Plazierungsfunktion), als Ort der Erholung (regenerative Funktion) sowie als verantwortlich für die Haushaltsführung (Haushaltsfunktion). Je nach der Dauer und Art ökonomischer Deprivation und ihrer Bewältigung können einzelne oder mehrere dieser Funktionen beeinträchtigt sein. Ein Beispiel für eine Beeinträchtigung der Plazierungsfunktion ist der vielfach bei Arbeitslosigkeit beobachtete Rückzug aus der Öffentlichkeit.

Die *Folgen für die Entwicklungsperspektiven* der Familienmitglieder umfassen nicht nur das von Arbeitslosigkeit betroffene Elternteil, dessen berufliche Entwicklung beispielsweise gefährdet ist. Über die Auswirkungen auf die verschiedenen Familienfunktionen können ebenso der/die Partner/in und die Kinder in ihrer Entwicklung beeinflußt werden. Auch weitere Familienmitglieder, etwa im Haushalt lebende Großeltern, können mitbetroffen sein.

Der Erkenntnisstand hierzu ist hauptsächlich durch die Arbeiten von *Elder* (1974; *Elder, Caspi, Downey* 1984; *Elder, Van Nguyen, Caspi* 1985; *Elder, Caspi, Van Nguyen* 1986) bestimmt. Um die kurz- und längerfristigen Konsequenzen ökonomischer Einbußen für den Lebenslauf und die Persönlichkeitsentwicklung von Eltern und Kindern zu verfolgen, konnte er auf zwei entwicklungspsychologische Längsschnittstudien (Oakland Growth Study und Berkeley Guidance Study) zurückgreifen, die schon Ende der zwanziger Jahre an der Westküste der USA gestartet worden waren und über Jahrzehnte fortgeführt wurden.

Jede Variable des Modells kann durch das *historische und kulturelle Umfeld* beeinflußt sein. Beim Rückblick auf die Befunde damaliger Untersuchungen wird an die unterschiedlichen gesellschaftlichen und sozialen Bedingungen gedacht, welche die ökonomische Deprivation der dreißiger Jahre von der wirtschaftlichen Lage in den Achtzigern unterscheiden: etwa das insgesamt gestiegene Einkommensniveau und die heute stärkere Absicherung durch das sozialpolitische Netz.

2.2. Dynamik: Das Wechselspiel der Bedingungen über die Zeit

Das Modell betont die *Interaktion zwischen persönlicher und familiärer Verarbeitung*. Grundlegend für diese Sichtweise waren schon die Befunde von *Komarovsky* (1940). Die neueren Analysen zeigen auf, wie sich im zeitlichen Verlauf ökonomischer Deprivation individuelle Belastungsreaktionen der Eltern und Spannungen in der Ehebeziehung wechselseitig verstärken (*Liker, Elder* 1983) und über Beeinträchtigungen der Eltern-Kind-Interaktion zu gesteigertem Problemverhalten der Kinder beitragen (*Elder, Caspi, Downey* 1984).

Im Hinblick auf die *Zeitvariabilität* der einzelnen Merkmalsbereiche und ebenso ihres Wechselspiels untereinander gilt allgemein, daß Wandel statt Gleichförmigkeit für das Verhalten des Familiensystems charakteristisch ist. Genauer besehen

sind es ganz unterschiedliche Aspekte zeitlicher Variation, die bedacht werden müssen: Dauer, Lebensabschnitt, Familienzyklus, Epoche.
Die Ausprägungen aller Komponenten und damit auch das Ergebnis ihrer wechselseitigen Beeinflussung sind als eine Funktion der Dauer zu sehen. Beispielsweise variieren die finanziellen Belastungen durch Arbeitslosigkeit mit fortschreitender Dauer. Bekannt sind die Phasen im Erleben und Bewältigen von Arbeitslosigkeit in der Familie, wie sie *Bakke* (1940) in seinen acht Jahre umfassenden Fallstudien aufgezeigt hat. Demnach bleiben bei Arbeitslosigkeit des Vaters in einer ersten kurzen Phase die Beziehungen noch stabil (»momentum stability«), während es in der zweiten Phase zu vermehrter Kritik seitens der Frau kommt (»unstable equilibrium«), die sich in der dritten Phase verschärft, wobei die Frau weitgehend das familiäre Regiment übernimmt und die Familieneinheit in deutlicher Auflösung begriffen ist (»Disorganization«). Trennungen sind in dieser Phase nicht selten. In den folgenden Phasen erfolgen dann die Anpassungen an die Arbeitslosigkeit (zunächst »experimental«, dann »permanent«), in der die neue familiäre Lage und die veränderten Autoritätsbezüge als real akzeptiert werden.
Die jeweiligen Ressourcen und Reaktionen hängen weiterhin davon ab, in welchem Lebensabschnitt (Individualzeit) die Erfahrung von Arbeitslosigkeit gemacht wird. Diese biographische Lokalisierung ist wiederum eng mit dem Stand im Familienzyklus (Familienzeit) verknüpft, der jeweils unterschiedliche Bedingungen für die Bewältigung von Arbeitslosigkeit setzt (*Estes, Wilensky* 1978). Für beide Zeitdimensionen ist schließlich der geschichtliche Kontext von Belang; der im Zuge des sozialen Wandels und epochaler Ereignisse variierende Voraussetzungen für die Gestaltung der Individual- und Familienbiographie schafft (*Hill, Mattessich* 1979).
Veränderungen der ökonomischen Lage führen nicht nur zu Veränderungen im Familiensystem, sondern diese können ihrerseits wieder auf die ökonomische Lage zurückwirken. Ein Beispiel solcher als Rekursivität bezeichneten Rückwirkungen wären verstärkte Bemühungen, alternative Möglichkeiten zur Sicherung des Familienunterhalts ausfindig zu machen, die zwar nicht die Arbeitslosigkeit beseitigen, wohl aber die ökonomische Deprivation mildern und den Arbeitslosen sinnvolle alternative Beschäftigungsmöglichkeiten bieten (*Brinkmann, Spitznagel* 1984; *Pelzmann, Winkler, Zewell* 1985).
Moen, Kain, Elder (1983) weisen darauf hin, daß sich die bis heute bedeutsame Forschung der dreißiger Jahre wenig für die Rekursivität interessiert hat. Das Verhalten der Familie wurde als Reaktion auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage untersucht. Hierbei blieb außer Acht, ob die Desorganisation der familiären Beziehungen, die als Folge der Arbeitslosigkeit beobachtet wurde, auch Rückwirkungen auf die Chance hatte, wieder einen Arbeitsplatz zu erlangen.

2.3. Methodologische Implikationen

Da das Modell die Auswirkungen ökonomischer Deprivation als Ergebnis einer sich über die Zeit erstreckenden Anpassung charakterisiert, sind Untersuchungen in Art von Schnappschüssen, die lediglich einen Zeitpunkt herausgreifen, kaum geeignet. Den verschiedenen Varianten von Längsschnittstudien kommt deshalb große

Bedeutung zu. Zeitreihenanalysen, die auf der Basis von Regionalstatistiken Zusammenhänge zwischen makroökonomischen Verschlechterungen und psychischen Erkrankungen (*Brenner* 1979; *Catalano, Dooley, Jackson* 1985) oder Kindesmißhandlungen (*Steinberg, Catalano, Dooley* 1981) aufgezeigt haben, können aufschlußreich sein. Sie bergen jedoch die Gefahr des ökologischen Fehlschlusses (vgl. *Firebaugh* 1978).

Studien auf Individualebene sind deshalb der eigentliche Prüfstein. Hierbei ist die Wahl der Meßzeitpunkte wichtig. Sie sollten dem erwartbaren Prozeßverlauf Rechnung tragen. Dies wird in einigen Studien zu den Folgen von Betriebsstillegungen berücksichtigt (*Kasl, Gore, Cobb* 1975; *Kasl, Cobb* 1979a, b; *Gore* 1978). Der Verlauf individueller Belastungsreaktionen der Arbeitslosen wurde über eine Zeitspanne von sechs Wochen vor dem Eintritt der Arbeitslosigkeit bis zwei Jahre nach dem Ereignis erfaßt. Die Abstände zwischen den fünf Zeitpunkten wurden so gewählt, daß sie den »Takt« der Anpassung von der Antizipation über die Störung und Desorganisation bis zur Wiederanpassung abbildeten. Untersuchungen, die mit ähnlicher methodischer Stringenz familiäre Anpassungsprozesse abbilden, sind selten.

Cobb und *Kasl* (1977) demonstrieren nicht nur, wie die Aussagekraft einer Untersuchung durch Kontrollvariable (parallelisierte Vergleichsgruppe von Erwerbstätigen oder Vergleich vor/nach Verlust des Arbeitsplatzes bzw. Wiedereingliederung) gesteigert werden kann. Sie repräsentieren auch einen der wenigen Fälle, in dem Verhalten beobachtet statt bloß Selbstauskünfte erfaßt werden.

Prospektiven Studien an Normalpopulationen erlauben systematische Forschungen über Risiko- und Protektionsfaktoren (vgl. *Rutter*, in Druck). *Elder, Liker* und *Cross* (1984) zeigen beispielsweise, daß nur jene Kinder, denen der Vater schon vor Eintritt der ökonomischen Deprivation feindlich gegenüber stand, von einem Anstieg seines willkürlichen Erziehungsverhaltens betroffen waren, und zwar ungeachtet dessen, in welchem Ausmaß die Kinder in der Vergangenheit Verhaltensprobleme gezeigt hatten, also einen Anlaß für willkürliches Verhalten des Vaters geboten hätten.

Insbesondere Phasenmodelle zur Bewältigung von Arbeitslosigkeit dürften ihrer idealtypischen Perspektive wegen die Vielzahl differentieller Veränderungsmuster unterschätzen, deren Voraussetzungen es allerdings aufzuklären gilt. Schon von der ökonomischen Seite gilt es, je nach der Arbeitsbiographie oder der Familienstruktur ganz unterschiedliche Belastungen zu bewältigen. Hinzu kommen moderierende psychosoziale Merkmale. So ist aus früheren Studien bekannt, daß Familien mit zuvor harmonischen Familienbeziehungen die Belastungen ökonomischer Deprivation und Arbeitslosigkeit des Vaters weitgehend problemlos, also ohne größere Einbrüche in der Familienintegration und den Rollenbeziehungen, überstehen (*Angell* 1936; *Komarovksy* 1940). In Familien mit schon zuvor gespannten Beziehungen scheinen demgegenüber sowohl latente Konflikte eher aufzubrechen als auch die neuen Anforderungen weniger gut bewältigt zu werden (*Liker, Elder* 1983).

Der Anspruch auf Erklärung statt bloßer Beschreibung ist allerdings leichter formuliert als eingelöst. Im Prinzip kommt das Arsenal all jener Verfahren in Frage,

welche die nicht-interventive Sozialwissenschaft näher an das Ziel bringt, »kausale« Erklärungen zu leisten. In der Vergangenheit wurde wiederholt mit pfadanalytischen Verfahren gearbeitet (z.B. *Elder, Liker, Cross* 1984). Mittlerweile werden Strukturgleichungsverfahren wie Lisrel (*Jöreskog, Sörbom* 1981) oder EQS (*Bentler* 1987) verwendet, um Hypothesen über Prozeßmodelle zu prüfen. Als Beispiel sei die Arbeit von *Walper, Silbereisen* (1987b) genannt. Sie konnte den vermittelnden Einfluß der Familienintegration für abträgliche Folgen ökonomischer Beeinträchtigungen auf das Selbstwertgefühl zeigen. Dieser Effekt galt allerdings nur für Jugendliche, die sehr um die Wertschätzung besorgt sind, die sie aus ihrem sozialen Umfeld erfahren.

Aufschluß über die Bedeutung des historisch-sozialen Kontexts liefern Replikationen früherer Studien. *Leventmann* (1981) ist ein Beispiel dafür, wie die methodische Tradition der dreißiger Jahre wieder aufgegriffen wird. Es handelt sich um eine Fallstudie an hochqualifiziertem wissenschaftlichen und technischen Personal, wobei neben Arbeitslosen auch weiterhin Beschäftigte teilnahmen. An Methoden wurden teilnehmende Beobachtung in Selbsthilfegruppen, halbstrukturierte Interviews mit den Betroffenen sowie Gespräche mit Unternehmensleitungen, Arbeitsämtern und Gewerkschaften durchgeführt. Im Ergebnis bestätigte sich die frühere Erkenntnis, daß Familien die halbwegs ungeschoren aus den Belastungen herauskamen, dies vor allem einer zunehmenden Egalität in den Rollenerwartungen von Frau und Mann verdankten. Sie hielt auch nach der Wiederbeschäftigung an.

In den letzten Jahren nimmt die Zahl von Untersuchungen zu, die ausdrücklich Hypothesen über die Mechanismen der Veränderungen an prospektiven Längsschnitten prüfen. Unter dem Einfluß der Arbeiten von Elder ist dies Teil der Forschungsziele von Studien zur Jugendentwicklung in mehreren Ländern (vgl. *Silbereisen, Walper* 1988; *Flanagan* 1988).

Historisch vergleichende Forschung, die noch beträchtlich größere Zeiträume überblickt, wäre ein weiteres Korrektiv gegen ungerechtfertigte Generalisierungen. So konnte *Hareven* (1982) beispielsweise anhand längsschnittlicher Daten aus der Frühzeit der Industrialisierung zeigen, wie Familien durch vermehrte Frauenarbeit ihr Überleben sicherten.

3. Prozesse der Auseinandersetzung: Ansätze und Beispiele

Unser Modell zu familiären Auswirkungen ökonomischer Deprivation bezieht seine Grundstruktur von theoretischen Ansätzen zur Krisenbewältigung im Familiensystem, die noch nicht erläutert wurden.

3.1. Das ABC-X-Modell als Ausgang

Die Forschung aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise gab den Anstoß zur Formulierung erster theoretischer Modelle über die Bedingungen familärer Krisen. Wegbereiter für das sogenannte ABC-X-Modell (*Hill* 1949) war die Arbeit von *Angell* (1936), in der beschrieben wurde, welche Folgen sich ergeben, wenn in ökonomisch

deprivierten Familien die Funktion des Haupternährers auf Frau oder Kinder übergeht. Es ist – wenngleich modifiziert und erweitert – bis heute bestimmend für die Forschung zu Anpassungen des Familiensystems an Belastungssituationen geblieben (*McCubbin* et al. 1980). Die usprüngliche Formulierung des Modells lautet folgendermaßen:

»A (das Ereignis) – in Interaktion mit B (den Krisenbewältigungs-Ressourcen der Familie) – in Interaktion mit C (der Definition, die die Familie dem Ereignis gibt) – erzeugt X (die Krise). Die zweite und dritte Determinante – die familiären Ressourcen und die Situationsdefinition – liegen innerhalb der Familie selbst und sind in termini ihrer Strukturen und Werte zu sehen. Die im Ereignis enthaltenen Härten, die die erste Determinante ausmachen, liegen außerhalb der Familie und sind ein Attribut des Ereignisses selbst« (*Hill* 1958, 141; Übers. v. Verf.).

Arbeitslosigkeit wird hierbei als Stressor verstanden, der eine Veränderung in den Grenzen, Strukturen, Prozessen oder Rollen der Familie bewirkt, ohne jedoch schon eine Reaktion auf das Geschehen darzustellen. Als Härten sind jene Aspekte der veränderten Lebenslage der Familie angesprochen, die unmittelbar aus dem Stressor folgen bzw. ihm inhärent sind. Viele solche Veränderungen, die mit Arbeitslosigkeit verbunden sind und sie für die Betroffenen zum »kritischen Lebensereignis« machen können (*Frese, Mohr* 1978; *Hayes, Nutman* 1981; *Jahoda* 1979), treffen ebenso – teils sogar primär – auf familiärer Ebene zu (*Cavan* 1959; *Elder* 1974):

- Der Verlust ökonomischer Ressourcen zur Sicherung des Lebensunterhalts tangiert die ökonomische Funktion der Familie, also die Haushaltsführung.
- Der Verlust der Verdienerfunktion eines Familienmitglieds bedeutet für das familiäre Rollensystem eine Veränderung in der Verteilung innerfamiliärer Aufgaben und damit auch der jeweiligen Rechte und Verpflichtungen, die den einzelnen Rollenträgern zugeschrieben werden.
- Der Verlust des sozialen Status und Prestiges eines Elternteils beeinflußt die soziale Stellung, die der Familie insgesamt zugeschrieben wird.
- Die veränderte Strukturierung des Tagesablaufs eines arbeitslosen Familienmitglieds kann sich in vermehrter Anwesenheit zuhause niederschlagen.
- Der Verlust der berufsgebundenen individuellen Lebensperspektive stellt gleichzeitig die Zukunftsperspektive der Familie in Frage.

Der Begriff der Krise ist zwar häufig mit umfassenden Auflösungserscheinungen der Familie assoziiert, wird jedoch hier weiter gefaßt, um den Blick auch auf graduelle Abstufungen in der Funktionsfähigkeit der Familie zu lenken (*Burr* 1973; *Hansen, Johnson* 1979). Gemeint sind jene Spannungen und Beeinträchtigungen im Familienleben, die nach Bewältigungsversuchen der Betroffenen verbleiben können.

3.2. Ressourcen: Familie, Person, Umfeld

Ob es zu mehr oder minder ausgeprägten Krisenerscheinungen kommt, ist von den verfügbaren Ressourcen der Familie, ihrer Mitglieder sowie des sozialen Umfelds abhängig.

Hier gilt die auch für andere Lebensereignisse bestätigte Tendenz zur Akzentuierung schon zuvor bestehender Probleme: Das Familiensystem ist stärker gefährdet, wenn die Beziehungen auch vor Eintritt der Arbeitslosigkeit bzw. finanziellen

Verknappung Beeinträchtigungen aufweisen, und ebenso werden individuelle Dispositionen zu psychischen und Verhaltensproblemen unter dem Einfluß der äußeren Belastungssituation akzentuiert.

3.2.1. Integration und Adaptabilität der Familie

Die Bedeutung dieser Merkmale des Familiensystems wurde schon in der Arbeit von *Angell* (1936) aufgezeigt: Das Ausmaß an Integration der Familie, gekennzeichnet durch gemeinsame Interessen, gefühlsmäßige Bindungen und einen Sinn für ökonomische Interdepenz, und die Adaptabilität des Familiensystems, wie sie durch eine geringe materialistische Orientierung, geringen Traditionalismus in den Familienregeln und hohes Verantwortungsgefühl der Eltern angezeigt wird. Daß traditionelle Rollenerwartungen einer konfliktarmen Bewältigung von Arbeitslosigkeit des Mannes entgegenstehen, ist mehrfach aufgezeigt worden (*Anderson* 1980; *Bakke* 1940; *Larson* 1984), ebenso wie der nachteilige Einfluß früherer Spannungen in den Familienbeziehungen (*Komarovsky* 1940; *Liker, Elder* 1983). Auch *Jahoda, Lazarsfeld* und *Zeisel* (1933) berichten in ihrer Marienthal-Studie, daß Familien mit zuvor positiven gefühlsmäßigen Bindungen und hoher Flexibilität am ehesten in der Lage waren, Arbeitslosigkeit ohne nachteilige Folgen für die Ehebeziehung zu bewältigen.

3.2.2. Individuelle Ressourcen der Familienmitglieder

Unter den Ressourcen auf individueller Ebene sind Persönlichkeitsmerkmale der Familienmitglieder wie ihr Selbstwertgefühl, ihr Kontrollbewußtsein (*Pearlin* et al. 1981) und ihre emotionale Stabilität (*Elder, Liker, Cross* 1984) maßgeblich. Sie bestimmten zuvorderst die individuelle, aber auch die familiäre Bewältigung von Arbeitslosigkeit: Belastungsreaktionen und Persönlichkeitsveränderungen wie gesteigerte Irritierbarkeit, emotionale Instabilität und Depressivität finden sich kaum bei jenen Arbeitslosen, die schon zuvor hohe persönliche Ressourcen aufwiesen, was wiederum die Aufrechterhaltung positiver familiärer Beziehungen und Interaktionen begünstigt (*Komarovsky* 1940; *Liker, Elder* 1983).
Persönliche Ressourcen und Optionen umfassen jedoch auch – seitens der Kinder – altersgradierte Kompetenzen und Freiräume, die Alternativen zum gespannten häuslichen Milieu eröffnen (*Eisenberg, Lazarsfeld* 1938; *Elder* 1974), soziale Orientierungshilfen wie die äußere Erscheinung und geschlechtstypische Rollenzuschreibungen (*Elder, Van Nguyen, Caspi* 1985).

3.2.3. Ressourcen im Umfeld

Hierzu gehört zuvorderst die soziale Unterstützung durch Freunde und Angehörige außerhalb der Kernfamilie, der sowohl instrumentelle Hilfeleistungen wie auch emotionale Zuwendung zugerechnet werden. Ausschlaggebend scheint allerdings weniger die objektive als vielmehr die wahrgenommene Unterstützung zu sein (*Moen* et al. 1983; *Walker* 1985; *Wood* 1984).

Anders als die populäre »Puffer-Hypothese« erwarten ließe, nach der soziale Unterstützung hilft, nachteilige Auswirkungen kritischer Lebensereignisse abzufangen, scheint selbst ein hohes Ausmaß an positiv-emotionalen Beziehungen die Betroffenen nicht vor Belastungsreaktionen zu schützen; eher erweist sich ein subjektiv erlebter Mangel an Unterstützung als zusätzlicher Stressor (*Gore* 1978). Die Unterstützung durch Andere kann ein Ungleichgewicht in den Beziehungen bewirken, das als belastend erfahren wird (*McKee* 1987).
Das soziale Bezugsfeld und damit auch die soziale Unterstützung verändern sich meist im Verlauf der Arbeitslosigkeit: Schamgefühle und Stigmatisierung ebenso wie die veränderten Anforderungen und Probleme der Betroffenen tragen dazu bei, daß sich die Arbeitslosen aus ihrem bisherigen Freundes- und Bekanntenkreis zurückziehen und Kontakte zu Personen in ähnlicher Lebenslage aufnehmen (*Brinkmann* 1985; *Hayes, Nutman* 1981; *Marsden* 1982).

3.3. Situationsdefinition und Streßparadigma

Als wie vulnerabel sich die Familie angesichts der Belastungssituation erweist, welche Ressourcen sie aktiviert und wie sich der Bewältigungsprozeß gestaltet, wird vor allem auf die Situationsdefinition der Betroffenen zurückgeführt (vgl. *Moen* et al. 1983). Angesprochen ist hiermit zumeist, wie ernsthaft die Veränderungen eingeschätzt werden (»seriousness of the event«; vgl. *Burr* 1973); gemeint ist aber auch die Ursachen- und damit Schuldzuschreibung (*Moen* et al. 1983), die Unsicherheit über die Situationsanforderungen (*Hansen, Johnson* 1979) und der eingeschätzte Belastungsgrad des Ereignisses (*Pearlin, Schooler* 1979).
Am deutlichsten ist die Rolle der Situationseinschätzung in *Lazarus'* transaktionalem Streßkonzept herausgearbeitet (*Lazarus* 1981; *Lazarus, Launier* 1981). Demnach greifen zwei Prozesse ineinander: eine erste Einschätzung (»primary appraisal«), in der das Ereignis je nach seiner affektiven Tönung und seinem faktischen Status (eingetreten vs. antizipiert) als Herausforderung, Bedrohung oder Schädigung/Verlust eingeschätzt wird; und eine zweite Einschätzung (»secondary appraisal«), die sich auf die verfügbaren Ressourcen bezieht. Im Verlauf der Bewältigungsbemühungen kommt es dann zu einer Neueinschätzung der veränderten Situation (»reappraisal«), d.h. Situationsbewertungen begleiten den gesamten Bewältigungsprozeß.
Bei diesem Modell handelt es sich um einen personbezogenen Ansatz. *Schneewind* (1987, 990–994) hat jüngst ein systemisches Modell der familiären Streßbewältigung vorgestellt, das verschiedene Arten von Streß (je nach Situationsdefinition und Bewältigungserfolg) unterscheiden läßt. Der Grundidee nach geht es um eine dem transaktionalen Streßkonzept verwandte Heuristik.
Eine (Re-)Definition der Situation kann gleichzeitig schon als Aspekt der Bewältigung betrachtet werden: Strategien wie die Abwertung finanzieller Bedürfnisse, soziale Vergleiche mit noch schlechter Gestellten oder selektives Ignorieren von Problemen haben sich in der Bewältigung von ökonomischer Deprivation als durchaus erfolgreich erwiesen (*Pearlin* et al. 1981). Dies gilt im übrigen generell für die Bewältigung von Ereignissen, die in geringerem Maße direkt beeinflußbar sind,

als beispielsweise Schwierigkeiten im interpersonellen Bereich (*Pearlin, Schooler* 1979).
Ungeachtet ihrer zentralen Stellung in der Modellbildung ist die Situationsdefinition in den meisten Studien nicht angemessen erfaßt worden (vgl. *Hansen, Johnson* 1979; *McCubbin* et al. 1980).

3.4. Interdependenz von Anforderungen und Bewältigungen

3.4.1. Überlagerungen von Reaktionen

Alle genannten Einflußfaktoren sind nicht nur für den Eintritt einer Krise, sondern im weiteren Prozeßverlauf auch für deren Bewältigung ausschlaggebend, wie in dem sogenannten doppelten ABC-X-Modell (*McCubbin, Patterson* 1983) festgehalten wird. Veränderungen der Anforderungen mit fortschreitender Dauer der Arbeitslosigkeit sind häufig das Resultat von (ausbleibenden, erfolglosen oder erfolgreichen) Bewältigungsversuchen der Betroffenen. Beim Hinauszögern von Anpassungsbemühungen oder bei erfolglosen Bewältigungsstrategien kann es zu einem Problemstau (»pile-up of demands«) kommen. Vereinzelt werden »irrationale« Ausgaben deprivierter Familien berichtet, die nicht der Deckung primärer Bedürfnisse, sondern der Wahrung des sozialen Ansehens dienen (*Elder* 1974; *Cavan* 1959).
Ein Beispiel für Überlagerungen liefert die wechselseitige Abhängigkeit von Anpassungen in der Haushaltsführung und Veränderungen in den Rollenbeziehungen. Wenn ein Haushaltsmitglied zur Sicherung der Konsumbedürfnisse eine Erwerbstätigkeit aufnimmt oder länger als geplant in Arbeit bleibt (*Brinkmann, Spitznagel* 1984), oder der Verzicht auf Fertigprodukte und Dienstleistungen durch eine Steigerung der Arbeitsintensität im Haushalt kompensiert wird (*Elder* 1974); *Moen* et al. 1983; *Schettkat* 1984), so bedeutet dies eine Verschiebung in den familiären Funktionen der Familienmitglieder. Hierbei wird eine zunehmend zentralere Stellung der Mutter begünstigt, sowohl durch ihren Erwerbsbeitrag als auch durch eine Ausweitung ihrer Funktion im Haushalt. Damit sind aber neue Anforderungen an die Gestaltung der familiären Rollenbeziehungen gestellt (*Anderson* 1980; *Angell* 1936; *Bakke* 1940; *Elder* 1974).

3.4.2. Mehrfachbelastungen im Familienzyklus

Betrachtet man die Entwicklung des Familiensystems als Ganzes, so sind zyklische Änderungen von Rollenverpflichtungen und familiären Bedürfnissen maßgeblich dafür, wie Arbeitslosigkeit in der Familienbiographie erlebt und bewältigt wird.
Für Folgen ökonomischer Belastungen sind »junge« Familien mit Kleinkindern besonders anfällig, da sie im Zuge der familiären Aufbauphase erhöhten finanziellen Anforderungen ausgesetzt sind. Dies gilt für Familien mit Kindern im Jugendalter nicht minder. Ohnehin durch die Vielfalt familiärer und beruflicher Anforderungen im mittleren Erwachsenenalter (»life cycle squeeze«) belastet (*Estes, Wilensky* 1978), sind sie zudem mit wachsenden Autonomiebestrebungen

konfrontiert, die Spannungen in den Beziehungen begünstigen (*Aldous* 1978; *Olson* et al. 1983; *Hoffman, Manis* 1978; *Rollins, Galligan* 1978).
Beurteilt man Arbeitslosigkeit mit Blick auf die positionelle Karriere der einzelnen Familienmitglieder (*Hormuth* 1984; *Warr* 1984), so werden die Kosten und Gewinne bei Verlust von Merkmalen der Erwerbsrolle und dem Erlernen von bzw. der Neuorientierung auf Alternativrollen wichtig.
Die stärkere Identifikation mit der Berufsrolle (»job commitment«) und die geringere Verfügbarkeit von Alternativrollen wird zumeist als Erklärung dafür angeführt, daß unter den Verheirateten arbeitslose Männer höhere Belastungsreaktionen zeigen als arbeitslose Frauen (*Brinkmann* 1978; *Kaufmann* 1982; *Pintar* 1978; *Warr* 1984). Schon bei Schulabgängern fanden *Jackson, Stafford, Banks* und *Warr* (1983) in einer auch methodisch anspruchsvollen Längsschnittstudie, daß der Verlust des Arbeitsplatzes bei hoher Identifikation mit der Berufsrolle zu einer stärkeren Verschlechterung der Befindlichkeit (z.B. Konzentrationsstörungen oder Niedergeschlagenheit) führte, als bei geringer Identifikation mit dem Beruf. Auch der Erholungseffekt bei einer Wiedereingliederung in den Beruf fiel dann stärker aus. In einer Studie von *Linnenbrank* (1987) war Depressivität der Kinder besonders dann zu beobachten, wenn der arbeitslose Vater die Bedeutung der Arbeit darin sah, »dem Leben einen Sinn (zu) geben«.

4. Forschungsschwerpunkte

Im folgenden werden anhand exemplarischer Studien aktuelle Forschungsschwerpunkte vorgestellt.

4.1. Belastungsfaktoren für die Familienbeziehungen

Zunächst geht es um Auswirkungen auf die Beziehungen innerhalb der Familie. Sie zu untersuchen ist wichtig, weil hierin die wesentliche Vermittlung zwischen ökonomischen Belastungen und Veränderungen der Persönlichkeit von Eltern und Kindern gesehen wird.

4.1.1. Zunahme von Konflikten und emotionaler Instabilität

Die finanzielle Verknappung begünstigt Auseinandersetzungen und erhöht innerfamiliäre Spannungen bis hin zur Gewalttätigkeit. *Liker* und *Elder* (1983) bestätigten dies, zeigten aber auch die zusätzliche Rolle gesteigerter emotionaler Instabilität der deprivierten Männer. Letzteres scheint der wichtigere Faktor zu sein. Waren die Männer von vornherein instabiler, verschlechterte sich die Beziehung unter den Belastungen unmittelbar.
Im Unterschied zu den Männern zeigten die deprivierten Frauen keine gesteigerte emotionale Instabilität. Derartig rollenspezifische Reaktionen scheinen heute jedoch nicht gleichermaßen gegeben zu sein. Nach den Befunden von *Galambos* und *Silbereisen* (1987a) tragen negative finanzielle Veränderungen im Familienein-

kommen bei Vätern wie Müttern zu einer pessimistischeren Zukunftsperspektive bei. Daß aufgrund der stärkeren Erwerbsbeteiligung der Frauen und gewandelter Rollenerwartungen heute beide Partner in stärkerem Maße gemeinsam die Verantwortung für die finanzielle Situation der Familie tragen (*Paukert* 1984; *Waldman* 1983), scheint sich auch darin niederzuschlagen, daß die Reaktionen auf finanzielle Verknappung ähnlicher ausfallen.

4.1.2. Verschiebungen der Rollenbeziehungen

Ökonomischer Mißerfolg des Mannes läßt seine Rolle als Ernährer der Familie fraglich werden und stellt damit auch die ihm zugeschriebenen Rechte und Privilegien zur Dispositon.

Daß hierbei die Autoritätsstellung des Vaters gefährdet ist, zeigt die Arbeit von *Komarovsky* (1940). Sie blieb nur dann weitgehend unverändert, wenn die Ehebeziehung durch emotionale Bindungen oder traditionelle Werthaltungen und nicht primär durch seine ökonomische Funktion begründet war. Unter den Kindern waren es vor allem die Jugendlichen mit eigenen Einkünften, die die Autorität des arbeitslosen Vaters in Frage stellten. Die Reaktionen der Kinder scheinen jedoch denen der Mutter nachgeordnet zu sein: Blieb die Stellung des Vaters in der Ehebeziehung unverändert, so war auch eine Abwertung seiner Autorität gegenüber den Kindern sehr unwahrscheinlich; vermutlich, da die Mutter dem entgegenwirkte. *Schindler* (1979) berichtete, daß auch heute Arbeitslosigkeit mit einer geringeren Autorität des Vaters – sowohl gegenüber der Ehefrau als auch gegenüber den Kindern – einhergeht, wenngleich mit weniger gravierenden Einbrüchen.

Veränderungen in den Rollenbeziehungen erfolgen auch durch eine Aufwertung der Mutter, zu der sowohl der ökonomische Mißerfolg des Mannes wie auch eine Ausweitung ihrer Funktionsbereiche, beispielsweise durch eine arbeitsintensivere Haushaltsführung, beitragen (*Elder* 1974). *Walper* (1988) konnte dies bestätigen und zugleich zeigen, daß der zunehmende Einfluß der Mutter – neben den individuellen Belastungen beider Eltern – wesentlich für die erhöhten Spannungen und Konflikte fungiert, welche die deprivierten Familien im Vergleich zu den einkommensstabilen berichten.

Bei den Jugendlichen scheinen sich Veränderungen in der Einstellung gegenüber den Eltern hauptsächlich auf das gleichgeschlechtliche Elternteil zu beziehen: Während die Söhne mit einer stärkeren Abwertung des Vaters reagierten, zeigten die Mädchen vor allem eine Aufwertung der Mutter.

Wie konflikthaft solche Rollenverschiebungen verlaufen, scheint auch davon abzuhängen, ob der Vater oder die Mutter arbeitslos wird. So geben in einer Repräsentativbefragung bei Arbeitslosen und Erwerbstätigen die arbeitslosen Frauen sogar eine höhere Übereinstimmung in der Ehebeziehung an als die erwerbstätigen, während bei den Männern das umgekehrte gilt (*Pintar* 1978). Auch nach den Befunden von *Heinemann, Röhrig* und *Stadié* (1983) liegt die Konfliktrate in Familien mit erwerbstätiger Mutter eher über der der Arbeitslosen und übertrifft vor allem die Familien mit Hausfrauen.

Für den zeitlichen Verlauf der Arbeitslosigkeit zeigen *Heinemann* et al. weiterhin,

daß die Familien bei Arbeitslosigkeit der Frau weitgehend zu einer traditionellen Rollenverteilung zurückkehren, vor allem in Funktionsbereichen, die traditionsgemäß der Frau zugeschrieben sind. Stellt Arbeitslosigkeit des Vaters die traditionellen Rollenerwartungen und Aufgabenteilungen in der Familie in Frage, so legt Arbeitslosigkeit der Frau sie also wieder nahe.

4.1.3. Beeinträchtigung der Eltern-Kind-Interaktion

Autoritäres, willkürlich bestrafendes Verhalten der Eltern sind vielfach als Folge ökonomisch eingeschränkter Lebensbedingungen aufgezeigt worden, vermittelt über die psychischen Belastungen und als Gegenreaktion auf die geringe Kontrolle über die eigene Lage (*Conger, McCarthy, Yang, Lahey, Kropp* 1984; *Garbarino* 1976; *Gecas* 1979; *Gelles* 1986; *Schneewind, Beckmann, Engfer* 1983). Auch Arbeitslosigkeit und finanzielle Verknappung und der damit verbundene Verlust an Autorität in der Familie machen solche Reaktionen seitens der Betroffenen wahrscheinlich. So berichteten die von *Schindler* (1979) befragten Kinder ein deutlich höheres Ausmaß an autoritärem, und ein etwas weniger demokratisches Erziehungsverhalten bei arbeitslosen Vätern im Vergleich zu den Erwerbstätigen.
In der Studie von *Elder, Caspi* und *Downey* (1984) erwies sich bei den Vätern ihre gesteigerte psychische Instabilität als der entscheidende Mediator: Die emotionalen Beeinträchtigungen der deprivierten Männer trugen einerseits direkt zu stärker bestrafendem Verhalten bei, andererseits aber auch indirekt, indem sie zu stärkeren Belastungen in der Ehebeziehung führten, die sich wiederum nachteilig in der Interaktion mit den Kindern niederschlugen. In der Mutter-Kind-Interaktion hingegen wurden die Einflüsse ökonomischer Deprivation ausschließlich über Beeinträchtigungen in der Ehebeziehung vermittelt, da die Mütter nicht mit psychischen Belastungen auf den finanziellen Verlust reagierten.
Daß nicht alle Kinder gleichermaßen von dem negativen Verhalten ihrer Eltern betroffen sind, verdeutlicht die Studie von *Elder, Van Nguyen* und *Caspi* (1985). In den Familien der Jugendlichen (Oakland-Kohorte) zeigte sich, daß ökonomische Deprivation Konflikte und Spannungen vor allem in der Vater-Tochter-Beziehung zur Folge hatte, wohl nicht zuletzt schon deshalb, weil die Mädchen aufgrund der stärkeren Einbindung in den Haushalt eher eine Zielscheibe für Belastungsreaktionen der Väter boten (*Elder* 1974).
Während die Befunde aus den dreißiger Jahren stärkere Belastungsreaktionen der Väter gegenüber ihren Kindern herausgestellt haben, scheinen heute die Mütter stärkere Konflikte in der Interaktion mit ihren Kindern zu haben (*Linnenbrank* 1987). Nach *Walper* (1988) hängt dies zudem vom Alter der Kinder ab: Während im frühen Jugendalter finanzielle Verluste kaum einen negativen Einfluß auf die Zuwendung der Mütter hatten, gaben sie im mittleren Jugendalter deutlich weniger unterstützendes Verhalten an als Mütter aus einkommensstabilen Familien.
Wie sich Veränderungen und Belastungen der Eltern-Kind-Interaktion, aber auch weitere mit Arbeitslosigkeit der Eltern verbundene Härten auf die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder auswirken, wird im nächsten Abschnitt dargestellt.

4.2. Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder

Schon die Beobachtungen der dreißiger Jahre hatten gezeigt, daß Arbeitslosigkeit und ökonomische Deprivation seitens der Kinder teils ähnliche Belastungsreaktionen hervorruft wie bei den Arbeitslosen selbst (*Eisenberg, Lazarsfeld* 1938). Auch heute finden sich Belege für gesundheitliche und emotionale Beeinträchtigungen, Verschlechterungen der schulischen Leistungen und gesteigertes Problemverhalten (vgl. *Jahoda* 1979; *Magde* 1983; *Siegal* 1984).

4.2.1. Einflüsse innerfamiliärer Beziehungen und Interaktionen

Daß ökonomische Deprivation nicht nur seitens der Väter zu stärker unbeherrschtem Verhalten führt, sondern hierüber vermittelt auch seitens der Kinder vermehrte Zornausbrüche und »schwieriges« Verhalten provoziert, zeigt die Studie von *Elder, Liker* und *Cross* (1984) für die fünf- bis siebenjährigen Kinder der Berkeley-Kohorte. Das sozial-aggressive Verhalten der Kinder stellte sich als Antwort auf das gesteigerte willkürliche Verhalten der Väter dar. Insgesamt entsprechen die Reaktionen der Kinder einem Syndrom der Auflehnung gegen Erwachsene, besonders bei den Jungen.

Nach den Befunden von *Rockwell* und *Elder* (1982) führte die finanzielle Verknappung nur dann zu vermehrtem Problemverhalten der Söhne, wenn die Beziehung der Eltern schon vor Eintritt der finanziellen Verluste durch eine geringe Übereinstimmung gekennzeichnet war. Der stärkere Anstieg von Konflikten und Spannungen in diesen Familien dürfte hierfür ausschlaggebend gewesen sein.

Wie die familiären Subsysteme zusammenwirken, zeigen Analysen von *Elder, Caspi, Van Nguyen* (1986). In jenen Familien mit schon zuvor gefühlsbetont-offener und zugewandter Mutter fielen erstens die Auswirkungen finanzieller Verluste auf das unbeherrschte Verhalten der Väter schwächer aus als in Familien mit zurückhaltender, wenig expressiver Mutter, und zweitens hatte das willkürliche Verhalten der Väter keinen Einfluß auf die Zornausbrüche der Kinder. Das Verhalten der Mutter beeinflußt die anderen Familienmitglieder also nicht nur direkt, sondern bestimmt auch als »Effekt zweiter Ordnung« (*Bronfenbrenner* 1981) die Auswirkungen des väterlichen Verhaltens gegenüber dem Kind.

Ökonomische Deprivation wirkt sich auf die Transgressionsbereitschaft der Jugendlichen aus (*Galambos, Silbereisen* 1987b). *Walper* und *Silbereisen* (1987a) fanden, daß diese Effekte einerseits über eine geringe Familienintegration vermittelt sind, andererseits aber auch direkt an Belastungen des Selbstwertgefühls der Kinder ansetzen und sich hierüber auf deren Bereitschaft zu normverletzendem Verhalten niederschlagen. In Familien mit niedrigen Bildungsressourcen der Eltern sind diese Auswirkungen besonders deutlich. Eine spätere Replikation (*Silbereisen, Walper* 1988) unterstrich zudem die Bedeutung des Ansehens unter Gleichaltrigen als weiterem Mediator.

Wie *Baarda, de Goede, Frowijn, Postma* (1987) berichteten, geht eine negative Erfahrung der Arbeitslosigkeit seitens der Eltern, vor allem der Väter, mit vermehrter emotionaler Instabilität der Kinder einher. Auch Beeinträchtigungen der

Kinder im schulischen Bereich und ihre Erwartungen an die eigene berufliche Zukunft sind von der psycho-sozialen Situation der von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien bestimmt.

4.2.2. Alter und Geschlecht als Moderatoren

Die vorliegenden Untersuchungen machen deutlich, daß die Auswirkungen ökonomischer Deprivation in Abhängigkeit vom Entwicklungsstand unterschiedlich ausfallen, wobei geschlechtstypische Handlungsmöglichkeiten und soziale Erwartungen als Moderator hinzutreten.

Die Befunde von *Elder, Caspi* und *Van Nguyen* (1986) zeigen, daß die Kinder der Berkeley-Kohorte keineswegs generell im Nachteil waren: Für die Mädchen hatte die Aufwertung der Mutter in deprivierten Familien sogar einen Vorteil für ihre Entwicklung mit sich gebracht, während die Jungen deutlich unter der Abwertung des Vaters gelitten haben: Sie weisen eine geringere Zielgerichtetheit, mangelndes Selbstvertrauen sowie stärkere Handlungsunfähigkeit auf. Für die Jugendlichen der älteren Oakland-Kohorte ergab sich jedoch ein genau gegenläufiges Bild: Hier waren es die Mädchen, die stärker die sozialen Kosten der finanziellen Verknappung zu tragen hatten. Im Gegensatz zu den Söhnen deprivierter Familien, die durch die frühzeitige Übernahme von außerhäuslichen Erwerbsmöglichkeiten eher in ihrer Entwicklung profitiert hatten, waren die Mädchen durch ihre Einbindung in Haushaltsarbeiten stärker den familiären Spannungen und Konflikten ausgesetzt. Zudem scheinen sie in außerfamiliären Sozialkontakten eher unter Beeinträchtigungen in der Kleidung und äußeren Erscheinung gelitten zu haben, wohingegen die Söhne vermehrten Anschluß an Gleichaltrige suchten und auch fanden (*Elder, Van Nguyen, Caspi* 1985).

Daß unter den Jugendlichen nachteilige Einflüsse ökonomischer Deprivation für die Töchter stärker durch die familiären Belastungen bestimmt sind, hat sich auch in jüngeren Untersuchungen bestätigt. *Schindler* und *Wetzels* (1985) fanden in ihrer Untersuchung bei Jugendlichen, daß nur die Töchter arbeitsloser Väter, nicht aber die Söhne vermehrt emotionale Belastungen, mehr Einsamkeitsgefühle, stärkere Langeweile, mehr Probleme mit Erwachsenen und einen größeren Problemdruck in Sozialbeziehungen angeben als die Vergleichsgruppe mit erwerbstätigem Vater. Bei *Galambos* und *Silbereisen* (1987a) wurden die weiblichen Jugendlichen in ihren beruflichen Zukunftserwartungen von der pessimistischeren Perspektive ihrer ökonomisch deprivierten Eltern beeinflußt. Für die Berufserwartungen der männlichen Jugendlichen waren beide Faktoren unmaßgeblich. Ähnlich hatten bei *Flanagan* (1988) nur die Töchter einen Vorteil für ihre Autonomie-Entwicklung. Im Urteil der Mütter jedenfalls erhielten sie weit mehr Freiheiten als die Töchter ökonomisch nicht oder wenig deprivierter Familien. *Walper* (1988) fand, daß die stärkere Abwertung sozialer Regulationen und Instanzen bei den Mädchen eine Folge der geringeren Familienintegration war.

4.3. Langfristige Folgen der Erfahrung ökonomischer Deprivation

Bislang blieb die Frage unbeantwortet, ob die Beeinträchtigungen zu dauerhaften Veränderungen der Entwicklungsperspektiven führen. Die wichtigste Erkenntnis sei gleich vorweggenommen: die langfristigen Folgen stellen keineswegs bloß eine Fortschreibung der ursprünglichen Störungen dar; im Gegenteil, sie sind weder durchgängig noch in jedem Fall negativ.

4.3.1. Elterngeneration

Längsschnittstudien, die Arbeitslose auch bis über die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben verfolgt haben, scheinen nur in geringem Maß für einen Erholungseffekt zu sprechen. *Brinkmann* (1985) fand zwar, daß Langzeitarbeitslose eineinhalb Jahre nach Eintritt der Arbeitslosigkeit stärkere Beeinträchtigungen im Selbstwertgefühl und ein höheres Gefühl der Überforderung angeben als jene zunächst Arbeitslosen, die wieder eine Erwerbstätigkeit aufgenommen hatten. Dies liegt allerdings daran, daß die Langzeitarbeitslosen bereits wenige Wochen nach Beginn der Arbeitslosigkeit stärkere Beeinträchtigungen aufwiesen als die später wieder in den Arbeitsmarkt eingegliederten. Weitere Studien ergaben, daß sich das gesundheitliche Befinden ehemaliger Arbeitsloser nach ihrer Wiedereingliederung ins Erwerbsleben nicht deutlich verbessert (*Büchtemann* Infratest, 1983), und daß eine fatalistische Haltung für arbeitslos gebliebene Frauen ebenso wie für wieder erwerbstätige charakteristisch ist (*Heinemann, Röhrig, Stadié* 1983).
Wie *Elder* und *Liker* (1982) zeigten, ist für die Frage langfristiger Folgen die Schichtzugehörigkeit als Indikator des »adaptiven Potentials« (*Elder* 1974) wichtig. Während die Frauen aus deprivierten Familien der Unterschicht noch rund vierzig Jahre nach der Weltwirtschaftskrise, die sie im jüngeren Erwachsenenalter erlebt hatten, ein geringeres Selbstwertgefühl und geringeres emotionales Wohlbefinden aufwiesen als die Frauen aus nicht-deprivierten Familien, hatten die Frauen der Mittelschicht sogar von den damaligen Erfahrungen profitiert. Ihr Selbstvertrauen scheint im Nachhinein durch die Bewältigung der familiären Aufgaben, häufig verbunden mit einem Eintritt in die Erwerbstätigkeit, gestärkt worden zu sein.
Ein solcher Vorteil hatte sich zunächst während der Dreißiger Jahre keineswegs gezeigt (*Elder* 1974). Im Gegenteil waren damals am ehesten noch die Frauen der Mittelschicht, die mit der sozialen Abwärtsmobilität ihrer Familie konfrontiert waren, in ihrem Befinden beeinträchtigt. Daß diesen Familien zunächst die Anpassung an die veränderte Lebenslage schwerer fiel als den Familien der Unterschicht, zeigt sich auch darin, daß die finanzielle Verknappung in den Familien der Mittelschicht in stärkerem Maße zu finanziellen Konflikten führte (*Liker, Elder* 1983).

4.3.2. Kindergeneration

Nach *Elder* (1979) standen für jene, die die Weltwirtschaftskrise als Kind erlebten (Berkeley-Kohorte), die Folgen der Verschiebung der Rollen zwischen Mutter und Vater bis ins frühe Erwachsenenalter im Mittelpunkt. Während die Abwertung des

Vaters bei den Jungen eine geringere Zielgerichtetheit und weniger Selbstvertrauen im Jugendalter zur Folge hatte, steht dem ein gegensätzliches Bild für die Mädchen gegenüber. Besonders ausgeprägt ist dieses Muster in den Mittelschichtfamilien, die den finanziellen Verlust als noch stärkere Veränderung in den Lebensbedingungen erfahren haben dürften als die Unterschichtfamilien. Hier zeigt sich auch für die Mädchen, daß die stärkere Anbindung an die Mutter den Vorteil der deprivierten Töchter fast vollständig erklärt.

Traf die Wirtschaftskrise hingegen im Jugendalter (Oakland-Kohorte), so waren die veränderten Entwicklungsperspektiven der Kinder wesentlich durch die Anpassungen in der Haushaltsökonomie und die hierdurch veränderte Rolle der Jugendlichen in der Familie bestimmt. Die Entwicklung der Jugendlichen ist vor allem von der Vorverlagerung erwachsenenähnlicher Verantwortungen geprägt: Der Erwerbsbeitrag zum Familieneinkommen begünstigte bei den Söhnen deprivierter Familien größeren Fleiß und finanzielle Verantwortlichkeit und eine stärkere Erwachsenenorientierung als bei den nicht-deprivierten männlichen Jugendlichen, während die vermehrte Einbindung der Töchter in den Haushalt eine stärkere Ausrichtung auf die zukünftige Rolle als Mutter und Ehefrau bewirkte. Vor allem die Jugendlichen der Mittelschicht scheinen langfristig von ihren Erfahrungen während der Wirtschaftskrise profitiert zu haben. Jene aus deprivierten Familien werden im Erwachsenenalter als deutlich kompetenter in der Bewältigung von Schwierigkeiten, im Belohnungsaufschub und in der Fähigkeit, von Erfahrungen zu profitieren, eingeschätzt (*Elder* 1974).

Die ursprünglich beeinträchtigte psychische Gesundheit im mittleren Erwachsenenalter scheint durch neue Erfahrungen in anderen Rollenkontexten kompensiert werden zu können (*Elder* 1979). Sogar die Söhne aus konfliktbelasteten Familien zeigen im Alter von 40 Jahren nicht mehr jene Probleme mit der psychischen Gesundheit, die zehn Jahre zuvor noch für die deprivierten im Vergleich zu den nicht-deprivierten gegeben waren. Ähnlich findet sich kein Nachteil in der späteren Berufskarriere der Söhne aus ehemals deprivierten Familien sowohl der Oakland- als auch der Berkeley-Kohorte, und auch die Töchter haben ebenso »erfolgreich« geheiratet wie die Töchter nicht-deprivierter Familien. Die schlechteren bildungsmäßigen Voraussetzungen, bedingt durch vorzeitigen Schulabgang, wurden durch frühen Erwerbseintritt und ein stabiles Karrieremuster kompensiert.

Negative Folgen der ökonomischen Belastungssituation, die die Berkeley-Kohorte in der frühen Kindheit erlebte, zeigen jedoch jene Analysen auf, die das damalige Problemverhalten der Kinder zum Ausgangspunkt nehmen (*Elder, Caspi, Downey* 1984; *Elder, Liker, Cross* 1984). Vermehrte Zornausbrüche und schwieriges Verhalten im Kindesalter sagen zwar nur in geringem Maße ein generelles Muster unkontrollierten Verhaltens im Erwachsenenalter vorher, setzen sich jedoch bei den Männern in einer instabilen Berufskarriere (Arbeitslosigkeit, häufiger Berufswechsel, Statusfluktuationen) fort und gingen bei Männern wie auch Frauen mit Problemen in der Ehe- und Elternrolle einher.

Wie für die Entwicklung allgemein gilt auch für die langfristigen Folgen ökonomischer Belastungen, daß eine vollständige Determination durch frühe Erfahrungen ausgeschlossen ist. Wie die unterschiedlichen und teils sogar gegensätzlichen Ent-

wicklungsmuster zeigen, scheint es sehr auf die in der eigenen Lebenswelt gegebenen Optionen anzukommen. Wer beispielsweise in der Adoleszenz durch die Umstände auf ein traditionelles Verständnis des Platzes von Mann und Frau in der Gesellschaft festgelegt wurde, wird sich in der Zukunft bestimmte Chancen eröffnen, andere aber verschließen. In diesem Sinne grenzen die berichtenden Forschungsergebnisse Risikofaktoren ein und benennen teilweise auch die Mechanismen der Veränderung. Inwiefern diese Erkenntnisse auch für die langfristige Zukunft der heute von Arbeitslosigkeit und ökonomischer Deprivation betroffenen Familien und ihrer Kinder gelten, läßt sich verständlicherweise nicht mit Sicherheit beantworten.

Die vielfachen Übereinstimmungen zwischen den klassischen Befunden aus den dreißiger Jahren und Ergebnissen der gegenwärtigen Foschung lassen allerdings erwarten, daß sich der soziale Wandel zwar in den Inhalten der Probleme, weniger aber in den Mechanismen und Folgen ihrer Bewältigung ausdrückt. Wie das Beispiel der Neuverteilung familiärer Rollen zeigt, gibt es Anpassungsprozesse, denen über historische Besonderheiten hinweg eine gewisse Universalität zukommt.

Literatur

Aldous, J.: Family careers. Developmental change in families. New York 1978 – *Andersons, R. N.:* Rural plant closures. The coping behavior of Filipinos in Hawaii. Family Relations. 1980, 511–516 – *Angell, R. C.:* The family encounters the depression. Gloucester, Mass. 1936 – *Baarda, B., de Goede, M., Frowijn, A., Postam, A. P. M.:* Summary of the results of a Dutch survey concerning the effects of unemployment on the family and children; Vortrag gehalten auf dem Zweiten Bremer Symposium Arbeitslosigkeit – Psychologische Theorie und Praxis, 7.–10. Oktober, Universität Bremen 1987 – *Bakke, E. W.:* The unemployed worker. Archon Books 1940 – *Baltes, P. B.:* Theoretical propositions of life-span developmental psychology: On the dynamic between growth and decline. Developmental Pschology. 1987, 611–626 – *Bentler, P. M.:* Drug use and personality in adolescence and young adulthood: Structural models with nonnormal variables. Child Development. 1987, 65–79 – *Brenner, S. O.:* Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und psychische Erkrankung. München 1979 – *Breuer, H., Schoor-Theissen, I., Silbereisen, R. K.:* Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Situation der betroffenen Familien; Unveröff. Literaturstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit. 1979 – *Brinkerhoff, D. B., White, L. K.:* Marital satisfaction in an economically marginal population. Journal of Marriage and the Familiy. 1978, 259–267 – *Brinkmann, C.:* »Belastung durch Arbeitslosigkeit: Finanzielle und psychosoziale Probleme der Arbeitslosigkeit«. Arbeitslosigkeit II: Psychosoziale Belastungen. Hg. *Kutsch, T., Wisewede, G.,* Königsstein/Ts. 1978, 96–131 – *Brinkmann, C.:* »Psychosoziale und gesundheitliche Folgen der Arbeitslosigkeit. Ergebnisse einer repräsentativen Längsschnittuntersuchung des IAB.« Individuelle und gesellschaftliche Kosten der Massenarbeitslosigkeit: Psychologische Theorie und Praxis. Hg. *Kieselbach, T., Wacker, A.,* Weinheim, Basel 1985, 186–206 – *Brinkmann, C., Spitznagel, E.:* Belastungen des Haushalts durch Arbeitslosigkeit. Hauswirtschaft und Wissenschaft. 1984, 256–263 – *Bronfenbrenner, U.:* Die Ökologie der menschlichen Entwicklung: natürliche und geplante Experimente. Stuttgart 1981 – *Büchtemann, C. F.*/ Infratest Sozialforschung: »Die Bewältigung von Arbeitslosigkeit im zeitlichen Verlauf: Repräsentative Längsschnittuntersuchung bei Arbeitslosen und Beschäftigten 1978–1982«. Forschungsberichte (Band 65). Hg. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Bonn 1983 – *Burr, W. R.:* Theory construction and the sociology of the familiy. New York 1973 – *Catalano, R. A., Dolley, D., Jackson, R. L.:* »Economic antecedents of help-seeking: Refor-

mulation of time-series tests«. Journal of Health and Social Behavior. 26. 1985, 141–152 – *Cavan, R.S.:* Unemployment – Crisis of the common man. Marriage and Family Living. 1959, 139–146 – *Cavan, R.S., Ranck, K.H.:* The family and the drepression. New York 1938 – *Conger, R.D., McCarthy, J.A., Yang, R.K., Lahey, B.B., Kropp, J.P.:* Perception of child, child-rearing values, and emotional distress as mediating links between environmental stressors and observed maternal behavior. Child Development. 1984, 2234–2247 – *Eisenberg, P., Lazarsfeld, P.F.:* The psychological effects of unemployment. Psychological Bulletin, 1938, 358–390 – *Elder, G.H.,* Jr.: Children of the Great Depression: Social change in life experience. Chicago 1974 – *Elder, G.H.,* Jr.: »Historical change in life patterns and personality«. Life-span development and behavior, Bd. 2. Hg. *Baltes, P.B., Brim, O.G.,* Jr. New York 1979 – *Elder, G.H.,* Jr., *Caspi, A., Downey, G.:* »Problem behavior and family relationships: Life course and intergenerational themes«. Human De velopment and the life course: Multidisciplinary perspectives. Hg. *Sorensen, A., Weinert, F.E., Sherrod, L.*. Hillsdale, NJ. 1984 – *Elder, G.H.,* Jr., *Caspi, A., Van Nguyen, T.:* »Resourceful and vulnerable children: Family influences in stressful times«. Development as action in context: Problem behavior and normal youth development. Hg. *Silbereisen, R.K., Eyferth, K.,* Heidelberg, New York 1986 – *Elder, G.H.* Jr., *Liker, J.K.:* »Hard times in women's lives: Influences across forty years«. American Journal of Sociology. 1982, 241–269 – *Elder, G.H.,* Jr., *Liker, J.K., Cross, C.E.:* »Parentchild behavior in the Great Depression: Life course and intergenerational influences«. Life-span development and behavior. Bd. 6. Hg. *Baltes, P.B., Brim, O.G.,* Jr., New York 1984, 109–158 – *Elder, G.H.,* Jr., *Van Nguyen, T., Caspi, A.:* Linking family hardship to children's lives. Child Development. 1985, 361–375 – *Estes, R.L., Wilensky, H.L.:* Life cycle squeeze and the morale curve. Social Problems. 1978, 277–292 – *Firebaugh, G.:* A rule for inferring individual-level relationships from aggregate data. American Sociological Review. 1978, 557–572 – *Flanagan, C.A.:* The effects of change in family work security on parent-adolescent dynamics. Manuskript. University of Michigan, Dearborn 1978 – *Frese, M., Mohr, G.:* »Die psychopathologischen Folgen des Entzugs von Arbeit: Der Fall Arbeitslosigkeit«. Industrielle Psychopathologie. Hg. *Freese, M., Greif, S., Semmer, N.,* Bern 1978, 282–339 – *Friedrich, H., Fränkel-Dahmann, I., Schaufelberger, H.-J., Streek, U.:* Soziale Deprivation und Familiendynamik. Studien zur psychosozialen Realität von unterprivilegierten Familien und ihre Veränderung durch ausgewählte Formen psychosozialer Praxis. Göttingen 1979 – *Galambos, N.L., Silbereisen, R.K.:* »Income change, parental life outlook, and adolescent expectation for job success«. Journal of Marriage and the Family. 1987a, 141–149 – *Galambos, N.L., Silbereisen, R.K.:* Influences of income change and parental acceptance on adolescent transgression proneness and peer relations. European Journal of Psychology of Education. 1987b, 17–28 – *Garbarino, J.:* A preliminary study of some ecological correlates of child abuse: The impact of socioeconomic stress on mothers. Child Development. 1976, 178–185 – *Gecas, V.:* »The influence of social class on socialization«. Contemporary theories about the family. Bd. 1. Hg. *Burr, W.R., Hill, R., Nye, F.I., Reiss, I.L.,* New York 1976, 365–404 – *Gelles, R.:* Family violence. Annual Review of Sociology. 1986, 347–367 – *Gore, S.:* »The effect of social support in moderating the health consequences of unemployment«. Journal of Health and Social Behavior. 1978, 157–165 – *Hansen, D.A., Johnson, V.A.:* »Rethinking family stress theory: Definitional aspect«. Contemporary theories about the familiy. Bd. 1. Hg. *Burr, W.R., Hill, R., Nye, F.I., Reiss, I.L.,* New York 1979, 582–603 – *Hareven, T.K.:* Family time and industrial time. The relationship between the family and work in a New England industrial community. Cambridge, Mass. 1982 – *Hartley, J., Fryer, D.:* »The psychology of unemployment: A critical appraisal«. Progress in applied social psychology. Hg. *Stephenson, G.M., Davis, J.H.,* New York 1984, 3–30 – *Hayes, J., Nutman, P.:* Understanding the unemployed: The psychological effects of unemployment. London, New York 1981 – *Heinelt, H., Wacker, A., Welzer, H.:* Arbeitslosigkeit in den 70er und 80er Jahren – Beschäftigungskrise und ihre sozialen Folgen. Archiv für Sozialgeschichte. 1981, 259–317 – *Heinemann, K., Röhrig, P., Stadie, R.:* Arbeitslose Frauen im Spannungsfeld von Erwerbslosigkeit und Hausfrauenrolle. Weinheim, Basel 1983 – *Hill, R.:* Families under stress. New York 1949 – *Hill, R.:* Generic features of families under stress. Social Casework 1958, 139–150

– *Hill, R., Mattesich, P.:* »Family development theory and life-span development«. Life-span development and behavior. Bd. 2. Hg. *Baltes, P. B., Brim, O. G.* Jr., New York 1979, 161–204 – *Hoffman, L. W., Manis, J. D.:* »Influences of children on marital interaction and parental satisfaction and dissatisfaction«. Child influences on marital and family interaction. Hg. *Lerner, R. M., Spanier, G. B.*, New York 1978, 165–213 – *Hormuth, S. E.:* »Transitions in commitments to roles and selfconcept-change: Relocations as a paradigm«. Role transitions. Hg. *Allen, V. L., Allen, van de Vliert, E.*, New York 1984, 109–124 – *Horwitz, A. V.:*The economy and social pathology. Annual Review of Sociology. 10. 95–119 – *Jackson, P. R., Stafford, E. M., Banks, M. H., Warr, P. B.:* »Unemployment and psychological distress in young people: The moderating role of employment commitment«. Journal of Applied Psychology. 68. 525–535 – *Jahoda, M.:* The impact of unemployment in the 1930s and the 1970s. Bulletin of the British Psychological Society. 1979, 309–314 – *Jahoda, M., Lazarsfeld, P. F., Zeisel, H.:* Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch. Frankfurt 1933 – *Jöreskog, K. G., Sörbom, D.:* LISREL V: Analysis of linear structural relationships by maximum likelihood and least squares methods. Uppsala 1981 – *Kasl, S. V., Cobb, S.:* »Blutdruckveränderungen bei Männern, die ihren Arbeitsplatz verloren: Ein vorläufiger Bericht. Arbeitslosigkeit: Individuelle Verarbeitung und gesellschaftlicher Hintergrund. Hg. *Kieselbach, T., Offe, H.*, Darmstadt 1979a, 184–221 – *Kasl, S. V. Cobb, S.:* »Some metal health consequences of plant closing and job loss«. Mental health and the economy. Hg. *Ferman, L. A., Gordus, J. P.*, Kalamazoo 1979b, 255–299 – *Kasl, S. V., Gore, S., Cobb, S.:* The experience of losing a job: Reported changes in health, symtpoms and illness behavior. Psychosomatic Medicine. 1975, 106–122 – *Kaufmann, H. G.:* Professionals in the search of work. New York 1982 – *Komarovsky, M.:* The unemployed man and his family: The effect of unemployment upon the status of the man in fifty-nine families. New York 1940 – *Larson, J. H.:* The effect of husband unemployment on marital and family relations in blue-collar families. Family Relations. 1984, 503–511 – *Lazarus, R. S.:* »Streß und Streßbewältigung – ein Paradigma«. Kritische Lebensereignisse. Hg. *Filipp, S. H.* München 1981 – *Lazarus, R. S., Launier, R.:* »Streßbezogene Transaktionen zwischen Person und Umwelt«. Streß – Theorien, Untersuchungen, Maßnahmen. Hg. *Nitsch, J. R.* Bern 1981, 213–259 – *Leventman, P. G.:* Professionals out of work, New York – *Liker, J. K., Elder, G. H.,* Jr.: Economic hardship and marital relations in the 1930s. American sociological Review. 1983, 343–359 – *Linnenbrank, H.:* Auswirkungen von Arbeitslosigkeit des Familienvorstands auf seine Kinder. Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung Nr. 3. Dortmund 1987 – *Madge, N.:* »Unemployment and its effects on children«. Journal of Child Psychology and Psychiatry, 24, 1983, 311–319 – *Marsden,. D.:* Workless. An exploration on the social contract between society and the worker. London 1982 – *McCubbin, H. I., Joy, C. B., Cauble, A. E., Comeau, J. K., Patterson, J. M., Needle, R. H.:* »Family stress and coping: A decade review«. Journal of Marriage and the Family. 1980, 855–871 – *McCubbin, H. I., Patterson, J. M.:* »Family stress and adaption to crisis: A double ABC-X model of family behavior«. Family studies review yearbook. Bd. 1. Hg. *Olson, D. H., Miller, B. C.* Beverly Hills 1983. 87–106 – *McKee, L.:* »Households during unemployment: The resourcefulness of the unemployed«. Give and take in families: Studies in resource distribution. Hg. *Brannan, J., Wilson, G.* London 1987, 96–116 – *Moen, P.:* »Unemployment, public policy, and families: Forecasts for the 1980s. Journal of Marriage an the Family. 1983, 751–760 – *Moen, P., Kain, E. L., Elder, G. H.,* Jr.: »Economic conditions and family life: Contemporary and historical perspectives«. American families and the economy: The high costs of living. Hg. *Nelson, R. R., Skidmore, F.* Washington, D. C. 1983, 213–259 – *Olson, D. H., McCubbin, H. I., Barnes, H., Larsen, A., Muxen, M., Wilson, M.:* Families. What makes them work. Beverly Hills 1983 – *Paukert, L.:* The employment and unemployment of women in OECD countries. Paris 1984 – *Pearlin, L. I., Lieberman, L. A., Menaghan, E. G., Mullan, J. T.:* »The stress process«. Journal of Health and Social Behavior. 337–356 – *Pearlin, L. I., Schooler, C.:* »The structure of coping«. Journal of Health and Social Behavior. 1978, 2–21 – *Pelzmann, L., Winkler, N., Zewell, E.:* »Antizipation von Arbeitslosigkeit«. Individuelle und gesellschaftliche Kosten der Massenarbeitslosigkeit: Psychologische Theorie und Praxis. Hg. *Kieselbach, T., Wacker, A.* Weinheim 1985 – *Pintar, R.:* »Betroffen-

heit durch Arbeitslosigkeit: Überblick über die veränderte Situation und das Verhalten von Arbeitslosen«. Arbeitslosigkeit II: Psychosoziale Belastungen. Hg. *Kutsch, T., Wiswede, G.* Königsstein/Ts. 1978, 14–95 – *Rockwell, R. C., Elder, G. H.,* Jr.: Economic deprivation and problem behavior: Childhood and adolescence in the Great Depression. Human Development. 1982, 57–64 – *Rollins, B. C., Galligan, R.:* »The developing child and marital satisfaction of parents«. Child influences on marital and family interaction. Hg. *Lerner, R. M., Spanier, G. B.* New York 1978, 71–105 – *Rutter, M.:* »Longitudinal data in the study of causal processes: Some uses and pitfalls«. the power of longitudinal data: Studies on risk and protective factors for psychosocial disorders. Hg. *Rutter, M.* Cambridgde, in press – *Schettkat, R.:* Aktion und Reaktion privater Haushalte auf veränderte Rahmenbedingungen. Hauswirtschaft und Wissenschaft. 1984, 251–255 – *Schindler, H.:* »Familie und Arbeitslosigkeit«. Arbeitslosigkeit: Individuelle Verarbeitung und gesellschaftlicher Hintergrund. Hg. *Kieselbach, T., Offe, H.* Darmstadt 1979 – *Schindler, H., Wetzels, P.:* »Subjektive Bedeutung familiärer Arbeitslosigkeit bei Schülern in einem Bremer Arbeiterstadtteil«. Individuelle und gesellschaftliche Kosten der Massenarbeitslosigkeit: Psychologische Theorie und Praxis. Hg. *Kieselbach, T., Wacker, A.* Weinheim, Basel, 1985 – *Schneewind, K. A.:* »Familienentwicklung«. Entwicklungspsychologie. Hg. *Oerter, R., Montada, L.* München 1987, 971–1016 – *Schneewind, K. A., Beckmann, M., Engfer, A.:* Eltern und Kinder: Umwelteinflüsse auf das familiäre Verhalten. Stuttgart 1983 – *Siegal, M.:* »Economic deprivation and the quality of parentchild relations: A trickle-down framework«. Journal of Applied Developmental Psychology. 1984, 127–144 – *Silbereisen, R. K., Walper, S.:* The role of social ties in coping with economic deprivation. Vortrag gehalten auf dem Second Biennial Meeting of the Society for Research on Adolescence, 25.–27. März. Alexandria 1988 – *Steinberg, L. D., Catalano, R., Dooley, D.:* Economic antecendents of child abuse and neglect. Child Development. 1981, 975–985 – *Sternheim, A.:* »Neue Literatur über Arbeitslosigkeit und Familie«. Zeitschrift für Sozialforschung. 1933, 413–420 (Nachdruck: 1980) – *Voydanoff, P.:*»Unemployment: Family strategies for adaptation«. Stress and the family. Hg. *Figley, C. R., McCubbin, H. R.* New York – *Waldman, E.:* Labour force statistics from a family perspective. Monthly Labour Review, 16–19 – *Walker, A. J.:* »Reconceptualizing family stress«. Journal of Marriage and the Family. 1985, 827–838 – *Walper, S., Silbereisen, R. K.:* »Familiäre Konsequenzen ökonomischer Einbußen und ihre Auswirkungen auf die Bereitschaft zu normverletzendem Verhalten bei Jugendlichen«. Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie. 1987a, 228–248 – *Walper, S., Silbereisen, R. K.:* Personal and contextual risk factors in coping with economic hardship. Vortrag gehalten auf den IXth Biennial Meetings of the International Society for the Study of Behavioral Development, 12.–16. Juli. Tokio 1987b – *Walper, S.:* Familiäre Konsequenzen ökonomischer Deprivation. München 1988 – *Warr, P.:* »Job loss, unemployment, and psychological wellbeing«. Role transitions« Explorations and explanations. Hg. *Allen, V. L., van de Vliert, E.* New York, London 1984, 263–285 – *Wood, Y. R.:* »Social support and social networks: nature and measurement«. Advances in psychological assessment. Vol. 6. Hg. *McReynolds, P., Chelune, G. J.* San Francisco 1984, 312–353 – *Zenke, K. G., Ludwig, G.:* »Über die Auswirkungen elterlicher Arbeitslosigkeit auf die Kinder und die Schwierigkeiten ihrer Erforschung«. Individuelle und gesellschaftliche Kosten der Massenarbeitslosigkeit: Psychologische Theory und Praxis. Hg. *Kieselbach, T., Wacker, A.* Weinheim/Basel 1985, 139–151.

Uta Gerhardt

Krankheit und Familie

Die Erörterung des Themas Krankheit ist zu Beginn der fünfziger Jahre erstmals in den Blickpunkt der Familiensoziologie getreten. Zwar hatten in den vierziger Jahren gelegentlich Studien über familiengeleistete Krisenbegegnung (*Koos* 1946; *Thurnwald* 1948; *Hill* 1949) auch das Thema Krankheit bzw. Tod berührt. Aber eigenständig entwickelte sich die soziologische Betrachtung des Verhältnisses Familie-Krankheit in den USA erst in den fünfziger Jahren, in Deutschland etwa ein Jahrzehnt später.

Die erste Perspektive des Verhältnisses Familie-Krankheit war an der Frage aufgehängt, welchen Beitrag Kernfamilien (Vater-Mutter-Kind(er)) zur Entstehung und Erhaltung vornehmlich psychischer bzw. psychosomatischer Erkrankungen leisten. Die Thematik entwickelte sich – ohne den Bezug zur Familiensoziologie zu verlieren – zum Arbeitsgebiet einer weltweit expandierenden Familientherapie. Deren theoretische Begründung wandelte sich von der Psychoanalyse zu einer der Kybernetik verpflichteten Systemtheorie (siehe 1.).

In den frühen sechziger Jahren – zunächst in England und den USA – geschah eine Rückbesinnung darauf, daß Familien nicht nur die von Parsons in den 40er Jahren (und der Chicago-Schule in den 30er Jahren) beschriebenen städtischen Kernfamilien sind. Der Blick öffnete sich für die Rudimente und Formen der Großfamilie(n), die in der städtischen Kultur westlicher Industrieländer unter anderem bei der Krisenbewältigung hervortreten, unter die auch der Umgang mit Tod und schweren Krankheiten zählt. Zugleich wurde erkannt, daß der vornehmlich seit den 20er Jahren analysierte Funktionsverlust der Familie mit entsprechender Übertragung der Krankenversorgung auf Arzt und Krankenhaus nie so vollständig geschah, daß nicht der Familie stets die Sorge für kleinere Krankheitsepisoden (*Thorbecke* 1975) sowie die Nachsorge bei Rehabilitanden verblieben wäre (*Vincent* 1963; *Litmann* 1974). In dieser Phase der Diskussion wurde die Familie als bei Krankheit aktivierbares Netzwerk sozialer Beziehungen neu bestimmt (siehe 2.).

Die dritte Perspektive auf das Verhältnis Familie-Krankheit schließt sich an diese Erkenntnis an. Seit Mitte der 70er Jahre in den USA und seit Anfang der 80er Jahre in der Bundesrepublik wird die Frage gestellt und durch Forschung positiv beantwortet, ob der Familie eine heilsame Wirkung bei der Verminderung der Erkrankungswahrscheinlichkeit nach Stress (oder Exposition gegenüber allgemein krankmachenden Einflüssen) sowie bei der Verbesserung der Rehabilitationschancen bei/nach schwerer Erkrankung zukommt. Die Einsicht setzt sich durch, daß soziale Unterstützung (vornehmlich durch familiäre oder familienähnliche Beziehungen) eine Krankheitsrisiken und Krankheitsfolgen neutralisierende protektive Kraft ist. Theoretisch berufen sich viele Studien dabei auf psychologische Hypothesen: Insbesondere die Pufferwirkung der Zufriedenheit (psychological wellbeing), die aus den Familienumwelten resultiert, wird herausgestellt (siehe 3.).

Mein Beitrag kann nur ein Aufriß der wichtigsten Denkrichtungen und ihrer

Entwicklung sein. Insbesondere versuche ich anzudeuten, daß die Perspektive der Nachkriegssoziologie sich in den letzten 35 Jahren geradezu »herumgedreht« zu haben scheint. Während früher Familie als mit Krankensorge überfordert und allenfalls als Grund für Entstehung und »Haben« von Krankheiten untersucht wurde, thematisiert man heute vornehmlich ihre heilenden und normalitätssichernden Einflüsse. Dazwischen liegt, daß der zuweilen heroische Einsatz der Familie für ihre Kranken erkannt und ihre Mittlerfunktion zur Medizin gewürdigt wurde. Insgesamt könnte man von einer Tendenz sprechen, früher in der Familie gesehene krankmachende Einflüsse heute nicht mehr hervorzuheben und stattdessen die früher aus der Familie hinausverlagert gesehene Funktion der Krankensorge »rückzuverlagern«. Am Schluß meines Beitrages stelle ich eine Hypothese auf, warum sich die soziologische Optik des Verhältnisses Familie-Krankheit in diesem Sinne gewandelt haben könnte.

1. Zum Problem familiärer Krankheitsentwicklung

Nachdem *Talcott Parsons* im Kapitel 10 seines 1951 veröffentlichten »The Social System« eine strukturell-funktionale Theorie der Arzt-Patient-Dyade als eines paradigmatischen sozialen Systems entworfen hatte, ergänzte er diesen Ansatz im darauffolgenden Jahr – zusammen mit *Renée Fox* – durch einen Aufsatz zum Problem »Krankheit, Therapie und die moderne städtische amerikanische Familie«. Dabei kam es darauf an, zu zeigen, daß die in der Krankenrolle – einer strukturell parallel zur Arztrolle verfestigten gesellschaftlichen Sonderposition für Kranke – enthaltene Verpflichtung zur ärztlichen statt familiären Krankenversorgung gesellschaftlich funktional ist. Damit waren zwei Vorgänge angesprochen: Erstens führten *Parsons* und *Fox* Gründe für jedes einzelne Familienmitglied (per Rolle Vater-Mutter-Kind) auf, sich mittels Krankheit den besonderen Spannungen und Widersprüchen seiner Position (zeitweise) zu entziehen. Zweitens führten *Parsons* und *Fox* an, daß die Verwöhnung von Kranken innerhalb der Familie jegliche Bereitschaft, wieder gesund zu werden, eher nachteilig beeinflußt; daher sei die Insulierung der Kranken von ihren Familien unerläßlich, zumal um zu sichern, daß nicht »Ansteckung« im Sinne epidemischer Krankseinsneigung resultiere. Sie benennen zwei unter den

»multiple reasons for which our society has seen fit to isolate the seriously ill patient from his family and the ranks of the non-sick in general. Most obvious among these is the phenomenal growth of scientific medicine in modern Western society – rendering the traditional home-remedy type of medical care obsolete by bringing in its wake teams of white-coated specialists, manifold test-tube procedures, an elaboration of machinery, and formal professional psychotherapy. Less apparent than these technological determinants, but fully as significant, are the socio-psychological reasons for which we have erected brick walls between the sick and the healthy: the special appropriateness of illness as a deviant expression in our society (hence, the danger of exposing the non-sick to bio-psychical ›infection‹), and the unique defenselessness of the American urban family when faced with the illness of one of its members« (1952, 39).

Mit anderen Worten: Die beiden Gründe für die Verlagerung der Krankensorge von der Familie auf die Medizin (Ärzte, Krankenhäuser) sind, (1) daß Krankheit

(auch) in der Familie entsteht, und (2) daß die moderne Kleinfamilie wenig fähig ist, Verlängerung und Ausnutzung des Krankseins bei einem (allen) ihrer Mitglieder zu verhindern. Dies wird hier mit dem Terminus der »bio-psychischen ›Ansteckung‹« angesprochen und anderwärts mit *Freuds* Begriff des »sekundären Krankheitsgewinns« (*Parsons* 1951, 477; 1964, 124).

Indem er die moderne städtische Kleinfamilie als teilweise krankmachend, teilweise krankheitsfördernd erkannte, knüpfte Parsons an die psychoanalytische Theorie und Praxis der vierziger Jahre in den USA an. Dort hatte *Frieda Fromm-Reichmann* 1940 erstmals die Figur der »schizophenogenen Mutter« beschrieben. Damit war gemeint, daß eine possessive Überfürsorglichkeit von Müttern in symbiotischer Dyade mit einem Sohn zu dessen schizophrener Dekompensation führen kann (siehe auch: *Prout/White* 1950; *Frazee* 1953). Der Gedanke wurde fortgeführt unter anderem von *Gregory Bateson* (1956), der in der Interaktion vornehmlich von Müttern mit ihren hospitalisierten schizophrenen Söhnen unlösbare Widersprüchlichkeit des Verhaltens auf unterschiedlichen Kommunikationsebenen erkannte; daraus resultiere eine »Doppelbindung«, d. h. Handlungszwang gepaart mit Handlungsunmöglichkeit (übersetzt mit »Beziehungsfalle« durch *Stierlin* (siehe *Selvini-Palazzoli* et al. 1979, 17)).

In dieser Form wurde der Gedanke familiärer Krankheitsförderung in Deutschland auf breiter Basis seit Ende der 60er Jahre rezipiert. Der von *Bateson* und anderen herausgegebene, 1969 übersetzte Band »Schizophrenie und Familie« (mit Aufsätzen auch der Autoren bzw. Forschungsteams *Lidz* und *Wynne* aus der Zeit 1956–1960 sowie der britischen Autoren *Searles* und *Laing*, die eine These des »Verrücktmachens« vertraten) wurde in der Bundesrepublik entscheidend für die Rezeption der vorwiegend neopsychoanalytischen (d. h. mehr auf Rollen- als auf Triebkonzepten begründeten) Ideen zur familiären Krankheitsgenese. Die Soziologie wandte sich dem Thema zunächst aus der Perspektive der kritischen Theorie bzw. »Frankfurter Schule« zu. Die Hauptfrage war dabei, wie eine familiäre Förderung oder Hemmung angemessener Individuation sozialisationstheoretisch zu denken sei.

Zwei Arbeiten markierten den Beginn dieser soziologischen Rezeption. 1968 veröffentlichte *Heide Berndt* einen Aufriß der amerikanischen Forschungen zur Ökologie und Epidemiologie psychiatrischer Erkrankungen seit den 30er Jahren (beginnend mit *Faris* und *Dunhams* Chicagostudie (1939) und ausgeführt bis zu den Arbeiten von *Clausen/Kohn* (1955), *Myers/Roberts* (1959) und *Rogler/Hollingshead* (1965)). *Berndt* kam zu der Überzeugung, daß Familie und soziale Schicht wesentliche Faktoren in der Schizophreniegenese darstellen. Sie resümierte:

> »Die Genese der psychiatrischen Erkrankungen läßt sich erst dann vollständig begreifen, wenn wir schichtenspezifische Faktoren im Sozialisationsprozeß der einzelnen nachweisen können. Dabei müssen wir zunächst – ohne Rücksicht auf die soziale Gruppenzugehörigkeit – die Familiendynamik geistig gestörter Personen betrachten« (1968, 46).

Die sozialisationstheoretische Ausgestaltung dieser These im Rahmen der kritischen Theorie der Gesellschaft gelang *Jürgen Habermas* (1968) in Zusammenarbeit mit *Ulrich Oevermann* als Interpret der angelsächsischen Literatur zur sozialen Genese von Psychosen. *Habermas* benutzte die Begriffe der neo-psychoanalytischen Ansätze von *Theodore Lidz* (1949, 1957, 1958) und *Lyman Wynne* (1958,

1961) – nämlich pseudomutuality und rigidity –, um darzutun, wie in der repressiven Gesellschaft (verkörpert durch die *Parsons*'sche Rollentheorie) psychiatrisch auffällige Verhaltensweisen aus strukturellen Zwängen in der Herkunftsfamilie resultieren können. In diesem Rahmen hielt *Habermas* weiterhin für möglich, zwischen normalen und pathologischen Familien zu unterscheiden. Er führte aus:

»Die Grundannahmen der Rollentheorie ... unterstellen, durch Vorentscheidungen auf der analytischen Ebene, einen Normalfall eingespielter Interaktion, der in Wahrheit ein pathologischer Grenzfall ist; nämlich volle Komplementarität der Erwartungen und des Verhaltens, die nur um den Preis der Unterdrückung von Konflikten zu erzwingen ist (pseudomutuality); ferner die Deckung von Definitionen der Rolle und Interpretation der Handelnden, die nur um den Preis des Verzichts auf Individuierung zu erreichen ist (rigidity) und schließlich die Abbildung der Norm auf der motivationalen Ebene verinnerlichter Rollen, die nur um den Preis einer zwanghaft automatischen Verhaltenskontrolle zu verwirklichen ist ... Die Pathologie der einzelnen enspricht der des sozialen Systems, in dem sich seine Persönlichkeitsstruktur gebildet hat.
Die Randbedingungen eines pathogenen Familiensystems sind mit den Persönlichkeitsstrukturen von Eltern gesetzt, die eine relativ schwache Identität erworben haben, also innerhalb eines gegebenen institutionellen Rahmens für das Rollenhandeln nur unvollständig qualifiziert sind« (1973, 127, 158f.).

In *Habermas'* Ansatz wurden zwei Gedanken miteinander verbunden, die teilweise getrennte Richtungen der seit den 70er Jahren verbreiteten Familientherapie begründet haben. Auf der einen Seite steht die Analyse von Rollenpathologien aus der Sicht der Neopsychoanalyse. Durch die Arbeiten *John Spiegels* (1957) und *Ezra Vogels* und *Norman Bells* (1960) wurde sie in die Familiensoziologie eingeführt: Unter anderem geht es um die These, daß ein als krank definiertes (und dem Arzt vorgeführtes) Familienmitglied als Indexpatient gesehen werden sollte, wodurch sich eine krankhafte Familienkonstellation anzeigt (»Verschiebung« z.B. eines elterlichen Konflikts auf ein als Sündenbock deklariertes Kind). In Deutschland hat *Horst-Eberhard Richter* (1963, 1970) Krankheiten von Erwachsenen auf überlastende unbewußte Rollenzumutungen durch die Eltern während der Kindheit zurückgeführt. *Helm Stierlin* (1978) hat daraus eine Theorie elterlicher Delegation von Schuld und Abwehr als Krankheitsursache entwickelt, *Eckart Sperling* (1982) diese auf Mehrgenerationen-Eltern-Kind-Abfolgen erweitert. Dabei kam auch die in den 60er Jahren vielbeachtete Anti-Psychiatrie ins Spiel. *Ronal Laing* und *David Cooper* hatten die These vertreten, daß in der »Nexifizierung« eines Kindes in der Familie die verständliche Ursache für scheinbar unverständliche psychotische Realitätsverschiebungen liege; insbesondere wurde die unbewußte Belastung eines Kindes mit den Identität Verstorbener oder problematischer Verwandter angeprangert (*Laing/Esterton* 1964; *Laing* 1969; *Cooper* 1971). Die Familientherapie, die aus solchen Ansätzen resultiert, ordnete *Josef Duss-von Werdt* (1976) als »angewandte Familiensoziologie« ein. Er schreibt:

»Der Therapeut geht in der Regel von der vollständigen Zweigenerationenfamilie als Modell, das heißt Maß, sowohl für defiziente wie für alternative Formen, aus. Der Grund ist wohl ein rein pragmatischer; die Fachsoziologie tut grundsätzlich dasselbe« (1976, 41).

Der zweite Ansatz, den *Habermas* ansprach, stellte den Systembegriff in den Mittelpunkt. *Habermas* sprach von der Familie als eines (eventuell pathogenen) Systems, innerhalb dessen sich die Persönlichkeitsstruktur des einzelnen bildet.

Ganz im Sinne dieser Sicht, jedoch ohne expliziten Bezug zu soziologischen Überlegungen, entwickelte eine italienische Forschungsgruppe in den frühen siebziger Jahren einen Ansatz zunächst zum systemischen Verständnis und zur therapeutischen Überwindung der Magersucht (Anorexia nervosa) und später auch schizophrener Psychosen (*Selvini-Palazzoli* 1974; *Selvini-Palazzoli* et al. 1981). Die systemische Familientherapie verläßt das Zweigenerationenmodell und auch die Idee der unbewußten elterlichen Rollenzumutungen (Erwartungsphantasien). Sie versteht Familien als Mehrgenerationenverbände aller Lebenden (und eventuell auch der Verstorbenen), und sie sieht das kranke bzw. zum Patienten werdende Familienmitglied als aktiven Teilnehmer am pathogenen Familiengeschehen (*Minuchin* 1974, 1979). Mit Ausnahme gelegentlicher Texte (*Gerhardt/Schloß* 1986) findet die systemische Familienauffassung bisher kaum Anerkennung in der soziologischen Krankheitsdiskussion. Ihr wird die psychoanalytisch begründete familiendynamische Sichtweise vorgezogen, weil – so *Klaus Rupp* (1981) – es bei der systemischen Orientierung um ein »Selbstmißverständnis« (1981, 94) gehe. *Rupp* befürwortet eine ideologiekritische Argumentation:

»Die Familientherapie kann der Familiensoziologie vor allem zu einer differenzierteren Betrachtungsweise der interpersonalen Dynamik konkreter familiärer Interaktionen und deren Beeinflussung verhelfen. Sie macht aufmerksam, daß Familienkonflikte alltäglich sind, daß das bewußte Erleben und Auseinandersetzen mit Konflikten – und das gilt auch für Politiker und Wissenschaftler – meist hilfreicher ist als das Ausbreiten eines harmonischen Deckmantels über unser Familienleben« (1981, 101).

Damit verwischt sich indessen die Antwort auf die Frage, wie die Genese psychiatrischer oder anderer Erkrankungen in der Familie konkret aussieht. Das Differenzierungskriterium geht verloren, das pathogene Familien von normalen unterscheidet (bzw. Familien mit kranken von solchen mit nicht-kranken Mitgliedern). Allerdings gibt es einen Erklärungsansatz in der Medizinsoziologie, der diese Unterscheidung auf nicht-psychoanalytischer Basis ermöglicht, indessen dabei die Allgemeinheitsebene verläßt, auf der die familientherapiebezogene Familiensoziologie bisher argumentiert hat. Eine Forschungsgruppe aus Psychiatern und Soziologen am Londoner Maudsley Hospital fand in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren, wie der Einfluß der Familie auf die Rückfälligkeit bei schizophrenen Psychosen aussieht. *George Brown* (1969) stellte heraus, daß gegen die »Normalisierungsthese« einer von außen durch das Familienleben induzierten Schizophrenie eine These der auch vorhandenen Prädisposition gestellt werden muß. Dadurch tritt die Frage in den Vordergrund, welche Seiten des Familiengeschehens einen schizophrenen Zusammenbruch hindern oder fördern. *Brown* (1972) wies nach, daß ein hoher Grad »expressed emotion« (gefühlsmäßig ausdrucksstarker gegenseitiger Beurteilungen) innerhalb einer Familie dazu beiträgt, daß bei einem Ex-Patienten Rückfälle wahrscheinlich werden. *C. E. Vaughn* und *J. P. Leff* (1976) zeigten, daß hohe »expressed emotion«-Werte, zusammen mit häufigem Familienzusammensein und Nichteinnahme von Medikamenten bei fast 100 Prozent der Schizophrenen mit Wiedereinweisung ins Krankenhaus während einer 9-Monatszeit nach Entlassung korrelierten. In einer Nachinterpretation der Daten *Browns* zeigte *James Greenley* (1986), daß die Variable familieninterner Kontrolle als kausal für die Wiedereinweisung angesehen werden kann.

Im Überblick über die Arbeiten zur familiären Krankheitsentstehung ist zweierlei zu sagen:

(1) Ihre soziologische Grundlegung datiert großenteils aus den fünfziger Jahren, vor allem der starke Einfluß der Psychoanalyse auf das soziologische Denken z. B. bei Talcott Parsons.

(2) Nur wenige empirische Studien können bisher als methodisch befriedigend und soziologisch kompetent anerkannt werden; sie prüfen Hypothesen, die nicht eine biologische Begründbarkeit des Krankheitsgeschehens ausschließen.

2. Krankheitssorge und (erweiterte) Familie

Die fünfziger Jahre waren beherrscht von zwei Annahmen, abgeleitet aus *Parsons'* Arbeiten der frühen vierziger Jahre (1942, 1943), diese wiederum gestützt auf *Williams Ogburns* Thesen über sozialen Wandel (1922, 1929): (1) Funktionsverlust (inklusive Verlagerung der Krankheitsversorgung auf die Medizin), (2) Reduktion auf einen Zweigenerationenverband (mit Eingenerationenstruktur nach der »Kinderaufzuchtsphase«). Bereits 1953 untersuchte *Marvin Sussman* die Hilfe-Verbindungen zwischen entfernt wohnenen Eltern und ihren (erwachsenen) Kindern der Mittelschicht (wobei Krankenpflege ein wichtiger Anlaß war). Gegen Ende der fünfziger Jahre stellte er provokativ die Frage, ob die Thesen bzgl. auf Residualfunktionen reduzierter Kleinfamilie lediglich ein idealisiertes Modell bezeichneten (»fiction«), dem man die tatsächlichen Verhältnisse (»facts«) entgegenhalten müsse. Beispielsweise, so wies er nach, leisteten Familienangehörige Krankheitshilfe in 80 Prozent der untersuchten Fälle, wobei sich eine erweiterte (Dreigenerationen-) Familienstruktur über geographische Distanzen hinweg aktivierte (*Sussmann* 1959). Die Angaben treffen sich mit den Ausführungen *Elisabeth Botts* (1957), die auf die schichtenmäßig unterschiedenen Formen »moderner« Großfamilien (Family and Social Network) in England hingewiesen hatte. In den folgenden Jahren zeigten andere Autoren ebenfalls, daß die traditionellen Familienfunktionen (inklusive Krankenversorgung) in den städtischen Industriegesellschaften neue Formen angenommen haben, die der geographischen und beruflichen Mobilität angepaßt sind und nach sozialen Schichten variieren (*Litwak* (1960); *Sussman/Burchinal* 1962; *Litwak/Szelenyi* 1969). Auf diesen Untersuchungen bauten spätere Studien auf, die die bei Krankheit geleistete Hilfe nach Verwandtschaft (vornehmlich eigene Familie), Nicht-Verwandtschaft (Freunde, Nachbarn) und öffentlichen Stellen unterschieden; dabei wurde u. a. gefunden, daß später erfolgreich Rehabilitierte vornehmlich Verwandtschafts- und fast nie Hilfen von öffentlichen Stellen suchten (*Croog* et al. 1972; *Smith/Mydanik* 1980).

Allerdings blieb bis in die sechziger Jahre ein »afamily bias« der soziologischen Forschung über Krankheit wirksam, wie *Clark E. Vincent* (1963) in einer Übersicht über vernachlässigte Themenbereiche formulierte. Er stellte fest, daß – zunächst seit Ende der 50er Jahre durch die Einführung der Sozialpsychiatrie – gemeindebezogene Behandlungsmodelle entwickelt wurden, die mit den seinerzeit verbreiteten Auffassungen über familiären Funktions- und Kompetenzverlust unvereinbar hätten sein müssen. Er schrieb:

»There appears to be a contradiction between (a) the current trend back toward the home and family treatment setting and (b) the notion that the sick-care functions are incompatible with the organization if not the goals, of the modern family« (1963, 113).

Die Familienfunktion, die sich bei Krisenhilfe und Krankensorge im geographisch weitverstreuten Mehrgenerationenverband zeigte, wurde von *Vincent* (1966) auf den Begriff gebracht: »Familia Spongia: The Adaptive Function«. Damit war angesprochen, daß im ökonomischen, reproduktiven und auch Krankheitsbereich Familie – als Institution – flexibel an ihre gesellschaftliche Welt angepaßt ist. Bei Ausfall, Versagen, Rückzug oder Abbau außerfamilialer Krankensorgeinstitutionen werde »automatisch« mehr Verantwortung und Arbeit in den Familien für ihre Kranken übernommen, während bei Ausbau und Überhandnehmen medizinischer und anderer Dienste »automatisch« ein Rückzug des Familiengeschehens auf rudimentäre Krankheitssorge stattfinde. Entsprechend bedeute die Gemeindepsychiatrie, so *Vincent*,

»that the family is expected to adapt to the return of its mentally ill or emotionally disturbed members, just as it was expected to adapt to the return of the parolee member of the family several decades ago« (1966, 43).

Den Gedanken weiterführend kamen *Uta Gerhardt* und *Hannes Friedrich* (1982) in einem »Versuch einer soziologischen Standortbestimmung« des Familienthemas bzgl. chronischer Erkrankungen zu der Auffassung, daß die »Familia spongia« eine Form des Coping mit – vor allem chronischer – Krankheit verkörpert: Coping entlastet einerseits andere Institutionen, andererseits spiegelt es die gesellschaftliche Verpflichtung der Familie (als Institution) zur Krisenbewältigung notfalls bis an den Punkt der Zerreißprobe. Die optimale Familienform, was Coping mit Krankheit betrifft, wurde von *Lois Pratt* (1976) als »energized family« beschrieben. In ihr, so zeigte sie anhand empirischen Materials, ist jedes Familienmitglied dauernd um beste Lösungen anstehender Probleme unabhängig von bisherigen Praktiken bemüht, und jeder handelt innerhalb und außerhalb der Privatsphäre als verantwortliches Individuum – insgesamt also in einer Familienatmosphäre, die ihrerseits mehr oder minder autonome Individuen verbindet.

Als Fazit dieser Diskussion ergab sich die Einsicht, daß die Familie nie vollständig aus ihrer Krankenfunktion verdrängt worden ist. Jetzt zeigte sich – zumal die neuen gesundheitspolitischen Konzepte der sechziger und siebziger Jahre dazu anregten – daß die Leistungsfähigkeit der Familie (als Institution) bei Krisen- und Krankensorge bisher unterbewertet worden war. Das Krankheitsbewältigungspotential der Familie geriet nun ganz ins Blickfeld. In Deutschland legte *Rupprecht Thorbecke* (1975) einen sorgfältigen Aufriß der Literatur vor, die die stets bei der Familie verbliebene Sorge für akute »kleinere« Krankheitsepisoden vor allem für die Arbeiterschicht dokumentierte.

Eine repräsentative Untersuchung, ergänzt durch eine Intensivbefragung von 87 Haushalten, erbrachte Daten über das Ausmaß der Gesundheitsselbsthilfe insgesamt und auch der Erfahrungen, die Familien mit der Krankensorge gemacht hatten (*Grunow* et al. 1983, 1984).

Insgesamt läßt sich die Krankensorgefunktion der Familien – als Institution – in zwei Aspekte zerlegen. Zum einen wird der Zugang zur medizinischen Versorgung

– also der Entschluß, Krankheiten überhaupt ärztlicher Hilfe zu überantworten – familiär gesteuert und überwacht. Zum anderen wird das tatsächliche Leben mit den versorgten Kranken – außer bei Krankenhaus- oder Pflegeheimaufnahme – nach wie vor in der Familie geleistet, diesseits und jenseits der in medizinische Aufsicht genommenen Körper- bzw. Gemütsvorgänge. Der erste Themenkreis wird unter dem Stichwort Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen, der zweite unter Rehabilitation in der Literatur behandelt.

Bei Inanspruchnahme hat schon *Eliot Freidson* (1961) gezeigt, daß das Beziehungsnetzwerk von Verwandten und Bekannten (mit Zentrum Familie) einerseits bei Beschwerden als erster Kreis der Ratgeber dient, ob ein Arzt und welcher aufgesucht wird. In seinem 1970 erschienenen Buch »Profession of Medicine« (übersetzt 1979) weitete *Freidson* diese Einsichten zu einer wissenssoziologisch argumentierenden Gegenüberstellung der ärztlichen und Laienkonstruktion von Krankheit aus. Auch das Team an der Universität Berkeley, das in den 50er Jahren und frühen 60er Jahren die Bedeutung der Geisteskrankheit für die Familie und die Schwelle der Hilfe-Inanspruchnahme untersuchte, kam zu der Einsicht, daß eigentümliche Definitionsspielräume für Krankheiten in den untersuchten Familien bestanden. Diese erwiesen sich als so weit, daß man schließlich regelrechte Verleugnungsphasen angesichts offenkundig bereits pathologischer Verhaltensweisen feststellte, die erst durch Krisenereignisse »gesprengt« wurden, woraufhin dann ärztliche Leistungen einsetzten (*Yarrow* et al. 1955; *Schwartz* 1957; *Sampson* et al. 1962). In den 70er Jahren wurde das Thema u. a. in England von *David Robinson* (1971) sowie *Gerry Stimson* und *Barbara Webb* (1975) aufgegriffen. Sie konnten zeigen – durch Zerlegung des Hilfesuchvorgangs für Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen in Phasen –, daß vor allem bei der Vorbereitung ebenso wie der Nachbereitung des tatsächlichen Arztbesuchs (den der Patient allein tut) starke Einflüsse von Familienmitgliedern und Verwandten ausgehen. Diese sind ausschlaggebend dafür, ob der Patient die ärztlichen Verordnungen ernst nimmt und einhält. Unter anderem hat *Angelo Alonzo* (1986) gezeigt, daß die selektive Intervention der Familie, Bekanntschaft und Nachbarschaft auf den Entschluß zur Heranziehung eines Arztes selbst dann noch wirksam ist, wenn jemand eine lebensbedrohliche Episode einer koronaren Herzkrankheit hat.

Das zweite Thema, das sich in den Zusammenhang familiären Krankheits-Coping stellt, ist Rehabilitation. Dabei werden zunächst (seit den 60er Jahren) Rollenverschiebungen beschrieben, die sich bei (diagnostizierter und daher den Familienmitgliedern bewußter) Krankheit nicht vermeiden lassen. Da ein Mitglied unfähig oder behindert ist, in der Kernfamilie jede Rolle nur einmal besetzt ist, muß eine ausgleichende »Rollenverwischung« (*Adams* 1975, 255 ff.) stattfinden oder Funktionenversagen (Familienzusammenbruch) resultieren – falls nicht das kranke Familienmitglied durch jemanden aus der »erweiterten Familie« regelrecht ersetzt wird. Dies gilt allerdings unterschiedlich für die verschiedenen Rollen. Schon *Vincent* (1963) wies auf die andersartige Belastung der Familie bei Erkrankung eines Vaters, einer Mutter, eines Kindes hin, und er erwähnte auch, daß Familien z. B. in den Armutsgebieten der Appalachen bei Arbeitslosigkeit des Mannes jene Umschichtung auf Erwerbstätigkeit der Frau zeigen, die auch bei chronischer Erkrankung des

männlichen Haushaltsvorstands nicht selten gewählt wird. *Theodor Litman* (1966) fügte dem die Überlegung hinzu, daß die Selbstkonzeption der Betroffenen nur eine begrenzte Bandbreite innerfamiliärer »Rollenverwischung« erlaubt. Die Belastung für das Beziehungsklima innerhalb der Familie, die von unerfüllbaren Neuorientierungsverpflichtungen ausgeht, sah *Hilda Versluys* (1980) als Anlaß für Hilfe von Seiten eines Sozialarbeiters. Denselben Gedanken vertraten *Phillis Caroff* und *Mildred Mailick* (1985), die durch den Titel ihres Aufsatzes (aber weniger den Inhalt) auf *Henry B. Richardsons* bereits im Jahre 1945 erschienene Studie mit dem einprägsamen Titel »Patients Have Families« hinwiesen.

In Deutschland wurde dies zunächst von *Hannes Friedrich* und seinem Forschungsteam unter dem Gesichtspunkt ehelicher Beziehungskonstellationen in einem 1980 erschienenen Projektbericht behandelt. Dabei ging es weniger um den Gesichtspunkt Rehabilitation und mehr um die Formen des ehelichen Umgangs mit Krankheit, insbesondere Diabetes, Herzinfarkt und multipler Sklerose. Die Bedeutung, die das Göttinger Forschungsteam jeweils dem Selbstbild und Fremdbild des Partners innerhalb der Ehe zumaß, zeigte allerdings an, daß die Verbindung zur psychoanalytisch begründeten Familientherapie dabei erkenntnisleitend ist.

Man kann indessen auch eine nicht-psychologische Behandlung des Rehabilitationsthemas versuchen. Unter dem Stichwort Familienrehabilitation diskutieren einige Arbeiten unseres Forschungsteams, daß nicht ein in die eine oder andere Richtung verlaufender Anpassungsprozeß entweder des Kranken an die Familie oder der Familie an den Kranken stattfindet, sondern daß die Familie als ganzes (bzw. die Ehe als Lebenseinheit) einen Rehabilitationsvorgang durchmacht (*Gerhardt* 1985, 1986; *Kirchgässler/Matt* 1987). Diese Auffassung kann sich unter anderem auf *Edward Olsen* (1970) berufen, der die ursprünglich von *Reuben Hill* (1949) und später von *Hansen* und *Hill* (1964) herausgestellten homeostatischen Prozesse der Krisenbewältigung auch bzgl. der Wirkung schwerer Erkrankungen auf das Familiensystem fand. Diese Denkrichtung wurde von *Fred Davis* (1974) sowie *Anselm Strauss* und *Barney Glaser* (1975) im Rahmen der »Grounded Theory« zu der Überlegung weiterentwickelt, daß Normalisierung ein Hauptziel familiärer Vorgänge bei chronischer Erkrankung ist. Damit ist gemeint, daß Familien eine Form finden, wie sie sich weiterhin als normale Familien begreifen können, auch wenn in ihrer Mitte durch einen chronisch Erkrankten oder Behinderten scheinbar ein Anlaß für Beziehungs- oder Strukturpathologien besteht. *Margaret Voysey* (1975) dokumentierte, daß die Darstellung (Accountbildung) der Familien von Behinderten als normal aus ethnomethodologischer Sicht gut begründet werden kann. *Gerhardt* und *Brieskorn-Zinke* (1986) zeigten, mittels welcher Umschichtungs- und Definitionsvorgänge diese Normalisierung bei Familien gelingt, die chronisches Nierenversagen des Mannes/Vaters zu Hause mit Heimdialyse behandeln. Bezüglich der Familienrehabilitation geht es bei unserem Ansatz vor allem darum, ein genuin soziologisches Konzept zu entwickeln. Dieses wendet sich der Erhaltung der Statuslage der Familie trotz chronischer Erkrankung des Vaters/Haushaltsvorstandes zu, unter der Perspektive des sozialökonomischen Coping (d. h. der Existenzgestaltung der Familie). Die am Krankheitsbild chronischen Nierenversagens gewonnenen Einsichten werden neuerdings durch eine Untersuchung der Familienrehabi-

litationsvorgänge bei Patienten mit aortokoronarem Bypass weiterentwickelt (*Gerhardt/Kirchgässler* 1987). In vielem ist diesem Ansatz eine Arbeit verwandt, die anhand der Wahrnehmung von ärztlichen Beratungsangeboten nach Herzinfarkt zeigt, wie stark eheliche Normalisierung im Fortschreiten der Rehabilitation einem eigendynamischen biographischen Prozeß unterliegt (v. *Grote-Janz* et al. 1987). Diese Einsicht ergibt sich auch aus *Edward Speedlings* Langzeitbeobachtung von acht Familien nach Herzinfarkt (*Speedling* 1982).
Im Überblick über die Arbeiten zur familiären Krankheitssorge haben sich zwei Themenschwerpunkte ergeben:

(1) Die theoretische Diskussion über den Funktionsbereich der Familien in der Industriegesellschaft wird durch den Nachweis belebt, daß neue Formen der erweiterten Großfamilie sich am Beispiel der Krankensorgefunktion zeigen lassen.
(2) Die empirischen Studien der Krankensorgeleistungen im einzelnen thematisieren erstens den Einfluß der Familie darauf, ob ein Befinden überhaupt als Symptom einer Erkrankung wahrgenommen (ernstgenommen) und entsprechend in ärztliche Behandlung gestellt wird. Zweitens klären diese Studien die Formen (und Fährnisse) der Krankheitsbewältigung in der Familie, mit besonderer Blickrichtung auf die Probleme der Normalisierung und Rehabilitation.

3. Familie und Unterstützung hinsichtlich Gesundheit

Die Erfassung der Familienbeziehungen unter dem Begriff soziale Netzwerke hat sich seit den fünfziger Jahren durchgesetzt. Dabei wurden zunächst besonders Geselligkeit und alltägliche Unterstützung durch kleinere Arbeitsleistungen untersucht (*Bott* 1957), doch bald auch die Krisenbewältigungshilfen erkannt, die in einem regelmäßig genutzten oder sporadisch verfügbaren Beziehungsnetz liegen (siehe u. a. *Litwak*; *Sussman*; *Hill* in den sechziger Jahren). Die Gesundheitsleistungen der Familie wurden dabei bis in die siebziger Jahre als Ressourcenverstärkung hinsichtlich Geld, seelischer Kräfte (»moral support«) und anlaßbezogener Hilfsdienste (»services«) verstanden. Eine darüber hinausgehende Wirkung von Familienleistungen auf das Krankheitsgeschehen und die Rehabilitationsaussichten wurde explizit verneint. So bekräftigten beispielsweise *Sydney Croog* und *Sol Levine* (1982) in ihrer Nachuntersuchung acht Jahre nach Herzinfarkt, basierend auf ihrer Erststudie, die das erste Jahr nach Herzinfarkt behandelte (*Croog/Levine* 1977), daß keine positive Wirkung der Familien-(Ehe)-Beziehungen auf die Krankheitsverläufe und Rehabilitationschancen nachweisbar wäre.
Diese Auffassung steht allerdings heute in der Literatur eher allein. Seit Mitte der 70er Jahre hat sich die Überzeugung durchgesetzt, daß Familienbeziehungen eine eindeutig nachweisbare Auswirkung auf Krankheitsgeschehen und Rehabilitationserfolg haben. Der Argumentationsrahmen wurde zunächst von *Sidney Cobb* (1976) gesteckt, dessen Präsidialansprache vor der American Psychosomatic Society die These ausführte, daß soziale Unterstützung – erwachsend aus Kontakten innerhalb des familiären, Verwandtschafts-, Freundschafts- und Nachbarschaftsnetzwerkes –

als ein gesundheitssichernder Puffer zwischen Lebensstress (life stress) und Krankheit angesehen werden muß. Dieselbe These legten *Angela Finlayson* und *James McEwen* (1977) einer empirischen Studie über schottische Herzinfarktpatienten zugrunde. Zwölf Monate nach dem Infarkt waren unter diesen mehr Patienten zur Arbeit zurückgekehrt, deren Frauen während der Krisenzeit und danach viel soziale Untersützung vor allem von verwandtschaftlicher Seite erfahren hatten. Die protektive Wirkung sozialer Unterstützung wurde auch bei Arbeitslosen belegt: *Susan Gore* (1978) zeigte, daß Erwerbslose mit hoher Unterstützung weniger Erkrankungen aufwiesen. Die Ergebnisse betreffen somatische ebenso wie psychische Erkrankungen. *Nan Lin* et al. (1979) wiesen nach, daß psychiatrische Symptome positiv mit Stressoren (stresshaltigen Lebensereignissen) korrelieren, jedoch negativ mit sozialer Unterstützung. Auch Überlebensfrist insgesamt würde mit sozialer Unterstützung in Verbindung gebracht. In einer 9-Jahres-Follow-up-Studie des Alameda-County-Gesundheitsprojekts konnten *Lisa Berkman* und *Leonard Syme* (1979) zeigen, daß die höchste Nichtüberlebensrate bei der Personengruppe zu verzeichnen war, die auf dem Social-Network Index die geringsten Werte sozialer Unterstützung zum Zeitpunkt der Erstbefragung aufgewiesen hatte. Die Literatur zu diesem Thema hat in der Zeit seit Ende der 70er Jahre einen kaum überschaubaren Umfang erreicht, so daß es sich verbietet, hier noch weitere Studien im einzelnen anzuführen. Der Tenor der Diskussion ist deutlich: Soziale Isolierung fördert Krankheit, soziale Unterstützung erleichtert Gesundheit und Rehabilitation. Für die ersten fünf Jahre der Debatte sei auf den Überblick über die Literatur verwiesen, den ein Autorenteam der University of North Carolina vorlegte, wo auch der Bezug zur sogenannten »Life-event«-Forschung herausgestellt wird (*Broadhead* et al. 1983).

Von Interesse sind vor allem die Mechanismen, mit deren Hilfe Familie (als funktionierendes System erreichbarer Hilfen und Kontakte) dazu beiträgt, daß eine bestehende Krankheit besser überwunden werden und eine neue schwerer auftreten kann. Zwei Thesen werden – soweit ich die Literatur überschaue – augenblicklich vertreten. Die eine beruft sich auf die sogenannte Psychoneuroendokrinologie (*Riley* 1981), die ihrerseits behauptet, hormonale und Immunabwehrprozesse seien von äußeren Bedingungen, z. B. der Familienumwelt oder der Arbeitswelt, mitbeeinflußt. Mängel der letzteren, insbesondere Überlastungs- und Stress-Situationen schlagen demgemäß gewissermaßen in mangelnde Resistenz gegenüber Infektionen oder in Bluthochdruck, Hyperlipidämie oder andere Risikofaktoren für koronare Herzkrankheiten um. (Die Arbeiten, die die Geltung der These auch für das Krankheitsbild Krebs behaupten, möchte ich nicht referieren, da sie wissenschaftlich dubios sind). In Deutschland haben diese These vor allem *Johannes Siegrist* (und Mitarbeiter) und jüngst auch *Karin Siegrist* vertreten. Sie wollen nachweisen, daß Herzinfarkt und ungenügende soziale Unterstützung im multifaktoriellen Erklärungsansatz kausal miteinander zu verbinden sind (*H. Siegrist* et al. 1980; *McQueen/Siegrist* 1982; *K. Siegrist* 1986).

Die zweite These setzt eine intervenierende Funktion der psychischen Gesundheit bzw. der Zufriedenheit, die zwischen den Stressoren und dem Krankheitsgeschehen vermittelt. Daraus leitet sich die Aussage ab, daß soziale Unterstützung als Puffer zwischen Belastung und Erkrankung wirke, weil die psychische Gesundheit und die

ihr entsprechende Zufriedenheit dazu beitrage, Ängste und Stressgefühle des Patienten zu senken. Dies wiederum bedeute Schutz vor krankmachenden Einflüssen (siehe Psychoneuroendokrinologie), weil Angstgefühle und Verunsicherungen ihrerseits ansonsten krankheitsfördernd wirken würden. In Deutschland wird diese These beispielsweise von *Bernhard Badura* und seinem (bisherigen) Forschungsteam vertreten. Sie brachten Anfang der 80er Jahre einen Überblick über die relevante Literatur zum Unterstützungsphänomen bzgl. chronischer Krankheit heraus und setzten ihre Arbeit mit einer Untersuchung an einer repräsentativen Stichprobe überlebender Herzinfarktpatienten des Jahres 1980 fort (*Badura* 1981; 1987). In einem 1985 veröffentlichten Aufsatz leitete *Badura* aus seiner Forschung die Kritik ab, daß die soziologische Handlungstheorie ein Defizit aufweise, solange sie die für die Krankheitsbewältigung relevanten psychischen Prozesse ins Vorfeld soziologischer Analyse verbanne. Stattdessen, so Badura, solle man erkennen:

»›Affektuelles Handeln‹ (Max Weber) wie liebevolle Zuwendung, Trost und Zuspruch kann die seelischen Folgen einer Krankheit mindern oder ihre Bewältigung erleichtern helfen« (1985, 339).

Hier wird der Handlungstheorie vorgehalten, daß Emotionen in ihren Bereich gehören, weil auf gesellschaftliche Umweltbedingungen meßbar regelmäßig emotional reagiert wird und dies sich auch (für den Handelnden und andere) positiv oder negativ auswirkt. Die Familie wird dabei modellhaft als hauptsächlicher Hort emotionaler Geborgenheit angesehen, eine Funktion, von der dann empirisch festgestellt wird, wie gut oder schlecht sie erfüllt wird. Der Arbeitsplatz gilt demgegenüber eher als Quelle verunsichernder Ängste und emotionaler Anforderung. Die Idealisierung der Familie geschieht durch ihre Identifizierung als wahrscheinlichster Ort für gesundheitsstärkende Unterstützung. Andere Forschung modifiziert diese These nicht grundsätzlich, wenn sie zeigt, wie viele Familien kein Hort der Stresslosigkeit sind, schon aufgrund der unvermeidlichen familienbiographischen Lebenskrisen (*McCubbin/Figley* 1985). Die theoretische Position, die sich dabei andeutet, ist jedoch nicht frei von psychologischem Reduktionismus. Denn solange auch die psychologischen Phänomene im Krankheitsbereich, sofern sie regelmäßig meßbare Beziehungen zu sozialen Faktoren aufweisen, ins Einzugsgebiet der Soziologie gebracht werden, kann zwischen Gesellschaftswissenschaft und Psychologie nicht klar unterschieden werden. Wie ungenau zumal einstweilen die Definition der untersuchten Unterstützungsprozesse und ihrer mutmaßlichen Wirkung ist, haben *Ronald Kessler* und *Jane McLeod* (1985) am Beispiel der Beziehung sozialer Unterstützung zu psychischer Gesundheit in Gemeindestudien herausgestellt. Daß auch die medizinische Begründung der behaupteten Beziehung zwischen psychosozialen Meßgrößen und Gesundheit bisher unbefriedigend ist, hat *Klaus Kirchgässler* (1985) in einem Essay angesprochen. Die Rückschlüsse von korrelationsstatistisch gesicherten Beziehungen zwischen sozialem Netzwerk und Krankheitsparametern auf der einen Seite auf reale Vorgänge der Krankheitshemmung oder -förderung durch familiäre Vorkommnisse und Strukturen auf der anderen Seite sind bisher noch nicht in einem angemessen theoretisch differenzierten Ansatz abgesichert worden.
Im Überblick über die Arbeiten zur direkten gesundheitsrelevanten Auswirkung der Familie hat sich zweierlei gezeigt:

(1) Die teilweise mit Stresshypothesen verknüpfte Forschung über Unterstützung durch soziale Netzwerke (mit Schwerpunkt Ehe/Verwandtschaft) hat bisher eine Vielzahl korrelationsstatistisch gesicherter Ergebnisse erbracht, die auf geringere Erkrankungswahrscheinlichkeit, höhere Rehabilitationschancen und längere Überlebensaussichten bei Einbettung in ein Netz familiärer und freundschaftlicher Beziehungen hinweisen.
(2) Demgegenüber ist der Stand der soziologischen Erklärung dieser Forschungsbefunde unter anderem auch deshalb unbefriedigend, weil die Familie dabei theoretisch allenfalls als Beziehungsstruktur mehr oder minder autonomer Individuen gedeutet wird, die ihrerseits als Bündel von Gefühlen, Bedürfnissen und Rollenpflichten erscheinen. Aber es wird bisher nicht reflektiert, daß die Familie zuvörderst aus soziologischer Perspektive eine gesellschaftliche Institution jenseits der individuellen »Familienmitglieder« ist.

Das Thema »Krankheit und Familie«, so habe ich argumentiert, wird in Literatur und Forschung in drei Varianten behandelt. Im Zeitverlauf seit dem Zweiten Weltkrieg bzw. dem Beginn der nicht mehr unmittelbar von Kriegsumständen geprägten Periode seit den frühen 50er Jahren ergaben sich drei Phasen. Jede führt eine Variante des Themas neu ein. Keine wird jedoch obsolet, wenn die nächste Themenstellung sich entfaltet. Sondern alle Themenbereiche bleiben bis zur Gegenwart aktuell, jeder mit einer mehr oder minder eigenständigen Geschichte über Zeit.
Der erste Themenbereich, in den 50er Jahren in den USA und später in Deutschland diskutiert, betrifft die Problematik der Entstehung von Erkrankungen in und durch die Familie (siehe 1.). Der zweite Themenbereich, teilweise als Reaktion auf die Annahmen der Debatte in den 50er Jahren, stellt seit den 60er Jahren das kompetente Handeln in und durch Familien in den Mittelpunkt des Interesses (siehe 2.). Der dritte Themenbereich, teilweise aus Forschungseinsichten über unterstützendes Familienhandeln angeregt, unterstreicht seit den 70er Jahren die These, daß Familien (soziale Netzwerke) ihrerseits Hemmung und Heilung von Erkrankungen fördern (siehe 3.).
Die Entwicklung der Themen, die in der Forschung jeweils als neu erarbeitet werden, geht also sozusagen von den krankmachenden zu den gesundheitsstärkenden Kräften in Familienstruktur und Familienleben. Dazwischen liegt eine »Wiederentdeckung« der traditionellen Großfamilie »in neuerer Form«, durch empirische Untersuchungen über tatsächliche Krankensorgeleistungen.
Die Frage stellt sich, ob die Entwicklung von einer wenig »familienfreundlichen« Gesamtthese (siehe z. B. das antipsychiatrische Plädoyer für den »Tod der Familie«) hin zu einer geradezu familienidealisierenden Sichtweise ihrerseits soziologisch deutbar ist. Meine Hypothese, warum diese Phasenfolge des Erkenntnisinteresses sich abzeichnet, möchte allerdings den Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung nicht aus dem Auge lassen, also ihrerseits soziologische Aussage sein.
Wie hat sich das gesellschaftliche Renommée der Familie als Institution seit circa 1950 verändert? Mit gebotener Vorsicht, eingehenden Untersuchungen jedoch nicht widersprechend, läßt sich wohl behaupten, daß das Zusammenleben in Ehen und

Familien als den legitimen Lebensformen bei Partnerbeziehungen in den 50er Jahren unbefragt und normativ unangefochten war. In den 60er Jahren begann sich dies zu ändern; *Rosemarie Nave-Herz* spricht in diesem Zusammenhang vom Bedeutungswandel von Ehe und Familie (1987). In den 80er Jahren hat sich eine Formenvielfalt auch bei eheähnlichen Lebensgemeinschaften durchgesetzt, so daß z. B. *Brigitte* und *Peter Berger* (1984) nach einer Rückkehr zur bürgerlichen Familie verlangen.

Gewissermaßen kontrapunktisch zu dieser Entwicklung kann man die Thematisierung von Aspekten des Verhältnisses von Krankheit und Familie sehen. Solange die bürgerliche Familie als Rahmenorientierung unangefochten blieb (bis einschließlich 50er Jahre), fand sich die Soziologie in der Rolle, krankmachende und krankseinsverstärkende Faktoren im Familienleben zu identifizieren. Seit die bürgerliche Familie allenfalls noch beinahe leere Hülse prinzipiell zwischen Individuen autonom geschlossener Partnerschaften zu sein scheint, betont die Soziologie stärker die positiv gesundheitsfördernden familiären Unterstützungseffekte. Im Übergangszeitraum, als die Vielfalt erlaubter und gelebter Familienformen sich verbreiterte, vor allem in Gegenrichtung zur Herkunftsfamilie, entdeckte die Soziologie gerade die bleibend gültige Bedeutung auch der Herkunftsfamilie für eventuelle Krisenbewältigung (inklusive Krankensorge).

Mit anderen Worten: Die Soziolgie, die das Verhältnis »Krankheit und Familie« thematisiert, stellt sich jeweils per Implikation in eine kritische Distanz zu den Vorgängen, in den jeweiligen Phasen des sozialen Wandels. Damit bleibt sie ihrem Selbstverständnis treu, nicht Sprachrohr, sondern eventuell mahnender Beobachter gesellschaftlicher Veränderungen zu sein. Anstatt die Wirklichkeit in ihren Wandlungsprozessen abzubilden, macht hier die Soziologie sich durch ihre Forschungsinteressen unvermerkt zum Anwalt der durch die aktuellen Entwicklungen verdeckten, gefährdeten oder ungenutzten Kräfte des Familienphänomens.

Literatur

Adams, B. N.: The Family: A Sociological Interpretation. 2nd edition, Chicago 1975 – *Alonzo, A. A.:* »The Impact of the Family and Lay Others on Care-Seeking During Life-Threatening Episodes of Inspected Coronary Artery Disease«. Social Science and Medicine. 22. Jg. 1986, 1297–1311 – *Badura, B.:* »Zur Soziologie der Krankheitsbewältigung. Oder: Das emotionale Defizit soziologischer Handlungstheorie.« Zeitschrift für Soziologie. 14. Jg. 1985, 339–348 – *Badura, B.:* Leben mit dem Herzinfarkt, Berlin 1987 – *Bateson, G., Jackson, D. D., Haley, J., Weakland, J. W.:* »Towards a Theory of Schizophrenia«. Behavioral Science. 1 Jg. 1956, 251–264 – *Bateson, G., Jackson, D. D., Haley, J.* et al.: Schizophrenie und Familie. Frankfurt 1969 – *Berger, B., Berger, P. L.:* The War Over the Family. Garden City 1984, dt. Verteidigung der bürgerlichen Familie. Frankfurt 1984 – *Berkman, L. F.:* »Assessing the Physical Health Effects of Social Networks and Social Support«. Annual Review of Public Health, 5. Jg. 1984, 413–432 – *Berkman, L. F., Syme, L. S.:* »Social Network, Host Resistance and Mortality: A Nine-Year Followup Study of Alameda County Residents«. Am. J. of Epidemiology, 190. Jg. 1979, 186–204 – *Berndt, H.:* »Zur Soziogenese psychiatrischer Erkrankungen«. Soziale Welt, 19. Jg. 1968, 22–46 – *Bott, E.:* Family and Social Networks. London, Tavistock 1957 – *Broadhead, W. E., Kaplan, B. H., James, S. A., Wagner, E. H., Schoenbach, V. J., Grimson, R., Heydon, S., Tibblin, G., Gehlbach, S. H.:* »The Epidemiologic Evidence for a

Relationship Between Social Support and Health«. American Journal of Epidemiology, 117. Jg. 1983, 521–537 – *Brown, G. W.:* »The Family of the Schizophrenic Patient«. Recent Developments in Schizophrenia. Hg. *Coppen, A. J.* London 1969 – *Brown, G. W., Birley, J. L. T., Wing, J. K.:* »Influence of Family Life on the Course of Schizophrenic Disorders: A Replication«. Brit. J. Psychiatry, 121. Jg. 1972, 241–258 – *Clausen, J. A., Kohn, M. L.:* »Social Isolation and Schizophrenia«. American Sociol. Review. 20 Jg. 1955, 265–276 – *Caroff, P., Mailick, M. D.:* »The Patient Has a Family: Reaffirming Social Work's Domain«. Social Work in Health Care. 10. J. 1985, 17–34 – *Cobb, S.:* »Social Support as a Moderator of Life Stress«. Psychosomatic Medicine, 38. Jg. 1976, 300–314 – *Cooper, D.:* The Death of the Family. New York 1971, dt. Der Tod der Familie. Reinbek 1972 – *Croog, S. H., Levine, S.:* The Heart Patient Recovers. New York 1977 – *Croog, S. H., Levine, S.:* Life After a Heart Attack. New York 1982 – *Croog, S. H., Lipson, A., Levine, S.:* »Help Patterns in Severe Illness: The Roles of Kin Network, Non-Family Resources, and Institutions«. J. Marriage and the Family, 34. Jg. 1972, 32–41 – *Davis, F.:* »The Chronically Disabled and the Family, Present Predicaments and Some Future Prospects«. 1974 Vortrag, gehalten auf dem Minnesota Study Center Graduate Symposion über »Health and the Family«. Minneapolis, 79–20 April 1974 – *Duss von Werdt, J.:* »Familientherapie als angewandte Familiensoziologie«. Familie und seelische Krankheit. Hg. *Richter, H. H., Strotzka, H., Willi, J.,* Reinbek 1976, 38–47 – *Faris, R. E. L., Dunham, H. W.:* Mental Disorders in the Urban Areas. An Ecological Study of Schizophrenia and Other Psychoses. Chicago 1939 – *Finch, J., Groves, D.:* »Community Care and the Family: A Case for Equal Opportunities«. Journal of Social Policy, 9. Jg. 1982, 487–511 – *Finlayson, A., McEwen, J.:* Coronary Heart Disease and Patterns of Living. London 1977 – *Frazee, H. E.:* »Children Who Later Become Schizophrenic«. Smith College Studies in Social Work, 23. Jg. 1953, 125–149 – *Freidson, E.:* Patients' View of Medical Practice. Chicago 1961 – *Freidson, E.:* Profession of Medicine, New Yorrk 1970, dt. Der Ärztestand, Stuttgart 1979 – *Friedrich, H.:* Soziologie der Familie und Familientherapie. Medizin, Mensch, Gesellschaft, 2. Jg. 1977, 201–208 – *Friedrich, H., Kleinspehn, T., Ziegeler, G.:* Verläufe von chronischen Krankheiten in Abhängigkeit von Folgeerscheinungen in der psychosozialen Umwelt – am Beispiel Herzinfarkt und Diabetes – 2 Bde. Göttingen 1980 – *Fromm-Reichmann, F.:* »Notes on the Mother Role in the Family Group«. Bulletin of the Menninger Clininc, 4 Jg. 1940, 132–148, dt. in: *Fromm-Reichmann, F.*. Psychoanalyse und Psychotherapie. Stuttgart 1978, 340–359 – *Gerard, D. L., Siegel, J.:* »The Family Background of Schizophrenia«. Psychiatric Quarterly, 24. Jg. 1950, 47–73 – *Gerhardt, U.:* »Family Rehabilitation ind End-Staye Renal Failure«. Proceedings of the European Dialysis and Transplant Nurses Association, Vol. 13, Hg. *Stevens, E.* und *Monkhouse, P.* London 1985, 87–95 – *Gerhardt, U.:* Patientenkarrieren. Frankfurt 1986 – *Gerhardt, U., Brieskorn-Zinke, M.:* »The Normalization of Hemodialysis at Home«. The Adoption and Social Consequences of Medical Technologies. Research in the Sociology of Health Care, Vol. 4, Hg. *Roth, J.* und *Ruzek, S.* Greenwood/Conn. 1986 – *Gerhardt, U., Friedrich, H.:* »Familie und Chronische Krankheit – Versuch einer soziologischen Standortbestimmung«. Chronisch kranke Erwachsene in der Familie. Hg. *Angermayer, M. C., Freyberger, H.,* Rückkehr zur Arbeit. Stuttgart 1982, 1–25 – *Gerhardt, U., Kirchgässler, K.:* »Aortokoronarer Venenbypass und das Problem der beruflichen Rehabilitation«. Forschungsantrag für DFG-Projekt 1987 – *Gerhardt, U., Schloß, G.:* »Fallanalyse einer schizophrenen Psychose dargestellt unter dem Aspekt von lebensverändernden Ereignissen und Mehrgenerationen-Familiengeschehen«. Kontext, Zeitschrift der deutschen Arbeitsgemeinschaft für Familientherapie. Nr. 16, 1988, 3–30 – *Greenley, J.:* »Social Control and Expressed Emotion«. Journal of Nervous and Mental Disease, 174. Jg. 1986, 24–30 – *Gore, S.:* »The Effect of Social Support in Moderating the Health Consequences of Unemployment«. Journal of Health and Soc. Behavior, 19. Jg. 1978, 157–165 – *von Grote-Janz, C., Schneider, G., Sprenger, A.:* »Medizinische Beratung und Herzinfarktbewältigung«. Projekt Abschlußbericht. Berlin 1987 – *Grunow, D., Breitkopf, H., Grunow-Lutter, V.:* Gesundheitshilfe im Alltag: Ergebnisse einer repräsentativen Haushaltsbefragung über gesundheitsbezogene Selbsthilfeerfahrungen und Potentiale. Stuttgart 1983 – *Grunow, D., Breitkopf, H., Grunow-Lutter, V.:* Gesundheitsselbsthilfe durch Laien: Erfahrungen, Motive, Kompetenzen, Ergebnisse einer qualitativen

Intensivstudie. Bielefeld 1984 – *Habermas, J.:* »Stichworte zu einer Theorie der Sozialisation«. 1968. In: Kultur und Kritik. Frankfurt 1973, 118–194 – *Hansen, D.A., Hill, R.:* »Families Under Stress«. Handbook of Marriage and the Family. Hg. *Christensen, H.T.* Chicago 1964, 782–819 – *Hildenbrand, B.:* Familiale Organisation, alltagsweltliche Orientierung und psychische Krankheit. Eine method. explorative Fallstudie. Diss. Konstanz 1979 – *Hill, R.:* Families Under Stress. New York 1949 – *Jackson, J.K.:* »The Adjustment of the Family to Alcoholism« Marriage and Family Living, 18. Jg. 1956, 361–369 – *Kessler, R.C., McLeod, J.D.:* »Social Support and Mental Health in Community Sampies« Social Support and Health. Hg. *Cohen, S., Syme, S.L.* Orlando 1985. 219–240 – *Kirchgässler, K.:* »Kausalerklärungen in soziogenetischen Krankheitstheorien«. Medizinische Soziologie, Jahrbuch 4, Frankfurt 1985, 167–193 – *Kirchgässler, K., Matt, E.:* »La Fragilité Du Quotidien: Les Processus De Normalisation Dans Les Maladies Chroniques«. Sciences Sociales et Santé, 5. Jg. 1987, No. 1, 93–114 – *Kohn, M.L., Clausen, J.A.:* »Parental Authority Behavior and Schizophrenia«. American Journal of Orthopsychiatry, 26. Jg. 1956, 297–313 – *Koos, E.L.:* Families in Trouble. Mornington Heights 1946 – *Kosa, J., Alpert, J.J., Pickering, M.R.:* »Crisis and Stress in Family Life: A Re-Examination of Concepts«. The Wisconsin Sociologist, 4. Jg., No. 2, 1965, 11–19 – *Laing, R.:* The Politics of the Family and Other Essays. London 1969 (dt. 1974) – *Laing, R., Esterton, A.:* Sanity, Madness and the Family, London 1964 – *Lidz, R.W., Lidz, T.:* »The Family Environment of Schizophrenic Patient: I. The Father«. American Journal of Psychiatry, 106. Jg. 1949, 332–345, dt. Psyche, 13. Jg. 1959, Heft 5/6 – *Lidz, T., Conelison, A.R., Fleck, S., Terry D.:* »The Intrafamilial Environment of the Schizophrenic Patient: I. The Father«. Psychiatry, 20. Jg. 1957, 329–342 – *Lidz, T., Conelison, A.R., Terry, D., Fleck, S.:* »Intrafamilial Environment of the Schizophrenic Patient: VI. The Transmission of Irrationality«. A.M.A. Archieves of Neurology and Psychiatry, 79. Jg. 1958, 305–316 – *Lin, N., Ensel, W.M., Simeone, R.S., Kuo, W.:* »Social Support, Stressful Life Events, and Illness: A Model and an Empirical Test«. J. Health and Soc. Behavior, 20. Jg. 1979, 108–119 – *Litman, T.J.:* »The Family and Physical Rehabilitation«. J. Chron. Diseases, 19. Jg. 1966, 211–217 – *Litman, T.J.:* »The Family as a Basic Unit in Health and Medical Care: A Social-Behavioral Overview«. Soc. Sci. Med. 8. Jg. 1974, 495–519 – *Litwak, E.:* »Geographic Mobility and Extended Family Cohesion«. Am. Sociol. Rev., 25. Jg. 1960, 385–394 – *Litwak, E., Szelenyi, I.:* »Primary Group Structures and their Functions: Kin, Neighbours, and Friends«. Am. Sociol. Rev., 34 Jg. 1969, 465–481 – *Livsey, C.C.:* »Physical Illness and Family Dynamics«. Advances in Psychosomatic Medicine, 8. Jg. 1972, 237–251 – *McCubbin, H.I., Figley. C.R.:* »Stress and the Family«. Vol. I: Coping With Normative Transitions. New York 1985 – *McKinlay, J.B.:* »Social Networks, Lay Consultations and Helpseeking Behavior«. Social Forces, 51. Jg. 1973, 275–292 – *McQueen, D., Siegrist, J.:* »Social Factors in the Etiology of Chronic Disease: An Overview«. Social Science and Medicine, 16. Jg. 1982, 353–367 – *Minuchin, S.:* Families and Family Therapy, Cambridge: Harvard Univ. Press 1974 – *Minuchin, S., Rosman, B.L., Baker, L.:* Psychosomatic Families. Anorexia Nervosa in Context. Cambridge 1979; dt. Psychosomatische Krankheiten in der Familie, Stuttgart 1985 – *Myers, J.K., Roberts, B.H.:* Family and Class Dynamics in Mental Illness. New York 1959 – *Nave-Herz, R.:* »Bedeutungswandel von Ehe und Familie«. Familie: Zerfall oder neues Selbstverständnis? Hg. *Schulz, H.-J., Mayer, T.* Würzburg 1987, 18–27 – *Ogburn, W.C.:* Social Change. New York, N.Y. 1922 – *Ogburn, W.F.:* »The Changing Family«. Publications of the American Sociological Society, 23. Jg. 1929, 124–133 – *Olsen, E.H.:* »The Impact of Serious Illness on the Family System«. Postgraduate Medicine, 47. Jg. 1970, 169–174 – *Parsons, T.:* »Age and Sex in the Social Structure of the United States«. Am. Soc. Rev., 7. Jg. 1942, 604–616 – *Parsons, T.:* »The Kinship System of the Contemporary United States«. American Anthropologist, 45. Jg. 1943, 22–38 – *Parsons, T.:* The Social System. Glencoe/Ill. 1951 – *Parsons, T.:* »Some Reflections on the Problems of Psychosomatic Relationships in Health and Illness«. Social Structure and Personality. London 1964, 112–126 – *Parsons, T., Fox, R.:* »Illness, Therapy and the Modern Urban American Family«. J. Soc. Issues. 8. Jg. 1952, Heft 4, 31–44 – *Pratt, L.:* Family Structure and Effective Health Behavior. The Energized Family. Boston 19–76 – *Prout, C.T., White, M.A.:* »A Controlled Study of Personality Relationships

in Mothers of Schizophrenic Male Patients«. American Journal of Psychiatry, 107. Jg. 1950, 251–256 – *Richardson, H. B.:* Patients Have Families. New York 1945 – *Richter, H. E.:* Patient Familie. Reinbek 1970 – *Riley, V.:* »Psychoneuroendocrine Influences on Immunocompetence and Neoplasia«. Science, 212. Jg. 1981, 1100–1109 – *Robinson, D.:* The Process of Becoming Ill. London 1971 – *Rogler, L. H. C., Hollingshead, A. B.:* Trapped. Families and Schizophrenia. New York 1965 – *Rupp, K. J.:* Familiensoziologie und Familientherapie. Frankfurt 1981 – *Sampson, H., Messinger, S. L., Towne, R. T.:* »Family Processes and Becoming a Mental Patient« in: American Journal of Sociology, 68. Jg. 1962, 88–96 – *Schwartz, C. G.:*»Perspectives on Deviance: Wives' Definitions of Their Husbands' Mental Illness«. Psychiatry. 20. Jg. 1957, 275–291 – *Selvini-Pallazzoli, P. M.:* Self-Starvation. From the Intrapsychic to the Transpersonal Approach to Anorexia Nervosa. London 1974 – *Selvini-Pallazzoli, P. M., Boscolo, L., Cecchin, G., Prata, G.:* Paradoxon und Gegenparadoxon. Ein neues Theoriemodell für die Familie mit schizophrener Störung. Stuttgart 1979; ursprüngl. ital. 1975 – *Siegrist, J., Dittmann, K., Rittner, K., Weber, I.:* Soziale Belastungen und Herzinfarkt. Stuttgart 1980 – *Siegrist, K.:* Sozialer Rückhalt und Kardiovaskuläres Risiko. München 1986 – *Smith, R. T., Midanik, L.:* »The Effects of Social Resources on Recovery and Perceived Sense of Control among the Disabled.« Sociology of Health and Illness, 2. Jg., 1980, 48–63 – *Speedling, E.:* Heart Attack, The Family Response at Home and in the Hospital, New York 1982 – *Sperling E., Massing, A., Georgi, H., Reich, G., Wöbbe-Mönks, E.:* Die Mehrgenerationen-Familientherapie. Göttingen, 1982 – *Spiegel, J. P.:* »The Resolution of Role Conflict Within the Family«, The Patient and the Mental Hospital. Hg. *Grennblatt, M., Levinson, D. A., Williams, R. A.* New York 1957, 545–564 – *Stierlin, H.:* Delegation und Familie, Frankfurt 1978 – *Stimson, G., Webb, B.:* Going to See the Doctor. London 1975 – *Strauss, A., Glaser, B.:* Chronic Illness and the Quality of Life. St. Louis 1975 – *Sussman, M.:* »The Help Patterns for the Middle Class Family« Am. Soc. Rev., 18. Jg., 1953, 22–28 – *Sussman, M. B.:* »The Isolated Nuclear Family: Fact or Fiction? Social Problems, 5. Jg., 1959, 330–340 – *Sussmann, M. B., Burchinal, L.:* »Kin Family Network: Unheralded Structure in Current Conceptualisation of Family Functioning«. Marriage and Family Living, 24. Jg. 1962, 231–240 – *Thorbecke, R.:* »Bewältigung von Krankheitsepisoden in der Familie«. Der Arzt, sein Patient und die Gesellschaft. Hrg. *Ritter-Röhr, D.* Frankfurt, 1975, 52–111 – *Thurnwald, H.:* Gegenwartsprobleme Berliner Familien. Berlin 1948 – *Vaughn, C. E., Leff, J. P.:* »The Influence of Family and Social Forces on the Course of Psychiatric Illness«. British Journal of Psychiatry. 129. Jg., 1976, 125–137 – *Versluys, H. P.:* »Physical Rehabilitation and Family Dynamics«. Rehabilitation Literature, 41. Jg., 1980, 58–65 – *Vincent, C. E.:* »The Family in Health and Illness: Some Neglected Areas«. The Annals of the American Academy, 346. Jg., 1963, 109–116 – *Vincent, C. E.:* »Familia Spongia: The Adaptive Function«. Journal of Marriage and the Family, 28. Jg., 1966, 29–36 – *Vogel, E. F., Bell, N. W.:* »The Emotionally Disturbed Child as the Family Scapegoat«. A Modern Introduction to the Family. Hrg. *Bell, N. W., Vogel, E. F.* New York, 1960, 412–427 – *Voysey, M.:* A Constant Burden. The Reconstitution of Family Life. London 1975 – *Wynne, L. C., Rykoff, M., Day, J., Hirsch, S. J.:* »Pseudomutuality in the Family Relationships of Schizophrenics.« Psychiatry, 21. Jg., 1958, 205–220 – *Wynne, L., Rykoff, C. I. M., Day. J., Hirsch, S. I.:* »The Study of Intrafamilial Alignments and Splits in Exploratory family Therapy. Exploring the Base for Family Therapy. Hrg. *Ackermann, N. W., Beatman, F., Sherman, S. N.* New York, 1961, 95–115 – *Yarrow, M. R., Green Schwartz, C., Murphy, H. S., Calhoun Deasy, L.:* »The Psychological Meaning of Mental Illness in the Family«. Journal of Social Issues. 11. Jg., 1955, 12–24 – *Zola, I. K.:* »Illness Behavior of the Working Class«. Studies of the American Worker. Hg. *Shostak, S., Gomberg, W.* Englewood Cliffs, N. J. 1964

Helge Peters

Kriminalität und Familie

1. Familialisierung der Kriminalitätserklärungen

Die Annahme, daß Kriminalität – wie überhaupt abweichendes Verhalten – wesentlich durch familiale Sozialisation verursacht werde, verbreitet sich seit der Wende zum zwanzigsten Jahrhundert. Zu diesem Ergebnis kommt *Stephan Mikinovic* in seiner Untersuchung einschlägiger Literatur, die vor und nach der Jahrhundertwende erschien. Er schreibt:

»Tatsächlich setzen sich an der Jahrhundertwende in der kriminalpolitischen Diskussion ... die Argumente, die auf einen ›Mangel an Familie‹ hinweisen, immer mehr durch. Zwar werden nach 1900 wirtschaftlich bedingte Ursachen abweichenden Verhaltens immer noch erwähnt, aber die familienpolitische Argumentation beginnt tendenziell zur dominanten Erklärungsfigur zu werden« (1982, 25).

Diese Tendenz zur »Familialisierung« der Erklärung von Kriminalität hat in der seit der Jahrhundertwende sich langsam etablierenden westeuropäischen und anglo-amerikanischen Kriminologie lange angehalten. Einen Höhepunkt erreichte sie mit dem 1950 veröffentlichten Band »Unraveling Juvenile Delinquency«, in dem das Ehepaar *Sheldon* und *Eleanor Glueck* die Ergebnisse ihres 1939 begonnenen Forschungsprojekts darlegen. »Basic finding« ist, daß die Familien, in denen Delinquente erzogen werden, unangemessener (more inadequate) waren als jene, in denen Nichtdelinquente aufwuchsen. Dieser Befund, so sagen die Autoren, werde in den Kapiteln ihres Buches vollauf bestätigt (1950, 107).

Über dieses Buch schreibt der bekannte amerikanische Kriminologe *David J. Bordua*: »Es steht außer Zweifel, daß dieses Werk mehr Aufsehen erregt hat und mehr besprochen und diskutiert worden ist als irgendein anderes seit dem Kriege und vielleicht überhaupt in den USA erschienenes Werk über Kriminalität« (zitiert nach: *Rudolf Sieverts*, 1972) Dem entspricht die »Zitations-Hitliste«, die *Marvin E. Wolfgang* für die USA zusammengestellt hat. Darin werden die kriminologischen Arbeiten, die in den Jahren 1945 bis 1972 in den USA am meisten zitiert wurden, aufgeführt. Die genannte Arbeit der *Gluecks* steht (neben »Outsiders« von *Howard S. Becker* 1980) an erster Stelle.

Auch die klassische deutsche kriminologische Literatur verzichtet selten auf eine ausführliche Darstellung von »Unraveling Juvenile Delinquency« (vgl. z.B. *Göppinger* 1971, 46, 113, 244ff.; *Brauneck* 1974, 190ff.). Erst in den 50er Jahren ließ das kriminologische Interesse am Zusammenhang von Familie und Kriminalität nach. Unter dem Eindruck makrosoziologischer Analysen – zu erwähnen ist insbesondere die Arbeit »Sozialstruktur und Anomie« von *Robert K. Merton* – wurde der sozialen Schichtung größere Erklärungskraft zugemessen als familialer Sozialisation (vgl. *Haferkamp* 1975, 16f.).

2. Unvollständigkeit der Familie und mißlungene Sozialisation

Die Untersuchungen der Beziehungen von Familie und Kriminalität konzentrieren sich auf zwei Themen: Auf die kriminalitätsrelevanten Wirkungen der Unvollständigkeit des personellen Bestandes von Familie und auf kriminalitätsrelevante Wirkungen der Interaktionen zwischen den Familienmitgliedern.
Daten aus verschiedenen Untersuchungen erhärten die Annahme, daß die Unvollständigkeit des personellen Bestandes von Familien und Kriminalität miteinander zusammenhängen. Das zeigt die folgende Tabelle, die von *Friedrich Lösel* und *Peter Linz* zusammengestellt wurde:

Tabelle 1: Anteil von Personen aus »unvollständigen Familien« bei männlichen Jugenddelinquenten und Vergleichsgruppen

Autoren	Gruppengröße		Unvollständige Familien (in %)	
	Del.	Vergl.	Del.	Vergl.
Shaw, McKay (1932)	1 675	7 278	42.5	36.1
Carr-Saunders u. a. (1944)	1 955	1 970	28.5	15.8
Glueck, Glueck (1950)	500	500	60.4	34.2
Short, Nye (1957)	368	792	23.6	17.6
Monohan (1957) weiß	17 772	+	25.9	7.0+
schwarz	18 317	+	54.1	33.0+
Cortes, Gatti (1972)	100	100	64.0	14.0

+ Die Vergleichszahlen entstammen der Bevölkerungsstatistik für das untersuchte Gebiet (1975, 183)

Den Ergebnissen aller Untersuchungen zufolge sind also Angehörige aus unvollständigen Familien unter Delinquenten stärker repräsentiert als in den Vergleichsgruppen. Die beträchtlichen Unterschiede zwischen den Ergebnissen (vgl. *Shaw, McKay* einerseits und *Cortes, Gatti* andererseits) sind nach Auffassung von *Lösel* und *Linz* auf unterschiedliche Praktiken der Instanzen sozialer Kontrolle, Stichprobenunterschiede sowie Unterschiede der Definitionen von Unvollständigkeit (vorübergehend oder dauerhaft) und Delinquenz zurückzuführen. Die Tendenz aller Ergebnisse ist aber – wie gesagt – einheitlich. Das hat viele Forscher veranlaßt, den Zusammenhang von Unvollständigkeit der Familie und Kriminalität als ursächlich zu interpretieren.
Dabei wird angenommen, daß unterschiedliche Unvollständigkeit unterschiedliche Kriminalitätswahrscheinlichkeiten zur Folge haben. Noch am geringsten sei die Kriminalitätswahrscheinlichkeit unter Personen, die bei der Mutter mit oder ohne Vaterverlust allein aufwachsen oder aufgewachsen sind. Die Kriminalitätswahrscheinlichkeit dieser (männlichen) Personen sei nicht höher als die durchschnittliche Kriminalitätswahrscheinlichkeit (männlicher) Personen (vgl. *Brauneck* 1974, 204). Größer werde die Kriminalitätswahrscheinlichkeit bei Personen, die in Familien mit einem Stiefelter (in der Regel: Stiefvater) aufwachsen bzw. aufgewachsen sind (vgl. *Brauneck* 1974, 205). Dies hänge – so *Brauneck* in einer älteren Arbeit – »mit der

Eifersucht der Kinder auf den – oft ungeschickt erziehenden – Stiefvater oder ›Onkel‹ und auf die Stiefgeschwister zusammen« (*Brauneck* o.J., 73). Die größte Kriminalitätswahrscheinlichkeit bestehe bei (ehemaligen) Heimkindern. »Trotz mancher Verbesserungen der Heimerziehung«, so schreiben *Lösel* und *Linz*, »liegt hierbei häufig eine Kumulation ungünstiger Bedingungen vor, wie z.B. Mangel an emotionaler Zuwendung, überwiegend selbst auffällige Modellpersonen zur Imitation, wiederholter Wechsel von Bezugspersonen etc.« (1975, 187).
Die Verteilung solcher »ungünstigen Bedingungen« korreliert nach Auffassung von Kriminologen mit Arten und Graden der Unvollständigkeit des personellen Bestandes von Familien. Die »ungünstigen Bedingungen« treten also auch unabhängig von Unvollständigkeiten der Familien auf. Kriminologen sehen diese Bedingungen vor allem entstehen, wenn es den in der Familie Aufwachsenden an emotionaler Zuwendung fehlt und wenn die Kontrolle der Aufwachsenden durch die Eltern mangelhaft ist.
Auf die kriminogene Wirkung mangelnder emotionaler Zuwendung verweisen die meisten kriminologischen Arbeiten. Beispielsweise seien die Befragungsergebnisse von Glueck und Glueck wiedergegeben.

Tabelle 2: Emotionale Beziehungen von Eltern zu ihren Söhnen

	Delinquente (%)		Nicht-Delinquente (%)	
	Vater	Mutter	Vater	Mutter
warm (auch »overprotective«)	40.2	72.1	80.7	95.6
gleichgültig	42.9	21.2	16.7	3.4
zurückweisend, feindlich	16.9	6.7	3.3	1.0

(vgl. *Glueck/Glueck* 1968, 125 f.)

Die »warme« (auch »overprotective«) Mutter ist deutlich und der »warme« (auch »overprotective«) Vater ist drastisch unter Nicht-Delinquenten überrepräsentiert.
Als zentral für die Erklärung dieser Überrepräsentationen gelten die Begriffe Liebesabhängigkeit, Identifikation und Gewissensbildung. Die kriminologische Konstruktion ihres Zusammenhangs läßt sich folgendermaßen skizzieren:
Im Normalfall bilde sich ein Gewissen so, »daß das Kind sich jeweils mit der Mutter verbündet, um einzelne ›Teile‹ seiner selbst, Handlungen, Regungen usw., als schlecht abzulehnen, insofern also aggressiv gegen sich selbst zu sein«, schreibt *Brauneck* (1974, 190). Es verbünde sich mit der Mutter, weil es liebesabhängig sei (vgl. *Bandura/Walters* 1959, 29). Werde das dieser Abhängigkeit folgende Bedürfnis befriedigt, so sei das Kind bereit, im Einklang mit der Mutter »Teile seiner selbst« abzulehnen – abzulehnen, auch um der Mutter zu gefallen. Dies wiederum belohne die Mutter. Sie sei bereit, ihre Zuwendungen zu verstärken, ohne allerdings auf das Sozialisationsziel, das Kind solle »Teile seiner selbst« ablehnen, zu verzichten. Es komme also ein sich selbst verstärkender Prozeß in Gang, in dessen Verlauf das Kind sich mit der Mutter identifiziere. Es vertraue der Mutter, es

entstehe ein »sozialer Optimismus« *(Claessens)* beim Kind, es lerne erwarten, lerne damit die Regelhaftigkeit der Welt. Es übernehme die Werte die Mutter. Die Handlungsorientierung des Kindes beginne sich von der Belohnungs- und Zuwendungskalkulation zu lösen. Es entstehe so eine innere Instanz der Verhaltenskontrolle: das Gewissen. Eine zentrale kriminologische These besagt nun, daß unter Kriminellen diese Gewissensbildung großenteils mißglückt sei. Die Gewissensbildung mißglücke, wenn die Mutter das Kind »ablehnt«. Eine solche Ablehnung könne das Kind zwar auch dazu veranlassen, unerwünschte Handlungen zu unterlassen. Dies aber nur aus Angst vor Strafe. Der sich selbst verstärkende Prozeß komme so nicht in Gang. Der Gehorsam des Kindes »wird sein Selbstgefühl nicht erhöhen, sondern erniedrigen, es wird in diffuser Weise seine Aggression gegen die ganze eigene Person, aber auch gegen die des anderen richten«, schreibt *Brauneck* (1974, 190). Die mißlungene Gewissensbildung hat danach zwei kriminogene Konsequenzen: Zum einen richtet sich die Aggressivität, die sich im Normalfall auch gegen das Subjekt richtet, gegen andere. Die gegen sich selbst gerichtete Aggressivität erbrächte ja nicht die erwünschte Zuwendung. Zum anderen wird das Handeln nicht durch das Gewissen kontrolliert. Handeln orientiert sich an Strafangst, zielt nicht auf die Vermeidung von Schuldgefühlen, die das Gewissen ermöglicht. Als Beleg für diese These gelten einige Ergebnisse der Untersuchung »Adolescent Aggression« von *Albert Bandura* und *Richard H. Walters*. Die Autoren schreiben: »Der stärkste Beweis für die mangelhafte Gewissensbildung der aggressiven Jungen war ihr Mangel an Schuldgefühlen, wenn sie eine Übertretung begangen hatten« (1959, 287).

Das in solchem Mangel an Schuldgefühlen zum Ausdruck kommende Fehlen einer Bezugsperson behindere – psychoanalytisch gesprochen – die Ich-Entwicklung, führe mangels stabiler Objektbeziehungen zum grundsätzlichen Mißtrauen.

Als wichtig zur Vermeidung künftiger Kriminalität gilt im übrigen eine gewisse Konsistenz der Erziehung. Das Verhältnis von Zuwendung und angesonnener Triebunterdrückung müsse konstant sein. Kriminogen wirke – diese These wird vor allem in den Arbeiten von *William* und *Joan McCord* vertreten – eine unberechenbare Erziehung, die zwischen großer Zuwendung, Laxheit und Strenge schwanke. Die schlimmsten Auswirkungen habe eine Erziehungshaltung, die zwischen Laxheit und Straffreudigkeit schwanke.

Angesprochen ist damit der zweite Komplex »ungünstiger« interaktiver Bedingungen, die nach Auffassung von Kriminologen Kriminalität verursachen: die mangelhafte familiale Kontrolle der Aufwachsenden. Als mangelhafte Kontrolle gilt neben der schwankenden Erziehung vor allem die Erziehung, die mit Strenge, Tadel, Strafe und Druck, mit sogenannter negativer Bekräftigung also, arbeitet. Die schwankende Erziehung verhindere, daß das Kind erwarten lerne, erziehe das Kind seinerseits zur Unzuverlässigkeit und Unberechenbarkeit. Die Erziehung der negativen Bekräftigung verhindere die Verinnerlichung der Kontrolle und führe dazu, daß die von dieser Erziehung Betroffenen ihr Handeln nach der Wahrscheinlichkeit bemessen, ertappt zu werden.

Eine psychoanalytisch orientierte Variante dieser Erklärung geht von der Annahme aus, daß eine strenge Erziehung gerade zur Verinnerlichung der Kontrolle führe,

zur Ausbildung eines ausgeprägten Über-Ichs. Dies verursache eine sogenannte neurotische Kriminalität, die im »Ausagieren« verdrängter Triebansprüche bestehe. Gelegentlich sei diese Kriminalität auch die Folge unbewußter Strafwünsche, die sich bei Personen mit ausgeprägtem Über-Ich dann einstellten, wenn sie Normen verletzt hätten, dafür aber nicht bestraft worden seien. Eine weitere kriminogene Konsequenz strenger Erziehung ergebe sich aus der Neigung der Kinder, das Verhalten ihrer Eltern zu imitieren. Soweit körperliche Strafen zum elterlichen Erziehungsrepertoire gehörten, sei zu vermuten, daß die Kinder lernten, Konflikte durch physische Gewalt zu lösen, was ihre Handlungen oft als kriminell erscheinen lasse.

Eine psychoanalytisch orientierte Variante dieser Erklärung geht von der Annahme aus, daß Eltern häufig unbewußte, dissoziale Impulse hätten, die sie dazu veranlassen würden, ihre Kinder zu kriminellem Handeln zu ermutigen. Die Eltern wiesen sogenannte Über-Ich-Lücken auf, die sie dazu trieben, Kindern das dissoziale Verhalten anzusinnen, das sie »im Grunde« selbst ausüben möchten.

Martin Gold weist darauf hin, daß Eltern ihren Erziehungsstil nicht wählen könnten. Er hänge ab von den Kontrollchancen, die die Eltern hätten. Die Kontrollchancen wiederum variierten mit dem Grad der Attraktivität, die die Eltern für den zu Erziehenden hätten. Wenn die Eltern für den zu Erziehenden nicht attraktiv seien, blieben den Eltern nur negativ bekräftigende Erziehungsstile. Der Mangel der Kontrolle, der zu Kriminalität führe, sei daher oft ein nicht vermeidbarer Mangel. Er ergebe sich aus einer Frühsozialisation, in der es nicht gelingen könne, den beschriebenen sich selbst verstärkenden Prozeß zu initieren und in Gang zu halten. Darüber hinaus verweist *Gold* auf schichtspezifisch unterschiedlich verteilte Kontrollchancen: »Insoweit, als die Erfolgsvorstellung für die Anziehung des Vaters für den Sohn wichtig ist, benachteiligen die kulturellen Definitionen von ›Erfolg‹ unmittelbar den Vater aus der Unterschicht als Objekt des Nacheiferns«, schreibt er. Mängel der Kontrolle und damit künftige Kriminalität variierten danach auch mit den sozial-ökonomischen Erfolgen der Eltern und den Einschätzungen dieser Erfolge durch die zu Erziehenden.

3. Wissenschaftstheoretische Einwände und Ideologiekritik

Überblickt man die Thesen zur Erklärung der Zusammenhänge von Familie und Kriminalität, so muß man feststellen, daß sie in theoretischer und methodischer Hinsicht heute geltenden wissenschaftlichen Standards kaum entsprechen. Es sind eher auf den Begriff gebrachte Alltagsplausibilitäten, die mit der Vorstellung, daß menschliches Handeln sozialisiert sei, und mit der Tatsache begründet sind, daß so gut wie alle Kinder – 97 % – bei ihren Eltern – meist bei beiden (90 %) – aufwachsen (vgl. *Liegle* 1984, 325).

Alltagsplausibel ist die Annahme, nach der Kriminalität ein Übel sei, das nur üble Ursachen haben könne. Diese Annahme liegt den meisten der hier wiedergegebenen Thesen zugrunde. Die Scheidung, der Stiefvater, das Heim, die mangelhafte Gewissensbildung, die Eifersucht usw. verursachen danach Kriminalität. Mit einem

wissenschaftlichen Verständnis von Kriminalität verträgt sich diese Annahme – der Trugschluß »Böses verursacht Böses«, wie es bei *Albert K. Cohen* heißt (1968, 223) – nicht. Kriminalität ist wissenschaftlichem Verständnis nach zunächst einmal nichts weiter als ein Handeln, das gegen Strafrechtsnormen verstößt. Da wissenschaftlich nicht entscheidbar ist, ob Strafrechtsnormen gute oder schlechte Normen sind, ist auch nicht zu sagen, ob Kriminalität schlecht oder eben »böse« ist. Sieht man Kriminalität so, so wird sich die Ursachensuche auch nicht wie selbstverständlich auf Defizite des Handelnden richten, auf sein mangelhaftes Gewissen, seine Aggressivität, seine mangelhafte Erziehung usw. Wieso sollten solche Mängel mit einer Handlung in ursächlicher Beziehung stehen, von der wissenschaftlich nicht zu sagen ist, ob sie eine mangelhafte Handlung ist. Kriminalität ist zunächst einmal Handeln, das wie jedes andere Handeln gelernt wird. Es besteht kein Anlaß, Kriminalität unter Handlungstypen einen Sonderstatus zuzuweisen.

Alltagsplausibilitäten entspricht auch das Faktordenken, das den hier referierten Thesen weitgehend zugrunde liegt. Das Erklärungsmuster lautet: Die Faktoren a, b, c (Scheidung, Heim, mangelhaftes Gewissen usw.) tragen zur Kriminalität bei. Solches Denken genießt in der Kriminologie hier und da ein gewisses Ansehen, gilt als offen und undogmatisch, weil es nicht »monokausal« ist. Das kann über die Theorielosigkeit dieses Denkens nicht hinwegtäuschen. Theoretisch orientiertes Denken besteht ja nicht darin, immer neue »Faktoren« zu sammeln, von denen man glaubt, sie verursachten das zu erklärende Phänomen. Vielmehr kommt es theoretischem Denken darauf an, Variablen zu formulieren, mit deren Hilfe dann die »Faktoren« geordnet und zueinander in eine logische Beziehung gebracht werden. Die Anomie-Theorie *Robert K. Mertons* läßt sich als Beispiel eines solchen Variablenzusammenhangs rekonstruieren. Seine These zur Innovation – darunter ist im wesentlichen Eigentumskriminalität zu verstehen – läßt sich als folgender Variablenzusammenhang formulieren:

»(1) Je stärker bestimmte (gemeinsame) Erfolgsziele eines Wertsystems für alle Gesellschaftsmitglieder (gegenüber anderen Zielen) betont werden,
(2) je schwächer dagegen die zur Erreichung der Ziele sozialstrukturierten Mittel betont werden,
(3a) je geringer – (bei aller Schwäche der betonten Mittel) – die tatsächlichen Möglichkeiten sind, sich dieser Mittel zur Erreichung der stark betonten und internalisierten Ziele dennoch zu bedienen, d. h.
(3b) je niedriger der soziale Status von Gesellschaftsmitgliedern ist,
(0) desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß Mitglieder einer solchen Gesellschaft sich abweichend verhalten, d. h. illegitime Mittel zur Erreichung des Erfolgsziels wählen« (*Springer* 1973, 12).

Derartige Variablenzusammenhänge findet man in der Literatur zum Thema »Kriminalität und Familie« selten. Nicht zufällig stellen *Glueck* und *Glueck* ihrem Buch »Delinquents and Nondelinquents in Perspective« das Wort *Carlyles* voran: »I grow daily to honor facts more and more, and theory less and less.«

Sozialwissenschaftler sind im übrigen nicht so sicher, ob das, was Kriminologen zum Verhältnis von Familie und Kriminalität erhoben haben, »facts« sind. Viele dieser Kriminologen gehen recht unbekümmert mit methodischen Problemen um. Zentralbegriffe wie »Aggressivität«, »emotionale Störung«, »Wärme« usw. werden

recht unterschiedlich und oft operational unfaßbar definiert. Dies führt wahrscheinlich dazu, daß dieselben Befunde mit einander widersprechenden Thesen erklärt werden können (vgl. die Annahme, daß strenge Erziehung zu ausgeprägtem Über-Ich, aber auch zur Veräußerlichung von Kontrolle führen könne). Die sozialwissenschaftliche Kritik bemängelt in diesem Zusammenhang vor allem den ex-post-Charakter vieler Erklärungen: Die meisten Kriminologen, die das Verhältnis von Familie und Kriminalität untersuchen, wissen, wer unter den von ihnen untersuchten Personen kriminell war und wer nicht. Dies schadet nicht, wenn man die Verteilung klar definierbarer Daten unter den beiden Gruppen vergleichen will, z. B. das Einkommen der Eltern. Problematisch wird dieses Verfahren, wenn es um Vergleiche der Verteilung seelischer Qualitäten geht, etwa um die Verteilung »mangelhafter Gewissen« oder »emotionaler Zuwendung«. Bei solchen operational schwer erfaßbaren Begriffen besteht die Gefahr, daß Wissenschaftler das ermitteln, was sie ermitteln wollen, daß sich also ihre Thesen stets erhärten. Thesen, die mit solchen Begriffen arbeiten, können eigentlich nur durch Prognosetests geprüft werden. In Anlehnung an *Michael Hakeem,* der die psychiatrisch orientierte Kriminologie kritisiert, wäre folgende Untersuchungsanlage zu fordern: Die Kriminologen können jede gewünschte Information sammeln, nur dürften sie nicht in Erfahrung bringen, ob die Kinder kriminell waren oder nicht. Die Thesen der Kriminologen wären erhärtet, wenn sie unter diesen Umständen wahrheitsgemäß sagen könnten, welches Kind kriminell war oder ist und welches nicht. Noch solider wäre der Test – das wäre eigentlich der Prognosetest –, wenn Kriminologen bei Erwachsenen mit sehr kleinen Kindern oder ohne Kinder voraussagen könnten, ob die (künftigen) Kinder kriminell werden (vgl. *Hakeem* 1968, 272f.).

Schließlich läßt sich gegen die »Familialisierung« der Kriminologie einwenden, sie greife zu kurz. Auch wenn man nicht bezweifelt, daß die von der Kriminologie ermittelten statistischen Zusammenhänge von Familie und Kriminalität kausal sind, bleibt zu fragen, ob eine Analyse viel bringt, die bei der Familie aufhört. Es läßt sich nämlich zeigen, daß die Merkmale von Familien, die nach Auffassung der Kriminologie kriminogene Wirkungen haben, ihrerseits mit sozialstrukturellen Merkmalen, der Schichten- und Klassenstruktur also, korrelieren (vgl. *Merton* 1968, 283ff.; *Cohen* 1985, 230). Eine aufs Ganze gehende Analyse täte daher besser, diese Zusammenhänge zu analysieren und deren Natur zu klären. Der Umstand, daß die familienorientierten kriminologischen Untersuchungen trotz des anhaltenden Interesses an dem Thema Familie und Kriminalität und trotz beachtlichen Forschungsaufwands unter theoretischen und methodischen Gesichtspunkten erkennbare Mängel aufweisen, hat Soziologen gelegentlich verärgert reagieren lassen. So schreibt *Moser* zur Reaktion der Soziologen auf die Arbeiten von *Glueck* und *Glueck*: »Die Kritiken der Soziologen am Werk der Gluecks verraten zuweilen große Gereiztheit, verbunden mit der Tendenz, das ganze Unternehmen als sinnlos erscheinen zu lassen« (1974, 93). Die gereizte Reaktion der Soziologen auf dieses Mißverhältnis von Aufwand und wissenschaftlichem Ertrag verbindet sich oft mit dem Verdacht, daß diese Art von Kriminologie anderen als wissenschaftlichen Interessen gehorche. Dieser Verdacht äußert sich vor allem in der Annahme, daß die Konzentration der Erklärungsbemühungen auf die Familie ablenke von fundamentalen gesellschaftli-

chen Ursachen der Kriminalität und darüber hinaus quasi-individualisierende Schuldzuschreibungen erlaube. Kriminalität werde als Konsequenz mangelhafter familialer Sozialisation gedeutet, die den Eltern, insbesondere der Mutter zugerechnet werde (vgl. *Lamott* 1985, 332). In ideologiekritischer Akzentuierung schreibt dazu *Mikinovic*:

»Die Familie scheint vor allem für diejenigen Autoren eine ideale Erklärungsfigur abzugeben, denen die Vererbungstheorie bereits zu diskreditiert ist, die aber dennoch abweichendes Verhalten individualisierend bestimmen wollen. Die soziale Institution Familie ist dadurch imstande, konservative Ideologien in einem fortschrittlichen Gewande erscheinen zu lassen. Man spricht von der Familie als ganzer und meint im Fall des Versagens doch immer nur die Frau und Mutter. Die Argumentation erscheint oberflächlich als soziologisch und bleibt trotzdem einer verengten Perspektive, die individuell Schuld zuschreibt, verhaftet« (1982, 36).

4. Sozialer Status der Familienmitglieder als Selektionsmerkmal der Instanzen sozialer Kontrolle

Kritik an Theorie und Methode herkömmlicher kriminologischer Erforschung des Zusammenhangs von Familie und Kriminalität, wie auch die gesellschaftskritische Verdächtigung der Ergebnisse dieser Bemühungen, haben Zweifel an der allgemeinen Annahme aufkommen lassen, nach der die Familie die Kriminalitätsbefunde verursache.

Eine alternative Erklärung ergibt sich aus der Rekonstruktion der Entstehung dieser Befunde. Die meisten der kriminologischen Untersuchungen des Zusammenhangs von Familie und Kriminalität gehen von offiziellen Kriminalitätsfeststellungen aus. Ihre Untersuchungspopulation sind Personen, die von Instanzen, die darüber entscheiden, ob eine Handlung kriminell, ob ein Handelnder ein Krimineller ist, als Kriminelle bezeichnet werden. Nun gehört es zu den Binsenweisheiten der Kriminologie, daß diese Instanzen nicht alle, die kriminell gehandelt haben, auch als Kriminelle identifizieren. Es gibt – so behaupten die Kriminologen – ein großes Dunkelfeld. Ist das so, so stellt sich die Frage, ob die wiedergegebenen Thesen für die Erklärung der gesamten Kriminalität oder nur für die registrierte Kriminalität gelten. Denkbar wäre es ja, daß der Zusammenhang von Familienmerkmalen und Kriminalität nicht durch den Umstand entsteht, daß das eine das andere bewirke, sondern dadurch, daß sich die Instanzen bei ihrer Feststellung von Kriminalität an bestimmten Merkmalen der Familien, der die in Frage kommenden Personen entstammen, orientieren. Zu denken wäre an die Situation des Verdachts. Die aufgrund offizieller Statistiken feststellbaren Zusammenhänge könnten dadurch entstehen, daß in Situationen des Verdachts diejenigen von den Instanzen sozialer Kontrolle eher aufgegriffen werden, die aus unvollständigen, zerrütteten usw. Familien stammen.

Einige Forscher haben diese Vermutung überprüft. Sie ermittelten, daß der durch die Selektivität der Instanzen erbrachte Anteil an den offiziellen statistischen Kriminalitätsbefunden beträchtlich sei. Es müsse auch »der stigmatisierende Aspekt des Konzepts der Multiproblemfamilie beachtet werden«, schreiben *Lösel* und *Linz*.

»Dies gilt besonders für die von gesellschaftlicher Machtverteilung beeinflußte Interaktion mit sozialen Kontrollinstanzen, wobei die Multiproblemfamilie Charakteristika aufweist, die eine offizielle und dauerhafte Kriminalisierung ihrer Angehörigen begünstigen« (1975, 200).

Systematisch nachgegangen ist der Frage nach dem Anteil dieser Selektionsleistung der Instanzen sozialer Kontrolle an offiziellen Kriminalitätsbefunden *Siegfried Lamnek*. Im Rahmen seines Forschungsprojekts wurden 576 Jugendliche danach befragt, ob und – wenn ja – wie sie kriminell gehandelt hätten – u. a. durch Vorlage einer Liste von juristisch inkriminierten Handlungen (vgl. 1982, 36).
Die befragten Jugendlichen setzten sich folgendermaßen zusammen: 118 hatten eine Arreststrafe zu verbüßen; 92 waren zur Ableistung von Arbeitsverpflichtungsstunden verurteilt worden; 357 waren Jugendliche und Heranwachsende (Fernmeldelehrlinge bei der Post), von denen 4,5 % als straffällig registriert worden waren. 89,4 % hatten nach eigenen Angaben eine oder mehrere Straftaten begangen, ohne als kriminell registriert worden zu sein.
Von zentraler Bedeutung für das Forschungsprojekt war der Vergleich der Jugendlichen, die vorgaben, kriminell gehandelt zu haben, von Instanzen sozialer Kontrolle jedoch nicht ertappt worden zu sein, mit den Jugendlichen, die als Kriminelle registriert worden waren (1982, 36ff.).
Dieser Vergleich – so *Lamnek* seine Ergebnisse zusammenfassend – »stützt fast durchgängig bei allen Merkmalen die Hypothese, daß die Kriminalisierten (die als kriminell Registrierten also – H. P.) häufiger und/oder stärkere soziale Schlechterstellungen aufweisen. Ihr inferiorer Status benachteiligt sie doppelt; es ist ein deutlicher Effekt auf die Kriminalisierung nachzuweisen« (1982, 84).
Im Blick auf die Bedeutung des unvollständigen personellen Bestands der Familie zeigt *Lamnek* u. a., daß

- »nicht die Deliktbegehung, wohl aber die Kriminalisierung durch die Unvollständigkeit der Familie begünstigt wird... Wurde eine Straftat verübt, so wurden 61,3 % der Täter aus strukturell unvollständigen Familien auch gerichtlich bestraft, während das nur bei 39,1 % der Täter aus strukturell vollständigen Familien der Fall war« (1982, 43).
- Heimerziehung eher Selektionsmerkmal der Instanzen als Kriminalitätsverursacher ist. »Ehemalige Fürsorgezöglinge sind unter den überführten Tätern mehr als doppelt so stark vertreten als in der Dunkelfeldpopulation« (ebd.).
- die Berufstätigkeit der Mütter eher Selektionsmerkmal der Instanzen als Kriminalitätsverursacher ist. »Während sich 62,6 % der Täter mit nicht immer voll berufstätigen Müttern einer gerichtlichen Bestrafung entziehen könnten, gelang das nicht einmal halb so vielen Tätern mit immer voll berufstätigen Müttern (30,2 %)« (1982, 45).

Der Tendenz nach ähnlich – wenn auch abgeschwächt – schätzt *Lamnek* die Bedeutung als defizitär definierter familialer Interaktionen ein:

- Die operational wesentlich als befriedigende Interaktionen ermöglichende Beziehung definierte »Bindung an das Elternhaus« (1982, 48) halte zwar häufiger von Gesetzesübertretungen ab, »zusätzlich ergibt die Analyse, daß eine schlechte Beziehung zu den Eltern auch die Wahrscheinlichkeit einer offiziellen Registrierung erhöht« (1982, 49).

- Das elterliche Erziehungsverhalten (operationalisiert nach Indikatoren des Familienklimas und Bestrafungspraktiken) wirke sich auf Delinquenz und Kriminalisierung ähnlich aus: Positiver Erziehungsstil z.B. werde als Modell zur Bewältigung von Konflikten übernommen, die mit solchen Erziehungsstilen einhergehenden Fremdeinschätzungen führten zu häufigerem kriminalisierendem Zugriff der Instanzen sozialer Kontrolle (1982, 51ff.).

5. Alternative Erklärung des Zusammenhangs von Kriminalität und Familie: der labeling approach

Man kann nach allem und trotz der Kritik an der herkömmlichen Kriminologie sagen: Es stehen einander zwei Ansätze wissenschaftlichen Vorgehens gegenüber:
- Der Ansatz, der davon ausgeht, daß bestimmte Bedingungen der Familie, in der der Kriminelle aufwächst oder aufgewachsen ist, zu dessen Kriminalität führen bzw. geführt haben und
- der Ansatz, der davon ausgeht, daß Instanzen sozialer Kontrolle ihre kriminalisierenden Zugriffe an bestimmten als defizitär definierten Merkmalen der Familie orientieren.

Dies ist eine Ausgangslage, die Wissenschaftler reizt, die Synthese zu suchen, die integrierende Theorie zu konzipieren. Am bekanntesten geworden sind die Integrationsversuche von *Hans Haferkamp* und *Stephan Quensel*.
Eine der zentralen Thesen *Haferkamps* lautet:

»Die sozialstrukturellen Bedingungen der Kriminalität wie der Kriminalisierung sind unmittelbar aufeinander bezogen als soziale Mängellagen. Sie treten nur in unterschiedlicher Ausprägung auf: Besitz- und Machtlosigkeit drängen Menschen in Mängellagen, vermittelt über Gruppenprozesse zu kriminellen Handlungen. Besitz und Macht drängen Menschen in Vorzugslagen angesichts der sie bedrohenden kriminellen Handlungen vermittelt durch Organisationen zu Kriminalisierungen« (1975, 42).

Haferkamp versucht, den ersten Teil der These u.a. anhand der Merkmale der Herkunftsfamilien Krimineller deutlich zu machen. Diese Familien zeichneten sich nach seinen Befunden überdurchschnittlich oft durch Besitzlosigkeit und (berufliche) Machtunterworfenheit aus. Diese Mängellagen versuchten die jugendlichen Familienangehörigen durch Entwicklung kompensatorisch angelegter Strategien zu verarbeiten. Dies geschähe vor allem in Jugendgruppen. Hier werde kriminelles Handeln fast spielerisch – durch Aufgreifen einer am Rande liegenden Bemerkung etwa, mit der sich ein Gruppenmitglied vorgewagt hat – initiiert (1975, 266). Den zweiten Teil der These erhärtet *Haferkamp* nicht. Er rät, hier weitere Forschungen abzuwarten (1975, 516).
Quensel konstruiert ein Modell krimineller Karrieren, in dem die Entstehung von Kriminalität als Ergebnis eines Aufschaukelungsprozesses beschrieben wird. Eine Bedingung für das Einsetzen dieses Prozesses ist »ein kleines Delikt«, mit dem der Täter »ein ebenso kleines Problem lösen« will (1973, 48). Eine weitere Bedingung für das Einsetzen des Prozesses ist, daß auf dieses Delikt in sanktionierender Absicht reagiert wird. Die Argumentation *Quensels* läuft darauf hinaus, daß diese Reaktion Bedingungen schafft, die zu kriminellem Handeln und zur erhöhten

Kriminalisierungswahrscheinlichkeit führen: Einerseits indem die sanktionierende Reaktion die sozialen Teilnahmechancen der Adressaten verringert, sie abdrängt in Zonen der Illegalität; andererseits dadurch, daß die einmal Sanktionierten die Aufmerksamkeit der Kontrollorgane auf sich ziehen.

Die Wahrscheinlichkeit dieser kriminellen Karriere variiert nach *Quensel* mit bestimmten familialen Sozialisationsbedingungen der Handelnden. »Frühkindliche familiäre Störungen, ein fehlendes Vaterbild, unzureichende schulische Förderung etc. werden die Anfälligkeit für diese Entwicklung erleichtern«, schreibt *Quensel* (1973, 51) – für eine Entwicklung zu kriminellem Handeln, zur Sanktionierung dieses Handelns und zur kriminogenen Verarbeitung dieser Sanktionierung.

Interaktionstheoretische Bedenken setzen der Genugtuung über derartige Theoriekombinationen und Modellkonstruktionen Grenzen: Es wird bezweifelt, daß das Erklärungspotential der Annahme, (offiziell registrierte) Kriminalität entstehe durch den Zugriff von Instanzen sozialer Kontrolle, auf diese Weise voll ausgeschöpft wird und daß – wenn das Erklärungspotential ausgeschöpft wird – eine Kombination beider Ansätze möglich ist. Ein kurzer interaktionstheoretischer Exkurs ist zur Verdeutlichung dieser Bedenken und Zweifel erforderlich:

Sieht man einmal von der Arbeit *Lamneks* ab, kann man sagen: alle Erklärungen von Kriminalität, die wir bisher wiedergegeben haben, gehen davon aus, daß Kriminalität ein objektiver Sachverhalt ist, dessen Ursachen grundsätzlich zu ermitteln seien. Dem entspricht die Suggestion der Objektivität, die von der Kriminalitätsdefinition ausgeht, nach der Kriminalität ein Handeln ist, das gegen Strafrechtsnormen verstößt. Was aber, fragen Interaktionstheoretiker, heißt Verstoß? Als Verstoß sei ein Handeln stets nur durch Annahmen über die Subjektivität des Handelnden zu bezeichnen. Am Paragraphen des Strafgesetzbuchs (StGB), der den am häufigsten vorkommenden Fall von Kriminalität, den »einfachen Diebstahl« definiert, läßt sich das zeigen. Dieser Paragraph lautet: »Wer eine fremde, bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, dieselbe sich rechtswidrig zuzueignen, wird wegen Diebstahls... bestraft« (§ 242 StGB). Was »eine fremde, bewegliche Sache« ist, gilt als objektiv definierbar (obwohl angemerkt werden sollte, daß natürlich auch die Definitionsmerkmale »fremd« und »beweglich« durch die Kategorien, die die Menschen in ihren Köpfen haben, zu Merkmalen werden, also menschliche Konstruktionen sind), nicht jedoch die Absicht, sich eine solche Sache rechtswidrig zuzueignen. Diese Absicht liegt ja nicht offen zutage. Sie muß erschlossen werden (im Strafverfahren übrigens auch dann, wenn der Angeklagte gesteht, er habe diese Absicht gehabt). Wie geschieht das? Interaktionstheoretiker sagen: durch kontextorientierte Typisierungen.

Zwei Beispiele mögen das verdeutlichen: Nehmen wir an, ein arbeitsloser Hilfsarbeiter läßt in einem Supermarkt eine Flasche Sekt in seiner schäbigen Aktentasche verschwinden, schlängelt sich an der Kasse vorbei, ohne zu bezahlen, wird jedoch vom Hausdetektiv gestellt. Nehmen wir – übrigens wider Erwarten – weiter an, der arbeitslose Hilfsarbeiter wird wegen Warenhausdiebstahls angezeigt, es kommt zur Gerichtsverhandlung. Hochwahrscheinlich würde dieser Mann wegen Warenhausdiebstahl verurteilt. Nehmen wir als Gegenbeispiel an, die Frau eines Ministerialdirektors läßt in demselben Supermarkt die gleiche Flasche Sekt in ihrer – ungewöhnlich geräumigen – Krokodillederhandtasche verschwinden, schlängelt sich ebenfalls an der Kasse vorbei, ohne zu bezahlen, und wird ebenfalls vom Hausdetektiv gestellt. Nehmen wir auch hier an, die Frau wird angezeigt, es kommt zur Gerichtsverhandlung. Würde sie wegen Warenhausdiebstahls angezeigt? In beiden Beispielen passiert dasselbe, läuft derselbe physikalische Vorgang ab. Dennoch bezweifeln wir, daß dasselbe Urteil ergeht. Diese Zweifel sind nicht mit Annahmen über klassenjustizielle Praktiken von Richtern begründet. Wir nehmen vielmehr an, der Richter wolle herausfinden, ob kriminelles Handeln vorliegt oder nicht. Dabei geht der Richter aus von dem, was ihm plausibel ist. Plausibel ist ihm, daß ein arbeitsloser Hilfsarbeiter wohl dazu neigt, sich Sekt unentgeltlich zu beschaffen,

zu stehlen. Eine entsprechende Neigung einer Ministerialdirektorsfrau ist ihm dagegen nicht plausibel. Das heißt im Blick auf die »Feststellung« kriminellen Handelns: Es wird nicht einfach registriert, beschrieben, sondern zugeschrieben, und zwar aufgrund des Kontextes, den der Zuschreiber, der Richter, für zuschreibungsrelevant hält: in dem Beispiel sind es die Schichtmerkmale der Angeklagten.
Damit verändert sich das Erkenntnisziel der Kriminologie. Wenn es richtig ist, daß Kriminalität wesentlich ein zugeschriebenes – Interaktionisten sagen: askriptives – Merkmal von Handeln ist, dann ist es offenbar nicht »wesentlich« herauszufinden, wie dieses Handeln entstanden ist. Wesentlich wäre es, herauszufinden, wie und unter welchen Umständen das Merkmal »kriminell« zugeschrieben wird. So heißt es denn auch bei *Wolfgang Keckeisen* allgemein zur Devianz: »Devianz als soziale Tatsache ist dann erklärt, wenn sie als situativ bestimmte, erfolgreiche Zuschreibung eines Status/Attributs durch andere, insbesondere durch Kontrollinstitutionen, rekonstruiert werden kann« (1974, 32).

Von dieser Position aus erscheinen die herkömmlichen Ansätze zur Erklärung des Zusammenhangs von Familie und Kriminalität als obsolet. Sie unterstellen objektive Merkmale, wo es um Rekonstruktion von Interpretationen gehen müßte. Keineswegs sei der interaktionstheoretisch begründete Ansatz – meist als »labeling approach« bezeichnet – ein Ansatz neben den beschriebenen. Sie stünden in Konkurrenz zueinander. Deswegen sei es auch nicht möglich, diese mit jenem Ansatz einfach zu kombinieren. Dies führt in der Tat wieder zu einem Objektivismus, in dessen Rahmen der labeling approach zu der Annahme verkümmert, daß die Kontrollinstanzen selektiv sanktionieren. Es ist dem labeling approach zufolge nicht möglich, das »Dunkelfeld« zu bestimmen. Dem Handeln im Dunkelfeld fehlt das Merkmal, das es zu kriminellem Handeln macht: Nämlich als solches von Kontrollinstanzen bezeichnet worden zu sein, was ja die für die Definition von Handeln unabdingbare kontextorientierte Typisierung des Handelns voraussetzt. Anders gesagt: Handeln erhält – in dieser Perspektive – seine soziale Existenz durch andere. Durch deren Be-deutung wird Handeln zur sozialen Wirklichkeit. Ein Handeln, daß von den legitimierten Instanzen nicht als kriminell bezeichnet wird, ist kein kriminelles Handeln. Es lassen sich unter diesen Voraussetzungen auch keine kriminogenen Bedingungsanteile und Kriminalisierungsanteile unterscheiden, wie *Lamnek* es tut, es lassen sich auch keine Karrieremodelle konstruieren, die ja einen objektiven Kriminalitätsbegriff unterstellen müssen. Damit ändert sich die Fragestellung für den, der den Zusammenhang von Familie und Kriminalität erklären will. Was sich bei *Lamnek* andeutet, wird zur allgemeinen These: Der statistische Zusammenhang von bestimmten Familienmerkmalen und Kriminalität wird produziert durch die Vertreter der Instanzen sozialer Kontrolle, für die jene Merkmale der Kontext ist, der für sie kriminelles Handeln wahrscheinlich werden läßt. Die Zuweisung in kriminelle Rollen hänge wesentlich ab von der sozialen Schicht, der der Abweichende angehört bzw. von der Familiensituation, aus der er komme, meint *Fritz Sack* und fährt dann fort:

»Damit ist nicht gemeint, wie es die herkömmliche Kriminologie sehen würde, daß die Schichtzugehörigkeit oder die Familiensituation im Individuum eine erhöhte Motivation zu abweichendem Verhalten erzeugt, sondern damit soll ausgedrückt sein, daß jemand, der diesen sozialen Situationen entstammt, damit rechnen muß, daß sein Verhalten größere Wahrscheinlichkeit in sich trägt, von anderen, insbesondere aber von den Trägern der öffentlichen sozialen Kontrolle, als abweichend bzw. kriminell definiert zu werden, als jemand, der sich in gleicher Weise verhält, jedoch einer anderen Schicht angehört oder aus einem intakten Familienmilieu kommt« (1968, 472f.).

Die Wahrscheinlichkeit, als kriminell definiert zu werden, steigt dieser These zufolge z. B., wenn die Verhaltenskontrolle durch Familie abnimmt. Dann tritt an deren Stelle die öffentliche soziale Kontrolle und produziert Kriminalität. Dies erklärt die Überrepräsentation Jugendlicher unter Kriminellen (vgl. *Sack* 1978, 433). Allgemein und im Sinne des labeling approach formuliert *Donald Black*:

»Die Annahme, daß strafrechtliche Eingriffe mit anderen Arten sozialer Kontrolle invers variieren ... besagt, daß Familien mit geringer Eigenkontrolle sich eher an Gerichte wenden, um ihre Angelegenheiten zu regeln ..., daß eine Frau ohne Ehemann ihres Sohnes wegen eher die Polizei ruft als andere Frauen« (1976, 7).

Nun sind solche Sätze natürlich nichts weiter als Illustrationen des labeling approach. Sie belegen nicht die mit ihm formulierte These. Die entscheidenden »Variablen« wären dieser These zufolge ja die Plausibilitäten und kontextorientierten Typisierungen der Richter. Sie müßten durch Variationen der als zuschreibungsrelevant geltenden Merkmale ermittelt werden. Soweit wir sehen, sind diese »Variablen« systematisch nur von *Dorothee Peters* untersucht worden. Das zentrale Ergebnis dieser Untersuchung besagt, daß Richter dazu neigen, ihre Urteile am Schichtungskontext zu orientieren (vgl. 1973, 96ff.). Die Interviews mit Richtern über die »Merkmale der Kriminalität und des Kriminellen aus der Perspektive von Strafrichtern« (1973, 60) lassen im übrigen annehmen, daß Strafrichter zur »Familialisierung« der Kriminalitätsursachen neigen. »Der größte Teil der Täter«, so eine von *Peters* für repräsentativ gehaltene Richteräußerung, »(kommt) aus ungeordneten Verhältnissen, entweder (sind es) uneheliche Kinder oder (sie kommen) aus Ehen, die nicht in Ordnung sind, aus geschädigtem Milieu« (1973, 60). Leider ergibt sich aus der Untersuchung nicht, ob diese Einschätzung auch die Kriminalitätszuschreibung bestimmt.

Der labeling approach hat vor allem die kriminologische Theoriediskussion vorangetrieben, weniger die empirische Forschung. Statistische Zusammenhänge von Familie und Kriminalität werden zwar im Sinne des labeling approach gedeutet, die diesen Deutungen zugrundeliegende Hypothese wird jedoch nicht geprüft. Die Erwägungen, die sich der von *Sack* formulierten Annahme anschließen, müssen daher Spekulation bleiben.

Geht man von der interaktionstheoretischen Annahme aus, nach der Handeln an sich bedeutungs- und damit qualitätslos ist, so wäre – hätte *Sack* recht – zu fragen, warum die Familie – neben der Schichtung – als Typisierungskontext fungiert. Suggeriert wird mit dieser Korrelation von nicht-intakter Familie und Kriminalität ja die Vorstellung, daß die intakte Familie vor Kriminalität schütze. Die interaktionstheoretische Interpretation dieser Korrelation führte am Ende zu der Spekulation, daß die Familialisierung der Ursachen der Kriminalität die intakte Familie legitimiert.

6. Praxisempfehlungen und Praxiskritik

Bei diesem Stand der Forschung ist es schwierig, Praxisempfehlungen zu geben. Die Schwierigkeiten beginnen schon bei der Bestimmung des Ziels solcher Empfehlungen. Wissenschaftliche Erwägungen können das Ziel, Kriminalität zu verhindern nicht begründen. Welches wissenschaftliche Argument spräche gegen Normbrüche? Aber auch einem sozialwissenschaftlich sensibilisiertem politischen Bewußtsein fällt es schwer, das Ziel, Kriminalität zu verhindern, so ohne weiteres zu übernehmen. Soziologen jedenfalls verweisen auf Funktionen der Kriminalität, die unter politischer Perspektive keineswegs als entbehrlich gelten. »Das Verbrechen unter die Erscheinungen der normalen Soziologie einzureihen, ... schließt auch die Behauptung ein«, sagt *Emile Durkheim*, »daß es einen Faktor der öffentlichen Gesundheit, einen integrierenden Bestandteil einer jeder gesunden Gesellschaft bilde« (1965, 157). Der schlichte Gerechtigkeitssinn schließlich hindert uns, am »Kampf gegen das Verbrechen« so ohne weiteres teilzunehmen. Die Skrupel ergeben sich einerseits aus der Annahme, daß Verbrechen großenteils den Handelnden nicht zurechenbaren Bedingungen zuzuschreiben seien, andererseits aus der Befürchtung, daß besagter Kampf zur Verschärfung von Sanktionen führt. Darüber hinaus: ist Verbrechen gleich Verbrechen? Es fehlt eine normative Theorie, an der sich Sanktionsvorschläge orientieren könnten.

Nicht viel geringer werden die Formulierungsprobleme, wenn wir das Ziel, die Kriminalität zu verhindern, einmal akzeptieren und nach geeigneten Mitteln suchen, um dieses Ziel zu erreichen – nach Mitteln, die sich die Ergebnisse der Erforschung des Zusammenhangs von Familie und Kriminalität zunutze zu machen hätten.

Das Problem ergibt sich daraus, daß die Erforschung dieses Zusammenhangs zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen gekommen ist und damit die »Therapie« jeweils unterschiedlich ausfällt. Es lassen sich drei Thesen zum Zusammenhang von Familie und Kriminalität formulieren:

1. Kriminalität ist im wesentlichen die Folge sozialstrukturell begründeter Spannungen. Sie beeinträchtigen die Sozialisationsmöglichkeiten bestimmter Familien und verursachen damit die Kriminalität der in diesen Familien Heranwachsenden.
2. Kriminalität ist die Folge von Sozialisationsdefiziten der Kriminellen, die der Unvollständigkeit von deren Herkunftsfamilien und/oder mangelhaften Interaktionen in diesen Familien zuzurechnen sind.
3. Kriminalität entsteht durch die Zuschreibung von Vertretern der Instanzen sozialer Kontrolle. Sie orientieren ihre Zuschreibungen an Merkmalen der Familie. Kriminalität wird zugeschrieben, gilt die Familie des Verdächtigen als nicht-intakt.

Zu 1. Die »Therapie«, die sich an der ersten Diagnose orientiert, zielt auf die Vermeidung sozialstruktureller Spannungen, d.h. meist auf die Verringerung von Einkommensdifferenzen und der Bildungschancen usw., zielt also nicht auf Familie. Wir brauchen uns daher mit diesen Maßnahmen nicht zu beschäftigen.

Zu 2. Dies ist die im ersten Teil unserer Erörterungen beschriebene Position. Vertreter dieser Position neigen zur Formulierung von Praxisempfehlungen. So fordern *Glueck* und *Glueck* die »Jugendführer« auf, »für einen rechten Ersatz zu sorgen« (1972, 185). Um schädliche Einflüsse auf Kinder zu verhindern, müsse »jede Generation künftiger Eltern über die Grundzüge geistiger Gesunderhaltung und über das Rüstzeug für ein glückliches und gesundes Familienleben gründlich unterrichtet« werden (1972, 187). Dies erfordere »eine enorme Vermehrung der psychiatrischen, sozialen, religiösen, pädagogischen und anderen Kraftquellen innerhalb unserer Gesellschaftsordnung« (ebd.). Es sei unnütz, »auf ein Kind, sei es kriminell oder nicht, isoliert von seiner Familie einzuwirken« (ebd.).
Solche Forderungen haben vor allem in den USA eine gewisse Resonanz gehabt. Zur nordamerikanischen Entwicklung schreibt *Norbert Herriger:* Neben einzelfallbezogenen Konzepten der Beratung und der offenen pädagogischen Betreuung seien »vor allem in jüngster Zeit *familienbezogene Interventionsprogramme* getreten, die auf eine erzieherische Lösung des ›problematischen‹ Verhaltens von Jugendlichen im Kontext der familiären Lebenswelt ausgerichtet sind« (1980, 284 – Hervorhebungen von *Herriger*). Diese Programme zielten auf eine Ergänzung familialer Kontrollfunktionen.
Derartige familienbezogene Interventionsprogramme sind nicht überall akzeptiert worden. Kritisiert werden sie unter vier Gesichtspunkten:

1. Sie seien erfolglos im Blick auf ihr manifestes Ziel: »Die Mehrzahl der adressatenbezogenen Erfolgskontrollstudien... stimmt in dem Befund überein, daß Familieninterventionsprogramme *keinen signifikanten Einfluß auf die Legalbewährung* ihrer Adressaten ausüben«, heißt es bei *Herriger* (1980, 292 – Hervorhebungen von *Herriger*).
2. Sie kolonialisierten die familiale Lebenswelt. Im Zuge der Realisierung der Interventionsprogramme werde den Adressaten eine administrations- und therapieorientierte Sprache angesonnen, die sie ihrer ursprünglichen Lebenswelt entfremde (vgl. *Herriger* 294f.).
3. Sie stigmatisierten die Familienmitglieder. Es sei keineswegs gesagt, daß die Mitglieder der Familie, der der Kriminelle entstamme, hilfsbedürftig im subjektiven Sinn sind. Interventionen seien daher großenteils nicht erwünscht. Dies führe auf Seiten der Intervenierenden zu Einschätzungen wie: die Familienmitglieder seien »uneinsichtig«, »nicht kooperationsbereit« (vgl. *Herriger* 291).
4. Sie weiteten soziale Kontrolle aus. Im Zuge der Interventionen würden den Intervenierenden weitere »problematische« Fälle bekannt, durch direkte Wahrnehmung oder durch Mitteilungen. Es entstünde ein sogenannter net-widening-effect (vgl. *Herriger* 293).

Zu 3. Die beiden zuletzt genannten Punkte entsprechen der Kritik, die sich aus der dritten These, dem labeling approach, ergibt. Lassen sich mit dieser These positive Praxisempfehlungen begründen? Im Grunde nur die Forderung nach Nicht-Intervention. Übernimmt man die interaktionstheoretische Position, nach der Wirklichkeit durch Be-Deutung der Dinge entstehe, so leuchtet diese Forderung unmittelbar ein: Der Zugriff der Instanzen schafft die Kriminalität, das Unterlassen des Zugriffs

verhindert sie. Der schlichten Logik dieses Schlusses sind denn auch Interaktionstheoretiker, denen es um die Praxis ging, gefolgt. Die klassische kriminalpolitische Empfehlung von *Leslie T. Wilkins* lautet: »Das beste, was man gegen Jugenddelinquenz tun kann, läßt sich in einem Wort von sieben Buchstaben sagen: weniger« (1967, 183). *Edwin M. Schur* fordert – so der Titel seines Buchs – »Radical Non-Intervention«. Das Gebot für die Politik laute: »Laßt Jugendliche, wo immer möglich, allein«, schreibt *Schur* (1973, 155). Diese Forderungen sind mittlerweile zum Programm relativ einflußreicher kriminalpolitischer Bewegungen geworden. Zu erwähnen ist insbesondere der Abolitionismus, für den »das Strafrecht... überflüssige Herrschaft, seine Praktizierung objektiv obsolet ist« (*Scheerer* 1986, 8). Viele sozialwissenschaftlich orientierte Kriminologen Westeuropas und der USA sehen sich als Vertreter dieser Bewegung. Ihr Programm hat logisch nichts mit der Familie zu tun, wohl aber kriminalpolitisch: Kontrolle helfe der Familie nicht, helfe schon gar nicht, Kriminalität zu verhindern. Die Defizite der Familie, deren Zusammenhang mit der Kriminalität Instanzenkonstrukt sei, seien durch sozialpolitische Maßnahmen auszugleichen.

Literatur

Bandura, A., Walters, R. H.: Adolescent Aggression, New York 1959 – *Becker, H.:* Outsiders, New York, London 1963 – *Black, D.:* The Behaviour of Law, New York u.a. 1976 – *Brauneck, A.-E.:* Allgemeine Kriminologie, Reinbek 1974 – dies., Allgemeine Kriminologie (Vorlesungsskripten), Gießen o.A. d.J. – *Cohen, A.K.:* Mehr-Faktoren-Ansätze, in: *Sack, F., König, R.* (Hg.), Kriminalsoziologie, Frankfurt 1968 – ders.: The Assumtuon that Crime is a Product of Environment: Sociological Approaches, in: *Meier, R.F.* (Hg.): Theoretical Methods in Criminology, Beverly Hills 1985 – *Durkheim, E.:* Regeln der soziologischen Methode, Neuwied, Berlin 1965 – *Glueck, S., Glueck, E.:* Unraveling Juvenile Delinquency, New York 1950 – dies.: Delinquents and Nondelinquents in Perspective, Cambridge, Mass. 1968 – dies.: Jugendliche Rechtsbrecher, Stuttgart 1972 – *Göppinger, H.:* Kriminologie, München 1971 – *Gold, M.:* Status Forces in Delinquent Boys, Ann Arbor, Michigan 1963 – *Haferkamp, H.:* Kriminelle Karrieren, Reinbek 1975 – *Hakeem, M.:* Eine Kritik des psychiatrischen Ansatzes, in: *Sack, F., König, R.* (Hg.): a.a.O. – *Herriger, N.:* Familienintervention und soziale Kontrolle – Strategien der Kolonisierung von Lebenswelten, in: Kriminologisches Journal 4/1980 – *Keckeisen, W.:* Die gesellschaftliche Definition abweichenden Verhaltens, München 1974 – *Lamnek, S.:* Sozialisation und kriminelle Karriere, in: *Schüler-Springorum* (Hg.): Mehrfach auffällig, München 1982 – *Lamott, F.:* Der Risikofaktor »Frau«. Kriminalprävention und Mütterlichkeit, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, Heft 6/1985 – *Liegle, L.:* Familie/Familienerziehung, in: *Eyferth, H.* u.a. (Hg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Neuwied, Darmstadt 1984 – *Lösel, F., Linz, P.:* Familiale Sozialisation von Delinquenten, in: *Abele, A.,* u.a. (Hg.): Abweichendes Verhalten. Erklärungen, Scheinerklärungen und praktische Probleme, Stuttgart, Bad Cannstadt 1975 – *McCord, W., McCord, J.:* Origins of Crime, New York, London 1959 – *Merton, R.K.:* Sozialstruktur und Anomie, in: *Sack, F., König, R.* (Hg.), a.a.O. – *Mikinovic, S.:* Zum Diskurs über abweichendes Verhalten Jugendlicher. Das Auftreten des Schuldvorwurfs an die Familie zur Jahrhundertwende, in: Kriminalsoziologische Bibliographie, Heft 36/37 (Spezial)/1982 – *Peters, D.:* Richter im Dienst der Macht, Stuttgart 1973 – *Quensel, S.:* Wie wird man kriminell? In: *Giesecke, H.* (Hg.), Offensive Sozialpädagogik, Göttingen 1973 – *Sack, F.:* Neue Perspektiven in der Kriminologie, in: ders., *König, R.* (Hg.): a.a.O. – ders.: Probleme der Kriminalsoziologie, in: *König, R.* (Hg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung,

Bd. 12, Stuttgart 1978 – *Scheerer, S.:* Abolitionismus und Neoklassizismus, in: *Müller S., Otto, H.-U.* (Hg.): Damit Erziehung nicht zur Strafe wird, Bielefeld 1986 – *Schur, E. M.:* Radical-Non-Intervention, Englewood Cliffs, N.J. 1973 – *Sieverts, R.:* Zum Geleit, in: *Glueck, S., Glueck, I.:* Jugendliche Rechtsbrecher, Stuttgart 1972 – *Springer, W.:* Kriminalitätstheorien und ihr Realitätsgehalt, Stuttgart 1973 – *Tilmann, M.:* Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur, Frankfurt 1974 – *Wilkins, L. T.:* »Delinquent Generations.« A Letter to the Editor, in: Journal of Research in Crime and Delinquency, Bd. 4, 1967 – *Wolfgang, M. E.:* On an Evaluation of Criminology, in: *Klein, M. W., Teilmann, K. S.* (Hg.): Handbook of Criminal Justice Evaluation, Beverly Hills 1980.

Elina Haavio-Mannila/Marja Holmila

Familie und Alkoholismus

Die Familie ist mit Sicherheit ein wichtiger Forschungsgegenstand für sozialwissenschaftliche Untersuchungen über den Alkoholismus; denn sie gehört zu den Grundszenarien, in denen der Alkoholkonsum sowohl stattfindet als auch verhindert wird, und sie stellt die wichtigste Hilfe für die Verhütung und Kontrolle von exzessivem Alkoholgenuß dar. Ferner werden die Folgen, die durch gelegentlichen oder kontinuierlichen exzessiven Alkoholgenuß verursacht werden, normalerweise durch die Familienmitglieder früher und intensiver wahrgenommen als durch andere Personen. Da Alkohol die wichtigste Entspannungsdroge ist und weil die Familie dem Einzelnen soziale Unterstützung in der Gesellschaft gewähren soll, sind zwischen diesen beiden Bereichen häufig Überschneidungen gegeben, deren Analyse von allergrößter praktischer und theoretischer Bedeutung ist (*Orford, Harwin* 1982, 7).
In diesem Artikel wird versucht, die wichtigsten Forschungsergebnisse über den Zusammenhang von Familie und Alkoholismus kritisch darzustellen. Eine Reihe diesbezüglicher Untersuchungen wurden vor allem in der Psychologie durchgeführt; ihre Ergebnisse basieren überwiegend auf klinischen Daten. Darüber hinaus gibt es auch einige umfangreiche soziologische Untersuchungen zu diesem Thema.

1. Theoretische Orientierung

Mit Hilfe der Systemtheorie versucht man sowohl Forschungen über den Zusammenhang von Familie und Alkoholismus durchzuführen, als auch den Alkoholismus selbst im Rahmen der gegenwärtigen Familientherapie zu behandeln. Obwohl man jedes Familienmitglied als ein eigenes System ansehen kann, werden in der Familiensystemtheorie die Individuen nur als Teile und die Familie als primäre organisatorische Einheit betrachtet. Das Konzept der Homöostase – zuerst eingeführt von *Don Jackson* – betont die Tendenz der Familie, Stabilität oder Balance zu erhalten und jede Veränderung dieses vorgegebenen Zustands zu bekämpfen. Die These von *Jackson* beinhaltet weiterhin, daß die Familie ein internes Umfeld bildet, das sie sorgfältig reguliert, um die allgemeine Stabilität aufrechtzuerhalten (*Jackson* 1965). Die Stabilität braucht nicht auf einer »gesunden Konstellation« zu beruhen, sondern sie kann auch auf chronisch pathologischem Verhalten basieren. Familien besitzen starke Kräfte, die entsprechend der homöostatischen Prinzipien wirken und Verhaltensänderungen in der Familie zu bekämpfen versuchen. Die Mechanismen, mit denen die Homöostase aufrecht erhalten wird, sind die negativen und positiven »Feedbackschleifen« (*Steinglass* 1982, 130–131).
Die Familiensystemtheorie hat inzwischen ein detailliertes Familienmodell entwikkelt; dennoch beinhaltet es Schwächen und wurde deshalb kritisiert. Wie bereits erwähnt, betont z.B. die Familiensystemtheorie vor allem die Stabilität, Kontinui-

tät und den Widerstand der Familie gegenüber Veränderungen, aber gerade durch exzessiven Alkoholgenuß lösen sich Familien öfter auf, als daß sie weiterbestehen (*Harwin, Orford* 1982, 260–265). Ferner konzentriert sie sich zu stark auf die internen familialen Systemprozesse; ein Bedarf besteht aber z. B. an soziologischen Untersuchungen, die der Bedeutung des unterschiedlichen kulturellen Hintergrundes von Alkoholikerfamilien nachgehen.

Der Zusammenhang von Alkoholismus und Familie wird auch unter rollentheoretischer Perspektive analysiert. Insbesondere versucht man mit ihrer Hilfe, die Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu erfassen und zu erklären. Von zwei unterschiedlichen Grundannahmen gehen ihre Vertreter aus: einige vermuten, daß mit den Geschlechterrollen psychische Eigenschaften verbunden sind, auf die die unterschiedlichen Auswirkungen des Trinkens bei Männern und Frauen zurückzuführen sind. Andere erklären den Unterschied zwischen den Geschlechtern – vermutlich zutreffender – mit den unterschiedlichen Lebenserfahrungen von Frauen und Männern, und mit ihren unterschiedlichen Mitgliedsrollen in verschiedenen sozialen Gruppen, insbesondere auch innerhalb der Familie. Im übrigen wird mit dem rollentheoretischen Ansatz vor allem das abweichende Trinkverhalten von Frauen zu untersuchen versucht, selten aber dabei das Trinkverhalten von Männern und Frauen verglichen. So wurde der Alkoholismus bei Frauen mit dem Begriff des Geschlechtsrollen-Konfliktes beschrieben, durch den Nachweis einer gemeinsamen Variation zwischen dem Alkoholmißbrauch und im Geschlechtsrollenverhalten (*Leland* 1982, 91).

In einigen neueren Untersuchungen wurde der Zusammenhang von Alkoholismus und Familie mit Hilfe des Reproduktionsbegriffes zu erklären versucht. Bei den Aufgaben, die in den Bereich der Reproduktion fallen, besteht zwischen Männern und Frauen auch weiterhin eine äußerst weitreichende Arbeitsteilung. Die Unterschiede im Gebrauch von Alkohol zwischen Frauen und Männern sind Teil dieser Arbeitsteilung und sind auch ihre Symbole. Die Familie ist die zentrale Institution der gesellschaftlichen Reproduktion und demzufolge sind Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und ihre Symbole vor allem bei Ehepartnern besonders deutlich sichtbar (*Homila* 1988).

Der kulturtheoretische Ansatz, der in der Tradition der strukturalistischen Anthropologie seinen Anfang nahm, versucht den Alkoholgenuß der Familie als Teil einer gesamtkulturellen Bedeutungsstruktur zu erklären (*Sulkunen* et al. 1985). Man war bemüht nachzuweisen, in welchem Zusammenhang allgemeine soziokulturelle Faktoren mit den Alkoholproblemen in einer Familie stehen. Ethnischen und Klassenunterschieden wird hier bei der Skizzierung des Familienlebens eine zentrale Bedeutung beigemessen (*Ablon* 1984; *Ames* 1985). Mit Hilfe dieses theoretischen Ansatzes soll die nach Geschlecht unterschiedliche Symbolbedeutung, die dem Alkohol in der innerfamiliären Kommunikation zukommt, erfaßt werden.

2. Ergebnisse der Forschung

2.1. Die Kindheit mit einem alkoholkranken Elternteil und die Übertragung des Alkoholismus

Ein Großteil der Untersuchungen beschäftigt sich mit der Frage, welche Auswirkungen der Alkoholkonsum der Eltern auf ihre Kinder hat. Die meisten dieser Analysen wurden unter medizinischen, psychiatrischen oder psychoanalytischen Fragestellungen durchgeführt. Soziologische Untersuchungen zu diesem Problemkreis gibt es bisher nur wenige.

Durch die Entdeckung des fetalen Alkoholsyndroms (FAS) und der fetalen Alkoholeffekte (FAE) vermutete man, daß die Mutter durch Alkoholkonsum die Gesundheit ihres ungeborenen Kindes schädigen könnte. Deshalb wurde den Müttern empfohlen, während der Schwangerschaft abstinent zu bleiben. Später setzte sich die Ansicht durch, daß die Bedeutung des Alkohols überbetont worden wäre, weil nämlich nachgewiesen wurde, daß ebenso andere Faktoren, wie das Rauchen, der Streß, das Alter der Mutter, soziale Schwierigkeiten usw. (*Plant* 1985), Gesundheitsschädigungen beim Fötus bedingen können. Dennoch bleibt, daß hoher Alkoholkonsum der Mutter das Risiko von Schädigungen beim Ungeborenen erhöht.

Großes Interesse in der Forschung fand immer wieder die Frage, ob Alkoholismus tatsächlich innerhalb der Familie von Generation zu Generation weiter vererbt würde.

Eine Analyse von 39 Untersuchungen beweist, daß Verwandte von Alkoholikern häufiger selbst Alkoholiker sind, als die von Nichtalkoholikern. Untersuchungen, die über vier Jahrzehnte lang durchgeführt wurden, zeigen, daß in beinahe jeder beliebig gewählten Stichprobe von Alkoholikern bei fast einem Drittel zumindest ein Elternteil Alkoholiker war. Auch kommen in den Familienanamnesen von Alkoholikern viel häufiger Alkoholismusfälle vor, als andere psychische Erkrankungen (*Cotton* 1979). Weiterhin zeigen Untersuchungen klinischer Befunde, die in verschiedenen Ländern durchgeführt wurden, deutlich, daß Personen mit exzessivem Alkoholgenuß mit größerer Wahrscheinlichkeit angeben, daß eines ihrer Elternteile Alkoholprobleme gehabt habe (*Orford* 1986, 37).

Neben einer großen Anzahl von retrospektiven Untersuchungen, deren Stichproben aus Personen bestehen, bei denen im Erwachsenenalter Alkoholprobleme auftraten, gibt es nur wenige Erhebungen, die mit anderen Methoden arbeiteten, z.B. Follow-up-Studies durchführten (*Orford* 1986). Eine derartige, über 20 Jahre umfassende und mit einem Kontrollgruppenverfahren arbeitende Follow-up-Untersuchung, ist die von *Rydelius* in Schweden. Kinder von Vätern mit Alkoholproblemen scheinen im Vergleich zu denen der Kontrollgruppe im Erwachsenenalter schlechter angepaßt zu sein. *Rydelius* betont jedoch, daß die Ergebnisse keine Verallgemeinerung zulassen, weil die Kinder, die für diese Untersuchung ausgewählt wurden, zum größten Teil der unteren sozialen Schicht angehörten, und weil für die Töchter von Alkoholikern diese Ergebnisse sich längst nicht so eindeutig zeigten (*Rydelius* 1981).

In Dänemark wurde eine Untersuchung mit 19- bis 20jährigen Söhnen von Alkoholikern, die zwischen 1959 und 1961 in Kopenhagen geboren worden waren, durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, daß diese in der Schule größere Schwierigkeiten hatten (häufigeres Sitzenbleiben, häufigerer Besuch beim Schulpsychologen, geringere Sprachkompetenz, nach Urteil des Lehrer impulsiver und unruhiger), sich aber im wöchentlichen Alkoholkonsum nicht von der Kontrollgruppe unterschieden (*Knop, Teasdale, Schulsinger, Goodwin* 1985).

Eine andere Untersuchung wurde von *Wellemann* und *Orford* in Südwestengland durchgeführt, deren Stichprobe 160 freiwillige Erwachsene (16- bis 35jährige) umfaßte, deren Eltern Alkoholprobleme hatten. Hierin wird nachgewiesen, daß die Untersuchten über bedeutend weniger »Familienglück« in ihrer Kindheit berichteten sowie über geringeren Zusammenhalt, familiale Instabilität und über mehr Gewalt und Zerrüttung in der Familie als die Befragten der Kontrollgruppe (*Wellemann, Orford* 1984). Diese Ergebnisse unterstützen diejenigen von *Rutter* und *Madge*, nachdem Diskontinuitäten zwischen den Generationen in psychologischen und psychiatrischen Problemen numerisch ist (*Rutter, Madge* 1976).

Auch wenn man nachweisen kann, daß – wie bereits erwähnt – in Alkoholikerfamilien das wiederholte Auftreten von Alkoholismus häufiger vorkommt, als in Familien von Nichtalkoholikern, so zeigen die Statistiken jedoch auch, daß ein großer Prozentsatz der Alkoholiker (von 47 bis 82% der Stichproben, die von *Cotton* untersucht wurden) nicht aus Familien stammt, in denen ein oder beide Elternteile Alkoholiker waren (*Cotton* 1979, 112).

Die Übertragung des Alkoholismus erfolgt also nicht über einfache oder direkte Mechanismen. Die vorhandene Literatur zeigt, daß für Kinder von Alkoholikern sicherlich Probleme bestehen, Notlagen, Schuld und Einsamkeit; aber es bleibt unklar, bis zu welchem Ausmaß diese Probleme der Grund für eine von anderen Kindern abweichende zukünftige Entwicklung sind.

In einigen Untersuchungen hat man die Vermutung überprüft, nach der die Mechanismen der Übertragung in den Ritualen der Familien zu suchen sind. Es konnte nachgewiesen werden, daß in den Fällen, in denen ein oder beide Elternteile Alkoholiker sind, die Wahrscheinlichkeit, daß die Kinder keine Alkoholiker werden, größer ist, wenn die Familienrituale – zu den Zeiten des größten Alkoholkonsums – unterbrochen werden, also zu den Essenszeiten, in den Abendstunden, in den Ferien und an den Wochenenden, in der Freizeit und bei Besuchen (*Wolin, Bennett, Noonan, Teitelbaum* 1980, 199). Ferner entscheidet der Lebensstil, den ein Paar zu Beginn seiner Ehe zu praktizieren beginnt, darüber, ob sie den Alkoholismus in ihrer eigenen Generation fortsetzen werden oder nicht (*Bennett, Wolin* 1984).

Ebenso wurden Nachahmungseffekte zur Erklärung der Übertragung von Alkoholismus auf die nächste Generation überprüft (*Black* 1981a, 1981b; *Rhodes, Blackham* 1987).

So zeigten Untersuchungen, daß Kinder dazu neigen, die Trinkgewohnheiten ihrer Eltern zu imitieren, insbesondere die des gleichgeschlechtlichen Elternteils. Wenn jedoch das elterliche Verhalten als extrem wahrgenommen wurde, entweder in der Form der absoluten Abstinenz oder des exzessiven Alkoholgenusses, schien die Nachahmung nicht mehr stattzufinden (*Harburg, Davis, Caplan* 1982).

Ferner wurde in einer Untersuchung über australische Studenten deutlich, daß Söhne und Eltern im allgemeinen ähnliche Einstellungen zum Alkoholgenuß hatten, nicht aber die Töchter mit ihren Eltern. Dieser Unterschied wurde in einem veränderten Rollenverständnis von Frauen, den Unterschieden in der Erziehung und den Lebensstilen zu erklären versucht (*Wilks, Callan* 1984).
Häufig wird weiterhin darauf hingewiesen, daß frühe Erfahrungen mit Alkohol die spätere Einstellung zum Alkoholgenuß bedingen würden. Zur Verhütung von Alkoholproblemen sollte man deshalb immer bedenken, was man kleinen Kindern in ihren ersten Lebensjahren über Alkohol beibringt (*Casswell* et al. 1985; *Zucker* 1979). Einige Autoren haben deshalb auch vorgeschlagen, man sollte kleine Kinder von Alkoholikerinnen temporär in Pflege geben. Alkoholiker sorgen aber oft in perfekter Weise für ihre Kinder, wenn sie nicht trinken, und sie wissen auch vorher, wann die Krise kommt.

2.2. Familienmitglieder als »Opfer« der Trunksucht

Insbesondere Untersuchungen aus den USA und Großbritannien haben gezeigt, daß Frauen, die mit alkoholsüchtigen Männern verheiratet sind, sich nachgewiesener Maßen oft in schwierigen und langandauernden Notlagen befinden, die gekennzeichnet sind durch wirtschaftliche Unsicherheit, soziale Isolation, Streit, geringe Sexualität, Untreue, besitzergreifendes Verhalten und Eifersucht gegenüber dem Ehepartner, durch physische Gewalt und damit verbunden durch Beschädigungen von Haushaltsgegenständen und -einrichtungen (*Orford* 1986). Obwohl es sehr wahrscheinlich ist, daß auch woanders in der Welt Ehefrauen durch ihre exzessiv trinkenden Ehemänner ebenso in derartige Notsituationen geraten, gibt es über andere Länder kaum Untersuchungen mit dieser Fragestellung. Eine diesbezügliche Ausnahme bildet die Studie einer amerikanischen Forscherin, die die Erfahrungen und Probleme von Ehefrauen in Finnland beschreibt sowie die Mechanismen, die sie anwenden, um die Schwierigkeiten zu meistern (*Wiseman* 1976).
Dem Zusammenhang zwischen exzessivem Alkoholgenuß und Gewalttätigkeiten in der Ehe hat man im übrigen in der Forschung besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Untersuchungen beweisen, daß zwischen dem Mißbrauch von Kindern sowie von Frauen und dem Alkoholkonsum ein Zusammenhang besteht (*Spieker* 1980). Allerdings sind hierbei noch nicht alle sonstigen Variablen erfaßt und überprüft worden. Ferner haben die Erfahrungen, die man in den Frauenhäusern sammeln konnte sowie Polizeiberichte gezeigt, daß bei Gewalttätigkeiten in der Familie sehr oft Alkohol eine Rolle spielt (*Frieze, Schafer* 1984; *Peltoniemi* 1984).
In der Literatur ist immer wieder die Frage gestellt worden, ob Alkohol direkt die Gewalthemmung entkoppelt oder ob Alkohol indirekt über Erwartungen und andere Mechanismen wirkt. Anthropologische Arbeiten von *MacAndrew* und *Edgerton* (1970), aber auch experimentelle Untersuchungen mit einem balancierten Placeboversuch, mit denen über die Trennung der direkten Effekte von Alkohol und Erwartungen (*Kreuzer* et al. 1984) die Wirksamkeit von Erwartungen herausgestellt wurde, belegen die Annahme, daß Alkoholgenuß Gewalttätigkeiten freisetzt, aber nur in bestimmten Konstellationen.

Frieze und *Schafer* führten eine Sekundäranalyse über das Thema Gewalt in der Ehe und Alkohol durch. Sie vermuten, daß die Reaktion von männlichen und weiblichen Personen bei Alkoholgenuß am besten mit Hilfe der Benutzung eines kognitiven Modells erklärt werden könnte, das prognostiziert, daß die Reaktionen eines Alkoholikers von dem sozialen Umfeld, in dem der Alkoholgenuß vollzogen wird und seinen früheren Erwartungen hinsichtlich der Wirkungen des Alkohols abhängt. Die Autoren merken aber an, daß die Aussagen zumeist nur auf Untersuchungen mit kleinen und nichtrandomisierten Stichproben basieren. Es fehlen weitere und besser durchgeführte Untersuchungen über die Wirkungen des Alkohols, die von diesem kognitiven Aspekt ausgehen. Die vorliegenden Daten zeigen jedoch, daß Frauen häufig die Opfer von alkoholinduzierter Aggression sind. Dies ist ein wichtiges und häufig übersehenes Problem der Ehefrauen und anderer Partner von Alkoholikern, dem man bei der Planung und Entwicklung von Programmen zur Verhütung und Behandlung von Alkoholproblemen mehr Beachtung schenken sollte (*Frieze, Schafer* 1984, 276).
Man hat ferner behauptet, daß von Ehemännern Alkohol innerhalb der Familie als »Taktik der Dominanz« verwendet wird. Insbesondere dort, wo die traditionelle Legitimität der männlichen Dominanz untergraben wurde, dient der Alkohol den Vermutungen von *Room* zufolge der Legitimation und Durchsetzung von Dominanz durch Gewalt. Allein der Drohung, zum Trinken auszugehen, kommt ein Machteinfluß zu, der dem eines gehobenen Stockes entsprechen würde. Sie kann so terrorisierend wirken, daß irgendeine Androhung von Gewalt gar nicht erst geäußert zu werden braucht (*Room* 1980, 5).

2.3. Die Familie und das kontrollierte Trinken

Sehr wenig weiß man bisher über die informellen und formellen Reaktionen in der Gesellschaft auf den Alkoholkonsum. In den USA ist die informelle soziale Kontrolle des Trinkens weit verbreitet, indem Familienmitglieder oder Freunde ihre Mißachtung oder Verurteilung bestimmter Trinkgewohnheiten offen äußern (*Room* 1987).
Aus den Analysen der Trinkeranamnesen klinischer Untersuchungsgruppen wissen wir, daß die Alkoholiker sich oft relativ spät und zwar erst nach Ablauf eines langwierigen Prozesses in eine Behandlung begeben, nach dem die Geduld der Verwandten und Freunde gegenüber dem Trinker erschöpft und die Beziehung zu ihm gestört ist. Die Ergebnisse aus diesen Untersuchungen lassen ferner vermuten, daß die Verwandten von Alkoholikern bei der Entscheidung, mit einer formellen Behandlung zu beginnen, oft eine bedeutende Rolle spielen (*Weisner* 1987). Sie wenden sich sehr oft an Beratungsinstitutionen bei der Suche nach einer Unterstützung ihrer Situationsdefinition und nach Möglichkeiten der sozialen Kontrolle des Alkoholikers (*Wiseman* 1976).
In kürzlich durchgeführten soziologischen Untersuchungen wurde der enorme Umfang an unbezahlter Arbeit, die in Familien und Gemeinschaften bei der Hilfe und der Sorge für andere Leute geleistet wird, ausführlich dokumentiert (vgl. *Haavio-Mannila* et al. 1984; *Waerness* 1982). Auch die fürsorgerische Tätigkeit, mit

der sich die Familie um den Alkoholiker bemüht, zählt hierzu. In einer finnischen Interviewstudie junger Ehepaare (*Holmila* 1988) wird gezeigt, welche Arbeitsteilung hinsichtlich der mit dem Alkoholkonsum verknüpften Aufgaben zwischen den beiden Ehepartnern besteht. Etwa 47 % der interviewten Ehemänner gaben an, daß ihre Frauen versucht hätten, sie dazu zu bewegen, ihren Alkoholkonsum einzuschränken. Lediglich 12 % der Ehefrauen dagegen betonten, von ihren Ehepartnern kontrolliert worden zu sein. Je häufiger ein Mann oder eine Frau trinkt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß er oder sie zum Objekt einer informellen Kontrolle wird. Zusammenhänge bestehen ferner zwischen dem Versagen der selbst auferlegten Kontrolle und der Wahrscheinlichkeit, daß dann der Partner versucht, die Angelegenheit zu regeln.

Frauen tragen eine doppelte Last des Trinkens: von ihnen wird erwartet, daß sie nicht nur ihren eigenen Alkoholkonsum kontrollieren, sondern auch den ihrer Ehemänner. Die Mechanismen der informellen Kontrolle des Trinkens innerhalb der Familie sind eng verbunden mit den gesellschaftlichen Geschlechtsrollen. Folglich ist die auf dem Geschlecht basierende Arbeitsteilung in der Familie ein Faktor von grundlegender Bedeutung für das Verständnis, wie die informelle Kontrolle des Trinkens praktisch funktioniert.

Offensichtlich sind Frauen besser in der Lage, ihren Alkoholkonsum einzuschränken als Männer, was darauf zurückgeführt werden kann, daß ihr Alkoholgenuß einer schärferen sozialen Kontrolle unterliegt und zwar stärker interner als externer Natur; denn – wie bereits erwähnt – geben Frauen seltener als Männer an, daß ihr Alkoholkonsum von anderen Personen kontrolliert worden sei (*Mäkelä, Simpura* 1984, 13).

Ein kontrollierteres Verhältnis ist deshalb für das normale Leben einer Frau notwendig, weil sie in den meisten Fällen die Hauptverantwortung für die kleinen Kinder trägt. Ferner lassen die häuslichen Pflichten ihnen weniger Spielraum bezüglich der Verwendung ihrer zur Verfügung stehenden Zeit und ihres Geldes.

Der Grund für einen kontrollierteren Alkoholgenuß der Frauen kann auch darin liegen, daß eine Intoxikation für Frauen etwas anderes bedeutet als für Männer. Nur wenige Studien haben sich jedoch bisher speziell mit der Trunksucht von Frauen befaßt. Einige psychologische Untersuchungen deuten darauf hin, daß zwischen der Art und der Weise, wie Männer und Frauen die Wirkungen des Alkohols erleben, grundsätzliche Unterschiede bestehen (*Määttänen, Koski-Jännes* 1982).

Eine vergleichende Untersuchung, in deren Rahmen Interviews in Helsinki, Tallinn und Moskau durchgeführt wurden, zeigt, daß in allen drei Städten der Familie bei der informellen Kontrolle des Alkoholgenusses eine wichtige Rolle zukam. Männer neigten dazu, öfter zu trinken als Frauen, und Frauen sind über den Alkoholkonsum ihrer Partner häufiger besorgt. Die Frauen reagierten auf den Alkoholkonsum ihrer Ehemänner sogar, wenn Alkohol nicht übermäßig häufig getrunken wurde. Junge sowjetische Ehefrauen waren sehr viel häufiger als die finnischen Vergleichspersonen bemüht, den Alkoholgenuß des Partners einzuschränken. Dieser Unterschied kann möglicherweise mit Hilfe der voneinander abweichenden Traditionen des normativen Druckes in den beiden Ländern erklärt werden, sowie durch die

Tatsache, daß sowjetische Ehepaare den Alkohol häufiger getrennt voneinander, während die Vergleichspaare in Helsinki oft gemeinsam den Alkohol zu sich nehmen. Frauen sind eher geneigt, die traditionelle weibliche Kontrollrolle anzunehmen, wenn das Trinken eine vornehmlich männliche Aktivität ist, von der Frauen ausgeschlossen werden (*Holmila* 1987).
Die Kontrolle des Alkoholgenusses und das gemeinsame Trinken innerhalb der Familie scheinen auch mit dem Grad der Symmetrie in der Familie zusammenzuhängen. In den finnischen Familienuntersuchungen spiegelten sich emotionelle und sozioökonomische Asymmetrien zwischen den Partnern in Konflikten über den Alkoholgenuß und im Verhalten, nämlich Alkohol getrennt vom Ehepartner zu konsumieren, wieder (*Haavio-Mannila, Holmila* 1986).
Der Zusammenhang zwischen den Trinkgewohnheiten und der Ehezufriedenheit stellt ein besonders schwieriges Thema in der Forschung dar. Man möchte eine kausale Verbindung zwischen dem Alkoholkonsum und der Art der zwischenmenschlichen Gefühle vermuten; man weiß aber nicht, was Folge und was Ursache ist. Die Ergebnisse der finnischen Untersuchung zeigen, daß glücklich verheiratete Männer häufiger in gemäßigtem Maße trinken als nicht zufriedene oder m.a.W.: bei Männern, die sehr häufig Alkohol trinken, ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß sie eine konfliktbeladene, relativ unbefriedigende Ehe führen. Bei Frauen dagegen korrelieren Ehezufriedenheit und Trinkgewohnheiten nicht miteinander.
Weiterhin besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen der Ehezufriedenheit und der informellen Kontrolle des Trinkens innerhalb der Familie. Die Kontrolle durch den Partner scheint am häufigsten in jenen Ehen zu sein, die weder ausgeprägt unglücklich, noch ausgeprägt glücklich sind. Ferner trinken während einer ehelichen Konfliktphase die Partner häufiger getrennt Alkohol (*Holmila* 1988).

2.4. Die Funktion der Familie bei der Behandlung von Alkoholismus

Eine Reihe von Untersuchungen haben den Erfolg der Familientherapie bei der Behandlung des Alkoholismus und seinen Folgen analysiert (*Moos, Moos* 1984, 11). Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Einstellung zur Alkoholismustherapie. Nach *Villiez* und *Reichelt-Nauschef* wurden derartige Untersuchungen bisher mit Hilfe der Allgemeinen Systemtheorie, der Theorie der Kommunikation, der kognitiven Theorie und mit kybernetischen Modellen durchgeführt. In den letzten Jahren setzte sich immer stärker eine gesamtfamiliale Betrachtungsweise durch; sie kann als »Familiendynamische Theorie« bezeichnet werden. Man versucht hierbei die Bedeutung des Alkohols in der Familie vor und während der Therapie zu erfassen (*Villiez, Reichelt-Nauschef* 1986, 376).
Trotz der Unterschiedlichkeit der theoretischen Ansätze gibt es übereinstimmende Ergebnisse. So haben Problemtrinker, die derzeit verheiratet sind, eine günstige Behandlungsprognose. Desweiteren ist erwiesen: bei verheirateten Patienten oder Klienten korreliert die Chance einer Heilung mit der Stabilität der Ehebeziehung und mit der Intensität, mit der die Ehefrau in den Behandlungsprozeß integriert ist, vorausgesetzt sie ist selbst keine Alkoholikerin (*Orford* 1984, 115; *Ward* 1981). Der Familie kommt also eine äußerst positive Rolle in der Überwindung des Alkoholis-

mus zu. Deshalb wurde sogar die Vermutung geäußert, daß – wenn gestörte Beziehungen in Alkoholikerfamilien bestehen – eine Behandlung des alkoholsüchtigen Ehemannes nicht oder nur nach Auflösung der Familie möglich ist.
Umfangreiche Untersuchungen und Diskussionen beziehen sich auf die Frauen von Alkoholikern und erfassen ihre charakteristischen Merkmale. Die Ehemänner von Alkoholikerinnen hingegen wurden nur sehr selten untersucht. Die Erhebung von *Dahlgren* bestätigte die früher in einigen Untersuchungen bereits festgestellte Tatsache, daß unter den Männern von Alkoholikerinnen Alkoholismus und psychische Störungen oft vorkommen. Während Ehefrauen häufig die Behandlung der Trunksucht ihres Mannes positiv verstärken, gilt für Alkoholikerinnen eher das Gegenteil. Ehemänner kritisieren die Trinkgewohnheiten ihrer Frauen oft nicht oder ermutigen sie eventuell sogar noch zum Alkoholkonsum, so daß sie keine psychische Stütze für ihre Frauen sind (*Dahlgren* 1979, 68).

3. Schlußfolgerungen

Früher befaßten sich die Untersuchungen über den Zusammenhang von Alkoholismus fast ausschließlich isoliert mit der Alkoholikerfamilie. Diese spezialisierte Vorgehensweise wurde später oft kritisiert, und der Bedarf an empirischen Erhebungen betont, die die Familie in ihrer kulturellen und sozio-ökonomischen Umwelt berücksichtigen würden. So kann neben den von Klinikern vorgeschlagenen Systemmodellen (*Ablon* 1980) eine holistische Betrachtungsweise, die das Verhalten und die Einstellung von Alkoholikern mit den kulturellen Mustern und Erwartungen der Trinkgewohnheiten verknüpft, neue Dimensionen aufzeigen.
Die isolierte Erforschung der Alkoholikerfamilie ist auch von jenen Forschern kritisiert worden, die an der Rolle, die die Institution Familie bei der informellen Kontrolle der Trinkgewohnheiten in der Gesellschaft spielt, interessiert sind. Deshalb sollte man nicht nur die Alkoholikerfamilie, sondern vergleichend die Durchschnittsfamilie der betreffenden Kultur untersuchen.
Zwei Arten der informellen Kontrolle des Alkoholkonsums sind zu unterscheiden. Zum ersten kann die informelle Kontrolle situationsgebunden sein; denn in verschiedenen Situationen gelten unterschiedliche Regeln und Normen für das Trinkverhalten. Die Personen, die bei einer bestimmten Trinksituation anwesend sind, kontrollieren gleichzeitig das Verhalten der Mitanwesenden. Sie sind aber hauptsächlich nur an dem interessiert, was während dieser Trinksituation geschieht und beschränken ihre Kontrollfunktion nur auf diese Gelegenheit. Die zweite Art der informellen Kontrolle ist holistischer und mehr auf das Individuum als auf die Situation bezogen. Das trifft z. B. für Familienmitglieder zu, die ihre Kontrollfunktion sogar auf Situationen ausdehnen, die sie weder sehen noch hören.
Das labile Gleichgewicht zwischen Festlichkeit und dem Alltagsleben ist ein der Kernfamilie innewohnendes Moment. Die durch die Familienmitglieder ausgeübte Kontrolle zielt auf Kontinuität und Aufrechterhaltung der fundamentalen Struktur des Alltagslebens. Wieviel Freiheit im Alkoholkonsum man jedem Indi-

viduum während seiner Freizeit und bei Festlichkeiten zugesteht, wird durch die Familie rationiert und kontrolliert (*Holmila* 1987).
In jeder Gesellschaft scheinen ferner eindeutig festgelegte Regeln für das Trinkverhalten von Männern und Frauen in Verbindung mit dem Familienleben zu bestehen. Man muß also vermuten, daß Veränderungen in den Trinkgewohnheiten nicht ohne Veränderungen des Familienlebens möglich sind. Auch sind traditionell männliche Trinkgewohnheiten an die Männer-Rolle in der Familie gebunden; das gleiche gilt für das Trinkverhalten von Frauen.
Letztlich kann man feststellen, daß zwar verschiedene Untersuchungen gezeigt haben, daß die Übertragung des Alkoholismus innerhalb der Familie weit davon entfernt ist, direkt und gradlinig zu erfolgen, aber die in der Kindheit gesammelten Erfahrungen üben einen starken Einfluß auf das zukünftige Leben aus. Anstatt die Wahrscheinlichkeit einer Vererbung des Alkoholismus zu untersuchen, sollten die Forschungsanstrengungen deshalb sich darauf konzentrieren, humane und nichtzwingende Mittel und Methoden zu finden, der Institution Familie bei ihrer Sozialisationsaufgabe zu helfen.

Literatur

Ablon, J.: »Family Research and Alcoholism«. Recent developments in alcoholism. Hg. *Galanter, M.* Bd. 2, Plenum Press, New York und London 1984 – *Ablon, J.:* »The significance of cultural patterning for the »alcoholic family«. Family Process. 19. Jg. 1980, 127–144 – *Ahlström, S.:* »Nuorten alkoholin käyttö« (Der Alkoholkonsum junger Leute). Suomalaisten juomatavat (Die finnischen Trinkgewohnheiten). Hg. *Simpura, J.* Alkoholitutkimussäätiön julkaisuja no 34. (Veröffentlichungen der Finnish Foundation for Alcohol Studies, Nr. 34). Gummerus, Jyväskylä 1985 – *Ames, G.:* »Middle-class protestants. Alcohol and the family«. The American experience with alcohol. Contrasting cultural perspectives. Hg. *Bennett, L.* u. *Ames, G.* Plenum Press, New York 1985, 435–458 – *Bennett, L., Wolin, St.:* »The cross-generational transmission of alcoholism in families: the alcoholism and family heritage study« *Klinicke, A.* bolnice »Dr. M. Stojanovic«. 23. Jg. 1984, 207 – *Black, C.:* »Innocent bystanders at risk: The children of alcoholics«. Alcoholism January/February 1981, 22–26 – *Black, C.:* It will never happen to me! Medical Adminstration Co., Denver, Colorado 1981 – *Casswell, S., Brasch, P., Gilmore, L., Silvan, Ph.:* »Children's attitudes to alcohol and awareness of alcohol-related problems«. British Journal of Addiction. 80. Jg. 1985, 191–194 – *Clair, D., Genest, M.:* »Variables associated with the adjustment of offspring of alcoholic fathers«. Journal of Studies on Alcohol. 48. Jg. 1987, 345–355 – *Cotton, N.:* »The Familial Incidence of Alcoholism. A Review«. Journal of Studies on Alcohol. 40. Jg. 1979, 89–116 – *Dahlgren, L.:* »Female alcoholics. IV. Marital situation and husbands«. Acta Psychiat. Scand. 59. Jg. 1979, 59–69 – *Danielson, A.:* Sexåringars bilder av en människa som druckit alkohol. Barns föreställningar om alkohol. Socialstyrelsen, Modin-Tryck AB, Stockholm 1983, 53–100 – *Fillmore, K. M.:* »The social victims of drinking«. British Journal of Addiction. 80. Jg. 1985, 307–314 – *Frieze, I. H. Schafer, P. C.:* »Alcohol use and marital violence: Female and male differences in reactions to alcohol«. Alcohol problems in women. Antecedents, consequencies and intervention. Hg. *Wilsnack, S., Beckman, L.* The Guilford Press, New York und London, 1984 – *Haavio-Mannila, E., Holmila, M.:* »Juomiskumppanuus ja juomisen rajoittaminen perhesuhteiden ilmaisijana« (Trinkkameradschaft und die Begrenzung des Trinkens als Indikator der Familienbeziehungen). Sosiologia. 23. Jg. 1986, 117–126 – *Haavio-Mannila, E., Jallinoja, R., Strandell, H.:* Perhe, työ ja tunteet. Ristiriitoja ja ratkaisuja (Familie, Arbeit und Gefühle. Widersprüche und Lösungen). WSOY, Porvoo 1984 – *Harburg, E., Davis, R. D., Caplan, R.:* »Parent and offspring alcohol use«. Journal of Studies on Alcohol. 43. Jg. 1982,

497–516 – *Harwin, J., Orford J.:* »Overview: Problems in establishing a family perspective«. Alcohol and the family. Hg. *Orford, J., Harwin, J.* Croom Helm, London und Canberra 1982 – *Holmila, M.:* Wives, husbands and alcohol. A Study into the informal control of drinking. The Finnish Foundation for Alcohol Studies, Bd. 36, Helsinki 1988 – *Homila, M.:* »Young families and alcohol use in Finland and the Soviet Union«. Contemporary Drug Problems. 14. Jg. 1987 – *Jackson, I.:* »The study of the familiy«. Family Process. 4. Jg. 1965, 1–20 – *Jahoda, G., Cramond, J.:* Children and alcohol. A developmental study in Glasgow. Her Majesty's Stationery Office, London 1972 – *Jahoda, G., Davies, J. B., Tagg, W.:* »Parent's alcohol consumption and children's knowledge of drinks and usage patterns«. British Journal of Addiction. 75. Jg. 1980, 297–303 – *Karlsson, J.:* »Mental characteristics of families with alcoholism in Iceland«. Hereditas. 1985, 102, 185–188 – *Knop, J., Teasdale, T. W., Schulsinger, F., Goodwin, D. W.:* »A prospective study of young men at high risk for alcoholism: school behavior and achievement«. Journal of Studies on Alcohol. 46. Jg. 1985, 273–278 – *Kreutzer, J. S., Schneider, H. G., Myatt C. R.:* »Alcohol, aggression and assertiveness in men: dosage and expectancy effects«. Journal of Studies on Alcohol. 45. Jg. 1984, 275–278 – *Leland, J.:* »Sex roles, family organisation and alcohol abuse«. Alcohol and the family. Hg. *Orford, J., Harwin, J.* Croom Helm, London und Canberra 1982 – *MacAndrew, C., Edgerton, R.:* Drunken comportment: a social explanation. Nelson, London 1970 – *Moos, R., Moos, B. S.:* »The process of recovery from alcoholism: III Comparing functioning in families of alcoholics and matched control families«. Journal of Studies on Alcohol. 45. Jg. 1984, 111–118 – *Mäkelä, K., Simpura, J.:* »Experiences related to drinking as a function of annual alcohol intake and by sex and age«. Drug und Alcohol Dependence. 15. Jg. 1985, 389–404. Elsevier Scientific Publishers Ireland Ltd. – *Määttänen, K., Koski-Jännes, A.:* Humala ja klassinen virityskoe – alkoholin vaikutus tiedostamattomaan havaintovalmiuteen (Alkoholrausch und der klassische Wahrnehmungsversuch – die Auswirkungen des Alkohols auf die unbewußte Wahrnehmungsfähigkeit). Veröffentlichung des Alkoholpolitischen Forschungsinstituts, Nr. 163, Helsinki 1982 – *Orford, J.:* Alcohol problems and the family. An international review of the literature with implications for Intervention und Weltgesundheitsorganisation, 1986 (keine reguläre Veröffentlichung) – *Orford, J.:* »The prevention and management of alcohol problems in the family setting: a review carried out in English-speaking countries«. Alcohol and Alcoholism. 19. Jg. 1984, 109–122 – *Orford, J., Harwin, J.,* Hg.: Alcohol and the family. Croom Helm, London und Canberra 1982 – *Peltoniemi, T.:* Perheväkivalta (Gewalt in der Familie). Otava, Helsinki 1984 – *Plant, M.:* Women, drinking, and pregnancy. Tavistock Publications, London 1985 – *Rhodes, J. Blackham, G.:* »Differences in character roles between adolescents from alcoholic and nonalcoholic homes«. American Journal of Drug an Alcohol Abuse. 13. Jg. 1987, 145–155 – *Room, R.:* Alcohol as an instrument of intimate domination. Artikel, vorgetragen auf der Sitzung der Drinking and Drug Division der Society for the Study of Social Problems, New York City, August 26, 1980 – *Room, R.:* The U.S. general population's experiences with responses to alcohol problems. Episetion 1987 – *Rutter, M., Madge, N.:* Cycles of disadvantage: A review of research. Heinemann, London 1976 – *Rydelius, P.:* Children of alcoholic fathers: their social adjustment and their health status over 20 years. Acta Paediatrica Scandinavica suppl. 286, 1981, 10–85 – *Sipilä, J.:* Sosiaalipolitiikan tulevaisuus (Die Zukunft der Sozialpolitik). Tammi, Helsinki 1985 – *Spicker, G.:* »Family violence and alcohol abuse«. Toxicomanies. 13. Jg. 1980, 31–42 – *Steinglass, P.:* »The roles of alcohol in family systems«. Alcohol and the family. Hg. *Orford, J.* u. *Harwin, J.* Croom Helm, London und Canberra 1982 – *Sulkunen, P., Alasuutari, P., Nätkin, R., Kinnunen, M.:* Lähiöravintola (Wohnviertel-Restaurant). Otava, Helsinki 1985 – *Velleman, R., Orford, J.:* Adult children of problem drinking parents, Final Research Report to DHSS (UK). Department of Humanities and Social Studies, University of Bath, 1984 – *v. Villiez, T., Reichelt-Nauscef, S.:* »Alkoholismus und Familie – ein kritischer Überblick zum Forschungsstand«. Suchtgefahren. 12. Jg. 1986, 373–379 – *Waerness, K.:* Kvinneperspektiver på socialpolitikken. Universitetsforlaget, Oslo 1982 – *Ward, D. A.:* »The influence of family relationships on social and psychological functioning: A follwo-up study«. Journal of Marriage and the Family. 43. Jg. 1981, 807–815 – *Weisner, C.:* Paths to treatment. A study of critical events. Dr. P. H. dissertation, School of

Public Health, Univ. of California, Berkeley 1987 – *Wellemann, R., Orford, J.:* Adult children of problem drinking parents. Final Research Report to DHSS (UK). (Departement of Humanities and social Studies, University of Bath) 1984 – *Wilks, J., Callan, J.:* »Similarity of university students' and their parents' attitudes toward alcohol«. Journal of Studies on Alcohol. 45. Jg. 1984, 326–333 – *Wiseman, J.:* »Alkoholistien vaimot II. Eläminen alkoholistin kanssa« (Die Ehefrauen von Alkoholikern II. Das Leben mit einem Alkoholiker). Alkoholipolitiikka. 41. Jg. 1976, 109–117 – *Wiseman, J.:* »The other half: wife of an alcoholic in Finland I. Early diagnosis and therapeutic strategies on the home front«. Alkoholipolitiikka. 41. Jg. 1976, 62–72 *Wiseman, J.:* »Social forces and the politics of research approaches: Studying the wives of alcoholics«. Women and their Health: Research Implications for a new Era. Hg. *Olesen, V.* Washington, DC: U. S. G. P. O., DHEW Publication No. (HRA) 77–3138 – *Wolin, St., Bennett, L., Noonan, D., Teitelbaum, M.:* »Disrupted family rituals. A factor in the intergenerational transmission of alcoholism«. Journal of Studies on Alcohol. 41. Jg. 1980, 199–214 – *Zisook, S., Schuckit, M.:* »Male primary alcoholics with and without family histories of affective disorder«. Journal of Studies on Alcohol. 48. Jg. 1987, 337–344 – *Zucker, R. A.:* »Developmental aspects of drinking through the young adult years«. Youth, alcohol and social policy. Hg. *Blane, H. T., Chafetz, M. E.* Plenum Press, New York und London, 1979 – *Zweben, A.:* »Problem drinking and marital adjustment«. Journal of Studies on Alcohol. 47. Jg. 1986, 167–172.

Margret Rottleuthner-Lutter

Ehescheidung

1. Einleitung

Die Ehescheidung ist neben der Verwitwung, dem Getrenntleben und der Desertion eine wesentliche Form der Familiendesorganisation bzw. Familienumorganisation. In dieser Funktion – nämlich als Gegenpol zur Familiengründung – kam der Ehescheidung schon immer eine zentrale Stellung in der Familienforschung zu (*König* 1973; 1976; *Goode* 1967). Trotz ihrer systematisch-zentralen Position war die Scheidungsforschung allerdings lange Zeit ein Stiefkind der Familiensoziologie. In den letzten 20 Jahren wächst das Interesse an dem Thema. Die überwiegende Zahl der empirischen Studien stammt aus dem anglo-amerikanischen Sprachraum; vor allem in den USA hat sich die Scheidungsforschung inzwischen etablieren können.

Ein Grund für das erwachte wissenschaftliche Interesse ist sicherlich der, daß die Scheidungsrate, -ziffer (Ehescheidungen je 1000 oder 10000 Einwohner) seit den 60er Jahren allgemein angestiegen ist. In den USA wird inzwischen fast jede 2. Ehe geschieden (*Glick* 1984).[1*] Der Anstieg des Scheidungsrisikos allein bietet allerdings keine hinreichende Erklärung. Auch in der Bundesrepublik Deutschland – wie in fast allen europäischen Ländern (vgl. *Höhn* in diesem Band) – ist seit den 60er Jahren eine starke Zunahme der Ehescheidungen zu verzeichnen. Für die Bundesrepublik wird erwartet, daß über ein Viertel der Ehen mit einer Scheidung endet (*Höhn/Otto* 1985).[2] Aber eine Scheidungsforschung entwickelt sich hier – sieht man von den amtlichen Statistiken ab – nur langsam (*Blasius* 1987; *Diekmann* 1987; *Heekerens* 1987, 1988; *Künzel* 1977; *Reich* et al. 1986).

Gründe für die grundsätzlich stiefmütterliche Behandlung der Scheidungsforschung dürften u.a. darin liegen, daß die Ehescheidung ein ideologisch brisantes Thema war und ist, das im Spannungsfeld gegensätzlicher moralischer, religiöser und politischer Wertorientierungen steht. Welch tiefgreifende Änderungen sich in der Einstellung gegenüber der Ehescheidung vollzogen haben, zeigt *Halem* (1980) am Beispiel der USA. Bis ins 20. Jahrhundert hinein betrachtete man Ehescheidungen als eine zu sanktionierende moralische Verfehlung, später wurde sie für ein pathologisches Phänomen erklärt, das einer therapeutischen Behandlung bedarf. Erst in jüngster Zeit geht man dazu über, die Scheidung als einen Ausdruck der Lösung ehelicher Konflikte zu begreifen.

Neben der ideologischen Überfrachtung kommt erschwerend hinzu, daß der Informationsgehalt der Scheidungsrate oftmals überschätzt wird. *Rheinstein* (1972) differenziert zwischen dem psychischen und sozialen Zusammenbruch einer ehelichen Beziehung und dem formalrechtlichen Akt einer Scheidung. Die absolute Höhe, die Zu- und Abnahme des Scheidungsrisikos lassen weder eindeutige Schlüsse über die

* Anmerkungen s. S. 619

Ehequalität zu, noch kann man aus ihnen eine Gefährdung oder Nichtgefährdung der Institutionen Ehe und Familie als solche ablesen (*König* 1976). Von einer Gefährdung dieser Institutionen kann so lange nicht die Rede sein, wie die meisten der geschiedenen Personen wieder heiraten (Folge-Ehe) und die Heiratsneigung der Ledigen groß bleibt. Zwar ist in der BRD der Prozentsatz der Geschiedenen, die eine Folge-Ehe eingehen, sowie der Anteil der Erst-Ehen in den letzten 20 Jahren rückläufig. Aber noch immer entschließen sich fast zwei Drittel der geschiedenen Männer und Frauen zu einem neuen Ehebund, und man schätzt, daß nur 15% der Frauen und 25% der Männer zeitlebens ledig bleiben (*Höhn/Otto* 1985).[3] Trotz sinkender Tendenz der Heirats- und Wiederheiratsneigung und eines Anstiegs alternativer Lebensformen (BMJFFG 1985; *Pohl* 1985; *Schwarz* 1982) ist die Ehe in unserer Gesellschaft nach wie vor die vorherrschende Beziehungsform. Dies gilt nach *Glick* (1984) trotz erheblich höherer Scheidungsrate auch für die USA.

Bei der Diskussion einer möglichen Gefährdung von Ehe und Familie sind zwei Sichtweisen zu unterscheiden: Im Querschnitt betrachtet überwiegt die Zahl derer, die im erwachsenen Alter verheiratet sind; aus der Lebenslaufperspektive des einzelnen gesehen ist es nicht immer derselbe Ehepartner (»sukzessive Polygamie«; *Diekmann* 1987). Eine Abfolge von Eheschließung, Scheidung, Wiederheirat ist inzwischen ein typisches Muster vieler Biographien geworden (*Heekerens* 1988). Die Konstellation, hohe Scheidungsraten auf der einen und relativ hohe Heirats- und Wiederheiratsneigung auf der anderen Seite, spricht nicht für eine Gefährdung sondern für einen Wandel der Institutionen Ehe und Familie.

Ein zentraler Aspekt des Bedeutungswandels wird darin gesehen (*Cherlin* 1981; *Duss-von Werdt* 1984; *Roussel* 1980a; 1980b), daß aufgrund tiefgreifender Veränderungsprozesse wie Urbanisierung, Möglichkeiten der Geburtenkontrolle, Liberalisierung des Sexualverhaltens, Ausbau staatlicher Altersversorgung etc. die sozialen und ökonomischen Zwänge, eine Ehe einzugehen und aufrechtzuerhalten, in den letzten Jahrzehnten – insbesondere für die Frau – abgenommen haben. Es wird vermutet, daß die Institution der Ehe auf dem Hintergrund dieser Entwicklung einige ihrer gesellschaftlichen Funktionen verloren habe und einem Prozeß zunehmender Privatisierung und Individualisierung unterliege. Neben dem patriarchalischen Ehemodell träten alternative Eheformen auf. Was am Ende schließlich als tragender Sinngehalt der Ehe bliebe, sei die emotionale Bindung zwischen den Eheleuten. Damit verlöre aber die Institution an Stabilität, denn wenn die Liebe zum wesentlichen Gehalt der ehelichen Beziehung würde, dann gäbe es keinen Grund an einer Ehe festzuhalten, wenn die Gefühle erloschen sind. Ob ein Bedeutungswandel dieser Art tatsächlich vorliegt, und ob er die Scheidungsziffern zum Steigen gebracht hat, ist empirisch nicht belegt. Die außerordentliche Wandlungsfähigkeit, die den Institutionen Ehe und Familie prinzipiell innewohnt, belegen die Arbeiten der historischen Familienforschung (*Hubbard* 1983; *Mittenauer/Sieder* 1982; *Sieder* 1987). Betrachtet man die Scheidungsrate in den letzten 100 Jahren, so läßt sich ein erster Eindruck gewinnen, welche Faktoren im Laufe der Geschichte die Entwicklung der Ehescheidungen mit beeinflußt haben.

2. Die Entwicklung der Scheidungsrate in den letzten 100 Jahren, Deutsches Reich und Bundesrepublik Deutschland

Über den gesamten Zeitraum von 1888 bis 1986 nimmt die Zahl der Ehescheidungen zu *(Abb. 1)*, aber der Anstieg vollzieht sich nicht monoton, die Zeitreihe weist

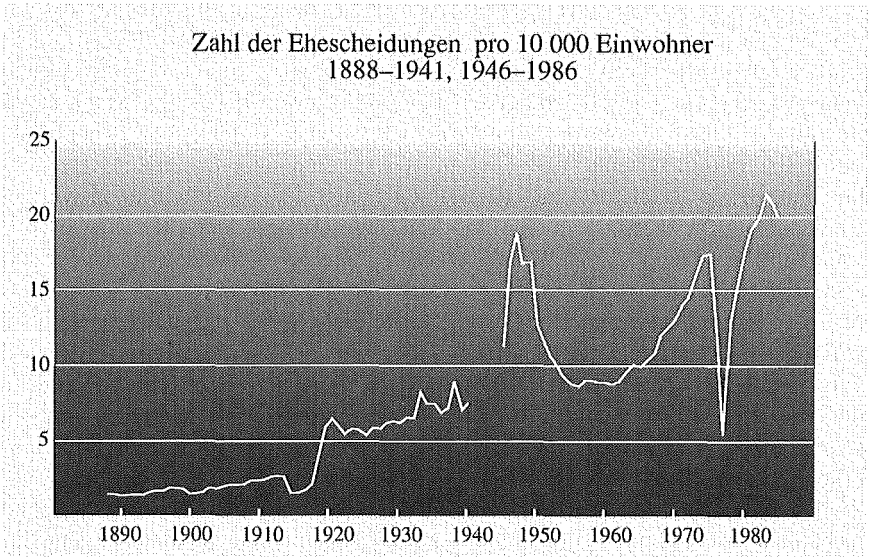


Abbildung 1: Entwicklung der Scheidungsrate in den letzten 100 Jahren, Deutsches Reich und Bundesrepublik Deutschland

Quellen:
Die Zahlenangaben stammen aus den Statistischen Jahrbüchern und aus „Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972" (1972), Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden.

deutliche Sprünge, kurz- und mittelfristige Schwankungen in ihrer Entwicklung auf. In drei Zeitabschnitten erhöht sich die Scheidungsrate jeweils drastisch. Nach dem 1. Weltkrieg steigt sie abrupt an und bleibt auf hohem Niveau; in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus wächst die Zahl der Scheidungen sogar noch leicht an. Die anhaltend hohen Scheidungsziffern nach dem 1. Weltkrieg erklärt *Blasius* (1987, 155–164) durch den strukturellen Wandel, der sich damals vollzog; wesentlich für die Entwicklung der Ehescheidungen waren u. a. die zunehmende Industrialisierung, ein beschleunigtes Bevölkerungswachstum vor allem in den Städten, sowie eine Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit. Auch nach dem 2. Weltkrieg kommt es zu einem plötzlichen Anwachsen der Scheidungsrate. Dieser Anstieg ist jedoch nur vorübergehend, seit 1949 sinkt die Rate. Er ist primär eine Reaktion auf die spezielle Situation der Kriegs- und Nachkriegsjahre. Ein erhöhtes Scheidungsrisiko tragen diejenigen Ehen, die während des Krieges geschlossen wurden (*Höhn* 1980, 356; Wirtschaft und Statistik 1950). Der dritte Scheidungsboom setzt etwa Mitte der 60er Jahre ein und dauert – kurz unterbrochen durch die Scheidungsreform von 1977 – bis 1984 fort. Die Zunahme der Scheidungsziffer ist nicht durch demographische Veränderungen wie die Heiratsentwicklung oder den

Altersaufbau zu erklären. Nach *Höhn* (1980, 351) beruht sie auf einem Wandel im Verhalten der Bevölkerung.

Neben den drei großen augenfälligen Anstiegsbewegungen treten in den letzten 100 Jahren kurzfristige Schwankungen auf, die auf Änderungen im Scheidungsrecht zurückzuführen sind. Der geringfügige, vorübergehende Rückgang nach 1900 beruht auf der Vereinheitlichung und Neuordnung des Scheidungsrechts, die mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches einhergingen (*Wolf* et al. 1959; *Glass* et al. 1970). Das Verschuldensprinzip[4] wurde zur Grundlage der Ehescheidung gemacht, erst im Rahmen der Scheidungsreform von 1977 wurde es durch das Zerrüttungsprinzip abgelöst (s. *Limbach* i.d.Bd.). Das Ansteigen der Scheidungsrate in den Jahren 1934 und 1939 steht im engen Zusammenhang mit der Rassenpolitik im Dritten Reich. In den ersten Jahren nach der Machtergreifung wurden Eheschließungen zwischen »Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes« verboten und die Lebensbedingungen bestehender jüdisch-christlicher Ehen außerordentlich erschwert; durch eine Liberalisierung des Scheidungsrechts von 1938 hat man die Möglichkeit einer Ehescheidung allgemein erleichtert (*Blasius* 1987, 188ff.). Die Scheidungsreform von 1977 bewirkte ein drastisches, vorübergehendes Absinken der Scheidungsrate. Der kurzfristige Rückgang dürfte durch verfahrensrechtliche Änderungen (Verbundprinzip)[5] bewirkt worden sein (*Höhn* 1980); sie haben die durchschnittliche Prozeßdauer um mehr als ein Jahr erhöht (*Braun* 1986). Ein weiterer Einflußfaktor könnte die Neuordnung der Zivilgerichtsbarkeit sein, die mit der Scheidungsreform einherging. Seit 1977 sind nicht mehr die Landgerichte sondern speziell eingerichtete Familiengerichte für Ehescheidungen zuständig. Die Liberalisierung durch das Zerrüttungsprinzip, das den materiell-rechtlichen Mittelpunkt der Scheidungsreform von 1977 ausmacht, hat weder kurz- noch längerfristig zu einer Erhöhung der Scheidungsrate geführt (*Limbach/Rottleuthner-Lutter* 1988). Auffallend ist bei den Scheidungsverfahren die Tendenz zu mehr Gemeinsamkeit. Die Zahl der Scheidungen, die von beiden Eheleuten beantragt oder mit Zustimmung des Ehepartners vollzogen werden, ist deutlich angestiegen (1978: 66%; 1982: 85%) (s. Familiengerichte 1982; *Höhn* 1980; 345).

3. Methodische Aspekte der neueren Scheidungsforschung

Die neueren zumeist US-amerikanischen Untersuchungen zur Scheidungsforschung beziehen sich im wesentlichen auf zwei Themenbereiche:

- Ein großer Teil der Arbeiten setzt sich mit den *Scheidungsgründen* auseinander (Abschn. 4).
- Den 2. Schwerpunkt bildet die Diskussion um die *Scheidungsfolgen* (Abschn. 5).

Beide Forschungsbereiche weisen eine Vielzahl von Einzelbefunden auf, integrierende Theorieansätze fehlen jedoch weitgehend in beiden Themenfeldern. Die Einschätzung der empirischen Beiträge wird zusätzlich dadurch erschwert, daß die Studien innerhalb beider Bereiche oftmals aus unterschiedlichen Forschungstraditionen stammen. So stehen sich zum einen Arbeiten aus der experimentellen, der

klinischen Psychologie und Psychiatrie gegenüber, zum anderen finden sich sozialpsychologische Studien neben soziologisch orientierten Umfrageforschungen sowie klassischen Analysen der Demographie.
Monokausale Erklärungsansätze verbieten sich angesichts der Vielzahl soziologischer, psychologischer und rechtlicher Faktoren von selbst. Multiple und multivariate Ansätze reichen aber oft auch nicht aus. Häufig geht es in der Scheidungsforschung um die Aufklärung von Veränderungsprozessen, d.h. die Dimension der Zeit ist bei der Analyse mit einzubeziehen. Das methodische Ideal der Scheidungsforschung sind deshalb Längsschnittstudien mit den entsprechenden dynamischen Analyseformen.

4. Scheidungsgründe

Eine historische Betrachtung der Scheidungsentwicklung macht deutlich, wie vielschichtig die Faktoren sind, welche die Höhe und die Veränderungen der Scheidungsrate eines Landes bestimmen. Untersucht man daraufhin die neueren sozialwissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit den Gründen von Ehescheidungen befassen, so ist festzustellen, daß hier sozialdemographische Studien überwiegen. Zumeist wird analysiert, welchen Einfluß Größen wie Heiratsalter, Ehedauer, Konfession, Wohnortgröße, Kinderzahl und soziale Schicht auf die Ehestabilität haben. Daneben finden sich einige, wenige Arbeiten, die sich mit den subjektiven Gründen auseinandersetzen, warum – aus der Sicht der Betroffenen – ihre Ehe gescheitert ist. (Einen Überblick über den US-amerikanischen Forschungsstand geben *Kitson* et al. 1985).

4.1. Sozialdemographische Faktoren

Heiratsalter: Ein eindeutige, vielfach bestätigter Zusammenhang besteht zwischen dem Scheidungsrisiko und dem Heiratsalter. Frühehen (mind. einer der Ehepartner jünger als 20 Jahre) sind überdurchschnittlich stark gefährdet (*Glenn/Supanic* 1984; *Höhn* 1980; *Kellerhals* et al. 1977; *Norton/Glick* 1979; *Moore/Waite* 1981; *Smith/Meitz* 1983). Dieser Früheheneffekt bleibt auch dann bestehen, wenn andere bedeutsame Determinanten der Ehestabilität wie voreheliche Schwangerschaft, Bildungsniveau, Ehedauer oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Heiratskohorte kontrolliert werden (*Bumpass/Sweet* 1972; *Diekmann* 1987; *Morgan/Rindfuss* 1985; *South/Spitze* 1986). Neben mangelnder Rollenkompetenz wird zur Erklärung des hohen Scheidungsrisikos junger Eheleute auf die besonderen Belastungen hingewiesen, die sich aus der frühen Ablösung von den Herkunftsfamilien und Veränderungen in der Ausbildung und im Berufsleben ergeben (*Bumpass/Sweet* 1972; *Furstenberg* 1979; *Morgan/Rindfuss* 1985). Aber nicht nur das Lebensalter zum Zeitpunkt der Heirat auch die Altersdifferenz zwischen den Eheleuten wirkt sich auf das Scheidungsrisiko aus (*Cherlin* 1977; *Heaton* et al. 1985). *Höhn* (1980) zeigt für die Bundesrepublik Deutschland, daß besonders günstige Konstellationen für die Ehestabilität vorliegen, wenn entweder die Braut 21–25 und der Bräutigam

26–30 Jahre alt sind oder aber wenn beide Partner sich bei der Eheschließung in ihren späten 20er Jahren befinden. Ehen die früher oder später geschlossen werden und/oder bei denen andere Alterskonstellationen vorliegen, tragen ein größeres Scheidungsrisiko.

Ehedauer: Die Ehestabilität ändert sich mit der Ehedauer. In den ersten Jahren nach der Heirat steigt das Scheidungsrisiko rasch an, es erreicht sein Maximum und schwächt sich dann allmählich wieder ab. Dieser umgekehrt u-förmige Verlauf der sog. ehedauerspezifischen Scheidungsziffer ist typisch für westliche Industrienationen, wobei der Höhepunkt der Kurve im Bereich einer 2–7jährigen Ehedauer liegt (*Carter/Glick* 1970). Seine genaue Lage und auch das allgemeine Niveau der Kurve variieren unter dem Einfluß zusätzlicher Faktoren. Hier treten u.a. Unterschiede zwischen den Generationen auf (Kohorteneffekte). Bei den jüngeren Heiratskohorten verläuft die Kurve auf einem allgemein höheren Niveau. In der Bundesrepublik hat sich nach der Scheidungsreform von 1977 auch noch der Gipfel der Kurve verschoben. Lag das höchste Scheidungsrisiko in den Jahren vor der Gesetzesänderung bei einer 2–4jährigen Ehedauer, so wurden nach der Reform die meisten Ehen nach 5–6 Jahren geschieden (*Höhn* 1980; *Höhn/Otto* 1985). Diese Verlagerung hat jedoch keine psychischen oder sozialen Gründe, sie ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß sich nach dem neuen Scheidungsrecht die Prozeßdauer der Scheidungsverfahren wesentlich verlängert hat (*Braun* 1986).

Konfession: Auch die Religionszugehörigkeit beeinflußt die Scheidungswahrscheinlichkeit. Protestanten haben im allgemeinen ein größeres Scheidungsrisiko als Katholiken, konfessionelle »Mischehen« sind besonders stark gefährdert (*Bumpass/Sweet* 1972; *Diekmann* 1987; *Heaton* et al. 1985; *Künzel* 1977; *Teachman* 1982). Für die Bundesrepublik scheinen sich diese Unterschiede mit der Zeit tendenziell auszugleichen. Nach den amtlichen Ehelösungsstatistiken hatten rein katholische Ehen zwischen 1961 und 1970 den mit Abstand größten Zuwachs an Ehescheidungen zu verzeichnen (*Höhn* 1980).

Wohnortgröße: Eine weitere Determinante der Ehestabilität ist die Wohnortgröße. Hier besteht ein deutliches Stadt-Landgefälle. Städtische Regionen haben höhere Scheidungsraten als ländliche (*Cherlin* 1977; *Diekmann* 1987; *Künzel* 1977; *Mott/Moore* 1979; *Teachmann* 1982).

Kinderzahl: Zu den klassischen Determinanten der Ehestabilität gehört auch die Anzahl der Kinder. Die empirischen Befunde hierzu sind allerdings nicht eindeutig. Ein großer Teil der Studien stimmt darin überein, daß die Scheidungswahrscheinlichkeit mit zunehmender Kinderzahl sinkt (*Becker* et al. 1977; *Cherlin* 1977; *Höhn* 1980; *Smith/Meitz* 1983). Der Zusammenhang ist aber nicht linear. Nach *Thornton* (1977) steigt die Scheidungswahrscheinlichkeit bei Ehen mit mehr als 4 Kindern wieder an (u-förmiger Verlauf). *Becker* et al. (1977), *Cherlin* (1977), *Smith* und *Meitz* (1983) kommen zu dem Ergebnis, daß nicht die Kinderzahl als solche, sondern das *Alter der Kinder* für das Scheidungsrisiko ausschlaggebend ist. Nur bei kleinen Kindern (unter 5 Jahren) läßt sich ein ehestabilisierender Effekt nachweisen. Nach *Höhn* (1980) verliert die Kinderzahl mit zunehmender Ehedauer an Bedeutung für die Stabilität der Ehe. In der Studie von *Mott* und *Moore* (1979) verschwindet der Zusammenhang zwischen der Kinderzahl und dem Scheidungsri-

siko gänzlich, nachdem ökonomische und sozialdemographische Einflußgrößen kontrolliert werden (s. a. *Johnson/Johnson* 1980).

Soziale Schicht: Nach der amerikanischen Scheidungsforschung besteht zwischen der Ehestabilität und der Schichtzugehörigkeit eine inverse Beziehung (*Goode* 1967). Der Zusammenhang hat sich jedoch in den letzten Jahrzehnten abgeschwächt, da die Scheidungsrate bei höherem sozio-ökonomischen Status stärker angestiegen ist als bei niederem (*Carter/Glick* 1970; *Norton/Glick* 1979). Die zahlreichen, zumeist amerikanischen Studien, in denen die klassischen Statusvariablen: Einkommen, Bildungsniveau und Berufstatus zur Erklärung des Scheidungsrisikos mit herangezogen werden, kommen zu keinem schlüssigen Ergebnis. Sie liefern aber eine Reihe interessanter Einzelbefunde.

Einkommen: Die Bedeutung ökonomischer Größen für die Ehestabilität wird von einigen Autoren grundsätzlich in Frage gestellt (*Breault/Kposowa* 1987; *Glenn/Supanic* 1984; *Mott/Moore* 1979). Aber nach Befunden von *Becker* et al. (1977), *Cutright* (1971) und *Levinger* (1979) beeinflussen das Einkommen des Mannes und das der Frau deutlich das Scheidungsrisiko. Von besonderem Interesse dabei ist, daß sich das Einkommen der Ehepartner jeweils unterschiedlich auf die Stabilität der Ehe auswirken kann: Das Einkommen des Mannes erhöht, das der Frau verringert tendenziell die Ehestabilität (geschlechtsspezifischer Interaktionseffekt). *Ross* und *Sawhill* (1975) zeigen, daß auf der Seite des Mannes nicht die Höhe sondern die Stetigkeit des Einkommens und der Beschäftigung die Scheidungswahrscheinlichkeit vermindert. Die entgegengesetzte Wirkung des Einkommens des Mannes und der Frau versucht man, mit Hilfe austauschtheoretischer und familienökonomischer Ansätze zu erklären (s. *Nauck* i. d. Bd.). Danach müßte beim Abwägen der materiellen und immateriellen Vor- und Nachteile dem erwerbstätigen Mann ein größerer »Nutzen« aus der Ehe erwachsen als der erwerbstätigen Frau. Hinsichtlich der Frauenerwerbstätigkeit liegen nun aber auch Ergebnisse vor, nach denen das Einkommen und die Berufstätigkeit der Ehefrau keinen oder sogar einen positiven Einfluß auf die Stabilität der Ehe haben (*Mott/Moore* 1979; *Smith/Meitz* 1983, 1985). Man unterscheidet einen »Einkommenseffekt« (ehestabilisierend) und einen »Unabhängigkeitseffekt« (ehedestabilisierend) des Frauen-Einkommens (*Ross/Sawhill* 1975; *Hannan* et al. 1977, 1978; *Cherlin* 1979). Ob und in welcher Richtung sich das Einkommen und die Erwerbstätigkeit der Ehefrau auf das Scheidungsrisiko auswirkt, scheint von einer Reihe zusätzlicher Bedingungen abzuhängen, etwa von dem Größenverhältnis zwischen ihrem Einkommen und dem des Ehemannes (*Cherlin* 1979), patriarchalischen Vorstellungen (*Booth* et al. 1984; *Houseknecht* et al. 1984), Rollenkonflikte und Statuskonkurrenz (*Beck* 1986), der Einstellung des Mannes zur Erwerbstätigkeit der Frau und der Länge der Arbeitszeit (*Spitze/South* 1985), der Anzahl der Kontakte am Arbeitsplatz (*Davis* 1984), dem Beitrag des Ehemannes zur Hausarbeit (*Huber/Spitze* 1980). Gemeinsame Ersparnisse, schwer aufteilbare Vermögenswerte, insbesondere Hausbesitz verringern das Scheidungsrisiko (*Cherlin* 1977; *Spitze/South* 1985).

Bildungsniveau: Es liegen mehrere Befunde vor, nach denen sich ein hohes Bildungsniveau tendenziell positiv auf die Stailität der Ehe auswirkt (*Bumpass/Sweet* 1972; *Carter/Glick* 1970; *Glick* 1984; *Mott/Moore* 1979; *Smith/Meitz* 1983). Dies

gilt, wenn auch mit unterschiedlichem Ausmaß für beide Eheleute – zumindest während der ersten Ehejahre. Eine Ausnahme bilden jedoch Frauen mit Hochschulabschluß. Diese Gruppe ist einem erhöhten Scheidungsrisiko ausgesetzt (*Houseknecht/Spanier* 1980). Der allgemeine tendenziell ehestabilisierende Bildungseffekt scheint mit der Ehedauer zu variieren. *South* und *Spitze* (1986) ermitteln, daß nach 11jähriger Ehedauer ein höheres Bildungsniveau auf seiten der Frau das Scheidungsrisiko ansteigen läßt (s. a. *Diekmann* 1987). Sie erklären dieses Umschlagen des Bildungseffektes von einem stabilisierenden zu einem destabilisierenden damit, daß die mit einem höheren Bildungsniveau verbundenen besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt von den Ehefrauen im allgemeinen erst nach längerer Ehedauer (nachdem die Kinder herangewachsen sind) genutzt werden. Keinen linearen sondern einen kurvilinearen Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Scheidungsrisiko findet *Cherlin* (1977): sowohl Personen mit höherer als auch mit geringerer Bildung haben eine größere Scheidungswahrscheinlichkeit. Nach *Becker* et al. (1977) und *Cutright* (1971) hat das Bildungsniveau keine eigenständige Wirkung auf die Ehestabilität. In ihren Studien erlischt der Bildungseffekt, wenn die Statusvariable »Einkommen« kontrolliert wird.

Berufsposition: Ob sich die Berufsposition auf die Ehestabilität auswirkt, ist fraglich. Für die Bundesrepublik Deutschland konnte *Diekmann* (1987) keinen entsprechenden Zusammenhang feststellen. Die Scheidungsrate differiert eher nach einzelnen Berufen aber nicht nach der Berufsposition (*Boigeol* et al. 1977; *Chester* 1977; *Dumon* 1977; *Haller* 1977; *Rosow/Rose* 1972).

Intergenerationale Transmission: Neben den sozialdemographischen Prädiktoren des Scheidungsrisikos wird in einigen Studien zusätzlich die Möglichkeit einer Tradierung der Ehestabilität zwischen den Generationen diskutiert. Das Scheidungsrisiko scheint sich leicht zu erhöhen, wenn einer der beiden Ehepartner aus einer Familie stammt, in der es zu einer Scheidung gekommen ist (*Bumpass/Sweet* 1972; *Mott/Moore* 1979; *Mueller/Pope* 1977; *Teachman* 1982). *Hanson* und *Tuch* (1984) finden in ihrer Untersuchung allerdings keinen Anhaltspunkt für einen derartigen Zusammenhang. Die Gründe für eine intergenerationale Weitergabe von Eheinstabilitäten sind umstritten (einen Überblick geben *Pope/Mueller* 1976; *Heekerens* 1987).

4.2. Subjektive Scheidungsgründe

Studien über subjektive Scheidungsgründe haben ihren Stammvater in *William Goode* (1956). Er befragte in einer Untersuchung aus dem Jahre 1948 geschiedene 20–38jährige Mütter, woran nach ihrer Meinung ihre Ehe hauptsächlich gescheitert sei. An 1. Stelle wurde damals die mangelnde Unterstützung durch den Ehemann genannt, es folgten Beschwerden über Herumtreiberei, Alkoholismus, autoritäres Verhalten und über die allgemeine Persönlichkeit des Mannes. Die Gründe unterschieden sich nach sozialer Schicht, Ehedauer und Stadt-Land-Region. In vergleichbaren Befragungen neueren Datums (*Burns* 1984; *Cleek/Pearson* 1985; *Fester-Waltzing* 1983; *Granvold* et al. 1979; *Kitson/Sussman* 1982; *Levinger* 1966; *Thurn-*

her et al. 1983) werden diese Scheidungsgründe auch weiterhin vertreten, allerdings mit veränderter Rangfolge; auch andere Scheidungsgründe sind hinzugekommen. Die Ergebnisse neuerer Studien weichen voneinander ab, sie stimmen jedoch in zwei Punkten überein: Beschwerden über mangelnde Unterstützung und finanzielle Probleme stehen nicht mehr an erster Stelle; in fast allen neueren Arbeiten sind Klagen über sexuelle Probleme und/oder eheliche Untreue unter den ersten fünf Scheidungsgründen zu finden.

Abweichend von *Goode* beschränken sich die neueren Untersuchungen nicht auf die Angaben von Frauen, sondern beziehen auch Männer mit ein. Beiden Geschlechtern ist gemeinsam, daß die Gründe für die Scheidung selten bei sich selbst gesucht werden (*Reich* 1986; *Thurner* et al. 1983). Deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich in folgenden Aspekten. Männer geben im Durchschnitt weniger Gründe an als Frauen (*Thurnher* et al. 1983; *Levinger* 1966). Sie sind unsicherer in der Einschätzung, was ihre Ehe scheitern ließ (*Kitson/Sussman* 1982). Die Zahl der Männer, die angibt, die meiste Zeit eine glückliche Ehe geführt zu haben, übersteigt die der Frauen um das Dreifache (*Fulton* 1979). Auch hinsichtlich der Datierung, wann die Ehekrise ihren Anfang nahm, treten Differenzen auf. Während Frauen hier zumeist das 1. Ehejahr nennen, geben Männer überwiegend das 2.–5. Jahr nach der Heirat an (*Burns* 1984). Zur Erklärung der Ehezerrüttung verweisen Männer häufiger auf Probleme mit Verwandten, Arbeitsüberlastung, einzelne Ereignisse außerhalb der Ehe und allgemein auf das »Schicksal«. Dagegen finden sich auf der Seite der Frauen öfter als auf der Seite der Männer Klagen über den Alkoholismus des Ehemannes, seine physische und psychische Gewalttätigkeit, Herumtreiberei und eheliche Untreue (*Burns* 1984, *Kitson/Sussman* 1982; *Thurnher* et al. 1983).

5. Scheidungsfolgen

Im Mittelpunkt der Forschung über Scheidungsfolgen steht die Frage, welche Konsequenzen eine Ehescheidung der Eltern für die Kinder hat. *Glick* (1979) prognostiziert für die USA, daß jedes 3. Kind, noch bevor es 18 Jahre alt ist, die Scheidung seiner Eltern erlebt haben wird. In der BRD ist jedes 10. Kind betroffen. Ca. 40% der geschiedenen Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern gehen eine Folge-Ehe ein; von den Kindern, die nach der Scheidung in einer Ein-Elternfamilie aufwachsen, lebten 1981 etwa 88% mit ihrer Mutter und nur 12% mit ihrem Vater zusammen (*Schwarz* 1984). Das Thema Scheidungskinder hat in der amerikanischen Scheidungsforschung eine Tradition, die bis in die 50er Jahre zurückreicht (einen Überblick in deutscher Sprache geben *Fthenakis* et al. 1982). In der letzten Zeit werden im Rahmen der Scheidungsfolgenforschung auch die wirtschaftlichen Konsequenzen einer Ehescheidung untersucht, insbesondere die ökonomische Lage des alleinerziehenden Elternteils – vor allem die der Frauen (*Coletta* 1979; *Espenshade* 1979; *Weiss* 1984; *Weitzman* 1985).

5.1. Scheidungsfolgen für die Kinder

Das Thema »Scheidungswaisen« wurde in den 50er und 60er Jahren unter den allgemeinen Stichworten »broken home« und »broken family« mit abgehandelt. Im Rahmen dieses Forschungsansatzes verglich man Kinder aus Ein-Elternfamilien und aus Kernfamilien zumeist daraufhin, ob bei jenen häufiger Delinquenz, Schulversagen und geschlechtsrollen-atypische Verhaltensweisen auftraten. Auf die Mängel dieser Untersuchungen geht *Clason* in ihrem Beitrag in diesem Band ausführlich ein. *Hetherington* et al. (1978) verstehen dagegen Scheidung als einen Veränderungsprozeß des Familiensystems: nach einer Phase der Desorganisation strukturiert sich das System um und findet zu einem neuen Gleichgewicht. Ihre Sichtweise hat sich allgemein durchgesetzt. Es besteht Konsens darüber, daß die Ehescheidung nicht als ein singuläres Ereignis sondern als ein komplexer, mehrdimensionaler, sich über einen längeren Zeitraum erstreckender Veränderungsprozeß zu konzeptualisieren ist (*Clingempeel/Reppucci* 1982; *Emery* 1982; *Emery* et al. 1984; *Furstenberg/Seltzer* 1986; *Kurdek* 1981, 1983; *Hetherington* 1979).

Für die Kinder können sich im Verlauf des Prozesses tiefgreifende Änderungen in verschiedenen Bereichen ergeben u.a. durch Wohnort- und Schulwechsel, Absinken des Lebensstandards, Umstrukturierung im Erziehungsstil, etc. Sie wirken sich möglicherweise gravierender aus als die räumliche Trennung der Eltern, die gemeinhin als das psychische und soziale Kernstück einer Scheidung angesehen wird. Wie das Kind einen solchen Umbruch im Familiensystem bewältigt, hängt nicht nur von Fülle, Ausmaß, Dauer und Ineinandergreifen der externen Einflußfaktoren ab, sondern auch von seinem Alter als einem Indikator für den emotionalen und kognitiven Entwicklungsstand und von seiner individuellen Entwicklungsgeschichte. Letztere wird wesentlich bestimmt durch die Qualität des Familienlebens vor der Scheidung, die elterlichen Streitigkeiten spielen dabei eine zentrale Rolle.

Alter der Kinder: Die Scheidung der Eltern ist in jedem Alter für das Kind zunächst ein schmerzhaftes Erlebnis (*Kalter/Rember* 1981; *Hodges* 1986). Wie sich der Schmerz äußert, hängt vom Lebensalter des Kindes ab. Die klassische – allerdings nur deskriptive – Studie über altersspezifische Reaktionen stammt von *Wallerstein* und *Kelly* (1975, 1976, 1980, 1984; *Kelly/Wallerstein* 1976; *Springer/Wallerstein* 1983).

- Kinder zwischen 3–5 Jahren reagieren mit erhöhter Ängstlichkeit, Verwirrtheit, Irritierbarkeit und Weinerlichkeit. Es können sowohl Aggressionshemmungen als auch -ausbrüche auftreten, sowie ein gesteigertes Bedürfnis nach Körperkontakt. Die Kinder glauben, die Zerrüttung der Ehe verursacht zu haben und erleben die Trennung der Eltern als einen gegen ihre Person gerichteten Akt. Sie befürchten, wie der eine Elternteil weggeschickt und ersetzt zu werden (*Wallerstein/Kelly* 1975, 1980, 55–64).
- Kinder zwischen 6–8 Jahren (frühe Latenzzeit) sehen die Scheidung eher als Kampf zwischen den Eltern, wobei der »Sieger« den »Verlierer« zwingt, »das Feld zu räumen«. Die Kinder bewahren ihre Loyalität grundsätzlich beiden Eltern gegenüber, wagen aber nicht dies dem vermeintlichen Sieger gegenüber zu zeigen. Ihr Verhalten ist geprägt von einer tiefen, anhaltenden, sie überwältigenden Traurigkeit (*Kelly/Wallerstein* 1976; *Wallerstein/Kelly* 1980, 65–71).
- Bei Kindern zwischen 9–12 Jahren (späte Latenzzeit) fällt das starke Bemühen um

Affektkontrolle auf, sie sprechen nüchtern und klar über die Scheidung. Es treten vorwiegend Scham- und Zorngefühle auf: sie schämen sich über elterliche Verhaltensweisen, die mit ihrem Moralkodex konfligieren, und sie sind zornig auf die Eltern oder auf denjenigen Elternteil, der aus ihrer Sicht die »Schuld« trägt. Aus dieser Position neigen sie dazu, aktiv in den elterlichen Streit einzugreifen, und sich mit einem Elternteil dauerhaft gegen den »Schuldigen« zu verbünden (*Wallerstein/Kelly* 1976, 1980, 71–80).

- Jugendlichen (13–18 Jahre) zeigen heftige Reaktionen von Trauer, Schmerz, Scham und Zorn. Es herrscht das Gefühl vor, von den Eltern betrogen worden zu sein: sie empfinden, daß die Zeit des Erwachsenenwerdens für sie aufgrund der Scheidung der Eltern verkürzt wird. Sie bemühen sich, nicht in den Ehekonflikt ihrer Eltern involviert zu werden (*Springer/Wallerstein* 1983; *Wallerstein/Kelly* 1980, 80–95).

Die altersspezifischen Reaktionsweisen interpretiert *Longfellow* (1979) im Lichte der *Piaget*schen Entwicklungspsychologie, wobei der kognitive und der sozialkognitive Entwicklungsstand als erklärende Größen im Mittelpunkt stehen. Welche Bedeutung ihnen bei der Bewältigung der Scheidung zukommt, ist umstritten. Nach *Kurdek* et al. (1981) besteht zwischen dem Verstehen der Scheidung und den Gefühlen ihr gegenüber bzw. zwischen der kognitiven und der emotionalen Verarbeitung kein Zusammenhang.

Geschlecht des Kindes: Geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen in der Art und Dauer der Verhaltensauffälligkeiten, die im Zusammenhang mit Scheidungen beobachtet wurden. Bei Jungen können verstärkt unkontrollierte Aggressionen, destruktive und unsoziale Handlungen auftreten; es kann zu Verschlechterungen der Schulleistungen kommen. Das Verhalten der Mädchen ist dagegen weniger auffällig, bei ihnen finden sich Tendenzen zur Überkontrolliertheit, Überangepaßtheit und Introversion. Nach *Hetherington* et al. (1978) klingen die Schwierigkeiten beim Mädchen im Verlauf von 2 Jahren ab; zu einem späteren Zeitpunkt, bei der Aufnahme heterosexueller Beziehungen, können allerdings neue Probleme auftreten (*Hetherington* 1972). Beim Jungen halten die Verhaltensstörungen meist länger an. Über die Beschreibung der Verhaltensauffälligkeiten herrscht weitgehend Konsens, nicht aber über ihre Erklärung (*Block* et al. 1986; *Hetherington* et al. 1978, 1979; *Hodges* 1986; *Lamb* 1977; *Peterson/Zill* 1986; *Santrock/Warshak* 1979; einen Überblick über geschlechtsspezifische Differenzen in den Reaktionen der Kinder auf Familienstress gibt *Rutter* 1970, s. a. 1983). Umstritten ist grundsätzlich, ob die als typisch angesehenen Verhaltensmuster überhaupt durch die Scheidung und/oder das Aufwachsen in einer Ein-Elternfamilie bedingt sind. Nach den Ergebnissen einer projektiven Längsschnittstudie (*Block* et al. 1986) treten die fraglichen Verhaltensweisen nicht erst nach sondern bereits lange Zeit – bis zu 11 Jahren – vor der Scheidung bei den Kindern auf, d. h., während die Eltern noch zusammenleben. *Block* et al. führen die Verhaltensstörungen auf Streitigkeiten zwischen den Eltern zurück.

Externe Einflußfaktoren: Das erste Jahr nach der Scheidung ist besonders für den allein sorgeberechtigten Elternteil eine Zeit der allgemeinen Überlastung (*Hetherington* et al. 1978). Alltagsroutinen wie regelmäßige Essens- und Zubettgehzeiten für die Kinder werden zumeist nicht aufrechterhalten; Erziehungs- und Disziplinierungsmaßnahmen sind häufig inkonsistent; die Fähigkeit, sich dem Kind emotional zuzuwenden, ist wegen der eigenen psychischen Krise herabgesetzt (*Wallerstein/*

Kelly 1980). Eine Lösung der Probleme wird durch das zumeist stark verringerte Einkommen der sorgeberechtigten Mutter erschwert und verzögert. Nach *Coletta* (1979; *Desimone-Luis* et al. 1979) ist das geringe Einkommen überhaupt der entscheidende Faktor, der sich für die Kinder negativ bei der Bewältigung der neuen Familiensituation auswirkt (s. Abschn. 5.2.). Neben der ersten Streßphase und dem chronisch niedrigen Einkommen der sorgeberechtigten Mutter sind es vor allem zwei Komponenten auf der Beziehungsebene des Familiensystems, nämlich die Qualität und Quantität der Eltern-Kind-Kontakte und die fortdauernden Streitigkeiten zwischen den (Ex-)Eheleuten, welche die weitere Entwicklung des Kindes wesentlich beeinflussen.

Ein eindeutiger, vielfach bestätigter Zusammenhang besteht zwischen dem Streit der Eltern und dem Auftreten von Verhaltensstörungen, Delinquenz, psychosomatischen Erkrankungen und Schulversagen beim Kind (*Emery* 1982; *Nye* 1957; *Rutter* 1971, 1980). Die Scheidung bietet eine Möglichkeit, den negativen Einfluß des Ehekrieges vom Kind abzuwenden. Häufig kommt die Chance nicht zum Tragen, weil der Streit nach der Scheidung anhält (*Guidubaldi* et al. 1986; *Jacobson* 1979).[6] Damit sich das Kind gut an die neue Familiensituation anpassen kann, ist es zum einen wichtig, daß die Eltern zu einer moderaten Umgangsform untereinander finden, zum anderen, daß das Kind positive emotionale Beziehungen zu beiden Eltern aufrechterhält (*Hess/Camera* 1979; *Hodges* 1986; *Wallerstein/Kelly* 1980).[7] Nach der Scheidung kann sich die Eltern-Kind-Beziehung umstrukturieren. Bei älteren Kindern entwickelt sich häufig eine tendenziell partnerschaftliche Interaktion besonders zum sorgeberechtigten Elternteil: das Kind übernimmt die Rolle eines Vertrauten (*Devall* et al. 1986; *Weiss* 1979). Die Folgen dieser Eltern-Kind-Beziehung sind umstritten. *Weiss* (1979; *Kurdek/Siesky* 1980) sieht darin einen Motor zur Beschleunigung der kindlichen Entwicklung, *Glenwick* und *Mowray* (1986) warnen vor einer Überforderung des Kindes durch eine Verringerung der Generationsschranken zwischen Eltern und Kind.

5.2. Ökonomische Folgen der Ehescheidung

Eine Scheidung hat für beide Eheleute, in besonderem Maße jedoch für die alleinerziehende Mutter starke finanzielle Nachteile (*Espenshade* 1979; *Spanier/Casto* 1979; *Weitzmann* 1985). Im Gegensatz zu den Männern sind die Frauen nach der Scheidung zumeist von einem drastischen sozialen Abstieg betroffen. In einer Längsschnittstudie, in der *Weiss* (1984) die Einkommensentwicklung alleinerziehender Frauen in den USA ein Jahr vor und fünf Jahre nach der Scheidung vergleicht, kommt er zu dem Ergebnis, daß in allen sozialen Schichten das Einkommen der Frau nach der Scheidung gravierend und anhaltend sinkt: In der Oberschicht verringert es sich um die Hälfte, in der Mittelschicht um zwei Drittel und in der Unterschicht um drei Viertel. Während die Frauen aus der Ober- und tendenziell auch aus der Mittelschicht den Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit, unterstützt durch Unterhaltszahlungen, bestreiten, sind die Frauen aus der Unterschicht nach der Scheidung auf die staatliche Fürsorge angewiesen. Für die Bundesrepublik ergeben die Daten aus dem Mikrozensus von 1981, daß die Einkommensverteilung

der alleinerziehenden Väter nicht wesentlich von der der Kernfamilien abweicht (*Schwarz* 1984, 30–33). Alleinerziehende Mütter[8] dagegen stehen deutlich am unteren Ende der Einkommenspyramide (vgl. auch *Clason* und *Wingen/Cornelius* in diesem Band) 45% der alleinerziehenden geschiedenen Frauen (10% der alleinerziehenden Männer) verfügen monatlich über weniger als 1000 DM Nettoeinkommen; nur 16% der alleinerziehenden geschiedenen Frauen (wohl aber 50% der alleinerziehenden Männer) können mit mehr als 1800 DM im Monat wirtschaften. Jede fünfte alleinerziehende geschiedene Frau bezieht Sozialhilfe. Einen Überblick über die unzureichenden Sozialmaßnahmen für Alleinerziehende geben *Willenbacher/Voegeli* (1988). Eine repräsentative Studie über die Häufigkeit und Höhe der Unterhaltszahlungen des Mannes an die alleinerziehende geschiedene Frau liegt für die Bundesrepublik nicht vor. Eine Zusammenstellung einzelner Untersuchungsbefunde (*Willenbacher* et al. 1987) zeigt, daß lediglich 18%–40% der alleinerziehenden geschiedenen Mütter Ehegattenunterhalt beziehen, wobei die Mehrzahl der Zahlungen bei 400 DM liegt. Grundsätzlich gilt auch für die Bundesrepublik die Aussage von *Weitzmann* (1985), daß Armut weiblich ist (vgl. auch *Riedmüller* in diesem Band).

Anmerkungen

1 Die Schätzung von *Glick* (1984) bezieht sich auf die Erst-Ehe, der zwischen 1946 und 1955 geborenen Personen.

2 Die Prognose von *Höhn* und *Otto* (1985) bezieht sich auf die im Jahre 1975 geschlossenen Ehen. Sie gilt für einen konstant gehaltenen Zeitraum von 25 Ehejahren, somit sind Effekte, die durch eine Zunahme der Lebenserwartung entstehen, kontrolliert.

3 Die Wiederverheiratungsquote (*Höhn/Otto* 1985) bezieht sich auf das Jahr 1983; die Schätzung des Ledigenanteils gilt für den Geburtsjahrgang 1955.

4 Nach dem Verschuldensprinzip, das mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Grundlage der Ehescheidung gemacht wurde, konnte – abgesehen vom Scheidungsgrund der Geisteskrankheit – eine Ehe nur dann geschieden werden, wenn mindestens einem der beiden Ehepartner eine schuldhafte Eheverfehlung anzulasten war. Von der Schuldzuweisung wurden die Folgeregelungen (Ehegattenunterhalt, Sorgerecht) abhängig gemacht. Der damalige Gesetzgeber hoffte, durch das Schuldprinzip die steigende Zahl der Ehescheidungen nachhaltig eindämmen zu können. Wie der weitere Verlauf der Scheidungsrate zeigt, erwies sich jedoch das Verschuldensprinzip in dieser Hinsicht als untaugliches sozialpolitisches Instrument.

5 Das Verbundprinzip sieht vor, daß auch die Scheidungsfolgen wie Ehegattenunterhalt, Versorgungsausgleich, Sorgerecht im Scheidungsverfahren selbst mitgeregelt werden.

6 Die Scheidungsrate für die Jahre 1942–1945 liegt nicht vor. Scheidungsraten 1913, 1929–1935: Reichsgebiet ohne Saarland; 1917, 1918: Reichsgebiet ohne Elsaß-Lothringen; 1938–1941: Gebietsstand vom 31. 12. 1937; 1946: Bundesgebiet ohne Berlin und ohne Bremerhaven; 1947–1949: Bundesgebiet ohne Berlin.

7 Durch neue Formen der Konfliktregelung versucht man das Ausmaß der Streitigkeiten während und nach der Scheidung möglichst gering zu halten. In den USA wurde z. B. das Konzept der Divorce mediation eingeführt (*Emery/Wyer* 1987). Die Eheleute stehen dabei nicht mehr als gegnerische Parteien vor Gericht sondern versuchen gemeinsam – vermittelt durch einen unparteiischen Dritten – die anstehenden Probleme zu regeln.

8 Mit der Einführung des »gemeinsamen Sorgerechts« wurden die juristischen Voraussetzungen geschaffen, daß beide Eltern gemeinsam auch nach der Scheidung das Sorgerecht

ihren Kindern gegenüber ausüben können (*Clingempeel/Repucci* 1982; s. *Limbach* i.d.Bd.).

9 Bei dem Vergleich zwischen der ökonomischen Lage der alleinerziehenden Väter und Mütter liegen nur für die Mütter differenzierte Angaben zum Familienstand vor. Innerhalb der Gruppe der alleinerziehenden Mütter ist die wirtschaftliche Situation der geschiedenen ein wenig besser als die der ledigen Frauen: fast jede dritte ledige aber nur fast jede fünfte geschiedene Frau mit minderjährigen Kindern bezog 1981 den Lebensunterhalt hauptsächlich aus Sozialhilfe (*Schwarz* 1984, 32f.).

Literatur

Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M. 1986 – *Becker, G.S., Landes, E.M., Michael, R.T.:* »An economy analysis of marital instability«. Journal of Political Economy. 85. Jg. 1977, 1141–1187 – *Blasius, D.:* Ehescheidung in Deutschland 1794–1945. Scheidung und Scheidungsrecht in historischer Perspektive. Göttingen 1987 – *Block, J.H., Block, J., Gjerde, P.F.:* »The personality of children prior to divorce: A prospective study«. Child development. 57. Jg. 1986, 827–840 – *Boigeol, A., Commaille, J., Roussel, L.:* »France«. Divorce in Europe. Hg. R. Chester. Leiden 1977, 147–177 – *Booth, A., Johnson, D.R., White, L.K.:* »Women, outside employment, and marital instability«. American Journal of Sociology. 90. Jg. 1984, 567–583 – *Braun, W.:* »Ehescheidungen 1984«. Wirtschaft und Statistik. 3. Jg. 1986, 186–191. – *Bumpass, L.L., Sweet, J.A.:* »Differentials in marital instability: 1970«. American Sociological Review. 37. Jg. 1972, 754–766 – Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit: Nichteheliche Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des BMJFFG, Bd. 170. Stuttgart 1985 – *Burns, A.:* »Perceived causes of marriage breakdown and conditions of life«. Journal of Marriage and the Family. 46. Jg. 1984, 551–562 – *Breault, K.D., Kposowa, A.J.:* »Explaining divorce in the United States. A study of 3111 countries, 1980«. Journal of Marriage and the Family. 49. Jg. 1987, 549–558 – *Carter, H., Glick P.C.:* Marriage and divorce: A social and economic study. Cambridge Mass. 1970 – *Cherlin, A.J.:* »The effects of children on marital dissolution«. Demography. 14. Jg. 1977, 265–272 – *Cherlin, A.J.:* »Work life and marital dissolution«. Divorce and separation. Context, causes, and consequences. Hg. *Levinger, G., Moles, O.C.* New York 1979, 151–166 – *Cherlin, A.J.:* Marriage, divorce, remarriage. Cambridge, Mass. 1981 – *Chester, R.*, Hg.: Divorce in Europe. Leiden 1977 – *Cleek Guminski, M., Pearson, T.A.:* »Perceived causes of divorce: An analysis of interrelationships«. Journal of Marriage and the Family. 47. Jg. 1985, 179–185 – *Clingempeel, G.W., Repucci, N.D.:* »Joint custody after divorce. Major issues and goals for research«. Psychological Bulletin. 91. Jg. 1982, 102–127 – *Colletta, N.D.:* »The impact of divorce: Father absence or poverty?«. Journal of Divorce. 3. Jg. 1979, 27–36 – *Cutright, Ph.:* »Income and family events: Marital instability«. Journal of Marriage and the Family. 33. Jg. 1971, 291–306 – *Davis, K.:* »Wives and work: The sex role revolution and its consequences«. Population and Development Review. 10. Jg. 1984, 397–417 – *DeSimone-Luis, J., Mahoney, K.O., Hunt, D.:* »Children of separation and divorce: Factors influencing adjustment«. Journal of Divorce, 3. Jg. 1979, 37–42 – *Devall, E., Stoneman, Z., Brody, G.:* »The impact of divorce and maternal employment on pre-adolescent children«. Family Relations. 35. Jg. 1986, 153–159 – *Diekmann, A.:* Determinaten des Heiratsalters und Scheidungsrisikos. Eine Analyse soziodemographischer Umfragedaten mit Modellen und statistischen Schätzmethoden der Verlaufsdatenanalyse. Unveröffentlichte Habilitationsschrift, Institut für Soziologie der Universität München 1987 – *Dumon, W.:* »Belgium«. Divorce in Europe. Hg. R. Chester. Leiden 1977, 125–147 – *Duss-von Werdt, J.:* »Überlegungen zur gemeinsamen Typologie von Ehe, Scheidung und Elternschaft«. Zentralblatt für Jugendrecht. 71. Jg. 1984, 17–22 – *Emery, R.E.:* »Interparental conflict and the children of discord and divorce«. Psychological Bulletin. 92. Jg. 1982, 310–330 – *Emery, R.E., Wyer, M.M.: »Divorce Mediation«. American Psychologist. 42. Jg. 1987, 472–480 – Emery, R.E., Hetherington, M., Dilalla, L.F.:* »Divorce, children and

social policy«. Child development research and social policy. Bd. 1. Hg. *Stevenson, H. W., Siegel, A. E. Siegel.* Chicago 1984 – *Espenshade, Th. J.:* »The economic consequences of divorce«. Journal of Marriage and the Family. 41. Jg. 1979, 615–625 – *Familiengerichte 1982. Arbeitsunterlage. Hg. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden 1984 – Fester-Waltzinger, H.:* Scheidung – eine psychologische Analyse. Frankfurt/M. 1983 – *Fthenakis, W. E., Niesel, R., Kunze, H.-R.:* Ehescheidung. Konsequenzen für Eltern und Kinder. München 1982 – *Fulton, J. A.:* »Parental reports of children's post-divorce adjustment«. Journal of Social Issues. 35. Jg. 1979, 126–139 – *Furstenberg, F. F.:* »Premarital pregnancy and marital instability«. Divorce and separation. Context, causes, and consequences. Hg. *Levinger, G., Moles, O. C.* New York 1979, 83–98 – *Furstenberg, F. F., Seltzer, J. A.:* »Divorce and child development«. Sociological studies of child development. Bd. 1. Hg. Adler, P. A., Adler, P. Greenwich 1986 – *Glass, G. V., Tiao, G. C., Maguirre, Th. O.:* »The 1900 revision of German divorce laws. Analysis of data as a time-series quasi-experiment«. Law & Society Review. 5. Jg. 1970, 539–562 – *Glenn, N. D., Supanic, M.:* »The social and demographic correlates of divorce and separation in the United States: An update and reconsideration«. Journal of Marriage and the Family. 46. Jg. 1984, 563–576 – *Glenwick, D. S., Mowrey, J. D.:* »When parents becomes peer: Loss of intergenerational boundaries in single parent families«. Family relations. 35. Jg. 1986, 57–62 – *Glick, P. C.:* »Children of divorced parents in demographic perspective«. Journal of Social Issues. 35. Jg. 1979, 170–182 – *Glick, P. C.:* »Marriage, divorce, and living arrangements: prospectives changes«. Journal of Family Issues. 5. Jg. 1984, 7–26 – *Goode, W. J.:* After divorce. Glencoe, Illinois 1956 – *Goode, W. J.:* Soziologie der Familie. München 1967 – *Granvold, D. K., Pedler, L. M., Schellie, S. G.:* »A study of sex role expectancy and female post divorce adjustment«. Journal of Divorce. 2. Jg. 1979, 383–393 – *Guidubaldi, J., Cleminshaw, H. K., Perry, J. D., Nastasi, B. K., Lightel, J.:* »The role of selected family environment factors in children's post-divorce adjustment«. Family Relations. 35. Jg. 1986, 141–151 – *Halem, L. C.:* Divorce reform. Changing legal and social perspectives. New York 1980 – *Haller, M.:* »Austria«. Divorce in Europe. Hg. *Chester, R.*. Leiden 1977, 211–253 – *Hannan, M. T., Tuma, N. B., Groeneveld, L. P.:* »Income and marital events: Evidence from an income-maintenance experiment«. American Journal of Sociology. 82. Jg. 1977, 1186–1211 – *Hannan, M. T., Tuma, N. B., Groeneveld, L. P.:* »Income and independence effects on marital dissolution: Results from the Seattle and Denver income-maintenance experiments.« American Journal of Sociology. 84. Jg. 1978, 611–633 – *Hanson, S. L., Tuch, St. A.:* »The determinants of marital instability: Some methodological issues«. Journal of Marriage and the Family. 46. Jg. 1984, 631–642 – *Heaton, T. B., Albrecht, St. L., Martin, Th. K.:* »The timing of divorce«. Journal of Marriage and the Family. 47. Jg. 1985, 631–639 – *Heekerens, H.-P.:* »Das erhöhte Risiko der Ehescheidung. Zur intergenerationalen Scheidungstradierung«. Zeitschrift für Soziologie. 16. Jg. 1987, 190–203 – *Heekerens, H.-P.:* Die zweite Ehe. Wiederheirat nach Scheidung und Verwitwung. Weinheim 1988 – *Herzog, E., Sudia, C. E.:* »Children in fatherless families«. Child development social policy. Bd. 3 of review of child development research. Hg. Caldwell, B. E., Ricciuti, H. N. Chicago 1973, 141–232 – *Hess, R. D., Camara, K. A.:* »Post-divorce family relationships as mediating factors in the consequences of divorce for children«. Journal of Social Issues. 35. Jg. 1979, 79–96 – *Hetherington, M. E.:* »Effects of father absence on personality development in adolescent daughters«. Developmental Psychology. 7. Jg. 1972, 313–326 – *Hetherington, M. E.:* »Divorce. A child's perspective«. American Psychologist. 34. Jg. 1979, 851–858 – *Hetherington, M. E., Cox, M., Cox, R.:* »The aftermath of divorce«. Mother-child, father-child relations. Hg. *Stevens, J. H., Mathews, M.* Washington, D. C. 1978, 149–176 – *Hetherington, M. E., Cox, M., Cox R.:* »Play and social interaction in children following divorce«. Journal of Social Issues. 35. Jg. 1979, 26–49 – *Hodges, W. F.:* Interventions for children of divorce. Custody, access, and psychotherapy. New York 1986 – *Höhn, Ch.:* »Rechtlicher und demographische Einflüsse auf die Entwicklung der Ehescheidungen seit 1946«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 6. Jg. 1980, 335–371 – *Höhn, Ch., Ottoo, J:* »Bericht über die demographische Lage in der Bundesrepublik Deutschland und über die Weltbevölkerungstrends«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 11. Jg. 1985, 445–518 – *Houseknecht, S. K., Spanier, G.:* »Marital disruption and higher education among women in the United States«. Sociological Quarterly. 1980, 375–389 – *Houseknecht,*

S. K., Vaughan, S., Macke, A. S.: »Marital disruption among professional women. The timing of career and family events«. Social Problems. 31. Jg. 1984, 273–284 – *Hubbard, W. H.:* Familiengeschichte, Materialien zur deutschen Familie seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. München 1983 – *Huber, J., Spitze, G.:* »Considering divorce: An expansion of Becker's theory of marital instability«. American Journal of Sociology. 86. Jg. 1980, 75–89 – *Jacobson, D. S.:* »Stepfamilies: Myths and realities«. Social Work. 24. Jg. 1979, 202–207 – *Johnson, F. C., Johnson, M. R.:* »Family planning: Implications for marital stability«. Journal of Divorce. 3. Jg. 1980, 273–281 – *Kalter, N., Rembar, J:* »The significance of a child's age at time of parental divorce«. American Journal of Orthopsychiatry. 51. Jg. 1981, 85–100 – *Kellerhals, J., Perrin, J. F., Voneche, L:* »Switzerland«. Divorce in Europe. Hg. R. Chester. Leiden 1977, 195–210 – *Kelly, J., Wallerstein, J. D.:* »The effects of parental divorce: Experiences of the child in early latency«. American Journal of Orthopsychiatry. 46. Jg. 1976, 20–32 – *Kitson, G. C., Sussman, M. B.:* »Marital complaints, demographic characteristics, and symptoms of mental distress in divorce«. Journal of Marriage and the Family. 44. Jg. 1982, 87–101 – *Kitson, G. C., Barbi, K. B., Roach, M. J.:* »Who divorces and why. A review«. Journal of Family Issues. 6. Jg. 1985, 255–293 – *König, R.:* »Ehe und Ehescheidung«. Wörterbuch der Soziologie. 4. Aufl. Hg. W. Bernsdorf. Frankfurt/M. 1973, 197–195 – *König, R.:* Soziologie der Familie. Handbuch der empirischen Sozialforschung. Bd. 7. 2. Aufl. Hg. R. König. Stuttgart 1976, 1–217 – *Künzel, R.:* »The Federal Republic of Germany«. Divorce in Europe. Hg. R. Chester. Leiden 1977, 177–195 – *Kurdek, L. A.:* »An integrative perspective on children's divorce adjustment«. American Psychologist. 36. Jg. 1981, 856–866 – *Kurdek, L. A.* Hg.: Children and divorce. New Directions for Child Development. Bd. 19. San Francisco 1983 – *Kurdek, L. A., Siesky, A. E.:* »Children's perception of their parents' divorce«. Journal of Divorce. 3. Jg. 1980, 339–378 – *Kurdek, L. A., Blisk, D., Siesky, A. E.:* »Correlates of children's long-term adjustment to their parents' divorce«. Developmental psychology. 17. Jg. 1981, 565–579 – *Lamb, M. E.:* »The effects of divorce on children's personality development«. Journal of Divorce. 1. Jg. 1977, 163–174 – *Levinger, G.:* »Sources of marital dissatisfaction among applicants for divorce«. American Journal of Orthopsychiatry. 36. Jg. 1966, 803–807 – *Levinger, G.:* »Marital cohesiveness at the brink: The fate of applications for divorce«. Divorce and separation. Context, causes, and consequences. Hg. *Levinger, G., Moles, O. C.* New York 1979, 137–150 – *Levitin, T. E.:* »Children of divorce: An introduction«. Journal of Social Issues. 35. Jg. 1979, 1–25 – *Limbach, J., Rottleuthner-Lutter, M.:* »Ehestabilität im Spannungsfeld von Schuld- und Zerrüttungsprinzip«. Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. 1988 im Druck – *Longfellow, C.:* »Divorce in context: Its impact on children«. Divorce and separation. Context, causes, and consequences. Hg. Levinger, G., Moles, O. C. New York 1979, 287–306 – *Mittenauer, M., Sieder, R.* Hg.: Historische Familienforschung. Frankfurt/M. 1982 – *Moore, K., Waite, L. J.:* »Marital dissolution, early motherhood and early marriage«. Social Forces. 60. Jg. 1981, 20–40 – *Morgan, Ph. S., Rindfuss, R. R.:* »Marital Disruption: Structural and temporal dimensions«. American Journal of Sociology. 90. Jg. 1985, 1055–1077 – *Mott, F. L., Moore, S. F.:* »The causes of marital disruption among young American women: An interdisciplinary perspective«. Journal of Marriage and the Family. 44. Jg. 1979, 335–366 – *Mueller, Ch. W., Pope, H.:* »Marital instability: A study of its transmission between generations«. Journal of Marriage and the Family. 39. Jg. 1977, 83–93 – *Norton, A. J., Glick, P. C.:* »Marital instability in America: Past, present, and future«. Divorce and separation. Context, causes and consequences. Hg. *Levinger, G., Moles, O. C.* New York 1979, 6–19 – *Nye, F. I.:* »Child adjustment in broken an in unhappy unbroken homes«. Marriage and Family Living. 19. Jg. 1957, 356–360 – *Peterson, J. L., Zill, N.:* »Marital disruption, parent-child relation, and behavior problems in children«. Journal of Marriage and the Family. 48. Jg. 1986, 295–307 – *Pohl, K.:* »Wende oder Einstellungswandel? Heiratsabsichten und Kinderwunsch 18- bis 28jähriger deutscher Frauen 1978 und 1983«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 11. Jg. 1985, 89–110 – *Pope, H., Mueller, Ch. W.:* »The intergenerational transmission of marital instability: Comparisons by sex and race«. Journal of Social Issues. 32. Jg. 1976, 49–66 – *Reich, G.:* »Warum ist die Schuldfrage aus Scheidungskonflikten so schwer herauszuhalten?« Fragmente. 22. Jg. 1986, 73–99 – *Reich, G., Bauers, B., Adam, D.:* »Zur Familiendynamik von Scheidungen: Eine

Untersuchung im mehrgenerationalen Kontext«. Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie. 35. Jg. 1986, 42–50 – *Rheinstein, M.:* Marriage stability, divorce, and the law. Chicago 1972 – *Rosow, I., Rose, D. K.:* »Divorce among doctors«. Journal of Marriage and the Family. 34. Jg. 1972, 587–598 – *Ross, H. L., Sawhill, I. V.:* Time of transition: The growth of families headed by women. Washington, D. C. 1975 – *Roussel, L.:* »Ehen und Ehescheidungen«. Familiendynamik. 5. Jg. 1980, 186–203 – *Roussel, L.:* »Demographische Veränderungen und neue Familienmodelle«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 2. Jg. 1980, 237–244 – *Rutter, M.:* »Sex differences in children's responses to family stress«. The child in his family. Hg. E. J. A. u. C. Koupernik. New York 1970, 165–196 – *Rutter, M.:* »Parent-child separation: Psychological effects on the children«. Journal of Child Psychology and Psychiatry, 12. Jg. 1971, 233–260 – *Rutter, M.:* »Protective factors in children's responses to stress and disadvantage«. Primary prevention of psychopathology: III promoting social compentence and coping in children. Hg. *Kent, M. W., Rolf, J. E.* Hannover, N. H. 1980 – *Rutter, M.:* »Stress, coping, and development: Some issues and some questions«. Stress, coping, and development in children. Hg. *Garmezy, N., Rutter M.* New York 1983, 1–41 – *Santrock, J. W., Warshak, R. A.:* »Father custody and social development in boys and girls«. Journal of Social Issues, 35. Jg. 1979, 112–125 – *Sieder, R.:* Sozialgeschichte der Familie. Frankfurt/M. 1987 – *Smith, W. A., Meitz, J. E. G.:* »Life course effects on marital disruption« Social Indicator Research. 13. Jg. 1983, 395–417 – *Smith W. A., Meitz, J. E. G.:* »Vanishing supermoms and other trends on marital dissolution«. Journal of Marriage and Family. 47. Jg. 1985, 53–65 – *Smith, W. A., Meitz, J. E. G.:* »Cohorts, education, and the decline in undisrupted marriage«. Journal of Marriage and the Family. 45. Jg. 1983, 613–622 – *South, S. J., Spitze, G.:* »Divorce determinants«. American Sociological Review. 51. Jg. 1986, 583–590 – *Spanier, G. B., Casto, R. F.:* »Adjustment to separation and divorce: A qualitative analysis«. Divorce and separation. Context, causes, and consequences. Hg. *Levinger, G., Moles, O. C.* New York 1979, 211–227 – *Spitze, G., South, S. J.:* »Women's employment, time expenditure, and divorce«. Journal of Family Issues. 6. Jg. 1985, 307–329 – *Springer, Ch., Wallerstein, J. S.:* »Joung adolescents' responses to their parents' divorces«. Children and divorce. New Directions for Child Development. Bd. 19. Hg. *Kurdek, L. A.* San Francisco 1983, 15–27 – Statistisches Bundesamt, Hg.: Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972. Wiesbaden 1972 – *Schwarz, K.:* »Bericht 1982 über die demographische Lage in der Bundesrepublik Deutschland«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 8. Jg. 1982, 121–223 – *Schwarz, K.:* »Eltern und Kinder in unvollständigen Familien«. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. 10. Jg. 1984, 3–36 – *Teachman, J. D.:* »Methodological issues in the analysis of family formation and dissolution«. Journal of Marriage and the Family. 44. Jg. 1982, 1037–1053 – *Thornton, A.:* »Children and marital instability«. Journal of Marriage and the Family. 39. Jg. 1977, 531–540 – *Thurnher, M., Fenn, C. B., Melichar, J., Chiriboga, D. A.:* »Sociodemographic perspectives on reasons for divorce«. Journal of Divorce. 6. Jg. 1983, 25–35 – *Wallerstein, J. S., Kelly, J. B.:* »The effects of parental divorce: Experiences of the preschool child«. Journal of American Academy of Child Psychiatry. 14. Jg. 1975, 600–616 – *Wallerstein, J. S., Kelly, J. B.:* »The effects of parental divorce: Experiences of the child in later latency«. American Journal of Orthopsychiatry. 46. Jg. 1976, 256–269 – *Wallerstein, J. S., Kelly, J. B.:* Surviving the breakup: How children and parents cope with divorce. New York 1980 – *Wallerstein, J. S., Kelly, J. B.:* »Children of divorce: Preliminary report of a ten-year follow-up of young children«. American Journal of Orthopsychiatry. 54. Jg. 1984, 444–458 – *Weiss, R. S.:* »Growing up a little faster: The experience of growing up in a single-parent household«. Journal of Social Issues. 35. Jg. 1979, 97–111 – *Weiss, R. S.:* »The impact of marital dissolution on income and consumption in single-parent household«. Journal of Marriage and the Family. 46. Jg. 1984, 115–127 – *Weitzman, L.:* The divorce revolution. The unexpected social and economic consequences for women and children in America. New York 1985 – *Willenbacher, B., Voegeli, W.:* »Multiple disadvantages of one-parent-families in the Federal Republic of Germany«. Family, state, and economic security. Hg. J. Eekelaar. London 1988 im Druck – Wirtschaft und Statistik. 8. Jg. 1950, 291–293: »Die Ehescheidungen im Bundesgebiet seit 1946«. – *Wolf, E., Lüke, G., Hax, H.:* Scheidung und Scheidungsrecht, Grundfragen der Eheschließung in Deutschland, Tübingen 1959.

Ausgewählte Gebiete der Familienforschung

Teil VII: Normative Perspektiven und öffentlich-praktische Unterstützungsleistungen und -wirkungen

Dieter Grunow

Ambulante soziale Dienste für bestimmte hilfsbedürftige Familienmitglieder

1. Die Umschreibung des Gegenstandsbereiches

Die nähere Umschreibung ambulanter sozialer Dienste für Familienmitglieder hat mit zweierlei Unschärfen ihres Gegenstandes umzugehen. Dies betrifft zum einen den Kanon ambulanter sozialer Dienste: welche Dienstleistungen sind dazuzurechnen? Zum anderen stellt sich die Frage, inwiefern die Angebote direkt oder indirekt an Familienmitglieder gerichtet sind. In beiden Hinsichten soll im folgenden keine allzu enge Grenzziehung erfolgen.

Für den Begriff der Dienstleistung (oder hier besser der öffentlichen Dienstleistungen gibt es keine einheitliche Umschreibung oder Definition (*Grunow/Hegner* 1979, 12ff.). Eine erste Annäherung an den Gegenstand wird durch Ausgrenzung erreicht: Dienstleistungen sind keine Güter, keine Geld- und Sachleistungen. Dienstleistungen sind Hilfen von Personen für Personen und haben in der Regel nur immaterielle Ergebnisse. Dienstleistungen sind überwiegend personalintensiv (im Gegensatz zu technikintensiven Leistungen); dies bedeutet u.a., daß individuelle Kenntnisse, manuelle Fertigkeiten und psychosoziale Fähigkeiten eine größere Rolle spielen als der standardisierte Einsatz von Maschinen. Auch der Einsatz technischer Hilfsmittel im Rahmen der Dienstleistungserbringungen bedarf meist der Vorbereitung und Handhabung durch speziell ausgebildetes Personal. Dienstleistungen sind durchweg personenbezogen, weisen aber gleichwohl unterschiedliche Intensitätsgrade auf: Krankenpflege, schulpsychologische Beratung und elektronisch gespeicherte Auskunftsdienste über staatliche Leistungen können dieses Spektrum belegen. Dabei handelt es sich um ambulante Dienstleistungen. Diese können durchgeführt werden, ohne daß die Adressaten mehrere Tage oder auch nur mehrere Stunden am Tag in einer Einrichtung/Institution anwesend sein müssen.

Diese Umschreibung von Dienstleistungen ist an der Art der damit verbundenen Tätigkeiten orientiert. Nuancierter (aber oft auch unübersichtlicher) wird diese Kennzeichnung, wenn noch andere Gesichtspunkte zur Abgrenzung herangezogen werden. Dabei geht es zum einen um die Unterscheidung zwischen privaten/privatwirtschaftlichen und öffentlichen Dienstleistungen. Zum anderen werden die Problembereiche, die Anlaß für die Erbringung der Dienstleistungen sind, zum Gegenstand der Differenzierung gemacht: soziale, gesundheitliche, haushaltspraktische, erzieherische Probleme u.a.m.

Öffentliche Dienstleistungen, die im folgenden im Mittelpunkt der Betrachtung stehen, sind solche, die im Rahmen der öffentlichen Verwaltung auf der Grundlage gesetzlich definierter Anspruchsberechtigungen und Verfahrensregeln erbracht bzw. übermittelt werden und/oder aus öffentlichen Haushalten finanziert sind. Öffentliche Dienstleistungen werden in verschiedenen Formen erbracht: a) in

»Reinform« (z.B. bei der Krankenpflege), b) als »flankierende« Leistung neben anderen öffentlichen Leistungen (z.B. in Form der Beratung im Zusammenhang mit Transferzahlungen), c) als »vorbereitende« Tätigkeit (z.B. Aufklärung und Information). Aus dieser Umschreibung geht bereits hervor, daß Art und Umfang öffentlicher Dienstleistungsgewährung in erheblichem Maß von politischen Prioritätensetzungen, rechtlichen Rahmenbedingungen und der Finanzlage der öffentlichen Hand beeinflußt werden. Dies gilt nicht nur hinsichtlich der Abgrenzung gegenüber privat erbrachten Dienstleistungen, sondern auch mit Blick auf die verschiedenen Problemlagen, auf die durch Dienstleistungen reagiert werden soll. Besonders deutlich wird dies im Verhältnis zwischen Sozialdiensten und Gesundheitsdiensten. Die Vielfalt möglicher rechtlicher Leistungsgrundlagen, finanzieller Träger sowie ausführender Personalgruppen und Einrichtungen eröffnet erhebliche Spielräume der Verlagerung und Verschiebung, der Übernahme oder Ablehnung öffentlicher Leistungsverpflichtung (*Badura/Gross* 1976).

Nicht zuletzt diese vielfältigen Strukturierungsprinzipien tragen dazu bei, daß sich der Umfang öffentlicher Dienstleistungen nur unvollständig und nur indirekt erschließen läßt; und dies trotz der Bedeutung, die den Dienstleistungen in der »postindustriellen Gesellschaft« *(Bell)*, der »personal service society« *(Halmos)* oder der »service economy« *(Gershuny)* zugeschrieben wird. Geht man nun besonders auf die Familie und die Familienmitglieder als Adressaten öffentlicher Dienstleistungen ein, so wird die Vielfalt einerseits und die geringe Transparenz andererseits deutlich. Dies liegt allerdings nur zum Teil an dem immer wieder kritisch kommentierten Kausalprinzip, das bei der Zuweisung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen an der Ursache oder den Entstehungsumständen eines bestimmten Problems anknüpft. Die Forderung nach einer stärker final ausgerichteten Organisation der Dienstleistungen, die direkt auf die realen Erscheinungsformen der Problemsituation bezogen ist, setzt voraus, daß die Zielgruppen und ihre Bedürfnisse bzw. Anliegen hinreichend klar beschrieben werden können (*Brück* 1976, 59f.).

Bei der Ausrichtung öffentlicher Dienstleistungen auf »die Familie« werden jedoch Unklarheiten und Ambivalenzen sichtbar. Die Tatsache, daß die Familie bisweilen als »Totalphänomen« bezeichnet (*Grieswelle* 1985, 21) oder auch als gesellschaftliche Institution gekennzeichnet wird, die fundamentale Bedürfnisse befriedigt, das Zusammenleben regelt und soziale Identität verleiht, macht sie als Bezugspunkt von Dienstleistungen außerordentlich vielschichtig. Im Hinblick auf die Adressierung der Dienstleistungen lassen sich folgende Varianten unterscheiden:

- Dienstleistungen direkt für die Familie insgesamt
- Dienstleistungen direkt für einzelne Familienmitglieder
  - ohne besondere Betonung des Status als Familienmitglied
- Dienstleistungen direkt für einzelne Familienmitglieder
  - mit besonderer Betonung des Status als Familienmitglied
- Dienstleistungen für einzelne Familienmitglieder, die aber hauptsächlich auf andere Familienmitglieder oder den Rest der Familie zielen.

Teilweise sind diese Dienstleistungen als fördernde/flankierende Angebote, teilweise als Kompensation von Leistungsmängeln der Familie bzw. als Bewältigung von Schwierigkeiten anzusehen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Frage,

ob a) »die Familie« als »das Problem« oder die »Problemursache« angesehen wird oder ob b) die Familie als Kontext individueller Probleme gesehen wird oder ob schließlich c) die Familie als (potentieller, entwicklungsfähiger) Beitrag zur Bewältigung individueller Probleme angesehen wird. Die Ausführungen in diesem Handbuch belegen, daß entsprechende Zielvorstellungen und -vorgaben vielfach von ideologischen, weltanschaulichen und politischen Vorgaben – also von normativen Vorentscheidungen – geprägt sind. Sie müssen keineswegs mit »den Realitäten« des Familienalltags im Einklang stehen. Dementsprechend haben sich in den letzten Jahrzehnten auch die Inhalte und Formen der für notwendig gehaltenen öffentlichen Dienstleistungen geändert (allgemein: *Kaufmann/Herlth* 1982; *Sachsse/Tennstedt* 1982). Die Grundlage dafür ergibt sich aus der Entwicklung der Sozial- und Gesundheitspolitik allgemein und der Familienpolitik im besonderen. Details dieser Entwicklung können hier nicht nachgezeichnet werden. Einige Stichworte sollen jedoch zur Erläuterung und Begründung der später zu beschreibenden aktuellen Situation beitragen.

Für die Sozialpolitik im allgemeinen läßt sich – unter Berücksichtigung der letzten 40 Jahre – folgendes zusammenfassen:

1. Wohlfahrtsstaatliche Leistungen sind – gemessen an den öffentlichen Haushalten ebenso wie an dem dafür eingesetzten Personal – kontinuierlich angestiegen (von 1960 bis 1986 hat die Sozialleistungsquote von 21 % auf gut 31 % zugenommen, was einen absoluten Anstieg von 63 Mrd. DM auf 606 Mrd. DM entspricht);
2. trotz aller Schwierigkeiten bei der statistischen Erfassung: der Bereich der sozialen Dienstleistungen hat daran einen großen Anteil (z. B. abgelesen am Zuwachs des Personals in den öffentlichen Aufgabenbereichen – vgl. *Hegner* 1981, 210);
3. die Akzentsetzung beim Ausbau der Dienstleistungen – und hier insbesondere in der ambulanten Form – ergab sich u. a. aus der Kritik an dem bestehenden System von sozialer Sicherung und Gesundheitsversorgung: Verrechtlichung, Ökonomisierung und Bürokratisierung waren die meist diskutierten Stichworte (*v. Ferber* 1967); die Neuorganisation der Dienstleistungserbringung und neue soziale Berufe waren die Antwort auf die festgestellten Defizite;
4. bald wurde aber auch für die Inhalte und Formen der erbrachten sozialen gesundheitsbezogenen Dienstleistungen unzureichende Zielgruppen- und Bedürfnisorientierung festgestellt; Bürokratie und Professionalisierung verbündeten sich für diese kritische Sichtweise zur »Regulierung der Armen« *(Piven/Cloward)* und zur »Entmündigung durch Experten« *(Illich)* oder ließen »hilflose Helfer« *(Schmidbauer)* entstehen;
5. von dieser Kritik wurden auch die nichtstaatlichen Träger der Dienstleistungen (insbesondere die Wohlfahrtsverbände) keineswegs ausgenommen, so daß die gegenwärtige Neuentdeckung und Betonung von Solidarität, Selbsthilfe und Selbstorganisation auch gegen diese gerichtet ist;
6. angesichts geringer werdender finanzieller Spielräume für die Wohlfahrtssicherung wurden die Selbsthilfeinitiativen in den letzten Jahren zunehmend auch unter dem Gesichtspunkt der Kostenreduktion diskutiert; die Gruppeninitiati-

ven werden zunehmend von Verbänden und staatlichen Instanzen »vereinnahmt« und kontrolliert.

Für die familienbezogene Sozialpolitik lassen sich folgende Trends resümieren:

1. Eine wesentliche Grundlage jeglicher öffentlicher Maßnahmen im Hinblick auf Familien stellt die Verankerung des staatlichen Schutzes von Ehe und Familie im Artikel 6 des Grundgesetzes dar. Auch der Artikel 3 Absatz 2 (»Männer und Frauen sind gleichberechtigt«) können als familienpolitische Leitidee interpretiert werden.

   »Bereits diese grundlegenden Rechtsgarantien lassen einen Doppelcharakter des staatlichen Schutzes erkennen: zum einen binden die grundgesetzlichen Garantien die staatlichen Organe im Sinne eines Rechtsschutzes der Familie vor staatlichen Eingriffen in die Privatsphäre, wie dies dem Grundgedanken des liberalen Verfassungsstaates entspricht. Zum anderen wird der staatliche Schutz im Sinne des Sozialstaatsgedankens als Verantwortung des Staates für die Existenzbedingungen der Familie unserer Gesellschaft interpretiert« (*Kaufmann/Herlth* 1982, 11).

2. In den einzelnen Feldern öffentlicher Interventionen und öffentlicher Leistungen – insbesondere auch im Bereich der Sozialpolitik – zeigt sich ein wesentlich heterogeneres und widersprüchlicheres Bild. Dabei wird der Familie keineswegs eine solch autonome Rolle zugestanden wie es in der Grundgesetzformulierung zum Ausdruck kommt. Das Primat des ökonomischen (insbesondere industriellen) Strukturwandels, die gesellschaftliche Reproduktion sowie die Erziehungsleistung und soziale Integration der jüngeren und/oder der älteren Generation werden je nach gesellschaftlichen oder (partei-) politisch definierten Erfordernissen der Familie zugemutet oder ihr nach Belieben auch wieder entzogen: so z.B. das Schwanken zwischen unterstelltem Funktionsverlust einerseits und das Überhäufen der Familie mit ungelösten gesellschaftlichen (insbesondere auch öffentlichen) Aufgaben andererseits; oder das Schwanken der familienorientierten Sozialpolitik zwischen der Förderung der Familie als soziale Einheit und der Förderung von einzelnen Personen in der Familie. Dabei spielen jedoch im allgemeinen Veränderungen des Zeitgeistes (bzw. der Wertewandel) eine wichtige Rolle: der Trend zu konservativen Grundhaltungen, die »Entzauberung« des Staates, der als bedrohlich angesehene Bevölkerungsschwund, der Niedergang der Arbeitsgesellschaft sind wichtige Elemente dieser Entwicklung.

3. Die zuvor beschriebene Trennung zwischen Hilfen für einzelne Familienmitglieder und Hilfen für die Familie insgesamt wurden primär im Bereich der rechtlichen und ökonomischen Regelung von Anspruchsberechtigungen sowie von Versicherungs- und Versorgungsleistungen verwirklicht (z.B. in der Rentenversicherung und in der Krankenversicherung). Soweit der familiale Kontext bei der Leistungsgestaltung eine Rolle spielte, konnten sogar Gestaltungselemente gefunden werden, die die Desorganisation der Familie gefördert haben: so z.B. die Heranziehung der Familie bei Bafög-Leistungen oder bei Sozialhilfezahlungen. Nur der Nachweis einer Funktions- und Leistungsunfähigkeit der Familie führt letztlich dazu, daß die öffentlichen Leistungen von den Angehörigen der Leistungsempfänger nicht wieder zurückgefordert werden.

4. Bei der Erbringung von Dienstleistungen hat sich auch erst im Verlauf langjähriger Erfahrungen die Einsicht durchgesetzt, daß die Ausrichtung sozialer Dienste

auf die Einzelpersonen – unter weitgehender Nichtbeachtung des familialen Kontextes – die jeweiligen Probleme nur selten löst, oft sogar gegenläufige Ergebnisse erzielt. Diese Einsicht wurde allerdings durch die gleichzeitige Aufteilung der Problemnuancen auf verschiedene Träger öffentlicher Dienstleistungen und ihrem Personal konterkariert. Während sich Transferzahlungen aus verschiedenen Quellen (Unterhaltszahlungen, Rentenzahlungen, Sozialhilfeleistungen, Krankenversicherungsleistungen etc.) ohne Probleme zu einem »Gesamtbudget« des Familienhaushalts addieren lassen, so trifft dies für eine Kumulation unterschiedlicher sozialer und gesundheitsbezogener Dienstleistungen nicht ohne weiteres zu. Dementsprechend hat die Kritik an der Individualisierung sozialer und gesundheitsbezogener Dienste in den letzten Jahren zunehmend dazu geführt, daß der familiale Kontext bei der Vorbereitung und Übermittlung von Dienstleistungen stärker berücksichtigt wird – selbst wenn sich die Dienstleistungen v. a. an einzelne Familienmitglieder richten. Mit den Stichworten »ganzheitliche Sichtweise« und »Beachtung der Lebenswelten« sind bisher allerdings nur Ansatzpunkte formuliert, aber noch kaum wirksame Dienstleistungsalternativen entwickelt worden.

5. In den letzten Jahren ist die Familie als genuiner Adressat von sozialpolitischen Leistungen aus zweierlei Gründen wieder in den Mittelpunkt gerückt: zum einen geht es angesichts der schrumpfenden Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland um die generative Funktion der Familie; zum anderen ist angesichts knapper Kassen die Familie als Ressource für Eigenbeteiligung, Eigenleistung und Selbsthilfe wiederentdeckt worden. Beachtenswert bei dem zuletzt genannten Gesichtspunkt ist allerdings, daß hier nicht allein aus ökonomischer Not eine »familienpolitische Tugend« gemacht wird. Die Neubewertung der Leistungen von sozialen Netzen ist nicht zuletzt eine Folge mangelnder Wirksamkeit und mangelnder Bürgernähe sowohl der Systeme sozialer Sicherung als auch der hochprofessionalisierten Dienstleistungserbringung. Insofern hat das seit langem gängige Prinzip »Hilfe zur Selbsthilfe« neues Gewicht gewonnen (*Trojan* et al. 1986, 26ff.).

2. Ambulante soziale Dienste für Familienmitglieder: Organisationsformen und Inhalte

In den folgenden Abschnitten wird nun Art und Umfang der gegenwärtig verfügbaren sozialen Dienste für hilfsbedürftige Familienmitglieder beschrieben. Dabei wird in drei Schritten vorgegangen: zunächst wird der rechtliche Rahmen, durch den u. a. die anspruchsberechtigten Adressatengruppen bestimmt werden, skizziert; im zweiten Schritt werden Organisations- und Finanzierungsformen erörtert; und schließlich werden Leistungsinhalte, -qualitäten und -wirkungen untersucht.

2.1. Der rechtliche Rahmen für die Erbringung sozialer Dienstleistungen

Im vorangegangenen Abschnitt wurde bereits erläutert, daß wohlfahrtsstaatliche Leistungen an »die Familie« nur einen geringen Teil sozialpolitischen Engagements für die Familienmitglieder ausmachen. Es handelt sich dabei überwiegend um die steuerliche Behandlung des Erwerbseinkommens (z.B. Steuertarife) oder um Transferzahlungen (z.B. Kindergeld). Weitergehende Geld- und Sachleistungen und insbesondere die Dienstleistungen werden überwiegend an Teilgruppen der Familien oder an einzelne Familienmitglieder adressiert. Die Kriterien der Anspruchsberechtigungen ergeben sich dabei in der Regel einerseits aus der Feststellung bestimmter »normaler« Entwicklungsphasen, in denen sich die Familien bzw. die Familienmitglieder befinden, andererseits aus dem Vorhandensein »besonderer« Problemlagen (Armut, Krankheit, Behinderung, Isolation, Verwahrlosung, Stress u.a.m.), in denen sich einzelne oder alle Familienmitglieder befinden. Dabei werden kompensatorische Leistungsmöglichkeiten (im finanziellen oder persönlichen Bereich) berücksichtigt, die den Familien zu Gebote stehen. Die direkt an »die Familien« adressierten Leistungen (z.B. Wohnungsbauförderung) werden in der Regel an die Kinderzahl gebunden und/oder setzen begrenzte Ressourcen (geringes Haushaltsnettoeinkommen) voraus (so auch: Sozialhilfe, Ausbildungsförderung).
Komplizierter wird die Formulierung dieser Kriterien, wenn es sich nicht um monetär beschreibbare Größen (finanzielle Belastungen einerseits; vorhandene finanzielle Ressourcen andererseits) handelt. So läßt sich die Frage nach der Bedürftigkeit, die zu der gesetzlich verbrieften Bereitstellung von Dienstleistungen führen soll, ebenso schwer fassen wie die Frage, in welchem Maße man von dem Einbringen persönlicher Hilfen und sozialer Unterstützung im Familienkontext ausgehen kann. Merkmale »der Familie« sind dabei keine hinreichenden Entscheidungskriterien. Oft besteht sogar Unklarkeit, ob es sich um eine Familie, Ehe, eheähnliche Gemeinschaft, gemeinsamen Haushalt u.a. handelt. Zudem ist nicht auszuschließen, daß Dienstleistungsangebote implizit auch durch zweckgebundene Mittelvergabe unterbreitet werden; dies führt zugleich dazu, daß Kriterien aus dem Bereich der Finanztransfers und Steuerentlastungen (wie z.B. Einkommenshöhe) zur Festlegung von Anspruchsberechtigungen benutzt werden.
Als Konsequenz ergibt sich, daß Art und Umfang staatlichen Engagements für die Bereitstellung von sozialen Diensten für die Familie aus den rechtlichen Grundlagen nur bruchstückhaft zu erschließen sind: die Umschreibung der Adressaten bleibt oft unklar und auslegungsbedürftig; Dienstleistungen sind von anderen Leistungen nicht immer klar zu trennen; die Ausstrahlung aller gesellschaftlicher Lebensbereiche auf die Familie macht – extrem formuliert – alles staatliche Handeln familienbezogen, ohne familienorientiert zu sein; die rechtlich garantierten und somit einklagbaren Leistungen umfassen nur einen Teil der durch die öffentliche Hand getragenen und/oder finanzierten Dienstleistungen. Betrachtet man eine bevölkerungsorientierte Bündelung dieser vielfältigen Rechtsgrundlagen (hier: Sozialfibel 1980), so lassen sich folgende »Hilfen für die Familien« identifizieren;

- *Familienerholung,* die der Gesundheit aller Familienmitglieder dienen und die Familiengemeinschaft stärken soll;

- *Haus- und Familienpflege,* die Personen zugute kommen soll, die nicht in der Lage sind, ihren Haushalt weiterzuführen;
- *Kindertagesstätten:* d.h. Kinderkrippen (0–3 Jahre), Kindergärten (3–6 Jahre), Kinderhorte (7–15 Jahre);
- *Kinderbetreuungsbetrag:* die Kosten für Kinderbetreuung und -beaufsichtigung können als außergewöhnliche Belastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer abgesetzt werden;
- *Familienberatung* ist ein Dienstleistungsangebot, das sich an alle Staatsbürger richtet; sie können sich bei Fragen und Problemen der Geschlechtserziehung der Jugend, der Vorbereitung auf Ehe und Familie, der Partnerwahl und der Eheführung sowie bei Ehekrisen und bei Ehelosigkeit beraten lassen;
- *Hilfen bei Erziehungsproblemen* kann in Form der Erziehungsberatung, der freiwilligen Erziehungshilfe oder der Erziehungsbeistandschaft gewährt werden.
- *Hilfen bei Schwangerschaft,* die sich an alle werdenden Mütter richten; diese Beratungsstellen sind auch für die gesetzlich vorgeschriebene soziale Beratung vor dem Schwangerschaftsabbruch zuständig;
- *Hilfen für unvollständige Familien:* alleinerziehende Mütter oder Väter erhalten für noch nicht sechs Jahre alte Kinder, die nicht oder nur unregelmäßig Unterhalt vom anderen Elternteil erhalten, einen monatlichen Unterhaltszuschuß.

Dieser vorläufige Katalog zeigt noch einmal deutlich, daß sich die meisten Dienstleistungen nicht an »die Familie« sondern an Einzelpersonen – die Kleinstkinder, die Kinder, die Jugendlichen oder die Erwachsenen/Eltern und Ehepartner – richten. Daraus ist auch abzuleiten, daß hier die Familie als »Kernfamilie«, d.h. als das Zusammenleben von einer Eltern- und einer Kindergeneration zugrunde gelegt wird. Die älteren Menschen als Bestandteil der »erweiterten Familie« oder als »Ehegattenfamilie in der nachelterlichen Phase« bleiben dabei unbeachtet. Untersucht man hierzu allerdings eine der wesentlichen gesetzlichen Grundlagen für die Erbringung sozialer Dienste – das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) –, so wird diese Einseitigkeit zum Teil korrigiert. Das Schwergewicht der Leistung nach dem BSHG liegt zwar bei Geldleistungen (Hilfe zum Lebensunterhalt) und bei der Sicherung stationärer Versorgung (Krankenhaus, Pflegeheim, Altenheim), doch gibt es auch einige wichtige Aufgabenbeschreibungen im Bereich der sozialen und gesundheitsorientierten Dienste (allgemein: *Brück* 1976, Kap. G). Unter der Überschrift »Hilfe in besonderen Lebenslagen« werden hierzu insbesondere die in der Tabelle 1 angegebenen Leistungsanlässe und -adressaten formuliert.

Die Anspruchsberechtigung für diese verschiedenen Hilfen ist stets an die Voraussetzung geknüpft, daß andere Träger vergleichbarer Leistungen (z.B. Krankenkassen oder Rentenversicherungsträger) nicht zur Leistung verpflichtet sind und die betroffenen Personen selber nicht über ausreichende Mittel verfügen, um diese Leistungen zu finanzieren. Dabei wird stets auch das Einkommen der Unterhaltsverpflichteten (Eltern gegenüber ihren Kindern und die erwachsenen Kinder gegenüber ihren alten Eltern) einbezogen. Insofern wird die Familie bzw. der Familienhaushalt als Leistungseinheit (in finanzieller, sozialer und pflegerischer Hinsicht) zugrunde gelegt. Immerhin gelten im Hinblick auf die Hilfen in besonderen Lebenslagen großzügigere Bemessungsgrundlagen als bei der »Hilfe zum Lebensunterhalt«. In § 23 BSHG wird dazu ein Mehrbedarf in besonderen Fällen definiert (bei Personen über 65 Jahren, bei werdenden Müttern, bei Personen, die mit zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren zusammenleben, bei Behinderten u.a.m.). In § 81 BSHG werden darüber hinaus besondere Einkommensgrenzen definiert, so

Tabelle 1:

Sozialhilfe 1985	Hilfeempfänger (in 1000):			Ausgaben (in Mill. DM):			Ausgaben je Empfänger (in DM):		
	Insgesamt	außerhalb von Einrichtungen[1]	in v. H.: Spalte 2 an Spalte 1	Insgesamt	außerhalb von einrichtungen[1]	in v. H.: Spalte 5 an Spalte 4	Insgesamt	außerhalb von Einrichtungen[1]	in V. H.: Spalte 8 an Spalte 7
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1 Sozialhilfe insgesamt	2 808	2 248	80,1	20 824	8 577	41,2	7 415	3 815	51,5
2 a) Hilfe in besonderen Lebenslagen	1 104	598	54,2	12 799	1 460	11,4	11 593	2 441	21,1
b) Anteil Spalte 2, Zeile 2 an Spalte 1, Zeile 1	./.	./.	./.	./.	./.	7	./.	./.	32,9
3 Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage	1	1	100	7		100	7 000	7 000	100
4 Vorbeugende Gesundheitshilfe	41	10	24,4	75	5	6,7	1 829	500	27,3
5 Krankenhilfe	341	301	88,3	1 049	316	33	3 076	1 149	37,4
6 Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	5	4	80	16	3	18,8	3 200	750	23,4
7 Blindenhilfe	1	⟩1	–	4	2	50	4 000	⟩2 000	⟩ 50
8 Hilfe zur Pflege	467	215	46	7 143	818	11,9	15 295	3 944	25,8
9 Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	11	11	100	43	42	97,7	3 909	3 944	25,8
10 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	20	6	30	243	19	7,8	12 150	3 166	26,1
11 Altenhilfe	19	14	73,7	32	26	81,3	1 684	1 857	110,3
12 Übrige Hilfen in besonderen Lebenslagen	236	58	24,6	4 187	163	3,9	17 741	2 810	15,9

1 (Ab Zeile 2 nur »Hilfen in besonderen Lebenslagen«, in Zeile 1 auch »Laufende Hilfe zum Lebensunterhal.t«)

Quelle: Stat. Jahrbuch 1987, eigene Berechnungen

daß der Kreis der Anspruchsberechtigten unter diesen spezifischen Bedingungen erheblich erweitert wird. (Dies gilt insbesondere auch für die häusliche Pflege, wenn der Schweregrad der Hilflosigkeit besteht.)

Tabelle 2: Jugendhilfe 1985

Maßnahmen	Anzahl der Maßnahmen	in v.H.: zu Zeile 8	zu Zeile 10
1 Beistandschaft des Jugendamtes	62 193	10,7	4,4
2 Pflegeaufsicht	64 997	11,2	4,6
3 Erziehungsbeistandschaft	7 265	1,3	0,5
4 Formloser erzieherischer Betreuung	342 219	59	24,3
5 Hilfe zur Erziehung	80 587	13,9	5,7
6 Freiwilliger Erziehungshilfe	12 571	2,2	0,9
7 Hilfe für junge Volljährige	10 122	1,7	0,7
8 Maßnahmen 1–7 gesamt	579 954	100	(41,1)
9 Übrige Maßnahmen	829 924	./.	58,9
10 Insgesamt	1 409 878	./.	100

Quelle: Stat. Jb. 1987, eigene Berechnungen

Wesentlich deutlicher als die Erwachsenen und älteren Familienmitglieder werden Kinder und Jugendliche als Adressaten öffentlicher Dienstleistungen umschrieben. Dies geschieht in wesentlichen Zügen im Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) (allgemein: *Mollenhauer* 1984, 574ff.). Ausgangspunkt dieses Gesetzes ist das Recht des Kindes auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit (§ 1). Insofern formuliert das JWG zu einem großen Teil öffentliche Eingriffsrechte gegen die Familie bzw. zum Schutz des Kindes oder des Jugendlichen. Besondere Unterstützung erfahren dabei Pflegekinder und nichteheliche Kinder. Amtsvormundschaft, Amtspflegschaft, Erziehungsbeistandschaft, freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung sind die Optionen staatlichen Engagements. Daneben gibt es jedoch eine Vielzahl von Dienstleistungen und Hilfen, die sowohl den Kindern bzw. Jugendlichen als auch den erziehungs- und sorgeberechtigten Familienmitgliedern zugute kommen sollen (§ 5 JWG) (siehe Tabelle 2 und 3).

Die Voraussetzungen für die Anspruchsberechtigung oder sogar die verpflichtende Inanspruchnahme dieser Dienstleistungen sind wesentlich schwieriger zu präzisieren. Einerseits wird mit der »Gefährdung« der Jugendlichen argumentiert, zum anderen muß den Erziehungs- und Sorgeberechtigten nachgewiesen werden, daß sie ihre Verpflichtungen nicht erfüllen und daß daher die leibliche, geistige oder seelische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen gefährdet oder geschädigt ist (*Herringer* 1985, 288ff.). Damit wird ein weites Feld der Interpretation diesbezüglicher Anlässe für öffentliches Handeln eröffnet. Berücksichtigt man die vielfältigen Aufgaben der Familie (Reproduktion, Erziehung, Daseinsvorsorge, Erholung, gemeinsame Freizeitgestaltung, soziale Integration), so können weit mehr öffentliche Dienstleistungen der flankierenden oder kompensierenden Hilfe für Familien-

Tabelle 3: Jugendhilfe 1985

Ausgaben	in Mill. DM	in v.H.: zu Zeile 13	zu Zeile 15
1 Hilfen für Mutter + Kind vor und nach der Geburt	55	1,3	0,9
2 Hilfe durch Familienpflege	430	9,8	6,7
3 Kindertagesstätten	2 334	53,3	36,6
4 Jugendberufshilfen	80	1,8	1,2
5 Beratung in Fragen der Ehe, Familie und Jugend	232	5,3	3,6
6 Jugendschutz	16	0,4	0,3
7 Erholungspflege	138	3,2	2,1
8 Freizeithilfen	332	7,6	5,2
9 Internationale Jugendbewegung	17	0,4	0,4
10 Außerschulische Bildung	125	2,9	2
11 Freiwillige Erziehungshilfe	529	12,1	8,3
12 Hilfe für junge Volljährige	93	2,2	1,5
13 Ausgaben 1–12 insgesamt	4 381	100	68,8
14 Sonstige Ausgaben	1 986	./.	31,2
15 Ausgaben (brutto) insgesamt	6 367	./.	100

Quelle: Stat. Jb. 1987, eigene Berechnungen

mitglieder zugerechnet werden als das BSHG und das JWG ausweisen. So kommen u.a. auch die Reichsversicherungsordnung, das Wohnungsbauförderungsgesetz, das Arbeitsförderungsgesetz in Betracht. Die Bestimmung von Leistungsanlässen und -adressaten erfolgt dabei jedoch wesentlich unabhängiger von Familienkonstellationen als in den zuvor beschriebenen Gesetzen. Zu beachten ist dabei allerdings, daß von der oft unübersichtlichen Gesetzesmaterie unabgestimmte oder sogar widersprüchliche Einflüsse auf die Familie ausgehen. »Familienpolitik ist daher mit einer Vielzahl anderer politischer Bereiche eng verflochten. Ihre Sorge kann nicht nur der Situation in der Familie gelten, sondern muß auch auf Wohnungsbau-, Finanz-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Verkehrs- und Gesundheitspolitik u.a.m. übergreifen. Ohne diese Bereiche der Familienpolitik ein- oder gar unterordnen zu können, ist es doch ihre Aufgabe, Problemlösungsansprüche aus der Sicht der Familie an die anderen Bereiche der Politik zu richten« (MAGS 1980, 7).

2.2. Organisationsformen und Finanzierungsmodalitäten

Die institutionellen und organisatorischen Erscheinungsformen der Erbringung ambulanter sozialer Dienstleistungen sind nochmals breiter gefächert als die zuvor erläuterten rechtlichen Grundlagen. Dies hängt v.a. damit zusammen, daß – im Gegensatz zum Bereich der sozialen Sicherung – für den Bereich der Fürsorgeleistungen und der persönlichen Hilfen das Subsidiaritätsprinzip gilt, das die Vielfalt

der Träger öffentlich verantworteter Dienstleistungen nachdrücklich unterstützt (*Heinze* 1985, 196ff.). Dabei spielt es eine nur untergeordnete Rolle, ob dieses Subsidiaritätsprinzip im Sinne der Nachrangigkeit öffentlicher Träger gegenüber anderen gesellschaftlichen Institutionen interpretiert wird – oder ob die Notwendigkeit zu einem grundsätzlichen öffentlichen Engagement betont wird, damit die anderen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen ihrerseits einen Beitrag leisten können (öffentliche Leistung als Grundvoraussetzungen für subsidiäre Angebote). Diese Vielfalt gewinnt zusätzliche Nuancen durch die Tatsache, daß im Rahmen föderalistischer Arbeitsteilung die Bundesländer für die organisatorische Ausgestaltung gesetzlicher Aufgaben zuständig sind. Die konkrete Erbringung der ambulanten sozialen Dienste erfolgt auf der örtlichen Verwaltungsebene, um den Bedürfnissen der Adressatengruppen gerecht werden zu können. Stationäre Einrichtungen werden demgegenüber in weit größerem Umfang von überörtlichen Instanzen geplant und getragen (z.B. auf der Ebene von Regionalverbänden oder der Bundesländer). Diese örtliche Anbindung und damit verbundene Problemnähe führt nicht selten zu neuen oder sogar »unkonventionellen« Angeboten und Einrichtungen, mit denen auf neue Herausforderungen geantwortet werden soll. Beispiele der jüngsten Zeit sind hierfür die Drogenberatungsstellen für Jugendliche, die Frauenhäuser, die Beratungsstellen zum Schwangerschaftsabbruch, ambulante Pflegedienste und mit öffentlichen Mitteln geförderte Selbsthilfeinitativen. Dabei spielt auch die Tatsache eine Rolle, daß die politischen Parteien auf der örtlichen Ebene gerade mit diesen aktuellen und zum Teil auch freiwilligen (d.h. nicht gesetzlich vorgeschriebenen) Dienstleistungsangeboten für sich wichtige Möglichkeiten der Selbstdarstellung und Profilgewinnung sehen. Dies bedeutet aber andererseits, daß ein globaler Überblick über Art und Umfang der Organisationsformen und Finanzierungsformen sozialer Dienstleistungen für Familienmitglieder nicht gegeben werden kann. Qualität und Quantität der in einzelnen Gemeinden und Städten angebotenen Dienste ist außerordentlich unterschiedlich, wie vergleichende Analysen der KGSt belegen (*Kirchhoff* 1983).

Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß es gemeinsame Grundzüge der Organisation und Finanzierung sozialer Dienste gibt. Unter Beachtung der zuvor erläuterten Rechtsgrundlagen sind hier zunächst die kommunalen Instanzen zu nennen:

- *das Sozialamt* als örtlicher Träger der Sozialhilfe, das letztlich die koordinierende und planende Funktion für die gesetzlich garantierten Dienstleistungen übernimmt – selbst wenn ein Großteil davon durch andere (z.B. freigemeinnützige oder private) Einrichtungen und Organisationen durchgeführt werden.
- Eine ebenso zentrale Rolle (diesmal speziell im Hinblick auf Kinder und Jugendliche) hat das *Jugendamt*, das aber ebenfalls viele Aufgaben an andere, nicht-öffentliche Einrichtungen übertragen kann.
- Ein weiterer wichtiger Bereich, der zum Teil beim Sozialamt, zum Teil aber auch beim Jugendamt oder Gesundheitsamt angebunden ist, ist der *»Sozialdienst«* im engeren Sinne, d.h. die örtliche Sozialarbeit. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter übernehmen konkrete Aufgaben der Jugendhilfe aber auch der flankierenden sozialen Betreuung von Sozialhilfeempfängern, Obdachlosen, isolierten älteren Menschen u.a.m.

- Schließlich ist auch das *Gesundheitsamt* ein wichtiger Anbieter von Dienstleistungen für Familienmitglieder: so z.B. die Mütterberatung, die Suchthilfe und Drogenberatung, der sozialpsychiatrische Dienst sowie spezielle Beratungs- und Begutachtungsdienste (z.B. psychologische Beratung).

In Ergänzung zu diesem Grundbestand an örtlichen Instanzen der Sozial- und Gesundheitsfürsorge gibt es eine Vielzahl von Einrichtungen, die spezielle Leistungen für Familien oder hilfebedürftige Familienmitglieder bereithalten (siehe Übersicht 1). Dabei handelt es sich zum Teil um Beratungseinrichtungen, zum Teil um Pflege- und Betreuungsangebote oder um Möglichkeiten der kulturellen Teilhabe und Freizeitgestaltung. Im Hinblick auf diese zusätzlichen gruppenorientierten Angebote ist es von Gemeinde zu Gemeinde völlig offen, wer die Einrichtung tatsächlich trägt und verantwortlich leitet. Es kann sich dabei sowohl um eine Einrichtung der öffentlichen Verwaltung handeln, aber auch um einen freigemeinnützigen Träger (z.B. die Wohlfahrtsverbände Caritas, DPWV, Diakonisches Werk, AWO, DRK, ASB u.a.m.; vgl. *Bauer* 1985), die Kirchengemeinden oder auch private (nicht-erwerbsorientierte) Einrichtungen und Organisationen. Darüber hinaus sind in vielen Bereichen auch privatwirtschaftliche Alternativen denkbar (z.B. in der ambulanten Altenpflege, in der Bereitstellung technischer Hilfsdienste usw.). In vielen Fällen gibt es auch Kooperationsformen und Zusammenschlüsse zwischen verschiedenen öffentlichen, freigemeinnützigen und privaten Trägern.

Übersicht 1: Exemplarische Auswahl familienbezogener Initiativen und Organisationen

	überörtliche	örtliche (Beispiele aus Bielefeld, Düsseldorf, Duisburg und Köln)
Kinder	– Deutscher Kinderschutzbund – SOS Kinderdorf e.V. – Landesverband Abenteuer-, Bau- und Aktivspielplätze NRW e.V. – Landesverband zur Förderung Lernbehinderter NRW e.V.	– Aktion Vorschulerziehung Bielefeld e.V. – Kindergarten Brummkreisel e.V. – Freundeskreis des Kinderhilfezentrums Eulerstr. e.V. – Kinderforum e.V. – Kindergruppe 10 e.V. – A.V.U.Kinderhilfe Düsseldorf e.V. – Aktionskomitee Kind im Krankenhaus e.V.

Jugendliche	– Drogenhilfe '80 e.V. – Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze – Gesellschaft zur Förderung berufsspezifischer Ausbildung e.V. – Jugendhilfe Land e.V. – Internationale Jugendgemeinschaftsdienste	– Mädchentreff Bielefeld e.V., Verein zur Unterstützung erwerbsloser Mädchen – Jugendhilfe e.V. – Düsseldorf/Mülheim-Ruhr – Initiative Sägewerk – gemeinnützig tätiger Verein der freien Jugendhilfe e.V. – Jugendfarm Rumeln-Kaldenhausen „Am Aubruchsgraben" – Unabhängiges Jugendzentrum Esch-Haus e.V. – Die Brücke Duisburg e.V. (Jugendgefangenenhilfsverein)
Ältere	– Bundeskongreß der Älteren Generation e.V. – Gemeinschaft Deutsche Altenhilfe GmbH – Kuratorium Wohnen im Alter e.V. – Lebensabendbewegung Landesverband NRW e.V. – Nordrhein-Westfälischer Verband – Sport für betagte Bürger e.V. – Seniorenschutzbund Graue Panther	– Senioren-Union e.V. – Altenclub Schiefersbürgerweg e.V. – Club Froher Lebensabend – Jugend und Senioren-Klub – Seniorenhilfswerk e.V. – Kölner Seniorengemeinschaft für Sport- und Freizeitgestaltung

Frauen	– Verband alleinstehender Mütter und Väter – Frauenselbsthilfe nach Krebs e.V. – Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen e.V.	– Distel-Treffpunkt, Beratung, Hilfe für Frauen und Kinder e.V. – Frauencafé Hexenkessel e.V. – Kinderhaus Frauen helfen Frauen e.V. – Lila Laden, Frauen helfen Frauen e.V. – Verein zur Weiterbildung für Frauen – soziale, politische, kreative und wissenschaftliche Bildung e.V. – Frauen lernen leben. Beratung, Bildung und Therapie für Frauen e.V.
Familie	– Familie und Krankenpflege e.V. – Dachverein – – Familienhilfswerk e.V. – Paritätisches Familienbildungswerk, NRW e.V. – Pro Familia – Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung e.V. – Bundesverband der Pflege- und Adoptiveltern e.V. – Arbeitsgemeinschaft Tagesmütter – Bundesverband für Eltern, Pflegeeltern und Tagesmütter e.V.	– Elternselbsthilfe e.V. – Hauspflegeverein Bielfeld e.V. – Mobile Hilfen für Behinderte und ihre Familien e.V. – MoFa – – Verein für differenziertes Wohnen e.V. – Nachbarschaftshilfe e.V. – Kinder und Eltern e.V. – Rat und Tat – Selbsthilfegruppe von Sozialhilfeempfängern – Aktion Soziale Versorgung (Diakonie) – Al Anon – Organisation der Angehörigen von Alkoholikern

Übersicht 2: Familien-Förderungsplan des Landes Nordrhein-Westfalen

Pos.	Zweckbestimmung
I.	Familienbildung, frühkindliche Erziehung
1.	Förderung von Einrichtungen der Familienbildung a) Personalkostenförderung b) Investitionsförderung
2.	Förderung von Tageseinrichtungen für Kinder a) Betriebskostenzuschüsse gemäß KgG b) Personenkostenzuschüsse an Kinderkrippen – Krabbelstuben/altersgemischte Gruppen, Horte c) Personalkostenzuschüsse für päd. Fachkräfte bei Modoll-Kinderspielplätzen d) Investitionsförderung
3.	Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung
II.	Psycho-soziale Beratung
1.	Förderung von Erziehungsberatungsstellen a) Personalkostenförderung b) Investitionsförderung
2.	Förderung von Ehe- und Lebensberatungsstellen – Personalkosten –
3.	Förderung der Einrichtung „Familienplanung u. Beratungsstellen nach 218 „StGB" – Personalkosten –
4.	Suchtbekämpfung und Gefährdetenhilfe a) Betriebskostenzuschüsse an Suchtberatungsstellen b) Investitionsförderung
III.	Soziale Dienste, Familienpflege, Sozialstationen
1.	Förderung von Sozialstationen (Haus- u. Altenpflege)
2.	Soziale Maßnahmen für ausländische Arbeitnehmer und deren Familien
3.	Förderung von Zufluchtsstätten für mißhandelte Frauen und deren Kinder – Personalkosten –
IV.	Verbraucher- und Ernährungsberatung
	Verbraucheraufklärung, Verbraucherberatung, Verbraucherschutz
V.	Gesundheitliche Hilfe, Kurmaßnahmen
1.	Erholungs- und Genesungsfürsorge für Jugendliche, Kinder und Mütter
2.	Mütter- und Kindergenesungshilfe

VI.	Freizeitförderung/Familienferienstätten, Familien- und Kindererholung
1.	Kindererholung Jugenderholung
2.	Familienerholung (Individualförderung)
3.	Familienferienstätten (Investitionsförderung)
VII.	Wohnen und Verkehr
1.	Förderung des Wohnungsbaues
2.	Förderung der Wohnungsmodernisierung
3.	Gewährung von Wohngeld
4.	Verkehrssicherheitsaufklärung für Kinder
VIII.	Fortbildung
1.	Zuweisung und Zuschüsse für die Fortbildung von Fachkräften aller Zweige der sozialen Arbeit, auch für ehrenamtliche Mitabeiter
2.	Zuschüsse für Fachberater für Tageseinrichtungen für Kinder
3.	Leiter- und Helferschulung im Zusammenhang mit Kinder- und Jugenderholungsmaßnahmen
IX.	Familienbezogene Forschung

Quelle: MAGS 1980, 93ff.

Betrachtet man darüber hinaus noch die vertikale (hierarchische) Einbindung der örtlichen Anbieter sozialer Dienste – was nicht nur für die öffentliche Verwaltung sondern auch für viele Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände und der Kirchengemeinden zutrifft –, so ergibt sich eine komplizierte, häufig sogar unübersichtliche Gesamtstruktur der Anbieter sozialer Dienste. Die Rechtsformen reichen von kommunalen Ämtern, über verselbständigte Verwaltungseinrichtungen, eingetragene Vereine bis hin zu GmbHs einerseits und Selbsthilfezusammenschlüssen andererseits. Ebenso vielfältig ist die Größe dieser Einrichtungen – gemessen an der Zahl der dort beschäftigten Personen und des Jahresetats. Variantenreich ist ebenso der Einsatz des Personals, das die Dienstleistungen übermittelt; einerseits sind sehr unterschiedliche Qualifikationen bei den beteiligten Personen zu unterstellen, andererseits muß zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten sowie ehrenamtlich tätigen Personen unterschieden werden.

Angesichts dieser Vielfalt und Unübersichtlichkeit der Anbieter sozialer Dienstleistungen ist es für kommunale Ämter kaum mehr möglich, den Planungsauftag zu erfüllen und die Verpflichtung zur Sicherstellung des notwendigen und wünschenswerten Angebotes an Dienstleistungen zu erreichen. Es ist insofern charakteristisch für die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, daß für verwaltungsinterne Zwecke in vielen Bereichen systematische Planungsunterlagen erarbeitet wurden: Altenhilfepläne, Jugendhilfepläne, Behindertenpläne u. a. m. Für die Zielgruppen und Adressaten dieser Dienste und Leistungen wurden diese Bestandsaufnahmen in der Regel

in Wegweiser und Übersichtsbroschüren umgesetzt. Sie ermöglichen überhaupt erst eine Orientierung in dieser Vielfalt von Angeboten. (So enthält beispielsweise die (oben zitierte) Sozialfibel für das Land Bayern eine Adressenliste im Umfang von 100 Druckseiten.)

Neben diesem Versuch der Dokumentation der Einrichtungen und ihrer Angebote gab es in den letzten Jahren auch Versuche einer Bündelung und übersichtlichen Strukturierung des Dienstleistungspektrums. Hervorzuheben sind u. a. die vielfältigen Versuche zur Neuorganisation sozialer Dienste (hier beispielhaft die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin), wobei ein übersichtlicher Zuschnitt der Angebote dadurch erreicht werden sollte, daß eine bewußte Ausrichtung auf verschiedene Adressatengruppen erfolgt (*Grunow-Lutter/Wohlfahrt* 1983). So wurde schließlich in einem sehr langen Entwicklungsprozeß im Stadtstaat Bremen die bisherige Struktur der örtlichen Sozial-, Jugend- und Gesundheitsverwaltung aufgelöst. Stattdessen sind nun stadtteilorientiert Einrichtungen entstanden, die sich jeweils spezifischen Teilgruppen (aus der Familie) widmen: den Kindern, den Jugendlichen, den Erwachsenen in der Familie (Männer einerseits, Frauen andererseits) und den alten Menschen. Diese Reorganisationsbemühungen werden oft ergänzt durch Modelleinrichtungen und -erprobungen, die neue Formen der Dienstleistungserbringung vorzubereiten helfen.

Eine zweite wichtige Entwicklung erfolgte für den Bereich der ambulanten Pflegedienste, für die sich Ende der 60er Jahre ein wachsender Ersatzbedarf (anstelle der zahlenmäßig stark abnehmenden Gemeindekrankenschwestern) ergab. Bei gleichzeitigem Anwachsen der alten und sehr alten Bevölkerungsgruppen mit entsprechendem Bedarf an Pflegeleistungen wurde eine Neustrukturierung des diesbezüglichen Angebotsspektrums erforderlich. Als Prototyp für die neue Organisation ambulanter Pflegedienste kann heute die Sozialstation gelten – obwohl auch hier eine große Vielfalt an Organisationsformen, Trägerschaften und konkreten Angebotsinhalten besteht (vgl. *Dahme* et. al. 1980).

Als neueste Entwicklung in der Erbringung von Dienstleistungen können die vielfältigen Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen gelten, die in den letzten Jahren entstanden sind. Zumindest in ihrer Entstehungsphase sind sie überwiegend ein Kontrapunkt zu den öffentlichen und gemeinnützigen Dienstleistungsangeboten. Das Prinzip der gegenseitigen Hilfe von Gleichbetroffenen ist eine wichtige Grundlage für Art und Inhalt der sozialen Dienste. Selbst wenn inzwischen viele Selbsthilfeinitiativen den Wohlfahrtsverbänden angeschlossen sind oder räumlich-technische Unterstützung bzw. sogar finanzielle Förderungen durch die öffentliche Hand erhalten, bleiben neue Angebotsinhalte und -formen zum Teil erhalten (*Vilmar/Runge* 1986, Kap. 1.2–1.4). Beachtenswert ist dabei auch die empirisch gesicherte Feststellung, daß Selbsthilfegruppen, die mit Blick auf soziale und gesundheitliche Probleme entstehen, oft eine Reaktion auf mangelnde Unterstützung durch Familienmitglieder darstellen (*Grunow* et. al. 1983, 86ff.). Angesichts der hohen Aufmerksamkeit, die die Selbsthilfegruppen und -organisationen im sozialen und gesundheitspolitischen Bereich heute haben, liegt die Gefahr nahe, daß schon seit langem existierende, etablierte Selbsthilfeorganisationen als wichtiger Bestandteil des Leistungsspektrums für Familienmitglieder gar nicht mehr

wahrgenommen werden: z. B. verschiedene Hilfswerke für Mütter, für Kinder oder auch für ältere Menschen. (Kinderhilfswerk; Müttergenesungswerk; SOS-Kinderdörfer; Altenclubs).
Um das hiermit angedeutete vielfältige Angebot der unterschiedlichsten Träger als öffentliche soziale Dienste für Familienmitglieder bezeichnen zu können, muß stets eine bestimmte Verknüpfung mit öffentlichen Aufgabendefinitionen, öffentlicher Kontrolle und insbesondere mit öffentlichen Finanzen bestehen. Dies trifft in der weit überwiegenden Zahl der zuvor skizzierten Beispielfälle zu. Dies bedeutet allerdings keineswegs, daß nicht-öffentliche (also freigemeinnützige oder private) Einrichtungen und Dienstleistungsangebote nur aus einer öffentlichen Finanzierungsquelle schöpfen. Durch das (oben erwähnte) Kausalprinzip, das insbesondere die Finanzierungsverpflichtung verschiedener Sicherungssysteme untereinander abgrenzt, ist es durchaus möglich, daß einzelne Einrichtungen mit verschiedenen öffentlichen Mittelgebern zu tun haben bzw. zusammenarbeiten. So läßt sich am Beispiel der Sozialstationen besonders gut zeigen, wie Eigenbeiträge der Betroffenen bzw. ihrer Angehörigen und Unterhaltsverpflichteten, Teilleistungen der Krankenkassen, Spenden aus der Bevölkerung, ehrenamtliche Tätigkeit verschiedener Verbandsmitglieder und Defizitabdeckung durch das örtliche Sozialamt zur Gesamtfinanzierung der Sozialstation bzw. der von ihr erbrachten Dienstleistungen beitragen.
Durch diese komplizierte Verschachtelung der Finanzierung von Dienstleistungen und den Einrichtungen und Trägern sowie in Folge des kameralistischen Rechnungswesens in der öffentlichen Verwaltung ist eine Übersicht über die Gesamtkosten der erbrachten Dienstleistung bzw. ihr Anteil am Bruttosozialprodukt nicht kalkulierbar. Es lassen sich immer nur bruchstückhaft einzelne Ausgabenblöcke umschreiben: einerseits im Hinblick auf verschiedene Familienmitglieder – ohne dann jedoch zwischen den Dienstleistungskosten, den Finanztransfers und den Sachkosten trennen zu können; oder im Hinblick auf einzelne Leistungsbereiche der Sozialhilfe, ohne dabei wiederum auf einzelne Adressatengruppen eingehen zu können; oder aber nach Kostenträgern zu unterscheiden, ohne vergleichbare Dienstleistungen einheitlichen Gliederungspositionen der Ausgaben zuordnen zu können; oder nach den Umsätzen der Anbieter der jeweiligen Dienstleistungen – ohne hier im einzelnen die Einnahmequellen der Träger aufschlüsseln zu können. So bleibt es bei bruchstückhaften Übersichten, die jedoch insgesamt einen stetigen Zuwachs an Kosten für soziale Dienstleistungen signalisieren – sei es durch Ausweitung des Adressatenkreises, durch Veränderung, Verlagerung und Vermehrung der angebotenen Dienstleistung oder durch die Kostensteigerung bei der Dienstleistungserbringung.

2.3. Leistungsinhalte, ihre Qualität und ihre Wirkungen

Löst man sich nun (wieder) von der Vielfalt der rechtlichen Rahmenbedingungen, der organisatorischen Erscheinungsformen und der Finanzierungsmodalitäten und betrachtet die Dienstleistungen mit, an und für die betroffenen Personen, so lassen sich klare Konturen zeichnen, ohne im einzelnen die Quantitäten dafür ausweisen

zu können (*Heinemann-Knoch* et. al. 1982). Zunächst wird sichtbar, daß es sich bei den sozialen Dienstleistungen im wesentlichen um folgende Aktivitäten handelt:

- Informationsübermittlung (in allgemeiner Weise)
- Erläuterungen, Empfehlungen und Beratungen im Einzelfall (mit Hinweis auf verschiedene Leistungsmöglichkeiten im sozial- und gesundheitspolitischen Kontext)
- Anleitung und Einübung zur Selbsthilfe (durch die Betroffenen selbst oder durch die Angehörigen der Betroffenen) (auch für den Gebrauch von technischen Hilfsmitteln)
- Erledigung von Aufgaben für die Betroffenen in advokatorischer Funktion (Interessenvertretung und -durchsetzung)
- Erledigung praktischer (haushaltstechnischer) Aufgaben für die betroffene Person oder die anderen Familienangehörigen
- Durchführung pflegerischer Aufgaben an der betroffenen Person (Grundpflege, Behandlungspflege)
- (in Ansätzen: therapeutische Maßnahmen für die betroffene Person)
- (nicht zu unterschätzen: die diffuse, symbolische Botschaft, daß sich »der Staat um Familienmitglieder kümmert«; die Vermittlung eines Sicherheitsgefühls).

Standard-Dienstleistungen von Sozialstationen

A Maßnahmen aufgrund ärztl. Anordnung (Behandlungspflege)
- 1 Injektion
- 2 Verband, Wundversorgung
- 3 Dekubitusbehandlung
- 4 Kathederwechsel einschl. Spülung
- 5 Einlauf, Spülung
- 6 Tropfen, Spülung (Auge, Ohr)
- 7 Mediz. Einreibung, Packung, (Teil-)Bäder
- 8 Bewegungsübungen
- 9 Medikamenteneinnhame, -kontrolle
- 10 Blutdruckkontrolle
- 11 Anus-praeter-Versorgung
- 12 Pflege der Trachoalkanüle
- 13 Sonderernährung

B Pflegemaßnahmen (Grundpflege und Aktivierung)
- 1 Körperpflege
- 2 Bad
- 3 Körperübungen
- 4 Fußpflege, Nagelpflege
- 5 Umschlag, Wickel
- 6 Haarpflege
- 7 sonst. Pflegemaßnahmen

C Haus-/Familienpflege, Haushaltshilfe
- 1 gem. § 185b Abs. 1 RVO (Std.)
- 2 gem. § 185b Abs. 3 u. 4 RVO (Std.)
- 3 sonstige (regelm. feste Zeitvorg.) (Std.)

D Hauswirtschaftliche Hilfen, Betreuung)
- 1 Zeitw. Vertr. v. Angehörigen (Std.)
- 2 Hausarbeiten
- 3 Zubereitung von Mahlzeiten
- 4 Einkaufen
- 5 sonst. Besorgungen

E Beratung, Seelsorge, Kommunikation
- 1 Pflegerische Anleitung von Angehörigen
- 2 Gesundheitsberatung
- 3 Beratung in sozialen Angelegenheiten
- 4 Lebensberatung
- 5 Vorlesen, Spielen, Kommunikation
- 6 Besuch

F Begleitung
- 1 zum Arzt, ins Krakenhaus zu Rehamaßnahmen
- 2 beim Spaziergang
- 3 zu Behörden, beim Einkauf, sonst.
- 4 zu Besuchen, geselligen Veranst.

G Vermittlung
- 1 Fachberatung
- 2 Essen auf Rädern
- 3 Therapeutische Maßnahmen
- 4 Selbsthilfegruppen
- 5 Kurzaufenthalt im Heim
- 6 Stationäre Hilfen
- 7 Hilfsdienste, Nachbarschaftshilfe
- 8 sonst.

H Verleih von Pflegegeräten
- 1 Wegepauschale

Diese Grundformen der Dienstleistungen lassen sich sowohl hinsichtlich einzelner Adressatengruppen (hilfebedürftiger Familienmitglieder) als auch im Hinblick auf verschiedene Hilfeanlässe (Erziehungsprobleme, Drogenabhängigkeit, Alkoholmißbrauch, Isolation, körperliche Behinderung, Pflegebedürftigkeit, Probleme der Alltagsbewältigung usw.) aufzeigen. Daß dabei Unterschiede in der konkreten Form der Dienstleistungserbringung notwendig sind, ist unmittelbar verständlich. Weniger selbstverständlich dagegen scheint die Tatsache zu sein, daß Dienstleistungen für einzelne Personen in der Familie direkt oder indirekt Auswirkungen auch für andere Familienmitglieder haben. In manchen Fällen ist sogar zu fragen, ob die indirekten Wirkungen nicht die eigentlich primären Wirkungen der Dienstleistung sind. So läßt sich z. B. bei der Einrichtung einer gerontopsychiatrischen Tagesstätte (für psychisch kranke Ältere) fragen, ob die Hauptfunktion nicht gerade in der Entlastung der Familie besteht, die für eine bestimmte Zeit am Tag ihr psychisch krankes älteres Familienmitglied in die Obhut der Tagesstätte entlassen kann. Bei der vielfach kritischen Kommentierung der Wirksamkeit von sozialen Diensten, die bis zur Behauptung des Eintretens gegenteiliger Wirkungen (Kontraproduktivität) reicht, ist gerade diese Frage der flankierenden oder unbeabsichtigten Effekte zu wenig beachtet worden.

Die Frage nach der Wirksamkeit und dem Erfolg von sozialen Dienstleistungen im Hinblick auf die Unterstützung hilfebedürftiger Familienmitglieder führt (zurück) zu den ursprünglichen (z. T. rechtlich vorgegebenen) Zielen dieser Dienstleistungsangebote. Dabei geben die globalen Zielvorstellungen – wie z. B. in § 1 des BSHG – keine hinreichenden Anhaltspunkte: »Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Hilfe soll ihn soweit wie möglich befähigen, unabhängig von ihr zu leben; hierbei muß er nach seinen Kräften mitwirken«. Angesichts der vielen unbestimmten oder gar unbestimmbaren Zielgrößen ist es nicht verwunderlich, daß man rasch zu den im Gesetz ebenfalls beschriebenen Einzelmaßnahmen übergeht, um die konkrete Ausgestaltung des Dienstleistungsangebotes zu bestimmen.

Damit besteht allerdings die Gefahr, die Tätigkeiten zu verselbständigen, sie nicht mehr an bestimmte zu erreichende Ziele rückzubinden. So kommt es häufig zu schematischer, unüberlegter Anwendung von Standardmethoden der »Problembehandlung«, die (mit kritischer Absicht) als »Problem- oder Mängelverwaltung« beschrieben wird. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang operationale Zwischenziele für die Durchführung der konkreten Einzelaktivitäten. Hierfür lassen sich grob vier verschiedene Ausrichtungen der Dienstleistungserbringung unterscheiden:

- Das Defizitmodell, bei dem davon ausgegangen wird, daß bei der betreffenden Person oder ihrem sozialen Kontext ein bestimmter Mangel existiert, dem durch eine entsprechende Dienstleistung abgeholfen werden kann;
- das Modell der Ruhigstellung und Versorgung, wobei es darauf ankommt, den Status quo zu erhalten und den Aufwand an Dienstleistungen möglichst gering zu halten;
- die aktivierende Hilfe und Pflege, die die (noch) vorhandenen Fähigkeiten und

Fertigkeiten der betroffenen Person gezielt fördert und damit Bedingungen für den Erhalt der Selbständigkeit schafft;
- die Förderung und Entwicklung der familialen Unterstützung bzw. der Hilfe durch das erweiterte soziale Netz insgesamt.

Mit diesen Schwerpunktsetzungen sind nicht nur je spezifische Anforderungen an die Qualifikationen und Erfahrungen des Personals verbunden, sondern auch spezifische Abstimmungen und neue Kooperationsformen vorgezeichnet. Die schon seit langem diskutierte »ganzheitliche« Betrachtungsweise bei den Dienstleistungen für hilfebedürftige Familienmitglieder sowie die Abstimmung der Zielvorstellungen, wenn mehrere Institutionen und Berufsgruppen beteiligt sind, ließ sich bisher nur selten verwirklichen. Die langwierige Neuorganisation sozialer Dienste und die meist vergeblichen Bündelungsbestrebungen im Rahmem der Sozialstationengründung sind kennzeichnende Belege für diese Situation.

Über die Wirksamkeit sozialer Dienste lassen sich deshalb keine verallgemeinernden Aussagen machen (*Wirth* 1982). Erst langsam beginnt sich – neben schon immer vorhandenen einzelnen Wirksamkeitsstudien – ein allgemeines Qualitätsbewußtsein für öffentliche Dienstleistungen zu entwickeln. Was früher wegen der Qualifikation/Professionalität der entsprechenden Berufsgruppen einfach vorausgesetzt wurde, wird nun in Prozessen zu Regreßansprüchen (z.B. Kunstfehlerprozesse) aufgearbeitet oder zum Aufgabenfeld der Stiftung Warentest erklärt. In anderen westlichen Ländern sind solche Entwicklungen schon seit längerem und mit bereits sichtbaren Konsequenzen im Gange (z.B. »Value for Money Campaign« in Großbritannien oder die Aktivitäten der »Peoples' Medical Society« in den USA) (siehe auch: *Goldberg/Connelly* 1981).

Gerade die wachsende Kritik an der mangelnden Wirksamkeit der sozialen Dienste belegt ihre Notwendigkeit – wenn auch in besserer Qualität. Während Qualitätsbewertung und -sicherung noch wenig entwickelt sind, können Übersichtsergebnisse über die Verteilung der Dienste leichter gewonnen werden. Hier gilt nach wie vor die Feststellung, daß soziale Dienste »rationiert« werden, d.h. ungleich auf die anspruchsberechtigten Personengruppen verteilt werden (*Skarpelis-Sperk* 1978. 203). Teilweise wird von einer Nichtnutzung durch bis zu 50% der Adressaten ausgegangen. Für die so »ausgegrenzten« Teile der Zielgruppen sind folgende Merkmale typisch:
- Personen mit geringer Bildung (Schichtmerkmal) werden eher ausgegrenzt als Personen mit höherer Bildung
- Frauen werden eher ausgegrenzt als Männer
- Ältere werden eher ausgegrenzt als Jugendliche und Erwachsene
- Ethnische Minderheiten werden eher ausgegrenzt als die deutsche Bevölkerung (*Hartmann* 1981).

Das gleichzeitige Auftreten mehrerer dieser Merkmale führt dann i.d.R. zu Gruppen mit extrem defizitären Lebensumständen und TROTZDEM geringer Unterstützung durch öffentliche Dienstleistungen (so z.B. die alleinstehenden armen alten Frauen).

Neben der grundsätzlichen Ausgrenzung ist vielfach auch eine temporäre Ausgrenzung bzw. eine zeitlich nicht synchronisierte Hilfeleistung zu beobachten. Soziale

Dienste befinden sich dabei – durch wessen Verschulden auch immer – in der Situation einer Feuerwehr, die gerufen wird, nachdem das Haus weitgehend abgebrannt ist. »Unzeitgemäße« Dienstleistungen sind dann u. U. sogar kontraproduktiv im Hinblick auf die zu bewältigenden familiären Schwierigkeiten.

3. Ausblick

Ihre vielfältigen Aufgaben binden die Familie in verschiedene Kontexte öffentlicher Wohlfahrtssicherung. Eine qualitative und quantitative Umschreibung von »ambulanten sozialen Diensten für einzelne Familienmitglieder« ist deshalb nicht widerspruchsfrei möglich. Annäherungen ergeben sich a) durch die Beschreibung von Problem- und Mängellagen, die für Familienmitglieder oder die Familie insgesamt gelten können, b) durch in Gesetzen formulierte Anspruchsberechtigungen einzelner Adressatengruppen, c) durch Auflistung von Trägern der sozialen Dienste, Finanziers und die durchführenden Instanzen oder d) durch die Beschreibung konkreter Leistungselemente und ihrer Wirksamkeit.
Trotz aller Unübersichtlichkeiten läßt sich feststellen, daß die sozialen Dienstleistungen für Familienmitglieder kontinuierlich in Art und Umfang zunehmen. Dies trifft zu, obwohl in den letzten Jahren infolge der Selbsthilfebewegung die noch immer vorhandenen Leistungen der Familie (z. B. bei der Pflege kranker und alter Mitglieder) neu bewertet und gewürdigt wurden. Dabei wird u. a. zum Ausdruck gebracht, daß die Leistungen der Familie nicht ohne weiteres durch ambulante oder stationäre Dienstleistungen ersetzt werden können. Insofern gilt es, in Zukunft die Bedingungen genauer zu bestimmen, unter denen Familien weiterhin wichtige Aufgaben in und für die einzelnen Mitglieder (sowie für die Gesellschaft insgesamt) bewältigen können. Die schon jetzt erkennbaren Rahmenbedingungen der Zukunft machen dies nicht leicht: sinkende Familiengröße, überproportionales Anwachsen der Altenpopulation, Langzeitarbeitslosigkeit für eine große Zahl der Erwerbsfähigen, auch den Müttern zuzusichernde Berufstätigkeit, Scheidungsraten, wachsender Anteil unvollständiger Familien u. a. m. Die Verfügbarkeit und die Qualität sozialer Dienste für die Familie wird wesentlich darüber mitentscheiden, ob ihre Selbsthilfefähigkeit auch für den Fall erhalten werden kann, daß besonders hilfebedürftige Mitglieder in der Familie leben.

Literatur

Badura, B., Gross, P.: Sozialpolitische Perspektiven. München 1976 – *Bauer, R.:* »Die Politik der ›Freien Träger‹: Aufgabenfelder, Handlungsorientierungen und Leistungspotentiale«. Kommunale Sozialpolitik. Hg. *Krüger, J., Pankoke, E.* München 1985, 175–195 – *Brück, G. W.:* Allgemeine Sozialpolitik. 2. Aufl. Köln 1976 – *Dahme, J.* et. al.: Die Neuorganisation der ambulanten Sozial- und Gesundheitspflege. Bielefeld 1980 – *v. Ferber, C.:* Sozialpolitik in der Wohlstandsgesellschaft: Was stimmt nicht mit der deutschen Sozialpolitik? Hamburg 1967 – *Goldberg, M. E., Connelly, N.,* Hg.: Evaluative Research in Social Cate. London 1981 – *Grieswelle, D.:* »Probleme heutiger Familien und Familienpolitik«. Familie und Familienpoli-

tik. Hg. *Weigelt, K.*, Melle 1985, 21–36 – *Grunow, D., Hegner, F.:* Lösung gesellschaftlicher Probleme durch öffentliche Dienstleistungen? (Schrift des WZB: GS 1979/3) Berlin 1979 – *Grunow, D.* et. al.: Gesundheitsselbsthilfe im Alltag. Stuttgart 1983 – *Grunow-Lutter, V., Wohlfahrt, N.:* Zur Neuorganisation sozialer Dienste. PVP-Schriften 3/83. Bielefeld 1983 – *Hartmann, H.:* Sozialhilfebedürftigkeit und »Dunkelziffer der Armut«. Stuttgart 1981 – *Hegner, F.:* »Öffentliche Dienstleistungen«. Öffentliche Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. *König, K.* et. al. Baden-Baden 1981, 203–220 – *Heinmann-Knoch, M.* et. al.: »Die Bedeutung ambulanter sozialer Dienste im familiären Lebensumfeld.« Staatliche Sozialpolitik und Familie. Hg. *Kaufmann, F.-X.*, München 1982, 243–266 – *Heinze, R. G.:* »Verbandlichung der Sozialpolitik? Zur Neuen Diskussion des Subsidiaritätsprinzips«. Kommunale Sozialpolitik. Hg. *Krüger, J., Pankoke, E.*, München 1985, 196–221 – *Herringer, N.:* »Prävention und kommunale Jugendpolitik. Konzepte vorbeugenden Verwaltungshandelns auf lokaler Ebene«. Kommunale Sozialpolitik. Hg. *Krüger, J., Pankoke, E.*, München 1985, 286–307 – *Kaufmann, F.-X., Herlth, A.:* »Zur Einführung: Familiale Probleme und Sozialpolitische Intervention«. Staatliche Sozialpolitik und Familie. Hg. *Kaufmann, F.-X.*, München 1982, 1–22 – *Kirchhoff, G.:* »Die KGSt und ihre Aussagen zur Organisation der Sozial- und Jugendhilfe«. Der Sozialarbeiter. H. 4, 1983, 101–106 – MAGS: Familie und Familienpolitik in NRW. Düsseldorf 1980 – *Mollenhauser, P.:* »Jugendhilferecht«, Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Hg. *Eyferth, H.* et. al. Neuwied 1984, 571–580 – *Sachsse, C., Tennstedt, F.:* »Familienpolitik durch Gesetzgebung«. Staatliche Sozialpolitik und Familie. Hg. *Kaufmann, F.-X.*, München 1982, 87–130 – *Skarpelis-Sperk, S.:* Soziale Rationierung öffentlicher Leistungen. Frankfurt/Main 1978 – Sozialfibel für den Bürger. 4. Auflage, München 1980 – *Trojan, A.* et. al.: »Die Ohnmacht ist nicht total. Persönliches und Politisches über die Selbsthilfegruppen und ihre Entstehung.« Wissen ist Macht. Hg. *Trojan, A.*, Frankfurt/Main 1986, 12–85 – *Vilmar, F., Runge, B.:* Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft? Essen 1986 – *Wirth, W.:* Inanspruchnahme sozialer Dienste, Bedingungen und Barrieren. Frankfurt/Main 1982.

Barbara Riedmüller

Familienpolitik und soziale Sicherung der Frau

1. Zur familienpolitischen Problemdefinition

Die Familie hat in der politischen Diskussion der vergangenen Jahre wechselhafte Konjunkturen zwischen dem Anspruch nach Autonomie und der Forderung nach staatlicher Unterstützung und Ersatzleistungen erlebt. *Gross* (1980) faßt diese Entwicklung der Familienpolitik in drei Phasen zusammen, der auch soziologische Problemstellungen und Forschungsergebnisse zugeordnet werden können. In einer ersten Phase der Familienpolitik der Nachkriegszeit wird jegliche politische Gestaltung der Familie abgelehnt. Dagegen wird die subsidiäre Rolle der Familie gegenüber privater, verbandlicher und öffentlicher Fürsorge hervorgehoben. Dieser Leitidee entspricht die familienpolitische Intervention durch finanzielle Unterstützung und Förderung der Familie durch Leistungen wie Kindergeld, Steuervergünstigungen u. a., die als Transferleistungen zusammengefaßt werden. Diese staatlichen Leistungen können mit dem Begriff der »ökonomischen Intervention« charakterisiert werden (*Kaufmann* 1982, 72).

Die zweite Phase der Familienpolitik gibt den Glauben an die Autonomie der Familie auf, vor allem sinkt das Vertrauen in die Wirkung finanzieller Leistungen auf die Funktionsfähigkeit der Familie. Die familienpolitische Umorientierung seit Mitte der sechziger Jahre wird unterstützt durch soziologische Befunde über den Funktionsverlust und die Leistungsschwäche der Familie (*Neidhardt* 1978). Der Zweite Familienbericht (1975) dokumentiert die Defizite der Familie als Verlust an Sozialisationskompetenz, die sich in Phänomenen der Scheidungsraten, der Jugendkriminalität, der Kindesmißhandlungen und der psychosozialen Störungen darstellen. Alle diese Defizite, so wird argumentiert, erfordern zielgerichtete sozialpolitische Interventionen in die Familie »pädagogischer« und »rechtlicher« Art (*Kaufmann* 1979, 80, 69), die die Erziehungsfähigkeit der Eltern unterstützen sollen: das bedeutet den Ausbau von beratenden sozialen Diensten und familiären Ersatzeinrichtungen wie Kindergärten u. a. (vgl. *Grunow* in diesem Band). Mit dieser zweiten Phase der Familienpolitik bilden sich neue sozialpolitische Handlungsfelder heraus, die sich in Analogie zu den Sozialleistungssystemen auf individuelle soziale Problemlagen und besondere Problemgruppen hin organisieren. In der familienpolitischen und wissenschaftlichen Diskussion lassen sich dafür zwei Beispiele anführen. Zuerst wurde die Sozialpolitik für das Kind entdeckt (*Lüscher* 1979). Das Kind wurde als soziales Problem definiert und die wohlfahrtsstaatlichen Hilfen für das Kind ausgebaut. Die kontroverse Diskussion um das »Elterliche Sorgerecht«, das 1980 als Teil des Familienrechts zugunsten des »Kindeswohl« reformiert wurde (*Riedmüller* 1981) zeigt die Folgen dieses sozialpolitischen Perspektivenwechsels auf die Familie als Prozeß der Individualisierung, indem dem Kind nun eigene Rechte auf soziale Leistungen zugesprochen werden. Man kann diesen Prozeß der Individualisierung familienbezogener sozialer Leistungen einer dritten Phase der Fami-

lienpolitik zuordnen, in der individuelle Leistungen gegenüber institutionenbezogenen Leistungen in den Vordergrund treten. Ein zweites Beispiel für diese Umorientierung der familienbezogenen Sozialpolitik betrifft die soziale Sicherung der Frau, die in der sozialpolitischen und wissenschaftlichen Diskussion erst seit Ende der siebziger Jahre zum Thema geworden ist. Hier vor allem als Defizit im Hinblick auf die Lebenslage von Frauen und deren Teilhabe an den Systemen der sozialen Sicherung. Eine gewisse Initiativfunktion hatte dabei der gesetzgeberische Gleichstellungsauftrag an die Altersversorgung im Rahmen der Rentenreform durch das Bundesverfassungsgericht. Eine Ungleichbehandlung wurde in der für Mann und Frau unterschiedlichen Handhabung der Witwenrente gesehen (Gutachten 1986; Transfer-Enquete-Kommission 1979), d.h. Männer waren insofern gegenüber der Frau benachteiligt, als sie in der Regel keine »abgeleiteten Rentenansprüche« aus der Erwerbstätigkeit der Frau hatten. Die Rentenreformdiskussion machte aber auch deutlich, daß Frauen insgesamt in der sozialen Sicherung benachteiligt sind. Es wurden erste Daten über die Lebenslage von Frauen in der Bundesrepublik veröffentlicht (Frauen in der Bundesrepublik 1984; Frauen in Beruf und Gesellschaft 1987) und es liegen für einzelne Sicherungssysteme, vor allem für die Altersversorgung, Daten über Inanspruchnahme und geschlechtsspezifische Verteilung sozialer Leistungen vor (*Schmähl* 1975; *Klanberg* 1979; *Koeppinghoff* 1984). Über diese Dokumentation hinausgehend, hat die sozialwissenschaftliche Frauenforschung in den letzten Jahren die Ursachen dieser Benachteiligung der Frau im System sozialer Sicherung untersucht (*Riedmüller* 1984; *Ostner, Schmidt-Waldherr* 1987). Als ein wichtiges Ergebnis dieser Arbeiten kann festgehalten werden, daß die Defizite der sozialen Sicherung der Frau die Folge ihrer Familienarbeit und deren prekären Verknüpfung zum Arbeitsmarkt ist, die zu fehlender oder diskontinuierlicher Erwerbsarbeit und damit zu mangelhaften oder unzureichenden Ansprüchen an die sozialen Leistungssysteme führt. Mit diesem Blick auf die individuelle soziale Sicherung der Frau wird der gesamte Problemhorizont der familienpolitischen Diskussion auf individuelle Bedarfslagen und Bedürfnisse verschoben. Vorher war die soziale Sicherung der Frau kein eigenständiges Thema der Familienpolitik, denn die Frau war »natürlicherweise« über die Familie, d.h. das Einkommen des Ehemannes definiert worden. Sie hatte als Ehefrau, ebenso wie die Kinder, faktisch oder ideell teil an den Versicherungsansprüchen des Mannes (der Krankenversicherung, der Rentenversicherung) oder sie war Teil einer familiären Bedarfsgemeinschaft (z.B. in der Sozialhilfe oder der Arbeitslosenhilfe); im übrigen war die nicht erwerbstätige Familienhausfrau von Risikotatbeständen ausgeschlossen (z.B. der gesetzlichen Unfallversicherung).

Das Thema Familienpolitik und soziale Sicherung der Frau ist daher einerseits Teil einer instutionellen Betrachtungsweise der Familie, andererseits richtet es sich auf sozialpolitische Tendenzen, die eben diesen institutionellen Kontext verlassen. Es umfaßt daher:

- die familienfördernden Transferleistungen,
- die sog. abgeleiteten Ansprüche von Frau und Kindern aus dem Einkommen des Ehemannes und
- die eigenständige soziale Sicherung der Frau, die sich aus Erwerbsarbeit ableitet.

Die nachfolgende Analyse setzt dabei einen Akzent auf die soziale Sicherung der Frau, um den familienpolitischen Perspektivenwechsel auf die individuelle soziale Sicherung der Familienmitglieder herauszustellen. Gleichzeitig wird damit der Aktualität des Themas der sozialen Sicherung der Frau Rechnung getragen.

2. Der Sozialstaat und die Familie

Es soll nun darum gehen, einen Überblick über die familienbezogenen sozialen Leistungen zu geben, die Teil der sog. Transferleistungen sind, im Unterschied zu den sozialen Dienstleistungen (vgl. *Grunow* in diesem Band).

2.1. Der Familienlastenausgleich

Es handelt sich beim Familienlastenausgleich um eine wirtschaftliche Förderung der Familie, die im Kern zwei Bereiche umfaßt: den »Kinderlastenausgleich« in Form von »Kindergeld«, »Kinderfreibeträgen« und neuerdings das »Erziehungsgeld«, sowie das »Ehegattensplitting«, davon abzusetzen sind indirekte familienfördernde Hilfen wie Bafög und Leistungen im Rahmen der sozialen Sicherung, der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung. Insgesamt betrugen z. B. 1986 die Sozialaufwendungen für Familie und Kinder 78 Mrd. DM, das sind 13% der gesamten Sozialaufwendungen (vgl. Tabelle 1; Sozialbericht 1986). In der wissenschaftlichen Diskussion ist allerdings die Einbeziehung der Steuerermäßigung für Ehepaare in die Sozialberichterstattung umstritten, da diese mit insgesamt 28 Mrd. DM (1986) nicht umstandslos dem Kinderlastenausgleich zugerechnet werden kann.
In der Mehrzahl der wissenschaftlichen Publikationen zum Familienlastenausgleich ist die Wirkung dieser familienfördernden Sozialleistungen in Frage gestellt worden. Unter dem Stichwort Anspruch und Wirklichkeit der Familienpolitik wurde betont, daß diese Hilfen den tatsächlichen Erziehungsleistungen der Familie nie gerecht wurden (*Wingen* 1965; *Lampert* 1986). Auch der Dritte Familienbericht (1979) hebt die mangelnde finanzielle Unterstützung vor allem der Mehrkinderfamilie hervor. Das Ehegattensplitting ist immer stärker als Förderung der Institution Ehe, denn als familienförderndes Instrument kritisiert worden. Unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten sind vor allem die »Kinderfreibeträge« bei der Berechnung der Einkommensteuer kritisch untersucht worden. Familienpolitisch umstritten ist vor allem die Abkopplung des Kindergeldes vom Einkommen der Familie, da hier Verteilungswirkungen zum Nachteil unterer Einkommensgruppen feststellbar sind. Über diese Verteilungswirkungen liegen empirische Untersuchungen vor (*Heldmann* 1985; *Klanberg* 1987; *Pfaff/Kerschreiter* 1982), die die familienpolitischen Forderungen nach einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Familien stützen.
Diese negative Wirkung der familienpolitischen Verteilungsmechanismen betrifft im besonderen Maße die Alleinstehenden (in der Regel Frauen) mit Kindern, wie Tabelle 2 zeigt. Dabei wird deutlich, daß die Familienpolitik immer stärker von dem sozialen Gebilde Familie, das heute vielfältiger und wandelbarer geworden ist, abrückt.

Tabelle 1: Anteile der Ausgaben für den Bereich »Ehe und Familie« am Sozialbudget insgesamt nach ausgewählten Institutionen in 1975, 1980 und 1986

Institution	1975				1980				1986			
Insge-	davon samt	Insge-			davon samt	Insge-			davon samt			
		Kinder	Ehe-gatten	Mutter-schaft		Kinder	Ehe-gatten	Mutter-schaft		Kinder	Ehe-gatten	Mutter-schaft
						in Mill. DM						
Sozialbudget insges.	47 998	35 143	20 696	2 159	61 936	32 647	25 348	3 941	78 455	41 312	33 471	3 671
						in %						
Soziale Sicherung	55,4	83,9	18,2	80,5	51,0	75,1	16,1	77,3	40,0	59,0	13,8	65,9
GRV	4,9	9,3	–	–	4,3	8,2	–	–	3,5	6,7	–	–
GKV	3,5	–	–	77,9	4,8	–	–	75,2	3,0	–	–	63,3
GUV	0,7	1,4	–	–	0,7	1,4	–	–	0,6	1,2	–	–
Arbeitsförderung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kindergeld	30,5	58,2	–	–	27,7	52,6	–	–	18,2	34,6	–	–
Erziehungsgeld	–	–	–	–	–	–	–	–	2,2	4,1	–	–
Sonstige[1]	15,6	15,0	18,2	2,7	13,5	12,9	16,1	2,1	12,5	12,4	13,8	2,6
Arbeitgeberleistungen	1,5	1,7	–	12,5	2,1	2,0	–	16,5	2,2	2,0	–	26,0
Entschädigungen	1,6	1,3	2,1	–	0,9	0,8	1,3	–	0,5	0,4	0,7	–
Soz. Hilfe u. Dienste[2]	6,9	12,1	0,5	7,0	8,7	15,0	1,0	6,2	8,2	14,0	1,2	8,1
Steuerermäßigungen	34,6	0,8	79,2	–	37,2	7,1	81,6	–	49,0	24,7	84,4	–

1 Sondersysteme (Altershilfe für Landwirte, Versorgungswerke), Beamtenrechtliches System (Pensionen, Familienzuschläge, Beihilfen), Zusatzversicherung.
2 Sozialhilfe, Jugendhilfe

Quelle: Sozialbericht 1986. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Matrialband; Bonn 1986.

Tabelle 2: Zusammensetzung von Familienbudget

Familientyp	Familienbruttoeinkommen DM (1)	Sozialversicherungsbeiträge DM (2)	Lohnsteuer DM (3)	Splitting Vorteil DM (4)	Anteil Splitting/ Bruttofam.-einkommen (4)/(1) x 100 DM (5)	Kindergeld DM (6)	Wohngeld[a] DM (7)	BAFÖG[b] DM (8)	Explizite Transfers DM (9)	Verfügb. Einkommen (1)-(2)-(3) + (9) DM (10)	Anteil Explizite Transfers/ Verfügb. Einkommen (9)/(10) x 100 DM (11)	Pro Kopf verfügb. Einkommen DM (12)	Gew. Pro Kopf Einkommen[c] DM (13)
Ehepaar ohne	1 200	201,60	23,80	86,10	7,18	–	128	–	128	1 102,60	11,61	551,30	612,56
Kind	2 000	336,00	168,30	102,50	5,13	–	–	–	–	1 495,70	–	747,85	830,94
1 Verdiener	4 000	629,65	573,80	410,60	10,27	–	–	–	–	2 796,55	–	1 398,28	1 553,64
	5 000	672,65	854,10	602,80	12,06	–	–	–	–	3 474,25	–	1 737,13	1 930,14
Ehepaar ohne	1 200	201,60	–	28,70	2,39	–	137	–	137	1 135,40	12,07	567,70	630,78
Kind	2 000	336,00	138,60	4,90	0,25	–	–	–	–	1 525,40	–	762,70	847,44
2 Verdiener	4 000	672,00	541,60	23,50	0,59	–	–	–	–	2 786,40	–	1 393,20	1 548,00
Mann 60 vH Frau 40 vH	5 000	840,00	812,80	26,60	0,53	–	–	–	–	3 347,70	–	1 673,85	1 859,83
Ehepaar ohne	1 200	151,20	–	51,50	4,29	–	137	–	137	1 185,80	11,55	592,90	658,78
Kind	2 000	336,00	138,60	30,70	1,54	–	–	–	–	1 525,40	–	762,70	847,44
2 Verdiener	4 000	672,00	541,60	102,10	2,55	–	–	–	–	2 786,40	–	1 393,20	1 548,00
Mann 75 vH Frau 25 vH	5 000	748,28	812,30	181,00	3,62	–	–	–	–	3 439,42	–	1 719,71	1 910,79
Ehepaar	1 200	201,60	23,80	82,10	6,84	170	271	620	1 061	2 035,60	52,12	508,90	616,85
2 Kinder	2 000	336,00	168,30	102,50	5,13	170	161	620	951	2 446,70	38,87	611,68	741,42
1 Verdiener	4 000	629,65	487,10	320,20	8,01	170	–	14,23	184,23	3 067,48	6,01	766,87	929,54
	5 000	672,65	823,30	596,00	11,92	170	–	–	170	3 674,05	4,63	918,51	1 113,35
Ehepaar	1 200	201,60	–	28,70	2,39	170	279	620	1 069	2 067,40	51,71	516,85	626,48
2 Kinder	2 000	336,00	142,60	–	–	170	169	620	959	2 480,40	38,66	620,10	751,64
2 Verdiener	4 000	672,00	459,20	–	–	170	–	98,11	268,11	3 136,91	8,55	784,23	950,58
Mann 60 vH Frau 40 vH	5 000	840,00	782,30	35,30	0,71	170	–	–	170	3 547,70	4,79	886,93	1 075,06
Ehepaar	1 200	151,20	–	51,50	4,29	170	279	620	1 069	2 117,80	50,48	529,45	641,76
2 Kinder	2 000	336,00	142,60	21,70	1,09	170	169	620	959	2 480,40	38,66	620,10	751,64
2 Verdiener	4 000	672,00	459,20	13,10	0,33	170	–	98,11	268,11	3 136,91	8,55	784,23	950,58
Mann 75 vH Frau 24 vH	5 000	748,28	782,30	173,30	3,47	170	–	–	170	3 639,42	4,67	909,86	1 102,85
Alleinstehender	1 200	201,60	94,00	–	–	170	224	620	1 014	1 918,40	52,86	639,47	767,36
2 Kinder	2 000	336,00	203,90	–	–	170	93	620	883	2 343,10	37,69	781,03	937,24
	4 000	629,65	810,30	–	–	170	–	–	170	2 730,05	6,23	910,02	1 092,02
	5 000	672,65	1 262,20	–	–	170	–	–	170	3 235,15	5,25	1 078,38	1 294,05

Diese genannten familienfördernden Leistungen werden in der Literatur vor allem mit den Erziehungsleistungen der Familie begründet. Sie gelten zumindest nominell dem finanziellen Aufwand für das Kind. Die Arbeit der Frau (oder in wenigen Fällen des Mannes) ist nicht im Blick. In diese Richtung weist das im Jahr 1986 eingeführte Bundeserziehungsgeld für Mütter und Väter, das einen Ersatz für entgangenes Erwerbseinkommen darstellen soll. Damit wird u. U. ein neues familienpolitisches Instrumentarium entwickelbar, das die Einkommenslage und Erwerbsinteressen der einzelnen Familienmitglieder, hier vor allem der Frau, einbezieht. Allerdings ist das Erziehungsgeld keine Grundlage für eine selbstständige Existenzsicherung der Frau. In der wissenschaftlichen Diskussion ist die sozialpolitische Perspektive auf die Lebenssituation von Frauen allerdings noch wenig berücksichtigt worden.

2.2. Familienförderung als Teilhabe der Frau an der sozialen Sicherung

In der Geschichte der Sozialpolitik stellte es einen Fortschritt dar, als den Frauen und Kindern aus den Ansprüchen des Ehemannes abgeleitete Rechtsansprüche garantiert wurden. Historische Studien über die Entwicklung der sozialen Sicherung zeigen, daß die Teilhabe der Ehefrauen an der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung eine relativ späte Errungenschaft war. So waren z. B. die Arbeiterfrauen erst nach 1945 den Angestelltenfrauen als Witwen faktisch gleichgestellt (*Tennstedt* 1981, 181f.; *Hermann* 1984). Mit der Einführung der allgemeinen Witwenrente 1911 in der Angestelltenversicherung und 1957 in der Arbeiterrentenversicherung wurde aber auch das Modell der abgeleiteten sozialen Sicherung der Frau festgeschrieben und damit die Teilung zwischen der häuslichen Arbeit der Frau und der Erwerbsarbeit des Mannes. Dieses Modell entsprach im 19. Jahrhundert nicht nur den damaligen arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen, da die Frauen als Lohnkonkurrentinnen gefürchtet waren, sondern es sollte auch die Familie als Solidargemeinschaft stärken. Mit dem Vorrang der abgeleiteten sozialen Sicherung der Frau sind die eigenständigen Ansprüche der Frau lange Zeit als Sonderfall betrachtet worden, oder sogar, wie eine historische Falluntersuchung zur Einführung der Arbeitslosenversicherung (*Hausen* 1987) zeigt, als überflüssig abgelehnt worden. Die Frau wurde auf das Einkommen des Mannes verwiesen und damit auch auf dessen familienbedingten Leistungsansprüche. In der sozialrechtlichen Literatur (*Lampert* 1986; *Ruland* 1986) wird die Teilhabe der Frau an der sozialen Sicherung, diesem Idealbild der Familiensolidarität entsprechend, mit der Mutterschaft begründet und mit dem Risiko des Mannes, daß die Frau ihre Hausfrauen- und Mutterpflichten z. B. infolge von Krankheit nicht erfüllen kann. Die Witwenrente wird aus der Unterhaltspflicht des Mannes gegenüber der Frau abgeleitet. Die Besonderheit der abgeleiteten Ansprüche der Frau liegt also darin, daß sie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau nachbilden, d. h. die soziale Sicherung der Frau an ihre Familienrolle bindet und nicht, wie das für den Mann immer gegolten hat, an die eigene Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit. Interessanterweise ist der Gedanke, daß die Teilhabe der Frau an der sozialen Sicherung des Mannes ein Ersatz für entgangene Erwerbsarbeit und damit auch

eigener sozialer Rechte sein könnte, erst in jüngster Zeit in die sozialpolitische Diskussion eingegangen.
Zwei Gründe haben zu einer Problematisierung dieser Form der Familienförderung in der Sozialversicherung geführt: Einmal war vor allem im Zusammenhang der Rentenreformdiskussion die Armut von Frauen im Alter entdeckt worden. Zur Altersarmut liegen inzwischen zahlreiche Veröffentlichungen vor (*Koeppinghoff* 1984; *Klanberg* 1979; Vierter Familienbericht 1986). Weniger untersucht wurde die Teilhabe der Frauen an der Arbeitslosenversicherung. Dagegen ist die Problematik der Armut von Frauen als Gegenstand der Sozialhilfediskussion zwar bekannt, aber wissenschaftlich wenig untersucht worden. Als Problem der Krankenversicherung wird die Familienförderung aktuell als Kostenfaktor und unerwünschter Umverteilungseffekt diskutiert. Der zweite Grund für die Aktualisierung des Themas soziale Sicherung der Frau liegt in der veränderten gesellschaftlichen Rolle und Selbstdefinition der Frau, die in der sozialwissenschaftlichen Literatur vor allem als Folge zunehmender Erwerbstätigkeit von Frauen erörtert wird. Durch die Frauenforschung wurde darüber hinaus der Aspekt der Benachteiligung und Ungleichbehandlung der Frau in den Systemen der sozialen Sicherung untersucht und zur Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen dieser ungleichen Teilhabe im Zusammenhang geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung ausgebaut (*Riedmüller* 1986; *Ostner* 1986). Systematische Darstellungen der sozialen Sicherung der Frau fehlen noch weitgehend. Es existieren Einzelstudien zu bestimmten sozialen Problemgruppen, wie z.B. alleinerziehende Frauen, Alter und Arbeitslosigkeit, Studien, die vor allem die Benachteiligung der Frau in der sozialen Sicherung dokumentieren (*Köppen* 1985).
Die Darstellung auf S. 658 zeigt die familienabhängige Teilhabe der Frau an der sozialen Sicherung mit den wichtigsten Strukturmerkmalen.

3. Individuelle soziale Sicherung der Frau in Abhängigkeit von Erwerbsarbeit

Die Darstellung zeigt, daß die Teilhabe der Frau an den Systemen sozialer Sicherung und damit deren Lebenslage in hohem Maße vom Familienstand abhängt. Dieser begünstigt einerseits den Zugang zu sozialen Leistungen, andererseits wirkt er ausgrenzend, da private Unterhaltsverpflichtungen der Ehepartner oder der Familienmitglieder untereinander bestehen. Es liegt auf der Hand, daß dadurch eine Umverteilung sozialer Leistungen zugunsten mittlerer und oberer Einkommensgruppen gefördert wird. Man kann vereinfacht sagen, daß Frauen gut verdienender Männer von der Familienförderung z. B. in der gesetzlichen Rentenversicherung profitieren, unabhängig davon, ob sie Kinder erziehen oder nicht. Alleinstehende Frauen mit Kindern dagegen werden benachteiligt.
Auch in der Rentenversicherung wurde bislang der Familienstand unabhängig von der Kinderzahl honoriert. Die Darstellung zeigt auch, daß die Lebenslage und die soziale Sicherung der Frau trotz dieser familienfördernden Elemente im wesentlichen von deren Erwerbsstatus abhängt. Das Fehlen eigener Erwerbsarbeit und eigener Sozialversicherungsansprüche wird durch die Familienförderung nicht kom-

Teilhabe der Frau an den Systemen der sozialen Sicherung

	rechtliche Voraussetzungen	Familienabhängigkeit
Alter	RVO: Altersgrenze 60 Jahre, seit 1984 Voraussetzung mindestens 5 Versicherungsjahre und bei EU-Rente Pflichtbeiträgen in den letzten Jahren	Neuregelung der Hinterbliebenenrente seit Jan. 1986 60% der Rente des Ehepartners/in, bei Anrechnung eigener Rentenansprüche, sowie Anerkennung von Kindererziehungszeiten
Arbeitslosigkeit	AFG: Arbeitslosengeld (AlG) in Abhängigkeit von mindestens 12 M beitragspflichtiger Beschäftigung	Arbeitslosenhilfe (AlHi) in Abhängigkeit vom Einkommen der Familie: AlG 68% mit Kind, sonst 63%, AlHi 58% bzw. 56%
Krankheit	RVO: in der gsetzlichen KV alle Leistungen ohne Lohnfortzahlung etc., einschließlich Mutterschaftshilfen	als Familienmitglied versichert
Armut	BSHG: individuelle Bedarfsregelungen, Hilfe in besonderen Lebenslagen und Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt	Anrechnung von Familieneinkommen, Bedürftigkeitsprüfung, sowie Sonderregelungen bei Kleinkindererziehung

pensiert. Betrachtet man nämlich die Armut von Frauen, so wird dieser strukturelle Mangel der sozialen Sicherung offenbar. Dies zeigen nicht nur die Daten über die Armut im Alter, sondern auch Berichte über die Lebenslage alleinerziehender Frauen. Die Defizite der sozialen Sicherung der Frau lassen sich zusammenfassen als Ausschluß aus den für die Erwerbsarbeit üblicherweise garantierten sozialen Leistungen, so wird z. B. erst nach einem »erfüllten« Erwerbsleben von 30 bis 40 Versicherungsjahren eine existenzsichernde Rente erworben. Diese Besonderheit der sozialen Sicherung der Frau bedingt durch deren Erwerbsbiografie läßt sich an den Gruppen der Altersarmut, der alleinerziehenden Frauen und der Arbeitslosen illustrieren.

3.1. Altersarmut

Die Altersversorgung zeigt die Defizite der sozialen Sicherung der Frau am deutlichsten. Die wissenschaftlich und sozialpolitisch gut dokumentierte Armut im Alter beweist, daß das Fehlen eigener Rentenansprüche der Frau ursächlich für deren Armut ist, und daß diese Armut nicht von familienfördernden Maßnahmen kompensiert wird. Zwar liegen im jetzigen Rentenbestand die Witwenrenten durchschnittlich höher als die eigenen Renten, doch sind die fehlenden Versicherungszeiten auf Grund unterbrochener und kürzerer Erwerbszeiten der Frau maßgeblich für die niedrigen Renten, die häufig unter dem Existenzminimum liegen. Gleichzeitig spiegelt sich die Benachteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt, vor allem das geringere Lohnniveau und das damit einhergehende geringere Beitragsaufkommen der Frau in der Rentenkarriere wieder. *Anita Pfaff* (1979) hat für die Geburtsjahrgänge 1900–1920 die typischen Erwerbsbiografien aufgezeichnet, die defizitäre Rentenverläufe bedingen. Die steigende Erwerbsquote von Frauen müßte sich demnach in steigenden Rentenansprüchen niederschlagen. Betrachtet man die Entwicklung der heute älteren Frauen, so ist eine optimistische Prognose nicht angebracht, denn diese Frauen beteiligen sich zwar zunehmend länger am Erwerbsleben, aber sie haben verstärkt Teilzeitarbeit übernommen, die ihre Rentenkarriere wiederum negativ beeinflußt (Vierter Familienbericht 1986, 72–73).
Die Entwicklung der Versichertenrenten von Frauen zeigt ein geringes Wachstum der Renten bei gleich großem Abstand zu den Versichertenrenten der Männer.

Entwicklung der durchschnittlichen Versichertenrenten von Männern und Frauen

Zeitraum		Juli 1975	Juli 1976	Juli 1977	Jan. 1979	Jan. 1980	Jan. 1981	Jan. 1982	Juli 1983	1985*
Arbeiter:	M	796	885	971	1 013	1 051	1 069	1 121	1 154	1 240
	F	296	324	352	364	376	389	411	433	454
Angestellte:	M	1 152	1 266	1 374	1 416	1 458	1 486	1 558	1 611	1 709
	F	559	608	656	670	688	709	744	774	809

Quelle: Arbeits- und Sozialstatistik

* Bericht der Bundesregierung 1985

Eine Untersuchung zur Einkommenslage im Alter bestätigt diese Ungleichheit zwischen Männern und Frauen und zeigt auch, daß diese auch bei den sog. Doppelrenten (eigene und abgeleitete Rente) erhalten bleibt (Transfer-Enquete 1979).

3.2. Sozialhilfe

Diese defizitäre Einkommenslage als Folge der Benachteiligung im System sozialer Sicherheit schlägt sich in erhöhter Inanspruchnahme von Sozialhilfe nieder. Von 2808000 Personen, die 1985 Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch nahmen, waren

65,4% Frauen, davon ein großer Teil Frauen über 65 Jahre (Statistik der Sozialhilfe 1987, 138). Während nun der Anteil der alten Frauen in der Sozialhilfe abnimmt, steigt im Zeitraum seit 1965 die Zahl der jungen Frauen (18–22 J.), die Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt in Anspruch nehmen, an. Auch bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen (Hilfe zur Pflege, Krankenhilfe u.a.) überwiegen die Frauen. Diese Inanspruchnahme macht deutlich, daß Frauen stärker als Männer vom Versagen der übrigen sozialen Leistungssysteme betroffen sind.
In den letzten Jahren ist im Sozialhilfesektor die Gruppe der alleinerziehenden Frauen als Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt stärker in den Vordergrund getreten. Darin drückt sich der Trend zu Haushalten mit alleinerziehenden (vorwiegend Frauen; 1982 ca. 84%, vgl. Frauen in der Bundesrepublik 1984, 34) aus, wie es in einschlägigen Untersuchungen über Familien- und Haushaltsentwicklung der vergangenen Jahre bereits veröffentlich wurde (Mikrozensus). In bezug auf die soziale Sicherung der Familie wird bei dieser Gruppe Alleinerziehender besonders deutlich, daß Frauen in den sozialen Sicherungsystemen benachteiligt und auf Sozialhilfe angewiesen sind, wenn die Familie als soziales Netz entfällt und gleichzeitig keine angemessene Position auf dem Arbeitsmarkt erreichbar ist. Die Zahl der alleinerziehenden Frauen steigt in der Bundesrepublik, wie auch in anderen Ländern, vor allem infolge der erhöhten Scheidungsrate kontinuierlich an (vgl. Datenreport 1987; ebenso *Höhn* in diesem Band). Die materielle Lebenslage dieser Frauen und Kinder zeigt sich in den Armutszahlen. Bereits 1982 nahmen ca. 28% alleinerziehender Frauen Sozialhilfe in Anspruch (vgl. Frauen in der Bundesrepublik 1984, 34;).
Diese Entwicklungen zeigen, daß die soziale Sicherung der Frau besonders dann zum Problem wird, wenn gleichzeitig mit dem Fehlen eigener Existenzsicherung die »soziale Sicherung« durch das Einkommen des Ehemannes und den damit verbundenen abgeleiteten sozialen Leistungen (Rente, Krankenversicherung) entfällt. Wenn man einbezieht, daß 44% der erwerbstätigen alleinstehenden Frauen mit Kindern ein Einkommen von weniger als 1800 DM haben, ist dieses Angewiesensein auf staatliche Hilfe besonders markant. Diese Gruppe fällt sozusagen in das Loch der sozialen Sicherung, denn diese familienbedingten Risiken sind nicht oder nur begrenzt Bestandteil der sozialen Sicherung.

3.3. Arbeitslosigkeit

Die soziale Sicherung der Frau im Falle von Arbeitslosigkeit wiederholt dieses Dilemma. Sie ist ähnlich wie die Altersversorgung Ausdruck der Benachteiligung der Frau am Arbeitsmarkt, indem sich geringes Einkommen und niedriger beruflicher Status in entsprechenden Arbeitslosenzahlungen niederschlagen. Andererseits ist der Status Arbeitslosigkeit im Sinne des Zugangs zu Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz für Frauen generell erschwert, da sie nach Phasen der Familienarbeit keinen Anspruch auf Leistungen erworben haben. Das Hauptproblem der Arbeitslosigkeit für Frauen ist demnach die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt nach einer Familienphase (*Weg* 1987). Frauen sind nicht nur beim Zugang zu Arbeitslosenleistungen benachteiligt, da ihre Familienarbeit nicht aner-

kannt wird, sondern sie werden auch aufgrund ihrer Lebenssituation als Mütter von den beruflichen Förderungsmaßnahmen ausgeschlossen. Sie sind in den beruflichen Fördermaßnahmen nach wie vor unterrepräsentiert (*Gottschall* 1986; Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft 1987), da Unterhaltszahlungen, Übergangsgeld etc, unzureichend und die Qualifizierungsangebote häufig für Frauen ungeeignet sind.
In der arbeitsmarktpolitischen Diskussion ist die besondere Betroffenheit der Frauen von Arbeitslosigkeit unumstritten (Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft 1987; *Lappe* 1985; *Riedmüller* 1987a). Frauen sind länger arbeitslos als Männer und werden früher von finanziellen Leistungen ausgeschlossen. Als verheiratete Frauen haben sie oft keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe, da das Einkommen des Ehemannes angerechnet wird. Sie bilden zum großen Teil die sog. stille Reserve, wie sie in der arbeitsmarktpolitischen Diskussion genannt wird, d.h. sie treten weder statistisch, noch sozialpolitisch als Problemgruppe hervor. Auch aus diesem Grunde wissen wir wenig über die Lebenslage derjenigen Frauen, die als Erwerbslose an den heimischen Herd zurückkehren müssen. Zwar ist bekannt, daß die Erwerbslosigkeit von Frauen im Verhältnis zu den Männern überproportional gestiegen ist, im Sept. 1987 waren von ca. 2 Mill. Arbeitslosen ca. 47% Frauen (vgl. Stat. Bundesanstalt für Arbeit 1987). Wir wissen auch, daß viele Frauen nach einer Familienphase wieder in den Beruf zurückkehren wollen (Frauen und Arbeitsmarkt 1984). Aber in der politischen und z.T. auch in der sozialwissenschaftlichen Diskussion (*Brinkmann* 1987) werden diese Frauen als durch die Familie versorgt betrachtet, obgleich bereits heute ihre künftige Altersarmut prognostizierbar wäre. Es wird nun zu zeigen sein, daß die soziale Sicherung in der Familie in Form des sog. Unterhaltsanspruchs der Familienmitglieder untereinander nicht mehr als eine selbstverständliche sozialpolitische Größe vorausgesetzt werden kann.

3.4. Der familiäre Unterhalt

Die genannten Problembereiche und Problemgruppen haben die Verschränkung der sozialen Sicherung als persönliche und abgeleitete Ansprüche mit privaten, familiären Unterhaltsverpflichtungen sichtbar gemacht. Bei der Armut von Frauen verknüpfte sich die fehlende oder mangelhafte Teilhabe am System sozialer Sicherung mit dem Verlust an familiärer Unterstützung.
Im Zusammenhang der veränderten Familienformen, der Scheidungsrate, der Zunahme Alleinerziehender u.a. (vgl. *Clason* in diesem Band), ist auch die familiäre Sicherung der Frau in Abhängigkeit vom Einkommen des Ehepartners zu einem Risiko geworden. Diese Verknüpfung von familienrechtlich (d.i. privaten) begründeten Unterhaltszahlungen mit sozialrechtlichen (d.i. staatlichen) Sozialleistungen ist in der sozialpolitischen Diskussion bisher wenig behandelt worden.
Unter dem Stichwort »Familiensubsidiarität« werden in der sozialrechtlichen Literatur die gesetzlichen Regelungen der ökonomischen und personalen Beziehungen und Abhängigkeiten zusammengefaßt (*Sachsse/Tennstedt* 1982). Im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) ist die Familie als Unterhaltsverband, der das Erwerbs- und Vermögenseinkommen als Familieneinkommen regelt, konzipiert (*v. Maydell* 1986). In der Tradition des bürgerlichen Familienrechts (des BGB von 1986) ist

damit eine klare Rollenzuweisung der Familienmitglieder verbunden. Der Vater bzw. der Ehemann war zuständig für das Erwerbseinkommen und damit den Familienunterhalt, die Frau bzw. die Mutter sollte für Haushalt und Kinder sorgen. Als Gegenleistung hierfür hatte die Frau gegenüber dem Mann Unterhaltsansprüche. Trotz der Liberalisierung des Ehe- und Familienmodells durch die Reform des Familienrechts von 1976 im Sinne einer Gleichberechtigung der Ehepartner, ist dieses Ideal der ökonomischen Einheit der Familie unangetastet geblieben. Im Gegenteil, der Vorrang des privaten Unterhaltsverbandes gegenüber staatlichen Leistungen, die strikt subsidiär sein sollen, ist angesichts knapper werdender sozialstaatlicher Leistungen sogar verstärkt in das sozialrechtlich begründete Leistungssystem einbezogen worden. Ein Beispiel dafür ist die Reform des Rentenrechts. Die Witwenrente war als Unterhaltsersatzfunktion dem Mann nur dann gewährt worden, wenn die Ehefrau überwiegend zum Familieneinkommen beigetragen hatte. Nur in diesem Falle war ein Unterhaltsbedarf des Ehemannes anerkannt worden (*Hohmann-Dennhardt* 1987, 123). Die Reform der Hinterbliebenenversorgung geht nun davon aus, daß heute immer mehr Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen und damit einen eigenen Rentenanspruch erwerben und daß daher auch dem Mann ein potentieller Unterhaltsanspruch zuerkannt werden muß. Allerdings ist nun die Rentenhöhe von der Höhe des Einkommens bzw. der persönlichen Rente abhängig gemacht worden, womit die Hinterbliebenenrente in ihrer Höhe relativiert wird. Sie rückt damit faktisch noch weiter vom tatsächlichen Bedarf und der tatsächlichen Lebenslage von Frauen im Alter ab, deren Armutsrisiko bleibt bestehen.

Ebenso folgenreich ist die oben bereits dargestellte Anrechnung des Ehegatteneinkommens auf andere soziale Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme. Der Empfänger von sozialen Leistungen wird mehr oder weniger fiktiv auf familiäre Unterhaltsleistungen verwiesen, ohne die tatsächliche Lebenslage und den jeweiligen Bedarf angemessen zu berücksichtigen. Die Begrenzung von Sozialhilfe und von Arbeitslosenhilfe unter dem abstrakten Verweis auf das Einkommen des Ehepartners führt ja nicht nur zu einer Verminderung des Haushaltseinkommens, und damit häufig zu einer Existenz am Rande von Armut, sondern sie idealisiert die Familie über ihre tatsächliche Funktionsfähigkeit hinaus. Die Armut von Frauen zeigt, daß die soziale Wirklichkeit der Familie dieser Idee heute weniger denn je entspricht, daß Ehe und Familie brüchiger geworden sind, daß die Alleinzuständigkeit der Frau für die Familienarbeit deren Armutsrisiko erhöht (*Riedmüller* 1987b). In der sozialpolitischen Diskussion wird der Familienunterhalt, die Solidargemeinschaft Familie generell überschätzt. Daß die heutige Familienarbeit der Frau ein künftiges Armutsrisiko bedeuten kann, weil sie keine Ansprüche auf gesetzliche soziale Leistungen erwirbt, wird dabei übersehen.

Dagegen verweist die Einkommenslage geschiedener alleinerziehender Frauen auf dieses Defizit privater Unterhaltsleistungen. Aus einer Untersuchung des Familienministeriums aus dem Jahr 1978 ist bekannt, daß die Praxis der Unterhaltsleistungen diesem Anspruch nach Solidarität nicht gerecht wird. Ein Drittel der alleinstehenden Frauen waren mit dem Problem unregelmäßiger Unterhaltszahlungen konfrontiert. Durchschnittlich fielen diese drei Jahre ganz aus. Von 100 ledigen Müttern

blieben bereits 1977 ca. die Hälfte völlig ohne Unterhalt, trotz rechtlicher Ansprüche und trotz positiver gerichtlicher Entscheidungen (Frauen in der Bundesrepublik 1984, 35). Seit 1980 kann im Rahmen der Sozialhilfe, wenn keine oder unregelmäßige Unterhaltszahlungen erfolgen, ein sog. Unterhaltsvorschuß beantragt werden. Die Verweigerung und Nichtinanspruchnahme von Unterhaltszahlungen ist in der rechtssoziologischen Literatur im Zusammenhang der Reform des Ehescheidungsrechts, der rechtlichen Gleichstellung der Frau im Arbeits- und Sozialrecht, diskutiert (Frauen und Recht 1984; *Willenbacher* 1987). Wobei auch die These vertreten wird, daß Frauen ihre Rechte, bedingt durch ihre weibliche Sozialisation, weniger in Anspruch nehmen würden (Lautmann 1981). Trotz dieser bekannten Sachverhalte rechtlicher Diskriminierung von Frauen, hat die sozialpolitische Diskussion eine optimistische Bewertung der Leistungen der Familie beibehalten.

3.5. Zur Verwirklichung individueller Rechte von Frauen

Abschließend sollen einige rechtspolitische und sozialpolitische Entwicklungen in Richtung einer individuellen sozialen Sicherung der Frau zusammengefaßt werden. Seit 1976 liegen zahlreiche Berichte, Enqueten und Gutachten zur gesellschaftlichen Rolle der Frau vor (zuerst: Bericht der Enquete Kommission »Frau und Gesellschaft« 1980). Diese Berichte waren zumeist Teil anstehender Gesetzesreformen, wie die Reform des Ehe- und Familienrechts, der Rentenreform u.a. Dann galten sie unter dem Druck der europäischen Gleichstellungspolitik zunehmend der Gleichbehandlung von Frauen. Das Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz (EG Anpassungsgesetz 1980) soll die Diskriminierung der Frau am Arbeitsplatz beseitigen; allerdings fehlen im Gesetz die zur Verwirklichung dieses Ziels notwendigen Sanktionsmittel. Andere von der EG beschlossene Richtlinien zur Gleichstellung der Frau im Sozialrecht stehen in der Bundesrepublik noch zur Realisierung an, z.B. das Verbot, soziale Leistungen in Abhängigkeit vom Familienstand zu gewähren; wie es in der Sozialhilfe bei der Berechnung der Regelsätze unter Bevorzugung des Haushaltsvorstandes der Fall ist oder in der Arbeitslosenhilfe bei der Anrechnung des Einkommens des Ehepartners (vgl. EG Richtlinie).
Es folgen andere Berichte über die Erwerbstätigkeit der Frau in Bezug zur Familie (familienfreundliche Gestaltung des Arbeitslebens, Rückkehr von Frauen in den Beruf u.a.).
Ähnlich wie bei den Empfehlungen der europäischen Gemeinschaft zur Gleichstellung der Frau stagniert auch die rechtspolitische Diskussion über ein Antidiskriminierungsgesetz, das im Vergleich zu den USA in der Bundesrepublik wenig Unterstützung findet und auch innerhalb der Frauenbewegung umstritten ist, weil z.T. eine nur formale Gleichstellung bei faktischer Ungleichbehandlung befürchtet wird, z.T. eine erneute Diskriminierung durch Sonderregelungen zum Nachteil der Frau gesehen wird. Die bisherigen Ergebnisse der sozialpolitischen Umsetzung der in zahlreichen Studien und Berichten aufgezeigten Defizite und Problemlagen von Frauen in der Bundesrepublik sind nicht sehr weitreichend gewesen. Die Rentenreform hat in erster Linie eine Gleichstellung des Mannes gebracht, den Frauen das

Babyjahr als Trostpflaster, indem die Erziehung von Kindern künftig im Umfang von einem Versicherungsjahr pro Kind rentensteigernd und rentenbegründend wirkt. Auf der Berechnungsgrundlage von 75 % des Durchschnittsverdienstes einer Frau bringt dies mtl. 25 DM ein. Dieser symbolische Erziehungsbonus kann die Armut im Alter nicht beseitigen, gleichwohl ist er ein möglicher Einstieg in eine eigenständige soziale Sicherung der Frau jenseits oder zusätzlich zur Erwerbsarbeit. In der Frauenpolitik ist dieser Weg allerdings umstritten, da die Festlegung auf die Familienarbeit anstelle einer Gleichstellung am Arbeitsmarkt kritisiert wird.
An der schwedischen Entwicklung ließe sich demgegenüber zeigen, daß der Ausbau individueller Rechte der Frau auch deren Position am Arbeitsmarkt stärkt. So hat z. B. der Übergang zu einem individuellen Steuersystem in Schweden zu einer Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen geführt (vgl. *Schattkat,* 1987). Auch der Ausbau individueller sozialer Rechte der Frau, z. B. in der Altersversorgung durch Einführung einer Grundrente, hat zum Abbau von Altersarmut beigetragen (*Kulawik,* 1986).
Wie Frauen sich aktuell und künftig in bezug auf die Altersversorgung verhalten werden, ob z. B. Ehe und Familie für sie subjektiv noch soziale Sicherheit bedeuten, ist bisher noch nicht untersucht worden. Die Einführung des Erziehungsgeldes im Jahr 1986 honoriert die Erziehungstätigkeit der Frau bei vorübergehender Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Auch hier hat sich die Entwicklung zu mehr Anerkennung der Erziehungsarbeit bestätigt, wenn auch finanziell unzureichend. Erste Erfahrungen mit dem Erziehungsgeld zeigen, daß die Frauen nach Inanspruchnahme wieder in ihren Beruf zurückkehren. Wenn allerdings das Loch in der Erwerbsbiografie einer Frau, das ja zur Benachteiligung in den sozialen Leistungssystemen führt, gestopft werden soll, müssen zusätzliche Brücken zum Arbeits- und Sozialrecht geschlagen werden. Frauen müßten z. B. nach einer Erziehungsphase Anspruch auf Leistungen der Sozialversicherung, z. B. dem Arbeitsförderungsgesetz, haben. Dies bedeutet eine Ausweitung von Anspruchsberechtigungen auf soziale Leistungen um Familienarbeit und den Einbau von Grundsicherungselementen, die ein Absinken unter die Armutsgrenze verhindern könnten. In der Frauenforschung und auch in der sozialpolitischen Reformdiskussion werden solche Vorschläge zur Mindestsicherung und Ausweitung von Anspruchsvoraussetzungen diskutiert (*Leibfried/Tennstedt* 1985, *Opielka/Ostner* 1986). In die offizielle Politik sind diese Reformmodelle noch nicht durchgesickert.

Literatur

Bericht der Bundesregierung über die gesetzlichen Rentenversicherungen. Deutscher Bundestag. BT 10/4550. Bonn 1985 – Bericht der Enquete-Kommission »Frau und Gesellschaft«. Hg. Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit. Bonn 1980 – *Brinkmann, Ch.:* »Familiale Probleme durch Langzeitarbeitslosigkeit«. Familie und soziale Arbeit, Gesamtbericht über den 71. Deutschen Fürsorgetag 1986 in München, 29. bis 31. Oktober 1986, Schriften des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Schrift 266, Frankfurt 1987, 550–574 – Datenreport 1987. Hg. Statistisches Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim. Stuttgart 1987 –

Dritter Familienbericht: Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Bonn 1979 – EG-Kommission. Dokument 1-1229/73. Hg. Europäisches Parlament. Brüssel 1984 – Frauen in Beruf und Gesellschaft. Hg. Statistisches Bundesamt. Ausgabe 1987. Wiesbaden 1987 – Frauen und Arbeitsmarkt. Quintessenzen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 4, Hg. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg 1984 – Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit. Bonn 1984 – Frauen und Recht. Sonderheft der Zeitschrift Rechtssoziologie. Opladen 1984 – *Gottschall, K.:* »Frauen auf dem Arbeitsmarkt: Verdrängung statt Integration?«. WSI Mitteilungen 8/86. Schwerpunktheft Frauen: Arbeitsleben-Lebensarbeit, Düsseldorf 1986, 514–522 – *Gross, P.:* »Selbstbestimmung oder Fremdsteuerung der Familie«. Staatliche Sozialpolitik und Familie. Hg. *Kaufmann, F.-X.* München-Wien 1982, 285–309 – Gutachten des Sozialbeirates über eine Strukturreform zur längerfristigen finanziellen Konsolidierung und systematischen Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung im Rahmen der gesamten Altersversorgung. Königswinter 1986 – *Hausen, K.:* »Frauen, Familie und Arbeitsmarkt: Intentionen und Effekte staatlicher Arbeitsmarktpolitik in der Weimarer Republik«. Die andere Hälfte der Gesellschaft. Hg. *Unterkircher, L., Wagner, I.* Österreichischer Soziologentag 1985. Wien 1987, 274–284 – *Heldmann, E.:* »Verteilungswirkungen der Kindergeldkürzungen seit 1981 und ausgewählte Reformvorschläge«. Hg. *Hausen, R., Engel, B.* Soziale Sicherung und Einkommensverteilung. Frankfurt/New York 1985, 201–239 – *Hermann, Ch.:* Gleichstellung der Frau im Rentenrecht. Berlin 1984 – *Hohmann-Dennhardt, Ch.:* »Krise des Wohlfahrtsstaates und Existenzsicherung der Familie«. Kritische Vierteljahreszeitschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. München 1987, 111–132 – *Kaufmann, F.-X.:* »Elemente einer soziologischen Theorie sozialpolitischer Intervention«. Staatliche Sozialpolitik und Familie. Hg. *Kaufmann, F.-X.* München, Wien 1982, 49–84 – *Klanberg, F.:* »Familienförderung und ihre Finanzierung im Sozialleistungssystem – Stand und Perspektiven«. Familie und soziale Arbeit. Familienideal und Familienalltag – Neue Wege und Aufgaben für die soziale Arbeit. Gesamtbericht über den 71. Deutschen Fürsorgetag in München. Schriften des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Schrift 266. Frankfurt 1987, 66–87 – *Klanberg, F.:* Armut und ökonomische Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/New York 1979 – *Koeppinghoff, S.:* »Endstation Sozialhilfe. Defizite der Einkommenssituation von Frauen im Alter«. Die armen Frauen. Hg. *Riedmüller, B., Kickbusch, I.* Frankfurt 1984, 252–266 – *Köppen, R.:* Die Armut ist weiblich. Berlin 1985 – *Kulawik, T.:* Vergleich der Einkommenssicherung alleinstehender Mütter und alter Frauen in Schweden und der Bundesrepublik. Diplomarbeit am Fachbereich politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, Berlin 1987 – *Lampert, H.:* »Ordnungspolitische und verteilungspolitische Aspekte der Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland«. Hg. Walter-Raymond Stiftung. Kleine Reihe. Heft 41. Köln 1986, 9–49 – *Lappe, L.:* »Auflösung geschlechtsspezifischer Arbeitsmarktbarrieren? Zur Integration quantitativer und qualitativer Arbeitsmarktforschung«. Beitrag zum SAMF workshop: Ungleiche Beschäftigungsverhältnisse im Betrieb, Oktober 1985 – *Lautmann, R.:* »Negatives Rechtsbewußtsein. Über Geschlechtsdifferenzierungen in der juristischen Handlungsfähigkeit«. Zeitschrift für Rechtssoziologie. Heft 2/80. Opladen 1981, 165–209 – *Leibfried, St., Tennstedt, F.:* Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaates. Frankfurt 1985 – *Maydell, B. v.:* »Unterhalt und soziale Sicherheit. Zur Funktion des Unterhaltsrechts im Sozialstaat«. Archiv für soziale Arbeit, 17 Jg., Frankfurt 1986, 244–255 – *Neidhard, F.:* »Entwicklungen und Probleme der westdeutschen Familienpolitik«. Gegenwartskunde 1. 1978, 141–165 – *Opielka, M., Ostner I.:* Umbau des Sozialstaates. Essen 1987 – *Ostner, I., Schmidt-Waldherr, H.:* »Politik mit den Frauen – über Frauen, Frauenarbeit und Sozialpolitik«. Umbau des Sozialstaats. Hg. *Opielka, M., Ostner, I.* Essen 1987, 155–167 – *Ostner, I.:* »Sozialpolitik als Geschlechterpolitik«. Sozialpolitische Bilanz II. Tagung der Sektion Sozialpolitik in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Hg. Forschungsschwerpunkt Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik. Nr. 56. Universität Bremen 1986, 190–201 – *Pfaff, A., Kerschreiter, M.:* »Die Familie im Umverteilungsprozeß«. Hg. *Kaufmann, F.-X.* Staatliche Sozialpolitik und Familie. München 1982. 131–169 – *Pfaff, A.:*

Einzelgutachten für die Sachverständigenkommission für die soziale Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen. Veröffentlicht durch die Bundesregierung. Bonn 1979 – *Riedmüller, B.:* »Hilfe, Schutz und Kontrolle. Zur Verrechtlichung der Kindheit«. *Hengst, H., Köhler, M., Riedmüller, B., Wambach, M.* Kindheit als Fiktion. Frankfurt 1981, 132–191 – *Riedmüller, B.:* »Frauen haben keine Rechte. Zur Stellung der Frau im System sozialer Sicherheit«. Die armen Frauen. Hg. *Riedmüller, B., Kickbusch I.* Frankfurt 1984, 46–73 – *Riedmüller, B.:* »Geschlechtsspezifische Wirkung der Sozialpolitik. Eine Analyse der Rolle der Frau in der Sozialpolitik«. Sozialpolitische Bilanz II. Tagung der Sektion Sozialpolitik in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Hg. Forschungsschwerpunkt Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik. Nr. 56. Universität Bremen 1986, 179–190 – *Riedmüller, B.:* »Arbeitslosigkeit von Frauen – Chance für die Familie oder gesellschaftliche Ausgrenzung«. Familie und soziale Arbeit, Schriften des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 266, Frankfurt 1987a, 584–594 – *Riedmüller, B.:* Die Armut von Frauen: Ursachen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Referat zur Fachtagung »Frauen und Armut« beim Senator für Jugend und Familie. Berlin 1987b – *Ruland, F.:* »Schutz und Förderung von Ehe und Familie im Sozialrecht«. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt 1986, 164–174 – *Sachsse, Ch., Tennstedt, F.:* Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Stuttgart 1980 – *Schmähl, W.:* Das Rentenniveau in der Bundesrepublik. Frankfurt/New York 1975 – Statistik der Sozialhilfe. Hg. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden 1987 – *Tennstedt, F.:* Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Göttingen 1981 – Transfer-Enquete-Kommission: Zur Einkommenslage der Rentner. Hg. Der Bundesminister für Sozialordnung. Bonn 1971 – Vierter Familienbericht: Die Situation älterer Menschen in der Familie. Hg. Der Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Bonn 1986 – *Weg, M.:* »Erwerbstätigkeit und Mutterschaft. Möglichkeiten und Probleme von Berufsunterbrechung und Berufsrückkehr bei Müttern mit Kindern unter drei Jahren«. sfs. Hg. Das Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund 1986 – *Willenbacher, B.:* Thesen zur Verrechtlichung der Stellung der Frau. Ms. Bad Homburg 1987 – *Wingen, M.:* Familienpolitik – Ziele, Wege und Wirkungen. 2. Aufl. Paderborn 1965 – Zweiter Familienbericht: Familie und Sozialisation. Hg. Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit. Bonn 1975.

Siegfried Keil

Leitbilder und Formen kirchlichen Familienengagements

1. Konfessionelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Grundsätzlichen

Nach Jahren der Verunsicherung, vor allem unmittelbar nach der Revolution von 1918, bis hin zur massiven politischen Verfolgung während des Nationalsozialismus waren die Familienleitbilder der beiden großen Kirchen und ihre konkreten Hilfen für die vielfältigen Familiennöte nach 1945 sehr gefragt. Insbesondere die katholische Kirche konnte gewiß sein, daß die Prinzipien ihrer Soziallehre (Person-, Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzip) in der Familienpolitik unter christdemokraticher Kanzlerschaft gut aufgehoben waren (*Langer-El Sayed* 1980, 94ff.).
Demgegenüber führte die Reformpolitik unter sozialdemokratischer Kanzlerschaft zu einer großen Beunruhigung. Man sah »Ehe und Familie... im Kreuzfeuer einer Kritik, die in ihrer radikalsten Form die Zerschlagung der als bürgerliche Kleinfamilie abgewerteten Institution fordert und unter den Schlagworten der Mündigkeit und der Emanzipation von allen gesellschaftlichen Zwängen den Aufstand gegen die Familie probt« (*Vogel* 1974, 10). Diese, vor allem für die katholische Kirche, völlig neue Situation führt in den 70er Jahren zu gemeinsamen Anstrengungen beider Kirchen, ihre Familienleitbilder in der Öffentlichkeit zu vertreten. Dabei betonen sie einerseits: »Religionen oder Weltanschauungen dürfen nicht der Versuchung erliegen, sich mit den Mitteln der staatlichen Rechtsordnung als alleinberechtigt durchzusetzen« (Rat der EKD und Deutsche Bischofskonferenz 1970, 11). Andererseits halten sie sich aber für berechtigt, »Staat und Gesellschaft auf Grundnormen menschlichen Zusammenlebens hinzuweisen, wie sie in der zweiten Tafel des Dekalogs enthalten sind«, und den Staat daran zu erinnern, »daß grundlegende sittliche Gebote auch nicht von staatlichen Institutionen oder Trägern staatlicher Macht aufgehoben und abgeschafft werden können, daß der Staat die Erhaltung solcher Gebote vielmehr ermöglichen und fördern soll« (Rat der EKD und Deutsche Bischofskonferenz 1979, 40).
Familienethisch sind dabei vor allem das vierte Gebot im Zusammenhang mit Elternrecht und Generationenvertrag, das fünfte in bezug auf die Problematik des Schwangerschaftsabbruchs und das sechste unter dem Gesichtspunkt der Eherechtsreform und der Zunahme der nichtehelichen Lebensgemeinschaften relevant. Das stärkste gemeinsame Engagement der Kirchen zeigt sich im Ja zur Ehe: »Die christliche Ehe ist der Lebensraum und die Ordnung für das Ja der Partner zueinander und zu den Aufgaben ihres gemeinsamen Lebens vor dem Angesichte Gottes« (Rat der EKD und Deutsche Bischofskonferenz 1981, III); denn die »Personalität der Liebe und die Intimität der Beziehungen brauchen diese Elemente der Verbindlichkeit und Objektivität« (a.a.O. II, 2). Dabei sind Form und Inhalt der christlichen Ehe durchaus offen für Veränderungen, und die jungen Menschen werden aufgefordert, »ihren Beitrag zu einer Erneuerung in das Leben der Ehe

einzubringen« (a. a. O. III) und nicht, den Weg des geringsten Widerstands gehend, die Institution Ehe ihrem Schicksal zu überlassen.

Die in den gemeinsamen Erklärungen überbrückten Unterschiede kommen um so stärker zum Ausdruck, je mehr man die unterschiedlichen Ebenen der Meinungsbildung beachtet.

Am klarsten tritt die Besonderheit des katholischen Familienleitbildes in den päpstlichen Enzykliken hervor. Danach ist die als Sakrament verstandene monogame Ehe Grundlage der Familie. Nur in ihr ist die Sexualität erlaubt, wenn sie zum Zwecke der Fortpflanzung geschieht; denn im Grunde sind Ehelosigkeit und Jungfräulichkeit die höherwertigen Tugenden (Pius XII.). Diese enge Verbindung des Geschlechtsaktes mit dem Zeugungsakt ist in allen Verlautbarungen aus Rom bis in die Gegenwart erhalten geblieben. Sie bestimmt die Ablehnung von nichtehelichem Geschlechtsverkehr, von Empfängnisverhütung und Schwangerschaftsabbruch wie von künstlicher Elternschaft (zuletzt: Konkregation für die Glaubenslehre 1987). Diskutiert wird seit Pius XI. (1930) allenfalls über die Frage, ob die Erzeugung und Aufzucht der Kinder »Erst-Zweck« der Ehe sind oder ob nicht die äußere und innere Entwicklung der Partner selbst und ihrer Beziehung zumindest als genauso wichtig für die Gestaltung und das Gelingen der Ehe angesehen werden müssen. Erst das 2. Vatikanische Konzil hat diesen Rangstreit über die Reihenfolge der Ehezwecke aufgegeben. Dem Vatikanum II (1966) sind auch die ersten eindeutigen Aussagen der römischen Kirche über die eheliche Gleichberechtigung von Mann und Frau zu verdanken.

Die Gedanken des Konzils werden wieder aufgegriffen und weiterentwickelt in der Enzyklika Johannes Paul II., »Familiaris consortio« vom 22. Nov. 1981, die man geradezu als Summa der katholischen Ehe- und Familienauffassung der Gegenwart ansehen kann, und in der 1983 vom Heiligen Stuhl herausgegebenen Charta der Familienrechte.

An den von Rom gesetzten Eckwerten kann auch die Deutsche Bischofskonferenz und die gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland nicht vorbeigehen. Der in der Synode bis zuletzt äußerst umstrittene Text »Christlich gelebte Ehe und Familie« vom 9. Mai 1975 enthält daher zu den Fragen von Empfängnisverhütung und Unauflöslichkeit der Ehe keine den päpstlichen Positionen widersprechenden Aussagen. Die zwischen den Bischöfen und dem zuständigen Sachausschuß der Synode ausgehandelte Kompromißformel zur Empfängnisverhütung, die schließlich die notwendige Mehrheit der Synode knapp erreichte, lautet: »Das Urteil über die Methode der Empfängnisregelung, das in die Entscheidung der Ehegatten gehört, darf nicht willkürlich gefällt werden, sondern muß in die gewissenhafte Prüfung die objektiven Normen mit einbeziehen, die das Lehramt der Kirche vorlegt« (gemeinsame Synode 2.2.2.3). Innerhalb dieser Grenzen aber ist die Betonung der gemeinsamen Entwicklung der Ehepartner und der Sexualität als Ausdruck ihrer gegenseitigen Hingabe ein deutlicher Schritt nach vorn. »Für die Gestaltung und Ausformung der sexuellen Beziehungen können alle jene natürlichen Handlungen als gut und richtig angesehen werden, die der Eigenart der beiden Partner entsprechen und in gegenseitiger Achtung, Rücksichtnahme und Liebe geschehen« (a. a. O. 2.2.1.3).

Die an den Papst gerichteten Voten, die Ehenichtigkeitsgründe zu überprüfen, die von Katholiken nur standesamtlich geschlossene Ehe unter gewissen Umständen als gültig anzuerkennen und die Beseitigung der Diskriminierung unehelicher Kinder im kirchlichen Gesetzbuch signalisieren dem Nichtkatholiken eher die Rückständigkeit des gesamten Systems als die grundsätzliche Abwehr des deutschen Katholizismus gegen seine römische Bevormundung.

Die evangelische Kirche kennt anders als die katholische kein für alle regionalen und konfessionellen Untergliederungen wie für den einzelnen Christen verbindliches zentrales Lehramt. »Eine gewisse Vielstimmigkeit gehört zum Wesen des Protestantismus« (Rat der EKD 1970, 53). Die evangelische Kirche hat daher auch keine umfassende Lehre von Ehe und Familie entwickelt und sieht gerade darin eine wichtige »Voraussetzung für den Dialog unter Christen und die Offenheit gegenüber den im gesellschaftlichen Bereich aufkommenden neuen Aspekten im Ehebewußtsein sowie in den Problemen des Sexualverhaltens und der Familienplanung« (ebenda). Sie redet daher auch nicht abschließend und erschöpfend von einem Wesen der Ehe, sondern sieht jede konkrete einzelne Ehe wie die Ehegestalten der unterschiedlichen geschichtlichen Epochen in der Spannung von »unverfügbarer Stiftung Gottes« und der »vollen Verantwortung für Gestalt und Führung ihres gemeinsamen Lebens« der Eheleute selbst (ebenda).

Zur Unverfügbarkeit gehören die Merkmale einer »umfassenden und ausschließlichen Lebensgemeinschaft«, wie der Charakter der »Einehe, die grundsätzlich auf Lebensdauer geschlossen wird« (a. a. O. 53f.). Dabei erkennt die evangelische Kirche anders als die katholische auch »die nach bürgerlichem Recht geschlossene Ehe grundsätzlich als gültig an« (a. a. O. 54) und billigt dem Staat zu, gescheiterte Ehen auch zu scheiden, ohne darin eine prinzipielle Aufhebung des Merkmals der Lebensdauer zu sehen. »Da sich dem an seiner Ehe gescheiterten und schuldig gewordenen Menschen durch Buße und Vergebung der Weg zu einem neuen Anfang öffnet, kann sie die Trauung Geschiedener nicht grundsätzlich und in jedem Fall verweigern« (a. a. O. 56).

Die Ehe ist Liebes- und Erziehungsgemeinschaft, also auch für die evangelische Kirche Grundlage der Familie, wobei es zur Verantwortung der Eheleute vor Gott gehört, »Zahl und Zeitabstand der Geburten« zu bestimmen (a. a. O. 54). Auch die Auswahl der empfängnisverhütenden Methoden gehört in die Verantwortung der Ehepartner. Es »erfordert ihre Anwendung das andauernd freie Einverständnis beider« (Rat der EKD 1971, 157). Lediglich ein »grundsätzliches Nein zum Kind verfehlt die volle Lebensgemeinschaft. Bleiben Kinder versagt, so nimmt dies der Ehe dennoch nichts von ihrem Sinn« (Rat der EKD 1970, 54).

In dieser kurzen (vier Seiten!) Stellungnahme des Rates der EKD ebenso wie in einer acht Jahre späteren Äußerung der lutherischen Bischöfe, in der die gleichen Grundpositionen vertreten werden, kommt der grundsätzliche Unterschied zur katholischen Ehe- und Familienauffassung trotz der einleitend referierten Gemeinsamkeiten (s. o.) deutlich zum Ausdruck.

2. Differenzierungen im familienpolitischen Alltag

Das Urteil über die »repressive Familienpolitik« in der ersten Phase christdemokratischer Kanzlerschaft ist unter kritischen Sozialwissenschaftlern *(Haensch; Langer-El Sayed; Cramer)* einhellig. Auch in der Begründung dieser Repressivität mit dem starken Einfluß der Kirchen stimmen sie weitgehend überein. Dabei wird aber leicht übersehen, daß in dieser Zeit vor allem die katholische Kirche einen starken Einfluß ausübt. Das gilt insbesondere bei den sich bis 1959 hinziehenden parlamentarischen und verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen um das Gleichberechtigungsgesetz und die Verschärfung der Ehescheidungsbedingungen von 1961. Die katholische Kirche hat hier »einhellig aufgrund naturrechtlicher Anschauungen an einer hierarchischen Struktur von Ehe und Familie festgehalten« (*Dombois* 1966, 695) und ihr Unauflöslichkeitspostulat in die staatliche Gesetzgebung einzubringen versucht. In der evangelischen Kirche hat zum Gleichberechtigungsgesetz eine breite Diskussion stattgefunden. Am Ende stand der Kompromiß der EKD-Synode von Spandau, 1954: Der § 1354 BGB mit dem Entscheidungsrecht des Mannes in der Ehe sei ersatzlos zu streichen. Und im Bezug auf den entsprechenden Stichentscheid des Vaters in Erziehungsfragen formuliert die Synode: »Die elterliche Gewalt über die Kinder steht den Eltern gemeinsam zu. Der Gesetzgeber muß durch seine Ordnung dafür sorgen, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen die Mutter nicht übergangen wird und die Kinder nicht zu Schaden kommen« (*Dombois/Schumann* 1955, 58f.).

23 Jahre später hat die EKD auch den nächsten Reformschritt mit vollzogen und für richtig erachtet, »daß eine gesetzlich verbindliche Festlegung der Rollen von Mann und Frau in der Ehe (i.S. einer Hausfrauenehe) mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung des Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes kaum vereinbar sein dürfte« (*Dahrmann* 1978a, 106). Dabei hat sie allerdings auch deutlich gemacht, daß eine gesetzliche Einengung des Ehebildes in die Richtung einer obligatorischen Erwerbstätigkeit der Frau ihr ebenfalls suspekt erschiene. In dieser Hinsicht besteht zwischen den Kirchen wiederum Konsens. Das Kommissariat der deutschen Bischöfe hatte bereits bei Beginn der neuerlichen Reformdiskussion gefordert: »Eine Diskriminierung der ›durchgängigen‹ Hausfrauenehe sollte unter allen Umständen vermieden werden« (13).

Die 1961 erfolgte Erschwerung der Ehescheidung in § 48 im Ehegesetz des alliierten Kontrollrats von 1946 erscheint in protestantischen Augen als »eine theologisch nicht zu rechtfertigende Reduktion des Zerrüttungsprinzips zugunsten einer (hier im theologischen Sinn verstandenen) Vergesetzlichung der Ehe als Institution« (*Thielicke* 1964, 705). Damit ist das Stichwort gefallen, mit dem die evangelische Kirche die Reformdiskussion der 70er Jahre unter sozialdemokratischer Kanzlerschaft einleitet. »Ein Scheidungsrecht, das sich prinzipiell an der Zerrüttung oder Nichtzerrüttung der Ehe ausrichtet, hat den Vorzug, die Scheidung als das begreiflich zu machen, was sie allein sein darf, nämlich die Folge eines Scheiterns der ehelichen Lebensgemeinschaft, in das beide Teile unentwirrbar miteinander verstrickt sind... Die Diskriminierung der Ehepartner durch öffentlichen Schuldspruch entfällt« (Rat der EKD 1969, 34). Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß es

aussichtslos ist, »gesetzliche Tatbestände zu formulieren, welche diese tiefgreifende Zerrüttung zulänglich definieren« (ebenda). Mit dieser Denkschrift hat die evangelische Kirche ein Zeichen für die Reform gesetzt.

Im katholischen Lager wollte man zwar auch »nicht grundsätzlich jeder Entwicklung des Scheidungsrechts in Richtung auf das Zerrüttungsprinzip widersprechen« (Kommissariat der deutschen Bischöfe 1973, 3), man hatte aber große »Bedenken gegen die Art und Weise, wie das Zerrüttungsprinzip eingeführt werden« sollte (a. a. O. 8). Vor allem hielt man »den Verzicht auf jede Art einer ... Konkretisierung (der Zerrüttung, d. V.) für bedenklich« (ebenda). Die im Ansatz vorhandenen Unterschiede der beiden Kirchen sind offenkundig. Einig ist man sich hinwiederum in bezug auf den notwendigen Schutz des sozial schwachen Partners und der Kinder bei der Regelung der Scheidungsfolgen und der Forderung nach einer umfassenden nicht nur immateriellen Härteklausel. Die Einführung des Zerrüttungsprinzips dürfe nicht zu einer »Scheidung als Verstoßung« (a. a. O. 3) führen oder einem der beiden Partner die Möglichkeit geben, die Ehe »durch einseitige Kündigung aufzulösen« (Rat der EKD 1970, 46). Diese Übereinstimmung bei der Regelung der Scheidungsfolgen beeinflußt sehr stark auch die abschließende Kritik nach Verabschiedung des Gesetzes. Für die katholische Kirche fällt sie allerdings härter aus als für die evangelische. Für sie gilt schlechthin: »dieses Gesetz hat seinen gesellschaftspolitischen Auftrag nicht erfüllt« (Kommissariat der deutschen Bischöfe 1976), während die evangelische Kirche lediglich »eine Reihe von schwerwiegenden Beanstandungen« vorbringt, vor allem weil »das Zerrüttungsprinzip so sehr auf die Spitze« getrieben wurde, »daß darüber das Gerechtigkeitsempfinden im einzelnen verletzt werden kann« (Rat der EKD 1977).

Die rückblickende Beurteilung der Reform durch die beiden konfessionellen Familienverbände geht demgegenüber weiter auseinander. »Die Familienrechtsreformen der 70er Jahre haben sich bewährt« sagt die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen 1987 (11) und lehnt die Erweiterung der Ausschließungsgründe für Unterhaltszahlungen im Scheidungsfolgenrecht ab, wie sie die neue Regierung unter christdemokratischer Kanzlerschaft nach 1982 eingeführt hat. »Das 1977 in Kraft getretene Erste Eherechtsreformgesetz ist von der Mehrheit der Bevölkerung nicht angenommen worden. ... Es wird erwartet, daß die Rechtsprechung bei der Zuerkennung von Unterhaltsansprüchen ... nicht den Ehegatten noch prämiert, der die Ehe planmäßig und böswillig zerstört hat«, sagte der Familienbund der Deutschen Katholiken 1980 (13).

Eine ähnliche Beobachtung, daß die evangelischen Stellungnahmen erst gegen Ende der 60er Jahre ein eigenes Profil gewinnen und aus dem Windschatten des katholischen Einflusses in der Familienpolitik hervortreten, läßt sich auch in bezug auf die Entwicklung des Familienlastenausgleichs machen. Bis in die 60er Jahre wurde die Entlastung der Familien primär über Steuerfreibeträge abgewickelt. Dieses Konzept der Entlastung über die Steuern entsprach der katholischen Soziallehre. Auch die evangelische Kirche hat das System als solches bis 1969 nicht in Frage gestellt.

Erst mit dem Familienpolitischen Programm der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen von 1969 setzte im evangelischen Lager ein Umdenken

ein. Mit dem Engagement für die solidarische Beteiligung aller an den Kinderkosten gewinnt protestantische Familienpolitik ein eigenes Gewicht gegenüber dem thomistisch geprägten, katholischen Konzept einer leistungsgerechten Besteuerung. Gesucht wird jetzt »eine einheitliche, übersichtliche und überzeugende Regelung«. Gefordert wird »die regelmäßige Anpassung an die Entwicklung der Einkommen und der Lebenshaltungskosten«. Und als erwägenswert gilt, »einen für alle Einkommensbezieher bei gleicher Kinderzahl gleichen Betrag von der Steuerschuld des elterlichen Einkommens abzuziehen, und, wenn die Steuerschuld geringer ist als der abzuziehende Betrag, die Restsumme auszuzahlen« (3f.).
Die neue Zielperspektive ist klar und bestimmt die Diskussion der nächsten Jahre. Der unübersichtliche, schichtenspezifische und primär an der Mehrkinderfamilie orientierte Familienlastenausgleich soll überwunden werden. Diesen Tenor enthält auch der familienpolitische Abschnitt der von der Kammer für soziale Ordnung erarbeiteten und 1973 vom Rat der EKD veröffentlichten Denkschrift »Die soziale Sicherung im Industriezeitalter«. Mit der Kindergeldlösung von 1975 wurde ein Kompromiß gefunden, der den evangelischen Forderungen sehr nahe kam.
Der Familienbund der deutschen Katholiken dagegen hat dem eingleisigen Familienlastenausgleich nur vorübergehend zugestimmt und 1980 bereits »weitere Leistungen des Familienlastenausgleichs auch über das Steuersystem notwendig« gehalten (5).
Ähnlich weit auseinander stehen die beiden konfessionellen Verbände in bezug auf die Reform des Rechts der elterlichen Sorge. Ausgehend von dem Satz, »Die Eltern sind nicht die Herren ihrer Kinder«, wurde von der Evangelischen Aktionsgemeinschaft bereits 1969 die Neuformulierung des § 1666 BGB in Richtung einer möglichen Einschränkung des Elternrechts »auch für den Fall der schuldlosen Unfähigkeit der Eltern« vorgeschlagen. Außerdem wird die stärkere Mitwirkung der Kinder an der eigenen Berufsfindung bis hin zu einem eigenen Antragsrecht beim Vormundschaftsgericht gefordert und die Anhörung der Kinder in anderen wichtigen sie betreffenden Fragen empfohlen (9). Hier stellt die erst zehn Jahre später gefundene politische Lösung, das am 1. Januar 1980 in Kraft getretene Gesetz zur elterlichen Sorge, einen Kompromiß dar, der eindeutig hinter den Forderungen der Evangelischen Aktionsgemeinschaft zurückbleibt.
Dem Familienbund dagegen geht das neue Gesetz gerade in den von der Evangelischen Aktionsgemeinschaft forcierten Bereichen zu weit. Die gesetzliche Forderung nach Gesprächen der Eltern mit den Heranwachsenden (§ 1626 Abs. 2 BGB) und das frühe Einschalten des Vormundschaftsgerichts bei »Fragen von Ausbildung und Beruf« hält der Familienbund für falsch »im Hinblick auf die Familienautonomie« (1980, 14).
Die Kirchenleitungen der beiden Kirchen sind in dieser Frage allerdings nicht so weit auseinander wie ihre Familienverbände und beurteilen das neue Recht eher skeptisch (vgl. Dahrmann und Petermann).
An diesen Beispielen mag deutlich geworden sein, was auch in sozialwissenschaftlichen Arbeiten über die familienpolitischen Positionen der Kirchen festgestellt wurde. Während »die Deutsche Bischofskonferenz, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken ... und der Familienbund der deutschen Katholiken einen recht

übereinstimmenden konservativen Meinungsblock« bilden, ist das »Meinungsspektrum in der evangelischen Kirche Deutschlands ... wesentlich weiter ausgefächert« (*Langer-El Sayed* 1980, 127; *Cramer* 1982, 96).

3. Ein hohes Maß vielfältiger Hilfen für die Familie

Neben den verschiedenen Formen von Stellungnahmen und Instruktionen, von Denkschriften und Studien, mit deren Hilfe den Familienleitbildern der Kirche Geltung und Anerkennung in der öffentlichen Meinung wie in der Gesetzgebung verschafft werden soll, hat die Form der unmittelbaren und direkten kirchlichen Hilfen für die Familien ein großes Gewicht.
In einzelnen Bereichen liegt der Anteil der Wohlfahrtsverbände und Kirchen an diesen Hilfen weit über 50%. Für Erziehungsberatung gaben sie 1974 39 von insgesamt 67 Mill. DM aus, für Ehe- und Familienberatung 18 von 33 Mill.; für Beratung im Zusammenhang von Gesundheit und Mutterschaft 10 von 18 Mill., bei direkten Hilfen für Mütter 94 von 118 Mill.; beim Ausfall der Eltern 1 von 1,49 Mrd. DM, bei Behinderung der Kinder 0,88 von 1,4 Mrd. und für die vorschulische Erziehung 1,4 von 1,79 Mrd. (wiss. Beirat beim BMJFFG 65).
Die Wohlfahrtsverbände und Kirchen finanzieren damit z.B. 68,6% der Kinder- und Jugendheime und 64,8% der Tageseinrichtungen für Kinder (a.a.O. 92). Innerhalb der nichtstaatlichen bzw. nichtkommunalen Träger stellen die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände wiederum den größten Anteil. So sind von den Kinder- und Jugendheimen in freier Trägerschaft 40% katholische und 31% evangelische Heime und von den Tageseinrichtungen 54% katholische und 39% evangelische (a.a.O. 83).
Noch größer als bei den familienergänzenden (z.B. Kindergärten) und ersetzenden (z.B. Kinderheime) Angeboten ist der Anteil der Wohlfahrtsverbände und damit auch der Kirchen in den familienunterstützenden Bereichen Familienerholung, -bildung und -beratung. Von den 184 Familienferienstätten sind 52 in evangelischer, 68 in katholischer und 64 in paritätischer Trägerschaft. In dem gemeinsamen Prospekt heißt es dazu: »Daß zwei der Arbeitskreise (für Familienerholung, d.V.) konfessionell ausgerichtet sind, besagt nichts über die Zusammensetzung der Feriengäste. Protestanten sind in den Ferienstätten des katholischen Arbeitskreises ebenso gerne gesehen wie umgekehrt. Auch wer keiner Konfession angehört, ist willkommen« (Arbeitsgemeinschaft der Arbeitskreise für Ferienerholung 5).
Diese Aussage gilt prinzipiell für alle familienunterstützenden Angebote der Kirchen und wird in der Regel auch so von der Bevölkerung angenommen. Die Auswahl richtet sich sehr oft nach anderen als den konfessionellen Kriterien wie z.B. nach Zeit und Raum, nach Bekanntheitsgrad und Image der entsprechenden Einrichtung. In bestimmten Beratungssituationen kommt es zur gezielten Wahl einer Einrichtung der anderen Konfession, wenn einem Ratsuchenden die Einrichtung der eigenen Konfession als zu liberal oder zu konservativ erscheint.
Diese Offenheit der familienunterstützenden Angebote für Angehörige aller Glaubensrichtungen entspricht der diakonischen Begründung solcher Angebote in bei-

den Kirchen. »Familienerholung erfüllt eine soziale bzw. diakonische Aufgabe« (*Koeppen* 22). Diakonische Begründung eines kirchlichen Arbeitszweiges zielt immer auf ganzheitliche Hilfe, »die nicht erst dann christlich und kirchlich ist, wenn (sie, d.V.) Menschen helfen, christlich und kirchlich zu leben« (*Emeis* 1980, 16). Andererseits bedeutet Hilfe für den ganzen Menschen zur Wiederherstellung oder Besserung seiner Lebensfähigkeit für die Kirchen auch, die Dimension des Glaubens zu berücksichtigen. In der Familienerholung geschieht das sehr zurückgenommen, ohne »den Verdacht auf Zwang und Unterordnung« wecken zu wollen (*Koeppen* 23).

Im Bereich der Familienbildung ist das Übergewicht kirchlicher Träger noch größer als bei der Familienerholung. Vier fünftel aller Familienbildungsstätten (vormals Mütter- oder Elternschulen), der institutionalisierten Form der Familienbildung also, sind in kirchlicher Trägerschaft (*Jansen* et al. 1981, 25). Von den 111 katholischen und 84 evangelischen Familienbildungsstätten liegt der größte Teil in Nordrhein-Westfalen. Selbst wenn in dieser Rechnung die Volkshochschulen fehlen, die seit 20 Jahren etwa auch verstärkt Familienbildung anbieten, bleibt die kirchliche Domäne offenkundig; denn neben den konfessionellen Familienbildungsstätten bieten auch die Kirchengemeinden und Erwachsenenbildungswerke der Kirchen, Frauen- und Männerarbeit, Kolpingswerk u.a. Familienbildung an. Im katholischen Bereich sind Brautleutekurse obligatorisch. In einzelnen Großstädten gibt es entsprechende evangelische Kurse auf freiwilliger Basis.

In den Kursangeboten der Familienbildungsstätten überwiegt der Bereich »Haushalt/Gesundheit/Säuglingspflege« mit über 50%, ein viertel sind handwerklich-musische Kurse, und ein achtel spricht gezielt Erziehungs- und Beziehungsfragen der Familie an (a.a.O. 27f.).

Demgegenüber ist das Angebot von direkt kirchlich-theologischen Themen verschwindend gering. Ein solches quantitatives Gewichten wird jedoch gegenwärtig in beiden Kirchen abgelehnt: Der »evangelische Charakter« kann nicht »an der Quantität christlicher Inhalte« gemessen werden, er ist vielmehr »ein Tun im ganzen, Motivationen und Institutionen, Inhalte und Verfahren und in vieles ausstrahlend, nicht zuletzt im persönlichen Umgang und in der gelebten Lebensform gegenwärtig« (Kirchenamt der EKD 1983, 19f.). Dieses Tun im ganzen kann sich gerade im gemeinsamen hauswirtschaftlichen oder kreativen Tun besonders sinnfällig äußern. Die Familienbildungsstätte leistet auf diese Weise »Hilfe zur Familienfähigkeit« und hat damit »teil an der kirchlichen Sendung, Menschen leben zu helfen«, auch wenn es ihr (noch) nicht um »die spezifischen Möglichkeiten der christlichen Familie« geht (*Emeis* 1980, 16). Dennoch verbinden beide Kirchen mit ihrem Angebot auch die Hoffnung, daß die Kontakte zwischen Familien und Kirchengemeinden wieder intensiviert und wechselseitige Lernvorgänge in Gang kommen.

Die größte Übereinstimmung zwischen evangelischen und katholischen Angeboten für die Familie findet im Bereich der Familien- und Lebensberatung statt. Innerhalb des Deutschen Arbeitskreises für Jugend-, Ehe- und Familienberatung, dem die Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Beratung angehören, orientieren sich die Berater in

ihrer Arbeit an gemeinsamen Grundsätzen zum Verständnis von Beratung (22. 3. 85) wie einer gemeinsamen Rahmenordnung für die Ausbildung und Tätigkeiten der Berater (11. 3. 87).

Absolute Zahlenangaben zu diesem Bereich sind wegen der großen Fluktuation, Teilung und Zusammenlegung von Beratungsstellen, Bildung von Außen- und Nebenstellen sehr schwierig. Dennoch lassen sich die Größenordnungen in etwa wiedergeben. Die gut 300 evangelischen und rund 500 katholischen Beratungsstellen machen über die Hälfte aller Erziehungsberatungsstellen und etwa drei viertel aller Ehe- und Lebensberatungsstellen aus. Die »psychosoziale Beratung« aller dieser Stellen »versteht sich als fachlich qualifizierte Arbeit, die grundlegend psychologisch orientiert ist und im Hinblick auf die wechselseitigen Einflüsse des sozialen Umfeldes der Ratsuchenden soziale Hilfen anbietet« (Deutscher Arbeitskreis 85). Die Beratung hat das »Ziel, Selbshilfemöglichkeiten zu entfalten und zu einer persönlich verantworteten Entscheidung zu befähigen« (ebenda).

Die »Kirchen und ihre diakonischen Werke (haben, d. V.) psychologische Beratungsstellen eingerichtet«, weil es zu ihrer Aufgabe gehört, »sich der leidenden Menschen« anzunehmen. »Bei allen Bemühungen, die darauf gerichtet sind, Menschen zu heilen, ihnen zur Konfliktbewältigung und zu Reifungsschritten zu verhelfen, geht es um Ausübung einer Funktion, die zum Mandat Christi gehört (Matth. 10, 7f.)« (Kirchenamt der EKD 1981, 3).

Im evangelischen Bereich gilt diese diakonisch-seelsorgerliche Verankerung der Beratungsarbeit für alle Beratungsstellen, die in der Regel integrierte Beratungsstellen für Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatung sind und über ihren Fachverband zum Diakonischen Werk gehören. Im katholischen Bereich gibt es bisher kaum integrierte Stellen, und die innerkirchliche Organisation ist zweigeteilt. Die Erziehungsberatungsstellen gehören zum Caritasverband, und die Ehe- und Lebensberatungsstellen sind der Zentralstelle Pastoral der Deutschen Bischofskonferenz – Abteilung Ehe und Familie zugeordnet. Darin zeigt sich eine gewisse Tendenz, in der Eheberatung stärker auf die moralische Orientierung an der katholischen Ehelehre zu achten. In der Praxis bestimmt jedoch in der Regel auch die katholischen Berater das gemeinsame Ziel, die Eigenverantwortlichkeit der Ratsuchenden zu stärken, d. h. ihre Gewissensentscheidung zu respektieren.

Die Achtung vor der Gewissensentscheidung des Ratsuchenden gilt in beiden Kirchen auch für die Schwangerschaftskonfliktberatung, die im katholischen Bereich vor allem von den nicht dem Deutschen Arbeitskreis angeschlossenen Beratungsstellen des Sozialdienstes Katholischer Frauen angeboten wird. »Der fremden Gewissensentscheidung haben wir mit Respekt zu begegnen«, sagen die Protestanten (Diakonisches Werk Württemberg 48). »Gerade in der Anerkennung des Gewissens wird der Mensch in seiner Würde als Ebenbild Gottes ernstgenommen und anerkannt«, sagen die Katholiken. Sie setzen dann allerdings fort »Wenn die ratsuchende Frau trotz sorgfältiger Beratung nicht zu einer Entscheidung für das Kind finden kann, dann darf und muß die Beraterin eine solche unüberwindliche irrige Gewissensentscheidung hinnehmen, auch wenn sie objektiv falsch und insofern nicht gutzuheißen ist« (Deutscher Caritasverband 1984a, 6). In diesem Lebensbereich von objektiv falschen Entscheidungen zu reden, ist nach evangelischem

Verständnis unmöglich. Es widerspricht auch Grundannahmen und Vorgehensweisen psychosozialer Beratung. Von daher gibt es in diesem Arbeitsfeld deutliche organisatorische und inhaltliche Unterschiede zwischen den Kirchen (*Stößel* et al. 1981, 68–73).
Während in der evangelischen Schwangerschaftskonfliktberatung versucht wird, am psychosozialen Verständnis von Beratung festzuhalten und die Vermittlung von konkreten, auch finanziellen Hilfen davon zu trennen, um der Frau zu einer wirklich eigenständigen Entscheidung zu verhelfen, wird in der katholischen Schwangerschaftskonfliktberatung beides miteinander verbunden, um möglichst viele Frauen zur Fortsetzung ihrer Schwangerschaft zu motivieren. Diese Stellen werden daher auch von Frauen aufgesucht, die hilfsbedürftig sind, ohne einen Abbruch zu erwägen (46%!). Sie kommen oft erst nach Ablauf der Fristen, innerhalb derer noch ein Abbruch möglich wäre. Von daher erklärt sich deren, im Verhältnis zu den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen anderer Träger, hohe Anteil von nicht abgebrochenen Schwangerschaften (Deutscher Caritas Verband 1984b, 19ff.).
Diese Unterschiede spiegeln sich ganz deutlich in der jüngsten Auseinandersetzung um ein Beratungsgesetz wider, das in der Tendenz eher dem katholischen Verständnis von Schwangerschaftskonfliktberatung folgt und von den übrigen Beratungsorganisationen einschließlich der Evangelischen Beratung abgelehnt wird.

4. Neue Herausforderungen

Das kirchliche Engagement für Familie und das Nachdenken über Leitbilder und Leitvorstellungen familiären Zusammenlebens wird in Zukunft neu überdacht werden müssen, da sich die Konturen der herkömmlichen Familie real verändern werden. Die Kirchen werden dadurch vor die Frage gestellt, wie sie den verschiedenen Entwicklungen Rechnung tragen wollen. So werden sie sich u. a. damit auseinanderzusetzen haben, ob sie das Zusammenleben von Menschen primär unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen oder auf der Ebene der Institutionen beurteilen wollen. Konkret geht es dabei um die Formen der nichtehelichen Lebensgemeinschaften, um die sogenannten Zweitehen, in welchen ein Partner oder eine Partnerin schon einmal verheiratet war, aber auch um die gemischt-nationalen und konfessionsverschiedenen Ehen.
Ein weiteres Problem wird die Vereinbarkeit von Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit sein. Beide Kirchen haben sich seit den siebziger Jahren deutlich dazu geäußert, daß sie nicht mehr an der sogenannten Hausfrauenehe als dem einzigen Eheleitbild festhalten wollen und auch die Ehe mit zwei erwerbstätigen Ehepartnern akzeptieren, ohne nun wiederum diese Eheform als einzige Möglichkeit zu betrachten. In Zukunft werden die Kirchen nicht umhin können, sich mit einem Frauenleitbild auseinanderzusetzen, welches in der jüngeren Generation die selbstverständliche Gleichzeitigkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung beinhaltet. Das heißt aber auch, daß die Kirchen sich mit einem neuen Männerleitbild beschäftigen müssen, das die Familientätigkeit des Mannes einschließt. Dement-

sprechend werden sie ihr Engagement für die Familie über den familienpolitischen Bereich hinaus auf den arbeitsmarktpolitischen ausweiten müssen.
Eine Ausweitung des auf die Familie gerichteten Engagements im Hinblick auf die ältere Generation und sozialpolitische Fragen (Absicherung des Pflegekostenrisikos) gehört bereits heute zu den brennenden ungelösten gesellschaftlichen Problemen. Ähnlich verhält es sich mit den psychischen, sozialen und rechtlichen Auswirkungen der Gentechnologie auf die Familie, die Generationen und ihr Zusammenleben. Die Kirchen sind an der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu beiden Problembereichen beteiligt und haben insbesondere zum letztgenannten eindeutig Stellung bezogen (zuletzt die 7. Synode der EKD auf ihrer 4. Tagung mit der Kundgebung »Achtung vor dem Leben« vom 6. Nov. 1987).

Literatur

Arbeitsgemeinschaft der Arbeitskreise für Familienerholung: Urlaub mit der Familie in gemeinnützigen Familienferienstätten. Köln 1986 – *Cramer, A.:* Zur Lage der Familie und der Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1982 – *Dahrmann, D.:* »Eherecht/Scheidung«. Kirche in der Gesellschaft. Der evangelische Beitrag. Hg. *Heßler, H. W.* München u. Wien 1978, 103–114 – Ders.: »Elternrecht/Elterliche Sorge«. a. a. O. 135–149 – Deutscher Arbeitskreis für Jugend-, Ehe- und Familienberatung: Gemeinsame Grundsätze zum Verständnis von Jugend-, Ehe- und Familienberatung. Unterföhring d. 22. 10. 1985 – Ders.: Rahmenordnung für die Aufgaben, Tätigkeiten und Qualifizierung des Ehe-, Familien- und Lebensberaters vom 11. 3. 1987 – Deutscher Caritas Verband: Ja zum Leben. Rahmenbedingungen für die Arbeit katholischer Beratungsstellen für werdende Mütter in Not und Konfliktsituationen. Freiburg 1984a – Ders.: Erhebung. Werdende Mütter in Not und Konfliktsituationen in katholischen Beratungsstellen 1982 und 1983. Freiburg 1984b – Diakonisches Werk Württemberg: »Psychologische und soziale Aspekte des Schwangerschaftskonflikts«. Leben annehmen. Evangelische Beratung bei Schwangerschaften in Not- und Konfliktsituationen. Hg. *Steinmeyer, F.-J.* Stuttgart 1987 – *Dombois, H.:* »Gleichberechtigung«. Evangelisches Staatslexikon. Hg. *Kunst, H., Grundmann, S.* Stuttgart u. Berlin 1966, 694–696 – *Schumann, F. K.* Hg: Familienrechtsreform. Witten 1955 – *Emeis, D.:* »Aufgaben der Familienbildungsstätten aus pastoraler Sicht«. Auftrag und Praxis katholischer Familienbildungsstätten und Perspektiven ihrer Arbeit. Hg. Bundesarbeitsgemeinschaft katholischer Familienbildungsstätten. Düsseldorf 1980 – Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen: Aufgaben der Familienpolitik. Bonn 1969 – Diess.: Schwerpunkte der Familienpolitik. Bonn 1987 – Evangelische Kirche in Deutschland, Kirchenamt der –: Erwachsenenbildung als Aufgabe der evangelischen Kirche. Grundsätze. Gütersloh 1983 – Dass.: Psychologische Beratung in der Kirche. Leitlinien für die psychologische Beratung in evangelischen Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen. EKD-Texte 5. Hannover 1981 – Evangelische Kirche in Deutschland, Rat der –: Denkschrift zu Fragen der Sexualethik. Gütersloh 1971 – Ders.: Die soziale Sicherung im Industriezeitalter. Gütersloh 1973 – Ders.: Erklärung zu Ehe und Ehescheidung vom 16. 9. 1977 – Ders.: »Erwägungen zum evangelischen Eheverständnis vom 14./16. 1. 1970«. Die Denkschriften der EKD. Hg. Kirchenamt der EKD. Bd. 3. Gütersloh 1981, 53–56 – Ders.: Zur Reform des Ehescheidungsrechts in der Bundesrepublik Deutschland. Gütersloh 1969 – Evangelische Kirche in Deutschland, Rat der – u. Deutsche Bischofskonferenz: Das Gesetz des Staates und die sittliche Ordnung. Gütersloh u. Trier 1970 – Diess.: Grundwerte und Gottes Gebot. Gütersloh u. Trier 1979 – Diess.: Ja zur Ehe. 1981 – Familienbund der deutschen Katholiken. Familie 80, 81, 82ff. Grundlagen und Zielpunkte für die Arbeit des Familienbundes der deutschen Katholiken. Bonn 1980 – *Haensch, D.:* Repressive Familienpolitik. Reinbek b. Hamburg 1969 – Heiliger Stuhl: Charta der Familienrechte v.

22. Okt. 1983 – *Jansen, R., Keil, S., Lorentz, C., Remy, G.:* Mitarbeiter/-innen in Familienbildungsstätten. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1981 – Johannes Paul II: Enzyklika »Familiaris consortio« v. 22. XI. 1981 – *Koeppen, W.:* »Familienurlaub. Pädagogische und pastorale Überlegungen aus evangelischer Sicht«. Informationen des Evangelischen Arbeitskreises für Familienerholung. Nr. 27, 15–24 – Kommissariat der deutschen Bischöfe: Elemente eines zeitgemäßen Ehe- und Familienrechts. Bonn 1973 – Dass.: Erklärung zur Verabschiedung des Ersten Ehe- und Familienrechtsänderungsgesetzes. Bonn 1976 – Kongregation für die Glaubenslehre: Instruktion über die Achtung vor dem beginnenden menschlichen Leben und die Würde der Fortpflanzung. 10. III. 1987. Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 74. Hg. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Bonn 1987 – *Langer-El Sayed, I.:* Familienpolitik: Tendenzen, Chancen, Notwendigkeiten. Frankfurt 1980 – *Petermann, B.:* »Elternrecht«. Kirche in der Gesellschaft. Der katholische Beitrag. Hg. Wichmann, Jürgen. München u. Wien 1978, 100–111 – Pius XI: Enzyklika »Casti connubii« v. 31. XII. 1930 – Pius XII: Enzyklika »Sacra virginitas« v. 25. III. 1954 – *Stößel, U., Grundmann A., Kanz, F., Keil, S.:* »Quantitative und qualitative Evaluation des Beratungsangebots zum Schwangerschaftskonflikt«. Materialien zum Bericht der Kommission zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten § 218 StGB. Hg. BMJFG. Bd. II. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1981 – *Thielicke, H.:* Theologische Ethik III. Tübingen 1964 – Vatikanum II: Vollständige Ausgabe der Konzilsberichte, zusammengestellt v. K. W. Kraemer. 3. Aufl. Osnabrück 1966 – *Vogel, B.:* »Eröffnung und Begrüßung«. Kongreß über aktuelle Fragen der Familie und der Familienpolitik. Zentralkomitee der deutschen Katholiken Hg. Berichte und Dokumente 22. Bonn 1974, 8–14 – Wissenschaftlicher Beirat beim BMJFG: Leistungen für die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1979.

Klaus A. Schneewind

Familienberatung und Familientherapie

1. Aufgaben der Familienberatung und -therapie

In einer Zeit hochkomplexer Lebensverhältnisse, die zudem einem raschen Wandel unterliegen, ist es für den Einzelnen wie für die Familie in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen und Lebensstilen zunehmend schwerer, mit dem nötigen Wissen und den nötigen Fertigkeiten den vielfältigen Krisen und Herausforderungen des Lebens zu begegnen (vgl. Kommission »Gesellschaftliche Zukunftsperspektiven« 1983). Parallel dazu wächst der Bedarf an angemessener Unterstützung bei der Bewältigung solcher Krisen und Herausforderungen. In vielen Fällen kann eine Familie auf informelle Unterstützung innerhalb und außerhalb der Familie zurückgreifen, ohne daß offizielle Beratungs- oder Therapieangebote in Anspruch genommen werden müssen. Wo allerdings informelle Quellen der Unterstützung nicht vorhanden sind oder versagen, stellt sich für formelle Unterstützungssysteme die Aufgabe, Familien und ihren Mitgliedern bei ihrer Lebensbewältigung behilflich zu sein (vgl. *Wingen* 1983).

Familienberatung und -therapie kann als ein Instrument der formellen Familienunterstützung angesehen werden. In Abgrenzung zu monetären Formen der formellen Familienunterstützung (Familienlastenausgleich) bestehen die zentralen Aufgaben der Familienberatung und -therapie (a) in der Behebung bzw. Reduzierung manifester psychischer und psychosomatischer Störungen und (b) in der Bereitstellung von Wissen sowie der Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten mit dem Ziel einer Stärkung des individuellen und familiären Bewältigungspotentials in unterschiedlichen Lebensbereichen und Lebensphasen.

Eine derartige allgemeine Aufgabenumschreibung von Familienberatung und -therapie berücksichtigt gleichermaßen Aspekte der individuellen bzw. familiären Entwicklung und Lebenslage im Rahmen eines familienstreß- und bewältigungstheoretischen Ansatzes, auf den wir weiter unten noch ausführlicher zu sprechen kommen werden (vgl. Abschnitt 3). Darüber hinaus läßt sich ein solchermaßen abgegrenztes Aufgabenfeld von Familienberatung und -therapie gut innerhalb eines dreidimensionalen Modells zur Klassifikation von beraterischen und therapeutischen Interventionen lokalisieren (vgl. *Morrill, Oeting, Hurst* 1974). Diese Autoren unterscheiden in ihrem Modell zwischen den Dimensionen (a) Adressaten der Intervention, (b) Ziele der Intervention und (c) Methoden der Intervention, wobei sie innerhalb jeder Dimension nochmals nach mehreren Kategorien differenzieren. So enthält die *Adressatendimension* die Kategorie »Individuum«, »Primärgruppe« (z.B. Familien, Gleichaltrigengruppen), »informelle Gruppe« (z.B. Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen), »Institution und Gemeinschaft« (z.B. Schulen, Betriebe, Gemeinden, Parteien). Die *Zieldimension* läßt sich unterteilen nach den Aspekten »Entwicklungsoptimierung« (d.h. Maßnahmen zur Realisierung von Entwicklungspotentialen), »Prävention« (d.h. vorbeugende Maßnahmen zur Abwendung von Fehlent-

wicklungen) und »Remediation« (d.h. Maßnahmen zur Behebung oder Reduzierung unerwünschter Zustände bzw. Entwicklungsdefizite). Die *Methodendimension* schließlich umfaßt die Kategorien »direkte Dienstleistung« (d.h. unmittelbarer Kontakt von Beratern/Therapeuten mit einem oder mehreren Klienten z.B. im Kontext einer Familientherapie), »Konsultation und Training« (d.h. Heranziehung von Experten zur Klärung von Problemen und Vermittlung von Kompetenzen z.B. im Rahmen von Elterntrainings) sowie »Medien« (d.h. Einsatz von interventionsunterstützenden Hilfen wie Büchern, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehsendungen zur Erreichung der Interventionsziele etwa im Bereich von Elternerziehungs- oder Familienbildungsprogrammen).

Eine systematische Verknüpfung dieser drei Dimensionen und ihrer Kategorien ergibt insgesamt 36 Einheiten und erlaubt somit, ein weites Spektrum von unterschiedlichen Ansätzen und Vorgehensweisen der Familienberatung und -therapie zuzuordnen. Dabei stellt sich die Frage, ob alle 36 Zellen dieses dreidimensionalen Klassifikationskubus im Hinblick auf die Aufgaben der Familienberatung und -therapie gleichermaßen sinnvoll oder relevant sind. Diese Frage stellt sich insbesondere für die Adressatendimension. Hier liegt es nahe, die Familie der Kategorie »Primärgruppe« zuzuordnen und damit andere Adressatenebenen der Intervention – vor allem die der individuumsbezogenen Intervention – auszuschließen. Machen wir uns daher zunächst klar, wann und in welchen Fällen es sinnvoll erscheint, die Familie zum Adressaten von Beratungs- und Therapieangeboten zu machen. Die Hauptargumente für eine familienorientierte Beratung und Therapie lassen sich in folgenden Thesen zusammenfassen:

- Es gibt primär familienspezifische Problemlagen, die es ratsam erscheinen lassen, zumindest zeitweilig mehrere oder alle betroffenen Familienmitglieder in den Beratungs- und Therapieprozeß mit einzubeziehen (Beispiele: Beratung und Therapie bei Partnerschafts-, Erziehungs-, Scheidungsproblemen).
- Es gibt Problemlagen, die zwar vordergründig individueller Natur zu sein scheinen, aber insofern dennoch familienrelevant sind, als sie vermutlich im Rahmen der Familie entstanden sind oder zumindest durch sie ausgelöst und aufrechterhalten werden (z.B. psychosomatische oder psychopathologische Symptome wie Anorexie oder Schizophrenie).
- Es gibt externe Einflüsse auf die Familie bzw. einzelne Familienmitglieder, die direkt oder indirekt das gesamte Familiensystem tangieren (z.B. Arbeitslosigkeit, Unfälle, Katastrophen) und von daher eine Einbeziehung der betroffenen Familienmitglieder angezeigt erscheinen lassen.
- Durch eine familienorientierte Beratung oder Therapie kann auch bei Individualproblemen das Selbsthilfepotential der Familie als einem »natürlichen« Unterstützungssystem genutzt werden (Beispiele: chronische Behinderung oder Straffälligkeit eines Familienmitglieds).

Wenn von Familienberatung oder Familientherapie die Rede ist, suggeriert dies, daß die gesamte Familie oder zumindest mehrere Familienmitglieder in den Beratungs- und Therapieprozeß einbezogen werden. Dies mag in vielen Fällen wünschenswert sein. Dennoch besagt dies nicht, daß nach dem Konzept der Familienberatung und -therapie keine individuumsbezogene Intervention zulässig ist. Im

Gegenteil: auch eine Individualberatung oder -therapie kann durchaus familienorientiert sein, sofern familiäre Aspekte des Problems im Vordergrund stehen (vgl. *Carter, Orfanidis* 1976). Darüber hinaus erweist es sich in vielen Fällen als erfolgreich, individuums- und familienbezogene Ansätze der Beratung und Therapie miteinander zu verbinden (vgl. *Schwartz* 1987; *Sugarman* 1987).

Da Familien nicht kontextfrei leben (vgl. *Bronfenbrenner* 1986) gilt gleichermaßen, daß auch informelle Gruppen bzw. Institutionen oder Gemeinschaften Adressaten einer familienorientierten Beratung und Therapie sein können. Die Zielsetzungen und Programme von Selbsthilfegruppen (z.B. Anonyme Alkoholiker), Gemeinden (z.B. Kindergärten, Sozialstationen) bis hin zu Ministerien (in der Bundesrepublik Deutschland das für Familienpolitik zuständige Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit) enthalten häufig eine familienbezogene Komponente. In all diesen Fällen läßt sich – wenn auch auf unterschiedlichen Interventionsebenen – von Familienberatung im weitesten Sinne sprechen, obwohl es zur Vermeidung von Mißverständnissen genauer wäre, den Begriff familienorientierte oder familienrelevante Beratung und Therapie zu verwenden (vgl. *Ewert* 1988; *Keil* 1979).

Ein weiteres klärendes Wort ist zur Anwendung der Begriffe »Beratung« und »Therapie« notwendig. Häufig werden diese Begriffe in ihrer Beziehung zu verwandten bzw. konkurrierenden Begriffen (z.B. »Erziehung«, »Konsultation«, »Training«, »psychiatrische Behandlung«) abgehandelt (vgl. *Dietrich* 1983; *Keil* 1979; *Peterson, Nisenholz* 1987; *Textor* 1987), wobei eine Zuordnung der einzelnen interventionsorientierten Begriffe zu bestimmten Disziplinen (z.B. Pädagogik, Sozialarbeit, Psychologie, Psychiatrie) nahegelegt wird. So lokalisiert etwa *Textor* (1987) interventionsorientiertes Handeln auf einem »Kontinuum interpersonaler Einwirkung«, wobei er – wenn auch mit Überschneidungen – erzieherische Aufgaben der Pädagogik, Beratung der Sozialarbeit, Psychotherapie der klinischen Psychologie und psychiatrische Behandlung der Psychiatrie zuordnet.

Entsprechend der oben angeführten Zieldimension familienorientierter Intervention sollen im folgenden die auf eine akute Symptombehandlung bzw. -reduzierung abzielenden remedialen Interventionsmaßnahmen dem Ansatz der *Familientherapie* zugerechnet werden, während die entwicklungsoptimierenden und präventiven Vorgehensweisen schwerpunktmäßig den Bereich der *Familienberatung* ausmachen. Wie jedoch im vierten Abschnitt noch näher zu zeigen sein wird, bestehen die Stärken einer familienorientierten Intervention häufig gerade in einer Verknüpfung remedialer, präventiver und entwicklungsoptimierender Ansätze.

So gesehen erscheint es wenig sinnvoll, zur Besitzstandswahrung historisch gewachsener Wissenschaftsbereiche verbale Grabenkämpfe um bestimmte Begriffe zu führen. Entscheidend ist vielmehr, daß interventionsorientiertes Handeln kompetent, effektiv und nach wissenschaftlichen Standards erfolgt. Dies setzt selbstverständlich eine fachliche Spezialisierung, aber auch ein gesellschaftlich anerkanntes Niveau von Professionsalisierung (d.h. Ausbildung, Zertifizierung, Lizenzierung und Überwachung des Qualitätsstandards von Dienstleistungen) voraus, das im deutschsprachigen Raum – etwa im Gegensatz zu den USA (vgl. *Kaslow* 1987) – erst in Ausnahmefällen erreicht ist. Diese Einschätzung gilt gleichermaßen für allge-

meine wie für speziell familienorientierte Interventionsansätze. Deutlicher Beleg hierfür ist die Tatsache, daß Berufsbezeichnungen wie »Familienberater« oder »Familientherapeut« bisher weder gesetzlich geschützt noch von den Krankenkassen anerkannt sind.

2. Zur Geschichte und Institutionalisierung von Familienberatung und -therapie

Die Wurzeln einer institutionalisierten Familienberatung und -therapie reichen zurück in die Zeit der Einrichtung der ersten Erziehungsberatungsstellen zu Beginn des 20. Jahrhunderts (vgl. *Rudert, Stein* 1959). Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand dabei die vor allem in den Städten beobachtete Häufung von Verhaltensauffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen, die man vorwiegend auf der Basis der neu entwickelten tiefenpsychologischen Ansätze zu behandeln versuchte. Als wohl erste Institution, in deren Bezeichnung auch das Wort »Erziehungsberatung« Verwendung fand, gründete 1906 *Fürstenheim* in Berlin eine »Medico-Pädagogische Poliklinik für Kinderforschung, Erziehungsberatung und ärztliche erzieherische Behandlung«. Darüber hinaus gab es ab 1917 in Heidelberg und 1921 in Krefeld eine »Heilpädagogische Beratungsstelle«. 1922 hatten die Städte Kiel und Karlsruhe eine »Psychopathensprechstunde« bzw. »Sprechstunden für psychisch auffällige Kinder und Jugendliche« eingerichtet. Explizit unter der Bezeichnung »Erziehungsberatungsstelle« waren in den Jahren 1921/1922 bei den Bezirksjugendämtern in Wien 23 Einrichtungen geschaffen worden, die für die weitere Ausgestaltung ähnlicher Beratungsstellen wegweisend werden sollten. Zur gleichen Zeit wurden in den USA die sog. »child guidance clinics« in größerem Umfang gegründet. Das interdisziplinär orientierte Modell der child guidance clinics, wonach wenigstens ein Arzt, ein Psychologe und ein Sozialarbeiter zusammenarbeiten, diente nach dem zweiten Weltkrieg auch in der Bundesrepublik Deutschland als Vorbild für die sich allmählich weiter ausbreitenden Erziehungsberatungsstellen.

Die gesetzliche Basis für die Aktivitäten dieser Beratungseinrichtungen war 1953 mit der Novellierung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes aus dem Jahre 1923 geschaffen worden, wobei die zuvor freiwilligen Aufgaben der Jugendhilfe zu Pflichtaufgaben der Jugendämter wurden. Es dauerte jedoch weitere 20 Jahre, bis die für Jugendhilfe zuständigen Minister und Senatoren der Bundesländer »Grundsätze für die einheitliche Gestaltung der Richtlinien der Länder für die Förderung von Erziehungsberatungsstellen« verabschiedeten, in denen folgende Aufgaben festgeschrieben wurden.

»a) Feststellung von Verhaltensauffälligkeiten, Erziehungsschwierigkeiten und Entwicklungsstörungen, einschließlich der ihnen zugrunde liegenden Bedingungen unter Berücksichtigung ihrer psychischen, physischen und sozialen Faktoren,

b) Veranlassung oder Durchführung von der zur Behebung der festgestellten Auffälligkeiten erforderlichen Maßnahmen; sie schließen damit die Durchführung der notwendigen Beratung gegenüber Kindern, Jugendlichen und Eltern oder anderen an der Erziehung beteiligten Personen oder Stellen . . . ein . . .

c) Mitwirkung bei vorbeugenden Maßnahmen gegen Erziehungsfehler« (zitiert nach *Buy, Specht, Zuschlag* 1981, 150).

Etwa zur gleichen Zeit entwickelte sich eine Argumentationslinie, die sich nun nicht mehr ausschließlich an den Verhaltensauffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen orientierte, sondern die Erziehungskraft und Sozialisationsfähigkeit der Familie problematisierte und daher entsprechende familienunterstützende Maßnahmen forderte (vgl. Zweiter und Dritter Familienbericht 1975, 1979; *Seifert-Schröder* 1981). Dies hatte zur Folge, daß statt des »identifizierten Patienten« innerhalb der Familie in gewissem Sinne das Familiensystem selbst zum Patienten wurde (vgl. *Richter's* 1970 erschienenen Bestseller »Patient Familie«). Den Hintergrund hierfür bildete nicht nur die vielerorts diagnostizierte Krise der Kleinfamilie (vgl. *Cooper* 1981; *Perrez* 1979), sondern auch der rasante Aufschwung einer seit Mitte der fünfziger Jahre vor allem in den USA propagierten systemtheoretisch fundierten Familienbehandlung (vgl. *Broderick, Schrader* 1981).

Auf dem Hintergrund der allgemeinen Systemtheorie (vgl. *von Bertalanffy* 1968) wurde als Metatheorie zur Beschreibung und Erklärung von Familienbeziehungen die *Familiensystemtheorie* entwickelt (zu den Grundannahmen der Familiensystemtheorie vgl. *Schneewind* 1987, *Steinglass* 1987). In ihrer Anwendung auf die Behandlung von Störungen auf der Individual- und Beziehungsebene entstand daraus ein *familientherapeutisches Paradigma*, das von manchen als »kopernikanische Revolution« (vgl. *Guntern* 1980) bezeichnet wird. Entsprechend diesem Ansatz werden die Bedingungen für die Entstehung und Aufrechterhaltung von Störungen im wesentlichen in den Besonderheiten familiärer Intraktionsmuster gesehen. Konsequenterweise wird dann auch für eine Behebung dieser Störungen durch eine Veränderung der Familienbeziehungen plädiert. Beispielhaft hierfür sind die in den fünfziger Jahren am Mental Research Institute in Palo Alto entwickelten kommunikationstheoretischen und -therapeutischen Ansätze zur Behandlung von schizophrenen Patienten (vgl. *Bateson, Jackson, Haley, Weakland* 1956). Das erkennbar an einem psychosozialen Krankheitsmodell orientierte familientherapeutische Paradigma hat sich in der Folgezeit in eine Reihe von familientherapeutischen Modellen ausdifferenziert, denen wiederum eine Vielzahl von familientherapeutischen Schulen zugeordnet werden können (vgl. *Gurman, Kniskern* 1981; *Levant* 1984; *Nichols* 1984). Darüber hinaus haben die einzelnen familientherapeutischen Schulen eine Fülle von Methoden und Techniken entwickelt (vgl. *Freeman* 1981; *L'Abate, Ganahl, Hansen* 1986; *Sherman, Fredman* 1986) die mehr oder weniger in das Repertoire des praktisch tätigen Familientherapeuten eingegangen sind, wenngleich ihre Effektivität in den seltensten Fällen wissenschaftlich belegt ist.

Die mit der Einführung des familientherapeutischen Paradigmas gewonnene neue Sichtweise der Entstehung und Aufrechterhaltung von behandlungsbedürftigen Symptomen blieb auch für das Arbeitsmodell der Erziehungsberatungsstellen nicht ohne Wirkung. Dies äußerte sich u. a. auch in der Benennung bzw. Umbenennung von Erziehungsberatungsstellen. So führen *Buy, Specht* und *Zuschlag* (1981) u. a. folgende Bezeichnungen an: »Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Familien«, »Jugend- und Familienberatung«, »Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstelle«, »Zentrum für Einzel- und Familienberatung«. In einer 1962 durchgeführten Erhebung firmierten knapp 60 % der gefragten Einrichtungen als Erziehungsberatungsstellen (vgl. *Koblank* 1967), während 15 Jahre später bei einer Bestandsauf-

nahme hessischer Beratungsstellen sich ergab, daß die meisten der befragten Stellen sich als Familienberatungsstellen verstanden (vgl. *Smid, Armbruster* 1980).

Auch *Ewert* (1988) konnte bei seiner Erhebung an 67 Erziehungsberatungsstellen in Hessen und Rheinland-Pfalz eine im Vergleich zu früher erheblich veränderte Arbeitsweise feststellen, wobei neben einer starken Reduzierung diagnostischer Aufgaben vor allem eine erhebliche Zunahme an therapeutischen Tätigkeiten zu verzeichnen war. Familientherapie wird in dieser Untersuchung von 94% der befragten Stellen als Arbeitsmodell angegeben und liegt damit vor der Gesprächspsychotherapie, der Verhaltenstherapie und tiefenpsychologischen Verfahren an der Spitze aller therapeutischen Arbeitsformen.

Die institutionalisierten Familienberatungsstellen haben sich in der Bundesrepublik Deutschland zum »Deutschen Arbeitskreis Jugend-, Ehe- und Familienberatung« (DAK) zusammengeschlossen. Dem DAK gehören fünf Mitgliedsverbände an, die sich hinsichtlich ihrer fachlichen und weltanschaulichen Ausrichtungen mehr oder weniger unterscheiden (vgl. *Keil* 1979). Hierzu gehören:

(a) die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung – Gesellschaft für Beratung und Therapie von Kindern, Jugendlichen und Eltern,
(b) die Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung,
(c) die Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung,
(d) die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Beratung und
(e) Pro Familia, Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e.V.

Keil (1979) kommt bei seiner Zusammenstellung aller im DAK zusammengeschlossenen Dachverbände auf insgesamt 1468 Beratungseinrichtungen, wobei allerdings die Aufgaben und die personelle Ausstattung dieser Institutionen erhebliche Unterschiede aufweisen.

Nach einem Bericht der Welt-Gesundheits-Organisation (WHO) aus dem Jahre 1958 wird eine Erziehungsberatungsstelle mit vier bis fünf vollzeitbeschäftigten Fachkräften für ca. 45000 Einwohner als notwendig erachtet. Für die Bundesrepublik Deutschland werden entsprechend dem Regierungsentwurf eines Jugendhilfegesetzes vom Februar 1979 insgesamt 1200 Erziehungsberatungsstellen mit viereinhalb Fachkräften als Richtzahl angegeben – eine Zahl, die längst nicht erreicht ist. *Keil* (1979) spricht unter Berücksichtigung der WHO-Richtlinien von einem Fehlbestand von 620 Beratungsstellen, der sich auf 1000 Stellen erhöht, wenn man die Ungleichheit der Zugangsmöglichkeiten aufgrund der regionalen Bevölkerungsverteilung berücksichtigt. Allein für die Bereiche »Erziehungs- und Familienberatung« sowie »Ehe- und Lebensberatung« veranschlagt *Keil* (1979) einen Mehrbedarf von 350 Beratungsstellen, was einem Personalzuwachs von 2000 Mitarbeitern und einem Finanzierungsvolumen von DM 120 Millionen entspricht.

Bei all diesen Berechnungen ist allerdings zu bedenken, daß sich in den letzten Jahren neben den institutionalisierten Beratungseinrichtungen immer mehr freie Praxen etabliert haben, die ebenfalls familienorientierte Beratung und Therapie anbieten. Leider gibt es keine verläßlichen Informationen über die Zahl, personelle Ausstattung und Arbeitsweise dieser freien Praxen, so daß gegenwärtig zur Frage der Versorgung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland mit familien-

orientierten Beratungs- und Therapieeinrichtungen keine verbindlichen Aussagen gemacht werden können.

3. Familienberatung und -therapie im Kontext

Allgemein gesprochen hat Familienberatung und -therapie sämtliche Lebensbereiche zum Gegenstand, in denen es auf individuellem oder familiärem Niveau zu Störungen und Bewältigungsproblemen kommt bzw. kommen kann. Dies bringt es mit sich, daß es verschiedene Kontexte von Familienberatung und -therapie gibt, zwischen denen mehr oder weniger enge Bezüge bestehen. Der theoretische Hintergrund hierfür ist, daß individuelle und familiäre Lebensvollzüge in ineinander verschachtelte Systemeinheiten eingebettet sind, worauf *Bronfenbrenner* (1981) mit seiner Unterscheidung von mikro-, meso-, exo- und makrosystemischen Einflüssen auf das Entwicklungsgeschehen aufmerksam gemacht hat. Konsequenterweise folgt daraus, daß z.B. familientherapeutische Interventionen sich nicht nur auf das Mikrosystem Familie beschränken müssen, sondern auch außerfamiliäre Lebenskontexte mit zu berücksichtigen haben (vgl. *Imber-Black* 1988; *Schwartzman* 1985). Mit anderen Worten: individuelle und Beziehungsprobleme können sich – auch wenn sie eine familiäre Entstehungsgeschichte haben – nicht nur im familiären Kontext, sondern auch in anderen Lebensbereichen (z.B. Schule, Betrieb) äußern. Umgekehrt können auch außerfamiliäre Bedingungen zur Entstehung und Aufrechterhaltung von individuellen und Beziehungsproblemen beitragen (z.B. Kontakt mit drogenabhängigen Klassenkameraden, familienunfreundliche Arbeitszeiten, mangelnde finanzielle Entlastung von Familien durch das politische System). Dennoch besteht auch im letzteren Falle der Fokus der Familienberatung und -therapie in einer Einbeziehung des Familiensystems in das Behandlungskonzept. Dabei geht es insbesondere darum, die familiären Ressourcen zu stärken bzw. für die Gewährleistung des Behandlungserfolgs zu nutzen (vgl. *Karpel* 1986).
Ein hilfreiches Modell, das diese kontextbezogenen Überlegungen mit berücksichtigt, ist von *Markman, Floyd, Stanley* und *Lewis* (1986) vorgeschlagen worden. Diese Autoren gehen von einem familienstreß- und bewältigungstheoretischen Ansatz aus, den sie mit verschiedenen Phasen und Übergängen im Familienlebenszyklus verbinden. *Markman* et al. (1986) haben dieses Modell vor allem für den Bereich der Prävention beim Übergang zur Ehe entwickelt. Das Anwendungsfeld des Modells ist jedoch wesentlich breiter, wenngleich wir uns bei der Wiedergabe des Modells in Abbildung 1 an der ursprünglichen Fassung von *Markman* et al. (1986, 176) orientieren.
In Anlehnung an *Carter* und *Mc Goldrick* (1980) wird in diesem Modell zwischen vertikalen Stressoren und Ressourcen einerseits und horizontalen Stressoren andererseits unterschieden. Vertikale Stressoren und Ressourcen beziehen sich auf die historisch gewachsenen und in die Gegenwart hineinwirkenden Gegebenheiten (a) des sozialen Systems (z.B. ökonomische Bedingungen von Familien, gesellschaftliche Werthaltungen und Prioritäten bezüglich Ehe, Scheidung und Elternschaft), (b) des transgenerationalen Systems (z.B. Qualität der Beziehung zu Eltern und

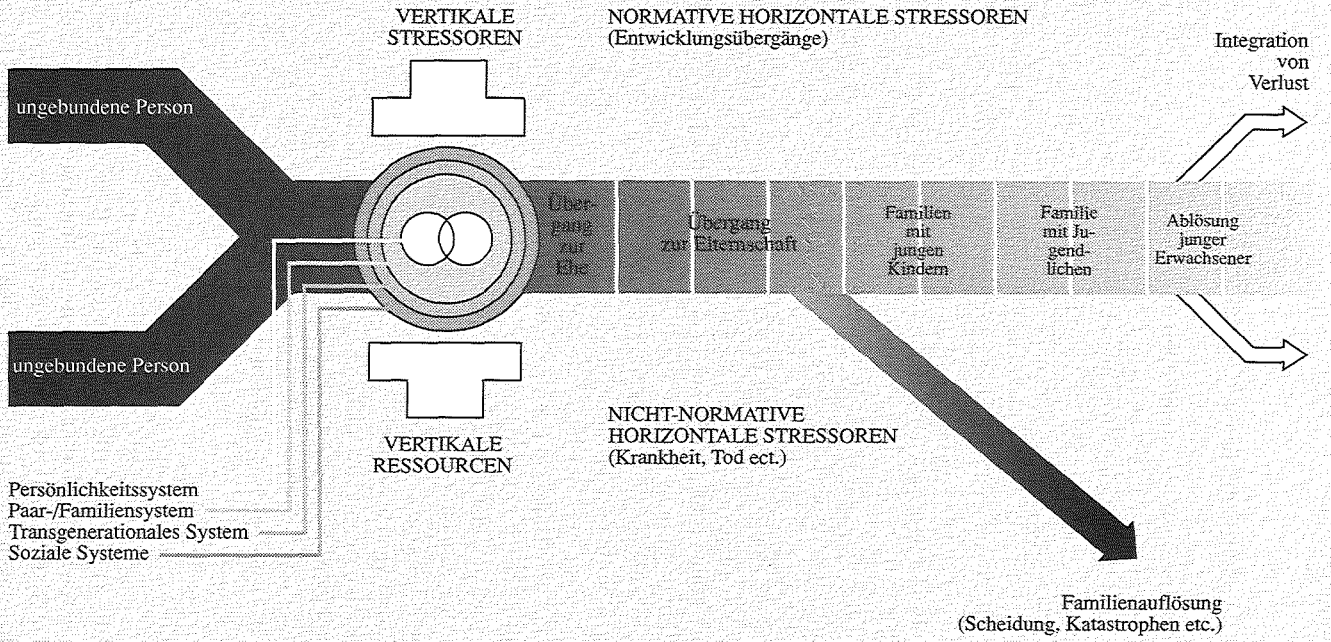


Abbildung1: Stressoren und Ressourcen im Verlauf des Familienzyklus (nach Markman et al. 1986, S. 176)

Schwiegereltern, Wirkung überkommener Familientabus und -mythen), (c) des gegenwärtigen Paar-/Familiensystems (z.B. Ausmaß an familiärer Kohäsion und Anpassungsfähigkeit, familiäre Kommunikations-, Interaktions- und Problemlösungsmuster) und (d) des Persönlichkeitssystems (z.B. physische Gesundheit, Ausprägung von Selbstwertgefühl, personaler Kontrolle und sozialen Kompetenzen).
Die Balance zwischen vertikalen Stressoren und Ressourcen hat einen Einfluß auf das Ausmaß an Verletzlichkeit eines Familiensystems, wenn es im Zuge seiner weiteren Entwicklung mit horizontalen Stressoren konfrontiert wird. Hierbei läßt sich grob zwischen normativen und nicht-normativen Stressoren unterscheiden. Als normative horizontale Stressoren sind vor allem die erwartbaren Übergänge und Phasen im Familienlebenszyklus zu bezeichnen (z.B. Übergang zur Elternschaft, Übergang zur Phase des sog. »leeren Nests«). Diese Entwicklungsübergänge und auch die dazwischenliegenden Phasen im Familienlebenszyklus lassen sich durch entsprechende Familienentwicklungsaufgaben markieren, die ihrerseits das Familiensystem zu einer mehr oder minder tiefgreifenden Reorganisation ihrer bisherigen Lebenspraxis herausfordern.
In noch stärkerem Maße gilt dies für die nicht-normativen horizontalen Stressoren, die sich im Verlauf der Familienentwicklung relativ plötzlich und unvorhergesehen einstellen. Hierzu gehören z.B. Ereignisse wie Trennung, Scheidung, Unfälle, chronische Krankheiten, unzeitgemäßer Tod oder Arbeitslosigkeit. Die Bewältigung solcher familienrelevanter Ereignisse erfolgt stets auf dem Hintergrund des gegenwärtigen Niveaus an vertikalen Stressoren und Ressourcen. Je nachdem, wie dieser Bewältigungsprozeß verläuft, werden die mit den horizontalen Stressoren verknüpften Konsequenzen der Streßverarbeitung Bestandteile des Potentials vertikaler Stressoren bzw. Ressourcen und tragen damit zur Erhöhung oder Erniedrigung der Verletzlichkeit des Familiensystems bei der Auseinandersetzung mit zukünftigen horizontalen Stressoren bei. An dieser Stelle werden die protektiven Konsequenzen einer gelungenen und die vulnerabilitätserhöhenden Konsequenzen einer mißlungenen Streßverarbeitung gleichermaßen deutlich.
Eine der Forgerungen aus diesem prozeß- und entwicklungsorientierten Modell der familiären Streßbewältigung ist, daß die Konfrontation mit Stressoren per se nicht unbedingt ein alarmierendes Zeichen zu sein braucht. Es kommt vielmehr darauf an, wie Stressoren bewältigt werden. Man wird hinzufügen können, daß gerade die gelungene Bewältigung von zeitlich vorauslaufenden Stressoren das Potential an vertikalen Ressourcen und damit die Effektivität der aktuellen Streßbewältigung erhöht (vgl. *McCubbin, Patterson* 1983; *Schneewind* 1987).
Zusammenfassend läßt sich somit die folgende grundlegende Hypothese formulieren: Je größer zu einem bestimmten Zeitpunkt innerhalb einer Familie das Potential an vertikalen Stressoren in Relation zu vertikalen Ressourcen ist, desto anfälliger ist die Familie bei zukünftigen Belastungen für dysfunktionale Entwicklungen. Umgekehrt können belastende Ereignisse, die zu einem bestimmten Zeitpunkt im (Familien-) Lebenszyklus auftreten, um so besser bewältigt werden, je größer das Ausmaß an vertikalen Ressourcen im Vergleich zu vertikalen Stressoren ist.
In der nicht-interventiven Familienforschung finden sich ansatzweise Belege für diese Hypothese z.B. im Bereich der generationenübergreifenden Lebenslauffor-

schung (vgl. *Elder* 1988; *Elder, Caspi* 1988), der Scheidungswirkungsforschung (vgl. *Hetherington* 1988) oder der Familienentwicklungspsychopathologie (vgl. *Martin* 1987). Eine umfassende familiensystembezogene Überprüfung dieser Hypothese steht allerdings noch aus. Darüber hinaus bedarf das in Abbildung 1 wiedergegebene Modell noch einer genaueren inhaltlichen Differenzierung der verschiedenen Klassen von Stressoren und Ressourcen sowie einer präziseren persönlichkeits- und familientheoretischen Verankerung. Dennoch soll es in der folgenden Darstellung der verschiedenen Ansatzpunkte von Familienberatung und -therapie als Orientierungshilfe dienen.

4. Ansatzpunkte der Familienberatung und -therapie

Im folgenden gehen wir von der These aus, daß das Ausmaß an Steßbelastung oder Verletzlichkeit einer Familie in hohem Maße mit ihrer Interventionsbedürftigkeit korreliert ist. Dies besagt: Je höher das Verletzlichkeitsniveau einer Familie, desto bedürftiger ist sie für eine professionelle Beratung und Therapie. Bei einer groben Unterscheidung von drei Verletzlichkeitsniveaus (niedrig: unauffällige Familien; mittel: Risikofamilien; hoch: auffällige Familien) und drei Stufen der Interventionsbedürftigkeit (niedrig, mittel, hoch) lassen sich die im ersten Abschnitt dieses Beitrags angeführten Interventionsziele von Familienberatung und -therapie (Entwicklungsoptimierung, Prävention, Remediation) entsprechend zuordnen (vgl. Abbildung 2).

Den in Abbildung 2 durch Pfeile wiedergegebenen Beziehungen zwischen den remedialen, präventiven und entwicklungsoptimierenden Ansatzpunkten der Familienberatung und -therapie liegen folgende Annahmen zugrunde: Zum einen sollen die durchgezogenen Pfeile signalisieren, daß eine Verknüpfung zwischen zwei interventiven Ansatzpunkten eine Verringerung des Verletzlichkeitsniveaus und damit der Interventionsbedürftigkeit mit sich bringt. So wird etwa bei Familien, die durch ein bestimmtes Symptom (Kindesmißhandlung) auffällig geworden sind, der Behandlungserfolg langfristig dauerhafter sein, wenn im Anschluß an eine remediale Intervention präventive Maßnahmen zur Verhütung von Rückfällen durchgeführt werden. Zum anderen – und dies sollen die unterbrochenen Pfeile in Abbildung 2 zum Ausdruck bringen – wird angenommen, daß bei Risikofamilien die Durchführung präventiver Maßnahmen die Erhöhung ihres Verletzlichkeitsniveaus und damit die Notwendigkeit einer remedialen Intervention verhindert. Darüber hinaus kann über entwicklungsoptimierende Maßnahmen bei Risikofamilien deren Verletzlichkeitsniveau noch weiter gesenkt werden bzw. bei unauffälligen Familien das Auftreten von Risikofaktoren oder behandlungsbedürftigen Symptomen verhindert werden.

Die hier vorgeschlagene Verknüpfung von unterschiedlichen Interventionsansätzen erlaubt im übrigen auch eine Zuordnung der traditionellen Klassifikation von Präventionsformen nach primärer, sekundärer und tertiärer Prävention (vgl. *Caplan* 1964). Demnach entspricht die Verknüpfung »Entwicklungsoptimierung und Prävention« dem Aspekt der *primären Prävention*, bei der es schwerpunktmä-

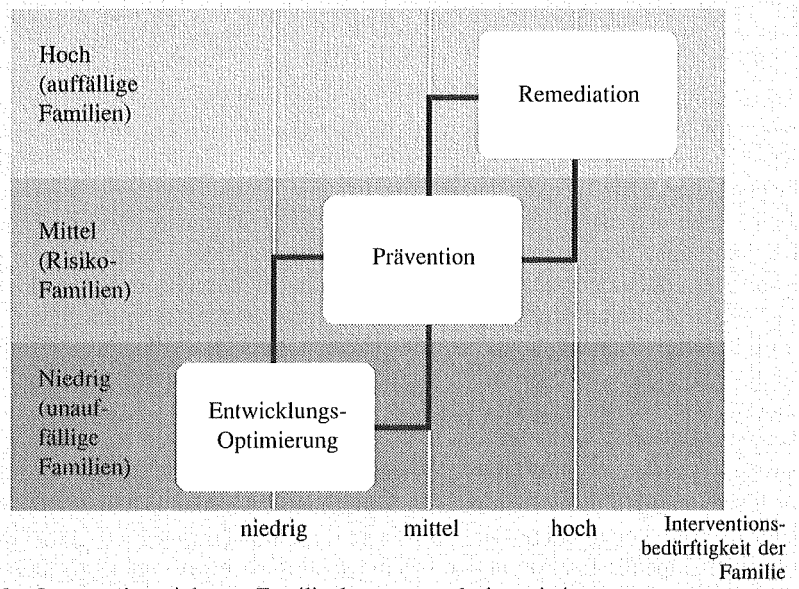


Abb. 2: Interventionsziele von Familienberatung und -therapie im Kontext von familiärer Verletzlichkeit und Interventionsbedürftigkeit

ßig um unauffällige Paare oder Familien geht, die daran interessiert sind, die Qualität ihrer interpersonalen Beziehungen noch über das bestehende Maß hinaus zu verbessern. Die Zielsetzung ist hier, die vertikalen Ressourcen – insbesondere auf der Familienbeziehungs- und Persönlichkeitsebene – zu stärken, so daß zukünftige vertikale Stressoren besser bewältigt werden können. In der Regel handelt es sich hierbei um die Vermittlung und Einübung von allgemeinen Beziehungsfertigkeiten (z.B. aktives Zuhören, hilfreiches Handeln, Entscheidungsfindung, Konfliktbewältigung) und personenbezogene Selbstkontrolltechniken (z.B. Ärgerkontrolle, Streßmanagement), wozu eine reichhaltige Literatur vorliegt (vgl. *Curran, Monti* 1982; *L'Abate, Milan* 1985; *Nelson-Jones* 1986; *Spence, Shepherd* 1983).

Als *sekundäre Prävention* läßt sich die Verbindung »Prävention und Remediation« bezeichnen, in der die Verhinderung von erwartbaren Symptomen bei Risikofamilien im Vordergrund steht. In diesen Fällen beziehen sich die Präventionsprogramme auf potentiell krisenhafte Übergänge im Familienlebenszyklus (d.h. normative und nicht-normative horizontale Stressoren), mit dem Ziel einer Vermittlung von Bewältigungsstrategien für den Fall, daß die Krise tatsächlich eintritt. In der Regel sind diese Präventionsprogramme wegen ihres Bezugs zu bestimmten Phasen des Familienzyklus inhaltlich auf die antizipierten Problemlagen (z.B. Übergang zur Ehe, zur Erstelternschaft, zur Scheidungs- und Nachscheidungsphase) zugeschnitten, wenngleich sie sich konzeptionell an dem Repertoire allgemeiner Beziehunsfertigkeiten und Selbstkontrolltechniken orientieren (vgl. hierzu *Guerney, Guerney, Cooney* 1985; *L'Abate* 1986; *Levant* 1986a). Von daher stellt die

Beziehung »Prävention → Entwicklungsoptimierung« eine Generalisierung von familienentwicklungsspezifisch angelegten Präventionsmaßnahmen dar und bildet somit eine weitere Facette der sekundären Prävention.

Bei der *tertiären Prävention* schließlich geht es um die Verknüpfung »Remediation → Prävention«, d.h. um die Reduzierung und Stabilisierung der Verletzlichkeit einer Familie auf einem niedrigeren Niveau als zu Beginn der Intervention. Die Zielsetzung hierbei ist es, zunächst durch eine remediale Intervention den akuten Zustand der Verletzlichkeit zu verringern, und anschließend durch präventive Maßnahmen den therapeutischen Effekt zu festigen. Je nachdem, ob man bei der Behebung eines Symptoms von einem medizinischen oder einem psychosozialen Krankheitsmodell oder auch von einem Mischmodell ausgeht, das sowohl somatische wie psychosomatische Aspekte berücksichtigt, werden die remedialen therapeutischen Maßnahmen unterschiedlich aussehen. Bei einer strikt am medizinischen Krankheitsmodell orientierten Behandlungsstrategie wird z.B. die Behandlung einer als schizophren diagnostizierten Person ausschließlich, d.h. sowohl remedial als auch präventiv, medikamentös erfolgen. Im psychosozialen Krankheitsmodell werden – wie weiter oben bereits angesprochen – die Ursachen für die Entstehung, Auslösung und Aufrechterhaltung von Symptomen ausschließlich in den psychosozialen Umständen gesehen. Diese Störungen sollen daher auch ausschließlich mit familientherapeutischen Methoden behandelt werden, bevor dann ggf. präventive Maßnahmen eingesetzt werden. So empfiehlt etwa *L'Abate* (1986b) für die Behandlung von akuten Störungen (z.B. manifesten depressiven Zuständen) zunächst mit indirekten familientherapeutischen Methoden wie positivem Umdeuten oder Verhaltensverschreibungen zu arbeiten, um nach einer Linderung der akuten Krise mit direkten präventiven oder auch entwicklungsoptimierenden Maßnahmen den Behandlungserfolg zu vertiefen.

Bei einer Behandlungsstrategie, die sich sowohl auf somatische als auch auf psychosoziale Verursachungsfaktoren stützt, können medizinische (z.B. pharmakotherapeutische) Maßnahmen zur remedialen Symptomlinderung mit einer anschließenden Kombination von medikamentösen und psychosozialen Präventivmaßnahmen verbunden werden. Daß dies ein erfolgversprechender Weg ist, wurde z.B. bei der Behandlung schizophrener Patienten in einer Reihe von Studien, auf die wir weiter unten noch zu sprechen kommen, eindrücklich unter Beweis gestellt.

Abschließend muß zu dem in Abbildung 2 wiedergegebenen Versuch einer Plazierung von unterschiedlichen Interventionsansätzen der Familienberatung und -therapie in einem zweidimensionalen Modell von Verletzlichkeit und Interventionsbedürftigkeit angemerkt werden, daß es sich hierbei allenfalls um ein heuristisches Schema handelt. Zum einen fehlt es bisher an Indikatoren, die eine umfassende, zuverlässige, gültige und konsensfähige Erfassung des Verletzlichkeitsniveaus von Familien erlauben würden. Zum anderen ist das Konzept der Interventionsbedürftigkeit nicht unproblematisch. So kann zumindest im Falle von Familien mit einer hohen Erwartungswahrscheinlichkeit für die Bildung gravierender Symptome (z.B. Kindesmißhandlung oder Ausbruch einer psychischen Erkrankung) die Interventionsbedürftigkeit im Vergleich zu Familien mit manifesten Symptomen genauso hoch eingeschätzt werden. Trotz dieser Bedenken werden im folgenden die unter-

schiedlichen Ansatzpunkte von Familienberatung und -therapie auf dem Hintergrund des in Abbildung 2 dargestellten Schemas etwas genauer dargestellt und hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Fundierung unter die Lupe genommen.

5. Familienberatung und -therapie als Remediation

Die auf der Verletzlichkeitsdimension als »auffällig« bezeichneten Familien werden hier aus rein pragmatischen Überlegungen unter diesem Begriff zusammengefaßt. Der gemeinsame Nenner besteht darin, daß entweder die gesamte Familie oder einzelne Systeme bzw. Mitglieder der Familie Symptome aufweisen, die von der Familie selbst oder von anderen Instanzen des gesellschaftlichen Systems (z.B. Gesundheitswesen, Rechtssystem, Schule, Betrieb) als »deviant«, »gestört«, »dysfunktional«, »unerwünscht« und damit als behandlungsbedürftig angesehen werden. Zweifellos können dabei auch vorschnelle Etikettierungen von Familien und ihrer Mitglieder erfolgen. Der Hintergrund hierfür ist, daß die gesellschaftlichen Bedingungen abweichenden Verhaltens und Erlebens häufig ignoriert werden. Eine umfassende systemische Diagnostik – auch wenn diese bei weitem noch nicht entwickelt ist – wird jedoch auch diese Aspekte mit zu berücksichtigen haben und zugleich einen Standpunkt einnehmen können, der gegebene Symptome im Kontext ihrer Entstehung, Begleitumstände und Konsequenzen einordnet (vgl. *Auerswald* 1968; *Keeney* 1979).

Auf der Individualebene äußern sich behandlungsbedürftige Störungen in Symptomen wie Schizophrenie, psychosomatische Auffälligkeiten, Alkohol- und Drogenabusus, kriminelles Verhalten, Suizid, Depressionen oder Phobien. Beispiele für Störungen auf der Familienbeziehungsebene sind etwa chronische Partnerschaftskonflikte, manifeste sexuelle Probleme, Mißhandlungen von Kindern, Frauen oder älteren Familienangehörigen. All diese Symptome können als Indikatoren für ein stark ausgeprägtes Verletzlichkeitsniveau der Familie angesehen werden, die eine hohe Behandlungsbedürftigkeit signalisieren. Das Vorgehen ist dabei in erster Linie remedial, d.h. es geht vor allem um eine Behebung oder zumindest Reduzierung von Symptomen, die bereits manifest geworden sind. Es ist dies vornehmlich die Domäne der klinischen Familienpsychologie (vgl. *L'Abate* 1985) bzw. der Familienpsychiatrie (vgl. *Howells* 1971), wobei das Behandlungskonzept in engerem Sinne als familientherapeutisch zu bezeichnen ist.

Nun gibt es freilich innerhalb des familientherapeutischen Paradigmas nicht nur eine familientherapeutische Vorgehensweise, sondern eine ganze Reihe familientherapeutischer Schulen, die mehr oder weniger für sich in Anspruch nehmen, den Königsweg zur Heilung dysfunktionaler Familien gefunden zu haben. Im gegebenen Kontext verbietet sich eine ausführliche Darstellung und vergleichende Gegenüberstellung der einzelnen familientherapeutischen Schulen. Hierzu muß auf andere Quellen verwiesen werden (vgl. *Gurman, Kniskern* 1981; *Wolman, Stricker* 1983; *Nichols 1984; Schneider* 1983; *Piercy, Sprenkle et al.* 1986). Statt dessen soll ein von *Levant* (1984) unterbreiteter Vorschlag zur Reduktion familientherapeutischer Schulen auf drei familientherapeutische Modelle kurz vorgestellt werden.

Levant (1984, 80f.) unterscheidet zwischen drei familientherapeutischen Modellen, nämlich, (a) einem historischen, (b) einem struktur-/prozeß- und (c) einem erfahrungsorientierten Modell. Das *historische Modell* konzentriert sich vor allem auf die Vergangenheit und analysiert Familienbeziehungen über wenigstens zwei, meistens jedoch mehrere Generationen. Die therapeutischen Bemühungen laufen darauf hinaus, die Familie und ihre Mitglieder von ihren dysfunktionalen Bindungen an frühere Generationen zu befreien. Die Rolle des Therapeuten ist eher passiv, die Dauer der Therapie relativ lang und die theoretischen Wurzeln dieses Modells liegen vornehmlich in der Psychoanalyse. Beispielhafte Vertreter des historischen Modells sind *Boszormenyi-Nagy* (1987), *Bowen* (1978) und *Stierlin* (1975).
Das *Struktur-/Prozeßmodell* fokussiert vor allem die gegenwärtige Situation einschließlich der jüngsten Vergangenheit und der nahen Zukunft. Die therapeutischen Ziele liegen in einer Änderung dysfunktionaler familienstruktureller Regeln und Interaktionen. Die Rolle des Therapeuten ist aktiv und direktiv. Die Behandlungsdauer eher kurz und die theoretischen Orientierungen gründen in der Familiensystemtheorie sowie in der Lerntheorie. Repräsentative Vertreter dieses Modells sind *Haley* (1976), *Minuchin* (1977), *Selvini-Palazzoli, Boscolo, Cecchin* und *Prata* (1977), *Alexander* und *Parsons* (1982), *Patterson* (1982) und *Stuart* (1980).
Im Vergleich zu den beiden anderen Modellen bezieht sich das *erfahrungsorientierte Modell* am stärksten auf die im »Hier und Jetzt« ablaufenden Prozesse. Das therapeutische Ziel besteht in einer Intensivierung positiver emotionaler Erfahrungen zwischen den Familienmitgliedern. Der Therapeut ist aktiv und versteht sich als eine Person, die sich mit viel Einfühlsamkeit auf die Familie einläßt. Die Therapien sind eher von mittlerer Dauer und basieren auf den existentialistischen und phänomenologischen Ansätzen der humanistischen Psychologie. Bekanntere Vertreter dieses familientherapeutischen Modells sind *Kempler* (1981), *Satir* (1973) oder *Whitaker* und *Keith* (1981).

Während – wie bei jedem Versuch der Komplexitätsreduzierung – die Besonderheiten der innerhalb eines bestimmten Modells zusammengefaßten Familientherapieschulen eher eingeebnet werden, treten die Unterschiede zwischen den drei familientherapeutischen Modellen besonders deutlich hervor. Im Hinblick auf den weiter oben dargestellten familienstreß- und bewältigungstheoretischen Ansatz sind die historisch orientierten Familientherapieschulen eher an den Bereich vertikaler Stressoren und Ressourcen interessiert, die das transgenerationale System (d. h. die Herkunftsfamilien der Partner) betreffen. Hingegen liegt der Zeitpunkt des struktur-/prozeßorientierten und des erfahrungsorientierten Therapiemodells in der Gegenwart und thematisiert damit vor allem horizontale Stressoren sowie die Aspekte von vertikalen Stressoren und Ressourcen, die sich auf das gegenwärtige Familiensystem und auf das Persönlichkeitssystem beziehen. Dabei ist der Unterschied zwischen den beiden zuletzt genannten Modellen in einem eher verhaltensbezogenen (struktur-/prozeßorientierten Modell) und einem eher erlebensbezogenen (erfahrungsorientiertes Modell) Fokus zu sehen.
Eine andere, unter wissenschaftlichen wie gesundheitspolitischen Gesichtspunkten besonders bedeutsame Frage ist, welche Effektivität die einzelnen familientherapeutischen Schulen nachweisen können. Zu dieser Frage liegen nach dem jünsten Bericht von *Gurman, Kniskern* und *Pinsof* (1986) bereits 47 Sammelreferate vor. Die Autoren steuern selbst den 48. Überblick bei, der sicher nicht der letzte in diesem wichtigen Forschungsfeld sein wird. Nach einer Darstellung der vielfältigen methodischen Probleme, die sich bei einer wissenschaftlich fundierten Evaluation von Therapieerfolgs- und Prozeßstudien ergeben, gelangen *Gurman* et al. (1986) aufgrund ihrer Analyse des vorliegenden empirischen Materials zu einer Tabelle, in

der sie den Effektivitätsnachweis von insgesamt 15 familientherapeutischen Richtungen in Bezug auf zehn spezifizierte Störungen bewerten (vgl. hierzu die ähnliche Vorgehensweise von *Olson, Russell, Sprenkle* 1980). Der Hauptbefund von *Gurman* et al. (1986) besteht darin, daß von den insgesamt 150 Evaluationsmöglichkeiten, die sich aus der Verknüpfung der Therapieschulen und Störungsformen ergeben, lediglich 35 (25%) realisiert wurden. Nur in 13 Fällen (9%) dieser Kombination haben die Autoren eine Einschätzung des Therapieerfolgs abgegeben, die für eine wahrscheinliche oder gesicherte Effektivität der therapeutischen Intervention spricht. Freilich betonen *Gurman* et al. (1986, 593) auch, daß »diese summarische Einschätzung des Therapieerfolgs nicht mit der Intention erfolgt, Anhänger bestimmter ›Schulen‹ von der Weiterführung ihrer gegenwärtigen Praktiken abzubringen, da das Fehlen eines Wirksamkeitsnachweises offenkundig kein Beleg für Unwirksamkeit ist«. Was die Zahlen allerdings sehr wohl belegen, ist ein eklatanter Mangel an fundierter Forschung im Bereich der familientherapeutischen Effektivitätskontrolle.

Betrachtet man die von *Gurman* et. al (1986) vorgelegten Befunde unter dem Gesichtspunkt des Beitrags, den die oben dargestellten familientherapeutischen Modelle bezüglich ihres Wirksamkeitsnachweises geleistet haben, so liegt das struktur-/prozeßorientierte Modell bei 90 möglichen Kombinationen mit 11 halbwegs gesicherten Effektivitätsbelegen an der Spitze, wobei der Löwenanteil auf die verhaltenstheoretischen Therapieschulen fällt. Das historische Therapiemodell bleibt mit zwei aus 40 möglichen Effektivitätsnachweisen im Vergleich zum struktur-/prozeßorientierten Modell deutlich zurück, während das erfahrungsorientierte Therapiemodell auf keinerlei Effektivitätsnachweise zurückblicken kann. Auch dies muß nach Meinung von *Gurman* et. al (1986, 594) nicht unbedingt zur Besorgnis Anlaß geben, da »in der Regel positive und bisweilen außerordentlich eindrucksvolle Ergebnisse dokumentiert wurden, wenn familientherapeutische Behandlungsmethoden einem rigorosen Test unterzogen wurden«. Wenngleich diese Einschätzung nicht ganz im Einklang mit einem früheren Befund von *Gurman* und *Kniskern* (1978a) steht, wonach es immerhin in 5 bis 10% der familientherapeutisch behandelten Fälle zu einer Symptomverschlechterung kommt, meinen die gleichen Autoren (*Gurman, Kniskern* 1978b) auch Belege für die Überlegenheit oder zumindest Gleichwertigkeit familientherapeutischer im Vergleich zu individualtherapeutischen Vorgehensweisen beigebracht zu haben.

Diese Schlußfolgerung wird allerdings – zumindest was die nichtbehavioralen Varianten der systemischen Familientherapie anbelangt – von *Bednar, Burlingame* und *Masters* (1988) energisch bestritten. Diese Autoren zeigen an einer Stichprobe von 25 Therapieerfolgsstudien, die im weitesten Sinne als nicht-behaviorale Familiensystemtherapien zu bezeichnen sind, daß in keiner dieser Studien systemische Behandlungsvariablen (z.B. Einbeziehung multipler Quellen der Einflußnahme, Diagnostik auf dem Niveau unterschiedlicher System- und Subsystemebenen, Registrierung reziproker Einflüsse, Erfassung der Unmittelbarkeit und Intensität familiärer Transaktionen) Berücksichtigung gefunden haben.

Dieser Befund steht im übrigen im Einklang mit einer Bemerkung von *Gurman* et. al (1986, 573), wonach »Studien zum Ergebnis von Familientherapien, die auf

systemischen Diagnosen beruhen, nicht existieren«. *Bednar* et al. (1988, 417) ziehen daraus den folgenden Schluß:

»Wenn Familientherapien wissenschaftlich untermauern wollen, daß sie eine besondere und effektive Behandlungsform darstellen, müssen sie (a) ihre Behandlungsfaktoren definieren und zeigen, in welcher Weise sie eine Besonderheit darstellen und (b) bestimmen, welcher Teil der Ergebnisvarianz auf diese besonderen Behandlungsfaktoren zurückgeführt werden kann... Bis dahin erscheint die Behauptung, daß (a) Familientherapie eine besondere Behandlungsmodalität darstellt, die (b) wenigstens genauso wirksam ist wie Individualtherapie, wenig plausibel.«

Diese Feststellung wollen *Bednar* et al. (1988) allerdings nicht als eine Bevorzugung individualtherapeutischer bzw. Zurückweisung familientherapeutischer Verfahren verstanden wissen. Die Autoren plädieren vielmehr für eine klare konzeptuelle und methodische Untermauerung familientherapeutischer Ansätze und meinen, daß diese Voraussetzungen im Modell der behavioralen Ehe- und Familientherapie besser realisiert seien (vgl. *Falloon* 1988).

In diesem Modell werden Ehe- und Familienprobleme als das Ergebnis einer ungenügenden Reizkontrolle und ihrer verhaltensmäßigen Konsequenzen sowie als Wissens- und Fertigkeitsdefizite im familiären Interaktionsgeschehen angesehen. Anhand einer Analyse von 72 Therapieerfolgsstudien, die sich am Modell der behavioralen Ehe- und Familientherapie orientieren, untermauern *Bednar* et al. (1988) die These, daß diese Studien auf einem präziseren konzeptuellen und methodischen Niveau durchgeführt wurden als die Therapieerfolgskontrollen der nicht-behavioralen Familiensystemtherapien.

Obwohl man aufgrund der gegebenen Forschungslage *Bednar* et al. (1988) wohl zugestehen muß, daß die nicht-behavioralen Familiensystemtherapien mehr Semantik als Substanz produziert haben – *Bogdan* (1987) spricht sogar von einer »systemischen Umweltverschmutzung« – sollte auch bedacht werden, daß der in den bisherigen Forschungsstudien dokumentierte Mangel an Einbeziehung von systemischen Variablen weder gegen die Existenz noch gegen die therapeutische Effektivität dieser Variablen spricht. Für die Zukunft der systemischen Familientherapie wird es entscheidend sein, ob sie sich den Herausforderungen einer wissenschaftlichen Fundierung ihres Effektivitätsnachweises stellt, oder ob die von der Familiensystemtheorie propagierte »Epistemologie« eines ökosystemischen Denkens (vgl. *Keeney* 1983) zur Orthodoxie und Kulthaftigkeit degeneriert (vgl. *Pittman* 1983), was letztlich die Familiensystemtheorie vom »Boom« zum »Bankrott« führen würde (vgl. *L'Abate, Jurkovic* 1987).

6. Familienberatung und -therapie als Prävention

Entsprechend der in Abbildung 2 eingeführten Zuordnung familienberaterischer und -therapeutischer Interventionsformen geht es im Falle der Prävention um die Zielgruppe der Risikofamilien. Als Risikofamilien bezeichnen wir solche Familien, bei denen auf Individual- oder Familienbeziehungsebene die Wahrscheinlichkeit des Auftretens bzw. Wiederauftretens von behandlungsbedürftigen Symptomen besonders hoch ist. Die Rückfallprophylaxe bei psychischen Störungen und massi-

ven Beziehungsproblemen gehört hier ebenso dazu wie die Abwendung von voraussehbaren Fehlentwicklungen aufgrund normativer und nicht-normativer horizontaler Stressoren im Familienlebenszyklus (z.B. Erziehungsschwierigkeiten von Kindern, Übergang zur Scheidungs- und Nachscheidungsphase).

Der gemeinsame Nenner präventiver Maßnahmen besteht in der Stärkung personaler und interpersonaler Kompetenzen, um erwartbare Belastungen besser meistern zu können. In der Terminologie des weiter oben eingeführten familienstreß- und bewältigungstheoretischen Modells heißt dies, daß die Erhöhung des Potentials an vertikalen Ressourcen auf der Familien- und Persönlichkeitsebene im Vordergrund steht. Dabei geht es vor allem um (a) die Vermittlung und Einübung von Kommunikationsfertigkeiten auf der Ebene des Empfangens und Sendens von verbalen und non-verbalen Informationen, (b) die Lösung von Problemen und Konflikten sowie (c) die Kontrolle von personinternen Zuständen, die einer effektiven Kommunikation im Wege stehen (z.B. Mangel an Selbstbehauptung, Selbstenthüllung, Ärgerkontrolle und Streßregulation). *Levant* (1986a) spricht in diesem Zusammenhang von einem psychoedukativen Ansatz der Familienberatung und -therapie, wobei er in einem ausführlichen Überblicksreferat die Fülle der im angloamerikanischen Sprachraum existierenden familienorientierten Programme hinsichtlich ihrer theoretischen Orientierung und ihrer Haupteinsatzgebiete klassifiziert hat. Andere zusammenfassende Darstellungen finden sich bei *Guerney, Guerney, & Cooney* (1985), *L'Abate* (1986a, 1987), *L'Abate* und *Milan* (1985). Für den deutschsprachigen Bereich sei auf die Sammeldarstellungen von *Becker* und *Minsel* (1986), *Minsel* (1984) und *Peterander* (1988) verwiesen.

Die meisten zusammenfassenden Darstellungen orientieren sich an den Übergängen im Familienlebenszyklus bzw. den jeweils vor- und nachgeschalteten Lebensphasen. So unterscheidet *Levant* (1986a) auf der Ebene des Paarsystems zwischen prä-, neo-, meso- und post- (einschließlich scheidungsbezogenen) präventiven Programmen. Auf der Ebene des Eltern-Kind-Systems wird zwischen prä-, neo- und mesopräventiven Programmen unterschieden. Schließlich werden noch Programme angeführt, die das gesamte Familiensystem betreffen. Je nachdem, welches Ausmaß an Verletzlichkeit den jeweiligen Paaren oder Familien unterstellt wird, ist der Übergang zu eher remedialen oder eher entwicklungsoptimierenden Interventionszielen fließend. Bei der Implementierung präventiver familienorientierter Programme bedarf es neben der Berücksichtigung des Familienlebenszyklus auch einer Beachtung der familiären Lebenslage. Spezifische sozio-ökonomische (z.B. Unterschichtsfamilien), sozio-kulturelle (z.B. Ausländerfamilien), familienstrukturelle (z.B. Einelternteil- oder sog. Zweikarrierenfamilien) oder individuelle (z.B. Familien mit Behinderten, chronisch kranken oder hochbegabten Kindern) Lebenslagen sind hier zu nennen (vgl. *L'Abate* 1987). Besonders im Falle sozio-ökonomisch und soziokulturell benachteiligter Familien ergibt sich das Problem einer erhöhten Distanz gegenüber professionellen Beratungs- und Therapieangeboten, was sich in einer Unterrepräsentanz dieses Klientels sowie im gehäuften Abbruch von Beratungs- und Therapiekontakten äußert (vgl. *Koschorke* 1975; *Seus-Seberich* 1981). Wenngleich neuere Befunde für eine Senkung der Akzeptanzschwelle bei der Inanspruchnahme von familienorientierten Beratungs- und Therapieangeboten

sprechen (vgl. *Ewert*1988; *Klann, Hahlweg* 1988; *Knobloch* 1985), gibt es zusätzlich Möglichkeiten, durch neue Formen der Gestaltung und Implementierung von Beratungs- und Therapieleistungen die Distanz zum Klientel zu verringern. Die Vorschläge hierzu reichen von der programmierten Familientherapie (vgl. *L'Abate* 1987b) bis zur Realisierung offener Beratungsformen (vgl. *Straus, Höfer, Gmür* 1988; Institut für psychosziale Praxisforschung 1986), bedürfen aber noch einer Überprüfung ihrer Wirksamkeit.

Da viele der präventiv orientierten Ansätze der Familienberatung und -therapie im Vergleich zu den remedialen Interventionsformen einen höheren Grad an Standardisierung und Strukturiertheit aufweisen, scheinen sie auf den ersten Blick für eine wissenschaftlich fundierte Effektivitätskontrolle besonders geeignet zu sein. Trotz einer beachtlichen Fülle an entsprechenden Untersuchungen (vgl. *Levant* 1986a) reduziert sich das verwertbare Potential an Studien drastisch, wenn man die üblichen Standards experimenteller Forschung (z.B. Vorhandensein von Experimental- und Kontroll- bzw. Vergleichsgruppen, Randomisierung der Zuweisung von Familieneinheiten zu Versuchs- und Kontrollbedingungen, Prä- und Posttesterhebungen, längerfristige Nachfolgeuntersuchungen) zugrundelegt. So haben z.B. *Bagarozzi* und *Rauen* (1981) ihre zunächst auf 50 Programme zur Ehevorbereitung basierende Wirksamkeitsanalyse wegen methodischer Unzulänglichkeiten auf 13 Programme reduzieren müssen. Aber selbst bei diesen 13 letztlich ausgewählten Effektivitätsstudien verwendeten nur sieben eine Kontroll- oder Vergleichsgruppe, nur zwei machten von standardisierten Meßinstrumenten Gebrauch und nur in zwei Fällen wurden Nachfolgeuntersuchungen durchgeführt (vgl. *Levant* 1986a). Studien, die etwas über den längerfristigen Erfolg von Ehevorbereitungsprogrammen (etwa im Sinne einer Verringerung von Scheidungszahlen oder weniger belasteten Ehe- oder Familienbeziehungen) aussagen, sucht man in der einschlägigen Evaluationsliteratur vergeblich (vgl. *Fournier, Olson* 1986). Eine präventive Wirkung dieser Programme ist damit empirisch nicht gesichert.

Im folgenden soll exemplarisch kurz auf einige der besser geplanten Studien aus den Bereichen der sekundären und tertiären Prävention eingegangen werden. Wie in Abschnitt 4 dargestellt, handelt es sich im Falle der sekundären Prävention um die Stärkung des Bewältigungspotentials von Risikofamilien mit dem Ziel, das Auftreten behandlungsbedürftiger Symptome zu verhindern, während das Ziel der tertiären Prävention vor allem eine Rückfallprophylaxe ist.

Wir beginnen mit dem Beispiel zur tertiären Prävention, das aus dem Bereich der Schizophrenieforschung stammt. Hier legen – wie weiter oben bereits angedeutet – neuere Forschungsbefunde nahe, daß sowohl genetische als auch psychosoziale Einflußfaktoren für die Entstehung und Aufrechterhaltung schizophrener Symptome verantwortlich sind (vgl. zusammenfassend hierzu *Goldstein* 1988; *Goldstein, Strachan* 1987). Die in diesen Bereich fallenden Untersuchungsansätze gehen von einem Vulnerabilitäts-Streß-Modell aus (vgl. *Rosenthal* 1970; *Zubin, Spring* 1977), wonach die Prädisposition für Schizophrenie vererbt ist. Die damit gegebene Verletzlichkeit des Persönlichkeitssystems wird durch belastende oder unterstützende Umwelteinflüsse, insbesondere solche in der Familie, moderiert, wodurch wiederum die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten der Krankheit beeinflußt wird.

Goldstein (1988) führt anhand von prospektiven Längsschnittstudien empirische Belege an, die sowohl die Entstehung als auch die Aufrechterhaltung von schizophrenen Symptomen nach dem Vulnerabilitäts-Streß-Modell stützen. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Untersuchungsbefunde von Interesse, die den Nachweis erbringen, daß präventive Methoden der familiären Intervention in Kombination mit einer pharmakologischen Behandlung zu einer drastischen Verringerung der Rückfallquoten von schizophrenen Patienten führen. Obwohl dies eine Relativierung des am psychosozialen Krankheitsmodell orientierten familientherapeutischen Paradigmas bedeutet, sind diese Untersuchungen wegen ihrer nachgewiesenen präventiven Wirkung von besonderer Bedeutung. Im Hinblick auf die familienbezogenen Einflüsse haben sich Variablen wie

(a) Kommunikationsabweichung (vgl. *Wynne, Singer, Bartko, Toohey* 1977),
(b) negatives emotionales Familienklima – in der Literatur als EE (expressed emotion) bezeichnet – (vg. *Vaughn, Leff* 1976)
(c) ein in der direkten Interaktion erfaßter negativer affektiver Stil (AS nach *Doane, West, Goldstein, Rodneck, Jones* 1981) sowie
(d) ein intensiver Kontakt des Patienten mit Verwandten, die hohe Ausprägungsgrade auf den vorgenannten Kommunikationsmerkmalen aufweisen, als rückfallerhöhende Risikofaktoren erwiesen.

Insbesondere eine Veränderung der affektiven Aspekte des Beziehungsklimas in der Familie hat zusammen mit anderen psychoedukativen Methoden (z.B. Aufklärung über die Hintergründe und Erscheinungsformen von Schizophrenie, vgl. *Anderson* 1983) in einer Reihe methodisch gut kontrollierter Studien zu drastisch reduzierten und zeitstabilen Rückfallquoten geführt. In wenigstens drei Studien (vgl. *Leff, Kuipers, Berkowitz, Eberlein-Fries, Sturgeon* 1982, 1983; *Falloon, Boyd, McGill* 1984; *Hogarty, Anderson, Reiss, Kornblith, Greenwald, Javna, Madonia,* EPIC Schizophrenia Research Group 1986) wurde nachgewiesen, daß bei Patienten, deren Familienmitglieder sich einem Familienpräventionsprogramm unterzogen hatten, die Rückfallquoten im Schnitt um 40% niedriger lagen als bei Patienten, die eine alternative (z.B. individuelle psychotherapeutische) Behandlung erfahren hatten. *Falloon* et al. (1984) konnten darüber hinaus noch nachweisen, daß ihr familienorientiertes Behandlungsprogramm um 20% kostengünstiger war als eine individualtherapeutische Behandlung.

Inwieweit derartige Forschungsbefunde sich auf andere psychische Störungen mit mutmaßlich biologischer Basis verallgemeinern lassen, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall legen die Befunde aus dem Bereich der Schizophrenieforschung nahe, die Familie nicht voreilig zum »identifizierten Patienten« abzustempeln. *Johnson* (1987) hat an einer Reihe von Beispielen nachgewiesen, daß – eine fundierte Diagnostik vorausgesetzt – bei biologisch begründeten Defiziten von einzelnen Personen eine systemische Umdeutung des Symptoms nicht nur wenig hilfreich, sondern sogar schädlich sein kann. Statt dessen mag es sinnvoller sein, die Familie eines Symptomträgers – selbst wenn sie mutmaßlich an der Entstehung und Aufrechterhaltung des Symptoms beteiligt ist – von mehr oder minder impliziten Schuldzuweisungen zu befreien, und sie zu Helfern bei der Symptombehandlung zu machen, indem die Bewältigungskompetenzen der Familienmitglieder gestärkt werden.

Wir wenden uns nun dem Beispiel zur sekundären Prävention zu. Hier geht es um das auch im deutschsprachigen Raum weit verbreitete Programm »Familienkonferenz« (vgl. *Gordon* 1975). In den USA haben nach der Aussage von *Gordon* (1980) über 600000 Eltern an dem Programm teilgenommen. Das Programm besteht aus einem achtwöchigen, insgesamt 24 Stunden dauernden Kurs, in dem auf dem Wege von Kurzvorträgen, Lektüreanweisungen, Rollenspielen, Diskussionen und Hausaufgaben folgende drei Beziehungsfertigkeiten eingeübt werden sollen:

(a) Aktives Zuhören, d.h. eine einfühlende und akzeptierende Haltung gegenüber dem Kind,
(b) Ich-Botschaften, d.h. eine klare und direkte Kommunikation von Gefühlen, ohne das Kind zu beschuldigen und
(c) Konfliktlösung nach der »No-lose« Methode, d.h. die Suche nach einer für alle Seiten akzeptablen Lösung von Problemen.

Trotz der beachtlichen Verbreitung des Programms ergaben sich bei einer Synopse der bis 1980 durchgeführten Effektivitätsstudien eher kritische als befürwortende Stimmen (vgl. *Rinn, Markle* 1977; *Doherty, Ryder* 1980). Auch die von *Levant* (1986b) auf der Basis von 23 Studien durchgeführte Evaluation des »Familienkonferenz«-Programms erbrachte keine sonderlich beeindruckenden Ergebnisse. In elf Studien mit unbehandelten Vergleichsgruppen ergaben sich bei den Erfolgsmaßen in 53% keine Unterschiede, in 36% der Signifikanzprüfungen fielen die Ergebnisse zugunsten und in 11% zuungunsten des Programms aus. Noch ungünstiger waren die Ergebnisse für die zehn Studien, in denen die Vergleichsgruppen eine alternative Behandlung erfuhren. Hier ergab sich für 69% der Signifikanzprüfungen kein Unterschied, während 25% für die Überlegenheit des »Familienkonferenz«-Programms und drei Prozent für günstigere Effekte bei den alternativen Programmen sprachen.

Levant (1986b) macht jedoch auch darauf aufmerksam, daß sich das Bild zugunsten des »Familienkonferenz«-Programms verbessert, wenn man die Studien nach rigoroseren methodischen Gesichtspunkten beurteilt. Allerdings bleiben dann nur noch ganze drei Studien übrig, von denen zumindest zwei explizit auf potentielle Risikofamilien (Einelternteilfamilien und Familien mit lernbehinderten Kindern) zugeschnitten war. Es zeigte sich, daß in diesen Fällen 69% der Signifikanzen für und 0% gegen das »Familienkonferenz«-Programm sprachen, während sich in 31% der Fälle keine Signifikanzenunterschiede nachweisen ließen. Diese Befunde machen deutlich, daß es auch aus Gründen einer fairen Beurteilung von präventiven Programmen angezeigt ist, methodische Minimalstandards der Programmevaluation zu befolgen. Allerdings muß man auch für die drei von *Levant* (1986b) ausgewählten Studien sagen, daß im Untersuchungsdesign keine Nachfolgeuntersuchungen vorgesehen waren, so daß die zeitliche Stabilität der durch das »Familienkonferenz«-Programm ausgelösten Effekte und somit die längerfristige präventive Wirkung ungeklärt ist.

Die bisher genannten Ansätze der Prävention im Bereich der Familienberatung und -therapie zielen im wesentlichen auf eine Stärkung der personalen und interpersonalen Kompetenzen ab. Sie sind somit der Klasse vertikaler Ressourcen auf der Familien- und Persönlichkeitsebene zuzuordnen. Eine Ausweitung familienthera-

peutischer und psychoedukativer Methoden auf die Stärkung vertikaler Ressourcen des transgenerationalen Systems ist zwar möglich, wird jedoch weit weniger häufig praktiziert (vgl. *Hovestadt, Fine* 1987). Noch weniger achten die Verfechter familienberaterischer und -therapeutischer Ansätze auf die Beziehungen der Familie und ihrer Mitglieder zu außerfamiliären Lebenskontexten (z.B. Schule, Betrieb, Verwaltung, Banken, Rechtssystem, Freizeit, Religion, Konsum). In all diesen Feldern kann eine im weitesten Sinne familienorientierte Beratung stattfinden, wenn es zu Problemen in dem einen oder anderen Bereich gekommen ist und professionelle Hilfe erforderlich wird (vgl. *Keil* 1979). An dieser Stelle geht es nicht mehr ausschließlich darum, der Familie entsprechende Kommunikationsfertigkeiten oder Entscheidungs- und Problemslösungstechniken beizubringen. Vielmehr stellt sich auch die Frage, ob die Berater selbst über die entsprechenden Beziehungsfertigkeiten verfügen. Diese Frage ergibt sich im übrigen auch im Zusammenhang mit professionellen Beratungs- und Therapieprozessen, nachdem sich herausgestellt hat, daß – unabhängig von der Schulenzugehörigkeit – bis zu 60% des Therapieerfolgs aus den Strukturierungs- und Beziehungsfertigkeiten des Therapeuten vorhersagbar sind (vgl. *Alexander, Barton, Schiavo, Parsons* 1976). Sowohl für den Bereich der Familienberatung und -therapie im Gesundheitswesen als auch für familienbezogene Beratungsansätze in anderen Lebensbereichen ergibt sich somit die Aufgabe, bei der Ausbildung von Beratern und Therapeuten (und auch von paraprofessionellen Personen mit Beratungsfunktion) auf die Entwicklung angemessener Beziehungsfertigkeiten zu achten (*Liddle, Schwartz, Breulin* 1988; *Peterson, Nisenholz* 1987). Auf diese Weise kann auf breiter Basis die Voraussetzung für ein angenehmeres Beziehungsklima und eine effektivere Problemlösung in unterschiedlichen familiären Lebensbereichen geschaffen werden.

7. Familienberatung und -therapie als Entwicklungsoptimierung

Bei unauffälligen Familien ist entsprechend Abbildung 2 die Interventionsbedürftigkeit am geringsten ausgeprägt. Abgesehen davon, daß sich hinter den »unauffälligen« Familien bisweilen verkappte Risikofamilien verbergen, gibt es in der Tat Familien, die weniger aus Gründen der Prävention, sondern eher aus Gründen einer Steigerung und Entfaltung ihrer Möglichkeiten als Person und als Beziehungspartner an einer professionellen Unterstützung bei der Verfolgung dieses Zieles interessiert sind. Es ist dies der Ansatz der sog. »Enrichment«-Bewegung im Bereich Ehe und Familie, die sich im Gefolge des sich ausbreitenden Einflusses der humanistischen Psychologie Mitte der 60er Jahre in den USA etabliert hat (vgl. *Mace* 1986).

Mittlerweile gibt es eine Fülle von entsprechenden Programmen mit unterschiedlicher theoretischer Fundierung, Gruppengröße, Dauer, Vermittlungsart und Strukturiertheit (*L'Abate* 1981). Im Kern laufen diese Programme darauf hinaus, eine Verbesserung des Beziehungsklimas und der Beziehungsfertigkeiten über das bereits bestehende hohe Niveau hinaus zu erreichen. Dabei wird je nach Programm auf eine Mixtur von Kurzvorträgen, Selbsterfahrungsübungen, Gruppendiskussio-

nen, Hausaufgaben und Hintergrundlektüre zurückgegriffen. Das Repertoire an Techniken rekrutiert sich im wesentlichen aus dem Methodenarsenal der Familiensystemtherapien sowie aus dem Fundus der eher verhaltens- und kommunikationstheoretisch beeinflußten Methoden des psychoedukativen Ansatzes (vgl. *Guerney, Guerney, Cooney* 1985; *Levant* 1986a, b; *L'Abate* 1986a, 1987b). Ähnlich wie bei den präventiven Programmen sind die meisten Programme auf unterschiedliche Phasen des Familienlebenszyklus (voreheliche-, eheliche und Familienphase) zugeschnitten (vgl. *Fournier, Olson* 1986; *Cartier* 1986).

Da eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Programme im gegebenen Zusammenhang nicht möglich ist, muß auf die entsprechenden Sammeldarstellungen verwiesen werden (vgl. *L'Abate* 1981; 1986; *Levant* 1986a; *Becker, Minsel* 1986). Stattdessen soll der Frage nach der Effektivität dieser Programme nachgegangen werden. Die ersten zusammenfassenden Untersuchungen hierzu stammen von *Gurman* und *Kniskern* (1977), *Hof* und *Miller* (1981) und *Wampler* (1982). Die bis dato umfassendste und methodisch anspruchvollste Studie wurde von *Giblin, Sprenkle* und *Sheehan* (1985) vorgelegt. Diese Autoren werteten insgesamt 85 Studien, an denen alles in allem 3886 Paare und Familien teilgenommen hatten, nach der Methode der Metaanalyse (vgl. *Glass, McGraw, Smith* 1981) aus. Metaanalysen beruhen auf dem Prinzip der Standardisierung von Effektstärken von Interventionen. Dabei wird im einfachsten Fall für die interessierenden Veränderungsmaße die Differenz der Experimental- und Kontroll- bzw. Vergleichsgruppenmittelwerte auf die Standardabweichung der Kontrollgruppenwerte bezogen. Der hieraus resultierende z-Wert spricht je weiter er in der positiven Richtung von Null abweicht für eine um so größere Effektivität des Programms. Effektstärken bis zu .35 werden als gering, von .36 bis .75 als mittel und darüber hinaus als hoch angesehen (vgl. *Cohen* 1977).

Giblin et al. (1985) errechneten nun bei ihrem Untersuchungsansatz eine durchschnittliche Effektstärke ($\overline{ES}$) über alle Programme von $\overline{ES}$ = .44. Dies bedeutet, daß im Schnitt zum Zeitpunkt des Nachtests 67% der Personen, die an einem Ehe- oder Familienprogramm zur Entwicklungsoptimierung teilgenommen hatten, die unbehandelten Kontrollpersonen übertreffen. Allerdings reduzierte sich die durchschnittliche Effektstärke auf einen Wert von $\overline{ES}$ = .34 bei der Auswertung der Studien, in denen auch Nachfolgeuntersuchungen (im Schnitt 12 Wochen nach dem Nachtest) durchgeführt wurden. Obwohl die Abnahme der Effektstärke immer noch für eine – wenn auch schwache – Wirkung der Programme spricht, machen diese Befunde dennoch auf die Notwendigkeit von »Auffrischkursen« aufmerksam, um die Trainingseffekte zu stabilisieren.

Auf einige interessante Teilbefunde der Metaanalyse von *Giblin* et al. (1985) soll noch kurz eingegangen werden. So fanden die Autoren bei einer Klassifikation der Programme nach Ehevorbereitungs-, Ehe- und Familienprogrammen unterschiedliche durchschnittliche Effektstärken für den Zeitpunkt des Nachtests. Die Familienprogramme ($\overline{ES}$ = .55) schnitten dabei gefolgt von den Ehevorbereitungsprogrammen ($\overline{ES}$ = .52) am besten ab, während die Eheprogramme mit einer durchschnittlichen Effektstärke von $\overline{ES}$ = .42 etwas zurückfielen. Darüber hinaus konnten die Autoren auch zeigen, daß Effektivitätsstudien, die auf Programmen beruhen, die

(a) ein besseres Untersuchungsdesign aufweisen,
(b) länger dauern,
(c) Verhaltens- statt Selbstberichtmaße verwenden,
(d) sich auf Beziehungsfertigkeiten und nicht so sehr auf Zufriedenheits- und Persönlichkeitsmaße beziehen und
(e) mit weniger gebildeten Personen durchgeführt wurden

im Schnitt höhere Effektstärken erzielten.

Der Befund, daß Personen mit geringerer Schulbildung eher von Entwicklungsoptimierungsprogrammen dieser Art profitieren, mag darauf zurückzuführen sein, daß bei diesen Personen das Ausgangsniveau der Zielvariablen zu Programmbeginn niedriger war. Das gleiche Argument trifft auch für einen weiteren Befund der Metaanalyse von *Giblin* et al. (1985) zu, wonach Paare und Familien deren Beziehungen zu Programmbeginn stärker belastet waren, aus den Entwicklungsoptimierungsprogrammen mehr Gewinn zogen. Während die durchschnittliche Effektstärke für die belasteten Paare und Familien bei $\overline{ES} = .51$ lag, reduzierte sich der entsprechende Wert bei den wenig belasteten Paaren und Familien auf $\overline{ES} = .27$, was vermutlich mit einem Deckeneffekt erklärbar ist.

Die Wirkung von Deckeneffekten auf die Veränderungsmessungen wird man wohl auch zumindest teilweise für die im Schnitt mittleren Effektstärken von Entwicklungsoptimierungsprogrammen dieser Art verantwortlich machen können. Ein weiterer Beleg für diese These kommt von Metaanalysen zur Wirkung von Psychotherapien, für die sich eine durchschnittliche Effektstärke von $\overline{ES} = .85$ ergab (vgl. *Smith, Glass, Miller* 1980). Auch hier kann von vorneherein von einer größeren Interventionsbedürftigkeit der Klienten ausgegangen werden.

Insgesamt sprechen somit die von *Giblin* et al. (1985) vorgelegten Befunde durchaus für eine mittelstarke Wirkung von Entwicklungsoptimierungsprogrammen auf Paar- und Familienebene. Leider beziehen sich die Daten nur auf kurze Evaluationszeiträume, so daß eine Aussage über die langfristigen präventiven Wirkungen derartiger Programme nicht gemacht werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nicht alle Paare und Familien den Eindruck gewinnen, von Entwicklungsoptimierungsprogrammen zu profitieren und in manchen Fällen sogar von einer Verschlechterung ihrer Beziehung berichten. So konnten z.B. *Lester* und *Doherty* (1983) bei einer schriftlichen Nachbefragung von 200 Paaren, die an einem von *Calvo* (1975) ins Leben gerufenen Wochenendprogramme der Ehebegegnung (Marriage-Encounter) teilgenommen hatten, feststellen, daß immerhin 9,3% der Paare über ernsthafte negative Nachwirkungen ihrer Wochenenderfahrung berichteten. Solche Befunde machen deutlich, daß insbesondere bei zeitlich limitierten Programmen die Möglichkeit einer Nachbetreuung eine unerläßliche Programmkomponente sein sollte.

8. Agenda für ein solides Verständnis von Familienberatung und -therapie

Familienberatung und -therapie hat insbesondere durch die Ausrufung und Verbreitung des familientherapeutischen Paradigmas einen immensen Aufschwung genommen. *Olson, Russell* und *Sprenkle* (1980) geben in ihrem Dekadenüberblick für die 70er Jahre an, daß im angloamerikanischen Bereich zwischen 1970 und 1979 etwa 1500 Zeitschriftenartikel und 200 Bücher publiziert wurden, die sich mit dem Thema Ehe- und Familienberatung bzw. -therapie beschäftigen. Die Mitgliederzahl der American Association of Marriage and Family Therapy (AAMFT) hat sich in diesem Zeitraum um 800 Prozent erhöht und 1978 wurde eine zweite Organisation, die American Family Therapy Association (AFTA) gegründet. In Deutschland hat der Boom der familientherapeutischen Bewegung zwar mit einer gewissen Zeitverschiebung, aber nicht minder heftig, eingesetzt. 1975 wurde das erste familientherapeutische Ausbildungsinstitut gegründet. 1984 wurden bereits 20 Einrichtungen dieser Art gezählt, die allesamt außerhalb der Universitäten Familientherapeuten aus- und weiterbilden (vgl. *Körner, Zygowski* 1988). Der Trend scheint ungebrochen. Allenthalben schießen neue Ausbildungsinstitute aus dem Boden, und dies nicht zuletzt auch deswegen, weil auf diesem Feld gutes Geld zu machen ist. Es stellt sich also die Frage: Ist dieser Aufschwung berechtigt? Hat er Substanz? Wird er von Bestand sein? Und vor allem: läßt er sich unter wissenschaftlichen und ethischen Gesichtspunkten rechtfertigen?
Dies sind heikle Fragen und es bleibt nicht aus, daß man bei einem Versuch ihrer Beantwortung Stellung beziehen muß. Dabei werden die Schlußfolgerungen nicht nach jedermanns Geschmack sein. Im folgenden sollen kurz einige Anmerkungen
(a) zur Professionalisierung,
(b) zur wissenschaftlichen Fundierung und
(c) zur gesellschaftlichen Integration von Familienberatung und -therapie
gemacht werden.

8.1. Zur Professionalisierung von Familienberatung und -therapie

Betrachtet man den Stellenwert von Familienberatung und -therapie unter berufsständischen Gesichtspunkten, so bleibt nur eine Schlußfolgerung: der Grad an Professionalisierung in diesem Bereich ist erschreckend gering. Es gibt bislang – auch unter Berücksichtigung des Deutschen Arbeitskreises für Jugend-, Ehe- und Familienberatung (DAK) und der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Familientherapie (DAF) – keine starke professionelle Organisation, die auf der Basis von Mindeststandards der Ausbildung und Supervision von Familienberatern und -therapeuten eine Akkreditierung und Lizensierung vornehmen könnte. Gleichermaßen mangelt es an einem verbindlichen Kodex zur Regelung von ethischen und rechtlichen Fragen sowie zur Umsetzung von familienberaterischen und -therapeutischen Dienstleistungen im öffentlichen und privaten Bereich. Anders ist die Situation in den USA: dort werden all diese Funktionen von der American Association for Marriage and Family Therapy (vgl. AAMFT 1979, 1981, 1982) und mittlerweile auch von der Division 43 der American Psychological Association (APA) übernom-

men. Darüber hinaus gibt es an den amerikanischen Universitäten mehr und mehr Programme auf Graduierten- und Postgraduiertenniveau, die nach den üblichen akademischen Standards durchlaufen und abgeschlossen werden müssen (vgl. *Kaslow* 1987).
Die Quintessenz aus diesen Überlegungen ist: Solange in der Bundesrepublik Deutschland keine professionellen Maßstäbe für die Ausbildung und Praktizierung von Familienberatung und -therapie existieren, ist das Ende einer wildwüchsigen und unkontrollierten Ausweitung von Ausbildungseinrichtungen, deren Absolventen sich letztlich als praktizierende Familienberater und -therapeuten bezeichnen, nicht abzusehen. Damit soll kein grundsätzliches Verdikt gegen die Existenz außeruniversitärer Aus- und Fortbildungseinrichtungen ausgesprochen werden. Was allerdings in der Bundesrepublik Deutschland fehlt, ist ein akademisches Gegengewicht zu diesen Einrichtungen. Es ist zu vermuten, daß mit einer stärkeren Einbindung von Familienberatung und -therapie in den akademischen Betrieb auch die Maßstäbe für eine inhaltlich verantwortbare Ausbildung erarbeitet werden. Dies ist vor allem auch unter ethischen Gesichtspunkten – *Lakin* (1988, 90) spricht unter Bezug auf eine Fülle von Beispielen aus der Praxis von einem »ethischen Minenfeld der Ehe- und Familientherapien« – eine unerläßliche Voraussetzung für eine halbwegs an wissenschaftlichen Kriterien orientierte Berufspraxis. Diese Kriterien haben sich im großen und ganzen bewährt und genießen deshalb nicht zu Unrecht eine hohe gesellschaftliche Reputation. Wenn Familienberatung und -therapie sich diesen Kriterien nicht stellt, wird sie es auf lange Sicht schwer haben, sich im Gesundheitswesen einen angesehenen Platz zu sichern.

8.2. Zur wissenschaftlichen Fundierung von Familienberatung und -therapie

Bereits in den 30er Jahren hat *Reichenbach* (1938) auf zwei unterschiedliche Aspekte wissenschaftlicher Erkenntnis aufmerksam gemacht, die er als »Kontext der Entdeckung« und als »Kontext der Rechtfertigung« bezeichnete. Während die Ausrufung des familientherapeutischen Paradigmas dem Kontext der Entdeckung, in dem es um die Kreation von neuen und weiterführenden Ideen geht, zuzurechnen ist, läßt das mühevolle Geschäft einer wissenschaftlichen Rechtfertigung dieser Ideen zu wünschen übrig. Bisweilen findet sich unter bekannten Vertretern des familientherapeutischen Paradigmas sogar eine ausgesprochen antitheoretische und antiempirische Haltung (vgl. *Colapinto* 1979; *Whitaker* 1976). Dies hat dazu geführt, daß eine sorgfältige und methodisch abgesicherte Diagnostik den Gewißheitserlebnissen subjektiver Impressionen weichen mußte (vgl. *Ewert* 1988), was gleichermaßen auch für die »Evaluation« von abgeschlossenen Fällen gilt. Ganz zu schweigen, von der Fülle familientherapeutischer Methoden und Techniken, deren Wirksamkeit von den Meistern und Gurus, die sie mit Geschick und ansteckender Euphorie vertreten, unhinterfragt (und bisweilen unhinterfragbar) als gegeben vorausgesetzt wird (vgl. *L'Abate, Jurkovic* 1987).
Solange die Familiensystemtheorie nicht in die Form testbarer Hypothesen gebracht wird und solange die aus ihr abgeleiteten therapeutischen Methoden hinsichtlich ihrer Wirksamkeit nicht wenigstens annäherungsweise replizierbar sind, kann man

der Familienberatung und -therapie allenfalls den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit – nicht aber den Nachweis von Wissenschaftlichkeit – attestieren. Damit soll nicht gesagt sein, daß eine nichtwissenschaftlich betriebene Familienberatung und -therapie keine Existenzberechtigung habe. Daß Therapie – auch Familientherapie – von manchen eher als eine Art »Kunst«, denn als Wissenschaft definiert wird, mag als Beleg dafür gelten, daß es sich auch mit einem außerwissenschaftlichen Verständnis von familientherapeutischer Praxis ganz gut leben läßt. Von daher kann es im Sinne einer klaren Grenzziehung nur von Vorteil sein, wenn explizit gemacht wird, welche Ansätze von Familienberatung und -therapie sich als wissenschaftlich qualifizieren (oder sich zumindest darum bemühen) und welche nicht (vgl. *Bednar* et al. 1988).

An dieser Stelle ist ein weiteres klärendes Wort vonnöten: Wenn man Familienberatung und -therapie auf ein wissenschaftliches Fundament stellen will, heißt dies nicht, daß jeder, der in diesem Bereich tätig ist, ein Wissenschaftler ist oder eine wissenschaftliche Ausbildung hinter sich gebracht haben muß. Im Gegenteil: es gibt genügend Beispiele dafür, daß beraterische und auch therapeutische Dienstleistungen von Semi- und Paraprofessionellen erbracht werden können, sofern sie eine entsprechende Ausbildung absolviert haben (vgl. *Balch, Solomon* 1976; *Karlsrusher* 1974). Der kritische Punkt ist, inwieweit die Inhalte einer derartigen Ausbildung für sich in Anspruch nehmen können im »Kontext der Rechtfertigung« genügend Pluspunkte gesammelt zu haben, um mit gutem Gewissen von einer wissenschaftlich fundierten Praxis sprechen zu können.

Wie die vorangegangenen Abschnitte zur Entwicklungsoptimierung, Prävention und Remediation im Bereich der Familienberatung und -therapie gezeigt haben, gibt es eine Reihe von wissenschaftlich abgesicherten Belegen für die Wirksamkeit familienbezogener Interventionsverfahren. Es überwiegen jedoch die weißen Flekken auf der Landkarte wissenschaftlicher Erkenntnis. Die meisten, die einer wissenschaftlichen Fundierung von Familienberatung und -therapie das Wort reden, plädieren mit konstruktiven Vorschlägen für eine verstärkte grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung zum Ausgleich dieses Defizits (vgl. *Gurman* et al. 1986; *Jacobson* 1985; *Sprenkle, Piercy* 1984). Solange dieses Defizit besteht, wird jedoch jeder, der Familienberatung und -therapie praktisch betreibt, mit der Frage rechnen müssen, ob und inwieweit er sein Metier als »Kunst« (bzw. »Kunsthandwerk«) oder als ein wissenschaftlich untermauertes Unterfangen versteht.

8.3. Zur gesellschaftlichen Integration von Familienberatung und -therapie

Reichenbachs (1938) Unterscheidung von zwei Arten wissenschaftlicher Erkenntnis – dem »Kontext der Entdeckung« und dem »Kontext der Rechtfertigung« – kann und muß ein dritter Aspekt hinzugefügt werden, nämlich der »Kontext der Verwertung« (vgl. *Schneewind* 1977). Die Praxis von Familienberatung und -therapie – sei es nun Forschungs- oder Anwendungspraxis – findet nicht im luftleeren Raum, sondern im Kontext eines gesellschaftlichen Systems statt. Dieser Kontext wird bestimmt durch dessen Geschichte, materielle Basis und Ideologie. Sofern Familienberatung und -therapie nicht auch diesen Aspekt mitreflektiert, d.h. ihre

Funktion im gesellschaftlichen System aus kritischer Distanz einzuschätzen versucht, bleibt sie – bei allen theoretischen und technischen Fortschritten, die es geben mag – auf halbem Wege stehen.

Zwei Beispiele sollen dies verdeutlichen. Zum einen bringt es die Arbeit mit dysfunktionalen Familien mit sich, daß Familienberater und -therapeuten ein mehr oder minder explizites Bild von einem »normalen« Familiensystem haben (vgl. *Walsh* 1982). Dabei kommen u.a. Vorstellungen über das Verhältnis der Geschlechter ins Spiel, die sich häufig an traditionellen Rollen- und Wertmustern orientieren (vgl. American Psychological Association Task Force 1975). In kritischer Auseinandersetzung mit diesen Ideen hat sich ein feministischer Zweig der familientherapeutischen Bewegung entwickelt, der es sich u.a. zur Aufgabe macht, Benachteiligungen von Frauen transparent zu machen (vgl. *Ault-Riché 1985; Avis* 1986). So konnten *Caplan* und *Hall-Mcquorcodale* (1985) bei einer über mehrere Jahrgänge durchgeführten Inhaltsanalyse einer Reihe einschlägiger wissenschaftlicher Zeitschriften nachweisen, daß bei zwei Drittel der publizierten Untersuchungsbefunde die Mütter für eine Reihe unterschiedlicher Störungen ihrer Kinder verantwortlich gemacht wurden. Hingegen wurden die Väter eher in einer idealisierten und positiven Weise dargestellt. Derartige Befunde machen deutlich, wie wichtig eine ideologiekritische Analyse von Familienberatung und -therapie ist.

Gleiches gilt auch für das zweite Beispiel. Das familientherapeutische Paradigma legt nahe, daß die Entwicklung dysfunktionalen Verhaltens vornehmlich auf das Beziehungsgeschehen innerhalb der Familie zurückzuführen ist und es daher darum geht, die Familie wieder »in Ordnung« zu bringen. Dies hat den Familiensystemtherapien die Kritik des »therapeutischen Familialismus« eingebracht (vgl. *Hörmann, Körner* 1988).

An dieser Stelle werden die Grenzen eines Vorgehens erkennbar, das im wesentlichen eine Umstrukturierung innerfamiliärer Beziehungen zum Ziel hat, in der Hoffnung, daß sich die Familie und ihre Mitglieder zu ihren Lebensverhältnissen auf eine andere, mutmaßlich weniger störende Weise in Beziehung setzen kann. Daß diese Verhältnisse allerdings auch von mächtigen außerfamiliären Einflußgrößen bestimmt werden können (z.B. belastende Arbeitsbedingungen, ökonomische Deprivation, familienunfreundliche Steuergesetzgebung), die von der Familie selbst kaum zu verändern sind, macht deutlich, daß es auch noch andere (z.B. politische) Ebenen familienrelevanter Intervention gibt, denen in der Praxis der Familienberatung und -therapie gewöhnlich wenig Beachtung geschenkt wird. Auch hier darf Familienberatung und -therapie nicht auf halbem Wege stehen bleiben, wenn sie an einer umfassenderen Analyse und politischen Beeinflussung der Voraussetzungen ihrer Praxis interessiert ist.

Literatur

Alexander, J., Barton, C., Schiavo, R., Parsons, B.: »Systembehavioral intervention with families of delinquents: Therapist characteristics, family behavior and outcome«. Journal of Consulting and Clinical Psychology. 44. Jg. 1976, 656–664 – *Alexander, J. F., Parsons, B. V.:*

Functional family therapy. Monterey 1982 – American Association of Marriage and Family Therapy: Marriage and family therapy manual on accreditation. Upland 1979 – American Association of Marriage and Family Therapy: Procedures for handling complaints of violations of the code of ethical principles for family therapists. Upland 1981 – American Association of Marriage and Family Therapy: Code of professional ethics and standards for public information and advertising. Upland 1982 – American Psychological Association Task Force: »Report of the task force on sex bias and sex-role stereotyping in psychotherapeutic practice«. American Psychologist. 30. Jg. 1975, 1169–1175 – *Anderson, C. M.:* »A psychoeducational program for families of patients with schizophrenia«. Family therapy in schizophrenia. Hg. *McFarlane, W. R.*, New York 1983, 99–116 – *Auerswald, E.:* »Interdisciplinary versus ecological approach«. Family Process. 7. Jg. 1968, 202–215 – *Ault-Riché, M.* Hg: Woman and family therapy. Rockville 1985 – *Avis, J. M.:* »Feminist issues in family therapy«. Family therapy sourcebook. Hg. *Piercy, F. P., Sprenkle, D. H.* u. Associates. New York 1986, 213–242 – *Bagarozzi, D. A., Rauen, P.:* »Premarital counseling: Appraisal and status«. American Journal of Family Therapy. 9. Jg. 1981, 13–30 – *Balch, P., Solomon, R.:* »The training of paraprofessionals as behavior modifiers: A review«. American Journal of Community Psychology. 4. Jg. 1976, 167–179 – *Bateson, G., Jackson, D. D., Haley, J., Weakland, J. H:* »Toward a theory of schizophrenia«. Behavioral Science. 1. Jg. 1956, 251–261 – *Becker, P., Minsel, B.:* Psychologie der seelischen Gesundheit. Band 2. Göttingen 1986 – *Bednar, R. C., Burlingame, G. M., Masters, K. S.:* »Systems of family treatment: Substance or semantics?«. Annual Review of Psychology. 39. Jg. 1988, 401–434 – Bericht der Kommission »Zukunftsfragen Gesellschaftlicher Entwicklungen«. Raidwangen 1983 – *v. Bertalanffy, L.:* General systems theory. New York, 1968 – *Bogdan, J.:* »›Epistemology‹ as a semantic pollutant«. Journal of Marital and Family therapy. 13. Jg. 1987, 27–35 – *Boszormenyi-Nagy, I.:* Foundations of contextual therapy. New York 1987 – *Bowen, M.:* Family therapy in clinical practice. New York 1978 – *Broderick, C. B., Schrader, S. S.:* »The history of professional marriage and family therapy«. Handbook of family therapy. Hg. *Gurman, A. S., Kniskern, D. P.* New York 1981, 5–39 – *Bronfenbrenner, U.:* »Ecology of the family as a context for human development«. Developmental Psychology. 22. Jg. 1986, 723–742 – *Bronfenbrenner, U.:* Die Ökologie der menschlichen Entwicklung. Stuttgart 1981 – *Buj, V., Specht, F., Zuschlag, B.:* »Erziehungs- und Familienberatung in der Bundesrepublik Deutschland«. Zeitschrift für klinische Psychologie. 10. Jg. 1981, 147–166 – *Calvo, G.:* Marriage Encounter. St. Paul 1975 – *Caplan, G.:* Principles of preventive psychiatry. New York 1964 – *Caplan, P. J., Hall-Mcquorcodale, I.:* »Mother-blaming in major clinical journals«. American Journal of Orthopsychiatry. 44. Jg. 1985, 345–353 – *Carter, E. A., Orfanidis, M. M.:* »Family therapy with one person and the family therapist's own family«. Family therapy: Theory and practice. Hg. *Guerin, P. J.* New York 1976, 193–220 – *Carter, E. M., McGoldrick, M.* Hg: The family life cycle: A framework for family therapy. New York 1980 – *Cartier, M. R.:* »Marriage enrichment«. Psychoeducational approaches to family therapy and counseling. Hg. *Levant, R. F.* New York 1986, 223–265 – *Cohen, J.:* Statistical power analysis for the behavioral sciences. New York 1977 – *Colapinto, J.:* »The relative value of empirical evidence«. Family Process. 18. Jg. 1979, 427–441 – *Cooper, D.:* Der Tod der Familie. Reinbek 1981 – *Curran, J. P., Monti, P. M.* Hg: Social skills training: A practical handbook for assessment and treatment. New York 1982 – Deutscher Bundestag: Zweiter Familienbericht. Stuttgart 1975 – Deutscher Bundestag: Dritter Familienbericht. Bonn 1979 – *Dietrich, G.:* Allgemeine Beratungspsychologie. Göttingen 1983 – *Doane, J. A., West, K. L., Goldstein, M. J., Rodnick, E. H., Jones, J. E.:* »Parental communication deviance and affective style: Predictors of subsequent schizophrenia spectrum disorders in vulnerable adolescents«. Archives of General Psychiatry. 38. Jg. 1981, 679–685 – *Doherty, W. J., Ryder, R. G.:* »Parent effectiveness training: Criticisms and caveats«. Journal of Marital and Family Therapy. 6. Jg. 1980, 409–419 – *Elder, G. H.:* »Family transitions, cycles and social change«. Family transitions. Hg. *Cowan, P., Hetherington, M.* New York 1988 – *Elder, G. H., Caspi A.:* »Studying lives in a changing society: Sociological and personological explorations«. Henry A. Murray Lecture Series. Michigan State University. Lansing. 1988 – *Ewert, O.:* »Veränderungen in der Inanspruchnahme familienorientierter Beratungsangebote am Beispiel der Erzie-

hungsberatung«. Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. *Nave-Herz, R.* Stuttgart 1988, 259–278 – *Falloon, I. R. H., Boyd, J. L., McGill, C. W.:* Family care of schizophrenia: A problem-solving approach to the treatment of mental illness. New York 1984 – *Falloon, R. H.* Hg: Handbook of behavioral family therapy. New York 1988 – *Fournier, D. G., Olson, D. H.:* »Programs for premarital and married couples«. Psychoeducational approaches to family therapy and counseling. Hg. *Levant, R. F.* New York 1986, 194–231 – *Freeman, D.:* Techniques of family therapy. New York 1981 – *Giblin, P., Sprenkle, D., Sheehan, R.:* »Enrichment outcome research: A meta-analysis of premarital, marital and family findings«. Journal of Marital and Family Therapy. 11. Jg. 1985, 257–271 – *Glass, E., McGraw, B., Smith, M.:* Meta-analysis in social research. Beverly Hills 1981 – *Goldstein, M. J.:* »The family and psychopathology«. Annual Review of Psychology. 39. Jg. 1988, 283–299 – *Goldstein, M. J., Strachan, A. M.:* »The family and schizophrenia«. Family interaction and psychopathology. Hg. *Jacob, T.* New York 1987, 481–508 – *Gordon, T.:* Familienkonferenz. Hamburg 1975 – *Gordon, T.:* »Parent effectiveness training: A preventive program and its effects on families«. Handbook on parent education. Hg. *Fine, M.* New York 1980, 101–119 – *Guerney, B. G., Guerney, L., Cooney, T.:* »Marital and family problem prevention and enrichment programs«. The handbook of family psychology and therapy. Vol. 2. Hg. *L'Abate, L.* Homewood 1985, 1179–1217 – *Guntern, G.:* »Die Kopernikanische Revolution in der Psychotherapie: Der Wandel vom psychoanalytischen zum systematischen Paradigma«. Der Familienmensch. Hg. *Duss-von Werdt, J., Welter-Enderlin, R.* Stuttgart 1980, 74–96 – *Gurman, A. S., Kniskern, D. P.:* »Enriching research on marital enrichment programs«. Journal of Marriage and Family Counseling. 3. Jg. 1977, 3–11 – *Gurman, A. S., Kniskern, D. P.:* »Deterioration in marital and family therapy: Empirical, clinical and conceptual issues«. Family Process. 17. Jg. 1978a, 3–20 – *Gurman, A. S., Kniskern, D. P.:* »Research on marital and family therapy: Progress, perspective, and prospect«. Handbook of psychotherapy and behavior change. 2. Aufl. Hg. *Garfield, S. L., Bergin, A. E.* New York 1978b, 817–901 – *Gurman, A. S., Kniskern, D. P.* Hg: Handbook of family therapy. New York 1981 – *Gurman, A. S., Kniskern, D. P., Pinsof, W. M.:* »Research on the process and outcome of marital and family therapy«. Handbook of psychotherapy and behavior change. 3. Auflage. Hg. *Garfield, S. L., Bergin. A. E.* New York 1986, 565–624 – *Haley, J.:* Problem solving therapy. San Francisco 1976 – *Hetherington, M.:* »Effects of marital transitions«. Family transitions. Hg. *Cowan, P., Hetherington, M.* 1988 – *Hörmann, G., Körner, W.:* Familie und Familientherapie: Probleme, Perspektiven, Alternativen. Opladen 1988 – *Hof, L., Miller, W. R.:* Marriage enrichment: Philosophy process and program. Bowie 1981 – *Hogarty, G. E., Anderson, C. M., Reiss, D. J., Kornblith, S. J., Greenwald, D. P., Javna, C. D., Madonia, M. J.* u. EPICS Research Group: »Family psychoeducation, social skills training, and maintenance chemotherapy in the aftercare treatment of schizophrenia«. Archives of General Psychiatry. 43. Jg. 1986, 633–642 – *Hovestadt, A. J., Fine, M.* Hg: Family of origin therapy. Rockville 1987 – *Howells J. G.,* Hg: Theory and practice of family psychiatry. New york 1971 – *Imber-Black, E.:* Families and larger systems. New York 1988 – Institut für psychosoziale Praxisforschung: Realisierungschancen offener Formen der Beratung in Bayern. Unveröffentlichtes Manuskript. München 1986 – *Jacobson, N. S.:* »Family therapy outcome research: Potential pitfalls and prospects«. Journal of Marital and Family Therapy. 11. Jg. 1985, 149–158 – *Johnson, H. C.:* »Biologically based deficits in the identified patient: Indications for psychoeducational strategies«. Journal of Marital and Family Therapy. 13. Jg. 1987, 337–348 – *Karlsrusher, A. E.:* »The nonprofessional as a psychotherapeutic agent: A review of empirical evidence pertaining to his effectiveness«. American Journal of Community Psychology. 2. Jg. 1974, 61–77 – *Karpel, M.,* Hg: Family resources. The hidden partner in family therapy. New York u. a. 1986 – *Kaslow, F. W.:* »Trends in family psychology«. Journal of Family Psychology. 1. Jg. 1988, 77–91 – *Keeney, B. P.:* »Ecosystemic epistemology: An alternative paradigm for diagnosis«. Family Process. 18. Jg. 1979, 117–129 – *Keeney, B. P.:* The aesthetics of change. New York 1983 – *Keil, S.:* Konzeption und Organisation familienrelevanter Beratung in der Bundesrepublik Deutschland. München 1979 – *Kempler, W.:* Experiential psychotherapy with families. New York 1981 – *Klann, N., Hahlweg, K.:* Ehe-, Familien- und Lebensberatung. Besuchsmo-

tive und Bedarfsprofile. Ergebnisse einer empirischen Erhebung. Freiburg 1988 – *Knobloch, E. M.:* Veränderungen der Inanspruchnahme und der Tätigkeiten von Erziehungsberatungsstellen. Göttingen 1985 – *Koblank, E.:* Die Erziehungsberatungsstelle: Ihre Institution und Praxis. Neuwied 1967 – *Körner, W., Zygowski, H.:* »Im System gefangen«. Psychologie heute. 15. Jg. 1988, 38–45 – *Koschorke, M.:* »Unterschichten und Beratung«. Wege zum Menschen. 25. Jg. 1975, 129–163 – *L'Abate, L.:* »Skill training programs for couples and families«. Handbook of family therapy. Hg. *Gurman, A. S., Kniskern, D. P.* New York 1981, 631–661 – *L'Abate, L.:* »The status and future of family psychology and therapy«. Handbook of family psychology and therapy. Band 2. Hg. *L'Abate.* Homewood 1985, 1417–1435 – *L'Abate, L.:* »Prevention of marital and family problems«. Handbook of prevention. Hg. *Edelstein, B. A., Michelson, L.* New York 1986a, 177–193 – *L'Abate, L.:* Systematic family therapy. New York 1986b – *L'Abate, L.:* »Recent developments in psychoeducational skills programs for families: A review of reviews«. Family Psychology II: Theory, therapy, enrichment and training. Hg. *L'Abate, L.,* Lanham 1987a, 195–203 – *L'Abate, L.:* »The practice of programmed family therapy: A radical proposal«. Family Psychology II: Theory, therapy, enrichment, and training. Hg. *L'Abate, L.,* Lanham 1987b, 109–121 – *L'Abate, L., Ganahl, G., Hansen, J. C.:* Methods of family therapy. Englewood-Cliffs 1986 – *L'Abate, L., Jurkovic, G.:* »Family systems theory as a cult: Boom or bankruptcy?«. Family psychology II: Theory, therapy, enrichment and training. Hg. *L'Abate, L.,* Lanham 1987, 19–27 – *L'Abate, L., Milan, M.* Hg: Handbook of social skills training and research. New York 1985 – *Lakin, M.:* Ethical issues in psychotherapies. New York 1988 – *Leff, J., Kuipers, L., Berkowitz, R., Eberlein-Fries, R., Sturgeon, D.:* »A controlled trial of social intervention in the families of schizophrenic patients«. British Journal of Psychiatry. 141. Jg. 1982, 121–134 – *Leff, J., Kuipers, L., Berkowitz, R., Eberlein-Fries, R., Sturgeon, D.:* »Social intervention in the families of schizophrenics: Addendum«. British Journal of Psychiatry. 142. Jg. 1982, 313 – *Lester, M. E., Doherty, W.:* »Couples' long-term evaluations of their Marriage Encounter weekend«. Journal of Marital and Family Therapy. 9. Jg. 1983, 183–189 – *Levant, R. E.:* Family therapy: A comprehensive overview. Englewood Cliffs 1984 – *Levant, R. F.:* »An overview of psychoeducational family programs«. Psychoeducational approaches to family therapy and counseling. Hg. *Levant, R. F.* New York 1986a, 1–51 – *Levant, R. F.:* »Client-centered skills-training programs for the family«. Psychoeducational approaches to family therapy and counseling. Hg. *Levant, R. F.* New York 1986b, 52–97 – *Liddle, H. A., Schwartz, R. C., Breulin, D. C,* Hg: Handbook of family therapy training and supervision. New York 1988 – *Mace, D. E.:* »Marriage and family enrichment«. Family therapy sourcebook. Hg. *Piercy, F. P., Sprenkle, D. H.* u. Associates. New York 1986, 187–212 – *Markman, H. J., Floyd, F. J., Stanley, S. M., Lewis, H. C.:* »Prevention«. Clinical handbook of marital therapy. Hg. *Jacobson, N. S.,* u. *Gurman, A. S.* New York 1986, 173–195 – *Martin, B.:* »Developmental perspectives on family theory and psychopathology«. Family interaction and psychopathology. Hg. *Jacob, T.* New York 1987, 163–202 – *McCubbin, H. I., Patterson, J. M.:* »The family stress process: The double ABCX model of adjustment and adaptation«. Marriage and Family Review. 6. Jg. 1983, 7–37 – *Minsel, B.:* »Elterntraining«. Zeitschrift für personenzentrierte Psychologie und Psychotherapie. 3. Jg. 1984, 55–66 – *Minuchin, S.:* Familie und Familientherapie. Freiburg 1977 – *Morrill, W., Oeting, E., Hurst, J.:* »Dimensions of counselor functioning«. Personal and Guidance Journal. 52. Jg. 1974, 354–359 – *Nelson-Jones, R.:* Personal responsibility counseling and therapy. London 1984 – *Nichols, M.:* Family therapy: Concepts and methods. New York 1984 – *Olson, D. H., Russell, C. S., Sprenkle, D. H.:* »Marital and family therapy: A decade review«. Journal of Marriage and the Family. 42. Jg. 1980, 973–994 – *Patterson, G. R.:* Coercive family process. Eugene 1982 – *Perrez, M.,* Hg: Krise der Kleinfamilie? Bern 1979 – *Peterander, F.:* Interaktionsanalyse und Veränderung von Beziehungsmustern bei Mutter-Kind-Paaren: Eine Beobachtungsstudie. Unveröffentlichte Habilitationsschrift. München 1988 – *Peterson, J. V., Nisenholz, B.:* Orientation to counseling. Boston 1987 – *Piercy, F. P., Sprenkle, D. H.* et al.: Family therapy sourcebook. New York 1986 – *Pittman, F.:* »Of cults and superstars«. Family Therapy Networker. 2. Jg. 1983, 28–29 – *Reichenbach, H.:* Experience and prediction. Chicago 1938 – *Rinn, R. C., Markle A.:* »Parent effective training:

A Review«. Psychological Reports. 41. Jg. 1977, 95–109 – *Rosenthal, D.:* Genetic theory and abnormal behavior. New York 1970 – *Rudert, R., Stein, R.:* »Erziehungsberatung«. Handbuch der Psychologie. Band 10. Hg. *Hetzer, H.* Göttingen 1959, 502–517 – *Satir, V.:* Familienbehandlung. Freiburg 1973 – *Schneewind, K. A.:* »Zum Verhältnis von Psychologie und Wissenschaftstheorie«. Wissenschaftstheoretische Grundlagen der Psychologie. Hg. *Schneewind, K. A.* München 1977, 11–25 – *Schneewind, K. A.:* »Familienentwicklung«. Entwicklungspsychologie. Hg. *Oerter, R., Montada, L.* München 1987, 971–1014 – *Schneider, K.:* Familientherapie in der Sicht psychotherapeutischer Schulen. Paderborn 1983 – *Schwartz, R. C.:* »Working with ›internal and external‹ families in the treatment of bulimia«. Family Relations. 36. Jg. 1987, 242–245 – *Schwartzman, J.:* Families and other systems. The macrosystemic context of family therapy. New York 1985 – *Seifert-Schröder, B.:* Bildung und Beratung zur Stützung familialer Sozialisation. München 1981 – *Selvini-Palazzoli, M., Boscolo, L., Cecchin, G., Prata, G.:* Paradoxon und Gegenparadoxon. Stuttgart 1977 – *Seus-Seberich, E.:* »Unterricht- und Randgruppenberatung«. Handbuch der angewandten Psychologie. Band 2. Hg. *Hockel, M., Feldhege, F.* Landsberg 1981, 661–690 – *Sherman, R., Fredman, N.:* Handbook of structured techniques in marriage and family therapy. New York 1986 – *Smid, H., Armbruster, E.:* Institutionelle Erziehungsberatung. Eine Bestandsaufnahme in Hessen. Weinheim 1980 – *Smith, M., Glass, G., Miller, T.:* Benefits of psychotherapy. Baltimore 1980 – *Spence, S., Shephard, G.* Hg: Developments in social skills training. New York 1983 – *Sprenkle, D. H., Piercy, F. P.:* »Research in family therapy: A graduate level course«. Journal of Marital and Family Therapy. 10. Jg. 1984, 225–240 – *Steinglass, P.:* »A systems view of family interaction and psychopathology«. Family interaction and psychopathology: Theories, methods and findings. Hg. *Jacob, T.* New York 1987, 25–65 – *Stierlin, H.:* Von der Psychoanalyse zur Familientherapie. Stuttgart 1975 – *Straus, F., Höfer, R., Gmür, W.:* Familie und Beratung. München 1988 – *Stuart, R. B.:* Helping couples change. New York 1980 – *Sugarman, S.,* Hg: The interface of individual and family therapy. Rockville 1987 – *Textor, M. R.:* »Beratung, Erziehung, Psychotherapie: eine Begriffsbestimmung«. Psychologie in Unterricht und Erziehung. 34. Jg. 1987, 1–13 – *Vaughn, C. E., Leff, J. P.:* The influence of family and social factors on the course of psychiatric illness: A comparison of schizophrenic and depressed neurotic patients«. British Journal of Psychiatry. 129. Jg. 1976, 125–137 – *Walsh, F.,* Hg: Normal family processes. New York 1982 – *Wampler, R. S.:* »Bringing the review of literature into the age of quantification: Meta-analysis as a strategy for integrating research findings in family studies«. Journal of Marriage and the Family. 44. Jg. 1982, 1009–1023 – *Whitaker, C. A.:* »The hindrance of theory in clinical work«. Family therapy: Theory and practice. Hg. *Guerin, P. J.* New York 1976, 154–164 – *Whitaker, C. A., Keith, D. V.:* »Symbolic-experiential family therapy«. Handbook of family therapy. Hg. *Gurman, A. S., Kniskern, D. P.* New York 1981, 127–226 – *Wolman, B. B., Stricker, G.,* Hg: Handbook of family and marital therapy. New York 1983 – *Wynne, L. C., Singer, M. T., Bartko, J., Toohey, M. L.:* Schizophrenies and their families: Research on parental communication«. Developments in psychiatric research. Hg. *Tanner, J.* London 1977, 254–286 – *Zubin, J., Spring, B. J.:* »Vulnerability: A new view of schizophrenia«. Journal of Abnormal Psychology. 86. Jg. 1977, 103–126.

Stichwortverzeichnis*

Abhängigkeitsphase 86
Absicherung, emotionale 435, 438
Absicherung, soziale 535
Abstieg, sozialer 618
Abtreibung 528
Abwärtsmobilität, soziale 552
Adoleszenz 554
Adoption 300, 302, 380, 392, 398ff., 402, 440, 444, 514
Adoptivfamilie 390f., 396, 398ff., 401f., 408
Aggression(en) 316, 318, 322, 345, 580, 582
Aggressionstheorien 345
AGIL-Schema 31, 33
Agrargesellschaft, traditionelle 187
Agrargesellschaften 48
Agrarrevolution 181
Aktivitäten, alltägliche 66
- familiale 507
- familiensoziologische 297
- häusliche 507
- schulrelevante 482
- statusabhängige 333
Aktivitäten, statusorientierte 334
Aktivitätensumme 327f.
Aktivitätskampfphase, anale 86
Aktivitätssystem 458
Alkohol 595ff., 598, 600f., 692
Alleinerziehende 251, 281, 661
- lebende 365, 371
- sorgerecht 236
- stehende 276, 653
- verdienerfamilien 247f.
- verdienerhaushalte 248
- verdienermuster 506
Allianz-Theorie 436
Alltag(s), familiärer 67, 69, 72, 75, 329
- Soziologie des 66
- erfahrungen 72
- handeln 66, 68
- handeln, familiales 300
- kontakt 447
- leben 115, 125, 265, 603
- phänomene 483
- plausibilität 581, 582
- praxis 72
- probleme 116, 445
- verhalten 437
- welt 66, 127
- welten, familiäre 15, 76
- welten, Veränderung familialer 15
- wissen 66f.
Altenpopulation 649
Alternativen 48, 55
Alternativkosten 52f.
Alter(s) 384
- abstand 321
- armut 658f.
- aufbau 206, 610
- differenz 611
- gliederung 204, 442
- klassen 364
- kohorten 212
- konstellation 185
- kontext 423
- normen 152
- phasen 321
- position, Änderung der 152
- problematik 427
- rollen 152
- sicherung 53
- sicherung, Kollektivierung 523
- struktur 196, 201
- struktureffekt 196
- versorgung 55, 197, 206, 230, 652, 659f.
Alterung, demographische 196
Amtspflegschaft 635
- vormundschaft 635
Analyse, zeitbezogene 132
Analysen, familienstatistische 14
Anerkennung, soziale 506
Anfangsverteilung, ungleiche 479
Angebote, familienunterstützende 673
Angestelltenversicherung 656
Anlagen, genetische 98
Annahme, allgemein-typisierte 67
Anomie 414, 577
Anomie-Theorie 582
Anpassung 37, 33, 541, 546, 554, 567
Ansatz, interaktionistischer 439
- psychoedukativer 695
- rollentheoretischer 596
- strukturell-funktionaler 435
Ansätze, familientherapeutische 694
Ansiedlungsformen, patrilokale 181
Anspruchsberechtigte 635

* Erstellt von Ursula Oßwald

Anspruchsberechtigung(en) 627, 630, 632f., 649
Anspruchssteigerung 336
Anthropologie, strukturalistische 596
Antragsrecht 672
Anwerbeländer, traditionelle 198
approach, closed system 168
approach, limited open 168
Arbeit 23, 267ff., 273, 276
Arbeiterfamilie(n) 117, 279, 463
- frauen 276
- haushalte 272
- rentenversicherung 656
- schaft 273
- schicht 565
- viertel 462
Arbeitnehmer, nichtdeutsche 278
Arbeitsbedingungen 265
Arbeitsbelastung 251
Arbeitsbereiche, Differenzierung 192
Arbeitsbiographie 541
Arbeitserfahrung 481
Arbeitsförderungsgesetz 636, 660
Arbeitsgemeinschaft 268
Arbeitskonflikte 89
Arbeitskraft 27
Arbeitskraft, Reproduktion der 23, 26ff.
Arbeitskräfte 184
Arbeitslohn 27f.
Arbeitslose 569, 658
Arbeitslosenhilfe 652, 660, 662
Arbeitslosenleistungen 661
Arbeitslosenversicherung 656f.
Arbeitslosigkeit 382, 476, 535ff., 566, 660f.
Arbeitsmarkt 27, 51, 418, 420, 476, 493, 535, 552, 614, 652, 659f.
Arbeitsmenge 28
Arbeitsorganisation 527
Arbeitsorganisation, familiale 189
Arbeitsorganisation, familienwirtschaftliche 186
Arbeitsorganisation, Wandel 189
Arbeitsort 268
Arbeitsplatz 99, 230, 232, 274, 332, 504, 547, 613, 663
Arbeitsprozeß 268
Arbeitstag 268
Arbeitsteilung 227, 230, 273, 503, 596, 601
- eheliche 228
- förderalistische 637
- geschlechtsspezifische 24, 26, 33, 156, 189, 508, 656, 657
- gleichberechtigte 505
- innerfamiliale 215
Arbeitsvermögen, Regeneration 513
Arbeitswelt 569
- Wandel 190
Arbeitszeit(en) 28, 248, 273, 327, 495, 500f., 613
Armut 153f., 251
Armutsgrenze 251
Armutsrisiko 662
Armutszahlen 660
Arzt-Patient-Dyade 560
Arztrolle 560
Asylsuchende 195
Atmosphäre, häusliche 421
Aufbauphase 250, 252f.
- familiale 242, 247, 253, 546
- wirtschaftliche 242, 262
Aufgaben, elterliche 229
- entwicklungsspezifische 300
- familiäre 338
- konstellation 335
- struktur 300
- teilung 228, 337
- teilung, familiale 165
- teilung, geschlechtsspezifische 509
- verteilung 336, 495
- verteilung, hauswirtschaftliche 504
Aufklärungsquote 349
Auflösung 372
Aufstieg, sozialer 476, 485f.
Aufstiegsorientierung 486
Ausbildung 233, 332, 482, 486, 611
Ausbildungspläne 486
Ausbildungszeiten 494
Ausdifferenzierung, gesellschaftliche 271
Auseinandersetzung, elterliche 235
Ausgaben, familienbezogene 498
- hauswirtschaftliche 498
Ausgedinge 181f., 187
Ausgedinge, Bedeutungsverlust 181
Ausgleichsbetragsregelungen 262
Ausländer 196
Ausländer, Zahl 195
Ausstattung, genetische 301
Austausch 50, 125
- Interaktionen 51
- beziehungen 100
- beziehungen, funktionale 453
- beziehungen, ökonomische 51
- möglichkeiten 123
- prozesse 218, 497
- prozesse, soziale 66
Auswanderungswellen 13
Außenkontakte 156, 218
Außensystem, Verhältnis zum 218

Autonomie 50, 102f., 225, 295, 456
- relative 32
- entwicklung 296, 551
- streben 296
Autopoiesis 32, 438
Autorität(s), funktionale 189
- intrafamiliale 441
- väterliche 49
- position 181
- stellung 548
- struktur 155, 165
- struktur, familiale patriarchalische 9
- verhältnisse 156
Ältere, Lebenserwartung 196

Babyboom 198, 203, 519f.
Balanceprobleme 39
Basis, finanzielle 369
Bauerntum, bodenbesitzendes 9
Bedarfsdeckung, materielle 496
- deckungsmöglichkeiten 245, 251
- lagen, familienzyklische 464
- prinzip 262
- prinzip, familienorientiertes 262
Bedeutung, gesellschaftspolitische 242
- ökonomische 241
Bedeutungen, Träger von 64
Bedeutungsstruktur, gesamtkulturelle 596
- verlust 189, 211
- wandel 211, 220, 608
Bedingungen, eheliche 366
- gesamtgesellschaftliche 154
- ökonomische 280, 427
- verursachende 379, 380
Bedürfnisbefriedigung 496
- hierarchie 212
- lagen, emotionale 214
- orientierung 629
Bedürfnisse, veränderte 295
Bedürftigkeit 632
Befruchtung, extrakorporale 389, 392
Begriffsbestimmung 366
Behandlung, individualtherapeutische 697
Behandlungsbedürfigkeit 691
- erfolg 685
- konzept 685, 691
- modelle, gemeindebezogene 564
- programm, familienorientiertes 697
- strategie 690
Behinderte 276
Bekannntenkreis 218, 500
Belastung(en) 100
- kinderbedingte einkommensmäßige 260
Belastungsfaktoren 483, 547
- reaktionen 547
- situationen 543ff.
Benachteiligungen, geschlechtsspezifische 232
Beobachtungsforschung, frühkindliche 291
Berater, Ausbildung 699
Beratung 673
- familienorientierte 680f., 699
- psychosoziale 675f.
- schulpsychologische 627
Beratungsangebote, ärztliche 568
- professionelle 695
- arbeit 675
- formen, offene 696
- gesetz 676
- institutionen 600
- kontakte, Abbruch 695
- leistungen 696
- prozeß 680
- stellen 675
- tätigkeiten 425
Bereich, häuslicher 228
Beruf 233
- soziale Stellung 118
Berufsaktivitäten 492
- alltag 495
- arbeit 190, 227, 419, 421
- arbeit, weibliche 13
- ausbildung 475, 487
- ausbildung, spezielle 192
- bereich 220
- biographie(n) 136
- chancen, Entgang zukünftiger 262
- engagement 383
- erfahrung 481
- erwartungen 551
- jahre 493
- karriere 507, 553
- konflikte 89
- leben 506, 611
- orientierung 385, 522
- position(en) 476, 614
- prestige 332, 334, 482
- rolle, Identifikation 547
- status 332, 484, 503, 509, 613
- tätige 273
- tätigkeit 204, 335, 415, 464, 493, 507, 649
- tradition 485
- verbände, Mitwirkung 495
- wahl, freie 192
- welt 296

Beschäftigungssystem 332
Besetzung, libidinöse 84
Besitzes, Aufteilung des 372
Bestandserhaltung 197
Bestandserhaltungsniveau 196
Besteuerung, leistungsgerechte 672
Bestrafung, körperliche 350
Bestrafungspraktiken 586
Betreuungseinrichtungen 464
- zeit 500
- zeit, mütterliche 499
Bevölkerung, lokale 460
- Wachstum 198
- Zunahme der 272
Bevölkerungsballungsräume, Zunahme von 13
- entwicklung 8, 195, 513ff.
- explosion 13
- geschichte 198
- modell, mikroanalytisches 120
- prozesse 120
- rückgang 198
- schichten, immobile 464
- schichten, Verarmung breiter 154
- schrumpfung 196, 514
- stand, Erhaltung 202
- statistik 118, 120, 144, 211, 379
- struktur 208
- wachstum 48, 154, 514, 604
- zunahme 195f.
Bewältigung 545, 689, 696f.
Bewegung(en), Einküchenhaus- 273f.
- familientherapeutische 702
- kriminalpolitische 592
Beziehung, emotionale soziale 302
- Entkrampfung der ehelichen 320
- genealogische 397
- innereheliche 24, 48
- Mutter-Kind 302
- sexuelle 366, 668
- Stabilität der 48
- Zusammenbruch 607
Beziehungen, Analyse familiärer 144
- Aufbau sozialer 302
- dyadische 298
- Eltern-Kind- 55ff., 58, 321, 322
- extrafamiliale 441
- familiale 46, 395, 397
- Familie-Umwelt 455, 460
- formale 138
- individuelle 439
- innerfamiliäre 13, 24, 56, 58, 294, 483, 550
- intergenerationelle 513
- intergenerative 55
- interpersonale 689
- Ordnung 300
- Regulation vorehelicher 165
- soziale 137, 147, 294, 303f., 345
- System sozialer 454
- System von 22
- Wandel 137
Beziehungsfalle 561
- fertigkeiten 689, 699
- formen, familiale 461
- formen, intergenerative 463
- geschehen 704f.
- information 138
- klima 567, 699
- klima, Verbesserung 699
- konstellationen, eheliche 567
- muster 144
- muster, innerfamiliale 296
- muster, Wandel familialer 146
- netz(e) 138, 142, 290, 301
- netzwerk 568
- pathologien 567
- präferenzen, soziale 86
- struktur(en) 297, 391, 571
- struktur(en), familiale 137, 392
- strukturen, Veränderungen 298
- system 441
Bezirksjugendämter 682
Bezugsfeld, soziales 545
Bezugspersonen, primäre 290, 302
Bildungs(s) 139
- abschluß, beruflicher 503
- abschluß, schulischer 503
- aspiration 98, 476
- benachteiligung 475ff.
- bürgertum 13
- chancen 98, 498, 590
- chancen, gleiche 487
- effekte 614
- gang, schulischer 477
- gänge 475
- hilfen 243
- laufbahn 476, 484
- niveau 137, 503, 611, 613f.
- politik, reformierte 487
- prozesse, organisierte 475
- ressourcen 550
- stand 334, 384
- status 484
- tradition 485
- voraussetzungen 475, 477
- wesen 513
Bindung, rechtliche 267

Bindungen, emotionale 548
Binnenintegration 335
Binnenstruktur 267, 338
Biographie 133, 144, 392, 608
Blutsverwandtschaft 267
Braut, Schwangerschaft der 376
Brautleutekurse 674
Bruttomonatsverdienst 260
Bruttosozialprodukt 241, 545, 644
Bundeserziehungsgeld 262, 656
Bundessozialhilfegesetz 633
Bürgerfrauen 276
Bürgertum, mittelständisches 9

Chancen, Herstellung gleicher 478
Chancengleichheit 228, 478, 487
Charakter, eheähnlicher 363
Charakterstörungen 89
Christentum 367, 369
Chronosystem 97
Cliquen 141
Coping 565, 567
cross-cultural 164f., 167, 169, 172f.
cross-national 164f., 167, 169, 172f.
cross-national-project 170
cross-sectional 169f.
cross-societal 165, 167, 169, 173

Daseinsvorsorge 127, 243
Dauerhaftigkeit, relative 36
Deinstitutionalisierungsprozeß 525
Deinstitutionalisierungsthese 524
Deklassierung, soziale 476, 486
Dekompensation, schizophrene 561
Delinquente 577f.
Delinquenz 81, 586, 616, 618
Denken, unterschiedliches 419
Depression 88
Deprivation 84, 100, 536
– ökonomische 536, 538ff., 549, 551, 554
Desertion 607
Desorganisation 616
Deutung sozialen Handelns 131, 132
– sinnhafte 132
Devianz 588
Dienste, soziale 627
Dienstleistung 269, 496f., 627, 629, 632f., 635ff., 638, 642ff., 647ff., 680
Dienstmädchen 274
Dienstverhältnis 272
Differenzierung 437
– funkionale 34f.
– gesellschaftliche 438, 447, 458
– interne 40
– sozialräumliche 459
– schichtspezifische 276
Differenzierungsprozesse 214, 220, 524
Diskriminierte, sozial 278
Diskriminierung 384
Diskriminierungserfahrungen 377, 384
Diskussion, Anlage – Umwelt 301
– familientheoretische 46
Distanz, soziokulturelle 485
Dominanz, Taktik der 600
Doppelrente 659
Doppelrollenkonflikt 507
Doppelverdiener 248, 262, 385
Drei-Generationen-Großfamilie 270
Drei-Kinder-Familie 249, 255, 260, 375
Druck, normativer 601
– sozialer 369, 372
Dunkelziffer 348, 381f.
Dyade, eheliche 301
– Mutter-Kind 311
Dynamik, innere 298
– interpersonale 563

Effekte, entwicklungsfördernde 322
Effektivitätsstudien 700
Egoismus 384f.
Ehe(n) 2, 6f., 33, 36, 70
– auffassung, Intimisierung 523
– auflösung 188
– Bedeutung von 212f., 219
– Bedeutungsverlust von 211, 220
– beratung 673, 675
– beratungsstellen 675
– bewußtsein 669
– beziehung 187ff., 190, 226, 402, 509, 539, 544, 548f., 602
– bild 670
– biographie 382
– dauer 158, 183, 230, 379, 496, 611f., 614
– drama 229
– Entscheidung 214, 216
– formen, alternative 608
– frau, soziale Sicherung 230
– frau, Statusfaktoren 334f.
– frau, vollzeit- erwerbstätige 262
– frauen, Ausbildungsniveau der 379
– frauen, erwerbstätige 334
– frauen, Mißhandlungen 351
– frauen, stillende 225
– freie 363
– funkionalen Spezialisierung von 218
– gatten, erwerbstätige 232
– gatten, Lebensgemeinschaft der 229
– gatten, Tod eines der 230

- gattenbeziehung 337
- gatteneinkommen 662
- gattenfamilien 633
- gattensplitting 653
- gattenunterhalt 619
- gemeinschaft, Verlassen der 415
- gemischt-nationale 676
- gescheiterte 669
- geschiedene 207
- gesetz 670
- Gewalt in 600
- gründung 214
- In-Attraktivität der 217
- Individualisierung 138
- Instabilität der 219
- Institution 189
- islamische 226
- kinderlose 375, 377ff.
- konfessionsverschiedene 676
- konflikt 229
- Krise 199
- krise 615
- leben 189
- leitbild 228, 676
- leute, Rollenunsicherheit der 228
- losigkeit 668
- lösung 120
- Machtbalance 140
- mann, Dominanz 355
- mann, Status 335
- manns, Einkommensniveau des 247
- modell 231
- modell, patriarchalisches 608
- monogame 12, 668
- nichtigkeitsgründe 668
- paar, kinderloses 2, 15, 246, 249f.
- paare, Einkommenspositionen kinderloser 247
- papierlose 366
- partner 5, 139f., 188
- partner, Gleichberechtigung 662
- partner, lokale Rollen 141
- partner, strukurelle Ähnlichkeit 141
- partner, Unterhaltsverpflichtung 657
- partner, Verhaltensweisen der 218
- partner, Verhältnis 139
- partnerbeziehung 100
- partners, Tod eines 423
- pflichten 225
- pflichten, personale 226
- probleme 694
- programm 700
- qualität 608
- recht 226, 231
- recht, Reform 663
- rechtsreform 225, 667
- rechtsreformgesetz 225, 229
- rechtsreformgesetz, Erste 671
- scheidung 8, 10, 13, 171, 219f., 229f., 370, 415ff., 419f., 516, 519, 609, 611, 663, 670
- schließende 201

Eheschließung(en) 3, 6, 10, 120, 137, 156, 187, 214ff., 217f., 227, 363ff., 367, 369ff., 372, 382, 385, 423, 444, 515f., 518, 523f., 527, 607, 610, 612

- Sinngehalt 608
- Sinnzuschreibung der 214
- spezialisierte Leistung der 214
- staatlicher Schutz 630
- stabile 157
- Stabilität 156, 186, 266, 611f.
- Unauflöslichkeit der 668
- verfassungrechtliche Leitbilder der 228
- Vergewaltigung in der 226
- Vorbereitung zur 107
- Wertpräferenz von 213
- Wesen der 669
- wilde 7
- zerrüttete 219
- Zerrüttung der 229f.
- stand, Eintreten in den 375
- system 5
- therapie, behaviorale 694
- typen, Ausbildung von 228
- verständnis 225
- verträge 440
- wirklichkeit, Konstruktion der 71
- zufriedenheit 156, 346, 370, 602

Eigenständigkeit, ökonomische 494
Eigentumsförderung 272

- Kriminalität 582
- recht 8

Ein-Eltern-Familie(n) 142, 158, 207, 215, 251, 393, 399, 413f., 615, 617
Ein-Kind-Familie 258, 312
Ein-Kind-Sterilität 377
Einehe 669
Einelter-Familien 414, 419
Eineltererziehung 417f.
Einfamilienhaus 275f.
Einfamilienhausvororte 266
Einflußfaktoren, psychosoziale 696
Einflüsse, psychische 81
Einkind-Situation 218
Einkommen 53, 118, 153, 241, 243ff., 246ff., 249, 252, 254f., 258ff., 216f., 270, 326, 332, 334, 521, 536, 538f., 553, 613

Einpersonenhaushalte 180, 206, 281 f.
Einrichtungen, öffentliche 460
Einstellungen 105
- emotionale 86
- soziale 521
Einstellungsänderungen 212
Einwohnerzahl 195, 201
Einzelhaushalte 443
Einzelkinder 312, 379
Elter 413
Elter-Kind-Beziehung(en) 190 f.
Elter-Kind-Dyaden 400
Eltern, Ausfall der 673
- autonomie 234
- beratung 106
- Berufstätigkeit 327
- bildung 11, 106
- Einkommen der 583
- Erwartungen der 98
- Erziehungsleistungen von 98
- Familien 5 f., 219, 413 f.
- generation 203, 469, 514, 552
- haus 90, 98, 191, 295
- kette 390 f, 399, 402 f., 407
- Kind 217, 292 f., 321 f., 393, 401 ff., 405, 407, 413, 500, 539, 549, 618, 695
- konflikt(e) 235 f.
- paar(e) 125, 313
- recht 232, 667, 672
- reduzierte 414
- rolle 217 f., 400, 403 f., 463
- schaft 155, 203, 300, 313 f., 337, 376, 378, 389 ff., 393, 396 ff., 399 ff., 402 f., 405 ff., 420, 423, 496, 514, 516, 525, 668, 685
- streit 236
- subsystem 313
- teil 180, 207, 236, 413, 615, 617
- teiles, Tod eines 415
- trennung 235
- Unterhaltspflicht der 232
- unvollständige 414
- verantwortung 235
- Verantwortung der 415
- verhalten 100, 318
- Verhalten 143
- würdigkeit 392
- zahl 413
Emanzipation 192, 667
Emotionalität 214, 267 f.
Emotionsprobleme 417
Empfängnis 171, 400
Empfängnisverhütung 376, 668
Engagement, schulisches 480
Enkel 5
Enkulturationsvorgang 289 f., 298
Entscheidungen, generative 522
Entscheidungsbefugnis, Vater 232
- konflikte 383
- macht 47 ff., 50
- möglichkeiten, rationale 375
- muster 355
- prozeß 385
- struktur, familiäre 52
- techniken 699
Entstehungsgeschichte, familiäre 685
Entwicklung(en)
- familiale 39, 135, 145, 167, 292, 295, 462, 467, 516, 522, 660,
- frühkindliche 290, 294
- gesellschaftliche 22, 144
- individuelle 135, 291, 302 f.
- industrielle 167
- lebenslange 303, 305
- ökonomische 167
- sozialstrukturelle 144 f.
Entwicklungsoptimierung 679, 701
- perspektive, lebenslange 291
- perspektiven 552 f.
- prozeß 85, 136, 299, 322
- psychologie 95, 289, 291, 293 f.
- störungen 87
- stufen 300
- verläufe, gesamtgesellschaftliche 220
- verzögerungen 89
Epidemiologie 561
Erbe 272
Erben, Sicherung des 391
Erbengemeinschaft 181
Erbfolge 440
Erblasser 440
Erbrecht 8, 372, 440, 442, 446, 457, 527
Erbschaft 165, 184, 230, 275, 371
Ereignisdaten 133, 135, 144, 153, 156, 687
Erfahrungen, frühkindliche 293
- handlungsrelevante 105
Erfahrungsdefizite 87
- geschichte 303
- umwelt 100
- welten, soziale 294
Ergänzungstheorem 414, 416
Erkrankung, psychische 559
Erkrankungen, psychosomatische 81, 88, 559
Erkrankungswahrscheinlichkeit 559, 571
Erleben, individuelles 107
Erlebnisnähe 67
- tiefe 67

Ernährers, Rolle des 416
Ersparnisbildung 249, 254
Erst-Ehe 155, 406, 608
Erstgeborene 379
Erstheiratsziffern 198, 336, 417f., 421, 482, 551
Erweiterungsphase 250, 252f.
Erwerbsaktivitäten 492
Erwerbsarbeit 137, 183, 227, 231, 491, 500, 502f., 505ff., 508f., 521, 652, 656ff.
- arbeitszeit 218, 499ff., 505
- beitrag 553
- beteiligung 491ff., 494f., 497ff., 502f., 548
- biographie 246
- einkommen 252, 259f., 262, 492, 494, 632, 656
- eintritt 553
- konstellationen 503
- leben 248, 263, 492ff., 500, 552, 659
- losigkeit 230, 493
- neigung 507
- personen 491
- phase 493
- rolle 547
- sphäre 499
- status 493, 508, 657
- suchende 493
- tätigen 498
- tätigenehe 228
- tätigenquoten 492
- tägigkeit 103f., 218, 227, 230, 246ff., 251, 259, 262, 318, 334, 336, 421, 463, 491, 494, 497ff., 501, 506ff., 509, 523, 546, 552, 618, 662, 676
- umfang 137
- unterbrechung 137
Erzieher, Erziehung der 11
Erziehung 635
- anti-autoritäre 233
- autoritäre 233
- familiale 11
- Komplexität familialer 293
- mangelhafte 582
- vorschulische 673
- Erziehungsaktivitäten 500, 505f., 508
- arbeit 501, 503
- aufgaben 509
- beratung 673, 675, 682ff.
- berechtigte 635
- einstellungen 56, 481
- funktion 243
- geld 262f., 653
- gemeinschaft 669
- grundsätze 233
- haltung 580
- handlungen 481
- hilfen 243
- jahr 262
- konflikte 353
- kraft 683
- leistung(en) 116, 125, 482, 630
- maßnahmen 233
- prozeß 480
- repertoire, elterliches 581
- stil(e) 56, 100, 105, 191, 292, 405, 416, 500, 581, 586
- stilforschung 289, 291
- tätigkeit 500
- urlaub 263
- verhalten 291f., 541, 549, 586
- verständnis 107
- zeiten 262
- zeiten, rentenversicherungsrechtliche 262
- ziele 56, 233
Es 83
Essen, gemeinsames 366
Ethnographie 100
Evolutionismus, Gefahr 179
Evolutionstheorie 21, 179
Existenzminimum, physisches 251
Exogamie 436
Exogamieregel 4
Exosysteme 97
Exploration 65

Faktenerhebung 122
Faktoren, soziale 426
Faktoren, soziokulturelle 479
Fallstudien 141
Familie(n)
- abläufe 159
- alltag 99, 454, 461f., 509, 629
- analyse(n) 103, 146, 168
- anamnesen 597
- angehörige, Individualisierung 140
- angehörige, mithelfende 491
- arbeit 227, 231, 521, 652
- arrangement 38
- auffassung, systemische 563
- aufgaben 299
- auflösungsphase 245
- autonomie 34, 651, 672
- balance, Optimalwerte der 39
- Bedeutung von 212f., 219
- Bedeutungsverlust von 211, 220
- begriff 2, 6, 119, 524

- behandlung 683
- berater 703
- beratung 234, 673 f., 679 ff., 684
- bereich 219 f.
- berichte 115
- beschreibung 299
- besitz, Vererbung 446
- betriebe 182, 185
- Bewältigungspotential 536
- Bewertung 392
- beziehungen 132, 235 f., 483, 501, 524, 541, 547, 683, 691, 694
- bilder 501
- bildung 33, 36, 245 f., 248, 673 f.
- bildungsstätten 674
- Binnenintegration der 33
- biographie(n) 136, 144, 246, 540, 546
- bücher 116
- bürgerliche 183, 191, 572
- charakteristika 299
- definitionen 3
- deprivierte 546, 548, 551, 553
- Desorganisation 630
- dreiköpfige 262
- Dynamik 39, 151, 153, 561
- dysfunktionale 691, 705
- Eingliederungsprozeß 293
- einheit 413
- einkommen 53, 153, 242 f., 245, 247, 249, 251 f., 326, 521, 538, 553
- Engagement für 676
- Entstehungsgeschichte der 11
- entwicklung 39, 151 ff., 155, 158 f., 180, 292, 295 f., 462, 516, 522, 660, 687
- Entwicklungsgeschichte der 11
- Entwicklungstrends 179
- erholung 673 f.
- ernährer, Lohnniveau des 154
- Erscheinungsbild 137
- erweiterte 183, 435 ff., 439, 448, 568, 633
- erweiterung 246 f., 250, 291, 467
- Erziehungsleistungen 653, 656
- fähigkeit, Hilfe zur 674
- feste 329
- form(en) 6, 35, 95, 103 f., 107, 109, 118 f., 122, 142, 157 f., 179, 183, 213, 219, 391 f., 397, 413 f., 421, 437, 466, 494, 565, 572, 661
- forschung, interpretative 72
- forschung, kulturvergleichende 163
- forschung, vergleichende 169, 171
- förderung 242
- förderung 242, 249, 251, 253, 259, 261 f., 657
- Freizeitverhalten 330
- funkionalen Spezialisierung von 218
- Funktionen 2 ff., 25, 34 f., 154, 243, 270, 475, 483, 499, 539, 543, 546, 548, 564 f., 631
- Funktionsfähigkeit 243, 543
- Funktionsverlust 35, 559, 564, 630, 651
- Funktionswandel 325
- gericht(e) 235, 610
- geschehen 314, 404, 563
- geschichte 144, 400, 402, 406
- gesetzgebung 440
- Gewalt in der 346, 349 f., 351, 355, 598
- grenzen 401
- großbäuerliche 4
- größe 154 f., 251, 254, 258, 467, 649
- Grundlage der 668
- gründung 156, 215, 292, 382, 392, 397, 399 ff., 467, 607
- hausfrau 652
- haushalt 180
- haushalt(e) 115, 125, 140, 180, 241, 244 f., 247 f., 254 f., 273, 276, 280, 283, 325, 491 f., 494, 496 ff., 501 ff., 506, 519, 523, 631, 633
- Haushalt, Sozialsystem 497
- Haushaltsanalysen 122
- Hauhaltsbudget 9, 255, 259
- hilfen 243
- ideal, konservatives 117
- ideale, bürgerliche 188
- Identität 103
- Individualisierung 138
- Informationsaustausch 295
- Innen-/Außenaspekte der 71
- Institution 628
- intakte 589
- Integration 182, 462, 541 f., 544, 550 f.
- interaktion 289
- interaktion, Gesetz der 155
- Interaktionsprozesse 70
- Intimgemeinschaft 269
- karriere 507, 516
- kinderreiche 279
- Klassenzugehörigkeit 106
- klima 100, 140, 586, 697
- konferenz 698
- konflikte 563
- konjugale 413
- konstellation 333, 389 f., 439, 441
- kontakte 500
- kontext, ökonomischer 457
- konzept 120
- Kultur 100, 484

- lastenausgleich 253, 261f., 653, 671f., 679
- leben 91, 125, 137, 142, 179f., 213, 335, 348, 423, 538, 571
- Lebenslauf 151, 153ff.
- Lebensmöglichkeiten 143
- Lebensstandard 255
- Lebensunterhalt 231
- lebenszyklus 685, 687, 689, 695, 700
- Leistungen 214, 217, 241f., 457, 565, 651
- leitbilder 667f., 673
- Machtgefüge 295
- mahlzeiten 183
- materielles Lebensniveau von 251
- materielle Ressourcen 334
- Mikrosystem 685
- milieu 588
- mitglieder, Austauschbarkeit der 157
- mitglieder, hilfsbedürftige 627, 631
- mitglieder, Rollensatz 325
- mitgliedern, Kontakte mit 426
- modelle 166, 595
- monographien 9, 117
- netzwerk 142
- nicht-intakte 589
- normen, egalitäre 49
- oberhaupt 427
- organisation 24, 165
- orientierung 218, 508, 522
- Ökologie der 101
- Ökonomie 25, 153f., 241, 243, 251, 417, 543, 548, 662
- pathogene 563
- phase(n) 152, 660
- Phasenverlaufsprozeß 157
- planung 184, 669
- Pluralität von 5
- politik 95, 108, 629, 636, 651, 667, 679, 672
- präventionsprogramm 697
- probleme 632, 694
- programm 700
- recht 225ff., 237, 442, 444, 662f., 668, 671
- rehabilitation 567
- rituale 329, 336, 341, 598
- rollen, Ergänzung der 157
- rollen, historische 181
- rollen, Interpretation der 103
- Rollen- und Interaktionsstruktur 151
- Schlechterstellung von 259
- schutz 238
- Selbsthilfepotential 680
- sinn 274
- situation 421, 430, 588
- Solidargemeinschaft 656, 662
- Sozialberichte über 108
- sozialer Status 333
- soziales Netz 660
- Sozialgeschichte der 105, 179
- sozialisation 290, 292, 296, 300, 305, 355
- Sozialsystem 496
- Spezialisierung der 282
- staatlicher Schutz 630
- Stabilität der 165
- stand 442
- standsfragen 142
- statistiken 117, 119, 121f.
- Status der 418, 484
- Stellung der 242
- stress 617
- struktur 21, 24, 181, 355, 541, 571
- Strukturflexibilität der 156
- strukturtypen 457
- studien, kulturvergleichende 164
- subsidiarität 661
- Subsystem 35
- system 123, 163, 165, 189, 312f., 320, 384, 454, 496, 527, 536, 539, 540, 542ff., 546, 562, 567, 616, 680, 683, 685, 687f., 692, 695.
- systemtheorie 683, 703
- systemtherapie(n) 595, 700, 704
- tätigkeit 103, 676
- Teilsystem 438, 513
- temperament 297
- thematik 31
- Theorie der 21
- therapeut 703
- therapie 37, 39f., 82, 106, 305, 562f., 567, 595, 602, 679ff., 693f., 696
- typ(en) 4, 9, 72, 121, 173, 179, 219, 391, 421, 435
- umwelt(en) 39, 455f., 465, 559, 569
- unauffällige 699
- unterhalt 188, 227, 662
- unterhalt, Sicherung 540
- unvollständige 158, 186, 278, 413, 578f.,
- urlaub 329, 341
- veränderte Lebenslage 543
- Veränderungen in der 166
- verbände, matrilineare 443
- verbundenheit, Grad der 13
- vergleichende Studie zur 163
- verhältnisse 92, 100, 182
- verlaufsprozeß, Konzept des 152
- (verlaufs)typen 159

- Verletzlichkeitsniveau 691
- verständnis 5, 142
- vollständige 213, 252
- Wandel der 14, 439
- wanderung 469
- Wanderungsverhalten 145
- welten 71, 73, 75, 145
- Wertpräferenz der 211, 213
- wirtschaft 179, 183, 185, 189f.,
- zeit 540
- zentrierung 217, 219, 338
- Zerrüttung 598
- zugehörigkeit 479
- Zukunftsperspektive 543
- zusammenbruch 235, 568
- zusamensetzung 154, 185
- zyklus 56, 125, 135, 153, 185, 191, 241, 244f., 249, 252, 337f., 340, 423, 493f., 516, 540, 546, 689

Familisation 293
Familienform, abweichende 413
Fähigkeiten, sprachliche 482
Feierabend 330
Fertilität/Infertilität 10, 120, 184, 201, 203, 376, 392, 396, 467, 517, 519f., 528
Feudalismus 180, 437
Filiation 4, 33, 36
Finanzen, öffentliche 644
Finanztransfer 644
Fixierungen, psychische 87
Folge-Ehe 608, 615
Follow-up-Studies 597
Formen, Diversität familiärer 167
Forschung, biographische 122
Forschung, kulturvergleichende 171
Forschung, ökologische 144
Forschung, schichtspezifische 100
Forschung, vergleichende 168
Forschungsfragen 12
Forschungvorhaben, kulturvergleichendes 168
Fördermaßnahmen, berufliche 661
Förderungsmaßnahmen, wirtschaftliche 243
Fragen, sozialpolitische 677
Frau(en)
- abgeleitete Ansprüche 656
- Abwertung der kinderlosen 376
- akademisch ausgebildete 13
- alleinerziehende 657f., 660, 662
- Arbeit der 656
- Armut 657f., 661
- Ausbildungsniveau der 55
- Benachteiligung 355, 652, 657, 659
- berufliche Möglichkeiten für 427
- berufliche Stellung 503
- Berufsorientierung der 383
- berufstätige 228, 283, 505
- bewegung 13, 15, 25f., 29, 376
- bild, neues 376
- Diskriminierung 663
- Einkommen 618
- Elterschaft der 414
- Erwerbslosigkeit 661
- erwerbsquote 466
- Erwerbsstatus 503
- Erwerbstätigkeit 247, 604, 613, 657, 663, 670
- Erwerbsverhalten 136
- Erwerbszeiten 659
- Existenzsicherung 656
- Familienarbeit 662
- Gebäralter 519
- Gewalt gegen 271, 345f., 351ff., 354
- Gleichstellung der 228, 663
- häuser 352, 358, 599
- häusliche Arbeit 656
- Heiratsalter 519
- kinderlose 382
- Lebenslage 259, 419, 642, 662
- Lebenslage, alleinerziehender 658
- Lebenssituation von 656
- leitbild 676
- Mißbrauch 599
- Mißhandlung von 345, 352ff., 355
- ökonomische Abhängigkeit der 28
- probleme 228
- Recht der 415
- Rechtsbedürfnisse der 228
- Rechtsvorstellungen der 228
- Rentenansprüche 659
- Rolle 13, 25, 354, 657, 663, 670
- Schutz der 216
- Selbstdefinition 657
- soziale Sicherung 651
- Stellung der 21, 23, 25f., 28, 233
- Teilhabe 656, 657
- Ungleichbehandlung 657
- Unterdrückung von 352
- überschuß 205
- Vollzeitbeschäftigung 334
- Wanderungsbewegungen abbruchwilliger 382

Freibeträge, steuerliche (Kinder-) 262
Freizeit 268, 326ff.
- aktivitäten 267, 325f., 328, 332, 335
- aktivitäten, häusliche 330

- bereich 331
- beschäftigungen 328
- block 330
- Definition 326, 329
- familie 325, 336
- forschung 328
- funktionen 325
- gestaltung 192
- gestaltung, gemeinsame 333
- gestaltung, individuelle 333
- interessen 325
- phänomene 328, 341
- programm, familiäres 328
- Reduzierung 327
- Rollen 325
- stil 334, 338
- Symbol, kulturelles 326
- verhalten 13, 103, 156, 325 ff., 332 ff., 335 f.
- verwendung 332, 335 f.
- verwendung, Analyse familiärer 328

Fremdadoptionen 392
Freunde 372
- Einladung von 363

Freundes-Bekanntenkreis 545
Freundeskreis 218, 500
Freundschaft 51, 89, 435, 437, 441, 445, 447
Frühehen 611
Frühförderung 290
Frühsozialisation 581
Funktionalismus, struktureller 441
Funktionalität, gesellschaftliche 437
Funktionen, Erfüllung familialer 243
Funktionssysteme, gesellschaftliche 36
Funktionsverlust 564, 630
Fürsorge
- staatliche 618
- erziehung 635
- funktion 2 f.
- zöglinge 585

Gartenstadt 275
Gattenbeziehung 185
Gattenfamilie 9, 33 f., 119, 132, 185, 414 ff., 437, 524
Gattung, Reproduktion 497
Gebäralter 519
Gebrauchsgüter 241
Gebrauchswerte, Produktion von 23
Geburt(en) 13, 35, 152, 155, 157, 165, 171, 180, 182 ff., 185, 195 ff., 201 ff., 206, 214 ff., 217 f., 247, 250, 268, 279, 301, 311 f., 315, 367, 379, 382, 414, 442 ff., 467, 513 ff., 516, 518, 519 f., 522 ff., 526 ff.
Geburtskohorten 133, 137, 156
Gefährtenschaft, nachelterliche 155, 185
Gefühle, Verdrängung von 425
Gegenwartsgesellschaft 475, 482
Geisteskrankheit, Bedeutung 568
Geldmittel, Umwandlungsprozesse der 24
Gelegenheitsstrukturen, gesamtgesellschaftl. 136
Gelegenheitsstrukturen, sozio-historische 135
Gemeinde(n) 437, 453, 460, 681
Gemeinsamkeit, sexuelle 227
Gemeinschaft(en) 22 f., 226, 363, 372, 435, 441, 632, 679, 681
Genealogie 437
Generalisierbarkeit 154
Generation(en) 3, 5, 99, 101 f., 123, 125, 180 f., 196, 206, 212, 242, 275, 313, 442 ff., 445 f., 463 f., 494, 520, 598, 630, 667, 672, 677
Generativität 300, 303
Genotyp, aktiver 302
Genotyp, passiver 302
Gentechnologie 677
Gerechtigkeit, soziale 242
Gesamt-Zeitbudget 327
Geschiedene 200, 428, 669
Geschlechter 101, 443, 705
Geschlechterhierarchie 354
Geschlechterkonstellation 321
Geschlechterrollen 596
Geschlechterrollenkonzeption 189
Geschlechtsakt 668
Geschlechtsdifferenzierung 5
Geschlechtsgemeinschaft 226 f.
Geschlechtsidentität 417
Geschlechtsrollen 142, 596, 601
Geschlechtsverkehr, vorehelicher 368, 668
Geschoßwohnung 276
Geschwister 312, 315 ff., 319 ff., 496
- gleichgeschlechtliche 319
- beziehung(en) 311 f., 314 f., 318 f., 321 f.
- folge 443
- forschung 312, 321
- gruppe 314
- kinder, Entwicklung 301
- Interaktion 13
- paare 319
- positionsforscher 311 f., 320
- positionsforschung 311 f.
- reihe 311 f.
- rivalität 320
- stellung 379
- subsystem 313

- system 313f.
Gesellschaftsideal, konservatives 117
Gesellschaftsordnung 419, 591
Gesellschaftsstruktur, patriarchalische 354
Gesellschaftssystem 485
Gesellungsformen 282
Gesetzesübertretungen 585
Gesetzgeber 363
Gesetzgebung 382, 385, 420
Gesetzmäßigkeiten, überindividuelle 131
Gesinde 180, 182
- dienst 183, 187
- status 182
Gesundheit, Kosten 145, 206, 217f., 513, 565, 568, 570, 628f., 638, 643
Gewalt 38, 232, 345ff., 350ff., 353ff., 357f., 599, 670
- akte 355
- erfahrung 350, 353
- faktoren 357
- forschung, familiale 353
- kontexte, familiale 353
- kreislauf 354
- opfer 346
- tätigkeit(en) 346, 599
- verhältnisse 357
Gewissen 580, 582f.
Gewissensbildung 579, 580f.
Gewissensentscheidung 675
Gleichberechtigung 189, 225f., 228, 230, 232, 670
Gleichstellung 225, 652, 663
Gleichwertigkeit, funktionale 171
Grenzen, ökologische 280
Großeltern 5, 294
Großelternkette 403
Großfamilie(n) 132, 179f., 271, 413, 435, 463, 559, 564, 568, 571
Großhaushalt, städtische 269
Großsiedlungen 275
Großstadt, kinderfeindliche 467
Großstadtfamilie, erweiterte 439
Grundfreibetrag 260
Grundgesetz 670
Grundrechtsträger 234
Gruppe(n) 2, 313, 456
- gesellschaftliche 22, 372
- informelle 679, 681
- soziale 325, 596
- familiäre 331, 336
- Familie als 156
- konfessionelle 179
- bildung 6
- charakter 4
- größe 181
- identität, familiäre 337
- merkmale 4
- mitglied 586
- prozesse, familiäre 333
- system 32
- zugehörigkeit, soziale 561
Gütertrennung 230

Handeln 22, 50
- , soziales (Alltags-) 69
- , affektuelles 570
- , Besonderheiten familialen 101
- , Entwicklung zu kriminellem 587
- , expressives 329
- , familiales 34, 109
- , hauswirtschaftliches 118
- , individuelles 73, 75
- , intentionales 77
- , interventionsorientiertes 681
- , kollektives 481
- , Komplexität familialen 104, 107
- , kriminelles 586, 588
- , menschliches 66ff.
- , Pragmatik familialen 95, 99, 109
- , soziales 63f., 67f., 75
- , staatliches 632
Handlung(en), sinnhafte Rekonstruktion einer 77
- Synchronisation der 101
Handlungsalternativen 51
- kompetenz 486
- konsequenzen 56
- kontexte 45
- möglichkeiten, geschlechtstyische 551
- muster 68, 329
- schema, normatives 458
- system(e) 326, 442, 458
- thematik, familiale 459
- theorie 31, 570
Haus, ganzes 116, 267ff., 271
Hausarbeit(en) 24ff., 27f., 190, 227, 268f., 274, 276, 280, 421, 501ff., 504f., 507, 613
Hausarbeitsraum 269, 276
Hausfrau(en) 25, 27f., 227, 269, 274, 327, 493, 506f., 670, 676
Hausgemeinschaft 180, 463
Haushalt(e) 55, 118f., 182, 185, 206, 265ff., 270, 272, 278f., 414f.
- eigener 363
- elterlicher 181
- Führung des 229
- gemeinsamer 366

- kleinfamilialer 273
- selbständiger 276
- Vier-Personen- 278
- einkommensschwache 278
- junge 278
- kinderreiche 278
- öffentliche 627, 629
- private 119, 275
- Zahl 207f.

Haushaltsaktivitäten 506, 508
- analysen 125
- angehörige 415
- aufgaben 503f., 509
- ausstattung 502
- budget 117f., 278
- einkommen 246, 248, 278, 502, 536
- entwicklung 660
- familie 116
- finanzen, Verknappung 538
- formen 119, 276, 414, 466f.
- funktion(en) 3, 243, 270, 273, 283, 539
- führung 36, 107, 228, 273f., 505, 546, 548
- gemeinschaft 4, 378, 491
- größe 118, 132, 181, 206, 437, 443
- kasse 366
- kassenbücher 121
- konzept 120
- nettoeinkommen 245, 248f., 252f., 255, 495, 505, 632
- ökonomie 553
- rechnungen 117f.
- statistik 119, 121f.
- strukturen 133
- studien 8
- systeme 123, 125
- tätigkeiten 503
- typ(en) 119, 206, 245, 281f., 284, 469
- verknüpfung 125
- vorstand 118, 484, 502
- zusammensetzung 142

Hausherrenposition, Übergabe 181
Hausnamen 116
Hausordnungen 272, 274, 283
Hausvater 189
Hausväter-Literatur 8
Hausväterschrifttum 116
Hausverwaltung 272
Hauswirtschaft(en) 116, 123, 498
Härteklausel 671
Häuslichkeit 274
Heim 581
Heimarbeit 281
Heimarbeiter 491, 495
Heimat, identitätsstabilisierende 275
Heimerziehung 514, 579, 585
Heimkinder 579
Heirat(en) 152, 155, 157, 181f., 184, 188, 216, 218, 363f., 369, 371, 375, 394
Heiratsalter 10, 182, 184, 187, 198, 200, 379, 443f., 519, 611
- bedingung 363
- bereitschaft, sinkende 208
- daten 171
- entwicklung 609
- form 165
- häufigkeit 198f., 494, 515, 520, 524
- kohorte(n) 519, 611, 612
- möglichkeiten, verringerte 180
- muster 181
- neigung 491, 519, 608
- quote(n) 364f., 371
- verbote 6, 376
- verhalten 444, 520, 528
- zeremoniell 369
- ziffern 198f.

Herkunft 188, 336, 398, 475f.
Herkunftsfamilie 5f., 34, 56, 88, 91, 476f., 481f., 486f., 492, 562, 572, 586, 590, 611
Herkunftsgesellschaft 56
Herrschaftsrecht, elterliches 233
Heterogenität, soziale 140
Hilfeleistungen 427, 544
Hinterbliebenen, Unterstützungsleistungen 424
Hinterbliebenenversorgung 662
Hintergrund, sozialer 479
Hochschulabschluß, Frauen 614
Hochzeit 363, 368, 372, 376
Homeostase 40, 297, 595
Homogamie, soziale 335
Horte 190
Hypochondrie 88
Hysterie 89

Ich 83
Ich-Entwicklung 295, 580
Ich-Identität 188
Identifikation 85, 579
Identität 103, 398, 562
- personale 101f., 104, 109
- soziale 628
- Zerstörung der 427
- kollektive 102, 109
- Konstitution kollektiver 102

Identitätsbeschädigungen 399
- entwicklung 398
- faktoren 355, 357

– findung 399, 405
Illegalität, Zonen der 587
Illegitimität 527f.
Illegitimitätsraten 180
Imitations-Lernen 350
Imitationsverhalten 318
Impulsneurosen 88
In-vitro-Fertilisation 392f.
Indexikalität 67f.
Individualberatung 681
Individualbiographie 540
Individualebene 541,691, 694
Individualeinkommen 334
Individualentwicklung 299
Individualisierung 138ff., 141f., 182, 185f., 218, 328, 331, 651
Individualität 100, 107, 233, 271
Individuallohn 523
Individualtherapie 681
Individualzeit 540
Individuation 561
Individuen 45, 565
Individuierung, Verzicht auf 562
Individuum 77, 290, 679
Indukation, Verfahren der 96
Industrialisierung 133, 154, 180, 363, 453, 457, 492, 495, 609
Industriesektor 26
Informationsstrategien 38
Infrastruktur 143, 269, 273f., 275, 454, 460f., 465
Input/Output-Schema 31
Insemination, heterologe 390, 392f., 396ff., 399f.
Instabilität 547, 549, 598
Institution 2, 369, 637, 679, 681
Integration 338, 462, 466, 486, 630
Inter-Generationswandel 211
Interaktion(en) 2, 4, 31f., 36, 57, 64f., 66f., 75, 119, 144, 159, 163, 297ff., 303f., 312, 316ff., 321, 326, 332, 336, 358, 400, 424, 426, 442, 447, 481, 539, 550, 562f., 578, 613, 683, 694
Interpenetration 31, 40
Interpretation, dokumentarische 67
Interpretation, subjektive 77
Interpretationsmuster, familiale 294
Intervention(en), therapeutische 679, 693
– beraterische 679
– Ethik der 108
– familiäre 697
– familienorientierte 681
– familienrelevante 704
– familientherapeutische 685
– individuumsbezogene 680
– öffentliche 630
– polizeiliche 358
– selektive 568
Interventionsansätze 688
– bedürftigkeit 688, 690
– formen 694
– programme, familienbezogene 591
– ziele 695
Intimbeziehungen 225
Intimisierung 268
Intimität 267, 271
Intimität, familiale 183
Intimitätsgrenze 385
Introjektion 85
Inzest 436
Inzesttabu 4, 33, 442
Isolation, soziale 599
Isolations-Hypothese 447
Isolierung, soziale 569

Jugend 291
– alter 36, 290, 295f.
– amt 234, 237, 637
– delinquenz 591
– gruppen 586
– heime 673
– hilfe 682
– hilfestatistik 145
– kriminalität 416, 651
– phase 185
– verwaltung 643
– wohlfahrtsgesetz 633
Jugendliche, Autonomieanspruch 192
Jugendliche, kriminelle 417
Jugendlichen, Kriminalität bei 416
Jungfräulichkeit 668

Karrierechancen 475, 479f.
Karrieremuster 553
Kernfamilie(n) 3, 5, 33ff., 70, 123, 125, 154, 157, 183f., 276, 282, 389ff., 396, 400, 408, 413, 435, 437ff., 443, 447, 456, 520, 524, 559, 568, 616, 633
Kind(er)
– alltag 101
– Alter 612, 616
– arbeit 55
– aufzucht 190, 276, 523
– Auszug der 152, 157
– Behinderung der 673
– Betreuung 262, 421, 501, 503, 505
– betreuungsaufgaben 251
– betreuungszeit 499

- Entwicklung 143, 293
- erziehung 11, 190f., 229, 238, 260, 415, 501, 505, 509, 676
- Erziehung der 11, 229, 238, 260, 415
- erziehung, Pädagogisierung 191
- erziehungsaufgaben 251
- Familienleben mit 383
- freibeträge 260, 653
- gärten 190
- Geburt 157, 369
- geld 253, 262, 651, 653
- Geschlecht 617
- Gewalt gegen 271, 345f., 348, 351, 353, 355
- Handlungsorientierung des 580
- heime 673
- kosten 121f., 259ff., 672
- lasten 260
- lastenausgleich 653
- losigkeit 54f., 375ff., 378f., 381f., 392, 396, 400, 467
- Mißbrauch 599
- nichteheliche 180, 204, 236, 238, 589, 669
- Pflege 229f., 238
- phase 382
- Präferenzstellung der 215
- Rolle des 101
- schulische Plazierung des 152
- Schutz 216, 234, 671
- schutzhäuser 358
- Sorgerecht der 372
- Sozialisation 218, 266, 418, 421
- sterblichkeit 154, 184, 204f.
- Tageseinrichtungen für 673
- Versorgung 506
- Vorhandensein von 214
- Wertdimensionen von 259
- wirtschaftliche Selbständigkeit der 154
- Wohle 235
- wunsch 214f., 369, 371, 380ff., 385, 522
- zahl(en) 54, 155, 184, 190, 202, 217, 249ff., 253, 255, 257f., 260, 375, 384, 419, 496, 514, 518f., 521, 611f., 632

Kindesangelegenheit 233
- aussetzung 514
- mißbrauch, sexueller 348
- mißhandlung(en) 234, 345ff., 348ff., 651, 688
- tötung 225, 514
- wohl 233f., 651

Kindheit 190, 217f., 291, 295, 320
Kindheitserfahrung 191
- phase 87
- situation, ödipale 90

Kindorientierung, zugenommene 217
Kindschaftsrecht 232f.
Kindzentrierung 217ff.
Kirche 367, 667, 669ff.
Kirchen, Engagement der 667
- gemeinden 674
- leitungen 672
- steuer 260

Klassenstruktur 583
- verhältnisse 28
- zugehörigkeit 268

Kleinfamilie 179f., 266, 270, 274, 413, 483, 561, 564, 667
Kleingruppenforschung 33
Kleinkindalter 290
Kleinkindbetreuung 190
Kleinkinder, Betreuung 499
Kleinküche, durchrationalisierte 276
Kleinsiedlerbewegung 275
Kleinstkinder, Stillen der 414
Klima, emotionales 298
Kohäsion 37f., 156
Kohorte(n) 133, 135f, 156, 244, 517
Kollektivnormen 50
Kommunikation 32, 38f., 103, 295, 298, 315, 358, 442, 499ff., 695, 697, 699
Kompetenz, individuelle 166
Komplexität 32, 166
Komplementaritätsthese 464f.
Konfession 611f.
Konflikte 90f., 219, 226, 229, 291, 383, 403, 406, 562, 607
Konsum 23f., 27, 241, 244, 254, 258, 267, 269, 276, 280
Kontakte 427, 435, 498
Kontext, familialer 291, 303, 332
Kontexteffekte 466
Kontingenz, doppelte 38
Kontraktionsgesetz 9
Kontraproduktivität 647
Kontrolle(n) 56, 267, 271, 332, 355, 372, 486, 527, 578, 580, 584ff., 588, 589ff.
Kontrollfunktion 591, 603
Kontrollgruppenverfahren 597
Konversionshysterie 89
- neurosen 89

Konzeptionshäufigkeit 383
- optimum 383

Kosten 52ff., 140, 258, 522
Körperverletzungsdelikte 351
Krankenpflege 627
Krankensorge 565, 568
- Funktion der 560

- leistungen 571
Krankenversicherung 652,657
- gesetzliche 653,656
Krankheit 268,559ff.
Krankheit, psychische 87f.,90
Krankheits-Coping, familiäres 568
- bewältigung 565,568,570
- episoden 559,565
- folgen 559
- förderung, familiäre 561
- genese, familiäre 561
- gewinn, sekundärer 561
- kosten, Aufbringung 197
- modell, psychosoziales 683,697
- parameter 570
- risiken 559
- sorge, familiäre 568
Krankseinsneigung, epidemische 560
Kreise, Kreuzung sozialer 140f.,447
Kreise, Kreuzung familialer 400,402
Kriegsschicksale 14
Kriminalisierte 585
Kriminalisierung 585f.
Kriminalisierungswahrscheinlichkeit 587
Kriminalität 81,417,577,580ff.,583ff., 586ff.,589ff.,592
Kriminalitätsbegriff, objektiver 587f.
Kriminalstatistik 349ff.,578f.
Kultur 100,139,164,294,479f.

labeling approach 588f.
Lage, ökonomische 540
Land 268,276
Landflucht 13
Langzeitarbeitslose 552
- arbeitslosigkeit 535,649
Laufbahnperspektive 483
Länderauswahl 172f.
Längsschnittdaten 133,136
- ergebnisse 244
- studie 155
Leben, außerberufliches 265
- Produktion des materiellen 22
- eheliches 226
Lebendgeburt 381
Lebensabend, Vorsorge 182
- alter 56,304,611
- bedingungen 21,24,89,265,269,273, 292f.,296,475,481,535f.
- beratung 674f.
- bereiche 211f.,427,632,699
- chancen 487
- erfahrung 486
- erhaltung, materielle 496
- erwartung 155,157,182f,185,187,205f., 208,282,423,443f.
- form(en) 13,15,72,109,119,133,137, 142,143ff.,146,154,214,219,237,269, 273,280,291,363,369,371,377,385,389, 461,513,516,608
- führung, weibliche 467
- gemeinschaft(en) 2,7,125,137,201,204, 207,214,216,220,225f.,237f.,267,364ff., 367ff.,370f.,394,515,528,572,667,669, 676
- geschichte 399
- haltungskosten 672
- kontexte, außerfamiliäre 684,699
- krisen 426,559,565,567f.,570,572
- lagen, familiale 118,695
- lauf 99,135,153f.,304,539,608
- muster 167,507
- orientierungen 72
- perspektive 543
- phase, genitale 86
- plan 475f.
- planung 215,385,484
- qualität 243
- situation(en) 118,125
- standard 242,258,269,498,508
- stil(e) 95,219,280,320,327,334,341f., 384f.,418,421,475,481,525,598f.,679
- streß 568
- umfeld 132
- umstände 480,648
- unterhalt 254,492
- veränderung 430
- verhältnisse, ländlich-vorindustrielle 274
- verlauf 132f.,135,144
- weg 136
- weisen, familiäre 133
- welt(en) 66,72,74,95,99f.,104,109, 496,554,591,631
- zeit, individuelle 135
- zufriedenheit 508,509
- zyklus 125,241,298,337,428
- zyklusphasen 125
Leistungen, familiale 103,214,217,219f., 242,259,461,478f.,483,628,630,632,652, 656,660,662
Leitbilder 229,504
Lernen, primäres 100,295,303
Letztentscheidungsrecht, väterliches 233
Liebe, romantische 5,34,187
Liebesabhängigkeit 579
Liebesbeziehung, romantische 337
Liebesgemeinschaft 669
Liebesheirat 187f.

Liebesphase, ödipale 86
linkage-theory 168
Living Apart Together 364
Lohnarbeit 268, 270, 273, 659

Macht 58, 345, 420, 475
- ausübung 345
- differentiale 45
- eheliche 58
- kampfphase, anale 86
- konzepte 345
- positionen 298, 353
- prozesse 49, 58
- quellen 420
- resultate 49, 57
- struktur 47ff., 57f.
- ungleiche Verteilung 475
- unterschiede 45
- verhältnisse, eheliche 45, 47, 189, 345, 352
- verteilung, innerfamiliäre 49
Magersucht 563
Mann, Erwerbsarbeit 656
- Rolle 670
- Unterhaltspflicht 656
- Entscheidungsrecht des 227, 670
- Erwerbstätigkeit des 152
- Familientätigkeit des 676
Marienthal-Studie 535
Markt 242, 245, 269, 272
Masochismus 89
Massenkommunikationsmittel 211
Massenwohnungsbau, industrialisierter 276
Maßnahmen, familienfördernde 659
Maßnahmen, familienunterstützende 683
Matriarchat 47, 179
Mädchen, Familienalltag von 13
Männerleitbild 676
- Überschuß 205
Mechanismus, sozialer 484
Medien 680
Mehr-Kind(er)-Familie(n) 137, 241, 253f., 257f., 312, 314, 653, 672
Mehrgenerationenverband 6, 563, 565
Mehrpersonenhaushalte 276
Mehrwert, Schaffung von 24
Meldepflicht 381f.
Menschen, alte 276
Menschen, Würde des 227
Merkmale sozialstrukturelle 583
Methode(n),
- empfängnisverhütende 669
- haushaltsstatistische 10
- familientherapeutische 690
- psychoedukative 697
- qualitative 122
- pluralismus 131
Methodologie, sozialwissenschaftliche 63
Miete 267, 272, 274, 278, 283
Migrantenfamilien 56, 157
Migration 513
Mikrosystem, soziales 484
Mindesttrennungsfrist 237
Mißbrauch, sexueller 348f.
Mitbewohner, nichtverwandte 180, 183
Miteinander Gehens 365, 371
Mitgift 187
Mitgliederbeziehungen 36
Mitgliedsrollen 596
Mitsprache 226
Mittelschicht 268, 553
Mitverantwortung 226
Mobilität 139, 459, 463, 564
Modell-Lernen 350
Modelle, familientherapeutische 692f.
Modernisierung 133, 168, 372
- konzept 385
- prozesse 7, 375, 467
Modernität 166f.
Modernitätskonzept 165f.
Monogamie 9
Moralstatistik 10
Morphogenesis 297
Morphostasis 297
Mortalität 513
Multiproblemfamilie 584f.
Muster, familiäres 169
Muster, kulturelle 603
Muß-Ehe 528
Mutter,
- alleinerziehende 368, 418, 420, 619
- Aufwertung von 376
- Doppelbelastung der berufstätigen 229
- erwerbstätige 203, 327, 499, 501, 585
- expressive, binnenorientierte Führungsfigur 33
- gute 383
- Hilfen für 673
- Lebenssituation 661
- nichterwerbstätige 463
- Pflicht der 415f.
- schizophrenogene 561
- sorgeberechtigte 618
- soziale Sicherung 230
- späte 247
- unverheiratete 368
Mutter-Familien 5, 219, 418, 420

Mutter-Kind 290, 311, 317, 390, 549
Mutter-Rollenkonzeption, traditionelle 385
Mutterrolle 186, 215, 220
– rollen-Konzeption, traditionelle 383
– schaft 229, 414ff., 419f., 656
Mündigkeit 667

Nachahmungseffekte 598
Nachbarn 372, 463
Nachbarschaft 282f., 435, 445, 447, 465, 523
Nachkommensicherung 3
Nachwuchs 375, 514f., 523
Namensgeneratoren 142
Namensinterpretatoren 142
Natalität 516
Nationalsozialismus 667
Neolokalität 34
Nettoerwerbseinkommen 252f.
Nettoproduktionsrate 203
Nettoproduktionsziffer 201
Nettoreproduktionsziffer 197
Netz(e),
– sozialpolitisches 539
– sozialstaatliches 273
– soziale 131, 283, 631
– verwandtschaftliche 275
Netzwerk(e), soziale 100, 103, 132, 138f., 140ff., 168, 170, 341, 445, 454, 456f., 462, 464f., 482, 486, 568, 570f.
Netzwerkanalyse 138, 139ff., 440f.
Netzwerkbeziehungen 460, 462, 465
Netzwerkdaten, egozentrierte 140f.
Neugeborene 120, 201, 204, 206
Neuorientierungsverpflichtungen 567
Neurosen 81
Nexifixierung 562
Nicht-Arbeit, Ort der 267
Nicht-Delinquenten 577, 579
Nicht-Ehelichkeit 10, 216, 526f.
Nicht-Freizeit 327f.
Nicht-Verwandtschaft 268, 564
Nichterwerbsstätigkeit, Phase der 493
Normadressaten 228
Normalarbeitstage 281
Normalbiographie 527
– formerwartung 396
Normalisierung, eheliche 563, 568
Normalität 237, 385, 391, 396ff., 400, 405
Normbrüche 590
Normen 290, 346, 369
– egalitäre kulturelle 165
– institutionelle 329
– kulturspezifische 304
– patriarchalische 49, 165
– sanktionslose 233
– soziale 135, 329, 521
– soziokulturelle 504
– Vermittlung 294
– orientierung 498
– system 527
Normsystem, soziales 484
– verlust 414
Nötigung, sexuelle 351
Nuklearfamilie 438
Nutzenbilanz 52
Nutzenerwartungen 51ff., 54ff., 219

Oberschicht 268, 463
Objektivismus 96
Oikos 116
Opportunitätskosten 259
Optimismus, sozialer 580
Optionen 166f., 375, 523, 525, 538
Optionsdifferenzen 48
Orientierung, familienzentrierte 218
Orientierungen 105, 109
Ortsgemeinde 453
Out-Systeme 218
Ökologie 97, 561
Ökonomische Ressourcen, Verlust 543

Paarbeziehung 34, 136
– verhältnisse, personale 6
Panelanalysen 133
– erhebung 133
Paradigma, familientherapeutisches 683, 691, 697, 702f., 705
Paradigma, interaktionistisches 438
Paradigma, interpretatives 63
Paradigma, strukturell-funktionale 2, 5
Paradigmenwechsel 12, 32
Paranoia 89
Parentalgeneration 390
Partizipation, soziale 329, 340
– prozesse 283
– rollen, aktive 482
Partner-Kontakte 500
Partnerbeziehung(en) 188, 192, 215, 219, 404, 516
Partnernetzwerke 140
Partner, Schutz des sozial schwachen 671
Partnerschaft 6, 89, 91, 140, 226, 400, 404, 407, 467, 496, 516, 522, 524, 691
Partnerverlust 425, 428
Partnerwahl 34, 91, 139, 187f., 311, 341, 523f.

Passivitätsphase 86
Patienten, Lebensgeschichte des 82
Patriarchalismus 189
Patriarchat 179
Patrilinealität 443
Peripherie, soziale 485
Person-Umgebungs-Relation 51f.
Personenkategorien 67
Persönlichkeit 14, 39, 88, 227, 291, 293, 311, 481f., 500, 536, 539, 544, 549, 562, 638, 687, 692, 696
Perspektive, familienzyklische 337
– phänomenologische 74
– rollentheoretische 596
– systemtheoretischer 5
– vergleichende 164
Perspektiven 105, 109
– Übernahme 319
Perversionen, sexuelle 89
Pflegebereich, Anforderungen 197
– dienste, ambulante 643
– familien 514
– leistung 116
– leistungen, Austausch 125
Pflichten, häusliche 601
– personenrechtliche 226
Phase, nachelterliche 295, 633
Phase, vorelterliche 340
Phasenmodell 135, 541
Phasenverlaufsprozeß 153f.
Phänomen(e), soziales 426
– interpersonale 75
Phänomenologie 69f.
Phobien 89
Planungsprozesse 283
– verhalten 377
Plazierung 2, 481, 486, 496
Politikberatung 272
Polygamie 9
Praxis, familientherapeutische 704
Prävention 679, 684, 688ff., 696, 698f.,
Primärgruppe(n) 326, 679f.
Primärgruppensysteme, familiale 122
Primärsozialisation 338
Prioritätensetzung, politische 628
Privateigentums, Abschaffung des 266
Privathaushalt(e) 115f., 122, 491
Privatheit, Ideologie der 369
Privatsphäre 271
Pro-Kopf-Ausgaben 258
Pro-Kopf-Einkommen 249ff.
Probeehen 201
Problembehandlung 647
Probleme
– Bewältigung individueller 629
– ökonomische 426
– soziale 426
Problemlagen, familienspezifische 680
Problemlösung 298, 699
Problemverwaltung 647
Produktion 4, 21ff., 24f., 27, 154, 241, 266, 268, 273, 329
Produktivkräfte, Entwicklung der 26
– gesellschaftliche 265
Programme, präventive 698, 700
Projektion 85
Proletariat 268, 274
Promiskuität 9
Prozesse, innerfamiliäre 24, 76
– intra-familiäre 169
– psychologische 426
– soziale 45
Prozeß, interpretativer 65
Psyche, Strukturmodell der 83
Psychoanalyse 82
Psychoneuroendokrinologie 569, 570
Psychopathologie 82, 88
Psychosen 81, 561, 563
Psychotherapie 82, 87f., 90
Pubertät 295

Qualität, transkulturelle 164
Querschnittsanalysen 136
– daten 136, 244, 253
– ergebnisse 249
– erhebung 153, 155
– studien 169

Rahmenbedingungen, gesellschaftliche 136, 483
– rechtliche 628
Rang, sozialer 483
Rassenpolitik 610
Ratgeber-Literatur 11
Rationalisierung, technische 274
Raum-/Zeitkarten 144f.
Räume, soziale 143f.
Reaktionen, neurotische 90
– psychische 535
Reaktionsbildung 85
– weisen, altersspezifische 617
Realeinkommen, sinkende 241
Realität(en), soziale 76, 154f., 294, 377, 429
– familiale 74, 154, 158
– Konstruktion 294
– Verleugnung der 425

Realitätskonstruktion 72
- konzept 85
- verschiebungen 562
Rechtsgleichheit 228, 231f.
- grundlage 371
- normen 440, 442
- ordnung, staatliche 667
- system 156, 216, 440
- tatsachenuntersuchung 233
- wirklichkeit 228
record-linkage 171
Reedukation 14
Reflexivität 74
Reformgesetz 381f.
Regelmäßigkeit, empirische 132
Regenerationsbedürfnisse 501
Regression 85, 88
Rehabilitation 559, 567ff., 571
Reichsversicherungsordnung 636
Rekonstruktion 81
Religion 379, 384, 667
Remediation 680
Rente 230, 263, 371, 385, 427, 652f., 656ff., 662f.
Reproduktion 22, 266, 300, 329, 496, 513, 629
Reproduktionsarbeit 274
- begriff 596
- bereich 273
- funktion 2ff.
- monopol 438
- niveau 514
- sphäre 23, 25, 27
- technologie(n) 389, 392, 407
Reserve, stille 493, 660
Ressource(n) 36, 77, 123, 326f., 335, 350, 354, 453, 480, 482, 495, 497f., 501, 523, 538, 540, 543ff., 684, 687ff., 692, 695, 698
- austausch 497, 504
- außerfamiläre 336
- bilanzen 48
- externe 47, 49, 52, 336
- familiäre 336, 685
- finanzielle 263
- individuelle 336
- investierte 48
- Klassen 57
- konstellation 335
- materielle 475
- sozialkulturelle 475
- Verfügbarkeit 304
- verstärkung 568
Restriktionen 453
Retrospektivbefragungen 133
- erhebung 135
Revolution, industrielle 13
Risiken, familienbedingte 660
Risikofamilien 688, 694, 696
rite de confirmation 371
rite de passage 371
Ritual(e), familial-verwandtschaftliches 443
- Bedeutung 424
Rivalität 317f., 321f.
Rivalitätskonflikt 317
Rolle(n) 75, 290, 428
- ausübung 67
- beziehungen 36, 541, 546, 548
- bilder 500f.
- definition(en) 3f., 384, 500
- Entdifferenzierung der familialen 215
- erwartung 4, 67, 484, 542, 544, 548
- erworbene 152
- familiäre 554
- figuration 326
- handeln 562
- inhalte 152
- Integration 336
- kompetenz 611
- konflikt(e) 336, 338, 613
- kontext 553
- lokale 141f.
- muster 354
- organisation, familiale 425
- orientierung 498
- ökonomische 502
- pathologien 562
- Sets, weibliche 428
- stiefelterliche 404
- struktur 4, 156, 159, 481
- system, familiäres 543
- tausch 505
- teilung, traditionelle 225, 228
- theorie 70, 562
- Übernahme der 67
- veränderung 428
- verpflichtungen 329, 546
- Verschiebung(en) 552, 568
- verständnis 225, 599
- verteilung 311, 354
- vorstellungen 505
- wechsel 314
- zugeschriebene 152, 544
- zumutungen 562f.
- zuweisung, geschlechtsspezifische 227
Rückfallprophylaxe 694, 696
- quoten 697
Rücksichtnahme 226

Säkularisierung 186, 372
Säuglingssterblichkeit 204, 206
Schäden, emotionale 417
Scheidung 5f., 157, 171, 186, 230f., 235f., 390, 394f., 399, 402, 405, 423, 444, 524, 581, 607, 684
Scheidungsentwicklung 611
- folgen 231, 610, 615, 671
- geschehen 235
- gründe 376, 610, 614f.
- häufigkeit 186, 199ff., 207f., 524
- kinder 615
- quoten, gestiegene 158, 219
- rate(n) 137, 370, 393, 406, 607f., 611f., 613f., 649, 660f.
- recht 229f., 440, 444, 610, 612, 670f.
- reform 604, 610, 612
- risiko 604, 607, 611f., 614
- schuld 229
- verfahren 106, 227, 231, 610
- wahrscheinlichkeit 612
- waisen 207, 616
- zahlen, Anstieg der 215
- ziffern(n) 186, 607, 612
Schichtarbeit 501, 505
Schicht(en), soziale 183, 348, 379, 443, 459, 561, 564, 611, 613, 618
- struktur 583
Schichtmerkmal 648
Schichtung 577, 589
Schichtungsstruktur 145
Schichtzugehörigkeit 145, 268, 331f., 465, 475, 552, 588, 613
Schizophrenie 88, 305, 561, 697
Scholarisierung 180, 191f.
Schuldgefühlen, Vermeidung von 580
- prinzip 229, 231
- zuschreibung, einseitige 376
Schule 98, 475, 701
- Institution 191
Schulerfolg 479
- formen 478
- karriere 476ff., 479f., 483, 485
- Kind, vorpubertäres 296
- kultur 484
- leistungen, schlechte 417
- pädagogik 191
- pflicht, allgemein 191
- probleme 191
- schwierigkeiten 89
- system 269, 479
- typ, Wahl 192
- versagen 616, 618
Schutzbefohlene, Mißhandlung 349
Schwangerschaft 214, 216, 292, 369, 371, 377, 380, 397, 400, 526ff., 597, 611, 676
Schwangerschaftsabbruch 381f., 667, 668
- konfliktberatung 675f.
- unterbrechung 514, 526, 528
- verhütung 400
Segmentierung, funktionale 438
Segregation, Wohnbevölkerung 459f.
Sekundäranalysenvergleiche 171
Selbständige 279, 491
Selbstbestimmung, sexuelle 347
- disziplin 226
- hilfe 629, 643, 649, 681
- kontrolltechniken 689
Selektionsleistungen 100
- merkmal 585
- prozeß, schulischer 479f.
- schwelle 477
Sexualität 188, 515, 526
Sexualstrafrecht 347
- verhalten 156, 366, 608, 669
Sicherheit, soziale 659
Sicherung, soziale 513, 523, 629, 631, 636, 644, 652f., 657, 659, 660
Singles 282
Sinnstiftung 300
- verstehen 64
- welten 68
- zuschreibungen, familiale 211
Situation, verbesserte hygienische 154
Situationsbeschreibung, historische 179
- definitionen 67
- faktoren 355
Skalen, sozialpsychologische 140
Solidarität 3ff., 230, 242
Sorge, elterliche 232, 347, 672
Sorgeberechtigte 635
Sorgerecht 233ff., 236ff., 394, 416, 420, 651
Sozialisierung 439, 495, 497
Sozialarbeit 425
- aufwendungen 653
- dienst(e) 628, 637
- entwicklung 139
- forschung, empirische 144
- fürsorge 638
- geographie 144
- gesetzgebung 521
- hilfe 251, 421, 618, 637, 644f., 647, 652, 657, 659f., 662f.
- indikatorenforschung 211
Sozialisation 14, 34, 66, 99 108, 289f., 293, 295, 300, 303f., 357, 435, 438, 479, 495, 497, 499, 513f., 577f., 584, 663

Sozialisationsaufgabe 215, 217
- bedingungen, familiale 587
- defizite 418, 590
- erfahrungen 481
- fähigkeit 683
- form 304
- forschung 95, 97f., 100, 109, 143f., 454
- funktion 2ff., 35, 243, 539
- geschehen, innerfamiliäre 100
- instanz 191, 214
- kompetenz, Verlust 651
- leistungen 482
- monopol 438
- möglichkeiten 590
- praktiken 56
- prozeß 38, 217, 289f., 294, 312, 479f., 561
- umwelt 39
- wissen 107
- ziel 579
- Sozialisierung 439
Sozialisierungsforschung, ökologische 143
Sozialkontakte 35, 551
- lehre 667, 671
- leistungen 491f., 498, 629, 651
- planung 420
- politik 523, 629f., 651
- prestige 333f., 492, 498, 506
- produkt 206, 241
- raumanalyse 459, 465
- raumtypik 460
- station 643f., 648
- statistik 145
- status 459
- struktur(en) 138f., 442, 447, 577
- system 33, 35, 50
- versicherungssystem, gesetzliches 662
- verwaltung 643
Soziologie, phänomenologische 73
Soziometrie 441
Soziotopen-Forschung 98
Spannung, psychische 380
Spannungen, familiäre 335f., 338
Spannungsausgleich, emotionaler 483
Spezialisierung, funktionale 282, 438
- räumliche 271
Spezialisierungsprozesse 220
Sprachvermögen 315, 318
Stabilisierung, psychosoziale 499
Stabilität, familiäre 252
- wirtschaftliche 252
Stadt 268, 270, 276
- kritik, konservativer 275
- psychologie 96
- raumgliederung 458
Stammfamilienhaushalt 125
Status, elterlicher 393
Status, inferiorer 585
Status, sozialer 184, 480, 492, 498, 500, 543, 582, 584, 613
Statuserhalt 476
- erwartungen, elterliche 483
- faktoren 333
- gefüge, hierarchisches 481
- inkonsistenz 354f., 357
- kategorien 334
- konkurrenz 613
- merkmale 492
- positionen 47
- struktur, familieninterne 484
- unterschiede 354
Städtebaupolitik 265
Stellung, soziale 481
Sterbefälle 120, 195, 204, 513
Sterberisiko 204
Sterblichkeit 5, 13, 200, 204ff., 419, 515
Stereotypisierungsprozesse 384
Sterilität 376f., 397
Steuersystem 521, 651, 671f.
Stichentscheid, väterlicher 232f.
Stiefelter 390, 393f., 405, 578
Stieffamilie(n) 11, 186, 200, 207, 390f., 393ff., 396f., 399, 402ff., 405ff., 516, 579, 581
Stigmatisierung, gesellschaftliche 398
Stockholm-Ehen 363
Störungen, psychische 87, 90
- psychosoziale 651
Strafangst 580
- recht 346f., 582, 587
- rechtsreform 354
- taten 585
- wünsche 581
Strategien, interpersonale 358
Stressoren 684, 687ff., 692, 695
Streß 559
- bewältigung, familiäre 545, 687
- faktoren, innerfamiliäre 370
- konzept 545
- struktureller 354
- symptome 483
- verarbeitung 687
Struktur, binuklear 393
- abbildungen 125
- begriff 31
- merkmale, negative 69
- pathologien 567
- soziale 304

- sozialräumliche 466
- triadische 320
- wandel, familialer 457
- wandel, gesellschaftlicher 486
- wandel, ökonomischer 630

Strukturen, familiäre 325, 570
Strukturen, Funktion von 32
Strukturen, verwandtschaftliche 436
Studien, kulturvergleichende 163, 169
Sublimierung 85
Subsidiaritätsprinzip 637
Subsistenzmittel 23f., 27, 184
Subsystem 218
- gesellschaftliches 34
- familiäre 550

Subventionen, Austausch 123
Survey, replikativer 133
Süchte 88
Symbole 64
Symptombehandlung 681
- reduzierung 681

Synkratismus 50
System(e)
- abbildung(en) 125, 216
- autopoietische 40
- bildung, Funktion von 32
- denken 122
- familial-verwandtschaftliches 438
- geschlossenes 168
- gesellschaftliches 165, 167f., 691, 704f.
- grenzen 32
- hierarchie 455
- kognitive 440
- kulturelles 480
- linear entwickelnde 166
- modelle 603
- Organisation 297
- personale 497
- perspektive 39
- prozesse, familiale 596
- raster 32
- realität 45
- sachbezogenes 442
- soziale 31f., 453ff., 458, 536, 560, 653
- spätkapitalistisches 25
- strukturen 127
- theorie 39, 313, 437f. 595, 602, 683
- transgenerationales 692, 699
- typen 32
- Umwelt-Problem 38
- Umwelt-Variante 36
- Umwelt-Verhältnis 31
- zusammenhänge 120f., 125
- zwänge 167
- zweckrationale soziale 218

Tagesablauf 156, 218, 543
Tagesmütterprojekt 106
Tauschwerte, Produktion von 23
Täterperspektive 346
Tätigkeit, bezahlte 26
- Übernahme einer beruflichen 369

Tätigkeiten, hauswirtschaftliche 217
Tätigkeitskombinationen 327
Technologie 442
Teilsystem, familiales 458
Teilsystemen, Wandel von gesellschaftlichen 383
Teilzeitarbeit 494, 503, 659
- beschäftigte 642
- beschäftigung 499, 504, 506
- quote 495
- stelle 495, 506
- stellenangebot 495

Telekommunikation 281
Themen, familiale 15
- familienpolitische 14

Theorie selbstreferentieller Systeme 37
- feministische 29
- kritische 561
- strukturell-funktionalistische 24

Theorien, evolutionistische 12
- verständnis, nomologisch-deduktives 45
- traditionen, verhaltenstheoretische 46

Therapeuten, Ausbildung 699
Therapie 590
- angebote, professionelle 695
- erfolg 493, 699
- erfolgskontrollen 694
- familienorientierte 680, 681
- kontakte, Abbruch 695
- leistungen 696
- prozeß 680

Tiefenpsychologie 10
Tod 152, 157, 200, 268, 371f., 424f., 559
Tötungsdelikte 347
Transfer, kinderbezogener 262
Transfereinkommen 245, 252f., 260
- leistungen 651, 653
- zahlungen 631f.
- zahlungen, familienbezogene 245

Transmission, familienfördernde 652
- intergenerationale 303, 614

Trauer 424ff., 428
Trauernden 424f.
Trauerprozeß 428
Trauma, psychisches 87
Traumatisierung 88

Trauung 363f., 367, 669
Träger, nichtstaatliche 629
– öffentliche 637
Trends, familienstatistische 211
Trennung 5, 229, 370ff., 415ff., 524
Treue 226
Trinkverhalten, abweichendes 596
Trunksucht 599

Umbrüche, soziale 527
Umfeld, soziales 167, 425, 453, 542f. 600
Umgangsformen, elterliche 289
– partnerschaftliche 233
Umgangsrecht 237
Umschichtung, soziale 13
Umverteilungsleistungen 260
– prozesse 336
Umwelt(en) 64, 302, 462
– anpassung 32
– außerfamiliale 294
– bedingungen 88, 290, 442, 570
– Beziehungen 103, 457
– einflüsse 82, 98, 301
– ereignisse 31
– kulturelle 106
– Partizipation 218
– psychologie 96f.
– relevante 39
– soziale 87, 137, 456f.
– systeme 35
– ungeteilte familiale 301, 303
Unabhängigkeitseffekt 613
Unauflöslichkeitspostulat 670
Unehelichenrate 438
Unehelichkeit 11
Ungleichheit 143, 279, 326, 332, 336, 476, 479, 482, 486f., 659
Unsicherheit, wirtschaftliche 599
Unterhalt 230, 661
Unterhaltsanspruch 229f., 238, 662, 671
– änderungsgesetz 230
– pflicht 237
– verband, privater 662
– verpflichtete(n) 633, 645
– zahlungen 420, 618, 663, 671
Untermieterverhältnisse 277
Unterordnung, natürliche 226
Unterprivilegierung 478, 481
Unterschichtfamilien 553
Unterschied(e), geschlechtsspezifische(r) 213, 615, 617
– statusspezifische 334
Unterstützung 182, 215, 425ff., 545, 569f., 572, 632, 661, 679, 699
Urbanisierung 265, 273, 492, 495, 608
Ursache-Wirkung-Beziehung 167, 357
Ursachenforschung 353
Über-Ich 83, 581
Übergangsgesellschaften 48
Überlastungssituationen 569
Überlastungsthese 525
Überlebensaussichten 571
Übertragung 84

Validität 158
values of children 53
Vater
– alleinerziehende 186, 420
– Einigungsbereitschaft des 233
– Entscheidungsbefugnis des 233
– Erwerbsarbeit 203
– Familien 5, 219, 418, 420
– instrumentelle Führerrolle des 33
– Kind-Dyade 390
– Kind-Interaktionen 316f.
– Letztentscheidungsrecht des 232
– Rechtsstellung 237
– rolle 186, 220
– schaft 420
– Stichentscheid des 670
Väterlichkeit, neue 191
Verantwortung, elterliche 389
Verarbeitungsprozeß 429
Veränderung, ehebiographische 381
– Altersnormen für familienendogene 152
– Bedeutung sozialhistorischer 146
– familiale 211, 220
– familienzyklische 326
– gesamtgesellschaftliche 154, 156, 229
– normative 445
– Prozeß der 430
– sozialstrukturelle 383
– zeitgeschichtlich familiendynamische 155
Veränderungsprozess(e) 6, 137, 151, 166, 215, 220, 376, 608, 611
Verbrauch, privater 241
– ausgaben 258
Verbundenheit, familiale 296
Verdienerfunktion, Verlust 543
Verdrängung 85
Vererbungstheorie 584
Verfahren, deduktives 96
Vergangenheit, soziale 81
Verhalten
– abweichendes 267, 526, 577, 588, 691
– besitzergreifendes 599
– erwünschtes 135

- familiales 299f.
- generatives 55f., 183f., 203, 217, 304, 467, 515f., 520ff., 524, 526
- individuelles 63, 145
- kriminelles 416f.
- Muster sozialen 440
- mütterliches 383
- normverletzendes 550
- sexuelles 527
- soziales 438
- tagtägliches 420

Verhaltensauffälligkeiten 617, 682f.
- änderung, generative 13
- disponibilität 328
- genetik 301, 305
- kontrolle 562, 589
- methodologie 63
- muster 22, 50
- probleme 316, 541, 544
- störung 618
- veränderung(en) 316
- vorschriften 67
- weisen, autonome 50
- weisen, mütterliche 320
- weisen, pathologische 568

Verhältnis, Nähe-Distanz 296
Verhältnisse, eheähnliche 366
Verhäuslichung 271
Verkehrkreise, Kreuzung sozialer 139
Verlagerung, intergenerationale 443f.
Verlaufsanalyse 244f., 253
- daten, Analyse 137, 159

Verletzlichkeit, Reduzierung 690
Verlobung 365, 371
Verlust, Reaktionen auf den 427
Vermietung 265
Vermögenserwerb 230
- teilung 371

Vernetzung 119, 125, 141
Verortung, genealogische 398f.
Verschuldenprinzip 610
Versicherungsleistungen 630
Versorgungsanwartschaft 230
- ausgleich 230f.
- leistung(en) 116, 125, 423, 630
- niveau 206

Verstädterung 180, 272, 453, 457
Verstehen 66, 68
- deutendes 131

Verstorbenen 425
Verursachungsfaktoren 690
Verwaltung, öffentliche 627
Verwandte 180, 268, 270, 363, 372, 385, 413f., 463f., 562
Verwandtschaft 2, 102, 385, 390, 403, 435ff., 439f., 441f., 444ff., 523. 564
Verwandtschaftsbesuche 143
- beziehungen, Veränderungen der 425
- gruppen 441
- kontakte 439
- kriterium 4
- kultur 442
- strukturen 438, 440, 442
- system(e) 54, 437f., 440, 442ff., 445, 485, 486, 492, 527
- theorie 436
- typ 435
- verbände 436, 446
- verpflichtungen 165

Verwitwete 200, 424, 428f.
Verwitwung 6, 120, 182, 186f., 391, 419, 423f., 516, 519, 607
Vier-Kinder-Familien 255
Viktimologie 351
Vitalfunktion, Verhäuslichung der 268
- körperliche 271

Volkshochschulen 674
Vollerwerbstätige 495
Volljährigkeit 200
Vollzeitbeschäftigte 642
Vollzeiterwerbstätigkeit 494, 499, 503f.
Vorkommnisse, familiäre 570
Vormund 237
Vormundschaft 415
Vormundschaftsgericht 233f., 237, 672
Vorsorgesparen 243
Vorstellungen 77
Vorurteilsforschung 384
Vulnerabilitäts-Streßmodell 696f.

Wahrnehmungen 77
Wahrnehmungsmuster, familiale 294
Wandel 304, 319, 457, 459
- Analyse 144
- demographischer 443
- Faktoren 179
- familial-verwandtschaftlicher 437f.
- funktionaler 438
- gesellschaftlicher 133, 166, 220
- historischer 158
- innerfamiliärer 76, 357
- ökonomischer 538
- Prozesse sozialen 179
- sozialer 13, 69, 76, 136f., 163, 212, 445f., 480, 540, 564, 572
- struktureller 183, 609

Wanderungsbiographien 467
- ströme 195

Wandlungen, familienverwandtschaftliche 435
Wandlungsprozesse 37, 137
Warenaustausch, kapitalistische Form des 21
Weiterbildung, berufliche 495
Weiterbildungsmaßnahmen, berufliche 263
Weltanschauungen 667
Weltbilder, Vermittlung 294
Weltwirtschaftskrise 535, 538, 542, 552
Werkssiedlungen 283
Werte 105
– individualistische 481
– kulturspezifische 304
– soziale 480f., 521
Wertesystem, gesellschaftliches 482
– soziales 485
Wertewandel 211f., 280
Wertgesetz 27
– haltungen, gesellschaftliche 233
– haltungen, traditionelle 548
– hierarchie 212
– indikatorenforschung 211
– orientierungen 211, 383, 482, 607
– pluralismus 225
– präferenz 219
– system 321, 582
– vorstellungen 481
Wesen, soziale 429
Wiederbeschäftigungsgarantie 263
Wiederheirat 157, 200, 207, 394, 399, 444, 608
Wiederverehelichung 185f.
Wiederverheiratete 406
Wiederverheiratungen 157f., 200, 395, 419, 518f.
Willensdurchsetzung 345
Wirklichkeit, soziale 455
Wirtschaftsformen 119
– formen, familiale 125
– gemeinschaft 491
– krise 553
– lage, Verschlechterung 540
– statistik 145
– system 36, 156
Wissen, konkret-individuelles 67
Wissenschaft, statistische 10
Witwen(r) 185, 200, 205, 395, 419, 423, 426ff.
Witwenforschung 427
Witwenrente(n) 652, 656, 659, 662
Witwenschaft 423ff., 426f., 429f.
Witwenschaftsforschung 424, 428
Witwenstand 428
Witwenstandes, soziale Probleme des 427
Wohlfahrtssicherung 629, 649
– system, modernes 435
– verbände 642f., 673
Wohlstand, relativer 153f.,
Wohlstandsentwicklung 118
– indikator 118
– position 243
– steigerung 523
Wohnbedingungen, materielle 265
– biographie 282
Wohnen 265f., 271, 366
Wohnform(en) 182, 266, 273, 462
– funktionen 276
– geld 278
– gemeinde 143, 454
– gemeinschaft 268, 281, 491
– nutzung 459
– ort 98, 502
– ortgröße 611f.
– raum 494
– raum, Modernisierung von 272
– recht 372
– standardverhalten 460
– stätte 498
– umwelten 461
– verhalten 156
– wunschbefragungen 280
– wünsche 265
– zeit 273
– zufriedenheit 461f.
Wohnung 265, 268, 363, 458
Wohnungen, Massenproduktion von 265
Wohnungsämter 272
– bau, sozialer 275
– bauförderung 266, 632, 636
– baupolitik 265
– bedingung 427
– bestandes 266
– frage 266
– inspektion, kommunale 274
– kosten 278
– markts, Entstehung eines 265
– not 279
– pflegerinnen 274
– politik 266, 272f., 276, 278
– reformdiskussion 266
– reformer 274
– stichprobe 266
– system 216
– umgebung 458
– versorgung 265f.

Zeit
- allokation 326, 332, 334
- aufwand, erwerbsgebundene 495
- Bedeutung 135
- budget 103, 325 ff., 334, 341
- einteilung, flexible 503
- haushalt, Veränderungen 327
- historische 135
- horizonte 32
- kalendarische 135
- klassifikation 327
- organisation 218
- reihen-Daten 133, 136
- Residualkategorie 329
- soziale 135
- variabilität 539
- Verwendung 325
- verwendungs-Studien 341
- Wiederentdeckung 132
Zentralitätsmaß 141
Zerrüttung 37
Zerrüttungsprinzip 229, 610, 670 f.
Zeugungsakt 668
Zielgruppenorientierung 629
Zivilgerichtsbarkeit 610
Zivilrecht 227
Zufriedenheit 219
Zufriedenheitseinschätzungen 212
- grad 213, 215
- indizes 211
- werte 218
Zugehörigkeit, genealogische 399 f., 402
- soziale 102
Zugewinngemeinschaft 230
Zukunftserwartungen, berufliche 551
- versorgung 249
Zusammenbruch, schizophrener 563
Zusammenleben 366, 369 f., 628
- familiales 142, 262, 266, 298, 389
- Formalität des 119
- menschliches 413
- Phase 185
- voreheliches 367, 370 f.
- neue Formen 413
- Zeit 369
Zusammenwohnen 371
Zusammenziehen 368
- Beginn 368
- Zeitpunkt 368
Zuständigkeit, stiefelterliche 404
Zuwendung, elterliche 301
- emotionale 583
Zuwendungszeit 500
- Reduktion 499
- schichtspezifische 499
Zwang, elterlicher 347
Zwei-Kern-Familie 391, 403, 405 f.
Zwei-Kinder-Familie(n) 247, 249, 253, 257, 260
Zweieltern-Gattenfamilie 415
Zweielternerziehung 417
Zweielternfamilie 416
Zweigenerationen-Kernfamilie 268
- familie 276, 281
- modell 563
- verbund, Reduktion auf 564
Zweitehen 676
Zweitwohnungen 277

Namensverzeichnis*

Abele, A. 592
Abelson, R. P. 45, 59
Ablon, J. 596, 603 f.
Abraham, K. 83, 88, 92
Abrahams, R. B. 425, 430
Abramovitch, R. 291, 305, 311, 315 f., 322
Abu Lughod, J. L. 459, 468
Acham, K. 449
Achenbach, T. M. 305
Ackermann, N. W. 82, 92, 575
Adam, D. 622
Adams, B. 15 f., 439, 449, 566, 572
Adams, G. R. 308
Adler, A. 10, 81, 87, 92
Adler, P. 620
Agresti, A. 140, 147
Agresti, B. F. 140, 147
Agricola, S. 343 f.
Ahlström, S. 604
Ahrons, C. R. 391, 404 ff., 409
Al-Hasani, S. 409
Alasuutari, P. 605
Albers, W. 264
Albert, H. 60
Albrecht, St. L. 621
Alcalay, R. 449
Aldous, J. 153, 159, 298, 300, 305, 417, 421, 449, 536, 547, 554
Alexander, J. F. 692, 699, 705
Allardt, E. 173 f.
Allen, S. 29 f., 156, 159
Allen, V. L. 556 f.
Allerbeck, K. 134, 147, 233, 238
Alloway, T. 307
Almond, G. A. 168, 173
Alnebring, L. 366, 372
Alonzo, A. A. 566, 572
Alpert, J. J. 574
Altman, I. 111
Ambert, A. M. 420 f.
Amendt, G. 385, 393, 402, 409
Ames, G. 596, 604
Anderson, B. 488
Anderson, C. M. 697, 706 f.
Anderson, M. 77 f., 193
Anderson, N. 422
Anderson, S. A. 338, 342
Anderson, T. B. 428, 430
Andersons, R. N. 544, 546, 554
Andersson, B. E. 110
Andorka, R. 103, 110, 466, 468, 520, 528
Andreski, S. 77
Andrews, M. P. 99, 110
Angell, R. C. 536, 538, 541 f., 544, 546, 554
Angermeyer, M. C. 573
Angst, J. 310, 322
Anshen, R. N. 530
Apel, K. O. 111
Arbeitsgruppe Bielefelder Soziol. 64, 66, 69, 77 ff.
Arbeitsgruppe Schulforschung 480, 488
Archer, M. 488
Arditti, R. 385
Arendt, H. 448
Arensberg, C. M. 457, 468
Aries, Ph. 415, 421
Armbruster, E. 684, 709
Arnold, E. 450
Arnold, F. 53, 59
Arnold, W. 359
Aronoff, J. 329, 342
Aronson, R. P. 59
Asher, S. J. 421
Ashmore, R. D. 107 f., 110
Atteslander, P. 471
Auerbach, A. 92
Auerswald, E. 691, 706
Auge, M. 46, 221, 343, 511
Ault-Riché, M. 705 f.
Auslaender, J. 449
Austin, R. L. 421
Averill, J. R. 426, 430
Avis, J. M. 705 f.
Axelrod, R. 46, 59
Ayck, T. 384, 387

Baarda, B. 550, 554
Babchuck, N. 449
Bachofen, J. J. 8, 16, 449
Backett, K. C. 77
Badinter, E. 107, 110
Badura, B. 570, 572, 628, 649
Baethge, N. 451
Bagarozzi, D. A. 696, 706
Bahr, H. E. 470
Bahr, St. J. 48, 59
Bahrdt, H. P. 14, 16, 270, 272, 284

* Erstellt von Dirk Sander

Bak, M. 170, 174f.
Baker, L. 42, 574
Bakke, E. W. 540, 544, 546, 554
Balch, P. 704, 706
Bales, R. 33, 38, 40, 42, 289, 308, 451
Balkwell, C. 428, 430
Baltes, P. B. 536, 554ff.
Bandura, A. 96, 579f., 592
Bane, M. J. 419, 421
Bank, S. 311, 313, 322
Banks, M. H. 547, 556
Baran, A. 410
Barbi, K. B. 622
Bard, M. 359
Bardmann, T. M. 325, 342
Bargel, T. 110, 212f., 221, 464, 468
Barker, L. 29f.
Barnes, H. 149, 556
Barnes, S. 169, 173
Bartko, J. 697, 709
Barton, C. 699, 705
Baskett, L. M. 322
Bast, H. 348, 359
Bateson, G. 82, 92, 295, 298, 303, 305, 561, 572, 683, 706
Bauer, R. 638, 649
Bauers, B. 622
Baum, F. 379, 385
Baum, M. 14, 16
Baumert, G. 14f., 16, 461, 469
Baumrind, D. 292f., 305
Bäuerle, W. 11, 16
Bean, F. D. 175
Beatman, F. 575
Beavim, J. H. 305, 309
Beavin, J. 43
Bebel, A. 26, 29
Beck, J. C. 239
Beck, R. 77
Beck, U. 283f., 613, 620
Beck-Gernsheim, E. 137, 147, 217, 377, 385, 501, 509
Becker, G. S. 45f., 53, 59, 612ff., 620
Becker, H. 431, 577, 592
Becker, P. 695, 700, 706
Becker, W. C. 292, 305
Becker-Schmidt, R. 509
Beckman, L. 604
Beckmann, H. 488
Beckmann, M. 111, 149, 292, 308, 343, 471, 549, 557
Bednar, R. C. 691f., 704, 706
Begun, A. 314, 323
Behrens, J. 502, 506ff., 509
Behrmann, S. J. 529
Beicht, W. 481, 489
Beiderwieden, J. 234, 238
Beier, H. M. 380, 385
Beitzke, G. 226, 238, 449
Bell, N. W. 31, 34f., 40f., 71, 77, 79, 410, 562, 575
Bell, R. Q. 290, 293, 305
Bell, R. R. 77, 341f.
Bell, W. 459f., 465, 472
Belsky, J. 99, 110, 156, 159, 291, 293, 305f., 337, 342
Bender, D. 141, 147
Bendkower, J. 417, 421
Bengtson, V. L. 304, 306, 449
Bennett, J. W. 300, 306
Bennett, L. 297, 308, 598, 604, 606
Benson, J. L. 41
Benston, M. 26, 29
Bentler, P. M. 542, 554
Berardo, F. M. 161, 426f., 430
Bergener, M. 306
Berger, B. 572
Berger, J. 489
Berger, P. 71, 77, 108, 572
Berger-Schmitt, R. 110, 140, 147, 499, 502ff., 505, 507ff.
Berghe, P. v. d. 449
Bergin, A. E. 707
Bergmann, W. 77
Berk, R. A. 327, 342
Berk, S. F. 327, 342
Berkman, L. F. 569, 572
Berkowitz, L. 345, 359
Berkowitz, R. 697, 708
Berlins, M. 214, 221
Berndt, H. 461, 469, 561, 572
Bernsdorf, W. 16, 323, 622
Bernstein, B. 488
Bernstein, F. 27, 29
Bertalanffy, L. v. 31, 41, 683, 706
Berting, J. 164, 169, 172f.
Bertram, H. 61, 98, 106, 110, 131ff., 148, 332, 342, 488
Beuerlein, I. 408f.
Bielenski, H. 501, 504, 509f.
Biermann, I. 382, 386
Billen, I. 359
Billen-Klingbeil, I. 345ff.
Binstock, R. H. 342
Birg, H. 149, 467ff., 515, 517, 520, 525, 528, 531
Birkle, A. 348, 359
Birley, J. L. T. 573

Birrer, R. B. 41
Birtchell, J. 310, 322
Black, C. 598, 604
Black, D. 589, 592
Blackham, G. 598, 605
Blake, J. 382, 384, 386
Blanchard, P. 323
Blane, H. T. 606
Blankenburg, E. 226, 238
Blasius, D. 607, 609f., 620
Blatz, W. E. 323
Blau, P. M. 45, 50, 59, 139, 148
Blechmann, E. A. 417f., 421
Blisk, D. 622
Block, J. H. 617, 620
Block, J. 617, 620
Blood, R. 345, 359, 450
Blood, R. O. 48, 59, 155f., 159
Bloom, B. L. 421
Blossfeld, H.-P. 159
Blumberg, R. L. 173
Blumer, H. 64f., 77, 129
Blücher, V. G. 327, 342
Blyth, W. A. L. 454, 469
Bocsek 172
Boesch, E. E. 163f., 173
Boettcher, E. 61
Bogdan, J. 694, 706
Boger, H. W. 59
Boh, K. 163ff., 167, 170, 174f., 220
Boigeol, A. 614, 620
Boissevain, J. 449
Boll, E. St. 155, 159
Boltanski, M. 106, 110
Bolte, K. M. 480, 488
Bonacich, P. 141, 148
Bongaarts, J. 209, 452
Bonham, G. S. 392, 409
Boocock, S. S. 306f.
Book, B. K. 295, 307
Boor, C. d. 380, 386
Booth, A. 404, 406, 411, 510, 613, 620
Bordua, D. J. 577
Born, C. 497, 499ff., 504, 510
Born, K. E. 264
Bornstein, M. 290, 293, 305f.
Borrmann-Müller, R. 138, 148
Borscheid, P. 133, 148, 193
Boscolo, L. 308, 575, 692, 709
Bosman, R. 418, 421
Boss, P. 37, 41
Bossard, J. H. S. 155, 159
Bosse, R. 8, 16
Boszormenyi-Nagy, I. 692, 706
Bott, E. 35, 41, 140, 148, 440, 449, 456f., 462, 464f., 469, 564, 568, 572
Bottomore, T. 77, 79
Boudon, R. 488
Bourdieu, P. 342, 480, 488
Bowen, M. 82, 92, 692, 706
Bowlby, B. 415f., 421
Bowlby, J. 81, 90, 92, 302, 306, 424, 430
Boyd, J. L. 697, 707
Bönitz, O. 382, 386
Bösel, M. 70f., 73, 77, 99, 110
Bradley, R. 292, 306
Brand, E. 409
Brannan, J. 556
Brasch, P. 604
Braun, H. 449
Braun, W. 610, 612, 620
Brauneck, A.-E. 577ff., 580, 592
Breault, K. D. 613, 620
Brech, J. 285
Breitkopf, H. 573
Brenner, S. O. 541, 554
Bretherton, I. 290, 306
Breuer, H. 535, 554
Breulin, D. C. 699, 708
Brewster, H. H. 425, 431
Brieskorn-Zinke, M. 567, 573
Briley, M. P. 428, 432
Brim, O. D. 106, 110
Brim, O. G. 555f.
Brinkerhoff, D. B. 536, 554
Brinkmann, C. 494, 510, 538, 540, 545ff., 552, 554, 661, 664
Brislin, R. W. 172, 174
Broadhead, W. E. 569, 572
Broderick, B. 38, 41
Broderick, C. B. 683, 706
Brody, G. 620
Brodzinsky, D. M. 107f., 110
Bronfenbrenner, U. 96ff., 100, 103, 110, 143, 148, 217, 221, 290, 292f., 306, 454, 456f., 469, 550, 554, 681, 685, 706
Brooks, M. 166, 168, 175
Brown, A. A. 110
Brown, G. W. 563, 573
Brown, M. 46, 60
Brrom, L. 41
Brunborg, H. 366, 372
Brunner, E. 40f., 70, 77
Brück, G. W. 628, 633, 649
Brühl, D. 16
Bryant, B. K. 310, 318f., 322
Bubolz, M. 110
Buchhofer, B. 230, 239

Buchholz, W. 99, 110
Buckley, W. 31f., 37f., 41
Buddrus, V. 343
Buechler, P. 417, 421
Buhr, P. 217, 463f., 466, 469f., 513ff., 521f., 528f.
Buhrmester, D. 310, 318, 323
Bulatao, R. A. 53, 59
Bumpass, L. L. 611ff., 614, 620
Bunch, J. 424, 431
Burchinal, L. G. 416, 421, 564, 575
Burger, E. 221
Burgess, E. 289, 306
Burgess, E. W. 439, 449, 453, 458, 469
Burgess, J. K. 428f., 431
Burian, K. 501, 510
Buric, O. 48, 59
Burligame, G. M. 693, 706
Burlingham, D. 90
Burns, A. 614f., 620
Burr, W. R. 32, 41f., 46, 59ff., 68ff., 74f., 77f., 136, 148, 161, 175, 342, 359, 462, 470, 543, 545, 554f.
Burt, R. S. 140, 148
Busch-Rossnagel, N. A. 293, 306f.
Buseman, A. 11, 16
Buy, V. 682f., 706
Büchtemann, C. 493, 510
Büchtemann, C. F. 552, 554
Bürgle, H. 234, 238
Büschges, G. 127, 129, 496, 510

Caesar-Wolf, B. 231, 238
Caldwell, B. 292, 306, 422, 530, 621
Calhoun, D. L. 575
Calhoun, J. A. 174
Calhoun, L. G. 384, 386
Callan, J. 599, 606
Calvo, G. 701, 706
Camara, K. A. 618, 621
Campenhausen, A. Frhr. v. 239
Cancian, F. M. 71, 77
Cannon, K. L. 136, 149
Caplan, G. 431, 688, 706
Caplan, P. J. 705f.
Caplan, R. 598, 604
Caplow, T. 146, 148, 449, 464f., 469
Carlson, D. T. 78
Carlson, J. E. 326, 340, 342
Carlsson, L. 367, 372
Carlyles 582
Caroff, P. 567, 573
Carr-Saunders 578
Carter, E. A. 681, 706
Carter, E. M. 685, 706
Carter, H. 372, 612f., 620
Cartier, M. R. 700, 706
Caspi, A. 306, 339, 546, 549ff., 553, 555, 688, 706
Cassidy, J. 303, 307
Casswell, S. 599, 604
Casto, R. F. 618, 623
Catalano, R. 541, 554, 557
Cauble, A. E. 536, 556
Cavan, R. S. 538, 546, 555
Cecchin, G. 308, 575, 692, 709
Cervantes, L. F. 447, 452
Cécora, J. 502, 511
Chafetz, M. E. 606
Chapman, J. R. 360
Chelune, G. J. 557
Cherlin, A. J. 156, 159, 394, 397, 403ff., 406, 409, 449, 608, 611ff., 614, 620
Chesnais, J. C. 525, 528
Chester, R. 614, 620ff.
Chilmann, S. 526, 528
Chiriboga, D. A. 623
Chow, W. K. 530
Christensen, H. T. 42, 159f., 169, 171, 174f., 470, 574
Churchman, A. 103, 111
Cicirelli, V. G. 319f.,
Claessens, D. 35, 39, 41, 122, 129f., 439, 442, 449, 580
Clair, D. 604
Clarke-Stewart, K. A. 291, 306
Clason, C. 5, 219, 390, 413f., 419, 421, 616, 619, 661
Clausen, G. 346, 359
Clausen, J. A. 561, 573f.
Cleek, M. 614, 620
Clegg, J. 27, 29
Cleminshaw, H. K. 621
Cleveland, E. J. 71, 77
Clingempeel, G. W. 393, 403, 409, 616, 620
Cliquet, R. L. 421f.
Cloward, 629
Coale, A. J. 516, 528
Cobb, S. 541, 556, 568, 573
Cochrane, A. L. 426, 431
Coester, M. 235, 239
Cogswell, B. E. 165f., 175
Cohen, A. K. 582f., 592
Cohen, J. 700, 706
Cohen, S. 574
Colapinto, J. 703, 706
Cole, C. L. 156, 161

Coleman, J. S. 131, 144, 148
Coleman, M. 403, 409
Colletta, N. D. 615, 618, 620
Collins, R. 488
Collver, A. 157, 159
Comeau, J. K. 536, 556
Comenius, A. 11, 16
Commaille, J. 620
Concian, F. M. 7
Condrau, G. 376, 386
Conger, R. D. 549, 555
Connelly, N. 649
Constantine, J. 77
Conze, W. 193, 449
Cooley, 435
Cooney, T. 689, 695, 707
Cooper, C. R. 296, 306, 308
Cooper, D. 562, 573, 683, 706
Cope, D. R. 379, 385
Coppen, A. J. 573
Corea, G. 397, 409
Cornelison, A. 78, 574
Cornelius, I. 241ff., 251f., 262f., 619
Corsa, L. jr. 529
Corter, C. 305, 311, 322
Cortes, 578
Cotton, N. 597f., 604
Cottrell, L. S. 41
Coulson, M. 30
Coverman, S. 503, 510
Cowan, P. 706f.
Cox, B. 422
Cox, M. 422, 621
Cox, R. 621
Craig, M. M. 416, 422
Cramer, A. 670, 673, 677
Cramond, J. 605
Crano, W. D. 329, 342
Crellin, E. 529
Cromwell, R. E. 47f., 59
Croog, S. H. 564, 568, 573
Croon, H. 461, 469
Cross, C. E. 541f., 546, 553, 555
Cuisenier, J. 159ff., 162, 343f.
Cullahorn, J. 422
Cummings, E. 449
Curran, J. P. 689, 706
Curtis, R. F. 449
Cutright, P. 526f., 528f., 613f., 620

Daele, W. v. d. 96, 110
Dahlgren, L. 603f.
Dahme, J. 644, 649
Dahrendorf, E. 9, 16
Dahrmann, D. 670, 672, 677
Dalla Costa, M. R. 26, 29f.
Dangschat, J. 472
Daniels, D. 301, 306, 308, 322
Danielson, A. 604
Datesman, S. K. 417, 422
Dauber, H. 217, 221
Davies, J. B. 605
Davis, F. 567, 573
Davis, J. H. 555
Davis, K. 526, 529, 613, 620
Davis, R. D. 598, 604
Day, I. 309
Day, J. 575
Day, R. D. 77
DeFries, J. C. 301, 308
Deilmann, H. 281, 284
Deimer, K. 449
Dejung, E. 17
Del Martin, 354
Delaisi de Parsival, G. 390, 397, 402, 409
Demos, J. 306f.
Desimone-Luis, J. 618, 620
Dessai, E. 386
Deutsch, H. 425, 431
Deutscher, J. 172
Deutschmann, C. 446, 449
Devall, E. 618, 620
Deven, F. 421f.
Devereux, E. C. 144, 148
Di Maggio, P. 475, 488
Dickinson, J. 29f.
Diedrich, C. 409
Diedrich, K. 408f.
Diekmann, A. 46, 59, 607f., 611f., 614, 620
Diepgen, P. 376, 386
Dietrich, G. 108, 110, 681, 706
Dilalla, L. F. 620
Dillon, P. B. 446, 451
Disman, M. 429, 431
Dittmann, K. 575
Dittrich, G. G. 461, 469
Dittrich, K. A. 71, 77
Doane, J. A. 697, 706
Doherty, W. 701, 708
Doherty, W. J. 698, 706
Dolley, D. 554
Dombois, H. 670, 677
Donzelot, J. 106, 110
Dooley, D. 541, 557
Dopffel, P. 228, 239
Dorenberg, H. 451
Dorsch, P. 465, 469

Downey, G. 306, 339, 549, 553, 555
Döpfmer, R. 376, 386
Drechsel, P. 450
Dreher, E. 347, 359
Drewett, R. 459, 467, 469
Droth, W. 472
Dubois-Reymond, M. 488
Duhl, F. J. 41
Duijker, H. C. 163, 174
Dumazedier, J. 325, 329, 342
Dumon, W. 614, 620
Duncan, H. D. 77
Dunham, H. W. 561, 573
Dunn, J. 291f., 301, 306, 310f., 313ff., 316ff., 319, 322ff.
Durkheim, E. 9, 16, 128, 132, 424, 431, 437, 448f., 469f., 524, 529, 590, 592
Duss von Werdt, J. 562, 573, 608, 620, 707
Duvall, E. M. 151ff., 159, 289, 295, 298, 300, 306
Dürr, E. 264
Dyer, C. 214, 221
Dyer, E. V. 431
Dyk, R. B. 431

Easterlin, R. A. 522, 529
Eberbach, W. 392, 408ff.
Eberlein-Fries, R. 697, 708
Eckensberger, L. H. 164, 172f.
Eckert, R. 137, 148, 218, 221
Edelstein, B. A. 708
Edelstein, W. 77
Edgerton, R. 599, 605
Edgley, C. 341, 344
Edwards, J. N. 510
Eekelaar, J. 231, 239, 623
Egg, R. 92f.
Egner, E. 116, 129
Ehmer, J. 193, 270, 279, 285
Ehrensaft, D. 71, 77
Ehrlich, E. 226, 239
Eichler, M. 217, 221
Eickelpasch, R. 33, 41
Eidmann, D. 231, 238, 353, 360
Eirmbter, W. H. 453, 469
Eisen, M. 530
Eisenberg, N. 99, 110
Eisenberg, P. 544, 550, 555
Elardo, R. 292, 306
Elder, G. H. 304, 306, 536, 538ff., 541ff., 544, 546ff., 549ff., 552f., 555ff., 688, 706
Elias, N. 69, 77, 268, 273, 285, 456f., 461, 464f., 469
Eliot, T. B. 424ff., 431
Elshtain, J. B. 30
Elwert, G. 459
Emeis, D. 674, 677
Emery, R. E. 616, 618f., 620
Engel, B. 665
Engel, E. 118
Engel, G. L. 425, 431
Engel, U. 475ff., 481, 484ff., 487f., 498
Engelbert, A. 101, 110f., 466, 469f., 499, 510
Engels, F. 9, 13, 16, 21ff., 30, 278, 436
Engfer, A. 111, 133, 149, 292, 308, 343, 471, 488, 549, 557
Ensel, W. M. 574
Epstein, J. 482, 488
Erikson, E. 85, 92, 304, 306, 398, 409
Erlich, V. St. 193
Ermann, W. 16
Erne-Schneuwly, D. 529
Ernst, C. 310, 322
Eser, W. 131, 148
Esmer, Y. 53, 60
Espenshade, Th. J. 615, 618, 621
Essen, J. 419, 422
Esser, E. 79
Esser, H. 66, 69, 77
Essex, M. J. 449
Esterton, A. 562, 574
Estes, R. L. 540, 546, 555
Eßbach, W. 451
Ewert, O. 681, 684, 696, 703, 706
Eyferth, H. 592, 650
Eyferth, K. 555

Fabe, M. 383f., 386
Fagan, J. A. 354, 359
Falloon, R. H. 694, 697, 707
Farber, B. 431, 438, 440, 442, 445, 449
Farber, S. M. 471
Faris, R. E. L. 561, 573
Fauser, R. 99, 103, 110, 343, 456, 463ff., 468f.
Fawcett, J. T. 259, 263
Featherman, D. L. 475, 488
Feger, G. 417, 422
Fegert, F. 358f.
Feichtinger, G. 135, 148
Felderer, B. 531
Feldhege, F. 709
Feldman, M. 156, 159
Feldmann, H. 136, 149, 156, 159
Fenichel, O. 83, 88, 92
Fenn, C. B. 623
Fenner, B. 437, 449

Ferber, C. v. 629, 649
Ferguson, T. 428, 431
Ferman, L. A. 556
Fester-Waltzing, H. 614, 621
Festinger, L. 45, 59
Festy, P. 526, 529
Feulner, M. 126
Fey, E. 348, 358f.
Fey, R. 348, 358f.
Field, C. 528f.
Field, T. 529f.
Figley, C. R. 557, 570, 574
Figuera, A. 450
Fikentscher, R. 380, 386
Filinson, R. 528f.
Filipp, S. H. 556
Fillmore, K. M. 604
Filmer, P. 78
Finch, J. 573
Findl, I. 215, 221
Fine, M. 699, 707
Fine-Davis, M. 506, 510
Finer, M. 422
Finkelhor, D. 353, 359f.
Finlayson, A. 569, 573
Firebaugh, G. 541, 555
Firth, R. 436, 445, 449, 461, 469
Fisch, R. 107, 110f., 145, 149, 463, 471, 511
Fish, M. 342
Flanagan, C. A. 542, 551, 555
Flandrin, J. L. 133, 148, 193
Flax, J. 29f.
Fleck, S. 10, 39, 41, 78, 81ff., 92f., 574
Fleeson, J. 302f., 308
Floyd, F. J. 685, 708
Foa, E. B. 57, 59
Foa, U. G. 57, 59
Folberg, J. 235, 239
Follansbee, D. 295, 307
Foreman, R. 464f., 469
Forge, A. 449, 469
Fourier, 266, 274
Fournier, D. G. 696, 700, 707
Fox, G. L. 48, 59
Fox, R. 560, 574
Frankenberg, R. 465, 469
Franz, H. W. 343, 450
Franzini, L. R. 386
Frazee, H. E. 561, 573
Fränkel-Dahmann, I. 536, 555
Fredman, N. 683, 709
Freedle, R. 290, 307
Freedman, R. 529
Freeman, D. 683, 707
Freidson, E. 566, 573
Frese, M. 543, 555
Freshnock, L. 527ff.
Freud, A. 81f., 90, 92, 236, 239
Freud, S. 10, 81ff., 92f., 313, 322, 415, 424, 431
Frey, F. W. 164, 169, 172, 174
Freyberger, H. 573
Friedrich, H. 536, 555, 565, 567, 573
Friedrich, P. 510
Friedrichs, J. 97, 110, 143, 148, 159, 454
Frieze, I. H. 52, 61, 599f., 604
Frijda, N. 164, 174
Fromm, E. 131, 148
Fromm-Reichmann, F. 561, 573
Frowijn, A. 550, 554
Fröhlich, D. 481, 488
Fröhlich, G. 309f., 322
Fröhner, R. 131, 148
Fryer, D. 535, 555
Fthenakis, W. E. 236f., 239, 394, 409, 617, 623
Fuchs, W. 422, 469
Fudge, D. A. 511
Fulton, J. A. 615, 621
Fulton, R. 432
Furman, W. 310, 318, 323
Furstenberg, F. F. 391, 393, 397, 403f., 406, 409f., 444, 449, 611, 616, 620
Fürstenau, R. 41
Fürstenberg, F. 511

Gaitz, M. 329, 342
Galambos, N. L. 547, 550f., 555
Galanter, M. 604
Galler, H. P. 156, 159, 259, 263
Galligan, R. 547, 557
Galpin, Ch. 153f., 161
Galtung, J. 172, 174, 480, 485, 488
Ganahl, G. 708
Ganong, L. H. 403, 409
Gans, H. J. 458, 469
Ganzer, B. 449
Ganzert, J. 439, 446, 451, 463ff., 471
Garbarino, J. 549, 555
Gardiner, J. 27f., 30
Gardner, J. B. 308
Garfield, S. L. 707
Garfinkel, H. 66ff., 78
Garhammer, M. 325, 343
Garmezy, N. 623
Gasch, B. 93
Gates, M. 360

Gatti, 578
Gatzweiler, H.-P. 459, 467, 469
Gecas, V. W. 549, 555
Gehlbach, S. H. 572
Gelles, R. J. 345f., 352, 354f., 357, 359f., 549, 555
Genest, M. 604
Georgi, H. 575
Gerard, G. L. 573
Gergen, K. J. 60f.
Gerhard, U. 228, 239
Gerhardt, U. 305, 559ff., 563, 565, 568, 573
Gerlinger, K. 82, 93
Gernhuber, J. 16
Gershuny, 628
Geulen, D. 67, 78
Gey, G. 380, 387
Geyer, F. 172f.
Gibbs, J. C. 95f., 110
Giblin, P. 700f., 707
Giddens, A. 144, 148
Giegler, H. 325, 332, 337, 342
Giesecke, H. 390, 408f., 592
Giesen, B. 64, 78
Giles-Smith, J. 38, 41
Gilmore, L. 604
Girtler, R. 115, 129
Gjerde, P. F. 295, 306, 620
Glaser, B. 567, 575
Glass, E. 700, 707
Glass, G. 610, 621, 709
Glatzer, W. 103, 110, 213, 219, 221, 228, 239, 502, 508ff.
Glatzer-Malbin, N. 342
Gleichmann, P. 268, 271f., 274, 283, 285
Glendon, M. A. 440, 449
Glenn, N. D. 611, 613, 621
Glenwick, D. S. 618, 621
Glick, I. O. 425f., 431
Glick, P. C. 135, 148, 152, 154f., 159, 372, 393, 409, 419, 422, 607f., 611ff., 615, 619ff., 622
Glick, S. J. 416, 422
Glidewell, J. C. 306
Gloger-Tippelt, G. 108, 110, 155, 159, 215, 221, 311, 323
Glueck, E. 90, 92f., 416, 422, 577ff., 582f., 591ff.
Glueck, I. 591f.
Glueck, S. 90, 92f., 416, 422, 577f., 582f., 590, 592f.
Gmür, W. 110, 696, 709
Goebel, R. 386
Goede, M. de 550, 554
Goffmann, E. 458, 470
Gold, M. 581, 592
Goldberg, M. E. 649
Goldschmidt, O. 380, 386
Goldschneider, F. K. 452
Goldstein, J. 235, 239
Goldstein, L. J. 437, 449
Goldstein, M. J. 696f., 706f.
Goldthorpe, J. E. 449
Goldthorpe, J. H. 476, 488
Goode, W. 4, 16, 33ff., 41, 157ff., 165f., 174, 345, 359, 431, 438, 449, 406, 409, 607, 613ff., 621
Goodnow, J. 108, 110
Goodwin, D. W. 598, 605
Goody, J. 193
Gordon, C. 329, 342
Gordon, T. 698, 707
Gordus, J. P. 556
Gore, S. 541, 545, 555f., 569, 573
Gorer, G. 427, 429, 431
Goslin, D. 308
Gottesman, I. I. 306
Gottfried, A. W. 309
Gottschall, K. 661, 665
Gough, I. 27, 30
Gould, J. 423, 431
Gouldner, A. W. 68, 78
Göppinger, H. 577, 592
Göschel, A. 460, 469
Götz, F. 380, 386
Grabbe, H. 343
Graham, 235
Grankrann, C. F. 174
Granovetter, M. 449
Granvold, D. K. 614, 621
Grathoff, R. 69, 78
Graumann, C. F. 8, 16, 96, 111
Gravenhorst, L. 79, 162, 222
Gray, W. 41
Gräbe, S. 103, 110
Greenberg, J. 37, 41
Greenblatt, M. 575
Greengain, R. F. 431
Greenley, J. 563, 573
Greenwald, D. P. 697, 707
Greif, A. C. 42
Greif, S. 555
Grieswelle, D. 628, 649
Grimm, J. 389, 409
Grimm, W. 389, 409
Grimson, R. 572
Groeneveld, L. P. 621

Gromberg, W. 575
Gronemeyer, R. 461f., 464, 470
Gross, P. 325, 343, 510, 628, 649, 665
Grotberg, E. H. 174
Grote-Janz, C. v. 568, 573
Grotevant, H. D. 296, 306, 308
Groves, D. 573
Gröner, G. 466, 470
Gruen, G. 293, 309
Grundmann, A. 678
Grundmann, S. 677
Grunow, D. 2, 529, 565, 573, 627ff., 644, 650ff.
Grunow-Lutter, V. 573, 644, 650
Grunwald, M. 470, 522, 529
Guerin, P. J. 706, 709
Guerney, B. G. 689, 695, 699, 707
Guerney, L. 695, 707
Guidubaldi, J. 618, 621
Gumperz, J. J. 410
Gunnar, M. 342
Guntern, G. 683, 707
Gurman, A. S. 683, 691ff., 700, 704, 706ff., 709
Gurry, A. M. 10, 16
Gutschmidt, G. 418, 422
Günter, R. 462, 470
Gwartney-Gibbs, P. A. 367, 372

Haavio-Mannila, E. 174, 338, 343, 450, 595ff., 600, 602, 604
Habermas, J. 561f., 574
Habermehl, W. 213, 221, 508, 510
Haensch, D. 670, 677
Haferkamp, H. 577, 586, 592
Haffner, S. 360
Hagen, J. W. 307
Hagerstrand, 144, 148
Hagestad, G. O. 394, 306
Hahlweg, K. 696, 707
Hahn, A. 148, 221
Hakeem, M. 583, 592
Halem, L. C. 607, 621
Haley, J. 92, 298, 305, 572, 692, 706f.
Hall-Mcquorcodale, I. 705f.
Haller, M. 160, 614, 621
Hallig, M. R. 307
Halmes, E. 401, 409
Halmos, 628
Halper, S. 34, 42
Hamerle, A. 159
Hamilton, C. H. 153f., 156, 160
Hamm, B. 459, 470f.
Hammerich, K. 66, 69, 77f.
Handel, G. 39, 41, 71, 76ff., 294, 298, 307
Handl, J. 136, 149
Hanefeld, U. 222, 511
Hannan, M. 134, 150
Hannan, M. T. 613, 621
Hansen, D. A. 160, 170, 174, 462, 470, 538, 543, 545f., 555, 567, 574
Hansen, G. 488
Hansen, J. C. 708
Hanson, S. L. 614, 621
Haranne, M. 174
Harary, F. 138, 148
Harburg, E. 598, 604
Harder, T. 472
Hareven, T. K. 304, 307, 542, 555
Harris, C. 465, 471
Harris, Ch. C. 6, 16, 32f., 35, 41, 151f., 160
Harrison, J. 27, 30
Hartley, E. 110
Hartley, J. 535, 555
Hartley, S. F. 526, 529
Hartmann, H. 16, 78, 83, 93, 649f.
Hartmann, K. 90, 93
Hartup, W. 308
Harwin, J. 595f., 605
Haslinger, A. 525, 527, 529
Hassemer, W. 239
Hauck, G. 78
Haugg, K. 103, 110
Hausen, K. 656, 665
Hausen, R. 665
Hauser, R. M. 475, 488
Hauser, S. 222
Hauser, S. T. 295, 307f.
Havighurst, J. 104, 110, 160, 300, 307
Hawley, A. H. 97, 110
Hax, H. 623
Hayes, J. 543, 545, 555
Hazekamp, J. L. 488
Häberle, 234
Hägerstrand, T. 459f., 470
Häussermann, H. 148, 272, 275, 281, 285
Heaton, T. B. 611f., 621
Heckmann, F. 452
Heekerens, H. P. 518, 529, 607f., 614, 621
Heer, D. 47f., 50, 60, 345, 359
Hegner, F. 218, 228, 327, 491ff., 495ff., 498, 501ff., 506, 508ff., 627, 629, 650
Heil, F. E. 325, 340, 343
Heil, K. 461, 470
Heilig, G. 519, 529
Heinelt, H. 535, 555
Heinemann, K. 60, 504, 510, 548, 552, 555

Heinemann-Knoch, M. 645, 650
Heinke, E. 376, 386
Heinze, R. 449, 637, 650
Heinze, T. 69, 78
Held, T. 47f., 60, 137, 148, 345, 359
Held-Gemeinhardt, L. 503f., 510
Heldmann, E. 653, 665
Hell, E. 13, 17
Helle, H. J. 64, 78
Hellmer, L. A. 292, 305
Hellmich, A. 506, 510
Hellpach, 96
Helmken, D. 346, 351, 359
Hempel, C. G. 47, 60
Hengst, H. 666
Herbst, P. G. 50, 60
Herget, H. 213, 219, 221, 239, 502, 508, 510
Herlth, A. 41, 61, 111, 160, 222, 464, 470, 493, 497, 510, 529, 629f., 650
Herlth, K. 155, 160f.
Herlyn, H. 274, 285
Herlyn, J. 97, 110
Herlyn, U. 461, 469
Hermann, Ch. 656, 665
Herriger, N. 591f.
Herringer, N. 635, 650
Herrmann, H. 397, 409
Herrmann, U. 106, 111
Herz, Th. 212, 221
Herzog, E. 416ff., 422, 621
Herzog, W. 129
Hess, R. D. 39, 41, 71, 76, 78, 108, 294, 298, 307, 618, 621
Hessen, J. S. v. 325, 337, 341, 343
Heßler, H. W. 677
Hetherington, E. M. 418, 422, 616f., 620f., 688, 706f.
Hetzer, H. 709
Heydon, S. 572
Hildebrandt, H. J. 11, 16
Hildenbrand, B. 99, 111, 574
Hilferding, R. 23, 30
Hill, J. P. 296, 307
Hill, P. B. 79
Hill, R. 37, 41ff., 48, 61, 77ff., 107, 111, 151, 154, 156f., 160f., 163ff., 169, 174f., 289, 431, 449f., 462, 470, 536, 540, 542f., 555f., 559, 567f., 574
Hillmann, K. H. 221
Hilzenbecher, M. 46, 221, 241, 263, 343, 511
Hinde, R. A. 58, 60
Hirsch, G. 392, 408ff.
Hirsch, M. 348, 359
Hirsch, S. I. 309, 575
Hischier, G. 449
Hoag, W. 134, 147, 233, 238
Hobbs, D. F. 314, 431
Hockel, M. 709
Hodge, R. W. 476, 488
Hodges, W. F. 616ff., 621
Hoeben, W. 69, 78
Hoepflinger, F. 494, 510
Hof, B. 494, 510
Hof, L. 700, 707
Hofbauer, H. 493, 495, 505, 510
Hofferth, S. 207f., 530
Hoffman, L. W. 53, 56, 59f., 305, 547, 556
Hoffman, M. L. 53, 60, 305
Hoffmann-Nowotny, H. J. 138, 142, 148, 437f., 449, 522, 529
Hoffmann-Riem, C. 5, 71, 78, 219, 392, 396, 398ff., 401f., 408, 410, 413
Hoffmann-Riem, W. 239
Hogan, D. P. 156, 160
Hogarty, G. E. 697, 707
Holland, D. 293, 307
Holler, B. 488
Hollingshead, A. B. 561, 575
Holman, T. 32, 41
Holmbeck, G. N. 296, 307
Holmes, W. M. 431
Holmila, M. 595ff., 601f., 604f.
Holt, R. 172, 174
Homann-Dennhardt, Ch. 662, 665
Homans, G. C. 45, 59f., 397, 404, 410, 436, 449
Hondrich, K. O. 63, 69, 76, 78, 222, 410, 451, 500, 506f., 509ff., 530
Honig, M. 79, 162, 222, 346, 348, 353, 359
Honigman, J. 451f.
Hooper, F. H. 291, 295, 307
Hooper, J. O. 291, 295, 307
Horkheimer, M. 14, 131, 148
Hormuth, S. E. 547, 556
Horn, K. 469
Horney, M. J. 46, 60
Horwitz, A. V. 536, 556
Hoselitz, B. F. 41
Houlihan, J. 295, 307
Houseknecht, S. K. 377, 379, 382f., 386, 613f., 621
Hovestadt, A. J. 699, 707
Howard, R. L. 169, 174, 266
Howells, J. G. 691, 707
Höfer, R. 110, 696, 709
Höhn, C. 119, 128f., 135, 148, 157f., 160,

195 ff., 203, 208, 211, 245, 250, 263, 364, 375, 513, 515, 518 ff., 529, 607 ff., 610 ff., 619, 621, 660
Hölscher, A. 392, 410
Höpflinger, F. 367, 372, 375, 386, 466, 470, 529
Hörmann, G. 705, 707
Hradil, S. 150, 480, 488
Hubbard, W. H. 78, 193, 376, 386, 449, 608, 622
Huber, J. 431, 613, 622
Hubert, J. 449, 469
Huesmann, L. R. 52, 60
Huinink, J. 444, 449, 453 f., 458, 470, 472, 528
Hummell, H. J. 145, 148
Humphreys, A. 449
Hunsalzer, R. 16
Hunt, D. 620
Hunt, J. G. 418, 422
Hunt, L. L. 418, 422
Hunziker, P. 330, 343
Hurrelmann, B. 103, 111
Hurrelmann, K. 475 ff., 478, 483 f., 487 f., 498
Hurst, J. 679, 708
Huston, T. L. 48, 60, 337, 343
Huth, W. 396, 410
Hünninger, E. 461, 469
Hyman, H. 163, 174
Hymes, D. 410

Ihinger-Tallman, M. 394 f., 403 ff., 409 f.
Ijzendoorn, M. H. v. 314, 323
Ilfeld, F. W. 236, 239
Ilfeld, H. Z. 236, 239
Illich, 629
Imber-Black, E. 685, 707
Imhof, A. E. 133, 148, 160, 468
Inglehart, R. 211 f., 221
Ipsen, G. 461, 470 f.
Irish, D. P. 309, 323
Irle, M. 464, 470
Isecke, H. 488

Jackson, D. A. 432
Jackson, D. D. 40 f., 43, 92, 297 f., 305, 307, 309, 572, 706
Jackson, I. 595, 605
Jackson, J. K. 574
Jackson, P. R. 547, 556
Jackson, R. L. 541, 554
Jacob, T. 305, 307 f., 707 ff.
Jacobs, J. 459, 461, 466, 470
Jacobson, A. M. 295, 307 f.
Jacobson, D. S. 618, 622
Jacobson, N. S. 704, 707 f.
Jahoda, G. 164, 174, 605
Jahoda, M. 131, 148, 461 f., 470, 492, 510, 535, 538, 543 f., 550, 556
Jaide, W. 212, 221
Jallinoja, R. 604
Jalom, M. 29 f.
James, S. 30, 572
Jaminson, P. H. 384, 386
Janaud, A. 390, 397, 402, 409
Janfmann, D. 449
Jansen, R. 674, 678
Javna, C. D. 697, 707
Jellouschek, H. 410
Jensen, S. 458, 470
Jessen, J. 269, 279, 285, 502, 510
Joas, H. 111
John, C. St. 156, 161
Johnson, C. L. 446, 449
Johnson, D. R. 510, 620
Johnson, F. C. 613, 622
Johnson, H. C. 697, 707
Johnson, H. M. 33, 41, 449
Johnson, M. R. 613, 622
Johnson, S. M. 322
Johnson, V. A. 462, 470, 538, 543, 555 f.
Jones, H. E. 310, 323
Jones, J. E. 697, 706
Joy, C. B. 536, 556
Jöreskog, K. G. 542, 556
Jung, C. 10
Jungk, C. G. 81, 93
Jurkovic, G. 694, 703, 708
Jurkovich, R. 172 f.
Jürgens, H. W. 155, 160, 522, 529

Kaa, D. v. d. 199, 202, 205, 209
Kadushin, C. 141, 148
Kagan, J. 293, 298, 307
Kagitcibasi, C. 53, 60 f.
Kahn, A. J. 451
Kahn, M. 311, 313, 322
Kain, E. L. 540, 556
Kaiser, R. 380, 386
Kalish, R. A. 156, 159
Kalter, N. 616, 622
Kamerman, S. B. 451
Kamp, K. 159
Kandell, D. B. 48, 60
Kantor, D. 38, 41
Kanz, F. 678
Kaplan, B. H. 572

Kaplan, D. M. 431
Kaplan, N. 303, 307
Kaplan, R. M. 386
Kappellhoff, P. 138, 141, 148, 449
Karlsrusher, A. E. 704, 707
Karlsson, J. 605
Karpel, M. 685, 707
Karst, U. V. 343f.,
Karsten, M. E. 42, 111
Kasl, S. V. 541, 556
Kaslow, F. W. 32, 40f., 681, 703, 707
Katz, A. M. 163, 170, 174
Kaufmann, F. X. 33, 37, 39, 41, 97, 100, 103, 111, 133, 143, 145, 148f., 160, 214, 217, 221, 263, 275, 285, 393, 410, 454, 457, 460, 462f., 465ff., 468, 470, 488, 507, 510, 513ff., 516, 522ff., 529, 629f., 650f., 665
Kaufmann, H. G. 547, 556
Keckeisen, W. 588, 592
Keeney, B. P. 691, 694, 707
Keil, S. 667ff., 678, 681, 684, 699, 707
Keith, D. V. 692, 709
Keller, E. 409
Keller, M. 77
Kellerhals, J. 611, 622
Kelley, H. H. 45, 60f.
Kellmer-Pringle, M. L. 529
Kellner, H. 71, 77
Kelly, J. B. 616ff., 622f.
Kelly, W. R. 526, 529
Kempe, D. H. 346ff., 359
Kempe, R. S. 346ff., 359
Kempf, R. 13, 16
Kempler, W. 692, 707
Kendrick, C. 291f., 306, 311, 313ff., 316f., 319ff.
Kent, M. W. 623
Kernberg, O. 89, 93
Kerschreiter, M. 260, 263, 653, 665
Kessler, R. C. 570, 574
Ketting, E. 381f., 386
Kiaer, A. 10, 16, 379, 386
Kickbusch, I. 666
Kiefl, W. 520f., 529
Kieselbach, T. 554, 556f.
Kim, J. 172, 175
Kimball, S. T. 457, 468
Kinnunen, M. 605
Kipp, H. 11, 16, 329, 344
Kirchgässler, K. 568, 570, 573f.
Kirchhoff, G. 637, 650
Kirk, D. 396, 400, 410
Kirkpatrick, E. L. 154, 160
Kirschenmann, J. C. 284
Kisch, H. 376f., 386
Kish, L. 155, 160
Kitson, G. C. 428, 431, 611, 614f., 622
Kivett, V. R. 428, 432
Klages, H. 212f., 221, 456, 470
Klanberg, F. 652f., 657, 665
Klann, N. 696, 707
Klausner, S. Z. 42
Klein, D. M. 164, 167, 174
Klein, M. 66, 69, 77f., 93, 593
Klein, R. D. 385
Kleinspehn, T. 573
Klemm, K. 476, 488
Klenovits, K. 77
Klijzing, E. 467f., 470
Klima, R. 469
Klinicke, A. 604
Klocke-Kramer, M. 510
Kmieciak, P. 212, 221
Kniskern, D. P. 683, 691ff., 700, 706ff., 709
Knobloch, E. M. 696, 708
Knop, J. 598, 605
Knötig, H. 460, 470
Koblank, E. 683, 708
Koch, H. 517, 528
Koch, H. L. 319, 323
Kocka, J. 446, 450
Koeppen, W. 674, 678
Koepping, K. P. 450
Koeppinghoff, S. 652, 657, 665
Kohaus-Jellouschek, M. 403, 410
Kohler, H. 510
Kohli, M. 134, 149, 152, 157, 159f., 343
Kohn, M. L. 99, 108, 111, 481, 488, 561, 573f.
Kohut, A. 89, 93
Kolb, W. L. 423, 431
Komarovsky, M. 539, 541, 544, 548, 556
Koos, E. L. 431, 559, 574
Kornblith, S. J. 697, 707
Kosa, J. 574
Koschorke, M. 119, 441, 450, 695, 708
Koski-Jännes, A. 601, 605
Kottkamp, M. 121, 129
Koval, J. E. 359
Köcher, R. 2, 16, 212, 214, 221, 239, 525, 530
Köhler, M. 666
Köhler, U. 404ff., 410
König, K. 650
König, R. 2, 6, 8f., 13f., 16, 115, 117, 119, 128f., 151f., 156, 160, 165, 174, 193, 310,

323, 343, 376, 386, 391, 410, 436f., 442f., 446f., 449f., 453ff., 456f., 470, 492, 496, 498, 510, 592, 607f., 622
Köppen, R. 657, 665
Körner, W. 702, 705, 707f.
Köscherke, M. 129
Kössler, R. 251, 263
Kposowa, A. J. 613, 620
Kraepelin, E. 87, 93
Kramer, U. 510
Krames, L. 307
Krähenbühl, V. 391, 394f., 397, 399, 403ff., 406, 408, 410
Krämer, J. 469
Krebs, D. 409
Kreppner, K. 151, 289ff., 292, 301, 307f., 313, 323, 498
Kretschmer, E. 87, 93
Kreutzer, J. S. 599, 605
Kriesberg, L. 417, 422
Krings-Huber, G. 488
Kroker, S. 503f., 510
Kropp, J. P. 549, 555
Krout, M. H. 312, 323
Kröning, W. 471
Krug, R. S. 292, 305
Krupp, H.-J. 222, 511
Kruse, L. 96, 111
Krüger, D. 155f., 160, 215, 221f.
Krüger, J. 649
Krüsselberg, H. G. 46, 60, 215, 221, 327, 343, 497, 501ff., 511
Kuipers, L. 697, 708
Kujath, H. J. 468, 470
Kulawik, T. 664f.
Kunczik, M. 330, 343
Kunst, H. 677
Kunze, H. R. 239, 621
Kuo, W. 574
Kurdek, L. A. 616ff., 622f.
Kutsch, T. 554, 557
Kutscher, A. H. 431
Kutscher, L. G. 431
Kübler-Ross, E., 426, 431
Kühlewind, G. 263
Kühn, H. 11, 16
Kühne, F. 529
Künzel, R. 607, 612, 622
Künzler, J. 5, 31ff., 41, 289, 454

L'Abate, L. 683, 698ff., 694ff., 699f., 703, 707f.
Laburda, A. 221
Lafferty, W. M. 212, 221
Lahey, B. B. 549, 555
Laing, R. D. 70, 78, 561f., 574
Lakemann, U. 218, 228, 327, 491ff., 502, 510f.
Lakin, M. 703, 708
Lamb, M. E. 110, 291, 305ff., 309, 316, 323f., 617, 622
Lambert, L. 419, 422
Lamnek, S. 585, 587f., 592
Lamott, F. 584, 592
Lamouse, A. 48, 60
Lampert, H. 242, 263, 656, 665
Landenberger, M. 495, 511
Landes, E. M. 620
Landis, J. T. 156, 160
Lando, B. 305
Lang, A. 103, 111
Lang, S. 212, 221
Langenbucher, H. 380, 386
Langer-El Sayed, I. 667, 670, 678
Langewiesche, D. 279, 285
Langmann, L. 332, 343
Lansing, J. B. 155, 160
Laosa, L. M. 108, 112
Lappe, L. 661, 665
Lareau, A. 482, 488
Larfsen, A. 149
LaRossa, M. M. 292, 307
LaRossa, R. 292, 307
Larsen, A. 556
Larson, J. H. 544, 556
Larzelere, R. 158, 162, 164, 167, 174
Laslett, P. 132f., 149, 193, 437, 450, 527, 530
Laub, M. E. 422
Laumann, E. O. 142, 149
Launier, R. 545, 556
Lauterbach, G. M. 348, 360
Lautmann, R. 469, 665
Lazarsfeld, P. F. 63, 78, 131, 148, 470, 535, 544, 550, 555f.
Lazarus, R. S. 545, 556
Le Play, F. 8f., 10f., 17, 116f., 122, 153, 160
Leach, E. 448, 450
Lebowitz, M. 27, 30
Lee, G. R. 165, 174, 446, 450
Leff, J. 697, 708
Leff, J. P. 563, 575, 697, 709
Lehner, F. 212, 221
Lehr, U. 450, 500, 511
Lehr, W. 38, 41, 298, 307
Lehrman, S. R. 424, 431
Leibfried, St. 664f.

Leibowitz, A. 528, 530
Leigh, G. K. 68ff., 74f., 77
Leitner, U. 449f.
Leland, J. 596, 605
LeMasters, E. E. 431
Lempp, R. 234f., 239
Lenero-Otero, L. 166, 174
Lengsfeld, W. 7, 16, 222, 530
Lenin, V. I. 23, 30
Lenk, H. 79
Lenski, G. 97, 111
Lepenies, W. 78
Lepsius, M. R. 78
Lerner, R. M. 99, 110f., 293f., 306ff., 556f.
Lesser, G. S. 48, 60
Lester, M. E. 701, 708
Levant, R. 683, 689, 692, 695f., 698, 700, 706ff.
Leventman, P. G. 542, 556
Levi, A. 59
Levine, S. 568, 573
Levinger, G. 52, 60, 613ff., 620ff., 623
Levinson, D. A. 575
Levitin, T. E. 622
Levy, D. M. 313, 323
Levy, R. 45, 48, 60
Lewin, K. 291, 307
Lewis, H. C. 685, 708
Lewis, M. 290, 306f., 450
Lewis, R. A. 52, 60, 156, 161
Lévi-Strauss, C. 21, 30, 436, 442, 448, 450
Liberman, V. S. 428, 431
Liddle, H. A. 699, 708
Lidz, R. W. 574
Lidz, T. 39, 41, 71, 78, 398, 307, 561, 574
Liebermann, J. A. 538, 556
Liegle, L. 221, 581, 592
Lifton, B. J. 398, 401, 410
Lightel, J. 621
Liker, J. K. 539, 541ff., 544, 546f., 550, 552, 555f.
Limbach, J. 225ff., 235, 239, 450, 610, 620, 622
Lin, N. 569, 574
Linde, H. 442, 450, 454, 471, 515, 522f., 530
Lindemann, E. 424f., 431
Linder, P. 263
Lindzey, G. 59
Linke, W. 469, 530
Linnenbrank, H. 549, 556
Linz, P. 578f., 584, 592
Lippitt, R. 291, 307
Lipson, A. 573
Litman, T. J. 559, 567, 574
Litwak, E. 131, 149, 436, 445f., 450, 465, 471, 564, 568, 574
Livsey, C. C. 574
Locke, H. J. 449
Locke, J. 8
Loehlin, J. C. 301, 308
Lonfellow, C. 617, 622
Longaker, W. D. 71, 77
Lonner, W. J. 172, 174
Loomis, Ch. P. 153f., 156, 160
Lopata, H. Z. 423f., 428f., 431, 450
Lorentz, C. 678
Lorenzen, A. 469
Louwes, W. 418, 422
Loux, F. 106, 111, 376, 386
Loy, G. 515, 530
Löfgren, O. 450
Lösel, F. 488, 578f., 584, 592
Luckmann, T. 66f., 79
Ludwig, G. 535, 547, 557
Luepnitz, D. A. 236, 239
Luhmann, N. 32, 37, 39f., 41f., 214, 438
Lukesch, H. 329f., 342f.
Lunzer, E. A. 469
Lupri, E. 41, 48, 60f., 78f., 160f., 213, 221f., 343f., 450f.
Lutz, B. 274, 285
Luxemburg, R. 23, 30
Lüdtke, H. 325, 329f., 341ff., 344
Lüke, G. 623
Lüschen, G. 33, 41, 61, 78f., 143, 149, 160f., 336, 343f., 435ff., 439ff., 443, 445ff., 449ff.,
Lüscher, K. 2, 95ff., 103, 109ff., 129, 143, 149, 215, 221, 343, 385, 410, 443, 450f., 463, 469, 471, 496, 500, 505, 510f., 516, 529f., 651
Lynd, H. M. 131, 146, 149
Lynd, R. S. 131, 146, 149
Lynn, D. B. 417, 422

MacAndrew, C. 605
Maccoby, E. E. 110, 291, 307
MacDonald, B. 459, 471
MacDonald, J. S. 459, 471
Mace, D. E. 699, 708
Macke, A. S. 622
Mackenroth, G. 376, 386
Mackensen, R. 515, 530
Macklin, E. D. 174, 366, 372, 387
Maclean, M. 231, 239
Macura, M. 197, 209

Maddison, M. 425, 431
Madge, N. 550, 556, 598, 605
Madonia, M. J. 697, 707
Magas, B. 30
Maguirre, Th. O. 621
Mahoney, K. O. 620
Mailick, M. D. 567, 573
Main, M. B. 303, 307
Malacic, J. 197, 209
Malinowski, B. 31, 396, 410, 436f., 450
Mammey, U. 529
Mandel, M. 141, 149
Manis, J. D. 53, 60, 547, 556
Manniche, E. 372
Mannzmann, A. 193
Manser, M. 46, 60
Marbach, J. 131ff., 135, 149, 160
Marburger, H. 450
March, J. G. 306
Marcuse, H. 131, 148
Markefka, M. 63ff., 345ff.
Markle, A. 698, 708
Markman, H. J. 685f., 708
Markus, G. B. 324
Markus, H. 324
Marris, P. 427ff., 431
Marschalck, P. 518, 530
Marsden, D. 545, 556
Marsh, R. M. 163, 166, 174
Martin, B. 111, 688, 708
Martin, D. 359
Martin, J. A. 290f., 307
Martin, Th. K. 621
Marvin, R. S. 317, 324
Marx, K. 21ff., 30, 442
Mason, E. A. 431
Massing, A. 575
Masters, K. S. 693, 706
Mathews, M. 621
Matt, E. 567, 574
Mattessich, P. 37, 42, 152ff., 160, 536, 540, 556
Matthes, J. 21, 69, 78, 156, 160, 411
Matthiessen, C. W. 469
Maturana, H. R. 96, 111
Matz, K. J. 530
Maydell, B. v. 661, 665
Maydell, J. v. 222
Mayer, H.-J. 519, 531
Mayer, K. U. 149, 155f., 159f., 450
Mayer, T. 386, 574
Mayhew, J. 310, 322
Mayr, G. v. 10, 17, 379, 386
Määttänen, K. 601, 605
Mäkelä, K. 601, 605
McCarthy, J. A. 549, 555
McCartney, K. 301, 308
McCord, J. 580, 592
McCord, W. 580, 592
McCubbin, H. 148f., 151, 155f., 161, 298, 308, 536, 546, 556, 570, 574, 687, 708
McDonald, G. W. 48, 52, 60
McElroy, M. B. 46, 60
McEwen, J. 569, 573
McFarlane, W. R. 706
McGill, C. W. 697, 707
McGoldrick, M. 685, 706
McGraw, B. 700, 707
McHale, S. M. 337, 343
McKay, 578
McKee, L. 545, 556
McKenzie, R. D. 454, 459, 471
McKinlay, J. B. 574
McLain, R. 70, 73f., 78
McLaughlin, St. 52, 61
McLeod, J. D. 570, 574
McQueen, D. 569, 574
McReynolds, P. 557
Mead, G. H. 105, 111
Mead, M. 4, 17
Meadows, D. 514, 530
Meadows, P. 468
Medick, H. 450
Meeus, W. 488
Meier, B. 111, 470
Meier, M. 377, 386
Meier, R. F. 592
Meinefeld, W. 79
Meitz, J. E. G. 611ff., 623
Melichar, J. 623
Melzer, W. 488
Menaghan, E. G. 538, 556
Mende, K. 13, 17
Menken, J. 380, 386, 443, 450, 452
Menne, A. E. 442, 449
Menning, B. E. 386
Merritt, R. L. 163, 174
Merton, R. K. 41, 577, 582f., 592
Merz, J. 493, 507, 511
Messinger, S. L. 575
Metlinger, A. B. 11, 17
Metz-Göckel, S. 215, 222, 228, 239, 503, 505, 511
Meulemann, H. 133f., 149
Meyer, C. 214, 222
Meyer, W. 46, 51, 53, 58, 60
Meyer-Palmedo, I. 446, 450
Meyersohn, R. 344

Meyrowitz, J. 111
Michael, R. T. 620
Michael, S. T. 426, 432
Michel, A. 48, 60
Michelson, L. 708
Midanik, L. 564, 575
Mikat, P. 225, 239
Mikinovic, S. 577, 584, 592
Milan, M. 689, 695, 708
Milgram, J. I. 322f.
Milhofer, P. 130
Miller, B. C. 42, 556
Miller, T. 709
Miller, W. R. 700, 707
Milling, P. 530
Minsel, B. 695, 700, 706, 708
Minuchin, P. 291, 307
Minuchin, S. 40, 42, 563, 574, 692, 708
Mishler, E. G. 298, 307
Mitchell, G. 309, 323, 410
Mitchell, J. C. 449
Mitterauer, M. 3ff., 9, 17, 105, 133, 149, 157, 160, 179ff., 193, 270, 285, 375f., 386, 415, 436f., 450, 513, 519, 527, 530, 608, 622
Mizruchi, E. H. 468
Mobley, L. A. 324
Moen, P. 540, 544ff., 556
Mogey, J. 449, 461, 471
Mohr, G. 543, 555
Mohr, H. M. 212, 222, 507, 511
Moinet, S. 390, 404ff., 410
Mokrzycki, E. 167, 174f.
Moles, O. C. 620ff., 623
Mollenhauer, K. 488
Mollenhauser, P. 635, 650
Monashkin, I. 292, 309
Monkhouse, P. 573
Monnier, A. 365, 372
Monohan, 578
Montada, L. 111f., 557, 709
Montemayor, R. 295, 307
Montgomery, J. 366, 372
Monti, P. M. 689, 706
Moore, K. A. 528, 530, 611, 622
Moore, S. F. 612ff., 622
Moore, W. E. 41
Moos, B. S. 602, 605
Moos, R. 602, 605
Morgan, D. A. J. 78
Morgan, L. H. 9, 21, 436f., 450
Morgan, Ph. S. 611, 622
Morgenstern, O. 45, 61
Moriarty, D. M. 432
Morioka, K. 157, 160
Morrill, W. 679, 708
Morris, J. F. 469
Morris, P. 431
Moser, T. 583, 592
Mott, F. L. 612ff., 622
Mowrer, E. R. 465, 471
Mowrey, J. D. 618, 621
Mucke, R. J. 10
Mueller, Ch. W. 614, 622
Muiden, S. 385
Mullan, J. T. 538, 556
Mullins, N. C. 66, 78
Mundt, J. 110f., 468f., 471
Munn, P. 311, 316, 322
Murchison, C. 323
Murchison, M. 416, 422
Murdock, G. P. 17, 33, 42, 437, 450
Murphy, H. S. 575
Mussen, P. H. 307
Muxen, M. 149, 556
Mühlfeld, C. 78, 151f., 160f., 450
Mühlich, E. 462, 471
Mühlich-Klinger, I. 471
Müller, E. W. 436, 443, 450
Müller, S. 472, 593
Müller, U. 215, 222, 228, 239, 503, 505, 511
Müller, W. 136, 149
Müller-Armack, A. 263
Müller-Freienfels, W. 225f., 239
Müller-Rolli, S. 488
Münch, P. 107, 111
Münkel, W. 380, 386
Münz, R. 221, 525, 527f., 530
Myatt, C. R. 605
Myers, J. K. 561, 574

Nadelmann, L. 314, 323
Naegele, K. D. 42
Nahrstedt, W. 343
Nam, S. 449
Napp-Peters, A. 391, 400, 410, 418, 422
Nason, E. M. 375, 379, 386
Nastasi, B. K. 621
Nauck, B. 45ff., 60f., 155f., 161, 215, 217, 222, 325ff., 328, 330ff., 333ff., 337ff., 340, 343, 345, 500, 511, 613
Naumann, F. 275, 285
Naumrind, D. 305
Nave-Herz, R. 1ff., 6f., 13, 15, 17, 41, 48, 55, 60, 106, 111, 133f., 149, 155ff., 158, 161, 175, 211ff., 214ff., 217ff., 221f.,

282, 285, 325, 328, 330ff., 333f., 337ff., 343, 368f., 375ff., 378, 381ff., 384ff., 387, 391f., 410, 431, 444, 391f., 410, 450, 500, 511, 572, 574, 613, 707
Näsholm, A. 366, 373
Nätkin, R. 605
Neale, M. 500, 511
Needham, R. 436, 450
Needle, R. H. 536, 556
Neidhardt, F. 5, 17, 32, 36ff., 38f., 42ff., 161f., 344, 438, 450, 651, 665
Nelson, R. R. 556
Nelson-Jones, R. 689, 708
Nettles, M. 301, 306, 322
Neubauer, E. 346, 358f., 382, 386, 464, 471
Neumann, J. v. 45, 61
Newcomc, M. 110
Nichols, M. 683, 691, 708
Nicholson, L. J. 29f.
Nickel, H. M. 451
Nie, N. H. 172, 175
Niesel, R. 621
Niessen, M. 171, 173ff.
Niethammer, L. 271f., 285
Nietzsche, F. 3, 17
Nilson, Th. 208f.
Nimkoff, M. F. 175
Niphuis-Nell, M. 529
Nisbet, R. 77, 79
Nisenholz, B. 681, 699, 708
Nitsch, J. R. 556
Noam, G. 295, 305, 307f.
Nock, S. L. 158, 161
Noelle-Neumann, E. 212, 222
Nolting, H. D. 357, 359
Noonan, D. 606
Nordlohne, E. 488
Norton, A. J. 156, 161, 611, 613, 622
Nowitzki, K. 111
Nugent, J. 42
Nutman, P. 543, 545, 555
Nuttall, E. V. 387
Nuttall, R. L. 387
Nye, F. I. 41, 45, 47, 50ff., 56f., 59ff., 77f., 161, 325, 343, 417, 422, 470, 555, 578, 618, 622

O'Brien, J. E. 354, 359
O'Brien, M. 29f.
Oelkers, J. 488
Oerter, R. 111f., 557, 709
Oeting, E. 679, 708
Oevermann, U. 561
Offe, H. 556f.
Ogburn, W. F. 175, 564, 574
Oggenfuss, F. 417, 421
Ohl, D. 352, 360
Olds, J. 40, 42
Olechowsky, R. 530
Olesen, V. 606
Olk, T. 472
Olsen, E. H. 567, 574
Olson, D. H. 37, 42, 47, 59, 132, 140, 149, 155f., 161, 298, 308, 338, 340, 343, 547, 556, 693, 696, 700, 702, 707f.
Olson, V. J. 422
Oosterveen, K. 530
Opielka, M. 664f.
Opp, K. D. 52, 61
Oppen, D. v. 461, 465, 471
Oppitz, G. 522, 530
Oppong, Ch. 48, 61
Orfanidis, M. M. 681, 706
Orford, J. 595ff., 598f., 602, 605
Orthner, D. K. 338, 343
Osmond, M. W. 163, 175
Osofsky, H. J. 292, 308
Osofsky, J. D. 292, 308
Ostner, I. 498, 504, 509, 511, 652, 657, 664f.
Oßwald, U. 219, 375ff., 392
Ott, N. 46, 61, 259, 263
Otto, H. U. 42, 111, 472, 593
Otto, L. P. 156, 161
Ottoo, J. 607f., 619, 621
Oubaid, M. 377, 386
Özel, S. 53, 56, 61

Padova, M. R. 30
Pahl, R. 266, 285
Palandt, O. 347, 360
Pankoke, E. 103, 111, 458, 471, 649
Pannor, R. 409f.
Pape, T. 110f., 511
Pappi, F. U. 148, 342f.
Pappi, I. 342f.
Parad, H. J. 431
Park, R. E. 459, 471
Parke, R. D. 307f.
Parkes, C. M. 424f., 431
Parkes, O. M. 425f., 431
Parsons, B. V. 692, 699, 705
Parsons, T. 17, 31ff., 34ff., 38, 40, 42, 137, 149, 289, 308, 448, 415, 435, 437ff., 451, 456, 458, 471, 524, 530, 560ff., 564, 574
Pasley, K. 394f., 399, 403ff., 406, 409f.

Patterson, G. R. 692, 708
Patterson, J. M. 536, 546, 556, 687, 708
Paukert, L. 556
Paulsen, S. 301, 307, 315, 323
Pawlowski, H. 226, 239
Pawlowsky, P. 212, 222
Pearlin, I. 538, 544f., 556
Pearson, T. A. 614, 620
Pedersen, F. A. 291, 308
Pedler, L. M. 621
Pehnt, W. 284
Peiper, A. 17, 220, 222
Peirce, C. S. 105, 111
Peltoniemi, T. 599, 605
Pelz-Schreyögg, H. 346, 352f., 360
Pelzmann, L. 540, 556
Pepler, D. J. 322
Pepper, S. C. 107, 111
Perelman, Ch. 478, 488
Perrez, M. 683, 708
Perrin, J. F. 622
Perry, J. D. 621
Persell, C. H. 475, 488
Peschar, J. 169f., 173ff.
Pestalozzi, J. H. 11, 17
Peterander, F. 695, 708
Petermann, B. 672, 678
Peters, D. 589, 592
Peters, H. 90, 577ff.
Petersen, P. 410
Peterson, D. R. 292, 305
Peterson, J. A. 428, 432
Peterson, J. L. 393, 406, 409, 617, 622
Peterson, J. V. 681, 699, 708
Petrella, R. 170, 172, 175
Petri, H. 348, 360
Petrowsky, W. 272, 275, 285
Pettinger, R. 111, 161
Pfaff, A. 260, 263, 653, 659, 665
Pfeffer, N. 380, 387
Pfeiffer, H. 284
Pfeil, E. 270, 285, 439, 446, 451, 463ff., 470
Phear, P. W. S. 236, 239
Phillipson, M. 78
Piaget, J. 294, 308, 617
Pickering, M. R. 574
Pieper, R. 462, 471
Piercy, F. P. 691, 704, 706, 708f.
Pietropnito, H. 214, 222
Pinsof, W. M. 692, 707
Pintar, R. 538, 547f., 556
Piotrkowski, C. S. 500, 511
Pittman, F. 694, 708
Pitts, J. R. 42
Piven, 629
Plakans, A. 193, 437, 451
Planck, U. 451
Plant, M. 597, 605
Platting, G. 93
Pless, V. 409
Plett, K. 240
Pliner, L. 307
Plomin, R. 301, 306, 308, 318, 322
Podolsky, E. 313, 323
Poel, Y. te 488
Poeschl, H. 418, 422
Poffenberger, Sh. 156, 160
Poffenberger, Th. 156, 160
Pohl, K. 155, 160, 214, 222, 237, 239, 379, 382, 387, 522, 529f., 608, 622
Pohlmann, G. 501, 504, 509
Polit, D. F. 384, 387
Pollock, G. M. 424, 432
Poloma, M. M. 386
Ponzetti, J. J. 359
Pope, H. 614, 622
Popper, K. A. 64, 78
Porst, R. 445, 451
Possberg, H. 111
Postam, A. P. M. 550, 554
Pottick, K. J. 511
Powers, S. 295, 307f.
Praag, P. v. 381f., 386
Prata, G. 308, 575, 692, 709
Pratt, L. 565, 574
Preisendörfer, P. 134, 149
Preiser, S. 90f., 93
Price, R. 363, 373
Prinzing, F. 10, 17, 379, 387
Proebsting, H. 379, 387, 525, 530
Pross, H. 17, 42, 149, 213, 222, 264, 411, 450, 452, 472, 497, 503, 505, 511, 531
Prout, C. T. 561, 574
Przeworski, A. 165, 172, 175
Psathas, G. 66, 68, 78
Pulliam-Krager, H. 38, 41

Quay, H. C. 292, 305, 526, 530
Quensel, S. 586f., 592
Quetelet, A. 10, 17
Quitmann, J. 160, 529

Rackley, W. R. 174
Radcliffe-Brown, A. R. 31, 436f., 451
Radel, J. 449
Ragin, Ch. C. 175
Rainwater, L. 71, 78

Rallings, E. M. 52, 61
Ramm, T. 228f., 239
Rammstedt, O. 469
Ramu, G. N. 384, 387
Ranck, K. H. 538, 555
Raphael, B. 428, 432
Rapin, H. 130
Rapoport, N. 341, 343f.
Rapoport, R. 175, 341, 343f., 465, 471, 501, 511
Rattner, J. 11, 17
Raub, W. 46, 61
Rauen, P. 696, 706
Raumer, F. v. 8, 17
Raush, H. L. 39, 42
Rawls, J. 476, 479, 486, 488
Rees, E. D. 424, 432
Reese, H. W. 323
Reich, G. 575, 607, 615, 622
Reichardt, R. 459f., 471
Reichelt-Nauschef, S. 602, 605
Reichenbach, H. 703f., 708
Reidemeister, H. 464, 471
Reif, H. 193
Reis, C. 451
Reischies, A. 405, 410
Reiss, D. 294, 297, 298, 308, 697, 707
Reiss, I. 41f., 77f., 161, 175, 470, 555
Rembar, J. 616, 622
Remschmidt, H. 239
Remy, G. 678
Repucci, N. D. 616, 620
Rerrich, M. 218, 222
Reyher, L. 510
Rheingold, H. L. 290, 308
Rheinstein, M. 440, 451, 607, 623
Rhodes, J. 598, 605
Ribback, B. B. 292, 308
Ricciuti, H. N. 621
Richardson, H. B. 567, 575
Richter, H. E. 82, 93, 562, 573, 575, 683
Richutti, N. 422
Riedmüller, B. 619, 651ff., 657, 661f., 666
Riehl, W. H. 8f., 11, 13, 17, 116f., 153, 161, 275, 285
Ries, H. A. 111
Riley, V. 569, 575
Rinderspacher, J. P. 511
Rindfuss, R. R. 156, 161, 611, 622
Rinn, R. C. 698, 708
Ritter-Röhr, D. 575
Rittner, K. 575
Rizzo, N. D. 41
Roach, M. J. 622
Roberston, J. F. 449
Roberts, B. H. 561, 574
Robertson, E. G. 530
Robertson, G. 529
Robin, 600
Robinson, D. 566, 575
Rockwell, R. C. 550, 557
Rodgers, R. 151ff., 154, 156, 160f., 298, 300, 308
Rodman, H. 48ff., 58, 61, 363, 373
Rodnick, E. H. 697, 706
Rogler, L. H. C. 561, 575
Rokkan, S. 163, 172, 174f.
Rolf, J. E. 623
Rolff, H. 476, 488
Rollins, B. C. 136, 149, 547, 557
Roloff, E. M. 112
Room, R. 600, 605
Ropohl, G. 458, 471
Roscher, V. 285
Rose, A. M. 78
Rose, D. K. 614, 623
Rosenbaum, H. 97, 111, 137, 149, 193, 285, 437, 442, 451, 519, 530
Rosenberg, B. G. 309f., 324
Rosenblatt, P. 426, 428f., 432
Rosenblum, L. D. 306
Rosenkötter, L. 239
Rosenmayr, L. 148, 446, 451
Rosenstiel, L. v. 522, 530
Rosenthal, D. 696, 709
Rosewitz, B. 488
Rosman, B. L. 42, 574
Rosow, I. 614, 623
Ross, H. 322f., 613, 623
Ross, J. A. 263
Rosser, C. 465, 471
Rossi, A. S. 155, 161
Roth, J. 573
Rothenbacher, F. 451, 519, 530
Rottleuthner-Lutter, M. 235, 420, 607ff., 610, 622
Roussel, L. 608, 620, 623
Rovine, M. 159, 342
Rowe, D. C. 301, 308
Rowntree, B. S. 153f., 161
Royall, B. 110
Röhrig, P. 510, 548, 552, 555
Röhrle, B. 464, 471
Rösener, U. 352, 360
Rösner, E. 488
Rubin, R. H. 174, 387
Rubin, Z. 308
Rudert, R. 682, 709

Rudnitzki, E. 405, 410
Ruland, F. 656, 666
Rumianek, D. 472
Runge, B. 644, 650
Rupp, K. J. 563, 575
Russel, B. 29
Russell, C. S. 42, 342, 693, 702, 708
Rutter, M. 305, 308, 541, 557, 598, 605, 617f., 623
Ruzek, S. 573
Rückert, G.-R. 247, 263, 379, 387, 466, 471
Rüstow, A. 242, 264
Ryckoff, I. N. 309
Rydelius, P. 597, 605
Ryder, R. G. 698, 706
Ryffel-Gericke, C. 48, 61, 156, 161, 215, 222, 529
Rykoff, 575

Sabean, D. 450
Sachsse, Ch. 629, 650, 661, 666
Sack, F. 66, 79, 353, 360, 588f., 592
Sacks, H. 396, 410
Safilios-Rothschild, C. 47f., 61, 156, 161, 166f., 175, 345, 360
Saint-Martin, M. de 107, 111
Saldern, A. v. 285
Salloway, J. C. 446, 451
Salomon, A. 14, 17
Salvador, M. A. 324
Salzmann, C. G. 11, 17
Sampson, H. 566, 575
Santrock, J. W. 417, 422, 617, 623
Satir, V. 692, 709
Sauer, W. 158, 161f.
Savioz, E. 311, 313, 315, 323
Sawhill, I. V. 613, 623
Sawry, W. I. 417, 422
Säcker, F. J. 239
Scanzoni, J. 48, 52, 61
Scarpetti, F. R. 417, 422
Scarr, S. 301f., 308
Schachter, S. 309, 312, 318, 323
Schachter-Fuchs, F. 323
Schafer, P. C. 599f., 604
Schardt, T. 457, 469f.
Schattkat, 664
Schaufelberger, H.-J. 536, 555
Schäfer, H. 269, 285
Scheerer, S. 593
Scheffler, H. W. 451
Scheib, A. 397, 404f., 410
Scheller, G. 135, 151ff., 155f., 161, 222, 300, 519, 530
Schellie, S. G. 621
Schelsky, H. 15, 17, 451, 458, 471
Schenkein, J. 79
Schettkat, R. 546, 557
Scheuch, E. K. 161, 163, 166, 172, 175, 325, 327, 340f., 343f.
Schiavo, R. 699, 705
Schiebel, B. 470, 529
Schieren, C. 376, 387
Schindele, E. 380, 387
Schindler, H. 548f., 551, 557
Schirken, C. 380, 387
Schlegelmilch, C. 510
Schleimer, I. 497, 510
Schlippe, A. 98, 111
Schlossmann, S. L. 106, 111
Schloß, G. 563, 573
Schlumbohm, J. 193
Schmalenbach, H. 441f., 451, 454, 471
Schmähl, W. 652, 666
Schmerl, Ch. 386
Schmidt, J. 209, 514f., 520f., 529f.
Schmidbauer, 629
Schmidt, M. 64, 78
Schmidt-Waldherr, H. 652, 665
Schmiedehausen, D. 466, 471
Schmitz, C. A. 451
Schmitz-Köster, D. 387
Schmitz-Scherzer, R. 327ff., 332, 337, 341, 343f.
Schmucker, H. 117, 129, 241, 251, 264
Schnabel, Th. 259, 264
Schnapper-Arndt, G. 10, 17, 367, 373
Schneewind, K. A. 11, 17, 100, 104, 111, 137, 149, 292, 308, 330, 343, 464, 471, 481, 488, 545, 549, 557, 679ff., 683, 687, 704, 709
Schneider, A. 329, 344, 447, 451
Schneider, D. M. 397, 404, 410, 436, 447, 449, 451
Schneider, G. 573
Schneider, H. G. 605
Schneider, K. 691, 709
Schnell, R. 77, 79
Schnyder, B. 129
Schoenbach, V. J. 572
Schooler, C. 545, 556
Schoor-Theissen, I. 535, 554
Schön, K. P. 472
Schöps-Potthoff, M. 43
Schrader, S. S. 683, 706
Schreiber, H. 510
Schreiber, N. 99, 103, 110
Schroeder-Kurth, T. M. 386

Schroers, L. 309, 323
Schröter, A. 272, 285
Schröter, M. 6f., 17
Schubert, H.-A. 461, 471
Schubert, U. 459, 467, 469
Schubnell, H. 115, 118f., 121, 128ff., 203, 208
Schuckit, M. 606
Schuessler, K. F. j147f.
Schulsinger, F. 598, 605
Schultheis, F. 109, 111, 143, 149, 221, 410, 443, 450f., 529f.
Schultz, Th. W. 61
Schultz-Hencke, H. 81, 93
Schulz, H.-J. 574
Schulz, M. 529
Schulz, R. 208, 518, 529
Schulz, W. 213f., 221f., 457, 464, 471, 496, 508, 510f.
Schulz-Borck, H. 502, 511
Schulze, H. J. 5, 31ff., 37, 39, 41f., 100, 111, 289, 386, 454, 459, 463, 465, 470ff., 496, 511, 513, 524, 530
Schumacher, J. 213ff., 217, 219, 222, 405, 410, 451, 502, 506, 508, 510f., 520, 524f., 530
Schumacher, Th. 409
Schumann, F. K. 670, 677
Schumm, W. R. 342
Schur, E. M. 593
Schülein, J. A. 79
Schüler-Springorum, 592
Schütz, A. 66f., 79
Schütze, F. 79
Schütze, Y. 217, 222, 291, 301, 307, 309ff., 312ff., 315f.,323
Schwartz, C. G. 566, 575
Schwartz, J. E. 139, 148
Schwartz, J. M. 295, 308
Schwartz, R. C. 681, 699, 708f.
Schwartzman, J. 685, 709
Schwarz, K. 209, 379, 387, 393ff., 408, 410, 451, 466, 469, 472, 491f., 494, 511, 525, 529, 608, 615, 619, 623
Schwägler, G. 7f., 10, 13, 16, 116f., 130, 151ff., 161, 222, 436, 451, 454, 472
Schweitzer, R. v. 2, 8f., 103, 107, 110f., 115ff., 127f., 130, 241, 264, 497, 511
Schwenzer, I. 238f.
Scotson, J. L. 456, 461, 464f., 469
Scott, G. 529
Scott, J. F. 425, 432
Scott, J. P. 428, 432
Scott, J. W. 194
Scott, K. S. 530
Searles, 561
Sebba, R. 103, 111
Secombe, W. 26f.,30
Segal, S. 393, 409
Segalen, M. 343f., 446, 451
Seifert-Schröder, B. 683, 709
Selby, J. W. 384, 386
Seligman, E. R. A. 423, 432
Seltzer, J. A. 616, 621
Selvini-Palazzoli, M. 40, 42, 305, 308, 561, 563, 575, 692, 709
Semmer, N. 555
Sennett, R. 283, 285
Seus-Seberich, E. 695, 709
Sewall, M. 311, 313, 323
Sgritta, G. 21ff., 24
Shamgar-Handelman, L. 419, 422ff., 425, 428f., 432
Shanas, E. 149, 342, 443, 451, 472
Shaw, 578
Sheehan, R. 700, 707
Shephard, G. 689, 709
Sherman, R. 683, 709
Sherman, S. N. 575
Sherrod, L. 555
Sherwod, L. 306
Shevky, E. 459f., 465, 472
Shibutani, T. 105, 111
Shields, J. 306
Shils, E. 42
Shinn, M. 417, 422
Shoemaker, D. J. 292, 305
Short, J. F. 422, 578
Shorter, E. 193
Shostak, S. 575
Shuchter, S. R. 428f., 432
Siebel, W. 2, 148, 265ff., 281, 285, 510
Siebel-Rebell, C. 285, 510
Sieder, R. 35, 42, 160, 194, 437, 450, 519, 530, 608, 622f.
Siegal, M. 536, 550, 557
Siegel, A. E. 621
Siegel, J. 562, 573
Siegrist, J. 569, 574f.
Siegrist, K. 569
Siesky, A. E. 618, 622
Sieverts, R. 577, 593
Sigel, I. E. 105, 107f., 110ff.
Sigman, M. D. 290, 293, 306
Silber, S. J. 380, 387
Silbereisen, R. K. 107f., 112, 535ff., 542, 547, 550, 554f., 557
Sills, D. L. 42, 423, 432

Silvan, Ph. 604
Silverberg, S. B. 296, 308
Silverman, P. 425, 432
Silverman, W. 48, 61
Simenauer, J. 214, 222
Simeone, R. S. 574
Simitis, S. 234, 239
Simm, R. 155, 160f., 346, 360, 467, 470, 472, 522, 529ff.
Simmel, G. 138f., 149, 324, 409f., 448
Simon, F. B. 37, 42
Simpson, R. L. 170, 174
Simpura, J. 601, 604f.
Singer, M. 298, 305, 308f.
Singer, M. T. 697, 709
Sipilä, J. 605
Skarpelis-Sperk, S. 649f.
Skidmore, F. 556
Sklar, J. 526, 531
Slater, P. E. 40, 42
Smelser, N. J. 34, 42, 175
Smid, H. 684, 709
Smith, H. L. 527ff.
Smith, J. 38, 41
Smith, K. 449
Smith, M. 700f., 707, 709
Smith, R. M. 530
Smith, R. T. 564, 575
Smith, W. A. 611ff., 623
Smuts, A. B. 307
Snowden, E. M. 410
Snowden, R. 390, 396ff., 399, 401f., 410
Solnit, 235
Solomon, R. 704, 706
Sommerkorn, I. 222, 507, 511
Sorensen, A. 306, 542, 555
Sorokin, P. 153f., 161
Sorosky, A. D. 396, 398, 401, 410
South, S. J. 611, 613f., 623
Sörbom, D. 556
Spanier, G. B. 52, 60, 110, 156, 158f., 161, 342, 406, 409f., 556f., 614, 618, 621, 623
Specht, F. 683, 706
Specht, K. G. 97, 112
Speedling, E. 568, 575
Spence, S. 689, 709
Sperling, E. 562, 575
Spiecker, G. 599, 605
Spiegel, E. 214, 222, 282, 285
Spiegel, J. P. 575
Spiro, J. D. A. 426, 432
Spitz, R. A. 93
Spitze, G. 611, 613f., 622f.
Spitznagel, E. 538, 540, 546, 554
Spranger, E. 291, 308
Sprenger, A. 573
Sprenkle, D. 691, 693, 700, 702, 707
Sprenkle, D. H. 42, 704, 706, 708f.
Spring, B. J. 696, 709
Springer, Ch. 616f, 623
Springer, W. 593
Sroufe, L. A. 302f., 305, 308
Stackelberg, M. v. 131, 148
Stadié, R. 548, 552, 555, 510
Staempfli, L. 5, 17
Stafford, E. M. 547, 556
Stahl, G. 273, 285
Staikof, Z. 450
Staines, G. L. 509, 511
Stanhope, L. 322
Stanley, S. M. 685, 708
Stark, C. 392, 410
Stauber, M. 380, 383, 387, 399, 402, 410
Steger, A. 120, 130
Stegner, H. E. 380, 387
Steiger, H. 238f.
Stein, A. 105, 108, 111f., 215, 450, 500, 505, 511
Stein, R. 682, 709
Stein, Z. 424, 432
Steinberg, L. 296, 308, 541, 557
Steinbrecher, U. 359
Steinert, H. 64, 79
Steinglass, P. 595, 605, 683, 709
Steinglass, S. B. 297, 308
Steinkamp, G. 99, 112
Steinmetz, S. K. 41f., 46, 61, 160, 174, 343, 359f., 386, 410, 511
Steinmeyer, F.-J. 677
Stephenson, G. M. 555
Sternheim, A. 535, 557
Stevens, E. 573
Stevens, J. H. 621
Stevenson, H. W. 621
Stewart, R. B. 314, 317, 319, 324
Stiens, G. 466, 472
Stierlin, H. 93, 561f., 575, 692, 709
Stillwell, R. 311, 317, 324
Stimson, G. 566, 575
Stockinger, H. G. 238
Stokols, D. 111
Stolte-Heiskanen V. 39, 42, 168, 175, 450
Stolten, I. 384, 387
Stone, G. 451
Stone, L. 133, 149, 194
Stoneman, Z. 620
Stößel, U. 676, 678

Strachan, A. M. 696, 707
Strack, P. 469f., 528f.
Strandell, H. 604
Strasser, H. 476, 488
Straus, F. 696, 709
Straus, M. A. 41, 175, 345f., 349ff., 352ff., 355, 357, 359f.
Straus, R. 110
Strauss, M. 438, 451
Strauss, S. 567, 575
Streek, U. 536, 555
Streib, G. 149, 472
Strelitz, Z. 343
Stricker, G. 691, 709
Strodl, R. 222
Strohmeier, K. P. 41, 61, 111, 155, 160ff., 214, 217, 221f., 447, 451, 453ff., 456ff., 459f., 462ff., 466f., 468ff., 472, 494f., 507, 511, 515f., 522, 528f., 531
Strotzka, H. 573
Strümpel, B. 212, 222
Stryker, S. 64, 69, 74, 79
Stuart, R. B. 692, 709
Sturgeon, D. 697, 708
Sudia, C. E. 416ff., 422, 621
Sugarman, S. 681, 709
Sulkunen, P. 596, 605
Sundt, E. 373
Supanic, M. 611, 613, 621
Susser, M. 424, 432
Sussmann, M. B. 41f., 46, 61, 131, 149, 160f., 165f., 168, 174f., 343, 386, 410, 438ff., 451, 463, 472, 511, 564, 568, 575, 614f., 622
Suth, S. J. 623
Sutherland, A. M. 431
Sutherland, K. 106, 112
Sutton-Smith, B. 306, 309f., 322ff.
Süßmuth, R. 221, 346, 359
Swanson, G. E. 34, 42
Sweet, J. A. 611ff., 614, 620
Sweetser, D. A. 451
Swientek, C. 401, 410f.
Syme, L. S. 569, 572
Syme, S. L. 574
Szalai, A. 170, 172, 175, 327, 344
Szelenyi, I. 445, 450, 564, 574
Szinovacs, M. E. 48, 61

Tagg, W. 605
Tanner, J. 709
Taubert, H. D. 377, 387
Tavecchio, L. W. C. 307
Tavuchis, N. 387
Teachman, J. D. 612, 614, 623
Teasdale, T. W. 598, 605
Teilmann, K. S. 593
Teitelbaum, M. 606
Tenbruck, F. H. 451
Tennstedt, F. 629, 650, 656, 661, 664, 666
Tenorth, H. E. 488
Terry, D. 575
Tessin, W. 285
Teune, H. 165, 172, 175
Teuteberg, H. J. 133, 148, 193
Tewes, H. P. 451
Textor, M. R. 162, 681, 709
Thadden, W. 451
Thery, I. 444, 451
Thibaut, J. W. 45, 61
Thielicke, H. 670, 678
Thiessen, V. 338, 343
Thomas, D. L. 32, 42
Thomas, W. 134, 149
Thorbecke, R. 559, 565, 575
Thorndike, R. M. 172, 174
Thorney, B. 29f.
Thornton, A. 612, 623
Thurnher, M. 614f., 623
Thurnwald, H. 15, 17, 559, 575
Thurnwald, R. 436, 451
Tiao, G. C. 621
Tibblin, G. 572
Tiller, P. O. 417, 422
Tillmann, K. 476, 488
Tilly, C. 471
Tilly, Ch. 133, 149
Tilly, L. 194
Tilmann, M. 593
Timms, N. 401, 409
Tippelt, R. 108, 110
Todt, H. 60
Tokarski, W. 327ff., 332, 337, 340, 344, 500, 511
Tolan, W. J. 293, 306
Toman, W. 10, 81ff., 93, 309, 324, 382, 387, 439f., 452
Toohey, M. L. 697, 709
Towne, R. T. 575
Tölke, A. 131ff., 134f., 137, 149, 155, 162
Tönnies, W. 138, 441, 435
Tracy, R. W. 417, 422
Treinen, H. 459, 472
Trevarthen, C. 290, 308
Trojan, A. 631, 650
Trolldenier, H. P. 42
Trost, J. 17, 157f., 162, 214, 363ff., 367, 370, 373, 528

Tröndle, H. 347, 359
Trube-Becker, R. 346ff., 360
Truex, G. F. 452
Tuch, St. A. 614, 621
Tuma, N. B. 134, 150, 621
Tumin, M. W. 300, 306
Turner, E. J. 172, 174
Turner, R. E. 341, 344
Tüllmann, G. 79, 162, 222
Tyrell, H. 2f., 5f., 17, 31ff., 34ff., 37, 39, 42f., 99, 112, 114, 130, 162, 220, 222, 298, 310, 324f., 344, 401, 411, 438, 443, 452, 454ff., 472, 483, 488, 513, 524, 531

Uexküll, T. v. 456, 472
Uhlenberg, P. R. 157, 162
Uhlig, G. 274, 285
Ulbrich, R. 278f., 285
Ultee, W. C. 79
Unterberg, H. 409
Unterkircher, L. 665
Urdze, R. 217, 222
Utermann, K. 461, 469
Uttitz, P. 337, 344

Van Izendoorn, M. H. 307
Van Nguyen, T. 306, 339, 546, 549ff., 555
Van Tuyl, S. S. 324
Varela, F. J. 96, 111
Varni, C. A. 341, 344
Vascovics, L. A. 97, 110ff., 143, 150, 285, 342, 432, 446, 452
Vaughan, S. 622
Vaughn, C. E. 563, 575, 697, 709
Veblen, T. 332, 344, 483, 488
Veevers, J. E. 375, 379, 383f., 387
Veiders, W. W. 455, 472
Ven, H. v. d. 409
Verba, S. 168, 172f., 175
Versluys, H. P. 567, 575
Villiez, T. v. 602, 605
Vilmar, F. 644, 650
Vincent, C. E. 35, 43, 559, 564ff., 575
Vinovskis, M. A. 304, 308
Visher, E. B. 391, 393, 395, 397, 404f., 409, 411
Visher, J. S. 391, 393, 395, 397, 404f., 409, 411
Vives, L. 11, 17
Vliert, E. v. d. 556f.
Voegeli, W. 231, 233, 239, 619, 623
Voesgen, H. 275, 285
Vogel, B. 667, 678
Vogel, E. F. 31, 34f., 40f., 71, 79, 410, 562, 575
Voges, W. 77, 149, 160, 162
Voigt, D. 229, 239
Volkart, E. H. 426, 432
Vollmer, C. 495, 499ff., 502, 504, 506, 508, 510f.
Vollmer, R. 213, 215, 219, 222, 405, 410, 451, 520, 524f., 530
Voneche, L. 622
Vorholt, H. 522, 528, 531
Voss, H.-G. 519, 531
Voss, Th. 46, 61
Voss, W. 239
Votteler, M. 247, 258, 264
Voydanoff, P. 538, 557
Voysey, M. 567, 575
Völger, G. 6, 17, 452
Vuyk, R. 313, 315, 324

Wachs, T. D. 293, 309
Wacker, A. 535, 554ff., 557
Waerness, K. 600, 605
Wagner, A. 514, 531
Wagner, E. H. 572
Wagner, I. 665
Wagner, M. 155f., 160, 467f., 472
Wahl, K. 70, 79, 155, 162, 213, 222
Wainwright, H. 26, 30
Waite, L. J. 444, 452, 530, 611, 622
Waldman, E. 557
Walker, A. J. 544, 557
Walker, L. E. 354f., 357, 360
Walker, W. L. 425, 431
Wall, R. 149, 193f., 450
Waller, W. 48, 61, 71, 79, 425, 432
Wallerstein, J. 235, 616ff., 622f.
Wallisch, L., 409
Walper, S. 535ff., 542, 548ff., 551, 557
Walsh, F. 705, 709
Walsh, P. 432
Walters, R. H. 579f., 592
Walther, U. J. 285, 510
Wambach, M. 666
Wampler, R. S. 700, 709
Ward, C. 450
Ward, D. 602, 605
Warner, W. L. 461, 472
Warr, P. 547, 556f.
Warshak, R. A. 617, 623
Waters, E. 290, 306
Watkins, S. 444, 452, 516 528
Watzlawick, P. 39, 43, 305, 309

Waxler, N. E. 298, 307
Weakland, J. 92, 298, 305, 572, 706
Webb, B. 566, 575
Webber, P. 302, 308
Weber, I. 575
Weber, M. 17, 131f., 138, 150, 158, 162, 345, 360, 447, 570
Weber, R. 410
Weber-Kellermann, I. 4, 6, 17, 437, 452
Weeber, R. 461, 472
Weg, M. 660, 666
Wegener, B. 452
Wegner, T. 481, 489
Wehowsky, S. 386
Wehrspaun, M. 111, 221, 410, 450, 516, 529f.
Weidman, J. 488
Weigelt, K. 650
Weigert, A. 70, 73f., 78
Weigl, F. 107, 112
Weinberg, R. A. 302, 308
Weinert, F. 306, 555
Weingarten, E. 66, 79
Weinraub, M. 291, 307
Weisner, C. 600, 605
Weiss, H. 222
Weiss, R. 425f., 431, 615, 618, 623
Weiss-Perry, B. 295, 307
Weissbach, B. 488
Weiß, W. W. 38, 43
Weitzman, L. 231, 239, 419, 422, 440, 452, 615, 618f., 623
Welck, K. 6, 17, 452
Welleman, R. 598, 606
Welter-Enderlin, R. 707
Welzer, H. 535, 555
Wendt, G. 469
Werner, A. 409
Wertheimer, R. F. 530
West, K. L. 697, 706
West, P. 529
Westerkamp, A. 16
Westermark, E. 9, 17
Wetering, W. v. 446, 452
Wetzels, P. 551, 557
Weyer, S. 14, 17
Weyrather, I. 285, 510
Whitaker, C. A. 692, 703, 709
White, L. 404, 406, 411, 510, 536, 554, 620
White, M. A. 561, 574
White, R. K. 292, 307
White, S. W. 421
White, W. 35, 42
Whitten, N. 441, 452
Wiatr, J. 175
Wichmann, J. 678
Wienhold, K. 469
Wiese, L. v. 138
Wijewickrema, S. 373
Wikler, B. N. 383f., 386
Wilcox, J. E. 32, 42
Wild, G. 409
Wildt, L. 409
Wilensky, H. L. 327, 344, 540, 546, 555
Wiley, N. F. 71, 79
Wilk, L. 99, 112
Wilk, R. 450
Wilkie, J. R. 380, 387
Wilkins, L. T. 592, 593
Wilks, J. 599, 606
Willems, P. 373
Willenbacher, B. 231, 233, 239, 619, 623, 663, 666
Willi, J. 573
Williams, R. A. 575
Willis, R. H. 52, 61
Willke, H. 31, 39f., 43
Willmott, P. 145, 270, 285, 439, 445, 447, 452, 456, 464, 472
Willms, A. 136, 149
Willms-Herget, A. 491, 511
Wilsnack, S. 604
Wilson, G. 556
Wilson, M. 149, 556
Wilson, T. P. 67f., 79
Winch, R. F. 35, 43, 79, 165, 173f.
Windaus, E. 238
Winett, R. A. 500, 511
Wing, J. K. 573
Wingen, M. 7, 17, 241ff., 253, 262, 264, 444, 452, 619, 653, 666
Winkelmann, J. 162
Winkler, N. 540, 556
Winnicott, D. W. 93
Winter, G. 234, 239
Winter, P. 452
Wintergerst-Gaasch, I. 127, 129, 496, 510
Wippler, R. 51, 61
Wirth, W. 460, 470, 472, 648, 650
Wiseman, J. 600, 606
Wisewede, G. 554, 557
Wittig, M. A. 302, 308
Wohlfahrt, N. 644, 650
Wolf, E. 610, 623
Wolf, H. 488
Wolf, M. 148, 221
Wolfe, A. 441, 452
Wolfe, D. H. 48, 59, 155f., 159, 345, 359

Wolff, K. H. 79
Wolfgang, M. E. 577, 593
Wolin, S. 297, 308, 598, 604, 606
Wolman, B. B. 691, 709
Wood, Y. R. 544, 557
Woolett, A. 380, 387
Wöbbe-Mönks, E. 575
Wuertemberger, Th. 422
Wuggenig, U. 481, 487, 489
Wurzbacher, G. 15, 17, 233, 240, 329, 343f., 452
Wyer, M. M. 619f.
Wynne, L. C. 298, 305, 308f., 561, 575, 697, 709

Yang, R. K. 549, 555
Yarrow, M. R. 566, 575
Yi, E. K. 441, 452
Yoger, A. 488
Young, M. 145, 270, 285, 439, 445, 447, 452, 456, 464, 473
Yuan Tien, 175

Zahn, E. 530
Zajonc, R. B. 312, 324
Zander, J. 386
Zapf, K. 457, 461, 465, 473
Zapf, W. 103, 112, 222, 228, 239, 510
Zecevic, A. 48, 59
Zehnpfennig, H. 78
Zeisel, H. 131, 148, 470, 535, 544, 556
Zelditch, M. 40, 42, 175, 488
Zenke, K. G. 557
Zenz, G. 234, 240, 348, 360
Zetkin, K. 26, 30
Zewell, E. 540, 556
Ziebell, L. 386
Ziegeler, G. 573
Ziegert, K. A. 234, 240
Ziegler, R. 139, 150, 441, 452
Zill, N. 617, 622
Zimmerman, C. 118, 153f., 161
Zimmermann, C. F. 447, 452
Zimmermann, K. F. 46, 61, 472, 522, 531
Zinn, H. 269, 285, 471
Zisook, S. 606
Znaniecki, F. 134, 149
Zola, I. K. 575
Zubin, J. 696, 709
Zucker, R. A. 599, 606
Zuckermann, M. 292, 309
Zuschlag, B. 683, 706
Zweben, A. 606
Zygowski, H. 702, 708

Autorenverzeichnis

Bertram, Hans, Prof. Dr.: Deutsches Jugendinstitut, München

Billen-Klingbeil, Ilse, Dipl.-Päd.: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn/Pädagogische Fakultät, Seminar für Soziologie

Boh, Katja, Prof. Dr.: Universität Ljubljana, Institut za Soziologije

Buhr, Petra: Universität Bremen, SFB 186, Projekt D 3

Clason, Christine E., Prof. Dr.: Rijksuniversiteit Groningen, Sociologisch Institut

Cornelius, Ivar: Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart

Engel, Uwe, Dr.:Universität Bielefeld, Sonderforschungsbereich Prävention und Interprävention im Kindes- und Jugendalter

Gerhardt, Uta, Prof. Dr.: Universität Gießen, Fachbereich Humanmedizin, Abt. Medizinische Soziologie

Grunow, Dieter, Prof. Dr.: Universität Duisburg, Fachbereich 1: Fach Politische Wissenschaft

Haavio-Mannila, Elina, Prof. Dr.: University of Helsinki, Department of Sociology

Hegner, Friedhart, Dr.: Institut für Sozialplanung, Management und Verwaltung, Berlin/Bielefeld

Höhn, Charlotte, Dr. habil.: Leiterin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden

Holmila, Marja, Dr.: Social Research Institute of Alcohol Studies, Helsinki

Hoffmann-Riem, Christa, Prof. Dr.: Universität Hamburg, Institut für Soziologie

Hurrelmann, Klaus, Prof. Dr.: Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik

Kaufmann, Franz-Xaver, Prof. Dr.: Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie und Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik

Keil, Siegfried, Prof. Dr. Dr.: Universität Marburg, Fachbereich Evangelische Theologie, Abteilung für Sozialethik

Kreppner, Kurt, Dr.: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin, Forschungsbereich Psychologie und Humanentwicklung

Künzler, Jan, M. A.: Universität Würzburg, Lehrstuhl für Soziologie II

Lakemann, Ulrich: Universität Hannover, Institut für Freiraumentwicklung und Planungsbezogene Soziologie

Limbach, Jutta, Prof. Dr.: Freie Universität Berlin, Fachbereich Rechtswissenschaft

Lüschen, Günther, Prof. Dr.: Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Institut für Sportwissenschaft und Dpt. Sociology, University of Illinois, Urbana, Ill./USA

Lüscher, Kurt, Prof. Dr.: Universität Konstanz, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Fachgruppe Soziologie

Marbach, Jan: Deutsches Jugendinstitut, München

Markefka, Manfred, Prof. Dr.: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn/ Pädagogische Fakultät, Seminar für Soziologie

Mitterauer, Michael, Prof. Dr.: Universität Wien, Institut für Wirtschafts- und Sozialsgeschichte

Nauck, Bernhard, habil. Dr.: Staatsinstitut für Frühpädagogik und Familienforschung, München

Nave-Herz, Rosemarie, Prof. Dr.: Universität Oldenburg, Institut für Soziologie

Oßwald, Ursula, Dipl.-Soz.: Universität Oldenburg, Institut für Soziologie

Peters, Helge, Prof. Dr.: Universität Oldenburg, Fachbereich 1

Riedmüller, Barbara, Dr.: Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft

Rottleuthner-Lutter, Margret, Dr.: Freie Universität Berlin, Fachbereich Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie

Sgritta, Giovanni, Prof. Dr.: Universita Degli Studi di Roma, Dpt. di Science Demografiche

Shamgar-Handelman, Lea, Prof. Dr.: The Hebrew University of Jerusalem, The NCJW Research Institute for Innovation in Education, School of Education

Siebel, Walter, Prof. Dr.: Universität Oldenburg, Institut für Soziologie

Silbereisen, Rainer, K., Prof. Dr.: Universität Gießen, Fachbereich 06 Psychologie

Scheller, Gitta, Dipl.-Soz.: Forschungsinstitut Frau und Gesellschaft (IFG), Hannover

Schneewind, Klaus A., Prof. Dr.: Universität München, Institut für Psychologie

Schütze, Yvonne, Dr. habil.: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin

Schulze, Hans-Joachim, Prof. Dr.: Vrije Universiteit Amsterdam, Fakulteit Psychologie en pedagogische Wetenschapen

Schweitzer von, Rosemarie, Prof. Dr.: Universität Gießen, Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung

Strohmeier, Klaus Peter, Dr.: Universität Bielefeld, Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik

Tölke, Angelika, Dr.: Deutsches Jugendinstitut, München

Toman, Walter, Prof. Dr. Universität Erlangen, Institut für Psychologie

Trost, Jan, Prof. Dr.: Universität Uppsala, Sociologiska Institutionen

Tyrell, Hartmann, Dr.: Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie

Walper, Sabine, Dr.: Technische Universität Berlin, Institut für Psychologie

Wingen, Max, Prof. Dr.: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart